

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort der Präsidentin	3
Regierungsrat	7
Einleitung	7
Legislaturziele	8
Finanzen im Überblick	25
Allgemeiner Geschäftsgang	29
Rechtsetzung	31
Finanzvorlagen	36
Aussenbeziehungen des Kantons	38
Direktionen, Staatskanzlei und Leistungsgruppen	
Staatskanzlei – Überblick	40/41
Legislaturziele	43
Finanzielle Entwicklung	44
Leistungsgruppen	45
Direktion der Justiz und des Innern – Überblick	48/49
Legislaturziele	51
Finanzielle Entwicklung	54
Leistungsgruppen	56
Sicherheitsdirektion – Überblick	124/125
Legislaturziele	127
Finanzielle Entwicklung	130
Leistungsgruppen	132
Finanzdirektion – Überblick	172/173
Legislaturziele	178
Finanzielle Entwicklung	181
Leistungsgruppen	184
Volkswirtschaftsdirektion – Überblick	220/221
Legislaturziele	223
Finanzielle Entwicklung	224
Leistungsgruppen	227
Gesundheitsdirektion – Überblick	250/251
Legislaturziele	254
Finanzielle Entwicklung	255
Leistungsgruppen	258
Bildungsdirektion – Überblick	290/291
Legislaturziele	293
Finanzielle Entwicklung	297
Leistungsgruppen	302
Baudirektion – Überblick	348/349
Legislaturziele	352
Finanzielle Entwicklung	357
Leistungsgruppen	360

Inhaltsverzeichnis

Seite

Funktions- und Querschnittsbereiche	409
Immobilien	409
Informatik	413
Personal	417
Umwelt	428
Gleichstellung von Frau und Mann	430
Öffentlichkeitsprinzip	431
Integration der ausländischen Bevölkerung	433
E-Government	434
Behörden und andere Organisationen	437
Behörden	437
Kantonsrat	437
Finanzkontrolle	439
Ombudsmann	441
Datenschutzbeauftragter	442
Rechtspflege	443
Konsolidierte Anstalten und Organisationen	464
Zürcher Verkehrsverbund	464
Spitäler	467
Universität	475
Zentralbibliothek	479
Hochschulen	481
Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit	492
Nicht konsolidierte Anstalten und Organisationen	494
BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich	494
Arbeitslosenkasse	497
Parlamentarische Vorstösse und Initiativen, Volksabstimmungen	499
Finanzberichterstattung	531
Konsolidierte Rechnung	531
Erfolgsrechnung	534
Bilanz	535
Geldflussrechnung	536
Eigenkapitalnachweis	537
Anhang	539
Bericht der Finanzkontrolle zur konsolidierten Rechnung	629
Jahresrechnung (Stammhaus)	631
Erfolgsrechnung	632
Bilanz	633
Geldflussrechnung	634
Eigenkapitalnachweis	635
Anhang	636
Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat	637
Abrechnung Budgetkredite	637
Rücklagen und Gewinnverwendung	647
Beilagen zum Finanzbericht	651
Kreditübertragungen	652
Bewilligte Kreditüberschreitungen	656
Entwicklung der letzten acht Jahre	658
Kennzahlen der Finanzlage des Kantons	661
Tabellen zu 2011	666
Mehrjahresvergleiche	674
Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	683

Vorwort der Präsidentin

«Arabischer Frühling» und Fukushima

Das Berichtsjahr begann turbulent. Die globalen Vorfälle hatten unmittelbare Auswirkungen auf die nationale und kantonale Politik. Die Protestwelle des «Arabischen Frühlings» griff auf mehrere Länder über, die Regierungen in Tunesien, Ägypten, Libyen, Algerien und Jemen, später auch Syrien, gerieten unter Druck. Staatsoberhäupter wurden nach blutigen Massenprotesten entmachteter. Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern ersuchten in der Schweiz um Asyl. Ab August nahmen die Gesuche stark zu – die Gesamtzahl der Asylgesuche im Kanton Zürich stieg gegen Ende des Berichtsjahres auf 3516 (ganze Schweiz 22 551), gegenüber 2666 im Vorjahr (1816 im Jahr 2007). Die Zürcher Durchgangszentren waren voll belegt. Die Gemeinden hatten wegen des angespannten Wohnungsmarkts Mühe, Asylsuchende unterzubringen.

Ein Erdbeben der extremen Stärke 9 löste am 11. März einen Tsunami aus und verwüstete den Nordosten Japans. Es wurden 15 000 Tote geborgen und 8000 Menschen vermisst, mehr als eine halbe Million flüchteten. Die Notkühlsysteme des Atomkraftwerks Fukushima wurden zerstört, es kam zur Schmelze des Reaktorkerns in mehreren Blöcken des Kernkraftwerks. Der Bundesrat gab darauf im Frühling bekannt, dass er den endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft bis 2034 plant. Die vorher im Einklang stehenden Energiestrategien des Bundes- und des Regierungsrates gerieten in Widerspruch. Der Regierungsrat zog deshalb im Juli den Energieplanungsbericht 2010 zurück. Der Regierungsrat will die zahlreichen Ungewissheiten bis Ende 2012 umfassend abklären. Die konkrete Ausgestaltung des Energieplanungsberichts 2012 hängt stark von Entscheiden auf Bundesebene ab.

Wahljahr 2011

Im Zentrum der kantonalen und der nationalen Politik standen im Berichtsjahr die Wahlen – für die Parteien und die Kandidierenden Grund, Bilanz zu ziehen und die geplanten Schritte in die Zukunft zu skizzieren. Der Wahlsonntag mit dem kantonalen Medienzentrum im Walcheturm war sowohl im Frühling wie im Herbst ein geschätzter und sehr gut besuchter Treffpunkt von Kandidierenden, Parteivertretungen und Medien. Bei den Kantonsratswahlen konnten die Grünliberalen ihre Sitzzahl annähernd verdoppeln und die BDP errang auf Anhieb sechs Sitze. Der Grüne Martin Graf und Mario Fehr von der SP errangen einen Sitz im Regierungsrat, CVP-Vertreter Hans Hollenstein schied aus der Zürcher Regierung aus. Erstmals spielte auch der Einsatz von Informationen über Social-Media-Kanäle eine Rolle. Nicht nur die Politikerinnen und Politiker selbst machten Gebrauch von Facebook und Twitter, auch der Kanton berichtete live mit Tweets und Facebook-Einträgen aus dem Medienzentrum vom spannenden Verlauf der Auszählungen in den Stimmbüros.

BVK und Spitalplanung als grosse Herausforderungen

Auch der Regierungsrat hat Bilanz über die vergangene Amtsdauer gezogen und darüber Rechenschaft an den Kantonsrat und an die Bevölkerung abgelegt. Nahtlos daran anschliessend, ging er in neuer Besetzung an die konkrete Planung der folgenden vier Jahre. Neben den Legislaturzielen und -massnahmen 2011 bis 2015 hat er erstmals auch langfristige Ziele festgelegt. Die Veränderungen in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Technik bringen dem Kanton neue Herausforderungen.

Ein vorrangiges Ziel der Regierung ist, die nachhaltige Finanzierung der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich sicherzustellen. Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat eine Einmaleinlage von 2 Mrd. Franken, ähnlich, wie das andere öffentlich-rechtliche Arbeitgeber auch schon getan hatten (Bund: 13,8 Mrd. Franken für die Publica, Kanton Aargau: 2 Mrd. Franken). Damit kann die Sanierungsdauer erheblich verkürzt werden. Die Belastung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für die angeschlossenen Arbeitgeber wird dadurch stark gemindert. Ebenso bleibt die Konkurrenzfähigkeit der Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt intakt. Der Regierungsrat erachtet diesen Entscheid neben anderen Massnahmen angesichts der erheblichen Belastung durch die bevorstehende BVK-Sanierung als unumgänglich.

Ein weiteres bedeutsames Ziel ist es, die heute national und international in vielen Bereichen führende Position des Universitätsspitals am Standort Zürich mit einer modernen Infrastruktur zu sichern. Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr geprüft, ob es möglich und zweckmässig sei, die universitäre Medizin am heutigen Standort im Hochschulgebiet Zürich Zentrum weiterzuentwickeln oder ob ein neuer Standort bezogen werden solle. Ein wesentlicher Vorteil des Zentrumsstandortes ist die bereits etablierte enge Zusammenarbeit von Universitätsspital, Universität und ETH Zürich. Dies gab den Ausschlag für den Ausbau des heutigen Standorts. Die Erneuerung des Universitätsspitals wird rund 20 Jahre dauern und in diesem Zeitraum einen voraussichtlichen Investitionsbedarf von rund 2,8 Mrd. Franken nach sich ziehen. Dazu kommen Unterhaltsaufwendungen zwischen 600 und 700 Mio. Franken, um den Betrieb während der Umsetzung aufrechtzuerhalten.

Eine wichtige Aufgabe stellt sich der Gesellschaft auch im Bereich Cyber Crime. Die Polizei (Kantonspolizei und Stadtpolizei Zürich) und die Justiz wollen u.a. ein «Kompetenzzentrum Internetkriminalität» schaffen. Dies drängt sich auf, weil bei immer mehr Delikten das Internet eine Rolle spielt. Der Sicherstellung und Auswertung elektronischer Daten kommt deshalb zentrale Bedeutung zu.

Bewegter Finanzplatz und starker Schweizer Franken

Der Finanzplatz als wichtiger Pfeiler der Zürcher Volkswirtschaft steht vor grossen Herausforderungen. Im Rahmen seiner Kompetenzen setzte sich der Kanton dafür ein, dass der Finanzplatz seine Autonomie und Handlungsfähigkeit wahren kann, zum Beispiel in der intensiven Kontaktpflege mit Wirtschaftsvertretern, im Rahmen der Greater Zurich Area und der Metropolitankonferenz sowie in entsprechenden Gremien auf Bundesebene. Die Schuldenkrise in verschiedenen Ländern und die Aufwertung des Schweizer Frankens stellten im Berichtsjahr auch den Kanton Zürich vor grosse Herausforderungen. Mitunter dank einer insgesamt moderaten Steuerbelastung und einer intakten finanziellen Gesamtlage ist die Standortattraktivität aber nach wie vor hoch. Dies gilt es zu bewahren.

Im März 2012

Dr. Ursula Gut-Winterberger
Regierungspräsidentin



Hinwil: Ortsmuseum



Flaach: Gemeindehaus



Rüti: Joweid Technologie-Zentrum

Die Legislatur 2007–2011 ging Ende April zu Ende. Der Regierungsrat hat deshalb in seinem Anfang Jahr veröffentlichten «Bericht über die Legislatur» Rechenschaft abgelegt und Bilanz gezogen über die vergangenen vier Jahre. Anfang Mai startete die Regierung in veränderter Besetzung in die neue Legislatur 2011–2015. Mit den im August veröffentlichten «Richtlinien der Regierungspolitik» legte der Regierungsrat seine politische Planung für die neue Legislatur vor. Die Richtlinien der Regierungspolitik umfassen die Legislaturziele einschliesslich Massnahmen sowie die langfristigen Ziele des Kantons.

Abschluss der alten und Beginn der neuen Legislaturperiode

Der vorliegende Geschäftsbericht über das Berichtsjahr 2011 erscheint in seiner Form und Struktur weitgehend unverändert gegenüber dem Vorjahr. Während jedoch im Vorjahr wegen des Legislaturwechsels keine Berichterstattung über die Legislaturziele des Regierungsrates sowie jene der Direktionen und der Staatskanzlei erfolgte, werden im vorliegenden Geschäftsbericht die Ziele und Massnahmen der Legislatur 2011–2015 abgebildet. Damit erhalten die Leser einen ersten Eindruck über die Arbeit an diesen politischen Schwerpunkten.

Neben dem vorliegenden Geschäftsbericht erscheint auch in diesem Jahr wieder eine Kurzfassung für die interessierte Öffentlichkeit. Diese ist auf der Internetseite des Regierungsrates (www.regierungsrat.zh.ch -> «Geschäftsbericht und Rechnung») abrufbar oder kann in Papierform bei der Staatskanzlei bestellt werden. Zu guter Letzt eine Lesehilfe: Der vorliegende Geschäftsbericht 2011 ist ebenfalls auf der Internetseite des Regierungsrates elektronisch abrufbar. Wenn Sie nach einem Thema suchen, so öffnen Sie am besten das entsprechende Dokument und geben im Suchfenster Ihr Schlagwort ein. So können Sie sich auf einfache Art und Weise durch das umfangreiche Dokument arbeiten.

Legislaturziele des Regierungsrates

Im nachfolgenden Kapitel wird über die Legislaturziele des Regierungsrates (LZ RR) 2011–2015 berichtet. Diese wurden vom Regierungsrat im Juli des Berichtsjahres beschlossen und im August der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Umsetzung der nachfolgend aufgeführten Massnahmen hat somit in den letzten Monaten des Berichtsjahres begonnen.

Legislaturziel	1 Auf neue Herausforderungen der öffentlichen Sicherheit wird wirksam reagiert.
Massnahme	1a Organisatorische und strukturelle Voraussetzungen schaffen, um die Anforderungen aus der Veränderung des gesellschaftlichen Umfelds abzudecken (24-Stunden-Gesellschaft, Zunahme der Wohnbevölkerung)
Stand	Planmässig
Kommentar	Durch Optimierung von Strukturen und Abläufen wird die Kantonspolizei auf die steigenden Anforderungen ausgerichtet. Der 24-Stunden-Gesellschaft wird mit einer noch vermehrt ereignisorientierten Dienstplanung Rechnung getragen (Verstärkung der Nacht- und Wochenendschichten).
Massnahme	1b Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Zusammenarbeit mit den Polizeikörpern wird durch Zusammenkünfte der Leitungsorgane und im Rahmen von Arbeitsgruppen laufend verbessert.
Massnahme	1c Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Oberstaatsanwaltschaft und die Kantonspolizei haben zur effizienten Bearbeitung der sogenannten Para-Wirtschaftskriminalität ein Konzept erarbeitet. Ein Pilotversuch ist im Gange. Im Bereich der Vermögensabschöpfung konnte die Arbeitsmethodik für komplexe Fälle der Vermögenseinziehung erarbeitet und umgesetzt werden.
Massnahme	1d Aufbau eines Kompetenzzentrums zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Cyber Crime) unter Einbezug von kantonalen und nationalen Partnerorganisationen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Grundlagen für ein gemeinsames Kompetenzzentrum zur Bekämpfung der Internetkriminalität wurden mit den Partnerorganisationen wie Oberstaatsanwaltschaft und anderen Polizeikörpern erarbeitet. Die Umsetzung ist in Planung.
Massnahme	1e Neue Haftplätze im Rahmen des geplanten Polizei- und Justizentrums (PJZ) oder an Alternativstandorten schaffen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Massnahme ist dann planmässig, wenn der Kantonsrat voraussichtlich im April 2012 den Kredit für das vom Stimmvolk bestätigte Polizei- und Justizzentrum spricht.

Legislaturziel	2 Lehre und Forschung sind im nationalen und internationalen Vergleich gestärkt.
Massnahme	2 a Die Stellung der Universität Zürich national wie international weiter verbessern und die Position der Zürcher Fachhochschule in der Hochschullandschaft festigen und ausbauen
Stand	Planmässig
Kommentar	Ausbau der spezialisierten Masterstudiengänge und Doktoratsprogramme, Angebote in Zusammenarbeit mit der ETH. Umsetzung der Bologna-Modularisierung der ZFH-Studiengänge bei Bachelor- und Masterstudiengängen ist abgeschlossen.
Massnahme	2 b Entwicklung einer strategischen Steuerung der universitären Medizin
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Projekt «Universitäre Medizin Zürich, Governance und Strategie» (UMZH) wurde im Mai des Berichtsjahres im Auftrag der Bildungsdirektion und der Gesundheitsdirektion gestartet. In einem ersten Schritt wurde unter Einbezug aller betroffenen Institutionen die Ist-Situation der Universitären Medizin Zürich analysiert sowie verschiedenen in- und ausländischen Vergleichsmodellen gegenübergestellt. Daraus wurde der hauptsächliche Handlungsbedarf abgeleitet. In der nun folgenden Projektphase werden konkrete Varianten für ein Steuerungsmodell UMZH entwickelt.
Massnahme	2 c Weitere Umsetzung der Strategie zur hochspezialisierten Medizin (HSM)
Stand	Planmässig
Kommentar	Nachdem die erste Umsetzungsphase finanziell gesichert und die Verwirklichung der entsprechenden Projekte eingeleitet worden ist, kann die langfristige Weiterentwicklung der Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin geplant werden. Dabei wird der Koordination im Bereich der Universitären Medizin sowie dem Einbezug der ETH besondere Beachtung zu widmen sein.
Legislaturziel	3 Die Anzahl Ausbildungsplätze und Bildungsabschlüsse ist erhöht.
Massnahme	3 a Den Unterricht in Naturwissenschaft und Technik auf allen allgemeinbildenden Schulstufen fördern und verbessern
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Juli wurden «Leitlinien für den Unterricht in Naturwissenschaften und Technik auf der Volksschulstufe» verabschiedet. Diese dienen als Grundlage für die Beurteilung der bestehenden Lehrmittel, für Empfehlungen im Hinblick auf Neuentwicklungen von Lehr- und Unterrichtsmaterialien und zur Planung der Weiterbildung von Lehrpersonen der Volksschulen. Es wurden weitere Massnahmen zur Verbesserung der Ausbildung von Lehrpersonen der Volksschule und der Mittelschulen sowie zur Stärkung von Naturwissenschaft und Technik an den Mittelschulen getroffen.

Massnahme	3 b Die duale Berufsbildung stärken und den Weg über die Berufs- und Fachmaturitäten sowie über die Handelsmittelschulen fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Bildungsrat hat den Auftrag zur Einführung einer Fachmaturität in Pädagogik erteilt.
Massnahme	3 c Das Angebot an beruflichen Ausbildungen für schulisch schwächere Jugendliche erweitern
Stand	Planmässig
Kommentar	Änderung der Verordnung über Berufsvorbereitungsjahre mit Geltung bis Ende Schuljahr 2012/2013
Massnahme	3 d Die Zahl der Abschlüsse Tertiär A und B in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT), im Ingenieurwesen, im Gesundheitsbereich sowie im Bereich des Lehrpersonals ausbauen
Stand	Planmässig
Kommentar	Siehe Massnahme 3b
Massnahme	3 e Das Stipendienwesen weiterentwickeln
Stand	Planmässig
Massnahme	3 f Massnahmen zur Nachwuchsförderung im Gesundheitswesen entwickeln und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Im Rahmen der Umsetzung der Ausbildungsverpflichtung gestützt auf das neue Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) des Kantons Zürich wurde im Berichtsjahr das Konzept «Ausbildungsverpflichtung in nicht-universitären Gesundheitsberufen für Spitäler und Kliniken» erstellt. Nach Abschluss der Vernehmlassung bei den Betrieben ist für die Umsetzung der Ausbildungsverpflichtung eine Einführungsphase von zwei Jahren (2013–2014) vorgesehen.</p> <p>Zusätzlich ist geplant, in Zusammenarbeit mit der OdA G ZH den beruflichen Wiedereinstieg von älteren Angehörigen der Pflegeberufe finanziell zu unterstützen. Die Mittel sollen über einen Fonds der OdAGZH bereitgestellt werden.</p>
Massnahme	3 g Die Finanzierung der Bildungsleistungen im Gesundheitswesen klären
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Finanzierung der Ausbildung der nichtuniversitären Gesundheitsberufe wird im Rahmen der stationären Behandlung über die OKP-Pauschalen entschädigt (vgl. Art. 49 Abs. 3 KVG und Art. 7 VKL). Die Finanzierung der universitären Gesundheitsberufe ist in Bearbeitung.
Legislativziel	4 Die Leistungen des Gesundheitswesens sind kundenfreundlich, effektiv, effizient und transparent.
Massnahme	4 a Die Entwicklung neuer Versorgungsmodelle im Gesundheitswesen unterstützen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Gesundheitsdirektion beteiligt sich am Projekt QualiCCare des Bundes zur Erarbeitung von pragmatischen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der Behandlungsqualität für spezifische Krankheitsbilder, vorab bei chronischen Erkrankungen. Im Projekt sind auch Leistungsanbieter, Kostenträger, Patientenorganisationen und die Industrie vertreten. Die Möglichkeiten dieser Zusammenarbeit werden im ersten Quartal 2012 weiter vertieft.

Massnahme	4 b Eine E-Health-Strategie entwickeln und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Eine Bedürfnisabklärung und Bestandesaufnahme von E-Health-Projekten bei den Leistungserbringern weist darauf hin, dass sich die kantonale E-Health-Strategie schwergewichtig auf die Schaffung von Rahmenbedingungen und Koordinationsaufgaben konzentrieren wird. Bei der Formulierung der Strategie sind neben den Bedürfnissen der Leistungserbringer die nationalen Vorgaben zu beachten.
Massnahme	4 c Ein Instrument der Qualitätstransparenz für Patientinnen und Patienten entwickeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit dem Beitritt des Kantons zum Nationalen Qualitätsvertrag des ANQ wurden die Grundlagen für schweizweite Qualitätsvergleiche zwischen den Spitälern geschaffen. Die im Rahmen der ANQ-Messungen erhobenen Qualitätsdaten werden in regelmässigen Abständen veröffentlicht. Durch die Fortführung der bisherigen Outcome-Messungen bis 2016 ist ausserdem das Monitoring des Systemwechsels bei der Finanzierung (DRG) sichergestellt.
Massnahme	4 d Gezielter Mitteleinsatz bei der Prämienverbilligung
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Verfahren zur Ausrichtung der Prämienverbilligungen wird überprüft. Damit die Mittel der Prämienverbilligung gezielt eingesetzt werden können, müssen die Bemessungsgrundlagen auf den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen beruhen und die Daten für die Ermittlung des Anspruchs aktuell sein. Zudem ist der administrative Aufwand bei der Abwicklung gering zu halten.
Legislaturziel	5 Die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich ist unter den sich ändernden bundesrechtlichen Rahmenbedingungen sichergestellt.
Massnahme	5 a Spitalplanung umsetzen und die Spitallisten 2012 nachführen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr die Spitallisten 2012 Akutsomatik und Rehabilitation sowie Psychiatrie planmässig verabschiedet. Für die Zürcher Spitallisten 2012 und die Spitalplanung gilt das Prinzip der «rollenden Planung». Die Gesundheitsdirektion wird in periodischen Abständen die Spitalplanung aktualisieren und die Spitallisten bzw. die individuellen Leistungsaufträge überprüfen. Die nächsten Jahre werden zeigen, wie sich die Zürcher Spitallandschaft unter den neuen Rahmenbedingungen entwickelt.
Massnahme	5 b Neue Spitalfinanzierung 2012 einführen und etablieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) wurde durch den Kantonsrat im Mai des Berichtsjahres verabschiedet. Die wichtigsten finanzierungsbezogenen Elemente, die ab dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 2012 umzusetzen sind, bestehen in der Entflechtung der Verantwortung zwischen dem Kanton und den Gemeinden (100/0), der Umwandlung bisheriger Investitionen in amortisationspflichtige Darlehen sowie der Präzisierung der Subventionssachverhalte.

Massnahme	5 c Neue Pflegefinanzierung einführen und etablieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Rahmen der Umsetzung des Pflegegesetzes und der Verordnung über die Pflegeversorgung übernehmen die Gemeinden ab 2012 auch den gesamten Finanzierungsteil der öffentlichen Hand an der kommunalen ambulanten und stationären Pflegeversorgung. Die Gesundheitsdirektion wird die Entwicklung der Langzeitpflege beobachten, insbesondere mit Blick auf die Gewährleistung der Versorgung.
Massnahme	5 d Positionierung der kantonalen psychiatrischen Kliniken prüfen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Gesundheitsdirektion bereitet die Verselbstständigung der kantonalen psychiatrischen Kliniken vor, wie auch von einer Motion (KR-Nr. 201/2010) gefordert wird. Die Arbeiten für einen detaillierten Projektplan sind angelaufen.
Massnahme	5 e Positionierung Kantonsspital Winterthur und Universitätsspital Zürich prüfen
Stand	Planmässig
Kommentar	Eine erste Prüfung im Hinblick auf die neue Spitalfinanzierung ab 2012 hat gezeigt, dass bei beiden kantonalen Spitälern Handlungsbedarf bezüglich der gesetzlichen Rahmenbedingungen besteht. Da sich die beiden Betriebe in Grösse und Struktur, vor allem aber auch in ihren Aufgaben stark unterscheiden, werden die Positionierungsfragen beim KSW und beim USZ getrennt bearbeitet.
Massnahme	5 f Planung des Neubaus Kinderspital
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Wettbewerb für den Neubau und die Vergabe des Gesamtplanerauftrages ist im Gang. Wie vorgesehen wird die zweite Wettbewerbsphase im Frühjahr 2012 abgeschlossen. Der Start für die Erarbeitung des Vorprojektes mit Kostenschätzung erfolgt im Sommer/Herbst 2012.
Massnahme	5 g Strategische Entwicklungsplanung Universitätsspital Zürich/Universität Zürich und Planung Erneuerung Universitätsspital Zürich durchführen
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit dem Standortentscheid des Regierungsrates im September des Berichtsjahres wurden die Abschlussarbeiten für die erste Projektphase «Strategische Planung» und die Vorbereitung der zweiten Phase «Vorstudien» in Auftrag gegeben. Die Themen «Projektorganisation und -finanzierung», «Planungs- und baurechtliche Grundlagen», «Verwaltungsrechtliche Grundlagen», «Risikomanagement» und «Kommunikation» werden nun in direktions- und institutionsübergreifenden Arbeitsgruppen weiter konkretisiert.

Massnahme	5 h Entwicklung eines Tarifsystems Psychiatrie im Auftrag von Swiss DRG
Stand	Planmässig
Kommentar	Die beiden Träger des Projekts «TARPSY», H+, Die Spitäler der Schweiz, und die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich, wurden im August des Berichtsjahres vom Verwaltungsrat der SwissDRG AG mit der Entwicklung eines einheitlichen nationalen Tarifsystems für die stationäre Psychiatrie mandatiert. Nachdem im zweiten Halbjahr des Berichtsjahres die Projektstrukturen etabliert wurden und die Definition der aus den Kliniken benötigten Daten erfolgte, wird Anfang 2012 der weitere Zeitplan (Einführungszeitpunkt 2015) zu prüfen sein.
Legislaturziel	6 Personen und Gruppen, bei denen die Tendenz besteht, dass sie ausgegrenzt werden oder sich abgrenzen, sind besser erreicht und integriert.
Massnahme	6 a Beseitigung von Fehlanreizen im Steuer- und Sozialsystem und Evaluation der Bildungs- und Beschäftigungsprogramme «BUSI»
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Direktion der Justiz und des Innern, die Sicherheitsdirektion, die Finanzdirektion, die Gesundheitsdirektion sowie die Bildungsdirektion wurden vom Regierungsrat beauftragt, die im Bericht betreffend Fehlanreize im Steuer- und Sozialsystem vorgeschlagenen Massnahmen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu prüfen und für den Fall ihrer Eignung umzusetzen. Die Sicherheitsdirektion stellt das Umsetzungscontrolling sicher und legt dem Regierungsrat bis Ende 2012 einen Bericht zum Stand der Umsetzung vor.
Massnahme	6 b Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, Frühförderung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern und den Zugang zur Familienhilfe erleichtern
Stand	Planmässig
Kommentar	Neben der Unterstützung beim Aufbau von Spielgruppen plus wurde in Absprache mit dem Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) ein Projekt gestartet, bei dem fremdsprachige Eltern für die Frühförderung sensibilisiert werden. Ausserdem wurde ein Aus- und Weiterbildungsangebot für Personen, die in der Frühförderung tätig sind, initiiert.
Massnahme	6 c Sprachförderung in allen Bildungsbereichen
Stand	Planmässig
Kommentar	Daueraufgabe. Ausweitung der zweisprachigen Ausbildungsgänge auf der Sek-II-Stufe.
Massnahme	6 d Das Integrationspotenzial des Sports nutzen, dabei Angebote im ungebundenen Sport fördern und die Sportvereine in ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten unterstützen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Ist-Zustand ist analysiert und eine Grobstrategie definiert sowie ein Massnahmenkatalog entworfen.
Massnahme	6 e Die Weiter- und Nachholbildung unterstützen und stärken
Stand	Planmässig

Massnahme	6 f Entwicklung eines kantonalen Integrationsprogramms und begleitender Massnahmen
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit Beschluss vom 14. September setzte der Regierungsrat eine directionsübergreifende Steuerungsgruppe ein und beauftragte die Direktion der Justiz und des Innern, eine kantonale Integrationsstrategie und ein kantonales Integrationsprogramm zu erarbeiten und dem Regierungsrat zur Festsetzung zu unterbreiten. Die ersten Arbeitsgruppen nahmen ihre Tätigkeit im Herbst auf.
Massnahme	6 g Die Fach-, Selbst- und Sozialkompetenzen von Insassen im Strafvollzug mit schulischen Lücken stärken im Rahmen des Projekts «Bildung im Strafvollzug»
Stand	Planmässig
Kommentar	In der Justizvollzugsanstalt Pöschwies konnte mit den ersten Lerngruppen für Basisbildung gestartet werden.
Legislaturziel	7 Die Verkehrsinfrastruktur kann das Verkehrsaufkommen mit mindestens gleichbleibender Qualität und Zuverlässigkeit bewältigen.
Massnahme	7 a Das Konzept Regionale Verkehrssteuerung (RVS) umsetzen, um in Gebieten mit stark belastetem Strassennetz verlässliche Reisezeiten für alle Verkehrsteilnehmenden und eine optimale Einhaltung der Fahrpläne des öffentlichen Verkehrs zu erreichen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die prioritären Realisierungseinheiten wurden zur Projektierung und Realisierung ans Tiefbauamt übergeben. Das Umsetzungsprogramm mit allen Massnahmen liegt vor, die Erarbeitung wurde mit den betroffenen Stellen abgestimmt.
Massnahme	7 b Zur Beobachtung, Steuerung und Kontrolle der Verkehrsentwicklung und deren Wirkungen ein Gesamtverkehrscontrolling einführen und betreiben
Stand	Planmässig
Kommentar	Ein Handbuch wurde im Berichtsjahr erarbeitet und liegt im Entwurf vor. Die Bereinigung mit den beteiligten kantonalen Stellen ist im Gang.
Massnahme	7 c Ein Konzept zur siedlungsverträglichen Gestaltung von Staatsstrassen in Ortszentren erarbeiten und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Vorgehen für die Erarbeitung der Betriebs- und Gestaltungsstudien wurde festgelegt. Die Ermittlung der Verträglichkeit von sämtlichen Ortsdurchfahrten des Kantons läuft und wird voraussichtlich 2012 abgeschlossen.

Massnahme	7 d Die aufgrund der Siedlungs-, Arbeitsplatz- und Mobilitätsentwicklung erwartete zusätzliche Nachfrage von 25% bis 2016 (Grundlage 2008) im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr abdecken sowie das öV-Angebot dort anpassen, wo Kapazitätsengpässe auftreten, wo Handlungsspielraum besteht und wo der öffentliche Verkehr Marktpotenzial aufweist
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Nachfragesteigerung 2008–2011 fiel mit rund 5% leicht weniger stark aus als erwartet. Sie konnte mit dem zur Verfügung gestellten Angebot abgedeckt werden. Das Angebot im öffentlichen Verkehr wird pro Fahrplanperiode durch den Verkehrsrat festgesetzt. Die letzten Angebotsverbesserungen im Sinne dieser Massnahme wurden auf 11. Dezember umgesetzt.
Legislaturziel	8 Die raumwirksamen Tätigkeiten sind überkommunal abgestimmt.
Massnahme	8 a Aufgrund der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans eine Richtplanvorlage an den Kantonsrat erstellen
Stand	Planmässig
Kommentar	Es erfolgte eine breite Anhörung mit einer Konsultation der Gemeinden. Die während der öffentlichen Auflage eingegangenen Einwendungen wurden ausgewertet. Der Einbezug von neuen Richtplaninhalten mit Mitwirkungsverfahren wurde notwendig. Die Überarbeitung der Richtplandokumente läuft, die Überweisung der Richtplanvorlage ist für Ende des ersten Quartals 2012 vorgesehen.
Massnahme	8 b Die überarbeiteten regionalen Richtpläne festlegen
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit den regionalen Raumordnungskonzepten (Regio-ROK) haben die regionalen Planungsverbände eine wichtige Grundlage für die Richtplanüberarbeitung gelegt. Die weiteren Schritte werden in enger zeitlicher und inhaltlicher Koordination mit der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans erfolgen.
Massnahme	8 c Eine Raumentwicklungsstrategie zur langfristigen Abstimmung der raumwirksamen Tätigkeiten erarbeiten
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Projektauftrag «Langfristige Raumentwicklungsstrategie Kanton Zürich» soll vom Regierungsrat bis Anfang 2012 erteilt werden.
Massnahme	8 d Die Teilrevision «Parkierungsregelungen und stark verkehrserzeugende Nutzungen» des Planungs- und Baurechts verabschieden
Stand	Planmässig
Kommentar	Bei der Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes im Bereich «Parkierungsregelungen und stark verkehrserzeugende Nutzungen» wurde nach durchgeführter Vernehmlassung eine umfangreiche Überarbeitung notwendig. Dazu wurden auch eine Arbeitsgruppe sowie eine externe Begleitgruppe eingesetzt. Eine überarbeitete Vorlage wird voraussichtlich im 1. Quartal 2012 dem Regierungsrat unterbreitet werden können.

Massnahme	8 e Massnahmenpaket zur langfristigen Sicherung von 44 400 ha Fruchtfolgeflächen umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Merkblatt «Ressource Boden und Sachplan Fruchtfolgeflächen» wurde im Berichtsjahr erarbeitet und mit einem BD-Kreisschreiben allen Gemeinden kommuniziert. Erste positive Erfahrungen mit der neuen Vollzugspraxis wurden gesammelt.
Massnahme	8 f Die Methode zur Sicherung des Gewässerraums festlegen und die Umsetzung starten sowie drei kantonale Grundwasserschutzareale festlegen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die erste Priorisierung für Gewässerräume ist erstellt. Als nächster Schritt wird die Planung an die Vorgaben des Bundes angepasst. Grundwasserschutzareale: Die hydrogeologischen Untersuchungen in Weiach sind abgeschlossen, die Untersuchungen in Schlieren sind gestartet.
Legislativziel	9 Ein leistungsfähiges Verkehrsangebot schafft die Voraussetzung für eine dichte Nutzung in der Agglomeration.
Massnahme	9 a Zur langfristigen Weiterentwicklung, Vernetzung und Finanzierung aller Verkehrssysteme das Gesamtverkehrskonzept des Kantons überarbeiten
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit den betroffenen kantonalen Stellen wurde ein Zielsystem erarbeitet. Ein entsprechend abgestimmter Entwurf des Gesamtverkehrskonzepts soll im Sommer 2013 vorliegen.
Massnahme	9 b Agglomerationsprogramme umsetzen (1. Generation) bzw. erarbeiten und beim Bund einreichen (2. Generation)
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Umsetzung der Infrastrukturprojekte im Rahmen der Agglomerationsprogramme 1. Generation startete im Berichtsjahr. Die Agglomerationsprogramme der 2. Generation wurden im Berichtsjahr öffentlich vernehmlasst.
Massnahme	9 c Die rechtlichen Grundlagen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung rund um den Flughafen mit dem Bund klären
Stand	Planmässig
Kommentar	Die vom UVEK eingesetzten Arbeitsgruppen legten ihre Zwischenberichte termingerecht auf Ende des Berichtsjahres vor. Das UVEK entscheidet über das weitere Vorgehen.
Massnahme	9 d Förderprogramm Wohnqualität und weitere Teile des Massnahmenpakets zum Zürcher Flughafen-Index (ZFI) umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat am 7. Dezember des Berichtsjahres die Verordnung zum Zürcher Fluglärm-Index (ZFI-VO) neu erlassen. Gestützt darauf wird ab 2012 das Förderprogramm in Gang gesetzt. Der Vollzug richtet sich nach den eintreffenden Beitragsgesuchen.

Massnahme	9e Themenführerschaft in ausgewählten, grenzüberschreitenden Verkehrsthemen und -projekten wahrnehmen (z. B. Regionale Leitzentrale als Leuchtturmprojekt in der Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern)
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Regionale Leitzentrale für den Verkehrsraum Zürich wurde am 1. Juli des Berichtsjahres in Betrieb genommen.
Legislaturziel	10 Dem wachsenden Druck auf die natürlichen Ressourcen Wasser, Luft und Boden wird entgegengewirkt.
Massnahme	10a Die Revitalisierung der Fliessgewässer planen und vorantreiben
Stand	Planmässig
Kommentar	Zurzeit besteht eine interne Priorisierung von Gewässerabschnitten bezüglich Revitalisierung und Ausdolung. Diese Priorisierung bildet eine erste Grundlage für das Programm (für die nächsten 20 Jahre), das bis Ende 2013 dem Bund nach seinen Vorgaben einzureichen und zu genehmigen ist. Dieses Programm ist dann ab NFA Periode 2015–2018 umzusetzen. Bis dahin werden Einzelobjekte auf Stufe Kanton und Gemeinden verwirklicht.
Massnahme	10b Zur Vermeidung von Mikroverunreinigungen der Gewässer die nachzurüstenden kommunalen Abwasserreinigungsanlagen bestimmen
Stand	Planmässig
Kommentar	Vernehmlassung zur Gewässerschutzverordnung des Bundes, Mitarbeit in verschiedenen strategischen Arbeitsgruppen des Bundes. Strategie für den Kanton Zürich steht im Entwurf.
Massnahme	10c Zur Verminderung der Konzentration an Luftschadstoffen den Massnahmenplan Luftreinhaltung 2014 festlegen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Projektplan wurde erstellt und erste Arbeiten sind ausgelöst.
Massnahme	10d Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen (Verkehrsabgabe) aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen: Anpassung der entsprechenden Verordnung und Bereitstellung der Informatiklösung ab 2012/13
Stand	Verzögert
Kommentar	Gegen die am 28. November des Berichtsjahres vom Kantonsrat verabschiedete Gesetzesvorlage wurde das Behördenreferendum ergriffen. Bedingt durch die Volksabstimmung, die Revision der Verkehrsabgaben-Verordnung und die Informatikanpassungen kann die produktive Einführung frühestens auf den 1. Januar 2014 erfolgen.
Massnahme	10e Eine Strategie zur Abwehr der Bodenversauerung im Wald entwickeln und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Das «Ressourcenprojekt Ammoniak Kanton Zürich» zur Senkung der den Boden versauernden Stickstoffeinträge in die Luft wurde dem Kantonsrat zur Genehmigung überwiesen (Kreditantrag für die Restfinanzierung – 80% der Kosten übernimmt der Bund).
Massnahme	10f Eine Auslegeordnung zum Umgang mit Strahlungsrisiken erstellen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Projektplan wurde erstellt und erste Arbeiten sind ausgelöst.

Legislaturziel	11 Eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung ist unter den sich rasch ändernden Rahmenbedingungen gewährleistet.
Massnahme	11 a Grundsätze der Zürcher Energiepolitik überarbeiten: Strategie Energieversorgung 2025 und Energieplanungsbericht 2012 erstellen
Stand	Planmässig
Kommentar	Abhängig von den ausstehenden Bundesbeschlüssen zur neuen Energiepolitik
Massnahme	11 b Zürcher Stromversorgung im liberalisierten Markt klären und Netzgebiete innerhalb des Kantons zuteilen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Netzgebietszuteilung ist vorbereitet, die Klärung der Stromversorgung im liberalisierten Markt ist von der Revision des eidgenössischen Stromversorgungsgesetzes (StromVG) abhängig.
Massnahme	11 c Umfassenden Rahmenkredit zur Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beantragen und Leistungsaufträge an Stromversorger im Kanton zur Verbesserung der Energieeffizienz erteilen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die beiden Vorlagen sind in Vorbereitung.
Legislaturziel	12 Der Wirtschaftsstandort Zürich ist auf ein qualitatives und diversifiziertes Wachstum ausgerichtet.
Massnahme	12 a Die Clusterentwicklung in wichtigen und zukunftssträchtigen Branchen vorantreiben
Stand	Planmässig
Kommentar	Die definierten Cluster werden durch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Schlüsselpartnern in Bildung, Forschung und Wirtschaft weiterentwickelt. Pro Jahr wird ein clusterübergreifender Anlass organisiert. Herausgabe der Clusterberichte 2010/2011 und 2012/2013.
Massnahme	12 b Die Führung der Marke Zürich beanspruchen und Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Zusammenarbeit mit den ISDM-Partnern Zürich Tourismus und Stadt Zürich wird durch die Realisierung von gemeinsamen Projekten gemäss RRB Nr. 836/2011 etabliert. Bewerbung um die global Top Level Domain «zuerich». Die Massnahmen gemäss RRB Nr. 797/2011 betreffend Unternehmensdialog werden umgesetzt, die Zusammenarbeit mit den regionalen Standortförderungen intensiviert.
Massnahme	12 c Grundlagen für eine gezielte Innovationspolitik des Kantons Zürich erarbeiten und Anreize für Innovationen an den Zürcher Hochschulen schaffen
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Projekt für einen Innovationspreis an Hochschulen wurde in der letzten Legislatur sistiert und wird wieder aufgenommen.

Massnahme	12 d Autonomie und Handlungsfähigkeit des Finanzplatzes zur Wahrung der Position im internationalen Wettbewerb durch aktive Interessenvertretung stärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Das im Berichtsjahr erstmals publizierte BAK-Monitoring zum Finanzplatz wird jährlich erscheinen. Neben der Organisation von Fachtagungen werden die Beziehungen zu den wichtigsten Akteuren gepflegt.
Legislaturziel	13 Die Position im internationalen und interkantonalen Steuerwettbewerb ist gestärkt.
Massnahme	13 a Strategie und begleitende Massnahmen zur Erhaltung der Steueroberhoheit und der guten Wettbewerbsposition sowie zur Optimierung des Steuersubstrats erarbeiten und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Es ist zu unterscheiden zwischen den natürlichen und juristischen Personen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bei den natürlichen Personen wurde mit Verordnung vom 22. Juni die kalte Progression auf den 1. Januar 2012 ausgeglichen, nachdem die Steuergesetzrevision vom 30. März 2009 in der Volksabstimmung vom 15. Mai abgelehnt wurde. – Für die juristischen Personen ist auf die Steuergesetzrevision vom 12. Juli 2010 zum Nachvollzug des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes hinzuweisen. Darin ist auch die Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer vorgesehen, die im Hinblick auf die Wettbewerbsposition des Kantons Zürich bedeutsam ist. Nachdem gegen die Steuergesetzrevision Referenden ergriffen wurden, verzögerte sich die kantonale Volksabstimmung, da nachträglich die eidgenössische Volksabstimmung vom 24. Februar 2008 über das Unternehmenssteuerreformgesetz II des Bundes angefochten wurde. Die kantonale Volksabstimmung wird voraussichtlich im Juni 2012 stattfinden. <p>Im Übrigen erfolgt auch weiterhin ein jährliches Steuermonitoring. Bei den juristischen Personen ist zudem die Entwicklung bei der Steuerkontroverse mit der EU aufmerksam weiterzuverfolgen.</p>
Legislaturziel	14 Allianzen und Themenführerschaft sind in wichtigen Politikbereichen auf interkantonaler und Bundesebene ausgebaut.
Massnahme	14 a Aufbau von Allianzen mit anderen Kantonen und Gebietskörperschaften und aktive Vertretung der Zürcher Interessen in Bundesgremien
Stand	Planmässig
Kommentar	Ein allgemeines Konzept zum Ausbau der Allianzen ist in Erarbeitung. In der Spitalplanung haben verschiedene Kantone die Zürcher Planungsmethodik übernommen. Dies erleichtert sowohl die Koordination der kantonalen Planungen als auch den Datenaustausch.
Massnahme	14 b Übernahme der Themenführerschaft in interkantonalen Konferenzen sowie Arbeitsgruppen und Begleitorganisationen auf verschiedenen Ebenen
Stand	Planmässig
Kommentar	Ein Umsetzungskonzept wurde in Angriff genommen.

Massnahme	14 c Interessenwahrung beim Bund durch die innere Reform der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verbessern
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Massnahme wird im Rahmen der ordentlichen Sitzungen der KdK (Leitender Ausschuss, Plenarversammlungen) weiterverfolgt.
Massnahme	14 d Politische Abstützung und Governance der Metropolitankonferenz aus Sicht des Kantons Zürich verbessern
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Metropolitankonferenz befindet sich derzeit in einer Konsolidierungsphase. Die Massnahme wird schwergewichtig in der zweiten Hälfte der Legislatur in Angriff genommen.
Massnahme	14 e Einflussnahme auf die Bundesgesetzgebung zur Ausgestaltung des internationalen Informationsaustauschs in Steuersachen und zu den Auswirkungen auf den innerschweizerischen Informationsaustausch durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Entwurf für das geplante Steueramtshilfegesetz befindet sich in den Beratungen bei den eidgenössischen Räten. Am 16. November hat der Regierungsrat des Kantons Zürich sodann zum Erlass eines Bundesgesetzes über die internationale Quellenbesteuerung Stellung genommen, das unter anderem den besonderen Informationsaustausch mit Deutschland und Grossbritannien regelt. Im Weiteren ist der Kanton Zürich in einer eidgenössischen Arbeitsgruppe vertreten, die sich namentlich mit der künftigen Ausgestaltung des innerschweizerischen Informationsaustauschs befasst.
Legislaturziel	15 Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug ist sichergestellt.
Massnahme	15 a Neues Gemeindegesetz mit Unterstützung von Gemeindevereinigungen und Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden
Stand	Planmässig
Kommentar	Nach Abschluss der Vernehmlassung begann die Auswertung der Ergebnisse. Im Rahmen von Pilotprojekten konnten erste Erfahrungen mit der Unterstützung von Vereinigungsprojekten gesammelt werden.

Massnahme	15 b Überprüfung der Aufgabenteilung von Kanton und Gemeinden im Bereich der Steuern und einer Neukonzeption der Prozesse und Informatikmittel
Stand	Planmässig
Kommentar	Für das gesamte Vorhaben der Überprüfung und allfälligen Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden wurde – als Vorarbeit und in Erfüllung eines Auftrags der GPK des Kantonsrates vom März 2010 – ein Bericht zum Verhältnis von Kanton und Gemeinden im zürcherischen Steuerwesen in Auftrag gegeben. Mit der Erstellung des Berichts wurde das IFF, Institut für Finanzwissenschaft und Finanzrecht der Universität St. Gallen, beauftragt. Alsdann werden die weiteren Planungsarbeiten im Rahmen einer gemischten Planungsgruppe mit Vertretern des Kantons und der Gemeinden vorangetrieben, um das Thema politisch abgestützt weiterbearbeiten zu können. Die Fertigstellung des Berichts als erste Teiletappe wird im zweiten Semester 2012 erwartet.
Massnahme	15 c Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im E-Government verstärken und in geeigneter Form regeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Ein entsprechendes direktionsübergreifendes Projekt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und unter dem Vorsitz des Vorstehers der Direktion der Justiz und des Innern wurde Mitte des Berichtsjahres gestartet. Anfang 2012 sollen die erarbeiteten Grundlagen samt einem Vereinbarungsentwurf bei Gemeinden und den Direktionen in Vernehmlassung gehen.
Massnahme	15 d Überprüfung der Vollzugszuständigkeit im Lebensmittelrecht zwischen Kanton und Gemeinden
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Vollzugsbereich des Lebensmittelrechts sollen die Zuständigkeiten des Kantons und der Gemeinden im Sinne von §2 der Einführungsverordnung zum eidgenössischen Lebensmittelgesetz neu geregelt werden. Dabei soll klarer und detaillierter umschrieben werden, wer welche Bereiche der Lebensmittelgesetzgebung vollzieht.
Massnahme	15 e Die direktionsübergreifenden Verwaltungsprozesse in der Zuständigkeit der Staatskanzlei durchgängig elektronisch abwickeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Es wurde ein Auftrag für die Durchführung eines Vorprojekts erarbeitet und beschlossen. Die entsprechenden Arbeiten werden 2012 in Angriff genommen.

Massnahme	15 f Umsetzung der kantonalen Informatikstrategie (weitere Umsetzungseinheiten ab UE2 bis UEx)
Stand	Leicht verzögert
Kommentar	Die Lösungskonzepte der vier Teilprojekte der Umsetzungseinheit 1 sind fertiggestellt. Die beiden Lösungskonzepte für das IT-Controlling und das CC «Standards & Architektur» müssen noch realisiert werden. Der Projektauftrag für Umsetzungseinheit 2 (Informatiksicherheit) ist genehmigt und das Projekt gestartet. Das Lösungskonzept für das erste Teilprojekt «Sicherheitsorganisation» ist in Arbeit. Die Verwirklichung der beiden letzten Lösungskonzepte der Umsetzungseinheit 1 ist im ersten Quartal 2012 vorgesehen. Der Projektauftrag zur Umsetzungseinheit 2 musste nach Rückweisung einer 1. Version durch das KITT grundlegend überarbeitet werden und ist nach revidierter Planung auf Kurs.
Massnahme	15 g Neue LEUnet-Strategie, Ablösung/Modernisierung des kantonalen Netzwerks
Stand	Planmässig
Kommentar	Die KITT-Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung der neuen LEUnet-Strategie hat im Dezember den Kick-off durchgeführt und damit die ersten Arbeiten begonnen. In der ersten Phase soll bis Ende 2012 das Dokument «LEUnet/ Netzstrategie» als Grundlage für einen Regierungsratsbeschluss erstellt und vom KITT verabschiedet sein.
Massnahme	15 h Überprüfung des Immobilienmanagements des Kantons und Einführung eines Immobilienmanagementsystems
Stand	Verzögert
Kommentar	Der Modellentscheid, der planmässig für Juli des Berichtsjahres vorgesehen war, wurde von der Projektaufsicht aufgrund vertiefter Analysen auf Januar 2012 verschoben.
Legislaturziel	16 Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber und dem Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Volksschule und Polizei ist begegnet.
Massnahme	16 a Erarbeitung und Umsetzung der Personalstrategie 2012–2015
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Personalstrategie 2012–2015 wurde im Berichtsjahr gemeinsam mit den Personalbeauftragten der Direktionen und der Staatskanzlei erarbeitet. Die Vernehmlassung erfolgt im 1. Quartal 2012.
Massnahme	16 b Substanzerhalt der kantonalen Immobilien
Stand	Planmässig
Kommentar	Rund die Hälfte der jährlichen Nettoinvestitionen im Hochbau (ungefähr 180–200 Mio. Franken) werden für werterhaltende Massnahmen eingesetzt (§ 33 ImV). Ab 2013 werden die werterhaltenden Investitionen zusätzlich im Verhältnis zum Neuwert der Hochbauten ausgewiesen.

Massnahme	16 c Umsetzung des Projekts familienergänzende Kinderbetreuung
Stand	Verzögert
Kommentar	Aufgrund der Situation des Finanzhaushaltes 2009/2010 wurde das Projekt faktisch sistiert. Wiederaufnahme der Projektarbeiten im Oktober des Berichtsjahres. Zurzeit wird eine Detailregelung ausgearbeitet.
Massnahme	16 d Durch neue Ausbildungsgänge für den Quereinstieg, Stufenumstieg an der Pädagogischen Hochschule und geplante Entlastungsmassnahmen für Lehrpersonen und Schulleitende an der Volksschule genügend geeignete Personen – darunter mehr Männer – für den Lehrberuf gewinnen
Stand	Erste Quereinsteigerausbildungen sind gestartet, Neuerungen beim Stufenumstieg geplant. Fachmatura in Pädagogik in Planung.
Massnahme	16 e Aufgabenbezogene Organisation der Kantonspolizei, damit Polizistinnen und Polizisten für die eigentlichen Polizeiaufgaben eingesetzt werden können.
Stand	Planmässig
Kommentar	Für die Grenzkontrollen am Flughafen wurde durch den Regierungsrat die gestaffelte Anstellung von 100 zivilen Sicherheitsassistenten bewilligt. Davon konnten im Berichtsjahr bereits 30 rekrutiert und angestellt werden. Diese entlasten das Polizeikorps von Aufgaben, die nicht unter die eigentliche Polizeiarbeit fallen.
Massnahme	16 f Intensivierung der Massnahmen zur Erreichung des Sollbestands u. a. mit gezielter Rekrutierung von Aspirantinnen und Aspiranten für den Polizeidienst
Stand	Planmässig
Kommentar	Durch weitere Intensivierung der Personalwerbung konnten rund 100 Aspirantinnen und Aspiranten angestellt werden. Der Sollbestand im Polizeikorps wurde aber noch nicht erreicht.
Legislaturziel	17 Die Finanzierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK) ist sichergestellt.
Massnahme	17 a Umsetzung der Statutenrevision zur nachhaltigen Finanzierung mit dem Ziel der vollen Deckung innerhalb von sieben Jahren
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat am 15. September eine Einmaleinlage von 2 Mrd. Franken in die BVK und am 9. November die neuen Statuten der BVK beschlossen. Der Kantonsrat wird sich voraussichtlich im ersten Semester 2012 mit diesen Themen befassen.

Legislaturziel	18 Die Kommunikation des Kantons gewährleistet die freie Meinungsbildung der Bevölkerung in einer veränderten Medienwelt.
Massnahme	18 a Social-Media-Angebote erproben, evaluieren und bei positivem Resultat erfolgreich einführen
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Bereich Social Media wurden von der Kommunikationsabteilung des Regierungsrates als Pilotprojekt je ein Facebook- und ein Twitter-Account eröffnet und bewirtschaftet. Auf diesen beiden Portalen wurden im letzten Quartal Umfragen zur Nutzung und Akzeptanz durchgeführt. Die Auswertung des Pilotjahres zuhanden des Regierungsrates erfolgt 2012. Weiter wurde ein schweizerischer Workshop für Verantwortliche öffentlicher Verwaltungen zum Erfahrungsaustausch mit den neuen Medien im Medienzentrum Zürich organisiert.
Massnahme	18 b Live-Streaming der Medienkonferenzen des Regierungsrates erproben, evaluieren und bei positivem Resultat einführen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Medienkonferenzen des Regierungsrates werden seit Januar des Berichtsjahres live im Internet ausgestrahlt und deren Wirkung erprobt.
Massnahme	18 c Eine Auswahl der Angebote der Internetinhalte von www.zh.ch in englischer und französischer Übersetzung zugänglich machen
Stand	Planmässig
Kommentar	Zur Umsetzung dieser Massnahme war der Aufbau einer technisch parallel laufenden Site-Struktur notwendig. Die Arbeiten einschliesslich Einpflegen der Inhalte sollen im ersten Quartal 2012 abgeschlossen werden.

Finanzen im Überblick

Eckwerte	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz zu R 10/11	
	2011 Mio. Fr.	2011 Mio. Fr.	2010 Mio. Fr.	Abs.	%
Erfolgsrechnung					
Betrieblicher Ertrag	13 407	12 703	12 834	573	4,5
Betrieblicher Aufwand	-15 461	-12 750	-12 551	-2 910	-23,2
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-2 054	-47	283	-2 337	-825,8
Finanzertrag	543	391	480	63	13,1
Finanzaufwand	-213	-152	-165	-48	-29,1
Finanzergebnis	331	239	315	16	5,1
Jahresergebnis	-1 723	192	598	-2 321	-388,1
Investitionsrechnung					
Investitionseinnahmen	306	134	214	92	43,0
Investitionsausgaben	-983	-898	-986	3	0,3
Nettoinvestitionen	-677	-764	-772	95	12,3
Bilanz					
Umlaufvermögen (UV)	5 208		4 609	599	13,0
Finanzvermögen UV	5 208		4 609	599	13,0
Anlagevermögen (AV)	15 397		15 342	55	0,4
Finanzvermögen AV	1 034		1 005	29	2,9
Verwaltungsvermögen	14 362		14 337	25	0,2
Total Aktiven	20 604		19 951	653	3,3
Kurzfristiges Fremdkapital	-3 808		-4 076	268	6,6
Langfristiges Fremdkapital	-8 488		-5 860	-2 628	-44,8
Eigenkapital	-8 309		-10 015	-1 706	-17,0
Total Passiven	-20 604		-19 951	-653	-3,3
Geldflussrechnung					
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	865		1 127	-262	-23,3
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-623		-768	145	18,8
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	242		359	-117	-32,7
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-28		-353	325	92,0
Zunahme/Abnahme Flüssige Mittel	213		5	208	3 827,8
Kennzahlen					
Selbstfinanzierungsgrad in %	-156,8		163,2		
Verschuldung	5 344		3 610		

Vergleich Rechnung 2011 mit Rechnung 2010

Die Erfolgsrechnung 2011 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 1723 Mio. Franken und damit um 2321 Mio. Franken schlechter ab als die Erfolgsrechnung 2010.

Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit ist um 2337 Mio. Franken schlechter als im Vorjahr ausgefallen.

Wichtigste Veränderungen (in Mio. Franken):

+381	Fiskalertrag
+233	Staatssteuern juristische Personen (davon +105 aus Nachträgen für die abzurechnende Steuerperiode)
+157	Staatssteuern natürliche Personen (davon +280 aus höher fakturiertem Ertrag für die laufende Steuerperiode und +78 aus höherem Quellensteuerertrag, -234 wegen tieferen Ertrags aus Korrekturen von bilanzierten Nachträgen)
+132	Entgelte
+41	Höhere Erträge aus Notariatsgebühren wegen mehr Handänderungen in Erwartung einer eidgenössischen Erbschaftssteuer
-2764	Personalaufwand
-2617	Rückstellungen für die Sanierung der BVK

Das Finanzergebnis ist um 16 Mio. Franken besser als im Vorjahr ausgefallen.

Wichtigste Veränderungen (in Mio. Franken):

+48	Höhere Buchgewinne aus Liegenschaftenverkäufen und Marktwertanpassungen von Liegenschaften im Strassenfonds
-27	Tiefere Buchgewinne aus Liegenschaftenveräusserungen in der Baudirektion

Die Nettoinvestitionen 2011 betragen 677 Mio. Franken. Sie sind damit 95 Mio. Franken tiefer als im Vorjahr. Während die Investitionsausgaben praktisch unverändert geblieben sind, haben die Investitionseinnahmen wegen Rückzahlungen von geleisteten Vorfinanzierungen bei Infrastrukturprojekten wie der Durchmesserlinie und der Glattalbahn zugenommen.

Vergleich Rechnung 2011 mit Budget 2011

Die Erfolgsrechnung 2011 hat um 1915 Mio. Franken schlechter als budgetiert abgeschlossen. Das liegt am Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit, das 2007 Mio. Franken schlechter ausgefallen ist.

Wichtigste Veränderungen im Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit (in Mio. Franken):

+459	Fiskalertrag
+267	Staatssteuern natürliche Personen (davon +247 aus Erträgen für die laufende Steuerperiode)
+169	Staatssteuern juristische Personen (davon +136 aus Nachträgen für die abzurechnende Steuerperiode 2007)
+138	Transferertrag
+84	Erträge aus den Anteilen an der direkten Bundessteuer und an der Verrechnungssteuer
-2633	Personalaufwand
-2617	Rückstellungen für die Sanierung der BVK

Die Nettoinvestitionen 2011 liegen um 87 Mio. Franken unter dem Budget, obwohl dieses pauschal um 20% gekürzt wurde, weil erfahrungsgemäss nicht alle Projekte zeitgerecht umgesetzt werden können. Die Nettoinvestitionen sind so tief ausgefallen, weil geleistete Vorfinanzierungen bei Infrastrukturprojekten früher als erwartet an den Kanton zurückgeflossen sind.

Geldflussrechnung

Im Berichtsjahr haben sich die flüssigen Mittel um 213 Mio. Franken erhöht. Aus betrieblicher Tätigkeit sind dem Staatshaushalt 865 Mio. Franken zugeflossen. Dem stehen Abflüsse von 651 Mio. Franken gegenüber, davon 623 Mio. Franken aus der Investitionstätigkeit und 28 Mio. Franken aus der Finanzierungstätigkeit.

Im Vorjahr standen Zuflüsse von rund 1,1 Mrd. Franken praktisch gleich hohen Abflüssen gegenüber.

Mittelfristiger Haushaltsausgleich 2004–2011

Der gesetzlich geforderte mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung für die letzten acht Jahre ist auch bei Einrechnung der Rückstellungen für die BVK-Sanierung erreicht. Über die Jahre 2004–2011 ist ein kumulierter Ertragsüberschuss von 849 Mio. Franken zu verzeichnen. Dabei werden für die Jahre vor 2009 die vom Kantonsrat genehmigten Rechnungsergebnisse gemäss Finanzhaushaltsgesetz verwendet (§ 51 FCV). Stimmt der Kantonsrat der BVK-Vorlage zu, wird die Rückstellung nicht in den mittelfristigen Haushaltsausgleich eingerechnet. Dann würde der Überschuss fast 3,5 Mrd. Franken betragen.

Kennzahlen

Wegen der Rückstellung für die Sanierung der BVK errechnet sich ein stark negativer Selbstfinanzierungsgrad von -157%. Das bedeutet rechnerisch, dass für die Finanzierung der Nettoinvestitionen keine Mittel aus der Erfolgsrechnung zur Verfügung standen. Dagegen zeigt die Geldflussrechnung, dass die Nettoinvestitionen aus eingegangenen Mitteln finanziert werden konnten. Wegen der Rückstellung für die BVK-Sanierung hat sich also die Verschuldung stark erhöht, ohne dass dafür liquide Mittel aufgenommen werden mussten.

Finanzpolitische Beurteilung

Die Rechnung 2011 ist von der anstehenden Sanierung der kantonalen Pensionskasse BVK geprägt. Die entsprechende Vorlage ist im Kantonsrat in Beratung. Das Parlament hat über drei Punkte zu befinden: Erstens über die Einmaleinlage von 2 Mrd. Franken, zweitens über die Einrechnung der Einmaleinlage und der Arbeitgeber-Sanierungsbeiträge in den mittelfristigen Ausgleich und drittens über die BVK-Statutenänderung.

Ohne die bereits im Berichtsjahr notwendigen Rückstellungen für die BVK-Sanierung von 2,6 Mrd. Franken hätte die Zürcher Staatsrechnung zum siebten Mal in Folge mit einem Ertragsüberschuss abgeschlossen. Statt eines Defizits von 1,7 Mrd. Franken hätte sich ein Überschuss von 0,9 Mrd. Franken ergeben. Das ist eine Verbesserung von rund 300 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr. Hauptverantwortlich dafür sind die Steuererträge, die um rund 400 Mio. Franken zugenommen haben. Rund die Hälfte davon ist allerdings einem Einmaleffekt bei den Staatssteuern der natürlichen Personen zu verdanken.

Auch das Eigenkapital und die Verschuldung leiden unter der Rückstellung für die BVK-Sanierung. Das Eigenkapital fällt von rekordhohen 10 Mrd. Franken im Vorjahr auf noch 8,3 Mrd. Franken. Umgekehrt steigt die Verschuldung wegen der Rückstellung für die BVK-Sanierung um beinahe 50% von 3,6 auf 5,3 Mrd. Franken. Im historischen Vergleich sind das aber immer noch vergleichsweise gute Werte.

Die anstehende BVK-Sanierung hat also ein weiteres hervorragendes Rechnungsergebnis vereitelt. Der Kantonshaushalt steht aber unverändert auf einer soliden Basis, die es angesichts der gegenwärtig instabilen wirtschaftlichen Grosswetterlage zu verteidigen gilt.

Allgemeiner Geschäftsgang

Am 9. Mai wählte der Regierungsrat Dr. Ursula Gut-Winterberger zu seiner Präsidentin und Markus Kägi zu seinem Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2011/2012.

Regierungsratssitzungen

	2011	2010
Sitzungen	48	48
Regierungsratsbeschlüsse	1588	1902
Rekurse	325	579

Geschäfte des Regierungsrates

	2011	2010
Geschäftseingänge	2737	3417

Parlamentarische Vorstösse

	2011	2010
Einreichungen		
Motionen	28	27
davon Leistungsmotionen	-	-
Postulate	54	52
davon dringlich erklärt	13	9
Interpellationen	7	10
Anfragen	161	181
davon dringliche	11	10
Überweisungen des Kantonsrates		
Motionen	10	3
davon Leistungsmotionen	-	-
davon als Postulat	5	2
Postulate	27	33
davon dringliche	10	10
Volksinitiativen	1	1
Einzelinitiativen (vorl. unterstützt)	1	2
Behördeninitiativen (vorl. unterstützt)	1	1
Stellungnahmen des Regierungsrates		
Motionen	21	16
davon Leistungsmotionen	-	-
Postulate	34	25
davon dringliche	15	9
Beantwortungen des Regierungsrates		
Interpellationen	6	12
Anfragen	168	174
davon dringliche	9	13

	2011	2010
Berichte und Anträge des Regierungsrates		
Motionen	6	1
davon Leistungsmotionen	–	–
Postulate	38	44
davon dringliche	6	11
Ergänzungsberichte	1	–
Volksinitiativen	6	7
Einzelinitiativen	2	1
Behördeninitiativen	1	1
Gegenvorschläge in Referenden	3	2
Rückzüge		
Motionen	7	4
Postulate	6	4
Interpellationen	1	2
Anfragen	–	–
Volksinitiativen	2	1
Einzelinitiativen	1	–
Behördeninitiativen	–	–

Rekursstatistik des Regierungsrates 2011

Der Sachbereich weist auf die Herkunft der angefochtenen Verfügung oder auf die antragstellende Direktion hin.

Sachbereich	Pendenzen	Eingänge					Erledigungen	Pendenzen	
	1.1.2011	2011	Abweisung/ Nicht- eintreten	Gutheissung teilweise	Gutheissung ganz	Rückzug/ gegen- standslos	Wieder- erwägung	31.12.2011	
Direktion der Justiz und des Innern	36	14	7	0	0	4	2	13	37
Sicherheitsdirektion (inkl. Statthalterämter)									
Migrationsamt	609	24	126	14	52	91	42	325	308
Übrige	96	2	25	4	0	19	2	50	48
Total	705	26	151	18	52	110	44	375	356
Finanzdirektion	6	10	2	0	0	1	0	3	13
Volkswirtschaftsdirektion	47	36	3	1	0	13	0	17	66
Gesundheitsdirektion	23	1	7	0	3	5	0	15	9
Bildungsdirektion	92	10	5	3	1	1	0	10	92
Baudirektion	129	45	6	5	2	20	0	33	141
Total der Direktionen	1038	142	181	27	58	154	46	466	714
Vorjahr	1195	738	416	15	78	293	93	895	1038

Rechtsetzung

Verabschiedete Erlasse

Die Redaktionskommission des Regierungsrates hat an 17 (23) Sitzungen insgesamt 34 (33) Vorlagen der Direktionen über Anträge zum Erlass von Gesetzen und Verordnungen behandelt. Davon betrafen sieben Vorlagen vollständig neue formelle Gesetze.

Der Regierungsrat hat über folgende Gesetze und Verordnungen Beschluss gefasst:

Gesetze

		Antrag Regierungsrat
Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz	N	19. Januar 2011
Gesetz über die Anpassung des Personalrechts bei Lehrpersonen an der Volksschule	N	2. März 2011
Planungs- und Baugesetz, Verfahren und Rechtsschutz	Ä	9. März 2011
Gesetz über die BVG- und Stiftungsaufsicht (BVSG)	N	9. März 2011
Planungs- und Baugesetz, behindertengerechtes Bauen	Ä	30. März 2011
Gesetz über den verstärkten Einbezug des Kantonsrates im Bereich der interkantonalen und internationalen Zusammenarbeit	N	13. April 2011
Mittelschulgesetz, Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen	Ä	20. April 2011
Planungs- und Baugesetz, Nutzungsziffern	Ä	24. August 2011
Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht	N	31. August 2011
Kantonales Tierseuchengesetz	N	14. September 2011
Gesetz über die Einführung der Grundstufe / Gesetz über die freiwillige Einführung der Grundstufe	N	28. September 2011
Steuergesetz, Ausgleich der kalten Progression	Ä	2. November 2011
Steuergesetz, Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen	Ä	2. November 2011
Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz, Verfahren der Prämienverbilligung	Ä	7. Dezember 2011
Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge, Disziplinarrecht	Ä	7. Dezember 2011
Lehrpersonalgesetz, neuer Berufsauftrag	Ä	7. Dezember 2011

N = Neuer Erlass

Ä = Änderung

Verordnungen (Auswahl)

		Beschluss Regierungsrat
Verordnung zum Steuergesetz	Ä	2. Februar 2011
Verordnung über die Wasserversorgung	Ä	9. Februar 2011
Verordnung über den Gemeindehaushalt	Ä	9. Februar 2011
Lehrpersonalverordnung	Ä	16. Februar 2011
Finanzverordnung zum Volksschulgesetz	Ä	16. Februar 2011
Rechnungslegungsverordnung	Ä	16. Februar 2011
Kulturförderungsverordnung	Ä	30. März 2011
Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen	Ä	13. April 2011
Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung	Ä	4. Mai 2011
Verordnung zum Sozialhilfegesetz	Ä	25. Mai 2011
Verordnung über die Berufsvorbereitungsjahre 2009/2010 und 2010/2011	Ä	25. Mai 2011
Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung	Ä	15. Juni 2011
Verordnung über die Gebühren, Auslagen und Entschädigungen der Strafverfolgungsbehörden	Ä	15. Juni 2011
Verordnung über den Ausgleich der kalten Progression bei der Einkommens- und Vermögenssteuer	N	22. Juni 2011
Reglemente für die Aufnahme in die Mittelschulen	Ä	6. Juli 2011
Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung	Ä	13. Juli 2011
Finanzausgleichsverordnung	N	17. August 2011
Bibliotheksförderungsverordnung	N	24. August 2011
Reform des Verwaltungsverfahrenrecht, Anpassung von Verordnungen im Zuständigkeitsbereich der Baudirektion	Ä	24. August 2011
Verordnung über die ordentlichen technischen und übrigen Anforderungen an Bauten, Anlagen, Ausstattungen und Ausrüstungen	Ä	6. September 2011
Bauverfahrensverordnung	Ä	6. September 2011
Vollzugsverordnung zum Personalgesetz	Ä	14. September 2011
Verordnung über die Zuständigkeiten im Ausländerrecht	N	21. September 2011
Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung	Ä	28. September 2011
Verordnung über Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen	Ä	28. September 2011
Zusatzleistungsverordnung	Ä	28. September 2011
Verordnung über die Umwandlung von Investitionsbeiträgen an Spitäler	N	5. Oktober 2011
Notariatsgebührenverordnung	Ä	5. Oktober 2011
Einführungsverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung	N	5. Oktober 2011
Anpassung von Verordnungen zur Bemessung von Staatsbeiträgen an dem neuen Finanzausgleich:		5. Oktober 2011
– Neuerlass der Verordnung über die Wasserversorgung	N	
– Änderung von zehn Verordnungen	Ä	
Asylfürsorgeverordnung	Ä	26. Oktober 2011
Verordnung über die Zuständigkeit der Gemeinden im Übertretungsstrafrecht	Ä	2. November 2011

Beschluss Regierungsrat

Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal	Ä	9. November 2011
Kantonale Ausweisverordnung	Ä	23. November 2011
Verordnung über die Zuständigkeit der Gemeinden im Übertretungsstrafrecht	Ä	30. November 2011
Verordnung zum Zürcher Fluglärm-Index (ZFI-VO)	N	7. Dezember 2011
Kinder- und Jugendhilfeverordnung	N	7. Dezember 2011
Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich	N	7. Dezember 2011
Verordnung über die Pflegekinderfürsorge	Ä	7. Dezember 2011
Mittel- und Berufsschullehrervollzugsverordnung	Ä	7. Dezember 2011
Finanzreglement für das Zentrum für Gehör und Sprache	N	7. Dezember 2011
Personalreglement für das Zentrum für Gehör und Sprache	N	7. Dezember 2011
Finanzverordnung der Zürcher Fachhochschule	N	13. Dezember 2011
Verordnung über den Hochwasserschutz und die Wasserbaupolizei	Ä	13. Dezember 2011
Verordnung zum Bundesgesetz über die Teilung eingezogener Vermögenswerte	N	13. Dezember 2011
Kantonspolizeiverordnung	Ä	13. Dezember 2011

N = Neuer Erlass

Ä = Änderung

Erlasse in Bearbeitung und Planung

Titel des Erlasses	Stand	Voraussichtliche Beratung im KR	Entspricht Rechtsetzungs- programm der Legislaturperiode 2007–2011	Direktion
Statistikgesetz	2	2012		JI
Abtretungsgesetz	1	2012		JI
Gesetz über den verstärkten Einbezug des Kantonsrates im Bereich der interkantonalen und internationalen Zusammenarbeit	3	2012	X	JI
Kantonales Bürgerrechtsgesetz	7		X	JI
Totalrevision Gemeindegesetz	2	2012	X	JI
Revision Gewaltschutzgesetz	0		X	JI
Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht	3	2012		JI
Änderung Verkehrsabgabengesetz	7		X	DS
Änderung Polizeiorganisationsgesetz (Rechtsgrundlage für das Forensische Institut)	2	2012		DS
Änderung Polizeigesetz (polizeiliche Überwachungsmaßnahmen, Datenschutz)	2	2012		DS
Gesetz über den Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen	2	2012		DS
Änderung Gesetz über den Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen	1	2012		DS
Änderung Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (Unterstellung Selbstständigerwerbenden)	2	2012		DS
Änderung Zusatzleistungsgesetz /Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (Direktüberweisung Pauschalbetrag für die obligatorische Krankenpflegeversicherung)	2	2012		DS
Staatsbeitragsgesetz (Überprüfung auf Übereinstimmung mit den Grundsätzen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung)	1	2015		FD
Änderung Steuergesetz (Änderung vom 12. Juli 2010 betreffend Nachvollzug des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes)	7		X	FD
Änderung Steuergesetz (Ausgleich der kalten Progression)	3	2012	X	FD
Änderung Steuergesetz (Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen)	3	2012		FD
Änderung Steuergesetz (Kinderdrittbetreuungskostenabzug)	2	2012		FD
Änderung Steuergesetz (Steuerbefreiung des Feuerwehrosoldes)	1	2012		FD
Änderung Personalgesetz (Datenschutzrechtliche Absicherungen für das Case Management)	1	2012		FD
Änderung Personalgesetz (Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen zum Datenschutz)	1	2012		FD
Änderung Personalgesetz (Ferienregelung in Abhängigkeit des Ausgangs der Volksabstimmung)	8			FD
Änderung PVO oder VVO zum Personalgesetz (Familienergänzende Kinderbetreuung)	1		X	FD
Änderung VVO zum Personalgesetz (Lohnfortzahlung)	1		X	FD
Änderung Personalgesetz und VVO zum Personalgesetz (Administrativmassnahmen/-untersuchung)	1		X	FD

Verordnung über die Wahl des Stiftungsrates der privatrechtlichen Stiftung BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich	1			FD
Revision Strassengesetz	8	vom KR am 28.11.2011 abgelehnt	X	VD
Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz (Aufhebung)	8	vom KR am 28.11.2011 abgelehnt	X	VD
Verordnung zum Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz (Aufhebung)	8		X	VD
Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (EG AVIG)	5			VD
Verordnung zum Luftfahrtrecht des Bundes	1			VD
Änderung Tierseuchengesetz	3	2012	X	GD
Änderung EG KVG (Verfahren der Prämienverbilligung)	3	2012	X	GD
Änderung Gesundheitsgesetz	0	2014	X	GD
Kinder- und Jugendhilfegesetz	5			BI
Gesetz über die Administrativmassnahmen bei Lehrpersonen an der Volksschule und an den Mittel- und Berufsfachschulen	5			BI
Änderung Volksschulgesetz (Anpassungen, Regelung Synodalorganisation)	3	2012		BI
Änderung Mittelschulgesetz (Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen [San10])	3	2012		BI
Gesetz über die Anpassung des Personalrechts bei Lehrpersonen der Volksschule; Umsetzung von Massnahmen aus dem Projekt «Belastung – Entlastung im Schulfeld»	4	2012		BI
Änderung Volksschulgesetz (Beiträge an die Sonderschulung)	3	2012		BI
Änderung Lehrpersonalgesetz (Berufsauftrag Lehrpersonen)	3	2012		BI
Umsetzung «prima-Initiative»	4	2012		BI
Änderung Planungs- und Baugesetz (Verfahren und Rechtsschutz/ Behindertengerechtes Bauen)	3	2012	X	BD
Änderung Planungs- und Baugesetz (Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative «Umweltschutz statt Vorschriften»)	4	2012		BD
Änderung Planungs- und Baugesetz (Beitritt zum IVHB-Konkordat)	1	2012		BD
Änderung Planungs- und Baugesetz (Parkierungsanlagen)	2	2012	X	BD
Geoinformationsgesetz	5		X	BD
Wasserwirtschaftsgesetz	1	2013	X	BD
Energiegesetz (Umsetzung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich)	5		X	BD
Landwirtschaftsgesetz	1	2012		BD

Legende betreffend Stand per 31. Dezember

0 = Arbeit noch nicht aufgenommen

1 = in Ausarbeitung

2 = in Vernehmlassung

3 = vom Regierungsrat verabschiedet

4 = von der Kommission des Kantonsrates behandelt

5 = vom Kantonsrat verabschiedet

6 = Referendumsfrist läuft

7 = vor Volksabstimmung

8 = zurückgezogen/abgeschrieben

Finanzvorlagen

Ausgabenbeschlüsse 2011

Die nachfolgende Liste enthält alle Beschlüsse zu Ausgaben von mehr als 3 Mio. Franken (einmalig) bzw. mehr als 300 000 Franken (jährlich wiederkehrend), die der Regierungsrat in eigener Kompetenz fasste. Es handelt sich um gebundene Ausgaben gemäss § 37 Abs. 2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG, LS 611) bzw. §§ 2 und 3 Abs. 2 des Staatsbeitragsgesetzes (LS 132.2), die deshalb keiner Ausgabenbewilligung des Kantonsrates bedürfen (Art. 56 Abs. 2 Kantonsverfassung, LS 101).

Datum	RRB Nr.	Gegenstand	Betrag Fr.
12. Januar	24	KZO, Spezialtrakt, Sanierung	7 700 000
12. Januar	25	Strassen, Männedorf, Seestrasse, Instandsetzung	4 060 000
2. März	225	KSW, Ersatzhochhaus, Projektierungskredit	1 280 000
2. März	249	Lotteriefonds, Allgemeine Mittel, 2011/1	6 866 400
30. März	361	Strassen, Rümlang, Flughafenstrasse	4 106 000
30. März	367	Strassen, Horgen, Zugerstrasse	3 825 000
30. März	384	Berufsbildung, Leistungssportler, Kostenanteil	5 877 756
		Berufsbildung, Leistungssportler, Subvention	1 959 252
13. April	471	ZHdK, Toni-Areal, Miete	954 000
20. April	504	USZ, MRI, bauliche Massnahmen	12 205 000
20. April	516	ZüriPrimo, RE04, Direkte Bundessteuer	11 070 000
20. April	517	ZüriPrimo, RE04, Quellensteuer	8 250 000
4. Mai	564	Massnahmenzentrum Uitikon, geschlossene Abteilung	8 292 000
4. Mai	572	Opernhaus, Objektkredit 1.1.-31.12.2011	78 453 505
18. Mai	641	USZ, Haldenbachtrakt	23 300 000
18. Mai	642	USZ, Nord1, Neonatologie	13 750 000
15. Juni	758	Strassen/Nationalstrassen, Gebietsrechner	10 283 760
15. Juni	777	ZKKJ, Pensionkassenwechsel	3 100 000
22. Juni	799	IPW, Sozialplan	4 400 000
22. Juni	801	KZU, Pflegezentrum Embrach, Kostenanteil	6 450 000
29. Juni	817	Strassen, Wallisellen, 001 Neue Winterthurerstrasse	3 520 000
29. Juni	820	Strassen, Wallisellen, Überführung Weststrasse	4 180 000
6. Juli	886	HRegA und StA, Miete	990 976
6. Juli	888	Betrieb von iPhones	395 000
13. Juli	901	Geratrium Pfäffikon, Haus Ahorn, Kostenanteil	5 178 080
13. Juli	907	Strassen, Hinwil, Girenbadstrasse	3 155 000
13. Juli	926	ZHAW, Wädenswil, Campus Reidbach, Miete	813 648
13. Juli	927	PHZH, Sihlhof, Miete	1 638 480
17. August	956	Sportzentrum Kerenzlerberg, Sanierung Hotel	3 305 000
17. August	968	Modeco, KA und Subv. für 2011 und 2012, max.	3 565 000
17. August	970	msw-winterthur, KA für 2011 und 2012 max.	10 650 000

Datum	RRB Nr.	Gegenstand	Betrag Fr.
17. August	973	Strassen, Nürensdorf	3 103 750
17. August	986	KS Glattal, Provisorium in Uster	12 780 400
24. August	1001	USZ, Nordtrakt 1, Entflechtung	3 640 000
24. August	1009	Parking Opéra, Subvention	3 000 000
28. September	1178	NFA-Programmvereinbarungen für Naturschutz, Schutzbauten sowie Lärm und Schall	111 990 000
26. Oktober	1254	Sozialhilfeeinrichtungen, Stadt Zürich, Subv.	2 650 000
26. Oktober	1272	ZHAW, Campus Wädenswil, Mieterausbau	4 845 000
26. Oktober	1281	Strassen, HLS Kloten-Bülach	6 800 000
2. November	1312	Strassenverkehrsamt, neue Prüfstation, Miete	490 000
2. November	1322	USZ, NUK-Trakt, Modulbau, Projektierung	12 000 000
9. November	1341	UZI, Sanierung Mensaküche	5 725 000
9. November	1369	Büromobiliarbeschaffung	6 600 000
16. November	1388	Strassen, Glattfelden, Umfahrungsstrasse Lättenbrücke	12 200 000
23. November	1412	Liegenschaften, Zeltweg 21a, Zürich, Miete	561 740
23. November	1414	Strassen, Bassersdorf, Altbach und Auernbach	6 765 500
23. November	1417	ZHAW, City Halle, Mietvertrag, Ausstattung	2 404 000
			7 900 000
30. November	1454	Lotteriefonds, Beitrag an Zoo Zürich	3 343 500
7. Dezember	1469	Sozialamt, Asylunterkunft, Kollbrunn, Miete	326 000
7. Dezember	1472	SVA, Entschädigung für IPV und Verlustscheine	6 253 000
13. Dezember	1511	Sportfonds 2011, Beiträge an ZKS	10 318 835
13. Dezember	1518	SDBB, Bern, Beiträge 2011 sowie 2012-2015	6 728 593
21. Dezember	1564	ZHAW/HSZ-T, Übernahme Mieten	3 254 376
21. Dezember	1570	Strassen, Küsnacht, Seestrasse	4 800 000
21. Dezember	1571	Strassen, Wetzikon, Hinwilerstrasse	3 375 000

Aussenbeziehungen des Kantons

Konferenz der Kantonsregierungen

Die 1993 gegründete Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat zum Zweck, die Zusammenarbeit unter den Kantonen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu fördern und die erforderliche Koordination und Information der Kantone bei der Willensbildung im Bund in jenen Bereichen sicherzustellen, die den unmittelbaren Interessen- und Kompetenzbereich der Kantone berühren.

Der Kanton Zürich ist im Leitenden Ausschuss der KdK neu durch Regierungsrätin Regine Aepli vertreten. Der Leitende Ausschuss behandelte die laufenden Geschäfte und bereitete die vier ordentlichen Plenarversammlungen vor. Schwergewichtig widmete sich die KdK im Berichtsjahr der Aufdatierung ihrer europapolitischen Standortbestimmung. Die Kantone können eine Vertiefung der Beziehungen zur EU nur dann unterstützen und mittragen, wenn gleichzeitig eine Reihe von innerstaatlichen Reformen eingeleitet und, wo notwendig, rechtlich verankert wird. Damit sollen vor allem die Informations- und Mitwirkungsrechte der Kantone gestärkt werden.

Internationale Bodenseekonferenz

Der Kanton Zürich ist seit November 1998 Mitglied der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK). Diese will die Zusammenarbeit im Bodenseeraum durch grenzübergreifend gemeinsame Politiken fördern und damit auch die regionale Zusammengehörigkeit stärken.

Die Konferenz der Regierungschefs, in welcher der Kanton neu durch Regierungsrat Ernst Stocker vertreten ist, trifft sich einmal im Jahr zu einer ordentlichen Plenumsitzung, in welcher die wichtigsten Beschlüsse gefasst sowie allfällige Empfehlungen verabschiedet werden. Im Ständigen Ausschuss, der in mehreren Sitzungen die laufenden Geschäfte der IBK besorgt, nimmt Staatsschreiber Beat Husi Einsitz. Der Ständige Ausschuss begleitet und koordiniert auch die Arbeit der sieben Fachkommissionen, welche die Sachprojekte erarbeiten. In diesen ist der Kanton durch ein Mitglied der jeweils betroffenen Direktion vertreten. Unter dem Vorsitz des Kantons St.Gallen wurde im Berichtsjahr nebst den laufenden Geschäften das Schwergewicht auf Gesundheitsthemen gelegt.

Metropolitankonferenz / Verein Metropolitanraum Zürich

Nach rund zweijährigen Vorarbeiten ist am 3. Juli 2009 der Verein Metropolitanraum Zürich gegründet worden, der eine gemeinsame politische Plattform für Städte, Gemeinden und Kantone im Wirtschafts- und Lebensraum Zürich bilden soll. Ihm gehören acht Kantone (ZH, SH, TG, SG, SZ, ZG, LU, AG) als ordentliche, zwei als assoziierte (GL, GR) Mitglieder sowie rund 95 Städte und Gemeinden an. Er umfasst die Metropolitankonferenz als Mitgliederversammlung und oberstes Vereinsorgan sowie den Metropolitanrat als ausführendes Gremium. Dessen Geschäfte werden vorbereitet vom operativen Ausschuss, und zu den vier Handlungsfeldern Wirtschaft, Lebensraum, Verkehr und Gesellschaft bestehen Arbeitsgruppen, die auf der Grundlage der Vision des Vereins bzw. des jeweiligen Handlungsfeldes inhaltliche Inputs und konkrete Projektvorschläge erarbeiten.

Der Kanton Zürich ist im Verein Metropolitanraum Zürich neu durch Regierungsrat Ernst Stocker vertreten. Im Auftrag des Regierungsrates nimmt Dr. Daniel Brühlmeier, Leiter der Fachstelle Aussenbeziehungen, Einsitz im Operativen Ausschuss des Vereins. Gleichzeitig ist er Sekretär der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich, der Kantonskammer des Vereins. Der Schwerpunkt der Metropolitankonferenz lag im Berichtsjahr auf der Erarbeitung von Metrobildern, die den Grundstein legen sollen für eine raumplanerische Vision des Metropolitanraums. Auch wurde ein Konzept zur Förderung des Clusters «Energie- und Gebäudetechnik» erarbeitet und ein Wettbewerb für eine Clusteragentur in diesem Bereich ausgeschrieben (Details unter www.metropolitanraum-zuerich.ch).

Interkantonale Regierungskonferenzen

Nachdem die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK, Kantone: GL, SH, AR, AI, SG, GR, TG) 1998 mit dem Wunsch an den Kanton Zürich gelangt war, über einen Beitritt zu verhandeln, ist der Regierungsrat 2001 der ORK, aber auch weiteren an den Kanton angrenzenden Regierungskonferenzen wie der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK: LU, UR, SZ, OW, NW, ZG) beziehungsweise der Regionalkonferenz der Regierungen der Nordwestschweiz (NWRK: BE, SO, BS, BL, AG, JU) in Form einer «assozierten Mitgliedschaft» beigetreten.

Der Regierungsrat hat diese Zusammenarbeit in der bisherigen Form (Beobachterstatus in allen drei Konferenzen) weitergeführt. Dieser Status dient vornehmlich der Beziehungspflege auf Regierungsebene. Der Regierungsrat nimmt an den einmal jährlichen Plenarkonferenzen jeweils mit einer Delegation teil.



Berg am Irchel: Schloss Berg



Trüllikon: «Gmeindhüsl» Rudolfingen (Gemeinde Trüllikon)



Glattfelden: Aussicht Laubberg

Staatskanzlei

Die Staatskanzlei erbringt als Stabsstelle des Regierungsrates Leistungen, die zum reibungslosen Funktionieren des Regierungsrates als Kollegialbehörde beitragen. Sie übernimmt die Vor- und Nachbereitung seiner Sitzungen, leistet Rechtsberatung und Rekursinstruktion, bereitet die strategische Planung und Berichterstattung vor, unterstützt ihn in seinen Aussenbeziehungen und organisiert seine Anlässe. Weiter unterstützt sie den Regierungsrat bei der Kommunikation und Information der Öffentlichkeit. Sie leistet Medienarbeit und -beobachtung, betreut die amtlichen Publikationsorgane und den Internetauftritt des Kantons und wirkt bei der Umsetzung des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) mit. Für die Verwaltung wirkt sie entwickelnd, koordinierend und unterstützend. Sie leitet direktionsübergreifende Gremien, fördert und koordiniert das E-Government, betreut die Inhalte im Intranet, führt den Postdienst der Verwaltung und den Weibeldienst und betreut die Lohnadministration und -überweisung an die Mitglieder des Regierungsrates.

Abschluss der vergangenen und Planung der laufenden Legislatur

Mit dem Legislaturbericht 2007–2011 hat der Regierungsrat insgesamt eine positive Bilanz über die vergangene Legislatur gezogen und darüber Rechenschaft an den Kantonsrat und an die Bevölkerung des Kantons abgelegt.

Im Rahmen der Legislaturplanung 2011–2015 hat der Regierungsrat erstmals langfristige Ziele des Kantons verabschiedet. Diese bilden die dauerhaften Zielsetzungen in allen Zuständigkeitsbereichen des Kantons ab. Ausgehend von einer umfassenden Lagebeurteilung, hat der Regierungsrat zudem im Sommer die Legislaturziele und -massnahmen festgelegt. Diese bilden die Schwerpunkte der Regierungstätigkeit in den nächsten vier Jahren. Im Anschluss daran wurde die Legislaturplanung den Medien vorgestellt und mit der Broschüre «Richtlinien der Regierungspolitik» veröffentlicht. Die neuen Ziele sind nun auch in der Planung abgebildet, sie wurden im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) 2012–2015 eingestellt. Über ihre Umsetzung wird in den Geschäftsberichten der laufenden Legislatur sowie im Legislaturbericht 2011–2015 Rechenschaft abgelegt.

Überprüfung der Aussenbeziehungen

Eine direktionsübergreifende Projektgruppe unter der Leitung der Staatskanzlei hat im Auftrag des Regierungsrates sämtliche Aussenbeziehungen des Kantons sowie die entsprechenden Verantwortlichkeiten und Organisationsstrukturen auf Verwaltungs- und Regierungsebene überprüft. Seit der letzten Strategieformulierung 2007 haben neue Entwicklungen stattgefunden, die bei der Überprüfung berücksichtigt wurden. So wird beispielsweise die 2009 gegründete Metropolitankonferenz Zürich in Zukunft einen neuen strategischen Schwerpunkt der Zürcher Aussenbeziehungen darstellen. Auf administrativer Ebene verspricht eine verstärkte Konzentration und Koordinationsrolle der Staatskanzlei in Bezug auf die Aussen- und Europageschäfte Synergie- und Effizienzgewinne. Der politische Einfluss des Kantons in der interkantonalen Zusammenarbeit soll durch eine engere Zusammenarbeit innerhalb des Regierungsrates gestärkt werden. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Europapolitik für die Kantone ist zudem zu prüfen, wie die besonderen Bedürfnisse des Kantons Zürich in Brüssel am besten vertreten werden können. Die Umsetzungs- und Folgearbeiten zur neuen Strategie der Aussenbeziehungen haben bereits begonnen und werden 2012 fortgesetzt.

Aktivitäten im Wahljahr und Konsolidierung des Internetauftritts

Die Organisation der kantonalen Wahlen im Frühjahr mit Wahlzentrum und die Medienbetreuung sind ohne Probleme abgewickelt worden. Auch die Organisation der nationalen Wahlen und der Wahlsonntag selber im Herbst liefen einwandfrei ab. Das Medienzentrum war einmal mehr ein geschätzter Treffpunkt von Kandidierenden, Parteivertretungen und Medien.

Der neue Auftritt auf dem Internet (www.zh.ch) ist konsolidiert, Anpassungen und Erweiterungen wurden im Verlauf des Berichtsjahres vorgenommen. Die Qualitätssicherung wurde von der Kommunikationsabteilung des Regierungsrates in Zusammenarbeit mit Mitarbeitenden der Stabsstelle E-Government durchgeführt. Aufwendiger als geplant erwies sich die Übersetzung von Webinhalten auf Englisch und Französisch, da die Umsetzung den Aufbau einer technisch parallel laufenden Site-Struktur nötig machte. Die Umsetzung einschliesslich Einpflegen der Inhalte soll im ersten Quartal 2012 abgeschlossen werden.

Erweiterung der kantonalen Transaktionsplattform ZHservices

Der Regierungsrat hat der bedarfsgerechten Erweiterung der Betriebskapazität der kantonalen Transaktionsplattform ZHservices zugestimmt. Neben den laufenden Verbesserungen der Infrastruktur (z. B. die Aufschaltung von mTAN, als sicheres Anmeldeverfahren mit dem Mobiltelefon, zusätzlich zur SuisseID) wurden die Kapazitäten auf die absehbar höheren Verarbeitungsvolumen ausgerichtet. Als wichtiges neues Angebot wurde die Online-Steuererklärung «ZHprivatetax» auf der Plattform umgesetzt – vorerst als Pilot in sieben Gemeinden des Kantons.

Legislaturziele

Die Staatskanzlei ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen (LZ RR) 14, 15 und 18 des Regierungsrates. Im Regierungsratssteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Standes der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Staatskanzlei.

Legislaturziel	1 Allianzen und Themenführerschaft sind in wichtigen Politikbereichen auf interkantonaler und Bundesebene ausgebaut (LZ RR 14; gemeinsam mit FD und GD).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 14 a–14 d des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Die Kommunikation des Kantons gewährleistet die freie Meinungsbildung der Bevölkerung in einer veränderten Medienwelt (LZ RR 18).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 18 a–18 c des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Die Möglichkeiten des Regierungsrates zur Steuerung von Verwaltung und verselbstständigten Einheiten sowie zur Rechenschaftsablage sind verbessert.
Massnahme	3.1 Die Grundsätze für Rechtsform, Steuerung, Risikomanagement, Rechenschaftsablage und Bewertung der verselbstständigten Einheiten des Kantons klären und festlegen
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Rahmen der Legislaturplanung 2011–2015 und des KEF 2012–2015 hat der Regierungsrat die Priorität des Projekts Public Corporate Governance bestätigt. Im Herbst hat er das Vorgehen diskutiert und mit Beschluss Nr. 1352/2011 einen Projektauftrag erteilt, der eine eingehende Befassung des Regierungsrates mit dem Thema vorsieht.
Massnahme	3.2 Die Aufgaben des Kantons, die erbrachten Leistungen, erzielten Wirkungen und Kosten in Controlling und Rechenschaftsablage besser erfassen und darstellen
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit Beschluss Nr. 882/2011 hat der Regierungsrat erstmals langfristige Ziele des Kantons veröffentlicht, die ein systematisches Controlling der Aufgaben des Kantons, der erbrachten Leistungen, erzielten Wirkungen und Kosten in Controlling und Rechenschaftsablage ermöglichen. Zum systematischen Aufgabencontrolling wurden bei verschiedenen Dienststellen Beratungen durchgeführt.
Legislaturziel	4 Die Übereinstimmung von politisch-administrativen Strukturen mit den funktionalen Räumen wird verbessert (LZ RR 15; gemeinsam mit DS, FD, GD und BD).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 15 c und 15 e des Regierungsrates

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,0	0,7	0,9	0,2
Aufwand	–20,7	–18,9	–18,7	0,2
Saldo	–19,8	–18,2	–17,8	0,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		–0,4		0,4
Saldo		–0,4		0,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	71,9	58,1	62,7	4,6

Erfolgsrechnung

- +0,2 Mio. Mehrertrag Staatsgebühren
- 0,2 Mio. Mehraufwand Personalkosten, Entlastung Dienstleistungen Dritter
- +0,2 Mio. Minderaufwand Dienstleistungen Dritter, Belastung Personalkosten
- +0,2 Mio. Minderaufwand Projektkosten im Bereich E-Government

Investitionsrechnung

Im Berichtsjahr wurden keine aktivierbaren E-Government-Projekte abgerechnet.

Personal

Für den Abbau der hohen Pendenzenzahl wurden zwei juristische Sekretärinnen/Sekretäre befristet angestellt.

Im Bereich E-Government wurde der vom Regierungsrat beschlossene Ausbau des ZHservices vollzogen und ein zusätzlicher Mitarbeiter beschäftigt.

Im Projekt ZHweb (Neuauftritt der kantonalen Internet- und Intranetstruktur) wurden wesentliche Teile der Projektarbeiten mit befristet angestellten Aushilfen bewältigt (in den Bereichen Kommunikationsabteilung und E-Government).

Leistungsgruppen

1000 Staatskanzlei

Hauptereignisse

Eine Übersicht über die Schwerpunkte der Staatskanzlei im Berichtsjahr findet sich in der Rubrik «Überblick Staatskanzlei». Folgende zwei weitere Themen können hier angeführt werden:

Ende Juli wurde gemeinsam mit dem Schweizerischen Generalkonsulat die Schweizerische Bundesfeier in Stuttgart durchgeführt. Im Rahmen der Pflege der Aussenbeziehungen wurde in Zusammenarbeit mit dem Europa-Institut an der Universität Zürich der Präsident des Europäischen Rates am 9. November in Zürich empfangen.

Im Rahmen des Projekts für die Erneuerung der Herausgabeform des Amtsblatts mit dem Ziel, die rechtlich massgebende Form der Veröffentlichungen ab 1. Juli 2012 in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen, wurde bei den Direktionen und der Rechtspflege im Dezember ein Mitberichtsverfahren zur Änderung der Publikationsverordnung eröffnet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Den Regierungsrat und das Präsidium beraten und unterstützen (Sitzungsvor- und -nachbereitung, Rechtsberatung, Rekursinstruktion, gesamtpolitische Planung und Berichterstattung, Aussenbeziehungen, Organisation von Anlässen)
A2	Den Regierungsrat bei der Kommunikation und Information der Öffentlichkeit unterstützen (Medienarbeit und -beobachtung, Bewirtschaftung des Internetauftritts des Kantons, amtliche Publikationsorgane, Umsetzung IDG)
A3	Für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend und unterstützend wirken (Betreuung direktionsübergreifender Gremien, Förderung und Koordination E-Government, Bewirtschaftung der Inhalte im Intranet, Postdienst, Weibeldienst)
A4	Lohnadministration und -überweisung an die Mitglieder des Regierungsrates

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Durchschnittliche Anzahl Seitenansichten im Internet pro Tag (gerundet) (A2)	P	360 000	350 000	376 923	26 923
W2	Rang des Kantons Zürich im Kantonsvergleich der Studie «Zufriedenheit im E-Government» der Universität Basel (alle 2 Jahre; A2)	min.		6	19	13
Leistungen						
L1	Anzahl vor- und nachbereitete Regierungsratsbeschlüsse (A1)	P	1 902	1 600	1 588	-12
L2	Anzahl vorbereitete Rekurse (A1)	min.	876	500	449	-51
L3	Anzahl vorbereitete Regierungsratsbeschlüsse zur gesamtpolitischen Planung und Berichterstattung (A1)	max.	14	17	17	0
L4	Anzahl entgegengenommene und weitergeleitete Eingaben an den Regierungsrat und Petitionen (A1)	P	3 417	3 000	2 737	-263
L5	Anzahl schriftliche Informationen an die Zürcher Kommissionsmitglieder in den eidgenössischen Räten (A1)	P	100	100	100	0
L6	Anzahl für den Regierungsrat organisierte Anlässe (A1)	P	246	258	233	-25

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
L7 Anzahl Medienkonferenzen (A2)	max.	79	90	62	-28
L8 Anzahl Medienmitteilungen (A2)	P	328	350	336	-14
L9 Erstellte Seiten der amtlichen Publikationsorgane und des Regierungsratsprotokolls im Format A5 (A2)	P	27 153	22 000	25 016	3 016
L10 Anzahl geleitete überdirektionale Koordinationsgremien (A3)	max.	5	7	7	0
L11 Anzahl koordinierte E-Government-Projekte (A3)	max.	20	16	21	5
L12 Anzahl bearbeitete Postsendungen (intern und extern) (A3)	P	8 059 891	7 400 000	7 739 978	339 978

Wirtschaftlichkeit

B1 Ungedeckte Kosten pro erledigter Rekurs (A1)	max.	3 709	3 800	4 027	227
---	------	-------	-------	-------	-----

Abweichungsbegründungen

L9	Seit 1. Juli 2010 müssen Rechtsetzungen unterhalb der Gesetzesstufe im Amtsblatt publiziert werden.				
B1	Nach der Verschiebung eines Teils der Rekursabteilung zur Sicherheitsdirektion wurde die Organisation im Rechtsdienst der Staatskanzlei geändert. Die Berechnung des Indikators wird neu aus der Kosten-Leistungs-Rechnung der Staatskanzlei erhoben.				

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Aufbau und Umsetzung eines Regierungscrollings Abgeschlossen Mit den Richtlinien der Regierungspolitik 2011–2015, welche die neu festgelegten langfristigen Ziele, die Legislaturziele sowie die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele umfassen, wurde die Legislaturplanung des Regierungsrates erfolgreich abgeschlossen. Eine Vorlage zur Bilanz und Weiterentwicklung des Regierungscrollings wurde im Herbst intern in Vernehmlassung gegeben, der Entscheid des Regierungsrates war Ende des Berichtsjahres noch in Vorbereitung.	2011
E2	Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (E-Government) Verzögert Gemäss Erhebung des Strategiecontrollings E-Government kommt der Ausbau der Online-Angebote für den anvisierten umfassenden elektronischen Amtsverkehr nur zögerlich voran. Vgl. auch die Berichterstattung zum Funktionsbereich E-Government. Als wichtiges neues Angebot ist die Online-Steuererklärung des kantonalen Steueramts auf der kantonalen Transaktionsplattform ZHservices umgesetzt worden.	2014
E3	Organisatorische Änderungen in der Rekursabteilung aufgrund von Rechtsänderungen Abgeschlossen Die Überführung von Teilen der Rekursabteilung zur Sicherheitsdirektion erfolgte planmässig und war bis 30. Juni des Berichtsjahres abgeschlossen. Zur Erledigung von Pendenzen wurde die Rekursabteilung mit zwei Vollzeitstellen (befristet auf zwei Jahre) verstärkt.	2011
E4	Auch in Fachgremien die Gesamtinteressen des Kantons vertreten Abgeschlossen Dieser Entwicklungsschwerpunkt hatte vor allem einen Appellcharakter. Die Bündelung von kantonsinternen und -externen Informationen, die Institutionalisierung des Informationsflusses gegenüber den zürcherischen Bundesparlamentariern sowie die laufende Prüfung von Mitgliedschaften in interkantonalen und internationalen Gremien haben dazu beigetragen.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,0	0,7	0,9	0,2
Aufwand	–20,7	–18,9	–18,7	0,2
Saldo	–19,8	–18,2	–17,8	0,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		–0,4		0,4
Saldo		–0,4		0,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	71,9	58,1	62,7	4,6

Erfolgsrechnung

- +0,2 Mio. Mehrertrag Staatsgebühren
- 0,2 Mio. Mehraufwand Personalkosten, Entlastung Dienstleistungen Dritter
- +0,2 Mio. Minderaufwand Dienstleistungen Dritter, Belastung Personalkosten
- +0,2 Mio. Minderaufwand Projektkosten im Bereich E-Government

Investitionsrechnung

Im Berichtsjahr wurden keine aktivierbaren E-Government-Projekte abgerechnet.

Personal

Für den Abbau der hohen Pendenzenzahl wurden zwei juristische Sekretärinnen/Sekretäre befristet angestellt.

Im Bereich E-Government wurde der vom Regierungsrat beschlossene Ausbau des ZHservices vollzogen und ein zusätzlicher Mitarbeiter beschäftigt.

Im Projekt ZHweb (Neuauftritt der kantonalen Internet- und Intranetstruktur) wurden wesentliche Teile der Projektarbeiten mit befristet angestellten Aushilfen bewältigt (in den Bereichen Kommunikationsabteilung und E-Government).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	524 281	–22 567	0	501 714	–22 567

Die Auflösung der Rücklagen wurde für Anlässe mit Mitarbeitenden verwendet.



Glattfelden: Hegstenbrücke



Marthalen: altes Schützenhaus



Dielsdorf: Luftaufnahme Zentrum

Direktion der Justiz und des Innern

Die Direktion stand im Zeichen des Wechsels des Vorstehers, mit dem auch eine Überarbeitung der direktion internen Führungsinstrumente erfolgte. Gleichzeitig wurden die Wahlen für den Kantonsrat, den Regierungsrat, den Nationalrat und den Ständerat vorbereitet und durchgeführt.

Zur Direktion gehören 15 Ämter und Fachstellen sowie weitere angegliederte Bereiche. Um die Führbarkeit dieses heterogenen Gebildes sicherzustellen und die Dienstleistungsorientierung zu verstärken, gelten als Leitideen die Gewährleistung der selbstständigen Aufgabenerfüllung im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und der Ziel- und Leistungsvereinbarungen sowie die Orientierung an den Bedürfnissen der betroffenen Personen und der Öffentlichkeit.

Die Aufgabenschwerpunkte der Direktion der Justiz und des Innern liegen bei der Strafverfolgung von Erwachsenen und Jugendlichen, beim Justizvollzug und beim Gemeinwesen.

Der positive Volksentscheid zum Bau des Polizei- und Justizzentrums verbessert die Planungssicherheit für die benötigten Gefängnisplätze. Wiederaufgenommen werden konnten nach einem etwa einjährigen Baustopp die Arbeiten am Massnahmenzentrum Uitikon.

Neben der Durchführung und Auswertung der Vernehmlassung zum totalrevidierten Gemeindegesetz wurden die Gemeinden auf die Einführung des neuen Finanzausgleichs vorbereitet und die Arbeiten zur Anpassung des kantonalen Rechts an die Änderungen des Zivilgesetzbuchs im Bereich Erwachsenen- und Kinderschutz zuhanden des Kantonsrates abgeschlossen.

Die Direktion der Justiz und des Innern ist aber auch zuständig für die Bereiche Kultur und Beziehung zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Weiter beschäftigten die Direktion der Start der Vorarbeiten zur Erstellung eines kantonalen Integrationsprogramms und die Ausarbeitung einer Leistungsvereinbarung mit der Opernhaus Zürich AG aufgrund des neuen Opernhausgesetzes. Im Staatsarchiv konnte das Pilotprojekt «digitale Langzeitarchivierung» abgeschlossen werden, das Anbietern ermöglicht, ihre Bestände auch in elektronischer Form zu präsentieren.

Vorbereitet bzw. durchgeführt wurden auch die Übernahme der Statthalter von der Sicherheitsdirektion in die Direktion der Justiz und des Innern bzw. die Überführung der Gebäudeversicherungsanstalt von der Direktion der Justiz und des Innern in die Sicherheitsdirektion. Als Folge der geplanten Totalsanierung der alten Börse Zürich und den in Aussicht gestellten Mieterhöhungen wurde für das Statistische Amt und das Handelsregisteramt an der Schöntalstrasse 5, 8004 Zürich, ein neuer Standort gefunden. Die Verselbstständigung des Amtes für berufliche Vorsorge und Stiftungen auf den 1. Januar 2012 wurde in die Wege geleitet.

Legislaturziele

Die Direktion der Justiz und des Innern ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzilen (LZ RR) 1, 6 und 15 des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Standes der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Direktion.

Legislaturziel	1 Personen und Gruppen, bei denen die Tendenz besteht, dass sie ausgegrenzt werden oder sich abgrenzen, sind besser erreicht und integriert (LZ RR 6; gemeinsam mit DS und BI).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturzile 6 b, 6 f und 6 g des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug sichergestellt (LZ RR 15; gemeinsam mit SK, FD und GD).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 15 a des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Auf neue Herausforderungen der öffentlichen Sicherheit wird wirksam reagiert (LZ RR 1; gemeinsam mit DS).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturzile 1 b, 1 c und 1 e des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Objektive und subjektive Sicherheit durch Schwerpunktsetzung, die Verfolgung bereichsübergreifender Zielsetzungen und eine vernetzte Deliktprävention fördern
Massnahme	4.1 Überarbeitung der rechtlichen Grundlagen für das Rechts- und Informationssystem der Direktion
Stand	Planmässig
Kommentar	Anfang Winter wurde ein Konzept zur Regelung der Datenbearbeitung in der Direktion der Justiz und des Innern erarbeitet und mit der Ausarbeitung eines ersten Gesetzesentwurfs begonnen.
Massnahme	4.2 Evaluation Intervention gegen häusliche Gewalt
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Untersuchung der Wirkungen der Intervention gegen häusliche Gewalt auf der Grundlage des Gewaltschutzgesetzes sind im Gange.
Massnahme	4.3 Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (Indikatoren: Pendenzen älter als 1 Jahr; Pendenzen älter als 2 Jahre)
Stand	Verzögert
Kommentar	Im Berichtsjahr musste eine Verschlechterung der Altersstruktur konstatiert werden.
Massnahme	4.4 Konsolidierung Schweizerische Strafprozessordnung
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Schweizerische Strafprozessordnung trat auf den 1. Januar in Kraft. Aufgrund der Vorbereitungsarbeiten gelang diese Umstellung äusserst zufriedenstellend, die gegenwärtige Rechtsprechung wird aufmerksam verfolgt.

Massnahme	4.5 Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität (Jugendgewalt)
Stand	Planmässig
Kommentar	Insbesondere bei jugendlichen Gewalttätern wurde weiterhin verstärkt auf die Senkung des Rückfallrisikos hingewirkt.
Massnahme	4.6 Verkürzung der Verfahrensdauer bei jugendstrafrechtlichen Verfahren
Stand	Planmässig
Kommentar	Die durchschnittliche Untersuchungsdauer konnte weiter verkürzt werden und bleibt ein vorrangiges Ziel.
Massnahme	4.7 Umbau und Erweiterung der Geschlossenen Abteilung des Massnahmenzentrums Uitikon fertigstellen
Stand	Planmässig
Kommentar	Nach der Bewilligung des Zusatzkredits durch den Regierungsrat im Frühling konnten die Bauarbeiten im Berichtsjahr wieder aufgenommen werden.
Massnahme	4.8 Die rückfallpräventiven Wirkungen von strafrechtlichen Sanktionen im Rahmen des Projekts «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» optimieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Projekt «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» konnte im Bereich des Bedarfsassessments modifiziert und weiter implementiert werden.
Massnahme	4.9 Die organisatorischen und betrieblichen Voraussetzungen für den Einsatz von «Electronic Monitoring» schaffen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Projekt- und Prüfplanungen zur Einführung von «Electronic Monitoring» wurden im Herbst lanciert.
Massnahme	4.10 Senkung der durchschnittlichen Dauer von Opferhilfverfahren
Stand	Planmässig
Kommentar	Die durchschnittliche Dauer der Opferhilfverfahren konnte wiederum gesenkt werden. Dies ist u. a. auf die systematische Wiederaufnahme von sistierten Verfahren sowie eine Verstärkung der Standardisierung von Verfahren um finanzielle Soforthilfe zurückzuführen.
Massnahme	4.11 Transparente und leistungsorientierte Finanzierung der Beratungsstellen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung
Stand	Planmässig
Kommentar	Im November hat die KOH eine Standortbestimmung zur im Jahr 2006 eingeführten leistungsorientierten Finanzierung durchgeführt. Aufgezeigt wurden die Entwicklungen, u. a. bezüglich der Fallzahlen und bezüglich des Aufwands pro Fall.
Massnahme	4.12 Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren
Stand	Verzögert
Kommentar	Der angestrebte Prozentsatz zur Einhaltung der 60-Tage-Frist erwies sich als zu ehrgeizig. Der anzustrebende Prozentsatz wird 2012 angepasst.

Legislativziel	5 Förderung eines breiten und hochstehenden Kulturangebots
Massnahme	5.1 Erweiterung des Kreises der regelmässig durch Staatsbeiträge unterstützten Institutionen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Kreis der unterstützten Institutionen konnte erweitert werden.
Massnahme	5.2 Überarbeitung Leitbild Kulturförderung
Stand	Planmässig
Kommentar	Start Vorprojekt Konzept und Projektorganisation

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	553,7	488,8	523,8	35,0
Aufwand	-1 158,8	-1 089,5	-1 156,2	-66,7
Kreditübertragungen aus 2010		-4,1		
Saldo	-605,0	-600,7	-632,3	-31,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen	2,3	2,0	1,3	-0,7
Ausgaben	-11,8	-20,8	-15,1	5,7
Kreditübertragungen aus 2010		-2,0		
Saldo	-9,6	-18,8	-13,8	5,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 551,6	1 565,8	1 531,4	-34,4

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 35,0 Mio. Franken oder 7,2% über dem Budget.

Wichtigste Positionen:

- +32,0 höhere Steuerkraftausgleichszahlungen von finanzstarken Gemeinden
- +3,0 buchhalterische Änderung der Regresspraxis bei Tätern in der Opferhilfe (vgl. auch Aufwand)

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 66,7 Mio. Franken oder 6,1% über dem Budget.

Wichtigste Positionen:

- 34,7 höhere Steuerfussausgleichsbeiträge (-20,6 Mio. Franken) und geringere Rückerstattungsbeiträge (-14,1 Mio. Franken)
- 21,8 höhere Steuerkraftausgleichszahlungen und geringere Rückerstattungen
- 11,0 höhere Einlage in den Ausgleichsfonds
- 8,2 höhere Massnahmenkosten
- +5,0 weitere Verbesserungen per Saldo
- +4,6 geringerer Aufwand aufgrund Verzögerung bei der Rückgabe von kirchlichen Liegenschaften an Gemeinden
- 3,1 buchhalterische Änderung der Regresspraxis bei Tätern in der Opferhilfe (vgl. auch Ertrag)
- 2,9 Lastenabgeltung an Stadt Zürich
- +2,8 geringerer Sachaufwand beim Amt für Justizvollzug
- +2,6 geringerer Personalaufwand (v. a. verzögerte Stellenbesetzungen)

Saldo:

Das Budget (einschliesslich Kreditübertragungen im Umfang von 4,1 Mio. Franken) wurde um 31,6 Mio. Franken oder 5,3% überschritten. Dies ist hauptsächlich auf den Finanz- und Lastenausgleich zurückzuführen (Abweichung 37,5 Mio. Franken). Klammert man den Finanz- und Lastenausgleich aus und berücksichtigt die erfolgsunwirksam aufgelösten Rücklagen im Umfang von 1,4 Mio. Franken, so ergibt sich eine Budgetunterschreitung von 7,3 Mio. Franken.

Investitionsrechnung

Die Investitionseinnahmen wurden um 0,7 Mio. Franken oder 35,9% unterschritten.

Wichtigste Ursachen:

-0,7 Weniger Bundesbeiträge wegen Bauverzögerung MZU (Massnahmenzentrum Uitikon)

Die Investitionsausgaben wurden um 5,7 Mio. Franken oder 27,5% unterschritten.

Wichtigste Ursachen:

+5,2 Bauverzögerung MZU (Massnahmenzentrum Uitikon)

+0,6 Bauverzögerung bei kirchlichen Liegenschaften

+0,5 Diverse Bau- und Projektverzögerungen

-0,6 Investitionen im Zusammenhang mit dem Umzug des Handelsregisteramtes und des Statistischen Amtes

Personal

Der Beschäftigungsumfang fällt im Vergleich zum Budget 2011 um 34,4 Stellen bzw. 2,2% tiefer aus als geplant.

Wichtigste Ursachen:

-20 Nichtbesetzung bzw. verzögerte Besetzung vakanter Stellen (Jugendstrafrechtspflege, Strafverfolgung Erwachsene, Statistisches Amt, Staatsarchiv, Fachstelle Kultur)

-14 Nichtbesetzung bzw. verzögerte Besetzung vakanter Stellen beim Amt für Justizvollzug aufgrund der Reorganisation des Bewährungs- und Vollzugsdienstes und der Modellversuche Risikoorientierter Strafvollzug sowie der Bauverzögerung beim Massnahmenzentrum Uitikon

Beim Personal handelt es sich um Angestellte; Behörden, Lernende und Praktikanten werden nicht ausgewiesen.

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2011	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Sanierung und Umbau Massnahmenzentrum Uitikon	3,3	38,3	10,5	27,8

Nach dem Baustopp wurden die Arbeiten im Massnahmenzentrum Uitikon zur Erneuerung und Sanierung sowie zum Umbau und Erweiterung der Geschlossenen Abteilung wieder aufgenommen. Die Werte umfassen die aufgelaufene Teuerung im Umfang von 0,5 Mio. Franken.

Leistungsgruppen

2201 Generalsekretariat JI

Hauptereignisse

Im Vordergrund standen der Wechsel an der Direktionsspitze und die Einführung des neuen Direktionsvorstehers. Gleichzeitig wurden die Wahlen für den Kantonsrat, den Regierungsrat, den Nationalrat und den Ständerat erfolgreich durchgeführt. Verschiedene Projekte wurden zudem weitergeführt. Es wurde etwa der Entwurf für ein neues Statistikgesetz in Vernehmlassung gegeben und das Konzept für ein Gesetz über die Datenbearbeitung in der JI erarbeitet. Nach dem Beschluss des Regierungsrates im Sommer wurde der Wechsel der Statthalter von der Sicherheitsdirektion in die Direktion der Justiz und des Innern sowie der Gebäudeversicherungsanstalt (GVZ) von der Direktion der Justiz und des Innern zur Sicherheitsdirektion vorbereitet bzw. abgewickelt. Seit dem 1. Januar werden die Schlichtungsstelle nach Gleichstellungsgesetz, seit dem 1. Juli das juristische Sekretariat der GVZ nicht mehr im Generalsekretariat geführt. Die Organisationsverordnung der Direktion der Justiz und des Innern wurde überarbeitet und durch neue Führungsinstrumente ergänzt. Der Gesetzgebungsdienst begleitete 58 (Vorjahr 59) Rechtsetzungsprojekte.

Das Generalsekretariat war in 60 (48) parlamentarischen Geschäften federführend. In etwas mehr Fällen erarbeitete es Stellungnahmen an andere Direktionen. Daneben erledigte es 146 (216) Rekurse (einschliesslich Begnadigungen). Bei der Rekurskommission der Gebäudeversicherung gingen bis zum 1. Juli 6 Fälle ein.

Der Personaldienst war stark mit Entwicklungs- und Umsetzungsarbeiten mit dem neuen System zur Personal- und Lohnadministration (PULS-ZH) beschäftigt, das seit 1. Januar das bisherige System (PALAS) ersetzt. Zudem war der Personaldienst an vielen gesamtkantonalen Personalprojekten beteiligt, so etwa an der Entwicklung der Personalmanagementstrategie 2012–2015, dem Projekt «Administrativverfahren» oder dem Projekt «Familienergänzende Kinderbetreuung». Die auf den 1. Januar 2012 erfolgende Übernahme des Personals der Statthalterämter von der Sicherheitsdirektion in die Direktion der Justiz und des Innern erfolgte unter der Leitung des Personaldienstes.

Im Zusammenhang mit der Abtretung kirchlicher Liegenschaften im Staatseigentum (RRB Nr. 1014/2007) wurden die Kirchen Grüningen und Embrach renoviert. Ebenfalls wurden an der Kirche Rüti verschiedene Renovationsarbeiten ausgeführt.

Das seit längerer Zeit betriebene interne Kontrollsystem der Direktion (IKS) wurde im Berichtsjahr einer Überprüfung unterzogen. Es wird nun in einzelnen Punkten den neuen IKS-Vorgaben der Finanzverwaltung angepasst.

Die Informatikabteilung der Direktion der Justiz und des Innern erbringt seit dem Berichtsjahr auch alle IT-Dienstleistungen für das Bau- und das Steuerrekursgericht.

Teile im Modul Geschäftskontrolle des Rechtsinformationssystems (RIS2) mussten aufgrund geänderter Anforderungen (StGB Anpassungen auf den 1. Januar) angepasst werden. Diese Ergänzungen und auch die Migration der Daten aus dem alten System beanspruchen mehr Zeit, weshalb der Einführungszeitplan für die Strafuntersuchungsbehörden angepasst worden ist. Die Inbetriebnahme des ersten Teils erfolgt nun auf den 1. Januar 2013.

Die Dienste des Service Centers PKI sind weiterhin sehr geschätzt. Der Bestand an Zertifikatsträgern hat innert Jahresfrist um weitere 1000 Personen zugenommen. Auch die IncaMail-Lösung hat sich zwischenzeitlich etabliert.

Das Service Center Lotus Notes der kantonalen Verwaltung arbeitet im Vollbetrieb. Auf den zentralen Lotus Notes/Domino-Systemen werden nun über 5700 Nutzer und rund 1200 Lotus Notes/Domino-Applikationen gehostet. Das Ziel des Kantonalen Informatik-Teams (KITT) von jährlich wiederkehrenden Einsparungen für den Mail-Betrieb der kantonalen Verwaltung konnte vom Service-Center-Team abermals erreicht werden. Auch der Push-Mail-Betrieb mit über 1000 Smartphone-Nutzern läuft störungsfrei und wird laufend erweitert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Generalsekretariat unterstützt den Vorsteher bei der Führung der Direktion. Neben der Stabsarbeit wie etwa Support bei parlamentarischen Geschäften, Aufsicht und Rechtsprechung, Betreuung der nachgeordneten Verwaltungseinheiten oder Einsitz in direktionsübergreifende Arbeitsgruppen werden auch eigene Projekte bearbeitet.
A2	Es führt bei sich einen Gesetzgebungsdienst sowie die Koordinationsstelle für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung. Des Weiteren ist ihm die Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt angegliedert.
A3	Der Personaldienst ist innerhalb der Direktion verantwortlich für die Umsetzung der Personalinstrumente sowie der kantonalen Personalpolitik. Er unterstützt die Amtsstellen bei der Personaladministration, -entwicklung, -information und -marketing. Er berät Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie das Kader. Ferner ist er für den Stellenplan und das Personalcontrolling zuständig.
A4	Die Hauptabteilung LFC erbringt zentral die Dienstleistungen innerhalb der Direktion JI für die Bereiche Logistik (Gebäude, Raumplanung, Sicherheit, Abrechnungen), Informatik (Beschaffung/Evaluation, Betrieb/Betreuung aller PC-Arbeitsplätze, Hard- und Softwareprodukte, Rechenzentrumsdienste usw.), Finanzen (Buchhaltungsdienste für Fachstellen/Fachämter) und (Direktions-)Controlling.
A5	Zusätzliche Dienstleistungen: Betrieb Service Center Lotus Notes Kanton Zürich (Mailbetrieb Lotus Notes und Push Mail PDA für die kantonale Verwaltung), Service Center PKI (Public Key Infrastruktur BIT und Swisscom) für die kantonale Verwaltung sowie Betrieb PKI/Security-Lösung Kantonspolizei Zürich, Hosting/Housing-Dienstleistungen für Applikationen PJZ-Datenbank und E-Voting Kanton Zürich.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit Direktionsvorsteher (A1)	min.	> gut	> gut	> gut	-
W2	Zufriedenheit Supportfunktion durch Ämter (Rückmeldungen) (A1)	min.	> gut	> gut	> gut	-
W3	Gutgeheissene Verwaltungsgerichtsbeschwerden (A1)	P	< 10%	< 10%	< 10%	-
W4	Zufriedenheit der Mitarbeitenden (Messinstrument: Resultate der Personalumfrage alle drei Jahre)		-	-	-	-
W5	- allgemein (ganze Direktion) (A1)	min.	-	-	-	-
W6	- Personaldienst (A3)	min.	-	-	-	-
W7	- ReWe/Controlling, Logistik (A4)	min.	-	-	-	-
W8	- IT (A4)	min.	-	-	-	-
W9	- Support Führung und Recht (A1)	min.	-	-	-	-
W10	Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren (A3)	P	< 10%	< 10%	< 10%	-
Leistungen						
L1	Rekursorledigungen (einschliesslich Begnadigungen) (A1)	min.	216	150–200	181	-19
L2	Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse (Anfragen, Interpellationen, Postulate, Motionen) in % aller eingegangenen Geschäfte (A1, A2)	min.	100	100	100	0
L3	Personalreporting durchführen (A3)	min.	1 x	1 x	1 x	0
L4	Betreuung PC-Arbeitsplätze (A4)	P	1 600	1 510	1 608	98
L5	Finanzreporting und Führung Rechnungswesen (ab 09) (A4)	P	30	30	30	0
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittliche Erledigungszeit spruchreifer Rekurse (in Monaten) (A1)		1	1	1	
B2	Kosten Basis-Arbeitsplatz JI (A4)		1 414	1 789	1 376	-413
B3	Gesamtkosten PC-Arbeitsplatz JI (A4)		7 248	8 150	7 200	-950
Abweichungsbegründung						
L4/B2/B3	Die erhöhte Anzahl PC-Arbeitsplätze führte zu tieferen Durchschnittskosten je Arbeitsplatz					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Betrieb der Koordinationsstelle Umsetzung neue Kantonsverfassung Abgeschlossen	2011
E2	Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes Verzögert (Abstimmung mit Überarbeitung der rechtlichen Grundlagen für das Rechts- und Informationssystem der Direktion erfordert Terminierung auf 2012.)	2011
E3	Durchführung Wahlen im Berichtsjahr (neu) Abgeschlossen	2011
E4	Abtretung kirchliche Liegenschaften Planmässig	2012
E5	Entwicklung und Umsetzung von Direktionsstandards in der Personalarbeit Planmässig	2012
E6	Schaffung eines neuen Abtretungsgesetzes (neu) Sistiert Das Projekt wurde wegen beschränkter Ressourcen als nicht prioritär zurückgestellt.	2012
E7	Überarbeitung der rechtlichen Grundlagen für das Rechts- und Informationssystem der Direktion (neu) Verzögert Erweiterung durch neue Aufgaben gemäss neuer Strafprozessordnung und weiterer Gesetzesänderungen	2011
E8	Evaluation Intervention gegen häusliche Gewalt (neu) Verzögert	2011
E9	Früherkennung von Delinquenzpotenzial und Gewaltprävention durch Implementierung der zeitnahen Kinderansprache in Fällen von häuslicher Gewalt (neu) Verzögert Das Pilotprojekt wird um etwa ein Jahr bis 2013 verlängert, damit für die Auswertung ausreichende Fallzahlen zur Verfügung stehen.	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	14,7	14,4	15,6	1,2
Aufwand	-20,1	-21,2	-19,9	1,3
Kreditübertragungen aus 2010		-0,2		
Saldo	-5,4	-6,8	-4,3	2,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-1,9	-1,5	-1,6	-0,1
Saldo	-1,9	-1,5	-1,6	-0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	56,8	58,5	58,0	-0,5

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 1,2 Mio. Franken oder 8,3% über Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +1,0 verrechenbare IT-Leistungen
- +0,2 Mehrertrag bei Gebühren

Der Aufwand liegt um 1,3 Mio. Franken oder 6,1% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0,1 Personal: weniger temporäre Arbeitskräfte
- +0,4 geringerer Informatik-Nutzungsaufwand und -Unterhalt
- +0,3 weniger Dienstleistungen Dritter
- +0,3 weniger Abschreibungen aufgrund günstiger Beschaffungen
- +0,2 Umsetzung HR-Strategie: Nichtbeanspruchung der Kreditübertragung

Investitionsrechnung

- 0,3 Aktivierung eines Serverraumes, der die Investitionsrechnung belastet
- +0,2 zeitliche Verzögerung bei IT-Projekt

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	367 291	-14 220	+21 000	374 072	+6 781

Bildung von Rücklagen 2011

Die Rechnung 2011 schliesst gegenüber dem Budget (unter Nichtverwendung der Kreditübertragung 2010 von 0,2 Mio. Franken) mit einer Saldoverbesserung von 2,5 Mio. Franken ab. Durch Verzicht auf temporäre Arbeitskräfte und entsprechender Mehrbelastung des Personals sowie restriktiver Ausgabenpolitik im Bereich Dienstleistungen Dritter und IT-Beschaffungen konnten namhafte Einsparungen erzielt werden. Zusätzliche, verrechenbare IT-Leistungen an die Ämter führen zu einem erheblichen Mehrertrag.

2204 Strafverfolgung Erwachsene

Hauptereignisse

Das Jahr war im Bereich Strafverfolgung Erwachsene geprägt durch die Einführung der neuen schweizerischen Strafprozessordnung auf den 1. Januar, die alle Beteiligten gleichermaßen gefordert hat. Dank der sehr guten Vorbereitungsarbeiten im 2010 sowie flankierender Massnahmen im Berichtsjahr (Kolloquien zum Erfahrungsaustausch, Ad-hoc-Anpassungen der Arbeitsmittel aufgrund operativer Erkenntnisse) konnte dieser Schritt erfolgreich gemeistert werden und die Strafverfolgung Erwachsene den Qualitätsansprüchen im Bereich Untersuchungsführung gerecht werden. Teilweise lässt sich der verzeichnete Rückgang der Anzahl Einvernahmen und Anklagen auf die Anwendung der neuen Strafprozessordnung zurückführen. Zu verweisen ist auch auf die erfolgreiche Überführung des Büros für amtliche Mandate in die Oberstaatsanwaltschaft, die Aufbauphase ist abgeschlossen und der operative Betrieb abschliessend eingeführt. Zudem stellte die Oberstaatsanwaltschaft mit der Rekrutierung dreier neuer Geschäftsleitungsmitglieder den reibungslosen Geschäftsgang sicher.

Die Strafverfolgung beschäftigt besonders Themen wie Hooliganismus im Rahmen von Grossveranstaltungen (Sportveranstaltungen und Veranstaltungen mit politischem Hintergrund) sowie Internetkriminalität. Im Bereich Wirtschaftskriminalität ist eine stetige Zunahme der Fallzahlen zu verzeichnen. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden sowie um die notwendige Fachkompetenz und eine effiziente Bearbeitung sicherstellen zu können, wurde im Berichtsjahr eine Fachgruppe Para-Wirtschaftsfälle im Versuchsbetrieb eingeführt, weitere Massnahmen sind in Prüfung.

Mit dem Rekrutierungskonzept für juristisches Personal konnte im Bereich Human Resources ein Meilenstein zur Qualitätssicherung gesetzt werden. Im Projekt Rechtsinformationssystem 2 (RIS2) wurde der Fokus von einer reinen Software-Ablösung hin zu einer Mehrwertsteigerung durch systemische Unterstützung der Strafverfolgungsprozesse sowie durch die Anbindung von Schnittstellenpartnern neu ausgerichtet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes, die Strafprozessordnung sowie das Gerichtsverfassungsgesetz. Strafverfahren werden als Anklagen, Einstellungen oder Strafbefehle erledigt. Die Oberstaatsanwaltschaft plant, führt und steuert die Erwachsenenstrafverfolgung und entscheidet bis zum Berichtsjahr über Verfahrensrekurse.
----	--

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Anteil Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen	P	35,4%	<= 35 %	33,0%	-2,0%
W2	Anteil erstmaliger Strafbefehle	P	79,9%	>= 75 %	79,1%	4,1%
W3	Zugelassene Anklagen	min.	98,3%	>= 95 %	98,8%	3,8%

Leistungen

L1	Anklagen	P	2 172	1 500	1 459	-41
L2	Einstellungen der Verfahren (einschliesslich Sistierungen)	P	9 684	9 000	8 926	-74
L3	Strafbefehle	P	12 354	12 000	13 727	1 727
L4	Total der Erledigungen (Summe L1-L3)	P	24 210	22 500	24 112	1 612
L5	Rekurs- und Beschwerdeentscheide	P	166	25	61	36
L6	Pendenzen insgesamt	max.	8 255	9 000	8 635	-365
L7	Pendenzen älter als ein Jahr	max.	12,2%	11,5 %	13,6%	2,1%
L8	Pendenzen älter als zwei Jahre	max.	3,5%	3,2 %	4,5%	1,3%

Wirtschaftlichkeit

B1	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Allgemeinen Staatsanwaltschaften, Fr.	P	2 530	2 651	2 439	-212
B2	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Besonderen Staatsanwaltschaften, Fr.	P	22 130	23 366	21 491	-1 875
B3	Bruttoaufwand pro erledigten Fall insgesamt in Fr.	P	3 601	3 894	3 582	-312

Abweichungsbegründungen

L1/L3	Die mit der Einführung der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung auf den 1. Januar erwartete Verlagerung von Erledigungsart Anklage zu Erledigungsart Strafbefehl bestätigte sich.
L6	Die Nettoeingänge nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 3,5% und die Pendenzen um 4,6% zu.
L4/L7/L8	Da die Erledigungen gegenüber dem Vorjahr um 0,4% abnahmen, verschlechterte sich die Altersstruktur der über ein- und zweijährigen Fälle gegenüber dem Vorjahr von 12,2% auf 13,6% (+1,4%) sowie von 3,5% auf 4,5% (+1,0%), gegenüber Budget liegen die über einjährigen Fälle 2,1% und die über zweijährigen Fälle 1,3% höher.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (Indikatoren: Pendenzen älter als 1 Jahr; Pendenzen älter als 2 Jahre) Verzögert Im Berichtsjahr musste eine Verschlechterung der Altersstruktur konstatiert werden.	2013
E2	Optimierung der Zusammenarbeit mit der Polizei und der Bundesanwaltschaft Planmässig Die Zusammenarbeit mit den Polizeikörpern wird durch gemeinsame Rapporte der Leitungsorgane und im Rahmen von Arbeitsgruppen laufend optimiert. Das «Operative working agreement», das mit der Bundesanwaltschaft ausgearbeitet wurde, wird periodisch überprüft.	2013
E3	Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung umsetzen Planmässig Die Schwerpunktbildung wird gestützt auf RRB Nr. 1068/2009 (Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung 2009–2012) umgesetzt. Die Umsetzungsergebnisse und die Umfeldbedingungen werden ausgewertet, sodass sich Optimierungsmöglichkeiten und Ansatzpunkte für neue Schwerpunktzente ergeben.	2011
E4	Vorbereitungsarbeiten Eidgenössische Strafprozessordnung Abgeschlossen	2011
E5	Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Strafsachen an das neue Strafprozessgesetz des Bundes anpassen Abgeschlossen	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	22,3	24,9	24,8	-0,0
Aufwand	-87,2	-87,6	-86,4	1,3
Saldo	-64,9	-62,8	-61,5	1,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,4	-0,2	-0,1	0,1
Saldo	-0,4	-0,2	-0,1	0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	320,6	332,0	324,8	-7,2

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0,1% unter Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0,9 höhere Bussen/Geldstrafen und Gebühren
- 0,9 geringere Beschlagnahmen

Der Aufwand liegt um 1,3 Mio. Franken oder 1,4% unter Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0,7 verzögerte Stellenbesetzungen
- +0,4 Auflösung Rückstellung Personal, Abbau Zeitguthaben
- +0,3 geringere Wertberichtigung auf Forderungen

Saldo:

Der Saldo liegt mit 1,2 Mio. Franken knapp 2% unter Budget. Hauptgründe für die Budgetunterschreitung sind nicht vollumfänglich ausgeschöpfte Stellenpläne (0,7 Mio. Franken) und geringere Wertberichtigungen auf Forderungen (0,3 Mio. Franken). Der budgetierte Ertrag konnte nahezu erreicht werden.

Investitionsrechnung

Die Investitionen werden um Fr. 74 000 nicht ausgeschöpft. Die verwendeten Mittel von Fr. 76 000 entfallen auf das im Berichtsjahr abgeschlossene und aktivierte Umbauprojekt bei der Staatsanwaltschaft IV.

- +0,1 Zurückhaltendes Investitionsverhalten aufgrund bis September 2011 hängigem Entscheid PJZ

Personal

Der Beschäftigungsumfang wurde um 7,2 Stellen nicht ausgeschöpft. Zu beachten ist, dass der Budgetwert im Gegensatz zum Rechnungswert Aushilfen und Praktikanten/innen enthält.

- 2,1 nicht enthaltene Stellen (Aushilfen und Praktikanten/innen)
- 5,1 nicht ausgeschöpfter Stellenplan

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 465 007	0	0	2 465 007	0

Auflösung von Rücklagen 2011

Keine Auflösung

Bildung von Rücklagen 2011

Die Strafverfolgung Erwachsene beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2011.

2205 Jugendstrafrechtspflege

Hauptereignisse

Das Jahr war einerseits geprägt durch die Umsetzung der auf den 1. Januar in Kraft getretenen Jugendstrafprozessordnung (JStPO) und der Strafprozessordnung (StPO) und andererseits durch einen erfreulichen (weiteren) Rückgang der zu bearbeitenden Straffälle.

Die Geschäftseingänge bei den Jugendanwaltschaften verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 7,8% (9094; Vorjahr: 9861).

Die Jugendanwaltschaften erliessen 3790 (3797) Erziehungs- und Strafverfügungen; in 60 (117) Fällen wurde Anklage bei den Jugendgerichten erhoben.

Insgesamt wurden von den Jugendanwaltschaften und Jugendgerichten 196 (255) Schutzmassnahmen und 3839 (3841) Strafen ausgesprochen. Am 31. Dezember befanden sich 106 (120) Jugendliche im Vollzug einer stationären und 401 (453) Jugendliche im Vollzug einer ambulanten Schutzmassnahme. Als Strafen wurden ausgesprochen: 1899 (1582) Verweise, 1149 (1440) Persönliche Leistungen, 540 (549) Bussen, 211 (228) Freiheitsentzüge. In 16 (44) Fällen wurde von einer Bestrafung abgesehen. Bei 22 (20) Verurteilten ordneten die Jugendanwaltschaften und die Jugendgerichte 44 (48) Erwachsenstrafen an.

Die Anstrengungen zur Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität führten auch dieses Jahr, trotz des Rückgangs der Fallzahlen, zu einer anhaltend hohen Zahl von Interventionen im Bereich der Untersuchung und des Straf- und Massnahmenvollzugs.

Im Rahmen des internen Projektes Kompetenz- und Risikoorientierung in der Jugendstrafrechtspflege (KORJUS) wurde ab Oktober des Berichtsjahres ein einheitliches, theoretisch fundiertes Handlungsmodell bei den Jugendanwaltschaften eingeführt. Das Handlungsmodell orientiert sich im diagnostischen Verfahren und im Interventionsprozess an Schutz- und Risikofaktoren auf der Ebene der/des Jugendlichen und ihrer/seiner Umwelt in Bezug auf Entwicklung und Rückfallrisiko. Durch die Strukturierung von Arbeitsschritten und Verfahren bei der Diagnostik, Planung, Gestaltung sowie der Evaluation soll die Wirkung der jugendstrafrechtlichen Interventionen weiter erhöht werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Erziehungsverfügung, Verfahrenseinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren
A2	Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Soziale Integration von Jugendlichen (Anteil der als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmenvollzug Entlassenen); (A2)	P	71%	> 60%	76%	16%
W2	Rechtsmittel (von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel einschliesslich Rechtsbehelfe); (A1)	P	2,3%	< 5%	3,7%	-1,3%
Leistungen						
L1	Verurteilungen von Jugendlichen (Anzahl mit Erziehungs- und Strafverfügung verurteilte Jugendliche); (A1)	P	3 797	6 000	3 790	-2 210
L2	Anklagen an das Jugendgericht; (A1)	P	117	90	60	-30
L3	Einstellungen der Verfahren (einschliesslich Teileinstellungen, Sistierungen und Nichtanhandnahmen); (A1)	P	2 449	2 500	1 916	-584
L4	Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich angeordneter Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen); (A2)	P	164	135	167	32
L5	Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich und jugendanwaltschaftlich angeordneter Aufsichten, persönlicher Betreuungen und ambulanten Behandlungen); (A2)	P	658	500	661	161
L6	Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer Unterbringung während des Untersuchungsverfahrens); (A1)	P	196	195	156	-39
L7	Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer ambulanten Schutzmassnahme während des Untersuchungsverfahrens); (A1)	P	159	135	111	-24
L8	Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche; (A1)	P	1 440	1 400	1 149	-251
L9	Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen in Tagen; (A2)	P	5 951	5 600	3 190	-2 410
L10	Haftfälle (Anzahl Untersuchungshaft und Freiheitsentzüge); (A1/A2)	P	149	220	172	-48
L11	Schutzaufsichten (Anzahl Begleitungen/Bewährungshilfen bei bedingten Strafen); (A1)	P	1 002	750	978	228
L12	Pendenzen pro Jugendanwalt/-anwältin; (A1)	max.	60	< 90	54	-36
L13	Durchschnittliches Pendenzalter in Tagen; (A1)	max.	130	< 150	105	-45
L14	Anteil der Pendenzen > 365 Tage; (A1)	max.	4,8%	< 10%	3,3%	-6,7%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittliche Untersuchungsdauer (in Tagen); (A1)	P	141	< 120	96	-24
B2	Anteil der innert 180 Tagen abgeschlossenen Untersuchungen; (A1)	P	70%	> 80%	81%	1%
Abweichungsbegründungen						
L1-L3	Die geringeren Geschäftseingänge in den Jahren 2010 und 2011 wirkten sich auch auf die Anzahl Verurteilungen, Anklagen und Einstellungen aus.					
L4/L5	Der Vollzug der durch die Jugendgerichte und Jugendanwaltschaften angeordneten Schutzmassnahmen ist von den geringeren Geschäftseingängen (noch) nicht betroffen.					
L6-L10	Die geringeren Geschäftseingänge in den Jahren 2010 und 2011 wirkten sich auch auf die Anzahl Untersuchungshaft und Sanktionen sowie die Anzahl vorsorglich anzuordnender Schutzmassnahmen aus.					
L11	Die hohe Zahl der Schutzaufsichten ist eine Auswirkung des JStG (Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht), das bei jeder bedingten Strafe die Anordnung einer Begleitung verlangt.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		bis
E1	Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität (Jugendgewalt) Planmässig Insbesondere bei jugendlichen Gewalttätern wurde weiterhin verstärkt auf die Senkung des Rückfallrisikos hingewirkt.	2013
E2	Einführung und Umsetzung der Eidgenössischen Jugendstrafprozessordnung Abgeschlossen Die Umsetzungen der auf den 1. Januar in Kraft getretenen Jugendstrafprozessordnung (JStPO) und der Strafprozessordnung (StPO) in den Arbeitsalltag verliefen ohne nennenswerte Schwierigkeiten.	2011
E3	Gewaltprävention in der Jugendstrafrechtspflege mit dem Projekt «Junge Intensivtäter» verstärken und vermehrt bei jugendlichen Straftätern zur Senkung des Rückfallrisikos intervenieren Planmässig Die interdisziplinäre Zusammenarbeit und der Informationsaustausch der Oberjugendanwaltschaft und der Jugendanwaltschaften mit anderen Direktionen, Behörden und zivilen Partnern wurden weiter vertieft, insbesondere mit den Jugenddiensten der verschiedenen Polizeikorps und dem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst des Kantons Zürich (KJPD).	2013
E4	Verkürzung der Verfahrensdauer bei jugendstrafrechtlichen Verfahren Planmässig Die Vorgabe, alle Strafuntersuchungen innerhalb eines Jahres abzuschliessen, konnte weitgehend erreicht und die durchschnittliche Untersuchungsdauer gesenkt werden.	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,4	3,1	2,0	-1,1
Aufwand	-46,8	-47,0	-47,0	0,0
Saldo	-44,4	-43,9	-44,9	-1,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1	-0,3	-0,2	0,0
Saldo	-0,1	-0,3	-0,2	0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	79,9	84,6	82,6	-2,0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 1,1 Mio. Franken oder 34,1% unter dem Budget.

Wichtigste Positionen:

- 0,5 Entgelte; Leistungen von Sorgeberechtigten und Jugendlichen an Schutzmassnahmen
- 0,5 Beiträge; Beiträge von Schulgemeinden an Schutzmassnahmen

Aufwand:

Das Aufwandsbudget wurde eingehalten.

Wichtigste Positionen:

- +0,1 Personal; verzögerte Stellenbesetzungen
- +0,8 Sachaufwand; geringere Kosten für Dienstleistungen Dritter
- 0,9 Interne Verrechnungen; Mehrkosten für den Straf- und Massnahmevollzug sowie Sicherheits- und Untersuchungshaft

Saldo:

Im Saldo weist die Rechnung der Jugendstrafrechtspflege eine Abweichung von -1,0 Mio. Franken (-2,4%) gegenüber dem Budget aus.

Investitionsrechnung

Investitionsausgaben:

Die Ausgaben von 0,2 Mio. Franken erfolgten für den Umzug und die Erweiterung der Jugendanwaltschaft Winterthur.

Personal

Der tiefere durchschnittliche Personalbestand in der Rechnung 2011 ist insbesondere auf verzögerte Stellenbesetzungen zurückzuführen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	94 531	0	0	94 531	0

Auflösung von Rücklagen 2011

Es wurden im Berichtsjahr keine Rücklagen aufgelöst.

Bildung von Rücklagen 2011

Die Jugendstrafrechtspflege beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2011.

2206 Amt für Justizvollzug

Hauptereignisse

Mit dem zustimmenden Entscheid der Zürcher Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zum Polizei- und Justizzentrum (PJZ) wurden im September die Weichen für eine mittelfristige Entlastung der Belegungssituation in den Institutionen des Amts für Justizvollzug (JuV) gestellt. Ebenfalls können nun die mit dem Bau des PJZ zusammenhängenden infrastrukturellen, betrieblichen und personellen Massnahmen mit grösserer Planungssicherheit konkretisiert und weiterbearbeitet werden. In Bezug auf die bereits laufenden Bauprojekte konnten diese im Berichtsjahr massgeblich vorangetrieben werden. So wurden vom Regierungsrat im Frühling die Zusatzkredite zum Umbau des Massnahmenzentrums Uitikon (MZU) und zur Sanierung der Produktionsküche im Vollzugszentrum Bachtel (VZB) bewilligt und die Bauarbeiten fortgesetzt.

Die Justizvollzugsinstitutionen im Kanton Zürich verzeichnen weiterhin eine hohe Belegung. Gesamthaft wurden im Berichtsjahr rund 480 000 Aufenthaltstage gezählt, wobei gegenüber dem Vorjahr insbesondere weniger Untersuchungs- und Sicherheitshaft anfiel, während wiederum mehr Aufenthaltstage im Strafvollzug gezählt wurden. Aufgrund des im Berichtsjahr erstmals über die ganze Periode zur Verfügung stehenden zusätzlichen Platzangebots im Gefängnis Limmattal wird nunmehr eine Auslastung von knapp 95% über alle Institutionen hinweg ausgewiesen.

Das Vollzugs- und Betreuungsangebot konnte im Berichtsjahr den gesetzlichen Erfordernissen entsprechend weiter auf die unterschiedlichen Insassengruppen abgestimmt werden. So konnte in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies (JVA Pöschwies) im Rahmen des nationalen Projekts «Bildung im Strafvollzug» (BiSt) mit den ersten acht Lerngruppen für Basisbildung gestartet werden. In den Gefängnissen Kanton Zürich (GKZ) wurde am Standort Horgen ein besonders auf austretende Insassen zugeschnittenes Programm eingeführt, mittels dem diese gezielt auf die Zeit nach der Entlassung vorbereitet werden. In den Bewährungs- und Vollzugsdiensten (BVD) konnte das vom Bundesamt für Justiz als Modellversuch anerkannte Projekt «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» (ROS) im Bereich des Bedarfsassessments modifiziert und weiter eingeführt werden. Im Zusammenhang mit der neuen Strafprozessordnung und im Hinblick auf die laufende Strafgesetzbuchrevision soll im Kanton Zürich die Einführung von «Electronic Monitoring» (EM) als Ersatzmassnahme, Vollzugsmodalität bzw. zur Sicherung von Vollzugslockerungen geprüft werden. Die entsprechende Projektplanung wurde im Herbst eingeleitet.

In organisatorischer Hinsicht wurde innerhalb des Justizvollzugs auf den 1. Januar die Halbgefängenschaft Winterthur (HGW) von den BVD in die Organisationseinheit der GKZ übergeführt. Die interne Organisation der BVD wurde zudem grundlegend neu strukturiert und auf drei Vollzugsbereiche und zwei Support- und Dienstbereiche konzentriert.

Die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) besuchte zum ersten Mal den Kanton Zürich. Sie zeigte punktuelle Verbesserungsmöglichkeiten auf, stellte den besuchten JuV-Institutionen und insbesondere der Arbeit des Personals aber insgesamt ein rundum gutes Zeugnis aus.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallten Freiheitsstrafen, Massnahmen und Nebenstrafen
A2	Vollzug von Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie Durchführung von ausländerrechtlicher Haft
A3	Betreuung der inhaftierten Personen, Bewährungshilfe durchführen, Weisungen kontrollieren
A4	Durchführung, Evaluation und Weiterentwicklung von Therapie-/Behandlungsformen und Interventionsprogrammen
A5	Betrieb und Planung der notwendigen Institutionen sowie Vernetzung und Zusammenarbeit mit Justiz-, Sozial-, Gesundheitswesen

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Anzahl Urlaube aus dem Strafvollzug (A1)	P	947	900	1 206	306
W2	– davon korrekt zurückgekehrt in % (A3)	min.	97,8	98	98,6	0,6
W3	Anzahl Ausbrüche aus Strafvollzug (A1)	max.	2	0	0	0
W4	Anzahl Ausbrüche aus Untersuchungshaft (A2)	max.	0	0	0	0
W5	Erfolgreiche Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit in % (A1)	P	78,6	80	76,8	-3,2
W6	Anzahl bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug (A1)	P	368	450	470	20
W7	Anzahl Suizide (A4)	max.	1	< 2	4	2
W8	Anzahl Übergriffe auf Personal (A4)	max.	5	< 12	4	-8
Leistungen						
L1	Anzahl Aufenthaltstage (A1/A2)	P	478 965	495 000	476 781	-18 219
L2	– davon Untersuchungs- und Sicherheitshaft (A2)	P	166 919	190 000	153 640	-36 360
L3	Anzahl psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen (A4)	P	13 135	13 000	12 890	-110
L4	Anzahl Vollzugsfälle Bewährungs- und Vollzugsdienste (Bestand Jahresende) / (A1):	P	-	-	-	-
L5	– Freiheitsstrafen (A1)	P	2 516	3 000	2 540	-460
L6	– Stationäre Massnahmen (A3)	P	437	425	428	3
L7	– Ambulante Massnahmen (A3)	P	547	580	525	-55
L8	– Gemeinnützige Arbeit (A1)	P	625	560	425	-135
Wirtschaftlichkeit						
B1	Belegung aller Anstalten und Gefängnisse in % (A5):	P	97,7	97	94,2	-2,8
B2	Kosten (Staatsbeitrag) pro Aufenthaltstag in Franken (A5):					
B3	– Justizvollzugsanstalt Pöschwies (A5)	P	261	206	262	56
B4	– Gefängnisse Kanton Zürich (A5)	P	183	130	186	56
B5	– Massnahmenzentrum Uitikon (A5)	P	737	440	811	371
B6	Geleistete Stunden gemeinnützige Arbeit (A5)	P	84 652	80 000	76 311	-3 689

Abweichungsbegründungen

W1	Der Anstieg der Anzahl Urlaube aus dem Strafvollzug gegenüber Budget und Vorjahr ist auf eine Zunahme der Urlaube aus dem offenen Strafvollzug zurückzuführen. Bei den Gefängnissen und dem geschlossenen Bereich der Justizvollzugsanstalt Pöschwies wurden 2011 weniger Urlaube gewährt.
W2/W5	Die Quote der erfolgreich absolvierten Urlaube und diejenige der erfolgreichen Abschlüsse bei der gemeinnützigen Arbeit konnten stabil bzw. nur knapp unter dem anvisierten Budgetwert gehalten werden.
W3/W4	Ausbrüche mussten glücklicherweise keine verzeichnet werden.
W7/W8	Hinsichtlich innerbetrieblicher Vorfälle wurden zwar nur wenige Übergriffe auf das Personal gezählt. Dagegen musste eine Häufung von Suiziden verzeichnet werden. Die vier Todesfälle ereigneten sich in drei unterschiedlichen Gefängnissen sowie in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies.
L1/L2	Die Zahl der Aufenthaltstage ist leicht tiefer als budgetiert ausgefallen. Dabei haben sich insbesondere die Aufenthaltstage bei der Untersuchungs- und Sicherheitshaft nicht wie geplant (stark ansteigend) entwickelt. Die Nachfrage nach geschlossenen Straf- und Massnahmenvollzugsplätzen hat dagegen 2011 wiederum zugenommen.
L5-L8/B6	Bei den Fallzahlen der Bewährungs- und Vollzugsdienste konnten die avisierten Planwerte nur für die stationären Massnahmen erreicht werden. Der Vergleich zum Vorjahr zeigt insofern ein differenzierteres Bild, als bei den Freiheitsstrafen und Massnahmen die Abweichungen im Bereich ordentlicher Schwankungen liegen. Der tiefe Wert bei der gemeinnützigen Arbeit (gegenüber Vorjahr und Budget) ist indessen wesentlich auf ein Bundesgerichtsurteil zurückzuführen, das zu einem Rückgang der Bussenfälle geführt hat. Die rückläufige Fallzahl hat sich zudem auch auf die Zahl der geleisteten Stunden niedergeschlagen.
B1	Für die Belegung aller Anstalten und Gefängnisse wird bei beinahe gleichbleibender Zahl der Aufenthaltstage ein rund drei Prozentpunkte unter Budget liegender Wert von 94,2% ausgewiesen. Diese tiefer liegende Platzauslastung ist dadurch begründet, dass die total 72 Vollzugsplätze des im September 2010 neu eröffneten Gefängnisses Limmattal erstmals über die volle Berichtsperiode zur Berechnung hinzugezogen werden konnten (formale Anmerkung zu B1: Korrektur Rechnungswert 2010: alter Wert: 97,5).
B3	Im Vergleich zum Vorjahr sind die Kosten pro Aufenthaltstag in etwa gleich geblieben.
B3-B5	Die Berechnungsart der Indikatoren wurde geändert (Bruttoprinzip), die rückwirkend gerechneten Budgetwerte für das Jahr 2011 betragen B3: Fr. 265, B4: Fr. 160, B5: Fr. 740.
B4	Im Vorjahr war die Berechnung der Kosten pro Aufenthaltstag falsch. Es wurde mit zuwenig Aufwand und Ertrag gerechnet. Der alte Wert von Fr. 157 wurde mit Fr. 183 ersetzt. Im Vergleich mit den effektiven Zahlen vom Vorjahr sind die Kosten leicht gestiegen. Dies liegt auch an den tiefen Kosten, welche die HGW (Halbgefangenschaft Winterthur) hat. Die HGW ist neu ab 2011 bei der GKZ (Gefängnisse des Kantons Zürich). Ohne die HGW wären die Kosten auf Fr. 190 statt Fr. 186 gestiegen.
B5	Im Vergleich zum Vorjahr sind die Kosten pro Aufenthaltstag um Fr. 74 gestiegen. Auch in diesem Jahr hatte der Baustopp im MZU zu diesem Ergebnis wesentlich beigetragen. Die Kostgelderträge konnten um rund 1,5 Mio. Franken gesteigert werden.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	<p>Verstärkung der Gewalt- und Rückfallprävention im Rahmen des Justizvollzugs</p> <p>Planmässig</p> <p>Mit dem laufenden, vom Bundesamt für Justiz anerkannten Projekt «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» (ROS) in den Bewährungs- und Vollzugsdiensten (BVD) sowie einem neuen, von den Gefängnissen Kanton Zürich (GKZ) am Standort Horgen umgesetzten Projekt zur Vorbereitung der Insassen auf die Zeit nach der Entlassung soll die Rückfallwahrscheinlichkeit weiter verringert werden.</p>	2014
E2	<p>Wirkungs- und Qualitätsevaluation der JuV-Leistungen insbesondere hinsichtlich der Rückfall- und Gewaltprävention</p> <p>Planmässig</p> <p>Die innerhalb des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes (PPD) von einer spezialisierten Abteilung durchgeführten Forschungs- und Evaluationsprojekte haben sich im Berichtsjahr insbesondere mit den rückfallpräventiven Wirkungen der PPD- und BVD-Leistungen befasst.</p>	2014
E3	<p>Kontinuierliche Überprüfung/Anpassung und Optimierung der Haft- und Vollzugsprogramme aufgrund der sich wandelnden Vorgaben und Erkenntnisse</p> <p>Planmässig</p> <p>Im Rahmen des nationalen Projekts «Bildung im Strafvollzug» (BiSt) konnten - zusätzlich zu den im Gefängnis Affoltern a. A. bereits bestehenden - weitere acht Lerngruppen in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies gebildet werden. Für das Gefängnis Horgen wurde ein besonders auf austretende Insassen zugeschnittenes Weiterbildungs- und Resozialisierungsprogramm entwickelt und eingeführt.</p>	2014
E4	<p>Anpassung der Infrastruktur an die Belegsituation und den voraussichtlichen Bedarf</p> <p>Planmässig</p> <p>Nachdem 2010 die Bauarbeiten im Massnahmenzentrum Uitikon (MZU) gestoppt werden mussten, konnten diese im Sommer des Berichtsjahres nach der Bewilligung des Zusatzkredits durch den Regierungsrat wieder aufgenommen werden. Ebenfalls massgeblich vorangetrieben werden konnte im Berichtsjahr die umfassende Produktionsküchensanierung im Vollzugszentrum Bachtel.</p>	2014
E5	<p>Optimierung der ämter- und fachübergreifenden Zusammenarbeit besonders hinsichtlich der Rückfall- und Gewaltprävention</p> <p>Planmässig</p> <p>Die Koordination mit den Arbeitspartnern inner- (Strafverfolgungsbehörden, Migrationsamt, Psychiatrie) und ausserhalb des Kantons Zürich (Vollzugsbehörden und -institutionen) konnte im Berichtsjahr weiter verstärkt und durch entsprechende Vereinbarungen institutionalisiert werden. Eine Arbeitsgruppe unter Federführung des JuV und mit Vertretungen aus Gesundheitsdirektion und Sicherheitsdirektion wurde zudem vom Regierungsrat zur Klärung der Voraussetzungen für die Bereitstellung eines Angebots für die Unterbringung und Behandlung von gewaltbereiten Personen und zur Festlegung der Abläufe für den Umgang mit solchen Personen beauftragt.</p>	2014

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	49,5	48,6	47,5	-1,2
Aufwand	-200,1	-202,9	-207,1	-4,2
Saldo	-150,6	-154,3	-159,7	-5,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	2,3	2,0	1,3	-0,7
Ausgaben	-8,6	-13,2	-7,7	5,5
Kreditübertragungen aus 2010		-2,0		
Saldo	-6,3	-11,3	-6,4	4,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	787,1	810,0	795,6	-14,4

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 1,2 Mio. Franken oder 2,4% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+0,9	Höhere Kostgeldeinnahmen
-1,6	Budgetunterschreitung bei Verkäufen
-0,5	Ertragsrückgang aus interner Mahlzeitenlieferungen (Küchenumbau im Vollzugszentrum Bachtel)

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 4,2 Mio. Franken oder 3,5% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+1,2	Personalaufwand infolge vakanter Stellen
-8,2	Aufwandsteigerung beim externen Straf- und Massnahmenvollzug, insbesondere bei Platzierungen in Kliniken
+1,0	Betriebsaufwand durch Sparmassnahmen
+1,0	Ersparnisse bei den Anschaffungen
+0,5	Arbeitsentgelt durch Sparmassnahmen
+0,9	Kalkulatorische Miete tiefer als budgetiert
-0,3	Erhöhung der externen Lebensmittelausgaben
-0,3	Erhöhung diverser Sachaufwände

Saldo:

Der Budgetsaldo wurde insgesamt um 5,4 Mio. Franken überschritten, davon beim Aufwand 4,2 Mio. Franken, beim Ertrag resultierte eine Unterschreitung von 1,2 Mio. Franken.

Die Kostenüberschreitungen beim Aufwand sind im Wesentlichen auf die hohen externen Vollzugskosten, insbesondere auf die Massnahmenvollzugskosten in psychiatrischen Kliniken, zurückzuführen. Die Anzahl der Platzierungen der gerichtlich angeordneten stationären Behandlungen für psychisch

schwer gestörte Täter (gemäss Art. 59 StGB) stieg an. Die Kliniktarife wurden erhöht und die Krankenkassen bezahlten einen deutlich niedrigeren Anteil als bisher. Ferner ist zu beachten, dass bereits eine kleine Zunahme von Insassen die Ausgaben beträchtlich anschwellen lassen. So verursachen 3–4 zusätzliche Insassen in psychiatrischen Kliniken durchschnittliche Mehrausgaben von über 1,0 Mio. Franken pro Jahr. Die Dauer von stationären Behandlungen ist in der Regel mehrjährig.

In jenen Bereichen des Vollzugs, wo Einflussnahmen möglich waren, konnten Einsparungen erzielt werden. Dies gilt insbesondere in den JuV-eigenen Justizvollzugsinstitutionen. Der Personalaufwand, der Betriebsaufwand, die Arbeitsentgelte und die Anschaffungen konnten deutlich unter den geplanten Budgetwerten abschliessen.

Beim Ertrag wurde der Planwert um 1,2 Mio. Franken verfehlt. Bei den Kostgeldeinnahmen konnte zwar eine Steigerung erreicht werden. Bei den Verkäufen konnte der ehrgeizige Budgetwert jedoch nicht egalisiert werden.

Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen fielen um 4,8 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Durch einen zwischenzeitlichen Baustopp wurde das Bauprojekt in der geschlossenen Abteilung des Massnahmenzentrums Uitikon verzögert. Das Budget konnte bei diesem Projekt im Berichtsjahr nicht ausgeschöpft werden. Eine entsprechende Kreditübertragung auf das Budget 2012 wurde beantragt.

Der Ersatz der Sicherheitsanlage im Gefängnis Horgen wurde vorerst irrtümlicherweise der Baudirektion zugeordnet. Dieser Irrtum wurde im Berichtsjahr korrigiert. Die Anlage wurde via Investitionsrechnung des JuV den Anlagen der Gefängnisse des Kantons Zürich zugeführt:

- +5,2 Baustopp MZU; Kreditübertragung auf 2012
- +1,1 Verschiebung verschiedener kleinerer Projekte
- 1,5 Formelle Verschiebung der Sicherheitsanlagen Horgen aus der Baudirektion in die Anlagen des JuV via Investitionsrechnung

Personal

Insgesamt wurde der geplante Personalbestand um 14,4 Stellen verfehlt. Die Gründe liegen vorwiegend bei den BVD, die im Rahmen der Reorganisation sowie der Modellversuche ROS nicht alle Stellen nahtlos besetzen konnten. Ferner entstanden zeitliche Verzögerungen bei der Einstellung von Sozialpädagogen im MZU. Zudem führte die Reduktion des Beschäftigungsgrades von Mitarbeitenden in den Gefängnissen Kanton Zürich zusätzlich zu einer leichten Unterbesetzung gemäss Budget.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	4 029 914	-1 136 823	0	2 893 091	-1 136 823

Auflösung von Rücklagen 2011

- 718 050 temporär finanzierte Anstellungen
- 125 641 interne Führungsausbildung für Mitarbeitende
- 100 259 gemeinschafts-/gesundheitsfördernde Massnahmen
- 192 873 Diverses

Bildung von Rücklagen 2011

Obwohl Einsparungen in all jenen Bereichen, wo eine direkte Einflussnahme möglich war, verwirklicht wurden (Personal-, Betriebsaufwand und bei den Anschaffungen) schloss die Jahresrechnung trotzdem mit einer deutlichen Budgetsaldoüberschreitung ab. Die Kostensteigerungen bei den exogen bedingten Straf- und Massnahmenvollzugskosten überdeckten die Sparerfolge. Das Amt für Justizvollzug beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2011.

2207 Amt für Gemeinden

Hauptereignisse

Der Regierungsrat genehmigte 6 Neufassungen und 5 Änderungen von politischen Gemeinde- und Schulgemeindeordnungen, 18 Neufassungen und 3 Änderungen von Zweckverbandsstatuten sowie die Gründung von zwei interkommunalen Anstalten und die Auflösung von neun Zweckverbänden. Ausserdem nahm er von der Vereinigung von einer vereinigten Schulgemeinde mit ihrer politischen Gemeinde, von einer Primar- und einer Oberstufenschulgemeinde zu einer neuen vereinigten Schulgemeinde sowie von einer vereinigten Schulgemeinde mit dem Schulgut einer politischen Gemeinde zu einer neuen vereinigten Schulgemeinde Kenntnis. Weiter erfolgten Vorprüfungen von 10 Entwürfen für Gemeindeordnungen und 19 Entwürfen für interkommunale Verträge.

Zur Fortbildung von Behördenmitgliedern und Verwaltungsmitarbeitenden im Bereich der Haushalts- und Rechnungsführung organisierte das Gemeindeamt zwölf Kurse mit rund 270 Teilnehmenden. Schwerpunkte waren das Kreditrecht, der neue Finanzausgleich und die Grundlagen der Haushaltsführung in der Gemeinde oder im Schulbereich. Zweimal wurde das Restatement-Tool im Zusammenhang mit der neuen Rechnungslegung unter HRM II vorgestellt. Mehrfach hielten Mitarbeitende der Abteilung Gemeindefinanzen Schulungen bei Gemeinden ab oder traten als Referentinnen und Referenten bei verschiedenen Veranstaltungen anderer Organisationen auf. Bei der Aufsichtstätigkeit ist die Koordination mit dem Bezirksrat intensiviert und die Zusammenarbeit weiterentwickelt worden. Die Einführung des neuen Finanzausgleichs ist mit Informationen und Hilfsmitteln begleitet worden, ausserdem mussten verschiedene Rechtsmittel dazu behandelt werden. Beim neuen Gemeindegesetz wurde die Vernehmlassung ausgewertet.

Das Sonderzivilstandsamt Kanton Zürich hat am 1. Januar seinen operativen Betrieb aufgenommen. Im ersten Betriebsjahr wurden rund 830 Beurkundungen vorgenommen. Als Folge der neuen Bestimmungen des Bundesrechts zum legalen Aufenthalt als Ehevoraussetzung wurden zwei Aufsichtsbeschwerden behandelt, Rechtsmittel sind in beiden Fällen beim Verwaltungsgericht hängig. Die Rück Erfassung aller lebenden Personen aus den Familienregistern ins elektronische Personenstandsregister kann fristgerecht auf Ende 2012 abgeschlossen werden. Zur Fortbildung der Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamten organisierte das Gemeindeamt acht Kurse. Insgesamt nahmen daran 173 Personen teil. Es wurden 1014 (-22%) Namensänderungsgesuche behandelt, 10 800 (-5,5%) aufsichtsrechtliche Entscheide gefällt und 12 der 24 Zivilstandsämter inspiziert.

Die Zahl der neu eingegangenen Gesuche um ordentliche Einbürgerung hat sich mit 4615 (+12,5%) gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht. Es wurden 3846 (-15,4%) Gesuche mit der Erteilung des Kantonsbürgerrechts abgeschlossen. Die Zahl der eingebürgerten Personen reduzierte sich auf 6280 (-18,2%). Mit 3982 blieb die Zahl der ausstehenden Gesuche praktisch unverändert (+0,4%). Im Bereich der erleichterten Einbürgerungen bzw. Wiedereinbürgerungen wurden vom Bundesamt für Migration 2043 (-19,2%) Geschäfte zur Bearbeitung überwiesen. Da 2301 (-7,1%) Geschäfte erledigt werden konnten, reduzierte sich die Zahl der ausstehenden Geschäfte auf 581 (-30,8%).

Als Prüfungsorgan gemäss § 140a des Gemeindegesetzes prüfte die Abteilung Revisionsdienste im Auftrag die Haushaltsführung von 124 Politischen Gemeinden, 53 Schulgemeinden und 88 Zweckverbänden. Ebenfalls revidierte sie die Rechnungen von verschiedenen Organisationen wie öffentlich-rechtlichen Anstalten, Stiftungen sowie reformierten und katholischen Kirchgemeinden. Neben den Prüfgegenständen gemäss der Verordnung über den Gemeindehaushalt führte sie Spezialrevisionen im Bereich des Krankenversicherungsgesetzes und neu der Familienzulagenabrechnung durch. Dazu kamen auch Prüfungen anlässlich von Amtsübergaben in der Finanzverwaltung oder im Steueramt.

Anlässlich des Gemeindeforums 2011 konnten sich rund 450 Interessierte über die Ergebnisse von drei neuen Studien zur Kommunalforschung informieren, darunter einer Bevölkerungsbefragung zur Zufriedenheit mit der Wohnsitzgemeinde und zu möglichen Gemeindereformen. Das Gemeindeamt war zudem massgeblich an der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage für ein Einführungsgesetz zum Kinder- und Erwachsenenschutzrecht beteiligt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Gemeindeamt trägt durch Beratung, Aufsicht und Rechtsentwicklung in den Bereichen Gemeinderecht und Gemeindefinanzen zur rechtskonformen und zeitgemässen Aufgabenerfüllung in den Gemeinden bei.
A2	Das Gemeindeamt vollzieht den kantonalen Finanzausgleich. Seine finanziellen Auswirkungen werden in separaten Globalbudgets (2215, 2291 und 2292) publiziert.
A3	Das Gemeindeamt erbringt im Auftragsverhältnis Revisionsdienstleistungen für Gemeinden und gemeinderechtliche Organisationen.
A4	Das Gemeindeamt erfüllt die kantonalen Zivilstandsaufgaben. Es trägt durch Beratung, Aufsicht und Rechtsentwicklung zur rechtskonformen und zeitgemässen Aufgabenerfüllung durch die kommunalen Zivilstandsämter bei.
A5	Das Gemeindeamt nimmt die kantonalen Einbürgerungen vor. Es sorgt durch Beratung und Rechtsentwicklung für ein rechtskonformes und zeitgemässes Einbürgerungsverfahren.
A6	Das Gemeindeamt erfüllt die Aufgaben der kantonalen Aufsichtsbehörde 2. Instanz im Vormundschaftswesen.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Anteil Zufriedenheit Kursteilnehmer mindestens gut (A1, A6)	min. gut–sehr gut	85%	98%	13%	
W2	Durchschn. Verfahrensdauer bei ordentlichen Einbürgerungen; Anzahl Monate (A5)	max.	–	18	17,9	–0,1
W3	Durchschn. Verfahrensdauer bei erleichterten Einbürgerungen; Anzahl Monate (A5)	max.	–	6	4,4	–1,6
W4	Durchschn. Verfahrensdauer bei Namensänderungen; Anzahl Monate (A4)	max.	1,2	1,5	1,5	0
Leistungen						
L1	Anzahl Behördenschulungstage (A1, A6)	min.	54	23	22	–1
L2	Anzahl Berichtigungen/Löschungen im Informatisierten Standesregister (A4)	P	1 099	3 000	2 706	–294
L3	Anzahl erledigte Namensänderungen (A4)	P	–	1 000	1 005	5
L4	Anteil Beantwortung telefonischer juristischer Anfragen innert 24 Stunden (A1)	min.	94%	80%	94%	14%
L5	Anzahl erledigte ordentliche Einbürgerungen (A5)	P	–	5 500	4 598	–902
L6	Anzahl erledigte erleichterte Einbürgerungen (A5)	P	–	2 500	2 301	–199
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschn. Anzahl Arbeitsstunden je ordentliche Einbürgerung (A5)	max.	–	2,5	2,9	0,4
B2	Kostendeckungsgrad Revisionsdienste (A3)	min.	97%	101%	97%	–4%

Abweichungsbegründungen

-
- L2 Die 2004 Berichtigungen und 702 Löschungen im Informatisierten Standesregister liegen leicht unter den budgetierten Werten. Weil in der Regel mehrere Beurkundungsstände und Personen betroffen sind, erhöhte sich der zeitliche Aufwand für die Abklärungen.
-
- L5 Die in den Jahren 2007 bis 2009 stark rückläufig gewesenen Gesuchseingänge schlagen sich in geringeren Erledigungszahlen nieder. Nachdem die Zahl der neu eingehenden Gesuche seit 2010 wieder ansteigt, erwarten wir eine Stabilisierung der Erledigungszahlen auf dem erreichten Niveau.
-
- L6 Gesuche um erleichterte Einbürgerung werden dem Gemeindeamt vom Bundesamt für Migration zur Bearbeitung überwiesen. Die Entwicklung dieser Fälle kann deshalb auf Kantonsebene nicht beeinflusst werden. Aufgrund der tendenziell ständig steigenden Zahl der gemischtnationalen Eheschliessungen erwarten wir nachfrageseitig keine grundlegende Veränderung und bereits kurzfristig wieder Erledigungszahlen von 2500.
-
- B1 Die Verfehlung des Budgetziels steht in direkter Abhängigkeit zu den deutlich geringeren Erledigungszahlen. Da für die kommenden Jahre lediglich eine Stabilisierung der Erledigungen erwartet wird, dürfte dies hinsichtlich der aufzuwendenden Arbeitsstunden kaum Auswirkungen haben.
-
- B2 Die Erlöse für die Revisionsdienstleistungen konnten im Jahr 2011 aufgrund des sehr guten Auftragsvolumens um 0,6 Mio. Franken bzw. rund 20% gegenüber dem Budget gesteigert werden. Da das Auftragsvolumen infolge der geänderten Gesetzesgrundlagen bis Ende Jahr nicht abschätzbar war, mussten kurzfristig höhere Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Dies führte einerseits zu Mehrkosten bei der Personalsuche und andererseits zu Mehraufwand für die Einführung der neuen Mitarbeitenden, d. h., die internen, der Kundschaft nicht verrechenbaren, Ausbildungsstunden stiegen markant an. Um eine effiziente und zeitgerechte Verarbeitung der Revisionsberichte sicherzustellen, wurde zusätzlich temporäres Personal für die neue Funktion Backoffice angestellt. Demgegenüber konnte vermehrt auf Dienstleistungen Dritter sowie externer Berater verzichtet werden. Die Kosten für Informatikdienstleistungen stiegen aufgrund der Anschaffung einer Revisionssoftware sowie der höheren Anzahl Arbeitsplätze um 29%.
-

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		bis
E1	Einführung des neuen innerkantonalen Finanzausgleichs; Projekt REFA Abgeschlossen	2012
E2	Ausarbeitung eines neuen Gemeindegesetzes zuhanden des Kantonsrates Verzögert (Abstimmung mit neuem Finanzausgleichsgesetz)	2011
E3	Haushaltsführungs- und Rechnungslegungshandbuch erarbeiten Verzögert (Abstimmung mit neuem Finanzausgleichsgesetz)	2012
E4	Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen Planmässig	2012
E5	Verbessern der Datenlage über die Aufgabenerfüllung und deren Wirkung in den Gemeinden (Gemeindeporträt) Planmässig	2012
E6	Revision des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts Abgeschlossen (Volksabstimmung steht noch aus.)	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	7,2	6,7	6,7	-0,0
Aufwand	-11,5	-11,6	-12,3	-0,7
Saldo	-4,3	-4,9	-5,6	-0,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	58,2	59,9	60,1	0,2

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0,6% unter Budget.

Wichtigste Ursachen:

-0,5 geringere Einbürgerungsgebühren

+0,5 höhere Revisionserlöse

Der Aufwand liegt um 0,7 Mio. Franken oder 6,5% über Budget.

Wichtigste Ursachen:

+1,0 höherer Personalaufwand (Löhne und Ausbildungsaufwand),
v. a. bei den Revisionsdiensten

-0,2 geringere Beraterkosten wegen Eigenleistungen

Saldo:

Der Globalkredit von 4,9 Mio. Franken konnte nicht eingehalten werden. Hauptgrund waren die deutlich unter dem Zielwert liegenden Einbürgerungsgebühren, die einen Minderertrag von 0,5 Mio. Franken verursachten (Details vgl. Indikatoren L5, L6). Die Revisionsdienste konnten den geplanten Umsatz von 2,7 Mio. Franken deutlich übertreffen. Die wegen der höheren Mandatslage angepasste Stellenplansituation führte gleichzeitig zu höheren Kosten (Details vgl. Indikator B2). Die Behördenschulung erzielte einen erfreulichen Mehrertrag. Die Kosten für das Informatisierte Ständesregister (INFOSTAR), die der Kanton dem Bund zahlt, werden den Gemeinden weiterverrechnet und haben die Rechnung deshalb, wie im Budget eingestellt, nicht belastet.

Personal

Der budgetierte Personalaufwand von 8,9 Mio. Franken wurde überschritten. Insbesondere die zusätzlichen Revisoren führten zu einer Personalerhöhung, die es erlaubte, den budgetierten Revisionsumsatz deutlich zu übertreffen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	140 300	-108 050	0	32 250	-108 050

Auflösung von Rücklagen 2011

Mit den aufgelösten Rücklagen wurden Mobiliaranschaffungen und Personalanlässe finanziert.

Bildung von Rücklagen 2011

Das Gemeindeamt beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2011.

2215 Finanz- und Lastenausgleich

Hauptereignisse

Die im Frühling des Berichtsjahres vom Zürcher Stimmvolk angenommene Revision des Finanzausgleichs hatte bereits Auswirkungen auf die Budgets 2012 der Gemeinden. Es stellten 20 Gemeinden ein Gesuch um Zusicherung von Übergangsausgleichsbeiträgen für das Jahr 2012. Nach Prüfung der Voranschläge und Verhandlungen mit Vertretern der Gemeinden wurde ein Beitrag von 38,1 Mio. Franken zugesichert. Bei der endgültigen Festsetzung der Beiträge für 2010 aufgrund der Jahresrechnungen wurden 25,9 Mio. Franken zurückgefordert bzw. verrechnet. Die Abgeltung der Sonderlasten an die Stadt Zürich für die Bereiche Kultur, Polizei und Sozialhilfe betrug 106,1 Mio. Franken. Die grossen Kunstinstitute der Städte Zürich und Winterthur erhielten Beiträge in gleicher Höhe (30 Mio. Franken) wie im Vorjahr.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug und Entwicklung des Steuerfussausgleichs, Einlagen in den Investitionsfonds, Lastenausgleich an die Stadt Zürich in den Bereichen Ortspolizei, Kultur und Sozialhilfe
----	---

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Akzeptanz von Empfehlungen und Entscheidungen / Ergreifung von Rechtsmitteln	max.	4,95%	< 3%	0,9%	-2,1%
W2	Aufhebung/Rückweisung von Entscheiden	max.	0	< 1%	0	-1,0%
W3	Lastenabgeltung für die Stadt Zürich (Ortspolizei, Kultur und Sozialhilfe)	P	erfüllt	erfüllt	erfüllt	-
Leistungen						
L1	Steuerfussausgleich (Anträge)	P	22	35	0	-35
L2	Lastenausgleich Zürich (Verfügung)	P	1	1	1	0

Abweichungsbegründungen

W1	Die Ergreifung von Rechtsmitteln durch die Gemeinden soll unter 3% der Anzahl ausgestellter Verfügungen liegen. Gegen die im Berichtsjahr ausgestellten 219 Verfügungen wurden zwei Rechtsmittel ergriffen. Ausgestellte Verfügungen: 170 Steuerkraftausgleichsverfügungen 2011, 4 nachträgliche Kürzungen Steuerkraftausgleich 2009, 22 Wiedererwägungsverfügungen Steuerfussausgleich 2011, 22 Kürzungen Steuerfussausgleichsbeiträge 2010, 1 Lastenausgleich Stadt Zürich.
W2	Die Aufhebung/Rückweisung von Entscheiden umfasst die nachfolgenden pendenten Fälle: Verfügungen 2009: 1 Rekurs an Regierungsrat, Verfügungen 2010: 1 Beschwerde, Verfügungen 2011: 2 Rekurse.
W3	Die Lastenabgeltung für die Bereiche Kultur, Polizei und Sozialhilfe leistet einen Beitrag für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt der Stadt Zürich. Der Beitrag an die Sonderlasten für 2011 betrug 106,1 Mio. Franken (Kultur 26,2 Mio. Franken, Sozialhilfe 29,1 Mio. Franken, Polizei 50,8 Mio. Franken).
L1	Am 15. Mai 2011 hat das Zürcher Stimmvolk der Reform des Finanzausgleichs zugestimmt. Das neue Gesetz tritt am 1. Januar 2012 in Kraft. Anträge auf Steuerfussausgleich für das Jahr 2012 sind deshalb keine mehr eingegangen.
L2	Mit Verfügung vom 15. Juli 2011 legte das Gemeindeamt die Sonderlastenabgeltung für 2011 fest.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Einführung des neuen innerkantonalen Finanzausgleiches; Projekt REFA Abgeschlossen	2012
----	---	------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
- Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2010

B 2011

R 2011

Abweichung
von B 2011

Erfolgsrechnung

Ertrag				
Aufwand	-157,5	-152,1	-189,6	-37,5
Steuerfussausgleichsbeiträge	-47,2	-40,0	-74,7	-34,7
Lastenabgeltung an Stadt Zürich	-103,3	-103,3	-106,1	-2,9
Saldo	-157,5	-152,1	-189,6	-37,5

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	0,0	0,0	0,0	
----------------------------------	-----	-----	-----	--

Erfolgsrechnung

Der Saldo liegt um 37,5 Mio. Franken oder 24,7% über dem budgetierten Aufwandüberschuss.

Wichtigste Ursachen:

- 20,6 Die bisher geforderte Eigenkapitalentnahme im Umfang von 10% des Eigenkapitals der Steuerfussausgleichsgemeinden wurde für das Zusicherungsjahr 2011 im Mai 2011 aufgehoben. Diese Praxisänderung führte zu höheren Zusicherungsbeiträgen.
- 2,9 Mit RRB vom 6. April 2011 wurde der Ausgleich neu festgelegt.
- 14,1 Der Verzicht auf die Eigenkapitalentnahme führte neben den schlechteren Jahresergebnissen der Ausgleichsgemeinden zu tieferen Rückerstattungsbeiträgen.

2221 Handelsregisteramt

Hauptereignisse

Die Umsetzung der Bestimmungen über das GmbH- und Revisionsrecht prägte auch das abgelaufene Jahr. Die Verfahren von Amtes wegen bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die weder eine Revisionsstelle gewählt noch den Verzicht auf die eingeschränkte Revision erklärt hatten, konnten weitgehend durchgeführt werden. Offengeblieben sind lediglich die beiden Rechtsformen der Stiftungen und der Genossenschaften.

Im Bereich E-Government wurde die Erstellung von digital signierten und zertifizierten Handelsregisterauszügen vorangetrieben und gegen Ende Jahr schliesslich produktiv zum Einsatz gebracht; für den Versand solcher Auszüge wie auch für vertraulichen E-Mail-Verkehr wurde die elektronische Zustellplattform IncaMail der Schweizerischen Post in Betrieb genommen. Ferner wurden Konzeptionsarbeiten geleistet, die den Empfang digital signierter und zertifizierter Anmeldungen und Belege entsprechend den bundesrechtlichen Vorgaben (Art. 175 HRegV) ab Anfang 2013 über die kantonale Zustellplattform zh-services gewährleisten. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Konzept für eine weitgehende Digitalisierung des internen Geschäftsablaufes erstellt.

Das Jahr war ferner geprägt durch den Umzug des Handelsregisteramtes vom Standort in der «alten Börse» an einen kostengünstigeren Standort an der Schöntalstrasse 5 in Zürich. Damit verbunden waren ein grosser logistischer Aufwand und eine Schliessung des Amtes für zwei Arbeitstage. Anschliessend konnte der Betrieb weitgehend reibungslos weitergeführt werden.

Im Handelsregisteramt Kanton Zürich eingetragene Unternehmen 2011

Bezeichnung	Bestand per 31.12.2010	Bestand per 31.12.2011
Einzelunternehmen	26 405	26 319
Kollektivgesellschaften	2 345	2 306
Kommanditgesellschaften	600	576
Aktiengesellschaften	30 897	31 225
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	23 710	24 895
Genossenschaften	1 308	1 214
Vereine	1 463	1 540
Stiftungen	3 369	3 327
Zweigniederlassungen mit Hauptsitz Schweiz	1 223	1 268
Zweigniederlassungen mit Hauptsitz im Ausland	689	705
Andere Rechtsformen	41	40
Total	92 050	93 415

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich bedeutsamer Tatsachen und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts (Art. 1 Handelsregisterverordnung).
----	--

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen	min.	0%	80%	100%	20%
W2	Periodische Kundenumfrage bezüglich Zufriedenheit, 3-jährlich Gesamtwertung	min.	-	gut	sehr gut	positiv
W3	Revisionsbericht EHRA	min.	gut	-		
W4	Kundenbefragung: Juristische Korrektheit, Beratungsqualität	min.	-	gut	sehr gut	positiv
Leistungen						
L1	Anzahl zu bewirtschaftende Gesellschaften	P	288 233	293 000	296 211	3 211
L2	Anzahl Rechtsauskünfte	P	26 780	26 000	23 419	-2 581
L3	Anzahl Eintragungen ins Tagesregister	P	45 608	44 000	46 429	2 429
L4	Anzahl Registerauskünfte	P	68 055	63 000	67 807	4 807
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt	P	131%	123%	121%	-2%
Abweichungsbegründungen						
W1	Nachdem der Indikator «Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen» aufgrund der hohen Geschäftszahl für die zwei vorangegangenen Jahre ausgesetzt werden musste, konnte in diesem Jahr die Aktualisierung des Registers wieder komplett vollzogen werden.					
L1	Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu.					
L2	Tendenziell ist ein leichter Rückgang der Anzahl Rechtsauskünfte zu verzeichnen. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass immer mehr Informationen zu handelsregisterrechtlichen Fragen auf der Internetseite des Handelsregisteramtes zur Verfügung stehen.					
L3	Der Anstieg in der Anzahl Eintragungen in das Tagesregister ist auf die Durchführung der amtlichen Verfahren bezüglich der Umsetzung des Revisionsrechtes zurückzuführen.					
Entwicklungsschwerpunkte						
Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar						bis
E1	Gegenwärtig nachgeführtes und wahres Register Planmässig					2014
E2	Neu: Einführung einer elektronischen Handelsregisteranmeldung (Art. 175 Handelsregisterverordnung) Planmässig					2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	13,8	13,5	13,3	-0,2
Aufwand	-10,6	-11,0	-11,0	-0,0
Saldo	3,2	2,5	2,3	-0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben			-0,4	-0,4
Saldo			-0,4	-0,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	56,9	57,1	57,3	0,2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 0,2 Mio. Franken oder 7,5% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

-0,2 Für das Berichtsjahr wurden im Zusammenhang mit der Gesetzgebung per 1. Januar 2008 betreffend neues Revisionsrecht (opting out) noch ausserordentlich anfallende Mehrerträge budgetiert. Diese Mehrerträge sind jedoch zu einem grossen Teil bereits 2010 angefallen und kaum mehr im Berichtsjahr. Im Berichtsjahr wurden die entsprechenden amtlichen Verfahren durchgeführt, die Aufwände verursachen, aber keine hohen Erträge erbringen.

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 0,2% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

-0,2 Aus dem Umzug an den neuen Standort sind einmalige Umzugskosten entstanden.
+0,2 Ein geringerer Aufwand ergibt sich im Wesentlichen aus tieferen Personalkosten sowie Rückerstattungen und Rückstellungen im Personalbereich. Im Weiteren ergibt sich ein Minderaufwand aufgrund tieferer Abgaben an den Bund (Korrelat zum geringer angefallenen Ertrag) sowie diverser Minderaufwendungen wie Mietersparnis seit November 2010.

Saldo:

Die nicht budgetierten Umzugskosten konnten kompensiert werden. Jedoch führt der bereits 2010 statt wie prognostiziert im Berichtsjahr angefallene Mehrertrag zu einem gegenüber dem Budget verschlechterten Saldo von 0,2 Mio. Franken.

Investitionsrechnung

-0,4 Die Ausgaben in der Investitionsrechnung sind durch den Umzug des Handelsregisteramtes an den neuen Standort bedingt. Diese Ausgaben werden jedoch in den kommenden Jahren durch den tieferen Mietzins am neuen Standort kompensiert (vgl. auch RRB Nr. 886/2011).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	323 737	0	0	323 737	0

Auflösung von Rücklagen 2011

Keine Auflösung

Bildung von Rücklagen 2011

Das Handelsregisteramt beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2011.

2223 Statistisches Amt

Hauptereignisse

Im Wahljahr 2011 wurden an insgesamt sechs Wochenenden Wahlen und Volksabstimmungen durchgeführt. Am 3. April fanden die Kantons- und Regierungsratswahlen statt, am 15. Mai die Synodalwahlen und am 23. Oktober die National- und Ständeratswahlen mit dem zweiten Wahlgang für den Ständerat am 27. November. An vier Wochenenden wurden Volksabstimmungen über eine eidgenössische Vorlage und 16 kantonale Vorlagen durchgeführt. Es wurden acht kantonale Volksinitiativen und drei kantonale Volksreferenden zur Prüfung der erforderlichen Anzahl gültiger Unterschriften eingereicht. Dies entspricht einem überdurchschnittlich hohen Wert. Alle Wahlen und Abstimmungen verliefen reibungslos. Erste Zwischenergebnisse und Hochrechnungen konnten wie üblich kurze Zeit nach Urnenschliessung publiziert werden. Die neue Internetapplikation mit den Hochrechnungen und der detaillierten sowie übersichtlichen Darstellung der Ergebnisse fanden Anklang und die anschliessenden Wahlanalysen stießen auf grosses Interesse bei den Medien.

Im Rahmen der Grundversorgung beantwortete der Datashop über 2400 Anfragen in mündlicher oder schriftlicher Form. Zum fünften Mal seit dem Jahr 2000 und vier Jahre nach der letzten Messung wurde wieder ein Mystery Calling durchgeführt zur Überprüfung der Dienstleistungsqualität. Verglichen wurde der Auskunftsdienst mit fünf anderen, vergleichbaren Stellen. Das Statistische Amt erreichte zum dritten Mal den ersten Platz.

Im Verlauf des Berichtsjahres erschienen neben der Broschüre «Kanton Zürich in Zahlen» 20 Analysen zu zahlreichen Themen. In der Umfrage über die Zufriedenheit mit den Publikationen schnitt das Statistische Amt sehr gut ab. Insbesondere waren die Leserinnen und Leser mit dem Informationsgehalt äusserst zufrieden.

Der Bereich «Befragungen und Evaluationen» verzeichnete überdurchschnittlich viele Aufträge für Personalmfragen sowie zahlreiche weitere Aufträge zur Messung der Zufriedenheit von Kundinnen und Kunden sowie Auszubildenden.

Daneben konnten auch weitere Grossprojekte wie die Testphase des E-Votings, die Registerharmonisierung, die Vernehmlassung des Statistikgesetzes und die erstmalige zentrale Berechnung der Wohnbevölkerung für den Finanzausgleich erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Integration des bisherigen Internetauftrittes in das kantonale CMS (Content-Management-System) und die Umrüstung aller Arbeitsplatz-PC auf das Sicherheitssystem der Direktion erfolgten ohne Probleme.

Auch der Umzug des Statistischen Amtes vom Bleicherweg 5 an die Schöntalstrasse 5 verlief dank guter Planung reibungslos.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich in angemessen guter Qualität
A2	Anbieten von ergänzenden Statistikdienstleistungen für kantonale und kommunale Verwaltungsstellen, die Wirtschaft und für Private
A3	Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen, sowie Prüfung von Initiativen und Referenden

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Berichte in der Presse über statistische Analysen (A1)	P	84	> 80	103	23
W2	Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Anwendungen auf Website (A1)	P	803 072	> 800 000	673 163	-126 837
W3	Positive Beurteilung der Publikationen durch Nutzer (Anteil zufriedener Kunden) (A1)	P	-	> 90%	96,6%	6,6%
W4	Kundenorientierung des Auskunftsdienstes: Rangfolge unter sieben vergleichbaren Ämtern (A1)	P	-	< 4	1	-3
W5	Zufriedenheitsgrad bei Wahlen und Abstimmungen der beteiligten Instanzen (in %) (A3)	P	-	> 80	93,9	13,9
Leistungen						
L1	Anzahl geführte Statistiken (A1)	P	27	27	27	0
L2	Anzahl Statistikanfragen an Data Shop (A1)	P	2 147	> 2 200	2 466	266
L3	Anzahl Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen (A1)	min.	24	> 20	21	1
L4	Anzahl Verkäufe statistisches Jahrbuch	P	393	> 400	362	-38
L5	Anzahl kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 500.- je Fall (A2)	min.	76	> 70	129	59
L6	Anzahl durchgeführte Wahlen und Abstimmungswochenende (A3)	P	4	9	9	0
L7	Rasche Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantonsebene (in Min. nach Eintreffen des letzten Gemeindeergebnisses) (A3)	max.	3	< 15	5	-10
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad kundenspezifische Dienstleistungen (variable Kosten) (A2)	P	-	100%	129%	29%
Abweichungsbegründungen						
W2	Aufgrund des Umstiegs auf das kantonale Content Management System können die Anzahl Anwendungen auf der Homepage nicht mehr mit den bisherigen Werten verglichen werden. Die Zählweise wurde von der Anzahl Anwendungen auf die Anzahl Besuche auf der Website angepasst.					
L4	Durch das erweiterte Angebot von statistischen Informationen auf der Website ist der Verkauf von Jahrbüchern weiterhin rückläufig.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes (vgl. LG 2201 E2) Ausarbeitung und Vernehmlassung wurden im Berichtsjahr abgeschlossen.	2011
E2	Ausbau der Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen u.a. für die Volkszählung E2 wurde mit dem Abschluss des Post-Projektes auf Mitte des Berichtsjahres abgeschlossen.	2014
E3	Ausbau des Statistikangebots auf Internet Planmässig Die Datenbestände werden laufend aktualisiert und mit einem kontinuierlichen Ausbau werden zusätzliche Bedürfnisse soweit möglich abgedeckt.	2014
E4	Evaluation von PKI-Lösungen für E-Voting E4 wurde mit dem Schlussbericht E-Voting und der Beendigung der Testphase auf Ende des Berichtsjahres abgeschlossen.	2012
E5	Steigerung der Erträge aus Dienstleistungen Planmässig	2012

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung					
Ertrag		0,6	0,5	0,8	0,3
Aufwand		-8,2	-9,3	-8,0	1,3
Kreditübertragungen aus 2010			-0,9		
Saldo		-7,6	-8,8	-7,1	1,6
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben		-0,2		-0,2	-0,2
Saldo		-0,2		-0,2	-0,2
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		28,3	31,5	27,3	-4,2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 0,3 Mio. Franken oder 61,0% über dem Budget.

Wichtigste Position:

+0,3 Mehrverkäufe

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 1,3 Mio. Franken oder 4,6% unter dem Budget.

Wichtigste Positionen:

- +0,5 Personal: Der Stellenplan war zeitweise nicht voll ausgelastet.
- +0,6 Sachaufwand: grösste Einsparungen im Bereich Wahlen und Abstimmungen, Informatik-Nutzungsaufwand und Mietkosten. Das für das Berichtsjahr nicht budgetierte Projekt Registerharmonisierung konnte mit der Kreditübertragung aus dem Vorjahr gedeckt werden.
- +0,2 Interne Verrechnungen: reduzierte Ausgaben im Bereich Wahlen und Abstimmungen sowie Informatikdienstleistungen

Saldo:

Unter Berücksichtigung der Kreditübertragung aus dem Jahr 2010 von Fr. 916 000 für das Projekt Registerharmonisierung liegt der Abschluss der Rechnung um rund 1,6 Mio. Franken unter dem Globalkredit.

Investitionsrechnung

Der nicht budgetierte Umzug belastet die Investitionsrechnung mit rund Fr. 209 000.

Personal

Die Einsparung beim Personalaufwand von rund 0,5 Mio. Franken ist vor allem auf eine zurückhaltende Einstellungspolitik zurückzuführen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	168 303	-15 389	+5 000	157 914	-10 389

Auflösung von Rücklagen 2011

Es wurden Rücklagen im Umfang von Fr. 15 389 aufgelöst.

Bildung von Rücklagen 2011

Dank Personalentwicklung (Weiterbildung und interner Beförderung), gezielter Personalplanung und Automatisierungen konnte die Effizienz und somit auch die Anzahl Dienstleistungen deutlich gesteigert werden. Dadurch wurde der budgetierte Ertrag um mehr als 0,3 Mio. Franken übertroffen. Die Einsparung beim Personalaufwand von rund 0,5 Mio. Franken ist vor allem auf eine zurückhaltende Einstellungspolitik zurückzuführen. Erwartete Kostensteigerungen im Bereich Wahlen und Abstimmungen sowie im Bereich Informatik fielen dank guten Verhandlungen geringer aus.

2224 Staatsarchiv

Hauptereignisse

Die gut fünfjährige Um- und Ausbauphase des Staatsarchivs in struktureller und personeller Hinsicht konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Die mittelfristige Infrastrukturplanung wurde konsolidiert und tritt in eine entscheidende Phase.

Als Schwerpunkte sind zu nennen:

- Umsetzung von RRB Nr. 1485/2010 (Besetzung der auf 2011 zusätzlich bewilligten 9,5 Stellen)
- Entscheid zur Schaffung von je zwei Lehrstellen (Informations- und Dokumentationsfachpersonen, bzw. Handbuchbinderinnen und Handbuchbinder für 2013–2016)
- Erhebung der zur Verfügung stehenden Magazinreserven und Bedarfsmeldung für Bau 3 des Staatsarchivs auf 2019
- Überlieferungsbildung: Beteiligung an der Spezifikation verschiedener Daten-Exportschnittstellen (RIS 1, POLIS usw.) und GEVER-Applikationen (RIS 2, BD), Abschluss mehrerer Rahmenvereinbarungen, Erarbeitung eines Leitfadens zur Führung von Gemeindearchiven, Vornahme von Nachbewertungen
- Aktenerschliessung: Aufbereitung bestehender Findmittel für die Online-Publikation (Abschluss 2012), weitere Konsolidierung der Erschliessungsregeln, Fortsetzung des Abbaus Restanzen Zwischenarchiv
- Individuelle Kundendienste: verschiedene Projekte zur Verbesserung der (Kunden-)Infrastruktur, Projekt zur Einführung der elektronischen Benutzerführung (Abschluss Anfang 2012)
- Beständeerhaltung: Fortsetzung des Projekts Aufbereitung Sammlung PLAN und der konservatorischen Aufbereitung der Bestände A (alte Akten bis 1798) und E I (Kirchenakten), Abschluss Erhebung Zustandsanalyse Mikrofilme, Weiterführung Aufbau Kompetenzzentrum Audiovisuelle Medien
- Editionsprojekte: Projekt «Transkription und Digitalisierung Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse seit 1803»: weitgehender Abschluss der Digitalisierung von gesetzten RRB und KRP (Ende 19. Jh. bis Ende 20. Jh.), Fortsetzung der Publikation transkribierter Beschlüsse; Projekt «Elektronische Rechtsquellen-Edition Zürich»: Stellenbesetzungen und Beginn der Editionsarbeit sowie der Entwicklung eines Webportals; Projekt «Kunstdenkmäler-Inventarisierung»: Abschluss der Arbeiten an Band V (Vernissage 2012); Projekt «Elektronische Edition der Zürcher Stillstandsprotokolle des 17. Jh.»: erste Publikationen; Projekt «Elektronische Edition der Zürcher Schulumfrage 1771/1772»: Vorbereitung der ersten Publikationstranche auf Anfang 2012; Projekt «Elektronische Edition der Offiziellen Gesetzessammlung»: Planung Pilot 2012

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Überlieferungsbildung: Gewährleistung einer authentischen Überlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Regeln
A2	Akten: Aktenerschliessung gemäss archivwissenschaftlichen Regeln unter Berücksichtigung der Kundeninteressen
A3	Individuelle Kundendienste: Gewährleistung der Benützung der Archivbestände durch die Kunden
A4	Beständeerhaltung: Erhaltung und Pflege der Archivbestände
A5	Editionsprojekte: Tiefenerschliessung und Edition zentraler Quellserien

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Anzahl erreichte potenzielle Leser: 1 000 000	min.	2,5 Mio.	erfüllt	3,6 Mio.	1,1 Mio.
W2	Anzahl qualifizierte Website-Besuche (> 3 Min.): 25 000	min.	-	erfüllt	17 000	-8 000
W3	Überlieferungsbildung: Gesamtzufriedenheit der anbietepflichtigen Stellen (Umfrage alle drei Jahre)	min.	-	90%	erfüllt	-
W4	Aktenschliessung: Gesamtzufriedenheit der internen und externen Kunden mit den Findmitteln (Umfrage alle zwei Jahre)	min.	-	90%	erfüllt	-
W5	Individuelle Kundendienste: Gesamtzufriedenheit der externen Kunden (Umfrage alle zwei Jahre)	min.	-	90%	erfüllt	-
W6	Anzahl Recherchen auf Online-Datenbank: 10 000	min.	-	erfüllt	103 012	93 012
W7	Bestandserhaltung: Verfügbarkeit nachgefragte Unterlagen	P	-	100%	erfüllt	-
Leistungen						
L1	Anzahl Rahmenvereinbarungen (A1)	min.	-	6	4	-2
L2	Anzahl Ablieferungen (A1)	min.	131	60	125	65
L3	Abgelieferte Akten in Laufmetern (A1)	min.	662	800	558	-242
L4	Im Vorjahr abgelieferte Unterlagen +400 Lfm. Restanzen (A2)	P	74%	100%	94%	-6%
L5	Anzahl Besucher/innen und schriftliche Anfragen (A3)	min.	1 895	2 000	1 687	-313
L6	Schriftliche Anfragen sind innert einer Woche beantwortet (A3)	min.	-	90%	90%	-
L7	Neuzugänge Bibliothek sind innert dreier Monate katalogisiert (A3)	min.	-	90%	90%	-
L8	Konservierte Bestände in Laufmetern (A4)	min.	-	150	150	-
L9	Konservierte audiovisuelle Bestände in Laufmetern (A4)	min.	-	30	2	-28
L10	Anzahl online publizierte Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse	min.	-	40 000	12 091	-27 909
L11	Online edierte Rechtsquellen	min.	-	200	0	-200
L12	Anzahl Visitationen von kommunalen Archiven	min.	30	20	19	-1
Abweichungsbegründungen						
Die Wirkungs- und Leistungsindikatoren wurden auf das Berichtsjahr inhaltlich überarbeitet. Aus diesem Grunde sind die Indikatoren für das Rechnungsjahr 2010 nur noch teilweise aufgeführt.						
W1	Der Indikator «Anzahl erreichte potenzielle Leser» war mit 3,6 Mio. erneut viel höher als geplant. Diese hohe Präsenz ist u. a. auf das mediale Interesse für die elektronische Edition der Rechtsquellen und der Stillstandsprotokolle zurückzuführen.					
W2	Infolge Änderung der Messmethode ist die Anzahl qualifizierter Website-Besuche > 3 Min. um 8000 niedriger als erwartet.					
W6	Der Zielwert von 10000 beim Indikator «Anzahl Recherchen auf Online-Datenbank» ist mit 103 012 massiv höher. Die Werte werden aufgrund neuer Kenntnisse über das Kundenverhalten angepasst (Tendenz: Die herkömmliche Website wird nicht mehr so stark genutzt; immer mehr geht die Kundschaft direkt auf die Online-Recherche).					
L2	Die Anzahl Ablieferungen im Bereich der Überlieferungsbildung war aufgrund von Kleinstablieferungen mit 125 deutlich höher als vorgesehen.					
L3	Durch die erfolgte Personalaufstockung im Bereich der Überlieferungsbildung konnten rigorosere Bewertungen durchgeführt werden, wodurch anstelle der budgetierten 800 Laufmeter nur 558 Laufmeter Akten übernommen werden mussten.					
L4	Der Indikator «Im Vorjahr abgelieferte Unterlagen +400 Lfm. Restanzen» mit Zielwert 100% der Abteilung Aktenschliessung wurde mit 94% zwar ganz knapp verfehlt, aber gegenüber 2010 und 2009 (74% bzw. 51%) konnte das Ergebnis infolge Personalaufstockung deutlich verbessert werden.					

- L5 Die Anzahl Besucher/innen und schriftliche Anfragen ist im Berichtsjahr mit 1687 anstelle der budgetierten 2000 zurückgegangen. Die Ursache dafür ist noch nicht klar; es ist zu früh, von einer Tendenz zu sprechen, zumal bestimmte Werte im Nutzungsbereich auch deutlich steigen.
- L9 Infolge Projektverschiebungen im Bereich Konservierung von audiovisuellen Beständen wurden anstelle der geplanten 30 Laufmeter nur 2 Laufmeter bearbeitet.
- L10 Im Bereich der Editionsprojekte wurde der Zielwert von 40 000 online publizierten Kantonsratsprotokollen und Regierungsratsbeschlüssen mit 12 091 aufgrund interner Projektverschiebungen und Optimierungen von Qualitätssicherungsmassnahmen noch nicht erreicht.
- L11 Durch die verzögerte Entwicklung des Web-Portals und komplexe Vorbereitungsaufgaben beim Projekt eROZH konnten im Berichtsjahr noch keine Rechtsquellen online aufgeschaltet werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Überlieferungsbildung: Nachhaltige Aktenführung der anbietepflichtigen Stellen (Rahmenvereinbarungen) / Archivierung elektronischer Akten Planmässig Der Erfüllungszeitpunkt der Entwicklungsschwerpunkte E1–E5 wurde im KEF 2012–2015 auf das Jahr 2015 verschoben.	2014
E2	Aktenerschliessung: Aktenerschliessung Akten 20./21. Jh. / Abbau Restanzen Zwischenarchiv Planmässig	2014
E3	Individuelle Kundendienste: Leistungsfähiger Betrieb vor Ort und für die korrespondierende Kundschaft / Aufbau und Betrieb Online-Plattform (Portal, Query, Bestellschalter) Planmässig	2014
E4	Beständeerhaltung: Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Lesbarkeit/Zugänglichkeit von Beständen / Aufbau Kompetenzzentrum Konservierung/Restaurierung moderne Medien Planmässig	2014
E5	Editionsprojekte: Tiefenerschliessung und Edition zentraler Quellserien Planmässig	2014

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,7	1,2	1,2	-0,0
Aufwand	-7,7	-9,0	-8,7	0,3
Kreditübertragungen aus 2010		-0,1		
Saldo	-7,0	-7,8	-7,5	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,3	-0,2	-0,3	-0,1
Saldo	-0,3	-0,2	-0,3	-0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	40,0	48,1	43,7	-4,4

Erfolgsrechnung

Ertrag

Der Ertrag wurde um 3,8% verfehlt.

Wichtigste Ursachen:

- 0,1 geringerer Mittelbedarf für die Projekte «Elektronische Rechtsquellen-Edition» Zürich und «Transkription und Digitalisierung Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse seit 1803»
- +0,1 nicht budgetierter Ertrag Projektvorfinanzierung «Archives Online» sowie nicht budgetierte Bundessubventionen

Der Aufwand liegt um 0,3 Mio. Franken oder 3,6% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0,2 Verschiebungen von Stellenbesetzungen aufgrund verzögerter Projekte
- +0,6 Sachaufwand und Dienstleistung Dritter
- 0,4 Mobilier (Schränke für Projekt Sammlung PLAN)

Saldo

Die Rechnung 2011 schliesst im Vergleich zum Budget 2011 mit einer positiven Abweichung von Fr. 274 000 ab (einschliesslich Kreditübertragung Fr. 50 000).

Der Aufwand der Rechnung ist gegenüber dem Budget (einschliesslich Kreditübertragung) um Fr. 320 000 Franken niedriger. Infolge geringerem Mittelbedarf für die Projekte TKR und eRQZH und Verschiebungen von Stellenbesetzungen fielen weniger Personalkosten im Umfang von Fr. 250 000 an. Diverse Lohnrückerstattungen (Projekte, Unfallversicherung, Honorare) waren um Fr. 50 000 höher als budgetiert. Beim Sachaufwand wurden Fr. 471 000 weniger für Dienstleistungen Dritter ausgegeben, und bei der Anschaffung und dem Unterhalt von Maschinen konnten Fr. 78 000 eingespart werden.

Die Kreditübertragung für das Projekt Informationsverwaltung Staatsarchiv in der Höhe von Fr. 50 000 wurde infolge Projektverschiebung nicht in Anspruch genommen. Demgegenüber mussten für das Projekt Sammlung PLAN Schränke für nicht budgetierte Fr. 390 000 angeschafft werden. Informatikkosten und Verpackungsmaterial fielen mit Fr. 143 000 bzw. Fr. 46 000 mehr ins Gewicht.

Investitionsrechnung

Im Berichtsjahr mussten am Altbau Staatsarchiv statische Verstärkungsmassnahmen vorgenommen werden. Budgetiert waren Fr. 200 000, angefallen sind Kosten in der Höhe von Fr. 253 000.

Personal

Die Abweichung im Personalbestand der Rechnung 2011 gegenüber dem Budget 2011 von 4,4 Stellen ist mit 2,6 Stellen auf Verschiebungen von Stellenbesetzungen zurückzuführen, bezüglich Projekte TKR und eRQZH war der Stellenplan 2011 um 1,8 Stellen weniger ausgelastet.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	243 973	0	0	243 973	0

Auflösung von Rücklagen 2011

Keine

Bildung von Rücklagen 2011

Das Staatsarchiv beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2011.

2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen

Hauptereignisse

Unter der Aufsicht des BVS stehen 1031 (Vorjahr: 1126) Personalvorsorgeeinrichtungen einschliesslich 430 (485) Wohlfahrtsfonds und reine Finanzierungsstiftungen mit Sitz im Kanton Zürich oder Schaffhausen, wobei die Einrichtungen mit reglementarischer Vorsorge Gesamtaktiven von 153,0 (147,9) Mrd. Franken verwalten (die Mittel der BVK im Umfang von 21,0 [20,5] Mrd. Franken nicht eingerechnet). Dazu kommen noch 624 (618) klassische Stiftungen mit Sitz im Kanton Zürich mit Gesamtaktiven von rund 3,9 (4,0) Mrd. Franken, 3 (3) Anlagestiftungen mit 11,8 (11,8) Mrd. Franken sowie 7 (7) Freizügigkeitsstiftungen und Stiftungen der Dritten Säule mit 8,8 (8,3) Mrd. Franken Bruttovermögen. Am Jahresende umfassten die Register für die berufliche Vorsorge 434 (456) zur Durchführung des Obligatoriums registrierte Vorsorgeeinrichtungen.

Aufgrund der Jahresrechnungen 2010 sieht der finanzielle Zustand der beaufsichtigten Einrichtungen mit reglementarischer Vorsorge mit Sitz im Kanton wie folgt aus: 7,30% (9,39%) der vom Amt beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit Sitz im Kanton Zürich, die dem Freizügigkeitsgesetz (FZG) unterstehen, wiesen Ende 2010 eine Unterdeckung auf [einschliesslich Schaffhauser Einrichtungen 7,49%]. Der durchschnittliche Deckungsgrad dieser Vorsorgeeinrichtungen sank auf 90,03% (93,99%) (einschliesslich Schaffhauser Einrichtungen 88,68%).

Die Rechtserlasse der beaufsichtigten Einrichtungen (insbesondere die Reglemente) werden laufend, gestützt auf die sich ändernden tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen, Teilrevisionen unterzogen, die aufsichtsrechtlich zu prüfen sind. Insgesamt erliess das BVS 561 (629) beschwerdefähige Verfügungen, davon wurden 6 (9) angefochten. 246 (296) dieser Verfügungen betrafen die Genehmigung von Teilliquidationsreglementen. Die anderen Verfügungen betrafen zur Hauptsache aufsichtsrechtliche Genehmigungen (Urkundenänderungen, Fusionen, Verteilungspläne bei Gesamtliquidationen und Ähnliches).

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Wahrnehmung der Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und über die klassischen Stiftungen
A2	Wahrnehmung der Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge des Kantons Schaffhausen
A3	Das BVS prüft als Aufsichtsorgan Pensionskassen und Stiftungen. Neben der Prüfung und Genehmigung von Bestimmungen und/oder Massnahmen gehören dazu auch die Kontrolle der Berichterstattungen der Einrichtungen und Rechtsmittelentscheide.
A4	Informations- und Beratungstätigkeit

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit Teilnehmer mit BVS-Weiterbildungsveranstaltungen (A4)	min.	gut	gut	gut	-
W2	Aufhebung/Rückweisung aufsichtsrechtlicher Entscheide der Rechtsmittelinstanz (A1/A2)	max.	0%	5%	0,17%	-4,83%
W3	Zufriedenheit der beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit der Amtstätigkeit (A1-A4)	min.	n. q.	gut	gut	-

Leistungen

L1	Verfahrensdauer für spruchreife Rechtsgeschäfte: Verfahrensdauer (in Monaten) (A3)	max.	6	6	6	0
L2	Anzahl durchgeführter Informationstage zur beruflichen Vorsorge (A4) (ab 10)	min.	4	4	4	0
L3	Anzahl durchgeführter Informationsveranstaltungen für klassische Stiftungen (A4) (ab 10)	min.	0	2	0	-2

Wirtschaftlichkeit

B1	Kostendeckungsgrad: PK- und Stiftungsaufsicht (A1-A4)	P	105%	99%	93,3%	-5,7%
----	---	---	------	-----	-------	-------

Abweichungsbegründungen

L1	Ein Rechtsgeschäft hat die Verfahrensdauer von höchstens sechs Monaten überschritten.
L3	Aufgrund der Arbeiten zur Verselbstständigung des Amtes wurden die alle zwei Jahre stattfindenden Informationsveranstaltungen für klassische Stiftungen auf 2012 verschoben.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Übernahme Sammeleinrichtungen vom BSV aufgrund Strukturreform Verzögert Das Parlament hat die Strukturreform auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt. Den Kantonen wurde für die Übernahme eine Übergangsfrist von drei Jahren gewährt.	2012
E2	Bearbeitung von Unterdeckungs- und Sanierungsfällen bei den Vorsorgestiftungen Planmässig Die finanzielle Lage der Gesamtheit der beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen hat sich verbessert, obwohl der durchschnittliche Deckungsgrad der Vorsorgeeinrichtungen in Unterdeckung gesunken ist.	2012
E3	Vselbstständigung des Amtes als öffentlich-rechtliche Anstalt (Ausgliederung aus JI und Zentralverwaltung) Planmässig Das Gesetz zur Verselbstständigung des Amtes (BVSG) tritt auf den 1. Januar 2012 in Kraft.	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
- Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2010

B 2011

R 2011

Abweichung
von B 2011

Erfolgsrechnung

Ertrag	3,7	3,8	3,8	-0,0
Aufwand	-3,5	-3,8	-4,0	-0,2
Saldo	0,2	-0,0	-0,3	-0,2

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	18,5	19,3	20,4	1,1
----------------------------------	------	------	------	-----

Erfolgsrechnung

Ertrag

Der Ertrag liegt um 0,5 % unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 0,1 weniger Gebühren, da Abnahme von Stiftungen
- +0,1 mehr Kursgelder

Aufwand

Der Aufwand liegt um 0,2 Mio. Franken oder 5,4% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 0,1 Stellenzunahme
- 0,1 Informatikaufwand aufgrund Anpassungen für die Verselbstständigung

Saldo

Von den sieben 2012 geplanten Neueinstellungen (Strukturreform -> Übernahme der Sammel-einrichtungen vom Bund) wurden 4,8 Stellen schon im Laufe des Berichtsjahres besetzt. Teilweise kompensieren sich die Neueinstellungen mit unterjährigen Vakanzen und Abgängen. Weiter fallen Zusatzkosten für die EDV-Anpassungen infolge Verselbstständigung BVS auf den 1. Januar 2012 an.

Personal

Der geplante Stellenaufbau für die Verselbstständigung fand teilweise schon im 4. Quartal 2011 statt.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	44 000	-44 000	0	0	-44 000

Auflösung von Rücklagen 2011

- 15 000 für Personalaufwendungen
- 29 000 für Firmencoaching «Fit for future»

Bildung von Rücklagen 2011

Es wird keine Bildung von Rücklagen beantragt, da die Verselbstständigung des Amtes auf den 1. Januar 2012 erfolgt.

2232 Fachstelle Opferhilfe

Hauptereignisse

Interkantonale Abgeltung von Beratungsleistungen:

Opfer können sich unabhängig von ihrem Wohnsitz an eine Beratungsstelle ihrer Wahl wenden. Das revidierte Opferhilfegesetz sieht neu vor, dass der Standortkanton einer Beratungsstelle vom Wohnsitzkanton eine pauschale Abgeltung für die Beratungsleistung erhält. Die Kantone haben nun – gestützt auf die Fachempfehlungen der Schweizerischen Verbindungsstellen-Konferenz OHG (SVK-OHG) – erstmals den anderen Kantonen Beratungsleistungen in Rechnung gestellt. Der Kanton Zürich hat für die Beratung von Opfern mit Wohnsitz in anderen Kantonen in den Jahren 2009 und 2010 netto, d. h. unter Berücksichtigung der von ihm geleisteten Abgeltungen für die Beratung von Zürcher Opfern in anderen Kantonen, Einnahmen von Fr. 419 925 erzielt.

Leistungsorientierte Finanzierung und Beaufsichtigung der anerkannten Opferberatungsstellen:

Die Kantonale Opferhilfestelle hat im November eine Veranstaltung für alle Mitarbeitenden der Opferberatungsstellen und für Personen aus ihrer Trägerschaft durchgeführt. Darin ging es zum einen um eine Standortbestimmung zur leistungsorientierten Finanzierung aus Sicht des Kantons (Erfahrungen und Learnings). Zum andern wurden die Entwicklungen seit der Einführung der neuen Finanzierung im Jahr 2006, u. a. bezüglich der Fallzahlen und dem Aufwand pro Fall über die Jahre und im Vergleich der Opferberatungsstellen untereinander, aufgezeigt. Fazit aus Sicht der Kantonalen Opferhilfestelle war in erster Linie, dass die leistungsorientierte Finanzierung mit den dabei erhobenen Kennzahlen eine sinnvolle Steuerung des Opferberatungsangebots im Kanton Zürich ermöglicht. Die Leistungen der Opferberatungsstellen sind sichtbarer und die Kostentransparenz höher. Im Mai hat die Kantonale Opferhilfestelle zudem das Projekt «KonQua NFO» gestartet. Im Wesentlichen geht es dabei um die Konkretisierung von einzelnen Qualitätsvorgaben und um die Erarbeitung eines ganzheitlichen Konzepts zur Überprüfung der Qualitätsvorgaben. Im Berichtsjahr wurden mit Vertreterinnen aller Beratungsstellen und unter Beizug einer externen Beraterin zwei Workshops durchgeführt. Der Projektabschluss ist auf Mitte 2012 geplant. Mit allen neun anerkannten Opferberatungsstellen wurden im Berichtsjahr neue Leistungsaufträge für die Jahre 2012 und 2013 abgeschlossen. Die neun anerkannten Opferberatungsstellen erhielten als Abgeltung für ihre Leistungen im Berichtsjahr Staatsbeiträge in der Höhe von Fr. 4 964 600.

Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit:

Auch im Berichtsjahr hat die Kantonale Opferhilfestelle wieder in zahlreichen inter- und innerkantonalen Arbeitsgruppen mitgewirkt. Sie vertritt die SVK-OHG in einer Arbeitsgruppe der Koordinationsstelle für Menschenhandel und Menschenschmuggel. Diese befasst sich im Kontext mit dem Nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel mit der Erarbeitung eines nationalen Opferschutzprogramms. Am Schweizerischen Praxisaustauschtag der SVK-OHG haben Mitarbeiterinnen der Kantonalen Opferhilfestelle verschiedene Workshops zu gegenwärtigen Themen aus der Praxis moderiert. Neu hat die Kantonale Opferhilfestelle sodann ein Merkblatt «Opferhilfe – Das Wichtigste in Kürze» verfasst, das in acht Sprachen übersetzt wurde. Im Mai hat sie für die Frauenhäuser des Kantons Zürich eine halbtägige Schulung zur finanziellen Opferhilfe durchgeführt.

Leistungen an Opfer:

Im Berichtsjahr wurden an Opfer und Angehörige insgesamt finanzielle Leistungen in der Höhe von Fr. 3 811 845 erbracht. Allein die Genugtuungszahlungen betragen Fr. 1 368 015. Im Rahmen von Regressverfahren gegenüber Tätern konnten insgesamt Rückforderungen in der Höhe von Fr. 170 961 erhältlich gemacht werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Beurteilung von Gesuchen von Opfern um finanzielle Hilfe
A2	Administrative Aufsicht über Beratungsstellen, Finanzierung der Beratungsstellen

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
--	-----	--------	--------	---------	-----------------------

Wirkungen

W1	Durchschnittliche Dauer der Opferhilfverfahren (ohne Dauer einer allfälligen Sistierung) (A1), ab 2011 als Wirkungsindikator	max.	2,6 Mte.	3 Mte.	2,4 Mte.	-0,6
W2	Durchschnittliche Anzahl Beratungsfälle pro Berater/in à 100 Stellenprozent (A2), ab 2011	P		250	230	-20

Leistungen

L1	Anzahl der beurteilten Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe (A1)	min.	691	530	774	244
L2	Anzahl eröffnete Beschwerdeverfahren (A1), ab 2011	P		20	4	-16
L3	Anzahl eröffnete Regressverfahren (A1), ab 2011	P		80	47	-33
L4	Anzahl abgeschlossene Leistungsverträge mit Beratungsstellen (alle zwei Jahre) (A2), ab 2011	P		9	9	0

Wirtschaftlichkeit

B1	Kostendeckungsgrad der 50%-Regressstelle (A1)	min.	100%	100%	100%	0
B2	Kosten je Opferhilfverfahren im Durchschnitt in Fr. (einschliesslich Leistungen an Opfer) (A1)	P	7 864	7 000	7 020	20

Abweichungsbegründungen

L1	Dank einer standardisierten und systematischen Überprüfung von sistierten Opferhilfverfahren durch eine befristet angestellte Mitarbeiterin konnten viele Opferhilfverfahren wieder aufgenommen und abgeschlossen werden.
----	---

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Senkung der durchschnittlichen Dauer von Opferhilfverfahren Planmässig	2014
E2	Transparente und leistungsorientierte Finanzierung der Beratungsstellen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung Planmässig	2014

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,4	0,4	3,6	3,3
Aufwand	–11,6	–10,5	–13,7	–3,2
Saldo	–11,2	–10,1	–10,1	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	7,0	7,0	6,6	–0,4

Erfolgsrechnung

Ertrag

Der Ertrag liegt um 3,3 Mio. Franken oder 935% über Budget.

Wichtigste Ursachen:

+0,4 Leistungsabgeltung andere Kantone

+3,0 Regress Täter; Änderung der Praxis Sollstellungen Regress

Der Aufwand liegt um 3,2 Mio. Franken oder 30,9% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

–3,1 Wertberichtigungen/Forderungsverluste: Änderung der Praxis Sollstellungen Regress

–0,2 Opferhilfeleistungen

Saldo

Im Saldo weist die Rechnung der Fachstelle Opferhilfe eine Abweichung von 33 000 Franken (+0,3%) gegenüber dem Budget aus.

Aufgrund der Empfehlung der Finanzkontrolle wurde die Buchungspraxis bezüglich Verbuchung der Täterregresse geändert. Sämtliche Ansprüche (Rückgriff Täter) werden nun sofort nach dem Entscheid der Inanspruchnahme aktiviert. Dies führte im laufenden Geschäftsjahr zu massiv höheren verbuchten Erträgen, deren Eingang jedoch ungewiss ist und somit zu höheren Wertberichtigungen. Bei den Wertberichtigungen werden seit 2011 Einzelbewertungen nach bestimmten Kriterien vorgenommen. Ebenfalls führten die Leistungsabgeltungen der anderen Kantone für die Jahre 2009 und 2010 zu einem Mehrertrag.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	14 962	-4 786	+15 000	25 176	+10 214

Auflösung von Rücklagen

Die Fachstelle Opferhilfe löste Rücklagen im Betrag von Fr. 4786 auf.

Bildung von Rücklagen 2011

Die Rechnung schliesst gegenüber dem Budget mit einer Saldoverbesserung ab, hauptsächlich wegen Vakanzen, die dank Mehrleistung des Personals aufgefangen werden konnten. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 15 000 beantragt.

2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich

Hauptereignisse

Die Fachstelle hat zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann Gleichstellungswissen für Fachleute und Bevölkerung aufbereitet und vermittelt, war in zahlreichen verwaltungsinternen und -externen Arbeitsgruppen und Gremien aktiv und hat zehn Projekte eingeleitet oder weitergeführt.

Um Unternehmen für die verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu sensibilisieren und ihre Anstrengungen diesbezüglich zu fördern, hat die Fachstelle gemeinsam mit der Standortförderung den Wettbewerb «Prix BalanceZH – Familienfreundlichste Zürcher Unternehmen» ausgeschrieben. In vier Kategorien wurden Unternehmen ausgezeichnet, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besonders familienfreundliche Arbeitsbedingungen bieten. 52 Unternehmen hatten sich um den Prix BalanceZH beworben. Die Fachstelle hat den Wettbewerb, die Jurierung und die Preisverleihung konzipiert und durchgeführt.

Zur Thematik der Lohngleichheit hat die Fachstelle gemeinsam mit dem Statistischen Amt die Löhne von Frauen und Männern in der Zürcher Privatwirtschaft vertieft analysiert und die Entwicklung seit 2002 in der Lohnstudie «Frauenlöhne, Männerlöhne, Vollzeitlöhne, Teilzeitlöhne» publiziert.

Im Bildungsbereich engagiert sich die Fachstelle für das Gelingen des Nationalen Zukunftstags (ehemals Tochtertag). Sie leistet Öffentlichkeitsarbeit für die Aktivitäten im Kanton Zürich und schult Lehrkräfte und Leitungspersonen, damit diese den Anlass in ihrer Schule gezielt und erfolgreich umsetzen.

Die Fachstelle hat die verschiedenen Gleichstellungsjubiläen zum Anlass genommen, den Wandel des Frauenbildes in den letzten Jahrzehnten anhand von historischen Filmdokumenten aufzuzeigen und mit Fachleuten zu diskutieren. Die Film- und Diskussionsveranstaltung mit dem Titel «FrauenBilder – FrauenRechte» fand an unterschiedlichen Orten im Kanton sein Publikum.

Bei den Beratungen standen die Gleichstellung im Erwerbsleben und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Zentrum. Besonders häufig wandten sich Personen wegen sexueller Belästigung, Lohn-diskriminierung und Nachteilen wegen ihrer Elternpflichten an die Fachstelle. Der Anteil der Anfragen von Männern betrug ein Drittel.

Seit Juni hat die Fachstelle eine neue Leiterin.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
A2	Verbesserung der Information und des Erkenntnisstands über die Defizite der Gleichstellung von Frau und Mann im Kanton Zürich
A3	Unterstützung von Regierungs- und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der kantonalen Gleichstellungspolitik
A4	Sensibilisierung der Bevölkerung für Gleichstellungsfragen
A5	Förderung und Unterstützung einer gleichstellungskonformen und -förderlichen Personalpolitik bei strategisch wichtigen Fragestellungen
A6	Sicherung der gesamtheitlichen Konzeption und Steuerung der Vereinbarkeitspolitik des Regierungsrates, Leitung des dafür eingesetzten Koordinationsgremiums

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen					
W1 Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen bei Sachgeschäften der Direktionen, Ämter und Abteilungen (ab 10) (A3)	P	1	1	5	4
W2 Verbesserung des Wissens zu Gleichstellungsfragen; Umfrage alle zwei Jahre (ab 10) (A4)	min.	-	-	-	-
W3 Öffentlichkeitsarbeit Information: Besuche auf Website (Durchschnitt/Monat) (A4)	min.	10 280	7 500	50 142	42 642
Leistungen					
L1 Gleichstellungsprojekte: Anzahl pro Jahr (A1)		11	12	13	1
L2 Erarbeiten von Stellungnahmen (A3)	min.	19	20	12	-8
L3 Auskünfte und Beratungen, Anzahl Auskunfts- und Beratungsstunden Durchschnitt/Monat) (A2/A5)	min.	26	30	82	52
Abweichungsbegründungen					
W3	Prix-Balance ZH (Familienfreundlichstes Zürcher Unternehmen 2011), Leiterinnenwechsel, bzw. die Kommunikation über die Aktivitäten der FFG und die Beratungshaltung Anfragende auf die Website hinzuweisen, haben zu den vielen Besuchen auf unserer Website geführt.				

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Gleichstellung von Frau und Mann im Sinne des Gender Mainstreaming in der Verwaltung zu verankern (Gender Mainstreaming bedeutet, Tätigkeiten und Vorhaben immer auf ihre eventuell geschlechtsspezifischen Auswirkungen zu prüfen) Planmässig	2014
E2	Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern Abgeschlossen Die Vereinbarkeitsarbeit an sich ist nicht abgeschlossen, jedoch das Projekt «Vereinbarkeit von Beruf und Familie».	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,1	0,1	–0,0
Aufwand	–1,1	–1,1	–1,0	0,1
Saldo	–1,1	–1,0	–1,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4,6	4,2	4,1	–0,1

Erfolgsrechnung

Ertrag

Der Ertrag liegt um 0,046 Mio. Franken oder 43% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+0,025 Entgelte für Erbringung von internen und externen Dienstleistungen

–0,070 geringere Bundesbeiträge (projektbezogen)

Der Aufwand liegt um 0,087 Mio. Franken oder 7,7% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+0,086 Honorare (projektbezogen)

Saldo

Im Saldo weist die Rechnung der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann eine Abweichung von Fr. 42 000 (+4%) gegenüber dem Budget aus (unter Berücksichtigung des Kantonsratsbeschlusses Verbesserung des Budgets 2011).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	18 796	–6 448	+11 000	23 348	+4 552

Auflösung von Rücklagen

Die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann löste Rücklagen im Betrag von Fr. 6448 auf.

Bildung von Rücklagen 2011

Die Rechnung schliesst gegenüber dem Voranschlag mit einer Saldoverbesserung von Fr. 41 759 ab. Geringerer Personalaufwand und sparsame Ausgabenpolitik führten zu diesem Ergebnis. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 11 000 beantragt.

2234 Fachstelle Kultur

Hauptereignisse

Der Regierungsrat verlieh auf Antrag der Kulturförderungskommission den Kulturpreis in der Höhe von Fr. 50 000 an den Komponisten, Musikpädagogen und Musiker Daniel Fueter sowie den Förderpreis in der Höhe von Fr. 40 000 an den Regisseur Samuel Schwarz für seine Arbeit mit der Theatergruppe 400asa. Zudem wurde der mit Fr. 20 000 dotierte Nikolaus-Harnoncourt-Preis dem Musiker und Musikwissenschaftler Luiz Alves da Silva zugesprochen. Im Bereich Literatur wurden fünf Auszeichnungen in der Höhe von jeweils Fr. 10 000 verliehen.

Für 56 Kulturinstitutionen, einschliesslich der Opernhaus Zürich AG, der Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich und der Zürcher Filmstiftung, wurden Subventionen in der Höhe von Fr. 88 655 000 ausgerichtet.

Mit Einzelbeiträgen und subsidiären Beiträgen an die kulturellen Jahres- oder Saisonprogramme in den Gemeinden wurden rund 1100 Veranstaltungen aus den verschiedensten Kunstbereichen mit gesamthaft Fr. 1 363 500 unterstützt. Damit wurde ein reichhaltiges Kulturleben im ganzen Kantonsgebiet gefördert.

Die kantonale Kulturförderungskommission prüfte 469 Gesuche und entschied in 219 Fällen positiv: Im Bereich Bildende Kunst wurden 24 Veranstaltungen und Publikationen mit Projektbeiträgen von gesamthaft Fr. 99 100 unterstützt. An 14 im Kanton wohnhafte Kunstschaaffende wurden Werkbeiträge von jeweils Fr. 18 000 (insgesamt Fr. 252 000) vergeben. Zudem wurden für die kantonale Kunstsammlung Werke von 55 Künstlerinnen und Künstlern im Wert von Fr. 547 750 angekauft. Aus den Musik-, Theater-, Literatur- und Tanzkrediten wurden Fr. 584 400 an 113 Musikproduktionen, Fr. 554 000 an 43 Theaterproduktionen, 7 Literatur-Werkbeiträge mit einer Gesamtsumme von Fr. 242 000 sowie Fr. 213 000 an 19 Tanzproduktionen vergeben. Der Kanton Zürich ist im Tanzbereich zudem an einem kooperativen Fördermodell beteiligt: Zusammen mit der Stadt Zürich und der Kulturstiftung Pro Helvetia bestehen mit drei Zürcher Tanzkompanien kooperative Fördervereinbarungen. Der Anteil des Kantons betrug im Berichtsjahr Fr. 150 000.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Erhaltung des Kulturschaffens und Unterstützung der damit verbundenen Aufgaben der historischen Pflege, Aufbewahrung, Erforschung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes zur Wahrnehmung der kulturellen Kontinuität
A2	Förderung zeitgenössischer künstlerischer Produktion: Ermöglichen von kürzeren und längeren Arbeitsprozessen, von Veranstaltungen und Projekten
A3	Förderung der Kunstvermittlung: Unterstützung der Bestrebungen, künstlerische Produktionen einem breiten Publikum näherzubringen
A4	Umsetzung des Kulturförderungsleitbildes, insbesondere die finanzielle Sicherung der traditionsreichen grossen Kulturinstitute sowie die Förderung des kulturellen Lebens in den Landgemeinden und von überregionalen Kulturprojekten
A5	Sicherstellung der Qualität der Dienstleistungen trotz wachsender Zahl der Gesuche

Indikatoren						
	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Publikumserfolg am Opernhaus, Auslastung (A1, A2, A4)	min.	76,7%	74–78%	77,8%	–
W2	Theater für den Kanton Zürich: Anzahl Vorstellungen (A2, A3, A4)	P	132	120	131	+11
W3	Theater für den Kanton Zürich: Zufriedenheit der Gemeinden, Umfrage mit Ergebnis mindestens «gut»	min.	–	–	–	–
W4	Freie Kredite: Anzahl geförderte Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge (A2)	P	26	20	19	–1
Leistungen						
L1	Anzahl mit regelmässigen Staatsbeiträgen unterstützte Institutionen (A1)	P	52	50	56	+6
L2	Anzahl Geschäfte Fachstelle Kultur (A5)	P	1 700	2 100	1 700	–400
L3	Anzahl subsidiär unterstützte Veranstaltungen in den Zürcher Gemeinden (A5)	P	991	1 500	1 100	–400
L4	Anzahl Wiedererwägungsgesuch (A5)	max.	1	<= 30	0	–30
Wirtschaftlichkeit						
B1	Eigenwirtschaftlichkeit des Opernhauses in %	min.	40,5	40–45	41,8	–
B2	Anteil Kosten in Fr./J./Einw. des Kantons Zürich am Saldo Kulturförderung	P	61,91	63,05	60,42	–2,63
B3	Anteil Personalkosten der Fachstelle Kultur im Vergleich zum Saldo der Laufenden Rechnung in %	P	1,18	1,60	1,28	–0,32
Abweichungsbegründungen						
L2/L3	Mit der Einführung eines neuen Subventionsmodells im Bereich der subsidiär unterstützten kulturellen Veranstaltungen in den Gemeinden (pro Gemeinde wird nur eine Gesuchseingabe berücksichtigt, in welcher Veranstaltungen zu einem Saison- oder Jahresprogramm gebündelt werden; keine Gesuchstellung für Einzelveranstaltungen mehr möglich) hat sich die Anzahl Geschäfte auf dem Niveau des Vorjahrs stabilisiert.					
Entwicklungsschwerpunkte						
Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar					bis	
E1	Erweiterung des Kreises der regelmässig durch Staatsbeiträge unterstützten Institutionen Planmässig				2016	

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	44,6	45,9	45,0	-0,9
Aufwand	-129,1	-130,7	-127,8	2,9
Beitrag an Opernhaus Zürich	-79,9	-78,6	-78,0	0,6
Saldo	-84,5	-84,8	-82,8	2,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-3,0	-3,0	0,0
Saldo		-3,0	-3,0	0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	5,8	8,4	6,0	-2,4

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0,9 Mio. Franken oder 2,0% unter Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +1,3 Mehrerträge von rund 1,3 Mio. Franken aus ILV-Beiträgen (Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen)
- 2,2 Nicht beanspruchte Lotteriefondsmittel in der Höhe von 2,2 Mio. Franken (saldo-neutral, siehe auch unter Aufwand)

Der Aufwand liegt um 2,9 Mio. Franken oder 2,2% unter Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +2,2 Minderausgaben bei den Spartenkrediten und Betriebsbeiträgen (saldoneutral, siehe auch unter Ertrag)
- 0,5 Nicht budgetierte ILV-Zahlungen (Kanton Luzern, Beitrag an Geschäftsstelle)
- +0,6 Einsparungen bei den Personal- und Sachkosten sowie den internen Verrechnungen
- +0,7 Minderaufwendungen bei den Staatsbeiträgen (v. a. Opernhaus Zürich und Theater Kanton Zürich)

Saldo

Die Rechnung der Fachstelle Kultur schliesst mit einem Saldo von Fr. 82 839 440 und unterschreitet den budgetierten Aufwandüberschuss um Fr. 1 956 360.

Investitionsrechnung

Keine Bemerkungen

Personal

Verzögerungen bei den Besetzungen von neuen bewilligten Stellen sowie Abwesenheit und Pensumsreduktion infolge Mutterschaft.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	18 022	-15 249	+17 000	19 773	+1 751

Auflösung von Rücklagen

Die Fachstelle Kultur löste Rücklagen im Betrag von Fr. 15 249 auf.

Bildung von Rücklagen 2011

Die Rechnung der Fachstelle Kultur schliesst mit einem Saldo von Fr. 82 839 440 und unterschreitet den budgetierten Aufwandüberschuss um Fr. 1 956 360. Dank grossem Arbeitseinsatz konnten Vakanzen infolge Verzögerungen bei Stellenbesetzungen und Absenzen infolge Mutterschaftsurlaub kompensiert und die Personalkosten tief gehalten werden (rund Fr. 291 500 unter Budget). Zurückhaltung bei der Vergabe von Aufträgen an Dritte und hohes Kostenbewusstsein bei Beschaffung und Einsatz von Sachmitteln führten zu Minderaufwendungen bei den Sachkosten (rund Fr. 106 400 unter Budget). Der auf 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen (ILV) ist auch der Kanton Aargau beigetreten, wodurch der Ertrag aus ILV-Beiträgen höher ausfällt als zum Zeitpunkt der Budgetierung für das Berichtsjahr erwartet. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 17 000 beantragt.

2241 Fachstelle für Integrationsfragen

Hauptereignisse

Die Spezialkommission des Kantonsrates hat den von ihr erarbeiteten Entwurf eines kantonalen Integrationsgesetzes dem Kantonsrat zur Ablehnung empfohlen. Der Kantonsrat folgte dieser Empfehlung.

Als Antwort auf die sich verändernde Migration und den Bedürfnissen der neu einwandernden, mehrheitlich hochqualifizierten, Fachkräfte wurde eine Vernetzungs- und Informationsplattform geschaffen, die 2012 konsolidiert werden soll.

Die Öffentlichkeitsarbeit konnte gemeinsam mit der Bildungsdirektion, der Gesundheitsdirektion und der Sicherheitsdirektion themenspezifisch verstärkt werden. Des Weiteren wurde von der Fachstelle eine Informationsmappe für Neuzuzüger aus dem Ausland entwickelt, produziert und an alle Gemeinden zur Abgabe verteilt. Sowohl der Ausbau der Kampagne wie auch das neue Informationsmaterial für Neuzuzüger stiessen auch im Berichtsjahr auf ein grosses Echo.

Das Pilotprojekt «Integrationsmodule» wurde im Berichtsjahr weiterentwickelt und Analysen in drei weiteren Gemeinden durchgeführt. Die Analyseberichte und Workshop-Abläufe konnten im Berichtsjahr weiterhin optimiert werden. Dieses auch von privaten Stiftungen und dem Bund mitgetragene Projekt erlaubt, den spezifischen Bedarf der einzelnen Gemeinden an Integrationsmassnahmen möglichst genau zu ermitteln und für sie wirtschaftlich und gesellschaftlich bestmögliche Lösungen zu entwickeln. Zudem wurde zusätzlich ein sogenannter Modulkatalog entwickelt. Dieser Katalog bewährter und gut übertragbarer Integrationsangebote dient den Gemeinden im Rahmen der Bedarfsanalyse und Beratung als Nachschlagewerk.

Die Zusammenarbeit mit Konsulaten und Migrantenorganisationen wurde intensiviert und eine erste erfolgreiche Grossveranstaltung durchgeführt.

Wiederum fanden öffentliche Informationsveranstaltungen zu verschiedenen gegenwärtigen Themen, u. a. zur gegenwärtigen Entwicklung der Migration und zum nationalen Flüchtlingstag, statt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Förderung der sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration von Migrantinnen und Migranten mit Information, Bildung und gezielter Projektförderung im Sinne von Fördern und Fordern – verbindlich ab dem ersten Tag – zur Herstellung von Chancengleichheit
A2	Aktive Koordination und Zusammenarbeit zum Thema Integration in der kantonalen Verwaltung, mit Gemeinden und privaten Organisationen
A3	Sensibilisierung der Bevölkerung und Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Integration
A4	Zusammenarbeit mit Partnerkantonen und den Bundesbehörden, insbesondere mit dem Bundesamt für Migration (BFM)
A5	Interdirektionale Koordination und Vernetzung der Integrationsaufgaben
A6	Unterstützung der Integrationsförderung in den Gemeinden

Indikatoren						
	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Leistungsbezüger (Umfrage alle zwei Jahre ab 2009, erstmals 2010) (A1/A2)	min.	gut	-	-	
Leistungen						
L1	Prüfung von Beitragsgesuchen/Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten (A1/A6)	P	83	90	90	0
L2	Information- und Öffentlichkeitsarbeit (Zeitung, Plakatkampagne u. a.) (A3)	min.	3	2	2	0
L3	Begrüssungs- und Informationsveranstaltungen für Fremdsprachige/ Neuzuziehende (A1)	min.	6	6	4	-2
L4	Abschlüsse von Integrationsvereinbarungen (Pilot befristet 2009-2011) Ab Mitte 2009 Betreuung der Fälle bis Abschluss (A1)	P	57	0	9	9
L5	Unterstützung des Auf-/Ausbaus von beispielhaften Frühförderungsprojekten (A1)	P	16	5	17	12
L6	Mitarbeit in interkantonalen Gremien und in Gremien des Bundes (ab 2010) (A4)	P	7	5	8	3
L7	Kooperationen in der kantonalen Verwaltung, mit Gemeinden und privaten Organisationen (ab 2010) (A2, A5, A6)	min.	36	30	49	19
Wirtschaftlichkeit						
B1	Unterstützung von Integrationsprojekten in den Gemeinden (Mio Fr.) (ab 2010) (A1/A6)	P	3,3	2,9	3,1	0,2
B2	Anteil Leistungen der Fachstelle / Kompetenzzentrum Integration am Gesamtaufwand (ohne Projektunterstützung) (ab 2010)	P	81%	80%	76%	4%
Abweichungsbegründungen						
L3	Bei der Erstinformation für Neuzuziehende wurden im Rahmen von Pilotprojekten neue Initiativen von drei Gemeinden unterstützt, das eigene Engagement wurde etwas vermindert.					
L4	Die Nachfrage nach Integrationsvereinbarungen nach Art. 5/7 VIntA (Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländer) mit religiösen Betreuungspersonen und Lehrpersonen für heimatliche Sprache und Kultur (HSK) ist grösser als erwartet.					
L6/L7	Im Hinblick auf die Einführung eines kantonalen Integrationsprogramms (RRB Nr. 1105/2011) konnten bereits jetzt neue Kooperationen auf interkantonomer Ebene, mit dem Bund und insbesondere mit anderen Direktionen und Gemeinden eingegangen werden.					
L5/B1	Auf Initiative des Bundes wird das Engagement der Fachstelle in der Frühförderung wieder verstärkt. Auch im Berichtsjahr konnte bei der Projektförderung ein Fokus darauf gelegt werden.					
B2	Der Anteil der leistungsabhängigen Kosten lag mit 76% etwas tiefer, was auf die intensivierte interne Entwicklungsarbeit für das kantonale Integrationsprogramm zurückzuführen ist.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Zielgruppenspezifischer und bedarfsgerechter Ausbau der Förderangebote in den Regionen Planmässig	2015
E2	Aktivitäten zur Unterstützung des Bereichs Frühförderung verstärken Planmässig	2012
E3	Aktive Integrationsbereitschaft fördern: Umsetzung des Pilotprojekts Integrationsvereinbarungen und Schaffung eines kantonalen Integrationsgesetzes Verzicht Das kantonale Integrationsgesetz wurde 2011 vom Kantonsrat abgelehnt; bezüglich Integrationsvereinbarungen werden die Regelungen im Bundesrecht abgewartet.	2011
E4	Information zu Migration und Integration verbessern: Öffentlichkeits- und Informationskampagne durchführen Planmässig	2015
E5	Einführung und Umsetzung Integrationsgesetz, bei Inkrafttreten (neu) Verzicht Das kantonale Integrationsgesetz wurde 2011 vom Kantonsrat abgelehnt. Stattdessen wird ein kantonales Integrationsprogramm nach Bundesvorgaben erarbeitet, welches ab 2014 umgesetzt werden soll.	2015

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung					
Ertrag		2,8	2,6	3,0	0,4
Aufwand		-4,6	-4,6	-4,9	-0,2
Kreditübertragungen aus 2010			-0,2		
Saldo		-1,8	-2,0	-1,8	0,2
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		6,1	6,2	6,1	-0,1

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 0,4 Mio. Franken oder 14,8% über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+0,3 Höhere Bundesbeiträge für die Entwicklung eines kantonalen Integrationsprogramms und begleitender Massnahmen (EKIM).

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 0,2 Mio. Franken oder 5,1% über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

-0,3 Zweckgebundene Verwendung der höheren Bundesbeiträge für EKIM-Projekte.

Saldo

Die Verzögerung bei der Entwicklung bzw. der Durchführung von EKIM-Projekten ab 2010 wirkte sich auch auf das Berichtsjahr aus, weshalb der Kreditübertrag aus dem Vorjahr und die vom Bund für EKIM gesprochenen Mittel für das Berichtsjahr noch nicht vollumfänglich verwendet werden konnten. Daraus ergibt sich auch im Berichtsjahr ein Saldoüberschuss von 0,2 Mio. Franken.

Personal

Der Personalbestand blieb knapp unter dem budgetierten Wert.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	18 305	-2 373	+8 000	23 933	5 627

Auflösung von Rücklagen 2011

Die Fachstelle für Integrationsfragen löste Rücklagen im Betrag von Fr.2373 auf.

Bildung von Rücklagen 2011

Der Personalaufwand blieb trotz Mehrbelastung unter dem Budget. Dank arbeitsintensiver Akquisition von zusätzlichen namhaften Betriebsbeiträgen vom Bund und Public Private Partnership konnten mehr zusätzliche Erträge generiert werden. Diese werden teilweise erst später zweckgebunden eingesetzt. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 8000 beantragt.

2251 Bezirksräte

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr hatten die Bezirksräte letztmals die Jahresrechnungen der Kirchgemeinden des Kantons Zürich zu prüfen, da die Aufsichts- und Rechtsmitteltätigkeit auf 1. Juli zu den kirchlichen Organen wechselte.

Seit dem 1. Januar beaufsichtigen die Bezirksräte die Spitex-Organisationen. Die Bezirksräte werden der Gesundheitsdirektion erstmals im Frühjahr 2012 ihre Berichterstattung über die Visitationen einreichen.

Im Bereich Aufsicht und Genehmigungen hat sich die Zahl der behandelten Geschäfte mit 14 726 (2304 Jahresrechnungen, Visitationen und Kontrollberichte, 796 visitierte Fürsorgebehörden, Heime, Stiftungen und Spitex-Organisationen sowie 11 626 geprüfte Vormundschaftsberichte und Inventare) gegenüber dem Vorjahr (14 478) leicht reduziert (-1,2%). Die Anzahl der erledigten Entscheide und Bewilligungen hat sich hingegen um 7,5% auf 1057 erhöht.

Bei den Rechtsmitteleingängen war gegenüber dem Vorjahr (1513) mit 1484 Eingängen gesamt- haft ein leichter Rückgang von 2% zu verzeichnen. Nach einem deutlichen Anstieg der Rechtsmittel- eingänge infolge der Erteilung der Zuständigkeit für die Behandlung von Rekursen auf dem Gebiet des Volksschulwesens an die Bezirksräte ab Schuljahr 2007/2008, blieben die Eingänge in den vergangenen drei Jahren stabil und pendelten sich um 1500 Rechtsmittelverfahren pro Jahr ein. Erledigt wurden im Berichtsjahr 1444 Beschwerden und Rekurse, wovon mit 68,5% mehr als $\frac{2}{3}$ der Verfahren innert 60 Tagen nach Erlangung der Spruchreife entschieden werden konnten. Wie bereits in den Vorjahren war auch im Berichtsjahr wiederum eine hohe Komplexität der Rechtsmittelverfahren und damit auch ein entsprechend grosser zeitlicher Bearbeitungsaufwand der einzelnen Verfahren festzustellen. Mit 303 ausstehenden Fällen ist die Anzahl der ausstehenden spruchreifen Geschäfte am Ende der Berichts- periode im Vergleich zum Vorjahr (308) leicht gesunken (-2%). Eine leichte Abnahme um knapp 2% erfuhr mit 1686 hängigen Verfahren auch das Gesamttotal der ausstehenden Rechtsmittelfälle auf Ende des Berichtsjahres.

Die hohe Anzahl der erteilten Rechtsauskünfte an Gemeinden und Private (10 656) entsprach fast dem Niveau des Vorjahres.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Rechtspflegefunktion
A2	Aufsicht und Genehmigungen gegenüber Gemeinden
A3	Erstinstanzliche Entscheide und Bewilligungsverfahren
A4	Auskunfts-, Beratungs- und Schulungstätigkeit

Indikatoren						
	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide (in %) (A1)	P	11,69	14,67	10,81	-3,86
Leistungen						
L1	Anzahl erledigte Rechtsmittel (A1)	P	1 503	1 560	1 444	-116
L2	Anzahl Rechtsauskünfte (A4)	P	11 010	10 670	10 656	-14
L3	Entscheide und Bewilligungen (A3)	P	978	1 200	1 057	-143
L4	Aufsicht und Genehmigungen: Jahresrech., Visitation und Kontr.-Bericht (A2)	P	2 390	2 247	2 304	57
L5	Aufsicht und Genehmigungen: Fürsorgebehörden, Heime, Stiftungen (A2)	P	792	850	796	-54
L6	Aufsicht und Genehmigungen: Berichte und Inventare Vormundschaftswesen (A2)	P	11 296	9 950	11 626	1676
L7	Ausstehende Geschäfte: spruchreife Pendenzen (A1)	P	308	315	303	-12
L8	Ausstehende Geschäfte: insgesamt Pendenzen (A1, A3)	P	1 708	790	1 686	896
Wirtschaftlichkeit						
B1	Fristgerecht erledigte Rechtsmittelverfahren gem. § 27a Abs. 1 VRG (in %) (A1)	P	70	70	69	-1
Abweichungsbegründungen						
W1	Ist von Anzahl erledigter Entscheide und Bewilligungen sowie deren Akzeptanz abhängig (Abweichung zu Rechnung 2010 -0,88, zu Budget 2011 -3,86)					
L1	Der einzelne Fall wird komplexer und arbeitsintensiver (Abweichung zu Rechnung 2010 -59, zu Budget 2011 -116)					
L2	Exogen, keinen Einfluss durch BRK (Abweichung zu Rechnung 2010 -354, zu Budget 2011 -14)					
L3	Zu hoch budgetiert (Abweichung zu Rechnung 2010 +79, zu Budget 2011 -143)					
L4	Im Schwankungsbereich (Abweichung zu Rechnung 2010 -86, zu Budget 2011 +57)					
L5	Im Schwankungsbereich (Abweichung zu Rechnung 2010 +4, zu Budget 2011 -54)					
L6	Schwankungen im Eingang durch die Gemeinden betreffend Beurteilung im Vormundschaftswesen, nicht beeinflussbar (Abweichung zu Rechnung 2010 +330, zu Budget 2011 +1676)					
L7	Im Schwankungsbereich (Abweichung zu Rechnung 2010 -5, zu Budget 2011 -12)					
L8	Keinen Einfluss – Fälle von November bis Dezember sind durch Fristen (3 Monate für Stellungnahme) blockiert (Abweichung zu Rechnung 2010 -22, zu Budget 2011 +896)					
B1	Mit 1% Abweichung im Schwankungsbereich					
Entwicklungsschwerpunkte						
Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar bis						
E1	Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren (§ 27a Abs. 1 VRG) Planmässig					2014
E2	Konsolidieren der einheitlichen Praxis VSG Planmässig					2014

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,1	1,7	2,2	0,5
Aufwand	-9,2	-9,4	-9,1	0,4
Saldo	-7,0	-7,7	-6,8	0,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1			
Saldo	-0,1			
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	38,5	39,0	38,8	-0,2

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0,5 Mio. Franken oder 30,5% über Budget.

Wichtigste Ursache:

+0,5 Zunahme von gebührenpflichtigen Rekursen und Prüfungen

Der Aufwand liegt um 0,4 Mio. Franken oder 4,0% unter Budget.

Wichtigste Ursachen:

+0,1 Personal: Rotationsgewinne und weniger Ausbildungsaufwand

+0,2 weniger Sachaufwand und Dienstleistungen Dritter

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	303 704	-47 920	+40 000	295 785	-7 919

Auflösung Rücklagen 2011

Die Bezirksräte lösten Rücklagen im Umfang von Fr. 47 920 auf.

Bildung von Rücklagen 2011

Das Ergebnis konnte sowohl durch Reduktion des Aufwandes als auch durch Mehreinnahmen bei den Gebühren verbessert werden. Die Reduktion des Aufwandes resultiert generell aus zurückhaltendem und kostenbewusstem Umgang mit Sach- und Betriebsmitteln. Die Ertragsverbesserung bei nahezu gleich bleibendem Personalbestand konnte nur dank des grossen Einsatzes des Personals erzielt werden. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 40 000 beantragt.

2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften

Hauptereignisse

Mit Inkrafttreten des Kirchengesetzes (KiG) wurden die bisherigen Leistungsgruppen Nrn. 2271 (Evangelisch-reformierte Landeskirche), 2272 (Römisch-katholische Körperschaft) und 2273 (Christkatholische Kirchgemeinde) zur Leistungsgruppe Nr. 2270 zusammengefasst, die auch die beiden anerkannten jüdischen Gemeinden (Israelitische Kultusgemeinde Zürich und Jüdische Liberale Gemeinde) umfasst. Im Berichtsjahr wurden zum zweiten Mal die nach §§ 19 ff. KiG mit Globalbudget festgesetzten Kostenbeiträge (für die erste Beitragsperiode nach § 29 Abs. 1 KiG 50 Mio. Franken) im entsprechenden Umfang an die jeweilige Religionsgemeinschaft ausgerichtet. Gleichzeitig wurde die zweite Tranche des Betrags festgelegt, der nach § 30 KiG innert einer Übergangsfrist von vier Jahren von der Evangelisch-reformierten Landeskirche auf die Römisch-katholische Körperschaft umzuverteilen ist.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Staatsbeiträge für Aufgabenerfüllung gemäss Tätigkeitsprogrammen (Kirchengesetz §§ 19 ff.)

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	-51,0	-55,7	-51,1	4,6
Kreditübertragungen aus 2010		-2,8		
Saldo	-51,0	-55,7	-51,1	4,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1	-1,3	-0,6	0,6
Saldo	-0,1	-1,3	-0,6	0,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Der Aufwand liegt um 4,6 Mio. Franken oder 8,3% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +3,6 Kostenanteile an Gemeinden, Verzögerung Rückgaben Kirchen einschliesslich Kreditübertragungen aus dem Vorjahr
- +0,6 Abschreibungen (Abhängig vom Investitionsvolumen, Bauverzögerungen)
- +0,2 Sachkosten

Saldo:

Im Saldo weist die Rechnung der Religionsgemeinschaften und kirchlicher Liegenschaften eine Abweichung von 4,6 Mio. Franken (+8,3%) gegenüber dem Budget aus. Die Kreditübertragung 2010 wurde nicht verwendet. Tiefere Gebäudeunterhalts- und Planungskosten sowie Abschreibungen ergeben einen Minderaufwand. Durch Verzögerungen bei den Abtretungen der Kirchen und Pfarrhäuser an die Gemeinden wurden weniger Abgeltungen ausgerichtet. Es wird daher eine neue Kreditübertragung von 2,565 Mio. Franken beantragt. Die Staatsbeiträge an die Religionsgemeinschaften bleiben konstant bei 50 Mio. Franken.

Investitionsrechnung

+0,6 Bauverzögerungen

Für die Verzögerungen der Bauvorhaben wird eine Kreditübertragung von 0,644 Mio. Franken beantragt.

2291 Investitionsfonds

Hauptereignisse

Zulasten des Investitionsfonds wurden im Zusammenhang mit acht Gesuchen 1,2 Mio. Franken zugesichert. Während der Berichtsperiode wurden Investitionsbeiträge im Umfang von 0,9 Mio. Franken vom Gemeindeamt ausbezahlt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Dient der Verminderung von Investitionslasten der Gemeinden durch Beiträge des Staates. Mit den Einlagen in den Fonds soll die Finanzierung der Abschreibungen der ausbezahlten Investitionsbeiträge sichergestellt werden. Übertrag von Mitteln aus Laufender Rechnung der Leistungsgruppe Nr. 2215, Finanz- und Lastenausgleich.
----	--

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Erhalten der finanziellen Selbstständigkeit der gesuchstellenden Gemeinden gemäss Leistungsindikator Nr. L1	P	5	5	8	3
Leistungen						
L1	Bearbeitung der Gesuche	P	7	8	8	0
Abweichungsbegründungen						
W1	Es wurden für 2011 acht Verfügungen für die Ausrichtung von Investitionsbeiträgen erstellt.					
L1	Bei allen acht eingegangenen Gesuchen konnte ein Investitionsbeitrag zugesichert werden.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	8,3	10,0	10,0	0,0
Übertrag aus Erfolgsrechnung	7,0	8,8	8,8	0,0
Aufwand	-11,9	-10,5	-10,3	0,2
Abschreibungen	-10,0	-8,8	-8,7	0,1
Saldo	-3,6	-0,5	-0,3	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,2	-1,2	-0,9	0,3
Saldo	-0,2	-1,2	-0,9	0,3
Fondsbestand				
Fondsbestand	39,1	38,6	38,8	0,2

Erfolgsrechnung

Der Ertrag entspricht dem Budget.

Der Aufwand liegt um 0,2 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+0,2 Die Zinsen und Abschreibungen für das Verwaltungsvermögen fielen etwas tiefer aus als angenommen, da die Investitionsauszahlungen später als geplant erfolgt sind.

Fondsbestand

Der Fondsbestand hat gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. Franken abgenommen. Der Aufwandüberschuss wurde gemäss Rechnungslegungsvorgaben auf den Fondsbestand gebucht.

2292 Ausgleichsfonds

Hauptereignisse

Die Steuererträge 2010 der Gemeinden sind gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und bewirkten eine Senkung des Kantonsmittels der relativen Steuerkraft (ohne Stadt Zürich) um Fr. 49 auf Fr. 3408. 90 Gemeinden mit rund 542 000 Einwohnern konnten ihre Steuerkraft erhöhen. In einer Gemeinde blieb die Steuerkraft unverändert und in den restlichen 80 Gemeinden mit rund 828 000 Einwohnern ging die Steuerkraft zurück. Die Differenz zwischen der finanzstärksten und der finanzschwächsten Gemeinde beträgt Fr. 10 557 pro Kopf.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Instrument des horizontalen Finanzausgleichs. Ziel: Annäherung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden untereinander. Mit dem Fondsbestand werden vorübergehende Schwankungen zwischen Abschöpfungen und Zuschüssen abgefangen.
----	--

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Erhalten der gegebenen Strukturen und der finanziellen Eigenständigkeit (Anzahl Gemeinden)	P	92	91	89	-2
W2	Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden möglichst tief halten (Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden in %)	P	49	51	49	-2
Leistungen						
L1	Angleichung der Steuerkraft in den Gemeinden zwischen 70-90% des Kantonsmittels (Anzahl Gemeinden)	P	92	93	92	-1
L2	Steuerkraftabschöpfung (Anzahl Verfügungen)	P	20	22	23	1
L3	Steuerkraftzuschuss (Anzahl Gemeinden, Kulturinstitute)	P	95	99	98	-1
L4	Steuerkraftzuschuss (Kürzungen)	P	8	3	4	1

Abweichungsbegründungen

W1	Der Planwert wurde um zwei Gemeinden verfehlt. Drei Gemeinden hatten keinen Anspruch auf Steuerkraftausgleichsbeiträge, da ihr Steuerfuss nicht mindestens dem Kantonsmittel entsprach. 64 Gemeinden konnten mit dem Steuerkraftausgleich ihre finanzielle Eigenständigkeit behaupten, während 22 Gemeinden zusätzlich auf Steuerfussausgleichsbeiträge angewiesen waren.
W2	Mit den budgetierten Abschöpfungen und Zuschüssen 2011 wurde der tiefste Steuerfuss bei 73% angesetzt. Der Maximalsteuerfuss lag bei 122%. Die Sollvorgabe konnte unterschritten werden.
L1	Die Anzahl Gemeinden mit unterdurchschnittlicher eigener Steuerkraft lag wenig tiefer als angenommen, wobei drei Gemeinden aufgrund ihres zu tiefen Steuerfusses (unter dem Kantonsmittel von 112%) keinen Anspruch auf Beiträge hatten.
L2	Die Anzahl Gemeinden mit überdurchschnittlicher Steuerkraft ist gegenüber der Planung leicht höher. Das Abschöpfungsvolumen ist gegenüber dem Vorjahr um etwa 27 Mio. Franken zurückgegangen.
L3	Tatsächliche Ausrichtung von Steuerkraftzuschüssen an 89 Gemeinden sowie Beiträge an 9 Kunstinstitute der Städte Zürich und Winterthur von kantonaler und regionaler Bedeutung.
L4	Bei vier Gemeinden wurden Kürzungen im Umfang von etwa Fr. 264 000 vorgenommen.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	377,7	311,5	344,3	32,8
Beiträge finanzstarker Gemeinden / Steuerkraftausgleich	376,3	310,0	342,0	32,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-377,7	-311,5	-344,3	-32,8
Beiträge an finanzschwache Gemeinden / Steuerkraftausgleich	-321,4	-280,0	-301,8	-21,8
Einlagen in Bestandeskonto	-26,4	-1,5	-12,5	-11,0
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	74,8	76,3	87,3	11,0

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 32,8 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +32,0 Die besser als angenommen vorhandene Steuerkraft der finanzstarken Gemeinden führte zu höheren Abschöpfungsbeträgen.
- +0,8 Der erhöhte Fondsbestand führte zu einem höheren Zinsertrag

Der Aufwand liegt um 32,8 Mio. Franken über dem Budget.

- 11,0 Die Einlage in den Fonds ergibt sich aus dem Saldo aus Steuerkraftabschöpfung, Steuerkraftzuschüssen und dem Beitrag an die Kunstinstitute. Die Abschöpfungen fielen im Vergleich zu den Zuschüssen höher aus, dies führte zur Fondseinlage.
- 21,0 Die Zuschüsse an die Gemeinden richten sich nach dem Kantonsmittel der Steuerkraft des Vorjahres. Die grösser als angenommen vorhandene Disparität zwischen den finanzstarken und den finanzschwachen Gemeinden führte zu höheren Beiträgen an die finanzschwachen Gemeinden.
- 0,8 Durch die schlechteren Jahresergebnisse der Empfänger Gemeinden konnten weniger Rückerstattungen eingefordert werden.

Fondsbestand

Der Ausgleichsfonds ist eine in sich geschlossene Rechnung. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben wird über den Fondsbestand ausgeglichen. In der Rechnung entspricht dies einer Fondseinlage von 12,5 Mio. Franken.



Flaach: Schloss Flaach



Trüllikon: Wildensbuch



Opfikon: Dorfkern mit Chapeleturm

Sicherheitsdirektion

Start in die neue Legislatur

Am 9. Mai konstituierte sich der Regierungsrat für die Amtsdauer 2011 bis 2015. Der neu in den Regierungsrat gewählte Mario Fehr übernahm als Nachfolger von Hans Hollenstein die Leitung der Sicherheitsdirektion.

Auf den 1. August bezeichnete der Regierungsrat die Sicherheitsdirektion neu auch als zuständig für den Bereich Feuerwehrwesen, Feuerpolizei und Gebäudeversicherung. Berücksichtigt wurde dabei die enge Verknüpfung der Aufgabenbereiche Polizei, Zivilschutz und Feuerwehrwesen. Im Gegenzug entschied der Regierungsrat, die Zuständigkeit für das Übertretungsstrafrecht und die Aufsicht über die Statthalterämter auf den 1. Januar 2012 auf die Direktion der Justiz und des Innern zu übertragen.

Weiterhin erfüllt die Sicherheitsdirektion damit folgende breit gefächerte Aufgaben:

- Öffentliche Sicherheit
- Soziale Sicherheit
- Verkehrssicherheit
- Bewältigung von ausserordentlichen Lagen
- Ausländerrecht
- Ausserschulischer Sport
- Vollzug von Bundesrecht und kantonalem Recht.

Damit trägt die Sicherheitsdirektion wesentlich dazu bei, dass Zürich ein sicherer, sozialer und sportlicher Kanton ist.

Zürich – ein sicherer Kanton

Dank einer intensiven Personalwerbung ist es gelungen, bei der Kantonspolizei rund 100 Aspirantinnen und Aspiranten anzustellen. Da auch mit dieser Rekrutierung der Sollbestand des Polizeikorps noch nicht erreicht werden kann und um das Korps weiter von Aufgaben zu entlasten, für die keine umfassende Polizeiausbildung erforderlich ist, stimmte der Regierungsrat der gestaffelten Anstellung von 100 zivilen Sicherheitsassistentinnen und -assistenten für die Grenzkontrolle am Flughafen Zürich zu.

Gewaltdelikte im Kanton Zürich, aber auch in anderen Kantonen und im Ausland bildeten den Anlass, den Dienst «Gewaltschutz» in der kantonalen Kriminalpolizei zu schaffen. Dieser koordiniert alle präventiven und repressiven polizeilichen Massnahmen und stellt die Zusammenarbeit mit anderen in diesem Bereich tätigen Stellen sicher.

Zürich – ein sozialer Kanton

Am 4. September fand eine Teilrevision des Sozialhilfegesetzes die Zustimmung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Mit der Gesetzesänderung wird zum einen der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Behörden und Amtsstellen sowie die Auskunftspflicht von Dritten umfassend und klar geregelt. Zum andern werden vorläufig aufgenommene Personen künftig nach den Bestimmungen über die Sozialhilfe unterstützt. Dies erlaubt es auch, diese Personen stärker in die Pflicht zu nehmen. Der Regierungsrat hat die Gesetzesänderung auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt.

Wiederholt befasste sich der Regierungsrat mit der Bewältigung der möglichen Probleme im Fall einer stark steigenden Zahl von Asylsuchenden aus Nordafrika. Dabei bestärkte er seine Haltung, am bewährten Zweiphasensystem für die Unterbringung von Asylsuchenden im Kanton Zürich festzuhalten. Gleichzeitig bekräftigte er gegenüber dem Bund das Anliegen, dass Personen, die rasch in den Herkunftsstaat oder einen anderen Dublin-Staat zurückgeführt werden können, nicht auf die Kantone verteilt werden.

Zürich – ein sportlicher Kanton

Um der Bevölkerung die vielschichtigen Leistungen und Angebote des Kantons, der Gemeinden sowie der Sportverbände und -vereine im Jugend- und Breitensport noch besser bekannt zu machen, haben die Fachstelle Sport und der Zürcher Kantonalverband für Sport unter dem Motto «Sportkanton Zürich – wir bewegen» eine neue Plattform geschaffen. Unter www.sportkanton-zuerich.ch findet man unter anderem sämtliche 2300 Sportanlagen im Kanton Zürich.

Am 6. Juli stimmte der Regierungsrat dem Konzept «Nachwuchsförderung Sport Kanton Zürich» zu. Dieses verfolgt das Ziel, die Rahmenbedingungen für den Nachwuchsleistungssport im Kanton Zürich und die Vereinbarkeit von Schul- bzw. Berufsausbildung und sportlicher Laufbahn zu verbessern. Gleichzeitig wurde eine bisher beim Zürcher Kantonalverband für Sport angesiedelte Stelle für Nachwuchsförderung neu in die Fachstelle Sport übertragen und aufgewertet.

Legislaturziele

Die Sicherheitsdirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzilen (LZ RR) 1, 6, 10 und 16 des Regierungsrates. Im Regierungsratsstil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Standes der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Direktion.

Legislaturziel	1 Auf neue Herausforderungen der öffentlichen Sicherheit wird wirksam reagiert (LZ RR 1; gemeinsam mit JI).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturzile 1 a, 1 c und 1 d des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber und dem Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Volksschule und Polizei ist begegnet (LZ RR 16; gemeinsam mit FD, BI und BD).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturzile 16 b und 16 f des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Dem wachsenden Druck auf die natürlichen Ressourcen Wasser, Luft und Boden wird entgegengewirkt (LZ RR 10; gemeinsam mit BD).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 10 d des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Optimierung der Verkehrssicherheit
Massnahme	4.1 Umsetzung der «Via Sicura» Gesetzesänderungen ab 2014
Stand	Planmässig
Kommentar	«Via Sicura» wurde in beiden eidgenössischen Räten behandelt. Ausstehend ist noch das Differenzbereinigungsverfahren. Die Gesetzesänderungen dürften zu einer Mehrbelastung des Strassenverkehrsamts führen.
Legislaturziel	5 Aufbau eines kundenorientierten Dienstleistungszentrums zum Vollzug des Ausländerrechts des Bundes
Massnahme	5.1 Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit dem Projekt Migrationsamt 2011 werden verschiedene Massnahmen erarbeitet und umgesetzt.
Massnahme	5.2 Aktive Beteiligung an den Fachkonferenzen der Kantone sowie in den Fachgremien und Arbeitsgruppen des Bundes
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Chef Migrationsamt bringt sich als Vorstandsmitglied der VKM (Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden) ein. Mehrere Mitarbeitende sind in gemeinsamen Projekt- oder Arbeitsgruppen tätig.

Legislaturziel	6 Optimierung von Ausrüstung und Ausbildung des Zivilschutzes
Massnahme	6.1 Neues Übungsdorf im Ausbildungszentrum Andelfingen (Ersatz der bestehenden Anlage)
Stand	Verzögert
Kommentar	Sämtliche Kredite sind gesprochen. Die Baulose 2–4 werden 2012 gestartet.
Massnahme	6.2 Einbezug der Entwicklungsschritte des Bevölkerungsschutzes
Stand	Verzögert
Kommentar	Der Bericht des Bundesrates zur Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ wurde Ende des Berichtsjahres in die Vernehmlassung gegeben. Er soll 2012 dem Eidgenössischen Parlament vorgelegt werden.
Massnahme	6.3 Beschaffung neues Zivilschutz-Einsatz-Material
Stand	Planmässig
Kommentar	Alle Kantone sind dem Schweizerischen Zivilschutz-Materialforum (Federführung Kanton Zürich) beigetreten.
Legislaturziel	7 Personen und Gruppen, bei denen die Tendenz besteht, dass sie ausgegrenzt werden oder sich abgrenzen, sind besser erreicht und integriert (LZ RR 6; gemeinsam mit JI und BI).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 6 a und 6 d des Regierungsrates
Massnahme	7.2 Umsetzung der Revision des Sozialhilfegesetzes (Vorlage 4610)
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes tritt am 1. Januar 2012 in Kraft. Vorläufig Aufgenommene werden mit einer Übergangsfrist bis 30. April 2012 den ordentlichen Bestimmungen des Sozialhilfegesetzes unterstellt. Mit den neuen gesetzlichen Vorgaben kann diese Personengruppe beruflich und sozial gezielt integriert werden.
Legislaturziel	8 Erhöhung des Anteils von Kindern (insbesondere von Mädchen), die sportlich aktiv sind, und des Anteils Erwachsener, die sich regelmässig bewegen
Massnahme	8.1 Regelmässige Sport- und Bewegungsangebote im schulischen Umfeld fördern (freiwilliger Schulsport) und Anzahl Angebote J+S Kids steigern
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Hinblick auf die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung von Sport und Bewegung auf den 1. August 2012 wird der J+S Kindersport (vormals J+S Kids) neu positioniert.
Massnahme	8.2 Aus- und Weiterbildungsangebot im Erwachsenensport ergänzend zu den bestehenden Verbandsangeboten aufbauen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Partnerschaftvereinbarung mit dem Bundesamt für Sport (BASPO) als Grundlage für die Organisation von Aus- und Weiterbildungskursen im Erwachsenensport konnte abgeschlossen werden.

Legislaturziel	9 Wirtschaftliche und zeitgerechte Ausstellung des biometrischen Schweizer Passes
Massnahme	9.1 Nachfragebedingte Prüfung/Einrichtung einer Zweigstelle für das Passbüro
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit der erfolgten Änderung des Ausweisgesetzes des Bundes und der kantonalen Ausweisverordnung werden die (nicht biometrischen) Identitätskarten weiter bei der Wohnsitzgemeinde beantragt. Damit beschränkt sich der mögliche Bedarf nach zusätzlichen Kapazitäten auf eine allfällig gesteigerte Nachfrage nach biometrischen Pässen. Solche zusätzliche Kapazitäten würden sich nach gegenwärtigem Stand ohne Einrichtung einer Zweigstelle abdecken lassen. Abzuwarten bleibt die weitere Entwicklung auf Bundesebene im Ausweiswesen.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	975,9	986,2	1 000,0	13,8
Aufwand	–1 862,7	–1 946,9	–1 929,3	17,6
Saldo	–886,8	–960,7	–929,3	31,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	2,7	2,3	2,6	0,3
Ausgaben	–36,3	–56,1	–39,8	16,4
Kreditübertragungen aus 2010		–6,1		
Saldo	–33,6	–53,9	–37,1	16,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4 096,7	4 308,2	4 205,0	–103,2

Erfolgsrechnung

Der Ertrag steigt im Vergleich zum Budget 2011 um 13,8 Mio. Franken oder 1,4%.

Wichtigste Ursachen:

- +12,6 Mehrertrag vom Bund beim Sozialamt für wirtschaftliche Hilfe für Flüchtlinge (+15,2 Mio. Franken, starke Zunahme der Anzahl Anerkennungen) und für Nothilfe (+3,7 Mio. Franken). Dies wird teilweise kompensiert durch geringere durchlaufende Beiträge im Rahmen des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) (–6,3 Mio. Franken)
- +6,2 Mehrertrag aus Verkehrsabgaben infolge höherem Fahrzeugbestand
- +5,2 Ertragszunahme beim Amt für Militär und Zivilschutz (u. a. Mehrertrag aus Zivilschutz-Materialverkäufen an andere Kantone, höherer Anteil Wehrpflichtersatz, Mehrerträge im Waffenplatz Reppischtal durch Nachtrag zum Waffenplatz-Finanzvertrag mit dem Bund)
- +2,7 Mehrertrag bei der Kantonspolizei (u. a. Dienstleistungen, Bussen sowie höhere Entschädigung vom Bundesamt für Migration)
- 4,5 Tieferer Bundesbeitrag beim Sozialamt an die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV
- 3,9 Tiefere Bundesbeiträge beim Sozialamt für Asylaufgaben
- 2,8 Aufgrund des positiven Jahresergebnisses beim Sportfonds (geringere Betriebsbeiträge als budgetiert) war die geplante Entnahme aus dem Fondsbestand nicht erforderlich
- 2,1 Tiefere Gebührenerträge beim Migrationsamt infolge Kontrollfristverlängerungen für Niedergelassene von drei auf fünf Jahre sowie Zunahme der Rückerstattungen des Bundes

Der Aufwand sinkt im Vergleich zum Budget 2011 um 17,6 Mio. Franken oder 0,9%.

Wichtigste Ursachen:

- +15,1 Minderaufwand beim Sozialamt für wirtschaftliche Hilfe (+15,5 Mio. Franken, aufgrund wirtschaftlicher Prognosen war eine stärkere Zunahme erwartet worden), für durchlaufende Beiträge im Rahmen des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) (+6,3 Mio. Franken) und für Nothilfe (+0,9 Mio. Franken). Diese Abnahme wird teilweise kompensiert durch Mehraufwand für wirtschaftliche Hilfe für Flüchtlinge (–7,6 Mio. Franken)
- +13,4 Minderaufwand beim Sozialamt, v. a. für Invalideneinrichtungen (fehlende Erfahrungswerte zum Zeitpunkt der Budgetierung)

- +6,6 Tieferer Sachaufwand bei der Kantonspolizei (davon 2,3 Mio. Franken Einsparungen im Informatikbereich, 1,3 Mio. Franken weniger Dienstleistungen Dritter, 1,2 Mio. Franken geringere Unterhaltskosten)
- +4,3 Minderaufwand bei der Kantonspolizei infolge tieferer kalkulatorischer Mieten (Verzögerung PJZ) sowie tieferer Abschreibungen und Zinsen auf dem Verwaltungsvermögen
- +2,7 Minderaufwand im Sportfonds infolge weniger Auszahlungsgesuche für zugesicherte Beiträge an Sportanlagen im Rahmen des Kantonalen Sportanlagenkonzepts (KASAK) sowie geringeren Aufwands für baulichen Unterhalt, teilweise kompensiert durch minderaufwandbedingte Einlage in das Bestandeskonto
- +2,4 Minderaufwand beim Migrationsamt, v. a. bei den Strafvollzugskosten und beim Personalaufwand
- 13,1 Mehraufwand beim Sozialamt: Staatsbeitrag für Zusatzleistungen zur AHV/IV (-8,2 Mio. Franken) und Familienzulagen für Nichterwerbstätige (-4,9 Mio. Franken)
- 10,0 Höherer Personalaufwand bei der Kantonspolizei (u. a. zentral bei der Finanzdirektion [Leistungsgruppe 4950] eingestellte Teuerungszulage, individuelle Lohnerhöhungen sowie Erhöhung der EO- und ALV-Arbeitgeberbeiträge; weniger Rotationsgewinne als geplant)
- 6,2 Höhere Einlage in den Strassenfonds infolge höherem Fahrzeugbestand

Investitionsrechnung

Die Investitionsausgaben fallen im Vergleich zum Budget 2011 um 16,4 Mio. Franken oder 29,2% besser aus.

Wichtigste Ursachen:

- +12,7 Minderausgaben infolge Projektverzögerungen und Projektverschiebungen beim Amt für Militär und Zivilschutz (+5,2 Mio. Franken, davon +1,5 Mio. Franken beim Neu- und Umbau des Übungsdorfs Andelfingen [Projekt-Nr. 3400.001]), beim Strassenverkehrsamt (+3,5 Mio. Franken, v. a. Informatikprojekte und Ausrüstung neue Prüfstelle), beim Sozialamt (+2,1 Mio. Franken, v. a. für Asylbewerber sowie für Informatikprojekte und Mobiliar) und beim Sportfonds (+1,9 Mio. Franken bei der Zimmersanierung im Sportzentrum Kerenzerberg, Filzbach)
- +2,8 Auszahlung des Darlehens an die Leichtathletik EM 2014 in Zürich wird neu gestaffelt
- +1,3 Minderausgaben bei der Kantonspolizei infolge günstigem Projektverlauf beim Projekt Polycom

Personal

Der Beschäftigungsumfang fällt im Vergleich zum Budget 2011 um 103,2 Stellen bzw. 2,4% tiefer aus als geplant.

Wichtigste Ursachen:

- 88 Bei der Kantonspolizei konnte die geplante Erhöhung des Beschäftigungsumfangs nicht im vorgesehenen Umfang erreicht werden.
- 8 Nichtbesetzung bzw. verzögerte Besetzung vakanter Stellen (v. a. beim Strassenverkehrsamt infolge verzögerter Inbetriebnahme der neu geplanten Prüfstelle Bülach)
- 7 Beim Passbüro war die nachfragebedingte Kapazitätserweiterung noch nicht erforderlich

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2011	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Umbau/Ausbau Ausbildungszentrum Andelfingen	-1,5	-8,8	-1,5	-7,3
Übrige Investitionen	-38,3			
Investition	-39,8			

Leistungsgruppen

3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung

Hauptereignisse

Die Leistungsgruppe ist unterteilt in das Generalsekretariat als Direktionsstab, in die Zentralen Vollzugsaufgaben, die sich aus dem Passbüro, der Fachstelle Sport, dem Schalter Gewerbebewilligungen und Beglaubigungen und dem Eichamt zusammensetzen, sowie in die Rekursabteilung.

Für das Generalsekretariat standen auch im Berichtsjahr die Führungsunterstützung für den Direktionsvorsteher im gesamten Aufgabenbereich der Direktion und das Koordinieren der Aufgabenerfüllung der unterstellten Amtsstellen im Vordergrund. Die Gesetzgebungsvorhaben erfolgten unter der federführenden Bearbeitung oder mit Unterstützung der Amtsstellen durch das Generalsekretariat. Das Generalsekretariat vertrat zudem die Direktion in verschiedenen direktionsübergreifenden Querschnittprojekten namentlich in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik und Infrastruktur.

Zur Ausstellung der biometrischen Schweizer Pässe im Kanton Zürich wird das kantonale Erfassungszentrum in Zürich betrieben. Mit einer Änderung seines Ausweisgesetzes hat es der Bund ermöglicht, dass die nicht biometrischen Identitätskarten auch nach dem 1. März 2012 wie bisher bei der Wohnsitzgemeinde anstatt neu beim Kanton beantragt werden (ausgenommen Kombiangebot Pass/Identitätskarte, das beim kantonalen Erfassungszentrum zu beantragen ist).

Am 6. Juli des Berichtsjahres hat der Regierungsrat dem Konzept «Nachwuchsförderung Sport Kanton Zürich» zugestimmt. Mit dem Konzept sollen die Rahmenbedingungen für den Nachwuchsleistungssport im Kanton Zürich und die Vereinbarkeit von Schul- bzw. Berufsbildung und sportlicher Laufbahn von Sporttalenten verbessert werden. Um den Dialog mit den Städten und Gemeinden, mit den Sportverbänden und -vereinen sowie mit den lokalen Sportnetzwerken zu fördern, wurde gemeinsam mit dem Zürcher Kantonalverband für Sport der «Sportkanton Zürich» lanciert und das erste «Forum Sportkanton Zürich» mit über 100 Teilnehmenden durchgeführt. Bei den Jugendsportcamps wurde im Berichtsjahr mit 1200 Teilnehmenden ein Rekordergebnis erzielt. Die Fachstelle Sport beteiligte sich erneut mit verschiedenen Projekten am kantonalen Aktionsprogramm «Leichter leben» zur Stabilisierung des Übergewichts (LZ RR 17.4).

Am 1. Juli, d. h. ein Jahr nach der Betriebsaufnahme, wurde der schrittweise Aufbau der aus Personal des Rechtsdienstes der Staatskanzlei gebildeten Rekursabteilung der Sicherheitsdirektion abgeschlossen. Die Rekursabteilung behandelt im Auftrag des Sicherheitsdirektors Rekurse gegen Verfügungen der Amtsstellen. Im Vordergrund stehen Verfügungen im Ausländerrecht (Migrationsamt) sowie im Strassenverkehrsrecht (Strassenverkehrsamt). Ein besonderes Augenmerk beim Betrieb der Rekursabteilung liegt bei der Pendenzenlast und der bereits verkürzten Verfahrensdauer.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Amtsstellen. Politische Lagebeurteilung und Planung («Think Tank»)
A2	Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter
A3	Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
A4	Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Bewilligung von Lotterien, Unterschriften-Beglaubigungen, Messwesen
A5	Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
A6	Wahrnehmung und Koordination der kantonalen Aufgaben im Bereich des ausserschulischen Sports
A7	Bearbeitung der Rekurse gegen Verfügungen der unterstellten Verwaltungseinheiten

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Gesetzeskonformer Aufgabenvollzug					
W2	Zufriedenheit mit der Leistungserstellung (direktionsintern und -extern)					
W3	Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen und Vernehmlassungen (in %) (A1-3)	P	100	100	100	0
Leistungen						
L1	Anzahl durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB (A1-3)	P	123	150	117	-33
L2	Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien (A4)	P	1 268	1 200	925	-275
L3	Anzahl Beglaubigungen (A4)	P	29 653	29 000	30 883	1 883
L4	Anzahl Ausweisgeschäfte (A5)	P	213 454	230 000	216 952	-13 048
L5	Anzahl Teilnehmende Jugend + Sport-Kaderbildungskurse (Coachaus- und -fortbildung sowie Leiteraus- und -fortbildung) (A6)	P	2 519	2 300	2 520	220
L6	Anzahl abgerechnete Jugend + Sport-Kurse (A6)	P	7 527	6 800	7 897	1 097
L7	Anzahl geeichte/geprüfte Messmittel (A4)	P	15 442	15 000	15 218	218
L8	Anzahl statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose (A4)	P	1 891	1 800	1 767	-33
L9	Anzahl erledigte Rekurse (A7)	P		500	688	188
Wirtschaftlichkeit						
B1	Anteil Mitarbeitende Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion in % (Beschäftigungsumfang)	P	0,5	0,5	0,5	0
B2	Anteil Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion (in %)	P	0,6	0,3	0,3	0
Abweichungsbegründungen						
L1	Anzahl durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB: Werte auf Vorjahresniveau					
L2	Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien: Geschäftsaufgabe eines wichtigen Antragstellers für Reisendebewilligungen					
L3	Anzahl Beglaubigungen: aufgrund zunehmender internationaler Beziehungen mehr Beglaubigungen als erwartet					
L4	Anzahl Ausweisgeschäfte: Rückgang bei den Identitätskarten (-23 437) und den provisorischen Pässen (-3246) konnte nur teilweise kompensiert werden mit biometrischen Pässen (+7028) und Kombigeschäften (biometrische Pässe und Identitätskarten +6539)					
L5	Anzahl Teilnehmende Jugend + Sport-Kaderbildungskurse (Coachaus- und -fortbildung sowie Leiteraus- und -fortbildung): grössere Nachfrage nach Ausbildungskursen (v.a. Leiteraus- und fortbildung)					
L6	Anzahl abgerechnete Jugend + Sport-Kurse: grösseres Angebot an Kursen von Zürcher Sportvereinen, Schulen und Jugendorganisationen					
L9	Anzahl erledigte Rekurse: Aufgrund fehlender Vorjahreszahlen zu tief budgetiert (Am 1. Juli des Berichtsjahres, d.h. ein Jahr nach der Betriebsaufnahme, wurde der schrittweise Aufbau der aus Personal des Rechtsdienstes der Staatskanzlei gebildeten Rekursabteilung der Sicherheitsdirektion abgeschlossen.)					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		bis
E1	Optimierung Führungsunterstützung, Dienstleistungen gegenüber Ämtern, Koordination bei amts- und direktionsübergreifenden Aufgaben Planmässig Mit der Schaffung der Rekursabteilung wird die effiziente Behandlung der Rechtsmittel gegen Verfügungen der unterstellten Amtsstellen gewährleistet.	Laufend
E2	Umsetzung von Grundlagen im Bereich Sport (sportpolitisches Konzept des Kantons, Sportanlagenkonzept) Planmässig Zur weiteren Umsetzung des sportpolitischen Konzepts wurde das Konzept «Nachwuchsförderung Sport Kanton Zürich» verabschiedet.	Laufend
E3	Zusammenlegung der Verfahren zur Ausstellung von biometrischen Schweizer Pässen und von Schweizer Identitätskarten (gemäss Bundesvorgaben) Abgeschlossen Gestützt auf die Änderung des Ausweisgesetzes des Bundes und der kantonalen Ausweisverordnung werden die Schweizer Identitätskarten weiter bei der Wohnsitzgemeinde statt neu beim Kanton beantragt.	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	15,3	9,8	9,4	-0,4
Aufwand	-19,6	-16,6	-15,7	0,9
Saldo	-4,3	-6,8	-6,3	0,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-3,4	-3,4	-0,6	2,8
Saldo	-3,4	-3,4	-0,6	2,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	64,7	85,0	78,1	-6,9

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2011 / Rechnung 2011:

Ertrag:

+0,3 Mehrertrag J+S-Lager und -Leiterkurse sowie Verrechnung von IT-Dienstleistungen

-0,7 Minderertrag aus Ausweisgeschäften im Passbüro

Aufwand:

- +0,8 Niedrigerer Personalaufwand, insbesondere im Passbüro: geplante nachfragebedingte Kapazitätserweiterung war nicht erforderlich
- +0,1 Tiefere kalkulatorische Zinsen aufgrund einer neu gestaffelten Auszahlung des Darlehens an die Leichtathletik EM 2014 in Zürich
- 0,1 Erhöhung der bundesrechtlichen Gebührenansätze für die Eichmeister durch das Bundesamt für Metrologie
- 0,1 Höhere Abschreibungen im Passbüro aufgrund höherer Investitionen im Vorjahr

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2011/Rechnung 2011:

Ausgaben:

- +2,8 Auszahlung des Darlehens an die Leichtathletik EM 2014 in Zürich wird neu gestaffelt

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2011/Rechnung 2011:

- 6,9 Geplante nachfragebedingte Kapazitätserweiterung im Passbüro war noch nicht erforderlich

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	9 730.08	-9 730.08	20 000.00	20 000.00	+10 269.92

Dank Mehrleistung des Personals infolge langfristiger Absenzen (Krankheit und Mutterschaft) und verzögerter Wiederbesetzung von Vakanzen, fiel der Personalaufwand geringer aus.

3100 Kantonspolizei

Hauptereignisse

Dank intensiven Vorbereitungsarbeiten, insbesondere Schulungsmassnahmen, konnte die Umsetzung der neuen schweizerischen Strafprozessordnung auf den 1. Januar ohne grössere Probleme bewältigt werden. Zusammen mit der Oberstaatsanwaltschaft wurden die Erfahrungen in der Umsetzung beurteilt und laufend Optimierungsmassnahmen bei Abläufen und Formularen vorgenommen.

Durch weitere Intensivierung der Personalwerbung konnten rund 100 Aspirantinnen und Aspiranten angestellt werden. Der Sollbestand im Polizeikorps konnte aber noch nicht erreicht werden. Um das Polizeikorps bei gestiegenen Anforderungen von nicht zur eigentlichen Polizeiarbeit gehörenden Aufgaben zu entlasten, wurde für die Grenzkontrolle am Flughafen Zürich die gestaffelte Anstellung von 100 zivilen Sicherheitsassistentinnen und -assistenten bewilligt. Davon konnten im Berichtsjahr bereits 30 rekrutiert und ausgebildet werden. Mit einer Restrukturierung der Flughafenpolizei konnten die Voraussetzungen zur Bewältigung der Mehrbelastungen aus der Neueröffnung des Docks B und des zentralen Sicherheitsgebäudes geschaffen werden.

Im Projekt zur Zusammenführung der beiden Polizeischulen der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Zürich in der «Zürcher Polizeischule» (ZHPS) wurden die rechtlichen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen geschaffen, um am 2. April 2012 den Betrieb mit dem ersten gemeinsamen Ausbildungslehrgang aufzunehmen. Im Projekt «Polizeiwissenschaften Zürich» arbeiten die Kriminaltechnische Abteilung der Kantonspolizei Zürich und der Wissenschaftliche Dienst der Stadtpolizei Zürich seit März 2010 erfolgreich zusammen und erbringen gemeinsam Leistungen auf hohem Niveau. Die rechtlichen Grundlagen zur Überführung in eine eigenständige gemeinsame Rechtsform wurden ausgearbeitet und konnten auf Ende des Berichtsjahres in die Vernehmlassung gegeben werden.

Die Volksabstimmung vom September fiel zugunsten des Projekts Polizei- und Justizzentrum (PJZ) aus, sodass der Regierungsrat dem Kantonsrat erneut den Objektkredit zur Bewilligung beantragt hat.

Die Gewaltdelikte in Pfäffikon ZH und Volken sowie verschiedene ausserkantonale Vorfälle waren Anlass, die Einsatzführung zu überprüfen und gezielte Massnahmen zu ergreifen (u. a. Bildung Dienst Gewaltschutz sowie weitere Optimierung der Eigensicherung).

Im Rahmen einer notwendigen technischen Erneuerung wurde das Alarmierungssystem der Kantonspolizei von der bisherigen Pagerlösung auf Mobiltelefonie umgestellt. Dies ermöglicht eine bessere Erreichbarkeit der Korpsangehörigen auch ausserhalb der Dienstzeit. In einem gemeinsamen Vorhaben aller Zürcher Polizeikorps wird durch den Einsatz von mobilen technischen Geräten und der Vereinheitlichung der Rapportierung die polizeiliche Frontarbeit vereinfacht.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Durchsetzen der Rechtsordnung
A2	Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
A3	Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
A4	Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
A5	Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
A6	Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Relative Entwicklung Anzahl Verstösse (vgl. Kantone BE, GE, SG [in %])	P	+3	0		
W2	Positive Zufriedenheit Bürger mit Kontakt, Befragung (in %)	min.	91	85	87	2
W3	Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen (in Min.; A1)	max.	23	20	20	0
W4	Anteil Interventionszeit über 30 Min. (in %; A1)	max.	15	10	15	5
W5	Aufklärungsquote (alle Delikte StGB/BetmG [in %]; A4)	min.	41	30	39	9
W6	Aufklärungsquote (Verbrechen gegen Leib und Leben [in %]; A4)	min.	81	81	79	-2
Leistungen						
L1	Anzahl Spezialkontrollen (z.B. Schwerverkehrs- und Schwerpunkt- kontrolle; A1)	P	101	70	127	57
L2	Anzahl Aktivitäten Verkehrsinstruktion (Unterricht, Aktionen; A2)	P	7 938	7 300	7 711	411
L3	Anzahl Notrufe (A5)	P	166 058	200 000	171 978	-28 022
L4	Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen (A1)	P	75 660	76 000	80 682	4 682
L5	Anzahl Interventionen pro Korpsangehörigen (A1)	P	51	44	54	10
L6	Anzahl Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur; A3)	P	8 782	8 500	8 213	-287
L7	Anzahl Ordnungsdienststunden (A3)	P	32 275	35 000	28 186	-6 814
L8	Anzahl Geschwindigkeitskontrollen (A1)	P	2 475	2 500	2 511	11
L9	Anzahl erfasste Straftaten StGB/BetmG (A4)	P	126 000	140 000	127 589	-12 411
L10	Anzahl erfasste Straftatverdächtige StGB/BetmG (A4)	P	23 457	25 500	23 229	-2 271
L11	Anzahl Ordnungsbussen (A1)	P	77 180	100 000	62 218	-37 782
L12	Anzahl Arrestanteneingänge (A4)	P	10 737	11 500	11 312	-188
L13	Anzahl Arrestantentransporte (A4)	P	39 520	41 000	40 129	-871
L14	Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei (A2)	P	208 301	226 000	219 671	-6 329
L15	Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere, Mio. (A3)	P	11,4	10,5	12,1	1,6
L16	Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck (A3)	P	64 653	68 000	48 460	-19 540
L17	Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg (A1)	P	6 237	6 000	6 232	232
Wirtschaftlichkeit						
B1	Budgetunterschreitung Erfolgsrechnung (in %) (R 2010 Überschreitung)	P	-0,4	0	+0,9	+0,9
Abweichungsbegründungen						
W1	Relative Entwicklung Anzahl Verstösse (vgl. Kantone BE, GE, SG): Werte der Vergleichskantone waren zum Zeitpunkt der Abgabe des Geschäftsberichts im Berichtsjahr noch nicht bekannt.					
W2	Positive Zufriedenheit der Bürger mit Kontakt, Befragung: Im Rechnungsjahr 2011 wurden Opfer von Gewaltdelikten befragt.					
W4	Anteil Interventionszeit über 30 Minuten: Der Wert liegt auf dem gleichen Niveau wie in den Vorjahren.					
W5	Aufklärungsquote (alle Delikte StGB/BetmG): leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr bei den aufgeklärten Serieldelikten (u. a. beim Betrug)					
W6	Aufklärungsquote (Verbrechen gegen Leib und Leben): leichte Verminderung der Aufklärungsquote, da etwas weniger Serieldelikte mit zahlreichen Geschädigten geklärt werden konnten					
L1	Anzahl Spezialkontrollen (z.B. Schwerverkehrs- und Schwerpunktkontrollen): Intensivierung der Spezialkontrolltätigkeiten (gezielte Schwerverkehrs- und Schwerpunktkontrollen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit)					

- L2 Anzahl Aktivitäten Verkehrsinstruktion (Unterricht, Aktionen): Weniger Gemeinden als erwartet haben die Verkehrsinstruktion den kommunalen Polizeien übertragen.
- L3 Anzahl Notrufe: Die Anzahl der Notrufe ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen, jedoch tiefer als geplant, da weniger Mehrfachanrufe via Mobiltelefone erfolgten.
- L4 Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen: Bevölkerungswachstum und Entwicklung zur «24-Stunden-Gesellschaft» bewirken eine Zunahme zum Vorjahr um 6,2%.
- L5 Anzahl Interventionen pro Korpsangehörigen: Aufgrund der gestiegenen Anzahl Interventionen und des Unterbestandes im Korps ist eine Zunahme zu verzeichnen.
- L7 Anzahl Ordnungsdienststunden: weniger Anlässe mit Ordnungsdienstaufgebot
- L9 Anzahl erfasste Straftaten StGB/BetmG: Zunahme gegenüber dem Vorjahr betrifft u. a. die Vermögensdelikte (z. B. Diebstähle). Die Zahl der erfassten Straftaten ist tiefer als ursprünglich angenommen.
- L10 Anzahl erfasste Straftatverdächtige StGB/BetmG: leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr, u. a. tiefere Anzahl von Beteiligten bei Delikten wie Raufhandel und Angriff
- L11 Anzahl Ordnungsbussen: Der sinkende Trend der Vorjahre bestätigt sich. Die intensivere Tätigkeit der Kommunalpolizeien im Bereich der Ordnungsbussen zeigt ihre Wirkung.
- L14 Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei: weiterer Anstieg der Patrouillenstunden gegenüber dem Vorjahr, aber tiefer als geplant infolge Unterbestand bei der Flughafenpolizei
- L15 Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere: Die Zahl der Passagiere im Flughafen Zürich weist weiterhin steigende Tendenz auf.
- L16 Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck: Rückgang aufgrund Anpassung des Zählverfahrens (u. a. werden Feuerwerke nicht mehr einzeln sondern paketweise gezählt)
- L17 Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg: Der Wert liegt annähernd auf dem gleichen Niveau wie 2010. Dieser Leistungsindikator kann von der Kantonspolizei nur marginal beeinflusst werden. Für die Ausschaffungsverfügungen sind das Bundesamt für Migration (Asylgesetz) und die kantonalen Migrationsämter (Ausländergesetz) zuständig.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Umsetzung der eidgenössischen Strafprozessordnung (Umschulung, Änderung Prozessabläufe, neue Schnittstellen) Abgeschlossen Umsetzung hat auf den 1. Januar planmässig stattgefunden. Erfahrungen in der Umsetzung werden zusammen mit der Oberstaatsanwaltschaft laufend beurteilt. Gestützt darauf werden Optimierungsmassnahmen umgesetzt.	2011
E2	Gesamtkonzept Prävention, Vernetzung und Umsetzung Abgeschlossen Das Gesamtkonzept Prävention wurde planmässig umgesetzt. Die festgelegten Aktivitäten werden unter Koordination des Präventionsoffiziers laufend weitergeführt. Die Aktivitäten werden zusammen mit den Partnern im Kanton koordiniert sowie auf Bedürfnis und Wirkung kontrolliert.	2011
E3	Einführung strategische Kriminalanalyse (neu) Planmässig Das Grobkonzept zur Einführung einer strategischen Kriminalanalyse liegt vor. Die Arbeiten zur Erstellung des Detailkonzepts sind gestartet und werden mit dem Aufbau des Lagezentrums koordiniert.	2012
E4	Schaffung einer Organisationseinheit «Polizeiwissenschaften» (Projekt Nr. 3100.004) Planmässig Die Kriminaltechnische Abteilung der Kantonspolizei Zürich und der Wissenschaftliche Dienst der Stadtpolizei Zürich arbeiten seit März 2010 erfolgreich zusammen und erbringen gemeinsam Leistungen auf hohem Niveau. Die rechtlichen Grundlagen zur Überführung in eine eigenständige gemeinsame Rechtsform wurden erarbeitet und konnten auf Ende des Berichtsjahres in die Vernehmlassung gegeben werden.	2012
E5	Umsetzung des Projektes Schwerpunktbildung Kriminalitätsbekämpfung gemäss RR-Entscheid Planmässig Im Themenbereich Internetkriminalität wurde das Grobkonzept für ein gemeinsames Kompetenzzentrum erstellt. Der Antrag an den Regierungsrat für den Beschluss zur Umsetzung ist in Erarbeitung. Im Bereich der Vermögensabschöpfung konnte die Arbeitsmethodik für komplexe Fälle der Vermögenseinziehung erarbeitet und umgesetzt werden.	2013
E6	Schaffung einer regionalen «Polizeischule Zürich» (Projekt Nr. 3100.003) Planmässig Die rechtlichen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen zur Zusammenführung der beiden Polizeischulen der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Zürich zur «Zürcher Polizeischule» (ZHPS) wurden geschaffen, sodass die ZHPS am 2. April 2012 den Betrieb mit dem ersten gemeinsamen Ausbildungslehrgang aufnehmen kann.	2014
E7	Erneuerung und Zentralisierung der Einsatzzentralen an einem Standort (Projekt Nr. 3100.005; neu) Sistiert Aus betrieblicher Sicht wäre eine Zusammenlegung der Einsatzzentralen sinnvoll. In örtlicher Hinsicht bestehen verschiedene Optionen. Die Realisierung steht in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem PJZ, weshalb auf eine feste Terminierung verzichtet werden muss.	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	162,9	168,0	170,6	2,5
Aufwand	–508,2	–519,2	–518,4	0,8
Saldo	–345,3	–351,1	–347,8	3,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,4	0,1	0,2	0,1
Ausgaben	–13,1	–17,6	–16,3	1,3
Kreditübertragungen aus 2010		–1,4		
Saldo	–12,6	–17,5	–16,1	1,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	3 180,2	3 342,0	3 254,4	–87,6

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2011 / Rechnung 2011:

Ertrag:

- +1,9 Mehrertrag aus Dienstleistungen und Bussen
- +0,8 Höhere Entschädigung vom Bundesamt für Migration für Leistungen der Flughafenpolizei

Aufwand:

- 10,0 Höherer Personalaufwand (u. a. zentral bei der Finanzdirektion [Leistungsgruppe 4950] eingestellte Teuerungszulage, individuelle Lohnerhöhungen sowie Erhöhung der EO- und ALV-Arbeitgeberbeiträge; weniger Rotationsgewinne als geplant)
- +6,6 Tieferer Sachaufwand (davon 2,3 Mio. Franken Einsparungen im Informatikbereich, 1,3 Mio. Franken weniger Dienstleistungen Dritter, 1,2 Mio. Franken geringere Unterhaltskosten in den Bereichen Fahrzeugbetrieb, Kommunikationstechnologie sowie Maschinen und Geräte)
- +2,6 Tiefere kalkulatorische Mieten (Verzögerung PJZ)
- +1,7 Tiefere Abschreibungen und Zinsen auf dem Verwaltungsvermögen

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2011 / Rechnung 2011:

Einnahmen:

- +0,1 Höherer Investitionsbeitrag für Hochbauten

Ausgaben:

- +1,3 Günstiger Projektverlauf Polycom

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2011 / Rechnung 2011:

- 87,6 Der geplante Beschäftigungsumfang konnte nicht erreicht werden (namentlich Korps und Aspiranten –76, Sicherheitsbeauftragte Flughafen –13)

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 998 000	-451 000	+500 000	2 047 000	+49 000

Auflösung von Rücklagen 2011

- Fr. 451 000 für Beschaffung von Überziehschutzwesten für Frontdienst leistende Polizeiangehörige

Bildung von Rücklagen 2011

Dank Optimierung der Einsatzplanung bei der Flughafenpolizei konnte die Produktivität gesteigert werden, was trotz personellen Engpässen zu Mehrertrag führte.

3200 Strassenverkehrsamt

Hauptereignisse

Das Strassenverkehrsamt blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Seine Kundinnen und Kunden, seien es die einzelnen Privatpersonen, die Garagistinnen und Garagisten oder die Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer, konnten auf eine rasche, zuverlässige und kompetente Bearbeitung ihrer Begehren zählen. Trotz stetig wachsender Geschäftslast konnten die Wartezeiten kurz gehalten und die Qualitätsziele erreicht werden. Nicht zuletzt musste der Anstieg des Fahrzeugbestandes um rund 16 000 Einheiten von 883 573 auf 899 932 Einheiten administrativ bewältigt werden.

Im Bereich der technischen Verkehrssicherheit konnte der Output pro Verkehrsexpertin und Verkehrsexperte dank straffen Prozessabläufen und weniger Personalausfällen wegen Krankheit oder Unfall im Vergleich zum Vorjahr erhöht werden. Die zeitintensiven praktischen Führerprüfungen haben weiter zugenommen. Sie widerspiegeln das ungebrochen grosse Bedürfnis der Bevölkerung nach individueller Mobilität. Die grössere Zahl von Führerprüfungen bei unverändertem Personalbestand hatte zur Folge, dass die Zahl der technischen Fahrzeugprüfungen gegenüber dem Vorjahr nur knapp gehalten werden konnte. Die Anzahl der Beanstandungen ging zurück und weist darauf hin, dass die Fahrzeuge gründlicher auf die periodischen Nachkontrollen vorbereitet werden.

Im Bereich der administrativen Verkehrssicherheit zeigte sich ebenfalls die gute Wirtschaftslage. Im Führerbereich (Erteilung von Lernfahr- und Führerausweisen) waren gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Steigerungen zu verzeichnen. Aber auch die Ausstellung von Fahrzeugausweisen nahm zu und lässt sich mit der wachsenden Wohnbevölkerung und dem florierenden Autohandel erklären. Einhergehend mit der höheren Anzahl an Zulassungen wurden mehr Kontrollschilder ausgehändigt.

Im Bereich der Administrativmassnahmen mussten gegenüber dem Vorjahr etwas weniger Führerausweise entzogen oder Verwarnungen ausgesprochen werden. Dagegen nahm die Zahl der verkehrsmedizinischen Kontrollen deutlich zu. Der Beizug des Instituts für Rechtsmedizin (IRM) zur Beurteilung komplizierter Fahrtauglichkeitsbilder und die Anordnung von ärztlich bedingten Auflagen sind zeitaufwendig. Aufgrund der demografischen Entwicklung sowie der Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogrammes «Via Sicura» des Bundes ist mit einer erheblichen Zunahme der Geschäftslast zu rechnen, die mit dem bestehenden Personalbestand nicht mehr bewältigt werden kann.

Mit Blick auf den ständig wachsenden Fahrzeugbestand von durchschnittlich 10 000 bis 15 000 Einheiten pro Jahr wurden wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. So wird die Prüfkapazität mit einer neuen Prüfstation in Bülach erweitert. Deren Inbetriebnahme wird voraussichtlich im Verlaufe des Jahres 2013 erfolgen. Da die Dienstleistungen des Strassenverkehrsamtes den Kunden in Rechnung gestellt werden, können die Kapazitätsausweitungen ohne zusätzliche Belastung des Staatshaushaltes kostendeckend umgesetzt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneulikerinnen und Fahrzeugneulikern anlässlich der Führerprüfungen
A2	Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie Überprüfung der Konformität mit den Bundesvorschriften
A3	Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern gemäss Bundesvorschriften sowie Beantwortung von Anfragen
A4	Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Anordnung von Administrativmassnahmen nach dem Strassenverkehrsrecht (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
A5	Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben und Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (PSVA)

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 3–5 Jahre)	min.	gut	–	–	
Leistungen						
L1	Theoretische Führerprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen- und Wasser-Fz.) (A1)	P	236	225	240	15
L2	Praktische Führerprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen- und Wasser-Fz.) (A1)	P	257	235	265	30
L3	Technische Fahrzeugprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen- und Wasser-Fz.) (A2)	P	1 926	1 900	1 923	23
L4	Anzahl Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer) (A2)	P	537	500	315	–185
L5	Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle) (A3)	P	7 601	7 200	7 814	614
L6	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führerzulassung) (A3)	P	4 960	5 100	5 115	15
L7	Anzahl eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte (A4)	P	54 636	52 000	52 596	596
L8	Anzahl verkehrsmedizinische Geschäftsfälle (A4)	P	65 432	65 000	73 754	8 754
L9	Verfügte Adm.-Massnahmen (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in (A4)	P	2 010	1 800	2 062	262
L10	Anzahl erstellte Rechnungen (in Mio.) (A5)	P	1,660	1,600	1,698	0,098
L11	Anzahl erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge) (A5)	P	251 669	256 000	229 387	–26 613
L12	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen) (A5)	P	7 721	6 800	8 332	1 532
L13	Anzahl Chauffeurfahrten	P	1 699	1 700	1 518	–182
L14	Anzahl Selbstfahrten durch Verwaltungsmitarbeiter/innen	P	6 465	6 000	6 405	405
Wirtschaftlichkeit						
B1	Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds)	P	175 079	188 000	182 178	–5 822
B2	Gesamtertrag pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds)	P	240 264	241 000	241 596	596

Abweichungsbegründungen

L2	Praktische Führerprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen- und Wasser-Fz.): mehr praktische Führerprüfungen bei gleichem Personalbestand
L4	Anzahl Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer): Im Berichtsjahr sind weniger periodische Überprüfungen angefallen.
L5	Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle): mehr Geschäftsfälle bei praktisch gleichem Personalbestand
L7	Anzahl eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte: Die Menge der eingegangenen Polizeirapporte ist u. a. abhängig von der polizeilichen Schwerpunktbildung.
L8	Anzahl verkehrsmedizinische Geschäftsfälle: deutlicher Anstieg infolge Systemänderung im Aufgebotswesen sowie demografischer Entwicklung
L9	Verfügte Adm.-Massnahmen (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in: mehr zu verarbeitende Geschäftsfälle als geplant
L11	Anzahl erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge): Optimierung der Mahnläufe (Einsparung bei Druck- und Portokosten)
L12	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen): mehr eingegangene Anfragen

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Konsequente Einhaltung der Intervalle für periodische Fahrzeugprüfungen, insbesondere bei älteren Fahrzeugen Verzögert Die neue Prüfstation kann erst im 2013 eröffnet werden.	2011
E2	Keine oder nur minimale Rückstände bei Fahrzeugen, die dem berufsmässigen Personentransport oder dem Transport gefährlicher Güter dienen Abgeschlossen Trotz höherem Fahrzeugbestand konnten die Rückstände auf sehr tiefem Niveau gehalten werden.	2011
E3	Konzentration auf Fälle schwerwiegender Verkehrsregelverletzungen und Rückfalltäter/innen (Administrativmassnahmen) Abgeschlossen Die Abteilung Administrativmassnahmen konzentriert ihre Arbeiten vor allem auf schwerwiegende Verkehrsregelverletzungen und Rückfalltäter.	2011
E4	Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen Verzögert Gegen die am 28. November vom Kantonsrat verabschiedete Gesetzesvorlage wurde das Behördenreferendum ergriffen.	2011
E5	Optimierung der Verkehrssicherheit (u. a. Umsetzung Neuanforderungen des Bundesamtes für Strassen «Via Sicura») Planmässig «Via Sicura» wurde in beiden eidgenössischen Räten behandelt. Ausstehend ist noch das Differenzbereinigungsverfahren.	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	378,9	378,4	383,6	5,1
Verkehrsabgaben	296,0	294,0	300,2	6,2
Aufwand	-356,7	-359,9	-363,1	-3,2
Übertrag an Strassenfonds	-294,9	-293,1	-299,3	-6,2
Saldo	22,3	18,5	20,5	2,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,4	-4,0	-0,5	3,5
Saldo	-0,4	-4,0	-0,5	3,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	345,0	351,0	344,9	-6,1

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2011 / Rechnung 2011:

Ertrag:

- +6,2 Mehrertrag aus Verkehrsabgaben infolge höheren Fahrzeugbestands
- 1,1 Minderertrag infolge zeitlicher Verschiebung Neueröffnung Prüfstelle Bülach

Aufwand:

- 6,2 Höhere Einlage in den Strassenfonds infolge höheren Fahrzeugbestands
- +1,1 Tieferer Personalaufwand, v.a. infolge verzögerter Inbetriebnahme der neu geplanten Prüfstelle Bülach
- +1,1 Weniger Sachaufwand, v.a. Informatik-Nutzungsaufwand
- +0,8 Minderaufwand bei den Abschreibungen und Zinsen infolge tieferer Investitionen u.a. im Vorjahr

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2011 / Rechnung 2011:

Ausgaben:

- +3,5 Minderausgaben infolge Projektverzögerungen und Projektverschiebungen (v.a. Informatikprojekte und Ausrüstung neue Prüfstelle)

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2011 / Rechnung 2011:

- 6,1 Nichtbesetzung von vakanten Stellen infolge verzögerter Inbetriebnahme der neu geplanten Prüfstelle Bülach

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	628 090	-302 698	+300 000	625 392	-2 698

Auflösung von Rücklagen 2011: Total Fr. 302 698

– davon Fr. 57 000 für die Förderung des Fahrsicherheitsverhaltens

Bildung von Rücklagen 2011

Dank Mehrleistungen des Personals konnte die Produktivität unter anderem in den Bereichen Verkehrssicherheit, Führerprüfungen und Administrativmassnahmen weiter gesteigert werden. Zusätzlich zum Tagesgeschäft wurden wichtige Projekte wie zum Beispiel die Überführung der VIACAR-Geschäftsapplikation in eine neue Betreiberfirma oder die Planung einer zusätzlichen Prüfstelle vorangetrieben.

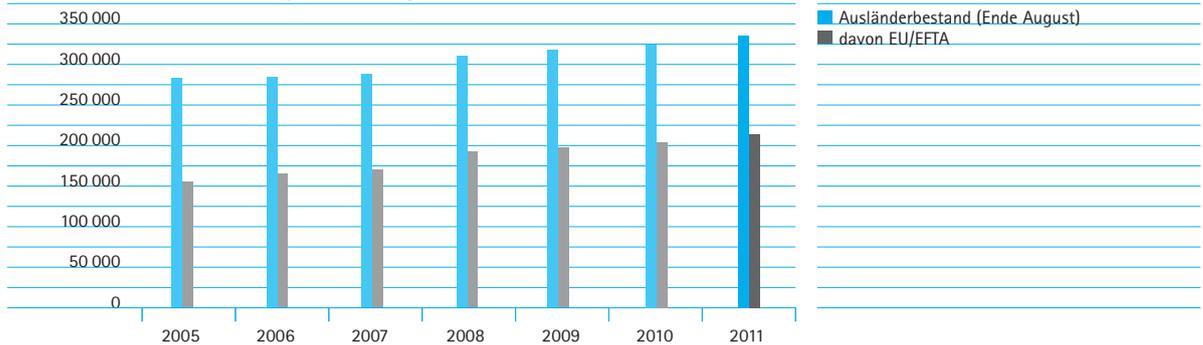
3300 Migrationsamt

Hauptereignisse

Zunahme des Bestandes der ausländischen Wohnbevölkerung

Der im Berichtsjahr andauernde Anstieg der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung des Kantons Zürich führte dazu, dass die Zahl der zu bearbeitenden Bewilligungsgeschäfte erneut anstieg. Diese Entwicklung betraf neben den im Bewilligungsbereich tätigen Abteilungen insbesondere auch die Abteilung Dienste und die dort integrierten Aufgabenbereiche Publikumsverkehr (Schalter und Telefonische Auskunftsstelle) und Rückwärtiger Dienst. Dank der 2009 bewilligten und rekrutierten zusätzlichen Stellen für die Bewältigung des Tagesgeschäfts konnten die Pendenzen auf einem tiefen Stand gehalten und kurze Verfahrensdauern sichergestellt werden.

Ausländerbestand 2005–2011 (Stand: jeweils Ende August)



Biometrischer Ausländerausweis

Am 24. Januar wurde für Drittstaatsangehörige ein neuer, mit biometrischen Daten versehener Ausländerausweis (AA10) eingeführt. Die biometrischen Daten (Gesichtsbild und Fingerabdrücke) werden zentral beim Migrationsamt erfasst. Die mit dem AA10 zusammenhängenden, gemeinsam mit den Einwohnerkontrollen überarbeiteten Abläufe erwiesen sich als zweckmässig und alltagstauglich. Die zur Verbesserung des Informationsaustausches eingerichtete Datenplattform «Migrationsamt-Einwohnerkontrollen» (MiGEK) bewährte sich. Mit der für die Einwohnerkontrollen über das MiGEK möglichen Reservation lassen sich die Daten ohne Wartezeiten erfassen. EG-/EFTA-Staatsangehörige und Personen des Asylbereichs erhalten weiterhin den herkömmlichen, vom Migrationsamt hergestellten Ausländerausweis.

Wegweisungsvollzug

Sonderflüge

Infolge des Todesfalls eines nigerianischen Staatsangehörigen anlässlich eines Sonderflugs im März 2010 setzte das Bundesamt für Migration die Durchführung solcher Sonderflüge vorerst allgemein aus. Im Berichtsjahr wurden die Flüge wieder aufgenommen.

Nordafrika

Die Umwälzungen in Nordafrika führten zu einer grossen Zahl vorwiegend tunesischer Asylsuchender, die über Italien in die Schweiz gelangten. Auf deren Gesuche wurde von den Bundesbehörden grossmehrheitlich nicht eingetreten, da sie bereits in einem dem Dubliner Abkommen unterstellten Staat um Asyl nachgesucht hatten. Die nach diesem Abkommen möglichen Rückführungen nach Italien erfolgten allerdings nicht in genügendem Mass. Direkte Rückführungen nach Tunesien waren mangels entsprechender Vereinbarungen des Bundes mit der tunesischen Übergangsregierung nicht möglich.

Dubliner Abkommen

Das Dubliner Abkommen hatte auch im Berichtsjahr insoweit positive Folgen, als zahlreiche Personen aus Gründen der Zuständigkeit anderen Staaten übergeben werden konnten. Im Berichtsjahr waren dies für den Kanton Zürich 420 (Vorjahr 324) Personen; in 319 (Vorjahr: 234) Fällen steht die Überführung noch aus. Die Zahl der vollzogenen Ausschaffungen blieb auf im Vergleich zum Vorjahr gleich hohem Stand.

Organisation

Die im Jahr 2010 durchgeführten externen Analysen der Strukturen und Prozesse bildeten die Grundlage für das im Berichtsjahr eingeleitete Umsetzungsprojekt «Migrationsamt 2011».

In den Teilprojekten Führung, e-Dossier, Dokumentenmanagement, Controlling, Personalmanagement und Kommunikation wurden weitere Verbesserungen umgesetzt. So wurde beispielsweise im Rahmen des Projekts «e-Dossier» die vollständige Umstellung auf elektronische Aktenführung weiter vorangetrieben. Seit dem 1. Oktober werden sämtliche neu erstellten Dossiers ausschliesslich elektronisch geführt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug des Ausländerrechtes des Bundes unter bestmöglicher Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Amtsstellen u. a.)
A2	Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechtes des Bundes
A3	Die Hauptaufgaben des Amtes sind <ul style="list-style-type: none">– Prüfung von Gesuchen und das Erteilen, Verweigern, Verlängern, Nichtverlängern oder Widerrufen von Bewilligungen– Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und administrative Aufgaben im Asylbereich– Treffen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit, dauerhaftem Sozialhilfebezug, Verstössen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung und bei Missbräuchen sowie von illegaler Anwesenheit

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Anteil der gutgeheissenen Rekurse (in %)	max.	11	5	14	9
Leistungen						
L1	Anzahl bewilligte Einreisegesuche (A1)	P	16 514	10 000	15 414	5 414
L2	Anzahl Visageschäfte/Schaltevorsprachen (A1)	P	45 965	50 000	46 291	-3 709
L3	Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung (A2)	P	135 241	135 000	108 269	-26 731
L4	Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit (A2)	P	11 760	11 000	16 498	5 498
L5	Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen (A3)	P	6 024	6 000	5 990	-10
L6	Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender (A2)	P	23 374	28 000	25 610	-2 390
L7	Mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall (in Tagen) (A1)	P	12	12	4	-8
L8	Anzahl beantwortete telefonische Anfragen (Durchschnitt pro Tag) (A1)	P	530	600	585	-15
L9	Anzahl Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige (A1)	P	72 923	59 000	51 089	-7 911
Wirtschaftlichkeit						
B1	Saldo pro Bewilligung (in Fr.; A3)	P	0	-10	-12	-2
Abweichungsbegründungen						
W1	Anteil der gutgeheissenen Rekurse (in %): im Rahmen des Vorjahreswertes (B 2011: zu tief budgetiert)					
L1	Anzahl bewilligte Einreisegesuche: mehr Gesuche aus dem EU-/EFTA-Raum als budgetiert (Wert auf Vorjahresniveau)					
L3	Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung: Rückgang infolge Kontrollfristverlängerung für Niedergelassene von drei auf fünf Jahre (neues Ausländergesetz; fehlender Erfahrungswert zum Budgetierungszeitpunkt)					
L4	Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit: mehr Stellenwechsel als erwartet und viele Studierende mit Nebenerwerb					
L6	Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender: weniger Hafttage wegen eingeschränkter Ausschaffungsmöglichkeiten, vorab nach Nigeria					
L7	Mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall: markante Verbesserung dank zusätzlichem, jetzt eingearbeitetem Personal					
L9	Anzahl Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige: Rückgang infolge Kontrollfristverlängerung für Niedergelassene von drei auf fünf Jahre (neues Ausländergesetz; fehlender Erfahrungswert zum Budgetierungszeitpunkt)					
B1	Saldo pro Bewilligung (in Fr.): Saldoverschlechterung pro Bewilligung aufgrund erforderlicher Verbesserungen bei der Bearbeitungsdauer, was höheren Personalaufwand zur Folge hatte, sowie höherer Kosten für den biometrischen Ausländerausweis					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Einführung Neuregelung Aufgabenteilung Migrationsamt/Gemeinden Abgeschlossen Die Projektgruppe wurde in eine Begleitgruppe übergeführt, die sich zweimal jährlich zum Erfahrungsaustausch trifft.	2011
E2	Umsetzung Biometrie in Ausländerausweisen Drittstaatsangehöriger gemäss Bundesvorgaben Abgeschlossen Der Start am 24. Januar war erfolgreich. Es mussten nur geringfügige Korrekturen an den Abläufen und Programmen vorgenommen werden.	2011
E3	Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung Planmässig Die geplanten Massnahmen wurden vom neuen Amtschef in einem Projekt «Migrationsamt 2011» zusammengefasst. Sie sind teilweise umgesetzt. Die Arbeiten werden 2012 fortgesetzt.	2011
E4	Einführung/Umsetzung neues amtsinternes Controlling Planmässig Der Schwerpunkt wird als Teil des Projekts «Migrationsamt 2011» umgesetzt.	2012
E5	Umsetzung Änderungen aufgrund Schengen-Acquis und Revision Bundesrecht Planmässig Im Berichtsjahr wurden insbesondere die Schengen Rückführungsrichtlinien umgesetzt.	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	15,0	17,0	14,9	-2,1
Aufwand	-26,4	-29,6	-27,2	2,4
Saldo	-11,4	-12,6	-12,3	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-1,1	-0,2	-0,6	-0,4
Saldo	-1,1	-0,2	-0,6	-0,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	147,1	160,0	157,8	-2,2

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2011 / Rechnung 2011:

Ertrag:

- 1,4 Tiefere Gebührenerträge infolge Kontrollfristverlängerungen für Niedergelassene von drei auf fünf Jahre
- 0,7 Zunahme der Rückerstattungen des Bundes für Ausschaffungshaft ist wegen weniger Hafttagen tiefer als geplant

Aufwand:

- +1,4 Geringere Strafvollzugskosten als budgetiert wegen weniger Hafttagen
- +0,9 Geringerer Personalaufwand infolge Kontrollfristverlängerungen für Niedergelassene von drei auf fünf Jahre
- +0,1 Geringerer Sachaufwand für die Herstellung von Ausländerausweisen

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2011 / Rechnung 2011:

Ausgaben:

- 0,4 Technische, IPSAS-bedingte Buchung ohne Mittelabfluss aus der Investitionsrechnung (vom Vermieter zu tragende Grundausbaukosten im Migrationsamt). Zum Zeitpunkt des Ausgabenbeschlusses (RRB Nr. 851/2010) war die Anwendung der relevanten IPSAS-Richtlinien noch nicht abschliessend geregelt.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	115 756.25	-52 868.00	50 000.00	112 888.25	-2 868.00

Dank Mehrleistung des Personals gelang es, die mittlere Bearbeitungsdauer der zu bearbeitenden Fälle markant zu senken.

3400 Amt für Militär und Zivilschutz

Hauptereignisse

Der Kantonsrat bewilligte einen Objektkredit für Um- und Neubauten des Ausbildungszentrums Andelfingen von 8,8 Mio. Franken. Nach der Gründung des Schweizerischen Forums für Zivilschutzmaterial unter der Federführung des Kantons Zürich ist das Kantonale Zeughaus schweizweit Beschaffungsstelle für das neue technische und persönliche Material für den Zivilschutz der Gemeinden und Kantone. Auf Anfang des Berichtsjahres wurden Militärverwaltung und Kreiskommando infolge Aufhebung des Kreiskommandos Ost (Militärkreis Winterthur seit 1875) unter einem Dach an der Uetlibergstrasse 113 in Zürich zusammengeführt. Die Informationsanlässe (Orientierungstage) für angehende Stellungspflichtige finden neu – neben der Durchführung im Ausbildungszentrum Andelfingen – zentral in der Kaserne Reppischtal statt.

Die Militärverwaltung informierte an 108 (116) Orientierungstagen 5978 (6038) Stellungspflichtige über die Möglichkeiten der Dienstleistungen. Es gingen 5803 (6194) Dienstverschiebungsgesuche ein; von 3987 (4402) Gesuchen im Zuständigkeitsbereich des Kantons wurden 1261 (1535) abgelehnt. Es wurden insgesamt 3974 (4099) Angehörige der Armee (394 [403] Offiziere) aus der Militärdienstpflicht entlassen. Für die Soldaten, Unteroffiziere und höheren Unteroffiziere fanden hierzu – letztmals auf dem Militärflugplatz Dübendorf – acht Entlassungsfeiern statt. Die Offiziere wurden an einer würdigen Feier im Albisgütli durch den Sicherheitsdirektor verabschiedet. Die neu brevetierten Leutnants begrüsst der Sicherheitsdirektor – in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Offiziersgesellschaft – an einem besonderen Anlass.

Der Umsatz des Armee-Shops im kantonalen Zeughaus betrug Fr. 456 871 (429 570); davon brachte der Verkauf über das Internet (www.a-shop.ch) Fr. 139 475 (93 033) ein. Es wurden rund 2000 (2000) Sturmgewehre 90 instand gestellt und wieder der Rekrutenausrüstung zugeführt. An rund 1500 (2000) Stgw 90 wurde eine grosse Revision durchgeführt. Das Zeughaus nahm insgesamt 568 private Waffen entgegen. Darin eingeschlossen sind die Waffen, die während eines Aktionstages der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Zürich zur Entgegennahme von privaten Waffen zurückgenommen wurden.

Der Waffenplatz Zürich-Reppischtal war mit den Inf Bat 141, 142 und 143 der Infanterie Durchdienereschule 14 sowie der Militärakademie an der ETH Zürich sehr gut belegt. Auch die Ausbildungs- und Schiessplätze waren sehr gut ausgelastet.

Der Zivilschutz führte für 1308 (1209) Angehörige Grund- und Weiterbildungskurse durch. Die insgesamt 12 837 (11 795) Kursteilnehmenden im Ausbildungszentrum Andelfingen aus Zivilschutz (39%), Feuerwehr (34%), Polizei (10%), Militär (10%) und Dritten (7%) erbrachten rund 26 300 Teilnehmertage. Der Werterhalt von Schutzräumen, Anlagen und Material erforderte rund 7300 (8200) Personentage. Der Zivilschutz unterstützte verschiedene Organisationen im Rahmen von Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft und betreute zahlreiche Menschen in Spitälern, Kranken- und Altersheimen mit insgesamt 15 800 (12 580) Personentagen.

Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagte 45 333 (44 518) Ersatzpflichtige, was zu einer Vereinnahmung von rund 33,0 (31,3) Mio. Franken führte. 20% oder rund 6,6 (6,2) Mio. Franken fallen dem Kanton als Bezugsprovision zu.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Militärverwaltung obliegt insbesondere das Dienstverschiebungswesen, die Überprüfung der obligatorischen Schiesspflicht der Angehörigen der Armee und die allfällige disziplinarische Bestrafung von Schiesspflichtversäumern. Weiter werden alle Schweizerinnen und Schweizer im 16. Altersjahr über die Möglichkeiten der Dienstleistungen vororientiert. Für alle Stellungspflichtigen werden Orientierungstage durchgeführt und schliesslich werden die Armeeingehörigen nach erfüllter Dienstpflicht aus dem Militär entlassen.
A2	Der Zivilschutz bildet in einer zweiwöchigen Grundausbildung Stabsassistenten, Pioniere und Betreuer sowie das Gros der Kader und Spezialisten für die Zivilschutzorganisationen der Gemeinden aus und ist für den Unterhalt der Zivilschutzinfrastrukturanlagen zuständig.
A3	Die Waffenplatzverwaltung stellt im Auftrag des VBS den Unterhalt der Kasernenanlagen und die Infrastruktur der Ausbildungsplätze sicher.
A4	Das Zeughaus ist zuständig für die persönliche Ausrüstung der Armeeingehörigen und betreibt einen Armee-Shop.
A5	Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagt jährlich mehrere zehntausend Ersatzpflichtige oder befreit diese allenfalls von der Ersatzpflicht.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Verschiebungsgesuche einrückungspflichtiger Angehöriger der Armee (AdA); Erledigung innerhalb 14 Tagen (in %) (A1)	min.	97	90	98	8
W2	Zufriedenheit der Stellungspflichtigen bezüglich Information und Ablauf am Orientierungstag (OT) (in %) (A1)	min.	92	90	95	5
W3	Erhaltung der Werte; Mängelfreiheit: Schutzbauten/Material (in %) (A2)	min.	93	80	92	12
W4	Durchschnittliche Bearbeitungszeit für militärische Gesuche (in Tagen) (A1)	P	5	7	5	-2
Leistungen						
L1	Betreuung Anzahl Meldepflichtige (einschliesslich Stellungspflichtige) mit Wohnsitz im Kt. ZH pro Mitarbeitenden in der Militärverwaltung (A1)	P	3 807	3 400	3 915	515
L2	Zeitgerechter Arrestvollzug; Anzahl Verjährungen (A1)	P	14	7	22	15
L3	Ausbildungsleistung Zivilschutz; Anzahl Teilnehmertage (A2)	P	8 940	9 600	9 619	19
L4	Auslastungsgrad Kaserne Reppischtal (in %) (A3)	P	100	90	100	10
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten pro Teilnehmer am Orientierungstag (OT) (in Fr.) (A1)	max.	27.24	28	28.71	0.71
B2	Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %) (A5)	min.	239	180	241	61
B3	Kostendeckungsgrad Schiesspflichtversäumer (in %) (A1)	min.	125	90	126	36

Abweichungsbegründungen

W1	Verschiebungsgesuche einrückungspflichtiger Angehöriger der Armee (AdA); Erledigung innerhalb 14 Tagen (in %): im Rahmen der Vorjahreswerte
W2	Zufriedenheit der Stellungspflichtigen bezüglich Information und Ablauf am Orientierungstag (OT) (in %): Erhöhung dank besserer Infrastruktur und individualisierter Beratung
W3	Erhaltung der Werte; Mängelfreiheit: Schutzbauten/Material (in %): im Rahmen der Vorjahreswerte
W4	Durchschnittliche Bearbeitungszeit für militärische Gesuche (in Tagen): im Rahmen der Vorjahreswerte
L1	Betreuung Anzahl Meldepflichtige (einschliesslich Stellungspflichtige) mit Wohnsitz im Kt. ZH pro Mitarbeitenden in der Militärverwaltung: Mehr Meldepflichtige pro Mitarbeitenden wegen Stellenreduktion (Schliessung Kreiskommando Winterthur)
L2	Zeitgerechter Arrestvollzug; Anzahl Verjährungen: Höhere Anzahl an Verjährungen wegen mehr vermisster und zur Fahndung ausgeschriebener Personen (RIPOL)
L4	Auslastungsgrad Kaserne Reppischtal (in %): volle Auslastung, analog Vorjahre
B1	Kosten pro Teilnehmer am Orientierungstag (OT) (in Fr.): Leicht höhere, infrastrukturbedingte Kosten gegenüber Vorjahr sowie Kostenanstieg pro Kopf infolge abnehmender Anzahl Stellungspflichtiger
B2	Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %): mehr Ersatzpflichtige und mehr höhere, definitive Veranlagungen bei leicht verringerten Ausgaben
B3	Kostendeckungsgrad Schiesspflichtversäumer (in %): trotz tieferer Bussenerträge im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr Erhöhung des Kostendeckungsgrades dank Personaleinsparungen

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Einbezug der Entwicklungsschritte des Bevölkerungsschutzes Verzögert Der Bericht des Bundesrates zur Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ wurde Ende des Berichtsjahres in die Vernehmlassung gegeben.	2011
E2	Einbezug der Entwicklungsschritte der Armee (u. a. «08/11») Planmässig 2012 sollten die Eckwerte des Bundes verabschiedet werden.	2012
E3	Umsetzung neues Entschädigungsmodell (Mietermodell) Planmässig Das Stationierungsmodell soll 2012 vorliegen.	2013
E4	Neues Übungsdorf (Ersatz der bestehenden Anlage; Projekt Nr. 3400.001) Verzögert Sämtliche Kredite wurden bewilligt. Die Baulose 2–4 werden 2012 gestartet.	2013

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	19,3	20,2	25,4	5,2
Aufwand	–33,1	–33,7	–35,8	–2,1
Saldo	–13,8	–13,5	–10,5	3,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	2,2	2,2	2,4	0,2
Ausgaben	–4,5	–10,4	–5,5	4,9
Kreditübertragungen aus 2010		–4,4		0,0
Saldo	–2,3	–8,3	–3,1	5,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	129,5	131,0	131,6	0,6

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2011 / Rechnung 2011:

Ertrag:

- +1,3 Mehrerträge aus Zivilschutz-Materialverkäufen an andere Kantone
- +1,2 Änderung Buchungspraxis bei saldoneutralen Unterhaltspauschalen für Schutzbauten (neu in Erfolgsrechnung statt in Investitionsrechnung)
- +0,8 Neubewertung von Zivilschutzmaterial, das unter anderem vom Bund überlassen wurde (neu in Erfolgsrechnung statt in Investitionsrechnung)
- +0,6 Höherer Anteil Wehrpflichtersatz
- +0,6 Buchhalterisch vorgeschriebene Aktivierung von Planungs- und Projektierungskosten aus Vorjahren Neu- und Umbau Ausbildungszentrum Andelfingen
- +0,5 Mehrerträge im Waffenplatz Reppischtal durch Nachtrag zum Waffenplatz-Finanzvertrag mit dem Bund

Aufwand:

- 1,5 Mehraufwand bei Zivilschutz-Materialbeschaffung für andere Kantone (Teilbestände noch an Lager)
- 1,2 Änderung Buchungspraxis bei den saldoneutralen Unterhaltspauschalen für Schutzbauten
- +0,6 Einsparungen bei Sachaufwand und Abschreibungen (Verschiebung Investitionsprojekte)

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2011 / Rechnung 2011:

Einnahmen:

- +1,5 Höhere durchlaufende Investitionsbeiträge vom Bund für Optimierung Sirenenanlagen
- 1,2 Änderung Buchungspraxis bei den saldoneutralen Unterhaltungspauschalen für Schutzbauten

Ausgaben:

- +3,7 Verschiebung geplanter Vorhaben und abklärungsbedingte Verzögerungen
- +1,5 Verzögerung Neu- und Umbau Übungsdorf Andelfingen (Projekt Nr.3400.001)
- +1,2 Änderung Buchungspraxis bei den saldoneutralen Unterhaltungspauschalen für Schutzbauten
- 1,5 Höhere durchlaufende Investitionsbeiträge an private Organisationen für Optimierung Sirenenanlagen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	30 798.55	-29 557.75	+30 000.00	31 240.80	+442.25

Die Zufriedenheit der Stellungspflichtigen am Orientierungstag konnte dank verbesserter Infrastruktur und individualisierter Beratung weiter erhöht werden. Des Weiteren konnten Mehrumsätze durch Verkäufe im Bereich Neubeschaffung Zivilschutzmaterial erzielt werden. Zudem gelang es wiederum, den Waffenplatz Reppischtal voll auszulasten.

3500 Sozialamt

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten an der Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) fortgesetzt. Zum einen galt es, den Invalideinrichtungen für ein weiteres Jahr die bisherigen Leistungen des Bundes zu gewährleisten. Zum anderen wurden in Abstimmung mit den Ostschweizer Kantonen die Arbeiten am neuen leistungsorientierten Abteilungssystem so weit fortgesetzt, dass das System auf den 1. Januar 2012 in den wesentlichen Teilen eingeführt werden kann.

Schwerpunkte im Bereich der Öffentlichen Sozialhilfe bildeten die Vorbereitungsarbeiten für die Inkraftsetzung der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (Informationen und Auskünfte; Unterstellung der vorläufig Aufgenommenen unter die Regeln der ordentlichen Sozialhilfe) auf 1. Januar 2012. Ausserdem galt es, die vom Regierungsrat verabschiedete Weiterentwicklung der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) im Bereich Sozialhilfe umzusetzen sowie an der Verbesserung der Koordination der beruflichen und sozialen Integrationsmassnahmen weiterzuarbeiten. Zudem wurden die Überprüfung der im Bericht betreffend Fehlanreize im Steuer- und Sozialsystem vorgeschlagenen Massnahmen im Bereich Sozialhilfe an die Hand genommen sowie die Vorkehrungen für das vom Regierungsrat der Sicherheitsdirektion übertragene Umsetzungscontrolling (Bericht zum Umsetzungsstand bis Ende 2012) getroffen.

Im Bereich der Familienzulagen wurde die Vernehmlassung zur Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (Unterstellung der Selbstständigerwerbenden) abgeschlossen. Bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV erforderte das im Zusammenhang mit der 6. Revision der Invalidenversicherung geänderte Bundesgesetz über die Invalidenversicherung eine Anpassung der Zusatzleistungsverordnung. Die neuen Bundesbestimmungen, welche die Direktüberweisung der Durchschnittsprämie der obligatorischen Krankenversicherung für Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen direkt an den Krankenversicherer vorsehen, erfordern eine Teilrevision des Zusatzleistungsgesetzes. Der entsprechende Revisionsentwurf wurde in die Vernehmlassung gegeben.

Weitere wichtige Geschäfte waren die Gewährleistung ausreichender Unterbringungsplätze für die vom Bund den Kantonen zugewiesenen Asylsuchenden und die Gewährung von Nothilfe an Personen mit einem rechtskräftig abgewiesenen Asylgesuch oder einem Gesuch, auf welches nicht eingetreten worden war.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug der kantonalen Aufgaben im Sozialwesen (Beratung, Unterstützung, Beaufsichtigung und Koordination der Gemeinden)
A2	Vollzug des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger und die Koordination der Asylfürsorge
A3	Ausrichtung von Beiträgen an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV (Ergänzungsleistungen, Beihilfen und Zuschüsse)
A4	Vollzug des Bundesgesetzes über die Familienzulagen
A5	Aufsicht, Bewilligung und Subventionierung von Heimen und Einrichtungen für Erwachsene

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen (in Mio. Franken; A1, 2, 3, 4, 5)	P	834,2	899,2	884,5	-14,7
Leistungen						
L1	Anzahl Rechnungen im Bereich öffentliche Sozialhilfe (A1)	P	15 612	22 000	17 203	-4 797
L2	Vom Bund zugewiesene Asylbewerber (A2)	P	2 073	1 900	3 516	1 616
L3	Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich (A2)	P	4 219	6 000	6 225	225
L4	Verfügbare Plätze in sozialen Einrichtungen (A5)	P	14 268	14 400	14 608	208
L5	Anzahl Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV (A3)	P	44 041	48 000	44 980	-3 020
L6	Anzahl Leistungserbringer im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV (A3)	P	103	100	103	3
Wirtschaftlichkeit						
B1	Auslastungsgrad Asylunterkünfte (in %; A2)	P	80	90	91	1
B2	Auslastungsgrad soziale Einrichtungen (in %; A5)	P	97	95	97	2
Abweichungsbegründungen						
W1	Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen (in Mio. Franken): Minderaufwand für wirtschaftliche Hilfe (Ausgaben sind weniger stark angestiegen als zum Zeitpunkt der Budgetierung erwartet) und für soziale Einrichtungen (mit der NFA neu übernommene Aufgabe, zum Zeitpunkt der Budgetierung fehlten Erfahrungswerte). Mehraufwand für Zusatzleistungen zur AHV/IV (stärkere Zunahme des Staatsbeitrags als erwartet), für Familienzulagen (neue Aufgabe, zum Zeitpunkt der Budgetierung fehlten Erfahrungswerte) und im Asylwesen (höhere durchlaufende Beiträge).					
L1	Anzahl Rechnungen im Bereich öffentliche Sozialhilfe: Die prognostizierte Zunahme ist nicht im budgetierten Masse eingetroffen.					
L2	Vom Bund zugewiesene Asylbewerber: starke, zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht vorhersehbare Zunahme (u. a. aus Nordafrika)					
L3	Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich (Hochrechnung, da Abrechnungsdaten noch ausstehen): Zunahme aufgrund höherer Zuweisungen des Bundes					
L5	Anzahl Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV: Die Fallzahlen sind weniger stark angestiegen als angenommen.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Umsetzung NFA in den Bereichen Behinderteneinrichtungen und Zusatzleistungen zur AHV/IV Abgeschlossen Die Umsetzung im Bereich der Behinderteneinrichtungen erfolgte in enger Abstimmung mit den Ostschweizer Kantonen im Rahmen des Projekts «Umsetzung IFEG SODK Ost+». Der Projektabschluss erfolgte Ende des Berichtsjahres. Die weitere Umsetzung findet ab 2012 in den ordentlichen Gremien (Amtsleitendenkonferenz, Fachstellenkonferenz) statt.	2011
E2	Umsetzung der Revision des Sozialhilfegesetzes (Vorlage 4610) (neu) Planmässig Die SHG-Teilrevision tritt am 1. Januar 2012 in Kraft, was verschiedene Vorbereitungsarbeiten bedingte. Vorläufig Aufgenommene werden mit einer Übergangsfrist bis 30. April 2012 den ordentlichen Bestimmungen des Sozialhilfegesetzes unterstellt. Mit den neuen gesetzlichen Vorgaben kann diese Personengruppe gezielter beruflich und sozial integriert werden. Weiter wurde bezüglich des zulässigen Informationsaustausches zwischen den verschiedenen involvierten Amtsstellen und Behörden, aber auch betreffend die Auskunftspflichten Dritter, Klarheit geschaffen. Dies dient auch der Verhinderung von missbräuchlichen Sozialhilfebezügen. Zudem wurden Personen mit Kurzaufenthaltsbewilligung, ausländische Arbeitssuchende und Touristen vom Bezug ordentlicher Sozialhilfe ausgeschlossen, soweit dies nach übergeordnetem Staatsvertragsrecht zulässig ist und keine begründete Ausnahme vorliegt. Mit der Aufnahme dieser gesetzlichen Regelung werden bestehende Unklarheiten beseitigt.	2013
E3	Evaluation der Bildungs- und Beschäftigungsprogramme (BUSI) (neu) Planmässig Die Empfehlungen aus dem Bericht «Bestandesaufnahme der Angebote zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration im Bereich Sozialhilfe des Kantons Zürich» (abrufbar unter www.sozialamt.zh.ch) werden innerhalb der Arbeitsgruppe «BUSI» weiter verfolgt.	2013
E4	Einführung der Direktauszahlung der Individuellen Prämienverbilligungen für Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen zur AHV/IV an die Krankenversicherer (neu) Planmässig Eine breite Vernehmlassung zur Revision des Zusatzleistungsgesetzes hat stattgefunden.	2013
E5	Entwicklung eines leistungsabhängigen Finanzierungssystems für Invalideneinrichtungen (neu) Planmässig Die Vorarbeiten für das neue leistungsorientierte Finanzierungssystem wurden in Abstimmung mit den Ostschweizer Kantonen so weit fortgesetzt, dass das System auf den 1. Januar 2012 in den wesentlichen Teilen eingeführt werden kann. Namentlich können für alle Leistungsbereiche Pauschalabgeltungen erfolgen. Im Bereich Wohnen werden diese nach dem individuellen Betreuungsbedarf (IBB) abgestuft.	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	334,0	341,6	347,5	5,9
Rückerstattung an wirtschaftliche Hilfe	47,6	42,7	55,3	12,6
Rückerstattungen an Asylaufgaben	76,9	76,6	72,6	-3,9
Rückerstattungen an Zusatzleistungen und Kinderzulagen	198,0	211,0	206,5	-4,5
Aufwand	-876,2	-943,7	-929,2	14,5
Beiträge an wirtschaftliche Hilfe	-144,3	-163,0	-147,8	15,1
Beiträge an Asylaufgaben	-87,6	-91,2	-92,7	-1,5
Beiträge an Zusatzleistungen und Kinderzulagen	-324,1	-337,8	-350,9	-13,1
Beiträge an Soziale Einrichtungen	-278,5	-307,4	-294,0	13,4
Beiträge an Sozialversicherung des Bundes	-2,3	-2,7	-2,7	-0,0
Saldo	-542,2	-602,1	-581,7	20,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-12,9	-17,6	-15,5	2,1
Saldo	-12,9	-17,6	-15,5	2,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	170,2	176,7	177,0	0,3

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2011 / Rechnung 2011:

Ertrag:

- +12,6 Mehrertrag vom Bund für wirtschaftliche Hilfe für Flüchtlinge (+15,2 Mio. Franken, starke Zunahme der Anzahl Anerkennungen) und für Nothilfe (+3,7 Mio. Franken). Dies wird teilweise kompensiert durch geringere durchlaufende Beiträge im Rahmen des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) (-6,3 Mio. Franken).
- +1,7 Mehrertrag, v. a. IV-Betriebe (Mieteinnahmen usw.)
- 4,5 Tieferer Bundesbeitrag an die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (der im Laufe des Berichtsjahres durch den Bund festgesetzte Anteil war tiefer als angenommen)
- 3,9 Tiefere Bundesbeiträge für Asylaufgaben

Aufwand:

- +15,1 Minderaufwand für wirtschaftliche Hilfe (+15,5 Mio. Franken, aufgrund wirtschaftlicher Prognosen war eine stärkere Zunahme erwartet worden), für durchlaufende Beiträge im Rahmen des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) (+6,3 Mio. Franken) und für Nothilfe (+0,9 Mio. Franken). Diese Abnahme wird teilweise kompensiert durch Mehraufwand für wirtschaftliche Hilfe für Flüchtlinge (-7,6 Mio. Franken).
- +13,4 Minderaufwand v. a. für Invalideneinrichtungen (fehlende Erfahrungswerte zum Zeitpunkt der Budgetierung)
- +0,6 Minderaufwand beim Personal- und Sachaufwand
- 13,1 Mehraufwand Staatsbeitrag für Zusatzleistungen zur AHV/IV (-8,2 Mio. Franken) und Familienzulagen für Nichterwerbstätige (-4,9 Mio. Franken)
- 1,5 Höhere durchlaufende Beiträge im Asylwesen (-1,7 Mio. Franken) und tieferer Aufwand für Vorläufig Aufgenommene mit Aufenthalt über sieben Jahren (+0,2 Mio. Franken)

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2011 / Rechnung 2011:

Ausgaben:

- +2,1 Geringere Investitionen und Projektverschiebungen, v. a. für Asylleistungen sowie für Informatikprojekte und Mobilien

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	272 018.90	41 021.70	0.00	230 997.20	-41 021.70

3600 Statthalterämter

Hauptereignisse

Dank guter Vorbereitung der Grundlagen und Schulung der Mitarbeitenden gelang ein nahtloser Wechsel zur Schweizerischen Strafprozessordnung. Nach dieser unterstehen die Statthalter bei der Strafverfolgung dem Anklageprinzip, weshalb Strafbefehle, die an das Gericht gehen, den Anforderungen einer Anklage zu genügen haben. Die ständige koordinierte Evaluation unter den zwölf Statthalterämtern ermöglichte das frühzeitige Erkennen von technischen und fachlichen Problemstellungen mit den entsprechenden Korrekturmassnahmen.

Zu Beginn seiner neuen Legislatur beschloss der Regierungsrat, die Statthalterämter auf den 1. Januar 2012 neu der Direktion der Justiz und des Innern anzugliedern. In der zweiten Jahreshälfte wurde die Umsetzung dieser organisatorischen Veränderung in themenspezifischen Arbeitsgruppen vorbereitet.

Gegenüber dem Vorjahr sind im Berichtsjahr 2011 sowohl die Gesamtgeschäftslast wie auch die Anzahl der «Begehren um gerichtliche Beurteilung» leicht zurückgegangen. Der Grund liegt im Rückgang der Anzeigen von sogenannten Schwarzfahrern durch die Transportunternehmer im öffentlichen Verkehr um 83,5%. Aufgrund eines Bundesgerichtsentscheids vom Februar des Berichtsjahres fehlt die gesetzliche Grundlage für die Ahndung im Personenbeförderungsgesetz. Die Fälle mit Übertretungen gegen Tatbestände des Strafgesetzbuches sind im Berichtsjahr um 4,0% und die Vergehen im Strassenverkehr um 3,0% angestiegen. Eine Zunahme von 10,5% erfolgte bei den Betäubungsmitteldelikten.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen
A2	Aufsicht über Polizei- und Feuerwehrwesen mit Bearbeiten von Rekursen, Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinden, Kontrolle der feuerpolizeilichen Arbeit, Inspektionen der Feuerwehren
A3	Ausstellen von Invalidenbegleitkarten, Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
A4	Meldungen von Brand- und Elementarschäden für kantonale Gebäudeversicherung sowie Wirkung als Präsidenten der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenereignisse
A5	Ausstellen von Waffentragscheinen und Beschlagnahmung von Waffen

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen (A1)	P	2 376	2 250	2 360	110
W2	- in % der erledigten Fälle (A1)	P	4,22	4,50	4,47	-0,03
W3	Anzahl ausstehende Straffälle Ende Jahr (A1)	P	4 591	4 500	5 541	1 041
W4	- in % aller Fälle (A1)	P	7,54	9,00	9,51	0,51
W5	Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als sechs Monate (A1)	P	1 351	1 350	1 751	401
W6	- in % der erledigten Fälle (A1)	P	2,40	2,70	3,32	0,62
Leistungen						
L1	Anzahl erledigte Straffälle (A1)	P	56 275	50 000	52 763	2 763
L2	Anzahl Rechtsmittelverfahren (A1)	P	60	70	47	-23
L3	Anzahl ausgestellte Bewilligungen/Ausweise (A3, A5)	P	1 720	4 000	1 730	-2 270
L4	Anzahl übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen (A2, A4)	P	1 946	3 000	3 268	268
L5	Anzahl Bussenbezugsmassnahmen (A1)	P	83 611	70 000	70 245	245
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %; A1)	P	96,7	70	109,6	39,6
Abweichungsbegründungen						
W1	Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen: Im Rahmen der Vorjahreswerte (Abweichungen: zu Planwert 2011 +110, zu Rechnung 2010 -16)					
W3	Anzahl ausstehende Straffälle Ende Jahr: Aufwendigere Fallbearbeitung wegen neuer, ab 1. Januar des Berichtsjahres in Kraft gesetzter Strafprozessordnung (Abweichungen: zu Planwert 2011 +1041, zu Rechnung 2010 +950)					
W5	Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als sechs Monate: Aufwendigere Fallbearbeitung wegen neuer, ab 1. Januar des Berichtsjahres in Kraft gesetzter Strafprozessordnung (Abweichungen: zu Planwert 2011 +401, zu Rechnung 2010 +400)					
L2	Anzahl Rechtsmittelverfahren: Wegfall von Schwarzfahrereinsprachen im öV (Abweichungen: zu Planwert 2011 -23, zu Rechnung 2010 -13)					
L3	Anzahl ausgestellte Bewilligungen und Ausweise: Invalidenbegleitkarten werden nur alle vier Jahre neu ausgestellt (Abweichungen: zu Planwert 2011 -2270, zu Rechnung 2010 +10)					
L4	Anzahl übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen: Zunahme von Elementarereignissen (Abweichungen: zu Planwert 2011 +268, zu Rechnung 2010 +1322)					
B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %): Verbesserung infolge höherer Gebührenerträge sowie geringeren Sach- und Personalaufwands					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		bis
E1	Konzentration der Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht beim Statthalter Planmässig Ab 1. Januar 2012 benötigen die Gemeinden für die Verfolgung und Beurteilung von Übertretungen eine Bewilligung des Regierungsrates. In den übrigen Fällen liegt die Zuständigkeit beim Statthalteramt. Sieben Städten wurde auf Gesuch hin eine solche Bewilligung erteilt.	2014
E2	Ausdehnung der Aufsichts- und Strafkompentenz der Statthalter Planmässig Vgl. E1	2014

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	25,1	24,9	25,0	0,2
Aufwand	-17,1	-17,9	-16,2	1,7
Saldo	8,0	6,9	8,8	1,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1	-0,3		0,3
Kreditübertragungen aus 2010		-0,3		
Saldo	-0,1	-0,3		0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	60,0	62,6	61,2	-1,4

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2011 / Rechnung 2011:

Ertrag:

- +0,5 Ausserordentlicher Ertrag aus eingezogenen Vermögenswerten
- +0,6 Höhere Gebührenerträge
- 1,0 Rückgang der Anzeigen von Schwarzfahrern durch die Transportunternehmer im öV aufgrund eines Bundesgerichtsentscheides (fehlende gesetzliche Grundlage)

Aufwand:

- +1,2 Tiefere Wertberichtigungen und Forderungsverluste
- +0,4 Einsparungen beim Personal- (u. a. vorübergehende Nichtbesetzung von vakanten Stellen) und Sachaufwand (u. a. Softwareunterhalt)
- +0,2 Weniger kalkulatorische Abschreibungen als geplant

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2011 / Rechnung 2011:

Ausgaben:

+0,3 Neue Drucker wurden gemietet statt gekauft.

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2011 / Rechnung 2011:

-1,4 Nichtbesetzung von vakanten Stellen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	167 645.92	-58 478.35	50 000.00	159 167.57	-8 478.35

Das positive Ergebnis konnte sowohl durch die Senkung des Gesamtaufwandes als auch durch mehr Erträge weiter verbessert werden. Dank Mehrleistung des Personals und trotz Inkrafttreten der neuen Strafprozessordnung fiel der Personalaufwand zudem geringer aus als budgetiert.

3910 Sportfonds

Hauptereignisse

Der Beitrag der interkantonalen Landeslotterie (Swisslos) betrug Fr. 15 617 000. Insgesamt wurden Fr. 12 176 000 zur Unterstützung des Jugend-, Breiten- und Amateursports ausbezahlt.

Dem Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS) und den ihm angeschlossenen Sportverbänden und -vereinen wurden Beiträge von insgesamt Fr. 6 913 000 bewilligt (einschliesslich Betriebsbeitrag für kantonales Sportzentrum und Entschädigung an ZKS aus Leistungsvereinbarung). Zudem wurden an zehn Bauvorhaben von Sportanlagen, die im Katalog des kantonalen Sportanlagenkonzepts aufgeführt sind, Beiträge von Fr. 3 088 000 gesprochen. Für weitere 35 Bauvorhaben von Gemeinden und Dritten wurden Beiträge von Fr. 1 298 000 genehmigt. Deren Auszahlung erfolgt in den kommenden Jahren.

Im Berichtsjahr wurden folgende Beiträge ausbezahlt: Fr. 5 828 000 an 36 Sportanlagen von Gemeinden und nicht dem ZKS angehörenden Institutionen (einschliesslich 3. Rate Neubau Stadion Letzigrund Fr. 2 000 000), Fr. 120 000 an 30 Sportanlässe im ungebundenen Sport und Fr. 70 000 an neun Sportprojekte.

Die Kosten für den Bau und Unterhalt des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg belasteten den Fonds (Aufwand Erfolgsrechnung einschliesslich Zinsen und Abschreibungen) mit Fr. 3 017 000. Das Sportzentrum und das dazugehörige Hotel beherbergten 3184 Anlässe und Kurse mit 31 118 Übernachtungen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Einsatz/Verwendung der kantonalen Swisslos-Gelder zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursportes (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Anlässe, Kurse, Geräte, Sportanlagen und Projekte]; Unterstützung Sportstättenbau; Betrieb des Sportzentrums Kerenzerberg)
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	18,6	21,0	18,3	-2,7
Toto/Lotto	16,0	16,0	15,6	-0,4
Zinsen	2,5	2,2	2,7	0,5
Entnahme Bestandeskonto		2,8		-2,8
Aufwand	-18,6	-21,0	-18,3	2,7
Betriebsbeiträge	-10,1	-17,5	-12,2	5,3
Einlagen in Bestandeskonto	-5,5	0,0	-2,9	-2,9
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben	-0,7	-2,7	-0,7	1,9
Saldo	-0,7	-2,7	-0,7	1,9
Fondsbestand				
Fondsbestand	89,0	86,1	91,8	5,7

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2011 / Rechnung 2011:

Ertrag:

- 2,8 Aufgrund des positiven Jahresergebnisses (geringere Betriebsbeiträge als budgetiert) war die geplante Entnahme aus dem Fondsbestand nicht erforderlich
- 0,4 Der Ertrag der Swisslos (Kantonsanteil) war im Berichtsjahr tiefer als budgetiert (tieferer Reingewinn der Swisslos u. a. aus dem Lotto- und Losgeschäft)
- +0,5 Höherer Zinsertrag wegen höherem Fondsbestand (keine Fondsentnahme im 2010, wie ursprünglich geplant)

Aufwand:

- +5,3 Weniger Auszahlungsgesuche für zugesicherte Beiträge an Sportanlagen im Rahmen des Kantonalen Sportanlagenkonzepts (KASAK)
- +0,3 Minderaufwand baulicher Unterhalt am Sportzentrum Kerenzerberg
- 2,9 Minderaufwandbedingte Einlage in den Sportfonds

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2011 / Rechnung 2011:

Ausgaben:

- +1,9 Minderausgaben infolge Projektverzögerung bei der Zimmersanierung im Sportzentrum Kerenzerberg, Filzbach

Fondsbestand

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2011 / Rechnung 2011:

- +5,7 Der Ertrag der Swisslos (Kantonsanteil) war im Berichtsjahr höher als die Aufwendungen.

Fondsbestand am 31. Dezember: total 91,8 Mio. Franken. In diesem Betrag enthalten sind rund 29 Mio. Franken Immobilienbestand Sportzentrum Kerenzerberg sowie rund 21,3 Mio. Franken offene Verpflichtungen zu bewilligten, von Gemeinden und Dritten noch nicht abgerechneten Baubeiträgen.

3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht

Hauptereignisse

Gemäss Bundesverfassung erhalten die Kantone 10% des Reinertrags aus der Besteuerung der gebrannten Wasser. Diese Mittel sind für die Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen von Suchtproblemen zu verwenden. Beiträge gingen erneut an verschiedene Einrichtungen im Präventions- und Behandlungsbereich (Alkoholberatungsstellen). Die gesamte Leistungsabgeltung an die Alkoholberatungsstellen erfolgte auf der Grundlage von Berechnungen des Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung der Universität Zürich. An seiner Sitzung vom 28. November hat der Kantonsrat die Motion KR-Nr. 2/2011 betreffend Teilrevision des Sozialhilfegesetzes dem Regierungsrat als Postulat überwiesen. Gegenstand des Vorstosses bilden der Einsatz der Fondsmittel und die Überprüfung der Wirksamkeit.

Nach der Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten erhalten die Kantone 0,5% des Bruttospielertrags der Lotterieunternehmen. Diese Mittel sind zur Prävention und Bekämpfung von Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich zu verwenden (Art. 18 der Interkantonalen Vereinbarung). Ein Konzept, welches eine kontinuierliche Prävention und Beratung durch anerkannte Fachstellen vorsieht, befindet sich vom Februar 2011 bis März 2013 in der Umsetzungsphase. Die Umsetzung wird vom Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich fachlich begleitet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

- | | |
|----|--|
| A1 | Der Alkoholfonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an die Erfolgsrechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention) |
| A2 | Der Lotteriespielsuchtfonds dient der Bekämpfung der Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich in ihren Ursachen und Wirkungen. Er richtet finanzielle Beiträge an die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht und an Institutionen aus. |

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Erfüllung der Grundvoraussetzungen durch die Alkoholberatungsstellen gemäss kantonalem Behandlungskonzept (in %; A1)	P	100	100	100	0
W2	Erfüllung der Grundvoraussetzungen für die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht (in %; A2)	P	100	100	100	0
Leistungen						
L1	Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen (Vorjahreswert in Fr.; A1)	P	30	26	29.42	3.42
Wirtschaftlichkeit						
B1	Bestand Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben (A1)	P	104	124	105	-19
Abweichungsbegründungen						
L1	Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen (Vorjahreswert in Franken): Ab 2010 sind die Beiträge an die Alkoholberatungsstellen erhöht worden, womit auch der Indikator gestiegen ist. Die Budgetierung im Berichtsjahr erfolgte noch vor diesem Entscheid, beruhend auf tieferen Werten.					
B1	Bestand Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben: Zum Zeitpunkt der Budgetierung war noch von einer Fondszunahme ausgegangen worden. Seit 2010 werden jedoch höhere Beiträge ausgerichtet, weshalb der Fondsbestand auf dem Vorjahresniveau und dem Ziel einer Jahresausgabe verblieb.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	6,7	5,2	5,4	0,2
Alkoholfonds:				0,0
Anteil am eidgenössischen Alkoholmonopol	4,6	4,5	4,7	0,2
Zinsen aus Bestandeskonto	0,1	0,1	0,1	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Lotteriespielsuchtfonds:				0,0
Anteil aus Bruttospielerträgen der Lotterieunternehmen	2,0	0,6	0,6	-0,0
Zinsen aus Bestandeskonto		0,0	0,1	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-6,7	-5,2	-5,4	-0,2
Alkoholfonds:				0,0
Betriebsbeiträge	-2,5	-2,5	-2,6	-0,1
Übertrag an GD / Prävention Alkoholismus	-1,8	-1,8	-2,1	-0,3
Einlagen in Bestandeskonto	-2,4	-0,3	-0,1	0,2
Lotteriespielsuchtfonds:				0,0
Betriebsbeiträge		-0,6	-0,4	0,2
Einlagen in Bestandeskonto		-0,0	-0,2	-0,2
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	6,5	6,8	6,7	-0,0

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2011 / Rechnung 2011:

Ertrag:

+0,2 Alkoholfonds: Höherer Anteil am eidgenössischen Alkoholmonopol

Aufwand:

-0,2 Die Erträge fielen beim Alkoholfonds höher aus als budgetiert. Dadurch konnten auch mehr Mittel verteilt werden. Dies führte allerdings zu einer geringeren Einlage ins Bestandeskonto.

Bei der Bekämpfung der Lotteriespielsucht handelt es sich um eine neue Aufgabe. Im Rahmen des Konzepts zur Prävention und Behandlung von Glückspielsucht, insbesondere Lotteriespielsucht (RRB Nr.36/2011) wurde festgehalten, dass dem Fonds bei Umsetzung des Konzepts Mittel verbleiben, die es erlauben, weitere Projekte zur Bekämpfung der Lotteriespielsucht zu finanzieren (Forschungsprojekte, Kampagnen, Internetapplikationen, Qualitätssicherungsmassnahmen). In der Folge wurde aber keines dieser weiteren Projekte umgesetzt. Deshalb fielen die Ausgaben tiefer aus. Dies führte zu einer höheren Fondseinlage von 0,19 Mio. Franken

Fondsbestand

Rechnung 2011: Total 6,7 Mio. Franken, davon Alkoholfonds 4,6 Mio. Franken und Lotteriespielsuchtfonds 2,1 Mio. Franken.

Die Erhöhung des Fondsbestandes um rund 0,3 Mio. Franken gegenüber 2010 begründet sich einerseits mit einer Einlage in den Alkoholfonds von rund 0,1 Mio. Franken und andererseits mit einer Einlage in den Lotteriespielsuchtfonds von rund 0,2 Mio. Franken.



Winterthur: Roter Turm



Winterthur: Theater Winterthur



Winterthur: Stadttor

Finanzdirektion

Der grösste Teil der Aufgaben in der Finanzdirektion lässt sich unter dem Begriff Querschnittsaufgaben zusammenfassen. Die meisten dieser Dienstleistungen kommen der Bevölkerung nicht direkt, sondern höchstens indirekt zugute, indem die übrige Verwaltung bei ihrer Aufgabenerfüllung unterstützt wird. Die Querschnittsaufgaben lassen sich in Planung und Steuerung einerseits sowie interne Dienstleistungen andererseits unterteilen. Aufgaben mit Aussenbeziehungen – d. h. ein direkter Kontakt mit natürlichen und juristischen Personen – bestehen ausgeprägt nur beim Steueramt.

Umsetzungsprojekt zum Aufbau eines internen Kontrollsystems

Gestützt auf § 39 der Rechnungslegungsverordnung (RLV) hat die Finanzdirektion die Grundsätze für ein zweckmässiges internes Kontrollsystem (IKS) für den Kanton Zürich festgelegt (Verfügung der Finanzdirektion vom 13. Oktober 2009). Für die Einführung des IKS bis Ende 2012 wurde 2010 unter der Leitung der Finanzverwaltung ein direktionsübergreifendes Projekt gestartet. Im Berichtsjahr wurde auf der Grundlage der IKS-Grundsätze ein IKS-Leitfaden fertiggestellt. Zudem wurden die IKS-Verantwortlichen der am Projekt teilnehmenden Verwaltungseinheiten geschult. Für die Umsetzung der Grundsätze über das IKS sind die Direktionen und die Staatskanzlei verantwortlich (§ 42 RLV).

Die Umsetzung der internen Kontrollsysteme in der Finanzdirektion erfolgt im Rahmen eines Direktionsprojektes unter Leitung der Finanzverwaltung (Verfügung der Finanzdirektion vom 9. September). Auf der Grundlage des IKS-Leitfadens führen die Amtsstellen der Finanzdirektion bis Ende 2012 ein dokumentiertes und nachvollziehbares IKS mit Fokus auf die wesentlichen, finanzrelevanten Risiken ein. Im Berichtsjahr hat jede Amtsstelle die für sie wesentlichen, finanzrelevanten Prozesse und IT-Applikationen bestimmt. Darauf aufbauend werden die finanzrelevanten Risiken beurteilt.

San10, Massnahmen zur Steigerung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit in der Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungseinheiten

Im Rahmen des Sanierungsprogramms San10 hat der Regierungsrat Ende 2010 die Finanzdirektion beauftragt, in den Bereichen Personaladministration, Rechnungswesen, Beschaffungsmanagement, Controlling und Informatik Massnahmen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit zu prüfen.

Die Finanzverwaltung hat vier Teilprojekte zur weiteren Zentralisierung des Rechnungswesens gestartet mit dem Ziel,

- die Rechnungswesensoftware SAP flächendeckend in allen kantonalen Rechnungsstellen einzuführen,
- die Kreditorenbewirtschaftung im Buchungszentrum zu zentralisieren,
- eine E-Plattform für das Rechnungswesen zu etablieren und
- die IPSAS-Verfahren und -Prozesse zu optimieren.

Im Berichtsjahr wurden für die Teilprojekte Projektaufträge erstellt beziehungsweise, wo dies nicht angezeigt war, unmittelbar mit der Umsetzung der Massnahmen begonnen.

Die kdmz wurde von der Finanzdirektion beauftragt, die Einführung einer möglichst einheitlichen IT-Applikation für das Beschaffungsmanagement sowie einer einheitlichen Bestellplattform mit Webshops zu prüfen. Diese bildet eine wichtige Voraussetzung, um die Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens als Daueraufgabe gut wahrnehmen zu können. Die Arbeiten wurden im Berichtsjahr mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie begonnen.

Die KITT-Geschäftsstelle hat einen Projektauftrag für die Erstellung und Umsetzung der LEU-Strategie erarbeitet und eine Machbarkeitsanalyse durchgeführt. Auf der Grundlage dieser Unterlagen ist ein Antrag an den Regierungsrat in Erarbeitung. Beantragt werden soll, dass das KITT mit der neuen Netzwerkstrategie LEU für die Verwaltung beauftragt wird. Der San10-Auftrag soll integrierender Bestandteil der neuen Strategie werden. Ebenso wurden der Projektauftrag zur SAP-Strategie genehmigt und damit die Ziele der Strategieerarbeitung festgesetzt. Die eingesetzte Projekt-Arbeitsgruppe hat erste substantielle Ergebnisse in Form eines Grobentwurfs erzielt. Dabei wurden die erfolgskritischen Faktoren identifiziert und entsprechend gewichtet.

Als vierte San10-Massnahme zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit in der Zusammenarbeit überprüft die Finanzdirektion im Anschluss an die Einführung von PULS-ZH die Personaladministration. Dazu startete das Personalamt im Berichtsjahr ein Projekt in Zusammenarbeit mit einem externen Partner. Die Prüfung konzentrierte sich im Wesentlichen auf die Personaladministration der Finanzdirektion. Das Projektvorgehen umfasste drei Phasen. In der ersten Phase erfolgte die Identifikation der Prozesse, die im Projekt untersucht wurden. Dazu gehörten die Prozesse «Anstellung», «individuelle Lohnerhöhung» und «Kündigung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Probezeit». Die zweite Phase umfasste das Finden von Ansatzpunkten für Optimierungen in den Prozessen. Dabei wurden die drei Prozesse hinsichtlich Schnittstellen, Effizienzsteigerungen und Optimierungspotenzial analysiert. In der dritten Phase wurden für jeden Prozess Optimierungsvarianten ausgearbeitet. Aus den vorgenommenen Ist- und Soll-Analysen wurden schliesslich zwei Handlungsoptionen abgeleitet mit dem Ziel, die HR-Organisation und -Abläufe insgesamt effizienter, schneller und professioneller zu gestalten. Die aus der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse und daraus abgeleiteten Verbesserungsmassnahmen wurden im Oktober mit dem Projektteam diskutiert und validiert. Aufgrund des Berichtes der externen Firma vom 2. Dezember soll im 1. Quartal 2012 das weitere Vorgehen zur «Überprüfung der Personaladministration» definiert werden.

Optimierung der IT-Applikationen im Steuerbereich, insbesondere im Bereich E-Government

Mit der Realisierungseinheit RE05 des Informatikprojektes ZüriPrimo setzt das Kantonale Steueramt das Legislaturziel 6.6 «Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (E-Government)» des Regierungsrates der Legislaturperiode 2007–2011 um. Im Berichtsjahr konnten die Arbeiten zur Erstellung der E-Government-Lösung und des PC-Programms zur Einführung der Online-Steuererklärung vollständig abgeschlossen werden. Neben notwendigen und intensiven Testaktivitäten wurde der Pilotbetrieb vorbereitet, der im Januar 2012 mit den Gemeinden Dietikon, Embrach, Langnau a. A., Uster, Wädenswil, Winterthur und Zürich aufgenommen wird. Rund 362 000 Einwohnerinnen und Einwohner können so die neue Online-Lösung testen und sind eingeladen, daran teilzunehmen. Dabei wird den natürlichen Personen und ihren Treuhändern die Möglichkeit geboten, die Steuererklärung online über das Internet auszufüllen und elektronisch einzureichen. Die notwendigen Sicherheitsaspekte wurden zusammen mit dem Datenschutzbeauftragten ausgearbeitet und werden mittels SMS und elektronischen Identitätsnachweises (SwissID) sichergestellt. Das langjährig bewährte PC-Programm «Private Tax 2011» wurde technisch mittels gemeinsamen funktionalen Kernes in die E-Government-Lösung integriert. Dadurch können die zukünftigen, notwendigen Anpassungen beider Angebote jeweils zentral vorgenommen werden. Wie gewohnt wird «Private Tax 2011» für alle Steuerpflichtigen ab Anfang nächsten Jahres kostenlos als Download oder auf CD erhältlich sein. Der Einwohnerin bzw. dem Einwohner wird das Online-Angebot über die kantonsweite Transaktionsplattform «ZHservices» zur Verfügung gestellt. Für die medienbruchfreie Weiterverarbeitung der eingereichten Steuerdaten wurden alle betroffenen Systeme angepasst: vom Scanning des vom Steuerpflichtigen unterzeichneten Freigabebelegs über die Veranlagungssoftware bei den Gemeindesteuerämtern und im Kantonalen Steueramt bis hin zum zentralen elektronischen Archiv. Das Projekt schreitet planmässig voran und wird nach der kantonsweiten Einführung der E-Government-Lösung Mitte 2013 abgeschlossen werden.

Erarbeitung der Informatikstrategie FD

Im Berichtsjahr wurde das Projekt zur Formulierung der IT-Strategie der Finanzdirektion aufgenommen. Damit werden das kantonale Informatik-Leitbild sowie die Informatikstrategie der kantonalen Verwaltung in der Finanzdirektion umgesetzt. Die IT-Governance soll an zentraler Stelle auf Stufe Direktion im Sinne einer bestmöglichen Ausrichtung von (Informatik-)Organisation, Prozessen und Leistungen verantwortet werden mit dem Ziel einer effizienten, effektiven und damit wirtschaftlichen Informatik der Finanzdirektion.

Das Gesamtvorhaben wurde in zwei Teilen abgewickelt. Im ersten Teil wurde einerseits die Qualität der angebotenen Dienstleistungen der «Finanzdirektion Informatik» (FDI) überprüft, die durch die Dienstabteilung Logistik (DALO) des kantonalen Steueramts wahrgenommen werden. Sodann wurde Umfang und Qualität des Servicekatalogs beurteilt.

Aufgrund der gemeldeten operativen IT-Probleme wurden die Lösungsansätze erarbeitet. Im Abschlussbericht zur Überprüfung der FDI wurden sowohl die gewonnenen Erkenntnisse als auch die getroffenen Massnahmen beschrieben, die mit dem Betreiber der FDI abgestimmt wurden.

Im Rahmen des zweiten Teils wurde das Hauptdokument «IT-Strategie Finanzdirektion – Strategie und Massnahmen» erstellt. Gestützt auf eine Ist-Aufnahme wurden die Handlungsfelder definiert und zu strategischen Aussagen vertieft. Die daraus resultierenden Umsetzungsempfehlungen wurden zur Umsetzung ab 2012 freigegeben.

Stärkung der Position des Kantons Zürich im Steuerwettbewerb

Am 15. Mai haben die Stimmberechtigten des Kantons die Änderung des Steuergesetzes vom 30. März 2009 betreffend Steuerentlastungen für natürliche Personen knapp verworfen. In der Folge wurde, gestützt auf die geltende Bestimmung des Steuergesetzes über den Ausgleich der kalten Progression, mit Verordnung des Regierungsrates vom 22. Juni die Teuerung auf den Einkommens- und Vermögenssteuertarifen sowie den Beträgen der Abzüge auf 1. Januar 2012 ausgeglichen. Im interkantonalen Belastungsvergleich hat der Kanton weiterhin bei den mittleren Einkommen eine vergleichsweise gute Position.

Nachdem der Bund im März neue Zahlen zu den Auswirkungen des Kapitaleinlageprinzips auf die Verrechnungssteuer und die direkten Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden veröffentlicht hatte, wurden Vorwürfe laut, über diese Auswirkungen sei in den Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung über das Unternehmenssteuerreformgesetz II des Bundes ungenügend informiert worden. In der Folge wurde, wie im Kanton Bern, auch im Kanton Zürich eine Abstimmungsbeschwerde zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 24. Februar 2008 erhoben. Der Regierungsrat trat im April auf die Beschwerde nicht ein; er leitete die Beschwerde jedoch als Gesuch um Wiedererwägung des die Volksabstimmung vom 24. Februar 2008 betreffenden Erwahrungsbeschlusses an den Bundesrat weiter. Zudem wurde der Nichteintretensentscheid des Regierungsrates vor Bundesgericht angefochten. Im Mai entschied schliesslich der Regierungsrat, mit der kantonalen Volksabstimmung über die Steuergesetzesrevision vom 12. Juli 2010 zum Nachvollzug des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes – darin ist auch die Anrechnung der Gewinn- an die Kapitalsteuer vorgesehen – zuzuwarten, bis das Bundesgericht über die Beschwerde entschieden hat.

Kadernachwuchsförderung in der Finanzdirektion

Die Finanzdirektion hat sich zum Ziel gesetzt, ihren Kadernachwuchs zu fördern und Führungspositionen nach Möglichkeit aus dem Kreis der internen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger zu besetzen. Zur Umsetzung dieser Kaderpolitik hat das Personalamt das Programm «Kadernachwuchsförderung der Finanzdirektion des Kantons Zürich» konzipiert und Anfang Jahr gestartet. Es gliedert sich in die Phasen der Identifikation und formellen Nominierung der Kadernachwuchskräfte, der persönlichen Entwicklung der Kadernachwuchskraft und schliesslich der Positionierung (Stellenbesetzung). Im Oktober startete die erste Kaderförderungsgruppe mit sieben Teilnehmenden. Das interne Training der Finanzdirektion soll die Kadernachwuchskraft befähigen, eine Führungsfunktion in einem Bereich der Finanzdirektion zu übernehmen, und umfasst sechs Etappen mit einer Dauer von je ein bis drei Tagen. Die Gesamtdauer beträgt zwölf Präsenztage, verteilt über einen Zeitraum von 18 Monaten. Für die integrierte Projektarbeit wenden die Teilnehmenden zusätzlich fünf Tage auf. Welche konkrete Führungsfunktion die Kadernachwuchskraft übernehmen wird, entscheidet sich in der Nachfolgeplanung und Stellenbesetzung durch die Ämter.

Befragung der Mitarbeitenden der Finanzdirektion

Im September hat die Finanzdirektion eine Befragung zur Arbeitssituation durchgeführt. Mehr als 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben an der Befragung teilgenommen, was einer sehr hohen Rücklaufquote von 77,6% entspricht. Die Resultate sind insgesamt gut. Rund 80% der Teilnehmenden sind der Meinung, dass die Finanzdirektion eine attraktive Arbeitgeberin ist.

Die Arbeitszufriedenheit in der Finanzdirektion ist mit einem Wert von rund 70 von 100 Punkten positiv ausgefallen. Dasselbe gilt für das Commitment (Zugehörigkeitsgefühl der Mitarbeitenden zur Arbeitgeberin Finanzdirektion), das sich mit 76 Punkten auf einem mittleren bis guten Niveau bewegt. Am besten bewerteten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Führungs- und Sozialkompetenz der direkten Vorgesetzten, den Arbeitsinhalt, das Arbeitsklima und die Organisation. Aufholbedarf sehen die Befragten vor allem in den Themenbereichen Entlohnung, Zusammenarbeit, Arbeitsbelastung/Ausgleich, Information und Kommunikation sowie Personalentwicklung. Im 2012 werden durch die Ämter der Finanzdirektion Massnahmen zur Stärkung der Arbeitszufriedenheit und des Commitments ausgearbeitet und ausgelöst.

Vorlage zur Sanierung der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich

Einen erheblichen verwaltungsinternen Aufwand hat die Bereinigung der im Vorjahr in die Vernehmlassung geschickten Sanierungsvorlage für die BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich ausgelöst, wozu der Regierungsrat verpflichtet ist, weil der Deckungsgrad unter 90% liegt. Nachdem die rund 250 Eingaben ausgewertet waren, hat die Finanzdirektorin mehrere in der Vernehmlassung geäusserte Einwände aufgenommen und dem Regierungsrat ein angepasstes Sanierungspaket vorgelegt, das dieser im November zuhänden des Kantonsrates verabschiedet hat. Die Vorlage hält am deckungsgradabhängigen Sanierungskonzept fest und beteiligt daran sowohl die Arbeitgebenden wie die Arbeitnehmenden. Neu ist, dass die ebenfalls geplanten höheren Sparbeiträge erst ab einem Deckungsgrad von mindestens 90% zur Anwendung gelangen. Damit hat der Regierungsrat einen zentralen Kritikpunkt der angeschlossenen Arbeitgeber aufgenommen, die eine zu hohe Belastung befürchtet hatten. Gleichzeitig entfallen die ursprünglich geplanten lohnwirksamen Sanierungsbeiträge für die Arbeitnehmenden bei einem Deckungsgrad zwischen 90% und 100%; sie müssen im Gegenzug bis zur vollen Deckung der Kasse eine Minderverzinsung ihrer Sparguthaben in Kauf nehmen. Der rechnerische Arbeitnehmeranteil an den Sanierungskosten beläuft sich somit – in Abhängigkeit des Deckungsgrades – auf 35% bis 49%. Das Konzept sieht neben dem von 4,0% auf 3,25% gesenkten technischen Zinssatz und tieferen Umwandlungssätzen auch Abfederungsmassnahmen vor. Damit die Kosten des tieferen technischen Zinssatzes und der Abfederung nicht zulasten der BVK gehen, was deren Deckungsgrad noch weiter verschlechtern würde, hat der Regierungsrat dem Kantonsrat zudem eine Einmaleinlage von 2 Mrd. Franken beantragt. Auch damit hat er eine Kritik aus der Vernehmlassung aufgenommen. Mit dem Gesamtpaket besteht die Aussicht, dass die BVK innert einer realistischen, vom Bund auf maximal zehn Jahre ab der ersten Unterdeckung (2008) befristeten Zeit wieder auf eine volle Deckung kommt. Diese Frist ist auf zehn Jahre beschränkt, weil die BVK im System der Vollkapitalisierung geführt wird. Es ist geplant, die Sanierung auf Anfang 2013 in Kraft zu setzen.

Legislaturziele

Die Finanzdirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen (LZ RR) 13–17 des Regierungsrates. Im Regierungsratsbericht werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Standes der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Direktion.

Legislaturziel	1 Allianzen und Themenführerschaft sind in wichtigen Politikbereichen auf interkantonaler und Bundesebene ausgebaut (LZ RR 14; gemeinsam mit SK und GD).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 14 e des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Die Position im internationalen und interkantonalen Steuerwettbewerb ist gestärkt (LZ RR 13).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 13 a des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug sichergestellt (LZ RR 15; gemeinsam mit JI, SK, GD und BD).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 15 b, 15 f und 15 g des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber und dem Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Volksschule und Polizei ist begegnet (LZ RR 16; gemeinsam mit BD, BI und DS).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 16 a und 16 d des Regierungsrates
Legislaturziel	5 Die Finanzierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK) ist sichergestellt (LZ RR 17).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 17 a des Regierungsrates
Legislaturziel	6 Revision des Staatsbeitragsgesetzes
Massnahme	6.1 Revision des Staatsbeitragsgesetzes (Projekt 4100/05)
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Inkraftsetzung des revidierten Staatsbeitragsgesetzes ist auf den 1. Januar 2017 geplant (ursprünglich 2016). Im Berichtsjahr wurden die Problembereiche analysiert. Das Projekt wird 2012 gestartet.

Legislaturziel	7 Ausbau des Informatikprogramms ZüriPrimo
Massnahme	7.1 Umsetzung des Informatikprojekts ZüriPrimo (Projekt 4400/01)
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Im Berichtsjahr konnten im Informatikprogramm ZüriPrimo weitere Meilensteine erreicht werden. Im Rahmen der Realisierungseinheit RE01 (Register/Veranlagung) wurde die Vernetzung zwischen Kanton und Gemeinden konzeptionell stark vorangetrieben und ausgebaut. Ausserdem wurde die zentrale Registerabfrage im Kantonalen Steueramt in Betrieb genommen. Innerhalb der Realisierungseinheit RE03 (Workflow) wurden die Testarbeiten der Umsetzung aufgenommen.</p> <p>Vgl. die nachstehenden Massnahmen in Bezug auf die weiteren laufenden Realisierungseinheiten RE05 «E-Government», RE04 «Ablösung der Applikation Direkte Bundessteuer» und RE07 «Ablösung der Applikation Quellensteuer».</p>
Massnahme	7.2 E-Government: elektronische Einreichung von Steuererklärungen übers Internet (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 05)
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Im Berichtsjahr wurden die Umsetzung der Online-Steuererklärung abgeschlossen und der Pilotbetrieb mit den Gemeinden Zürich, Winterthur, Dietikon, Embrach, Langnau a. A., Uster und Wädenswil vorbereitet, der im Januar 2012 aufgenommen wurde. Somit steht für die Steuerperiode 2011 für alle Steuerpflichtigen die neue «Private Tax» und für die Steuerpflichtigen der Pilotgemeinden die neue Online-Lösung zur Verfügung.</p>
Massnahme	7.3 Ablösung der Applikation «Direkte Bundessteuer» (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 04)
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Der Regierungsrat genehmigte am 20. April die notwendige Ausgabe von 11,07 Mio. Franken. Im Anschluss wurden die Initialisierungsarbeiten aufgenommen.</p>
Massnahme	7.4 Ablösung der Applikation «Quellensteuer» (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 07)
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Der Regierungsrat genehmigte am 20. April die notwendige Ausgabe von 8,25 Mio. Franken. Im Anschluss wurden die Initialisierungsarbeiten aufgenommen.</p>
Legislaturziel	8 Aufbau einer systemintegrierten Lohn- und Personalaufwandsplanung
Massnahme	8.1 Aufbau einer systemintegrierten Lohn- und Personalaufwandsplanung
Stand	Planmässig
Kommentar	Beginn der Projektarbeiten voraussichtlich 2013

Legislaturziel	9 Zeitgemässe, zweckmässige und wirtschaftliche Verwaltungsinfrastruktur
Massnahme	9.1 SAP-Strategie festlegen und umsetzen
Stand	Verzögert Das KITT hat den Projektauftrag genehmigt und damit die Ziele der Strategiearbeit festgesetzt. Die Projekt-Arbeitsgruppe hat einen ersten Grobentwurf ausgearbeitet.
Kommentar	Wegen einer grundlegenden Überarbeitung der Projektplanung konnte der postulierte Projektabschluss am 31. Dezember nicht eingehalten werden.
Legislaturziel	10 Verselbstständigung der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich
Massnahme	10.1 Verselbstständigung der BVK (von Bundesrechts wegen bis 31. Dezember 2013): Gründung der Stiftung «BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich», Erlass der Verordnung für die Wahl des Stiftungsrats und allenfalls Revision der Stiftungsurkunde, Fusion der BVK als unselbstständiger Anstalt mit der Stiftung «BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich»
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Kantonsrat hat das Gesetz zur Verselbstständigung der BVK per 1. Mai 2007 in Kraft gesetzt. Dieses Gesetz besagt, dass die BVK in eine privatrechtliche Stiftung umzuwandeln ist, sobald ihr Deckungsgrad mindestens 100% beträgt. Mit den neuen Gesetzesbestimmungen zur Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Arbeitgeber, die der Bundesrat am 10. Juni in Kraft gesetzt hat, muss die Verselbstständigung aller Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Arbeitgeber jedoch unabhängig vom Deckungsgrad bis spätestens Ende 2013 erfolgen. Die Projektvorbereitungsarbeiten wurden im Herbst wieder aufgenommen.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	7 673,1	7 574,0	8 063,6	489,6
Aufwand	-1 288,7	-1 206,4	-3 846,3	-2 640,0
Kreditübertragungen aus 2010		-0,3		
Nachtragskredite		-4,9		
Saldo	6 384,4	6 367,6	4 217,2	-2 150,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	15,2	0,0	0,0	0,0
Ausgaben	-18,0	224,0	-13,6	-237,6
Kreditübertragungen aus 2010		-0,1		
Saldo	-2,8	224,0	-13,6	-237,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	836,9	864,8	846,9	-17,9

Erfolgsrechnung

- 2617,0 Bildung von Rückstellungen für die Sanierung der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich
- 126,0 Die im Budget 2011 der Leistungsgruppe 4950 Verrechnete Zinsen und übrige Sammelpositionen zentral eingestellte Verbesserung von 126 Mio. Franken wird in anderen Leistungsgruppen realisiert.
- 52,8 Bei der Budgetierung des Lotteriefonds bestand die Annahme, dass im Berichtsjahr grosse Beiträge zur Auszahlung kommen würden (Rheinau, Landesmuseum, Villa Flora usw.). Die entsprechenden Gesuchseingaben bzw. die abschliessenden Beitragsentscheide haben sich verzögert. Folglich kam es zu einer Einlage in den Lotteriefonds.
- 33,4 Aufgrund der nicht erfolgten, aber budgetierten Zahlungen an Private/Dritte sowie wegen eines geringeren Übertrages an interne Leistungsgruppen waren die Einnahmen des Lotteriefonds grösser als die effektiv geleisteten Ausgaben.
- 18,2 Tiefere kalkulatorische Zinserträge aufgrund tieferer Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen
- 10,5 Tiefere Dividende der Axpo Holding AG
- 8,0 Im Budget 2011 zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 Verrechnete Zinsen und übrige Sammelpositionen eingestellte Aufwandminderungen für planmässige Abschreibungen aufgrund nicht ausgeschöpfter Investitionsbudgets fallen in den anderen Leistungsgruppen an.
- 7,8 Der Mehrertrag an Quellensteuern führt zu höheren Bezugsprovisionen an die Arbeitgeber und ebenso zu höheren Entschädigungen an die Gemeinden.
- +279,8 Die Staatssteuererträge der laufenden Periode liegen sowohl bei den natürlichen Personen (+246,7 Mio. Franken) als auch bei den juristischen Personen (+33,1 Mio. Franken) über dem budgetierten Steuersoll. Bei den natürlichen Personen führte im Wesentlichen ein Einzelfall zu diesem Ergebnis, während bei den juristischen Personen der Anstieg in der nicht zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung ihren Ursprung hat.

- +91,8 Die höheren Steuererträge der laufenden Periode führten zu höheren Nachträgen für frühere Steuerperioden (§ 19 Abs. 2 lit. b RLV). Hohe Nachträge für die abzurechnende Steuerperiode 2007 (§ 19 Abs. 2 lit. c RLV) sowie – in geringerem Umfang – die Nachträge für die Perioden 2006 und früher (§ 19 Abs. 2 lit. d RLV) trugen zum Ergebnis bei. Insgesamt blieben die Nachträge bei den natürlichen Personen unter Budget, während bei den juristischen Personen der Budgetwert übertroffen wurde.
- +83,0 Die Beitragszahlungen des Lotteriefonds im Berichtsjahr sind gegenüber dem Vorjahr geringer und nicht – wie budgetiert – wesentlich höher. Dies hängt u. a. damit zusammen, dass der vom Kantonsrat bewilligte Beitrag von 20 Mio. Franken zugunsten des Landesmuseums wegen Einsprache nicht ausbezahlt werden konnte und sich der Fortgang anderer grosser Geschäfte z. T. (z. B. Rheinau, Villa Flora, Protonenbeschleuniger) verzögerte.
- +60,2 Der Anteil des Kantons Zürich am Ertrag der direkten Bundessteuer beruht auf den tatsächlich eingegangenen Zahlungen (Ist-Methode) und ist damit vom Zahlungsverhalten abhängig. Die Budgetierung im Berichtsjahr fiel zu tief aus.
- +52,2 Die hohe Zunahme ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führte zu einem starken Anstieg der Quellensteuererträge.
- +50,0 Wegfall des im Budget 2011 zentral eingestellten Teuerungsausgleichs von 1,1% auf Anfang des Berichtsjahres. Der Teuerungsausgleich wurde in den übrigen Verwaltungseinheiten gewährt.
- +28,6 Höhere Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank (+26,0) sowie der Schweizerischen Nationalbank (+2,6)
- +23,4 Höherer Kantonsanteil an den Verrechnungssteuern infolge Mehrertrags des Bundes
- +17,1 Die Einnahmen der Erbschafts- und Schenkungssteuer schwanken aufgrund von Nachlässen mit hohem Steuerertrag.
- +15,2 Tieferer Aufwand für die Verzinsung des Fremdkapitals infolge geringerer Kapitalaufnahmen.
- +13,8 Die nach wie vor hohe Anzahl eingegangener Selbstanzeigen im Steuerbereich aufgrund des Bundesgesetzes über die Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und die Einführung der straflosen Selbstanzeige vom 20. März 2008 (gültig ab 1. Januar des Vorjahres) führten zum überproportionalen Anstieg der Nachsteuern und Bussen.
- +5,8 Höhere Dividende der Flughafen Zürich AG (+4,1), der Rheinsalinen AG (+0,9) sowie der Abraxas Informatik AG (+0,75)
- +2,4 Übrige Entlastungen

Investitionsrechnung

- 236,7 Wegfall der im Budget 2011 aufgrund der Annahme einer lediglich 80%-Ausschöpfung der Investitionsbudgets in den übrigen Verwaltungseinheiten zentral eingestellten Ausgabenminderung
- 0,9 Übrige Investitionen

Personal

- 12,1 Der Beschäftigungsumfang gemäss Budget 2011 wurde im Steueramt um 12,1 Stellen nicht erreicht, da Stellen aufgrund der finanziellen Vorgaben (Budget Personalaufwand) nicht besetzt werden konnten.
- 5,9 Der Beschäftigungsumfang in der kantonalen Drucksachen- und Materialzentrale entspricht neu dem aktuell gültigen Stellenplan (52,2). Die Personalkapazitäten verblieben praktisch auf Vorjahresniveau, wobei Vakanzen zu verzeichnen waren.
- 0,8 Die Wiederbesetzung der Stelle des Stellvertreters des Generalsekretärs dauerte länger als geplant.
- +0,8 Kompensation von Ressourcenengpässen im Personalamt im Bereich HR-FD (+0,5 Stellen) und Kompensation einer Langzeitabsenz im Bereich CC-Payroll (+0,3 Stellen). Bei den Stellen handelt es sich um Aushilfen mit einem befristeten Anstellungsverhältnis ausserhalb des Stellenplans.
- +0,1 Übrige Beschäftigungsumfang-Veränderungen (Finanzverwaltung: +0,3; KITT-Geschäftsstelle: -0,2)

Investitionen

Das Programm ZüriPrimo und die Applikation PULS-ZH sind die grössten Investitionen der betrieblichen Leistungsgruppen der Finanzdirektion. Mit ZüriPrimo wird ein Informatiksystem verwirklicht, das eine umfassende und integrierte Ausrichtung des Prozesses «Steuern erheben» vorsieht. Das Programm ist in zwölf Realisierungseinheiten (RE) unterteilt und wird zwischen 2004 und 2018 ausgeführt.

Das bisherige Personalmanagement- und Lohnrechnungssystem PALAS wurde auf 1. Januar durch die SAP-Applikation PULS-ZH abgelöst.

In der finanziellen Leistungsgruppe Nr. 4930 «Kapital- und Zinsendienst Staat» werden Darlehen an öffentliche und private Unternehmungen geführt.

Des Weiteren werden im Budget der finanziellen Leistungsgruppe Nr. 4950 «Verrechnete Zinsen und übrige Sammelpositionen» jeweils zentral Investitionsvolumen-Korrekturen vorgenommen, da das Investitionsbudget des Kantons jeweils nur zu rund 80% ausgeschöpft wird. Die in der Rechnung tieferen Investitionsausgaben fallen aber in den anderen Leistungsgruppen an.

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2011	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
ZüriPrimo	-7,7	-68,4	-32,5	-35,9
PULS-ZH	-0,5	-10,1	-10,3	0,2

Allgemeine Bemerkungen zu ZüriPrimo: Die in der tabellarischen Übersicht ausgewiesenen Werte umfassen den voraussichtlichen Anteil der Investitionsrechnung über die gesamten zwölf Realisierungseinheiten des Programms ZüriPrimo. Der finanzielle Gesamtrahmen des Programms von 126,7 Mio. Franken ergibt sich aus dem Konzept-RRB Nr. 307/2004 abzüglich der Sparmassnahmen MH06 und beinhaltet unter IPSAS sowohl Ausgaben in der Erfolgs- wie auch in der Investitionsrechnung.

Bemerkung zu den «Total bewilligten Ausgaben» im Projekt ZüriPrimo: Auf Ende des Berichtsjahres wurde von den notwendigen Ausgabenbewilligungen für die einzelnen Realisierungseinheiten erst ein Teil durch einen Regierungsratsbeschluss genehmigt.

Leistungsgruppen

4000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Neben den üblichen Unterstützungsleistungen zugunsten der Direktionsvorsteherin bzw. der Ämter beschäftigte sich das Generalsekretariat insbesondere mit den folgenden Schwerpunkten:

Der Bereich der Versicherungsdienste betreute im Berichtsjahr rund 80 Versicherungspolice. Es wurden etliche Police einer Überprüfung unterzogen. Einige konnten aufgehoben werden. Die Ausschreibung der Police für die Grund- und Werkeigentümerhaftpflichtversicherung staatlicher Grundstücke wurde erfolgreich abgeschlossen. Schliesslich konnte eine Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem Kantonsspital Winterthur unterzeichnet werden. Des Weiteren konnten durch die Versicherungsdienste – aufgrund des guten Geschäftsverlaufs einiger Police – Verlängerungen zu günstigeren Preisen unterzeichnet werden.

Im Berichtsjahr wurden sechs Notariatsgebührenrekurse erledigt. Des Weiteren konnten 27 Fälle im Bereich Erbschaften und Vermächtnisse einschliesslich Nachlasskonkurse abgeschlossen werden. Zudem wurden im Rechnungsjahr 2011 insgesamt 111 «nicht» versicherte Haftungsfälle neu eröffnet und 124 erledigt.

Im Rahmen einer Überprüfung der Direktionsinformatik wurde auf operativer Ebene Verbesserungspotenzial identifiziert und bis Jahresende zu einem grossen Teil umgesetzt. Parallel dazu erfolgte die Erarbeitung der direktionsinternen IT-Strategie, die für die Finanzdirektion als Querschnittsdirektion von besonderer Bedeutung ist. Im Juni verabschiedete der Projektausschuss die IT-Strategie der Finanzdirektion, die von der Finanzdirektorin auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt wurde.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Stabsdienste: Unterstützung der Direktionsvorsteherin, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten
A2	Verschiedene eigenständige Leistungen: Bearbeitung von Erbschaften und Vermächtnissen, Notariatsgebührenrekurse, Abordnungen in Institutionen und Kommissionen
A3	Versicherungsdienste: Abschluss und Verwaltung der Police; Begleitung der versicherten Schadenfälle des Personals und des Staates sowie Bearbeitung der Staatshaftungsfälle
A4	Lotteriefonds: Verwaltung des Fonds; siehe Leistungsgruppe Nr. 4980
A5	Kommunikation: Kontinuierliche Information der Öffentlichkeit, Bearbeiten von Medienanfragen und Pflege des Internetauftritts

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Durch Gericht korrigierte Notariatsgebührenrekursentscheide (vgl. A2)	max.	0	10	0	-10
W2	Durch Gericht korrigierte Haftpflichtentscheide (vgl. A3)	max.	0	1	0	-1
Leistungen						
L1	Arbeitsstunden für Unterstützung der Direktionsvorsteherin (vgl. A1)	P	7 223	5 500	7 764	2 264
L2	Anzahl überprüfter und z. T. mitgestalteter RR-Anträge der FD (vgl. A1)	P	164	180	136	-44
L3	Anzahl überprüfter RR-Anträge der anderen Direktionen (vgl. A1)	P	1 738	2 000	1 452	-548
L4	Anzahl erledigter Notariatsgebührenrekurse (vgl. A2)	P	6	10	6	-4
L5	Anzahl erledigter Erbschafts- und Vermächtnisfälle (vgl. A2)	P	8	10	8	-2
L6	Anzahl Abordnungen in Institutionen und Kommissionen (vgl. A2)	P	22	20	19	-1
L7	Anzahl erledigter nicht versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	98	70	124	54
L8	Anzahl erledigter versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	175	135	150	15
L9	Anzahl Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen (vgl. A3)	P	26	23	28	5
L10	Anzahl eingegangener Gesuche Lotteriefonds (vgl. A4)	P	441	430	420	-10
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittliche Anzahl Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	13	25	13	-12
B2	Durchschnittliche Anzahl Stunden pro versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	5	9	6	-3
B3	Aufwand für Versicherungen in % der Jahresprämien (vgl. A3)	max.	0,32	0,80	0,13	-0,67
Abweichungsbegründungen						
L1	Im Budget 2011 war die Anstellung des Kommunikationsbeauftragten noch nicht enthalten. Die Erhöhung der Arbeitsstunden ist mehrheitlich darauf zurückzuführen.					
L2, L3	Diese Indikatoren sind durch das Generalsekretariat nicht beeinflussbar.					
L7	Der Anstieg bei der Erledigung nicht versicherter Haftpflichtfälle umfasst mehrheitlich einfache Fälle.					
L8	Die Erledigungskadenz ist abhängig von der Komplexität der Fälle. Im Berichtsjahr waren komplexere Fälle (B2) zu beurteilen.					
B3	Mangels personeller Kapazität konnten nur die dringendsten Sachen erledigt werden. Die aufwendige Ausschreibung der Grund- und Werkeigentümerhaftpflichtversicherung wurde extern vergeben.					

Bei Indikatoren, die sich auf Haftpflichtfälle beziehen, werden Haftpflichtfälle, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind, nicht mitgezählt.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,4	1,0	1,1	0,1
Übertrag aus Lotteriefonds	0,4	0,4	0,4	0,0
Regalien	0,4	0,3	0,4	0,1
Ertrag aus Erbanfällen	0,5	0,2	0,3	0,1
Aufwand	-2,8	-3,2	-5,1	-2,0
Saldo	-1,4	-2,2	-4,0	-1,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	11,1	11,4	10,6	-0,8

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+0,2 Die Erträge aus Erbfällen und die Einnahmen aus dem Salzregal waren leicht höher als geplant.

Aufwand:

-2,0 Die Nachbuchung aus dem Restatement eines bilanzwirksamen Passivums aus Liegenschaften von Erbfällen und deren interne kalkulatorischen Verzinsung gemäss CRG/IPSAS führten zur massiven Verschlechterung des Aufwandes. Bei der Veräusserung der Liegenschaften wird dieser Betrag (technische Buchung) wieder neutralisiert.

Personal

-0,8 Die Wiederbesetzung der Stelle des Stellvertreters des Generalsekretärs dauerte länger als geplant.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	83 553	-13 637	+9 800	79 716	-3 837

Bildung von Rücklagen 2011

Die Aufwandverminderung ergab sich aus der Zurückhaltung beim Sachaufwand bzw. der internen Verrechnung.

Die Verschlechterung des Saldos wurde durch die technische Buchung der Liegenschaften aus Erbfällen verursacht.

4100 Finanzverwaltung

Hauptereignisse

Das Projekt IKS sowie die Massnahmen zur Zentralisierung des Rechnungswesens im Rahmen des Sanierungsprogramms San10 haben im Berichtsjahr die Finanzverwaltung stark beschäftigt (siehe Direktionsteil). Darüber hinaus haben folgende Schwerpunktthemen die Arbeit der Finanzverwaltung geprägt:

Übernahme des Sekretariats der Konferenz der NFA-Geberkantone

Der Kanton Zürich hat im April den Vorsitz der NFA-Geberkonferenz vom Kanton Zug übernommen. Diese war 2005 gegründet worden, um die Interessen der ressourcenstarken Kantone zu bündeln und die Anliegen gemeinsam zu vertreten.

Im Berichtsjahr konnte eine Delegation der NFA-Geberkonferenz, in der die Finanzdirektorin des Kantons Zürich vertreten war, ihre Positionen in den Finanzkommissionen des National- und Ständerates einbringen. Im Zentrum standen Forderungen für einen belastungsgerechten Lastenausgleich, für eine Beschränkung der wachsenden Finanzierungslasten der Geberkantone und für Massnahmen gegen die Verwendung von NFA-Geldern zur Finanzierung von Steuerdumping. Auch wenn sich die Geberkantone mit ihren Anliegen für die Finanzierungsperiode 2012–2015 nicht durchsetzen konnten, so werden sie dennoch bei den Entscheidungsträgern auf Bundesebene als politische Kraft wahrgenommen.

Die Geberkantone werden sich im Hinblick auf den zweiten, für 2014 geplanten Wirksamkeitsbericht des Bundes weiterhin für eine korrekte und faire Umsetzung des Bundesfinanzausgleichs einsetzen.

Standortbestimmung

Die Finanzverwaltung hat im Berichtsjahr eine Standortbestimmung durchgeführt. In einem ersten Schritt wurden die bestehenden Leistungen hinsichtlich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Zukunftstauglichkeit und Chancen/Risiken analysiert. Zudem wurde der Handlungsbedarf eruiert. Anlässlich einer Klausur der Geschäftsleitung wurden die Standortbestimmungen der Abteilungen konsolidiert sowie Massnahmen evaluiert und priorisiert. Die Standortbestimmung bildete die Grundlage für die Jahresplanung 2012 und wird für die Jahresplanung 2013 auf Ende Oktober 2012 neu beurteilt.

Wissensmanagement, Vermittlung von Wissen, Ausbildungsbedarf

Die Finanzverwaltung bietet im Rahmen des kantonalen Weiterbildungsprogramms ein breites Angebot an Schulungen und Seminaren zu den Themenbereichen Finanzrecht und -controlling, Rechnungslegung und -führung sowie Kosten- und Leistungsrechnung an. Das Kompetenzzentrum SAP führt zu verschiedenen SAP-Modulen Benutzerschulungen durch.

Mit einer breit angelegten Erhebung des Ausbildungsbedarfs bei den Kunden überprüfte die Finanzverwaltung das Weiterbildungsangebot mit dem Ziel, das Angebot gezielter an den Kundenbedürfnissen auszurichten. Die Ergebnisse der Erhebung werden erstmals ins Kursprogramm 2013 einfliessen.

Ausbau des Kompetenzzentrums SAP

Das Rechnungswesen des Kantons wird grösstenteils mittels der Software-Lösung SAP betrieben. Seit der Einführung von SAP vor rund zehn Jahren wurden die SAP-Anwendungen ausgebaut und den steigenden Anforderungen und Integrationsbedürfnissen des Kantons angepasst. Neben der Betreuung der Grundlagenmodule für das Finanzwesen und das Controlling ist das Kompetenzzentrum SAP heute auch für die Wartung und den Second Level Support des neuen Personalmanagement- und Lohnverarbeitungssystems PULS-ZH, der SAP-Lösungen der Fachhochschulen und der SAP-Spezialapplikationen der Baudirektion zuständig. Um den steigenden Kundenanforderungen auch künftig gerecht werden und die Abhängigkeit von externen Anbietern reduzieren zu können, wurde im Berichtsjahr ein personeller Ausbau und eine Reorganisation des Kompetenzzentrums SAP beschlossen. Die Einheit ist neu in die vier Teams «Service Management», «Security Services (Berechtigungen)», «Betrieb und Technologie» und «Applikationen» gegliedert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzcontrollerdienste zur Vorbereitung politischer Entscheide
A2	Führung eines leistungsfähigen Finanz- und Rechnungswesens
A3	Operative Rechnungswesen-Dienstleistungen für die kantonale Verwaltung
A4	Führung der SAP-Applikationen

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Mittelfristiger Ausgleich der Erfolgsrechnung gemäss Planung (Kumulierter Saldo der jeweils letzten 8 Jahre in Mio. Franken, vgl. A1)	P	1 954	1 560	849	-711
W2	Verschuldung (Fremdkapital ./ Finanzvermögen in Mrd. Franken, vgl. A1)	P	3,6	4,9	5,3	0,4
W3	Angemessene Selbstfinanzierung gemäss Planung (durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad der jeweils letzten 8 Jahre [in %], vgl. A1)	P	125	109	103	-6
Leistungen						
L1	Arbeitsstunden für Planung des Regierungsrates (KEF / Budget / Nachtragskredite, Haushalts- und Finanzpolitik, vgl. A1)	max.	4 248	3 300	3 100	-200
L2	Arbeitsstunden für Berichtswesen für den Regierungsrat (Rechnung / Zwischenberichte, vgl. A1)	max.	1 850	1 425	1 420	-5
L3	Anzahl bearbeitete KR-Überweisungen: komplexe über 50 000 Fr. / einfache unter 50 000 Fr. (vgl. A1)	P	0/11	0/10	0/14	0/4
L4	Anzahl schriftliche Stellungnahmen (vgl. A1)	max.	844	920	993	73
L5	Anzahl Grossprojekte (über 1 Mio. Franken., vgl. A1)	P	1	1	1	0
L6	Anzahl Projekte (zwischen 100 000 und 1 Mio. Franken, vgl. A1)	P	3	4	2	-2
L7	Arbeitsstunden für den zentralen buchhalterischen Jahresabschluss (vgl. A2)	max.	-	1 400	1 200	-200

L8	Arbeitsstunden für konzeptionelle Leistungen des Finanz- und Rechnungswesens (vgl. A2)	max.	-	3 100	3 300	200
L9	Anzahl bearbeitete Kreditorenbelege (vgl. A3)	P	-	240 000	267 000	27 000
L10	Anzahl SAP-Benutzer, die durch das CCC SAP (Kompetenzcenter) betreut werden (vgl. A4)	P	1 961	7 200	7 875	675
L11	Anzahl Support-Tickets CC SAP (Kompetenzzentrum SAP; vgl. A4)	P	2 458	3 600	3 727	127

Abweichungsbegründungen

W1-W3 Im Zeitpunkt der Budgetierung war lediglich das Ergebnis der Rechnung 2009 bekannt. Das deutlich bessere Ergebnis der Rechnung 2010 sowie die Auswirkungen der Rechnung 2011 (Rückstellung von 2,617 Mrd. Franken für die BVK-Sanierung) führten insgesamt zu einer Verschlechterung des Mittelfristigen Ausgleichs, einer Erhöhung der Verschuldung sowie zu einem geringeren Selbstfinanzierungsgrad.

L1 Im Sanierungsprogramm San10 fielen 210 Arbeitsstunden weniger an als geplant, weil das Controlling der San10-Massnahmen in den Direktionen wahrgenommen wurde.

L5 Projekt zur Einführung des Internen Kontrollsystems (IKS) voraussichtlich per Ende 2012 abgeschlossen.

L6 Projekte zur Einführung eines SAP-Tools zur Verwaltung von Berechtigungen sowie zur Einführung einer Plattform des Buchungszentrums für die elektronische Verarbeitung von Eingangsrechnungen (von Firmen) und Ausgangsrechnungen (Rechnungsversand an Bürger und Firmen). Auf die Durchführung weiterer Projekte, wie z. B. die Weiterentwicklung des Controllingsystems, wurde vorerst verzichtet.

L7/L8 Bei der Erstellung des Jahresabschlusses eingesparte Arbeitsstunden wurden für konzeptionelle Weiterentwicklungen (Ergänzungen zum Handbuch Rechnungslegung, vor allem in Bezug auf die IPSAS-Standards 28-30 betreffend Finanzinstrumente) eingesetzt.

L9 Höhere Anzahl Kreditorenbelege, insbesondere der Baudirektion und der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

L10 Höhere Benutzerzahlen, insbesondere der Schulgemeinden, für das E-Recruiting der Kantonspolizei sowie aufgrund der flächendeckenden Einführung der Zeit- und Leistungserfassung mit SAP im Tiefbauamt

L11 Höhere Anzahl Support-Tickets aufgrund der höheren SAP-Benutzerzahl

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Finanzstrategie des Regierungsrates erarbeiten Abgeschlossen	2011
E2	Sanierungsprogramm San10 Abgeschlossen Die Finanzverwaltung hat Ende 2011 zuhanden der Finanzkommission des Kantonsrates in Zusammenarbeit mit den Direktionen und der Staatskanzlei einen Bericht über den Stand der Umsetzung der San10-Massnahmen erstellt.	2011
E3	Entwicklung und Umsetzung der Grundsätze für ein internes Kontrollsystem für die Rechnungslegung und Rechnungsführung, den Zahlungsverkehr sowie das Finanzcontrolling Planmässig Vgl. Überblick im Direktionsteil	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,0	3,1	5,5	2,4
Interne Verrechnungen Dienstleistungen	2,9	3,0	5,4	2,4
Aufwand	–10,8	–11,3	–13,1	–1,8
Personalaufwand	–6,7	–7,2	–7,3	–0,1
Abschreibungen und Zinsen	–0,4	–0,3	–0,4	–0,0
Kreditübertragungen aus 2010		–0,3		
Saldo	–7,8	–8,2	–7,6	0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,1	–0,4	–0,3	0,1
Kreditübertragungen aus 2010		–0,1		
Saldo	–0,1	–0,4	–0,3	0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	46,8	50,2	50,5	0,3

Erfolgsrechnung

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

- +2,4 Zusätzliche interne Erträge aus nicht budgetierten Dienstleistungen des Kompetenzzentrums SAP (+2,1 Mio. Franken; Weiterverrechnung von SAP-Lizenzen und Kundenprojektaufwendungen) sowie zusätzliche interne Erträge aus nicht budgetierten Leistungen des Buchungszentrums (+0,3 Mio. Franken; höhere Belegvolumina der Baudirektion und der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften).
- 1,8 Den nicht budgetierten internen Erträgen des Kompetenzzentrums SAP stehen nicht budgetierte SAP-Lizenzkäufe und –Wartungslizenzzahlungen (–1,1 Mio. Franken), ein höherer SAP-Betriebsaufwand (–0,2 Mio. Franken) sowie zusätzliche Aufwände in den Kundenprojekten (–0,8 Mio. Franken) gegenüber, die grösstenteils intern weiterverrechnet werden konnten.

Den nicht budgetierten internen Erträgen des Buchungszentrums stehen höhere Aufwendungen von –0,2 Mio. Franken für die Einführung der elektronischen Verarbeitung von Eingangsrechnungen (von Firmen) und Ausgangsrechnungen (Rechnungsversand an Bürger und Firmen) sowie für höhere Betriebsaufwendungen gegenüber, die ebenfalls intern weiterverrechnet wurden.

Aufgrund personeller Engpässe konnten einzelne Projekte nicht im gewünschten Rahmen umgesetzt werden (+0,4 Mio. Franken; u. a. Organisationsentwicklung des Kompetenzzentrums SAP und Berechtigungssteuerung im Bereich des Zahlungssystems). Diese 2011 budgetierten Mittel werden teilweise als Kreditübertragungen ins 2012 übernommen.

Im Weiteren konnten die neuen Rechnungswesenprozesse im Zusammenhang mit der neuen Rechnungslegung nach CRG/IPSAS früher als geplant durch interne Ressourcen sichergestellt werden. Dadurch waren weniger externe Unterstützungsleistungen erforderlich (+0,2 Mio. Franken).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	222 152	-8 010	+18 000	232 142	+9 990

Bildung von Rücklagen 2011

Es wurden rund 360 Arbeitsstunden geleistet, die Ende Jahr verfallen sind. Alle Abteilungen der Finanzverwaltung haben dazu beigetragen. Gründe für die hohe Belastung in den FV-Abteilungen:

- höhere Zahl der Stellungnahmen und höhere Zahl der bearbeiteten Kantonsrat-Überweisungen (158 Arbeitsstunden)
- höhere Zahl der Belegverarbeitungen im Buchungszentrum (93 Arbeitsstunden)
- höhere Zahl der betreuten SAP-Benutzer und Kundenprojekte (109 Arbeitsstunden entfallen)

Für den Rücklagenbildung-Antrag wurden diese Stunden mit Fr. 50 bewertet.

4300 Amt für Tresorerie

Hauptereignisse

Das Amt für Tresorerie sorgt für die stete Zahlungsbereitschaft des Staates. Dazu wurden 202 Geldmarktgeschäfte mit einem Volumen von rund 11,2 Mrd. Franken getätigt. Dabei wurde grosser Wert auf die Auswahl der Gegenparteien und die Überwachung der Risiken gelegt. Der Kapitalbedarf konnte vollumfänglich aus der vorhandenen Liquidität gedeckt werden. So musste – trotz Fremdkapitalfälligkeiten von 50 Mio. Franken und Rückzahlung von Kontokorrentguthaben der BVK von 320 Mio. Franken – kein zusätzliches Fremdkapital aufgenommen werden.

Im Finanz- und im Verwaltungsvermögen sind folgende Hauptereignisse zu verzeichnen: Die vom Regierungsrat beschlossene Beteiligung an der Aktienkapitalerhöhung der MCH Group AG Basel in Höhe von rund 1,6 Mio. Franken erfolgte auf den 1. Juni. Ausserdem wurden die fälligen Grundkapitaltranchen der Zürcher Kantonalbank wie üblich zu den jeweiligen Refinanzierungskosten des Kantons erneuert.

Die finanziellen Auswirkungen der Ereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4930, Kapital- und Zinsendienst Staat, ausgewiesen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Tresorerie (staatliche Mittelaufnahmen, –bewirtschaftung und Cash Management)
A2	Anlagebewirtschaftung der Legate und Stiftungen sowie der Lärmrechnung
A3	Administrative Führung von Beteiligungen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens
A4	Beratung des Kantonsrates und des Regierungsrates in Kapitalmarktfragen

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Anzahl Überbrückungskredite (vgl. A1)	max.	3	0	0	
W2	Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's (vgl. A1)	P	AAA	AAA	AAA	
Leistungen						
L1	Arbeitsstunden für Tresorerie (vgl. A1)	max.	3 070	4 000	3 460	–540
L2	Arbeitsstunden für Anlagebewirtschaftung der Legate und Stiftungen sowie der Lärmrechnung (vgl. A2)	max.	1 392	500	1 329	829
L3	Arbeitsstunden für Beteiligungen des Verwaltungs- und Finanzvermögens (vgl. A3)	max.	1 043	1 200	854	–346
L4	Arbeitsstunden für Anfragen / Beratung KR / RR (vgl. A4)	max.	322	400	211	–189
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Zinssatz des ausstehenden Fremdkapitals, in % (vgl. A1)	P	2,88	2,85	2,87	
B2	Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen im Verhältnis zum Vermögen, in % (vgl. A2)	P	0,16	0,10	0,16	

Abweichungsbegründungen

- L1 Die geringere Anzahl an Geldmarktgeschäften führte zu einem geringeren Arbeitsstundeneinsatz.
- L2 Die 2010 begonnene Neustrukturierung des Rechnungswesens für die Legate und Stiftungen führte auch im laufenden Jahr zu einem höheren Arbeitsstundeneinsatz.
- L3 Geringerer Arbeitsstundeneinsatz, weil weniger Projekte als geplant anfielen.
- L4 Tieferer Arbeitsstundeneinsatz, da weniger Anfragen zu bearbeiten waren.
- B2 Der höhere Arbeitstundeneinsatz (L2) führte zu höheren Verwaltungskosten.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0			
Aufwand	-0,8	-0,8	-0,8	0,0
Saldo	-0,8	-0,8	-0,8	-0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4,0	4,0	4,0	0,0

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	17 405	0	0	17 405	0

4400 Steuern Betriebsteil

Hauptereignisse

Die auf den 1. Januar 2010 eingeführte straflose Selbstanzeige führte im Berichtsjahr zu rund 1000 neuen Nachsteuerverfahren. Aufgedeckt wurden durch Selbstanzeigen im Berichtsjahr über 600 Mio. Franken hinterzogene Vermögenswerte. Dabei ging es um Bankkonten, Wertschriftendepots, ausländische Liegenschaften, Stiftungsvermögen usw. Bei etwa einem Viertel der Fälle wurde bisher nicht versteuertes Einkommen, insbesondere Löhne und Renten, gemeldet.

Für die Steuerapplikationen Direkte Bundessteuer und Quellensteuer hat der Regierungsrat im Frühling die notwendigen Mittel gesprochen. Mit dem Projekt Ersatzbeschaffung Direkte Bundessteuer zur Ablösung der aus den frühen 90er-Jahren stammenden Applikation sollen bei der Direkten Bundessteuer – je nach Projektfortschritt – bis 2014 Register, Taxation, Rechnungsstellung, Buchhaltung und Inkasso durch eine den heutigen Anforderungen entsprechende Applikation unterstützt werden. Insbesondere sind dabei auch die Anforderungen des Neuen Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen (NFA) zu erfüllen.

Die Steuerapplikation für die Bearbeitung der Quellensteuer stammt aus dem Jahr 1985 und ist am Ende ihres Lebenszyklus. Belastet wird die Applikation auch durch den starken Anstieg von Quellensteuerverfahren. Die Zahl quellensteuerpflichtiger Personen hat sich in den letzten zehn Jahren um mehr als 100% auf rund 146 000 Personen erhöht. Mit der eingeleiteten Ersatzbeschaffung der Steuerapplikation Quellensteuer wird in den nächsten Jahren die Grundlage geschaffen, die Quellensteuerprozesse weitgehend zu automatisieren. Insbesondere soll für Arbeitgeber ermöglicht werden, die massgeblichen Informationen für die Quellensteuer direkt aus ihrer Lohnbuchhaltung online ans Steueramt zu übermitteln.

Seit Mitte des Berichtsjahres werden die Informationen zum Steueramt auf der neuen Website zur Verfügung gestellt. Der Internetauftritt des Steueramts ist in den Monaten Februar bis März, wenn die Steuererklärungen ausgefüllt werden, die meistbesuchte kantonale Internetseite und wird pro Jahr über 1,5 Millionen Mal besucht. In Spitzenzeiten zählt die Website alle zehn Sekunden einen Zugriff. Das Programm «Private Tax» zum Ausfüllen der Steuererklärung wurde ab Internet rund 300 000 Mal heruntergeladen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Veranlagung direkte Steuern Bund, Kanton und Gemeinden (Einschätzungen)
A2	Bezug Bundessteuern
A3	Veranlagung und Bezug Erbschafts- und Schenkungssteuern
A4	Durchführung Quellensteuerverfahren für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Durch Rechtsmittelinstanzen korrigierte Veranlagungsentscheide des kantonalen Steueramtes (ohne Einsprachen) in %	max.	6	5	6	1
W2	Projekt ZüriPrimo: Anzahl Steuerpflichtige am zentralen Register (vgl. E1) in %	P	86	90	99	9
Leistungen						
L1	Bestand offene Steuererklärungen Anfang Jahr (vgl. A1)	P	191 851	210 000	190 453	-19 547
L2	Neuzugänge von Steuererklärungen (vgl. A1)	P	906 819	870 000	907 382	37 382
L3	Anzahl einzuschätzende Steuererklärungen (vgl. A1)	P	1 098 670	1 080 000	1 097 835	17 835
L4	Total erledigte Steuererklärungen (vgl. A1)	P	908 217	880 000	876 829	-3 171
L5	- davon eingeschätzt durch Kanton	min.	406 765	380 000	386 857	6 857
L6	- davon eingeschätzt durch Gemeinden	P	501 452	500 000	489 972	-10 028
L7	- Quote Einschätzungen durch Gemeinden in % des Totals erledigt	P	55,2	56,8	55,9	-0,9
L8	Total offene Steuererklärungen Ende Jahr (vgl. A1)	max.	190 453	200 000	221 006	21 006
L9	Fristgerechte Veranlagungen (vgl. A1): - 1 Jahr nach Steuerperiode in %	min.	64	61	60	-1
L10	- 2 Jahre nach Steuerperiode in %	min.	98	97	98	1
L11	- 3 Jahre nach Steuerperiode in %	min.	99	99	99	0
L12	Anzahl Rechnungen Bundessteuer (vgl. A2)	P	1 441 660	1 500 000	1 474 077	-25 923
L13	Erbschaftssteuer-Veranlagungen mit Steuerbezug (vgl. A3)	P	1 246	1 380	1 234	-146
L14	Schenkungssteuer-Veranlagungen mit Steuerbezug (vgl. A3)	P	469	400	442	42
L15	Quellensteuerverfahren (vgl. A4)					
L16	Anzahl abzurechnende Arbeitgeber (vgl. A4)	P	18 098	19 100	19 608	508
L17	Anzahl zu erfassende Arbeitnehmer (vgl. A4)	P	127 444	127 000	145 917	18 917
L18	Anzahl Quellensteuer-Rechnungen (vgl. A4)	P	67 320	73 200	79 202	6 002
Wirtschaftlichkeit						
B1	Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für natürliche Personen (vgl. A1)	P	222	230	244	14
B2	Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für juristische Personen (vgl. A1)	P	260	305	270	-35
Abweichungsbegründungen						
W1	Der Wert liegt innerhalb der Bandbreite von 5% bis 8%.					
W2	Durch die erfolgreiche Abwicklung der Schnittstellenprojekte in weiteren Gemeinden im Berichtsjahr konnte die Anzahl der am zentralen Steuerregister geführten Steuerpflichtigen (natürliche Personen) um 9% übertroffen werden.					
L12	Geringerer Anstieg der Anzahl Rechnungen Bundessteuer gegenüber Vorjahr als budgetiert					
L16 bis L18	Der Anstieg im Bereich der Quellensteuer hat seinen Ursprung in der ungebrochen anhaltenden Zunahme der Zahl der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Niederlassungsbewilligung.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Umsetzung des Informatikprojekts ZüriPrimo (vgl. Projekt 4400/01) Planmässig Die Umsetzungsarbeiten verlaufen termingerecht.	2018
E2	E-Government: elektronische Einreichung von Steuererklärungen übers Internet (ZüriPrimo, Realisierungseinheit RE05) Planmässig Die Umsetzungsarbeiten verlaufen termingerecht.	2013
E3	Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen Abgeschlossen Einerseits besteht seit 2008 im Kanton Zürich ein jährliches Steuermonitoring. Seit der Steuerperiode 2008 wird zudem auch im Kanton Zürich die wirtschaftliche Doppelbelastung gemildert. Und schliesslich hat der Kantonsrat am 30. März 2009 die Steuergesetzrevision (das sogenannte Steuerpaket) zur Entlastung der natürlichen Personen verabschiedet. Diese Steuergesetzrevision wurde jedoch in der Volksabstimmung vom 15. Mai abgelehnt. Weiter hat der Kantonsrat am 10. Juli 2010 die Steuergesetzrevision zum Nachvollzug des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes verabschiedet. Darin ist bei Kapitalgesellschaften und Genossenschaften die Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer vorgesehen. Gegen diese Steuergesetzrevision wurden Referenden erhoben. Die Volksabstimmung kann voraussichtlich im Juni 2012 stattfinden.	2011
E4	Neuregelung des Ausgleichs der kalten Progression Abgeschlossen (auf Stufe Finanzdirektion) Am 2. November unterbreitete der Regierungsrat dem Kantonsrat eine entsprechende Gesetzesvorlage. Zurzeit liegt diese Vorlage vor der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Kantonsrates.	2012
E5	Gemeinsame Eröffnung Staatssteuer- und Bundessteuer-Entscheide Abgeschlossen Die gemeinsame Eröffnung der Staatssteuer- und Bundessteuer-Entscheide konnte Anfang des Berichtsjahres erfolgreich eingeführt werden.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,4	5,2	5,0	-0,1
Aufwand	-147,6	-155,0	-151,3	3,7
Personalaufwand	-94,0	-93,5	-95,3	-1,8
Abschreibungen und Zinsen	-7,7	-6,4	-5,9	0,6
Betrieb Informatik	-10,3	-12,3	-11,4	0,9
Hard- und Softwareaufwand	-16,3	-22,2	-19,5	2,7
Mieten und Sachaufwand	-19,3	-20,6	-19,2	1,4
Saldo	-143,2	-149,8	-146,2	3,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben	-8,4	-9,5	-8,6	0,9
Saldo	-8,4	-9,5	-8,6	0,9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	677,6	697,0	684,9	-12,1

Erfolgsrechnung

- 1,8 Höherer Personalaufwand aufgrund nachträglich festgelegten Teuerungsausgleichs und individueller Lohnerhöhungen (RRB Nr. 1641/2010) sowie überproportionaler Zunahme von Überbrückungsrenten
- +2,7 Gemäss Projektfortschritt tieferer Hard- und Softwareaufwand
- +1,4 Rückerstattung Nebenkosten (früherer Jahre) Mietobjekt Bändliweg 21, geringerer Drucksachenverbrauch, tiefere Betreuungskosten sowie gesunkener Mietaufwand infolge vorgeschriebener Umqualifizierung von Mieten in Zins- und Abschreibungskosten (Finanzierungsleasing).

Investitionsrechnung

- +0,9 Minderinvestitionen bei der Ersatzbeschaffung von Informatikmitteln, insbesondere für die Bundessteuer (RE04) und die Quellensteuer (RE07) gemäss Projektfortschritt

Personal

- 12,1 Der Beschäftigungsumfang gemäss Budget 2011 wurde um 12,1 Stellen nicht erreicht, da Stellen aufgrund der finanziellen Vorgaben (Budget Personalaufwand) nicht besetzt werden konnten.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 873 262	0	0	1 873 262	0

4500 Personalamt

Hauptereignisse

Für direktionsübergreifende Projekte wird auf den Funktions- und Querschnittsbereich Personal verwiesen. Für das Personalamt waren folgende Projekte und Ereignisse von Bedeutung:

- Personalentwicklung: Das Programm «Kadernachwuchsförderung der Finanzdirektion des Kantons Zürich» startete Anfang des Berichtsjahres mit der Identifikation und formellen Ernennung der Kadernachwuchskräfte. Das erste interne Training begann im Oktober mit sieben Teilnehmenden der Finanzdirektion (vgl. Berichterstattung Finanzdirektion).
- Es wurde ein umfangreiches Angebot zur internen Aus- und Weiterbildung für alle Mitarbeitenden des Kantons zusammengestellt. Das Aus- und Weiterbildungsangebot vereint langjährig aufgebaute Schulungserfahrung und Insiderwissen zu sämtlichen Verwaltungsbereichen.
- Zum wiederholten Male haben alle KV-Lernenden ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen.
- Human Resources Finanzdirektion: Im Berichtsjahr erfolgten die ersten grundlegenden Vorbereitungen zum Projekt Anwesenheitsmanagement, das 2012 eingeführt wird.
- Das Personalamt übernahm die Projektleitung der im September durchgeführten Mitarbeitendenbefragung in der Finanzdirektion und war massgeblich an der Erarbeitung, Durchführung und Nachbereitung der Befragung beteiligt (vgl. Berichterstattung Finanzdirektion).

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Umsetzen der regierungsrätlichen Personalpolitik und der Personalmanagementstrategie mit den Stossrichtungen Personalführung und -entwicklung, Stärkung der Personalbereiche und Marktpositionierung, Steuerung und Planung mittels Personalcontrolling
A2	Förderung der Personal- und Kaderentwicklung, fachliche Betreuung der kaufmännischen und Informatik-Lehrlingsausbildung
A3	Beratung in Fragen des Personalrechts, Begleitung von Rechtsmittelverfahren, Entwicklung des Personalrechts, Koordination von Case Management
A4	Sicherstellen und Veranlassen der Lohnauszahlung für die gesamte Verwaltung, Entwicklung und Pflege des kantonalen Lohnsystems
A5	Umsetzung der Personalpolitik innerhalb der Finanzdirektion

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Kursbeurteilung Programme zur Führungsentwicklung, mind. «gut» (in %) (vgl. A2)	min.	87	85	93	8
W2	Kursbeurteilung Personalschulung, mind. «gut» (in %) (vgl. A2)	min.	92	90	94	4
W3	Selbstbeurteilung Lehrlingsausbildung, mind. «gut» (in %) (vgl. A2)	min.	92	90	93	3
Leistungen						
L1	Anzahl Teilnehmende an Programmen zur Führungsentwicklung (vgl. A2)	max.	106	84	121	37
L2	Anzahl durchgeführte Teilnehmende-Schulungstage einschliesslich Führungsweiterbildung (vgl. A2)	P	6 194	7 000	6 313	-687
L3	Anzahl betreute Lernende (vgl. A2)	max.	191	185	192	7
L4	Anzahl juristische Beratungen (vgl. A3)	P	2 200	2 100	2 200	100
L5	Anzahl Lohnauszahlungen pro Monat (vgl. A4)	P	36 000	37 600	36 447	-1 153
L6	Anzahl mit PALAS (neu PULS-ZH) bewirtschafteter Personaldossiers (ZST 1) (vgl. A4)	P	15 000	15 900	15 500	-400
L7	Anzahl betreute Mitarbeitende in der Finanzdirektion pro HR-Stelle (vgl. A5)	P	191	185	196	11
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten pro Teiln. an Programmen Führungsentwicklung (vgl. A2)	P	2 906	3 500	3 277	-223
B2	Kosten pro Teiln. an Kursen der internen Weiterbildung (vgl. A2)	P	558	600	555	-45
B3	Kosten pro Lernende, ohne Arbeitsplatzkosten (vgl. A2)	P	20 720	21 000	21 144	144
B4	Kosten pro juristische Beratung (vgl. A3)	P	51	60	57	-3
B5	Betriebskosten pro Lohnauszahlung und Jahr (vgl. A4)	P	106	50	115	65
Abweichungsbegründungen						
W1	Die zunehmenden positiven Rückmeldungen resultieren aus einer fortlaufenden Optimierung der Führungsprogramme.					
L1	Die Programme für Führungskräfte finden guten Anklang bei den Direktionen und der Staatskanzlei, was zu einer Zunahme der Teilnehmenden im Berichtsjahr führte.					
L2	Die niedrigere Anzahl Schulungstage wird verursacht durch die Kürzung der Dauer einiger Seminare.					
L5	Die Anzahl Lohnauszahlungen bezieht sich ausschliesslich auf die kantonale Verwaltung und ist abhängig von der Anzahl der ein- und austretenden Mitarbeitenden. Im KEF 2013–2016 ist die Bemessungsgrundlage des Indikators neu zu definieren, da mit Einführung von PULS-ZH im Berichtsjahr für die drei Zürcher Fachhochschulen zusätzlich Dienstleistungen im Bereich Lohnverarbeitung und -administration erbracht werden (vgl. B5).					
B1	Die niedrigeren Kosten resultieren aus einer Zunahme an Teilnehmenden je Führungsprogramm.					
B2	Die Kosten sind tiefer als budgetiert, da im Berichtsjahr die Kosten für Referentinnen und Referenten gesenkt werden konnten.					
B5	Die höheren Betriebskosten sind auf die Einführung von PULS-ZH zurückzuführen. Zudem werden seit Einführung von PULS-ZH für die drei Zürcher Fachhochschulen zusätzlich Dienstleistungen im Bereich Lohnverarbeitung und -administration erbracht (vgl. L6). Die Berechnungsgrundlage der Betriebskosten wurde entsprechend angepasst.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Umsetzung der Personalmanagementstrategie 2007–2011, Einführung des Personalcontrollings in den Direktionen (vgl. A1) Abgeschlossen Einige Themen/Projekte der Personalmanagementstrategie 2007–2011 werden in der Personalstrategie 2012–2015 weiterverfolgt.	2011
E2	Einführung einer direktionsübergreifenden Kadernachwuchsförderung (vgl. A2 und Projekt 4500/08) Planmässig Im Berichtsjahr erfolgte die Erstellung des Detailkonzeptes zur direktionsübergreifenden Kadernachwuchsförderung (dKNF).	2012
E3	Rechtskonforme, faire und unterstützende Umsetzung der Personalmassnahmen aus Sanierungsprogrammen (vgl. Leistungsgruppe Nr. 4970) Planmässig San04 ist abgeschlossen. Im Rahmen von MH06 erfolgt die Umsetzung der Personalmassnahmen des Reinigungs- und Hausdienstpersonals der Baudirektion (vgl. RRB Nr. 987/2011).	2015
E4	Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren Verzögert Aufgrund der Situation des Finanzhaushaltes im 2009 und 2010 wurde das Projekt faktisch sistiert. Die Wiederaufnahme der Projektarbeiten erfolgte im Oktober.	2012
E5	Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern Verzögert Es wurden eine Bedürfnisanalyse durchgeführt und Korrekturmassnahmen eingeleitet. Das Thema wird in der Personalstrategie 2012–2015 weiterverfolgt.	2011
E6	Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen Planmässig Die Umsetzung wird in den Direktionen mit Unterstützung des Personalamtes weiterverfolgt.	2011
E7	Einführung des neuen Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystems PULS-ZH (Projekt 4500/07) Planmässig Zum 1. Januar wurde das bisherige Personalinformationssystem durch PULS-ZH abgelöst. Verzögert ist das Teilprojekt «Reporting».	2011
E8	Definition und Umsetzung der Personalmanagementstrategie 2012–2015 Planmässig Im Berichtsjahr wurde die Personalstrategie 2012–2015 gemeinsam mit den Personalbeauftragten erarbeitet.	2015
E9	Durchführung einer Mitarbeitendenbefragung in der Finanzdirektion Planmässig Im September erfolgte die Befragung der Mitarbeitenden in der Finanzdirektion zur Arbeitssituation. Die Ämter der Finanzdirektion erarbeiten 2012 Massnahmen zur Erhöhung der Arbeitszufriedenheit und des Commitments und setzen diese in den Folgejahren um.	2014

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,4	2,9	3,6	0,8
Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung	1,6	1,9	1,7	-0,2
Aufwand	-20,4	-21,2	-20,4	0,8
Personalaufwand (einschliesslich Lernende)	-8,7	-9,4	-9,1	0,4
Case Management	-1,3	-2,3	-1,4	0,9
Saldo	-18,0	-18,3	-16,8	1,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-7,0	-0,5	-0,5	0,0
Saldo	-7,0	-0,5	-0,5	0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	39,2	38,3	39,1	0,8

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +0,9 Mehrertrag für Dienstleistungen im Bereich Lohnverarbeitung und -administration. Zum Zeitpunkt der Budgetierung war unklar, ob für das Kantonsspital Winterthur, das Universitätsspital Zürich und die drei Zürcher Fachhochschulen die Dienstleistungen erbracht werden und zu welchem Preis.
- 0,2 Die Erträge der internen Aus- und Weiterbildung wurden durch die Ämter und Betriebe zu hoch budgetiert.
- +0,1 Mehrerträge für Bezugsprovisionen für die Quellensteueradministration sowie Erstattung einer Kostenbeteiligung des Bundes für die überbetrieblichen Kurse von Lernenden

Aufwand:

- +0,6 Geringerer Lohnaufwand von 0,7 Mio. Franken für das Programm «Überbrückungsstellen für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger» und Mehraufwand von 0,1 Mio. Franken für insgesamt 0,8 Stellen im Personalamt (vgl. Begründung «Personal»)
- 0,2 Zusätzlicher Aufwand für Rückstellungen für Mehrleistungen des Personals und Vorsorgeleistungen
- +0,9 Trotz Budgetreduktion tiefere Aufwendungen der Direktionen für Case Management (CM). Im KEF 2012–2015 wurden die Budgetwerte nochmals reduziert.
- 0,9 Höherer Aufwand für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit der Ablösung des Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystems PALAS und der Einführung der neuen SAP-Applikation PULS-ZH
- +0,3 Geringere Aufwendungen im Bereich Dienstleistungen Dritter der Personalentwicklung

Personal

+0,8 Erhöhung von +0,8 Stellen zur Kompensation von Ressourcenengpässen im Bereich HR-FD (+0,5 Stellen) und Kompensation einer Langzeitabsenz im Bereich CC-Payroll (+0,3 Stellen).
Bei den Stellen handelt es sich um Aushilfen mit einem befristeten Anstellungsverhältnis ausserhalb des Stellenplans.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	298 696	-12 014	0	286 682	-12 014

4600 Direktionsübergreifende Informatik

Hauptereignisse

Informatikstrategie

Die Lösungskonzepte aller vier Teilprojekte der Umsetzungseinheit 1 (UE 1) liegen vor. Das KITT hat die Inhalte beschlossen, die in der UE 2 behandelt werden. Stossrichtungen sind der Aufbau einer Sicherheitsorganisation, Richtlinien für den Aufbau eines Management-Systems für die Informatik-Sicherheit (ISMS) und die Überarbeitung der Informatik-Sicherheitsverordnung (ISV).

Projekt Notes2010

In zwei Folgeprojekten zum Projekt Notes2010 wurden Verbesserungen und Erweiterungen am Einsatz von Lotus Notes vorgenommen. Seit Ende des Berichtsjahres ist eine bereinigte und verbesserte Version des Notes Clients 8.5.1 verwaltungsweit im Einsatz.

Datennetzwerk LEUnet

Der neue Vertrag mit der Swisscom führte zu den erwarteten Einsparungen. Für die angeschlossenen Gemeinden wurde durch den Einbau von LEUnet-betriebenen Firewalls eine höhere Sicherheitsstufe erreicht. Im LEUnet wurde ein neuer Core-Standort bezogen, mit zusätzlichen Sicherheitsvorrichtungen ausgerüstet und erfolgreich in Betrieb genommen.

ZHidentity/ZHdirectory

Auf Anfang des Berichtsjahres wurde das Personalmanagement- und Lohnadministrations-System PULS in Betrieb genommen. Als Folge davon mussten die Schnittstellen zum Identity Management System ZHidentity und zahlreiche Synchronisationsworkflows von Grund auf angepasst werden. Die Komplexität der Aufgabe erforderte bedeutende, nicht geplante Mehraufwendungen.

Projekt SAP-Strategie

Der Projektauftrag wurde genehmigt und damit die Ziele der Strategieerarbeitung festgesetzt. Die Projektarbeitsgruppe hat erste substanzielle Ergebnisse in Form eines Grobentwurfs erzielt. Dabei wurden die erfolgskritischen Faktoren identifiziert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Kantonale Informatikstrategie entwickeln, pflegen und umsetzen
A2	Definition, Implementation und Betrieb von direktionsübergreifenden Informatikdienstleistungen (Kompetenzzentren und Servicezentren)
A3	Definition und Durchsetzung von Informatikstandards in der kantonalen Verwaltung

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
--	-----	--------	--------	---------	-----------------------

Wirkungen

W1	Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet in %	min.	99,92	99,40	99,95	0,55
----	--	------	-------	-------	-------	------

Leistungen

L1	Für Informatikstrategie eingesetzte Stunden (vgl. A1)	P	1 740	1 200	814	-386
L2	Für zentrale Dienstleistungen eingesetzte Stunden (vgl. A2)	P	2 324	4 000	4 115	115
L3	Für Informatikstrategie und Standards gefasste Beschlüsse (vgl. A1, A3)	P	10	10	9	-1
L4	Anzahl betreute Anschlüsse des Datennetzwerks LEUnet (vgl. A2)	P	12 538	12 000	12 971	971
L5	Anzahl Anschlussänderungen LEUnet (vgl. A2)	P	2 312	2 500	3 544	1 044

Abweichungsbegründungen

L1	Stelle konnte erst auf Mitte Jahr und mit tieferem Beschäftigungsgrad als geplant besetzt werden.				
L4/L5	Aus- und Umbauten sowie Umzug von Arbeitsstellen; Zahl ist durch die Leistungsgruppe nicht beeinflussbar.				

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar bis

E1	Umsetzung der im Dezember 2008 festgelegten Informatikstrategie (LZ RR 6.4; vgl. A1) Umsetzungseinheit 2 leicht verzögert	2012
E2	Als Teil der Umsetzung: Weiterentwicklung des Informatikcontrollings Lösungskonzept erstellt, Operationalisierung der Lösung verzögert	2011
E3	Als Teil der Umsetzung: Definition und Durchsetzung von weiteren Informatikstandards in der kantonalen Verwaltung (vgl. A3) Lösungskonzept «Standards Et Architekturen» erstellt, Operationalisierung der Lösung verzögert	2011

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	8226	0	0	8226	0

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0		0,0	0,0
Aufwand	-6,1	-6,2	-5,6	0,6
Saldo	-6,1	-6,2	-5,6	0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben			-0,1	-0,1
Saldo			-0,1	-0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	8,2	7,9	7,7	-0,2

Erfolgsrechnung

Aufwand:

- +0,3 Projekte konnten teilweise mit weniger externer Unterstützung und aus Kapazitätsgründen noch nicht oder erst in frühen Projektphasen bearbeitet werden (insbesondere Umsetzung Informatikstrategie, Neukonzeption Identity/Access Management)
- +0,3 Minderaufwand für die Miete von Lichtwellenleitern (Glasfaserkabeln) und den Beitrag an die Netzwerkkosten der Gemeinden

Investitionsrechnung

- 0,1 Neues Büromobiliar wegen Umzug infolge Renovation des früheren Bürogebäudes

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	8 226	-929	0	7 297	-929

4700 Drucksachen und Material

Hauptereignisse

Die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) hat im Auftrag ihrer Kundinnen und Kunden ein grosses Beschaffungsvolumen abgewickelt, das sich insgesamt in einem ähnlichen Rahmen wie in den Vorjahren bewegte. Folgende Entwicklungen sind speziell zu erwähnen:

- Wie in den Vorjahren war eine grosse Nachfrage nach den verschiedenen Beschaffungsgütern (u.a. Büromaterial, Reinigungsmittel, Drucksachen, Publikationen, Informatikmittel, Outputsysteme) zu verzeichnen. Dabei zeigte sich ein Rückgang bei Submissionen von Informatikmitteln mit grossen Beschaffungsvolumina.
- Die kdmz erbrachte wiederum Leistungen für die Führung und den Betrieb der landesweiten E-Government-Plattformen «Simap» (Informationssystem für öffentliche Ausschreibungen) und «Publicjobs» (Schweizerisches Stellenportal). Sie wirkte zudem bei den Arbeiten zur Klärung der zukünftigen Entwicklungen dieser Plattformen mit.
- Die ökologische Beschaffung ist wiederum aktiv gefördert worden, auch in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle für Umweltschutz (KofU) und der Trägergruppe Büroökologie. Dabei konnte insbesondere der Anteil von Recyclingpapier gemäss einem Beschluss des Regierungsrates verwaltungsweit deutlich gesteigert werden.
- Die kdmz hat als federführende Stelle das verwaltungsweite Projekt «Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens» weiter vorangetrieben. Sie hat zudem fachliche und methodische Arbeiten geleistet, insbesondere auch im Hinblick auf die Optimierung des Beschaffungswesens als Daueraufgabe, sowie mehrere Teilprojekte aktiv unterstützt.
- Die Beschaffungsstrategien für die Materialgruppen «Büromaterial» und «Publikationen» sind im Rahmen des erwähnten Projekts entwickelt und festgelegt worden. Als ein wichtiges Ergebnis steht neu ein Kernsortiment für Büromaterial zur Verfügung, das zu einer verwaltungsweiten Verminderung von Kosten und administrativem Aufwand führen soll.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Kostengünstige, effiziente, ökologisch vertretbare und zentrale Beschaffung aller für eine Verwaltung im administrativen Bereich notwendigen Produkte und Erbringung der damit zusammenhängenden Dienstleistungen
----	---

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Anzahl Kunden, die E-Business verwenden	P	7 300	7 000	7 500	500
Leistungen						
L1	Anzahl Bestellungen	P	89 000	90 000	86 900	-3 100
L2	Anteil Bestellungen über E-Shop an Anzahl Bestellungen (in %)	P	48	46	50	4
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Anzahl Kunden, die E-Business verwendeten und im E-Shop der kdmz registriert waren, hat sich im Berichtsjahr weiter erhöht.					
L2	Der Anteil an Bestellungen, welche über den E-Shop abgewickelt wurden, war im Berichtsjahr weiterhin zunehmend.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens Planmässig	2012
E2	Weitere Förderung von E-Business (u. a. elektronische Bestellabwicklung) Planmässig Es ist eine weiterhin zunehmende Nutzung der elektronischen Bestellabwicklung zu verzeichnen.	2013

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung					
	Ertrag	46,0	43,8	42,0	-1,8
	Aufwand	-45,4	-43,7	-41,1	2,5
	Saldo	0,6	0,2	0,8	0,7
Investitionsrechnung					
	Einnahmen			0,0	0,0
	Ausgaben		-0,4	-0,1	0,3
	Saldo		-0,4	-0,1	0,3
Personal					
	Beschäftigungsumfang Angestellte	50,0	56,0	50,1	-5,9

Erfolgsrechnung

- 1,8 Die Abweichung begründet sich in erster Linie mit dem Rückgang bei Submissionen von Informatikmitteln sowie mit einem Rückgang des Beschaffungsvolumens bei der Materialgruppe Büromaterial.
- +2,2 Der Aufwand für die Beschaffungen vermindert sich in ähnlichem Umfang.
- +0,3 Aufgrund von Vakanzen liegt der Personalaufwand tiefer als budgetiert.

Investitionsrechnung

- +0,3 Finanzielle Mittel für die Umsetzung der IT-gestützten Beschaffungsprozesse, die der Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens dienen, wurden im Berichtsjahr erst teilweise beansprucht.

Personal

- 5,9 Der Beschäftigungsumfang entspricht neu dem aktuell gültigen Stellenplan (52,2). Die Personalkapazitäten verblieben praktisch auf Vorjahresniveau, wobei Vakanzen zu verzeichnen waren.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	410 613	0	0	410 613	0

4910 Steuererträge

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	6 505,1	6 377,6	6 915,7	538,2
Staatssteuern	5 478,8	5 403,7	5 789,0	385,3
– davon Laufende Periode NP	3 447,1	3 480,0	3 726,7	246,7
– davon Laufende Periode JP	794,7	850,5	883,6	33,1
– davon Nachträge NP	915,0	769,3	717,4	-51,9
– davon Nachträge JP	227,5	228,7	372,4	143,7
– davon Übrige Erträge	94,4	75,2	89,0	13,8
Quellensteuer	160,5	186,1	238,3	52,2
Erbschafts- und Schenkungssteuer	210,2	180,3	197,4	17,1
Direkte Bundessteuer	572,4	545,0	605,2	60,2
Verrechnungssteuer und EU-Zinsbesteuerung	83,2	62,5	85,9	23,4
Aufwand	-157,9	-154,5	-162,7	-8,1
Staatssteuern	-134,4	-131,9	-132,2	-0,3
Quellensteuern	-22,2	-20,9	-28,7	-7,8
Erbschafts- und Schenkungssteuer	-1,3	-1,8	-1,8	-0,1
Saldo	6 347,2	6 223,0	6 753,1	530,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+279,8

Laufende Periode: Die Staatssteuererträge der laufenden Periode liegen sowohl bei den natürlichen Personen (+246,7 Mio. Franken) als auch bei den juristischen Personen (+33,1 Mio. Franken) über dem budgetierten Steuersoll. Bei den natürlichen Personen führte im Wesentlichen ein Einzelfall zu diesem Ergebnis, während bei den juristischen Personen der Anstieg in der nicht zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung ihren Ursprung hat.

+91,8	Nachträge an direkten Steuern für frühere Steuerperioden: Die höheren Steuererträge der laufenden Periode führten zu höheren Nachträgen (§ 19 Abs. 2 lit. b RLV). Hohe Nachträge für die abzurechnende Steuerperiode 2007 (§ 19 Abs. 2 lit. c RLV) sowie – in geringerem Umfang – die Nachträge für die Perioden 2006 und früher (§ 19 Abs. 2 lit. d RLV) trugen zum Ergebnis bei. (Hinweis: Im Anhang ist unter «Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze» das genaue Vorgehen für die Verbuchung der Staatssteuererträge umschrieben). Insgesamt blieben die Nachträge bei den natürlichen Personen unter Budget, während bei den juristischen Personen der Budgetwert übertroffen wurde.
+13,8	Übrige Erträge: Die nach wie vor hohe Anzahl eingegangener Selbstanzeigen aufgrund des Bundesgesetzes über die Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und die Einführung der straflosen Selbstanzeige vom 20. März 2008 (gültig ab 1. Januar des Vorjahres) führten zum überproportionalen Anstieg.
+52,2	Quellensteuer: Die hohe Zunahme ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (siehe auch Indikatoren L16 bis L18 in der LG Nr. 4400) führte zu einem starken Anstieg der Quellensteuererträge.
+17,1	Erbschafts- und Schenkungssteuer: Die Einnahmen der Erbschafts- und Schenkungssteuer schwanken aufgrund von Nachlässen mit hohem Steuerertrag.
+60,2	Direkte Bundessteuer: Der Anteil des Kantons Zürich am Bundessteuerertrag beruht auf den tatsächlich eingegangenen Zahlungen (Ist-Methode) und ist damit vom Zahlungsverhalten abhängig. Die Budgetierung im Berichtsjahr fiel zu tief aus.
+23,4	Verrechnungssteuer und EU-Zinsbesteuerung: höherer Kantonsanteil an Verrechnungssteuern infolge Mehrertrags des Bundes.
Aufwand:	
-7,8	Quellensteuern: Der Mehrertrag an Quellensteuern führt zu höheren Bezugsprovisionen an die Arbeitgeber und ebenso zu höheren Entschädigungen an die Gemeinden.

4921 Schadenausgleich

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Aus dieser Leistungsgruppe werden den Amtsstellen Aufwendungen für nicht versicherte Haftpflichtschäden sowie Reparatur- und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden vergütet.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	-1,8	-5,7	-4,7	1,0
Versicherungsprämien	-1,2	-1,3	-1,2	0,1
Schadenausgleich	-0,6	-0,9	-3,4	-2,5
Nachtragskredite		-3,5		
Saldo	-1,8	-5,7	-4,7	1,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand:

+0,3 Im Rahmen eines älteren Staatshaftungsfalls wurde die ursprünglich gebildete Rückstellung aufgelöst, da diese nicht benötigt wird.

+0,7 Von den budgetierten 0,9 Mio. Franken Schadenausgleich wurde lediglich 0,2 Mio. Franken in einem Schadenfall benötigt.

Für einen weiteren Staatshaftungsfall des USZ musste eine Rückstellung von -3,5 Mio. Franken (maximale Schätzung) gebildet werden, da die Deckungslimite von 3,0 Mio. Franken auf Ende des Berichtsjahres ausgeschöpft war. Dafür musste ein Nachtragskredit 2011 eingeholt werden.

4930 Kapital- und Zinsendienst Staat

Hauptereignisse

Die Hauptereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr.4300, Amt für Tresorerie, dargestellt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die prognostizierten Passivzinsen und Vermögenserträge aufgeführt. Diese sind nur indirekt steuerbar.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	617,7	577,1	598,9	21,8
Finanzertrag	106,2	93,5	86,6	–6,8
Gewinnanteil ZKB	220,0	194,0	220,0	26,0
Gewinnanteil Nationalbank	291,2	289,4	292,0	2,6
Aufwand	–106,3	–112,7	–96,7	16,0
Finanzaufwand	–106,1	–112,5	–96,5	16,0
Saldo	511,3	464,5	502,2	37,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	15,2			
Ausgaben	–2,5	–2,0	–4,1	–2,1
Saldo	12,7	–2,0	–4,1	–2,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +28,6 Höhere Gewinnausschüttung der ZKB (+26,0) sowie der Schweizerischen Nationalbank (+2,6)
- +5,8 Höhere Dividende der Flughafen Zürich AG (+4,1), der Rheinsalinen AG (+0,9) sowie der Abraxas Informatik AG (+0,75)
- +0,7 Höherer Zinsertrag aus Festgeldanlagen aufgrund höherer Liquidität
- 10,5 Tiefere Dividende der Axpo Holding AG
- 2,8 Niedrigerer Ertrag auf Neukonversionen des ZKB-Grundkapitals infolge tieferer Zinsen

Aufwand:

- +15,2 Tieferer Aufwand für die Verzinsung des Fremdkapitals infolge geringerer Kapitalaufnahmen
- +0,8 Tieferer Aufwand für die Verzinsung der Kontokorrentkonten aufgrund tieferer Kontokorrentsaldo

Investitionsrechnung

Ausgaben:

- 2,5 Gewährung zusätzlicher Investitionsdarlehen an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse (ZLK)
- +0,4 Tieferer Aufwand an der Aktienkapitalerhöhung der MCH Group AG, Basel

4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Die kalkulatorischen Zinsen auf dem Verwaltungs- und dem Finanzvermögen werden den Amtsstellen durch interne Verrechnungen belastet. Die entsprechenden Erträge werden auf dieser Leistungsgruppe gutgeschrieben.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	338,6	360,9	343,5	-17,5
Kalkulatorischer Zinsertrag	334,9	359,0	340,8	-18,2
Aufwand	-82,5	2,5	-2 704,5	-2 707,0
Kalkulatorischer Zinsaufwand	-65,6	-66,2	-69,6	-3,4
Zentrale Korrektur voller Teuerungsausgleich per 1.1.2011		-50,0		50,0
Zentrale Korrektur Abschreibungen		8,0		-8,0
Zentrale Korrektur Budget 2011		126,0		-126,0
Rückstellungen für Massnahmen zur BVK-Sanierung			-2 617,0	-2 617,0
Saldo	256,1	363,4	-2 361,0	-2 724,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen		236,7		-236,7
Ausgaben		236,7		
Saldo		236,7		-236,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

- 2617,0 Bildung von Rückstellungen für die Sanierung der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich
- 126,0 Im Budget 2011 zentral eingestellte Verbesserung von 126 Mio. Franken wird in anderen Leistungsgruppen realisiert.
- 18,2 Tiefere kalkulatorische Zinserträge aufgrund tieferer Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen.
- 8,0 Im Budget 2011 zentral eingestellte Aufwandminderungen für planmässige Abschreibungen aufgrund nicht ausgeschöpfter Investitionsbudgets fallen in den anderen Leistungsgruppen an.
- 3,4 Höhere kalkulatorische Zinsaufwände, vor allem aufgrund höherer Fondsbestände
- 2,5 Die Äufnung im Berichtsjahr der Rückstellungen aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren, der Mittelschullehrerinnen und Mittelschullehrer, der Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie der Richterinnen und Richter fiel höher aus als budgetiert.
- +50,0 Wegfall des im Budget 2011 zentral eingestellten Teuerungsausgleichs von 1,1% auf Anfang des Berichtsjahres. Der Teuerungsausgleich wurde in den übrigen Verwaltungseinheiten gewährt.

Investitionsrechnung

- 236,7 Wegfall der im Budget 2011 aufgrund der Annahme einer lediglich 80%-Ausschöpfung der Investitionsbudgets in den übrigen Verwaltungseinheiten zentral eingestellten Ausgabenminderung.

4960 Interkantonaler Finanzausgleich

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die finanziellen Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) erfasst, soweit sie nicht einer spezifischen Leistungsgruppe zugeordnet werden können.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	86,1	80,5	80,5	-0,0
Soziodemografischer Lastenausgleich	86,1	80,5	80,5	-0,0
Aufwand	-638,3	-571,3	-571,3	-0,0
Ressourcenausgleich	-617,7	-550,7	-550,7	-0,0
Härteausgleich	-20,6	-20,6	-20,6	0,0
Saldo	-552,2	-490,8	-490,8	-0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen

Hauptereignisse

- San04 und MH06 sind grundsätzlich abgeschlossen, für die Leistungsgruppe Nr. 4970 sind nur noch vereinzelt Arbeiten im Gange.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Verantwortungsbewusster Umgang mit Mitarbeitenden, deren Stellen abgebaut werden müssen
A2	Erarbeitung von Sozialplänen und weiteren Massnahmen für das betroffene Personal nach einheitlichen Grundsätzen
A3	Unterstützung von Personen, deren Entlassung im Rahmen von Sanierungsprogrammen unvermeidlich ist
A4	Einhaltung von Verpflichtungen, die sich aus Bestimmungen des Personalrechts und der Richtlinien des Sozialplanes ergeben

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Entwicklung und Bereitstellung von Begleitmassnahmen und Unterstützungsangeboten	2015
E2	Koordinierte und personalrechtskonforme Ausrichtung von Abgangsentschädigungen	2015
E3	Zentrale Ausrichtung von Leistungen gemäss Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK)	2015
E4	Erarbeitung von Regelungen für Härtefälle gemäss dem Grundsatz der Gleichbehandlung	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2010

B 2011

R 2011

Abweichung
von B 2011

Erfolgsrechnung

Ertrag	0,0			
Aufwand	0,4	-1,4	-1,4	0,0
Nachtragskredite		-1,4		
Saldo	0,4	-1,4	-1,4	0,0

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte				
----------------------------------	--	--	--	--

4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich

Hauptereignisse

Der Kantonsrat bewilligte mit Vorlage

- 4698 einen Beitrag von 2,6 Mio. Franken zur Wiedererrichtung einer historischen Bahnhofshalle in Bauma,
- 4761a einen Beitrag von 30 Mio. Franken an die Erweiterung des Zürcher Kunsthouses und einen Beitrag von 15 Mio. Franken für die unentgeltliche Einräumung des Baurechts,
- 4775 einen Beitrag von 4,7 Mio. Franken zur Erweiterung des Technorama-Jugendlabors und zur Sanierung des Osttrakts sowie
- 4816 einen Beitrag von 20 Mio. Franken zur Erweiterung der Protonen-Forschungs- und Therapieanlage am Paul-Scherrer-Institut (PSI) in Villigen AG.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Die Fondsgelder werden für gemeinnützige Zwecke – vorwiegend im Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich – verwendet.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Leistungen					
L1	Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder in %:				
L2	P	14	15	8	-7
L3	P	18	16	1	-15
L4	P	44	35	55	20
L5	P	5	7	3	-4
L6	P	11	18	7	-11
L7	P	4	5	23	18
L8	P	4	4	3	-1
L9	P	441	430	420	-10
Wirtschaftlichkeit					
B1	P	907	930	952	22

Abweichungsbegründungen

Die Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder auf die verschiedenen Kategorien ist abhängig von den einzelnen Gesuchen (vor allem von den grossen Gesuchen), die eingereicht werden und über die entschieden wird. Der Inhalt der einzelnen Gesuche ist nicht steuerbar. Hinzu kommt die schlechte Planbarkeit bei grossen Gesuchen bzw. Beitragszusagen des Kantonsrates.

- L2 Die gesamte für im Berichtsjahr bewilligte Beitragssumme war geringer als budgetiert, u. a. weil sich die Vorhaben Villa Flora und Rheinau verzögern und die Fachstelle Kultur, die Staatskanzlei und die Denkmalpflege die ihr zustehenden Rahmenkredite nicht ausschöpften.
- L3 Im Berichtsjahr erfolgten mit Ausnahme von Soforthilfeleistungen keine Beitragszusagen für den Ausland- und den Inlandhilfebereich.
- L4 Die Beitragsleistung zugunsten des Kunsthauses Zürich wurde im Rahmen der parlamentarischen Beratung um 15 Mio. Franken erhöht.
- L5 Das für im Berichtsjahr budgetierte Geschäft Zooseilbahn verzögert sich.
- L6 Für im Berichtsjahr geplante Entscheide haben sich verzögert (Unterstrass, Studentisches Wohnen).
- L7 Der für 2010 geplante Entscheid über das Vorhaben «Protonenbeschleuniger» hat sich verzögert und wurde vom KR erst im Berichtsjahr bewilligt.
- L9 Die Anzahl der Gesuche ist nicht steuerbar. Da im Berichtsjahr keine Gesuche für Ausland- und Inlandhilfedorhaben entgegengenommen wurden (rund 50 Gesuche), verringerte sich die Zahl der Eingaben.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	68,4	121,9	67,7	-54,3
Interkantonale Landeslotterie / Swisslos	60,3	61,2	58,7	-2,5
Entnahme aus Bestandeskonto		52,8		-52,8
Kalkulatorischer Zinsertrag	8,1	7,9	8,9	1,0
Aufwand	-68,4	-121,9	-67,7	54,3
Zahlungen an Private und Dritte	-24,1	-103,2	-20,2	83,0
Einlagen in Bestandeskonto	-28,3		-33,4	-33,4
Übertrag an Leistungsgruppen	-15,8	-18,7	-13,7	5,0
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	297,0	244,3	330,5	86,2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- 2,5 Der Ertrag von Swisslos ist abhängig von deren Leistung. Swisslos und der Lotteriefonds gingen bei der Budgetierung davon aus, dass der Ertrag nicht sinken werde.
- 52,8 Bei der Budgetierung bestand die Annahme, dass im Berichtsjahr grosse Beiträge zur Auszahlung kommen würden (Rheinau, Landesmuseum, Villa Flora usw.). Die entsprechenden Gesuchseingaben bzw. die abschliessenden Beitragsentscheide haben sich verzögert. Folglich kam es zu einer Einlage in das Bestandeskonto.

Aufwand:

- +83,0 Die Beitragszahlungen im Berichtsjahr sind gegenüber dem Vorjahr geringer und nicht – wie budgetiert – wesentlich höher. Dies hängt u. a. damit zusammen, dass der vom KR bewilligte Beitrag von 20 Mio. Franken zugunsten des Landesmuseums wegen Einsprache nicht ausbezahlt werden konnte und sich der Fortgang anderer grosser Geschäfte z. T. (z. B. Rheinau, Villa Flora, Protonenbeschleuniger) verzögerte.
- 33,4 Aufgrund der nicht erfolgten budgetierten Zahlungen an Private/Dritte und wegen eines geringeren Übertrages an Leistungsgruppen waren die Einnahmen des Fonds grösser als die effektiv geleisteten Ausgaben.
- +4,7 Die Staatskanzlei, die Kantonale Denkmalpflege und die Fachstelle Kultur haben die ihr zustehenden Beiträge nicht vollständig ausgeschöpft.

Fondsbestand

Der Fondsbestand liegt mit knapp 330 Mio. Franken höher als budgetiert, weil es infolge der geringeren Auszahlungen nicht zu einer Entnahme aus, sondern zu einer Einlage in das Bestandeskonto des Lotteriefonds kam (vgl. Erfolgsrechnung).



Ellikon am Rhein (Gemeinde Marthalen)



Bülach: Nachtcafé – sommerliche Veranstaltung in der Altstadt



Oetwil am See: Bushof

Volkswirtschaftsdirektion

Die Volkswirtschaftsdirektion schafft die Rahmenbedingungen für einen attraktiven Wirtschaftsraum.

Es gilt, die Standortattraktivität des Wirtschaftsraumes Zürich zu erhalten bzw. zu steigern und das zunehmende Mobilitätsbedürfnis menschen- und umweltverträglich zu bewältigen.

Im Berichtsjahr legte die Volkswirtschaftsdirektion Schwerpunkte bei der Sicherung der Spitzenposition im internationalen Standortwettbewerb sowie bei der kantonalen Strategie zur Bewältigung des stetig wachsenden Verkehrsaufkommens.

Wirtschaft und Arbeit

Die erste Hälfte des Berichtsjahres stand im Zeichen der anhaltenden wirtschaftlichen Erholung. Auf den Herbst hin hinterliessen die verschlechterte internationale Konjunktur und der dämpfende Einfluss des starken Frankens auch in der Zürcher Wirtschaft Spuren, insbesondere in der Industrie. Auf die Arbeitslosigkeit wirkte sich diese Situation aber noch nicht merklich aus. Nachdem die Arbeitslosenquote stetig von 3,7% zu Jahresanfang auf 2,8% im Juli sank, erhöhte sich die Quote bis zum Jahresende leicht auf 3,2%.

Auf den 1. April trat die vom Volk beschlossene Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) in Kraft. Für einen Teil der Stellensuchenden wurde dabei die Höchstzahl der Taggelder herabgesetzt. Die Arbeitslosenkassen und die RAV informierten die betroffenen Stellensuchenden vorab über diese Herabsetzung sowie über drohende Aussteuerungen. Aufgrund der AVIG-Revision wurden rund 8% der Arbeitslosen bzw. rund 1600 Personen zusätzlich ausgesteuert. Die RAV bieten diesen Stellensuchenden weiterhin Beratung und Vermittlung an. Zudem wurden das Angebot an arbeitsmarktlichen Massnahmen für ausgesteuerte Stellensuchende erweitert und die Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten durch eigens dafür spezialisierte Personalberatende der RAV verstärkt.

Der Kantonsrat bewilligte für weitere vier Jahre einen Kredit für die überregionale Standortmarketingorganisation Greater Zurich Area (GZA). Von 2012 bis 2015 beträgt dieser jährlich 2,06 Mio. Franken. Mit der vom Verwaltungsrat der GZA AG erarbeiteten Neuausrichtung wurden Voraussetzungen geschaffen, um im internationalen Standortwettbewerb weiterhin bestehen zu können.

Öffentlicher Verkehr

Die Nachfrage im öffentlichen Verkehr ist auch im Berichtsjahr weiter angestiegen. Die Zahl der ZVV-Abonnentinnen und -Abonnenten (einschliesslich Z-Pass) stieg um rund 5000 oder 1,4% auf 365 000. An der Zürcher Stadtgrenze wurden im werktäglichen Durchschnitt 401 000 Fahrgäste gezählt (Vorjahr 395 000).

Nach dreijähriger Bauzeit konnte mit dem Fahrplanwechsel im Dezember des Berichtsjahres das neue Tram Zürich-West in Betrieb genommen werden. Sieben neue Haltestellen erschliessen das Gebiet entlang der rund drei Kilometer langen Strecke zwischen Escher-Wyss-Platz und Bahnhof Altstetten. Die neue Tramlinie verbindet die Bahnhöfe Hardbrücke und Altstetten und bietet bestmögliche Anschlüsse an die S-Bahn, an Buslinien sowie an einzelne Fernverkehrszüge.

Der Grossteil der Investitionsausgaben beim Verkehrsfonds ist auf das Projekt Durchmesserlinie zurückzuführen, das planmässig voranschreitet. Im Rahmen des weiteren Ausbaus der S-Bahn Zürich (4. Teilergänzung) wurden erste Auflage- und Bauprojekte beim Bund eingereicht und bewilligt.

Flughafen: Auf dem Weg zu mehr Rechtssicherheit

2010 fand die öffentliche Anhörung zu Kapitel 4.7.1 «Flughafen Zürich» des kantonalen Richtplans statt. Gestützt auf deren Ergebnisse, wurde eine neue Planvorlage ausgearbeitet und dem Kantonsrat am 30. März zur Beschlussfassung unterbreitet. Kernstück des neuen Teilrichtplans ist die sogenannte Abgrenzungslinie. Mit ihr wird das Gebiet, in dem die Fluglärmbelastungen den Immissionsgrenzwert überschreiten können, im Objektblatt Flughafen Zürich des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) und im Kapitel 4.7.1 des kantonalen Richtplans deckungsgleich und langfristig festgelegt. Nach Beschlussfassung durch den Kantonsrat wird der teilrevidierte Richtplan vom Bundesrat zu genehmigen sein. Dieser Beschluss soll gleichzeitig mit der Verabschiedung des SIL-Objektblatts Flughafen Zürich im Jahr 2012 erfolgen.

Bericht zum Zürcher Fluglärm-Index 2010

Der im Dezember des Berichtsjahres veröffentlichte Bericht zum Zürcher Fluglärm-Index (ZFI) 2010 hält fest, dass dieser bei 47 000 tagsüber stark belästigten bzw. nachts in ihrem Schlaf stark gestörten Personen (Richtwert) überschritten wurde: 2010 waren rund 50 800 Personen vom Fluglärm stark belästigt bzw. gestört (Monitoringwert). 95% dieser Personen wohnen im Kanton Zürich. Diese Zunahme ist in erster Linie auf die Zunahme an Flugbewegungen zurückzuführen, die 2010 im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs zu verzeichnen war. Am 7. Dezember hat der Regierungsrat eine Revision der ZFI-Verordnung verabschiedet. Sie umfasst Fördermassnahmen im Bereich der Wohnqualität in der Flughafenregion innerhalb der Abgrenzungslinie. Die Verordnung sieht die Förderung von raumplanerischen Massnahmen auf regionaler und kommunaler Ebene ebenso vor wie die Beratung von Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern und die finanzielle Förderung von hochwertigem Schallschutz.

Flughafen Zürich AG – Strategie-Controlling 2011

2008 legte der Regierungsrat die Eigentümerstrategie für die Beteiligung des Kantons an der Flughafen Zürich AG (FZAG) fest. Darin formulierte er Leitplanken und Erwartungen des Kantons Zürich an die Flughafenhalterin. Der Controllingbericht im Berichtsjahr gibt einerseits einen Überblick über den Stand und die Entwicklung des Geschäftsumfeldes, in dem sich die FZAG und die Swiss als deren Hauptkundin bewegen. Andererseits misst er die tatsächliche Entwicklung der einzelnen Bereiche mit den definierten Leitplanken und Erwartungen. Die vom Kanton formulierten Ziele wurden weitestgehend erreicht. Einzig im Bereich «Qualität» konnten nicht alle Vorgaben erfüllt werden. Es ist davon auszugehen, dass die Wahrnehmung der Qualität des Flughafens durch seine Benutzerinnen und Benutzer nach der Inbetriebnahme des neuen Dock B und der zentralen Sicherheitskontrolle wieder steigen wird.

Legislaturziele

Die Volkswirtschaftsdirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen (LZ RR) 7, 9 und 12 des Regierungsrates. Im Regierungsratssteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Standes der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung führt diese Ziele in verkürzter Form auf. Zusätzliche Legislaturziele hat die Volkswirtschaftsdirektion nicht.

Legislaturziel	1 Die Verkehrsinfrastruktur kann das Verkehrsaufkommen mit mindestens gleichbleibender Qualität und Zuverlässigkeit bewältigen (LZ RR 7).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 7 a–7 d des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Ein leistungsfähiges Verkehrsangebot schafft die Voraussetzung für eine dichte Nutzung in den Agglomerationen (LZ RR 9).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 9 a–9 e des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Der Wirtschaftsstandort Zürich ist auf ein qualitatives und diversifiziertes Wachstum ausgerichtet (LZ RR 12; gemeinsam mit BI).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 12 a, 12 b und 12 d des Regierungsrates

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	759,2	775,4	876,4	101,0
Aufwand	-1 006,9	-1 064,1	-1 069,3	-5,1
Kreditübertragungen aus 2010		-0,7		
Nachtragskredite		-20,0		
Saldo	-247,7	-288,8	-192,9	95,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen	19,0	28,9	163,3	134,4
Ausgaben	-232,2	-259,5	-193,1	66,4
Saldo	-213,2	-230,6	-29,8	200,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	726,6	795,9	693,7	-102,2

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 101 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +110,0 Strassenfonds: Gewinne aus der vierjährigen Neubewertung (74 Mio. Franken) sowie aus Verkäufen (36 Mio. Franken) von Liegenschaften im Finanzvermögen
- 16,0 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Tiefere Rückvergütung des Bundes aufgrund des geringeren Aufwands für den Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG)
- +6,2 Strassenfonds: Höherer Ertrag aus den kantonalen Verkehrsabgaben

Der Aufwand liegt um 5,1 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 62,3 Strassenfonds: Abwertungen von Liegenschaften im Finanzvermögen und Inventarbereinigungen aufgrund der vierjährigen Neubewertung
- +19,4 Finanzierung öffentlicher Verkehr: Geringerer Kantonsbeitrag an die Kostenunterdeckung des ZVV
- +16,1 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Aufgrund der wirtschaftlichen Erholung musste das AWA die budgetierten Kosten für den Vollzug AVIG nicht ausschöpfen.
- +16,3 Strassenfonds: Geringere Überträge an das Tiefbauamt (+15,2 Mio. Franken) und an das Amt für Verkehr (+1,1 Mio. Franken)
- +4,3 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Tiefere Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte (EG AVIG). Das AWA kann die Auslastung nicht beeinflussen, die Programmteilnehmenden werden von den Gemeinden zugewiesen.

Investitionsrechnung

Die Einnahmen liegen um 134,4 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +71,6 Verkehrsfonds: 2012 erwartete Bundeszahlungen an die Glattalbahn wurden bereits im Berichtsjahr geleistet.
- +67,4 Verkehrsfonds: Rückerstattung von Darlehen zur Vorfinanzierung der Durchmesserlinie aufgrund wesentlich höherer Bundesbeiträge sowie Darlehen der Nachbarkantone
- 8,3 Flughafenfonds: Weniger Entschädigungszahlungen im Rahmen der Lärmrechnung als geplant (die entsprechende Darlehensverminderung wird als Investitionseinnahme verbucht, vgl. Leistungsgruppe Nr. 5921)

Die Ausgaben liegen um 66,4 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +50,6 Verkehrsfonds: Tiefere Investitionsausgaben aufgrund höherer Bundesbeiträge vor allem für die Projekte Durchmesserlinie und Tram Zürich-West
- +10,9 Amt für Verkehr: Geringere Pauschalbeiträge an den Strassenbau der Städte und Gemeinden
- +4,2 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Geplante Auszahlungen von Wohnbaurdarlehen verzögern sich, da die Bauabrechnungen noch nicht vorliegen.

Personal

- 91,9 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Der Personalbestand im Vollzug AVIG wurde umsichtig der tatsächlichen Entwicklung der Anzahl Stellensuchenden angepasst. Diese verlief günstiger als prognostiziert.
- 8,0 Amt für Verkehr: Mehrere Vakanzten konnten im Berichtsjahr noch nicht besetzt werden.
- 2,3 Generalsekretariat: Dank organisatorischer Optimierungen mussten Abgänge nicht ersetzt werden.

Investitionen

Beim Verkehrsfonds wurde im Berichtsjahr die Mehrheit der Mittel für die Finanzierung der Durchmesserlinie (DML) aufgewendet. Aufgrund der früher als erwartet eingetroffenen Zahlungen des Bundes konnte ein Teil der bisher geleisteten Vorfinanzierung für die DML in ordentliche Beiträge umgewandelt werden. Auch beim Tram Zürich-West und bei der Glattalbahn trafen Zahlungen des Bundes früher ein als vorgesehen. Dadurch verminderten sich die ordentlichen Beiträge aus dem Verkehrsfonds. Beide Projekte sind über Bruttokredite finanziert, die noch zulässigen Ausgaben werden daher nicht ausgeschöpft werden. Für die 4. Teilergänzung der S-Bahn Zürich wurden erste Beiträge an Planungs- und Projektierungskosten geleistet. Die Investitionen für Staatsstrassen und die Netzfertigstellung der Nationalstrassen werden im Tiefbauamt ausgewiesen.

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2011	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Beiträge an Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	-104,3	-714,8	-459,4	-255,4
Vorfinanzierung Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	+26,4	-500,0	-220,6	-279,4
Beiträge an Stadtbahn Glattal	+70,9	-637,1	-329,0	-308,1
Beiträge an 3. Teilergänzungen	-	-85,5	-63,0	-22,5
Beiträge an Tram Zürich-West	-2,1	-102,4	-35,7	-66,7
Beiträge an 4. Teilergänzung	-2,8	-361,0	-2,8	-358,2
Rahmenkredit an die Anpassung verschiedener Haltestellen für Mobilitätsbehinderte	-1,0	-34,4	-2,8	-31,6
Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden für Strassenbauten	-28,6			
Wohnbaudarlehen	+4,3	*	*	*
Übrige Investitionen	+7,4			
Total	-29,8			

* Gemäss § 7 des Gesetzes über die Wohnbau- und Wohneigentumsförderung beträgt der Rahmenkredit für ausstehende Darlehen 180 Mio. Franken. Auf 31. Dezember sind rund 111 Mio. Franken Darlehen an verschiedene Empfänger ausstehend, weitere 16,2 Mio. Franken wurden für Wohnbaudarlehen zugesichert. Die Höhe der noch zulässigen Ausgaben verändert sich laufend aufgrund der gewährten Darlehen, der Amortisationen, der (freiwilligen) Rückzahlungen sowie der neuen Zusicherungen.

Leistungsgruppen

5000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Das Generalsekretariat unterstützte den Volkswirtschaftsdirektor kontinuierlich bei der Bearbeitung seiner vielfältigen Dossiers.

Die Informatik-Versorgung in der Volkswirtschaftsdirektion ist weiter standardisiert worden. Neu werden auch die rund 80 Arbeitsplätze der Arbeitslosenkasse des Kantons Zürich durch das Generalsekretariat betrieben, wodurch weitere Synergien entstehen.

Das Generalsekretariat unterstützte den Volkswirtschaftsdirektor bei der Erarbeitung einer Strategie zur Neuausrichtung der Greater Zurich Area. Der Beitrag des Kantons fokussierte unter anderem auf die klare Aufgabenteilung und die Abgrenzung zwischen den verschiedenen Akteuren in der Standortpflege und -förderung. Die vom Regierungsrat beantragten jährlichen Beiträge von 2,06 Mio. Franken bewilligte der Kantonsrat im November mit deutlichem Mehr.

Auf den 1. Juni konnte die zweite und letzte Phase des neuen Corporate Designs der Volkswirtschaftsdirektion umgesetzt werden. Seither erscheinen die Dokumente aller Organisationseinheiten der Direktion in neuem Design. Das Generalsekretariat beteiligte sich aktiv an der Pilotphase zum Einsatz von Social Media in der kantonalen Verwaltung.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Unterstützt und berät den Direktionsvorsteher und die Ämter.
A2	Plant, bearbeitet und kontrolliert die Geschäfte.
A3	Dienstleistungen und Support für die Ämter in den Bereichen Informatik, Personal, Kommunikation, Finanzen Et Controlling
A4	Europafachstelle

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Gesamtzufriedenheit mit der VD-Informatik (höchste Note 6) (A3)	min.	5,0	-	-	-
Leistungen						
L1	Anzahl von der VD erledigte Rekurse (A2)	P	33	30	65	35
L2	Anteil Rekurse, die innerhalb fünf Monaten erledigt sind (A2)	min.	85%	>60%	72%	-
L3	Anzahl zu betreuende PC-Arbeitsplätze (A3)	P	962	950	924	-26
L4	Projekte und Veranstaltungen (A4)	min.		5	7	2
L5	Arbeitsstunden Führungsunterstützung Direktionsvorsteher (A1)	P	17 966	17 500	16 493	-1 007
Wirtschaftlichkeit						
B1	Basisarbeitsplatzkosten (Informatik) (A3)	P	1 786	1 800	1 701	-99
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Kundschaftsbefragung findet alle zwei Jahre statt, das nächste Mal im Frühjahr 2012.					
L1	Dank temporärer Umteilung von Ressourcen konnten Pendenzen aufgearbeitet werden.					
L5	Abgänge wurden nicht ersetzt (vgl. unten, Abweichungsbegründung Personal).					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		bis
E1	Neuordnung des Verkehrsrechts Verzögert Die Revision des Strassengesetzes wurde vom Kantonsrat abgelehnt. Eine neue Vorlage ist in Vorbereitung.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,2	4,8	4,0	-0,8
Interne Informatik-Dienstleistungen	3,8	4,3	3,5	-0,8
Aufwand	-8,2	-9,0	-7,5	1,5
Saldo	-3,9	-4,3	-3,6	0,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1	0,0		0,0
Saldo	-0,1	0,0		0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	30,2	29,8	27,5	-2,3

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0,8 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- 0,8 Tiefere interne Verrechnung für Informatik-Dienstleistungen und -Infrastruktur (vgl. unten Aufwand)

Der Aufwand liegt um 1,5 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0,5 Tiefere Personalkosten (vgl. Abweichungsbegründung Personal)
- +0,8 Tiefere Kosten für interne Informatik-Dienstleistungen (Projekte, Nutzung) und -Infrastruktur
- +0,2 Weniger Dienstleistungen Dritter

Personal

Aufgaben, Arbeitsprozesse und Schnittstellen wurden weiter optimiert. Dadurch mussten mehrere Abgänge nicht ersetzt werden.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	98 025	-14 877	0	83 148	-14 877

5205 Amt für Verkehr

Hauptereignisse

Gesamtverkehr

Die Umsetzung der Infrastrukturprojekte im Rahmen der 1. Generation der Agglomerationsprogramme konnte zeitgerecht begonnen werden. Auf der Grundlage der mit dem Bund abgeschlossenen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen konnten Finanzierungsbeiträge in der Höhe von 61,5 Mio. Franken beim Bund abgerufen werden.

Die Agglomerationsprogramme der 2. Generation (Limmattal, Oberland, Winterthur und Umgebung, Zürich–Glattal) wurden ausgearbeitet und im Herbst öffentlich vorgestellt.

Für den Aufbau des kantonalen Gesamtverkehrscontrollings (GVC) wurden wichtige Arbeiten abgeschlossen.

Strassenverkehr

In Rahmen der strategischen Planung wurden Planungsstudien zur Evaluation von möglichen Umfahrungen für Embrach–Lufingen und Eglisau–Bülach–Glattfelden abgeschlossen und den Gemeinden zur Stellungnahme unterbreitet. Für das Strassennetz in Pfäffikon, für die Umfahrung Fällanden (einschliesslich flankierender Massnahmen) sowie für die Umfahrung des historischen «Stedtli» von Grüningen wurden Vertiefungsstudien durchgeführt, um zusammen mit den Gemeinden und weiteren Beteiligten zu bestmöglichen Lösungen zu gelangen. Bei der Strategie Strasse wurden die Pilotplanung für das Furttal und die Erfolgskontrolle für die Glattalbahn abgeschlossen. Das Amt für Verkehr wirkte aktiv in der Vorprojektierung der Limmattalbahn mit und erarbeitete dabei Lösungen zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Strassennetzes. Im Rahmen der Umsetzung der Regionalen Verkehrssteuerung wurden dem Tiefbauamt die prioritären Massnahmen zur Projektierung und Ausführung übergeben.

Am 1. Juli wurde die Regionale Leitzentrale für den Verkehrsraum Zürich (RL-VRZ) zusammen mit den Städten Zürich und Winterthur und nach Abschluss der entsprechenden Verträge mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) erfolgreich in Betrieb genommen. Der Kanton hat seine Interessen in Schlüsselvorhaben des Bundes mit Nachdruck gewahrt. Insbesondere bei der Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) der Glattalautobahn steht der Entscheid zur Bestvariante unmittelbar bevor. Auch bei den Projekten Ausbau Nordumfahrung Zürich und Einhausung Schwamendingen konnte der Kanton seine Interessen einbringen.

Das Amt für Verkehr hat dem Tiefbauamt rund 100 Staatsstrassenprojekte zur Umsetzung übergeben.

Luftverkehr

Die Ende Juli 2010 in Kraft getretene siebenstündige Nachtflugsperrung wurde von der Flughafen Zürich AG (FZAG) mit grosser Sorgfalt gehandhabt. Dazu beigetragen hat eine eigens hierfür ins Leben gerufene Steuerungsgruppe. Sie tritt jeden Tag zusammen, analysiert die sich abzeichnenden möglichen Verspätungen sowie deren Gründe und sucht nach Möglichkeiten, um Verspätungen so weit wie möglich zu vermeiden. Das Amt für Verkehr hat alle von der FZAG erteilten Ausnahmegewilligungen beurteilt und gestützt auf § 3 des Flughafengesetzes sechs Übertretungen der Sperrordnung beim Bundesamt für Zivilluftfahrt angezeigt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Umsetzung Gesamtverkehrskonzept und Gesamtverkehrsprozess sowie Anwendung Gesamtverkehrscontrolling Umsetzung des Gesamtverkehrscontrollings verzögert sich leicht, da inhaltliche Fragen noch nicht mit allen Akteuren abschliessend bereinigt sind.
A2	Betrieb eines Gesamtverkehrsmodells Weiterentwicklung ermöglicht vollständigen Betrieb einschliesslich Mittelfristprognosen.
A3	Umsetzung Eigentümerstrategie und kontinuierliche Überwachung der kantonalen Beteiligungen im Bereich Flughafen und Luftverkehr
A4	Wahrung der kantonalen Interessen im Bereich der strategischen Planung und Kontrolle im Bereich Luftverkehr
A5	Infrastrukturplanungen für Strassen, Radwege und strategische öV-Projekte
A6	Strategisches Verkehrsmanagement Projektaufträge der priorisierten Massnahmen der Regionalen Verkehrssteuerung (RVS) werden laufend an das Tiefbauamt erteilt. Die Wirkungskontrolle der RVS-Massnahmen erfolgt im Rahmen des Gesamtverkehrscontrollings.
A7	Baupolizei und Beitragswesen

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Interregionale Erreichbarkeit Kanton Zürich	P	148,0	147,5	n.a.	
W2	Interkontinentale Erreichbarkeit Kanton Zürich	P	112,5	111,5	n.a.	
W3	NO _x -Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	5 390	5 140	4 917	-223
W4	PM10-Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	619	618	644	26
W5	CO ₂ -Emissionen im Strassenverkehr (in kt)	P	2 079	2 078	1 814	-264
Leistungen						
L1	öV-Anteil am bimodalen Modalsplit (in %, Basis Anzahl Fahrten, provisorische Werte); A1, A2	P	31,6	31,0	32,4	1,4
L2	Anzahl überprüfte Flugwegabweichungen und Ausnahmegewilligungen Nachtflugsperrung; A4	min.	5 480	5 400	5 590	190
L3	Anzahl behandelte Geschäfte für Infrastrukturanlagen und Änderungen des Betriebsreglements; A4	P	543	400	544	144
L4	Anzahl interne Berichte zum Berichtswesen Beteiligungscontrolling; A3	min.	24	24	24	0
L5	Anzahl behandelte Geschäfte im Rahmen der Bauverfahrensverordnung (Baugesuche, UVP); A7	P	781	730	812	82
Abweichungsbegründungen						
W1, W2	BAK Basel berechnet die Indizes im Auftrag der Kantone Zürich, Basel-Stadt und Aargau alle zwei Jahre.					
L3	Im Zusammenhang mit dem Schengen-Projekt (Inbetriebnahme des neuen Dock B sowie des Sicherheitskontrollgebäudes) mussten mehr Bauvorhaben in kurzer Zeit umgesetzt werden.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben Planmässig Aktive Projektbegleitung bei den Projekten Ausbau Nordumfahrung Zürich, Kapazitätsausbau Winterthur, Einhausung Schwamendingen, Tram Zürich-West und Umbau Pfingstweidstrasse, Sanierung und Umgestaltung der A1 im Bereich Grünau	2011
E2	Aufbau eines Strategieprozesses Gesamtverkehr und eines umfassenden Gesamtverkehrscontrollings Verzögert Ziele und Indikatoren liegen im Entwurf vor. Umsetzung des Gesamtverkehrscontrollings verzögert sich leicht, da inhaltliche Fragen noch nicht mit allen Akteuren abschliessend bereinigt sind.	2011
E3	Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen Planmässig Die dringlichen Vorhaben aus dem Richtplan werden mit Zweckmässigkeitsbeurteilungen (ZMB) überprüft. Im Bereich der strategischen Netzentwicklung konnten für wichtige Planungsstudien wesentliche Meilensteine erreicht bzw. Abschlüsse durchgeführt werden.	2011
E4	Mitwirkung im Verfahren Sachplan Infrastruktur und Luftfahrt (SIL) sowie raumplanerische Vorsorge in der Flughafenregion Planmässig Steuerung exogen. Die Auswertung des Verfahrens der öffentlichen Anhörung/Mitwirkung ist erfolgt und das SIL-Objektblatt ist bereinigt. Die Massnahme «raumplanerische Vorsorge» wird zeitlich auf den SIL-Prozess abgestimmt.	2011
E5	Weiterentwicklung und Definition von langfristigen Optionen für die Verkehrsfinanzierung; Umsetzung in der Gesetzgebung (Strassengesetz u. a.) Sistiert Revision Strassengesetz wurde am 28. November des Berichtsjahres vom Kantonsrat abgelehnt.	2011
E6	Ausarbeitung eines Strategieberichtes Strassenverkehr und einer zugehörigen Finanzplanung für den Bereich der Strassen (Ablösung Bauprogramm Strassen) Verzögert Eine Teilstrategie Strassen liegt als Vorlauf für den Strategiebericht Strassen im Entwurf vor. Konfliktkarte Siedlung und Verkehr verzögert sich aus verfahrenstechnischen Gründen (öffentliche Ausschreibung anstatt ursprünglich vorgesehenem Einladungsverfahren). Aufgrund der sistierten Revision des Strassengesetzes muss die Ausrichtung neu beurteilt werden.	2011
E7	Interessenwahrung beim Bund zur Aufnahme der wichtigen Vorhaben im Nationalstrassennetz in den Netzbeschluss bzw. in die Programmbotschaft Engpassbeseitigung Planmässig Interessen des Kantons werden laufend eingebracht. Die Programmbotschaft Engpassbeseitigung wurde 2010 von den eidgenössischen Räten verabschiedet. Für die Vorlage Netzbeschluss (NEB) kann damit gerechnet werden, dass diese 2012 vom Bundesrat den eidgenössischen Räten überwiesen wird.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	129,9	134,0	132,2	-1,9
Übertrag aus Strassenfonds und Flughafenfonds	126,9	130,6	128,5	-2,1
Aufwand	-135,2	-138,7	-137,3	1,4
Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden	-86,3	-87,6	-89,5	-1,9
Abschreibungen	-18,3	-18,6	-18,7	-0,1
Saldo	-5,3	-4,7	-5,2	-0,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen	4,5	7,2	7,9	0,7
Ausgaben	-26,8	-42,0	-31,6	10,4
Investitionsbeiträge an Nationalstrassen		-1,0	-1,7	-0,7
Saldo	-22,4	-34,8	-23,8	11,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	45,6	54,1	46,1	-8,0

Erfolgsrechnung

Die Budgetüberschreitung von 0,5 Mio. Franken ist bedingt durch Mehraufwendungen (verrechnete Stunden, Drittaufträge) bzgl. Arbeiten für die Agglomerationsprogramme, die als Vorleistungen für die erwarteten Bundesbeiträge zu erbringen sind.

Der Ertrag liegt um 1,9 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

-2,2 Weniger Vergütungen aus dem Strassen- und Flughafenfonds, dank geringerer Aufwendungen im Strassen- und Flughafenbereich

Der Aufwand liegt um 1,4 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+1,5 Vakante Stellen

+1,4 Weniger Ausgaben für Drittaufträge in den Bereichen Strasse und Flughafen (über die entsprechenden Fonds finanziert); Mehrausgaben im Bereich Gesamtverkehr (Agglomerationsprogramme)

-1,9 Höhere Beitragszahlungen an den Strassenunterhalt für Städte und Gemeinden

Investitionsrechnung

Die Einnahmen liegen um 0,7 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+0,8 Erstmals erhaltene Bundesbeiträge für das Agglomerationsprogramm

Die Ausgaben sind 10,4 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+10,9 Weniger Beiträge an Strassenbauten der Städte und Gemeinden

Personal

Der Personalbestand liegt 8,0 Stellen unter dem Budget.

Ursachen:

- Neubesetzung von Stellen erfolgen im Einklang mit der Entwicklung des sich im Aufbau befindenden Amtes.
- Einzelne, im Berichtsjahr vorgesehene Stellenbesetzungen haben sich (z.T. mangels qualifizierter Bewerbungen) verzögert.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	234 235	-15 915	0	218 320	-15 915

5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr

Hauptereignisse

Diese Leistungsgruppe dient der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Der Aufwand setzt sich zusammen aus dem Beitrag des Kantons an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) und der Einlage in den Verkehrsfonds.

Die Geschäfte des Verkehrsfonds sind bei der Leistungsgruppe Nr. 5920 (Verkehrsfonds) beschrieben, diejenigen des ZVV in dessen Geschäftsbericht.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Beitrag an den ZVV: Siehe Leistungsgruppe Nr. 9300 «ZVV»
A2	Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr: Siehe Leistungsgruppe Nr. 5920 «Verkehrsfonds»

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen					
W1	Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»				
Leistungen					
L1	Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»				
Wirtschaftlichkeit					
B1	Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»				

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»
----	--

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand	-256,3	-272,4	-253,1	19,4
Beitrag an den ZVW (LG Nr. 9300)	-180,4	-195,3	-176,0	19,4
Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr	-81,1	-82,3	-82,3	0,0
Saldo	-256,3	-272,4	-253,1	19,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Über diese Leistungsgruppe wird die Finanzierung des ZVW und des Verkehrsfonds abgewickelt. Die materiellen Begründungen für die finanziellen Entwicklungen sind in den jeweiligen Leistungsgruppen ersichtlich.

5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Hauptereignisse

Der Bereich Arbeitsmarkt des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) führte die intensive Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern fort. Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) veranstalteten wiederum verschiedene erfolgreiche Arbeitgeberanlässe. Um künftige unternehmerische Herausforderungen und ihre Auswirkungen auf das Personalmanagement frühzeitig zu erkennen, bietet der Arbeitsmarkt den Arbeitgebern neu Zukunftsworkshops an. Die Dienstleistungen der RAV sollen so noch spezifischer auf die Bedürfnisse der Arbeitgeber ausgerichtet und Chancen für die Stellensuchenden gezielt genutzt werden. Der erste Zukunftsworkshop fand im November des Berichtsjahres statt. Künftig werden mehrere solcher Anlässe pro Jahr durchgeführt werden.

Die kantonale Standortförderung führte das Management der Branchencluster fort. Wenn sich Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette in Branchenschwerpunkten vernetzen, entstehen Chancen für Innovationen. Die Standortförderung bot durch verschiedene Veranstaltungen Plattformen für diese Vernetzung und dokumentierte anhand von Publikationen die Bedeutung und Entwicklung einzelner Branchen. Im Rahmen der Umsetzung des kantonalen Gesetzes zur administrativen Entlastung der Unternehmen erarbeitete die Koordinationsstelle für Unternehmensentlastung Richtlinien für die Regulierungsfolgebewertung (RFA), die im Januar 2012 in Kraft treten werden. Bereits konnte zu 15 solcher RFA Stellung bezogen werden. Im Weiteren wurden rund 60 Vorschläge zur administrativen Entlastung aus Bevölkerung und Wirtschaft entgegengenommen.

Im Rahmen der Flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit wurden 3451 Arbeitnehmende hinsichtlich Einhaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen kontrolliert. Dabei wurde bei rund 5,4% eine Unterbietung der üblichen Arbeits- und Lohnbedingungen festgestellt. Die überwiegende Mehrheit der in der Schweiz tätigen in- und ausländischen Arbeitgeber hält die Lohnstandards ein. Die 1594 ebenfalls durchgeführten Kontrollen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit konzentrierten sich auf die von der Tripartiten Kommission (TPK) vorgegeben Risikobranchen, in denen die Gefahr von Missbräuchen besonders gross erscheint. Das Lohnbuch mit allen orts-, berufs- und branchenüblichen Löhnen in der Schweiz erschien zum zweiten Mal. Das Nachschlagewerk erfreute sich starker Nachfrage.

Eine neue Publikation des AWA, das «Zürcher Wirtschaftsmonitoring», erschien erstmals. Darin wird künftig viermal jährlich die Entwicklung im Kanton Zürich, in der Schweiz und im Ausland analysiert. Es soll Wirtschaft und Politik einen raschen Überblick über die Wirtschaftsentwicklung geben.

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement im AWA wurde fortgeführt mit den Themen Ergonomie sowie Bewegung und Fitness. Alle Arbeitsplätze wurden hinsichtlich Ergonomie überprüft und die Mitarbeitenden geschult. Eine Schrittzähleraktion wurde durchgeführt, und die verschiedenen Abteilungen konnten Vorschläge für Aktionen zum Thema Bewegung am Arbeitsplatz einbringen. Die verschiedenen Massnahmen werden jeweils evaluiert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kanton Zürich bzw. des Wirtschaftsraumes Zürich
A2	Arbeitnehmerschutz (Vollzug Arbeitsgesetz und Unfallversicherungsgesetz)
A3	Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG)
A4	Förderung des Wohnungsbaus für Personen mit geringem Einkommen
A5	Fairer Wettbewerb (Vollzug Entsendegesetz und Schwarzarbeitsgesetz)

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Ansiedlung von Unternehmen: kurzfristig neue Arbeitsplätze im Kanton ZH (A1)	min.	352	350	300	-50
W2	Von neu angesiedelten Firmen längerfristig zusätzlich geplante Arbeitsplätze (A1)	min.	256	350	571	221
W3	Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung 2006–2009 mit dem SECO (A3)	min.	103	100	100	0
Leistungen						
L1	Ansiedlung von Unternehmen: Anzahl Ansiedlungsprojekte (A1)	min.	19	15–20	29	9
L2	Anzahl Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen (A1)	P	14 503	11 900	14 537	2 637
L3	Anzahl Meldeverfahren von EU/EFTA-Bürger/innen (A1)	P	56 316	50 000	71 479	21 479
L4	Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG) (A2)	min.	1 458	1 200	1 457	257
L5	Anzahl eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel) (A3)	P	34 958	40 000–45 000	28 508	-11 492
L6	Anzahl neu unterstützte Mietwohnungen (Zusicherungen) (A4)	P	108	200	57	-143
L7	Anzahl Kontrollen Flankierende Massnahmen (FlaM) (A5)	min.	2 627	2 255	1 902	-353
L8	Anzahl Kontrollen Schwarzarbeit (BGSA) (A5)	min.	1 824	1 500	1 594	94
Wirtschaftlichkeit						
B1	Wirtschaftliche Betriebsführung, sodass der Kanton durch den AVIG-Vollzug finanziell nicht belastet wird: vollständige Kostenvergütung durch den Bund (Ausnahme: Kantonsbeteiligung nach Art. 92 Abs. 7 ^{bis} , Art. 59d bzw. Art. 27 Abs. 5 AVIG) (A3)	min.	99,7%	99,8%	99,9%	
Abweichungsbegründungen						
W1	Angaben gemäss Businessplan der Unternehmungen. Ausgewiesen werden Ansiedlungsprojekte mit Entscheid der Unternehmung für einen Standort im Kanton Zürich, bei denen die kantonale Standortförderung Beratung und Unterstützung mit grösserem Aufwand bot.					
W2	vgl. W1					
W3	100 = Schweizer Durchschnitt, die aktuellste und endgültige Berechnung bezieht sich auf den Zeitraum Januar bis Dezember 2010.					
L2	Der geplante Rückgang der Arbeitsbewilligungen für Arbeitnehmende aus EU-8-Ländern wurde durch erteilte Arbeitsbewilligungen an Drittstaatsangehörige mehr als kompensiert.					
L3	Starke Zunahme des Meldeverfahrens infolge Erweiterung der Personenfreizügigkeit: Bewilligungspflicht für Arbeitnehmende aus Ländern der EU-Erweiterung (EU8, ohne Rumänien und Bulgarien) entfiel auf den 1. Mai.					
L4	Effizienterer Einsatz der personellen Ressourcen					
L5	Die Planungsangaben stützen sich auf die zum Planungszeitpunkt gegenwärtigen Prognosen der Expertengruppe des Bundes, der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF), anderer Institute und eigener Einschätzung.					
L6	Das AWA hat keinen direkten Einfluss auf die Anzahl der zu subventionierenden Wohnungen. Diese hängt von den von gemeinnützigen Bauträgern bei den Gemeinden eingereichten Gesuchen ab. Derzeit sind 51 zu subventionierende Wohnungen in Bearbeitung, bei der Stadt Zürich sind weitere 332 ausstehend.					
L7	Die geplante Anzahl Kontrollen beruhte auf der Vorgabe des SECO 2010. In der Leistungsvereinbarung 2011–2012 mit dem SECO wurden jährlich 1850 Kontrollen vereinbart.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (iiz) stärken und ausweiten Planmässig Etablieren der Geschäftsstelle iiz, Konzept zum Fall- und Qualitätsmanagement erarbeitet	2015
E2	Arbeitsmarktaufsicht festigen (Flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und Bekämpfung der Schwarzarbeit) Planmässig Die mit dem SECO vereinbarte Anzahl Kontrollen wurde erreicht.	2015
E3	Clusterentwicklung in wichtigen und zukunftssträchtigen Branchen Planmässig 2. clusterübergreifender Dialog in Zusammenarbeit mit dem Think Tank W.I.R.E. hat stattgefunden.	2011
E4	Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren Planmässig Der Kredit für die überregionale Standortmarketingorganisation Greater Zurich Area wurde für 2012–2015 bewilligt.	2011
E5	Führung der Marke Zürich beanspruchen Planmässig Die neue Marke «World Class. Swiss Made» wurde im Juli präsentiert und zur Eintragung ins Markenregister angemeldet.	2011
E6	Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken Planmässig Anlass «Bedeutung der Versicherungen für den Finanzplatz Zürich», Arbeit an 2. Studie zum Finanzplatz (erscheint im Januar 2012)	2011
E7	Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern Planmässig Verschiedene Delegationen wurden betreut und die Zusammenarbeit mit regionalen Standortförderungen intensiviert.	2011
E8	Neuansiedlung von juristischen und natürlichen Personen in den Kanton Zürich unterstützen Planmässig Sowohl die Zahl der Ansiedlungen wie die daraus resultierenden Arbeitsplätze haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	94,3	107,8	92,9	-15,0
Vollzug AVIG	82,6	96,3	80,3	-16,0
Aufwand	-132,1	-154,5	-132,6	22,0
Vollzug AVIG, ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-82,8	-96,5	-80,4	16,1
Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-23,2	-25,5	-25,2	0,3
Kreditübertragungen aus 2010		-0,7		
Saldo	-37,8	-46,7	-39,7	7,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	10,4	10,8	11,4	0,6
Ausgaben	-2,8	-12,5	-7,1	5,4
Saldo	7,6	-1,7	4,3	6,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	650,8	712,0	620,1	-91,9

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 15 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

-16,0 Tiefere Rückvergütung des SECO aufgrund des geringeren Aufwandes im Vollzug AVIG (Personal-, Sach- und übriger Aufwand, saldoneutral)

+1,4 Höhere Gebühreneinnahmen als budgetiert (vgl. auch Indikator L2)

Der Aufwand liegt um 22 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+16,1 Der budgetierte Stellenplan im Vollzug AVIG wurde im Jahresdurchschnitt um rund 92 Vollzeitstellen nicht ausgeschöpft (siehe Abweichung Personal), gleichermassen wurden u. a. Sachkosten im Vollzug AVIG nicht voll benötigt (beides saldoneutral).

+4,3 Tiefere Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme (EG AVIG) für Ausgesteuerte. Das AWA kann die Auslastung nicht beeinflussen, die Gemeinden weisen die ausgesteuerten Personen zu.

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- +1,8 Freiwillige Amortisationen von Wohnbaudarlehen (nicht planbar)
- 1,2 Rückvergütung Umbau und Mobiliaranschaffungen in verschiedenen RAV (saldoneutral)

Ausgaben:

- +4,2 Geplante Auszahlungen von Wohnbaudarlehen verzögern sich, weil die Bauabrechnungen noch nicht vorliegen
- +1,2 Umbau und Mobiliaranschaffungen in verschiedenen RAV (saldoneutral)

Personal

- 91,9 Im Vollzug AVIG (saldoneutral) wurde der Personalbestand umsichtig an die tatsächliche Entwicklung der Anzahl Stellensuchenden angepasst. Diese verlief günstiger als prognostiziert (vgl. L5).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 939 625	-74 512	+100 000	1 965 113	+ 25 488

Auflösung von Rücklagen 2011: Fr. 74 512

Bildung von Rücklagen 2011: Fr. 100 000

Mit der fast gleichen Anzahl Mitarbeitenden wurden bedeutend mehr kostenpflichtige Geschäfte erledigt (Sanktionen Meldeverfahren, Verwaltungsbussen Lohnunterbietungen Paritätische Kommissionen, Verkäufe Lohnbuch usw.).

5920 Verkehrsfonds

Hauptereignisse

Die Bauarbeiten an der Durchmesserlinie (DML) sind weiterhin auf Kurs. Mitte 2014 soll der Bahnhof Löwenstrasse in Betrieb genommen werden, Ende 2015 der Anschluss in Richtung Altstetten. Im Berichtsjahr konnten die notwendigen Auflagen für den Erhalt der rechtskräftigen Plangenehmigung für den Ausbau des Bahnhofs Oerlikon mit dem 7. und 8. Gleis erfüllt und erste Bauvorbereitungen aufgenommen werden. Mit Abschluss der Zusatzvereinbarung mit dem Bund über den zweiten Teil des Bundesbeitrags für die dem Agglomerationsverkehr zurechenbaren Kosten der DML konnte ein weiterer Teil der Finanzierung sichergestellt werden. Ebenfalls im Berichtsjahr hat ein Teil der Nachbarkantone des Kantons Zürich einen Beitrag an die Vorfinanzierungskosten der Durchmesserlinie geleistet. Die ausstehenden Kantone leisten ihren Beitrag im Verlauf des 1. Quartals 2012.

Aus dem Rahmenkredit für den weiteren Ausbau der S-Bahn Zürich (4. Teilergänzung) hat der Regierungsrat im April einen Objektkredit über 160 Mio. Franken freigegeben. Im Rahmen der daraus erfolgten Finanzierungsvereinbarung wurden bereits erste Auflageprojekte beim Bund eingereicht und bewilligt. Die Bauarbeiten sollen ab 2012 ausgeführt werden, die neuen Angebote werden etappenweise (2014, 2015 und 2018) in Betrieb gehen.

Mit der Inbetriebnahme des Trams Zürich-West auf den Fahrplanwechsel im Dezember des Berichtsjahres, wurde das vom Zürcher Stimmvolk 2007 bewilligte Projekt abgeschlossen. Die neue Tramlinie verhilft dem kantonalen Entwicklungsgebiet Zürich West zu einer hochwertigen Erschliessung und bietet zudem optimale Möglichkeiten, bei den Bahnhöfen Altstetten und Hardbrücke zur S-Bahn oder zum Fernverkehr umzusteigen. Mit der plangemässen Eingabe des Auflageprojekts für die Tramverbindung Hardbrücke beim Bundesamt für Verkehr konnte ein nächster Schritt in der städtischen Tramnetzentwicklung eingeleitet werden.

Das Vorprojekt für die Limmattalbahn wurde im Berichtsjahr im Auftrag der Kantone Aargau und Zürich erarbeitet. Der Regierungsrat bewilligte im Juni den kantonalen Anteil von 19 Mio. Franken am Projektierungskredit für 2012–2016.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Fonds mit reiner Finanzierungsfunktion auf Grundlage von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr); Übertrag von Mitteln aus Laufender Rechnung der Leistungsgruppe öffentlicher Verkehr (Nr. 5210)
----	---

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Die Investitionsbeiträge dienen dem Ausbau und der Verbesserung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich.					
Leistungen						
L1	Beiträge an Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	P	-154,6	-167,8	-77,9	89,9
L2	Beiträge an die Umsetzung Behindertengesetz	P	-1,2	-6,0	-1,0	5,0
L3	Beiträge an Stadtbahn Glattal	P	-31,9	-4,1	70,9	75,0
L4	Beiträge an Privatbahnen und Busunternehmungen	P	-2,1	-2,7	-2,2	0,5
L5	Beiträge an Tram Zürich-West	P	-11,4	-20,2	-2,1	18,1
L6	Beiträge an Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe	P	-1,1	-0,3	-0,2	0,1
L7	Beiträge an 4. Teilergänzung SBB	P	-	-3,9	-2,8	1,1
L8	Beiträge an die Limmattalbahn	P	-	-	-	-
L9	Rückzahlungen Rollmaterialdarlehen	P	0,9	0,9	3,3	2,4
Wirtschaftlichkeit						
B1	Die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Investitionsprojekte wird jeweils im Rahmen der Verpflichtungskreditvorlagen geprüft.					
Abweichungsbegründungen						
L1	Höhere Beiträge des Bundes sowie die Beteiligung der Nachbarkantone an der Vorfinanzierung der Durchmesserlinie haben den Netto-Finanzierungsbedarf durch den Kanton Zürich im Berichtsjahr vermindert.					
L2	Diverse Projekte zur Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes bei der Forchbahn, der Schweizerischen Südostbahn und den Verkehrsbetrieben Zürich haben sich verzögert.					
L3	Im Umfang von 71,6 Mio. Franken leistete der Bund Zahlungen aus dem Infrastrukturfonds zugunsten der Glattalbahn, die eigentlich erst für 2012 geplant waren.					
L5	Dank höherer Zahlungen aus dem Infrastrukturfonds des Bundes verminderte sich der ordentliche Beitrag für das Tram Zürich-West um 11 Mio. Franken und es musste keine Bevorschussung geleistet werden (budgetiert: 7,1 Mio. Franken).					
L7	Im Berichtsjahr fielen tiefere Planungskosten für die 4. Teilergänzung der S-Bahn Zürich an als budgetiert.					
L8	Die Beiträge an die Limmattalbahn sind erst ab 2012 geplant.					
L9	Die frühzeitige Rückerstattung eines Rollmaterialdarlehens führt zu erhöhten Rückzahlungen.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	105,7	107,4	107,5	0,1
Zinserträge	24,6	25,1	25,2	0,1
Übertrag Erfolgsrechnung (LG Nr. 5210)	81,1	82,3	82,3	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-105,7	-107,4	-107,5	-0,1
Zinsaufwände	-35,1	-41,7	-38,8	2,9
Abschreibungen	-51,5	-46,4	-53,1	-6,7
Einlagen in Bestandeskonto	-19,1	-19,4	-15,7	3,7
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,9	0,9	142,3	141,4
Ausgaben	-202,5	-205,0	-154,4	50,6
Saldo	-201,6	-204,1	-12,1	192,0
Fondsbestand				
Fondsbestand	838,7	858,0	854,3	-3,7

Erfolgsrechnung

- +2,9 Durch die deutlich tieferen Nettoinvestitionen ergeben sich weniger Passivzinsen auf dem Verwaltungsvermögen.
- 6,7 Entgegen der ursprünglichen Planung wurde die 3. Etappe der Glattalbahn bereits auf den 1. Januar des Berichtsjahres aktiviert und konnte seither abgeschrieben werden (geplant 1. Januar 2012). Die sich daraus ergebenden zusätzlichen Abschreibungskosten (etwa 7 Mio. Franken) schlagen daher bereits im Rechnungsjahr zu Buche.
- +3,7 Durch den gestiegenen Nettoaufwand verringert sich die Einlage in den Fondsbestand entsprechend.

Investitionsrechnung

- +141,4 Aufgrund höherer Beiträge des Bundes sowie gewährter Darlehen der Nachbarkantone an die SBB für die Durchmesserlinie (DML) konnten Darlehen für das Projekt im Umfang von 67,4 Mio. Franken an den Fonds zurückerstattet werden. Weiter hat der Bund für 2012 geplante Zahlungen für die 3. Etappe der Glattalbahn bereits im Berichtsjahr geleistet (71,6 Mio. Franken).
- +50,6 Die tieferen Brutto-Investitionsausgaben sind grösstenteils auf die höheren Bundesbeiträge zurückzuführen. Bei der DML mussten dadurch weniger Darlehen gewährt werden als geplant (22,3 Mio. Franken), beim Tram Zürich-West fiel die Bevorschussung ganz weg und der ordentliche Beitrag fiel tiefer aus (18,1 Mio. Franken) und die budgetierten Beiträge für die Glattalbahn entfielen fast gänzlich (3,3 Mio. Franken). Verzögerungen bei der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes führten zu weiteren Minderausgaben (5 Mio. Franken).

Details zu einzelnen Bauvorhaben können der Tabelle «Indikatoren» entnommen werden.

Fondsbestand

- 3,7 Aufgrund der geringeren Einlage in das Bestandeskonto ist der Fondsbestand tiefer als budgetiert.

5921 Flughafenfonds

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr wurden Entschädigungszahlungen wegen übermässigen Fluglärms (formelle Enteignung) von 1,7 Mio. Franken ausgerichtet. Demgegenüber sind der Lärmrechnung insgesamt 18,8 Mio. Franken an Lärmgebühren aus dem Airport Zurich Noise Fund (AZNF) und andererseits 2,4 Mio. Franken an Vermögenserträgen aus der Lärmrechnung zugeflossen. Damit erhöht sich der Bestand der Lärmrechnung auf Ende des Berichtsjahres auf 203,3 Mio. Franken. Unter Berücksichtigung der neusten Gerichtsentscheide kann aus heutiger Sicht die Wahrscheinlichkeit einer tatsächlichen Vorfinanzierung von Fluglärmerschädigungszahlungen durch den Kanton als gering beurteilt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	<p>Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich Luftverkehr gemäss Flughafenfondsgesetz.</p> <p>Als eigener Buchungskreis wird im Flughafenfonds seit 2008 die Lärmrechnung geführt. Über diese werden die vor der Flughafenprivatisierung im Juni 2001 entstandenen Lärmverbindlichkeiten beglichen. Die Entschädigungszahlungen werden mit Gebührenanteilen aus dem AZNF-Fonds der Flughafen Zürich AG (FZAG) finanziert. Die Lärmrechnung hat keinen Einfluss auf den Saldo der Erfolgsrechnung des Flughafenfonds. Für die Lärmverbindlichkeiten des Kantons wurde 2008 im Verwaltungsvermögen ein Darlehen (Regressforderung gegenüber der FZAG) gebildet.</p> <p>Die Entschädigungszahlungen reduzieren dieses und führen zu entsprechenden Investitionseinnahmen, die in der finanziellen Entwicklung des Flughafenfonds aufgezeigt werden. Mit der Verbuchung der Darlehensänderung beim Rechnungsabschluss wird auch die Investitionsrechnung ausgeglichen.</p>
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	14,3	14,0	14,3	0,2
Zinsertrag	11,4	11,7	11,7	0,0
Aufwand	-5,0	-5,6	-4,7	0,9
Übertrag an Amt für Verkehr (AFV)	-2,2	-3,1	-2,1	1,1
Saldo	9,3	8,4	9,6	1,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	3,2	10,0	1,7	-8,3
Ausgaben				
Saldo	3,2	10,0	1,7	-8,3
Fondsbestand				
Fondsbestand	390,6	399,1	400,2	1,2

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0,2 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- Höhere Erträge aus Wertschriftenanlagen der Lärmrechnung

Der Aufwand liegt um 0,9 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- Geringere Vergütung an das Amt für Verkehr für nach Flughafenfondsgesetz verrechenbare Leistungen

Investitionsrechnung

Die Einnahmen sind um 8,3 Mio. Franken unter dem Budget.

Ursache:

- Entschädigungszahlungen im Rahmen der Lärmrechnung fielen tiefer als geplant aus.

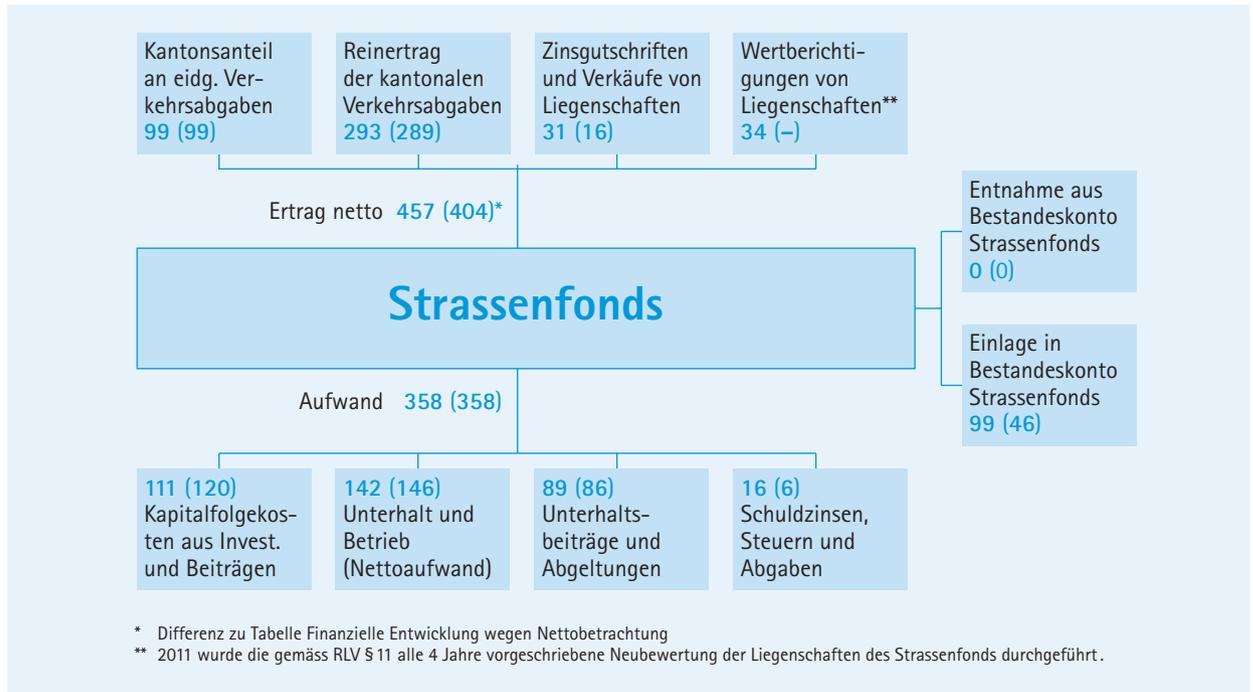
Fondsbestand

Dank weniger verrechnetem Aufwand erhöht sich der Fondsbestand gegenüber dem Budget um 1,2 Mio. Franken oder 0,3%.

5925 Strassenfonds

Hauptereignisse

Strassenfinanzierung 2011: Beträge in Mio. Franken
(in Klammern Vorjahreswerte)



Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

- A1 Ausweis über die Verwendung der jährlich verfügbaren eidgenössischen und kantonalen Verkehrsabgaben sowie Buchgewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens (Liegenschaften Strassenfonds). Finanzierung der Nettoaufwendungen von Tiefbauamt (TBA, LG Nr. 8400) sowie strassenbezogenem Teil des Amtes für Verkehr (AFV, LG Nr. 5205), allfälliger Zinsen für Vorschüsse aus der Staatskasse und möglicher Buchverluste.

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	410,7	407,3	525,6	118,3
Buchgewinne (Liegenschaften)	2,7	2,2	112,2	110,0
Ertrag Treibstoffzoll	41,8	41,6	39,7	-1,9
Ertrag LSVA	57,3	55,0	59,1	4,1
Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus LG Nr. 3200 StVA	294,9	293,1	299,3	6,2
Aufwand	-364,4	-376,4	-426,6	-50,2
Vergütung an Amtsstellen	-6,2	-6,2	-6,3	-0,1
Übertrag an Tiefbauamt		-209,5	-214,4	-4,8
Nachtragskredite (zusätzlicher Übertrag an Tiefbauamt)		-20,0		
Übertrag an Amt für Verkehr		-127,5	-126,4	1,1
Übertrag an Kantonspolizei		-3,7	-3,7	0,0
Saldo	46,3	30,9	99,0	68,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	512,4	563,2	611,4	48,1

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 118,3 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +110 Neubewertung (Aufwertungen) von Liegenschaften (74) und umgesetzte Gewinne aus Verkäufen von Liegenschaften (36)
- +6,2 Höherer Ertrag aus Verkehrsabgaben
- +4,1 Höhere Bundesanteile an der LSVA
- 1,9 Geringere Bundesanteile an Mineralölsteuern

Der Aufwand liegt um 50,1 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +16,3 Geringere Überträge an TBA (+15,2) und AFV (+1,1)
- 62,3 Neubewertung (Abwertungen) von Liegenschaften (-42), Inventarbereinigungen (-19,6) und realisierte Verluste aus Verkäufen von Liegenschaften (-0,7)
- 3,6 Höhere Grundstückgewinnsteuern aus Verkäufen von Liegenschaften im Finanzvermögen

Fondsbestand

Dank höheren Ertragsüberschusses erhöht sich der Fondsbestand gegenüber dem Budget um 48,1 Mio. Franken oder 8,6%.



Herliberg: Kirche Wetzwil



Weiningen: Dorfbrunnen



Hinwil: Luftaufnahme des Ortszentrums

Gesundheitsdirektion

Hochspezialisierte Medizin: Förderung der Protonentherapie

Der Regierungsrat will mit seiner Gesamtstrategie zur hochspezialisierten Medizin (HSM) den Wissens- und Forschungsstandort Zürich stärken und die Schnittstelle zwischen Forschung und klinischer Dienstleistung in zukunftssträchtigen Schwerpunktbereichen gezielt fördern. Ein Schwerpunkt innerhalb der 2009 verabschiedeten kantonalen Strategie zur HSM ist die Onkologie. Unter den verschiedenen Behandlungsmöglichkeiten in der Krebstherapie gibt vor allem die Protonenstrahlentherapie zu grossen Erwartungen und Hoffnungen Anlass. Sie ist ein Teilgebiet der HSM und weist gegenüber konventionellen Methoden wesentliche medizinische Vorteile auf. Allerdings sind die Zweckmässigkeit und die wirtschaftliche Vertretbarkeit der Protonenbehandlungen erst bei wenigen Tumorbefunden wissenschaftlich gesichert. Das soll sich ändern.

In einem Projekt hatte die Gesundheitsdirektion die Planung und Erstellung einer eigenen Protonentherapieanlage im Kanton evaluiert. Unter anderem wären dazu Investitionen in der Höhe von über 200 Mio. Franken notwendig geworden. Es erschien daher als der sinnvollere und auch kostengünstigere Weg, mit dem bereits in der Protonentherapie tätigen und international führenden Paul Scherrer Institut (PSI) in Villigen AG zusammenzuarbeiten. Mit einem von der Gesundheitsdirektion zulasten des Lotteriefonds beantragten und vom Kantonsrat im Dezember des Berichtsjahres bewilligten Förderbeitrag in der Höhe von 20 Mio. Franken wird am PSI ein zusätzlicher Behandlungsplatz (Gantry) erstellt, der dem Universitätsspital Zürich (USZ) und der Universität Zürich (UZH) vorab für klinische Forschung und zur Prüfung neuer Indikationen zur Verfügung stehen wird.

Die Kooperation mit dem PSI trägt auch in idealer Weise dem interkantonalen Konkordat über die hochspezialisierte Medizin (IVHSM) Rechnung, dessen Beschlussorgan die Zuteilungsentscheide zur Koordination und Konzentration der HSM fällt. Die Protonentherapie wurde dabei ausschliesslich dem PSI zugewiesen und mit der Auflage verbunden, dass die Zusammenarbeit des PSI mit den Universitäten verstärkt werde. Der vom Kanton Zürich eingeschlagene Weg verfolgt damit eine Ideallinie und ermöglicht eine wirkungsvolle Verbindung zwischen medizinischer Forschung und der klinischen Praxis.

Revision des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG)

Im März 2010 hat das Bundesparlament das Verfahren zur Übernahme von Verlustscheinen bei unbezahlten Prämien in der obligatorischen Krankenversicherung neu geregelt: Die Prämienverbilligung wird künftig nach einem einheitlichen, technisch standardisierten Verfahren direkt an die Krankenversicherer ausbezahlt. Diese Änderung ist am 1. Januar 2012 in Kraft getreten. Im Hinblick darauf waren Anpassungen im kantonalen Ausführungsrecht nötig. Der Regierungsrat hat die entsprechende Vorlage im Dezember des Berichtsjahres zuhanden des Kantonsrates verabschiedet; sie ist im ersten Halbjahr 2012 zur Beratung im Kantonsrat vorgesehen.

Bisher hat der Kanton unbezahlte Prämienforderungen, für die ein Verlustschein vorlag, vollumfänglich übernommen. Neu trägt der Kanton nur noch 85%, aber nicht mehr bloss der unbezahlten Prämien, sondern auch der Kostenbeteiligungen. Die restlichen 15% gehen zulasten der Krankenversicherer. Zugleich werden die Zürcher Gemeinden von der administrativen Abwicklung der Übernahme der Verlustscheine entlastet. Die Revision des EG KVG wurde vom Regierungsrat gleichzeitig dazu genutzt, für die Berechnung der Prämienverbilligung gegenwärtigere Einkommens- und Vermögensverhältnisse als bisher beizuziehen. Massgebend ist zwar grundsätzlich nach wie vor die jüngste endgültige Steuereinschätzung, allerdings wird der Stichtag vom 1. Januar auf den 1. April des Vorjahres des Auszahlungsjahres vorverschoben.

Die Bundesgesetzgebung würde es den Kantonen zudem ab dem 1. Januar 2012 erlauben, versicherte Personen, die ihrer Prämienzahlungspflicht trotz Betreuung nicht nachkommen, auf einer Liste zu erfassen. Meldet der Kanton diese Versicherten den zuständigen Krankenkassen, können diese für die betroffenen Versicherten die Übernahme der Kosten für Leistungen aufschieben – mit Ausnahme der Notfallbehandlungen. Nach sorgfältigem Abwägen der Vor- und Nachteile hat der Regierungsrat darauf verzichtet, eine solche Liste mit säumigen Prämienzahlerinnen und -zahlern einzuführen. Einerseits erscheint eine staatliche Überwachung der Zahlungsmoral der Bürgerinnen und Bürger als fragwürdig. Andererseits soll den Leistungserbringern (Spitäler/Ärzte) nicht die Beurteilung zugemutet werden, ob sie eine Patientin oder einen Patienten im Rahmen einer medizinischen Notversorgung behandeln, die von der Krankenkasse bezahlt wird, oder ob die vorgenommenen medizinischen Versorgungsmassnahmen dem Leistungsaufschub unterliegen.

Spitalfinanzierung: Umwandlung der bisherigen Investitionsbeiträge in Darlehen

Ab dem 1. Januar 2012 umfassen die Pauschalen zur Abgeltung der stationären Spitalbehandlungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung neu auch einen Investitionsanteil. Er deckt die Kosten der Anlagenutzung der Spitäler. Das heisst, die Spitäler müssen künftig ihre Investitionen grundsätzlich aus den laufenden Erträgen decken. Bisher sind diese Investitionen über Staatsbeitragsleistungen des Kantons in Form von Objektkrediten finanziert worden. Diese Investitionsbeiträge hatten am 1. Januar 2012 noch einen Restbuchwert von insgesamt rund 800 Mio. Franken. Mit dem Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG), das der Kantonsrat im Mai des Berichtsjahres verabschiedet hat und das am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, um diese Staatsbeiträge zum Restbuchwert in zins- und amortisierungspflichtige Darlehen der Spitäler umzuwandeln. Das ist nötig, damit über den Kantonsanteil an den Fallpauschalen die noch vor Januar 2012 geleisteten Investitionsbeiträge nicht ein zweites Mal finanziert werden. Gestützt auf das SPFG hat der Regierungsrat daher am 5. Oktober die Verordnung über die Umwandlung von Investitionsbeiträgen an Spitäler (InUV) beschlossen, die ebenfalls am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist.

Die InUV regelt das Umwandlungsverfahren sowie die Verzinsung, Amortisation und Sicherung der Darlehen. Für die Ermittlung der Restbuchwerte kommt ein branchenüblicher Standard im Spitalbereich zur Anwendung. Die in Darlehen umgewandelten früheren Investitionsbeiträge sind im Jahr 2012 zum Zinssatz von 3% zu verzinsen. Dieser Zinssatz beruht auf den Kosten des Kantons für langfristiges Fremdkapital und gewährleistet aus Sicht des Kantons einen kostendeckenden Zins. Eine vorzeitige Rückzahlung von Darlehen ist möglich. Werden die Anlagen bzw. Grundstücke verkauft oder verzichtet ein Spital freiwillig auf einen Leistungsauftrag oder wesentliche Teile davon, so ist der entsprechende Teil des Darlehens vorzeitig zurückzuzahlen. Dasselbe gilt im Grundsatz, wenn ein Leistungsauftrag oder wesentliche Teile davon entzogen werden.

Der Kanton hat ausserdem die Möglichkeit, von Schuldnern, deren Bonität fraglich erscheint oder die mit der Zahlung von Zinsen oder Amortisationsraten in Verzug geraten sollten, eine Sicherung zu verlangen. Auf eine allgemeine Sicherstellung der Darlehen mittels einer Grundpfandsicherung im bestmöglichen Rang wird jedoch verzichtet, da den Spitälern die Aufnahme von Fremdkapital nicht erschwert werden soll.

Legislaturziele

Die Gesundheitsdirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzilen (LZ RR) 2, 3, 4, 5, 14 und 15 des Regierungsrates. Im Regierungsratsratsteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Standes der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung führt diese Ziele in verkürzter Form auf. Zusätzliche Legislaturzile hat die Gesundheitsdirektion nicht.

Legislaturzil	1 Lehre und Forschung sind im nationalen und internationalen Vergleich gestärkt (LZ RR 2; gemeinsam mit BI).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturzile 2 b und 2 c des Regierungsrates
Legislaturzil	2 Die Anzahl Ausbildungsplätze und Bildungsabschlüsse ist erhöht (LZ RR 3; gemeinsam mit BI).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturzile 3 f und 3 g des Regierungsrates
Legislaturzil	3 Die Leistungen des Gesundheitswesens sind kundenfreundlich, effektiv, effizient und transparent (LZ RR 4).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturzile 4 a–4 d des Regierungsrates
Legislaturzil	4 Die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich ist unter den sich ändernden bundesrechtlichen Rahmenbedingungen sichergestellt (LZ RR 5).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturzile 5 a–5 h des Regierungsrates
Legislaturzil	5 Allianzen und Themenführerschaft sind in wichtigen Politikbereichen auf interkantonaler und Bundesebene ausgebaut (LZ RR 14; gemeinsam mit SK und FD).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturzil 14 a des Regierungsrates
Legislaturzil	6 Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug ist sichergestellt (LZ RR 15; gemeinsam mit JI, FD, SK und BD).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturzil 15 d des Regierungsrates

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	808,9	829,1	811,2	-18,0
Aufwand	-2 114,5	-2 232,4	-2 187,5	44,9
Saldo	-1 305,6	-1 403,3	-1 376,4	26,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen	30,4	1,6	13,7	12,1
Ausgaben	-133,4	-198,7	-182,1	16,6
Saldo	-103,0	-197,1	-168,3	28,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	2 332,7	2 272,5	2 212,9	-59,6

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 18,0 Mio. Franken oder -2,2% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 7,4 Mindererträge bei der KAZ v.a. infolge der Auslagerung Abo-Rechnungen für Bezüge des USZ bei Drittlieferanten (vgl. entsprechender Minderaufwand)
- 5,6 Tieferer Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung infolge der tieferen Prämienteuerung
- 3,5 Tiefere Erträge bei der psychiatrischen Versorgung
- 1,5 Übrige Abweichungen

Der Aufwand liegt 44,9 Mio. Franken oder 2,0% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +21,6 Minderaufwand bei der Prämienverbilligung
- +21,0 Tiefere Beiträge an kantonale und staatsbeitragsberechtigte Betriebe der psychiatrischen Versorgung
- +10,2 Tiefere Staatsbeiträge an staatsbeitragsberechtigte Spitäler der somatischen Versorgung
- +7,5 Minderaufwand bei der KAZ v.a. infolge der Auslagerung Abo-Rechnungen für Bezüge des USZ bei Drittlieferanten
- 13,5 Wertberichtigung der Anlagen der psychiatrischen Kliniken am Standort Rheinau und Hard
- 9,3 Mehraufwand aufgrund Globalbudgetüberschreitungen der kantonalen Spitäler USZ und KSW infolge u.a. Lohnrevision, Personalteuerung und Mehrleistungen Zürcher KVG-Patientinnen und -Patienten
- +7,4 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

Die Einnahmen liegen um 12,1 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+12,1 Übertragung von Liegenschaften (ipw Standort Embrach) vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen

Die Ausgaben liegen um 16,6 Mio. Franken oder 8,4% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+42,3 Projektverzögerungen USZ (insbesondere Projekte Bettenhaus Ost I–III, Neonatologie, Pathologie)

+5,7 Projektverzögerungen und Minderbedarf PUK

–22,9 Mehrbedarf Staatsbeiträge an Akutsomatik (Stadtpital Triemli, Spital Bülach, Kinderspital)

–8,8 Mehrbedarf Staatsbeiträge an Langzeitversorgung

+0,3 Übrige Abweichungen

Personal

Der Beschäftigungsumfang liegt unter dem Planwert, da im Rahmen der Fusion ipw/PZH und der Reorganisation der ipw Stellen angepasst wurden.

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2011	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
USZ, Radio-Onkologie, BIGART+	2,6	13,8	13,3	0,5
USZ, Brandschutz, Etappen II und III	2,1	14,6	10,9	3,7
USZ, Sanierung Bettenhaus Ost I-III	7,2	124,2	64,7	59,5
USZ, Notstromversorgung, Provisorium	0,7	7,5	6,4	1,1
USZ, Notstromversorgung, Erweiterung	0,1	22,1	0,2	21,9
USZ, Nordtrakt 2, OP-Sanierung	8,4	14,2	9,2	5,0
USZ, Nordtrakt 1, Energetische Sanierung	2,1	15,0	3,9	11,1
USZ, Pathologie, Zwischensanierung	3,0	21,0	3,0	18,0
USZ, Neonatologie, Sanierung	0,6	13,8	0,6	13,2
USZ, Umbau Neurologie	0,3	23,3	0,3	23,0
USZ, Gebäudeleittechnik	0,2	16,6	0,2	16,4
USZ, Erweiterung Trafostation	2,2	3,3	2,2	1,1
KSW, Ersatzneubau Hochhaus, Projektierung	1,0	12,8	1,0	11,8
PUK, Sanierung Trakt WT	1,3	25,6	1,3	24,3
PUK, Standort Rheinau, Sanierung Gebäude 80-82	1,1	19,7	2,0	17,7
Triemlispital, Neubau Bettenhaus	12,5	82,5	40,2	42,3
Triemlispital, Energie- und Medienversorgung	11,2	34,3	34,2	0,1
Spital Bülach, Gesamtsanierung	2,5	50,0	43,7	6,3
Spital Zollikerberg, Neubau Westtrakt	1,7	9,4	7,0	2,4
Kinderspital, Überbrückungsmassnahmen 4	4,0	4,5	4,0	0,5
Veterinäramt, Heimtiereinrichtung	0,4	2,6	0,5	2,1
Übrige Investitionen	116,9			
Total Investitionen	182,1			

Leistungsgruppen

6000 Steuerung Gesundheitsversorgung

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr stand erneut die Spitalplanung und -finanzierung im Vordergrund der Tätigkeiten. Zunächst hat der Kantonsrat am 2. Mai das neue Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) verabschiedet. Da er das Gesetz nach Art. 37 der Kantonsverfassung für dringlich erklärt hat, ist das SPFG am 1. Januar 2012 in Kraft getreten, obwohl dagegen das Referendum ergriffen worden ist. Die Volksabstimmung findet voraussichtlich am 17. Juni 2012 statt.

Das SPFG gibt u. a. auch eine Umwandlung der bisherigen Staatsbeiträge in verzinsliche und amortisierungspflichtige Darlehen zum Restbuchwert auf den 1. Januar 2012 vor. Die entsprechenden Modalitäten und das Verfahren hat der Regierungsrat in der neuen Verordnung über die Umwandlung von Investitionsbeiträgen an Spitäler (InUV) festgehalten; die InUV ist am 1. Januar 2012 in Kraft getreten (vgl. dazu auch die Ausführungen zum entsprechenden Schwerpunktthema).

Am 21. September hat der Regierungsrat neue Spitallisten in den Bereichen Akutsomatik und Rehabilitation und am 13. Dezember auch die Spitalliste Psychiatrie beschlossen; alle drei Spitallisten sind am 1. Januar 2012 in Kraft getreten. Ebenfalls auf den 1. Januar 2012 sind die neuen Regeln zur Spitalfinanzierung und damit zur Tarifgestaltung in Kraft getreten. Zur Entschädigung der stationären Spitalleistungen müssen Spitäler und Versicherer eine Fallpauschale aushandeln, die vom Regierungsrat zu genehmigen ist. Kommt dabei keine Einigung zustande, muss der Regierungsrat die Tarife festsetzen. Nachdem sich die Tarifpartner bis Anfang Dezember des Berichtsjahres nur in Einzelfällen auf einen Tarif für das Jahr 2012 einigen konnten und in vielen Fällen mit Festsetzungsverfahren zu rechnen ist, hat der Regierungsrat im Sinn einer vorsorglichen Massnahme auf den 1. Januar 2012 provisorische Fallpauschalen für die Akutsomatik sowie Tarife für Rehabilitation und Psychiatrie festgelegt. Im Hinblick auf die seit 1. Januar 2012 geltende Spitalwahlfreiheit musste der Regierungsrat zusätzlich die Referenztarife festlegen. Diese Tarife kommen im Sinn eines Höchstsatzes zur Anwendung, wenn eine Person mit Wohnsitz im Kanton Zürich für eine stationäre Behandlung ein Spital ausserhalb des Kantons Zürich wählt, das für die entsprechende Behandlung auf der Spitalliste des Standortkantons, nicht aber auf der Zürcher Spitalliste figuriert.

Das SPFG hat zur Folge, dass in der Gesundheitsdirektion neue Aufgaben an- und bisherige Aufgaben wegfallen. Vor diesem Hintergrund wurde die Direktion auf den 1. November organisatorisch neu aufgestellt. Die neue Gliederung und Organisation sowie die einzelnen Aufgabenbereiche sind Gegenstand der Organisationsverordnung der Gesundheitsdirektion (OV GD), die ebenfalls auf den 1. November in Kraft gesetzt werden konnte.

Im Bereich der hochspezialisierten Medizin (HSM) fällte das Beschlussorgan HSM im Berichtsjahr verschiedene Zuteilungsentscheide zur Konzentration von hochspezialisierten Behandlungen. Die Gesundheitsdirektion hat bei den entsprechenden Vernehmlassungsverfahren mitgewirkt und in der Folge ist der Standort Zürich bei der überwiegenden Anzahl von Entscheiden berücksichtigt worden. Sodann ist das Paul Scherrer Institut (PSI) in Villigen vom Beschlussorgan HSM als einziger Standort in der Schweiz für die Protonentherapie bestimmt worden. Im Dezember des Berichtsjahres hat der Kantonsrat einen Förderbeitrag von 20 Mio. Franken zulasten des Lotteriefonds bewilligt, mit dem am PSI ein zusätzlicher Behandlungsplatz erstellt werden kann. Dieser wird dem Universitätsspital Zürich (USZ) und der Universität Zürich (UZH) vorab für die klinische Forschung zur Verfügung stehen (vgl. dazu die Ausführungen zum entsprechenden Schwerpunktthema).

Im Herbst des Berichtsjahres konnte nach umfangreichen Vorarbeiten der Gesundheitsdirektion mit den Mitgliedkantonen der GDK-Ost ein Vertrag unterzeichnet werden, der einen solidarischen Abgeltungsmodus für die überproportionalen Aufwendungen für Forschung und Lehre in den universitären

Spitälern und den Zentrumsspitalen in den Mitgliedskantonen festlegt. Diese Leistungen stehen im überregionalen und überkantonalen Interesse. Die Festlegung neuer Finanzierungsregeln wurde notwendig, da der Bund in einer Teilrevision des KVG, die auf Januar 2012 in Kraft getreten ist, nicht nur die interkantonale Spitalwahlfreiheit fixiert, sondern auch neue Regeln zur Spitalplanung und -finanzierung festgelegt hat. In den ab 1. Januar 2012 geltenden Fallpauschalen (DRG) zur Finanzierung der Hospitalisationskosten sind die Kosten für Forschung und Lehre nicht enthalten. Ebenso wenig sind nach KVG im interkantonalen Verhältnis Beitragszahlungen an die Ausbildung angehender Fachärztinnen und -ärzte vorgesehen. Es war daher notwendig, die aus dem Jahr 1995 stammende Ostschweizer Spitalvereinbarung grundlegend zu erneuern. Der Kanton Zürich erhält 2012 nach dem neu vereinbarten Schlüssel für seine im Vergleich überproportionalen Leistungen zugunsten von Forschung und Lehre rund 6,4 Mio. Franken.

Das von der Gesundheitsdirektion im Jahr 2008 gestartete Pilotprojekt «Medical Board» wurde im Berichtsjahr unter der gemeinsamen Trägerschaft der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK), der Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH) und der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) unter dem Namen «Swiss Medical Board» auf gesamtschweizerischer Ebene verankert. Im Rahmen des Swiss Medical Boards werden – mit Blick auf die vom Krankenversicherungsgesetz geforderte Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit – medizinische Behandlungen, diagnostische Verfahren und therapeutische Interventionen aus der Sicht der Medizin, der Ökonomie, der Ethik und des Rechts analysiert. Gestützt auf diese Analysen gibt das Swiss Medical Board Empfehlungen in Form von Fachberichten ab; im Berichtsjahr betrafen sie den Stellenwert des PSA-Werts bei der Behandlung des Prostatakarzinoms sowie eine spezialisierte Behandlung von Wirbelkörperfrakturen (Vertebroplastie).

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Steuerung aller Leistungsgruppen der Gesundheitsdirektion (Kernaufgabe)
A2	Politische und strategische Geschäfte
A3	Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen
A4	Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Generelle Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1–10) (A1, A4)	min.	7,87	7,5	7,90	0,40
W2	Sicherheitsgefühl gegenüber der Gesundheitsversorgung (Skala 1–10) (A1, A4)	min.	8,85	8	8,58	0,58
W3	Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1–10) (A1, A4)	min.	8,29	7,5	8,29	0,79
Leistungen						
L1	Anzahl gesteuerte Leistungsgruppen (A1)	P	6	6	6	0
L2	Anzahl gesteuerte akutsomatische Krankenhäuser / Betriebe (A4)	P	20	20	19	-1
L3	Anzahl gesteuerte psychiatrische Kliniken (A4)	P	9	8	8	0
L4	Anzahl gesteuerte Aufsichts- und Bewilligungsämter (A3)	P	3	3	3	0
L5	Anzahl Kreditbewilligungen im Investitionsbereich (A1, A4)	P	213	150	153	3
L6	Anzahl erteilte Bewilligungen zur selbstständigen/unselbstständigen Berufsausübung (A3)	P	1 839	1 800	1 759	-41
L7	Anzahl Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm) (A2)	P	3	2	3	1
L8	Anzahl erledigte Rekurse (A2)	P	42	50	34	-16
L9	Anzahl parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung) (A2)	P	38	40	61	21
Wirtschaftlichkeit						
B1	Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich (in % im Vergleich zum Vorjahr) (A1, A4)	P	8,9	5	6,8	1,8
B2	Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz (in % im Vergleich zum Vorjahr) (A1, A4)	P	8,7	8	6,5	-1,5
B3	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	15.57	17.00	15.18	-1.82
Abweichungsbegründungen						
L2	Durch die Fusion der Spitäler Sanitas und Zimmerberg zum Seespital reduziert sich der Indikator um ein Spital.					
Entwicklungsschwerpunkte						
Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar						bis
E1	Neuregelung Spital- und Pflegefinanzierung Neuregelung: Abgeschlossen; Umsetzung: Planmässig					2012
E2	Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern Planmässig					2012
E3	Interkantonale Vereinbarung zur hochspezialisierten Medizin Vereinbarung: Abgeschlossen; Umsetzung: Planmässig					2012
E4	Sicherung des Nachwuchses im Pflegebereich Planmässig					2014

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,7	1,6	1,9	0,3
Aufwand	–22,9	–24,9	–23,0	1,9
Saldo	–21,1	–23,3	–21,1	2,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben	–0,6	–1,1	–0,1	0,9
Saldo	–0,6	–1,1	–0,1	0,9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	87,8	86,7	87,6	0,9

Erfolgsrechnung

- +1,3 Geringere Ausgaben für Dienstleistungen Dritter
- +0,4 Geringerer Personalaufwand
- +0,2 Aufgrund der geringeren IT-Investitionen ergaben sich geringere Abschreibungen
- +0,2 Mehrerträge bei den Gebühren unter anderem aufgrund der Verrechnung von Leistungen an andere Kantone im Zusammenhang mit der Spitalplanung
- +0,1 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

- +0,9 Verschiedene IT-Projekte konnten aufgrund terminlicher Verzögerungen nicht realisiert werden.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	599 663	–148 419	150 000	601 244	+1 581

Bildung von Rücklagen 2011

Es konnten Einsparungen bei den Dienstleistungen Dritter erreicht werden. Zusätzlich wurden Mehrerträge bei den Gebühren erzielt.

6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Kantonales Labor

Die Lebensmittelsicherheit hat ein hohes Niveau erreicht: Zwar werden bei den chemischen oder mikrobiologischen Untersuchungen oder bei Inspektionen in Lebensmittelbetrieben immer wieder Mängel aufgedeckt. Fälle von unmittelbarer Gesundheitsgefährdung sind im Verlauf der letzten Jahre jedoch deutlich zurückgegangen. Diese Entwicklung zeigt, dass der wissenschaftliche und technische Fortschritt sowie das umfangreichere Wissen zugunsten der Lebensmittelsicherheit genutzt werden. Die konsequenten amtlichen Kontrollen des Kantonalen Labors mit Untersuchungen und Inspektionen tragen ihren Teil zur Lebensmittelsicherheit bei.

Zwei schwerwiegende Ereignisse haben das Berichtsjahr geprägt: Zum einen setzte der Reaktorunfall in Fukushima grosse Mengen radioaktiver Partikel frei und kontaminierte die Lebensmittel in jener Gegend. Auch wenn nur wenige Lebensmittel von Japan in die Schweiz importiert werden, war es wichtig, die Anlagen zur Radioaktivitätsmessung rechtzeitig in Betriebsbereitschaft zu versetzen. Bei den vorgenommenen Untersuchungen wurde erfreulicherweise keine erhöhte Radioaktivität festgestellt. Zum anderen erlebte Deutschland eine Epidemie mit enterohämorrhagischen Escherichia coli (EHEC) vom Typ O104:H4, bei der mehr als 3000 Personen erkrankten (800 davon mit schwerwiegenden Komplikationen) und über 50 starben. Die Epidemie war – entgegen den ursprünglichen Vermutungen – nicht durch Gurken und Tomaten, sondern durch Sprossen ausgelöst worden. Das Kantonale Labor reagierte umgehend und prüfte mit einer rasch angepassten Analysenmethode die Keimlinge, die im Kanton Zürich angeboten wurden. Hierbei konnten glücklicherweise keine pathogenen Bakterien nachgewiesen werden.

Kantonale Heilmittelkontrolle

Im Berichtsjahr wurde mit der systematischen Erteilung von Detailhandels- und Herstellungsbewilligungen an Spitalapotheken begonnen. Wie schon in den Jahren 2009 und 2010 wurden überdurchschnittlich viele Berufsausübungsbewilligungen an Apothekerinnen und Apotheker sowie an Drogistinnen und Drogisten neu erteilt. Der Courant normal wird sich erst nach Ablauf der im Gesundheitsgesetz vorgegebenen Übergangsbestimmung für altrechtliche Bewilligungen am 30. Juni 2013 einstellen.

Auf den 1. März hat der Regierungsrat die Verordnung über die nichtuniversitären Medizinalberufe in Kraft gesetzt. Die Kantonale Heilmittelkontrolle ist gestützt darauf für die Erteilung von selbstständigen Berufsausübungsbewilligungen für Optometristinnen und Optometristen (vormals Augenoptiker) zuständig. Der Bewilligungsprozess wurde entsprechend angepasst.

Im September hat das Bundesgericht mit der Abweisung der letzten noch hängigen Beschwerde an sich den Weg für die Medikamentenabgabe durch Ärztinnen und Ärzte in den Städten Zürich und Winterthur geebnet. Bis Ende des Berichtsjahres waren bei der kantonalen Heilmittelkontrolle insgesamt 460 Gesuche für eine Detailhandelsbewilligung zur Führung einer ärztlichen Privatapotheke durch Ärztinnen und Ärzte ausstehend. Die Bewilligungserteilungen sind jedoch aufgrund einer Beschwerde gegen den Inkraftsetzungsbeschluss des Regierungsrates blockiert.

Veterinäramt

Das Projekt zur Ausrottung der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) wurde im Berichtsjahr weitergeführt, da noch zu viele positive Befunde aufgetreten sind, um auf eine Stichprobenüberwachung der Rindviehbestände umstellen zu können. Die Geflügelbestände des Kantons blieben glücklicherweise von den Auswirkungen des Ausbruchs der hochansteckenden Newcastle Disease (NCD) im Kanton Neuenburg verschont. Dank Laboruntersuchungen konnte rasch nachgewiesen werden, dass der Zürcher Aufzuchtbetrieb, der Legehennen in den betroffenen Betrieb im Kanton Neuenburg geliefert hatte, als Infektionsquelle ausgeschlossen werden kann.

Die Zahl der Bruterkrankungen der Bienenvölker blieb trotz verstärkten Bekämpfungsanstrengungen unverändert hoch. Die im Berichtsjahr ergriffenen, abermals verstärkten Massnahmen haben nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Die Anstrengungen sind daher weiterzuführen, um mittelfristig eine Besserung zu erzielen.

Die Umsetzung der neuen Bundesgesetzgebung zum Tierschutz wurde im Berichtsjahr durch gezielte Informationsschreiben und die Festlegung von Vollzugsschwerpunkten fortgeführt. Im Bereich der Tierversuche wurde mit der Einführung der neu vorgeschriebenen Überwachung aller gentechnisch veränderten Tiere (namentlich Mäuse) begonnen. Im Heimtierbereich waren gemäss den bundesrechtlichen Vorgaben alle gewerbsmässigen Petsitter zu erfassen. Im Weiteren mussten die Tierheime über die bis im Herbst 2013 vorzunehmenden Anpassungen ihrer Gehege informiert werden. Im Nutztierbereich wurde in Zusammenarbeit mit der Tierschutzkommission entschieden, welche Stallungen bis Herbst 2013 den heute grösseren Kühen angepasst werden müssen und wo noch für wenige Jahre Ausnahmen vertretbar sind.

Die Anzahl gravierender Tierschutzfälle hat sich leider auf hohem Niveau eingependelt. Im Vollzugsbereich «öffentliche Sicherheit vor Hunden» wurden im Jahr 2 nach Inkrafttreten der neuen Hundegesetzgebung drei Schwerpunkte gesetzt: Die Bearbeitung der Meldungen zu Bissvorfällen, die Anerkennung der Hundeausbildnerinnen und Hundeausbildner sowie die Kurse zur Schulung der Kinder im korrekten Umgang mit Hunden. Zur Entwicklung der Zahlen der Bissvorfälle können wegen der kurzen Beobachtungsperiode noch keine Aussagen gemacht werden.

Mit Beschluss vom 14. September hat der Regierungsrat dem Kantonsrat eine Totalrevision des Tierseuchengesetzes beantragt. Die wesentlichsten Neuerungen der Vorlage betreffen die Entschädigungszahlungen und die Beteiligung der Tierhalterinnen und Tierhalter an den Kosten der Tierseuchenbekämpfung. Entschädigungszahlungen wurden bisher nur für Tierverluste gewährt, die auf die Seuche selbst zurückzuführen waren. Neu sollen darüber hinaus auch Entschädigungen für Tierverluste, Aborte und Tierarztkosten bei Sofortreaktionen entschädigt werden können, welche Folge von behördlich angeordneten Präventionsmassnahmen sind. Die Beteiligung der Tierhalterinnen und Tierhalter an den Kosten der Tierseuchenbekämpfung soll sodann nicht mehr über Beiträge in den bisherigen Tierseuchenfonds, sondern über Tierhalterbeiträge erfolgen. Dabei werden im Gesetz Belastungshöchstgrenzen (in Relation zum Steuerwert der Tiere) definiert, womit letztlich die Rechtssicherheit für die Betroffenen verbessert wird. Die Gesetzesvorlage wird derzeit von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Kantonsrates beraten.

Meldungen und Bewilligungen über Tierversuche

Anzahl der im Kalenderjahr 2010 in Versuchen eingesetzten Tiere

Bewilligungspflichtige Tierversuche (761 gültige Bewilligungen, davon 707 mit Einschränkungen)

Tiergruppe	Grundlagen- forschung	Entwicklung	Toxiko- logische Prüfung	Krankheits- diagnostik	Ausbildung	Anderer Zusammen- hang	Total	Davon Tiere im Schwere- grad 0
Mäuse	80 294	1 640	0	233	1 093	55	83 315	24 136
Ratten	5 258	88	0	31	1 235	46	6 658	1 932
Meerschweinchen	16	0	0	0	28	0	44	6
Hamster	19	0	0	0	0	0	19	0
andere Nager	147	0	0	0	0	0	147	0
Kaninchen	166	12	0	2	26	0	206	25
Hunde	235	88	0	108	16	53	500	343
Katzen	170	47	0	23	3	31	274	63
Primaten	70	0	0	0	0	0	70	30
Rindvieh	158	33	0	6	883	32	1 112	253
Schafe, Ziegen	77	178	0	20	47	0	322	21
Schweine (einschliesslich Minipigs)	416	15	0	25	34	106	596	326
Pferde, Esel	2	38	0	65	164	32	301	293
Vögel (einschliesslich Geflügel)	413	58	0	4	15	0	490	69
Amphibien, Reptilien	6 776	0	0	0	8	2 508	9 292	8 052
Fische	1 122	0	325	0	53	3 883	5 383	2 852
Verschiedene Säuger	467	0	0	9	0	800	1 276	1 178
Total	95 806	2 197	325	526	3 605	7 546	110 005	39 579
in %	87,1	2,0	0,3	0,5	3,3	6,8	100	36,0

240 Bewilligungen wurden 2010 neu erteilt, alle mit Einschränkungen. Zusätzlich wurden 286 Ergänzungs- und Änderungsbewilligungen ausgestellt.

2 Gesuche wurden auf Empfehlung zurückgezogen. Kein Gesuch wurde abgelehnt.

Die Tierversuchskommission bearbeitete alle bewilligungspflichtigen Gesuche, besprach an 12 Sitzungen neben allgemeinen Fragestellungen 19 neue und 44 Ergänzungsgesuche mit erhöhtem Schweregrad.

Die Mitglieder kontrollierten alle Versuchstierhaltungen zweimal.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Erteilung von Bewilligungen und Marktüberwachung im Heilmittelbereich
A2	Verbraucherschutz durchsetzen (Prüfung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen)
A3	Chemikaliengesetz vollziehen (Betriebs- und Marktkontrollen)
A4	Tierseuchen vorbeugen und bekämpfen
A5	Tierschutz durchsetzen
A6	Lebensmittelsicherheit bei der Primärproduktion und beim Schlachten durchsetzen

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Sichere Herstellung, Vertrieb und Abgabe von Heilmitteln: Anteil der kontrollierten Betriebe ohne kritische Mängel (A1)	min.	78%	90%	75%	-15%
W2	Guter Hygienestand in den Lebensmittelbetrieben: Anteil der kontrollierten Betriebe mit gewährleisteteter Lebensmittelsicherheit (A2)	min.	93%	85%	97%	12%
W3	Nachhaltige Verbesserung der Lebensmittelbetriebe mit Mängeln: Anteil der Lebensmittelbetriebe mit einer deutlichen Verbesserung innerhalb von acht Monaten (A2)	min.	77%	75%	78%	3%
W4	Wenig Tierseuchenfälle: Anzahl Tierseuchenfälle (A4)	max.	217	150	205	55
W5	Rasche Behebung schwerer Tierschutzfälle: Anteil schwerer Tierschutzfälle, die innerhalb von zwei Tagen behoben sind (A5)	min.	90%	90%	100%	10%
W6	Wenig schwere Bissvorfälle von Hunden: Anzahl gemeldete schwere Bissvorfälle von Hunden mit Menschen (A5)	max.	68	300	67	-233
Leistungen						
L1	Anzahl bewirtschaftete Kundendossiers (Heilmittelkontrolle; A1)	P	9 120	8 850	10 068	1 218
L2	Anzahl Inspektionen von Heilmittelbetrieben (Heilmittelkontrolle; A1)	min.	459	410	458	48
L3	Anzahl Bewilligungen (Heilmittelkontrolle; A1)	P	2 913	2 500	3 370	870
L4	Anzahl erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierseuchenrecht z. B. für Viehhandelspatente (Veterinäramt; A4)	P	303	320	327	7
L5	Anzahl erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierschutzrecht z. B. für Wildtiere, Tierversuche, Zoohandlungen, Hunde (Veterinäramt; A5)	P	1 216	1 350	1 406	56
L6	Anzahl Fallaufarbeitungen im Tierschutz und mit auffälligen Hunden (Veterinäramt; A5)	P	1 839	2 100	2 071	-29
L7	Anzahl untersuchte Proben (Kantonales Labor; A2, A3)	min.	20 242	18 500	20 130	1 630
L8	Mikrobiologische Prüfungen (Proben, Kantonales Labor; A2)	min.	12 301	11 000	12 350	1 350
L9	Gehaltsanalysen (Proben, Kantonales Labor; A2)	min.	6 557	6 000	6 528	528
L10	Anzahl bearbeitete Fälle Findeltiere (Veterinäramt; A5)	P	1 422	1 300	1 389	89
L11	Anzahl Fleischkontrollen (Veterinäramt; A6, neu)	min.	-	150 000	179 981	29 981

Wirtschaftlichkeit

B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	10.86	12.41	10.61	-1.8
----	--	---	-------	-------	-------	------

Abweichungsbegründungen

W1	Die Abweichung ist darauf zurückzuführen, dass im Bereich Detailhandel viele Betriebe zum ersten Mal geprüft wurden.
W2	Der hohe Wert wurde dank der risikobegründeten Kontrollen erreicht, die insbesondere bei der Verbesserung der Betriebe mit eingeschränkter Lebensmittelsicherheit Wirkung zeigten.
W4	Die höhere Anzahl von Tierseuchenfällen erklärt sich vor allem durch die Fallzahlen bei den Bruterkrankungen der Bienen.
L3	Die höhere Anzahl von Bewilligungen ist auf geänderte gesetzliche Bestimmungen (Detailhandels- und Berufsausübungsbewilligungen) zurückzuführen.
L11	Das Schlachtvolumen in einem Grossschlachtbetrieb wurde Mitte des Berichtsjahres massiv erhöht und führte zur höheren Anzahl Fleischkontrollen.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Professionalisierung des Veterinärdienstes Planmässig	2014
E2	Konsolidierung der Anpassungen des Vollzuges an die neuen lebensmittelrechtlichen Vorgaben Verzögert Auf Bundesebene hat die Revision des Lebensmittelgesetzes deutliche Verzögerungen erfahren. Es wird erst 2012 im Parlament beraten. Die Anpassungen an verschiedene andere überarbeitete Verordnungen des Bundes im Lebensmittelrecht konnten dagegen rasch umgesetzt werden.	2015
E3	Abstimmung des Vollzuges der geänderten Heilmittel- und der neuen Medizinalberufegesetzgebung. Abgeschlossen Die notwendigen Leistungserbringungsprozesse wurden angepasst bzw. neu erstellt und implementiert.	2011
E4	Umsetzung der kantonalen Hundegesetzgebung Planmässig	2013

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung					
Ertrag		7,2	7,5	8,1	0,6
Aufwand		-21,9	-24,5	-22,9	1,7
Saldo		-14,7	-17,0	-14,8	2,2
Investitionsrechnung					
Einnahmen			0,0		0,0
Ausgaben		-0,5	-3,0	-1,2	1,8
Saldo		-0,5	-3,0	-1,2	1,8
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		112,9	122,8	120,3	-2,5

Erfolgsrechnung

Gegenüber dem Budget schliessen die drei Ämter wie folgt ab:

Kantonale Heilmittelkontrolle (+0,5)

+0,2 Geringerer Personalaufwand u. a. infolge unbesetzter Teilpensen und unbezahlten
Urlaubs im Nachgang zu Mutterschaftsurlaub

+0,3 Höhere Erträge wegen Umsetzung der neuen Heilmittelverordnung und mehr
Inspektionen

Kantonales Labor (+0,4)

+0,2 Kosten für den Unterhalt und die Anschaffung von Kleingeräten mussten aufgrund
der Aktivierungsgrenze über die Investitions- statt die Erfolgsrechnung gebucht werden.

+0,1 Tieferer Zins- und Abschreibungsaufwand

+0,1 Geringerer Lohnaufwand u. a. wegen verzögerter Stellenbesetzung

Veterinäramt (+1,3)

+0,3 Weniger kostenintensive Fälle im Tierschutzbereich und geringere Anzahl Schulstunden
im Bereich Hunde

+0,4 Höhere Beiträge der Gemeinden aus der Hundeabgabe aufgrund höherer Anzahl
Hunde; Mehrerträge aufgrund von mehr Amtshandlungen und der Durchführung von
mehr Fleischkontrollen

+0,2 Tiefere Abschreibungen und Zinsen wegen verzögerter Investitionen

+0,4 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

+1,9 Die tieferen Investitionsausgaben sind auf Verzögerungen bei der Realisierung des neuen
Tierheims und die Terminverschiebung bei zwei IT-Applikationen des Bundes für Veterinär-
prozesse und Tierversuche zurückzuführen.

Personal

Der tiefere Beschäftigungsumfang ist auf verzögerte Stellenbesetzung und die Gewährung von unbesol-
detem Urlaub zurückzuführen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	634 442	-41 114	81 000	674 328	+39 886

Kantonale Heilmittelkontrolle: Fr. 32 000

Zusätzlich erbrachte Leistungen (Inspektionen, Bewilligungen) bei gleichzeitig tieferem Aufwand u. a. aufgrund verzögerter Stellenbesetzung

Kantonales Laboratorium: Fr. 6 000

Einsparungen durch Eigenleistung bei der Durchführung von Ausbildungs- und Weiterbildungskursen (Brandschutz, Nothilfe-Kurs CPR-AED).

Veterinäramt: Fr. 43 000

Geringerer Aufwand bei insgesamt höherer Leistungserbringung

6200 Prävention und Gesundheitsförderung

Hauptereignisse

Das kantonale Aktionsprogramm «Leichter leben» war weiterhin ein Schwerpunkt im Konzept für Prävention und Gesundheitsförderung und Teil der Legislaturziele der Regierung 2007–2011. Das Aktionsprogramm soll der Bevölkerung Anregungen für gesundes Verhalten und einen gesunden Lebensstil geben. Insbesondere soll es mithelfen, den Anteil der Personen mit riskantem Übergewicht zu stabilisieren. Eine Übersicht über die Projekte und Massnahmen ist im Internet unter www.leichter-leben-zh.ch abrufbar. Die mit Laufzeit bis Ende 2012 geplanten Projekte werden gemeinsam mit der Bildungsdirektion und der Sicherheitsdirektion umgesetzt und von der nationalen Stiftung «Gesundheitsförderung Schweiz» mitunterstützt. Die auch im Berichtsjahr fortgeführte Medienkampagne «Der Alltag prägt Ihre Gesundheit. Leichter leben» ergänzt die Projekte des Aktionsprogramms. Sie sensibilisiert breite Bevölkerungskreise auf leicht verständliche Art und Weise für Ursachen und Folgen des Übergewichts. Nach den erfreulichen Evaluationsergebnissen der Kampagne im Vorjahr sind Tipps für ein gesünderes Verhalten im Alltag abermals stärker in den Vordergrund gerückt und breiter gestreut worden. Repräsentative Untersuchungen haben gezeigt, dass die eingesetzten Sujets als klar verständlich und alltagstauglich eingeschätzt werden. Die neu eingesetzten Radiospots wurden allgemein als «sehr gut» bewertet. Nur 5% der Befragten sind der Meinung, dass im Kanton Zürich zu viel für diese Bewegungskampagne getan wird; 68% der Befragten erachten den Aufwand als genügend, während 26% der Auffassung sind, es werde zu wenig gegen das Übergewicht unternommen.

Im Berichtsjahr sind unter Leitung des Zürcher Vereins Psychiatrischer Chefärzte und des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (ISPMZ) Grundlagen für eine verbesserte Prävention psychischer Erkrankungen erarbeitet worden. Sie sollen künftig im Rahmen des Konzepts für Prävention und Gesundheitsförderung auch die Suizidprävention verstärken.

Der alljährlich stattfindende Präventionstag dient mit seinen Vorträgen, den vielfältigen Parallelveranstaltungen und Podiumsdiskussionen der Öffentlichkeitsarbeit und der Vernetzung der Präventionsfachleute. Der Zürcher Präventionstag 2011 war dem Thema «Verhaltenssüchte – Exzessives Spielen, Surfen, Shoppen» gewidmet und ermöglichte es, die Dienstleistungen des neu konzipierten Zürcher Zentrums für Spielsucht und andere Verhaltenssüchte vorzustellen. Die Tagung zeigte die Folgen auf, wenn der Alltag von exzessivem Spielen, Kaufen oder Surfen dominiert wird. Solche gesundheits- und sozialschädliche Abhängigkeiten bleiben oft über einen längeren Zeitraum unentdeckt und stellen die Prävention, den Behandlungssektor und das soziale Umfeld der Betroffenen vor grosse Herausforderungen. Obwohl das Internet zwar selbst zunehmend eine grosse Rolle bei der Verbreitung fragwürdiger Verhaltensweisen spielt, kann es auch dazu genutzt werden, vor allem Jugendliche mit Hinweisen zur Suchtprävention zu erreichen. Diesen Umstand werden die Stellen für Suchtprävention im Kanton in Zukunft verstärkt nutzen. Unter www.suchtpraevention-zh.ch sind zu den Risiken elektronischer Medien Flyer mit Verhaltenstipps für Eltern von Kindern und Jugendlichen verfügbar; die Merkblätter liegen in zahlreichen Sprachen vor.

Das Bundesamt für Gesundheit führte zusammen mit den Kantonen im Mai des Berichtsjahres erstmals die «Dialogwoche Alkohol» durch. Im Kanton Zürich wurde dazu in Fernseh- und Radiospots sowie in Kurzfilmen am Hauptbahnhof auf die Gefahren des Alkoholmissbrauchs bei Jugendlichen hingewiesen. Zusätzlich bieten die Stellen für Suchtprävention mit der Broschüre «Trinken, Rauchen und Kiffen bei Jugendlichen. Was Sie als Eltern, Lehrperson oder Berufsbildner/in tun können» eine Hilfestellung an. Auch diese Broschüre ist in mehreren Sprachen erhältlich.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung der Prävention und Gesundheitsförderung (einschliesslich Suchtprävention), welche der Gesundheitsdirektion direkt zugewiesen sind
A2	Direktionsübergreifende Koordination der übrigen, dem Staat obliegenden Prävention und Gesundheitsförderung
A3	Aufrechterhaltung einer wirksamen epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten
A4	Ermöglichung und Unterstützung von Impfungen für die Bevölkerung sowie Planung von Massnahmen zur Bewältigung aussergewöhnlicher Bedrohungen durch übertragbare Krankheiten

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Anteil der Bevölkerung, der die Medienkampagne «Der Alltag prägt Ihre Gesundheit. Leichter leben» kennt (A1, A2)	min.	88%	50%	89%	-
W2	Anteil der 15-Jährigen (männlich/weiblich) mit Tabakkonsum mindestens einmal wöchentlich (A1, A2)	max.	15%/19%	19%/19%	23%/24%	-
W3	Anzahl Tb-Neuerkrankungen (A1, A3, A4)	max.	114	110	100	-10
W4	Anzahl Aids-Neuerkrankungen (A1, A3, A4)	max.	22	65	29	-36
W5	Anzahl Selbsttötungen (A1)	max.	264	270	176*	-94
W6	Anzahl Todesfälle mit Ursache Krebs (A1)	max.	2 547	2 600	2 549*	-51
W7	Anzahl Todesfälle mit Ursache Herz- und Gefässkrankheiten (A1, A2)	max.	3 658	4 200	3 632*	-568
W8	Masern-Impfung: Anteil Säuglinge mit mindestens einer Impfung (A4, neu)	min.		86%	88%**	2
W9	Masern-Impfung: Anteil 16-Jährige mit mindestens einer Impfung (A4, neu)	min.		91%	93%**	2
Leistungen						
L1	Regelmässiger Bericht über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung (A1, A2, A3)	min.	0	1	0	-1
L2	Anzahl Bulletins «Prävention & Gesundheitsförderung im Kanton Zürich» (A1, A2, A3, neu)	min.		2	2	0
L3	Anzahl Magazine für Suchtprävention «laut & leise» (A1, A2, A3, neu)	min.		3	3	0
L4	Öffentliche Präventionsveranstaltungen mit mindestens 450 Teilnehmenden (A1, A2, A3, neu)	min.		3	3	0
L5	Anzahl Besuche auf der Homepage zur Gesundheitsförderung und Suchtprävention des ISPMZ (A1, A2, A3, neu)	min.		45 000	35 379	-9 621
Wirtschaftlichkeit						
B1	Im Rahmen des Gesundheitsberichtes und der Zwischenberichte auch Prüfung der Wirtschaftlichkeit (A1, A2, A3)	P	0	1	0	-1
B2	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	4.16	5.06	4.23	-0.83

* für das Berichtsjahr Werte von 2009 verfügbar

** für das Berichtsjahr Werte von 2008 verfügbar

Abweichungsbegründungen

W2 Die Steigerung ist im Vergleich zur letzten Stichprobenerhebung 2006 aufgrund kleiner Stichprobe statistisch nicht signifikant und nur bedingt vergleichbar.

L1, B1 Bericht ist für Herbst 2012 vorgesehen.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich; Massnahmen zur Umsetzung Planmässig	2014
E2	Informationskampagnen für gesunden Lebensstil durchführen Planmässig	2012
E3	Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI > 30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren Planmässig	2012

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung					
Ertrag		0,9	4,8	3,4	-1,4
Aufwand		-6,6	-11,7	-9,3	2,4
Saldo		-5,7	-6,9	-5,9	1,1
Investitionsrechnung					
Einnahmen			0,0		0,0
Ausgaben			0,0		0,0
Saldo			0,0		0,0
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte			0,0		0,0

Erfolgsrechnung

- +0,5 Minderaufwand bei der Umsetzung der Legislaturziele
- +0,4 Tiefe Impfrate bei der pandemischen Grippe (H1N1) und der HPV-Impfung bei Mädchen und Frauen sowie Preisreduktionen bei den Medikamenten führten zur Saldoverbesserung.
- +0,2 Übrige Abweichungen

6300 Somatische Gesundheitsversorgung und Rehabilitation

Hauptereignisse

Wie bereits 2010 stand auch im Berichtsjahr der Systemwechsel in der Steuerung und Finanzierung der Spitäler und Kliniken ab 2012 im Mittelpunkt der Arbeiten. Zentral waren neben der Verabschiedung des neuen Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes (SPFG) durch den Kantonsrat am 2. Mai auch der Abschluss der Spitalplanung 2012 und die darauf beruhende Festsetzung der neuen Zürcher Spitalliste Akutsomatik und Rehabilitation durch den Regierungsrat am 21. September. Mit Blick auf die neue Spitalfinanzierung wurden im Tarifbereich der kantonale Vergütungsanteil an den stationären Spitaltarifen für 2012 sowie vorsorgliche Massnahmen und Referenztarife 2012 in der Akutsomatik und Rehabilitation festgelegt. Gemäss Vorgaben des KVG hat der kantonale Vergütungsanteil bis spätestens 2017 55% zu betragen. Für 2012 hat der Regierungsrat den Kostenteiler auf 51% (Kanton) zu 49% (Versicherer) festgesetzt. Im Bereich der Investitionsfinanzierung wurde zur Umwandlung der bisherigen Staatsbeiträge in Darlehen gemäss § 28 SPFG die Verordnung über die Umwandlung von Investitionsbeiträgen an Spitäler (InUV) erlassen (vgl. dazu auch die Ausführungen im Überblick der Direktion).

Im Projekt «Strategische Entwicklungsplanung für die Universität und das Universitätsspital» (RRB Nr. 1545/2009) wurden unter der Leitung des kantonalen Immobilienamts die im Vorjahr in Angriff genommenen Testplanungen abgeschlossen. Gestützt auf die Ergebnisse dieser Testplanungen und den Schlussbericht der Projektgruppe entschied der Regierungsrat im September des Berichtsjahres, dass das Universitätsspital und die medizinbezogenen Bereiche der Universität am bisherigen Standort weiterentwickelt und baulich von Grund auf modernisiert werden sollen (RRB Nr. 1181/2011). Mit diesem Entscheid tritt das Projekt in die Vorstudien-Phase über, in deren Rahmen unter anderem auch die öffentliche Vergabe des Gesamtplanerauftrages vorgesehen ist. Die Kosten für die Gesamterneuerung des Universitätsspitals und der universitären Medizin werden derzeit auf rund 3 Mrd. Franken geschätzt.

Beim Universitätsspital Zürich und beim Kantonsspital Winterthur standen vier Jahre nach ihrer Ausgliederung aus der Verwaltung die Erneuerungswahlen für die beiden Spitalräte an. Die vom Regierungsrat im Mai des Berichtsjahres vorgenommenen Wahlen der Spitalräte wurden vom Kantonsrat genehmigt.

Auf den 1. Januar wurde die Kantonsapotheke (KAZ) neu organisiert. Mit den neu geschaffenen Strukturen wird sie den Anforderungen an einen hochkomplexen pharmazeutischen Betrieb im Umfeld der Zürcher Spitallandschaft besser gerecht. Neu wurde eine Geschäftsleitung gebildet und die Kantonsapotheke in drei Bereiche aufgeteilt: Pharmazeutische Dienste und Logistik; Herstellung, Forschung und Entwicklung; Spitalapotheke des Kantonsspitals Winterthur. Die neuen Strukturen haben sich im Verlaufe des Berichtsjahres in der Praxis bereits bewährt.

Ein wichtiges Ereignis im Berichtsjahr war die Inspektion der KAZ durch Swissmedic im November; sie wurde erfolgreich bestanden.

Im Berichtsjahr kam es wiederum in allen Leistungsbereichen der KAZ zu einer Nachfragesteigerung. Die Anzahl Bestellpositionen hat beispielsweise im Berichtsjahr um 1,7% zugenommen. Neu berät die KAZ gegen Abgeltung zusätzlich konsiliarisch die Uniklinik Balgrist und das GZO Spital Wetzikon in pharmazeutischen Fragen. Mit einer Ausnahme werden nun alle öffentlichen Spitäler von der KAZ beraten. Neben dem Tagesgeschäft fielen im Berichtsjahr weitere wichtige Arbeiten an, so unter anderem die Durchführung einer Machbarkeitsstudie als Vorbereitung für kommende Renovationsarbeiten, der Start der Einführung des internen Kontrollsystems IKS und eine ausführliche Make-or-buy-Analyse im Herstellbereich.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Somatik: Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen. Es werden Staatsbeiträge an die selbstständigen Anstalten Universitätsspital Zürich (USZ) und Kantonsspital Winterthur (KSW) sowie an 15 weitere Spitäler und Institutionen geleistet.
A2	Rehabilitation: Sicherstellen der bedarfsgerechten Versorgung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit Leistungen der medizinischen Rehabilitation. Es werden Staatsbeiträge an die Zürcher Höhenkliniken Wald und Davos geleistet.
A3	Kantonsapotheke (KAZ): Sicherstellen der pharmazeutischen Betreuung und Versorgung des USZ, des KSW und weiterer kantonaler Betriebe.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Beurteilung der Spitalbetreuung: Anteil zufriedener und sehr zufriedener Patientinnen/Patienten (A1, A2, neu)	min.	79%	80%	82%	2%
W2	Ungeplante Rehospitalisationen (A1)	max.	2,4%	5%	1,1%	-3,9%
W3	Anteil Zürcher Reha-Patientinnen/-Patienten, die im Kanton Zürich stationär behandelt werden (A2, neu)	min.	36%	35%	36%*	1%
Leistungen						
L1	Somatik: Stationäre Patientenaustritte (A1, neu)	P	186 723	188 000	191 500**	3 500
L2	Somatik: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (A1, neu)	max.	7,4	7,5	7,3**	-0,2
L3	Somatik: Anzahl stationär im Kanton Zürich behandelte ausser-kantonale Patientinnen/Patienten (Austritte; A1, neu)	min.	23 042	22 500	24 300**	1 800
L4	Reha: Stationäre Pflegetage (A2, neu)	P	82 120	80 100	80 900***	800
L5	Reha: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (A2, neu)	max.	22,6	22,0	22,7***	0,7
L6	KAZ: Verkäufe an USZ und KSW (in Mio. Franken; A3, neu)	min.	97,4	100,0	91,3	-8,7
Wirtschaftlichkeit						
B1	Somatik: CMI-bereinigte Kosten pro Normfall im Benchmarkspital (in Fr., ohne Investitionsanteil; A1, neu)	max.	8 408	8 300	n.a.****	

* Prognose; Daten des Berichtsjahres liegen erst Anfang 2013 vor.

** Hochrechnung

*** provisorische Werte

**** Daten des Berichtsjahres liegen erst ab Juli 2012 vor.

Abweichungsbegründungen

W2	Wert des Berichtsjahres infolge kleiner Stichprobe nur bedingt vergleichbar
L6	Im Berichtsjahr sind Abo-Rechnungen in der Höhe von 6 Mio. Franken für Bezüge des USZ bei Drittlieferanten nicht mehr in den Verkäufen der KAZ enthalten.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		bis
E1	In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren Planmässig	2012
E2	Neuregelung Spitalfinanzierung Planmässig	2012
E3	Spitalplanung 2012 Planmässig	2012
E4	Medical Board (Fachkommission für Überprüfung diagnostischer und therapeutischer Verfahren) Abgeschlossen	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	275,6	258,4	250,1	–8,4
Aufwand	–915,5	–926,4	–916,5	10,0
Saldo	–640,0	–668,0	–666,4	1,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen	12,1	0,6	0,7	0,1
Ausgaben	–106,9	–158,8	–143,6	15,2
Saldo	–94,8	–158,2	–142,9	15,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	172,2	92,0	92,5	0,5

Erfolgsrechnung

Verbesserungen (in Mio. Franken):

- +10,2 Geringere Staatsbeiträge an staatsbeitragsberechtigte Spitäler (v.a. Tarifmehrerträge, Mehrleistungen im Zusatzversicherungsbereich)
- +7,5 KAZ: Minderaufwand v.a. infolge Auslagerung Abo-Rechnungen für Bezüge USZ bei Drittlieferanten
- +0,8 Verschiedene Mehrerträge

Verschlechterungen (in Mio. Franken):

- 8,1 USZ: Globalbudgetüberschreitung (v.a. Teilrevision Lohnsystem, Personalteuerung, Mehrleistungen Zürcher KVG-Patientinnen und –Patienten, siehe auch Begründungen in der LG Nr. 9510)
- 7,4 KAZ: Minderertrag v.a. infolge Auslagerung Abo-Rechnungen für Bezüge USZ bei Drittlieferanten
- 1,2 KSW: Budgetüberschreitung (v.a. Teilrevision Lohnsystem, Personalteuerung, Mehrleistungen Zürcher KVG-Patientinnen und –Patienten, siehe auch Begründungen in der LG Nr. 9520)

Investitionsrechnung

- +42,3 Projektverzögerungen USZ (insbesondere Projekte Bettenhaus Ost I-III, Neonatologie, Pathologie)
- 4,4 Mehrbedarf KSW (Projektierung Ersatzneubau Hochhaus und verschiedene Sanierungsprojekte)
- 22,9 Mehrbedarf Staatsbeiträge an Akutsomatik (Stadtspital Triemli, Spital Bülach, Kinderspital)

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	206 711	-126 105	100 000	180 606	-26 105

Auflösung von Rücklagen 2011

- davon Fr. 126 105 für Projektdefinition und Konzeptplanung für Renovation der Herstellungs-räumlichkeiten der KAZ

Bildung von Rücklagen 2011

KAZ: Mehrleistungen bei konstantem Personalbestand

6400 Psychiatrische Versorgung

Hauptereignisse

Die Gesundheitsdirektion schloss im Berichtsjahr die «Psychiatrieplanung 2012» ab. Dieses Projekt bildet die Grundlage für die dem revidierten KVG entsprechende neue Zürcher Spitalliste 2012 Psychiatrie. Gleichartig zum Vorgehen bei der Spitalplanung zur Akutsomatik und zur Rehabilitation wurde ein Bewerbungsverfahren eingeleitet, das Ende Februar seinen Abschluss fand. Es gingen 21 Bewerbungen ein und im Juni wurde der Versorgungsbericht Psychiatrie publiziert, der sich mit der Bedarfsprognose bis zum Jahr 2020 auseinandersetzte. Im Strukturbericht Psychiatrie vom September wurde sodann über die Evaluation der Bewerber nach den Kriterien der Wirtschaftlichkeit, Qualität und Zugänglichkeit berichtet. Es zeigte sich, dass die stationäre psychiatrische Versorgung der Zürcher Bevölkerung mit 16 Kliniken sichergestellt werden kann. Im Dezember legte der Regierungsrat die neue Spitalliste Psychiatrie fest, welche ab dem 1. Januar 2012 gültig ist.

Das von der Gesundheitsdirektion initiierte Projekt «Psychiatrie-Tarifsystem» (P-TAR) wurde im Berichtsjahr mit dem Projekt «psysuisse» vom Verband H+, die Spitäler der Schweiz, zusammengelegt. Das nunmehr auf einer breiteren Grundlage stehende, gemeinsame Projekt läuft unter dem Namen TAR-PSY. Es hat im Sommer ein offizielles Mandat der SwissDRG AG erhalten, das die Entwicklung eines gesamtschweizerisch gültigen Tarifsystems für die stationäre Psychiatrie zum Ziel hat.

Die psychiatrische Versorgung im Kanton Zürich hat ein hohes Niveau. Sie bewegt sich aber in einem gesellschaftlichen Umfeld, das im Wandel begriffen ist und im Spannungsfeld steht zwischen medizinischen, sozialen und wirtschaftlichen Anforderungen – eine laufende Weiterentwicklung ist daher wichtig. Vor diesem Hintergrund hat die Gesundheitsdirektion eine «Vision Psychiatrie» entwickelt, die im Dezember des Berichtsjahres einer interessierten Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Sie definiert die Leitwerte für die Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung im Kanton. Die Vision steht auf vier Pfeilern und ist folgenden Werten verpflichtet: 1. Der Innovation, weil Stillstand auch in der Psychiatrie ein Rückschritt ist; 2. der Integration, indem psychisch Erkrankte beruflich und sozial bestmöglich eingegliedert werden; 3. der Wirtschaftlichkeit, indem die vorhandenen Mittel effizient und wirkungsvoll eingesetzt werden; und 4. der Menschlichkeit, weil das Leiden von Betroffenen möglichst klein und die Heilungschancen möglichst gross sein sollen. Die Vision soll allen Beteiligten (Patientinnen und Patienten, Angehörigen, Leistungserbringern, Politikerinnen und Politikern, Bürgerinnen und Bürgern und schliesslich Finanzierern) Orientierung bieten und positive Impulse auslösen.

Wie geplant hat das in Kooperation zwischen der Psychiatrischen Universitätsklinik (PUK) und dem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD) aufgebaute Zentrum für funktionelle Magnetresonanztomographie im Januar des Berichtsjahres seinen Betrieb aufgenommen. Dieses Zentrum ist eines der im Kanton im Rahmen der Gesamtstrategie hochspezialisierte Medizin (HSM) eingeleiteten Projekte. Das Zentrum bezweckt die Früherkennung, die differenziertere Indikationsstellung und die Frühbehandlung psychiatrischer Erkrankungen mittels neuer bildgebender Verfahren; ausserdem unterstützt es die Erforschung des Therapieverlaufs.

Das im Jahr 2010 gestartete Projekt zur Integration des Psychiatriezentrums Rheinau (PZR) in die PUK erreichte im Berichtsjahr sein Ziel: Am 1. Juli wurde das PZR organisatorisch in die PUK integriert. Die Zusammenführung der beiden traditionsreichen Institutionen wurde in verschiedenen Teilprojekten von Direktion und Mitarbeitenden sorgfältig vorbereitet und ging reibungslos vonstatten. Das Projekt wurde im Dezember offiziell abgeschlossen.

Nach dem Zusammenschluss der Integrierten Psychiatrie Winterthur (ipw) mit dem Psychiatriezentrum Hard (PZH) im Jahr 2010 standen für die ipw im Berichtsjahr Folgearbeiten im Zusammenhang mit der Fusion im Vordergrund. So wurde beispielsweise ein neues Konzept für die Versorgung der Region

«Winterthur-Zürcher Unterland» erarbeitet. Im Sommer eröffnete die ipw eine Spezialstation für Traumafolgestörungen im Zentrum Hard in Embrach und im Herbst eine Psychotherapiestation für Adoleszente (18- bis 25-Jährige) in der Winterthurer Klinik Schlosstal.

Der KJPD hat im Juli die zwei kleinen Regionalstellen in Effretikon und Regensdorf zugunsten einer neuen Regionalstelle Zürich-Nord geschlossen, womit eine Effizienzsteigerung vor allem im administrativen Bereich erreicht werden konnte.

Die Unterbringung und Behandlung von gewaltbereiten Patienten in psychiatrischen Kliniken ist problematisch. Daher hat der Regierungsrat im August die Direktion der Justiz und des Innern, die Gesundheitsdirektion und die Gesundheitsdirektion damit beauftragt, Massnahmen zur Verbesserung dieser Situation zu erarbeiten. Zukünftig soll ein mobiles, interdisziplinär beratendes Gremium von Fachleuten die sachgerechte Unterbringung und Behandlung von gewaltbereiten Personen im Einzelfall rasch beurteilen können. Weiter sollen Vorkehrungen zur Unterstützung der psychiatrischen Kliniken und zur Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebots in der forensischen Psychiatrie getroffen werden. Die dafür nötigen Umsetzungsmassnahmen sollen dem Regierungsrat im Herbst 2012 zum Entscheid vorgelegt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellen der bedarfsgerechten stationären Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei psychischen Erkrankungen. Es werden Staatsbeiträge an die kantonalen Betriebe Psychiatrische Universitätsklinik (PUK), Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw) und Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD) sowie vier weitere psychiatrische Kliniken geleistet.
A2	Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit psychischen Erkrankungen in Ambulatorien sowie in Tages- und Nachtkliniken.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen					
W1	Anteil Zürcher Patientinnen/Patienten, die im Kanton Zürich stationär behandelt werden (A1, neu)	min.	95%	90%	95%* 5%
Leistungen					
L1	Stationäre Patientenaustritte (A1, neu)	P	11 850	12 200	12 280** 80
L2	Stationäre Pfl egetage (A1, neu)	P	442 250	449 000	432 600** -16 400
L3	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (A1, neu)	max.	37,3	39,0	35,2** -3,8
L4	Ambulante Einzelkonsultationen in den Ambulatorien der psychiatrischen Kliniken (A2, neu)	P	214 876	220 000	229 100** 9 100
L5	Betreuung in Tageskliniken (Tage; A2, neu)	P	55 266	60 000	66 200** 6 200
Wirtschaftlichkeit					
B1	Kosten pro Pfl egetag Benchmarkklinik (Fr.; A1, neu)	max.	n. a.	620	n. a.

* Prognose, Daten des Berichtsjahres liegen erst Anfang 2013 vor

** Hochrechnung

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln Planmässig Läuft seit dem Berichtsjahr unter dem Namen «TARPSY» in Kooperation mit H+ im Auftrag von SwissDRG. Der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes wurde im KEF 2012–2015 auf das Jahr 2015 verschoben.	2012
E2	Umsetzung Zusammenschluss der Kliniken ipw und Psychiatriezentrum Hard abschliessen Abgeschlossen	2011
E3	Planung der Psychiatrie optimieren Planmässig Abschluss der Psychiatrieplanung 2012, Verabschiedung der Vision Psychiatrie	2014
E4	Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgeltungssysteme weiterentwickeln Planmässig Läuft seit dem Berichtsjahr unter dem Namen «TARPSY» in Kooperation mit H+ im Auftrag von SwissDRG. Der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes wurde im KEF 2012–2015 auf das Jahr 2015 verschoben.	2012
E5	Zusammenschluss der Kliniken Psychiatrische Universitätsklinik (PUK) und Psychiatriezentrum Rheinau (PZR) Abgeschlossen	2012

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung					
Ertrag		175,7	178,7	175,3	–3,4
Aufwand		–394,2	–410,2	–402,7	7,5
Saldo		–218,5	–231,5	–227,4	4,1
Investitionsrechnung					
Einnahmen		18,4	1,0	13,0	12,0
Ausgaben		–15,9	–21,9	–14,1	7,7
Saldo		2,5	–20,8	–1,1	19,7
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		1 959,8	1 971,0	1 912,5	–58,5

Erfolgsrechnung

Verbesserungen (in Mio. Franken):

- +13,7 Ambulante Mehrleistungen und Tarifmehrerträge
- +4,0 Produktivitätssteigerungen bei den kantonalen und staatsbeitragsberechtigten Betrieben

Verschlechterungen (in Mio. Franken):

- 8,5 PZR: Sonderabschreibungen infolge doppelt geführter Anlagepositionen
- 5,0 ipw: Wertberichtigung der an den Krankenhausverbund Zürcher Unterland (KZU) übergebenen Gebäude

Investitionsrechnung

- +12,1 Mehreinnahmen aus Übertragung Teile der Liegenschaft Hard, Embrach (ehemaliges PZH), ins Finanzvermögen (für Baurecht KZU)
- +5,7 Projektverzögerungen und Minderbedarf PUK
- +1,9 Übriger Minderbedarf

Personal

- +25,1 PUK: nicht budgetierte fremdfinanzierte Stellen
- +6,5 KJPD: Ausbau Gutachtertätigkeit Forensik, davon 4,3 Stellen fremdfinanziert
- 91,6 ipw: Stellenanpassungen im Rahmen der Fusion ipw/PZH, Auslagerung Standortlogistik Embrach an KZU und Reorganisation Integrierte Psychiatrie Winterthur

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	411 594	-131 805	527 751	807 540	+395 946

Auflösung von Rücklagen 2011

- davon Fr. 131 805 für Personalanlässe PUK

Bildung von Rücklagen 2011

- PUK und PZR Fr. 1 500 000: Effizienzsteigerungen und Mehrleistungen in der ambulanten Versorgung

Auflösung von Rücklagen zur Deckung Jahresverlust 2011

- KJPD Fr. 572 249: v.a. durch Mehrerträge nicht gedeckte Aufwandsteigerung in den Tageskliniken und Ambulatorien
- ipw Fr. 400 000: Nichterreicherung Kostendeckungsvorgaben bei Tageskliniken und Ambulatorien

6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Nach der Inkraftsetzung des neuen Pflegegesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen auf den 1. Januar standen im Berichtsjahr die Umsetzung und Anwendung im Vordergrund. Verantwortlich waren dafür in erster Linie die für die Sicherstellung der Versorgung zuständigen Gemeinden, Pflegeheime und Spitex-Institutionen. Die Gesundheitsdirektion stand für Informationen und Fragen zur Verfügung. Die Abklärungen betrafen insbesondere – u. a. im Zusammenhang mit der Finanzierungsumstellung auf das Modell 100/0 – Spezialfälle, wie beispielsweise die Regelung der Finanzierung bei ausserkommunalen oder ausserkantonalen Aufenthalten, die Abwicklung der Finanzierung zwischen den Leistungserbringern und den Gemeinden sowie jene zwischen Gemeinden und Kanton (Letzteres nur für das Berichtsjahr).

Die Gemeinden wurden mit dem Pflegegesetz auch verpflichtet, für die Versorgung in ihrem Hoheitsgebiet Versorgungskonzepte zu erarbeiten. Im Rahmen dieser Konzepte werden für die Leistungsbezüger und ihre Angehörigen das kommunale Angebot dargelegt und die zuständigen Stellen sowie die einzelnen Leistungserbringer bezeichnet. Diese Arbeiten werden durch die Gesundheitsdirektion beratend begleitet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Unterstützung der Gemeinden bei der Sicherstellung der ambulanten Langzeitversorgung mittels Spitex-Institutionen und freiberuflichen Pflegefachpersonen.
A2	Unterstützung der Gemeinden bei der Sicherstellung der stationären Langzeitversorgung in Pflegeheimen.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen					
W1	Grundsatz «ambulant vor stationär»: Anteil der ambulanten im Verhältnis zu den stationären Pflegeleistungsstunden (A1, A2, neu)	min.		16,9%	n. a.*
Leistungen					
L1	Anzahl Pflegeleistungsstunden der Spitex-Institutionen (in Tausend) (A1, neu)	P		1 410	n. a.*
L2	Anzahl staatsbeitragsberechtigter nichtpflegerischer Leistungsstunden der Spitex-Institutionen (in Tausend) (A1, neu)	P		610	n. a.*
L3	Anzahl Spitex-Klientinnen/-Klienten mit Pflegeanspruch pro 10 000 Einwohnerinnen/Einwohner (A1, neu)	P		227	n. a.*
L4	Anzahl durchschnittliche Pflegestunden pro Spitex-Klientin/-Klient (A1, neu)	P		47	n. a.*
L5	Anzahl Pflegeleistungsstunden in Pflegeheimen (in Tausend) (A2, neu)	P		8 350	n. a.*
L6	Anzahl Pflegeheimbewohnerinnen/-bewohner mit Pflegeanspruch pro 10 000 Einwohnerinnen/Einwohner (A2, neu)	P		98	n. a.*
L7	Anzahl durchschnittliche Pflegestunden pro Pflegeheimbewohnerin/-bewohner (A2, neu)	P		642	n. a.*

Wirtschaftlichkeit

B1	Benchmark «Kosten pro Pflegestunde bei Spitex-Institutionen mit gemeinwirtschaftlichen Leistungen für Gemeinden» (in Fr.) (A1, neu)	P	103.70	n.a.*
B2	Benchmark «Kosten pro Pflegestunde bei Spitex-Institutionen ohne gemeinwirtschaftliche Leistungen für Gemeinden» (in Fr.) (A1, neu)	P	63.30	n.a.*
B3	Benchmark «Kosten pro staatsbeitragsberechtigte nichtpflegerische Leistungsstunde im Spitex-Bereich» (in Fr.) (A1, neu)	P	79.60	n.a.*
B4	Benchmark «Kosten pro Pflegeminute im Heim» (in Fr.) (A2, neu)	P	1.23	n.a.*

* Die Werte des Berichtsjahres liegen erst Mitte 2012 vor. Aufgrund des fundamentalen Systemwechsels in der Pflegefinanzierung können auch die Werte 2010 nicht als Grundlage für Schätzungen herangezogen werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Neuregelung Pflegefinanzierung Abgeschlossen	2011
----	---	------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2010

B 2011

R 2011

Abweichung
von B 2011**Erfolgsrechnung**

Ertrag	0,0	0,0	0,3	0,3
Aufwand	-36,4	-80,1	-81,1	-1,0
Saldo	-36,4	-80,1	-80,8	-0,7

Investitionsrechnung

Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben	-9,4	-14,0	-22,9	-8,9
Saldo	-9,4	-14,0	-22,9	-8,9

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte		0,0		0,0
----------------------------------	--	-----	--	-----

Erfolgsrechnung

-0,7	Höhere Abschreibungen
-0,2	Höhere Zinsen
+0,2	Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

-8,8	Mehrbedarf für zusätzliche Zahlungen an Bauvorhaben bei kommunalen Alters- und Pflegeheimen (insbesondere der Stadt Zürich) aufgrund schnellerem Baufortschritts
------	--

6700 Beiträge an Krankenkassenprämien

Hauptereignisse

Der Kanton Zürich richtete im Berichtsjahr rund 421 000 Personen oder rund 31% der Gesamtbevölkerung Beiträge an Krankenkassenprämien aus. Rund 362 000 Personen wurden individuelle Beiträge gewährt (IPV).

Der bis am 31. Dezember geltende § 17 des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) sah vor, dass der Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligung mindestens dem Bundesbeitrag nach Art. 66 KVG entsprechen musste. In der Volksabstimmung vom 15. Mai wurde eine auf das Sanierungsprogramm San10 zurückgehende Änderung von § 17 gutgeheissen: Die revidierte, seit dem 1. Januar 2012 in Kraft stehende Bestimmung sieht neu vor, dass der Kantonsbeitrag mindestens 80% des mutmasslichen Bundesbeitrages ausmachen soll. Diese Änderung wirkte sich indessen im Berichtsjahr noch nicht aus.

Die Berechtigungsgrenzen zum Bezug von Prämienverbilligung blieben im Berichtsjahr beim Einkommen unverändert. Der Regierungsrat hat hingegen die Vermögensgrenze für die nach dem Grundtarif besteuerten Personen von Fr. 300 000 auf Fr. 150 000 herabgesetzt. Alleinstehende ohne Kinder haben deshalb im Berichtsjahr keine Prämienverbilligung mehr erhalten, wenn sie mehr als Fr. 150 000 steuerbares Vermögen hatten. Für Verheiratete und Alleinerziehende blieb die Vermögensgrenze unverändert bei Fr. 300 000. Diese Regelung lehnt sich an den Freibetrag der Vermögenssteuer an, der für Verheiratete zweimal höher liegt als für Alleinstehende.

Nachdem die Prämienverbilligungsbeiträge im Jahr 2010 erheblich erhöht worden waren, konnten sie im Berichtsjahr für Kinder und junge Erwachsene unverändert beibehalten werden. Die Erwachsenenprämien wurden teilweise an die Teuerung angepasst.

Mit Beschluss vom 13. Dezember hat der Regierungsrat eine weitere Teilrevision des EG KVG zuhanden des Kantonsrates verabschiedet (vgl. dazu die Ausführungen zum entsprechenden Schwerpunktthema). Die Vorlage umfasst Anpassungen an die revidierten Art. 64a und 65 KVG (Verlustscheinübernahme bei unbezahlten Prämien und Kostenbeteiligungen sowie Standardisierung des Verfahrens bei der Ausrichtung der Prämienverbilligung und Ausrichtung direkt an die Krankenversicherer). Die Vorlage wird im Jahr 2012 im Kantonsrat beraten.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

- | | |
|----|--|
| A1 | Der Kanton richtet gestützt auf das Krankenversicherungsgesetz (KVG) und das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) Prämienverbilligungen an die obligatorische Krankenversicherung von Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. |
| A2 | Seit Inkrafttreten von Art. 65 Abs. 1 ^{bis} KVG sind auch familienpolitische Ziele zu berücksichtigen. |

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Erhöhung der verfügbaren Einkommen von Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen in Mio. Franken (A1)	P	709	747	725	-22
Leistungen						
L1	Anteil der Versicherten mit Prämienverbilligung (A1)	min.	32%	32%	31%	-1%
L2	Anteil der Haushalte mit Kindern mit Prämienverbilligung (A2)	min.	40%	41%	39%	-2%
L3	Kantonsbeitrag in Mio. Franken (Aufwand des Kantons nach Abzug des Bundesbeitrages, einschliesslich SVA-Entschädigung für den Vollzugaufwand) (A1, neu)	P	364,2	375,9	359,8	-16,1
L4	Kantonsbeitrag in % des Bundesbeitrages (A1, neu)	min.		100%	97%	-3%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Vollzugaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeiteten Bezugsberechtigten in Fr. bei der individuellen Prämienverbilligung	P	14	14	14	-
Abweichungsbegründungen						
L3	Der Kantonsbeitrag muss für das Berichtsjahr gemäss §17 EG KVG mindestens so hoch sein wie der Bundesbeitrag. Letzterer belief sich auf 370,3 Mio. Franken, währenddem die Ausgaben zulasten des Kantons 359,8 Mio. Franken ausmachten. Das Ausgabenziel wurde somit um 10,5 Mio. Franken unterschritten. Im Vorjahr lag der Kantonsbeitrag um 24,3 Mio. Franken über dem Bundesbeitrag.					
L4	Der tiefere Wert ist zum einen auf eine im Vergleich mit dem Budget geringere Steigerung der Prämienübernahmen aufgrund von Verlustscheinen zurückzuführen. Zum anderen lagen im Berichtsjahr die Nachmeldungen der individuellen Prämienverbilligungen für das Leistungsjahr 2010 tiefer als erwartet.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		bis
E1	Optimierung des Prämienverbilligungssystems Verzögert Da der Aufbau eines zentralen Steuerregisters nicht abgeschlossen ist, wird sich die Umsetzung des Projekts weiter verzögern.	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	345,1	375,9	370,3	-5,6
Aufwand	-714,4	-751,8	-730,2	21,6
Entschädigung SVA	-5,1	-5,3	-5,1	0,1
Individuelle Prämienverbilligung	-447,7	-455,3	-437,8	17,5
Prämienübernahmen	-260,5	-291,0	-285,4	5,6
Saldo	-369,4	-375,9	-359,8	16,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

- 5,6 Der vom Bund ausgerichtete Pauschalbeitrag ist an die Prämienentwicklung gekoppelt. Da die Prämien weniger stark zunahmen als bei der Planung angenommen wurde, lag der effektive Bundesbeitrag unter dem Budgetwert.
- +21,6 Der tiefere Aufwand ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Anpassungen der individuellen Prämienverbilligungen infolge der tieferen Prämienteuering in geringem Umfang als budgetiert erfolgten. Zum tieferen Aufwand haben auch die Nachmeldungen im Berichtsjahr in Bezug auf das Leistungsjahr 2010 beigetragen, die tiefer lagen als erwartet. Zudem lagen die ausgerichteten Prämienübernahmen aufgrund von Verlustscheinen unter dem Budget, da entgegen dem erwarteten Anstieg die Verlustscheinübernahmen im Berichtsjahr ungefähr dem Niveau 2010 entsprachen.

6900 Tierseuchenfonds

Hauptereignisse

Das Programm zur Ausrottung der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) wurde im Berichtsjahr fortgeführt. Ein Übergang zur Stichprobenüberwachung war noch nicht möglich, da die Anzahl positiv getesteter Kälber dafür noch zu hoch war. Insgesamt wurden 42 468 Kälber untersucht. Dabei erwiesen sich 31 Kälber als BVD-positiv. Die stete Abnahme der Anzahl positiv getesteter Tiere (0,07% der neugeborenen Kälber) entspricht den aufgrund der bisherigen Ergebnissen revidierten Erwartungen. Parallel zur Überwachungsphase wurden erste Pilotstudien zur serologischen BVD-Stichprobenüberwachung vom Bund koordiniert und zusammen mit den Kantonen durchgeführt. Zur vollständigen Ausrottung der BVD rechtfertigt es die Situation, die Untersuchung der neugeborenen Kälber auch 2012 fortzuführen und gleichzeitig die serologische Stichprobenüberwachung zu etablieren.

Im Herbst zeigte ein Rind typische Symptome der Bodenseuche Milzbrand, weshalb im Betrieb sichernde Massnahmen getroffen wurden. Aufgrund der durchgeführten Laboruntersuchungen konnte eine Milzbrandinfektion ausgeschlossen werden. Der Fall zeigt, wie wichtig eine aufmerksame klinische Überwachung der Nutztierbestände durch die Tierärzteschaft ist – auch mit Blick auf schon länger nicht mehr festgestellte Tierseuchen.

Bei den Bruterkrankungen der Bienen waren erneut hohe Fallzahlen zu verzeichnen: 81 mit Sauerbrut und 8 mit Faulbrut verseuchte Bestände waren zu sanieren. Im Berichtsjahr wurde ein neues zentrales Bienenregister erstellt; es erlaubt im Seuchenfall ein noch schnelleres Handeln und eine bessere Erreichbarkeit aller Imker für Präventions- und Bekämpfungsinformationen. Aufgrund der bisherigen und kommenden Anstrengungen kann davon ausgegangen werden, dass es künftig nicht zu einem weiteren Anstieg der Fallzahlen kommen wird und mittelfristig eine sinkende Tendenz erreicht werden kann.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Fonds zur Finanzierung von Leistungen des Staates an die Bekämpfung von Tierseuchen und anderen übertragbaren Tierkrankheiten
----	---

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Leistungen						
L1	Anzahl Tierseuchenfälle (A1)	P	217	150	205	55
L2	Anzahl Laboruntersuchungen zur Überwachung von Tierseuchen (A1)	P	51 720	51 000	55 297	4 297
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	0.58	0.36	0.35	-0.01
B2	Kantonaler Beitrag pro Grossvieheinheit (in Fr.)	max.	10.98	6.87	6.83	-0.04

Abweichungsbegründungen

L1	Die höhere Anzahl von Tierseuchenfällen ist vor allem auf die Bruterkrankungen der Bienen zurückzuführen.
L2	Die höhere Anzahl der Laboruntersuchungen ist auf die Verlängerung des BVD-Ausrottungsprogramms bei Rindern und den grösseren Umfang an Untersuchungen zur Überwachung der CAE (Caprine Arthritis-Encephalitis) bei Ziegen zurückzuführen.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Überprüfen der Finanzierungsstruktur des Tierseuchenfonds Verzögert um 1 Jahr	bis 2013
----	--	-------------

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,7	2,2	1,8	-0,4
Patente, Entgelte, Beiträge	1,0	0,8	0,5	-0,3
Tiermehlfabrik Bazenheim	0,7	0,8	0,6	-0,2
Interne Verrechnungen	0,9	0,6	0,6	0,0
Aufwand	-2,8	-2,7	-2,1	0,6
Sachaufwand	-1,8	-1,6	-1,3	0,3
Tiermehlfabrik Bazenheim	-0,7	-0,8	-0,6	0,2
Bereitstellungskosten TMF	-0,1	-0,2	-0,1	0,0
Eigene Beiträge	-0,1	-0,2	-0,1	0,1
Saldo	-0,2	-0,5	-0,4	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	4,5	3,9	4,1	0,2

Erfolgsrechnung

- +0,6 Der Minderaufwand ist vor allem auf den Wegfall der Impfung gegen die Blauzungenkrankheit, geringere Entschädigungen aus Seuchenfällen und auf tiefere Kosten bei der Entsorgung der tierischen Nebenprodukte zurückzuführen.
- 0,4 Der Minderertrag ist durch geringere Tierhalterbeiträge infolge Verzicht auf die Impfung gegen die Blauzungenkrankheit und kleinere Rückerstattung der Gemeinden für die Entsorgung der tierischen Nebenprodukte begründet.

Fondsbestand

Der Fondsbestand nahm gegenüber 2010 dank des geringeren Aufwands statt der budgetierten 0,55 Mio. Franken nur um 0,35 Mio. Franken ab und beträgt Ende des Berichtsjahres 4,1 Mio. Franken.

6999 Lohnnachzahlungen; Berufe im Gesundheitswesen

Hauptereignisse

2001 stellte das Verwaltungsgericht für verschiedene Gesundheitsberufe eine diskriminierende Festlegung der massgebenden Lohnklassen im Rahmen der Strukturellen Besoldungsrevision fest. Für die gestützt darauf vorzunehmenden Neueinreihungen der betroffenen Berufsangehörigen gewährte der Kantonsrat seinerzeit einen Nachtragskredit von 280 Mio. Franken. Ausgehend von diesen Grundsatzentscheiden konnten auch im Berichtsjahr weitere Rechtsverfahren abgeschlossen und entsprechende Gerichtsentscheide vollzogen werden. Eine kleinere Anzahl von Fällen ist nach wie vor hängig, weshalb auch im Jahr 2012 mit Lohnnachzahlungen zu rechnen ist.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen					
W1	Eingang Gesuche Pflegepersonal	11		7	
W2	– kantonale Betriebe	0		0	
W3	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe	4		6	
W4	– nicht berechtigte Personen	7		1	
W5	Eingang Gesuche Pflegekader/TOA usw. ab 2004	2		4	
W6	– kantonale Betriebe	2		1	
W7	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe	0		0	
W8	– nicht berechtigte Personen	0		3	
Leistungen					
L1	Bearbeitete Gesuche Pflegepersonal	11		7	
L2	– kantonale Betriebe	0		0	
L3	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe	4		6	
L4	– Rückweisungen	7		1	
L5	Bearbeitete Gesuche Pflegekader/TOA usw. ab 2004	2		4	
L6	– kantonale Betriebe	2		1	
L7	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe	0		0	
L8	– Rückweisungen	0		3	
Wirtschaftlichkeit					
B1	Ausbezahlte durchschnittliche Lohnnachzahlungen in Fr. für Pflegepersonal	4 547		5 583	
B2	– kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	0		0	
B3	– kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <40 000)	0		0	
B4	– kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >40 000)	0		0	
B5	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	4		6	
B6	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <40 000)	0		0	
B7	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >40 000)	0		0	
B8	Ausbezahlte durchschnittliche Lohnnachzahlungen in Fr. für Pflegekader/TOA	30 896		0	
B9	– kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	1		0	
B10	– kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >20 000)	1		0	
B11	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	0		0	
B12	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >20 000)	0		0	

Finanzielle Entwicklung

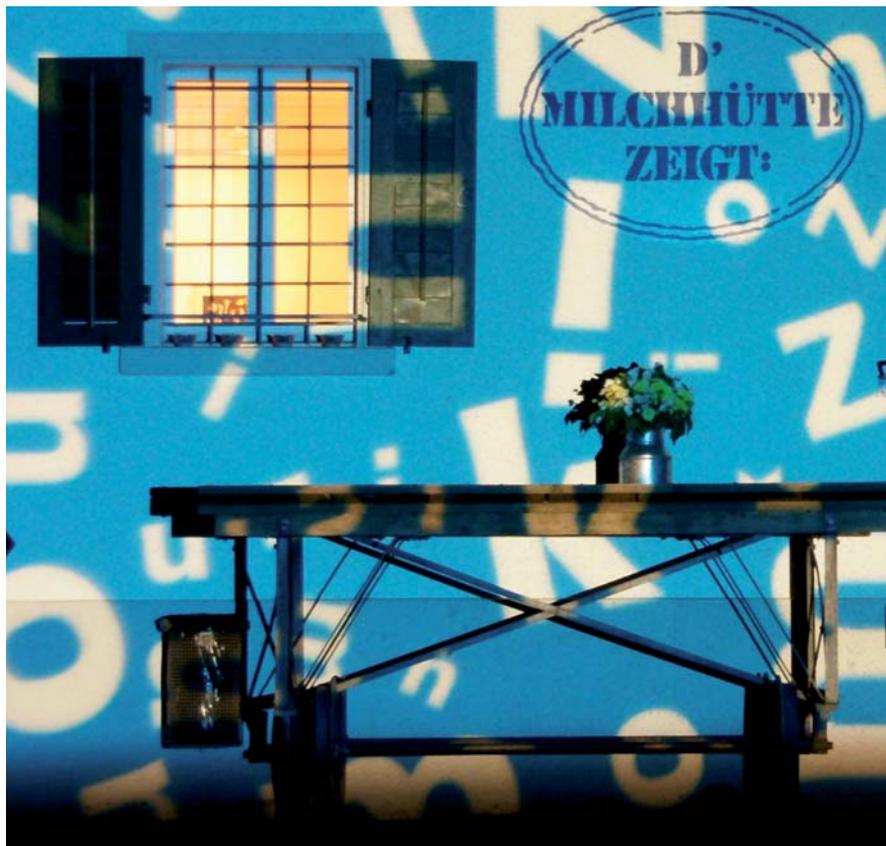
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	0,3		0,2	0,2
Lohnnachzahlungen	–0,1		–0,0	–0,0
Entnahme aus Rückstellungen	0,1		0,0	0,0
Auflösung nicht benötigte Rückstellungen	0,3		0,2	0,2
Saldo	0,3		0,2	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Im Berichtsjahr wurden Lohnnachzahlungen im Umfang von 0,03 Mio. Franken geleistet. Die Aufwendungen für Lohnnachzahlungen werden durch die Entnahme aus Rückstellungen gedeckt. Die Höhe der Rückstellung wurde überprüft. Aufgrund der Schätzungen zu den Lohnnachzahlungen, mit denen inskünftig noch gerechnet werden muss, wurde die Rückstellung um den Betrag von Fr. 166 500 auf Fr. 1 400 000 verringert.



Richterswil: Schulhaus Töss



Zumikon: Galerie Milchhütte



Seuzach: Schulhaus Rietacker

Bildungsdirektion

Die Bildungsdirektion übernimmt für sämtliche Bereiche des Bildungswesens Koordinations- und Steuerungsaufgaben, vom Frühbereich mit Krippen über den Volksschulbereich mit Horten und Tagesstrukturen, Mittel- und Berufsfachschulen, Sonderschulen und Heimen bis zu den Hochschulen und zur individuellen Weiterbildung im Erwachsenenalter. Neben der Zurverfügungstellung von Infrastrukturen und Dienstleistungen dienen regelmässig erhobene Leistungs- und Wirkungsdaten, die systematischen Evaluationen der Fachstelle für Schulbeurteilung und die Aktivitäten des Lehrmittelverlages des Kantons Zürich der Qualitätssicherung im Bildungsbereich.

Die Gesamtzahl der Lernenden im Kanton Zürich ist erneut leicht angestiegen. Gegenwärtig besuchen 273 000 Personen eine öffentliche oder private Bildungseinrichtung. Auch im Berichtsjahr war das stärkste Wachstum in den nachobligatorischen Schulstufen zu verzeichnen. Daneben verzeichnete das öffentliche Bildungswesen des Kantons einen Beschäftigungsumfang von 13 128 Vollzeiteinheiten als Lehrpersonen, Schulleitende oder Verwaltungsangestellte.

Es besteht weiterhin ein Mangel an Lehrpersonen im Volksschulbereich. Eines der Hauptziele der kommenden Jahre bleibt es, für die Volksschule genügend gut ausgebildete und motivierte Lehrpersonen zu finden und zu halten. Ein wichtiger Baustein hierfür sind die neu geschaffenen Ausbildungsgänge für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, die im Frühjahr von rund 200 Studieneinsteigern in Angriff genommen wurden.

Im Sommer hat die Fachstelle für Schulbeurteilung den ersten Evaluationszyklus abgeschlossen; über 500 Schuleinheiten sind damit ein erstes Mal beurteilt worden. Aufgrund der gesammelten Erfahrungen und Rückmeldungen der Schulen wurden für den zweiten Evaluationszyklus Veränderungen am Evaluationsverfahren vorgenommen (Details dazu unter www.fsb.zh.ch).

Am 29. August wählte der Kantonsrat mit Regula Trüeb, Prof. Dr. Lucien Criblez, Martin Lampert, Theo Meier und Samuel Ramseyer vier neue Mitglieder in den Bildungsrat. Zusammen mit den bisherigen Prisca Brüllhart-Kissling, Prof. Dr. Kitty Cassée und Peter Fuchs sind sie unter dem Vorsitz der Bildungsdirektorin Regine Aeppli in der Legislaturperiode 2011–2015 für die Koordination der Bildungsbereiche, Lehrpläne und weitere schulorganisatorische Fragestellungen verantwortlich. Nachdem die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 15. Mai mit der Zustimmung zur Initiative «JA zur Mundart im Kindergarten» eine Änderung von § 24 des Volksschulgesetzes beschlossen hatten, erliess der Bildungsrat am 21. November den entsprechend geänderten Lehrplan für die Kindergartenstufe. Am 20. Juni wurde eine Befragung von Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern an der Volksschule in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse 2012 vorliegen werden. Am 26. September wurde das Mittelschul- und

Berufsbildungsamt beauftragt, die Einführung der Fachmaturität Pädagogik im Kanton Zürich vorzubereiten. Zwei weiteren Kantonsschulen (Rämibühl Literargymnasium und Realgymnasium) wurde die Einführung von Ausbildungsgängen mit zweisprachiger Maturität / International Baccalaureate bewilligt. Am 19. Dezember nahm der Bildungsrat den Schlussbericht der Lehrpersonenbefragung zum Englisch-Lehrmittel «Explorers» zur Kenntnis und beauftragte eine Projektgruppe, einen grundsätzlichen Anforderungskatalog für Englisch-Lehrmittel auszuarbeiten und gestützt darauf eine Analyse des bestehenden Lehrmittelangebots zu erstellen.

Am 7. Dezember hat der Regierungsrat das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz, mit Ausnahme der Bestimmungen über die Alimentenbevorschussung und die Kleinkinderbetreuungsbeiträge, auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt. Eine neue Kinder- und Jugendhilfeverordnung und eine neue Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich traten ebenfalls zu diesem Zeitpunkt in Kraft. Das neue Gesetz verankert eine bezirksübergreifende Organisationsstruktur der Jugend- und Familienhilfe. Der Kanton umfasst fünf Jugendhilfe-Regionen. Das Gesetz gewährleistet, dass die Leistungen vor Ort erbracht werden können, und es formuliert diese präziser als bisher. Im Gesetz verankert wurden auch die Schulsozialarbeit und die familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulbereich. In beiden Bereichen liegt die Hauptverantwortung bei den Gemeinden. Anstelle der regionalen Jugendhilfekommissionen wird neu eine einzige kantonale Jugendhilfekommission die Bildungsdirektion beraten.

Legislaturziele

Die Bildungsdirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzilen (LZ RR) 2, 3, 6, 12 und 16 des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Standes der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Direktion.

Legislaturziel	1 Lehre und Forschung sind im nationalen und internationalen Vergleich gestärkt (LZ RR 2; gemeinsam mit GD).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 2 a des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Die Anzahl Ausbildungsplätze und Bildungsabschlüsse ist erhöht (LZ RR 3; gemeinsam mit GD).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturzile 3 a–3 e des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Personen und Gruppen, bei denen die Tendenz besteht, dass sie ausgegrenzt werden oder sich abgrenzen, sind besser erreicht und integriert (LZ RR 6; gemeinsam mit DS und JI).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturzile 6 b, 6 c und 6 e des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Der Wirtschaftsstandort Zürich ist auf ein qualitatives und diversifiziertes Wachstum ausgerichtet (LZ RR 12; gemeinsam mit VD).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 12 c des Regierungsrates
Legislaturziel	5 Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber und dem Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Volksschule und Polizei ist begegnet (LZ RR 16; gemeinsam mit FD und DS).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 16 e des Regierungsrates
Legislaturziel	6 Allen Chancen eröffnen
Massnahme	6.1 Die frühe Förderung von Kindern mit freiwilligen Angeboten stärken und die Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch die Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern
Stand	Planmässig
Kommentar	Gesetzliche Grundlage für bedarfsgerechte Frühförderung mit neuem Kinder- und Jugendhilfegesetzes geschaffen
Massnahme	6.2 Verfahren und Instrumente entwickeln, um einen guten Start in die Schulzeit und einen fairen Übertritt in die Sekundarstufe I zu unterstützen
Stand	Planmässig
Massnahme	6.3 Lernschwache Schülerinnen und Schüler mit mehr Unterricht in den Kernfächern unterstützen
Stand	Planmässig

Massnahme	6.4 Das Programm «Qualität in multikulturellen Schulen» (Quims) verstärkt auf Lernerfolge ausrichten
Stand	Planmässig
Kommentar	Elf neue Schulen für das Schuljahr 2010/11. Evaluation von Quims ist erfolgt, Auswertung 2012.
Massnahme	6.5 Die Qualität der auserschulischen Betreuung (Horte, Tagesschulen) fördern
Stand	Planmässig
Massnahme	6.6 In der Volksschule Vorbereitungskurse für die gymnasiale Aufnahmeprüfung anbieten
Stand	In Planung
Legislaturziel	7 Guten Unterricht unterstützen
Massnahme	7.1 Mit dem Deutschschweizer Lehrplan 21 festlegen, was Schülerinnen und Schüler der Volksschule wissen und können müssen
Stand	Planmässig
Massnahme	7.2 Instrumente bereitstellen, mit denen Lernfortschritte von Schülerinnen und Schülern eingeschätzt werden können, z. B. als Grundlage für die individuelle Förderung
Stand	Planmässig
Massnahme	7.3 Gute Lehrmittel zur Verfügung stellen
Stand	Planmässig
Kommentar	Siehe Hauptereignisse in LG 7100
Massnahme	7.4 Den Unterricht in Naturwissenschaft und Technik auf allen allgemeinbildenden Schulstufen fördern und mit einem neuen Musikgesetz den Musikunterricht stärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Neuer Masterstudiengang «Fachdidaktik in Naturwissenschaften» an der PHZH geschaffen
Massnahme	7.5 Die Einführung von Schulassistenten prüfen, damit Lehrpersonen mehr Zeit zum Unterrichten haben
Stand	Planmässig
Massnahme	7.6 Schulen im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen und bei Problemen mit Gewalt unterstützen
Stand	Planmässig
Kommentar	Herausgabe der Broschüre «Häusliche Gewalt – Was tun in der Schule?». Bedarfsabklärung zur Prävention von Jugendgewalt in den Gemeinden durchgeführt. Materialien und Hilfsmittel für Volksschulen zum Thema «Amok» erstellt.

Legislaturziel	8 Lehrerinnen und Lehrer stärken
Massnahme	8.1 Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitende mit guten Arbeitsbedingungen im Berufsalltag unterstützen
Stand	Daueraufgabe
Massnahme	8.2 Genügend geeignete Menschen für den Lehrberuf gewinnen
Stand	Daueraufgabe
Kommentar	Start der Quereinsteigerausbildungen für Lehrpersonen
Massnahme	8.3 Die neu entwickelten Ausbildungsgänge für den Quereinstieg und den Stufenumstieg an der Pädagogischen Hochschule fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Ausweitung Quereinsteigerausbildungen
Massnahme	8.4 Eine gute Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern an Volks-, Mittel- und Berufsfachschulen gewährleisten
Stand	Planmässig
Kommentar	Absolventenbefragung und erste Quereinsteigerlehrgänge an der PHZH durchgeführt
Massnahme	8.5 Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Berufseinführungsphase unterstützen
Stand	Daueraufgabe
Massnahme	8.6 Die Schulleitungen mit einer Ergebnisverantwortung für die Leistungen ihrer Schulen stärken
Stand	In Planung
Legislaturziel	9 Passende Abschlüsse ermöglichen
Massnahme	9.1 Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung stärken
Stand	Planmässig
Massnahme	9.2 Leistungsschwächere Jugendliche beim Übergang in die Arbeitswelt unterstützen und die Schaffung von geeigneten beruflichen Ausbildungen fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Neue Berufsbildungsprofile für die entsprechende Zielgruppe erarbeitet
Massnahme	9.3 Gemeinsam mit den Spitälern Fachkräfte in den Gesundheitsberufen ausbilden
Stand	Planmässig
Massnahme	9.4 Die hohe Qualität der gymnasialen Bildung erhalten und den Hochschulzugang sicherstellen
Stand	Daueraufgabe
Kommentar	Verschiedenen Schulen wurden zusätzliche Ausbildungsprofile zugeteilt.
Massnahme	9.5 Uns für die Stärkung der Höheren Berufsbildung einsetzen
Stand	Planmässig
Massnahme	9.6 Die berufliche und allgemeine Weiterbildung und die Nachholbildung fördern
Stand	Planmässig

Legislaturziel	10 In die Hochschulen investieren
Massnahme	10.1 An der Universität Zürich die Betreuungsverhältnisse verbessern und Anpassungen an der Bologna-Reform vornehmen
Stand	Planmässig
Kommentar	Siehe Hauptereignisse LG 7401
Massnahme	10.2 Graduiertenprogramme und Doktoratsstufe weiterentwickeln und akademische Nachwuchskräfte fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Siehe Hauptereignisse LG 7401
Massnahme	10.3 In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschule investieren
Stand	Daueraufgabe
Kommentar	Fortschritte in der Strategischen Entwicklungsplanung Unispital/Universität (SEP)
Massnahme	10.4 Die Universitäre Medizin Zürich im Verbund mit der Gesundheitsdirektion stärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Siehe 10.3
Massnahme	10.5 Dem Mangel an qualifizierten Fachkräften in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik sowie im Gesundheitsbereich entgegenwirken
Stand	Planmässig
Kommentar	Neue Ausbildungsgänge «Masterstudiengang Fachdidaktik Naturwissenschaft» eingeführt
Massnahme	10.6 Das Stipendienwesen weiterentwickeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Gesamtschweizerische Entwicklungstendenzen im Stipendienwesen sind zu berücksichtigen. Beitritt Stipendienkonkordat in Planung.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechtsierung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	826,1	846,2	859,2	13,0
Aufwand	-3 186,1	-3 341,2	-3 311,6	29,6
Kreditübertragungen aus 2010		-9,1		
Saldo	-2 360,0	-2 495,0	-2 452,4	42,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen	12,1	8,4	24,4	16,0
Ausgaben	-134,9	-181,9	-124,4	57,5
Kreditübertragungen aus 2010		-4,6		
Saldo	-122,8	-173,5	-100,1	73,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	13 118,1	13 249,0	13 127,6	-121,4

Erfolgsrechnung

Ertrag (+13,0):

- +5,6 Höhere Beiträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV als budgetiert
- +4,3 Mehreinnahmen bei Rückerstattungen und Kantonsbeiträgen für ausserkantonale Lernende/Studierende der Berufsbildung
- +2,6 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität Zürich als budgetiert
- +2,6 Mehrertrag aus internen Verrechnungen für bezirksübergreifende Tätigkeiten in der Jugend- und Familienhilfe (Saldoneutral)
- +2,2 Zuwachs an Leistungsaufträgen im Bereich Schulsozialarbeit
- +1,8 Übrige Mehrerträge der Berufsbildung
- +1,4 Ertrag aus Korrektur Finanzleasing in der Eingangsbilanz der Universität
- +1,4 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge vom Bundesamt für Justiz an Sonderschulheime
- +1,1 Höhere kalkulatorische Nutzungskostenverrechnung für die der Universität Zürich zur Verfügung gestellten staatlichen Liegenschaften
- +1,1 Mehrertrag aus der Begleichung bedingt rückzahlbarer Ausbildungsdarlehen
- +1,3 Mehreinnahmen bei Personalleistungen und höhere Schulgeldeinnahmen in der Berufsbildung
- +0,9 Umsatzsteigerung durch höhere Verkäufe im Fachbereich Mathematik im Lehrmittelverlag (LMV)
- 5,9 Die Beiträge des Berufsbildungsfonds im Berichtsjahr werden erst 2012 von den Betrieben einbezahlt, weil es infolge der Aufbauzeit des Fonds zu einer Verzögerung im Vergleich mit dem Budget gekommen ist (entsprechend auch noch keine Auszahlung, wie im Aufwand gezeigt wird).
- 4,4 Tiefere interne Verrechnung für Mieten und Unterhaltsdienstleistungen in der Berufsbildung
- 1,4 Tiefere Bundesbeiträge für die Berufsbildung (-1,7) und Verrechnung Nutzungskosten an das Zentrum für Gehör und Sprache (+0,3) in der Bildungsverwaltung
- 1,2 Tiefere durchlaufende Bundesbeiträge für die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule (ZFH)
- 1,0 Tiefere Erträge aus der Verrechnung von Nutzungskosten für die von den staatlichen Hochschulen der ZFH benützten Liegenschaften
- +0,6 Übrige geringfügige Abweichungen

Aufwand (+29,6):

- +11,4 Tieferer Staatsbeitrag an die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW)
- +8,5 Nicht beanspruchte Kreditübertragung ZHAW aus dem Vorjahr
- +5,9 Die Zahlungen des Berufsbildungsfonds für das Beitragsjahr im Berichtsjahr werden erst 2012 geleistet.
- +4,4 Tiefere Beiträge an Schulgemeinden, insbesondere an die auswärtige Sonderschulung
- +3,6 Minderaufwand für Abschreibungen und Zinsen aufgrund von Verzögerungen bei Investitionen sowie dem Übertrag des Mittelschulhauses an der Affolternstrasse 30 in Oerlikon ins Finanzvermögen
- +3,1 Tiefere interne Verrechnung von Mietkosten innerhalb der Leistungsgruppe Berufsbildung hauptsächlich aufgrund Minderaufwand bei Abschreibungen und Zinsen
- +2,9 Minderaufwand für Unterrichts-, Verwaltungs- und Betriebspersonal in den Mittelschulen
- +2,8 Minderaufwand bei Dienstleistungen Dritter in der Berufsbildung
- +1,9 Minderaufwand bei Lehrmitteln, Hard- und Software in den Mittelschulen
- +1,6 Minderaufwand beim Gebäudeunterhalt in der Berufsbildung
- +1,4 Tiefere Personalkosten durch verzögerte Stellenbesetzung bei Austritten; Rotationsgewinne bei Pensionierungen im Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA)
- +1,3 Tiefere interne Verrechnung von Unterhaltsdienstleistungen innerhalb der Leistungsgruppe Mittelschulen hauptsächlich aufgrund Minderaufwand beim Gebäudeunterhalt
- +1,3 Tiefere Abschreibungen, Zinsen und Heizkosten in den Mittelschulen
- +1,3 Auflösung Rückstellung Bezirksschulpflege
- +1,2 Geringerer Aufwand für Weiterbildung Lehrpersonen und Behörden
- +1,2 Tiefere durchlaufende Bundesbeiträge für die Teilschulen der ZFH
- +1,1 Die Sachaufwendungen der Berufsinformationszentren biz (Berufkundliches Material, Drucksachen, Unterhalt, Mieten) fielen tiefer als erwartet aus.
- +0,9 Verzicht auf externe Beratungsleistungen im Hochschulamt (HSA)
- +0,9 Tiefere Trägerbeiträge des Kantons Zürich an die Konkordatsschulen
- +0,8 Tieferer Aufwand für Planungen und Dienstleistungen Dritter ZFH
- +0,8 Minderaufwand für Dienstleistungen Dritter (Verzögerung neuer Internetauftritt) und für Drucksachen im MBA
- +0,8 Tiefere Besoldungen durch Verzögerungen bei der Besetzung von Vakanzen im Volksschulamt (VSA)
- +0,8 Minderaufwand Planungen Dritter aufgrund von Verzögerungen von Bauprojekten in den Mittelschulen
- +0,7 Personalrotationen und Verzögerung Personalaufstockung IT im Amt für Jugend- und Berufsberatung (AJB)
- +0,7 Verschiebung von letzt- und diesjährigen Informatikanschaffungen (Hard- und Software) sowie geringere Hauswartungs- und Buchführungskosten im AJB
- +0,7 Tiefere Zinsen bei der Universität
- +0,7 Niedrigere Zinsen auf dem Verwaltungsvermögen ZFH
- +0,7 Personalmutationen und verzögerte Anstellungen führten zu tieferen Beschäftigtenzahlen und Rotationsgewinnen in der Berufsbildung.
- +0,7 Verschiedene Personalmutationen führten zu Rotationsgewinnen in der Jugend- und Familienhilfe (JFH)

+0,6	Minderaufwand für Informatiknutzung und -unterhalt ZFH
+0,6	Tiefere Staatsbeiträge an Sonderschulen und Schulheime (unter anderem aufgrund der höheren durchlaufenden Bundesbeiträge vom Bundesamt für Justiz an Sonderschulheime)
+0,6	Die Beiträge / Durchlaufposten des Bundesamtes für Justiz (BJ) an die Kinder- und Jugendheime fielen mit 9,9 Mio. Franken etwas tiefer als budgetiert aus.
-5,6	Höhere an die Universität überwiesene IUV-Beiträge als budgetiert (vgl. Ertrag)
-5,0	Tiefere Rückerstattungsbeiträge der Volksschulgemeinden aufgrund der effektiven Rechnung aus dem kantonalen Finanzierungsanteil von 32% an der Besoldung der Lehrpersonen
-4,1	Höhere Beiträge im Rahmen der Fachhochschulvereinbarung (FHV) an ausserkantonale Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen als budgetiert
-3,9	Erhöhung der Rückstellung für Teuerungszulagen der Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Uni-Professoren (WWPK)
-2,6	Höhere Beiträge an ausserkantonale Universitäten für Zürcher Studierende
-2,6	Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität Zürich
-2,6	Mehraufwand aus der Verrechnung von bezirksübergreifenden Tätigkeiten in der Jugend- und Familienhilfe (Saldoneutral)
-2,2	Budgetüberschreitung bei den Stipendien teilweise durch die übrigen Staatsbeiträge kompensiert
-2,2	Mehraufwand durch die Zunahme der Angebote im Bereich Schulsozialarbeit
-2,1	Zahlung an BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich für Übernahme des Zürich Konser - vatoriums Klassik und Jazz (ZKKJ) durch die Stadt Zürich
-1,7	Höhere Abschreibungen auf Hochbauten und Mobilien der Universität
-1,0	Höhere Staatsbeitrag an die Hochschule für Technik, Zürich, (HSZ-T) für Zürcher Studierende
-1,0	Nicht budgetierter Beitrag an die ZKKJ
-0,9	Höherer Staatsbeitrag an die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH)
+1,2	Übrige geringfügige Abweichungen

Investitionsrechnung

Einnahmen (+16,0):

+11,3	Übertrag des Schulhauses an der Affolternstrasse 30 in Oerlikon ins Finanzvermögen führte zu Investitionseinnahmen
+2,3	Vereinnahmte Bundesbeiträge für die Sanierung Anton-Graff-Haus der Berufsbildungsschule Winterthur
+2,2	Mehreinnahmen vom Bund aufgrund vorzeitig gestellten Teilzahlungsgesuchs für das Grossprojekt Toni-Areal
+1,5	Mehreinnahmen bei den durchlaufenden Investitionsbeiträgen des Bundes für die Universität
+0,8	Beiträge des Bundes für Liegenschaften ZGSZ (Neubau)
+0,5	Die Ausbildungsdarlehensrückerstattungen fielen höher als erwartet aus.
+0,2	Ein Investitionsbeitrag an ein Kinder-/Jugendheim wurde anteilmässig zurückgefordert.
-2,9	Mindereinnahmen vom Bund aus verschiedenen Projekten, z. B. Kleintierklinik, Kuppelschauhäuser Botanischer Garten
+0,1	Sonstige geringfügige Abweichungen

Ausgaben (+57,5):

- +8,1 Verzögerungen in den Arealentwicklungen ZHAW Standorte Wädenswil und Winterthur
- +7,7 Verzögerungen im Mieterausbau Toni-Areal (ZHdK und ZHAW)
- +7,3 Verschiedene Projekte haben sich verzögert: Aufstockung des Garderobentrakts der Turnhallen Rennweg der Berufsfachschule Winterthur (+1,5), Erweiterungsneubau Berufsbildungszentrum Zürichsee Horgen (+1,2), Neubau und Umnutzung Automobilwerkstätten in multifunktionelle Werkstätten STF Winterthur (+1,2), bauliche Massnahmen (Brandschutz, Umbauten) KV Zürich Business School (+1,1), Gesamtsanierung Berufsbildungszentrum Dietikon (+0,6), bauliche Anpassungen für Amokmassnahmen Berufsfachschulen (+0,5), Flachdachsanieierung der Berufsschule für Detailhandel Zürich (+0,5), Gesamtsanierung Berufsschule Mode und Gestaltung Zürich (+0,5), Aufstockung Mehrzweckhalle/Aula Berufsschule Rüti (+0,2).
- +5,8 Minderausgaben im Projekt Ersatz Telefonanlage der Universität
- +5,0 Minderausgaben durch zum Teil nicht verwendete Freibeträge aus Berufungen der Universität
- +4,9 Minderausgaben wegen Verzögerungen oder Verschiebungen von Bauprojekten, diese sind insbesondere: Umbau des kleinen Spezialtraktes Kantonsschule Zürcher Oberland Wetzikon (+1,7), Ersatz- und Ergänzungsbau Kantonsschule Bülrain Winterthur (+1,0), Sanierung Chemiezimmer und Aula Kantonsschule Hottingen Zürich (+0,8), bauliche Anpassungen für Amokmassnahmen (+0,5), Sportplatzsanierung Kantonsschule Stadelhofen Zürich (+0,5), Mieterausbau Kantonsschule Wiedikon (+0,4).
- +3,9 Minderausgaben im Projekt Botanischer Garten, Sanierung Lüftung Universität
- +3,7 Minderausgaben im Projekt Irchel, Sanierung Mensaküche
- +3,0 Ausgabenminderung von Investitionsbeiträgen an Private durch verzögerte Projekte in der Berufsbildung
- +2,6 Minderausgaben im Projekt Irchel Y42, Präparierräume
- +2,0 Minderausgaben im Projekt Botanischer Garten, Sanierung Hörsäle
- +1,7 Tieferer Investitionsbeitrag an Sonderschulen und Sonderschulheime
- +1,7 Liegenschaftenübertrag Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen konnte bereits 2010 vollzogen werden, entsprechend wurde die Budgetposition im Berichtsjahr nicht beansprucht.
- +1,4 Bauverzögerungen bei laufenden Kleinprojekten der Berufsbildung
- +1,2 Minderausgaben im Projekt Irchel, Brauchwarmwasserring
- +1,1 Verzögerung Mobiliar- und Software-Beschaffung sowie Hardware-Ersatz im AJB
- +1,1 Verzögerungen im Ausstattungsausbau Toni-Areal (ZHdK und ZHAW)
- +1,8 Übrige geringfügige Abweichungen
- 5,0 Mehrausgaben für höhere Bauleistungen im Grossprojekt Sihlpost der PHZH
- 1,5 Mehrausgaben aus durchlaufenden Investitionsbeiträgen des Bundes für die Universität

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2011	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Grossinvestitionen				
Projekt Nr. 33049 Calatrava Hofeinbau + Aufstockung	1,3	70,5	64,8	5,7
Projekt Nr. 27463 Toni-Areal Ausstattung	0,9	89,5	1,2	88,3
Projekt Nr. 11580 Anton-Graff-Haus Winterthur	22,9	52,2	41,4	10,8
Übrige Investitionen	75,0			
Total Investitionen	100,1			

Leistungsgruppen

7000 Bildungsverwaltung

Gesamtübersicht der Lernendenzahlen im Kanton Zürich

	Total		Frauen		Ausländer/innen		Öffentliche Schulen	
	2010 ¹	2011	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Kindergarten	27 191	27 294	13 278	48,6%	7 181	26,3%	25 773	94,4%
Regelkindergarten ²	26 223	26 573	12 962	48,8%	6 845	25,8%	25 404	95,6%
Sonderkindergarten ³	586	369	136	36,9%	152	41,2%	369	100,0%
Alternativer Kindergarten ⁴	382	352	180	51,1%	184	52,3%	-	-
Primarstufe	80 773	81 602	39 550	48,5%	21 062	25,8%	77 187	94,6%
Primarschule ²	76 097	76 774	37 628	49,0%	18 483	24,1%	74 603	97,2%
Besondere Klassen	600	601	216	35,9%	322	53,6%	475	79,0%
Sonderschulen	2 016	2 123	679	32,0%	822	38,7%	2 109	99,3%
Alternativer Lehrplan ⁴	2 060	2 104	1 027	48,8%	1 435	68,2%	-	-
Sekundarstufe I	41 554	41 551	20 325	48,9%	8 869	21,3%	37 659	90,6%
Sekundarschule	32 111	31 867	15 354	48,2%	6 816	21,4%	29 578	92,8%
Besondere Klassen	219	252	88	34,9%	154	61,1%	148	58,7%
Sonderschulen	1 039	1 118	388	34,7%	338	30,2%	1 086	97,1%
Gymnasien	6 974	7 053	3 851	54,6%	827	11,7%	6 686	94,8%
Übrige Mittelschulen ⁵	132	161	98	60,9%	19	11,8%	161	100,0%
Alternativer Lehrplan ⁴	1 079	1 100	546	49,6%	715	65,0%	-	-
Sekundarstufe II	59 130	60 132	28 776	47,9%	9 865	16,4%	52 837	87,9%
Brückenangebote	2 370	2 319	1 282	55,3%	760	32,8%	1 948	84,0%
Gymnasien	8 456	8 615	4 858	56,4%	874	10,1%	7 724	89,7%
Übrige Mittelschulen ⁶	1 058	1 063	664	62,5%	74	7,0%	955	89,8%
Berufslehren ⁷ (einschliesslich BMS I)	44 193	44 777	20 332	45,4%	7 181	16,0%	40 305	90,0%
Anlehren	407	422	141	33,4%	138	32,7%	393	93,1%
BMS II (nach Lehrabschluss)	1 520	1 728	912	52,8%	97	5,6%	1 308	75,7%
Sonderschulen	211	205	74	36,1%	70	34,1%	204	99,5%
Alternativer Lehrplan ⁴	915	1 003	513	51,1%	671	66,9%	-	-
Tertiärstufe⁹	61 326	61 526	32 673	53,1%	9 268	15,1%	51 219	83,2%
Vorbereitung Berufsprüfung	5 649	5 576	2 336	41,9%	968	17,4%	3 164	56,7%
Vorbereitung Höhere Fachprüfung	2 440	2 084	691	33,2%	214	10,3%	843	40,5%
Höhere Fachschule HF	5 253	4 919	2 257	45,9%	730	14,8%	3 177	64,6%
Übrige Fachausbildung	4 042	4 264	2 768	64,9%	607	14,2%	1 754	41,1%
Fachhochschulen ⁸	17 774	18 416	9 743	52,9%	2 094	11,4%	16 014	87,0%
Universität	26 168	26 267	14 878	56,6%	4 655	17,7%	26 267	100,0%
Total⁹	269 974	272 105	134 602	49,5%	56 245	20,7%	244 675	89,9%

¹ Die Angaben für 2010 können von bereits publizierten Angaben abweichen, da die Daten wenn nötig rückwirkend korrigiert werden.

² Einschliesslich Projekt Grundstufe

³ Einschliesslich Sprachheilkindergarten

⁴ Private Bildungseinrichtungen mit Abweichung vom Zürcher Lehrplan (z. B. ausländische Schulprogramme, Rudolf-Steiner-Schulen)

⁵ Handelsmittelschule

⁶ Handelsmittelschule, Informatikmittelschule, Fachmittelschule, Passerellenlehrgang

⁷ Berufliche Grundbildung Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) und Eidgenössisches Berufsattest (EBA)

⁸ Fachhochschulen im Kanton Zürich (ZFH, HfH; ohne Zürcher Standorte der Kalaidos Fachhochschule und der Fernfachhochschule Schweiz)

⁹ Für das Schuljahr 2011/12 fehlen im Bereich Tertiärstufe Daten von sechs Schulen mit insgesamt etwa 1000 Studierenden. Das Total beläuft sich also tatsächlich auf rund 273 000.

Bildungsstatistik

Im Schuljahr 2011/12 besuchen im Kanton Zürich rund 273 000 Lernende eine öffentliche oder private Bildungsinstitution vom Kindergarten bis in die Tertiärstufe. Damit ist die Anzahl Lernender gegenüber dem Vorjahreswert von knapp 270 000 um 1,2% gestiegen. Insgesamt besuchen 89% der Lernenden eine öffentliche Bildungseinrichtung.

Die Schülerzahl auf der Kindergartenstufe liegt fast unverändert bei 27 300. Die Zahl der Kinder in Sonderkindergärten ist gesunken, als Folge der Aufhebung der Sprachheilkindergärten. Auf der Primarstufe ist ein Anstieg um 800 (+1,0%) zu verzeichnen, was zur Hauptsache auf die Einschulung der geburtenstärkeren Jahrgänge zurückzuführen ist.

Auf der Sekundarstufe I ist die Zahl der Lernenden gegenüber dem Vorjahr insgesamt unverändert. Der Rückgang um 250 Schülerinnen und Schüler an der Sekundarschule ist mehrheitlich mit der anhaltenden Beliebtheit des Langzeitgymnasiums und der Zunahme an den Sonderschulen erklärt.

Die Zahl der Lernenden auf der Sekundarstufe II ist um 1000 (+1,7%) leicht gestiegen. Zunahmen sind zu verzeichnen bei den Gymnasien, den Berufslehren und bei der berufsbegleitenden Berufsmittelschule, die eine Steigerung von 3,7% aufweist, was den anhaltenden Trend zu Aus- und Weiterbildung widerspiegelt.

Die Tertiärstufe weist einen Zuwachs von rund 1200 Studentinnen und Studenten auf. Sie umfasst gegenwärtig 62 500 Studierende (+1,9%). Die Zahl der Studierenden an der Zürcher Fachhochschule und an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik hat um 3,6% zugenommen. Die erneute Zunahme lässt sich durch das starke Interesse der Studierenden an einzelnen Fachbereichen, insbesondere Wirtschaft, sowie durch die Zunahme bei der Lehrpersonenausbildung auf Kindergarten- und Primarstufe erklären.

Die Ergebnisse der bildungsstatistischen Erhebungen werden unter www.bista.zh.ch zugänglich gemacht.

Hauptereignisse

Erhebungen zur Schulqualität

Die Instrumente zur Feststellung der sprachlichen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern mit Deutsch als Zweiter Sprache (DaZ) wurden fertiggestellt. Es liegen damit Instrumente auf der Kindergartenstufe, der Primarstufe und der Sekundarstufe I vor, die künftig als Entscheidungsgrundlage für die Zuweisung zum und Entlassung aus dem DaZ-Unterricht dienen sollen. Die Instrumente sind in Erprobung.

Die Ergebnisse der Erhebung zu den Fachleistungen von Schülerinnen und Schülern der sechsten Klassen in Lesen, Wortschatz und Mathematik wurden veröffentlicht: Der Grossteil der Schülerinnen und Schüler erreicht am Ende der Primarstufe die Lehrplanziele – 83% in Deutsch und 82% in Mathematik. Gut ein Sechstel der Lernenden bleibt hinter den Lehrplanziele zurück.

Die kantonalen Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudie PISA 2009 wurden im Dezember veröffentlicht. Die schulischen Leistungen der Schülerinnen und Schüler des Kantons Zürich liegen im Schweizer Durchschnitt. Ein Fünftel hat jedoch Mühe in Lesen und Rechnen, ein Ergebnis, das sich massgeblich durch den hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern aus weniger privilegierten Familien mit Migrationshintergrund und geringen Kenntnissen der Schulsprache erklären lässt.

Das Institut für Externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II (IFES) erhielt eine neue Rechtsform. Es ist neu eine Institution der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und ist als assoziiertes Institut mit der Universität Zürich verbunden. IFES evaluierte vier Mittelschulen und drei Berufsfachschulen des Kantons Zürich.

Massnahmen gegen Gewalt im schulischen Umfeld

Im Rahmen des Schwerpunktes «Sicherheit an Schulen» wurden ein Standardpapier zu baulichen Massnahmen zum Schutz vor Amokgefährdungen und ein Sicherheitshandbuch für die Volksschulen herausgegeben. Durchgeführt wurden eine Veranstaltung zum Thema «Amok an Schulen» für die Schulpsychologischen Dienste und eine Veranstaltung zum Krisenmanagement bei Grossereignissen an Schulen. Zusammen mit der Stadt Zürich wurde die Broschüre «Häusliche Gewalt – Was tun in der Schule?» veröffentlicht. Im Auftrag der Koordinationsgruppe Jugendgewalt wurde eine Bedarfsabklärung zur Prävention von Jugendgewalt in den Gemeinden durchgeführt.

Förderung von Naturwissenschaft und Technik in der Allgemeinbildung

Im Juli wurden «Leitlinien für den Unterricht in Naturwissenschaften und Technik auf der Volksschulstufe» verabschiedet. Diese dienen als Grundlage für die Beurteilung der bestehenden Lehrmittel, für Empfehlungen im Hinblick auf Neuentwicklungen von Lehr- und Unterrichtsmaterialien und zur Planung der Weiterbildung von Lehrpersonen der Volksschulen. Es wurden weitere Massnahmen zur Verbesserung der Ausbildung von Lehrpersonen der Volksschule und der Mittelschulen sowie zur Stärkung von Naturwissenschaft und Technik an den Mittelschulen getroffen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Bildungsverwaltung umfasst das Generalsekretariat und die Ämter der Bildungsdirektion: Hochschulamt, Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Volksschulamt, Amt für Jugend und Berufsberatung. Der Lehrmittelverlag wird als separate Leistungsgruppe geführt. Folgende Aufgaben obliegen der Bildungsverwaltung:
A2	Sie steuert das Bildungswesen des Kantons Zürich mit und übt die behördliche Aufsichtspflicht aus.
A3	Sie erarbeitet die gesetzlichen Grundlagen sowie weitere Entscheidungsgrundlagen zuhanden von Regierungs- und Kantonsrat.
A4	Sie verfolgt die gegenwärtigen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und legt die Entwicklungsschwerpunkte fest.
A5	Sie koordiniert die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund.
A6	Sie unterstützt die Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschule, Mittel- und Berufsschulen, Volksschule, Sonderschulen, Bezirksjugendsekretariate sowie weitere beitragsberechtigte Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen sowie Recht.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden (1.–9. Klasse) in %	P	6,6	6,7	6,9	0,2
Leistungen						
L1	Monitoring/-controlling; Anzahl Erhebungen Struktur- und Leistungsdaten A2, A4	P	5	6	5	-1
L2	Monitoring/-controlling; Anzahl Wirkungserhebungen A2, A4	P	2	2	2	0
L3	Anzahl Leistungsgruppen (einschliesslich 9690/9600/9710/9720/9740) A2	P	19	17	17	0
L4	Anzahl strategische Projekte A2, A4	P	14	6	6	0
L5	Beschäftigungsumfang administrierte Mitarbeiter/innen (BU) A6	P	13 118	13 249	13 128	-121
L6	Anzahl Erlasse in Bearbeitung A3, A2, A6	P	5	5	5	0
L7	Anzahl Rekurse (eingegangen/erledigt)	P	258/253	260/260	233/212	-27/-48
L8	Anzahl parlamentarische Vorstösse A3 (eingegangen/erledigt)	P	37/41	50/50	30/45	-20/-5
L9	Anzahl interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung A5	P	90	85	85	
Wirtschaftlichkeit						
B1	Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildung in %	P	2,17	2,21	2,01	0,20
Abweichungsbegründungen						
W1	Die gute Wirtschaftslage mit der Zunahme von bildungsnahen Einwanderinnen und Einwanderern führte zu einem leicht höheren Anteil Privatschüler/innen.					
L1	Die Erhebung Sonderpädagogische Massnahmen fand nicht statt.					
L7	Die Zahl der Eingänge kann nicht beeinflusst werden und unterliegt Schwankungen; die Erledigungen waren unter Budget infolge längeren krankheitsbedingten Absenzen, Absorption von Kapazitäten mit Arbeiten in der Rechtsetzung und der internen Rechtsberatung.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		bis
E1	Volksschulreform (siehe LG 7200) Planmässig	2012
E2	Kantonalen Förderpreis für innovative Lösungen zur Stärkung des Wissens- und Forschungsstandortes Zürich schaffen Sistiert Über die weitere Vorgehensweise wird in der laufenden Legislaturperiode entschieden.	-
E3	Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken Abgeschlossen Am 28. September wurde der Schlussbericht zuhanden der Koordinationsgruppe Jugendgewalt des Kantons Zürich «Bedarfsabklärung zur Prävention von Gewalt und Problemverhalten bei jungen Menschen in Zürcher Gemeinden» abgeliefert. Im November erschien die Broschüre «Häusliche Gewalt – Was tun in der Schule?».	2011
E4	Entwicklung von Schul- und Unterrichtsqualität Siehe LG 7200	2012
E5	Schaffung der rechtlichen Grundlage für die Stärkung der Infrastruktur an internationalen Schulen Abgeschlossen	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	15,8	16,1	14,7	-1,4
Aufwand	-87,9	-96,3	-87,4	8,9
Kreditübertragungen aus 2010		-0,6		
Saldo	-72,1	-80,2	-72,7	7,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0,8	0,8
Ausgaben	-0,8	-2,2	-1,5	0,6
Kreditübertragungen aus 2010		-0,1		
Saldo	-0,8	-2,2	-0,7	1,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	323,4	327,8	322,9	-4,9

Erfolgsrechnung

Ertrag (-1,4):

- +0,3 Verrechnung Nutzungskosten für Gebäude an Zentrum für Gehör und Sprache (ZGSZ)
- +0,1 Ungeplante Software-Lizeneinnahmen (ALIM) im Amt für Jugend- und Berufsberatung (AJB)
- 1,7 Tiefere Bundesbeiträge für die Berufsbildung
- 0,2 Wegfall/Verzögerung von Projektverrechnungen im AJB
- +0,1 Übrige Mehrerträge

Aufwand (+8,9):

- +1,4 Tiefere Personalkosten durch verzögerte Stellenbesetzung bei Austritten, Rotationsgewinne bei Pensionierungen im Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA)
- +1,3 Auflösung Rückstellung Bezirksschulpflege
- +1,2 Weiterbildung Lehrpersonen und Behörden
- +0,9 Verzicht auf externe Beratungsleistungen im Hochschulamt (HSA)
- +0,8 Tiefere Besoldungen durch Verzögerungen bei der Besetzung von Stellen im Volksschulamt (VSA)
- +0,8 Minderaufwand für Dienstleistungen Dritter (Verzögerung neuer Internetauftritt) und für Drucksachen im MBA
- +0,7 Personalrotationen und Verzögerung Personalaufstockung im Informatikbereich im Amt für Jugend- und Berufsberatung (AJB)
- +0,7 Verschiebung von Informatikanschaffungen (Hard- und Software) sowie geringere Hauswartungs- und Buchführungskosten im AJB
- +0,3 Geringere Beiträge an Dritte und Bezüge von internen Dienstleistungen (wie von KDMZ, Buchungszentrum und Informatik) im MBA
- +0,2 Tiefere Honorare und Beiträge an die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK)
- +0,2 Nichtbesetzung bewilligter Stellen im Hochschulamt (HSA)
- +0,2 Minderaufwand in der Informatik im Generalsekretariat
- 0,2 Höhere Informatikkosten im VSA

Investitionsrechnung

Einnahmen (+0,8):

- +0,8 Beiträge des Bundes für Liegenschaften ZGSZ (Neubau)

Ausgaben (+0,6):

- 0,4 Nicht budgetierte Mieterausbauten der Fachstelle für Schulbeurteilung beim Umzug Josefstrasse 59 sowie höhere Investitionsausgaben für Liegenschaften ZGSZ
- 0,2 Entwicklung neues Informatiksystem des Sektors Bildungsstatistik, Investition war nicht budgetiert.
- +1,1 Verzögerung Mobiliar- und Software-Beschaffung sowie Hardware-Ersatz im AJB
- +0,1 Verzögerung von Informatikanschaffungen im MBA

Personal

- +4,9 Verzögerungen bei der Besetzung von Vakanzen sowie zeitliche Verschiebung von Projekten

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	883 000	0	0	883 000	0

7100 Lehrmittelverlag

Hauptereignisse

Die folgenden Projekte wurden im Berichtsjahr bearbeitet:

Mathematik für die Primar- und die Sekundarstufe

Die bestehende Mathematikreihe des Lehrmittelverlages wird vollständig abgelöst. Auf das Schuljahr 2011/12 sind der zweite Jahrgangsband Primarstufe und der erste Jahrgangsband Sekundarstufe erschienen. Für die nachfolgenden Jahre sind die weiteren Jahrgangsbände geplant.

Englisch

Der Lehrmittelverlag hat in Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ilz) das Lehrmittel «Voices 3» auf das Schuljahr 2011/12 herausgegeben. Damit ist der letzte Jahrgangsband der Englischreihe für die Sekundarschule 1–3 erschienen. Die Gesamtenglischreihe von der Unter- bis zur Sekundarstufe (first choice – Explorers – Voices) ist damit in den Hauptbestandteilen abgeschlossen.

Religion und Kultur für die Primar- und Sekundarstufe – Blickpunkt 1–3

Die Autorenschaft arbeitete an den Manuskripten für die Primar- und die Sekundarstufe. Die Manuskripte werden laufend erprobt und durch eine interreligiös zusammengesetzte Begleitkommission begutachtet. Die Layoutarbeiten für die Unterstufe sind abgeschlossen. Blickpunkt 1 (Unterstufe) erscheint im Mai 2012. Blickpunkt 2 (Mittelstufe) und Blickpunkt 3 (Sekundarstufe) sind für Mai 2013 geplant.

Deutsch Sekundarstufe

Sprachwelt Deutsch, ein Gemeinschaftsprojekt des Lehrmittelverlages Zürich und des Schulverlages Bern, das in Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ilz) entwickelt worden war, wird einer Totalüberarbeitung unterzogen. Damit wird Wünschen aus der Lehrerschaft entsprochen und ab Schuljahr 2012/13 steht ein neues, attraktives Deutschlehrmittel für die Sekundarschule zur Verfügung.

Lernpass/Lernmodule

Lernpass/Lernmodule ist ein Hilfsmittel für das eigenständige Lernen auf der Sekundarstufe, mit dem die Lehrperson den Lernprozess der Schülerinnen und Schüler fördert. Als Gemeinschaftsproduktion mit dem Lehrmittelverlag St. Gallen legte der Lehrmittelverlag Zürich auf das Schuljahr 2011/12 dieses web-basierte Medium vor, das einen Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik ermöglicht. Für das Schuljahr 2012/13 sind Lernmodule zu Französisch und Englisch geplant.

Multidingsda – Internationale Auszeichnung

Anlässlich der Frankfurter Buchmesse wurde das multimediale Lehrmittel «Multidingsda» (CD-ROM, Bilderbuch, App) mit dem EEGG-Merit-Award ausgezeichnet. Produkte, die eine besondere Innovation bei gleichzeitig hoher Praxistauglichkeit aufweisen, werden mit diesem Award ausgezeichnet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Entwicklung, Produktion und Vertrieb von politisch neutralen und interkantonal koordinierten Lehrmitteln für die Zürcher Volksschule, die einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung), sowie für andere Kantone und Bildungsbereiche (Mehrleistung). Entwicklung des Sortiments: 76 (Vorjahr: 50) neue Artikel stammten aus dem Eigenverlag. 167 (146) waren nachgeführte Auflagen, 64 (65) Übernahmen aus Fremdverlagen. Aus der Kernleistung (Produktion für die Zürcher Volksschulen) entstanden im Berichtsjahr 55% des Umsatzes (Vorjahr 51%), aus der Mehrleistung (Umsatz mit den übrigen Kantonen, Sekundarstufe II, Buchhandel) 45% (49%).
A2	Finanzielle Entlastung des Kantons und der Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise
A3	Lehrmittelproduktion für kleine Bildungsgruppen

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
--	-----	--------	--------	---------	-----------------------

Wirkungen

W1	Zufriedenheit der Lehrkräfte mit der Qualität der Lehrmittel: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung (A1, A3)	min.	94%	n. q.	n. q.	n. q.
W2	Zufriedenheit der Lehrkräfte mit den Dienstleistungen des Lehrmittelverlages: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung (A1, A3)	min.	99%	n. q.	n. q.	n. q.
W3	Koordination der Lehrmittel: Anteil des Gesamtumsatzes mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (A2)	min.	75%	73%	77%	4%
W4	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen im Bereich Mehrleistung (A1)	min.	67%	70%	68%	-2%

Leistungen

L1	Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung) (A1)	P	10,3 Mio.	11,3 Mio.	13,5 Mio.	2,2 Mio.
L2	Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen, anderen Kantonen und Dritten (Mehrleistung) (A1)	P	11,7 Mio.	12,3 Mio.	11,0 Mio.	-1,3 Mio.

Wirtschaftlichkeit

B1	Ertrag pro Mitarbeitenden	min.	n. q.	833 000	923 649	90 649
B2	Saldo pro Mitarbeitenden	min.	n. q.	96 500	151 873	55 373

Abweichungsbegründungen

W1/W2	Die Kundschaftsbefragung zur Erhebung der Zufriedenheit mit der Qualität der Lehrmittel und mit den Dienstleistungen wird im 2-Jahres-Turnus durchgeführt. Im Berichtsjahr erfolgte keine Erhebung. Die nächste Umfrage ist für Herbst 2012 geplant.
W3	Die Steigerung des Umsatzanteils am Gesamtumsatz mit Lehrwerken, die in Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Lehrmittelzentrale entwickelt wurden, wurde aufgrund der Einführung neuer Lehrwerke im Fachbereich Mathematik erzielt.
W4	Der mit Eigenentwicklungen erzielte Umsatz ausserhalb der Volksschulen des Kantons Zürich ging leicht zurück, was auf die veränderte Marktsituation im Fachbereich Sprachen zurückzuführen ist.
L1/L2	Wie im Vorjahr setzte sich die Verschiebung der Umsatzanteile von der Mehrleistung hin zur Kernleistung (Volksschule Kanton Zürich) fort, was sich in der Einführung neuer Lehrwerke in den Fachbereichen Sprachen und Mathematik begründet.
B1/B2	Diese beiden Indikatoren wurden erstmals im Geschäftsjahr des Berichtsjahres erhoben. Ertrag und Saldo des Geschäftsjahres lagen beide über Budget und die Besetzung zweier Stellen erfolgte nicht wie geplant im Berichtsjahr.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Lehrmittelentwicklung und Produktion Deutsch für die Mittelstufe Abgeschlossen	2011
E2	Lehrmittelentwicklung und Produktion Englisch für die Sekundarstufe Abgeschlossen Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	2011
E3	Entwicklung und Produktion von Lernmodulen für die 3. Sekundarstufe Abgeschlossen Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	2011
E4	Lehrmittelentwicklung und Produktion Religion und Kultur für die Primarstufe Planmässig Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	2013
E5	Lehrmittelentwicklung und Produktion Religion und Kultur für die Sekundarstufe Planmässig Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	2013
E6	Lehrmittelentwicklung und Produktion Mathematik für die Sekundarstufe Planmässig Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	2013
E7	Lehrmittelentwicklung und Produktion Mathematik für die Primarstufe Planmässig Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	2015

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung					
Ertrag		23,9	23,6	24,5	0,9
Aufwand		-21,3	-20,8	-20,5	0,4
Saldo		2,6	2,7	4,0	1,3
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		25,6	28,3	26,5	-1,8

Erfolgsrechnung

Ertrag (+0,9):

+0,9 Der budgetierte Ertrag wurde um 0,9 Mio. Franken übertroffen. Die Umsatzsteigerung konnte hauptsächlich durch höhere Verkäufe im Fachbereich Mathematik erzielt werden.

Aufwand (+0,4):

+0,4 Der Aufwand fiel aufgrund von Bestandesänderungen der Vorräte und angefangenen Arbeiten gegenüber dem Budget um 0,4 Mio. Franken tiefer aus.

Saldo (+1,3):

+1,3 Der Saldo liegt um 1,3 Mio. Franken über Budget. Dies entspricht einem Deckungsgrad von 120%.

Personal

Die geplante Besetzung zweier Stellen erfolgt erst 2012.

7200 Volksschulen

Hauptereignisse

Die Hauptereignisse der Leistungsgruppe Volksschulen bilden insbesondere die unter der Rubrik «Entwicklungsschwerpunkte» (s. unten) aufgeführten Umsetzungsarbeiten für die Volksschulreform. Die Einführungsphase des Volksschulgesetzes ist auf Ende des Berichtsjahres abgeschlossen worden. Die Gemeinden haben die entsprechenden Umstellungen vorgenommen. Dementsprechend konnte auch die Projektorganisation im Volksschulamt aufgehoben werden.

Der Lehrermangel besteht weiter. Dank dem Einsatz von Studierenden der Quereinsteigerausbildung und von regulär Studierenden in den letzten zwei Semestern ihrer Ausbildung konnten auf Beginn des Schuljahres 2011/12 die offenen Stellen etwas leichter besetzt werden als im Vorjahr.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen und Fertigkeiten für Schülerinnen und Schüler zum Erkennen von Zusammenhängen
A2	Förderung der Achtung vor Mitmenschen und Umwelt und der ganzheitlichen Entwicklung der Kinder zu selbstständigen, verantwortungsbewussten und gemeinschaftsfähigen Menschen
A3	Förderung des Urteilsvermögens
A4	Chancengleiche Ausbildung unter Berücksichtigung der individuellen Lernfähigkeit und Förderung des lebenslangen Lernens

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	PISA, 9. Klassen, Lesen (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt), der Wert in Spalte R 2010 stammt aus der Studie 2006 (A1, A4)	P	-2	CH-Ø	-10	
W2	PISA, 9. Klassen, Mathematik (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt), der Wert in Spalte R 2010 stammt aus der Studie 2006 (A1, A4)	P	-1	CH-Ø	-13	
W3	Lernstandserhebung 6. Klassen Primar, Deutsch (Lehrplanziele erreicht), der Wert in Spalte R 2010 stammt aus der Studie 1998 (A1, A4)	P	85%	85%	83%	-2%
W4	Lernstandserhebung 6. Klassen Primar, Mathematik (Lehrplanziele erreicht), der Wert in Spalte R 2010 stammt aus der Studie 1998 (A1, A4)	P	84%	83%	82%	-1%
W5	Lernstandserhebung 6. Klassen Primar, Schulzufriedenheit (Werte 1-4, 4 = bester Wert; der Wert in Spalte R 2010 stammt aus der Studie 1998 (A1, A2, A3, A4)	P	3,1	3,1	3,1	0
W6	Regelverlaufsquote Primarschule in % (A1, A4)	P	88,4	90,6	88,5	-2,1
W7	Keine Anschlusslösung nach Volksschule einschliesslich 12. Schuljahr in % (A1, A4)	P	5,8	5,5	6,3	0,8
Leistungen						
L1	Am Schulversuch mit der Grundstufe beteiligte Anzahl Klassen	P	86	87	87	0
L2	Durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe	P	18,9	18,8	19,0	0,2
L3	Durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe	P	21,0	20,7	20,8	0,1
L4	Durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe	P	18,7	18,4	18,7	0,3
L5	Anzahl Volksschüler/innen	P	129 831	130 551	130 006	-545

Wirtschaftlichkeit

B1	Personalaufwand pro Volksschüler/in in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	P	2 788	2 864	2 951	87
B2	Nettoaufwand (Saldo LG Nr. 7200) pro Volksschüler/in in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	P	3 988	4 202	4 207	5

Abweichungsbegründungen

W1/W2	Die Ergebnisse von PISA 2009 liegen seit dem Berichtsjahr vor. Der Kanton Zürich liegt im Lesen (W1) und in Mathematik (W2) mit 10 bzw. 13 Punkten unter dem Schweizer Durchschnitt (Referenzwert). Differenzen von 20 oder mehr Punkten gelten als inhaltlich bedeutsam. Das Abschneiden des Kantons Zürich erklärt sich massgeblich durch den hohen und gestiegenen Anteil an Schülerinnen und Schülern aus weniger privilegierten Familien mit Migrationshintergrund und geringen Kenntnissen der Schulsprache.					
W3/W4	Die Resultate zur Lernstandserhebung 6. Klassen liegen seit dem Berichtsjahr vor. Erwartet werden in der Erhebung 2009 mindestens so hohe Werte wie in der Erhebung 1998. In der Erhebung 2009 sind die Werte zu Deutsch (W3) und Mathematik (W4) leicht tiefer. Das Abschneiden des Kantons Zürich erklärt sich massgeblich durch den hohen und gestiegenen Anteil an Schülerinnen und Schülern aus weniger privilegierten Familien mit Migrationshintergrund und geringen Kenntnissen der Schulsprache.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes (VSG) gemäss Volksabstimmung vom 5. Juni 2005 Abgeschlossen Die Umsetzung der Neuerungen aus dem Volksschulgesetz wurden vom Kanton, den Schulgemeinden und Schulen fristgerecht vollzogen. Sie fand mit einer Feier am 10. November im Volkshaus in Zürich ihren offiziellen Abschluss.	2011
E2	Allgemeine Sprachförderung, insbesondere auch Steigerung der Lese- und Schreibkompetenzen in der Standardsprache Abgeschlossen Ein Bericht über Massnahmen von 2005 bis Berichtsjahr zeigt: Mindestens 120 Schulen der Volksschule haben die Leseförderung systematisch verstärkt. Der Unterricht in Deutsch als Zweitsprache wurde insbesondere auf der Kindergartenstufe im ganzen Kanton ausgebaut.	2011
E3	Neuregelung des Sonderschulwesens durch den Kanton infolge Rückzug des Bundes aus der Sonderschulung (NFA) Abgeschlossen Der Kanton Zürich hat mit dem Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 (VSG, LS 412.100) und den dazugehörigen Verordnungen das gemäss NFA geforderte Sonderschulkonzept umgesetzt. Der NFA trat am 1. Januar 2008 in Kraft.	2011
E4	Durchführung von Schulversuchen mit der Grundstufe Planmässig Der Regierungsrat hat am 29. September die Gesetzesvorlage 4711b mit zwei Varianten zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Variante A sieht im Sinne der «prima Initiative» die flächendeckende Umsetzung des Grundstufenmodells vor, Variante B ermöglicht die freiwillige Umsetzung auf Gemeindeebene. Der Kantonsrat entscheidet bis spätestens 15. August 2012.	2012

E5	Inhaltliche/organisatorische Neuausrichtung des 9. Schuljahres auf der Grundlage einer Standortbestimmung der Schülerinnen und Schüler Die flächendeckende Einführung des Projekts erfolgt planmässig. Der förderorientierte Leistungstest Stellwerk 8 wurde im Frühling des Berichtsjahres in allen 2. Sekundarklassen erfolgreich durchgeführt.	2012
E6	Gezielte Nachqualifikation jener Lehrpersonen, insbesondere auf der Sekundarstufe I, die nicht über das für die Stufe notwendige Diplom verfügen Planmässig Die Einführung der Nachqualifikation für stufenfremde Lehrpersonen («Stufenumstieg») an der PHZH wird ab Sommer 2012 ein erstes Mal durchgeführt. Die Schulleitungen und Schulpflegen wurden darüber Ende des Berichtsjahres in Kenntnis gesetzt. Diese Nachqualifikation ist als berufsbegleitender Studiengang konzipiert. Sein Gesamtumfang beträgt 42 ECTS-Punkte und dauert zwei Jahre. Das Angebot ist auf sechs Jahre befristet.	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,6	2,3	3,7	1,4
Aufwand	-521,4	-550,8	-550,6	0,2
Personalaufwand	-362,0	-374,0	-383,6	-9,6
Saldo	-517,8	-548,5	-546,9	1,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-10,7	-13,8	-12,1	1,7
Saldo	-10,7	-13,8	-12,1	1,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	8 938,7	9 056,0	8 932,0	-124,0

Erfolgsrechnung

Ertrag (+1,4):

+1,4 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge vom Bundesamt für Justiz an Sonderschulheime

Aufwand (+ 0,2):

+0,6 Tiefere Staatsbeiträge an Sonderschulen und Schulheime (unter anderem aufgrund der höheren durchlaufenden Bundesbeiträge vom Bundesamt für Justiz an Sonderschulheime)

+4,4 Tiefere Beiträge an Schulgemeinden (insbesondere an die auswärtige Sonderschulung aufgrund von Finanzkraftverschiebungen)

-5,0 Die Nettopersonalkosten liegen um rund 1,3% über dem Budget.

Grund:

Tiefere Rückerstattungsbeiträge der Volksschulgemeinden aufgrund der effektiven Rechnung aus dem kantonalen Finanzierungsanteil von 32% an der Besoldung der Lehrpersonen

+0,2 Übriger Minderaufwand (insbesondere aufgrund tieferer Abschreibungen und Zinsen)

Investitionsrechnung

Das Volksschulamt hat keinen Einfluss auf den Zeitpunkt und die Höhe der eingehenden Bauabrechnungen.

Ausgaben (+1,7):

+ 1,7 Tieferer Investitionsbeitrag an Sonderschulen und Sonderschulheime

Personal

Im Vergleich zum Vorjahr blieben die Personalstellen praktisch unverändert (-6,7 VZE).

Die um 124 Vollzeiteinheiten unter dem Budget liegende Stellenzahl (1,39%) hat folgende Ursachen:

- 55 Stellen In die Stellenplanung fließt auch der schwer prognostizierbare Vikariatsbereich (Stellvertretung für Lehrpersonen) ein. Er fiel tiefer aus als veranschlagt.
- 34 Stellen Der für das Berichtsjahr erwartete Schüleranstieg ist weniger stark ausgefallen als erwartet. Dieser Basiseffekt wirkt sich auf den Budgetvergleich des Berichtsjahres aus.
- 35 Stellen Übrige Einflussfaktoren, insbesondere weniger Stellen, die zu 100% zulasten der Schulgemeinden gehen.

7301 Mittelschulen

Hauptereignisse

Zweisprachige Maturität

Seit Schuljahr 2011/12 führen 18 (Vorjahr: 16) Mittelschulen einen zweisprachigen Maturitätsgang in ihrem Angebot; 15 Deutsch/Englisch, 2 Deutsch/Französisch und 1 Deutsch/Italienisch. An zwei Mittelschulen ist ein gleichzeitiger Abschluss des International Baccalaureate möglich.

Selbst organisiertes Lernen

Alle kantonalen Mittelschulen führen seit Schuljahr 2010/11 nach ihren schulspezifischen Konzepten in verschiedenen Fächern Unterricht in Form von selbst organisiertem Lernen (SOL) durch. Die Erhebung der Daten für die externe wissenschaftliche Evaluation zu SOL ist im Berichtsjahr erfolgt und abgeschlossen worden. Die Evaluationsergebnisse erscheinen 2012.

Ergänzungsfach Informatik

Nach Abschluss des kantonalen Einführungsprojekts bieten ab dem Schuljahr 2011/12 18 Mittelschulen das Ergänzungsfach Informatik nach dem Rahmenlehrplan Informatik der Erziehungsdirektorenkonferenz an.

Führung und Organisation der Zürcher Mittelschulen

An neun Mittelschulen ist die Umsetzung vollzogen. An drei Mittelschulen sind schulinterne Vorhaben für die Organisationsentwicklung in Umsetzung. Für die Verbesserung der Personalgewinnung und -entwicklung wurden Vorbereitungsarbeiten geleistet.

Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen

Im Rahmen der Wiedereinführung der Hauswirtschaft an Mittelschulen wurde die Änderung des Mittelschulgesetzes auf 1. März in Kraft gesetzt. Im Berichtsjahr wurden 62 Kurse in neun Kurszentren durchgeführt.

Kantonsschule Zürich Nord

Der Regierungsrat hat beschlossen, dem Kantonsrat den Zusammenschluss der beiden Kantonsschulen Oerlikon und Zürich Birch zu einer Mittelschule mit allen kantonalen Maturitätsprofilen und einer Fachmittelschule unter einem Dach zu beantragen.

Fachmaturität Gesundheit und Naturwissenschaften

Um dem steigenden Bedarf an Nachwuchs in den Gesundheitsberufen Rechnung zu tragen, wurde das Profil «Naturwissenschaften» an der Fachmittelschule um den Bereich «Gesundheit» ergänzt. Die Ausbildung schliesst im vierten Jahr mit der Fachmaturität «Gesundheit und Naturwissenschaften» ab.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkennungsreglement
A2	Ausbildung an der Fachmittelschule
A3	Ausbildung zum eidg. Fähigkeitszeugnis mit Berufsmaturität an Handelsmittelschule (einschliesslich Informatikmittelschule)
A4	Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich
A5	Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses für Berufsmaturanden und der Prüfung für die «Passerelle» zur Hochschule

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Genereller Zufriedenheitsgrad zwei Jahre nach Schulabschluss. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens «eher zufrieden» in %. (A1)	min.	89	n. q.	n. q.	-
W2	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Zufriedenheitsgrad betreffend fachliche Vorbereitung auf eine Hochschule. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens «eher gut» in %. (A1)	min.	75	n. q.	n. q.	-
W3	Maturitätsschulbestände im 10. Schuljahr in % (A1)	P	20,9	20,5	21,2	0,7
W4	Abschlussquote Sekundarstufe II Allgemeinbildung in % (A1)	P	n. q.	19,3	n. q.	-
Leistungen						
L1	Einhaltung des Maturitätsreglementes: Lektionenfaktor (A1)	P	1,95	1,95	1,95	0,0
L2	Anzahl Schülerinnen oder Schüler, die in den Kontrakten finanziert werden (A1, A2, A3)	P	15 488	15 370	15 578	208
L3	Anzahl Lernende an Gymnasien und Fachmittelschulen (A1, A2)	P	15 175	14 700	14 830	130
L4	Anzahl Lernende mit Zeugnissen zweisprachige Matur	P	215	240	270	30
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro kontraktfinanzierte Schülerin oder Schüler in Fr.	P	20 860	22 500	21 750	-750

Abweichungsbegründungen

W1/W2	Der Zufriedenheitsgrad wird mit einer Befragung ermittelt, die in dreijährigem Rhythmus durchgeführt wird. Die nächste Erhebung erfolgt 2013.
W3	Dieser Indikator misst den Anteil an Maturitätsschülerinnen und Maturitätsschülern im 10. Schuljahr, gemessen an den Volksschülerinnen und -schülern in 6. Primarklassen vier Jahre zuvor.
W4	Die Abschlussquoten der Sekundarstufe II Allgemeinbildung geben die Anzahl der Abschlüsse pro 100 Personen der Bevölkerung im theoretischen Abschlussalter an, die eine Mittelschule abgeschlossen haben. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben, während die übrigen Indikatoren von der Bildungsstatistik oder vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt erhoben werden. Dieser Indikator kann für das Berichtsjahr vom Bundesamt für Statistik nicht in genügender Qualität geliefert werden.
L1	Lektionsfaktor 1,95 bedeutet, dass der Schule pro Schülerin/Schüler und Schuljahr 1,95 Lektionen pro Woche zur Verfügung stehen. Damit müssen alle unterrichtsnahen Personalaufwände finanziert werden, einschliesslich Projektwochen, Maturitätsarbeit usw.
L2/L3	Der Indikator L3 enthält ab dem Berichtsjahr die gymnasialen Mittelschülerinnen und Mittelschüler ausgenommen der Schülerinnen und Schüler der Handels- und Informatikmittelschulen, da diese ab dem Berichtsjahr in der Leistungsgruppe Nr. 7306, Berufsbildung, abgebildet werden. Die Schülerinnen und Schüler der Handels- und Informatikmittelschulen werden aber weiterhin über den Kontrakt der betroffenen Mittelschulen finanziert und deshalb im Indikator L2 ausgewiesen. Die Kosten für diese Schülerinnen und belaufen sich auf 11,2 Mio. Franken.
L2	Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Schultypus: Gymnasium 14 514, Fachmittelschulen 548, Handels-/Informatikmittelschulen 516.
B1	Der Nettoaufwand pro Schülerin/Schüler im Berichtsjahr fällt tiefer als budgetiert aus, da trotz steigender Schülerzahlen tiefere Kosten als geplant angefallen sind.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Selbst organisiertes Lernen an gymnasialen Mittelschulen Planmässig	2012
E2	Reform der Handelsmittelschulen nach eidg. Berufsbildungsgesetz Planmässig Der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes wurde im KEF 2012–2014 auf 2014 verschoben.	2012
E3	Wiedereinführung der Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen Planmässig	2013
E4	Revision Übertrittsverfahren von der Volksschule zur Mittelschule Planmässig	2013
E5	Führung und Organisation der Zürcher Mittelschulen Planmässig, aber in verminderten Umfang	2013

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	52,0	51,2	51,7	0,5
Aufwand	-375,0	-397,0	-390,5	6,5
Personalaufwand	-292,3	-302,4	-299,5	2,9
Hauswirtschaftskurse	-2,4	-3,6	-4,0	-0,4
Saldo	-323,1	-345,8	-338,8	6,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,7		0,0	0,0
Ausgaben	-44,0	-23,7	-16,3	7,4
Kreditübertragungen aus 2010		-1,4		
Saldo	-43,3	-23,7	-16,3	7,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 805,0	1 811,0	1 808,5	-2,5

Erfolgsrechnung

Ertrag (+0,5):

+0,5 Übrige Erträge

Aufwand (+6,5):

+2,9 Minderaufwand für Unterrichts-, Verwaltungs- und Betriebspersonal und für übrige Personalkosten hauptsächlich aufgrund von Rotationsgewinnen

+1,9 Minderaufwand bei Lehrmitteln, Hard- und Software

+1,3 Tiefere Heizkosten, Minderaufwand für Abschreibungen und Zinsen aufgrund Verzögerungen bei Investitionen

+0,4 Übriger Minderaufwand

Investitionsrechnung

Ausgaben (+7,4):

+4,9 Minderausgaben wegen Verzögerungen oder Verschiebungen von Bauprojekten, diese sind insbesondere: Umbau des kleinen Spezialtraktes Kantonsschule Zürcher Oberland Wetzikon (+1,7), Ersatz- und Ergänzungsbau Kantonsschule Büelrain Winterthur (+1,0), Sanierung Chemiezimmer und Aula Kantonsschule Hottingen Zürich (+0,8), bauliche Anpassungen für Amokmassnahmen (+0,5), Sportplatzsanierung Kantonsschule Stadelhofen Zürich (+0,5), Mieterausbau Kantonsschule Wiedikon (+0,4).

+1,7 Liegenschaftenübertrag Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen konnte bereits 2010 vollzogen werden, entsprechend wurde die Budgetposition des Berichtsjahres nicht beansprucht.

+0,8 Übrige Minderausgaben

Personal

Der Beschäftigungsumfang beinhaltet die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von den Schülerzahlen, vom Lektionenfaktor und von Projekten ab.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	6 988 556	0	0	6 988 556	0

7306 Berufsbildung

Hauptereignisse

Zweisprachiger Unterricht an Berufsfachschulen (bili)

Die Evaluation des zweisprachigen Unterrichts (bili) an Berufsfachschulen hat gezeigt, dass es bei dieser Form von Unterricht zu einem bedeutenden Zuwachs in den Fremdsprachenkompetenzen kommt, ohne dass die Fachinhalte darunter leiden. Zudem weisen die Lernenden bessere Aufgabenorientiertheit, ein breiteres Spektrum von Kommunikationsstrategien und nicht zuletzt eine grössere Motivation beim Lernen allgemein auf. Aufgrund der positiven Ergebnisse beschloss der Regierungsrat im August, dass alle Berufsfachschulen des Kantons, welche die Voraussetzungen erfüllen, den zweisprachigen Unterricht auf freiwilliger Grundlage einführen können.

Berufsbildungsfonds

Die Bestimmungen über den Berufsbildungsfonds traten auf 1. Januar in Kraft. Die Berufsbildungskommission wurde gewählt. Sie erliess ein Geschäftsreglement, bestimmte die Kriterien zur Befreiung von Betrieben von der Beitragspflicht und legte die Entschädigung der Familienausgleichskassen fest. Zudem entschied die Kommission über 13 Befreiungsgesuche von Branchenfonds, die nicht als Fonds gemäss Art. 60 des Berufsbildungsgesetzes anerkannt sind, aber vergleichbare Leistungen erbringen, sowie über 63 Gesuche von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, die eine mit einem Lehrbetrieb vergleichbare Ausbildungsleistung erbringen.

Erstmals werden Ende des Berichtsjahres Fondsbeiträge den beitragspflichtigen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern in Rechnung gestellt. 2012 können erstmals Beiträge ausgerichtet werden.

Überbetriebliche Kurse

Mit sämtlichen Anbietern von überbetrieblichen Kursen im Kantonsgebiet wurden Leistungsvereinbarungen mit einer leistungsabhängigen Beitragsleistung abgeschlossen.

Berufliche Grundbildung im Leistungssport

Leistungssportlerinnen und Leistungssportler können im Kanton Zürich seit 2009 eine schulisch organisierte Grundbildung für den Beruf Kauffrau bzw. Kaufmann besuchen. Der Leistungsauftrag hierzu wurde im Berichtsjahr an die UNITED School of Sports AG vergeben. Es stehen höchstens 50 Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Hauswirtschaftliche Fortbildung

In der Volksabstimmung vom 4. September haben die Stimmberechtigten der Aufhebung des Gesetzes über die hauswirtschaftliche Fortbildung vom 28. September 1986 zugestimmt. Diese trat Ende des Berichtsjahres in Kraft, womit ab 2012 Staatsbeiträge im Betrag von 1,4 Mio. Franken entfallen.

Berufszuteilung Berufsfachschulen

Der Bildungsrat hat die Bildungsdirektion beauftragt, die Kriterien und das Verfahren für die Zuteilung von Berufen auf die Berufsfachschulen zu erarbeiten. Besonders berücksichtigt werden sollen dabei die betriebswirtschaftlichen und infrastrukturellen Folgen einer Neuzuteilung. Im Raum Uster/Wetzikon hat der Bildungsrat die Bildungsdirektion beauftragt, gleichzeitig eine standort- und schulübergreifende Optimierung der kantonalen und nicht kantonalen Berufsfachschulen anzugehen.

Konferenz Berufsbildung Zürich

Im Berichtsjahr widmete sich die vierte Konferenz Berufsbildung der Nachwuchssituation in der «Information und Communication Technology (ICT)». Die Bildungsdirektorin und der Volkswirtschaftsdirektor

mit Vertreterinnen und Vertretern aus Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft verabschiedeten drei Empfehlungen: Der Stellenwert und das Image der ICT sollen durch Marketingmassnahmen verbessert, die Volksschule und die Lehrpersonen sollen stärker eingebunden und es sollen Massnahmen zur Unterstützung bei der Berufswahl ergriffen werden.

Kantonale Lehrstellenkonferenz

Im April wurde unter der Federführung des Mittelschul- und Berufsbildungsamts gemeinsam mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die fünfte kantonale Lehrstellenkonferenz zum Thema «Lehrlingsauswahl – Lust oder Frust?» durchgeführt. Rund 500 Teilnehmer trafen sich in der Messe Zürich Oerlikon zu Referaten und einer Podiumsdiskussion. Mit der Konferenz sollen die Verbundpartnerschaft auf kantonaler Ebene gestärkt und der direkte Dialog mit interessierten Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern geführt werden.

Lehraufsicht – erstmals über 12 000 Lehrverträge

Es wurden die Qualitätsstandards der Bildung in beruflicher Praxis in rund 13 500 Lehrbetrieben überwacht. Die Bewilligung zur Ausbildung von Lernenden konnte 874 (Vorjahr: 872) Betrieben erteilt werden. Dazu wurden 829 (885) Betriebsbesuche durchgeführt. 12 170 (11 748) neue Lehrverträge genehmigt, 1464 (1339) Beratungsgespräche in den Lehrbetrieben und 1013 (1013) auf dem Amt durchgeführt, rund 80 000 telefonische Auskünfte erteilt und in 187 (161) Berufsbildnerinnen- und Berufsbildnerkursen über die rechtlichen Grundlagen der Berufsbildung unterrichtet.

Es wurden geeigneten Lehrbetrieben in bestimmten Branchen Bewilligungen zur Ausbildung von 95 (155) zusätzlichen Lernenden erteilt. 1121 (1074) Lernenden wurde aus individuellen Gründen die Lehrzeit verkürzt oder verlängert. Mit 442 (445) Kandidaten wurden im Beisein des verantwortlichen Berufsbildners und der Eltern die Ursachen des Nichtbestehens der Abschlussprüfung besprochen und nach Lösungen gesucht. 3395 (3089) Lehrverhältnisse wurden durch die Parteien aufgelöst; davon konnten gemäss einer Studie der Universität Zürich 66% der betroffenen Lernenden ihre Lehre, vielfach dank Vermittlung der Berufsinspektorinnen und Berufsinspektoren, in einem anderen Beruf oder in einem anderen Lehrbetrieb im Kanton Zürich fortsetzen.

Abschlussprüfungen fanden in 371 verschiedenen Berufen (Fachrichtungen und Branchen) statt

Neben den Abschlussprüfungen wurden für 1319 (1409) Kandidierende Teilprüfungen durchgeführt. Zusätzlich nahmen 2421 (2194) Lernende mit Lehrort in einem anderen Kanton an den Abschlussprüfungen und 60 (74) an den Teilprüfungen teil.

780 (671) Kandidierende nahmen an den Abschlussprüfungen nach Art. 15 der Verordnung über die Berufsbildung (BBV) teil; 706 (603) erhielten das eidgenössische Fähigkeitszeugnis (90%), 74 (68) bestanden diese Prüfung nicht. 285 (259) Kandidierende nahmen an den Abschlussprüfungen nach Art. 32 BBV teil; 205 (205) erhielten das eidgenössische Fähigkeitszeugnis (72%), 80 (54) bestanden diese Prüfung nicht.

384 (259) Kandidatinnen und Kandidaten haben nach Art. 31 BBV ihre Dossiers zur Validierung von Bildungsleistungen dem Amt eingereicht. Auf der Internetanmeldung für die Validierung sind über 1400 Personen gemeldet. 214 (143) Kandidatinnen und Kandidaten haben das Verfahren abgeschlossen und das eidgenössische Fähigkeitszeugnis erhalten. 62% der Abschlüsse betreffen den Beruf Fachangestellte Gesundheit, 36% den Beruf Fachfrau/Fachmann Betreuung EFZ.

Bei den Prüfungskommissionen wurden 147 (175) Einsprachen gegen die Durchführung der Abschlussprüfungen oder die Beurteilung der Prüfungsleistungen eingereicht. Davon wurden 23 (25) gutgeheissen, 20 (21) teilweise gutgeheissen, 56 (75) abgewiesen, 41 (52) zurückgezogen. 0 (0) Entscheide sind noch offen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Schulische Bildung im Vollzug des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes an staatlichen und nicht staatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten: Berufliche Grundbildung mit Attest; berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis; berufliche Grundbildung mit Berufsmaturität; Stützkurse; Freikurse
A2	Organisation und Durchführung der berufsorientierten Weiterbildung und allgemeinen Weiterbildung in Form von Kursen und Lehrgängen; Organisation und Durchführung von Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen, Höhere Fachprüfungen und Diplomlehrgänge an Höheren Fachschulen
A3	Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren
A4	Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Berufsbildungsleistungen bei kommunalen und privaten Trägerschaften (z. B. Brückenangebote, kaufmännische Berufsschulen mit privater Trägerschaft)

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsbildung (ohne Berufsmaturität) in % (A1)	P	n. q.	52,0	n. q.	-
W2	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsmaturität in % (A1)	P	n. q.	15,6	n. q.	-
W3	Total der gesamten Abschlussquote (einschliesslich Allgemeinbildung) in % (A1)	P	n. q.	87,0	n. q.	-
Leistungen						
L1	Anzahl Lernende in beitragsberechtigten Berufsvorbereitungsjahren (A1)	P	1 976	2 032	1 966	-66
L2	Anzahl Lernende in der Grundbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Schulen (A1)	P	40 562	41 129	41 350	221
L3	- davon Fachfrau/Fachmann Gesundheit (EFZ)	P	1 500	1 568	1 767	199
L4	- davon Assistent/in Gesundheit und Soziales (Attestausbildung)	P	0	60	20	-40
L5	- davon Lernende in Handels- und Informatikmittelschulen	P	523	520	514	-6
L6	Anzahl Berufsmaturanden an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsfachschulen (A1)	P	5 637	5 700	5 587	-113
L7	Anzahl durchgeführte Abschlüsse im Qualifikationsverfahren (A3)	P	14 153	14 608	14 730	122
L8	Anzahl Diplomprüfungen Berufsmaturität (A3)	P	2 129	2 100	2 361	261
L9	Anzahl Berufe an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsschulen (A2)	P	131	150	149	-1
L10	Anzahl Studierende/Teilnehmende in der Höheren Berufsbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Bildungsinstitutionen (A2)	P	7 268	7 270	7 592	322
L11	- davon Höhere Fachschulen alle Bereiche	P	3 555	3 600	3 626	26
L12	- davon Höhere Fachschulen im Gesundheitsbereich	P	902	1 389	1 058	-331
L13	- davon Vorbereitungskurse auf Höhere Fachprüfungen	P	669	570	944	374
L14	- davon Vorbereitungskurse auf Berufsprüfungen	P	3 044	3 100	3 022	-78

Wirtschaftlichkeit

B1	Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende/r in der schulischen Grundbildung in Fr.	P	8 976	8 837	8 361	-476
B2	Lektionenpauschale berechnet aus Lohnaufwand Lehrpersonen für Grundbildung in den Bereichen gewerblich-industrielle, kaufmännische und gesundheitliche Berufsfachschulen in Fr.	P	181	181	184	3
B3	Aufwand Qualifikationsverfahren pro Kandidat/in Schlussprüfung in Fr.	P	1 453	1 377	1 539	162

Abweichungsbegründungen

W1–W3 Dieser Indikator kann für das Berichtsjahr vom Bundesamt für Statistik nicht in genügender Qualität geliefert werden.

L7 Dieser Indikator errechnet sich aus 14 516 Abschlussprüfungen, davon sind 2421 ausserkantonale Kandidatinnen und Kandidaten, und 214 abgeschlossene Validierungsverfahren.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Weiterentwicklung Globalbudget und Leistungsvereinbarungen (Kontrakte) mit den Berufsfachschulen Noch nicht vollständig abgeschlossen	2011
E2	Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz / Umsetzung (Projekt 148) Abgeschlossen mit Inkraftsetzung Gesetz und Beschluss Berufsbildungsverordnungen	2011
E3	Weiterentwicklung der Finanzierung der Höheren Berufsbildung und der Weiterbildung in Übereinstimmung mit der nationalen Entwicklung, dem kantonalen Weiterbildungskonzept und der Verordnung über die Finanzierung in der Berufsbildung Planmässig	2014

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2010

B 2011

R 2011

Abweichung
von B 2011

Ertrag	179,3	193,9	196,9	3,0
Aufwand	-506,3	-552,7	-538,3	14,4
Eigene Beiträge	-144,5	-160,4	-162,9	-2,5
Saldo	-327,0	-358,8	-341,4	17,5

Investitionsrechnung

Einnahmen	1,7		13,6	13,6
Ausgaben	-21,2	-47,0	-34,6	12,4
Kreditübertragungen aus 2010		-3,1		
Saldo	-19,5	-47,0	-20,9	26,1

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	1 491,4	1 481,0	1 499,2	18,2
----------------------------------	---------	---------	---------	------

Erfolgsrechnung

Ertrag (+3,0):

- +3,0 Mehreinnahmen bei Kantonsbeiträgen für ausserkantonale Lernende/Studierende
- +1,3 Mehreinnahmen bei Rückerstattungen
- +0,7 Mehreinnahmen Personalleistungen
- +0,6 Höhere Schulgeldeinnahmen
- 1,3 Tiefere interne Verrechnung von Unterhaltsdienstleistungen innerhalb der Leistungsgruppe hauptsächlich aufgrund Minderaufwand beim Gebäudeunterhalt
- 3,1 Tiefere interne Verrechnung von Mietkosten innerhalb der Leistungsgruppe hauptsächlich aufgrund Minderaufwand bei Abschreibungen und Zinsen
- +1,8 Übrige Erträge

Aufwand (+14,4):

- +3,6 Minderaufwand für Abschreibungen und Zinsen aufgrund Verzögerungen bei Investitionen sowie dem Übertrag des Schulhauses an der Affolternstrasse 30 in Oerlikon ins Finanzvermögen
- +3,1 Tiefere interne Verrechnung von Mietkosten innerhalb der Leistungsgruppe hauptsächlich aufgrund Minderaufwand bei Abschreibungen und Zinsen
- +2,8 Minderaufwand bei Dienstleistungen Dritter
- +1,6 Minderaufwand beim Gebäudeunterhalt
- +1,3 Tiefere interne Verrechnung von Unterhaltsdienstleistungen innerhalb der Leistungsgruppe hauptsächlich aufgrund Minderaufwand beim Gebäudeunterhalt
- +0,8 Minderaufwand Planungen Dritter aufgrund von Verzögerungen von Bauprojekten
- +1,2 Übriger Minderaufwand

Investitionsrechnung

Einnahmen (+13,6):

- +11,3 Übertrag des Schulhauses an der Affolternstrasse 30 in Oerlikon ins Finanzvermögen führte zu Investitionseinnahmen.
- +2,3 Vereinnahmte Bundesbeiträge für die Sanierung Anton-Graff-Haus der Berufsbildungsschule Winterthur

Ausgaben (+12,4):

- +7,3 Verschiedene Projekte haben sich verzögert: Aufstockung des Garderobentrakts der Turnhallen Rennweg der Berufsfachschule Winterthur (+1,5), Erweiterungsneubau Berufsbildungszentrum Zürichsee Horgen (+1,2), Neubau und Umnutzung Automobilwerkstätten in multifunktionelle Werkstätten STF Winterthur (+1,2), bauliche Massnahmen (Brandschutz, Umbauten) KV Zürich Business School (+1,1), Gesamtsanierung Berufsbildungszentrum Dietikon (+0,6), bauliche Anpassungen für Amokmassnahmen Berufsfachschulen (+0,5), Flachdachsanieierung der Berufsschule für Detailhandel Zürich (+0,5), Gesamtsanierung Berufsschule Mode und Gestaltung Zürich (+0,5), Aufstockung Mehrzweckhalle/Aula Berufsschule Rüti (+0,2).
- +3,0 Ausgabenminderung von Investitionsbeiträgen an Private durch verzögerte Projekte
- +1,4 Bauverzögerungen bei laufenden Kleinprojekten
- +0,7 Übrige Minderausgaben

Personal

Der Beschäftigungsumfang enthält die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von der Klassenzahl ab.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 000 000	0	0	1 000 000	0

7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)

Hauptereignisse

Die Wahl des Rektors, die Errichtung des Graduate Campus sowie die Arbeiten zur UZH-Foundation bildeten neben der Gesamterneuerungswahl des Universitätsrats die zentralen Geschäfte im Berichtsjahr.

Der Universitätsrat ist gemäss Universitätsgesetz das oberste Organ der Universität Zürich (UZH) und wird vom Regierungsrat gewählt. Für die neue Amtsdauer 2011/2015 setzt er sich wie folgt zusammen: Bildungsdirektorin Regine Aeppli (Präsidentin), Barbara Basting, Ulrich Jakob Looser, Prof. Dr. med. Hans-Rudolf Lüscher, Dr. Urs Oberholzer, Dr. Kathy Riklin und Dr. Christoph Wehrli.

Prof. Dr. Andreas Fischer, Ordinarius für Englische Philologie, wurde vom Universitätsrat als Rektor der UZH für die Amtsdauer vom 1. August 2012 bis zum 31. Juli 2016 wiedergewählt. Rektor Fischer trat das Amt als Rektor im August 2008 an.

Die Doktoratsstufe ist zentraler Teil der Bologna-Reformen und wurde in den letzten Jahren von den Fakultäten reformiert und weiterentwickelt. Ziel dieser Bemühungen ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für qualifizierte Nachwuchsforschende. Mit dem Projekt «Graduate Campus der Universität Zürich» wird die Doktoratsstufe zusätzlich gefördert, indem Nachwuchsforschenden neu auf gesamtuniversitärer Ebene bestehende Angebote einfacher zugänglich gemacht und für diese zusätzliche Förderinstrumente und Plattformen bereitgestellt werden. Dieser gemeinsame Auftritt wird die Sichtbarkeit und Attraktivität der Doktoratsstufe an der UZH erhöhen und damit einen weiteren Beitrag zu deren Stärkung leisten.

Im Zuge der Feierlichkeiten zum 175-Jahr-Jubiläum vor drei Jahren verstärkte die UZH ihre Fundraising-Aktivitäten auf verschiedensten Ebenen. Zur weiteren Unterstützung dieser Aktivitäten wurde die Einrichtung einer «UZH-Foundation – Die Stiftung der Universität Zürich» beschlossen. Die UZH-Foundation bezweckt die Förderung von Forschung, Lehre und Dienstleistungen an der UZH. Mit der Stiftung wird ein neues Finanzierungsinstrument geschaffen, das vorab für strategische Vorhaben mit breiter universitärer Wirkung genutzt werden soll.

Im Berichtsjahr waren an der UZH einschliesslich der Weiterbildung über 26 000 Studierende eingeschrieben. Grosse Bedeutung kam wiederum den Berufungsgeschäften zu. Im Berichtsjahr haben 15 Professorinnen und 42 Professoren ihr Amt an der UZH angetreten. Davon stammten 19 Personen aus der Schweiz, 20 aus Deutschland und 18 aus dem übrigen Ausland. Weitere Geschäfte des Universitätsrats betrafen die Evaluationen sowie die Habilitations-, Promotions-, Rahmen- und Weiterbildungsverordnungen der Fakultäten. Besonders zu erwähnen sind die Totalrevision der Verordnung über die Zulassung zum Studium an der UZH, die massgeblich auf dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Bologna-Umsetzung erfolgte, sowie die Schaffung eines Asien-Orient-Instituts durch Zusammenlegung der Abteilung Indologie, des Orientalischen Seminars und des Ostasiatischen Seminars.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Leistungsgruppe umfasst in der Erfolgsrechnung die Finanzierung der Universität durch den Bund (durchlaufende Beträge, saldoneutral) und die Bildungsdirektion des Kantons Zürich (Staatsbeitrag).
A2	Die Erfolgsrechnung enthält zudem Raummieten in der Höhe der kalkulatorischen Kosten auf den der Universität vom Kanton Zürich für Lehre und Forschung zur Verfügung gestellten kantonseigenen Liegenschaften und Räumen. Diese Kosten werden der Universität als Raummiete in Rechnung gestellt und sind zugleich Teil des kantonalen Kostenbeitrags und damit saldoneutral.
A3	Die Investitionsrechnung umfasst die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Investitionsbeiträge des Bundes für Ausstattungen, die vom Kanton an die Universität weitergeleitet werden.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Die Wirkungsindikatoren für die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrags der Universität Zürich sind in der Leistungsgruppe Nr. 9600 abgebildet.					
Leistungen						
L1	Anzahl Studierende (einschliesslich Doktorierende und MAS-Studierende) (A1)	P	26 168	26 378	26 267	-111
L2	Die übrigen Leistungsindikatoren für die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrags der Universität Zürich sind in der Leistungsgruppe Nr. 9600 abgebildet.					
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Forschung, Lehre und Dienstleistung pro Student/in (Fr.) (A1)	P	21 354	21 560	21 651	91

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	<p>Förderung und Ausbau bestehender und Schaffung neuer Kompetenzzentren</p> <p>Planmässig</p> <p>Kompetenzzentren sind wissenschaftliche Netzwerke, in denen Institute oder Teile von Instituten der Universität Zürich ihre Arbeit unter strategischen Zielsetzungen koordinieren. Kompetenzzentren werden durch die Universitätsleitung befristet anerkannt und finanzieren sich selbst. Derzeit gibt es 20 Kompetenzzentren. Im Berichtsjahr wurden zwei neue Kompetenzzentren anerkannt: Center for Research and Sports Administration (CRSA) und Center for Imaging Science and Technology (CIMST).</p>	2014
E2	<p>Weiterführung der Nationalen Forschungsschwerpunkte, Aufbau und Weiterentwicklung der Universitären Forschungsschwerpunkte (UFSP)</p> <p>Planmässig</p> <p>Die UZH ist bei sechs Nationalen Forschungsschwerpunkten (NFS) (von insgesamt 28) Leading House. Im Berichtsjahr wurden keine neuen NFS gestartet; der letzte war der Schwerpunkt «Kidney.CH» mit Start 2010. Derzeit läuft das Auswahlverfahren für die neuen NFS, die ab 2014 anlaufen werden. Derzeit gibt es fünf Universitäre Forschungsschwerpunkte (UFSP) an der UZH. Im Berichtsjahr ist kein neuer UFSP hinzugekommen. Momentan läuft das Auswahlverfahren für die neuen Forschungsschwerpunkte, die ab 2013 starten werden. Die laufenden UFSP werden ab 2013 bis 2017 in ihre dritte und letzte Vierjahresphase übergeführt.</p>	2014
E3	<p>Weitere Erhöhung der Drittmittel</p> <p>Planmässig</p> <p>Das Volumen der Drittmittel konnte auch im Berichtsjahr weiter ausgebaut werden.</p>	2014
E4	<p>Entwicklung spezialisierter Masterprogramme und Förderung der Doktoratsstufe, Nachwuchsförderung</p> <p>Planmässig</p> <p>Auch im Berichtsjahr hat die Universität Zürich ihr Angebot im Bereich der Spezialisierten Master-Studiengänge und der Doktoratsprogramme planmässig ausgebaut und gestärkt. Im Bereich der Spezialisierten Master-Studiengänge wurden u. a. neue Joint-Degree-Angebote mit der ETH Zürich geschaffen. Mit dem Aufbau des universitätsweiten Graduate Campus werden den Doktorierenden und Postdoktorierenden die Ressourcen der multidisziplinären Universität auf neue Weise erschlossen und vielfältige Möglichkeiten zur wissenschaftlichen Sozialisation und zur Förderung eigeninitiativer Aktivitäten geschaffen. Zugleich ist mit dem Netzwerk Doktoratsprogramme ein Instrument im Sinne der kooperativen Qualitätsentwicklung auf der Doktoratsstufe etabliert worden.</p>	2014
E5	<p>Zusammenarbeit mit der ETH Zürich: Doppelprofessuren, Studiengänge, Projekte usw.</p> <p>Planmässig</p> <p>Es ist vorgesehen, die Zusammenarbeit mit der ETH im Bereich der Hochschulmedizin auszuweiten.</p>	2014
E6	<p>Stärkung der hochspezialisierten Medizin</p> <p>Planmässig</p> <p>Nachdem die erste Umsetzungsphase finanziell gesichert und die Verwirklichung der entsprechenden Projekte eingeleitet ist, kann die langfristige Weiterentwicklung der Gesamtstrategie hochspezialisierte Medizin an die Hand genommen werden. Bei der Planung der weiteren Umsetzung muss der Koordination mit der Ausrichtung im Bereich der Universitären Medizin sowie dem Einbezug der ETH besondere Beachtung geschenkt werden.</p>	2014

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	212,4	212,1	217,0	5,0
Aufwand	-772,6	-781,0	-785,1	-4,1
Kostenbeitrag an Universität	-558,8	-568,7	-568,7	0,0
Saldo	-560,1	-569,0	-568,1	0,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen	6,8	7,5	6,1	-1,4
Ausgaben	-43,5	-52,8	-29,9	22,9
Saldo	-36,7	-45,3	-23,8	21,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (+5,0):

- +2,6 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität Zürich als budgetiert
- +1,4 Ertrag aus Korrektur Eingangsbilanz Finanzleasing
- +1,1 Höhere kalkulatorische Nutzungskostenverrechnung für die der Universität Zürich zur Verfügung gestellten staatlichen Liegenschaften
- 0,1 Tiefere Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen

Aufwand (-4,1):

- 2,6 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität Zürich
- 1,7 Höhere Abschreibungen auf Hochbauten und Mobilien
- 0,3 Höhere Planungskosten und Dienstleistungen Dritter
- 0,2 Projektbegrenzung
- +0,7 Tiefere Zinsen

Investitionsrechnung

Einnahmen (-1,4):

- 2,9 Mindereinnahmen vom Bund aus verschiedenen Projekten, z.B. Kleintierklinik, Kuppel-schauhäuser Botanischer Garten
- +1,5 Mehreinnahmen bei den durchlaufenden Investitionsbeiträgen des Bundes für die Universität

Ausgaben (+22,9):

- +5,8 Minderausgaben infolge Verzögerung im Projekt Ersatz Telefonanlage
- +5,0 Minderausgaben infolge Verzögerung durch zum Teil nicht verwendete Freibeträge aus Berufungen
- +3,9 Minderausgaben infolge Verzögerung im Projekt Botanischer Garten, Sanierung Lüftung
- +3,7 Minderausgaben infolge Verzögerung im Projekt Irchel, Sanierung Mensaküche
- +2,6 Minderausgaben infolge Verzögerung im Projekt Irchel Y42, Präparierräume
- +2,0 Minderausgaben infolge Verzögerung im Projekt Botanischer Garten, Sanierung Hörsäle
- +1,2 Minderausgaben infolge Verzögerung im Projekt Irchel, Brauchwarmwasserring
- +0,8 Aus Bauabrechnungen erfolgte Minderumbuchungen auf das Mobilienkonto
- 1,5 Mehrausgaben aus durchlaufenden Investitionsbeiträgen des Bundes für die Universität
- 0,6 Mehrausgaben bei verschiedenen Projekten

7402 Sonstige universitäre Leistungen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzierung der Ausbildung im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV). Diese umfasst einerseits Beiträge von anderen Kantonen an die Universität Zürich für ausserkantonale Studierende an der Universität Zürich (saldoneutrales Durchgangskonto) und andererseits als Aufwandposition eigene Beiträge des Kantons Zürich an andere Schweizer Universitäten für Zürcher Studierende in anderen Kantonen.
A2	Vertraglich festgesetzte jährliche Beiträge des Kantons an die Zentralbibliothek und das Sozialarchiv. Die Beträge dienen der Schaffung und Vermehrung der Sammlungen sowie deren Unterbringung und der Verwaltung. Das Globalbudget der Zentralbibliothek ist in der Leistungsgruppe Nr. 9690 abgebildet.
A3	Finanzierung der Ruhegehälter von Professorinnen und Professoren aufgrund der Vorsorgeverpflichtungen zulasten des Kantons Zürich
A4	Kantonsanteil an die Investitionsfinanzierung der Zentralbibliothek

Indikatoren

Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
-----	--------	--------	---------	-----------------------

Wirkungen

W1 Die Indikatoren für die Zentralbibliothek sind in der Leistungsgruppe Nr. 9690 abgebildet. Für die übrigen Aufgaben dieser Leistungsgruppe werden keine Indikatoren aufgeführt, da es sich um Finanztransaktionen ausserhalb der Steuerkompetenz des Kantons Zürich handelt.

Leistungen

L1 Die Indikatoren für die Zentralbibliothek sind in der Leistungsgruppe Nr. 9690 abgebildet. Für die übrigen Aufgaben dieser Leistungsgruppe werden keine Indikatoren aufgeführt, da es sich um Finanztransaktionen ausserhalb der Steuerkompetenz des Kantons Zürich handelt.

Wirtschaftlichkeit

B1 Die Indikatoren für die Zentralbibliothek sind in der Leistungsgruppe Nr. 9690 abgebildet. Für die übrigen Aufgaben dieser Leistungsgruppe werden keine Indikatoren aufgeführt, da es sich um Finanztransaktionen ausserhalb der Steuerkompetenz des Kantons Zürich handelt.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	129,5	129,4	135,0	5,6
Aufwand	-201,5	-182,3	-194,7	-12,5
Eigene Beiträge an Kantone (IUV)	-24,7	-22,5	-25,1	-2,6
Kostenbeiträge an Universitätsbibliotheken	-28,1	-28,1	-28,3	-0,2
Saldo	-72,1	-52,9	-59,7	-6,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,1			
Ausgaben	-1,2	-1,5	-1,5	-0,0
Saldo	-1,1	-1,5	-1,5	-0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (+5,6):

+5,6 Höhere Beiträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV

Aufwand (-12,5):

-5,6 Höhere an die Universität überwiesene IUV-Beiträge (vgl. Ertrag)

-3,9 Erhöhung der Rückstellung für Teuerungszulagen Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Uni-Professoren

-2,6 Höhere Beiträge an ausserkantonale Universitäten für Zürcher Studierende

-0,2 Höherer Beitrag an die Zentralbibliothek im Rahmen der kantonalen Vorgaben zur Lohnsummenentwicklung

-0,2 Übriger Mehraufwand

7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)

Hauptereignisse

Das Interesse an den Ausbildungen der Zürcher Fachhochschule (ZFH) war im Berichtsjahr ungebrochen. Alle drei Hochschulen verzeichneten einen Anstieg der Studierendenzahlen, der – auch wegen der Beschränkung der Studienplätze in mehreren Fachbereichen – jedoch unterschiedlich ausfiel. An der grössten Hochschule der ZFH, der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), war die Zunahme in den Bereichen Wirtschaft, Life Sciences und Gesundheit erneut am stärksten. Zur Ergänzung des bestehenden Studienangebots der ZHAW wurden beim Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) Gesuche um Bewilligung einzelner neuer Masterstudiengänge und eines neuen Bachelorstudienganges Energie- und Umwelttechnik eingereicht. Mehrere Verfahren zur Akkreditierung von Masterstudiengängen an der ZHAW und an der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) konnten abgeschlossen werden. Das EVD verband die Akkreditierungen zum Teil mit Auflagen, die Anpassungen der Ausbildungskonzepte und Unterrichtsgrundlagen erforderten.

Die seit längerem laufende Vorbereitung zur Integration der Hochschule für Technik Zürich (HSZ-T) in die ZHAW, die durch Auflagen des Bundes ausgelöst worden war, konnte abgeschlossen werden. Die auf berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung von Ingenieurinnen und Ingenieuren sowie Architektinnen und Architekten spezialisierte nicht staatliche Hochschule konnte wie geplant am 1. Januar 2012 in die ZHAW überführt werden.

Besondere Herausforderungen stellten sich für die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH). Seit dem Start der ersten verkürzten Studiengänge für Quereinsteigende in den Lehrberuf im Frühling des Berichtsjahres haben bereits über 200 Studierende ein solches Studium aufgenommen. Weitere neue Studienangebote der PHZH sind der Studiengang «Unterrichten von Fächern in der Berufsmaturität» und der Masterstudiengang Fachdidaktik Naturwissenschaften, der in Kooperation mit der Universität Zürich und der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich geführt wird.

Der Fachhochschulrat der ZFH hat Anfang Jahr in teilweise geänderter Zusammensetzung seine vierte Amtsdauer begonnen. Als oberstes Organ der ZFH befasste er sich mit strategischen Fragen und weiteren Aufgaben, die ihm gemäss kantonalem Fachhochschulgesetz vom 2. April 2007 zukommen. Neben Entscheiden über neue Studiengänge verabschiedete er unter anderem Neuerlasse und Änderungen von Rechtsgrundlagen der einzelnen Hochschulen. Er beschloss die Wiederwahl von Prof. Dr. Walter Bircher als Rektor der PHZH für eine zweite Amtszeit von vier Jahren und ernannte im Dezember als neuen Verwaltungsdirektor der ZHdK Matthias Schwarz, der seine Stelle im Frühling 2012 antreten wird. Im September löste Prof. Dr. Jean-Marc Piveteau Gründungsrektor Prof. Dr. Werner Inderbitzin an der Spitze der ZHAW ab.

Die Bauvorhaben für die künftigen Hochschulstandorte auf dem Toni-Areal in Zürich-West und auf dem Gelände der ehemaligen Sihlpost im Zentrum von Zürich kamen voran. Die PHZH wird ihren Campus-Neubau auf dem Sihlpost-Gelände im Sommer 2012 beziehen. Der Bezug des Toni-Areals durch die ZHdK und Teile der ZHAW ist für den Sommer 2013 geplant.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Erfolgsrechnung zeigt die Finanzierung der Zürcher Fachhochschule (ZFH) durch Bund (durchlaufend) und Kanton Zürich. Der Kostenbeitrag an die drei staatlichen Teilschulen der ZFH entspricht der Summe des in den Leistungsgruppen 9710 ZHAW, 9720 ZHdK und 9740 PHZH abgebildeten Kostenbeitrags der Bildungsdirektion an die jeweilige Hochschule (leistungsbezogener Beitrag des Volksschulamts an 9740 PHZH nicht eingerechnet).
A2	Die Leistungsgruppe enthält zudem die Raummieten in der Höhe der kalkulatorischen Kosten für die den staatlichen Teilschulen zur Verfügung gestellten kantonseigenen Liegenschaften. Diese Kosten werden den Hochschulen als Raummiete in Rechnung gestellt und sind Teil des kantonalen Kostenbeitrags und damit saldoneutral.
A3	Ebenfalls in dieser Leistungsgruppe enthalten sind die hochschulübergreifenden Aufwendungen des Kantons Zürich für die ZFH und die Abschreibungen von Investitionsbeiträgen.
A4	Die Investitionsrechnung umfasst die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Erstausrüstungen der Teilschulen der ZFH.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Total FH-Diplomabschlüsse an den staatlichen und privaten Teilschulen ZFH (A1)	P	3 008	3 640	3 379	-261
W2	- davon Bachelor-Diplomabschlüsse	P	2 649	3 120	2 822	-298
W3	- davon Master-Diplomabschlüsse	P	359	520	557	37
Leistungen						
L1	Total Studierende an den staatlichen und privaten Teilschulen ZFH (A1)	P	13 438	14 060	14 363	303
L2	- davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P	12 060	12 710	12 622	-88
L3	- davon Studierende in den Masterstudiengängen	P	1 378	1 350	1 741	391
Wirtschaftlichkeit						
B1	Da eine Konsolidierung über die gesamte ZFH infolge der unterschiedlichen Finanzierungsgrundlagen (mit/ohne Finanzierungsbeteiligung Bund) ihrer Teilschulen keine aussagekräftigen Zahlen liefert, werden die Wirtschaftlichkeitsindikatoren ausschliesslich im Leistungsgruppenblatt der jeweiligen Teilschule (9710, 9720, 9740) abgebildet.					
Abweichungsbegründungen						
W1-W3	Die Zahl der Abschlüsse liegt auf der Bachelorstufe etwas unter dem Budgetwert aufgrund geringerer Studienintensität (vermehrt Teilzeitstudierende), was eine zeitliche Verschiebung des Diplomabschlusses zur Folge hat.					
L1-L3	Die Studierendenzahl ist höher als budgetiert (+2,2%), wobei sich die Verschiebung zwischen der Bachelor- und der Masterstufe hauptsächlich aus einer gegenüber dem Budget geänderten Stufenzuordnung der Studierenden innerhalb des integrierten Bachelor-/Masterstudiengangs Sekundarstufe I der Pädagogischen Hochschule Zürich ergibt.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Ausrichtung auf internationale Hochschulentwicklung und Akkreditierungsstandards mit Ausbau von Netzwerken und Kooperationen Abgeschlossen Mit dem erfolgreichen Aufbau der Hochschulen ZFH konnte die Grundlage für eine qualitative Weiterentwicklung betreffend Kooperationen und Netzwerke gelegt werden.	2011
E2	Umsetzung der Bologna-Deklaration (Modularisierung der Studiengänge, Bachelor- und Masterausbildung, Einführung ECTS) Abgeschlossen	2011
E3	Fortsetzung Aufbau und Festigung der Masterstudiengänge Abgeschlossen Die Masterstudiengänge sind in der Bildungslandschaft etabliert.	2011

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung					
Ertrag		119,3	124,8	123,0	–1,8
Aufwand		–431,2	–474,8	–457,4	17,4
Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen		–297,6	–328,0	–317,5	10,5
Kostenbeiträge an die privaten Teilschulen		–4,5	–3,4	–7,5	–4,1
Kreditübertragungen aus 2010			–8,5		
Saldo		–311,8	–350,0	–334,4	15,6
Investitionsrechnung					
Einnahmen		1,7	0,2	2,4	2,2
Ausgaben		–8,9	–36,4	–24,4	12,1
Saldo		–7,3	–36,2	–22,0	14,2
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte					

Erfolgsrechnung

Ertrag (-1,8):

- 1,2 Tieferer durchlaufende Bundesbeiträge für die Teilschulen der ZFH
- 1,0 Tieferer Erträge für die Nutzung der von den staatlichen Hochschulen der ZFH benützten Liegenschaften
- +0,4 Höhere Auflösung passivierter Investitionsbeiträge

Aufwand (+17,4):

- +11,4 Tieferer Kostenbeitrag an die ZHAW im Rahmen der jährlichen Leistungsvereinbarung
- +8,5 Nicht beanspruchte Kreditübertragung ZHAW aus dem Vorjahr
- +1,2 Tieferer durchlaufende Bundesbeiträge für die Teilschulen der ZFH
- +0,8 Tieferer Aufwand für Planungen und Dienstleistungen Dritter
- +0,6 Minderaufwand für Informatiknutzung und -unterhalt
- +0,7 Niedrigere Zinsen auf dem Verwaltungsvermögen
- 2,1 Zahlung an BVK für Übernahme des Zürich Konservatoriums Klassik und Jazz ZKKJ durch die Stadt Zürich
- 1,0 Höherer Staatsbeitrag an die Hochschule für Technik für Zürcher Studierende
- 1,0 Beitrag an das ZKKJ
- 0,9 Höherer Staatsbeitrag an die PHZH
- 0,8 Höhere Abschreibungen und übriger Mehraufwand

Investitionsrechnung

Einnahmen (+2,2):

- +2,2 Mehreinnahmen vom Bund aufgrund vorzeitig gestelltem Teilzahlungsgesuch für das Grossprojekt Toni-Areal

Ausgaben (+12,1):

- +8,1 Verzögerungen in den Arealentwicklungen ZHAW Standorte Wädenswil und Winterthur
- +7,7 Verzögerungen im Mieterausbau Toni-Areal (ZHdK und ZHAW)
- +1,1 Verzögerungen im Ausstattungsabbau Toni-Areal (ZHdK und ZHAW)
- +0,6 Minderaktivierungen von Mobilien aus Bauabrechnungen
- 5,0 Mehrausgaben für höhere Bauleistungen im Grossprojekt Sihlpost der PHZH
- 0,4 Mehrbelastung im Berichtsjahr durch Verzögerungen im Projekt neues Personal- und Lohnadministrationssystem (ZAP/PULS)

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	4 000 000			4 000 000	

7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzierung der Hochschulen ausserhalb der Zürcher Fachhochschule, denen der Kanton Zürich im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung als Träger angehört (Konkordatsschulen Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft Zollikofen [SHL] und Hochschule für Heilpädagogik Zürich [HfH])
A2	Ausrichtung von Beiträgen an ausserkantonale Fachhochschulen für Zürcher Studierende im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV)

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	-46,7	-48,4	-51,6	-3,2
Saldo	-46,7	-48,4	-51,6	-3,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand (-3,2):

- 4,1 Höhere FHV-Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen als budgetiert
- +0,9 Tiefere Trägerbeiträge des Kantons Zürich an die Konkordatsschulen

7501 Jugend- und Familienhilfe

Hauptereignisse

Neue Rechtsgrundlagen

Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), das die ambulante Kinder- und Jugendhilfe zeitgemäss regelt, wurde vom Kantonsrat am 14. März verabschiedet. Am 7. Dezember erliess der Regierungsrat die Ausführungsvorschriften zum KJHG, die Kinder- und Jugendhilfeverordnung (KJHV) sowie die Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich (SPMV) und setzte das Gesetz mit Ausnahme der Bestimmungen über die finanziellen Leistungen sowie die beiden genannten Verordnungen auf den 1. Januar 2012 in Kraft. Die Umsetzungsarbeiten im Bereich der finanziellen Leistungen (Alimentenhilfe, Kleinkindbetreuungsbeiträge), d.h. die Erarbeitung des Bemessungssystems sowie der Ausführungsvorschriften dazu, die technische Anpassung der Fallführungssoftware sowie die Schulung der Mitarbeitenden erwiesen sich als sehr aufwendig. Deshalb kann dieser Teil des KJHG zusammen mit der Verordnung über die Alimentenhilfe und die Kleinkindbetreuungsbeiträge (AKV) erst auf den 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt werden.

Jugend- und Familienberatung

Die 19 kantonalen Jugend- und Familienberatungsstellen berieten 6754 Familien mit 10 288 Kindern (Vorjahr: 7267 Familien, 11 016 Kinder). Im Auftrag der Vormundschaftsbehörden der Gemeinden wurden gesetzliche Mandate für 6086 Kinder aus 4211 Familien (5936 Kinder/4041 Familien) geführt, davon solche für 544 Kinder aus 435 Familien durch die Juristinnen und Juristen der Regionalen Rechtsdienste. Im Auftrag von Vormundschaftsbehörden oder Gerichten wurden weiter Abklärungen und Gutachten über 783 Familien mit 1263 Kindern (800 Familien/1306 Kinder) erstellt.

Alimentenhilfe

Die organisatorische Restrukturierung der Alimentenhilfe (Inkassohilfe, Alimentenbevorschussung und Kleinkindbetreuungsbeiträge) konnte mit der Bildung von insgesamt acht geleiteten «Units» – Alimentenhilfeteams von bis zu sieben Mitarbeitenden – erfolgreich abgeschlossen werden. Die Alimentenhilfe erbringt ihre Leistungen an insgesamt fünf Standorten im Kanton (Wetzikon, Horgen, Dietikon, Bülach, Winterthur). Die Stadt Zürich erbringt diese Leistung im Rahmen des kantonalen Rechts selbstständig.

Sonderpädagogische Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich

Die neue Gesetzgebung (KJHG und SPMV) sieht eine Trennung von Abklärung und Durchführung der Massnahme vor. Als künftige Abklärungsstellen sind das Kinderspital Zürich und die Kinderklinik des Kantonsspitals Winterthur vorgesehen. Für die Entgeltung der sonderpädagogischen Leistungen wurde ein Tarifsysteem nach dem Grundsatz gleiche Entschädigung für gleiche Leistungen entwickelt. Im Vergleich zum Vorjahr wurden im Vor- und Nachschulbereich insgesamt 15% mehr Massnahmen ausgesprochen.

Kinder- und Jugendheime

Ende Oktober erging das Urteil des Verwaltungsgerichts im Hinblick auf das seit 2007 gültige Finanzierungsmodell für die Staatsbeiträge an die Kinder- und Jugendheime. Es verlangt eine Neubeurteilung und eine allgemeine Anpassung der Berechnungsweise für die Ausrichtung von Staatsbeiträgen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Planung, Koordination und Aufsicht der ambulanten und stationären Jugendhilfe
A2	Führung von Jugend- und Familienberatungsstellen im Kanton Zürich
A3	Ausrichtung von Staatsbeiträgen an stationäre Einrichtungen sowie an die Betreuung von Zürcher Jugendlichen in ausserkantonalen Jugendheimen
A4	Amtsvormundschaft für minderjährige, alleinstehende Asylsuchende (Zentralstelle Mineurs non accompagnés)
A5	Koordination, Administration und Mitfinanzierung der Heilpädagogischen Früherziehung sowie pädagogisch-therapeutischer Massnahmen im Vor- und Nachschulalter
A6	Gewährung von Stipendien und Darlehen an in Ausbildung stehende Jugendliche und Erwachsene
A7	Mitfinanzierung allgemeiner Bereiche der Jugend- und Familienhilfe

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Anzahl zivilrechtlicher Kinderschuttmassnahmen bezogen auf die Gesamtzahl der geführten Fälle (Bezirksjugendsekretariate; A2)	P	35%	< 38%	37%	-1%
W2	Austritte aus stationären Einrichtungen gemäss individuellen Planungen (A1/A3)	P	82%	> 80%	83%	3%
Leistungen						
L1	Anzahl Fälle Jugend- und Familienberatung (Bezirksjugendsekretariate; A2)	P	16 952	16 000	16 374	374
L2	Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche: Anteil der Gesuche, die zwei Monate nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen entschieden sind (A6)	P	83%	> 80%	76%	-4%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro Jugend- und Familienberatung (Bezirksjugendsekretariate; A2)	P	1 087	1 200	1 145	-55
B2	Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit sozialpädagogischem Angebot (A1/A3)	P	332	389	351	-38
B3	Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit Berufsbildungsangebot (A1/A3)	P	447	508	510	2
Abweichungsbegründungen						
L1	Die prognostizierte Fallzahl wurde um 374 überschritten. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich gesamthaft betrachtet ein Rückgang. Gleichzeitig ergab sich aber eine Verschiebung zwischen den aufwendigen gesetzlichen (+150) und übrigen Mandaten (-728).					
L2	Das gesteckte Ziel konnte infolge Personalmutationen sowie höherer Gesuchs- bzw. Entscheidzahlen (Berichtsjahr 5538 / Vorjahr 5426) nicht ganz erreicht werden.					
B1	Die Fallzahlen fielen höher als prognostiziert aus (Berichtsjahr 16 374 / prognostiziert 16 000) und trugen dadurch zur Unterschreitung des geplanten Durchschnittswertes bei. Wären die prognostizierten Fallzahlen eingetroffen, hätte sich ein Durchschnittswert von Fr. 1172 (Ist-Kosten : Planmenge) ergeben.					
B2/B3	Der Anstieg gegenüber den Vorjahreswerten ist unter anderem auf Besoldungsanpassungen zurückzuführen.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		bis
E1	Anpassung und Erweiterung der gesetzlichen Grundlagen für die ambulante Jugend- und Familienhilfe Abgeschlossen Eine neue gesetzliche Grundlage wurde mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG, Inkraftsetzung 1. Januar 2012) geschaffen.	2012
E2	Bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden gewährleisten und an einheitlichen Standards ausrichten Abgeschlossen Die Rahmenbedingungen wurden mit der Inkraftsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes auf den 1. Januar 2012 geschaffen.	2012
E3	Schaffung neuer bezirksübergreifender Organisationsstrukturen in der Jugend- und Familienhilfe Abgeschlossen Die regionalen Organisationsstrukturen wurden im KJHG auf 1. Januar 2012 verankert.	2012
E4	Erarbeitung und Einführung von Grundlagen und Instrumenten zur Steuerung der stationären Kinder- und Jugendhilfe über Leistungsaufträge Verzögert/Neuausrichtung: Als Grundlagenbasis wird neu eine Totalrevision des Jugendheimgesetzes geplant (bis 2015).	2011
E5	Eltern zur Teilnahme an Kursen zur Gewaltprävention und Elternbildung verpflichten Abgeschlossen Die gesetzlichen Anpassungen sind im Volksschulgesetz erfolgt.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	72,6	68,4	74,3	5,9
Aufwand	-188,0	-192,7	-199,1	-6,4
Saldo	-115,3	-124,3	-124,9	-0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,2	0,7	1,4	0,7
Ausgaben	-4,6	-4,1	-4,1	-0,0
Kreditübertragungen aus 2010		-0,1		
Saldo	-3,4	-3,4	-2,6	0,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	418,5	416,5	426,4	9,9

Erfolgsrechnung

Ertrag (+5,9):

+2,6 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten führten zu entsprechenden Verrechnungen, die sich saldoneutral im Aufwand und Ertrag niederschlugen.

-0,6 Die Beiträge/Durchlaufposten des Bundesamtes für Justiz (BJ) an die Kinder- und Jugendheime fielen mit 9,9 Mio. Franken etwas tiefer als budgetiert aus.

- +2,2 Der Zuwachs an Leistungsaufträgen mit Vollkostenverrechnung an Gemeinden/Dritte führte insbesondere im Bereich Schulsozialarbeit zu entsprechendem Mehrertrag (siehe auch unter Aufwand und Personal).
- +1,1 Mehrertrag ergab sich aus der Begleichung bedingt rückzahlbarer Ausbildungsdarlehen.
- +0,4 Die anteilmässige Verrechnung der Overhead-Kosten der regionalen Geschäftsstellen an die Berufsberatung führte zu Mehrertrag.
- +0,2 Zudem konnten etwas höhere allgemeine Beiträge vereinnahmt werden.

Aufwand (−6,4):

- −2,6 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten führten zu entsprechenden Verrechnungen, die sich saldoneutral im Aufwand und Ertrag niederschlugen.
- +0,6 Die Beiträge/Durchlaufposten des Bundesamtes für Justiz (BJ) an die Kinder- und Jugendheime fielen mit 9,9 Mio. Franken etwas tiefer als budgetiert aus.
- −2,2 Die Zunahme der Angebote mit vollumfänglicher Kostenverrechnung an die Gemeinden/Dritte führte insbesondere im Bereich Schulsozialarbeit zu entsprechenden Mehrkosten (siehe auch unter Ertrag und Personal).
- −0,8 Der Mehraufwand für Sonderpädagogische Massnahmen im Frühbereich (−2,7) konnte durch geringere Sachaufwendungen (+1,9) teilweise kompensiert werden.
- −2,2 Steigende Gesuchszahlen und höhere Elternfreibeträge führten zu einer Budgetüberschreitung bei den Stipendien (−3,0), die nur teilweise bei den übrigen Staatsbeiträgen (+0,8) kompensiert werden konnte. Im Heimbereich hielten sich die Budgetabweichungen bei den Beiträgen für ausserkantonale (+1,2) und innerkantonale (−1,2) Platzierungen die Waage.
- +0,1 Geringere Vorjahresinvestitionen verursachten weniger Abschreibungsaufwand.
- +0,7 Verschiedene Personalmutationen führten zu Rotationsgewinnen.

Investitionsrechnung

Einnahmen (+0,7):

- +0,5 Die Ausbildungsdarlehensrückerstattungen fielen höher als erwartet aus.
- +0,2 Ein Investitionsbeitrag an ein Kinder-/Jugendheim wurde anteilmässig zurückgefordert.

Ausgaben (0,0):

- −0,7 Die Rückforderung von anwartschaftlichen Ausbildungsdarlehen überstieg den budgetierten Rahmen.
- +0,7 Verzögerungen bei Hardware- und Software-Beschaffung führten zu Budgetüberschreitungen.

Personal

Der Anstieg der Beschäftigten ergibt sich aus der Zunahme der Leistungsaufträge mit vollumfänglicher Kostenverrechnung an Gemeinden (Schulsozialarbeit).

7502 Berufs- und Studienberatung

Hauptereignisse

Berufsberatungsstellen und Berufsinformationszentren (BIZ)

In den sieben BIZ wurden 13 912 (Vorjahr 13 975) Einzelberatungen durchgeführt, davon entfielen 11 120 (11 544) auf die allgemeine Berufsberatung und 2 792 (2 431) auf die spezialisierte Beratung (Studienberatung, Gesundheitsberufe, Sportberatung und Kompetenzenbilanz). 8 126 oder 58% (8 312 oder 58%) der beratenen Personen waren unter 20 Jahre alt. 58 200 (58 300) Besucherinnen und Besucher suchten Informationen über die verschiedenen Ausbildungs- und Laufbahnwege in den Infotheken. In den 112 Oberstufenschulgemeinden wurden insgesamt 1 810 (1 814) Schulhaussprechstunden und 343 (374) Elternveranstaltungen durchgeführt. Besonders für Eltern und Jugendliche aus fremden Kulturkreisen wurden die Informationsveranstaltungen Integras angeboten. Im Berichtsjahr wurde ein Konzept für die Systematisierung der Beratung und Unterstützung der Mittelschülerinnen und Mittelschüler im Studienwahlprozess erarbeitet. Die Zusammenarbeit mit allen kantonalen Mittelschulen findet nun einheitlich nach diesem Konzept statt.

Case Management Berufsbildung

Bis Ende Berichtsjahr wurden 200 Jugendliche mit einer Mehrfachproblematik in das Case Management Berufsbildung aufgenommen. In der Stadt Zürich bietet das Laufbahnzentrum das Case Management Berufsbildung gemäss kantonalem Konzept, gestützt auf eine Leistungsvereinbarung, aber mit eigenen Stellen, an.

Validierungsverfahren

Zur Erlangung eines Eidgenössischen Fähigkeitsausweises (EFZ) wurden 42 Informationsveranstaltungen durchgeführt (Vorjahr 46). Insgesamt nahmen 1 309 Teilnehmende an diesen für das Validierungsverfahren obligatorischen Veranstaltungen teil (1 350). Zurzeit können im Kanton Zürich auf dem Weg über das Validierungsverfahren EFZ für Fachangestellte/r Gesundheit, für Informatiker/in sowie für Fachangestellte/r Betreuung erlangt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Planung, Koordination und Aufsicht der allgemeinen Berufsberatung
A2	Führung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (einschliesslich Kompetenzenbilanz)
A3	Führung von allgemeinen Berufsberatungsstellen sowie Berufsinformationszentren im Kanton Zürich

Indikatoren						
	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Anteil Berufsberater mit Integration in die Bildungs- und Arbeitswelt (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate; A1/A3)	P	97%	> 98%	98%	0
Leistungen						
L1	Anzahl Berufsberatungen (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate; A3)	P	11 544	11 500	11 120	-380
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro Berufsberatung (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate; A3)	P	1 079	1 150	1 102	-48
Abweichungsbegründungen						
W1	Der Zielwert konnte durch die konsequente Umsetzung des Rahmenkonzeptes «Zusammenarbeit Berufsberatung – Sekundarschule» erreicht werden. Damit verbunden sind niederschwellige Angebote für die Jugendlichen in den Schulen, wie auch für Jugendliche und deren Eltern, die speziellen Risikogruppen angehören.					
L1	Die Einzelberatungen sind von 11 544 im 2010 um insgesamt 424 Fälle (3,7%) auf 11 120 im Berichtsjahr zurückgegangen. Die Ressourcen wurden zu den niederschwelligen Angeboten für Jugendliche in Schulen sowie für Jugendliche und deren Eltern, die speziellen Risikogruppen angehören, verlagert (siehe Indikator W1).					
B1	Die gegenüber dem Vorjahr tieferen Beratungszahlen führten bei nahezu gleichbleibenden Kosten zu einem höheren Durchschnittsbetrag je Beratung. Der prognostizierte Durchschnittswert wurde als Folge der tiefer als budgetiert ausfallenden Kosten unterschritten.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		bis
E1	Unterstützung der Jugendlichen im Übergang in die Berufsbildung und ins Berufsleben; Verbesserung der Berufseinstiegschancen von Jugendlichen Verlängert Der Bund unterstützt die Bestrebungen im Rahmen des Projektes Case Management Berufsbildung bis ins Jahr 2015.	2011
E2	Bezirksübergreifende, interdisziplinäre und interinstitutionelle Erbringung von Leistungen der Jugendhilfe und Berufsberatung Abschluss/Neuausrichtung: Die Grundlagen für eine funktionierende interinstitutionelle Zusammenarbeit (iiz) zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosen konnten mit dem «iiz netzwerk kanton zürich» geschaffen und ab Berichtsjahr umgesetzt werden. Neu wird auf eine intensivere Zusammenarbeit mit Kinder- und Jugendhilfe, Schulen, Schulpsychologie und Schulsozialarbeit fokussiert.	2011

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	17,7	18,5	18,5	–0,0
Aufwand	–34,3	–38,4	–36,3	2,0
Saldo	–16,6	–19,8	–17,8	2,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		–0,5	–0,1	0,4
Saldo		–0,5	–0,1	0,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	115,5	118,4	112,1	–6,3

Erfolgsrechnung

Ertrag (0,0):

- +0,3 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten führten zu entsprechenden Verrechnungen, die sich saldoneutral im Aufwand und Ertrag niederschlugen.
- 0,3 Die Beiträge des Bundes an das Projekt Case Management Berufsbildung verlagern sich aufgrund des etappierten Projektverlaufs ins Folgejahr.
- 0,1 Die Gemeindebeiträge verringerten sich als Folge der tiefer als budgetiert ausgefallenen biz-Betriebskosten.
- +0,1 Die Kursgeld- und Beratungseinnahmen fielen höher als erwartet aus.

Aufwand (+2,0):

- 0,3 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten führten zu entsprechenden Verrechnungen, die sich saldoneutral im Aufwand und Ertrag niederschlugen.
- +0,3 Das Projekt Case Management Berufsbildung wurde etappiert gestartet (siehe auch Ertrag und Personal).
- +0,7 Personalmutationen und verzögerte Anstellungen führten zu tieferen Beschäftigtenzahlen und Rotationsgewinnen.
- 0,4 Die anteilmässige Verrechnung der Overhead-Kosten der regionalen Geschäftsstellen an die Berufsberatung führte zu Mehraufwand.
- +0,4 Geplante Software-Anpassungen und Projekte wurden aufgeschoben bzw. nicht verwirklicht.
- +1,1 Die Sachaufwendungen der Berufsinformationszentren biz (Berufkundliches Material, Drucksachen, Unterhalt, Mieten) fielen tiefer als erwartet aus.
- +0,2 Der Verzicht auf Hardware- und Software-Investitionen im Vorjahr führte im Laufjahr zu tieferen Abschreibungen und Zinsen.

Investitionsrechnung

Ausgaben (+0,4):

- +0,4 Geplante Software-Erweiterungen (Fallführungsapplikation) und Mobiliar-Ersatzbeschaffungen verzögerten sich.

Personal

Die Abweichung ist auf verzögerte Stellenbesetzungen sowie den etappierten Aufbau beim Projekt Case Management Berufsbildung zurückzuführen.

7930 Berufsbildungsfonds

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Senkung der Ausbildungskosten von einzelnen Ausbildungsbetrieben durch die Beteiligung aller Betriebe des Kantons
A2	Unterstützung von Betrieben, die Lernende ausbilden

Finanzielle Entwicklung

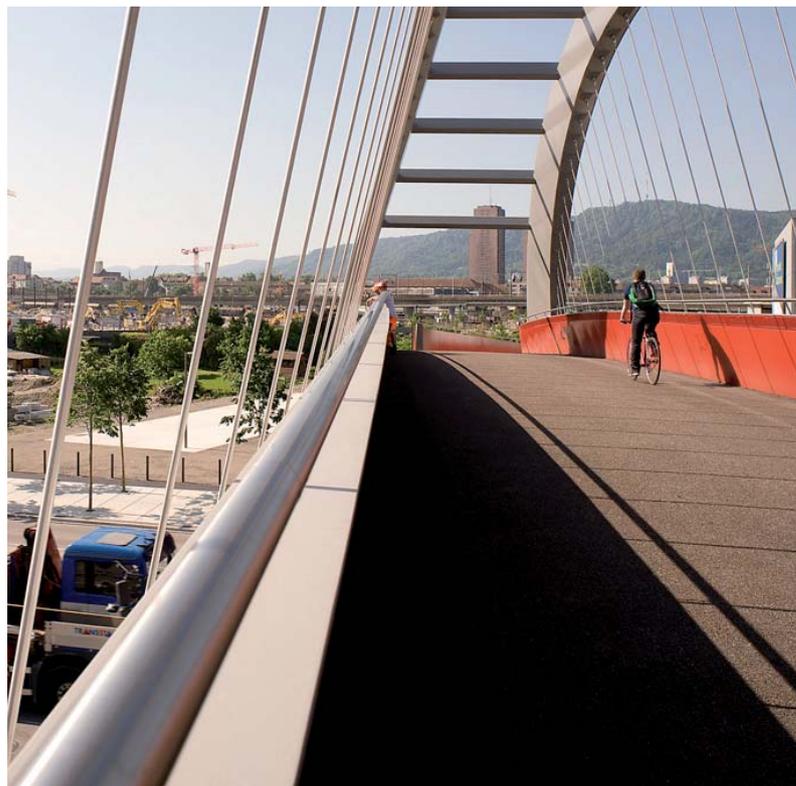
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag		6,0	0,1	–5,9
Zahlungen von beitragspflichtigen Betrieben		6,0		–6,0
Entnahme aus Bestandeskonto			0,1	0,1
Kalkulatorischer Zinsertrag				
Aufwand		–6,0	–0,1	5,9
Zahlungen an Lehrbetriebe		–3,0		3,0
Einlagen in Bestandeskonto		–3,0		3,0
Vergütung an Betriebs- und Verwaltungskosten		–0,1		0,1
Saldo		0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand		3,0	0,0	–3,0

Erfolgsrechnung

Für das Beitragsjahr sind die Lohndeklarationen im Berichtsjahr der Zürcher Arbeitgeber massgebend. Diese wurden im November von den Familienausgleichskassen erhoben. Die Beiträge für das Beitragsjahr werden erst 2012 von den Betrieben einbezahlt.



Regensdorf: Erweiterungsbau Gemeindehaus



Zürich West: Passerelle Gleisbogen



Geroldswil: Luftaufnahme – im Hintergrund die Fahrweid und Dietikon

Baudirektion

Die Baudirektion trägt in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton Zürich ein nachhaltig attraktiver Standort ist und bleibt. Sie plant und koordiniert die gesamträumliche Entwicklung, erstellt öffentliche Infrastrukturen wie Spitäler, Schulen oder Verkehrswege, engagiert sich für die Zürcher Land- und Forstwirtschaft, gestaltet den Zürcher Lebens- und Wirtschaftsraum und sichert das kulturelle Erbe (Archäologie, Denkmalpflege und Ortsbilder). Sie setzt sich ein für Landschaft und Natur, für Wälder und bedrohte Tier- und Pflanzenarten, für saubere Flüsse, Seen und Luft sowie für eine effizientere Energienutzung.

Planungs- und Bautätigkeit

Im Rahmen der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans wurde unter der Leitung des Amtes für Raumentwicklung (ARE) die öffentliche Auflage durchgeführt und ausgewertet. Die Vorbereitung der nachgelagerten regionalen Richtplanung wurde durch das ARE ausgelöst. Auf Bundesebene wurden die Revision des Raumplanungsgesetzes und auf kantonalen Ebene die Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes zum Aufgabenfeld Parkplatzregelungen für die parlamentarische Behandlung vorbereitet.

Ende 2009 beauftragte der Regierungsrat eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe unter Leitung des Immobilienamtes, die Weiterentwicklung der universitären Medizin am heutigen Standort Hochschule Zentrum zu prüfen und dabei auch alternative Standorte zu beurteilen. Die im Berichtsjahr erfolgte Standortevaluation zeigte, dass die enge Kooperation von Universitätsspital, Universität und ETH, verbunden mit der räumlichen Nähe, einen grossen Vorteil gegenüber nationalen und internationalen Mitbewerbern darstellt. Ein Neubau mit einer Verbesserung der Abläufe und zeitgemässer Infrastruktur am heutigen Standort setzt jedoch eine Anpassung der planungs- und baurechtlichen Bestimmungen sowie die Entlassung von Bauten und Anlagen aus dem Denkmalschutz voraus. Der Regierungsrat hat am 28. September entschieden, die universitäre Medizin am Standort Hochschule Zentrum weiterzuerfolgen.

Schutz und Erhaltung

Im Berichtsjahr konnte die Unesco-Welterbe-Kandidatur «Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen» erfolgreich abgeschlossen werden. Sieben bedeutende Fundstellen liegen im Kanton Zürich. Darüber hinaus wurden durch das ARE Rettungsgrabungen, Prospektionen und Baubegleitungen durchgeführt. Die Kantonale Denkmalpflege begleitete verschiedene Grossprojekte, insbesondere die strategische Entwicklungsplanung für das Universitätsspital Zürich.

Im Rahmen des UNO-Jahres des Waldes veranstaltete das Amt für Landschaft und Natur (ALN) mehrere Medienanlässe und zeigte auch in zahlreichen Publikationen die grosse Bedeutung des Waldes für die Zürcher Bevölkerung auf. Den Höhepunkt bildete die Lancierung der Broschüre «eifach erlabe», die 18 ausgewählte Wanderungen durch den Zürcher Wald enthält. In enger Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion wurde zudem der Startschuss gegeben, den Wald vermehrt auch in den Schulen zum Thema zu machen.

Nach vierjähriger Bauzeit konnte die erste Etappe des Thurauprojektes abgeschlossen werden. Damit sind das Flaacherfeld und Ellikon a. d. Thur hochwassergeschützt. Die Auen unterhalb der Ellikerbrücke sowie die Landwirtschaftsfläche im Flaacherfeld sind aufgewertet. Die untersten zwei Kilometer des Thurlaufs sind aus dem baulichen Korsett befreit.

In einem breit abgestützten Planungsverfahren zum Hochwasserschutz in Zürich wurde der ganze Ideenfaner für bauliche und betriebliche Massnahmen im ganzen Einzugsgebiet der Sihl ausgeleuchtet und beurteilt. Es stehen nun zwei Konzeptvarianten für die weitere Projektierung im Vordergrund.

Rückzug des Energieplanungsberichts 2010

Im Energieplanungsbericht 2010 verfolgte der Regierungsrat eine vorrangig klimapolitische Stossrichtung und ging davon aus, dass der Strombedarf nicht sinken wird. Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit sah er deswegen den Bau von zwei neuen Kernkraftwerken als erforderlich an. Als Folge des Unfalls im japanischen Kernkraftwerk Fukushima beschloss der Bundesrat den Ausstieg aus der Kernenergie. Die energiepolitische Haltung des Kantons Zürich musste daher überprüft und neu formuliert werden, weswegen der Regierungsrat den Energieplanungsbericht 2010 am 5. Juli des Berichtsjahres zurückzog. Es bleiben zahlreiche Ungewissheiten, die der Regierungsrat bis Ende 2012 umfassend abklären will. Anschliessend wird er die aktualisierte Haltung im Energieplanungsbericht 2012 festhalten. In der Zwischenzeit wird der Kanton Zürich die Entwicklung auf Bundesebene mitgestalten und sich in die Vernehmlassung der Massnahmenplanung beim Bund aktiv einbringen. Ferner ergreift der Kanton Zürich weitere Massnahmen zugunsten der Erhöhung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien.

Interne Reorganisation und Entwicklung

Im Hochbauamt wurde das bisherige Baukostenmanagementsystem ARGUS durch das neue System PROVIS ersetzt. Die Ablösung drängte sich auf, weil das bisherige System nicht mehr ausreichend gewartet und aktualisiert werden konnte. Zudem erlaubt PROVIS, neben vielen zusätzlichen Auswertungsmöglichkeiten auch das bisher mit anderen Hilfsmitteln geführte Projektcontrolling in das System einzuführen.

Der Kantonsrat hat am 24. Oktober das kantonale Geoinformationsgesetz (KGeolG) beschlossen. Das KGeolG delegiert die Regelung einer Vielzahl von Sachverhalten an den Regierungsrat. Zwischen Anfang Juni bis Ende September hat die Baudirektion das Vernehmlassungsverfahren für die Verordnungsentwürfe durchgeführt. Diese sind insgesamt auf sehr hohe Zustimmung gestossen. Der Kanton Zürich wurde vom Bund für die erste Etappe der Erarbeitung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB) ausgewählt und unter der Leitung des ARE arbeiten kantonale Fachstellen und 15 Gemeinden an der Bereitstellung der Katasterdaten für die Einführung des ÖREB-Katasters auf den 1. Januar 2014.

Der Strickhof wird als Kompetenzzentrum für die Land- und Ernährungswirtschaft weiterentwickelt. Die Integration des Berufsbildungszentrums Wädenswil (BZW) ist vorbereitet: Ab 1. Januar 2012 ist das BZW Bestandteil des Strickhofs. Bereits auf 1. August des Berichtsjahres wurden die Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen von der Bildungsdirektion unter die organisatorische Führung des Strickhofs gestellt.

Im September des Berichtsjahres hat der Regierungsrat den Projektantrag für die Neubauten des Bildungs- und Forschungszentrums Agrovet-Strickhof genehmigt. Das gemeinsame Projekt des Strickhofs, der ETH Zürich und der Universität Zürich ermöglicht eine enge Zusammenarbeit zwischen Vertretern der landwirtschaftlichen Praxis, Bildungsfachleuten, Agrarwissenschaftlern und Veterinären. Das Bildungs- und Forschungszentrum soll den Betrieb 2014 aufnehmen.

Legislaturziele

Die Baudirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen (LZ RR) 8, 10, 11, 15 und 16 des Regierungsrates. Im Regierungsratssteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Standes der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Direktion.

Legislaturziel	1 Die raumwirksamen Tätigkeiten sind überkommunal abgestimmt (LZ RR 8).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 8 a–8 f des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Dem wachsenden Druck auf die natürlichen Ressourcen Wasser, Luft und Boden wird entgegengewirkt (LZ RR 10; gemeinsam mit DS).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 10 a–10 c sowie 10 e–10 f des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung ist unter den sich rasch ändernden Rahmenbedingungen gewährleistet (LZ RR 11).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 11 a–11 c des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug sichergestellt (LZ RR 15; gemeinsam mit SK, JI, FD und GD).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 15 h des Regierungsrates
Legislaturziel	5 Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber und dem Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Volksschule und Polizei ist begegnet (LZ RR 16; gemeinsam mit DS, FD und BI).
Massnahme	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 16 c des Regierungsrates
Legislaturziel	6 Immobilienmanagement Kanton Zürich optimieren
Massnahme	6.1 Verbesserung der Kunden- und Resultatorientierung unter Intensivierung der Kommunikation und Zusammenarbeit in sämtlichen Phasen der Planungs- und Bauprozesse
Stand	Planmässig
Kommentar	Die amtsinterne Kommunikation wurde verbessert. Weiterer Verbesserungsbedarf ist bei der externen Kommunikation feststellbar. In zwei Workshops, wovon einer unter der Leitung eines Kommunikationsberaters durchgeführt wurde, wurden die Kommunikationsadressaten und die Verbesserungsmaßnahmen definiert. Überdies ist der Entwurf eines umfassenden Kommunikationskonzepts in der Vernehmlassung.

Massnahme	6.2 Strategie für ein zielgerichtetes Immobilienmanagement (Grundstrategie und Teilstrategien) entwickeln und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Erarbeitung der Teilportfoliostrategie der Werkhöfe der Baudirektion wurde im Berichtsjahr angefangen und wird Ende Februar 2012 abgeschlossen. Der Teil «Bildungsmeile» des Mittelschul- und Berufsbildungsamts steht ebenfalls kurz vor dem Abschluss. Die Strategien für das Finanzvermögen, die engere Zentralverwaltung sowie für die ZHAW (Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften) sind zurzeit in Vorbereitung bzw. in Arbeit. Die gewonnenen Erkenntnisse und genutzten Werkzeuge aus den bisherigen Arbeiten fliessen in die nachfolgenden Strategien ein. Die entwickelte Grundstrategie kommt in Teilen zur Anwendung, ist jedoch bislang nicht offiziell verabschiedet.
Massnahme	6.3 Periodische Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Vorbereitungsarbeiten für die geplante Neubewertung des allgemeinen Finanzvermögens gemäss §11 der Rechnungslegungsverordnung (RLV) sind im Gange.
Legislaturziel	7 (Hoch-, Tief-, Wasser-)Bauten nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit erstellen und betreiben
Massnahme	7.1 Höherwertigen Minergie-Standards für Neubauten zum Durchbruch verhelfen (Minergie P-Eco und Minergie A-Eco)
Stand	Verzögert
Kommentar	Aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel des Kantons ist die Anzahl der Projekte in höherwertigen Minergie-Standards gering. Neben fünf Projekten in der Vorprojekt-Phase ist zurzeit lediglich ein Projekt im Minergie-P-Eco-Standard im Bau (Stampfenbachstrasse 30).
Massnahme	7.2 Minergie-Standard für Umbauten und Sanierungen als Regelfall etablieren
Stand	Planmässig
Kommentar	In der Regel werden die Umbauten im Minergie-Standard geplant und ausgeführt. Wo Minergie-Standard nicht erreicht wird, liegt das in den meisten Fällen am Verzicht auf den Einbau einer kostenintensiven Lüftung. Auch in diesen Fällen werden aber die anderen Anforderungen für Minergie-Standard erfüllt.
Massnahme	7.3 Umsetzen der Grossverbraucher-Vereinbarungen bezüglich Energieeffizienz
Stand	Planmässig
Kommentar	Die kantonalen Zielvereinbarungen mit den 39 kantonseigenen Energie-Grossverbrauchern konnten mehrheitlich abgeschlossen werden.

Massnahme	7.4 Steigern des Anteils von Recycling-Baustoffen
Stand	Planmässig
Kommentar	Bei den Ausschreibungen wird grundsätzlich RC-Beton verlangt. Dabei konnte der Anteil an Zuschlagsstoffen dank der neu vorliegenden Normen weiter gesteigert werden. Das Controlling im Bauprozess bzw. die Erfassung der eingesetzten Mengen ist aber noch verbesserungsfähig. Allgemein werden Baukonstruktionen mit Material aus Recycling-Kreisläufen bevorzugt.
Massnahme	7.5 Aktualisierung und Fortschreibung der Denkmalpflegeinventare
Stand	Verzögert
Kommentar	Es besteht ein Nachholbedarf im Umfang von etwa 35 Arbeitsjahren. Seit 1992 fand keine umfassende Aktualisierung mehr statt. Die Finanzierung ist politisch umstritten und verzögert sich dementsprechend.
Massnahme	7.6 Alle Brückenbauwerke auf Erdbbensicherheit überprüft
Stand	Planmässig
Kommentar	90% der Brückenbauwerke sind auf Erdbbensicherheit überprüft worden. Die letzten Bereinigungssitzungen mit den Experten sind erfolgt. Der Auftrag konnte schneller und umfassender als geplant ausgeführt werden. Die Abgabe der Ergebnisse ist für den Sommer 2012 geplant.
Massnahme	7.7 Normenerarbeitung für nachhaltiges Bauen von Infrastrukturbauten im Tiefbau; Ziel- und Indikatorensystem erarbeitet
Stand	Planmässig
Kommentar	Ein Ziel- und Indikatorensystem ist zu 50% erarbeitet und kommt weiter planmässig voran. Ein Vernehmlassungsentwurf der Norm auf Ende 2012 ist realistisch.
Massnahme	7.8 Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Bei Neubauten werden Minergie-Standards konsequent umgesetzt. Bei Um- und Erweiterungsbauten wird die Umsetzung jeweils im Einzelfall geprüft.
Massnahme	7.9 Projekt Neunutzung Klosterinsel Rheinau
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Senkung von zwei auf einen Hauswirtschaftskurs und die spätere erneute Erhöhung auf zwei Kurse haben die Planung verzögert.
Massnahme	7.10 Erarbeitung eines Programms zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten, Investitionsstrategie
Stand	Verzichtet
Kommentar	Die Massnahmen für die Instandsetzung und -haltung werden im Rahmen des Standardprozesses festgelegt. Ein eigenes Programm steht dem Ablauf nach Standardprozess entgegen, die Massnahmen werden jeweils in der laufenden Planung berücksichtigt.

Legislaturziel	8 Umgang mit Hochwassergefahren und die Konzentration der Massnahmen auf Räume mit hohem Schadenpotenzial
Massnahme	8.1 Hochwassermanagement Zürichsee-Sihl-Limmat: Planungen abgeschlossen / Schwemholzrechen im Bau
Stand	Planmässig
Kommentar	Zurzeit steht programmgemäss die Konzeptstudienphase vor Abschluss. Zwei Hochwasserschutzvarianten werden voraussichtlich weiterverfolgt.
Massnahme	8.2 Die Naturgefahrenkarten sind zu 90% erstellt.
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Projekt befindet sich auf Kurs. Auf Ende des Berichtsjahres konnten weitere 12 Gefahrenkarten abgeschlossen werden.
Legislaturziel	9 Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zur Sicherung eines attraktiven Grünraumes und der Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln und Holz
Massnahme	9.1 Umsetzen und weiterentwickeln der Ergebnisse aus dem Projekt «Kompetenzzentrum Strickhof»
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit der Integration der Hauswirtschaftsschule an Mittelschulen auf den 1. August und der Integration des Berufsbildungszentrums Wädenswil (BZW) auf Anfang 2012 wurde der Strickhof als Kompetenzzentrum für die Land- und Ernährungswirtschaft weiterentwickelt.
Massnahme	9.2 Anpassung der Infrastrukturen am Strickhof an Ausbildungsbedürfnisse und Tierschutzvorgaben
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Projekt «Agrovet Strickhof» wurde im Berichtsjahr die Zusammenarbeit mit der Universität Zürich und der ETH Zürich verbindlich geregelt. Ein Wettbewerb für das Bauprojekt wurde vorbereitet.
Massnahme	9.3 Die Umsetzung der Bundesagrarpolitik 2014–2017 ist vorbereitet und der Vollzug auf eine produzierende nachhaltige Landwirtschaft ausgerichtet.
Stand	Planmässig
Kommentar	Eine amtsübergreifende Arbeitsgruppe für Vorarbeiten im Zusammenhang mit den vom Bund neu eingeführten «Landschaftsqualitätsbeiträgen» ist eingesetzt.
Massnahme	9.4 Umsetzen des Waldentwicklungsplans für den Kanton Zürich
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Berichtsjahr stand das WEP-Themenblatt S4 «Wald entlang von Kantonsstrassen und Autobahnen» im Vordergrund. Gegenwärtig werden in einem Pilotprojekt zusammen mit dem Tiefbauamt wichtige Erfahrungen für das künftige Vorgehen und den Finanzierungsmodus gesammelt.

Legislaturziel	10 Die Führungsentwicklung fördern und die Prozesse der Baudirektion optimieren
Massnahme	10.1 (Bau-)Projektcontrolling ist in der ganzen Baudirektion umgesetzt.
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Das Projekt unter Leitung des Generalsekretariates zur Einführung einer softwaregestützten, standardisierten Projektberichterstattung auf allen Stufen der Baudirektion ist im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen worden. Die dazugehörige Weisung ist am 1. Dezember in Kraft gesetzt worden.</p> <p>Das Generalsekretariat unterstützte die bauenden Ämter bei der Umsetzung der Anforderungen der neuen Weisung im Baubereich. Die Umsetzung konnte im Hochbauamt und im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft bereits weit vorangetrieben werden. Es folgen noch Optimierungen. Im Tiefbauamt laufen Vorbereitungsarbeiten zu einer vertieften Umsetzung.</p>
Massnahme	10.2 Einführung Dokumentenmanagementsystem Baudirektion
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Phase Submission wurde am 1. Dezember durch die Geschäftsleitung der Baudirektion freigegeben. Der Abschluss der Submission ist auf Dezember 2012 geplant.
Massnahme	10.3 Führungsentwicklung in der Baudirektion fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Verschiedene Massnahmen wie die Durchführung der Veranstaltungsreihe «Führungsimpuls» zu ausgewählten Führungsthemen sowie von Schulungen zu den Themen Ziel- und Leistungsbeurteilung und Vertiefung Zielformulierung sind im Gange. Weitere Massnahmen auf der Grundlage des Führungsentwicklungskonzepts wie Schulungen im Bereich Personal- und Führungsinstrumente befinden sich in der Konzeptphase.
Legislaturziel	11 Konzept «Schulungsinitiative BD» erarbeiten
Massnahme	11.1 Schulungsangebot der Baudirektion ist vollständig erfasst und transparent gemacht.
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Schulungskonzept ist erstellt und auf dem Intranet der Baudirektion aufgeschaltet. Das Schulungsangebot soll unter Einbezug aller Ämter weiter ausgebaut werden.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	763,9	646,4	694,6	48,3
Aufwand	-1 027,4	-925,5	-952,3	-26,9
Kreditübertragungen aus 2010		-2,9		
Nachtragskredite		-20,0		
Saldo	-263,5	-279,1	-257,7	21,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	116,1	85,1	82,6	-2,5
Ausgaben	-275,2	-255,1	-218,9	36,1
Kreditübertragungen aus 2009		-9,2		
Saldo	-159,1	-169,9	-136,3	33,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 337,1	1 363,2	1 356,6	-6,6

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 48,3 Mio. Franken oder 7,5% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +30,4 Tiefbauamt (8400): Grössere Abweichungen in Ertrag und Aufwand, die sich gegenseitig aufheben (Saldoneutralität): Wesentlich für den Budgetkredit ist der Ertrag aus dem Übertrag vom Strassenfonds, der um 15,2 Mio. Franken geringer als budgetiert ausgefallen ist.
- +8,6 Amt für Landschaft und Natur (8800): Hauptursachen sind höhere durchlaufende Bundesbeiträge (+2,4 Mio. Franken) sowie höhere Erträge für die Durchführung der Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen (+2,3 Mio. Franken). Beides führt jedoch zu einem Mehraufwand in gleicher Höhe und ist deshalb saldoneutral. Im Weiteren höhere Erträge infolge Leistungsvereinbarung mit dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt (+2,1 Mio. Franken) sowie höhere Bundesbeiträge (+1,0 Mio. Franken)
- +4,6 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (8500): Hauptursache sind höhere Erträge in den Bereichen Konzessionen, Gebühren und Dienstleistungen.
- +3,8 Liegenschaftenerfolg (8710): Höhere Pacht- und Mietzinserträge sowie Marktwertanpassungen

Der Aufwand liegt um 26,9 Mio. Franken oder 2,9% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 30,4 Tiefbauamt (8400): Grössere Abweichungen im Ertrag und Aufwand, die sich gegenseitig aufheben (Saldoneutralität). Der Budgetkredit des Tiefbauamts entspricht dem Übertrag aus dem Strassenfonds und ist um 15,2 Mio. Franken unterschritten worden. Hauptursache sind der Minderaufwand im betrieblichen Staatsstrassenunterhalt (+4,6 Mio. Franken) sowie ein einmaliger Aufwertungsgewinn auf Maschinen, Geräten und Fahrzeugen infolge Senkung der Aktivierungsgrenze (+6,4 Mio. Franken).

- 4,0 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (8500): Hauptursachen sind ausserplanmässige Abschreibungen von Investitionsbeiträgen infolge Ausserbetriebnahmen und Privatisierungen von Abfallanlagen (-8,6 Mio. Franken) sowie geringerer Sachaufwand infolge Projektverzögerungen (+3,7 Mio. Franken)
- +4,8 Immobilienamt (8700): Hauptursache sind geringere Kapitalfolgekosten, v. a. infolge vorübergehender Sistierung des Projekts Polizei- und Justizzentrum (PJZ) (+3,7 Mio. Franken)

Investitionsrechnung

Die Investitionseinnahmen liegen um 2,5 Mio. Franken oder 2,9% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 24,1 Tiefbauamt (8400): Hauptursachen sind geringere Investitionseinnahmen im Staatsstrassenbau (-3,0 Mio. Franken) und im Nationalstrassenbau (-21,1 Mio. Franken).
- +19,3 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (8500): Hauptursache sind höhere durchlaufende Investitionsbeiträge (+20,2 Mio. Franken), davon 17,7 Mio. Franken im Rahmen des nationalen Gebäudeprogramms.

Die Investitionsausgaben liegen um 36,1 Mio. Franken oder 14,2% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +38,1 Tiefbauamt (8400): Projektverzögerungen im Staatsstrassenneubau (+18,5 Mio. Franken) und geringere Investitionsausgaben im Nationalstrassenbau (+21,3 Mio. Franken)
- 9,1 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (8500): Hauptursachen sind höhere durchlaufende Investitionsbeiträge (-20,2 Mio. Franken), davon 17,7 Mio. Franken im Rahmen des nationalen Gebäudeprogramms, geringere Investitionsbeiträge im Bereich Energie (+5,9 Mio. Franken) sowie geringere Investitionsausgaben für Wasserbauten und Gewässergrundstücke (+6,8 Mio. Franken)
- +4,2 Denkmalpflegefonds (8940): Geringere Investitionsbeiträge an Renovations- und Instandsetzungsmassnahmen denkmalgeschützter Liegenschaften von privaten Eigentümern.

Personal

- 15,5 Geringerer Beschäftigungsumfang in fast allen Leistungsgruppen aufgrund von Vakanzen im Rahmen der normalen Fluktuation
- 2,5 Abbau von Reinigungspersonal (Leistungsgruppe Nr. 8700, Immobilienamt)
- +11,4 Erhöhung des Beschäftigungsumfangs durch die Integration der Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen in den Strickhof (+9,4) sowie durch zusätzliche Vollzugsaufgaben für die Fruchtfolgeflächen (+2,0) (Leistungsgruppe Nr. 8800, Amt für Landschaft und Natur)

Im Geschäftsjahr 2011 wurden Ausgaben für folgende bedeutende Investitionsprojekte getätigt:

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2011	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Neunutzung Klosterinsel Rheinau	-0,9	-3,4	-1,7	-1,7
Sanierung Hauptgebäude Rechberg, Zürich (Projektierungskredit)	-0,4	-3,0	-1,2	-1,8
Neubau Polizei- und Justizzentrum, Zürich (Projektierungskredit)	-5,0	-44,9	-40,7	-4,2
Ersatzneubau Stampfenbachstrasse 28/30, Zürich (Projektierungskredit)	-1,6	-11,9	-2,3	-9,6
Thurmündung/Rhein, Hochwasserschutz und Auenlandschaft, Ausführung	+0,9	-53,6	-16,2	-37,3
Bau Hochwasserrückhaltebecken an der Eulach in Winterthur, Hegmaten (Projektierungskredit)	0,0	-32,9	-1,0	-31,9
Beitrag des Kantons Zürich an die Sanierung des Linthkanals	-1,3	-7,5	-7,5	+0,1
Neubau Westumfahrung der Stadt Zürich (N4.1.4 / N4.1.5 / N20.1.4)	-24,1	-3 126,7	-2 802,1	-324,6
Neubau N4 Knonauer Amt (N4.1.6 / N4.1.7)	-13,9	-1 254,9	-1 017,2	-237,7
Entschädigungen des Bundes für Nationalstrassen 2011 für Westumfahrung, Knonauer Amt und Pfingstweidstrasse	+40,1			
Umbau Pfingstweidstrasse / Tram Zürich-West	-17,8	-149,0	-107,9	-41,1
Neubau Einhausung Schwamendingen, Zürich	0,0	-51,4	0,0	-51,4
Summe der übrigen Nettoinvestitionen	-112,3			

Neubau Einhausung Schwamendingen: Das Projekt wird durch das Bundesamt für Strassen (ASTRA) verwirklicht. Der Kanton Zürich beteiligt sich in Form eines Staatsbeitrags am Projekt, der durch die Volkswirtschaftsdirektion ausgerichtet wird. Im KEF 2012–2015 wird das Projekt nicht mehr aufgeführt.

Leistungsgruppen

8000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Aktualisierter «Vollzugsschlüssel Umwelt» in neuer Form

Die Koordinationsstelle für Umweltschutz (KofU) hat den Vollzugsschlüssel Umwelt in Zusammenarbeit mit dem Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft, dem Amt für Landschaft und Natur, dem Amt für Raumentwicklung und dem Tiefbauamt aktualisiert. Der neue Vollzugsschlüssel Umwelt informiert übersichtlich und kompakt über die Aufgaben der Gemeinden im Umweltschutz. Er zeigt, welche Gesetze den Vollzug regeln und welche Aufgaben den Gemeinden im Einzelnen übertragen sind. Darüber hinaus dient er als Wegweiser zu wichtigen Merkblättern, Publikationen und Internetseiten. Neu wurde der Vollzugsschlüssel als Ordner konzipiert, der zukünftig einfach aktualisiert werden kann. Zudem kann er auch als PDF-Dokument am Bildschirm verwendet werden. Dabei kann von einer grossen Anzahl Links profitiert werden. Der Vollzugsschlüssel Umwelt wurde im Dezember an alle Gemeinden des Kantons Zürich versandt.

Verwendung von Recyclingpapier

Mit RRB Nr. 1244/2009 gibt der Regierungsrat allen Direktionen verbindliche Zielwerte für den Mindestanteil von Recyclingpapier vor. Die Baudirektion, die als erste Direktion den Umstieg auf Recyclingpapier vorangetrieben hat, schneidet im Direktionsvergleich nach wie vor gut ab. Sie hat die vorgegebenen Ziele in zwei Bereichen erreicht bzw. deutlich übertroffen. So erreicht der Recyclinganteil der BD im Berichtsjahr beim Kopierpapier rund 89% (Zielwert: 50%), bei den Couverts gut 81% (Zielwert: 80%) und bei den Drucksachen gut 43% (Zielwert: 50%). Die Baudirektion arbeitet daran, die guten Werte zu halten und den Recyclinganteil bei den Drucksachen zu steigern.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Politik und Recht; Rekurs- und Aufsichtsbeschwerdeverfahren
A2	Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Finanzen und Controlling
A3	Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Organisationsentwicklung
A4	Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich interne und externe Kommunikation
A5	Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Personalentwicklung, Personalberatung und Personaladministration
A6	Informatikunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen
A7	Leitung Baubewilligungsverfahren, formelle/materielle Koordination kantonaler Baubewilligungen, Beratung von Gemeinden und Bauherren bezüglich Bauverfahren
A8	Erbringung von Querschnittleistungen im Bereich Umwelt, Mitberichtsverfahren UVP, Umweltberichterstattung, vollzugsunterstützende Information, ökologische Beschaffung, Beratung und Dokumentation
A9	Leitung und Koordination des Natur- und Heimatschutzfonds sowie des Denkmalpflegefonds

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Kundenzufriedenheit aller Dienstleistungen (Kundenbefragung alle drei Jahre) [in %] (A1–A9)	min.	–	75	71	–4
W2	Arbeitnehmerzufriedenheit ganze Baudirektion (Personalbefragung alle drei Jahre) [in %] (A5)	min.	74	–	–	–
W3	Standard Service und Helpdesk erfüllt (Vereinbarung mit den Ämtern) [in %] (A6)	min.	74	80	87	7
Leistungen						
L1	Einhaltung der internen kantonalen Fristen für Baugesuche [in %] (A7)	min.	83	80	82	2
L2	Einhaltung der gesetzlichen Fristen für Umweltverträglichkeits- prüfungen [in %] (A8)	min.	92	90	87	–3
L3	Verhältnis der Ausbildungskosten zu den Bruttolohnkosten für die gesamte Baudirektion (Benchmark: 1–3%) [in %] (A5)	min.	1,4	1,6	1,2	–0,4
Wirtschaftlichkeit						
B1	Anzahl betreute Mitarbeitende in der Baudirektion pro HR-Stelle (HR-Administration) (A5)	min.	131	125	129	4
B2	Anzahl betreute Informatik-Arbeitsplätze pro Supporter-Stelle (Helpdesk, First- und Second-Level-Support; Benchmark: gut > 150) (A6)	min.	200	203	234	31
Abweichungsbegründungen						
W3	Nach den tiefen Werten 2010 aufgrund der Einführung von MIT10 sind die Werte wieder auf dem gewohnten Niveau der Vorjahre.					
B1	Das Betreuungsverhältnis ist infolge vorübergehender Vakanzen leicht angestiegen.					
B2	Das Betreuungsverhältnis ist aufgrund einer Zunahme der Arbeitsplätze (Integration der Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen sowie des Berufsbildungszentrums Wädenswil in den Strickhof) bei gleichzeitig leichtem Rückgang des Beschäftigungsumfanges der Informatik-Supporter deutlich angestiegen.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		bis
E1	Konzentration auf die Kerngeschäfte / Effizienzsteigerungen / Straffes Kostenmanagement Planmässig Das Projekt unter Leitung des Generalsekretariates zur Einführung einer softwaregestützten, standardisierten Projektberichterstattung auf allen Stufen der Baudirektion ist im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen worden. Die dazugehörige Weisung ist am 1. Dezember in Kraft gesetzt worden. Das Generalsekretariat unterstützte die bauenden Ämter bei der Umsetzung der Anforderungen der neuen Weisung im Baubereich. Die Umsetzung konnte im Hochbauamt und im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft bereits weit vorangetrieben werden. Es folgen noch Optimierungen. Im Tiefbauamt laufen Vorbereitungsarbeiten zu einer vertieften Umsetzung. Die Umsetzung des (Bau-)Projektcontrollings wird im KEF 2012–2015 als separater Entwicklungsschwerpunkt mit Erfüllungszeitpunkt 2013 weitergeführt.	2012
E2	Teilrevisionen Planungs- und Baurechte Verzögert Die beiden Teilrevisionsprojekte in den Bereichen «Verfahren und Rechtsschutz» sowie «Behindertengerechtes Bauen» wurden vom Regierungsrat im 1. Quartal des Berichtsjahres verabschiedet. Bei der Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes im Bereich «Parkierungsregelungen und stark verkehrserzeugende Nutzungen» wurde nach durchgeführter Vernehmlassung eine umfangreiche Überarbeitung notwendig. Dazu wurden auch eine Arbeitsgruppe sowie eine externe Begleitgruppe eingesetzt. Eine überarbeitete Vorlage wird voraussichtlich im 1. Quartal 2012 dem Regierungsrat unterbreitet werden können.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	16,1	16,6	16,3	–0,3
Aufwand	–46,2	–46,7	–44,8	2,0
Übertrag in den NHS-Fonds (8910)	–18,0	–18,0	–18,0	0,0
Saldo	–30,2	–30,1	–28,5	1,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–3,6	–0,6	–0,6	0,0
Saldo	–3,6	–0,6	–0,6	0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	88,8	82,0	80,0	–2,0

Erfolgsrechnung

Die zentrale Informatik der Baudirektion verrechnet ihre Leistungen den Nutzern zu 100% und beeinflusst somit den Saldo der Erfolgsrechnung nicht. Es ergeben sich aber saldoneutrale Bewegungen in

Aufwand und Ertrag:

- +0,7 Geringerer Informatikaufwand infolge Projektverzögerungen
- 0,7 Weniger Erträge aus Verrechnungen von Informatikleistungen an die Ämter der Baudirektion infolge geringerem Informatikaufwand

Die saldonelevanten Abweichungen:

- +0,7 Weniger Personalaufwand
- +0,7 Geringerer Aufwand für Dienstleistungen Dritter und Honorare für externe Gutachter/Berater
- +0,1 Höhere Nettoerträge für Baubewilligungen
- +0,1 Übrige Erträge

Personal

- 2,0 Geringerer Beschäftigungsumfang aufgrund verschiedener Vakanzen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	386 055	-8 627	+50 000	427 428	+41 373

Auflösung von Rücklagen 2011

- Fr. 8627 für Früchte und übrigen Personalaufwand

Bildung von Rücklagen 2011

Die Aufgaben und Projekte konnten nur durch zusätzliche Arbeitsstunden des Personals bewältigt werden. Von den dadurch entstandenen Gleitzeitguthaben sind im Berichtsjahr über 800 Stunden entschädigungslos verfallen. Dadurch konnte auf den Beizug zusätzlicher, externer Ressourcen verzichtet werden.

8100 Hochbauamt

Hauptereignisse

Planung und Bau

Wie schon im Vorjahr wurde im Berichtsjahr ein Planungs- und Bauvolumen von 450 Mio. Franken bearbeitet. Die zwei grossen Mietobjekte Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) im Toni-Areal sowie Pädagogische Hochschule (PHZH) Sihlpost konnten im vorgesehenen Rahmen erfolgreich weiterentwickelt werden. Das im Jahr 2010 infolge des vom Kantonsrat abgelehnten Objektkredits sistierte Projekt Polizei- und Justizzentrum (PJZ) wurde mit dem Volksentscheid vom 4. September des Berichtsjahres gegen die Aufhebung des PJZ-Gesetzes wieder aufgenommen. Die Verwirklichung dieses anspruchsvollen Projekts wird das Hochbauamt in den nächsten fünf Jahren bis zum vorgesehenen Bezug 2016/17 intensiv beschäftigen.

Stellvertretend für zahlreiche, abgeschlossene und aussergewöhnliche Bauvorhaben im Berichtsjahr werden an dieser Stelle die Aufstockung der Neuen Börse Selnau für die BVK, der unkonventionelle Umbau des Kantonspolizeipostens Meilen sowie das Zentrum für regenerative Medizin, der Herzhybridoperationsaal im Universitätsspital Zürich und die Gesamtsanierung und Erweiterung der Radioonkologie erwähnt.

Die im Rahmen der Submissionsverordnung durchgeführten Wettbewerbe für den Erweiterungsbau der Kantonsschule Büelrain in Winterthur, die Erstellung des Asyldurchgangszentrums Eglisau und der Neubau des Bürogebäudes für Wirtschaftswissenschaften Plattenstrasse in Zürich stellten die teilnehmenden Planungsbüros und die Jurys vor besondere Herausforderungen.

Mit dem Spatenstich des Büroneubaus für die Zentralverwaltung an der Stampfenbachstrasse 30 in Zürich wurde ein neuer Meilenstein gesetzt: Es handelt sich um das erste im MINERGIE-P®-eco-Standard auszuführende Hochbauprojekt des Kantons als Eigentümer.

Beiträge und Beratung

Die Anzahl der abgeschlossenen Geschäfte bei den Staats- und Fonds-Beitragsgesuchen liegt mit 407 bearbeiteten Gesuchen im Berichtsjahr etwa im Bereich des Vorjahres. Darin enthalten waren 231 Gesuche mit einem Investitionsvolumen von 559 Mio. Franken, die auch in Bezug auf die geplanten Investitionskosten zu beurteilen waren.

Kunstsammlung Kanton Zürich

Die Kunstsammlung Kanton Zürich erfreut sich weiterhin grossen Zuspruchs. Die Anträge für Gestaltungen von Ämtern und Institutionen mit Kunstwerken sind auf 110 Anfragen gestiegen, was einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr entspricht. Ebenfalls haben die Anfragen für die Ausleihe von Kunstwerken für Museumsausstellungen weiterhin zugenommen. Im Verlaufe des Berichtsjahres sind die periodischen Standortkontrollen mit gutem Erfolg durchgeführt worden. Das Projekt für die Präsentation der Sammlungsobjekte auf dem Internet wurde gestartet. Die ersten Werke sind auf der Internetseite des Kantons Zürich einsehbar.

Rezertifizierung / Einführung eines neuen Baukostenmanagementsystems mit integriertem Projektcontrolling

Das im November des Berichtsjahres erfolgte Rezertifizierungsaudit attestierte dem Hochbauamt ein ausgezeichnetes Prüfergebnis sowohl hinsichtlich der Norm ISO 9001:2008 (Qualitätsmanagementsystem) als auch hinsichtlich der Norm ISO 14001:2004 (Umweltmanagementsystem).

Die Einführung des neuen Baukostenmanagementsystems Provis mit integriertem Projektcontrolling ist im Teil der Baudirektion dargestellt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Auftrag: Planung und Bau von Neu- und Umbauten, Erneuerungen und Unterhalt im Auftrag der Fachdirektionen, Ämter und Betriebe. Leistungen: Projektmanagement Bauherrschaft, Planerleistungen Bau, Instandhaltung, Unterhaltsplanung Liegenschaften Verwaltungsvermögen
A2	Beurteilung staatsbeitragsberechtigter Vorhaben im Auftrag der Fachdirektionen und Ämter
A3	Betreuung Kunstsammlung Kanton Zürich: Inventarführung, künstlerischer Schmuck für öffentliche Zonen

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Gesamtausgaben pro Jahr zulasten Baukredite (Baukostenplan 1–9) in Mio. Franken (A1)	P	428	400	450	50
W2	Anteile Gesamtausgaben für Projektmanagement/Planerleistungen/ Instandhaltung in % (A1)	P	96/2/2	90/4/6	91/3/6	1/-1/0
W3	Anzahl neu abgeschlossener Verträge Stk. (A1)	P	2 623	2 700	4 013	1 313
W4	Gesamtumfang neu abgeschlossener Verträge in Mio. Franken (A1)	P	176	300	226	-74
W5	Anzahl bearbeiteter Rechnungen Stk. (A1)	P	16 300	17 000	17 314	314
W6	Anzahl durchgeführter Planer-Wettbewerbe Stk. (A1)	P	7	6	6	0
W7	Umweltmanagement: Zielwerte Energie bzw. Minergie erreicht in % (A1)	min.	100	100	100	0
W8	Beiträge und Beratung: Anzahl bearbeiteter Staatsbeitragsgesuche (einschliesslich Fonds) Stk. (A2)	P	390	400	407	7
Leistungen						
L1	Anzahl Projekte in Bearbeitung: Projektmanagement/Planerleistungen Stk. (A1)	P	574/88	500/100	615/90	115/-10
L2	– davon Anteil mit Anlagekosten 0,1–1,0 Mio. Franken / Stk. (A1)	P	356/81	320/80	389/83	69/3
L3	– davon Anteil mit Anlagekosten 1,0–3,0 Mio. Franken / Stk. (A1)	P	83/5	70/20	83/6	13/-14
L4	– davon Anteil mit Anlagekosten 3,0–20 Mio. Franken / Stk. (A1)	P	99/2	75/-	100/1	25/1
L5	– davon Anteil mit Anlagekosten 20–100 Mio. Franken / Stk. (A1)	P	28/-	25/-	33/-	8
L6	– davon Anteil mit Anlagekosten > 100 Mio. Franken / Stk. (A1)	P	8/-	10/-	10/-	0/-
L7	Anzahl Instandhaltungsaufträge (durchlaufend) Stk. (A1)	P	85	70	85	15
L8	Beiträge und Beratung: Staatsbeitragsgesuche in Stufe Projekt/ Abrechnung/andere Stk. (A2)	P	220/170	250/150	230/177	-20/27
Wirtschaftlichkeit						
B1	Planung und Bau: Verhältnis Aufwand HBA zu Ausgaben zulasten Baukredite, Mittelwert pro Jahr: Projektmanagement in % (A1)	P	6,1	5,0	5,6	0,6
B2	Planung und Bau: Verhältnis Aufwand HBA zu Ausgaben zulasten Baukredite, Mittelwert pro Jahr: Planerleistungen in % (A1)	P	17,7	15,0	13,7	-1,3
B3	Planung und Bau: Verhältnis Aufwand HBA zu Ausgaben zulasten Baukredite, Mittelwert pro Jahr: Instandhaltung in % (A1)	P	34,0	15,0	31,0	16

Abweichungsbegründungen

L2/W3/W4	Die Beschränkung des Nettoinvestitionsvolumens Hochbau führt tendenziell zum Verzicht grosser Bauvorhaben zugunsten zahlreicher kleinerer Bauprojekte.
B1–B3	Die Bearbeitung kleinerer Bauprojekte hat im Verhältnis zu Grossprojekten einen überproportionalen Stundenaufwand zur Folge.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		bis
E1	<p>Bereitstellung staatlicher Hochbauten zu angemessenen Kosten, unter Berücksichtigung gesellschaftlicher, städtebaulicher, architektonischer und ökologischer Anliegen</p> <p>Planmässig</p> <p>Für alle grösseren Projekte wird gemäss den Vorgaben des Beschaffungswesens ein spezifisches Wettbewerbsverfahren durchgeführt. Neben der städtebaulichen und architektonischen Beurteilung werden auch vertiefte Vorprüfungen zu den Kosten und den energetischen und ökologischen Anforderungen durchgeführt.</p> <p>Für sämtliche Projekte gelten die Vorgaben aus dem zertifizierten Qualitätsmanagement (ISO 9001:2008) und Umweltmanagement (ISO 14001:2004).</p>	2012
E2	<p>Erstellen von Neubauten nach Minergie-Standard oder höherwertigem Standard, Umbauten entsprechend den Möglichkeiten nach Minergie-Standard</p> <p>Abgeschlossen</p> <p>Neubauten werden ausnahmslos nach Minergie-Standard erstellt. Bei Umbauten wurden die energetischen Minergie-Anforderungen fast ausnahmslos erfüllt. Bei einigen Umbauten wurde auf den kostenintensiven Einbau einer nach Minergie geforderten Lüftung verzichtet. Dieser Entwicklungsschwerpunkt wird im KEF 2012–2015 als E2 «Höherwertigen Minergie-Standards für Neubauten zum Durchbruch verhelfen (Minergie-P-eco, Minergie-A-eco)» und als E3 «Minergie-Standard für Umbau und Sanierungen als Regelfall etablieren» weitergeführt und ausgebaut.</p>	2011
E3	<p>Umsetzen der Grossverbraucher-Vereinbarungen bezüglich Energieeffizienz</p> <p>Planmässig</p> <p>Die kantonalen Zielvereinbarungen mit den 39 kantonseigenen Energie-Grossverbrauchern konnten mehrheitlich abgeschlossen werden.</p>	2012
E4	<p>Steigern des Anteils von Recycling-Baustoffen</p> <p>Planmässig</p> <p>Das Hochbauamt setzt für alle grösseren Betonvolumina RC-Beton ein. Der Anteil an Zuschlagstoffen aus RC-Materialien in den einzelnen Volumina wird kontinuierlich gesteigert. Die technischen Grundlagen dazu (SIA-Merkblatt) sind seit 2010 vorhanden, die Messmethoden werden laufend verfeinert. In Zusammenarbeit mit dem Verein Eco-Bau werden Baustoffe ohne umweltschonende Entsorgung (Recycling, vollständige Verbrennung oder unschädliche Lagerung) von einer ökologischen Kennzeichnung ausgeschlossen.</p> <p>Das Hochbauamt verwendet grundsätzlich nur ökologisch gekennzeichnete Baustoffe.</p>	2012
E5	<p>Bauwerke nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit planen, erstellen, betreiben und begutachten</p> <p>Verzögert</p> <p>Eine ämterübergreifende zusammengesetzte Arbeitsgruppe wurde beauftragt, «BD-Nachhaltigkeits-Standards» zu entwickeln, in denen die Grundhaltung der Direktion zu wichtigen Nachhaltigkeitskriterien geklärt und für alle Ämter verbindlich festgelegt wird. Parallel dazu soll die Arbeitsgruppe sicherstellen, dass diese Kriterien in der konkreten Projektarbeit der bauenden Ämter tatsächlich berücksichtigt und umgesetzt werden.</p>	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,4	0,0	0,7	0,7
Aufwand	-20,3	-21,5	-21,1	0,5
Saldo	-19,8	-21,5	-20,4	1,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	106,4	111,7	106,9	-4,8

Erfolgsrechnung

- +0,7 Zusätzliche Erträge aufgrund von Abrechnungen von Eigenleistungen für verschiedene Projekte sowie für Planungsleistungen zum Entwicklungsleitbild Hochschulgebiet
- +0,4 Geringerer Aufwand für Dienstleistungen Dritter und Honorare sowie für Planungen Dritter
- +0,1 Geringerer übriger Sachaufwand

Personal

- 4,8 Vakanzen infolge verzögerter Wiederbesetzung verschiedener Stellen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	268 821	0	+100 000	368 821	+100 000

Bildung von Rücklagen 2011

Aufgrund ausserordentlichen Einsatzes der Bereiche konnte auf die Inanspruchnahme von Dienstleistungen sowie Planungsleistungen Dritter verzichtet werden. Gleichzeitig waren verschiedene Personalstellen vakant. Von den dadurch entstandenen Gleitzeitguthaben sind über 1200 Stunden entschädigungslos verfallen.

8300 Amt für Raumentwicklung

Hauptereignisse

Archäologie und Denkmalpflege

Im Aufgabebereich der Archäologie erfolgten zahlreiche Rettungsgrabungen (Dielsdorf, Urdorf, Oberwinterthur). Die Denkmalpflege befasste sich in der Berichtsperiode mit verschiedenen Grossprojekten: Universitätsspital Zürich, Zurich-Versicherung, Technikum-Areal Winterthur, Rheinau (Klinik, Kirche und Klosterinsel) und Wädenswil (Giessen und Zentrumsplanung). Die Begleitausstellung zum internationalen INTERREG-IV-Forschungsprojekt «Ufererosion und Denkmalschutz», die über die Bedeutung der Seeufersiedlungen informierte, war in elf Gemeinden des Kantons Zürich zu sehen. Von internationaler Bedeutung war die Ausstellung «Im Lichte des Südens – Begegnungen der antiken Kulturen zwischen Mittelmeer und Zentraleuropa», die nach Trento (I) in München (D) gezeigt wurde, wo auch eines der ältesten Räder Europas (ungefähr 5000 Jahre alt), das aus einer Zürcher Seeufersiedlung stammt, zu bestaunen war.

Die Digitalisierung samt Identifizierung des wertvollen Glasplattenbestands der Denkmalpflege wurde vorangetrieben, ebenso die Arbeit am Grenzsteininventar des Kantons Zürich. Die laufende Restaurierung der Villa Patumbah in Zürich Riesbach stellte in denkmalpflegerischer Hinsicht eine grosse Herausforderung dar.

Raumplanung

Die Richtplanrevision Kapitel 4.7.1 Flughafen Zürich konnte in Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaftsdirektion der parlamentarischen Beratung zugeführt werden. Die Abstimmung zwischen den regionalen Raumordnungskonzepten sowie den Agglomerationsprogrammen wurde eng begleitet. In Schlüsselräumen für die Raumentwicklung wurden Planungen fortgeführt (Umfeld des Flugplatzareals Dübendorf, Uto-Kulm) bzw. ausgelöst (Hochschulstandorte, Gesamtkonzept Kiesabbau Hardwald, Masterplan Uster-Volketswil). Bei der Beratung der Regionen und Gemeinden rückt die Siedlungs- und Landschaftsqualität vermehrt in den Vordergrund.

Bauen ausserhalb Bauzonen

Bei der Abteilung Bauen ausserhalb Bauzonen war eine deutliche Zunahme von immer komplexeren Fällen spürbar. Einerseits sind dies die immer grösseren Landwirtschaftsbauten ausserhalb der Betriebszentren mit den entsprechenden Auswirkungen auf Raum und Umwelt. Andererseits werden sehr viele Gesuche bezüglich Pferdehaltung und Solaranlagen eingereicht. Als Praxishilfe für die Pferdehaltung auf Landwirtschaftsbetrieben wurde im November des Berichtsjahres ein revidiertes Merkblatt aufgeschaltet. Ebenfalls wurden die Arbeiten an der Schutzverordnung Bachtel-Allmen wieder aufgenommen.

Geoinformation (Fachstellen Vermessung, GIS und Datenlogistik ZH)

Die Strategie der amtlichen Vermessung für 2012–2015 wurde vom Baudirektor genehmigt. Vorrangig definiert die neue Strategie den vollständigen Abschluss der vollnumerischen Vermessung (AV 93) bis Ende 2015 und die laufende Bereitstellung von homogenen und aktuellen Daten.

Die Umstellungen im Bereich GWR ZH (Gebäude- und Wohnungsregister) auf die jährlich wiederkehrende, registergestützte Volkszählung ist vollzogen. Die Umstellung auf die Bauerhebung pro Quartal sowie die laufende Nachführung des GWR ZH sind umgesetzt.

Mit RRB Nr. 863/2011 wurde der GIS-Ausschuss durch den Regierungsrat neu gewählt. Im GIS-Ausschuss unter der Leitung des Amtschefs ARE sind jene Ämter vertreten, die intensiv mit dem Geo-

informationssystem (GIS-ZH) arbeiten und das GIS-ZH nutzen (Amt für Verkehr, Statistisches Amt, Tiefbauamt, Amt für Landschaft und Natur, Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft, Amt für Raumentwicklung und Generalsekretariat der Baudirektion). Die ARE-Geschäftsleitung hat das Grobkonzept Geodatenportal-ZH genehmigt. Das Portal ermöglicht einen zentralen Einstieg zum GIS-Browser, Geodatenkatalog, Geodatenshop und zu zusätzlichen Sachdatenbanken wie z.B. Auskunftssystem Grundbuch, Auskunftssystem Gebäudeversicherung, Gebäude und Wohnungsregister ZH. Die Entwicklung des neuen GIS-Browsers stand im Fokus des GIS-Zentrums. Für die neu auf Open-Source-Komponenten beruhende Web-GIS-Infrastruktur wurden neue Server installiert und konfiguriert sowie Datenbanken aufgesetzt und synchronisiert. Die Grundfunktionalität des GIS-Browsers wurde so weit fertiggestellt, dass im Januar 2012 mit der Konfiguration der Geodienste und der Migration der über 100 thematischen Karten mit den Datenherren begonnen werden kann. Weiter wurden Vorarbeiten für eine mobile Version des GIS-Browsers geleistet.

Weitere Themen werden im Überblick der Baudirektion behandelt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Raumplanung (Richt- und Nutzungsplanung aller Stufen, Gebietsplanung, Raumbewachung und -controlling, Gestaltungs- und Quartierpläne, Ortsbild und Städtebau, Landschaft) Beschreibung der Aufgabe wurde an die neue Organisation im Amt für Raumentwicklung angepasst.
A2	Vermessung/Geoinformation (Vermessung, GIS-Zentrum und Datenlogistik ZH): Amtliche Vermessung, Lage- und Höhenfixpunktnetz, Übersichts- und Spezialpläne, Geografisches Informationssystem, Datentransportsystem, Geodaten, Datenlogistik
A3	Kulturelles Erbe (Archäologie und Denkmalpflege): Inventarisierung, Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit, Schutzmassnahmen, Bauberatung, Untersuchungen, Begutachtungen, Studiensammlung/Bauteilelager

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Bauzonenbeanspruchung [in m ²] (A1)	max.	117,9	117	117,5	0,5
W2	Bauzonenmanagement [in ha] (A1)	max.	10,3	10	17,5	7,5
W3	Bauzonenverbrauch [in ha] (A1)	max.	128,3	130	145,4	15,4
W4	Anzahl Abfragen im Intranet bezüglich GIS-Daten (A2)	min.	2 109 807	2 200 000	2 167 035	-32 965
W5	Anzahl Gemeinden Vermessungswerk abgeschlossen ohne KMAF § 5 KVAV (A2)	min.	154	161	157	-4
W6	Anzahl Gemeinden Vermessungswerk in Arbeit ohne KMAF § 5 KVAV (A2)	min.	17	10	13	3
W7	Geschützter oder untersuchter Flächenanteil bei geplanten Rettungsgrabungen an archäologischen Objekten [in %] (A3)	min.	77	65	75	10
W8	Geschützter oder untersuchter Flächenanteil bei ungeplanten Rettungsgrabungen an archäologischen Objekten [in %] (A3)	min.	18	15	19	4
W9	Kundenzufriedenheit GIS-Zentrum: Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» [in %] (A2)	min.	85,8	-	-	-

W10	Kundenzufriedenheit Denkmalpflege: Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» [in %] (A3)	min.	79,2	80	84,5	4,5
W11	Kundenzufriedenheit Archäologie: Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» [in %] (A3)	min.	100	80	100	20
W12	Fruchtfolgefläche gemäss Sachplan des Bundes [in ha] (A1)	min.	44 350	¹⁾	44 350	-
Leistungen						
L1	Vollnumerisch vermessene Kantonsfläche in Bauzonen [in %] (A2)	min.	99	100	99	-1
L2	Vollnumerisch vermessene Kantonsfläche gesamthaft [in %] (A2)	min.	89	91	91	0
L3	Stand Erneuerung Fixpunktnetz: aufgearbeitete Fläche [in %]; Lagefixpunktnetz (A2)	min.	100	100	100	0
L4	Stand Erneuerung Fixpunktnetz: aufgearbeitete Fläche [in %]; Höhenfixpunktnetz (A2)	min.	70	75	75	0
L5	Anzahl laufende Archäologie-Projekte: Aufwandgruppe gross (A3)	min.	51	55	45	-10
L6	Anzahl laufende Archäologie-Projekte: Aufwandgruppe mittel (A3)	min.	72	70	71	1
L7	Anzahl laufende Archäologie-Projekte: Aufwandgruppe klein (A3)	min.	21	50	62	12
L8	Kundenbeziehungen Datenmanagement (A2)	min.	85	250	194	-56
L9	Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Anschlüsse (A2)	min.	175	100	182	82
L10	Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Datentransfers (A2)	min.	694 000	440 000	772 000	332 000
L11	Dienstleistungen Datentransport: Transfervolumen in Gigabytes (A2)	min.	996	450	1 169	719
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad GIS-Zentrum [in %] (A2)	min.	89	75	87,01	12,01
B2	Kostendeckungsgrad Datenlogistik ZH [in %] (A2)	min.	77,8	70	74,06	4,06
Abweichungsbegründungen						
W2	Ausschlaggebend für das Ergebnis ist insbesondere die Einzonung des Gebiets Niederfeld in Dietikon mit einer Fläche von 14,3 ha.					
W3	Die höchsten Verbrauchswerte waren in den Städten Zürich (13 ha), Winterthur (8,5 ha) sowie in den Gemeinden Wallisellen (8,3 ha), Schlieren (6,2 ha) Wetzikon (5,1 ha), Pfungen (4,2 ha) und Richterswil (4 ha) zu verzeichnen. Die grösste Zunahme gegenüber 2009 weisen die Regionen Zürich (+15,2 ha), Limmattal (+7 ha), Pfannenstil (+ 4 ha) und Glattal (+11 ha) auf.					
W5/W6	Die Abgaben durch die Nachführungsgeometer haben sich verzögert.					
W9	Diese Kundenbefragung wird alle zwei Jahre durchgeführt.					
W12	Gemäss rechtskräftigem kantonalem Richtplan. Die laufende Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans wird voraussichtlich zur Einhaltung des Mindestumfangs führen. ¹⁾ Im Zeitpunkt der Budgetierung für das Berichtsjahr war die Aktualisierung des Umfangs der Fruchtfolgeflächen im Kanton Zürich noch in Arbeit.					

L1	Die Abgaben durch die Nachführungsgeometer haben sich verzögert.
L5+L7	Beide Indikatoren sind Prognosewerte und abhängig von exogenen Faktoren.
L8	Im Zusammenhang mit ZüriPrimo/NAPEDUV (Natürliche Personen EDV-unterstützte Verwaltung) haben verschiedene Gemeinden die entsprechenden Dienstleistungen in gemeinsam betriebenen Scan-Centern zusammengelegt, andere Gemeinden haben sich noch nicht angeschlossen. Im Zeitpunkt der Budgetierung des Indikators war diese Entwicklung, die zu weniger Kundenbeziehungen führte, noch nicht absehbar.
L9	Weitere Gemeinden wurden an ZüriPrimo/NAPEDUV angeschlossen.
L10/L11	Aufgrund des Anschlusses weiterer Gemeinden an ZüriPrimo/NAPEDUV erhöhte sich die Anzahl Datentransfers und das Transfervolumen.
B1	Der Sachaufwand für die Hardware- und Software-Beschaffung wurde nicht wie geplant ausgeschöpft. Der Kosten-deckungsgrad fällt dadurch entsprechend höher aus.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Richtplanvorlage aufgrund der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festsetzung überweisen Verzögert Eine breite Anhörung einschliesslich Konsultation der Gemeinden ist erfolgt. Der Einbezug von neuen Richtplaninhalten mit Mitwirkungsverfahren wurde notwendig. Die Überweisung an den Kantonsrat ist bis Ende 1. Quartal 2012 vorgesehen.	2011
E2	Erarbeitung Nutzungskonzept Flugplatzareal Dübendorf und Festsetzung entsprechender Rahmenbedingungen Verzögert Das Gebietsmanagement wurde auf der Grundlage der Testplanung etabliert. Der Richtungsentscheid des Bundes betreffend Aviatik ist ausstehend.	2011
E3	Langfristige Erhaltung der Fruchtfolgefläche von 44'000 ha als Produktionsgrundlage für die Landwirtschaft Abgeschlossen Der Mindestumfang wird im Rahmen der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans nachgewiesen, die Kompensationsregelung wurde durch Merkblatt vom Januar des Berichtsjahres etabliert.	2011
E4	Revision Bauordnungsrecht, Gesetzesvorlage an Kantonsrat Verzögert Nach Auswertung der Vernehmlassung sind umfassende Interessenabwägungen erfolgt. Die Überweisung an den Kantonsrat ist im 1. Halbjahr 2012 vorgesehen.	2011
E5	Qualitätsvolle Siedlungsentwicklung nach innen ist wirksam gefördert (neu) Verzögert Das Ziel muss durch ein Bündel von Massnahmen erreicht werden. Verschiedene Zwischenziele wurden erfüllt. Die Anforderungen an Gestaltungs- und Quartierpläne müssen noch formuliert und der Diskurs über Qualitätsfragen mit Städten und Regionen intensiviert werden.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,3	4,5	5,3	0,8
Aufwand	-22,9	-25,4	-25,1	0,3
Abschreibungen und Zinsen	-1,5	-1,6	-1,5	0,1
Staatsbeiträge	-0,3	-0,3	-0,1	0,1
Kreditübertragungen aus 2010		-0,2		
Saldo	-18,6	-20,9	-19,8	1,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,7	0,6	0,7	0,1
Ausgaben	-2,3	-2,2	-2,0	0,1
Saldo	-1,5	-1,6	-1,3	0,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	100,7	110,4	109,8	-0,6

Erfolgsrechnung

- +0,8 Höherer Ertrag in den Bereichen Gebühren und Dienstleistungen, vor allem aufgrund der gestiegenen Anzahl Bewilligungsverfahren von privaten Gestaltungsplänen und Quartierplänen. Im Berichtsjahr fielen ausserdem die Gebühren der neuen Abteilung Bauen ausserhalb Bauzonen an. Diese Abteilung wechselte im Oktober 2010 vom Generalsekretariat in das Amt für Raumentwicklung. Im Weiteren fielen nicht budgetierte Beiträge des Bundes, von Gemeinden und von Dritten an.
- +0,5 Tieferer Sachaufwand insbesondere infolge von Projektverzögerungen bei der Beschaffung und dem Unterhalt von immateriellen Anlagen sowie durch geringeren Bedarf an Betriebsmaterial.
- 0,2 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

- +0,2 Tiefere Informatikinvestitionen bedingt durch die Projektverzögerung bei der Datenlogistik 2010. Die Verzögerung konnte im Berichtsjahr nicht aufgeholt werden.

Personal

- 0,6 Geringerer Beschäftigungsumfang infolge verschiedener Vakanzen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	359 600	0	0	359 600	0

8400 Tiefbauamt

Hauptereignisse

Bau und bauliche Anpassung der Strasseninfrastruktur

Im Nationalstrassenbereich erfolgten weitere Fertigstellungsarbeiten auf den Strecken Uetlibergtunnel und Nationalstrasse im Knonaueramt. Bei den Staatsstrassen lagen die Schwerpunkte bei Anpassungen des Strassennetzes, die zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen (wie die Sanierung von Unfallschwerpunkten), und der Vervollständigung des Velowegnetzes (Schliessung der Lücken gemäss den regionalen Verkehrsrichtplänen) zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen.

Bewirtschaftung des National- und Staatsstrassennetzes

Der Betrieb und Unterhalt der Staatsstrassen, verbunden mit dem entsprechenden Leistungsauftrag des ASTRA für die Autobahnen im Wirkungssperimeter der zürcherischen Gebietseinheit VII, war die Hauptaufgabe im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Das ansteigende Verkehrsaufkommen bedingte eine umfassende Koordination von Unterhaltsarbeiten mit kantonalen und kommunalen Baustellen. Die sich daraus ergebenden Störungen des Verkehrs mussten mit zunehmend aufwendigeren temporären Verkehrsführungen verringert werden.

Die Einführung der neu entwickelten Sicherheitssignaletik auf Fahrzeugen und Dienstkleidern der Mitarbeitenden des Tiefbauamtes hat sich bewährt und die Arbeitssicherheit deutlich verbessert.

Verkehrstechnik Strasse

Die Wirkungskontrolle der Westumfahrung Zürich konnte mit dem Schlussbericht erfolgreich abgeschlossen werden. Entwicklungen und Restarbeiten an elektromechanischen Anlagen wurden sowohl bei der Westumfahrung Zürich als auch bei der Sanierung der Forchstrasse, der Sanierung des Gubristtunnels und der Glattalbahn umgesetzt. Der Aufbau und die Inbetriebnahme der Regionalen Leitzentrale des Verkehrsraums Zürich (RL-VRZ) führten zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Strassen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Bau: Projektierung und Bauausführung von National-, Haupt- und Staatsstrassenneu- und -ausbauten, einschliesslich Brücken
A2	Unterhalt und Betrieb: Nationalstrassen (im Auftrag des Bundesamtes für Strassen ASTRA) und Staatsstrassen, einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen
A3	Querschnittaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutzsanierungen

Indikatoren						
	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Zustand Kunstbauten, max. Anteil in schlechtem Zustand (Ziel: 1,5%) (A2)	max.	1,4	1,5	1,4	- 0,1
W2	Entwässerungsleitungen, max. Anteil in mangelhaftem oder schlechtem Zustand (Ziel: 1,5%) (A2)	max.	1,3	1,5	1,4	-0,1
W3	Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, max. Anteil in schlechtem oder kritischem Zustand (Ziel: 4,0%, Erhebung alle drei Jahre) (A2)	max.	-	4,0	3,82	-0,18
Leistungen						
L1	Minimales Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Franken pro Jahr, einschliesslich Land) (A1)	min.	11,5	15,1	11,0	-4,1
L2	Mitteleinsatz für baulichen Unterhalt und Erneuerungen (zur Bauwerks-Erhaltung), Soll: rund 50 Mio. Franken für Strassen sowie 9 Mio. Franken für Kunstbauten (A1, A2)	P	73,1	63,9	82,2	18,3
Abweichungsbegründungen						
L1	Projektbezogene Verzögerungen aufgrund von Einsprachen und Rekursen führten dazu, dass das Budgetziel nicht erreicht werden konnte.					
L2	Für das Berichtsjahr wurden mittels Nachtragskredit zusätzlich 20 Mio. Franken bewilligt. Somit standen insgesamt 83,9 Mio. Franken zur Verfügung.					
Entwicklungsschwerpunkte						
	<i>Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar</i>				<i>bis</i>	
E1	Bau: Vervollständigen des beschlossenen Autobahnnetzes zur Entlastung der Bevölkerung in den grösseren Siedlungsräumen Planmässig Die vorhandenen Projekte konnten in Zusammenarbeit mit dem ASTRA weiterbearbeitet werden, sodass das Ziel planmässig erreicht werden kann.				2020	
E2	Bau: Vervollständigen des Velowegnetzes zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen Planmässig Im Berichtsjahr konnten verschiedene Radwegprojekte geplant, projektiert und realisiert werden.				2020	
E3	Bau: Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an Staatsstrassen rasch umsetzen (Einhaltung der eidg. Lärmschutzvorschriften) Planmässig Der Regierungsrat hat die Baudirektion im April des Berichtsjahres beauftragt, die Lärmsanierung in den Regionen Eglisau, Mittleres Glattal und Oberland Süd durchzuführen. Damit hat die Regierung den Sanierungsauftrag in 10 von 19 Sanierungsregionen erteilt. Mit dem Einsatz eines Projektmanagements können die Abläufe vereinheitlicht, strukturiert und ein zielgerichteter und optimierter Sanierungsablauf gewährleistet werden. Erste Sanierungsprojekte sind genehmigt und werden realisiert.				2018	

E4	Bau: Erneuerung nicht mehr genügend tragfähiger Strassenoberbauten, besonders innerorts und an Kreuzungen (Unfallschwerpunkte) Planmässig Im Berichtsjahr konnten verschiedene Projekte geplant, projektiert und realisiert werden.	2020
----	---	------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	380,4	296,7	327,1	30,4
Beiträge vom Bund	1,3	0,0	-0,3	-0,3
Übertrag aus Strassenfonds	226,8	229,5	214,4	-15,2
Übrige Erträge	152,3	67,2	113,1	45,9
Aufwand	-380,4	-296,7	-327,1	-30,4
Abschreibungen und Zinsen	-174,3	-82,0	-124,0	-42,0
Betriebsaufwand	-206,1	-214,7	-203,1	11,6
Nachtragskredite		-20,0		
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	105,2	72,6	48,5	-24,1
Ausgaben	-178,8	-168,2	-130,2	38,1
Saldo	-73,6	-95,6	-81,7	13,9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	424,0	439,1	434,1	-5,0

Erfolgsrechnung

Der Saldo der Erfolgsrechnung ist immer null, da die Aufwendungen des Tiefbauamtes zu 100% durch den Strassenfonds (Volkswirtschaftsdirektion) finanziert werden. Innerhalb des Aufwandes und des Ertrages gab es grössere Verschiebungen, die sich jedoch grösstenteils sowohl betragsmässig als auch ursachenmässig wieder aufheben und somit saldoneutral sind.

Der Budgetkredit betrug (einschliesslich Nachtragskredit von 20 Mio. Franken) 229,5 Mio. Franken. Der Übertrag aus dem Strassenfonds betrug 214,4 Mio. Franken, was zu einer Unterschreitung des Budgetkredites von 15,2 Mio. Franken geführt hat. Die Unterschreitung ergibt sich aus folgenden Positionen:

Ertrag:

+6,4 Einmaliger Aufwertungsgewinn auf Maschinen, Geräten und Fahrzeugen (Senkung der Aktivierungsgrenze von 50 000 auf 10 000)

Aufwand:

+4,6 Minderaufwand für betrieblichen Staatsstrassenunterhalt (Winterdienst) sowie für Salzverbrauch

+1,4 Minderaufwand für die Beschaffung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen (Senkung Investitionsgrenze von 50 000 auf 10 000)

Investitionsrechnung

+15,6 Geringere Nettoinvestitionen im Strassenbau infolge von Projektverzögerungen. Dies vor allem aufgrund von Einsprachen und Rekursen sowie Verzögerungen bei Dritten wie Gemeinden oder Werken.

Personal

-5,0 Tieferer Beschäftigungsumfang infolge nicht besetzter Stellen. Dies weil Stellen bei der normalen Fluktuation zeitweise unbesetzt waren.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 532 909	-144 912	0	1 387 997	-144 912

Auflösung von Rücklagen 2011

- Fr. 144 912 für verschiedene Ausgaben für Personalzwecke

8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Hauptereignisse

Neufestlegung Netzzuteilung Strom

Die Kantone haben die Stromnetzgebiete der auf ihrem Gebiet tätigen Netzbetreiber auf der Grundlage des eidgenössischen Stromversorgungsgesetzes zu bezeichnen. Dabei berücksichtigt der Regierungsrat die bestehenden Eigentumsverhältnisse und die vertraglichen Regelungen. Im Berichtsjahr haben die Stromnetzbetreiber der Baudirektion ihre Netzgebiete dargelegt. Unklare Abgrenzungen konnten weitgehend bereinigt werden. Nach der Anhörung bei den Gemeinden wird der Regierungsrat Anfang 2012 die Netzgebiete festlegen und im GIS-Browser veröffentlichen können.

Änderung Energiegesetz / Energieeffizienz bei Gebäuden

Die Änderungen des Energiegesetzes wie das Verbot von Einbau oder Austausch von Elektroheizungen sowie von mobilen Heizungen im Freien (Heizpilze) wurden vom Kantonsrat beschlossen (Vorlage 4667 b). Die dazugehörigen Änderungen in der Besonderen Bauverordnung I wurden im Berichtsjahr erarbeitet. Die Inkraftsetzung von Gesetz und Verordnung ist für 2012 vorgesehen.

Gefahrenkarte

Für rund 70% der Kantonsbevölkerung bestehen inzwischen Karten für Naturgefahren.

Kampagne «Stopp den Giftzwerg»

Im Frühjahr wurde im Furttal die Kampagne «Stopp den Giftzwerg» durchgeführt. Die Bevölkerung wurde mittels Flyer, Medienarbeit, Standaktionen und Lektionen an Primarschulen für einen sorgfältigen Umgang mit Pflanzenschutzmitteln sensibilisiert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Einwandfreie Trinkwasserversorgung und gesunde Luft zum Atmen
A2	Verbesserung der Wasser- und Luftqualität sowie Minimierung der Belastung durch Abfälle
A3	Vermehrung attraktiver Erholungsräume am Wasser sowie Vermehrung und Vernetzung vielfältiger Lebensräume am und im Wasser
A4	Schutz vor Hochwasser, Störfällen, Elektrosmog und vor schädlichen Klimaänderungen
A5	Planungssicherheit durch kompetente Beratung, kurze Bewilligungsverfahren und verhältnismässige Auflagen
A6	Ausreichende, umweltschonende, wirtschaftliche und sichere Energie- und Wasserversorgung sowie Abfall- und Abwasserentsorgung
A7	Förderung von einheimischer erneuerbarer Energie und der Verwertung von Abfällen
A8	Rationelle Energie-, Wasser- und Rohstoffnutzung

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Die Anforderungen an oberirdische Gewässer sind bis 2020 zu 90% erfüllt [in %] (A1, A2)	min.	77	76	74	-2
W2	Die Anforderungen an unterirdische Gewässer sind bis 2020 zu 90% erfüllt [in %] (A1, A2)	min.	81	84	74	-10
W3	Anteil der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigtem generellen Entwässerungsplan (GEP) [in %] (A6)	min.	90	82	93	11
W4	Anteil der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigtem generellen Wasserversorgungsprojekt (GWP) [in %] (A6, A8)	min.	93	95	92	-3
W5	Anteil Trinkwasser (ohne Seewasser) aus Grund- und Quellwasserfassung mit rechtskräftigen Schutzzonen (Ziel 2020 = 100%) [in %] (A1, A6)	min.	98	97	98	1
W6	Aufwertung nicht natürlicher Fluss-, Bachabschnitte und Seeufer [km/J] (A3)	min.	9,6	4	3,5	-0,5
W7	Anteil der Bevölkerung mit Gefahrenkartierung [in %] (A4, E11)	min.	66	88	70	-18
W8	Jährlicher Zuwachs an Minergieflächen (Ist 31.12.08 = 3,74 Mio. m ²) [in m ²] (A8)	min.	1 227 992	200 000	1 032 393	832 393
W9	Anteil der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigter Energieplanung (EP) [in %] (A7, A8)	min.	66	65	67	2
W10	Erfüllungsgrad der Anforderungen an luftschadstoffemitt. Anlagen [in %] (A1, A2)	min.	82	85	82	-3
W11	Erfüllungsgrad der Anforderungen an Strahlung emittierende Funkanlagen [in %] (A4)	min.	90	94	100	6
W12	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich NO ₂ [in %] (A1, A2)	max.	19	8	17	9
W13	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich PM10 [in %] (A1, A2)	max.	15	9	12	3
Leistungen						
L1	Überprüfte Verdachtsflächen Altlasten aufsummiert (Ziel 13 000) (A2, E3)	min.	12 524	13 000	13 715	715
L2	Anzahl genehmigte GEP (A6)	P	8	1	4	3
L3	Anzahl genehmigte GWP (A1, A6)	P	10	7	5	-2
L4	Anzahl genehmigte Grundwasserschutzzonen (A1)	P	31	15	27	12
L5	Produktive Stunden Gewässerunterhalt [in h] (A3, A4)	min.	75 585	89 500	61 792	-27 708
L6	Realisierte Hochwasserschutzprojekte [Anzahl pro Jahr] (A4)	min.	2	2	2	0
L7	Anzahl neue Minergie-Labels jährlich (A8)	P	918	400	786	386
L8	Anzahl genehmigte EP (A6, A8)	P	3	3	2	-1
L9	Anzahl Einsätze des AWEL-Piketts bei B-Schadenfällen (A4)	P	5	10	8	-2
L10	Anzahl Einsätze des AWEL-Piketts bei C-Schadenfällen (A4)	P	185	180	226	46
L11	BVV-Verfahren: Einhaltung der Behandlungsfristen [in %] (A5)	min.	92	95	91	-4

Wirtschaftlichkeit

B1	Energetische Wirkung pro Fr. Subventionen aus dem Förderprogramm Energie (kWh/Fr.) (A6, A8)	min.	153	200	n.v.	-
B2	Förderprogramm Energie: eingesetzte Fr. pro Einwohner/in (Durchschnitt der Kantone 2002 = 4.93 Fr./EW) (A6, A8)	min.	5.87	4.90	9.17	4.27
B3	Kostenentwicklung Luftschadstoffüberwachung («OSTLUFT») in Fr./Einw. und Jahr; Basis 2000 = Fr.1.40 (A1, A2)	max.	0.95	1.10	0.98	-0.12

Abweichungsbegründungen

W1	Mehrere Trockenperioden haben in den Fliessgewässern zu geringen Abflüssen geführt. Dadurch wurden gereinigte Abwasser und andere Belastungen ungenügend verdünnt.
W2	Die markante Verschlechterung des Wertes kommt zustande, weil zwei grosse Grundwasserfassungen aufgrund leicht gestiegener Nitratbelastung das Qualitätsziel knapp verfehlt haben.
W4/L3	Verzögerter Vollzug infolge eines personellen Engpasses
W6	Das Resultat der Aufwertungen bei kantonalen und kommunalen Gewässern ist abhängig von Projektfestsetzungen, Kreditbewilligungen und Einsprachen. Dies kann Schwankungen verursachen, die nur teilweise beeinflussbar sind.
W7	Wegen des negativen Budgetentscheids 2009 durch den Kantonsrat mussten sechs Gefahrenkartenprojekte für etwa ein Jahr eingestellt werden. Daraus sind Verzögerungen entstanden.
W8/L7	Die gute Baukonjunktur, der gute Ruf von Minergie und die noch ausstehende Verschärfung der Minergie-Anforderungen ergaben die grosse Anzahl Minergie-Bauten.
W10	Rückstand bei Sanierung Feuerungen, Arbeiten laufen jedoch plangemäss entsprechend Luftreinhalteverordnung und Massnahmenplan Luft.
W12/W13	Die Luftqualität hat sich nur ungenügend verbessert. In Städten und entlang von Verkehrsachsen werden die Ziele deutlich verfehlt. Der Massnahmenplan Luft definiert weiter gehende Massnahmen.
L5	Längere Abwesenheiten durch Krankheit haben die produktiven Stunden gesenkt (etwa 3–4 Mannjahre). Zudem werden Führungsaufwände nicht mehr als produktiv erfasst.
L11	Trotz gestiegener Zahl an Geschäften konnte das Niveau der Fristeinhaltung hoch gehalten werden.
B1	Wert noch nicht lieferbar, Zahlen vom Bund noch nicht verfügbar
B2	Höherer Wert aufgrund Auszahlungen zum Spezialprogramm Konjunktur Stabilisierung aus dem Jahr 2009

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Eigentümerstrategie Strom neu festlegen Sistiert	2011
	Aufgrund des Reaktorunfalls in Fukushima im Frühling des Berichtsjahres beabsichtigt der Bundesrat, eine neue Energiestrategie zu verfolgen. Die Eigentümerstrategie kann erst nach der Festsetzung der neuen Energiestrategie des Bundes festgesetzt werden (RRB Nr. 824/2011).	
E2	Vision Zürichsee 2050 Verzögert	2011
	Neu: «Leitbild Zürichsee 2050». Die Festsetzung durch den Regierungsrat war auf Ende des Berichtsjahres vorgesehen. Infolge Klärung von Verfahrensfragen für Vernehmlassung und Festsetzung gab es Verzögerungen. Der Regierungsrat hat die Festsetzung auf Direktionsstufe delegiert. Die Festsetzung durch die Baudirektion und die Volkswirtschaftsdirektion ist für Mitte 2012 vorgesehen (nach erfolgter Vernehmlassung bei den Regionen).	

E3	Kataster der belasteten Standorte Abgeschlossen Der Kataster der belasteten Standorte konnte Ende September des Berichtsjahres abgeschlossen werden.	2011
E4	Neuausrichtung Klärschlamm Entsorgung Planmässig Mit RRB Nr. 1035 vom 31. August konnte die Zuweisung des Klärschlamm zur Entsorgung in der neuen Klärschlammverwertungsanlage im Werdhölzli auf Mitte 2015 festgelegt werden.	2011
E5	Elimination Mikroverunreinigungen aus Gewässern: Strategie und Umsetzung (neu) Verzögert Eine Strategie für den Kanton Zürich ist erarbeitet. Bei der Vernehmlassung zur Gewässerschutzverordnung des Bundes hat eine Mitarbeit in strategischen Arbeitsgruppen des Bundes stattgefunden. Aufgrund von Verzögerungen bei der Gesetzgebung des Bundes muss das Ziel jedoch auf 2015 geschoben werden.	2012
E6	Festlegung der Anforderungen an den kantonalen Trinkwasserverbund Planmässig Die Erarbeitung der Grundlagen betreffend Wasserverbrauch und Wasserdargebot ist abgeschlossen.	2013
E7	Revision kantonales Wasserrecht Planmässig Es wurde im Berichtsjahr baudirektionsintern ein Vorentwurf verfasst, der 2012 in die Vernehmlassung gehen wird.	2013
E8	Definition und Festsetzung der kantonalen und regionalen Grundwasserschutzareale Verzögert Die hydrogeologischen Untersuchungen Weiach sind abgeschlossen, die Untersuchungen in Schlieren sind gestartet. Aufgrund von Verzögerungen bei der Teilrevision des kantonalen Richtplans muss das Ziel jedoch auf 2015 geschoben werden.	2014
E9	Energieplanungsbericht (neu) Verzögert Aufgrund des Reaktorunfalls in Fukushima im Frühling des Berichtsjahres beabsichtigt der Bundesrat, eine neue Energiestrategie zu verfolgen. Deshalb hat der Regierungsrat den Energieplanungsbericht 2010 zurückgezogen und wird einen Bericht 2012 erstellen (RRB Nr. 824/2011).	2014
E10	Hochwassermanagement Zürichsee–Sihl–Limmat: Planungen abgeschlossen / Sofortmassnahmen umgesetzt Planmässig Zurzeit steht programmgemäss die Konzeptstudienphase vor Abschluss. Zwei Hochwasserschutzvarianten werden voraussichtlich weiterverfolgt.	2014
E11	Naturgefahrenkarten Planmässig Das Projekt befindet sich auf Kurs. Auf Ende des Berichtsjahres konnten weitere zwölf Gefahrenkarten abgeschlossen werden.	2015
E12	Altlastenprogramm (Voruntersuchungen – neu) Planmässig Bis Ende 2016 liegen die Entscheide zu den Voruntersuchungen für die prioritär untersuchungsbedürftigen Standorte vor.	2017

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	29,5	21,5	26,0	4,6
Aufwand	-118,3	-123,3	-127,3	-4,0
Abschreibungen und Zinsen	-55,4	-58,1	-65,8	-7,7
Kreditübertragungen aus 2010		-2,3		
Saldo	-88,8	-101,8	-101,3	0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen	8,2	9,4	28,7	19,3
Ausgaben	-31,7	-37,0	-46,1	-9,1
Kreditübertragungen aus 2010		-9,1		
Saldo	-23,6	-27,6	-17,5	10,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	235,9	233,5	233,5	0,0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +3,6 Höherer Ertrag in den Bereichen Konzessionen, Gebühren und Dienstleistungen u. a. aufgrund der Erhöhung des Wasserzinses für die Kraftwerke am Hochrhein rückwirkend auf Anfang des Berichtsjahres von Fr. 75 auf Fr. 100 pro Kilowatt Bruttoleistung, der Neukonzessionierungen für die Nutzung von Oberflächengewässern und der Inanspruchnahme der Seeräume sowie der anhaltend hohen Anzahl an verrechenbaren Leistungen (Bewilligungen, Kontrollen, Minergie-Labels usw. – siehe auch Indikatoren).
- +0,5 Höhere Bundesbeiträge an die Erstellung der Gefahrenkarten
- +0,2 Verschiedene höhere durchlaufende Beiträge vom Bund an Dritte
- +0,3 Höherer interner Ertrag sowie verschiedene kleinere Abweichungen

Aufwand:

- 8,6 Sonderabschreibungen bei den Investitionsbeiträgen an Abfallanlagen infolge Ausserbetriebnahmen und Privatisierung
- +1,9 Geringere Abschreibungen und Zinsen aufgrund von geringeren Investitionen
- 0,5 Höherer Personalaufwand, da der Teuerungsausgleich zentral bei der Finanzverwaltung budgetiert wurde.
- 0,2 Verschiedene höhere durchlaufende Beiträge vom Bund an Dritte
- +3,7 Geringerer externer und interner verrechneter Sachaufwand u. a. infolge Projektverzögerungen, Sistierung von Projekten oder günstigeren Vergaben.
- 0,3 Verschiedene kleinere Abweichungen

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- +17,7 Die Regionale Bearbeitungsstelle (RBS) richtet im Auftrag verschiedener Kantone Beiträge an Gebäudehüllen im Rahmen des nationalen Förderprogramms (Gebäudeprogramm) aus und vereinnahmt dafür direkt die entsprechenden Bundesbeiträge. Diese Beiträge sind nun ebenfalls in den Rechnungen der einzelnen Kantone auszuweisen und somit als durchlaufende Beiträge in der Investitionsrechnung zu buchen.
- +2,5 Höhere durchlaufende Beiträge im Zusammenhang mit dem kantonalen Förderprogramm Energie sowie verschiedene Abweichungen bei den durchlaufenden Beiträgen.
- 1,0 Geringere Investitionsbeiträge an Hochwasserschutzprojekte
- +0,1 Verschiedene kleinere Abweichungen

Ausgaben:

- 17,7 Die Regionale Bearbeitungsstelle (RBS) richtet im Auftrag verschiedener Kantone Beiträge an Gebäudehüllen im Rahmen des nationalen Förderprogramms (Gebäudeprogramm) aus und vereinnahmt dafür direkt die entsprechenden Bundesbeiträge. Diese Beiträge sind nun ebenfalls in den Rechnungen der einzelnen Kantone auszuweisen und somit als durchlaufende Beiträge in der Investitionsrechnung zu buchen. Eine bewilligte Kreditüberschreitung liegt vor.
- 2,5 Höhere durchlaufende Beiträge im Zusammenhang mit dem kantonalen Förderprogramm Energie sowie verschiedene Abweichungen bei den durchlaufenden Beiträgen
- 1,9 Höhere Investitionsbeiträge an Wasserversorgungsanlagen
- +5,9 Mittels Kreditübertragung aus dem Jahr 2010 wurde das Budget für Investitionsbeiträge im Bereich Energie um 8,9 Mio. Franken auf 12,9 Mio. Franken erhöht. Aufgrund von Projektverzögerungen bei den Beitragsempfängern konnten im Berichtsjahr lediglich 7,0 Mio. Franken ausgerichtet werden.
- +6,8 Geringere Ausgaben für Wasserbauinvestitionen (Hochwasserschutzbauten) sowie den Erwerb von Gewässergrundstücken
- +0,3 Verschiedene Abweichungen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	752 302	-83 795	+100 000	768 507	+16 205

Auflösung von Rücklagen 2011

- Fr. 83 795 für Anlässe und Gesundheitsvorsorge

Bildung von Rücklagen 2011

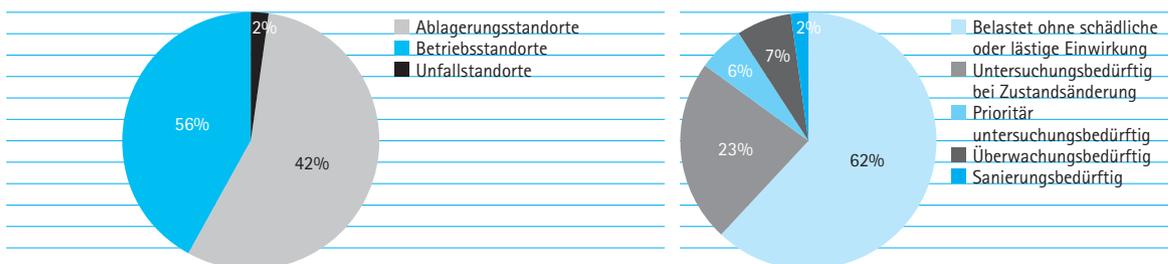
Endogene Einsparungen beim Büro- und Betriebsmaterial sowie bei Maschinen und Geräten

8510 Altlasten

Hauptereignisse

Kataster der belasteten Standorte

Die Erstellung des Katasters der belasteten Standorte konnte planmässig im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Von den etwa 13 000 Verdachtsflächen, die seit 2001 anhand von klaren Kriterien beurteilt wurden, sind rund 6000 Standorte in den Kataster der belasteten Standorte aufgenommen worden.



Sondermülldeponie Kölliken

Seit März des Berichtsjahres laufen die Arbeiten im Rahmen der Rückbauetappe 2. Der Abschluss der Arbeiten ist 2016 vorgesehen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	In dieser Leistungsgruppe werden die Verpflichtungen des AWEL (Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft) im Zusammenhang mit der Untersuchung, Überwachung und Sanierung von Altlasten im Sinne der Umweltschutzgesetzgebung (Art. 32d USG) aufgeführt.
A2	Für den Kanton Zürich fallen auch sogenannte Ausfallkosten an, wenn die Verursacher nicht ermittelt werden können oder zahlungsunfähig sind. In der Leistungsgruppe Altlasten werden neben den Verpflichtungen für die Sanierung der Altlast in Kölliken auch die erwähnten Verpflichtungen des AWEL und des Kantons geführt. Beide Bereiche werden separat ausgewiesen.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

Entwicklungsschwerpunkt	Stand und Kommentar	bis
E1	Sondermülldeponie Kölliken: Sanierung Verzögert Die Sanierungsarbeiten sind wieder angelaufen. Die Vorgaben an die Rückbauetappe 2 haben sich bis heute bewährt.	2014
E2	Sondermülldeponie Kölliken: Nachsorge ab 2014 Planmässig	2024
E3	Altlasten: Durchführung der Voruntersuchungen Planmässig Bis Ende 2016 liegen die Entscheide zu den Voruntersuchungen für die prioritär untersuchungsbedürftigen Standorte vor.	2017

E4	Altlasten: Detailuntersuchungen ab Berichtsjahr Planmässig	2022
E5	Altlasten: Sanierungsprojekte ab Berichtsjahr Planmässig	2024
E6	Altlasten: Untersuchungen, Überwachungen und Sanierungen bei Zustandsänderungen oder Schutzgutbeeinträchtigungen Planmässig Wenn bedingt durch Schutzgutverletzungen Sanierungen von Altlasten erforderlich sind, so werden diese laufend angeordnet.	2024

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,5	0,2	2,4	2,2
Aufwand	-27,5	-1,3	-3,0	-1,7
Saldo	-27,0	-1,1	-0,6	0,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+2,2 Höhere durchlaufende Beiträge aus dem vom Bund geschaffenen VASA Altlasten-Fonds an Gemeinden und Private für die Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten

Aufwand:

-2,2 Höhere durchlaufende Beiträge aus dem vom Bund geschaffenen VASA Altlasten-Fonds an Gemeinden und Private für die Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten

+0,5 Geringere unvorhergesehene Ausfallkosten sowie Rückerstattungen von Untersuchungskosten bei nichtbelasteten Grundstücken.

8700 Immobilienamt

Hauptereignisse

Überprüfung Immobilienmanagement

Mit RRB Nr. 1482/2010 beschloss der Regierungsrat, das Immobilienmanagement des Kantons zu überprüfen. Bis April des Berichtsjahres wurde mit externer Unterstützung die bestehende Organisation analysiert. Anschliessend wurden verschiedene Modelle geprüft, um offene Fragen vertieft zu klären wie mögliche Ausnahmeregelungen, Prozessoptimierungen und Transparenz der Daten. Die entsprechenden Ergebnisse führten zu insgesamt sechs Grundmodellen, von denen eines 2012 als Grundlage für das Immobilienmanagement gewählt werden soll.

Teilportfoliostrategie Verwaltungsvermögen

Das Immobilienportfolio mit Fokus auf das Verwaltungsvermögen wurde in Teilportfolios gegliedert. Diese orientieren sich so weit wie möglich an der Gliederung der Direktionen. Bestimmungen, die für alle Teilportfolios gelten, wurden in der Grundstrategie festgehalten. Viele Organisationseinheiten sind noch nicht so weit, dass aus ihren Geschäftsstrategien Immobilienstrategien abgeleitet werden können. Vor diesem Hintergrund hat das Immobilienamt im Berichtsjahr gemeinsam mit Organisationseinheiten der Baudirektion und der Bildungsdirektion begonnen, die ersten Teilportfoliostrategien zu erarbeiten. Die Teilportfoliostrategie der kantonalen Werkhöfe der Baudirektion wurde im Berichtsjahr begonnen und steht kurz vor dem Abschluss. Die Teilportfoliostrategie der ZHAW Wädenswil und Winterthur sowie jene des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes am Standort Zürich (Bildungsmeile) werden ebenfalls 2012 abgeschlossen sein.

Mobiliarbeschaffung

Die Arbeitsplätze der Verwaltung des Kantons Zürich sind mit Standardmobiliar ausgestattet. Die Abteilung Bewirtschaftung des Immobilienamts evaluiert in Zusammenarbeit mit den Fachdirektionen das jeweilige Sortiment und schliesst einen Rahmenvertrag ab. Aufgrund des Submissionsrechts wurde im Berichtsjahr eine Neuausschreibung fällig.

Die Beschaffung erfolgte mittels selektiven Verfahrens. Nach einer Vorausscheidung wurden fünf Teilnehmer zur Angebotsangabe eingeladen. Neben einem Preisangebot und umfangreichen ökologischen Nachweisen reichten die Anbieter auch ein Muster eines Arbeitsplatzes zur Bewertung ein.

Kantonale Fachpersonen aus den Bereichen Ergonomie, Umwelt, Betrieb, Technik, Logistik und Design sowie Vertreter verschiedener Nutzergruppen prüften die Angebote. Das preisgünstigste Angebot wies verschiedene, zum Teil schwerwiegende Qualitätsmängel auf. Der Zuschlag wurde dem bisherigen Lieferanten, Ergodata AG, erteilt, der das zweitgünstigste Angebot einreichte und in qualitativer Hinsicht überzeugte.

Landerwerbsgeschäfte

In den Gemeinden Dietikon, Eglisau, Meilen, Stäfa, Wädenswil, Wetzikon und Zürich konnten für staatliche Bedürfnisse nicht mehr benötigte Baulandparzellen und Wohnhäuser verkauft werden. Der Gesamtverkaufspreis betrug rund 70 Mio. Franken. Die Kirche Schwerzenbach und das Pfarrhaus Rheinau wurden unentgeltlich an die jeweiligen Kirchgemeinden abgetreten.

Zur Arrondierung des staatlichen Grundbesitzes in Filzbach, Winterthur und Zürich wurden vier Liegenschaften zu einem Gesamtpreis von rund 24 Mio. Franken erworben.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Strategieentwicklung, Steuerung und Führungsunterstützung: Als Eigentümervertretung steuert das Immobilienamt im Auftrag des Regierungsrates die Immobilieninvestitionen und Fremdmieten. Es erarbeitet Strategien, Standards und Controllinggrundlagen und betreibt zusammen mit Fachdirektionen den Standardprozess für Immobilieninvestitionen.
A2	Die Abteilung Bewirtschaftung erbringt nachhaltige Dienstleistungen als Bewirtschafter: Betriebsführung und Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, kaufmännisches Gebäudemanagement und infrastrukturelle Dienstleistungen.
A3	Die Abteilung Landerwerb erwirbt und veräussert Grundstücke entsprechend den kantonalen Bedürfnissen. Sie bildet ein Kompetenzzentrum für Enteignungsrecht und unterstützt die Amtsstellen in juristischen Fragen.
A4	Das Controlling unterstützt die Abteilungen beim Benchmarking, koordiniert das Reporting mit den Fachdirektionen und erstattet dem Regierungsrat Bericht.

Indikatoren

		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung (in %) (A2)	min.	-	80	83,2	3,2
W2	Baulicher Zustandswert (Das Verhältnis Zustandswert zu Neuwert gibt den baulichen Zustand des Immobilienportfolios [Verwaltungsbauten] wieder.) (A1, A3)	P	0,80	0,85	0,81	-0,04
Leistungen						
L1	Anzahl betreuter Mietverhältnisse in zugemieteten Liegenschaften (A1)	P	469	480	566	86
Wirtschaftlichkeit						
B1	Werterhaltungsindex (in %) (Werterhaltungsinvestitionen Hochbau: Gesamtinvestitionen Hochbau) (A1)	min.	57	70	71	1
B2	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich engere Zentralverwaltung (in m ²) (A2)	P	18,4	17,0	17,0	0
B3	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich übrige Zentralverwaltung (in m ²) (A2)	P	17,8	14,5	14,5	0
B4	Abweichung Betriebskosten pro m ² Geschossfläche zum Markt (in %) (A2)	max.	-	-5	35,3	40,3
Abweichungsbegründungen						
W1	Gegenüber der letzten Befragung zur Kundenzufriedenheit 2009 wurde die Befragung 2011 differenzierter vorgenommen. Sie wurde um die Aufgabenbereiche «Schlüsselverwaltung» und «Umzugsplanung und -durchführung» erweitert.					
W2	Der Zustandswert der Liegenschaften hat sich infolge verzögerter Massnahmen für die erforderliche Werterhaltung nicht im prognostizierten Masse erhöht, liegt aber dennoch leicht über dem Vorjahreswert					
L1	Ab 2011 werden die Mietverhältnisse der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich mitgezählt					
B4	Für die Gebäude der engeren Zentralverwaltung fehlten in der Vergangenheit grössere Sanierungen. Dies hat – im Vergleich zum Markt – einen ausserordentlichen Nachholbedarf an Instandhaltungsmassnahmen zur Folge, der hohe Kosten verursacht.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen Planmässig Bei Neubauten werden Minergie-Standards konsequent umgesetzt. Bei Um- und Erweiterungsbauten wird die Umsetzung jeweils im Einzelfall geprüft.	2011
E2	Strategie für ein zielgerichtetes Immobilienmanagement (Grundstrategie und Teilstrategien) entwickeln und umsetzen Verzögert Die Erarbeitung der Teilportfoliostrategie der Werkhöfe der Baudirektion wurde im Berichtsjahr in Angriff genommen und steht kurz vor dem Abschluss (Ende Februar 2012). Die Teilportfoliostrategie der «Bildungsmeile» des Mittelschul- und Berufsbildungsamts steht ebenfalls kurz vor dem Abschluss. Die Strategien für das Finanzvermögen, die engere Zentralverwaltung sowie für die ZHAW (Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften) sind zurzeit in Vorbereitung bzw. in Arbeit. Die gewonnenen Erkenntnisse und genutzten Werkzeuge aus den bisherigen Arbeiten fliessen in die nachfolgenden Strategien ein. Die entwickelte Grundstrategie kommt in Teilen zur Anwendung, ist jedoch bislang nicht offiziell verabschiedet.	2011
E3	Sicherheit in der Zentralverwaltung verbessern Abgeschlossen Das Sicherheitskonzept konnte Anfang Oktober erfolgreich in den Betrieb überführt werden.	2011
E4	Projekt Neunutzung Klosterinsel Rheinau Verzögert Die Senkung von zwei auf einen Hauswirtschaftskurs und die spätere erneute Erhöhung auf zwei Kurse haben die Planung verzögert.	2013
E5	Erarbeitung eines Programms zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten, Investitionsstrategie Verzichtet Massnahmen für Instandsetzung und -haltung werden im Rahmen des Standardprozesses festgelegt.	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	49,2	53,5	52,8	-0,7
Kalkulatorische Mieten und Nebenkosten	33,2	40,1	36,0	-4,1
Aufwand	-75,6	-82,2	-77,4	4,8
Abschreibungen und Zinsen	-33,4	-38,5	-34,7	3,7
Saldo	-26,5	-28,7	-24,6	4,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,2		0,5	0,5
Ausgaben	-36,4	-20,8	-18,9	1,9
Saldo	-36,2	-20,8	-18,4	2,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	114,4	115,5	110,6	-4,9

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- 3,7 Wegfall der kalkulatorischen Zinserträge von den Nutzerdirektionen infolge vorübergehender Sistierung des Projekts Polizei- und Justizzentrum (PJZ)
- 0,4 Geringere kalkulatorische Mieten infolge Verrechnung der effektiven Nutzerflächen gemäss Revisionsplänen des Neubaus der Bezirksverwaltung Dietikon
- +2,9 Mehr externe Mieterträge infolge Bereinigung der Objektkostenrechnung
- +0,5 Ertrag für Dienstleistungen für das Projekt Strategische Entwicklungsplanung universitäre Medizin (SEP)

Aufwand:

- +0,5 Geringerer Personalaufwand infolge geringerem Beschäftigungsumfang
- +0,9 Geringere Dienstleistungen Dritter und Honorare, v.a. infolge Verzögerung des Projektes Überprüfung Immobilienmanagement
- 0,5 Mehr Planungen Dritter, v.a. für das Projekt Strategische Entwicklungsplanung universitäre Medizin (SEP)
- +3,7 Geringere Kapitalfolgekosten (Abschreibungen und Zinsen), v.a. infolge Verschiebung des Projekts Polizei- und Justizzentrum (PJZ)

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- +0,5 Übertrag der Liegenschaft Spitalstrasse 15, Bülach, in das allgemeine Finanzvermögen (Leistungsgruppe Nr. 8710, Liegenschaftenerfolg)

Ausgaben:

- +6,0 Nichtbeanspruchung der Regierungsratsreserven
- 0,6 Neubau Stampfenbachstrasse 30, Zürich, unerwartete Anfangskosten wie Hangsicherung und Fernwärmeversorgung
- 0,7 Sicherheitskonzept engere Zentralverwaltung, Mehrausgaben infolge schnelleren Baufortschritts
- +2,1 Umbau Klosterinsel Rheinau, Projektverschiebung
- 0,8 Neubau Bezirksverwaltung Dietikon, verschiedene Projektverzögerungen
- 5,0 Projekt Polizei- und Justizzentrum (PJZ) (gem. RRB Nr. 306/2011)
- +1,0 Sanierung Rechberg Hauptgebäude und Garten, Projektverzögerung

Personal

- 2,5 Abbau Reinigungspersonal
- 1,0 Vakanz Projektentwicklung
- 1,4 Verschiedene vorübergehende Vakanzen in den Bereichen Landerwerb und Bewirtschaftung

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	332 335	-73 835	+50 000	308 500	-23 835

Auflösung von Rücklagen 2011

- Fr. 73 835 für Personalanlässe und Früchte

Bildung von Rücklagen 2011

Die Vakanzen in den Bereichen Landerwerb und Bewirtschaftung konnten ohne Beizug externer Ressourcen bewältigt werden.

8710 Liegenschaftenerfolg

Hauptereignisse

Die Leistungsgruppe Nr. 8710 Liegenschaftenerfolg setzt sich zusammen aus den Fluglärmliegenschaften (ehemaliger Fluglärmfonds) und den Liegenschaften im allgemeinen Finanzvermögen.

Teilportfoliostrategie allgemeines Finanzvermögen

Analog zu den Teilportfoliostrategien im Verwaltungsvermögen wurden im Berichtsjahr die Objekte im allgemeinen Finanzvermögen zwecks Planungsübersicht und Investitionsstrategie untersucht. Pro Objekt wurde ein Massnahmenkatalog (Kategorisierung) erstellt, aus dem hervorgeht, wie die überbauten Objekte im allgemeinen Finanzvermögen künftig genutzt oder behandelt werden sollen. Aus der Einzelaussage leitet sich die Objektstrategie ab, die dann für die Bewirtschaftung als Leitlinie für den weiteren Umgang mit der Liegenschaft dient.

Technisches Gebäudemanagement allgemeines Finanzvermögen

In den vergangenen Jahren wurden im allgemeinen Finanzvermögen Instandhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen nur verhalten getätigt, wodurch ein massiver Unterhaltsrückstau entstanden ist. Die im Berichtsjahr getätigten baulichen Massnahmen sind eine Reaktion auf diesen Unterhaltsrückstau und erfolgten mehrheitlich aufgrund der Dringlichkeit der baulichen Massnahmen.

Zukünftig soll ein proaktives technisches Gebäudemanagement zur Gewährleistung und Wiederherstellung der Gebrauchstauglichkeit und der Marktfähigkeit der Liegenschaften erfolgen. Die Umsetzung erfolgt nach den strategischen Vorgaben der Teilportfoliostrategie der zuständigen Organisationseinheit und der daraus abgeleiteten spezifischen Objektstrategien der Liegenschaften. Im Berichtsjahr wurden bereits rund 30 laufende Bauvorhaben in dieser Weise initiiert. Dies entspricht beinahe einem Drittel des Immobilienbestandes der Liegenschaften im allgemeinen Finanzvermögen.

Bei 10 Liegenschaften wurden Vorstudien erstellt, um die Bedingungen für anstehende Instandsetzungsmassnahmen festzulegen. Die Vorstudien umfassen eine detaillierte Gebäudezustandsaufnahme, Vorabklärungen zu Behördenauflagen und planerische Auflagen sowie Beurteilung der gegenwärtigen und potenziellen Ertragsituation (Nutzung, Mietertrag usw.).

Bei 5 Liegenschaften wurden umfangreichere Instandsetzungsmassnahmen in der Phase Realisierung bzw. Ausführung durchgeführt. Dies betrifft den Grund- und Mieterausbau in den Liegenschaften Haldenstrasse 69 in Winterthur, Trollstrasse 34a in Winterthur, Hofwiesen-/Nansenstrasse in Zürich und Karl-Stauffer-Strasse 26 in Zürich sowie die Instandsetzung der Klostermauer auf dem Festland in Rheinau.

Bei weiteren 15 Liegenschaften wurden laufende Instandhaltungsmassnahmen wie Heizungsersatz, Instandhaltung der Fenster und des Wetterschutzes durchgeführt.

Einen weiteren Projektschwerpunkt bildete das Teilportfolio in Rheinau. In Zusammenhang mit der Übertragung von Liegenschaften und technischen Anlagen aus dem betrieblichen Verwaltungsvermögen (Psychiatriezentrum Rheinau) ins allgemeine Finanzvermögen wurden verschiedene Projekte in der Realisierungs- bzw. Ausführungsphase gestartet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung des staatlichen Liegenschaftenverkehrs
A2	Operative Liegenschaftsbewirtschaftung
A3	Strategisches Portfoliomanagement FV

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Nettorendite aller Liegenschaften des FV (in %) (A3)	P	2,0	2,0	2,3	0,3
Leistungen						
L1	Bilanzwert Liegenschaften FV (in Mio. Franken) (A1, A2)	P	493	528	524	-4
Wirtschaftlichkeit						
B1	Aufwand für Bewirtschaftung von Liegenschaften des FV in % des Ertrags (Benchmark private Treuhänder 5%) (A1)	P	3,0	3,0	2,9	-0,1
Abweichungsbegründungen						
W1	Höhere Nettoerträge von Dritten durch Erwerb von Liegenschaften					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Periodische Neubewertung FV Planmässig Die Vorbereitungsarbeiten für die geplante Neubewertung des allgemeinen Finanzvermögens gemäss §11 der Rechnungslegungsverordnung (RLV) sind im Gange.	2013
E2	Überarbeitung Immobilienstrategie FV Verzögert Die Erarbeitung der Immobilienstrategie für das allgemeine Finanzvermögen wird bis Mitte 2012 abgeschlossen.	2011
E3	Einführung Immobilien-Management-System Verzögert Der Modellentscheid, der für Juli des Berichtsjahres vorgesehen war, wurde von der Projektaufsicht zugunsten vertiefter Analysen auf April 2012 verschoben.	2012
E4	Erarbeitung Objektstrategie und Unterhalts-/Sanierungsplanung FV Verzögert Da die Erarbeitung der Strategien von der geplanten Gesamtimmobilienstrategie allgemeines Finanzvermögen abhängt, verzögert sich auch die Erarbeitung der Objektstrategien bis Mitte 2012.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	47,8	17,1	20,9	3,8
Mietzinsertrag	19,0	17,0	20,2	3,2
Aufwand	–36,2	–23,7	–22,4	1,3
Kalkulatorischer Zinsaufwand	–18,1	–18,6	–18,0	0,6
Saldo	11,6	–6,6	–1,5	5,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben			0,0	0,0
Saldo			0,0	0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +3,2 Höhere Mietzinserträge infolge Anpassung der Mietzinse sowie höherer Anzahl von Liegenschaften
- +0,5 Marktwertanpassungen infolge Neubewertung von Liegenschaften

Aufwand:

- +2,0 Anpassung der Rückstellungen für latente Steuern auf Liegenschaften des Finanzvermögens
- +0,6 Weniger kalkulatorische Zinsen infolge Verzögerung geplanter Liegenschaftstransaktionen
- +0,4 Rückvergütung der Abbruchkosten der Liegenschaft In den Luberzen durch die Direktion der Justiz und des Innern
- 0,5 Mehr Planungen Dritter für Schellerareal (Fluglärmfonds), Haldenstrasse und Klosterplatz (allgemeines Finanzvermögen)
- 0,8 Wertberichtigungen auf Liegenschaften des Finanzvermögens

8800 Amt für Landschaften und Natur

Hauptereignisse

Zukünftiger Schutz der Fruchtfolgeflächen steht fest

Die Auswertung der Feldverifizierung der Fruchtfolgeflächen (FFF) wurde 2010 abgeschlossen. Das vom Bund vorgeschriebene Kontingent von 44400 Hektaren wurde knapp nicht erreicht. Im Berichtsjahr wurde der verstärkte FFF-Schutz im Merkblatt «Ressource Boden und Sachplan FFF» geregelt und allen Gemeinden kommuniziert. Künftig werden sämtliche baulichen Eingriffe ausserhalb von Bauzonen auch bezüglich des Verbrauchs von FFF beurteilt und dessen Kompensation durch Bodenaufwertungsmassnahmen andernorts sichergestellt.

Teilrevision des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes ist vorbereitet

Änderungen der Agrarförderung des Bundes sowie ein Vorstoss im Kantonsrat (KR-Nr. 341/2010) erforderten Anpassungen im kantonalen Landwirtschaftsgesetz (LG). Gleichzeitig wurden die seit 1963 kaum veränderten Subventionstatbestände den Anforderungen der heutigen Praxis angepasst und auf eine moderne produzierende Landwirtschaft ausgerichtet. Der Entwurf wurde mit dem Gesetzgebungsdienst bereinigt und Ende des Berichtsjahres bei der Redaktionskommission eingereicht.

Strickhof als Kompetenzzentrum für die Land- und Ernährungswirtschaft weiterentwickelt

Die Nachfrage nach Aus- und Weiterbildungsangeboten am Strickhof ist ungebrochen hoch. Die alle vier Jahre statistisch erfassten Daten zum Ausbildungsstand zeigen im Berichtsjahr, dass 70% der Betriebsleiter über eine Berufsausbildung in der Landwirtschaft verfügen und 81% mindestens alle zwei Jahre eine Weiterbildungsveranstaltung am Strickhof besuchen. Mit der Eingliederung der Hauswirtschaftsschule an Mittelschulen und des Berufsbildungszentrums Wädenswil wurde der Strickhof um wichtige Themenfelder im Bereich Land- und Ernährungswirtschaft erweitert (siehe Überblick Baudirektion).

Umsetzung des Waldentwicklungsplans Kanton Zürich (WEP) ist gestartet

Ende 2010 wurde der WEP Kanton Zürich durch die Baudirektion festgesetzt. Im Berichtsjahr wurde mit der Umsetzung gestartet. Dabei stand das Themenblatt S4 «Wald entlang von Kantonsstrassen und Autobahnen» im Vordergrund. In einem Pilotprojekt zusammen mit dem Tiefbauamt wurden wichtige Erfahrungen für das künftige Vorgehen und den Finanzierungsmodus gesammelt. Das UNO-Jahr des Waldes wurde genutzt, um die Zürcher Bevölkerung für das Thema Wald zu sensibilisieren und über die diesbezüglichen Anstrengungen des Kantons zu informieren (siehe Überblick Baudirektion).

Umsetzungsprogramm 2012–2015 gemäss neuer Regionalpolitik des Bundes für das Zürcher Berggebiet steht fest

Das erste Umsetzungsprogramm 2008–2011 nach neuer Regionalpolitik (NRP) des Bundes für das Zürcher Berggebiet wurde erfolgreich abgeschlossen. Von 29 Teilzielen in vier Handlungsachsen (u.a. Optimierung und Vermarktung des lokalen Tourismus, Ausbau der Spezialitätenproduktion und Weiterentwicklung der Marke «Natürli») wurden 25 ganz oder grösstenteils erreicht. Für 2012–2015 konnte die Programmvereinbarung mit dem Bund erneuert und die kantonsinterne Mitfinanzierung sichergestellt werden (RRB Nr. 1143/2011).

Zielvereinbarungen mit dem Bund für die Bereiche Naturschutz, Wald und Wild abgeschlossen

Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wird der Mittelfluss des Bundes an die Kantone für die Bereiche Naturschutz, Wald und Wild an Zielvereinbarungen gekoppelt. Im Berichtsjahr wurden die Zielvereinbarungen NFA I 2008–2011 mit NFA II 2012–2015 verlängert. Während die Mittel für den Naturschutz gekürzt wurden, konnten für die Waldnutzung und im Wildbereich (Wasser- und Zugvogelreservate) mehr Mittel ausgehandelt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
A2	Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum
A3	Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
A4	Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Strickhof: Anteil der Betriebsleiter mit abgeschlossener landwirtschaftlicher Ausbildung am Strickhof (in %) (A1)	min.	–	70	60	–10
W2	Landwirtschaft: Anteil gut unterhaltener Meliorationen (in %) (A1)	min.	86	90	–	–
W3	Wald: Holznutzung im Privatwald (Vgl. z. Zuwachs) (in %) (A2)	min.	83	100	102	2
W4	Wald: Holznutzung im öffentlichen Wald (Vgl. z. Zuwachs) (in %) (A2)	min.	109	100	111	11
W5	Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten (A3)	min.	1,32	1	1,57	0,57
W6	Bodenschutz: Bodenbeeinträchtigender Flächenanteil bei Bodenrekultivierungen mit weniger als 5000m ² Fl. (in %) (A4)	max.	16	15	14	–1
W7	Fischerei/Jagd: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände; Anzahl Rehwild (A3)	P	10 690	11 000	10 430	–570
Leistungen						
L1	Strickhof: Anzahl Schülertage (Grundausbildung) (A1)	P	75 067	65 000	81 204	16 204
L2	Strickhof: Anzahl Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung) (A1)	P	58 003	45 000	59 970	14 970
L3	Naturschutz: Anteil durch Schutzmassnahmen gesicherter Lebensräume (in %) (A3)	P	82	84	82	–2
L4	Naturschutz: Anz. Bewirtschafteter Naturschutzflächen (A3)	P	1 670	1 700	1 650	–50
L5	Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Bodenmaterial (in %) (A4)	min.	81	75	77	2
L6	Fischerei/Jagd: Ausgestellte Fischerei-Berechtigungen (A3)	P	10 005	9 200	10 554	1 354
L7	Wald: Anteil gepflegte Schutzwaldfläche (in %) (A2)	min.	2	7	11	4

Wirtschaftlichkeit

B1	Landwirtschaft: Mittlere Arbeitsstunden (Median) pro landwirtschaftliches Hochbauprojekt (A1)	P	33	40	22	-18
B2	Wald: Kostendeckungsgrad im Staatswald (in %) (A2)	min.	49	45	48	3
B3	Fischerei/Jagd: Kostendeckungsgrad (in %) (A3)	min.	72	65	66	1

Abweichungsbegründungen

W1	Strickhof: Seit 2007 ist der Anteil Betriebsleiter mit Abschluss einer landwirtschaftlichen Ausbildung von 74% auf 70% gesunken. Dies führte zur gleichzeitigen Abnahme des Anteils Betriebsleiter mit einer landwirtschaftlichen Ausbildung am Strickhof von 78% auf 60%.
W2	Abteilung Landwirtschaft: Es konnten keine Kontrollen von Meliorationswerken vorgenommen werden, da keine personellen Ressourcen, Meliorationsfachleute sind Mangelware, zur Verfügung standen.
L1	Strickhof: Die Zahl von Lernenden stieg durch die Übernahme der Hauswirtschaftlichen Kurse an Mittelschulen weiter an.
L2	Strickhof: Die Fachtagungen am Strickhof waren aufgrund der Anzahl und Themenwahl sehr gut besucht.
L7	Abteilung Wald: Durch zwei grössere Pflegeeinsätze für den Schutzwald konnte der Rückstand aus dem Vorjahr aufgeholt werden.
B1	Abteilung Landwirtschaft: Die Zahl der kleinen Bauvorhaben mit einem tiefen Aufwand erhöhte sich weiter, was zu einer deutlichen Senkung der mittleren Arbeitsstunden führte.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Umsetzung und Weiterentwicklung der Ergebnisse aus dem Projekt Kompetenzzentrum Strickhof Planmässig Mit der Integration der Hauswirtschaftsschule an Mittelschulen auf den 1. August des Berichtsjahres und der Integration des Berufsbildungszentrums Wädenswil (BZW) auf den 1. Januar 2012 wurde der Strickhof zum Kompetenzzentrum für die Land- und Ernährungswirtschaft weiterentwickelt.	2012
E2	Anpassung der Infrastrukturen am Strickhof an die Ausbildungsbedürfnisse und Tierhaltungsbestimmungen Planmässig Im Projekt Agrovet Strickhof wurde im Berichtsjahr die Zusammenarbeit mit der Universität Zürich und der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich verbindlich geregelt. Ein Wettbewerb für das Bauprojekt wurde vorbereitet.	2014
E3	Langfristige und verbindliche Sicherung der Fruchtfolgeflächen von 44 000 ha Verzögert Das Merkblatt «Ressource Boden und Sachplan Fruchtfolgeflächen» wurde erarbeitet und mit einem Kreis-schreiben der Baudirektion allen Gemeinden kommuniziert. Eine Auswertung der ersten Erfahrungen mit der neuen Vollzugspraxis steht noch aus.	2012
E4	Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft Abgeschlossen Eine Vorlage zur Anpassung des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes mit zeitgemässen Möglichkeiten zur Förderung der Landwirtschaft ist vorbereitet, mit dem Gesetzgebungsdienst bereinigt und bei der Redaktionskommission eingereicht.	2011
E5	Entwickeln und umsetzen der Strategie zur Abwehr der Bodenversauerung Planmässig Das Ressourcenprojekt Ammoniak Kanton Zürich zur Senkung der den Boden versauernden Stickstoffeinträge in die Luft wurde dem Kantonsrat zur Genehmigung überwiesen (Kredit Antrag für die Restfinanzierung – 80% der Kosten übernimmt der Bund).	2015

E6	Erstellen des Waldentwicklungsplanes für den Kanton Zürich (gemäss kantonalem Waldgesetz vom 7. Juli 1998) Abgeschlossen Am 7. September 2010 wurde der Waldentwicklungsplan Kanton Zürich durch die Baudirektion festgesetzt. Im Berichtsjahr wurde mit der Bearbeitung des Themenblatt S4 «Wald entlang von Kantonsstrassen und Autobahnen» bereits mit der Umsetzung gestartet.	2011
E7	Förderung der eigentümerübergreifenden Holznutzung im Privatwald Abgeschlossen Künftig wird die Zusammenarbeit der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer mit dem Ziel einer rationelleren Waldnutzung, beruhend auf dem WEP-Themenblatt H4 («Optimale Bewirtschaftungseinheiten»), gefördert.	2011
E8	Langfristige und verbindliche Sicherung der bezüglich Artenvielfalt wertvollsten Lebensräume (3600 ha) Verzögert Aufgrund knapper Personalressourcen konnten noch nicht alle Pendenzen zur Sicherung der wertvollsten Lebensräume mit Schutzverordnungen erledigt werden. Für 2012 ist eine Projektstelle genehmigt und die Zielumsetzung kann forciert werden.	2012
E9	Umsetzung der Massnahmen aus dem Naturschutzgesamtkonzept (NSGK) Planmässig Der Kantonsrat hat im Berichtsjahr eine zusätzliche Entnahme von 2,5 Mio. Franken aus dem Natur- und Heimatschutzfonds beschlossen. Damit konnten Bereiche mit Handlungsdefizit, wie z. B. Massnahmen im Rahmen der Aktionspläne für die Erhaltung von Flachmooren bzw. artenreichen Trockenwiesen, vorangetrieben werden.	2025

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	191,4	194,1	202,6	8,6
Durchlaufende Bundesbeiträge	166,4	165,4	167,8	2,4
Aufwand	-255,1	-257,7	-260,0	-2,3
Durchlaufende Bundesbeiträge	-166,4	-165,4	-167,8	-2,4
Kreditübertragungen aus 2010		-0,4		
Saldo	-63,8	-63,7	-57,3	6,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,9	2,5	4,2	1,7
Durchlaufende Bundesbeiträge	1,7	2,3	2,5	0,2
Ausgaben	-11,7	-13,7	-12,7	0,9
Durchlaufende Bundesbeiträge	-1,7	-2,3	-2,5	-0,2
Kreditübertragungen aus 2010		-0,1		
Saldo	-9,8	-11,2	-8,6	2,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	266,9	271,0	281,7	10,7

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +2,4 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge
- +2,3 Höherer Ertrag (wie auch höherer Aufwand, saldoneutral) für die Durchführung der Hauswirtschaftskurse an den Mittelschulen (Auftrag BI)
- +2,1 Höherer Ertrag aus der Leistungsvereinbarung Berufsbildung mit der Bildungsdirektion
- +1,0 Höhere Bundesbeiträge aus der NFA-Programmanpassung 2011 mit dem BAFU
- +0,9 Höhere Entgelte für Kost- und Schulgelder in der Berufsbildung

Aufwand:

- +1,4 Geringerer Sachaufwand u. a. infolge Projekt- und Vollzugsverzögerungen und tieferem Liegenschaftsunterhalt
- +0,6 Geringere Staatsbeiträge für die Feuerbrandbekämpfung, Bekämpfung Neophyten und agronomische Projekte
- +0,6 Geringere Abschreibungen und Zinsen aufgrund der geringeren Investitionsausgaben und -beiträgen
- +0,4 Geringerer Personalaufwand u. a. für temporäre Arbeitskräfte und Personalwerbung
- 0,6 Verschiedene Abweichungen bei den internen Verrechnungen
- 2,3 Höherer Aufwand (wie auch höherer Ertrag, saldoneutral) für die Durchführung der Hauswirtschaftskurse an den Mittelschulen (Auftrag BI)
- 2,4 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge

Investitionsrechnung

- +1,4 Abtretung von Waldungen an die Stadt Zürich
- +1,8 Geringere Investitionsbeiträge für landwirtschaftliche Hoch- und Tiefbauten
- +1,6 Verzögerungen bei verschiedenen Hoch- und Tiefbauprojekten sowie Beschaffung von Mobilien
- 2,3 Kauf von Waldungen vom Bund und der Stadt Zürich

Personal

- +10,7 Die Übernahme der Hauswirtschaftskurse an den Mittelschulen sowie die notwendigen Vollzugsaufgaben für die Fruchtfolgeflächen führten zu einem höheren Beschäftigungsumfang.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	691 883	-58 410	+100 000	733 473	+41 590

Auflösung von Rücklagen 2011

- davon Fr. 39 250 für die Teamentwicklung
- davon Fr. 19 160 für die übrigen Personalkosten (Personalanlässe und Infrastruktur)

Bildung von Rücklagen 2011

Die zusätzlichen Leistungen für die umfangreichen Projekte wie Integration Berufsbildungszentrum Wädenswil, Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen, Erhebung Fruchtfolgeflächen und AGROVET konnten nur durch den überdurchschnittlichen Einsatz des Personals aufgefangen werden. Von den dadurch angehäuften Gleitzeitsalden mussten mehr als 5000 Stunden entschädigungslos gestrichen werden.

8910 Natur- und Heimatschutzfonds

Hauptereignisse

Im Naturschutz wurde mit den Mitteln des Fonds die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzeptes weiter vorangetrieben. Es wurden verschiedene Aufwertungsprojekte im Bereich Arten- und Biotopschutz umgesetzt wie die Förderung von lichten Wäldern, die Aufwertung von Kiesgrubenbiotopen oder die Wiederherstellung von Magerwiesen. Weiter richtete der Fonds für die Pflege von Naturschutzgebieten von überkommunaler Bedeutung und von Obstgärten Bewirtschaftungsbeiträge aus und es wurden zahlreiche Unterhalts- und Pflegemassnahmen zur Förderung der Biodiversität durchgeführt. Im Berichtsjahr wurden infolge des dringlichen Postulats KR-Nr. 192/2010 betreffend Artenförderungsmassnahmen im Naturschutz zusätzlich 2,5 Mio. Franken gesprochen. Dank dieser Gelder konnten zusätzliche Projekte umgesetzt werden wie z. B. die Moorregeneration Au in Wädenswil, besondere Artenschutzprojekte für besonders gefährdete Tagfalter, Amphibien und Pflanzen oder Massnahmen an Amphibienzugstellen.

Im Bereich der Denkmalpflege wurden Garten- und Parkanlagen mit Beiträgen unterstützt sowie Massnahmen für den Erhalt von Schutzobjekten geleistet (z. B. Speicher Freudwil, Uster). Die Anlagen des Kraftwerks Ottenbach konnten fertig saniert werden.

Bei archäologischen Vorhaben wurden Fondsmittel für Rettungsgrabungen, u.a. in Dielsdorf (frühmittelalterliches Gräberfeld) und in Oberwinterthur (römischer Vicus), für Auswertungsprojekte (u.a. Vorauswertung Zürich, Parkhaus Opéra), für Projekte der Unterwasserarchäologie (z.B. Fundstellenüberwachung, Installation von Erosionsmarkern in verschiedenen Seeufersiedlungen) und für Fundkonservierungen durch das Schweizerische Nationalmuseum verwendet.

Der Ortsbild- und Landschaftsschutz wurde mit Fondsbeiträgen an planerische Mehrleistungen (z.B. in Wädenswil und Weiningen) und an die Signalisation der Fuss- und Wanderwege im Kanton unterstützt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzierung von Massnahmen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen
A2	Erwerb von Grundstücken (z. B. Wiesen, Moore, Erholungsgebiete mit Infrastruktur) zu Schutzzwecken
A3	Ausrichtung von Entschädigungen für Eigentumsbeschränkungen infolge von Schutzmassnahmen

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Leistungen						
L1	Anzahl Beiträgsempfänger Naturschutz (A1)	P	1 670	1 700	1 650	-50
L2	Anzahl Beitragszusicherungen an Denkmalschutzprojekte (A1)	P	1	5	1	-4
L3	Anzahl archäologische Projekte (A1)	P	144	185	178	-7
L4	Anzahl Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte (A1)	P	2	5	0	-5

Abweichungsbegründungen

- L2 Der Indikator ist in erster Linie abhängig von exogenen Faktoren. Die Anzahl liegt unter dem Prognosewert, da im Geschäftsjahr weniger Beitragsgesuche gestellt wurden.
- L4 Der Indikator ist in erster Linie abhängig von exogenen Faktoren. Im Geschäftsjahr sind keine Beitragszusicherungen erfolgt.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	31,6	29,3	30,4	1,1
Übertrag vom GS (8000)	18,0	18,0	18,0	0,0
Aufwand	-32,5	-34,0	-35,1	-1,1
Abschreibungen und Zinsen	-4,1	-4,9	-4,3	0,7
Saldo	-0,9	-4,7	-4,7	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0,1	0,1
Ausgaben	-2,5	-3,4	-3,4	0,0
Saldo	-2,5	-3,4	-3,3	0,1
Fondsbestand				
Fondsbestand	16,7	11,9	11,9	0,0

Erfolgsrechnung

- 0,6 Höherer Nettoaufwand im Bereich Naturschutz (Naturschutzgesamtkonzept)
- +0,3 Geringerer Aufwand für archäologische Arbeiten
- +0,2 Geringerer Aufwand für Massnahmen im Bereich Ortsbild- und Landschaftsschutz
- +0,1 Geringerer Aufwand für denkmalpflegerische Massnahmen

8940 Denkmalpflegefonds

Hauptereignisse

Aus dem Denkmalpflegefonds wurden Fondsmittel für Renovations- und Instandsetzungsarbeiten von denkmalgeschützten Liegenschaften verschiedener Eigentümerinnen und Eigentümer verwendet. So wurden Beiträge an die Sanierung der Klinik Hoheneegg, Meilen, an die Dachsanierung der Katholischen Kirche Adliswil, die Aussenrenovation des Ritterhauses Bubikon sowie den Umbau des Grand Cafés am Limmatquai geleistet. Der VEHI (Verein zur Erhaltung alter Handwerks- und Industrieanlagen im Zürcher Oberland) als wichtiger Betreiber verschiedenster historischer Ensembles erhält neu Betriebsbeiträge.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Auftragssschwergewicht liegt bei der Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf Grundlage von Subventionen.
----	---

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Leistungen						
L1	Anzahl Zusicherungen von Beiträgen (A1)	P	22	50	34	-16

Abweichungsbegründung

L1	Im Geschäftsjahr wurden anzahlmässig weniger Beitragsgesuche gestellt; betragsmässig wurden Beiträge von insgesamt rund 5 Mio. Franken zugesichert.
----	---

Finanzielle Entwicklung

	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	9,3	9,8	6,2	-3,6
Übertrag vom Lotteriefonds	8,5	8,5	5,4	-3,1
Entnahme aus Bestandeskonto		0,5		-0,5
Aufwand	-9,3	-9,8	-6,2	3,6
Staatsbeiträge	-0,4	-0,6	-0,4	0,2
Abschreibungen und Zinsen	-8,2	-9,2	-5,0	4,2
Einlage in Bestandeskonto	-0,6	0,0	-0,8	-0,8
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-8,2	-9,2	-5,0	4,2
Saldo	-8,2	-9,2	-5,0	4,2
Fondsbestand				
Fondsbestand	26,4	25,9	27,2	1,3

Erfolgsrechnung

- +4,2 Weniger Sofortabschreibungen infolge geringerer Investitionsbeiträge
- +0,2 Geringere Betriebsbeiträge
- 3,1 Geringerer Übertrag aus dem Lotteriefonds
- 0,8 Einlage in das Fondskapital
- 0,5 Verzicht auf eine Entnahme aus dem Fondskapital, da der Aufwand durch den Übertrag aus dem Lotteriefonds sowie den Zinsertrag auf dem Fondskapital vollumfänglich gedeckt wurden

Investitionsrechnung

- +4,2 Weniger Investitionsbeiträge

Fondsbestand

- +1,3 Im Geschäftsjahr wurden 0,8 Mio. Franken in den Fondsbestand eingelegt, anstatt wie geplant 0,5 Mio. Franken entnommen.

8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Hauptereignisse

Mit dem bestehenden Sammelsystem für Kleinmengen von Sonderabfällen verfügt der Kanton Zürich über ein solides und eingespieltes Sammelsystem, das von der Bevölkerung geschätzt wird und in der heute praktizierten Form gut akzeptiert ist. Mit der regionalen Ankündigung der Sammeltermine konnte das Angebot in den letzten Jahren noch vermehrt genutzt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Zur Finanzierung seiner Aufwendungen für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen führt der Kanton einen Fonds, der durch eine jährliche Abgabe der Gemeinden je Einwohnerin und Einwohner gespeist wird. Dabei handelt es sich um die Aufwendungen für den Betrieb der kantonalen Sonderabfallsammelstelle in Zürich, in welche die aus Haushaltungen und Kleingewerbe anfallenden Kleinmengen von Sonderabfällen gesammelt, triagiert und zur Entsorgung weitergeleitet werden, sowie um die Aufwendungen für mobile Sammlungen in den Gemeinden.
----	---

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Gesammelte Menge Sonderabfall (in t) (A1)	P	334	300	341	41
W2	Abgeber bei Sonderabfallsammlungen (A1):	P	31 423	27 000	30 265	3 265
W3	– davon bei der stationären Sammelstelle Hagenholz	P	4 605	4 000	4 819	819
W4	– davon bei mobilen Sammlungen in den Städten Zürich und Winterthur	P	5 209	4 000	4 786	786
W5	– davon bei mobilen Sammlungen im restlichen Kantonsgebiet (d. h. ohne die Städte Zürich und Winterthur)	P	21 609	19 000	23 660	4 660
Leistungen						
L1	Anzahl mobile Sammlungen von Sonderabfällen jährlich (A1):	min.	276	270	277	7
L2	– davon in den Städten Zürich und Winterthur (A1)	min.	39	40	39	-1
L3	– davon im restlichen Kantonsgebiet (d. h. ohne die Städte Zürich und Winterthur) (A1)	min.	237	230	238	8
Wirtschaftlichkeit						
B1	Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohner und Einwohnerin (in Fr.) (A1)	P	1.20	1.20	1.20	0

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,7	1,7	1,7	0,0
– Abgaben von Gemeinden	1,6	1,6	1,6	0,0
Aufwand	–1,2	–1,4	–1,2	0,2
– Beiträge an Betriebe	–0,7	–0,7	–0,7	0,0
Saldo	0,5	0,3	0,5	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	2,3	2,6	2,8	0,2

Erfolgsrechnung

Aufwand

0,2 Geringerer Sach- und interner Aufwand

8960 Deponiefonds

Hauptereignisse

Der Deponiefonds erreicht Ende des Berichtsjahres einen Bestand von 20 Mio. Franken. Der Fonds nahm neu zwei Inertstoffdeponien mit niederen Risiken auf. Zurzeit sind zwölf Deponien am Fonds angeschlossen. Bei zwei altrechtlich bewilligten Reaktordeponien sind bauliche Massnahmen zur Reduktion von Sanierungsrisiken im Gange. Damit werden die vom Fonds zu übernehmenden Deponierisiken tendenziell verkleinert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Staat übernimmt gemäss Abfallgesetz nach dem Abschluss der gegenwärtig betriebenen Deponien einen Teil der Nachsorgekosten und der Kosten der allfälligen Sanierung. Dazu öffnen die Deponiebetreiber den Deponiefonds mit einer jeweiligen deponierisikoabhängigen Abgabe auf das abgelagerte Material.
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,3	1,0	1,3	0,3
Beiträge von Deponiebetreibern	0,9	0,5	0,8	0,3
Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0,5	0,5	0,5	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	–1,3	–1,0	–1,3	–0,3
Einlagen in Bestandeskonto	–1,3	–1,0	–1,3	–0,3
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	17,6	18,6	18,9	0,3

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+0,3 Höhere Beiträge von Deponiebetreibern

Aufwand:

–0,3 Die Einlage in das Fondskonto ergibt sich aus der Differenz zwischen Aufwand und Ertrag. Der Saldo der Erfolgsrechnung des Fonds im Fremdkapital muss 0 sein.

8970 Kantonaler Waldfonds

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr fanden im Waldfonds keine Bewegungen statt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Walderhaltungsmassnahmen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,0	0,0	–0,0
Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0,0	0,0	0,0	–0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	–0,0	–0,0	–0,0	0,0
Einlage in Bestandeskonto	–0,0	–0,0	–0,0	0,0
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	0,8	0,8	0,8	–0,0

8980 Wildschadenfonds

Hauptereignisse

Der Rückgang des Wildschweinbestandes führte im Berichtsjahr zu einer deutlichen Verminderung der Wildschäden. Es wurden insgesamt Fr. 152 300 für Wildschäden vergütet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen					
W1 Vergütung von Wildschäden an Waldbäumen, Feldern und Wiesen sowie Obstbäumen und Reben (in Fr.) (A1)	P	203 764	260 000	122 059	-137 941
Leistungen					
L1 Anzahl vergütete Wildschadensfälle (einschliesslich Schäden durch Wildschweine) (A1)	P	367	350	253	-97
L2 Anzahl bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen (A1)	P	34	75	27	-48
L3 Anzahl bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume (A1)	P	34	60	39	-21
Wirtschaftlichkeit					
B1 Aufwand für die Vergütung von Wildschäden und Verhütungs- massnahmen im Verhältnis zu den Erträgen aus Jagdpachtzinsen und Jagdpässen (in %) (A1)	P	42	50	30	-20
Abweichungsbegründungen					
W1 Die Vergütung der Wildschäden lag erneut deutlich unter den durchschnittlichen Schadenswerten der Vorjahre.					
L2 Die Zahl der Fälle von Wildschaden-Verhütungsmassnahmen verringerte sich durch die seit 2010 angewandte Vergütungsregelung weiter.					
L3 Die Einreichung von jagdlichen Projekten durch die Jagdgesellschaften erfolgt nach wie vor zögerlich.					
B1 Die sehr tiefe Zahl von Wildschadenfällen und der unterdurchschnittliche Schadenswert bewirken einen wesentlich tieferen Anteil an den Erträgen aus der Jagd.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,5	0,5	0,8	0,4
Erträge aus Regalien	0,1	0,1	0,1	0,0
Interne Zinsen und weitere interne Erträge	0,1	0,1	0,1	–0,0
Übertrag aus ALN (8800), Fischerei- und Jagdverwaltung	0,4	0,3	0,7	0,4
Aufwand	–0,5	–0,5	–0,3	0,2
Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen	–0,3	–0,4	–0,2	0,2
Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (8800)	–0,1	–0,1	–0,1	0,0
Saldo	0,0	–0,1	0,5	0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	1,6	1,6	2,1	0,6

Erfolgsrechnung

- +0,2 Geringere Beiträge für Wildschäden und Sondermassnahmen
- +0,4 Höherer Übertrag in den Wildschadenfonds aus der Rechnung der Leistungsgruppe Nr. 8800, Amt für Landschaft und Natur



Rickenbach: westlicher Dorfeingang

Funktions- und Querschnittsbereiche

Immobilien

Hauptereignisse

Immobilienstrategie Kanton Zürich

Leitbild und strategische Planung des Immobilienamts

Mit der Gründung des Immobilienamtes 2005 legte der Regierungsrat das Leitbild und die strategischen Ziele für die Betriebsliegenschaften des Kantons Zürich fest. Bei der Erarbeitung der ersten Teilportfoliostrategien (Eigentumsform, Finanzierung, Erkenntnisse betreffend Instandhaltung, -setzung, Verkauf, Bewirtschaftung, usw.) wurden im Berichtsjahr die strategischen Ziele der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen überarbeitet. Zusätzlich wurden mit dem Übergang der Liegenschaften des Finanzvermögens von der Finanzdirektion zur Baudirektion auch für dieses Teilportfolio strategische Ziele festgelegt.

Für die Erarbeitung der Teilportfoliostrategie wird der Liegenschaftenbestand in Teilportfolios gegliedert. Diese orientieren sich soweit wie möglich an der Direktionsaufteilung. Für Spezialimmobilien wie Grundstücke und Parkplätze sowie für das Finanzvermögen werden eigene Portfolios gebildet. In der Grundstrategie werden Bestimmungen, die für alle Teilportfolios gelten, festgehalten.

Bearbeitungsstand

Die Immobilienstrategie unterstützt die Umsetzung der Geschäftsstrategien der verschiedenen Nutzer. Bei vielen Organisationseinheiten waren die Geschäftsstrategien 2011 jedoch noch nicht so weit erarbeitet, als dass daraus abschliessende Immobilienstrategien abgeleitet werden konnten. Für einzelne Organisationseinheiten wurden Teilstrategien erarbeitet und dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt. Für das Berichtsjahr wurde die Teilportfoliostrategie der kantonalen Werkhöfe der Baudirektion erarbeitet, die voraussichtlich Ende Februar 2012 abgeschlossen wird. Die Teilportfoliostrategien der ZHAW (Standorte Wädenswil und Winterthur) sind noch offen. Ebenfalls offen sind die Strategien für das

Finanzvermögen und die Teilportfoliostrategie Mittel- und Berufsschulen, sie werden Anfang 2012 vorgestellt. Nach Abschluss dieser Strategien werden die Bauten der engeren Zentralverwaltung in Angriff genommen.

Die Vernehmlassung der Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich wurde bei den Direktionen durchgeführt. Der Regierungsrat stellte die weitere Bearbeitung zurück, bis grundsätzliche Fragen des kantonalen Immobilienmanagements und des angewandten Modells geklärt sind. Unter dem Titel «Roadmap» (Fahrplan Immobilienmanagement Kanton Zürich) wurden rund zwanzig Handlungsfelder oder Massnahmen aufgeführt, um das Immobilienmanagement des Kantons Zürich den aktuellen Erkenntnissen und Anforderungen anzupassen. Einzelne Handlungsfelder wie beispielsweise ein einheitliches Immobilienregister über alle Liegenschaften des Kantons, der Aufbau einer Liegenschaftsrechnung (vorerst nur für das Teilportfolio der Baudirektion), die Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich mit einzelnen Teilportfoliostrategien, das Objekt-Rating mit der Auswertung von Kosten-Nutzen (u. a. Nachhaltigkeit) auf Objektstufe, die Bewertung aller Objekte im Verwaltungs- und Finanzvermögen wurden im vergangenen Jahr teilweise abgeschlossen und teilweise gestartet.

Liegenschaften des Finanzvermögens

Die Liegenschaften werden in Anwendung des Gesetzes über Controlling und Rechnungswesen (CRG) bilanziert und dem Finanz- oder dem Verwaltungsvermögen zugeordnet. Das Finanzvermögen dient im Gegensatz zum Verwaltungsvermögen nicht der Erfüllung von öffentlichen Aufgaben. Dies schliesst eine künftige Nutzung von Liegenschaften des Finanzvermögens für öffentliche Aufgaben jedoch nicht aus.

Mit der neuen Teilportfoliostrategie zu den Liegenschaften im Finanzvermögen wurden die bisherigen Vorgaben überarbeitet und neu definiert. Bisher wurden Liegenschaften des Finanzvermögens veräussert, wenn diese künftig weder für Verwaltungszwecke noch für Tauschgeschäfte infrage kamen und ein guter Verkaufspreis erzielt werden konnte. Die Liegenschaften des Finanzvermögens stellen für den Kanton einen beträchtlichen Vermögenswert dar, obwohl sie nicht als direkte Kapitalanlage dienen. Um den Werterhalt der Liegenschaften sicherzustellen, sollen sie künftig auch nach Renditeüberlegungen bewirtschaftet werden.

Projektplan Immobilienmanagement Kanton Zürich

Der Aufbau der erforderlichen Grundlagen für das kantonale Immobilienmanagement erfolgt in einzelnen, planbaren Handlungsfeldern bzw. Teilschritten (gemäss «Roadmap», Fahrplan Immobilienmanagement).

Nr.	Thema/Projekt	Ziel/Nutzen	Realisierungszeitraum
1	Immobilienhandbuch	Schriftliche Regelung aller wesentlicher Rollen, Prozesse und Pflichtenhefte in einem Dokument Transparentes und klärendes Nachschlageinstrument für sämtliche für Immobilien zuständige Stellen. Einheitliche Terminologie und Verständnis bei allen Beteiligten. Einführung noch offen; im Anschluss an die «Überprüfung Immobilienmanagement Kanton Zürich»	Etwa Ende 2012
2	Überarbeitung der Grundstrategie Kanton Zürich sowie der verschiedenen Teilstrategien	Der Kanton Zürich verfügt für seine Liegenschaften (Verwaltungs-, Finanzvermögen, Fonds) über spezifische Immobilienteilportfoliostrategien. Die Strategien unterstützen den Kanton bei der langfristigen Erfüllung seiner Aufgaben, der Effizienz der Verwaltung und der Sicherung einer nachhaltigen Rentabilität – Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich Genehmigung im Anschluss an die «Überprüfung Immobilienmanagement Kanton Zürich» – Teilportfoliostrategien ZHAW Wädenswil, Mittelschul- und Berufsbildungsamt (Bildungsmeile), kantonale Werkhöfe	Etwa Ende 2012 Ende 2012
3	Immobilienmanagement-System	Gesamtkonzept für die Daten und IT im Bereich Immobilien zur Sicherstellung von Schnittstellen und Datenaustausch Auf das Gesamtkonzept abgestimmte Softwarelösung für das Portfoliomanagement im IMA (Spezialsoftware für die Steuerung des grossen Portfolios)	Ab 2013
4	Liegenschaftsrechnung, Raumkostenrechnung	Liegenschaftsrechnung auf Stufe Liegenschaft/Objekt (Objektrechnung). Gliederung der Liegenschaftsrechnung nach Kostenträgern (Eigentümer, Nutzer, Betreiber), Kostenstellen, Profitcenter mit entsprechenden internen Verrechnungen, Gliederung der Kosten nach immobilienwirtschaftlichen Konten und Kontengruppen Datenbasis für Benchmarking mit Dritten (Kantone und Wirtschaft) – Für Liegenschaften im Eigentum der BD – Für restliche Liegenschaften	Abgeschlossen Ab 2013

Nr.	Thema/Projekt	Ziel/Nutzen	Realisierungszeitraum
5	Controlling	Das Immobilienamt verfügt über die geeigneten immobilienwirtschaftlichen Steuerungsinstrumente zur Verifikation von Immobilienleistungen und künftigen Immobilienentscheiden.	Ab 2013
6	Nutzervereinbarungen (über alle kantonalen Liegenschaften)	Langfristige Vereinbarungen betreffend räumlichen und baulichen Bedürfnissen und Nutzerstrategien; Definition Serviceleistungen, -standard, -kosten und Verrechnung	Ab 2013

Informatik

Das Kantonale IT-Team KITT und die KITT-Geschäftsstelle erbringen Leistungen für die direktionsübergreifende Informatik. Die Informatikabteilungen und -stellen der Direktionen erbringen in erster Linie Leistungen für die direktionsinternen Bedürfnisse, teilweise aber auch direktionsübergreifende Leistungen durch Erneuerungen wie auch im betrieblichen Bereich. Das KITT ist seit 2005 für die strategische Führung der direktionsübergreifenden Informatik verantwortlich. Es besteht aus Vertretern der Direktionen und der Staatskanzlei sowie dem Leiter der KITT-Geschäftsstelle.

Hauptereignisse

Das KITT hat im Berichtsjahr die folgenden Projekte und Geschäfte erfolgreich abgeschlossen:

- Informatikstrategie: Die Lösungskonzepte aller vier Teilprojekte der Umsetzungseinheit 1 (UE 1) liegen vor.

Das KITT hat die Inhalte, die in der UE 2 behandelt werden, beschlossen. Stossrichtungen sind der Aufbau einer Sicherheitsorganisation, Richtlinien für den Aufbau eines Managementsystems für die Informatik-Sicherheit (ISMS) und die Überarbeitung der Informatik-Sicherheitsverordnung (ISV).

- Projekt Notes2010: Das Projekt Notes2010 wurde mit dem letzten Rollout auf Ende des Berichtsjahres abgeschlossen. Im Lauf des Berichtsjahres wurde eine verbesserte Version des Notes Client 8.5.1 erarbeitet. Sie wird inzwischen in allen Direktionen flächendeckend eingesetzt.
- Datennetzwerk LEUnet: Der neue Vertrag mit der Swisscom führte zu den erwarteten Einsparungen. Für die angeschlossenen Gemeinden wurde durch den Einbau von LEUnet-betriebenen Firewalls eine höhere Sicherheitsstufe erreicht. Im LEUnet wurde ein neuer Core-Standort bezogen, mit zusätzlichen Sicherheitsvorrichtungen ausgerüstet und erfolgreich in Betrieb genommen.
- San10-Projekt, LEUnet – verbindlich: Die KITT-GS hat einen Projektauftrag erarbeitet und eine Machbarkeitsanalyse durchgeführt. Auf Grundlage dieser Unterlagen hat sie einen RRB-Antrag erarbeitet, der Ende des Berichtsjahres bei der Finanzdirektion in Prüfung war. Beantragt wird, dass das KITT mit der neuen Netzwerkstrategie LEUnet für die Verwaltung beauftragt werden soll. Das Projekt soll integrierender Bestandteil der neuen Strategie werden.

Über die Arbeit der KITT-Geschäftsstelle und der ihr angegliederten Kompetenzzentren informiert der Abschnitt Direktionsübergreifende Informatik der Leistungsgruppe Nr. 4600.

Überdirektionale Statistiken

Entwicklung der Arbeitsplatzkosten

Mit einer KEF-Erklärung 2007 hat der Kantonsrat den Regierungsrat um Informationen zur Entwicklung der Arbeitsplatzkosten gebeten. Über diesen Sachverhalt wird nun jeweils im Querschnittsbereich Informatik des Geschäftsberichts und des Koordinierten Entwicklungs- und Finanzplans (KEF) berichtet. Es werden zwei Zahlenreihen wiedergegeben:

Informatikgesamtaufwand pro Arbeitsplatz

Die Kennzahl gibt an, wie viel eine Direktion im Jahr pro Arbeitsplatz für Informatik aufgewendet hat. Der Wert «Informatikgesamtaufwand» wird jährlich im Rahmen der Erhebung der Informatikkennzahlen errechnet. Der Wert «Anzahl Arbeitsplätze» wird in einer Umfrage der Direktionscontroller bei den Arbeitsstellen ermittelt.

Informatikgesamtaufwand in Fr. Direktion		Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011
1	Regierungsrat und Staatskanzlei	16 819	15 379	22 840
2	Direktion der Justiz und des Innern	8 230	7 040	6 610
3	Sicherheitsdirektion	12 866	12 565	12 659
4	Finanzdirektion	38 679	37 478	37 951
5	Volkswirtschaftsdirektion	5 046	4 619	4 262
6	Gesundheitsdirektion	5 006	4 967	4 894
7	Bildungsdirektion	6 409	6 337	6 380
8	Baudirektion	10 792	11 017	11 027
4600	Direktionsübergreifende Informatik			
Gesamtdurchschnitt		11 467	11 921	11 180

Die Erhöhung bei der Staatskanzlei ergab sich durch die Ausgliederung der Rekurskommission. Die verbleibenden Aufwendungen, vor allem für E-Government, verteilen sich auf weniger Arbeitsplätze. Der Wert der Gesundheitsdirektion war im Geschäftsbericht 2010 mit 4751 ausgewiesen. Bei der Berechnung des Werts im Berichtsjahr wurde ein Fehler entdeckt. In der Tabelle ist nun für 2010 der bereinigte Wert (4967).

Im Informatikgesamtaufwand sind die Beschaffungs-, Nutzungs- und Projektkosten einschliesslich Personalkosten und Abgeltungen der Leistungsgruppen an die Informatikabteilungen sowie die Abschreibungen enthalten.

Die Unterschiede zwischen den Direktionen und Jahren zeigen die unterschiedliche Informatikintensität einer Direktion (Einsatz der Informatik für die Leistungserstellung) und widerspiegeln auch grössere Beschaffungen (z. B. Erneuerung der Arbeitsplatzausrüstung) und Projekte im Berichtsjahr.

In den Zahlen einzelner Direktionen sind auch Informatikleistungen für die gesamte Verwaltung enthalten, z. B. für die Personalverwaltung (FD/Personalamt). Im Gesamtdurchschnitt sind die Ausgaben für die direktionsübergreifende Informatik enthalten.

Basisarbeitsplatzkosten pro Arbeitsplatz

Die Kennzahl zeigt die Basisarbeitsplatzkosten einer Direktion. Sie umfasst die Kosten für Helpdesk und Support, für die Servicedesk-Infrastruktur, für die Arbeitsplatzausrüstung (Personalcomputer, Drucker, Software, Nutzung Lotus Notes, Virenschutz), für die Basis-(File-, Print-, Terminal-, Storage-)Server sowie für das Netzwerk.

Basisarbeitsplatzkosten pro Arbeitsplatz in Fr. Direktion		Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011
1	Regierungsrat und Staatskanzlei	3 193	3 282	2 091
2	Direktion der Justiz und des Innern	1 831	1 414	1 376
3	Sicherheitsdirektion	2 012	1 908	1 954
4	Finanzdirektion	2 927	2 574	2 500
5	Volkswirtschaftsdirektion	1 758	1 786	1 701
6	Gesundheitsdirektion	2 739	2 475	1 618
7	Bildungsdirektion	2 133	2 103	2 063
8	Baudirektion	2 272	2 070	2 091
Gesamtdurchschnitt		2 302	2 095	1 854

Der Rückgang der Kosten pro Arbeitsplatz bei der Gesundheitsdirektion ist auf folgende Gegebenheiten zurückzuführen:

- Verlagerung des Supports innerhalb der Basisdienstleistungen «Helpdesk und Support» und «Server» zu den verschiedenen Fachapplikationen und damit weniger Stellenanteile im Support
- Wegfall des Datennetzwerks Trigonet als Folge der Schaffung des Psychiatrieverbundes Winterthur/Zürcher Unterland sowie der Integration der Psychiatrie Rheinau in die PUK
- Datenbereinigung in den Betrieben gegenüber den Vorjahreszahlen (KJPD ohne Anteil Forschung; Labor und Kantonsapothek: bei Personalaufwand tatsächlicher Beschäftigungsgrad anstelle des tatsächlichen Anteils für Informatik)

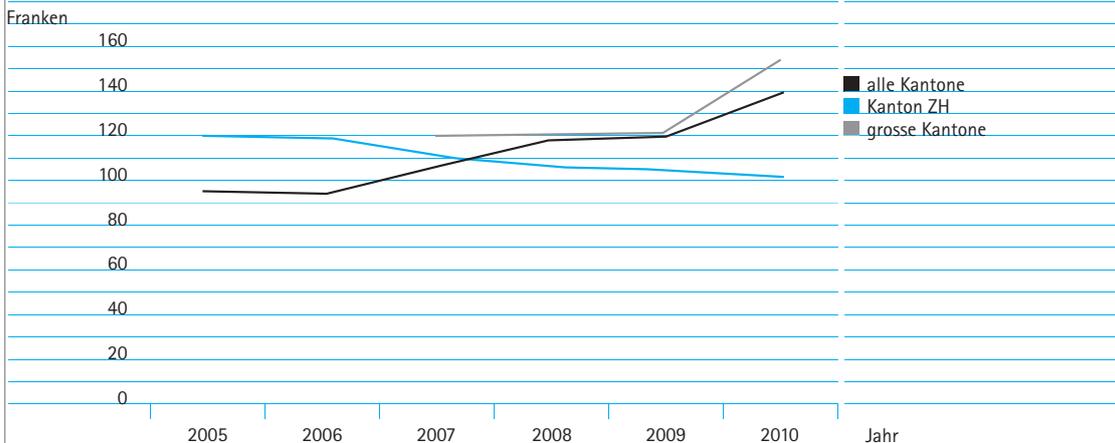
Die Verminderung der Kosten bei der Staatskanzlei ergab sich mit der Übergabe des Informatikbetriebs an die Baudirektion, die aufgrund der grossen Anzahl der betreuten Arbeitsplätze eine kosteneffizientere Leistung erbringen kann.

Schweizweite Statistiken

Vergleich Informatikgesamtaufwand pro Einwohner

Dem KITT ist es dank zunehmender Standardisierungen gelungen, den Informatikgesamtaufwand kontinuierlich zu senken. Seit 2008 ist der Aufwand pro Einwohner tiefer als der Vergleichswert aller inzwischen 22 teilnehmenden Kantone und insbesondere als der Vergleichswert «grosse Kantone» (AG, BE, GE, SG, VD, ZH).

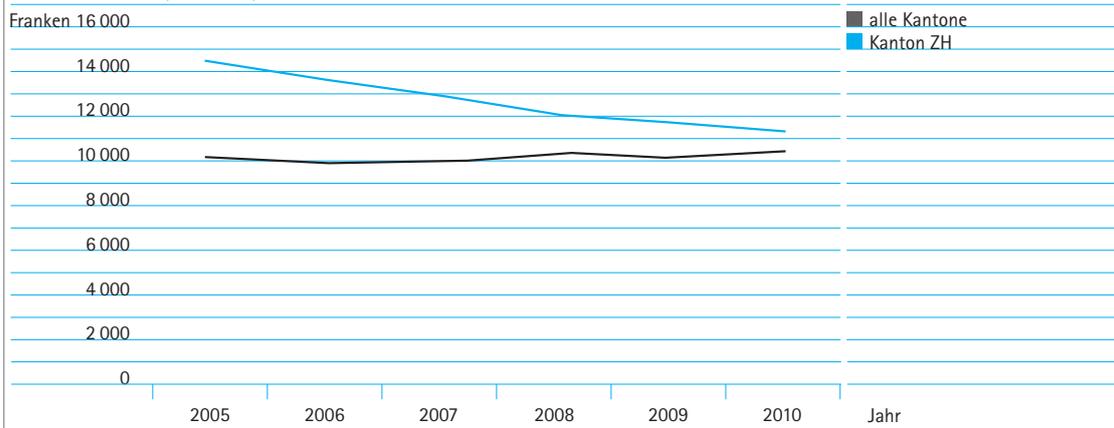
Informatikaufwand pro Einwohner



Vergleich Informatikaufwand pro PC-Arbeitsplatz

Die Kostenentwicklung auf der Vergleichsgrundlage der Arbeitsplätze tendiert in die gleiche Richtung. Der erfreuliche Verlauf ist etwas langsamer, weil ein grosser Kanton vermehrt komplexe Anwendungssysteme einsetzen muss.

Informatikaufwand pro Arbeitsplatz



Personal

Hauptereignisse

- Personalstrategie 2012–2015: Das Personalamt führte im Berichtsjahr eine Analyse der Personalmanagement-Strategie 2007–2011, der wesentlichen Umfeldentwicklungen und der Trends im Personalbereich durch. Unter Einbezug der Personalbeauftragten der Direktionen und der Staatskanzlei wurde im Anschluss die Personalstrategie 2012–2015 erarbeitet. Der erarbeitete Entwurf der Personalstrategie 2012–2015 ging Anfang 2012 in die Vernehmlassung.
- PULS ZH: Zum 1. Januar des Berichtsjahres erfolgte planmässig die Ablösung des bisherigen Personalinformationssystems PALAS durch das Standardsystem SAP HCM. Aufgrund von Verzögerungen im Teilprojekt 4 «Reporting» konnte das Gesamtsystem nicht Ende März abgenommen werden. Die Abnahme erfolgte im Februar 2012.
- Projekt «Teilrevision Lohnsystem»: Der 2010 erarbeitete Antragsentwurf für den Regierungsrat zur Entwicklung eines Betriebskonzeptes für die Anwendung und Nachführung des Lohnsystems ging im März in die Vernehmlassung. Nach Abschluss der Vernehmlassung wurde dem Regierungsrat der Antrag zum Beschluss vorgelegt. Mit RRB Nr. 915/2011 beschloss der Regierungsrat im Juli, zwecks Nachführung des kantonalen Lohnsystems eine Kommission für Richtpositionsbewertungen und die Koordinationsstelle für Lohn- und Arbeitsbewertungen zu bilden.
- Projekt «Familienergänzende Kinderbetreuung»: Mit dem Grundsatzentscheid des Regierungsrates im September wurde die Finanzdirektion beauftragt, eine Detailregelung für eine Beteiligung des Kantons an den Kosten der Mitarbeitenden für die familienergänzende Kinderbetreuung auszuarbeiten. Eine direktionsübergreifende Projektgruppe begann Ende des Berichtsjahres mit der Erarbeitung einer entsprechenden Regelung.
- Projekt «Direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung in der kantonalen Verwaltung»: Die kantonale Verwaltung kann ihre Leistungsfähigkeit auf Dauer nur dann gewährleisten, wenn sie über kompetente Führungskräfte verfügt, die den Anforderungen des politisch-administrativen Systems gewachsen sind. Aufgrund der Demografie und der steigenden Anforderungen ist die Besetzung von Kaderpositionen nicht einfach, weshalb die kantonale Verwaltung den internen Kadernachwuchs auf allen Stufen gezielt mit dem Programm «direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung» (dKNF) fördern möchte. Im Zeitraum Juli des Berichtsjahres bis Februar 2012 wurde in enger Abstimmung mit den Direktionen und der Staatskanzlei in mehreren Projektsitzungen das entsprechende Konzept dKNF erarbeitet.
- Informatik-Aus- und -Weiterbildung: Die Informatikschulung wurde 2010 durch eine Submission neu ausgeschrieben. Nach intensiver Prüfung der Offerten ging im Sommer als bestes Angebot die Offerte von Digicomp Academy AG hervor. Die Dicom ist in allen verlangten Belangen einer professionellen Informatikschulung ausgerichtet auf die Bedürfnisse der kantonalen Verwaltung Zürich, die beste Dienstleisterin in Bezug auf das Kosten/Leistungs-Verhältnis.
- Projekt «Administrativuntersuchung»: Im Bestreben, eine gesetzliche Regelung für die heute nach allgemeinen rechtsstaatlichen Prinzipien durchgeführten Administrativuntersuchungen zu entwerfen, wurde die Projektgruppe «Administrativuntersuchung» gebildet. Diese einigte sich darauf, dass die Regelung der Administrativuntersuchung lediglich, soweit zwingend erforderlich, auf formell-gesetzlicher Ebene erfolgen soll, während die übrigen Bestimmungen in einer Verordnung über die Administrativuntersuchung zusammengefasst werden sollen. Die direktionsübergreifende Projektgruppe hat Ende des Berichtsjahres mit der Ausformulierung des entsprechenden Regelwerkes begonnen.

Für den Funktionsbereich Personal ist das Personalamt, Leistungsgruppe Nr. 4500, zuständig.

Personalaufwand

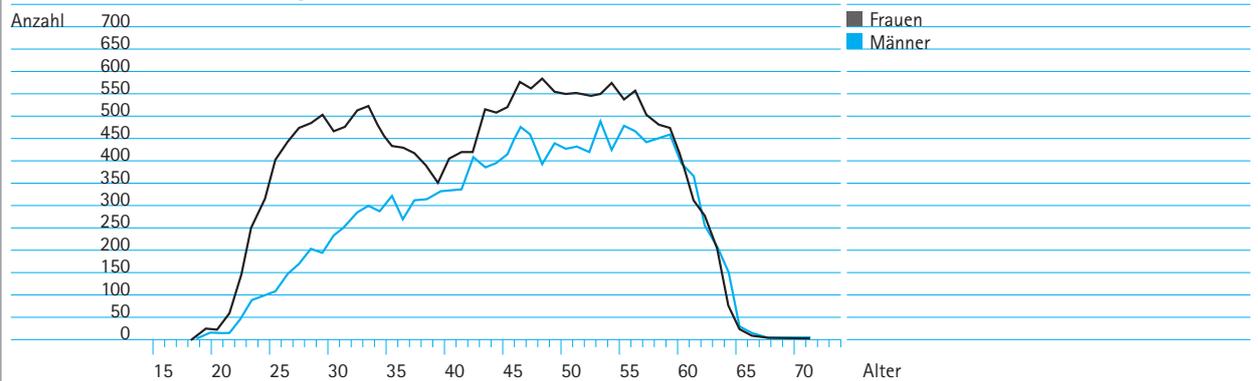
	2011	2010	Differenz
	Fr.	Fr.	%
Löhne			
300 Behörden, Kommissionen und Richter			
3000 Löhne Behörden, Richter und Richterinnen	3 631 630	4 206 162	-13,7%
3001 Vergütungen an Behörden, Kommissionen, Richter	1 796 566	2 851 860	-37,0%
301 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	1 309 878 936	1 294 350 355	1,2%
302 Löhne der Lehrkräfte			
3020 Löhne der Lehrkräfte	736 891 965	707 564 549	4,1%
Total Löhne	2 052 199 097	2 008 972 926	2,2%
303 Temporäre Arbeitskräfte	6 062 911	6 283 853	-3,5%
304 Zulagen			
3040 Kinderzulagen	4 055	52 615	-92,3%
3041 Familienzulagen	0	0	
3042 Verpflegungszulagen	12 401 738	11 948 152	3,8%
3043 Wohnungszulagen	600	600	0,0%
3049 Übrige Zulagen	81 928	61 035	34,2%
Total Zulagen	12 488 321	12 062 402	3,5%
305 Arbeitgeberbeiträge			
3050 AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	128 680 765	121 914 181	5,6%
3051 AG-Beiträge an eigene Pensionskassen	195 985 524	190 893 279	2,7%
3052 AG-Beiträge an andere Pensionskassen	2 070 689	2 012 924	2,9%
3053 AG-Beiträge an Unfallversicherungen	13 014 129	13 883 480	-6,3%
3054 AG-Beiträge an Familienzulagekassen	24 785 497	24 498 746	1,2%
3059 Übrige AG-Beiträge ²	2 617 750 737	529 411	494 364,7%
Total Arbeitgeberbeiträge	2 982 287 341	353 732 020	743,1%
306 Arbeitgeberleistungen			
3060 Ruhegehälter	17 510 999	17 017 005	2,9%
3061 Renten oder Rentenanteile	1 334	432 592	-99,7%
3062 Teuerungszulagen auf Renten und Rentenanteilen	3 969 325	16 943 800	-76,6%
3063 Unfallrenten und Rentenablösungen	36 068	76 610	-52,9%
3064 Überbrückungsrenten	9 262 892	6 828 575	35,6%
3069 Übrige Arbeitgeberleistungen	29 264	46 671	-37,3%
Total Arbeitgeberleistungen	30 809 882	41 345 253	-25,5%

		2011	2010	Differenz
		Fr.	Fr.	%
309	Übriger Personalaufwand			
3090	Aus- und Weiterbildung des Personals	14 308 423	13 431 581	6,5%
3091	Personalwerbung	3 923 236	3 406 858	15,2%
3099	Übriger Personalaufwand	3 819 169	3 538 855	7,9%
	Total übriger Personalaufwand	22 050 828	20 377 293	8,2%
Total Personalaufwand Direktionen und Staatskanzlei²		5 105 898 380	2 442 773 747	109,0%

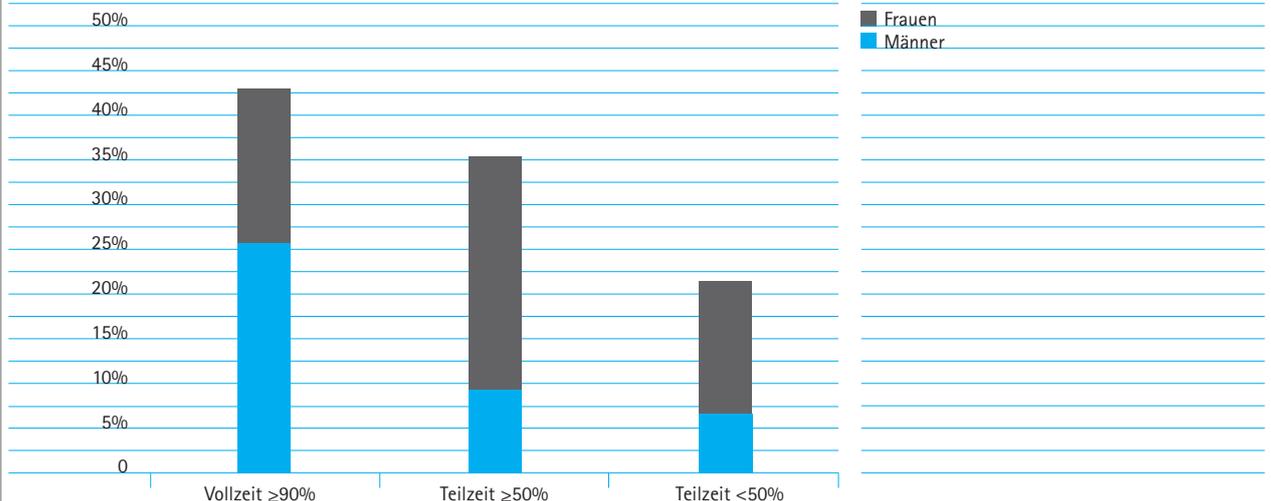
¹Die Personal- und Lohnstatistik beschränkt sich auf die dem Regierungsrat unterstellten Direktionen und die Staatskanzlei, d. h., die Behörden, die Rechtspflege, die selbstständigen und unselbstständigen Anstalten sind nicht Bestandteil der Statistik.

²2011 wurden Rückstellungen in Höhe von 2,6 Mrd. Franken zur nachhaltigen Finanzierung der BVK eingestellt.

Altersaufbau 2011 (Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Alter)



Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Voll- und Teilzeit in Prozenten 2011

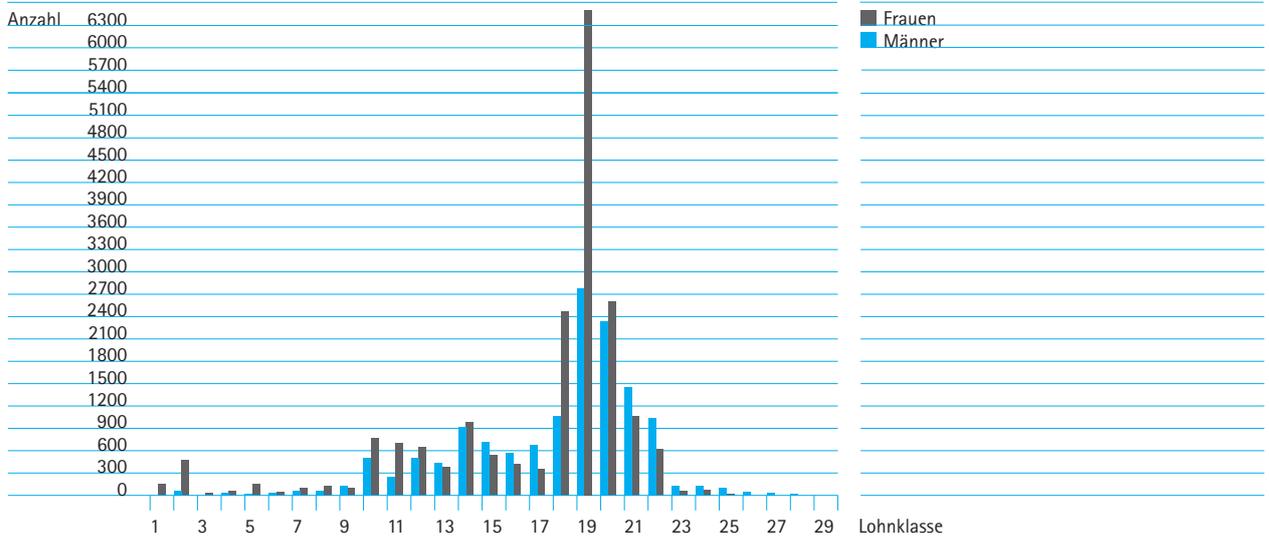


Lohnaufwand, Beschäftigungsumfang, Beschäftigte

		Lohnaufwand	Lohnaufwand
Amts-Nr. / Bereich		2011	2010
Total	Direktionen und Staatskanzlei	2 050 388 481	2 009 015 644
1	Regierungsrat und Staatskanzlei	10 068 633	11 507 113
2	Direktion der Justiz und des Innern (ohne Kirchen)	174 663 611	178 220 165
3	Sicherheitsdirektion	433 143 191	420 411 231
4	Finanzdirektion	100 102 910	98 554 914
5	Volkswirtschaftsdirektion	71 085 893	72 715 350
6	Gesundheitsdirektion	229 309 378	229 033 946
7	Bildungsdirektion	883 937 994	853 829 852
8	Baudirektion	148 076 871	144 743 073

	Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2011				
	Total	Angestellte	Übrige	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
	24 677,1	24 036,8	640,3	33 273	19 313	13 960	14 283	18 990
	70,1	62,7	7,4	67	25	42	45	22
	1 551,4	1 531,4	20,0	1 787	847	940	1 165	622
	4 231,0	4 205,0	26,0	4 703	1 640	3 063	3 751	952
	1 034,3	846,9	187,4	932	433	499	734	198
	697,1	693,7	3,4	748	418	330	554	194
	2 432,4	2 212,9	219,5	2 881	1 763	1 118	1 317	1 564
	13 249,1	13 127,6	121,5	20 506	13 704	6 802	5 613	14 893
	1 411,7	1 356,6	55,1	1 649	483	1 166	1 104	545

Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Lohnklassen 2011



Personal- und Lohnstatistik		Lohnaufwand	Lohnaufwand
Bereich (Nr., Amt)		2011	2010
Total Direktionen und Staatskanzlei		2 050 388 481	2 009 015 644
1	Regierungsrat und Staatskanzlei	10 068 633	11 507 113
	1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	10 068 633	11 507 113
2	Direktion der Justiz und des Innern (ohne Kirchen)	174 663 611	178 220 165
	2201 Generalsekretariat: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	7 483 540	7 363 875
	2204 Strafverfolgung Erwachsene	42 738 591	42 395 614
	2205 Jugendstrafrechtspflege	10 177 039	9 697 392
	2206 Amt für Justizvollzug	82 077 370	81 392 821
	2207 Gemeindeamt	7 731 929	7 214 586
	2221 Handelsregisteramt	5 550 296	5 360 069
	2223 Statistisches Amt	3 240 838	3 376 691
	2224 Staatsarchiv	4 251 976	3 835 052
	2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen	2 484 800	2 235 377
	2232 Fachstelle Opferhilfe	772 590	774 935
	2233 Fachstelle für Gleichstellung	577 892	650 872
	2234 Fachstelle Kultur	892 029	839 369
	2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	730 268	735 041
	2251 Bezirksräte (mit Personal)	5 954 453	6 091 836
	2262 Baurekurskommission ⁵		3 932 817
	2263 Steuerrekurskommissionen ⁶		2 323 819
3	Sicherheitsdirektion	433 143 191	420 411 231
	3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugs- aufgaben und Rekursabteilung	8 804 405	6 803 529
	3100 Kantonspolizei	339 715 016	331 383 799
	3200 Strassenverkehrsamt	32 000 540	31 331 524
	3300 Migrationsamt	13 866 028	12 785 749
	3400 Amt für Militär und Zivilschutz	13 316 600	13 210 546
	3500 Sozialamt	18 147 030	17 717 678
	3600 Statthalterämter	7 293 572	7 178 407

¹ Angestellte in Vollzeiteinheiten: Anstellungen gemäss PVO und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

² Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikanten

³ Vollzeit = Beschäftigungsgrad $\geq 90\%$

⁴ Teilzeit = Beschäftigungsgrad $< 90\%$

⁵ Die Aufgaben der vier Baurekurskommissionen übernimmt seit dem 1. Januar des Berichtsjahres das Baurekursgericht, das dem Verwaltungsgericht unterstellt ist.

⁶ Reorganisation und Umwandlung der Steuerrekurskommissionen in ein Steuerrekursgericht ab dem 1. Januar des Berichtsjahres.

Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2011				
Total	Angestellte ¹	Übrige ²	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit ³	Teilzeit ⁴
24 677,1	24 036,8	640,3	33 273	19 313	13 960	14 283	18 990
70,1	62,7	7,4	67	25	42	45	22
70,1	62,7	7,4	67	25	42	45	22
1 551,4	1 531,4	20,0	1 787	847	940	1 165	622
58,0	58,0		68	33	35	44	24
326,9	324,8	2,1	364	216	148	266	98
84,0	82,6	1,4	98	64	34	50	48
805,1	795,6	9,5	895	305	590	645	250
60,1	60,1		72	34	38	42	30
57,3	57,3		72	53	19	37	35
27,6	27,3	0,3	31	11	20	14	17
44,4	43,7	0,7	74	50	24	17	57
20,4	20,4		26	16	10	16	10
6,6	6,6		7	7		4	3
4,3	4,1	0,2	9	9		1	8
6,0	6,0		8	5	3	3	5
6,1	6,1		9	5	4	3	6
44,6	38,8	5,8	54	39	15	23	31
4 231,0	4 205,0	26,0	4 703	1 640	3 063	3 751	952
78,1	78,1		97	62	35	60	37
3 255,6	3 254,4	1,2	3 621	1 118	2 503	3 001	620
344,9	344,9		364	137	227	324	40
157,8	157,8		166	108	58	137	29
134,2	131,6	2,6	145	43	102	110	35
199,2	177,0	22,2	227	127	100	79	148
61,2	61,2		83	45	38	40	43

⁷ Mit unterstellten Auszubildenden (KV- und Informatik-Lernende)

⁸ Werte ohne Arbeitslosenkasse

⁹ In der Gesundheitsdirektion wird der Lohnaufwand 2010 und 2011 nach Leistungsgruppen und nicht nach einzelnen Betrieben ausgewiesen.

¹⁰ Der geringere Lohnaufwand im Berichtsjahr steht ursächlich im Zusammenhang mit der Veräusserung der Zentralwäscherei Zürich.

¹¹ Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wird zu rund 68% von den Gemeinden rückerstattet. Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand 2010 rund 990,4 Mio. Franken und im Berichtsjahr rund 1030,9 Mio. Franken.

¹² Die Leistungsgruppe Nr. 7306 umfasst die bisherigen Leistungsgruppen Nrn. 7302, Schulen im Gesundheitswesen, und 7303, Berufsschulen und Lehrabschlussprüfungen.

Personal- und Lohnstatistik		Lohnaufwand	Lohnaufwand
Bereich (Nr., Amt)		2011	2010
4	Finanzdirektion	100 102 910	98 554 914
	4000 Generalsekretariat	1 604 034	1 677 306
	4100 Finanzverwaltung	6 023 740	5 570 832
	4300 Amt für Tresorerie	610 880	595 040
	4400 Steueramt	78 747 652	77 580 207
	4500 Personalamt ⁷	7 415 942	7 306 886
	4600 Direktionsübergreifende Informatik	1 129 729	1 156 754
	4700 Drucksachen- und Materialzentrale	4 570 933	4 667 890
5	Volkswirtschaftsdirektion	71 085 893	72 715 350
	5000 Generalsekretariat	3 536 291	3 798 942
	5205 Amt für Verkehr	6 224 494	6 270 810
	5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit ⁸	61 325 108	62 645 598
6	Gesundheitsdirektion⁹	229 309 378	229 033 946
	6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	12 332 077	12 333 819
	6100 Aufsicht und Bewilligungen	13 516 687	12 725 546
	6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation ¹⁰	8 724 324	13 799 104
	6400 Psychiatrische Versorgung	194 882 810	190 463 752
	6999 Lohnnachzahlungen Gesundheitswesen	-146 520	-288 275

¹ Angestellte in Vollzeiteinheiten: Anstellungen gemäss PVO und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

² Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikanten

³ Vollzeit = Beschäftigungsgrad \geq 90%

⁴ Teilzeit = Beschäftigungsgrad $<$ 90%

⁵ Die Aufgaben der vier Baurekurskommissionen übernimmt seit dem 1. Januar des Berichtsjahres das Baurekursgericht, das dem Verwaltungsgericht unterstellt ist.

⁶ Reorganisation und Umwandlung der Steuerrekurskommissionen in ein Steuerrekursgericht ab dem 1. Januar des Berichtsjahres.

	Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2011				
	Total	Angestellte ¹	Übrige ²	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit ³	Teilzeit ⁴
	1 034,3	846,9	187,4	932	433	499	734	198
	11,0	10,6	0,4	12	7	5	10	2
	51,1	50,5	0,6	60	37	23	42	18
	4,0	4,0		4	1	3	4	
	685,8	684,9	0,9	753	347	406	599	154
	224,6	39,1	185,5	44	28	16	29	15
	7,7	7,7		9	2	7	7	2
	50,1	50,1		50	11	39	43	7
	697,1	693,7	3,4	748	418	330	554	194
	27,5	27,5		30	13	17	22	8
	46,5	46,1	0,4	52	20	32	37	15
	623,1	620,1	3,0	666	385	281	495	171
	2 432,4	2 212,9	219,5	2 881	1 763	1 118	1 317	1 564
	88,7	87,6	1,1	106	56	50	56	50
	129,8	120,3	9,5	144	74	70	92	52
	92,8	92,5	0,3	105	71	34	74	31
	2 121,1	1 912,5	208,6	2 526	1 562	964	1 095	1 431

⁷ Mit unterstellten Auszubildenden (KV- und Informatik-Lernende)

⁸ Werte ohne Arbeitslosenkasse

⁹ In der Gesundheitsdirektion wird der Lohnaufwand 2010 und 2011 nach Leistungsgruppen und nicht nach einzelnen Betrieben ausgewiesen.

¹⁰ Der geringere Lohnaufwand im Berichtsjahr steht ursächlich im Zusammenhang mit der Veräusserung der Zentralwäscherei Zürich.

¹¹ Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wird zu rund 68% von den Gemeinden rückerstattet. Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand 2010 rund 990,4 Mio. Franken und im Berichtsjahr rund 1030,9 Mio. Franken.

¹² Die Leistungsgruppe Nr. 7306 umfasst die bisherigen Leistungsgruppen Nrn. 7302, Schulen im Gesundheitswesen, und 7303, Berufsschulen und Lehrabschlussprüfungen.

Personal- und Lohnstatistik		Lohnaufwand	Lohnaufwand
Bereich (Nr., Amt)		2011	2010
7	Bildungsdirektion	883 937 994	853 829 852
	7000 Bildungsverwaltung	39 819 579	40 982 385
	7100 Lehrmittelverlag	2 747 600	2 581 518
	7200 Volksschule, einschliesslich Vikare ¹¹	324 950 564	310 184 566
	7301 Mittelschulen	252 084 892	246 527 107
	7306 Berufsbildung ¹²	206 073 209	196 722 190
	7501 Jugend- und Familienhilfe	44 805 003	43 792 573
	7502 Berufs- und Studienberatung	13 457 147	13 039 513
8	Baudirektion	148 076 871	144 743 073
	8000 Generalsekretariat	9 765 251	11 074 045
	8100 Hochbauamt	13 806 833	13 059 849
	8300 Amt für Raumentwicklung	13 240 898	12 213 215
	8400 Tiefbauamt	42 031 466	41 418 001
	8500 AWEL	27 247 668	27 055 783
	8700 Immobilienamt	10 703 286	10 511 949
	8800 Amt für Landschaft und Natur	31 281 469	29 410 233

¹ Angestellte in Volleinheiten: Anstellungen gemäss PVO und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

² Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikanten

³ Vollzeit = Beschäftigungsgrad \geq 90%

⁴ Teilzeit = Beschäftigungsgrad $<$ 90%

⁵ Die Aufgaben der vier Baurekurskommissionen übernimmt seit dem 1. Januar des Berichtsjahres das Baurekursgericht, das dem Verwaltungsgericht unterstellt ist.

⁶ Reorganisation und Umwandlung der Steuerrekurskommissionen in ein Steuerrekursgericht ab dem 1. Januar des Berichtsjahres.

	Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2011				
	Total	Angestellte ¹	Übrige ²	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit ³	Teilzeit ⁴
	13 249,1	13 127,6	121,5	20 506	13 704	6 802	5 613	14 893
	324,1	322,9	1,2	407	248	159	183	224
	27,5	26,5	1,0	30	14	16	21	9
	8 932,0	8 932,0		12 817	9 642	3 175	3 990	8 827
	1 815,2	1 808,5	6,7	2 980	1 507	1 473	721	2 259
	1 604,4	1 499,2	105,2	3 187	1 360	1 827	581	2 606
	432,3	426,4	5,9	916	800	116	94	822
	113,6	112,1	1,5	169	133	36	23	146
	1 411,7	1 356,6	55,1	1 649	483	1 166	1 104	545
	81,3	80,0	1,3	86	35	51	63	23
	106,9	106,9		117	35	82	90	27
	110,2	109,8	0,4	131	39	92	72	59
	443,7	434,1	9,6	460	43	417	420	40
	240,5	233,5	7,0	263	68	195	190	73
	114,1	110,6	3,5	167	83	84	84	83
	315,0	281,7	33,3	425	180	245	185	240

⁷ Mit unterstellten Auszubildenden (KV- und Informatik-Lernende)

⁸ Werte ohne Arbeitslosenkasse

⁹ In der Gesundheitsdirektion wird der Lohnaufwand 2010 und 2011 nach Leistungsgruppen und nicht nach einzelnen Betrieben ausgewiesen.

¹⁰ Der geringere Lohnaufwand im Berichtsjahr steht ursächlich im Zusammenhang mit der Veräusserung der Zentralwäscherei Zürich.

¹¹ Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wird zu rund 68% von den Gemeinden rückerstattet. Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand 2010 rund 990,4 Mio. Franken und im Berichtsjahr rund 1030,9 Mio. Franken.

¹² Die Leistungsgruppe Nr. 7306 umfasst die bisherigen Leistungsgruppen Nrn. 7302, Schulen im Gesundheitswesen, und 7303, Berufsschulen und Lehrabschlussprüfungen.

Umwelt

Hauptereignisse

Die kantonale Verwaltung hat eine Vorbildrolle im eigenen Umweltverhalten. Die Koordinationsstelle für Umweltschutz im Generalsekretariat der Baudirektion (Leistungsgruppe Nr. 8000) nimmt in der Betriebsökologie direktionsübergreifend eine breit gefächerte Beratungstätigkeit wahr, hat verschiedene Hilfsmittel und Fachveranstaltungen initiiert und bei deren Verwirklichung mitgearbeitet. Für die Bauökologie wird diese Rolle von der Fachstelle Bauökologie im Stab des Hochbauamtes wahrgenommen. Die folgenden Hauptereignisse sind eine Auswahl der im vergangenen Jahr erfolgten Tätigkeiten.

Ökologische Begleitung der Mobiliarbeschaffung

Die Koordinationsstelle für Umweltschutz unterstützte das Immobilienamt (IMA) bei ökologischen Fragestellungen und bei der Formulierung der Umweltkriterien im Zusammenhang mit der Ausschreibung von Mobiliar. Dabei hatten die Anbieter ein Umweltmanagementsystem vorzuweisen. Bei den Materialien wurde insbesondere auf Aspekte wie recyclinggerechte Konstruktion, Gesundheitsschutz und nachhaltig produzierte Holzprodukte geachtet. Es wurde festgestellt, dass die Lieferanten den Umweltaspekten ebenfalls zunehmend Beachtung schenken.

Energieeffiziente Outputsysteme

Im Bereich «Outputsysteme» (Drucker, Kopiergeräte, Multifunktionsgeräte) erfolgten im Berichtsjahr wichtige Weichenstellungen. Bei der Ausschreibung für Multifunktionsgeräte der kantonalen Verwaltung wurden durch die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle für Umweltschutz ökologische Kriterien in das Pflichtenheft aufgenommen, die sich auch an den Informatikstandards des Bundes ausgerichtet haben. Die aufgrund der Submission ausgewählten Produkte versprechen eine Senkung des Energieverbrauchs.

Leitfaden für Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien

Als Mitglied der Interessengemeinschaft ökologische Beschaffung Schweiz (IGÖB) begleitete die Koordinationsstelle für Umweltschutz die Überarbeitung des Leitfadens öffentliche Beschaffung. Die Neuauflage erschien Ende des Berichtsjahres. Der Leitfaden stellt den Beschaffungsverantwortlichen der öffentlichen Hand (Bund, Kanton, Gemeinde) wichtige Grundlagen für die Integration von ökologischen, sozialen und ökonomischen Kriterien zur Verfügung.

Steigerung beim Recyclingpapier

Die Recyclingpapierquoten in den Direktionen konnten erneut erhöht werden. Gesamthaft über die Verwaltung betrachtet, konnten die vom Regierungsrat mit dem RRB Nr. 1244/2009 vorgegebenen Quoten erreicht werden. Einige Direktionen haben das Ziel aber noch nicht in allen drei Kategorien (Kopierpapier, Drucksachen, Couverts) erreicht.

Für eine zielgerichtete Betriebsökologie der kantonalen Verwaltung besteht ein Satz von betrieblichen Umweltkennzahlen. Diese sind ein Mass für das ökologische Wirtschaften der kantonalen Verwaltung oder von Teilen davon und dienen intern dem kontinuierlichen Verbesserungsprozess sowie der Erkennung von Schwachstellen. Sie werden jährlich erfasst.

		2010	Ziele 2011	2011	Ziele 2012
Anteil Recyclingfasern					
Gesamtverwaltung	[% des Kopierpapierverbrauches]	40,4%	> 50% ¹	53,1%	> 50% ¹
	[% der Druckaufträge]	35,1%	> 50% ¹	60%	> 50% ¹
	[% der Couvertbestellungen]	50,2%	> 80% ¹	89%	> 80% ¹
Kopierpapierverbrauch					
(Ziele einschliesslich Fremdbezug)	[Blatt A4 pro Vollzeitstelle]	8 795	7 800	8 800	7 700
Wärmeverbrauch ²	[GWh]	200	196	³	192
Elektrizitätsverbrauch ²	[GWh]	156	156	³	155
Treibhausgas-Ausstoss ²	[t]	29 601 ⁴	28 880	³	28 158
Umweltrelevante Kennzahlen ohne Zielvorgaben					
Abfall ⁵	[t]	959,6	–	947,2	–
Wiederverwertbarer Anteil	[%]	65%	–	69%	–

¹ Der Zielwert für Recyclingpapier im Berichtsjahr entspricht dem im RRB Nr. 1244/2009 festgehaltenen Zielwert.
² Wärme- und Elektrizitätsverbrauch der 41 Energie-Grossverbraucher (neu ohne Zentralwäscherei), welche rund 80% des Energiebedarfes der kantonseigenen Gebäude im Verwaltungsvermögen entsprechen.
³ Da die Datenauswertung für das Berichtsjahr erst im Verlauf des Frühlings abgeschlossen ist, kann noch nicht über die Zielerreichung berichtet werden.
⁴ Der angegebene Treibhausgas-Ausstoss wurde ermittelt aus dem Wärmeverbrauch der 41 Energie-Grossverbraucher.
⁵ Zentral- und Bezirksverwaltung

Kommentar

Anteil Recyclingfasern beim Papier

Die Vorgaben des Regierungsrates konnten bei der Recyclingrate gesamthaft 2011 für die drei Kategorien Kopierpapier, Drucksachen und Couverts erfüllt werden. Eine Direktion hat die vorgegebenen Kriterien in allen Kategorien erfüllt.

Kopierpapierverbrauch

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Kopierpapier hat sich 2011 gegenüber 2010 stabilisiert, das anvisierte Ziel einer Verbrauchsreduktion konnte jedoch nicht erreicht werden.

Gleichstellung von Frau und Mann

Hauptereignisse

Unter der Leitung der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann wurden eine vertiefte Analyse zu den negativen Erwerbsanreizen durch Tarife und Steuerabzüge für Familien- und schulergänzende Betreuung erstellt und Massnahmenvorschläge erarbeitet. Als zweiter Teil eines Benchmarking-Projekts der Kantone Zürich und Basel-Stadt zur Vereinbarkeit wurde das familien- und schulergänzende Kinderbetreuungsangebot der beiden Kantone untersucht.

Die Promotorin und der Promotor der Vereinbarkeit, Sybille Sachs und Matthias Möllene, haben mit allen Regierungsrätinnen und -räten Gespräche geführt, um die Möglichkeiten zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den einzelnen Direktionen zu evaluieren. Dabei wurde der Begriff der Betreuungspflichten gezielt ausgeweitet von der Kinderbetreuung auf die Betreuung pflegebedürftiger und älterer Angehöriger.

Um Unternehmen verstärkt für eine verbesserte Vereinbarkeit zu sensibilisieren, haben die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann und die Standortförderung den Wettbewerb «Prix Balance ZH – Familienfreundlichste Zürcher Unternehmen» lanciert. Der Prix Balance ZH wurde in vier Kategorien verliehen.

Für unterschiedliche Aus- und Weiterbildungsangebote sowie kantonale Gremien wurde Gleichstellungswissen aufbereitet, zur Verfügung gestellt und vermittelt: neu beispielsweise auch für die Angestellten der Grenzkontrolle der Kantonspolizei am Flughafen im Ausbildungsmodul «Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz/Gleichstellung».

Die Gleichstellungskommission, der Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft angehören, hat eine Fachtagung durchgeführt, um Gemeinden beim Einrichten eines bedarfsgerechten familien- und schulergänzenden Kinderbetreuungsangebots mit Beispielen und Informationen aus der Praxis zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt des Kantons Zürich und der Bildungsdirektion hat die Kommission den aktuellen Kinderbetreuungsindex erarbeitet und veröffentlicht. Die zugehörige Website www.kinderbetreuung.zh.ch wurde komplett erneuert und mit zusätzlichen Funktionalitäten ausgestattet.

Öffentlichkeitsprinzip

Hauptereignisse

Die Anzahl der formellen Informationszugangsgesuche gemäss §§ 20 Abs. 1 und 24 ff. des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG), d. h. die Gesuche, die ein schriftliches Verfahren erfordern, bewegte sich auch im Berichtsjahr weiterhin in verhältnismässig bescheidenem Rahmen, jedoch mit steigender Tendenz. Die deutliche Veränderung bei der Direktion der Justiz und des Innern ist auf eine Zunahme der Gesuche um Einsicht in Strafakten abgeschlossener Verfahren bei der Oberstaatsanwaltschaft zurückzuführen. Die Bearbeitung der schriftlichen Zugangsgesuche verursachte insgesamt mehrfach namhaften Aufwand, insbesondere wenn ihnen nicht oder nur teilweise entsprochen werden konnte.

Seit dem 1. Oktober 2008 können bei der Staatskanzlei mittels Internetformular Beschlüsse des Regierungsrates bestellt werden, die vor diesem Datum ergangen und deshalb nicht im Internet zugänglich sind. Von den bis zum 31. Dezember insgesamt erfassten 493 Bestellungen entfielen 151 auf das Berichtsjahr. Davon wurden 67 innert 1 Tag, 31 innert 2–5 Tagen und 49 innert 6 bis 30 Tagen beantwortet. Bei 4 Bestellungen beanspruchte die Bearbeitung mehr als die gesetzliche Frist von 30 Tagen (§ 28 IDG). Im Berichtsjahr musste keine Bestellung auf den schriftlichen Weg gemäss § 24 Abs. 1 IDG verwiesen werden.

Ebenfalls seit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips am 1. Oktober 2008 werden die Beschlüsse des Regierungsrates im Internet veröffentlicht (www.rrb.zh.ch), soweit dem keine rechtlichen Gründe entgegenstehen (insbesondere der Schutz von Persönlichkeitsrechten Privater). Da der Regierungsrat als Rechtsmittelinstanz mit der Änderung des Verfahrensrechts am 1. Juli 2010 von Rechtsprechungsaufgaben weitgehend entlastet wurde, nahm der Anteil der veröffentlichten Regierungsratsbeschlüsse zu.

Jahr	2009	2010	2011
Beschlüsse insgesamt	2146	1902	1588
davon öffentlich	1198	1072	1005
Anteil	55,8%	56,4%	63,3%

Im Zusammenhang mit der aktiven Informationsbekanntgabe (§ 14 Abs. 1 IDG) anlässlich von Medienkonferenzen zu Gegenständen, die eine breite Öffentlichkeit interessieren, stellte sich die Frage der Offenlegung von Expertenberichten und Gutachten, die in ihrer Gesamtheit vertraulich zu behandeln sind. Dabei erwies sich die Praxis als hilfreich, solche Dokumente als Zusammenfassungen («Kurzberichte») oder durch Weglassen bestimmter Passagen, mit dem Vermerk «Aus Gründen des Datenschutzes nicht veröffentlicht», gleichwohl der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Schriftlich eingereichte Gesuche um Informationszugang gemäss § 20 und 24 IDG

Von der nachstehenden Statistik nicht erfasst werden die informellen, d.h. telefonisch oder per E-Mail gestellten Informationszugangsgesuche und Anfragen, die in ihrer Gesamtheit einen nicht unbedeutenden Aufwand für die verschiedenen Amtsstellen zur Folge hatten.

2011	hängig am 31.12.2010	Anzahl schriftl. Gesuche 2011	Zugangsentscheide					hängig am 31.12.2011	Gebührenerhebung erledigter Gesuche		
			davon durch Medien	uneinge- schränkt gewährt	teilweise	eingeschränkt gewährt (§ 27 IDG) ganz (Zugang abgelehnt)	davon ange- fochten		kosten- loser Zugang	mit Kosten- folgen	Gesamt- betrag (Fr.)
Direktion der Justiz und des Innern	4	205		95	31	64	1	19	184	6	2 134.50
Sicherheitsdirektion ¹		61		61					61		
Finanzdirektion		9	1	9					9		
Volkswirtschaftsdirektion		2		1	0	1			2		
Gesundheitsdirektion	6	22		5	1	17		5	23		
Bildungsdirektion ²	1	20		5	13			3	18		
Baudirektion		1	1		1					1	100.00
Staatskanzlei		0									
Total	11	320	2	176	46	82	1	27	297	7	2 234.50

¹ ohne die 12 680 Akteneinsichtsgesuche bei der Kantonspolizei nach §§ 11 und 12 der POLIS-Verordnung

² in dieser Statistik nicht erfasst sind 26 Akteneinsichtsgesuche beim AJB im Rahmen vormundschaftlicher Massnahmen

Integration der ausländischen Bevölkerung

Hauptereignisse

Kantonales Integrationsprogramm

Mit Beschluss Nr. 1105 vom 14. September beauftragte der Regierungsrat die Direktion der Justiz und des Innern, in Zusammenarbeit mit den anderen Direktionen eine kantonale Integrationsstrategie und ein kantonales Integrationsprogramm zu erarbeiten und dem Regierungsrat zur Festsetzung zu unterbreiten.

Das Kantonale Integrationsprogramm soll in folgenden Schritten erstellt werden:

1. Bestandesaufnahme der laufenden Integrationsmassnahmen in den Regelstrukturen und der Massnahmen der spezifischen Integrationsförderung;
2. Identifikation von Redundanzen und Defiziten bei allen Angeboten;
3. Erarbeitung einer kantonalen Integrationsstrategie einschliesslich Grundsätze und Ziele;
4. Erarbeitung eines kantonalen Integrationsprogramms mit zielführenden Massnahmen, Strukturen und Steuerungsmechanismen.

Zur Koordination der Massnahmen setzte der Regierungsrat für die laufende Legislatur unter der Federführung der Direktion der Justiz und des Innern ein direktionsübergreifendes Koordinationsgremium (Steuergruppe) ein. In der Steuergruppe nehmen unter der Leitung der Vorsteher der Direktion der Justiz und des Innern und der Sicherheitsdirektion auch Exekutivvertreter dreier Gemeinden Einsitz. Das Sekretariat wird durch die Fachstelle für Integrationsfragen geführt.

Die Steuergruppe wird eine Reihe von Arbeitsgruppen einsetzen, bestehend aus Fachleuten der kantonalen Verwaltung und der Gemeinden sowie aus Vertretungen von Migrantenorganisationen und der Arbeitgeberseite. Für die Arbeitsgruppen werden Fachleute aus weiteren Organisationen, die sich in der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in besonderem Mass engagieren, beigezogen.

Für das Projekt zur Erarbeitung der Integrationsstrategie und des Integrationsprogramms und die Vorbereitung von dessen Umsetzung wurde eine neue Ausgabe von Fr. 200 000 für 2012 und Fr. 400 000 für 2013 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 2241, Fachstelle für Integrationsfragen, bewilligt.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit fand eine verstärkte Koordination mit der Bildungsdirektion, der Sicherheitsdirektion und der Gesundheitsdirektion statt.

Interdirektionaler Runder Tisch Integration

Der «Interdirektionale Runde Tisch», der über die Verwendung der sog. Einmalpauschale für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene bestimmt, hat die Finanzierung des sehr erfolgreich gestarteten Arbeitsintegrationsprojekts «Jucomo» weitergeführt (RRB Nr. 940/2011). Zudem konnte neu das Projekt «Kompetenzbilanz für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge» der AOZ vom Runden Tisch übernommen werden, das die Förderung der beruflichen Eingliederung zum Ziel hat (RRB Nr. 334/2011).

E-Government

Hauptereignisse

Als Teil des Strategiecontrollings erhebt die Stabsstelle E-Government bei den Direktionen jährlich den Stand der E-Government-Projekte und berichtet zu den Entwicklungen und zur Umsetzung der kantonalen E-Government-Strategie 2008–2012.

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat im Bezug zur E-Government-Strategie zwei wichtige Weichenstellungen vorgenommen:

Der Regierungsrat hat im Rahmen der Umsetzung des Legislaturziels 2011–2015 «Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug ist sichergestellt» die Massnahme «Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im E-Government verstärken und in geeigneter Form regeln» festgelegt. Die stärkere Zusammenarbeit ist eine wichtige strategische Grundlage, um E-Government weiterentwickeln zu können und medienbruchfreie Onlineangebote über alle drei Staatsebenen umzusetzen. Die Stabsstelle E-Government hat unter Einbezug von Gemeindevertretern ein entsprechendes Projekt dazu gestartet.

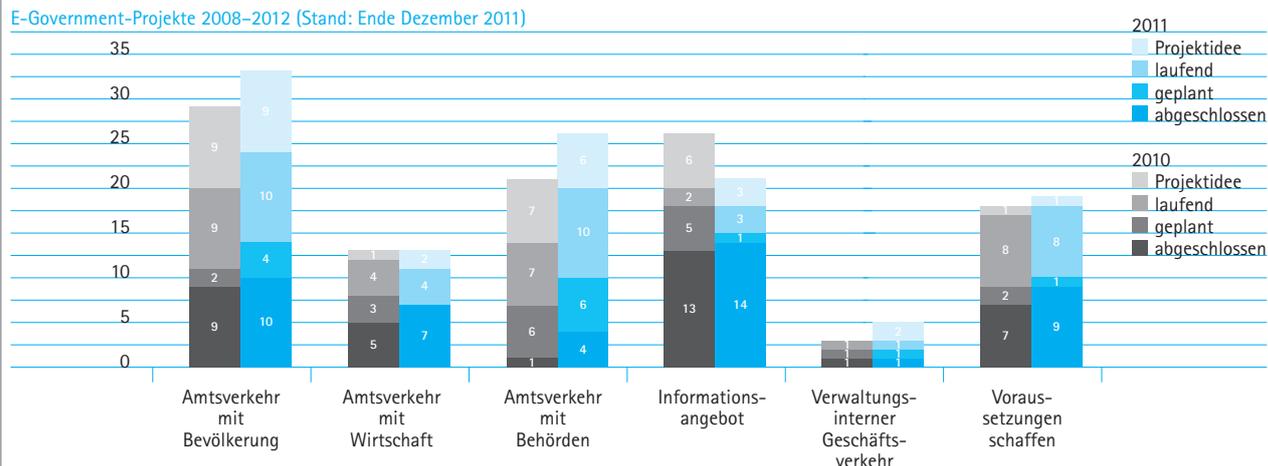
Ende Jahr haben die Kantone (KdK) und der Bund der revidierten Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit Bund/Kantone für die Jahre 2012–2015 zugestimmt (RRB Nr. 1450/2011). Damit beteiligen sich die Kantone neu an der Finanzierung eines Aktionsplans zur Förderung von Schlüsselvorhaben. Mit der Vereinbarung wird ein wichtiges Anliegen berücksichtigt: Für die andauernde und nachhaltige Weiterentwicklung von E-Government ist eine stärkere Zusammenarbeit über alle Staatsebenen nötig. Mit dem in Zusammenarbeit mit den Kantonen noch auszuarbeitenden Aktionsplan von E-Government Schweiz erwartet der Kanton wichtige Impulse für seine E-Government-Vorhaben.

E-Government-Projekte 2008–2012

Die Direktionen und die Staatskanzlei haben 117 Projekte gemeldet (Vorjahr 110), was einer leichten Zunahme entspricht. Unter den 11 im Berichtsjahr abgeschlossenen Projekten finden sich 4 neue Onlineangebote für Bevölkerung und Wirtschaft und 3 Anwendungen für Behörden. Die Anzahl der geplanten und laufenden (49) Projekte ist gegenüber 2010 gleich geblieben. Die meisten davon werden am Ende der Strategieperiode 2012 abgeschlossen sein, 11 Projekte laufen darüber hinaus. 23 Projekte (praktisch gleich viel wie im Vorjahr) haben den Status «Projektidee» und sind noch nicht konkret geplant.

Die Projekte verteilen sich wie folgt auf die sechs Ziele der E-Government-Strategie:

E-Government-Projekte 2008–2012 (Stand: Ende Dezember 2011)



Der «Amtsverkehr mit Bevölkerung» weist zusammen mit dem «Amtsverkehr zwischen Behörden» mit 33 bzw. 26 Projekten wie im Vorjahr die meisten Vorhaben auf, zudem mit einem höheren Anteil an Transaktionsangeboten (18, bzw. 16 Projekte) und einem jeweils hohen Anteil an geplanten oder laufenden Projekten. Die Anzahl Projekte zum «Amtsverkehr mit Wirtschaft» stagniert bei 13 Vorhaben (wovon 7 bereits umgesetzt sind).

Der Ausbau der Informations- und Interaktionsangebote entwickelt sich erwartungsgemäss eher rückläufig. Der «verwaltungsinterne Geschäftsverkehr» kommt trotz neuer Projektideen weiterhin nicht voran. Die Anzahl der Projekte zu «Voraussetzungen schaffen» hat sich abgesehen von einem umgesetzten Projekt (Erweiterung ZHservices) nicht verändert.

Die im Berichtsjahr angefallenen externen Kosten für E-Government-Projekte belaufen sich auf rund 11,3 Mio. Franken (2010: 8,9 Mio. Franken). Die Ausgaben für die 36 laufenden Projekte betragen insgesamt 8,6 Mio. Franken (2010: rund 7,5 Mio. Franken), wovon mit 7,4 Mio. Franken wie im Vorjahr der grösste Anteil für den Amtsverkehr mit der Bevölkerung aufgewendet wurde (u. a. für die umgesetzte Online-Steuererklärung).

Entwicklung in der Schweiz

Gemäss der aktuellen gfs-Studie «Firmen und E-Government» ist das Bedürfnis von Unternehmen, gewisse Geschäfte mit den Behörden online abwickeln zu können, weiterhin ungebrochen. Firmenvertreter messen dem Onlinekontakt zu Behörden eine höhere Bedeutung als dem telefonischen oder persönlichen Kontakt bei. Der Anteil an Unternehmen, die Behördendienstleistungen elektronisch abwickeln, ist weiter steigend. 57% der Befragten wollen nicht nur Informationen online erhalten, sondern Behördengänge direkt elektronisch abwickeln.

Für das Informations- und Interaktionsangebot von Bund und Kantonen spielen Social Media eine immer grössere Rolle. Verschiedene Kantone twittern bereits oder nutzen die Plattform Facebook.

Die 2010 vom SECO lancierte SuisselD hat sich als Identitätsnachweis im privaten wie auch im öffentlichen Bereich weiter ausgebreitet, jedoch die erhoffte Durchdringung noch nicht erreicht. Grössere Hindernisse für eine weitere Verbreitung sind auch die fehlenden rechtlichen Grundlagen, die einen flächendeckenden und rechtsverbindlichen Einsatz der elektronischen Signatur von SuisselD im öffentlichen Bereich zulassen würden.

Im Berichtsjahr haben verschiedene Interessengruppen auf nationaler Ebene die Diskussion zu «Open Government Data» lanciert, mit der Forderung, dass staatlich erhobene Daten in maschinenlesbarer Form öffentlich zur Verfügung gestellt und somit für die private und wirtschaftliche Nutzung zugänglich gemacht werden.

Entwicklungsschwerpunkte im Kanton Zürich

Der Regierungsrat hat der bedarfsgerechten Erweiterung der Betriebskapazität der kantonalen Transaktionsplattform ZHservices zugestimmt (RRB Nr. 765/2011). Als wichtiges neues Angebot wurde die Online-Steuererklärung «ZHprivatetax» auf der Plattform umgesetzt. Weitere Anwendungen, wie z. B. die elektronische Einreichung von Kreditorenrechnungen, sind in Umsetzung oder geplant. Neben der Regelung der Zusammenarbeit mit den Gemeinden wurde im Berichtsjahr auch ein Vorprojekt zur «Schaffung eines kantonalen Personenregisters» in Angriff genommen.

Im Berichtsjahr ist die Anzahl der strategisch wichtigen Transaktionsprojekte weiter gestiegen. Vor allem bei den neuen Projekten beträgt der Anteil rund zwei Drittel. Das Onlineangebot für die Bevölkerung und andere Behörden erhält weiterhin den stärksten Zuwachs. Entwicklungs- bzw. Synergiepotenzial besteht nach wie vor bei den Lösungselementen «Onlineformulare» und «Automatisierter Datenaustausch» sowie der elektronischen Zahlungsabwicklung («e-Payment»), die viele Projekte betreffen. Insbesondere besteht aber für den verwaltungsinternen elektronischen Geschäftsverkehr weiterhin grosser Handlungsbedarf. Dieser ist nicht nur wichtig für den elektronischen Geschäftsverkehr zwischen Kanton und den Gemeinden sowie dem Bund, sondern auch Voraussetzung für die durchgängige und somit wirtschaftliche Bearbeitung von Onlineangeboten.

Die strategischen Ziele und somit auch das Ziel 6.6 «Elektronischen Amtsverkehr ermöglichen» der Legislatur 2007–2011 werden bis 2012 nur teilweise erreicht, viele Projektideen werden nicht in dieser Zeit umgesetzt werden können oder sind noch zu entwickeln. Die konkreten Handlungsfelder werden im Rahmen der für 2012 geplanten Erneuerung der E-Government-Strategie sowie der Zusammenarbeit mit den Gemeinden geprüft und gegebenenfalls angepasst.



Rickenbach: alte Post

Behörden und andere Organisationen

9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste

Der Kantonsrat verfügt über keinen eigenen Geschäftsbericht.

Indikatoren		Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen						
W1	K: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Geschäftsvorbereitung durch die Kommissionen	min.	4,5	4,5	4,5	0,0
W2	PD: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Arbeit der Parlamentsdienste	min.	5,2	5,5	5,2	-0,3
W3	PD: Zufriedenheit der Kommissionspräsidien mit der Arbeit der Parlamentsdienste	min.	5,6	5,5	5,6	0,1
Leistungen						
L1	KR: Zahl behandelter Vorlagen	P	114	120	167	47
L2	KR: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	max.	0,82	0,75	0,77	0,02
L3	K: Zahl behandelter Vorlagen	P	144	110	127	17
L4	K: Durchschnittliche Gesamtverweildauer in Tagen	max.	225	150	215	65
L5	K: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	max.	2,5	3,5	1,9	-1,6
L6	K: Erfüllungsgrad des Jahresprogramms GPK	P	90%	90%	90%	0
L7	PD: Zahl der Protokolle	P	368	350	406	56

Wirtschaftlichkeit

B1	PD: Kosten je Vollstelle	max.	156 130	154 443	151 410	-3 033
B2	PD: Durchschnittliche Kosten je Ratsprotokoll einschliesslich Sitzung	max.	2 833	2 703	2 569	-134
B3	PD: Durchschnittliche Kosten je Kommissionsprotokoll einschliesslich Sitzung	max.	933	976	904	-72

Abweichungsbegründungen

W1-W3 Die Zahlen für den GB 2011 beruhen auf der Erhebung der Zufriedenheit im Januar 2010. Die nächste Umfrage findet im Januar 2014 statt.

L4 Einige parlamentarische Initiativen und regierungsrätliche Vorlagen mit Verweildauern von 400 bis 1300 Tagen

L5 Verschiedene Vorlagen mit sehr kurzen Beratungsdauern von 15 Minuten bis 3 Stunden

L7 Nicht budgetiert waren die Protokolle über die Sitzungen der PUK BVK.

B1-B3 Dank Rotationsgewinn und Bezug von Dienstaltersgeschenken in Form von Urlaub tiefere Lohnkosten

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand	-8,7	-9,5	-9,1	0,4
Saldo	-8,6	-9,5	-9,1	0,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	13,1	13,1	14,0	0,9

Erfolgsrechnung

Der Minderaufwand setzt sich aus verschiedenen Positionen zusammen:

Weniger Sitzungsgelder und weniger Lohnkosten, geringere Aufwendungen für Drucksachen, Publikationen und Büromaterial, tiefere Kosten für externe Gutachter und Berater sowie Verzug bei der PC-Ersatzbeschaffung für die Arbeitsplätze im Rathaussekretariat.

Aus dem Budget im Berichtsjahr werden beim Konto «Honorare für externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.» Fr. 116 000 zugunsten der PUK BVK und beim Konto «Hardware» Fr. 49 000 für die PC-Ersatzbeschaffung im Rathaussekretariat auf das Budget 2012 übertragen.

Personal

PUK BVK: Anstellung einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin und Aufstockung Protokollführung

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	22 719	0	0	22 719	0

9020 Finanzkontrolle

Gemäss §22 des Finanzkontrollgesetzes erstellt die Finanzkontrolle jährlich einen Tätigkeitsbericht zuhanden des Kantonsrates und des Regierungsrates. Der Bericht wird veröffentlicht. Die Publikation des Tätigkeitsberichts 2011 der Finanzkontrolle erfolgt Ende Mai 2012.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Anteil der umgesetzten Empfehlungen (aufgrund Stellungnahmen)	min.	94%	90%	91%	+1%
Leistungen						
L1	Anteil der Feststellungen/Empfehlungen aufgrund Prüfungskriterien Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit	min.	33%	30%	36%	+6%
L2	Prüfintervall in Jahren	max.	4	4	4	
L3	Anzahl Revisionen pro Jahr	P	202	170	194	+24
Wirtschaftlichkeit						
B1	Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG zur verfügbaren Präsenzzeit	min.	81%	80%	79%	-1%

Zum Indikator B1:

Das knappe Unterschreiten des Sollwertes von 80% ist auf den Domizilwechsel der Finanzkontrolle vom Stampfenbachplatz 4 an die Weinbergstrasse 49 zurückzuführen (mit Umzug einhergehende Archivierungsaktion; Ein- und Auspacken der zu transferierenden Dokumente).

Finanzielle Entwicklung

	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
<i>(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)</i>				
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,2	1,1	1,2	0,1
Aufwand	-5,2	-5,3	-5,2	0,1
Saldo	-4,0	-4,2	-4,0	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1	-0,2	-0,2	-0,1
Saldo	-0,1	-0,2	-0,2	-0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	24,4	25,0	24,8	-0,2

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	98 000	-10 800	20 000	107 200	9 200

Endogen zu begründende Ergebnisverbesserungen von insgesamt etwa Fr. 100 000 aufgrund von Mehrleistungen der Mitarbeitenden. Beanspruchung von 20% dieses Betrages für die Bildung von Rücklagen 2011.

9070 Ombudsmann

Ein separater jährlicher Bericht gibt Aufschluss über die Tätigkeit des Ombudsmannes.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	-					
Leistungen						
L1	Zahl der eingegangenen Geschäfte	P	799	800	699	-101
L2	Zahl der erledigten Geschäfte	P	800	800	688	-112
Wirtschaftlichkeit						
B1	-					
B2	-					

Der Rückgang bei der Zahl der Geschäfte ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Beschwerden aus dem Migrationsbereich stark abgenommen haben.

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung					
	Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
	Aufwand	-1,1	-1,2	-1,2	0,1
	Saldo	-1,1	-1,2	-1,1	0,1
Investitionsrechnung					
	Einnahmen				
	Ausgaben				
	Saldo				
Personal					
	Beschäftigungsumfang Angestellte	4,1	4,4	4,1	-0,3

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	13 039	0	0	13 039	0

9071 Datenschutzbeauftragter

Tätigkeitsbericht 2011

Herausgeber: Datenschutzbeauftragter des Kantons Zürich. Erscheinungszeitpunkt: Juni 2012

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Kundenbeurteilung der Qualität der Leistungen	min.	-	-	nicht erhoben	-
W2	Anteil umgesetzter Hinweise	P	79%	60%	35%	-
Leistungen						
L1	Anteil komplexer Beratungen von öffentlichen Organen	P	22%	33%	22%	-
L2	Anteil aufwendiger Beratungen von Privatpersonen	P	7%	15%	6%	-
L3	Anzahl Grundsatzfragen und Stellungnahmen	max.	15	25	13	-12
L4	Anzahl Datenschutz-Reviews	min.	9	20	19	-1
L5	Zuwachs Besuche auf Internetangeboten	P	-	5%	nicht erhoben	-
L6	Anzahl Teilnehmerstunden an Weiterbildungsangeboten	min.	450	500	747	247

Finanzielle Entwicklung

	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
<i>(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)</i>				
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,1	0,1	-0,1
Aufwand	-2,1	-2,2	-2,0	0,2
Saldo	-2,0	-2,0	-1,9	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	0,0	-	-	-
Saldo	0,0	-	-	-
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	8,3	8,2	8,5	0,3

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	9 911	0	25 000	34 911	25 000

Bildung von Rücklagen

Endogen zu begründende Ergebnisverbesserung von etwa Fr. 100 000 aufgrund von Mehrleistungen der Mitarbeitenden (weniger Aufträge an Dritte). Beanspruchung von 25% dieses Betrages für die Bildung von Rücklagen 2011.

9030 Obergericht und angegliederte Gerichte

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2012 veröffentlicht wird.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Erledigte Berufungsverfahren innert sechs Monaten unter Berücksichtigung der Qualität in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	P	77,60	>70	79,2	9,2
W2	Erledigte Beschwerdeverfahren (bisher Rekurse) innert sechs Monaten unter Berücksichtigung der Qualität in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	P	80,60	>80	57,3	-22,7
W3	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in Fr.	P	3 253 086	2 703 000	1 929 197	773 803
W4	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in Fr.	P	1 678 930	1 541 000	1 546 583	-5 583
W5	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in Fr.	P	878 322	688 000	849 017	-161 017
Leistungen						
L1	Erledigung von erstinstanzlichen Verfahren (A1)	P	415	510	363	-147
L2	Erledigung von Berufungen (A1)	P	1 084	1 133	1 843	710
L3	Erledigung von Rekursen und Beschwerden (A1)	P	1 548	1 561	1 243	-318
L4	Erledigung von anderen Verfahren (A1)	P	1 867	1 511	1 357	-154
L5	Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (einschliesslich Verfahren der Justizverwaltung) (A1)	P	7 869	7 851	8 156	305
L6	Anzahl Eingänge	P	7 634	7 851	8 979	1 128
L7	Anzahl hängige Verfahren Ende Jahr	P	2 832	</=3 900	3 632	-268
L8	Verhältnis Erledigungen:Eingänge = 1:1	min.	1,03:1	1	0,91:1	-0,09
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft in Fr.	P	5 572	5 679	4 554	1 125
Abweichungsbegründungen						
W1/L1-7	Die Prognosen stellen jeweils den Durchschnittswert aus 2007-2009 dar. Am 1. Januar 2011 sind die eidgenössischen Prozessordnungen in Kraft getreten. Die neuen Gesetze haben Auswirkungen auf die Zuständigkeiten, die Rechtsmittelarten und auf den Verfahrensgang. Aus diesem Grund ist ein Vergleich mit den Vorjahren und den Prognosen dieser Indikatoren nicht mehr aussagekräftig, da diese auf der Grundlage der bis 31. Dezember 2010 massgebenden kantonalen Prozessordnungen berechnet wurden.					
W3	Die Auslagen für amtliche Verteidigungen gingen im Berichtsjahr zurück. Umfangreiche Strafverfahren mit hohen Kosten für amtliche Verteidigungen werden seit 1. Januar des Berichtsjahres an den Bezirksgerichten und nicht mehr am Obergericht bzw. am Geschworenengericht verhandelt.					
W5	Die Entschädigungen zulasten der Gerichtskasse haben gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen. Gegenüber dem Budget ist ein Mehraufwand zu verzeichnen, da in Berufungsverfahren höhere Entschädigungen ausgerichtet werden mussten und Beschwerdeverfahren in Strafsachen zugenommen haben.					
B1	Die Verbesserung der Erfolgsrechnung und die höheren Erledigungszahlen führen zu tieferem Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	14,1	17,1	20,9	3,8
Aufwand	–57,9	–61,7	–58,1	3,7
Saldo	–43,8	–44,6	–37,1	7,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0,1	0,1
Ausgaben	–12,5	–51,2	–51,7	–0,5
Kreditübertragungen aus 2010		–22,4		
Saldo	–12,5	–51,2	–51,5	–0,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	210,4	223,0	220,8	–2,2

Erfolgsrechnung

Der Mehrertrag gegenüber dem Budget im Umfang von rund 22% ist im Wesentlichen auf hohe Gebührenerträge zurückzuführen. Rückerstattungen, die die Zentrale Inkassostelle im Zusammenhang mit dem Nachinkasso erzielt, sowie die Einbuchung von Erträgen aus Zahlungen an den Staat (Vermögensvorteile) fielen ebenfalls höher aus als budgetiert. Eine leichte Zunahme war zudem bei den Erträgen aus Bussen und Geldstrafen zu verzeichnen.

Der Aufwand fällt gut 6% tiefer aus als budgetiert. Eine positive Wertberichtigung des Debitorenbestands und tiefere Forderungsverluste sind für rund einen Drittel der Verbesserung verantwortlich. Die im Hinblick auf das Inkrafttreten der eidgenössischen Prozessordnungen zusätzlich ins Budget eingestellten Personalressourcen und der erhöhte Kredit für Aus- und Weiterbildung wurden im ersten Jahr mit den neuen Prozessgesetzen nur teilweise in Anspruch genommen.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung weist gegenüber dem Budget einen marginalen Ausgabenüberschuss aus. Der Um- und Erweiterungsbau des Obergerichts ist in der Investitionsplanung auf 2008–2013 budgetiert worden. Beim Abschluss der Investitionsrechnung 2011 war der Wert am Bau abzugrenzen. Die Bauabnahme der Liegenschaft Hirschengraben 13–15 war zu diesem Zeitpunkt bereits erfolgt und der Bezug der neuen Räumlichkeiten stand kurz bevor. Auf den Bilanzstichtag noch ausstehende Ausgaben im Umfang von rund 20 Mio. waren aus diesem Grund transitorisch abzugrenzen. Die Investitionsrechnung 2012 wird damit entsprechend entlastet.

Personal

Der Stellenplan wurde im Berichtsjahr nicht voll ausgeschöpft.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	638 980	-136 111	350 000	852 869	+213 889

Das Obergericht finanziert Budgetüberschreitungen beim übrigen Personalaufwand (Fr. 74 000), bei Anschaffungen von Mobilien (< 50 000) und beim Büromaterialbezug durch Inanspruchnahme von Rücklagen.

Die Bildung von Rücklagen wird mit dem positiven Rechnungsabschluss begründet, der auf haushalterischen Umgang mit den Budgetkrediten sowie grosse Anstrengungen im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung einstweilen abgeschriebener Gerichtskostenforderungen (Nachinkasso) zurückzuführen ist und zur Bildung von Rücklagen im beantragten Umfang berechtigt.

9040 Bezirksgerichte

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2012 publiziert wird.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Erledigte Zivil- und Strafprozesse innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	P	82,3	>/=80	78,4	1,6
W2	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in Fr.	P	11 875 667	13 500 000	12 185 499	1 314 734
W3	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in Fr.	P	9 965 266	11 000 000	10 532 356	1 034 734
W4	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in Fr.	P	901 502	1 278 100	1 690 950	-412 850
Leistungen						
L1	Summarische Verfahren (A1)	P	34 764	33 587	32 210	-1 377
L2	Zivilprozesse (A1)	P	10 486	10 089	8 232	-1 857
L3	Strafprozesse (A1)	P	3 147	3 138	2 225	-913
L4	Haftrichtersachen (A1)	P	3 304	3 431	3 331	-100
L5	Mietschlichtungen (A1)	P	4 901	5 463	4 552	-911
L6	Erledigungen der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (einschliesslich Verfahren der Justizverwaltung) (A1)	P	59 678	57 700	54 307	-3 393
L7	Anzahl Eingänge	P	59 277	57 700	53 473	-4 227
L8	Anzahl hängiger Verfahren Ende Jahr	P	11 272	</=12 000	10 663	-1 337
L9	Verhältnis Erledigungen : Eingänge	min.	1,07 : 1	1	1,02 : 1	0,02
L10	Verhältnis Auditoren : juristische Sekretäre (A2)	min.	0,8 : 1	0,8	0,8 : 1	-
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft in Fr.	P	1 619	1 846	2 010	-164
Abweichungsbegründungen						
W1/L1-9	Die Prognosen stellen jeweils den Durchschnittswert aus 2007-2009 dar. Am 1. Januar sind die eidgenössischen Prozessordnungen in Kraft getreten. Die neuen Gesetze haben Auswirkungen auf die Zuständigkeiten, die Verfahrensarten und auf den Verfahrensgang. Aus diesem Grund ist ein Vergleich mit den Vorjahren und den Prognosen dieser Indikatoren nicht mehr aussagekräftig, da diese auf der Grundlage der bis 31. Dezember 2010 massgebenden kantonalen Prozessordnungen berechnet wurden.					
W2	Die Zahlungen für amtliche Verteidigungen sind im ersten Jahr mit aufwendigen Strafverfahren tiefer ausgefallen als budgetiert. Es wird erwartet, dass diese Kosten zunehmen.					
W3	Die Zahlungen an unentgeltliche Rechtsbeistände sind aufgrund der tieferen Eingangszahlen im Berichtsjahr weniger stark angestiegen als angenommen.					
B1	Die durchschnittlichen Fallkosten fielen höher aus als prognostiziert, zurückzuführen einerseits auf den Rückgang bei den Geschäftseingängen und die Verschlechterung des Saldos der Erfolgsrechnung.					

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	48,1	42,0	36,9	-5,2
Aufwand	-144,7	-147,3	-146,1	1,2
Kreditübertragungen aus 2010		-0,1		
Saldo	-96,6	-105,3	-109,2	-3,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-5,9	-8,6	-11,1	-2,5
Kreditübertragungen aus 2010		-0,4		
Saldo	-5,9	-8,6	-11,1	-2,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	699,3	713,6	711,2	-2,4

Erfolgsrechnung

Als Folge des Rückgangs bei den Geschäftseingängen (neue Zuständigkeiten aufgrund der auf das Berichtsjahr in Kraft getretenen eidgenössischen Prozessordnungen) verzeichneten die Bezirksgerichte eine deutliche Abnahme bei den Gebührenerträgen. Durch die Verschiebung der Kompetenzen in Strafprozessen zu den Untersuchungsbehörden nahm der Ertrag aus Bussen und Geldstrafen bei den Bezirksgerichten ab.

Beim Aufwand ist die Verbesserung gegenüber dem Budget im Wesentlichen auf Einsparungen beim Personalaufwand zurückzuführen. Die im Hinblick auf die neuen Prozessordnungen zentral* ins Budget eingestellten Personalressourcen mussten im ersten Jahr nicht vollumfänglich beansprucht werden. Eine Budgetverschlechterung war hingegen bei den Forderungsverlusten zu verzeichnen; viele Parteien sind finanziell nicht in der Lage, die auferlegten Gerichtskosten zu bezahlen.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung schliesst mit Mehrausgaben gegenüber dem Budget. Der Übertrag der Liegenschaft Spitalstrasse 15 (Bülach) ins Verwaltungsvermögen des Bezirksgerichts Bülach belastete die Investitionsrechnung 2010 mit rund 2,8 Mio. Franken. Der innerkantonale Vermögenstransfer wurde im Projektkredit nicht berücksichtigt und fehlte folglich auch in der Finanzplanung.

Personal

Der bei den einzelnen Bezirksgerichten budgetierte Beschäftigungsumfang wurde praktisch ausgeschöpft (*die zentral geplanten Personalressourcen werden nicht als Planstellen im Budget eingestellt).

- B1 Die durchschnittlichen Fallkosten fielen höher aus als prognostiziert, zurückzuführen einerseits auf den Rückgang bei den Geschäftseingängen und andererseits auf die Verschlechterung des Saldos der Erfolgsrechnung.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 242 414	-455 245	254 700	2 041 869	-200 545

Rücklagen wurden zur Deckung von Budgetüberschreitungen beim Personalaufwand (Fr. 314 000 für Personalförderungsmassnahmen, Fr. 59 000 für den Einsatz zusätzlicher Personalressourcen) und für Unterhalt, Geräte und Ersatz von Mobiliar (Fr. 82 000) in Anspruch genommen.

Aus der Erfolgsrechnung 2011 der Hauptleistungsgruppe Bezirksgerichte resultiert eine negative Budgetabweichung. Die Bezirksgerichte Andelfingen, Hinwil, Horgen und Uster verzeichnen hingegen positive Rechnungsabschlüsse und sind gemäss § 24 CRG und § 19 FCV (Finanzcontrollingverordnung) zur Bildung von ausserordentlichen Rücklagen berechtigt.

9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2012 veröffentlicht wird.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen					
W1	Kundenorientierte Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Notariat, Grundbuch und Konkurs unter Berücksichtigung der Qualität: Kundenzufriedenheit in %				
	min.	90	90	90	
W2	Realisierung des Vermögens des Schuldners und Befriedigung der Forderungen der Gläubiger im Konkursverfahren (Erledigungsquote innert eines Jahres) in %				
	P	75,5	>75	78,3	3,3
Leistungen					
L1	Rationelle Erledigung der Geschäfte unter Berücksichtigung des qualitativen Aspektes im Notariats- und Grundbuchbereich: Die im Leitbild als Standardgeschäfte definierten Geschäftsfälle sind erledigt in %				
	min.	100	90	90	
L2	Anzahl Konkurserledigungen				
	P	1 843	1 900	1801	-99
L3	Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert vier Monaten in %				
	min.	86,4	90	71,7	-18,3
L4	Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert sechs Monaten in %				
	min.	96,5	95	85,4	-9,6
L5	Förderung der Grundbucheinführungsverfahren: Anzahl abgeschlossener Verfahren				
	min.	4	4	4	
L6	Anzahl Beurkundungen				
	P	57 752	60 000	62 867	2 867
L7	Anzahl Grundbuchgeschäfte (Tagebuchnummern)				
	P	77 726	75 000	77 798	2 798
Wirtschaftlichkeit					
B1	Deckungsgrad in % (Aufwand/Ertrag)				
	P	142	133	190	57
Abweichungsbegründungen					
W2	Steigerung als Folge verschiedener Sonderfaktoren				
L1	Durch den massiven, unerwarteten Anstieg der Geschäftslast im Bereich Schenkungen/Erbschaftssteuerinitiative wurde die Grundbuchnachführung zurückgestellt. Die Rückstände auf Ende Berichtsjahr nahmen erheblich zu und können erst 2012 wieder abgebaut werden.				
L2	Es mussten weniger Verfahren nach Art. 731b OR abgewickelt werden als erwartet. Die Differenz ist im langjährigen Mittel nicht signifikant.				
L3	Gleiche Begründung wie L1				
L4	Gleiche Begründung wie L1				
L6	Die erhöhte Anzahl Beurkundungen ist auf die unter L1 erwähnten Geschäftsfälle zurückzuführen.				
L7	Die erhöhte Anzahl Tagebuchnummern ist auf die unter L1 erwähnten Geschäftsfälle zurückzuführen.				
B1	Der massive Anstieg des Deckungsgrades ist einmalig und ausschliesslich auf die vielen Schenkungen/Erbschaftssteuerinitiative von Grundstücken mit meist sehr hohen Verkehrswerten zurückzuführen, vgl. L2.				

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	96,1	95,4	137,6	42,2
Aufwand	-67,5	-70,7	-72,2	-1,6
Kreditübertragungen aus 2010		-0,2		
Saldo	28,6	24,7	65,3	40,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-3,7	-4,0	-2,4	1,6
Kreditübertragungen aus 2010		-0,2		
Saldo	-3,7	-4,0	-2,4	1,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	421,0	441,0	421,7	-19,3

Erfolgsrechnung

Der Ertragsüberschuss von 42,2 Mio. Franken zum Budget 2011 ist aufgrund einer Zunahme von Rechtsgeschäften infolge der Erbschaftssteuerinitiative zustande gekommen.

Der Aufwand 2011 weist gegenüber dem Voranschlag eine Verschlechterung von 1,6 Mio. Franken aus, was zur Hauptsache darauf zurückzuführen ist, dass das ISOV-Projekt vollständig abgeschrieben wurde.

Investitionsrechnung

Der Rücktritt vom ISOV-Projekt ist ebenfalls Ursache der verminderten Investitionstätigkeit um 1,6 Mio. Franken.

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte:

Die für die Einführung des EDV-Grundbuches bewilligten 15 Stellen wurden nicht beansprucht, weil das Projekt gestoppt wurde. Der weitere geringe Personalrückgang ist auf Sonderfaktoren zurückzuführen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	651 123	-67 575	200 000	783 548	+132 425

Die Notariate decken Mehraufwendungen beim übrigen Personalaufwand durch Inanspruchnahme von Rücklagen.

Aufgrund des positiven Ergebnisses der Erfolgsrechnung 2011, das einerseits durch Einsparungen beim Aufwand und andererseits durch ausserordentlichen Einsatz zur Bewältigung der grossen Arbeitslast im Zusammenhang mit Schenkungen/Erbschaftsbezügen erreicht werden konnte, werden Rücklagen im Umfang von Fr. 200 000 beantragt.

9061 Kassationsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Kassationsgerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2012 veröffentlicht wird.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen					
W1 Anteil der erledigten Geschäfte innert sechs Monaten	P	45%	-	-	
W2 Anteil der erledigten Geschäfte, die mehr als ein Jahr beanspruchen	P	35%	-	-	
W3 Zahlungen des Staates an amtliche Verteidigungen in Fr.	P	117 989	120 000	88 661	-31 339
W4 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände in Fr.	P	39 393	67 000	43 959	-23 041
W5 Zahlungen des Staates an Entschädigungen an Parteien in Fr.	P	0	25 000	0	-25 000
Leistungen					
L1 Anzahl Erledigungen	P	166	175	118	-57
L2 Anzahl Eingänge	P	176	20	26	6
L3 Anzahl Pendenzen Ende Jahr	P	118	36	26	-10
L4 Verhältnis Erledigungen/Eingänge laufendes Jahr (EQ I)	P	0,41	-	-	
L5 Verhältnis Erledigungen/Eingänge Vorjahre (EQ II)	P	0,87	-	-	
L6 Verhältnis Erledigungen/Eingänge Total (EQ III)	P	0,94	-	-	
Wirtschaftlichkeit					
B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	P	13 334	18 131	14 668	-3 463
Abweichungsbegründungen					
W1-W2	Im Hinblick auf die Aufhebung des Kassationsgerichts werden diese Indikatoren nicht mehr erhoben, da sie nicht mehr aussagekräftig erscheinen. Es gab im Berichtsjahr nur noch wenig Neueingänge; es waren die noch vorhandenen Fälle zu erledigen.				
L1	Im Hinblick auf die Aufhebung des Gerichts wurden im Lauf des Jahres bereits zwei Stellen im juristischen Sekretariat abgebaut.				
L4-L6	Diese Indikatoren werden nicht mehr erhoben. Sie sind in Hinblick auf die Aufhebung des Gerichtes und die Erledigung der noch pendenten Fälle nicht mehr aussagekräftig.				
B1	Der durchschnittliche Nettoaufwand pro Prozess fiel vor allem wegen überproportional hohen, Einnahmen tiefer als veranschlagt aus.				

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,3	0,7	1,6	0,8
Aufwand	-3,5	-3,9	-3,3	0,6
Saldo	-2,2	-3,2	-1,7	1,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	11,0	11,0	9,8	-1,2

Erfolgsrechnung

Es wurden durch haushälterischen Umgang mit den finanziellen Mitteln Einsparungen erzielt. Vor allem aber hat der unerwartet hohe Ertrag zur ausgewiesenen Saldoverbesserung geführt.

Personal

Im Hinblick auf die für 2012 bevorstehende Auflösung des Gerichts wurden im Laufe des Jahres bereits zwei juristische Stellen abgebaut.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	73 868	-2 998	0	70 870	-2 998

Die im Berichtsjahr aufgelösten Rücklagen wurden für Personalanlässe verwendet. Es wird im Hinblick auf die künftige Aufhebung des Kassationsgerichts keine Neubildung von Rücklagen beantragt.

9062 Landwirtschaftsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Landwirtschaftsgerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2012 veröffentlicht wird.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,0	0,0	–0,0
Aufwand	–0,0	–0,0	–0,0	0,0
Saldo	–0,0	–0,0	–0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

9063 Verwaltungsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2012 veröffentlicht wird. Gleichzeitig wird der Rechenschaftsbericht 2011 auf der Website des Verwaltungsgerichts abrufbar sein (www.vgrzh.ch).

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen					
W1	Anzahl abgeschlossener Prozesse innert 6 Monaten (absolut / in %)	P 800/83%	800/80%	863/82%	63/2%
W2	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 6 und 12 Monaten (absolut / in %)	P 124/13%	150/15%	167/16%	17/1%
W3	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 12 und 24 Monaten (absolut / in %)	P 26/3%	40/4%	17/2%	-23/-2%
W4	Anzahl abgeschlossener Prozesse über 24 Monate (absolut / in %)	P 13/1%	10/1%	3/0%	-7/-1%
W5	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	P 69 321	100 000	85 700	-14 300
Leistungen					
L1	Anzahl der erledigten Prozesse	P 963	1 000	1 050	50
L2	Anzahl Eingänge	P 1 020	1 000	1 049	49
L3	Anzahl Pendenzen	P 374	300	374	74
Wirtschaftlichkeit					
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	P 6 004	6 426	6 179	247
Abweichungsbegründungen					
W1+W2	Sowohl die Anzahl der abgeschlossenen Prozesse innert sechs Monaten als auch die Anzahl innert sechs bis zwölf Monaten konnte gesteigert werden. Insgesamt wurden innert zwölf Monaten 98% der Prozesse abgeschlossen.				
W5	Erhöhte Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände infolge Zunahme der Gesuche im Fürsorge-, Ausländer- und Strafvollzugsrecht.				
L1+L2	Die Anzahl der erledigten Prozesse konnte von 1000 auf 1050 erhöht werden. Damit konnten die zusätzlichen (nicht budgetierten) Eingänge aufgefangen werden.				
B1	Dank höheren Ertrags und mehr erledigter Prozesse konnte trotz höheren Aufwands (als budgetiert) die Wirtschaftlichkeit verbessert werden.				

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,6	2,2	2,5	0,2
Aufwand	-8,4	-8,7	-9,0	-0,3
Saldo	-5,8	-6,4	-6,5	-0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1	-0,2	-0,2	-0,0
Saldo	-0,1	-0,2	-0,2	-0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	32,7	34,3	34,2	-0,1

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Die Verbesserung auf der Ertragsseite ist auf höhere Gebührenerträge zurückzuführen (mehr Eingänge und höhere Streitwerte).

Aufwand:

Höherer Aufwand als budgetiert, verursacht durch die nötige Erneuerung der Serverlandschaft sowie unvorhergesehene Probleme bei der Migration auf Windows 7 und Office 2010.

Die höhere Geschäftslast erforderte eine Erhöhung des Personalbestands um 1,5 Stellen (budgetiert war eine Erhöhung um 1,6 Stellen).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2011)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	262 256	-49 200	0	213 056	-49 200

Um ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, wurden zusätzliche Rücklagen (zu den geplanten) aufgelöst. Deshalb wird zulasten der Rechnung 2011 keine Rücklagenbildung beantragt.

9064 Sozialversicherungsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Sozialversicherungsgerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2012 veröffentlicht wird.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2010	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen innert sechs Monaten	P	27	35	26	-9
W2	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen nach über einem Jahr	P	64	55	60	5
W3	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	P	404 222	430 000	417 224	-12 776
W4	Zahlungen des Staates an Parteien	P	8 600	4 000	4 800	800
Leistungen						
L1	Anzahl Erledigungen	P	2 738	2 870	2 705	-165
L2	Anzahl Eingänge	P	2 569	2 700	2 530	-170
L3	Anzahl Pendenzen	P	2 717	2 630	2 544	-86
L4	Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1:1	min.	1.07	1.06	1.07	0.01
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft in Fr.	P	4 454	4 574	4 728	154

Finanzielle Entwicklung

	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
<i>(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)</i>				
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,8	0,8	0,8	0,0
Aufwand	-13,0	-13,9	-13,6	0,3
Saldo	-12,2	-13,1	-12,8	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-0,3	-0,1	0,2
Saldo		-0,3	-0,1	0,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	64,2	66,9	66,1	-0,8

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Verbesserung bei den Gerichtsgebühren (+40 000)

Aufwand:

Es konnten weniger Anstellungen vorgenommen werden, als nötig gewesen wären (+170 000),
 Minderaufwand beim Unterhalt von Informatik-Hardware (+57 000) und bei den planmässigen
 Abschreibungen von Sachanlagen (+44 000).

Investitionsrechnung

Das Informatikprojekt «Realisierung einer virtuellen Client-Infrastruktur» liess sich einerseits kosten-
 günstiger realisieren und musste andererseits aus technischen Gründen zeitlich etwas gestreckt werden
 (Beendigung erst im Frühling 2012 geplant) (+180 000).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	303 275	-33 688.30	0	269 587	-33 688

9065 Baurekursgericht

Die ausführliche Berichterstattung des Baurekursgerichts ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich über das Berichtsjahr. Dieser wird im April 2012 veröffentlicht. Gleichzeitig wird der das Baurekursgericht betreffende Teil auf der Homepage des Baurekursgerichts www.baurekursgericht-zh.ch aufgeschaltet sein.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Weiterzüge (Beschwerden) ans Verwaltungsgericht	P	15,0%	< 15%	11,5%	–
W2	Vom Verwaltungsgericht korrigierte BRG-Entscheide	P	4,2%	< 5%	3,4%	–
W3	Abweisung von Beschwerden durch Verwaltungsgericht	P	–	> 66%	68,9%	–
Leistungen						
L1	Einhaltung Verfahrensdauer § 339a PBG	min.	89,6%	> 80%	89,6%	–
L2	Verhältnis Eingänge : Erledigungen	min.	1 : 1,02	1 : 1	1 : 1,13	–
L3	Eingänge	P	994	1 100	844	–256
L4	Erledigungen	P	1 021	1 100	950	–150
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad	P	31,0%	26,5%	35,4%	8,9%
B2	Kosten je Rekursverfahren in Fr. (netto)	P	3 996	4 300	4 050	250
Abweichungsbegründungen						
L3+L4	Die Budgetierung wurde noch unter den vormaligen Baurekurskommissionen vorgenommen. Da aber das Baurekursgericht bei Rekursen gegen im koordinierten Verfahren ergangene Entscheide nicht mehr pro angefochtenen Entscheid ein Verfahren anlegt, sondern in derartigen Fällen nur noch ein Geschäft eröffnet, ergibt sich eine Differenz von rund 100 Fällen pro Jahr, die bei den Eingängen ab Berichtsjahr durchschlägt. Bei den Erledigungen wirkt sich die Neuerung im Berichtsjahr teilweise und ab 2012 vollumfänglich aus. Diese Massnahme bringt eine Optimierung der administrativen Abläufe; der für die eigentliche Falllösung erforderliche Bearbeitungsaufwand bleibt indessen unverändert. Hinzu kommen weniger Eingänge als prognostiziert. Hingegen konnten die Pendenzen abgebaut werden.					
B1+B2	Vergleiche hierzu die Kommentierung der Erfolgsrechnung					
	Bezugsgrössen der Wirkungsindikatoren:					
W1	Jahresausstoss des Baurekursgerichts. Der Indikator lässt auf die Akzeptanz der BRG-Entscheide schliessen.					
W2	Jahresausstoss des Baurekursgerichts					
W3	Alle durch das Verwaltungsgericht materiell beurteilten Fälle					

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,8	1,7	2,1	0,4
Aufwand	-5,9	-6,4	-6,0	0,5
Saldo	-4,1	-4,7	-3,8	0,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	28,0	27,0	27,9	0,9

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+0,4 Die budgetierten Gebühreneinnahmen konnten übertroffen und gegenüber dem Budget 2011 um rund 23% gesteigert werden. Im Vergleich zum Vorjahr konnten zwar weniger in Rechtskraft erwachsene, materiellrechtliche Verfahren verrechnet werden. Diese fielen aber ertragsmässig stärker ins Gewicht. Zudem konnten mehr formellrechtliche Verfahren in Rechnung gestellt werden.

Aufwand:

+0,5 Die personalbezogenen Ausgaben verringerten sich hauptsächlich aufgrund der nicht vollständigen Ausschöpfung der bewilligten Stellen, der angefallenen Rotationsgewinne, eines mehrheitlichen Bezugs der Dienstaltersgeschenke in Form von Urlaubstagen, einer bereits im Jahre 2010 zu verbuchenden Überbrückungsrente, der Anstellungen in der Anlaufstufe (die innerhalb von drei Jahren in die Leistungsstufe zu überführen sind), der verbuchten Lohnrückerstattungen und der geringer angefallenen Entschädigungszahlungen an die Richter. Aufgrund dieser Einsparungen konnten die Mehrausgaben für die nicht budgetierten, aber bewilligten Beförderungen bzw. die gewährte Teuerung sowie eine Stellenanpassung ohne Weiteres kompensiert werden. Zudem resultierten durch eine budgetierte, aber nicht erfolgte Mietzinserhöhung sowie durch den sparsamen Umgang beim Sachaufwand insgesamt weitere Minderausgaben.

Saldo:

+0,9 Die Minderausgaben und die Mehreinnahmen führten zur positiven Budgetabweichung.

Personal

Der im Budget 2011 aufgeführte Beschäftigungsumfang von 27,0 Stellen bezieht sich nur auf die Stellen der Kanzlei. Die vom Kantonsrat gewählten Baurichter mit insgesamt 2,4 Stellen sind darin nicht enthalten. Der vom Personalamt berechnete Beschäftigungsumfang der Rechnung 2011 berücksichtigt hingegen auch die Stellen der Baurichter. Um diese berichtigt, ergibt das für die Kanzlei einen tatsächlichen Beschäftigungsumfang von 25,5. Die Abweichung von 1,5 Stellen gegenüber dem Budget 2011 ist die Folge von Vakanzen und unbezahlten Urlauben.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	226 315	-12 956	0	213 359	-12 956

Auflösung von Rücklagen 2011

Rücklagenauflösung für Personal- und Abteilungsanlässe

Antrag auf Bildung von Rücklagen 2011

Der Rücklagenbestand am 31. Dezember 2011 beträgt mehr als 5% der Lohnsumme im Berichtsjahr. Aus diesem Grund können keine Rücklagen gebildet werden.

9066 Steuerrekursgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2012 veröffentlicht wird.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Anzahl abgeschlossener Prozesse innert sechs Monaten	P	- 540/75%	573/85%	33/10%	
W2	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen sechs und zwölf Monaten	P	- 108/15%	85/13%	-23/-2%	
W3	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 12 und 24 Monate	P	- 72/10%	17/2%	-55/-8%	
W4	Anzahl abgeschlossener Prozesse über 24 Monate	P	- 0/0%	0/0%	0/0%	
Leistungen						
L1	Anzahl der erledigten Prozesse	P	794	720	675	-45
L2	Anzahl Eingänge	P	763	720	763	43
L3	Anzahl Pendenzen	P	220	253	308	55
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	P	3 215	3 302	3 277	25

Die Indikatoren wurden im KEF 2011–2014 mit Ausnahme des für das Steuerrekursgericht nicht aussagekräftigen Indikators W5 (Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände) an diejenigen des Verwaltungsgerichts angeglichen. Die Darstellung der Indikatoren in der Rechnung 2011 übernimmt diese Anpassungen.

Von den 2011 abgeschlossenen Geschäften konnten deutlich mehr innert sechs Monaten erledigt werden als erwartet (85% anstatt 75%). Die Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 12 und 24 Monaten konnte deutlich tiefer gehalten werden als geplant (2% anstatt 10%).

Die geringere Anzahl Erledigungen ist einerseits auf die noch unvollständige Kompensation der sehr hohen Leistungsfähigkeit eines in den Ruhestand getretenen Richters, andererseits auf den erst im zweiten Halbjahr stark erhöhten Eingang an Geschäften zurückzuführen. Letztere Geschäfte konnten bei einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von knapp vier Monaten nur in geringerem Umfang noch in der Berichtsperiode erledigt werden.

Trotz der geringeren Anzahl Erledigungen fiel der Nettoaufwand pro erledigten Prozess tiefer aus als prognostiziert. Begründet ist dies insbesondere durch Aufwandeinsparungen im Personalbereich und durch einen deutlich höheren Gebührenertrag als erwartet.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,9	0,9	1,0	0,1
Aufwand	-3,5	-3,2	-3,2	0,1
Saldo	-2,6	-2,4	-2,2	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	15,3	14,8	14,3	-0,5

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+0,1 Die budgetierten Gebühreneinnahmen wurden um knapp 12% übertroffen. Die Mehreinnahmen sind – in Anbetracht der geringeren Anzahl Geschäftserledigungen als vorgesehen – insbesondere auf die Anwendung der neuen Gebührenverordnung des Verwaltungsgerichts sowie auf die vermehrte Erledigung und Abrechnung ertragsstarker Geschäfte mit hohen Streitwerten nach Eintritt der Rechtskraft zurückzuführen. Zudem gingen höhere Rückerstattungen der Streitparteien für Gutachterkosten ein.

Aufwand:

+0,1 Aufwandseitig führten im Bereich der Personalkosten vor allem die nicht vollständige Ausschöpfung der budgetierten Planstellen und der Verzicht auf den Einsatz von Ersatzrichtern, aber auch Lohnrückerstattungen durch die Erwerbersatzordnung und den Unfallversicherer bzw. die Rückerstattung von Weiterbildungskosten durch eine Mitarbeiterin zur Entlastung der Erfolgsrechnung. Beim Sachaufwand mussten massiv mehr tatsächliche Forderungsverluste hingenommen werden als vorgesehen. Die hiermit verbundene Verminderung des Delkrederes für notleidende Forderungen hatte eine nur partielle Kompensation dieses Mehraufwands zur Folge. Da mehr Geschäfte als geplant eines Gutachtens bedurften, wurden die hierfür prognostizierten Kosten überschritten. Schliesslich war das Inkasso der Gerichtsgebühren kostenintensiver als vorgesehen.

Saldo:

+0,2 Die Mehreinnahmen und die Minderausgaben führten zur positiven Budgetabweichung.

Personal

Der im Budget 2011 aufgeführte Beschäftigungsumfang wurde nicht vollständig ausgeschöpft. Im Vergleich zum Budget 2011 blieben bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern sowie beim Leitenden Gerichtsschreiber insgesamt 0,4 Stellen, bei den Mitarbeiterinnen des Administrativsekretariats 0,1 Stellen unbesetzt.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	115 570	-18 867	7 000	103 703	-11 867

Durch die nicht vollständige Ausschöpfung der internen Planstellen bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern sowie zufolge Nichtvergabe von Fällen an die Ersatzrichterschaft konnten bei den Personalkosten erhebliche Einsparungen im Vergleich zum Budget getätigt werden. Die Mehrkosten beim Sachaufwand sind in erster Linie auf einen trotz intensiver Inkassobemühungen erhöhten Abschreibungsbedarf bei Gerichtsgebühren sowie auf einen erhöhten Bedarf nach Gutachten (weitgehend exogene Faktoren) zurückzuführen. Trotz der Einsparungen im Personalkostenbereich konnten durch die Erledigung und Rechtskraft einer vermehrten Anzahl Geschäfte mit hohen Streitwerten im Zusammenwirken mit der Einführung der neuen Gebührenverordnung wesentlich mehr Gebühren abgerechnet werden als budgetiert.

9300 Zürcher Verkehrsverbund

Zum materiellen Teil wird auf den Geschäftsbericht des ZVV verwiesen.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Personenkilometer (in Mio.)	P	2 929	2 880	n.n.b.	
W2	Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren, Indexpunkte)	min.	76	77	76	-1
Leistungen						
L1	Zugskilometer S-Bahn (in Mio.)	P	21,764	21,800	21,960	0,160
L2	Zugskilometer Tram (in Mio.)	P	11,242	11,800	11,880	0,080
L3	Wagenkilometer Bus (in Mio.)	P	44,334	43,900	44,800	0,900
L4	Kilometer Schiffe und Bergbahnen (in Mio.)	P	0,539	0,540	0,540	-
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostenunterdeckung Zugs- bzw. Wagenkilometer (in Fr.)	P	4,63	5,01	4,44	-0,57
B2	Kostenunterdeckung Verbund (in Mio. Fr.)	P	360,8	390,6	351,9	-38,7
B3	Gesamtkosten Zugs- bzw. Wagenkilometer (in Fr.)	P	11,49	12,13	11,59	-0,54
Abweichungsbegründungen						
W1	Die tatsächlichen Personenkilometer im Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis ins Frühjahr.					
W2	Das Strategieziel wurde in der letzten Messung knapp verfehlt. Die steigende Nachfrage erschwert es, die Kundenzufriedenheit auf einem so hohen Niveau zu halten.					
L1-L4	Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan berechnen. Das Budget wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt.					
B1-B2	Da die Kostenunterdeckung tiefer ausfiel als budgetiert und mehr Kilometer gefahren wurden als im Voraus geschätzt, blieb die Kostenunterdeckung pro km deutlich unter den Erwartungen.					
B3	Da die Gesamtkosten tiefer ausfielen als budgetiert und mehr Kilometer gefahren wurden als im Voraus geschätzt, liegen die Gesamtkosten pro km deutlich unter den Erwartungen.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	894,6	946,5	917,6	–29,0
Staatsbeitrag der Volkswirtschaftsdirektion	180,4	195,3	176,0	–19,4
Aufwand	–894,6	–946,5	–917,6	29,0
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,1			
Saldo	–0,1			
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	29,6	31,0	29,5	–1,5

Erfolgsrechnung

Der Aufwand blieb vor allem durch geringere Entschädigungen an die Verkehrsunternehmungen um 29 Mio. Franken unter Budget. Da auch Verkehrs- und Nebenerträge höher als erwartet ausfielen, liegt die durch Kanton und Gemeinden je zur Hälfte zu tragende Kostenunterdeckung um 38 Mio. Franken tiefer als budgetiert.

Personal

Aufgrund von Unterbrüchen bei Personalwechsln und von Restanteilen verschiedener Teilzeitanstellungen wurde der Stellenplan nicht ganz ausgeschöpft.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand
Rücklagen	267 707	0	0	267 707	0

Bilanz 9300 Zürcher Verkehrsverbund

in Mio. Franken	per 31.12.2011	per 31.12.2010	Differenz R 10/11	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	248,4	210,7	37,8	17,9
Finanzvermögen ¹	248,4	210,7	37,8	17,9
Flüssige Mittel	0,0	0,0	0,0	250,1
Forderungen	118,4	82,7	35,7	43,2
Kurzfristige Finanzanlagen	130,0	127,9	2,1	1,6
Aktive Rechnungsabgrenzung				
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen (AV)	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzvermögen ¹	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen				
Sachanlagen				
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	248,4	210,7	37,8	17,9
Fremdkapital (FK)	-248,2	-210,4	-37,8	-18,0
Kurzfristiges Fremdkapital	-214,8	-192,2	-22,6	-11,8
Laufende Verbindlichkeiten	-20,1	-16,3	-3,8	-23,5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-24,9	-5,9	-19,0	-325,2
Passive Rechnungsabgrenzung	-169,6	-169,8	0,2	0,1
Kurzfristige Rückstellungen	-0,3	-0,2	-0,0	-19,2
Langfristiges Fremdkapital	-33,4	-18,2	-15,1	-83,1
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-19,4	-5,5	-13,9	-251,2
Langfristige Rückstellungen	-14,0	-12,7	-1,3	-10,1
Fonds im Fremdkapital				
Eigenkapital (EK)	-0,3	-0,3	0,0	0,0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen	-0,3	-0,3	0,0	0,0
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Total Passiven	-248,4	-210,7	-37,8	-17,9
¹ Total Finanzvermögen	248,4	210,7	37,8	17,9

9510 Universitätsspital Zürich

Es besteht ein eigener Geschäftsbericht des Universitätsspitals, Herausgabe voraussichtlich Anfang Mai 2012.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Beurteilung der Spitalbetreuung insgesamt: Anteil Problemmeldungen (PEQ - Fragebogen, Frage 14, Verein Outcome 2009)	max.	n. v.	< 45%	n. v.	n. v.
W2	Ungeplante Rehospitalisationen (2003: 5,1%; 2006: 5,1%)	max.	n. v.	< 5%	n. v.	n. v.
Leistungen						
L1	Stationäre Patientenaustritte total (einschliesslich Säuglinge)	P	36 457	35 998	37 447	1 449
L2	– davon Grundversicherte (GV)	P	28 587	28 348	29 599	1251
L3	– davon Zusatzversicherte (ZV)	P	7 870	7 650	7 848	198
L4	Ambulante Taxpunkte in Mio.	P	178,2	179,7	192,2	12,5
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten je APDRG-Normalfall in Fr., Fallschwere bereinigt (nur somatische Akutversorgung)		n. v.	10745	n. v.	n. v.

Im Berichtsjahr konnten die erbrachten medizinischen Leistungen sowohl stationär als auch ambulant gesteigert werden, was sich wiederum im Berichtsjahr in der Ertragssteigerung zeigt.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1 058,7	1 048,3	1 100,3	52,0
Staatsbeiträge	258,7	263,8	272,0	8,2
Aufwand	-1 060,8	-1 048,3	-1 095,5	-47,2
Saldo	-2,2	0,0	4,8	4,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0,4	0,4
Ausgaben	-43,6	-52,9	-46,9	6,0
Saldo	-43,6	-52,9	-46,5	6,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	5 045,0	5 215,0	5 109,3	-105,7

Erfolgsrechnung

Der Ertrag konnte um 52,0 Mio. Franken bzw. 5,0% gegenüber Budget gesteigert werden.

Die wichtigsten Faktoren waren:

- +19,1 Mio. Zunahme stationärer Ertrag aufgrund Zunahme der Nachfrage und punktueller Tarifierhöhung
- +16,6 Mio. Starke Zunahme ambulanter Ertrag aufgrund Zunahme gesteigerter Produktivität und verbesserter Leistungserfassung
- +1,7 Mio. Zunahme sonstiger medizinischer Ertrag aufgrund Mehrleistungen
- +1,2 Mio. Zunahme beim nicht medizinischen Ertrag wie z. B. Parkplatzvermietung, Personalrestaurant, Kiosk, Vermietung Personalwohnungen usw.
- +8,2 Mio. Höherer Staatsbeitrag aufgrund exogener Faktoren (wie z. B. Teillohnrevision, Teuerung, Erhöhung Sozialversicherungsbeiträge usw.) sowie stationärer Mehrleistungen für KVG-ZH-Patienten

Der Aufwand stieg um 47,2 Mio. Franken bzw. um 4,5%, insbesondere wegen folgender Gründe:

- 37,7 Mio. Zunahme des Personalaufwandes, hauptsächlich aufgrund der Teillohnrevision, der Umsetzung der Arbeitsgesetzunterstellung, der Teuerung sowie der gestiegenen Sozialversicherungsbeiträge. Gleichzeitig konnte mit einer Stellenreduktion eine Einsparung im Umfang von rund 16,0 Mio. Franken realisiert werden. Zum Aufbau neuer Angebote und aufgrund der starken Leistungszunahme wurden auch neue Stellen geschaffen.
- 3,3 Mio. Zunahme des Arzthonoraraufwandes gegenüber Budget
- 0,1 Mio. Minimale Zunahme des medizinischen Aufwandes trotz starken Mengenzuwachses stationär und ambulant. Im Bereich der Materialien und Medikamente wurden gezielt Sparmassnahmen umgesetzt.
- 4,4 Mio. Abnahme der Kapitalkosten insbesondere aufgrund tieferer Nutzungsgebühren der Immobilien

Investitionsrechnung

Budgetabweichungen aufgrund von Verschiebungen von Geräte- und Softwareanschaffungen auf 2012. Insgesamt werden 5,0 Mio. Franken der Budgetunterschreitung auf 2012 übertragen.

Personal

Die Veränderung im Personalbestand ist insbesondere zurückzuführen auf die:

- Umsetzung des Arbeitsgesetzes
- Umsetzung von Stellenkürzungen und Sozialplan
- Schaffung neuer Stellen zur Abdeckung neuer Anforderungen

Ergebnisverwendung

Die Jahresrechnung 2011 schliesst mit einem Gewinn von 4,8 Mio. Franken (Vorjahr Verlust –2,2 Mio. Franken). Dieser ist hauptsächlich eine Folge aus der Zunahme der Nachfrage der Leistungen im stationären sowie ambulanten Bereich sowie der Kosteneinsparungen.

Die Zahl der Patienten und der erbrachten Leistungen nahm gegenüber 2010 weiter zu. Die stationären Austritte erhöhten sich gegenüber 2010 auf 37 447 (+2,7%). Der Anteil der Zusatzversicherten sank leicht gegenüber dem Vorjahr von 22% auf 21%. 50% der stationären Eintritte erfolgten über den Notfall. Die Pflégetage erhöhten sich auf 284 598 (+2,7 %) und die durchschnittliche Aufenthaltsdauer blieb unverändert gegenüber dem Vorjahr bei 8,0 Tagen. Insgesamt haben 503 358 ambulante Besuche stattgefunden (+4,1%). Die ambulanten Taxpunkte stiegen deutlich um 8,1% auf 192 213 Mio. Franken an.

Der Betriebsertrag erhöhte sich um 41,6 Mio. Franken (+3,9%) auf 1100,3 Mio. Franken. Das grösste Wachstum gegenüber dem Vorjahr war bei den allgemein versicherten stationären Patienten (+16,3 Mio. Franken) und in der ambulanten Behandlung (+10,9 Mio. Franken) zu verzeichnen. Bei den ambulanten Leistungen spielten neben einer tatsächlich höheren Nachfrage auch die besonderen Massnahmen zur Vollständigkeit bei der Leistungserfassung eine Rolle. Der Staatsbeitrag des Kantons Zürich erhöhte sich gegenüber 2010 um 13,3 Mio. Franken auf 272,0 Mio. Franken. Dies als Folge von exogenen Faktoren wie auch aufgrund der Leistungszunahme bei den KVG-ZH-Patienten.

Der Betriebsaufwand überstieg mit 1095,5 Mio. Franken das Vorjahr um 34,7 Mio. Franken (+3,3%). Den grössten absoluten Anstieg gegenüber 2010 verzeichnete der Personalaufwand mit +21,9 Mio. Franken (+3,6%). Wichtigste Gründe dafür sind die Teillohnrevision, die Umsetzung des Arbeitsgesetzes, der Teuerungsausgleich, die Erhöhungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen sowie das Mengenwachstum bei den Leistungen. Bedeutend weniger stark zugenommen als in den Vorjahren hat der medizinische Aufwand (+3,2 Mio. Franken / +1,6%). Der nicht medizinische Aufwand hat aufgrund des hohen Nachholbedarfs beim Unterhalt der Infrastruktur, bei der Informationstechnologie und bei den Supportbereichen sowie abgegrenzter, noch nicht durchgeführter Forschungsprojekte um 12,8 Mio. Franken (+12,6%) zugenommen. Insgesamt konnte das Kostenwachstum dank der durchgeführten Sparmassnahmen jedoch merklich gebremst werden. Dazu beigetragen haben insbesondere die Massnahmen im Personalbereich (Abbau von 106 Vollzeitstellen) sowie beim medizinischen Material (Neuverhandlungen von Preisen und Sortimentsbereinigung).

Die Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen) für die Nutzung der Immobilien und der Mobilien sind gegenüber dem Vorjahr fast gleich hoch geblieben.

Der Jahresgewinn von 4,8 Mio. Franken soll dem Eigenkapital gutgeschrieben werden. Dieses beläuft sich nach Gewinnverwendung auf 9,3% der gesamten Bilanzsumme und muss damit immer noch als sehr tief beurteilt werden.

Bilanz 9510 Universitätsspital Zürich

in Mio. Franken	per 31.12.2011	per 31.12.2010	Differenz R 10/11	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	267,4	235,0	32,4	13,8
Finanzvermögen ¹	267,4	235,0	32,4	13,8
Flüssige Mittel	6,7	8,6	-1,9	-21,8
Forderungen	130,6	128,7	1,9	1,4
Kurzfristige Finanzanlagen	0,3	0,4	-0,1	-36,5
Aktive Rechnungsabgrenzung	125,4	91,3	34,1	37,3
Vorräte und angefangene Arbeiten	4,5	5,9	-1,5	-24,6
Anlagevermögen (AV)	134,8	122,1	12,7	10,4
Finanzvermögen ¹	3,4	3,4	0,0	0,0
Finanzanlagen	3,4	3,4	0,0	0,0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	131,4	118,7	12,7	10,7
Sachanlagen	116,9	107,8	9,1	8,4
Immaterielle Anlagen	14,5	10,9	3,6	33,0
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen		0,0		0,0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	402,2	357,1	45,1	12,6
Fremdkapital (FK)	-364,9	-324,6	-40,3	-12,4
Kurzfristiges Fremdkapital	-216,9	-198,3	-18,5	-12,8
Laufende Verbindlichkeiten	-157,5	-145,1	-12,5	-8,6
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-28,1	-26,2	-1,9	-7,2
Kurzfristige Rückstellungen	-31,2	-27,0	-4,2	-15,5
Langfristiges Fremdkapital	-148,0	-126,2	-21,8	-17,2
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-128,6	-114,6	-14,1	-12,3
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-2,8	-1,7	-1,0	-57,7
Langfristige Rückstellungen	-15,3	-8,8	-6,5	-73,7
Fonds im Fremdkapital	-1,3	-1,1	-0,2	-18,4
Eigenkapital (EK)	-37,4	-32,5	-4,8	-14,8
Fonds im Eigenkapital	-0,7	-0,7	0,0	0,0
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	-23,5	-25,6	+2,2	+8,5
Dotationskapital	-8,4	-8,4	0,0	0,0
Jahresergebnis	-4,8	2,2	-7,0	-320,1
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Total Passiven	-402,2	-357,1	-45,1	-12,6
¹ Total Finanzvermögen	270,8	238,4	32,4	13,6

9520 Kantonsspital Winterthur

Detaillierte Informationen und Kennzahlen zum Geschäftsgang des Kantonsspitals Winterthur werden in einem eigenen Jahresbericht ab 13. April 2012 veröffentlicht. Dieser kann auf der Website unter www.ksw.ch als PDF-Dokument heruntergeladen oder per Mail an publikationen@ksw.ch in gedruckter Form bestellt werden.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit mit der ärztlichen Versorgung (A1)	min.	5,4	*	*	-
W2	Zufriedenheit mit pflegerischer Versorgung und Betreuung (A1)	min.	5,3	*	*	-
W3	Zufriedenheit mit Organisation, Management und Service (A1)	min.	5,2	*	*	-
W4	Ungeplante Rehospitalisationen nach SwissDRG in % (A1)	P	2	4	2	-2
Leistungen						
L1	Stationäre Patientenaustritte Total (A1)	P	23 934	23 548	24 479	931
L2	Stationäre Patientenaustritte, davon Grundversicherte (A1)	P	19 260	19 233	19 772	539
L3	Stationäre Patientenaustritte, davon Zusatzversicherte (A1)	P	4 674	4 315	4 707	392
Wirtschaftlichkeit						
B1	Rang in der Benchmark der bereinigten Fallkosten Kanton Zürich	P	1.	1.-3.	offen	-

Abweichungsbegründungen

Im Vergleich zum Globalbudget konnten wir eine Leistungssteigerung von 4% umsetzen. Wesentliche Mehrleistungen gegenüber dem Globalbudget wurden im Departement Chirurgie (+896 Patienten) erbracht. Der gute Ruf des KSW und seiner ausgewiesenen Fachkräfte ermöglichte wiederum eine wesentliche Zunahme der Anzahl zusatzversicherter Patienten.

* Zufriedenheit: Keine Messungen 2011 und 2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	341,7	336,0	360,1	24,1
Staatsbeiträge	100,7	101,2	102,6	1,3
Aufwand	-332,5	-336,0	-356,2	-20,2
Saldo	9,2	0,0	3,9	3,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,6	0,2	1,1	0,9
Ausgaben	-15,4	-31,9	-19,7	12,2
Kreditübertragungen aus 2009		-6,3		
Saldo	-14,8	-31,7	-18,6	13,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 717,6	1 710,0	1 814,4	104,4

Erfolgsrechnung

Der Ertrag steigt um 24,1 Mio. Franken oder 7,1%. Wichtigste Ursachen:

- +22,8 Mehrerträge durch höhere Patientenzahlen im ambulanten und stationären Bereich
- +1,3 Höherer Staatsbeitrag

Der Aufwand steigt um 20,2 Mio. Franken oder 6,1%.

Wichtigste Ursachen:

- 12,0 Mehraufwand für Mehrstellen infolge Eröffnung Assessmentstation auf den 1. Januar und Mehrleistungen, Mehraufwand aufgrund der Teillohnrevision, Teuerung 1,1%
- 6,5 Erhöhter medizinischer Bedarf (medizinisches Material, Implantate, Medikamente) aufgrund der höheren Fallzahlen im stationären und vor allem im ambulanten Bereich
- 2,2 Erhöhung von Lohnrückstellungen (Mehr-/Überzeiten, Ferienguthaben, Rückstellungen für Eventualverpflichtungen), bei gleichzeitiger Erhöhung von Einsätzen temporärer Arbeitskräfte und Personalbeschaffungskosten
- 2,6 Höhere Arzthonorare bedingt durch mehr zusatzversicherte Patienten
- 0,5 Verschiedene Mehraufwendungen
- 1,9 Tiefere Zinsen und Abschreibungen bedingt durch ein tieferes Investitionsvolumen
- 0,6 Tieferer Unterhalt für medizinische Geräte und Informatik
- 0,5 Veränderung Delkredere
- 0,4 Minderaufwand für Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie für Dienstleistungen Dritter
- 0,2 Minderaufwand bei Anschaffungen von medizinischen Geräten und Informatikmitteln

Investitionsrechnung

Das Budget der Investitionsrechnung für Mobilien wird infolge von Projektverzögerungen unterschritten. Dies betrifft v. a. nachstehende Projekte:

- +0,3 Teilerneuerung des IT-Centers 2 mit einem Stagesystem
- +0,3 Beschaffung Hardware für elektronisches Archivsystem
- +0,4 Beschaffung eines Patient Data Management Systems (PDMS) für das Zentrum für Intensivmedizin
- +1,0 Anschaffung eines Computertomografen
- +3,1 Anzahlung für einen Linearbeschleuniger
- +1,3 Ersatzbeschaffung von Röntgenanlagen
- +1,6 Beschaffung Angiografieanlage
- +0,3 Ersatzbeschaffung eines mobilen Röntgengerätes
- +0,5 Ersatzbeschaffung von Respiratoren

Personal

Mehrstellen infolge Eröffnung Assessmentstation auf den 1. Januar und Mehrleistungen

Antrag Gewinnverwendung

Das Kantonsspital Winterthur hat einen erfreulichen finanziellen Jahresabschluss 2011 erzielt. Die Zahl der Patienten und der erbrachten Leistungen nahm gegenüber dem Vorjahr weiter zu. Im Rahmen der neuen Aufbau- und Ablaufstrukturen konnte die bereits hohe Produktivität gegenüber dem Vorjahr gehalten werden, obwohl massgebliche Ressourcen für KSW-interne Projekte wie beispielsweise SwissDRG, DRG-Fachstellen, Patientenpfade und Prozessoptimierung usw. eingesetzt wurden.

Als Gewinnverwendung aus dem Jahresergebnis 2011 erfolgt der Antrag zur Genehmigung eines Betrags von Fr. 3 912 712.85 zur Stärkung der Eigenkapitalbasis des Kantonsspitals Winterthur.

Die Gewinnberechnung erfolgte gemäss den geltenden Regelungen für die Globalbudgetierung bei Akutspitalern. In Anbetracht des Jahresergebnisses erachten wir eine Erhöhung der Reserven aus der Gewinnverwendung 2011 in der beantragten Höhe als angemessen.

Bilanz 9520 Kantonsspital Winterthur

in Mio. Franken	per 31.12.2011	per 31.12.2010	Differenz R 10/11	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	64,3	60,3	4,0	6,7
Finanzvermögen¹	64,3	60,3	4,0	6,7
Flüssige Mittel	3,6	3,8	-0,3	-7,3
Forderungen	23,5	23,1	0,3	1,4
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	35,2	31,2	4,0	12,7
Vorräte und angefangene Arbeiten	2,1	2,0	0,0	1,0
Anlagevermögen (AV)	51,2	43,0	8,2	19,0
Finanzvermögen¹	1,7	1,7	0,0	0,0
Finanzanlagen	1,7	1,7	0,0	0,0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	49,5	41,3	8,2	19,8
Sachanlagen	42,6	38,5	4,2	10,9
Immaterielle Anlagen	6,9	2,8	4,0	141,1
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	115,5	103,3	12,2	11,8
Fremdkapital (FK)	-88,6	-80,3	-8,3	-10,4
Kurzfristiges Fremdkapital	-30,9	-30,9	0,0	0,0
Laufende Verbindlichkeiten	-21,2	-22,2	1,0	4,4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-0,1	-0,1	-0,0	-4,1
Passive Rechnungsabgrenzung	-2,4	-3,1	0,7	21,7
Kurzfristige Rückstellungen	-7,2	-5,6	-1,6	-29,1
Langfristiges Fremdkapital	-57,7	-49,4	-8,3	-16,9
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-47,6	-40,2	-7,5	-18,6
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-2,1	-1,3	-0,8	-60,6
Langfristige Rückstellungen	-5,9	-6,0	0,1	1,5
Fonds im Fremdkapital	-2,1	-1,9	-0,2	-9,1
Eigenkapital (EK)	-26,9	-23,0	-3,9	-17,0
Fonds im Eigenkapital	-0,6	-0,6	0,0	0,0
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	-18,7	-9,5	-9,2	-97,4
Dotationskapital	-3,7	-3,7	0,0	0,0
Jahresergebnis	-3,9	-9,2	5,3	57,6
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	0,0		0,0	0,0
Total Passiven	-115,5	-103,3	-12,2	-11,8
¹ Total Finanzvermögen	66,0	62,0	4,0	6,5

9600 Universität

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2011 der Universität Zürich zu entnehmen.

Herausgeberin: Universitätsleitung der Universität Zürich

Voraussichtliches Publikationsdatum: 27. April 2012

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011	
Wirkungen						
W1	Anzahl laufende Evaluationen	P	36	34	36	2
W2	Anzahl laufende SNF-Projekte	P	454	470	534	64
W3	Anzahl laufende EU-Projekte	P	112	150	110	-40
W4	Anzahl Erstabschlüsse	P	3 105	3 250	3 399	149
W5	Anzahl Doktorate Medizin/Veterinärmedizin	P	362	295	226	-69
W6	Beschäftigung im ersten Jahr nach dem Abschluss	P	96,0	-	-	-
W7	Durch Drittmittel finanzierte Stellen (Vollzeitäquivalente auf 31. Dezember)	P	1 365	1 360	1 442	82
Leistungen						
L1	Anzahl Doktorate (ohne Medizin/Veterinärmedizin)	P	451	395	406	11
L2	Anzahl Habilitationen	P	79	70	87	17
L3	Anzahl Studierende (einschliesslich Doktorierende und MAS-Studierende)	P	26 168	26 378	26 267	-111
L4	Anzahl Professuren (in Vollzeitäquivalenten auf 31. Dezember)	P	507	536	527	-9
L5	Anzahl Mittelbaustellen (in Vollzeitäquivalenten auf 31. Dezember)	P	1 807	1 832	1 872	40
L6	Hauptnutzflächen in m ²	P	309 621	312 300	310 855	-1 445
L7	Hauptfachstudierende pro Professur Rechtswissenschaften (einschliesslich Doktorierende)	P	92,5	81,7	83,0	1,3
L8	Hauptfachstudierende pro Professur Wirtschaftswissenschaften (einschliesslich Doktorierende)	P	53,4	56,1	52,0	-4,1
L9	Hauptfachstudierende pro Professur Philosophische Fakultät (einschliesslich Doktorierende)	P	89,5	83,1	85,6	2,5
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Forschung, Lehre und Dienstleistung pro Student/in Fr.	P	21 354	21 560	21 651	91
Abweichungsbegründungen						
W6	Die Erhebung wird alle zwei Jahre durch das Bundesamt für Statistik durchgeführt (Rechnung 2010: Befragung 2009 der Studienabgänger/innen 2008, Resultate waren im Frühjahr des Berichtsjahres verfügbar). Da die Daten der Befragung im Berichtsjahr erst im Frühjahr 2013 verfügbar sind, erfolgt in der Rechnung 2011 keine Angabe zur Beschäftigungssituation der Absolventinnen und Absolventen.					
L3	Die Anzahl Studierende ist etwas niedriger als budgetiert, aber im Vergleich zur Rechnung 2010 ergibt sich ein marginales Wachstum (0,4%).					
L4	Die Anzahl Professuren beinhaltet auch drittmittelfinanzierte Stellen, mit entsprechend geringerer Planungsbeständigkeit als die aus universitären Mitteln finanzierten Planstellen.					
L5	Die Anzahl Mittelbaustellen beinhaltet im Gegensatz zu den Professuren ausschliesslich die aus universitären Mitteln finanzierten Stellen, wobei der in der Rechnung 2011 angegebene Wert stichtagsbezogen ist und auch kurzfristige, temporär besetzte Stellen umfasst.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1 182,7	1 187,8	1 232,5	44,7
Beiträge Bund	116,2	115,2	117,9	2,7
Beiträge anderer Kantone	129,1	129,0	134,6	5,6
Kostenbeitrag des Kantons Zürich	562,5	572,4	572,4	0,0
Aufwand	-1 166,4	-1 187,8	-1 226,9	-39,1
Saldo	16,3	0,0	5,6	5,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen	15,6	3,5	16,5	13,0
Ausgaben	-49,7	-35,2	-50,9	-15,7
Saldo	-34,2	-31,7	-34,4	-2,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4 063,5	4 097,3	4 199,5	102,2

Erfolgsrechnung

Ertrag (+44,7):

- +13,5 Höhere Dienstleistungserträge in den Humanmedizinischen Instituten
- +8,4 Höhere Erträge aus Drittmitteln
- +8,1 Höherer Ertrag aus Auflösung passivierte Investitionsbeiträge
- +5,6 Höhere Beiträge andere Kantone (Beiträge gemäss Interkantonale Universitätsvereinbarung, IUUV)
- +2,7 Höherer Beitrag Bund (Grundbeiträge gemäss Universitätsförderungsgesetz [UFG])
- +2,4 Höherer Finanzertrag
- +2,3 Weitere Ertragssteigerungen
- +1,7 Mehrertrag aus Betriebsaufwand, der an Dritte verrechnet wurde (Brutto- statt Netto- prinzip gemäss IPSAS)

Aufwand (-39,1):

+3,3	Tiefere Beanspruchung Forschungskredit
+0,4	Weitere Aufwandsminderungen
-8,4	Mehraufwand für Drittmittelprojekte
-7,8	Höhere Abschreibungen Mobilien
-5,9	Höherer Betriebsaufwand für die Dienstleistungserbringung in den Humanmedizinischen Instituten
-5,6	Teuerung und Beförderung im Berichtsjahr (RRB 1641/2010 vom 17. November)
-5,4	Höherer Unterhalt von immateriellen Anlagen
-3,1	Höhere Verzinsung Mobilien gemäss kantonaler Vorgabe
-2,3	Ausgleich der Währungsverluste aus den Prefinance-Zahlungen für EU-Projekte (Finanzierungslücke durch Abwertung des Euros gegenüber dem Schweizer Franken für den Zeitraum 2008–2011)
-1,7	Betriebsaufwand, der an Dritte verrechnet wurde (Brutto- statt Nettoprinzip gemäss IPSAS)
-1,5	Erhöhung EO- und ALV-Arbeitgeberbeiträge 2011 (RRB 1641/2010)
-1,1	Höhere Nutzungskosten Gebäude Kanton

Investitionsrechnung

Einnahmen (+13,0):

+12,4	Erfolgreiche Einwerbung von Drittmitteln zur Finanzierung von Investitionsprojekten
+0,6	Höhere Beiträge vom Bund

Ausgaben (-15,7):

-12,4	Höhere Investitionsausgaben über Drittmittel
-1,9	Höhere Investitionsausgaben Hochspezialisierte Medizin (HSM) durch Verzögerung der Realisierung (Budget im Jahr 2010 eingestellt)
-1,4	Mehrausgaben Einrichtungskredite (keine Kompensationsmöglichkeit)

Personal

Die Rechnung 2011 ist stichtagsbezogen und beinhaltet somit auch kurzfristige, temporär besetzte Stellen.

Antrag Gewinnverwendung

Unter Einhaltung des budgetierten Kostenbeitrags der Bildungsdirektion in Höhe von 568,7 Mio. Franken konnte die Universität Zürich die leistungsbezogenen Einnahmen gegenüber dem Budget um 44,7 Mio. Franken steigern. Da die entsprechende Steigerung auf der Aufwandseite geringer gehalten werden konnte, ergibt sich für die Universität Zürich im Berichtsjahr ein positiver Saldo in Höhe von 5,6 Mio. Franken.

Als Gewinnverwendung aus dem Jahresabschluss 2011 erfolgt der Antrag zur Genehmigung einer Reservebildung von Fr. 5 605 272.71, zu verwenden für folgende Positionen (Werte in Mio. Franken):

+4,31	Einlage in Reserve Forschung
+0,41	Einlage in Reserve Weiterbildung
-0,60	Auflösung Reserve Mensen
+1,49	Einlage in die freie Reserve

Bilanz 9600 Universität

in Mio. Franken	per 31.12.2011	per 31.12.2010	Differenz R 10/11	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	377,4	359,2	18,2	5,1
Finanzvermögen¹	377,4	359,2	18,2	5,1
Flüssige Mittel	15,4	17,9	-2,5	-13,9
Forderungen	324,1	288,1	36,0	12,5
Kurzfristige Finanzanlagen	0,5	0,1	0,4	681,3
Aktive Rechnungsabgrenzung	34,8	50,6	-15,9	-31,3
Vorräte und angefangene Arbeiten	2,6	2,6	0,1	2,0
Anlagevermögen (AV)	137,9	127,2	10,7	8,4
Finanzvermögen¹		0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen		0,0	0,0	0,0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	137,9	127,2	10,7	8,4
Sachanlagen	131,8	120,7	11,1	9,2
Immaterielle Anlagen	5,4	6,5	-1,1	-16,5
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0,3	0,0	0,3	14 354 785,5
Investitionsbeiträge	0,4		0,4	0,0
Total Aktiven	515,3	486,4	28,9	5,9
Fremdkapital (FK)	-440,5	-417,2	-23,3	-5,6
Kurzfristiges Fremdkapital	-366,5	-351,1	-15,3	-4,4
Laufende Verbindlichkeiten	-49,7	-58,6	8,9	15,2
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	0,0	-0,1	0,1	100,0
Passive Rechnungsabgrenzung	-288,8	-259,1	-29,7	-11,5
Kurzfristige Rückstellungen	-28,0	-33,4	5,4	16,2
Langfristiges Fremdkapital	-74,0	-66,1	-8,0	-12,1
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-42,1	-39,2	-2,9	-7,5
Langfristige Rückstellungen	-31,9	-26,9	-5,0	-18,7
Fonds im Fremdkapital				
Eigenkapital (EK)	-74,8	-69,2	-5,6	-8,1
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. S 50 Abs. 3 FCV	-69,2	-52,8	-16,3	-31,0
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-5,6	-16,3	10,7	65,7
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	0,0	0,0		0,0
Total Passiven	-515,3	-486,4	-28,9	-5,9
¹ Total Finanzvermögen	377,4	359,2	18,2	5,1

9690 Zentralbibliothek

Detaillierte Informationen sind dem Jahresbericht 2011 der Zentralbibliothek Zürich zu entnehmen.
Dieser wird nach dessen Genehmigung durch den Stiftungsrat im Juni 2012 veröffentlicht.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen					
W1	ZB-Webseitenzugriffe	P	1 200 000	1 065 033	-134 967
Leistungen					
L1	Anzahl Ausleihen	P	850 000	885 509	35 509
L2	Gesamtwuchs Medien	P	80 000	128 127	48 127
L3	Führungs- und Schulungsteilnehmende	P	12 200	10 054	-2 146
Wirtschaftlichkeit					
B1	Anzahl Ausleihen pro Vollzeitstelle	P	5 332	5 439	107

Abweichungsbegründungen

Für das Rechnungsjahr 2010 bestehen noch keine Werte, da die Indikatoren neu definiert wurden und erst seit 2011 erhoben werden.

W1 Prognosewert zu hoch angesetzt

L2 Nicht geplanter Ankauf eines Konvoluts von mehr als 40 000 Postkarten

L3 Prognosewert zu hoch angesetzt

Finanzielle Entwicklung

	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
<i>(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)</i>				
Erfolgsrechnung				
Ertrag	39,0	38,5	39,8	1,3
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	27,2	27,2	27,3	0,2
Aufwand	-37,2	-38,5	-39,8	-1,3
Saldo	1,7	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,4	1,9	1,9	0,0
Ausgaben	-2,7	-1,9	-2,5	-0,6
Saldo	-1,3	0,0	-0,6	-0,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	163,9	159,4	162,8	3,4

Erfolgsrechnung

Ertrag (+1,3):

- +0,6 Entnahme aus Legaten für Erwerb von wertvollen Beständen
- +0,2 Nicht budgetierter Beitrag des Bundes für Nachlasserschliessung
- +0,2 Höherer Kostenbeitrag der Bildungsdirektion im Rahmen der kantonalen Vorgaben zur Lohnsummenentwicklung
- +0,3 Verschiedene Mehrerträge

Aufwand (-1,3):

- 1,0 Höherer Personalaufwand im Rahmen der kantonalen Vorgaben zur Lohnsummenentwicklung und zusätzliche Stellen im Logistik- und Administrationsbereich
- 0,3 Einlage in Legate durch Spenden

Investitionsrechnung

Ausgaben (-0,6):

- 0,6 Höhere Ausgaben für Mobiliaranschaffungen

Personal

- 3,4 Zusätzliche Stellen im Logistik- und Administrationsbereich

9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2011 der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften zu entnehmen.

Herausgeberin: Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Voraussichtliches Publikationsdatum: Mai 2012

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen					
W1 Anzahl FH-Diplomabschlüsse	P	27	0	3	3
W2 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P	1 628	2 000	1 805	-195
W3 Anzahl Master-Diplomabschlüsse	P	98	200	199	-1
Leistungen					
L1 Total Studierende	P	8 254	9 100	9 023	-77
L2 – davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P	7 800	8 465	8 440	-25
L3 – davon Studierende in den Masterstudiengängen	P	454	635	583	-52
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur)	P	34,1%	36,3%	38,7%	2,4%
L5 – davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS)	P	8,5%	8,4%	8,5%	0,1%
L6 – davon Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung	P	19,9%	21,2%	23,2%	2,0%
L7 – davon Anteil Dienstleistungen	P	5,7%	6,7%	7,0%	0,3%
Wirtschaftlichkeit					
B1 Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur)	P	30,8%	31,5%	32,2%	0,7%
B2 Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten	P	81,5%	78,6%	79,8%	1,2%

Abweichungsbegründungen

Datenquelle für die Indikatoren ist das BBT-Reporting 2011 der ZHAW (Kostenrechnung für Fachhochschulen zuhanden Bund).

W1–W3 Letztmals sind im Jahr 2011 FH-Abschlüsse (altrechtlich) zu verzeichnen. Die Abschlüsse auf Bachelorstufe liegen 10% unter den Prognosewerten (geringere Studienintensität, z. T. durch vermehrtes Teilzeitstudium). Entwicklung der Masterabschlüsse gemäss Planung.

L1–L3 Entwicklung bei den Bachelor-Studierenden (Personen) gemäss Planung; auf der Masterstufe wurden die Planwerte wegen des verzögerten Aufbaus um rund 8% unterschritten.

L4–L7 Das Volumen im Erweiterten Leistungsauftrag (Weiterbildung, Forschung, Dienstleistung) wurde gegenüber der Grundständigen Lehre weiter ausgebaut und liegt gesamthaft leicht über den prognostizierten Werten. Die Entwicklung der Volumenanteile in den Leistungsbereichen Weiterbildung und Dienstleistungen verläuft gemäss Planung; der Forschungsanteil ist über Budget und konnte gegenüber dem Vorjahr um 3,3% auf 23,2% zulegen. Das Wachstum 2011 in der angewandten Forschung & Entwicklung beträgt 16,4 Mio. Franken (+28,9%).

B1–B2 Der Beitrag des Bundes an die Kosten der Grundständigen Lehre bewegt sich unverändert auf einem Anteil von mehr als 32%. Die Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen hat sich durch den höheren Forschungsanteil gegenüber dem Vorjahr reduziert, liegt aber um +1,2% über dem Budgetwert und entspricht dem langfristig anvisierten Kostendeckungsgrad von rund 80%.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	343,8	381,2	372,6	–8,6
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	129,8	151,4	140,0	–11,4
Aufwand	–322,4	–389,7	–358,7	31,0
Kreditübertragungen aus 2010		–8,5		
Nachtragskredite		4,8		–4,8
Saldo	21,4	–8,5	13,9	22,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–7,9	–10,9	–9,1	1,8
Kreditübertragungen aus 2010		–0,9		
Saldo	–7,9	–10,9	–9,1	1,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 612,6	1 750,0	1 685,3	–64,7

Erfolgsrechnung

Ertrag (–8,6):

- +3,3 Höhere Bundesbeiträge (KTI-Projekte im Zusammenhang mit KTI-Sonderprogramm 2011 und Forschungsfinanzierung Bund)
- +3,3 Höhere Erträge aus verschiedenen Dienstleistungen, Aus-/Weiterbildung und der Auflösung passivierter Investitionsbeiträge
- +0,4 Höhere Erträge aus Schul- und Kursgeldern sowie übrigen Entgelten
- 11,4 Reduktion Kantonsbeitrag im Rahmen der Leistungsvereinbarung 2011 (Anpassung Studierendenentwicklung und Aufbau Erweiterter Leistungsauftrag sowie terminliche Verzögerungen bei Infrastrukturprojekten)
- 4,2 Tiefere Beiträge von Kantonen (weniger ausserkantonale Studierende als geplant)

Aufwand (+31,0):

- +18,6 Tieferer Sachaufwand in Verbindung mit dem reduzierten Personalausbau und Projektverzögerungen wegen Ressourcenengpässen*
- +16,5 Tieferer Personalaufwand wegen verzögerten Personalausbaus in allen Leistungsbereichen*
- * (5,3 Mio. von Gesamtverbesserung Personal- und Sachaufwand aufgrund nicht beanspruchter Kreditübertragungen aus dem Vorjahr)
- 2,5 Höhere Abschreibungen auf Mobilien und immateriellen Gütern
- 1,6 Übriger Mehraufwand (höhere Zinsen, IC-Leistungen Kanton)

Saldo (+22,4):

Vom Ertragsüberschuss werden 10,8 Mio. Franken als Kreditübertragungen beantragt.

Investitionsrechnung

Ausgaben (+1,8):

- +1,1 Verschiebung von geplanten Investitionsprojekten
- +0,7 Nicht beanspruchte Kreditübertragungen aus dem Vorjahr

Personal

- 64,7 Die Abweichung im Beschäftigungsumfang (-3,7%) widerspiegelt sich im gegenüber der Planung reduzierten Auf- und Ausbau in den Leistungsbereichen und den bestehenden Ressourcenengpässen bei den Projektarbeiten. Das Wachstum gegenüber dem Vorjahr beträgt +4,5% und ist unterproportional zum Studierendenwachstum von +9,3%.

Antrag Gewinnverwendung

Bei einer Unterschreitung des budgetierten Kostenbeitrages der Bildungsdirektion um Fr. 11 377 000 (-7,5%) und einer nur unwesentlich tieferen als budgetierten Studierendenzahl (-0,8%) resultiert für die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften im Berichtsjahr ein positiver Saldo von Fr. 13 914 853. Von diesem Saldo werden Fr. 10 800 000 gemäss separatem Antrag als Kreditübertragung zulasten der Erfolgsrechnung beantragt, damit budgetierte, aber noch nicht ausgeführte Arbeiten 2012 weitergeführt werden können. Nach Abzug der beantragten Kreditübertragungen ergibt sich ein tatsächlicher Gewinn von Fr. 3 114 853.

Bei einem gegenüber dem Vorjahr leicht reduzierten, aber nach wie vor hohen Studierendenwachstum von über 9% waren für die Erreichung des tatsächlichen Gewinns von 3,1 Mio. Franken im Wesentlichen eine kostengünstigere Leistungserbringung in der Lehre sowie weitere Verbesserungen in der Kostenstruktur in den Bereichen Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung und Dienstleistung ausschlaggebend.

Als Gewinnverwendung aus dem Jahresabschluss 2011 stellt die ZHAW den Antrag zur Genehmigung einer Reservebildung von Fr. 3 100 000 zugunsten der Forschungsreserve.

Bilanz 9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

in Mio. Franken	per 31.12.2011	per 31.12.2010	Differenz R 10/11	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	133,2	100,5	32,6	32,5
Finanzvermögen ¹	133,2	100,5	32,6	32,5
Flüssige Mittel	1,2	2,3	-1,1	-47,8
Forderungen	128,5	95,9	32,6	34,0
Kurzfristige Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Aktive Rechnungsabgrenzung	3,0	2,2	0,8	38,0
Vorräte und angefangene Arbeiten	0,5	0,1	0,3	222,4
Anlagevermögen (AV)	23,4	21,0	2,4	11,3
Finanzvermögen ¹	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	23,4	21,0	2,4	11,3
Sachanlagen	22,0	19,5	2,5	12,6
Immaterielle Anlagen	1,3	1,4	-0,1	-5,2
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen	0,0	0,0	0,0	0,0
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	156,5	121,5	35,0	28,8
Fremdkapital (FK)	-107,1	-86,0	-21,1	-24,5
Kurzfristiges Fremdkapital	-96,0	-68,5	-27,5	-40,1
Laufende Verbindlichkeiten	-30,2	-13,7	-16,5	-120,1
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-52,4	-46,5	-5,9	-12,6
Kurzfristige Rückstellungen	-13,4	-8,3	-5,1	-61,6
Langfristiges Fremdkapital	-11,2	-17,5	6,3	36,2
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-3,0	-6,2	3,2	51,9
Langfristige Rückstellungen	-8,2	-11,3	3,1	27,5
Fonds im Fremdkapital	0,0	-0,0	0,0	100,0
Eigenkapital (EK)	-49,4	-35,5	-13,9	-39,2
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. S 50 Abs. 3 FCV	-23,1	-14,1	-9,0	-63,7
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-13,9	-21,4	7,5	34,9
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	-12,4		-12,4	0,0
Total Passiven	-156,5	-121,5	-35,0	-28,8
¹ Total Finanzvermögen	133,2	100,5	32,6	32,5

9720 Zürcher Hochschule der Künste

Verweis auf eigenen Geschäftsbericht

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2011 der Zürcher Hochschule der Künste zu entnehmen.

Herausgeberin: Zürcher Hochschule der Künste

Voraussichtliches Publikationsdatum: Ende April 2012

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen					
W1 Anzahl FH-Diplomabschlüsse	P	42	7	1	-6
W2 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P	280	342	322	-20
W3 Anzahl Master- Diplomabschlüsse	P	234	292	297	5
Leistungen					
L1 Total Studierende	P	1 786	1 742	1 878	136
L2 – davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P	1 074	1 092	1 087	-5
L3 – davon Studierende in den Masterstudiengängen	P	712	650	791	141
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur)	P	19,9%	19,0%	17,2%	-1,8%
L5 – davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS)	P	5,3%	4,5%	4,6%	0,1%
L6 – davon Anteil anwendungsorientierte Forschung Et Entwicklung	P	10,5%	12,5%	12,5%	0,0%
L7 – davon Anteil Dienstleistungen	P	4,1%	2,0%	0,1%	-1,9%
Wirtschaftlichkeit					
B1 Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplomausbildung (ohne Infrastruktur)	P	24,5%	24,1%	23,3%	-0,8%
B2 Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten	P	63,1%	61,3%	67,1%	5,8%
Abweichungsbegründungen					
W1–W3	Die Überführung der altrechtlichen Diplomstudiengänge in die Bachelor- und Masterausbildung ist wie geplant erfolgt.				
L1–L3	Aufgrund der hohen Nachfrage sind die Studierendenzahlen in der Masterausbildung gegenüber dem Budget gestiegen.				
L4–L7	Die allgemeinen Weiterbildungskurse des Departements Kulturanalysen und Vermittlung wurden aufgehoben. Im Budget waren diese noch im Bereich Dienstleistungen enthalten.				
B1–B2	Infolge Mehreinnahmen von Bund und anderen Kantonen ist der Kostendeckungsgrad gestiegen.				

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	141,8	135,9	143,7	7,8
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	80,5	81,2	82,2	1,0
Aufwand	–136,8	–135,9	–137,8	–1,9
Saldo	5,0	0,0	5,9	5,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–2,6	–2,0	–2,5	–0,5
Saldo	–2,6	–2,0	–2,5	–0,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	643,8	680,0	631,0	–49,0

Erfolgsrechnung

Ertrag (+7,8):

- +4,0 Höhere Beiträge von anderen Kantonen
- +3,4 Höherer Bundesbeitrag v.a. im Bereich Forschung und Entwicklung
- +1,2 Höhere Entgelte, insbesondere Mehreinnahmen Schulgelder
- +1,1 Mehreinnahmen aus Vergütungen von anderen Verwaltungseinheiten
- +1,0 Höherer Kostenbeitrag des Kantons Zürich durch den Beitrag des Mittel- und Berufsschulamts für den Bereich Tanz
- 2,9 Mindereinnahmen Beiträge von Privaten und übrige Mindereinnahmen

Aufwand (–1,9):

- +6,3 Tiefere Personalkosten
- +0,3 Tiefere Abschreibungen für Mobilien und immaterielle Güter
- 8,5 Höherer Sachaufwand und höhere Vergütungen für andere Verwaltungseinheiten

Investitionsrechnung

Aufgrund der Verzögerung beim Bezug des Toni-Areals wurden im Vorjahr einige Ersatzinvestitionen zurückgestellt, die in der diesjährigen Berichtsperiode vorgenommen werden mussten.

Personal

Infolge der strikten Budgetdisziplin hat sich der Personalbestand reduziert. Ein Teil dieser Massnahme wird durch Mehrausgaben für Dienstleistungen Dritter wieder kompensiert.

Antrag Gewinnverwendung

Die Jahresrechnung 2011 der Zürcher Hochschule der Künste schliesst mit einem positiven Saldo von Fr. 5 914 457.62 ab, obwohl die Hochschule über rund 8% mehr Studierende verfügt als für 2011 budgetiert. Der positive Abschluss ist hauptsächlich auf verschiedene bereits im Vorjahr eingeleitete Massnahmen zur kostengünstigeren Leistungserbringung zurückzuführen.

Als Gewinnverwendung aus dem Jahresabschluss 2011 und zusammen mit einem Gewinnvortrag von Fr. 1 851 059.58 stellt die Zürcher Hochschule der Künste den Antrag, den Gesamtbetrag von Fr. 7 765 517.20 wie folgt den Reserven zuzuführen: 1,5 Mio. Franken als Reserve für die strategische Hochschulentwicklung, 0,5 Mio. Franken als Forschungsreserve und der Restbetrag von Fr. 5 765 517.20 als allgemeine Reserve zum Ausgleich von jährlichen Schwankungen.

Bilanz 9720 Zürcher Hochschule der Künste

in Mio. Franken	per 31.12.2011	per 31.12.2010	Differenz R 10/11 Abs. %	
Umlaufvermögen (UV)	28,5	16,6	11,9	71,8
Finanzvermögen¹	28,5	16,6	11,9	71,8
Flüssige Mittel	1,1	2,4	-1,3	-52,8
Forderungen	23,9	11,9	12,0	101,2
Kurzfristige Finanzanlagen	0,0	0,0	-0,0	-100,0
Aktive Rechnungsabgrenzung	3,5	2,3	1,2	50,7
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen (AV)	10,6	11,3	-0,6	-5,5
Finanzvermögen¹	0,0	0,0	-0,0	-100,0
Finanzanlagen	0,0	0,0	-0,0	-100,0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	10,6	11,2	-0,6	-5,3
Sachanlagen	9,8	9,9	-0,1	-1,5
Immaterielle Anlagen	0,8	1,3	-0,5	-34,9
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	39,2	27,9	11,3	40,6
Fremdkapital (FK)	-25,9	-22,4	-3,5	-15,8
Kurzfristiges Fremdkapital	-21,1	-15,2	-5,9	-38,9
Laufende Verbindlichkeiten	-8,2	-3,0	-5,2	-170,5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten		0,0		0,0
Passive Rechnungsabgrenzung	-7,9	-7,5	-0,4	-5,7
Kurzfristige Rückstellungen	-5,0	-4,7	-0,3	-7,0
Langfristiges Fremdkapital	-4,8	-7,2	2,4	33,3
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-4,6	-6,6	2,0	30,3
Langfristige Rückstellungen	-0,2	-0,2	0,0	23,5
Fonds im Fremdkapital	0,0	-0,3	0,3	100,0
Eigenkapital (EK)	-13,3	-5,5	-7,8	-141,6
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. S 50 Abs. 3 FCV	-5,5	-0,5	-5,0	-981,0
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-5,9	-5,0	-0,9	-18,8
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	-1,9	0,0	-1,9	0,0
Total Passiven	-39,2	-27,9	-11,3	-40,6
¹ Total Finanzvermögen	28,5	16,6	11,9	71,6

9740 Pädagogische Hochschule Zürich

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2011 der Pädagogischen Hochschule Zürich zu entnehmen.

Herausgeberin: Pädagogische Hochschule Zürich

Voraussichtliches Publikationsdatum: Ende April 2012

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abweichung von B 2011
Wirkungen					
W1 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P	393	400	340	-60
W2 Anzahl Master- Diplomabschlüsse	P	0	30	53	23
Leistungen					
L1 Total Studierende	P	1 720	1 550	1 803	253
L2 – davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P	1 524	1 520	1 469	-51
L3 – davon Studierende in den Masterstudiengängen	P	196	30	334	304
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur)	P	40,2%	41,8%	43,1%	1,3%
L5 – davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS)	P	6,5%	6,4%	6,4%	-
L6 – davon Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung	P	12,4%	8,7%	10,7%	2,0%
L7 – davon Anteil Dienstleistungen	P	4,8%	5,8%	5,1%	-0,7%
L8 – davon Anteil Kantonaler Leistungsauftrag	P	16,5%	20,9%	20,9%	-
Wirtschaftlichkeit					
B1 – Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten	P	47,7%	46,8%	50,6%	3,8%
Abweichungsbegründungen					
W1–W2 Zeitliche Verschiebung einzelner Abschlüsse					
L1–L3	Insgesamt rund 16% mehr Studierende als budgetiert (Zahlen ohne Ausbildungsgänge für Quereinsteigende QUEST, da erst ab 2012 budgetiert), wobei sich die Verschiebung zwischen der Bachelor- und Masterstufe hauptsächlich aus einer gegenüber dem Budget geänderten Stufenzuordnung der Studierenden innerhalb des integrierten Bachelor/Master-Studiengangs Sekundarstufe I ergibt.				
L7–L8	Der Anteil Dienstleistungen/Kant. Leistungsauftrag beträgt 26,0%. Wegen der Umstellung auf SAP und der damit verbundenen Überarbeitung der Kostenrechnung können die beiden Einzelwerte nicht mehr ermittelt werden. Es handelt sich deshalb um Schätzwerte.				
B1	Verbesserte Kostendeckung aufgrund Ertragssteigerungen und infolge QUEST-Ausbildung aufgeschobener Entwicklungs- und Erneuerungsaufwendungen				

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	117,2	122,9	124,7	1,8
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	91,0	98,9	96,3	-2,5
Aufwand	-114,9	-122,9	-116,8	6,1
Nachtragskredite		-4,8		
Saldo	2,3	0,0	7,9	7,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,4	-2,5	-0,7	1,8
Saldo	-0,4	-2,5	-0,7	1,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	504,1	495,0	498,4	3,4

Erfolgsrechnung

Ertrag (+1,8):

- +6,0 Mehreinnahmen aus Vergütungen von anderen Verwaltungseinheiten und weitere Mehreinnahmen
- +1,1 Mehrerlöse aus Schul- und Kursgeldern
- +0,4 Mehrerlöse von anderen Kantonen für ausserkantonale Studierende im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung
- 3,2 Tiefere Bundesbeiträge und weitere Mindererträge
- 2,5 Kostenbeitrag der Bildungsdirektion im Budget 2011 einschliesslich leistungsbezogenen Beitrags des Volksschulamtes

Aufwand (+6,1):

- +3,4 Tieferer Personalaufwand aufgrund von Verzögerungen beim Personalausbau QUEST
- +1,8 Kosteneinsparungen beim Sachaufwand
- +0,9 Minderaufwand für Abschreibungen und übriger Minderaufwand

Saldo (+7,9):

Aufgrund von knappen personellen Ressourcen gab es Verzögerungen in den Projektabwicklungen, sodass der Kostenbeitrag der Bildungsdirektion nicht ausgeschöpft wurde. Daher werden vom Ertragsüberschuss 2,5 Mio. Franken als Kreditübertragungen beantragt.

Investitionsrechnung

Ausgaben (+1,8):

- +1,8 Ein Teil der budgetierten Investitionsvorhaben wurde nicht innerhalb der Leistungsgruppe 9740, sondern über das in der Leistungsgruppe 7406 Zürcher Fachhochschule eingestellte Grossprojekt Sihlpost abgewickelt.

Personal

- 3,4 Aufgrund des Nachtragskredits für QUEST hat sich der Personalbestand erhöht, fällt wegen Verzögerungen beim Personalausbau aber nur gering aus.

Antrag Gewinnverwendung

Die Rechnung der Pädagogischen Hochschule Zürich schliesst mit einem positiven Saldo von Fr. 7 926 643.59 ab.

Die Hauptgründe für das positive Ergebnis sind höhere Erträge aufgrund der gestiegenen Studierenden- und Teilnehmerzahlen und eine kostengünstigere Leistungserbringung als Folge der eingeleiteten SAN10-Massnahmen. Zudem führte die anhaltend hohe Arbeitsbelastung aufgrund der höheren Studierendenzahlen und der neuen Studiengänge für QUEST (Quereinsteigende) zu Verzögerungen bei Entwicklungs- und Erneuerungsarbeiten.

Vom Saldo von 7,9 Mio. Franken wird eine Kreditübertragung für verzögerte Projekte und aufgeschobene Entwicklungen von 2,5 Mio. Franken beantragt. Der Restsaldo nach Abzug der Kreditübertragung beläuft sich auf 5,4 Mio. Franken.

Als Gewinnverwendung aus dem Jahresabschluss 2011 erfolgt der Antrag zur Genehmigung einer Reservebildung von Fr. 5 421 643.59. Von diesem Betrag sollen 2,5 Mio. Franken in die Reserve für strategische Hochschulentwicklung, 1,0 Mio. Franken in die Forschungsreserve und der Restbetrag von Fr. 1 921 643.59 in die allgemeine Reserve eingestellt werden.

Bilanz 9740 Pädagogische Hochschule Zürich

in Mio. Franken	per 31.12.2011	per 31.12.2010	Differenz R 10/11	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	28,9	21,0	7,9	37,6
Finanzvermögen¹	28,9	21,0	7,9	37,6
Flüssige Mittel	0,1	0,1	-0,1	-46,8
Forderungen	28,1	20,3	7,8	38,3
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	0,7	0,5	0,2	40,3
Vorräte und angefangene Arbeiten	0,0	0,1	-0,0	-35,2
Anlagevermögen (AV)	1,2	1,5	-0,3	-19,4
Finanzvermögen¹				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	1,2	1,5	-0,3	-19,4
Sachanlagen	1,2	1,4	-0,2	-15,0
Immaterielle Anlagen	0,0	0,1	-0,1	-74,7
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	30,1	22,5	7,6	33,8
Fremdkapital (FK)	-19,7	-20,0	0,3	1,6
Kurzfristiges Fremdkapital	-10,9	-9,3	-1,6	-17,0
Laufende Verbindlichkeiten	-5,0	-2,8	-2,2	-77,7
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	0,0	-0,2	0,2	100,0
Passive Rechnungsabgrenzung	-4,2	-4,5	0,3	7,6
Kurzfristige Rückstellungen	-1,7	-1,7	0,0	1,1
Langfristiges Fremdkapital	-8,8	-10,7	1,9	17,7
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-0,1	-0,7	0,6	86,6
Langfristige Rückstellungen	-8,8	-10,1	1,3	13,2
Fonds im Fremdkapital				
Eigenkapital (EK)	-10,4	-2,4	-7,9	-324,0
Fonds im Eigenkapital				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	-2,4	-0,2	-2,3	-1 267,9
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-7,9	-2,3	-5,7	-249,5
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Total Passiven	-30,1	-22,5	-7,6	-33,8
¹ Total Finanzvermögen	28,9	21,0	7,9	37,6

9800 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Hinweis auf den Finanzbericht

Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind Vermächtnisse Dritter zugunsten des Kantons oder seiner Anstalten. Die Verwendung der Mittel wird in der Regel von den Donatoren vorgegeben, die bedachten Institutionen können nur im Rahmen dieser Vorgaben darüber verfügen. Die Leistungsgruppe wird mangels konkreter Planungsvorgaben nicht geplant.

Weiter reichende Informationen können dem Finanzbericht entnommen werden.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,7		9,5	
Aufwand	–8,8		–9,2	
Saldo	–4,1		0,3	
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,4			
Saldo	–0,4			
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit

in Mio. Franken	per 31.12.2011	per 31.12.2010	Differenz R 10/11	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	28,0	25,9	2,0	7,8
Finanzvermögen ¹	28,0	25,9	2,0	7,8
Flüssige Mittel	1,2	1,0	0,2	19,8
Forderungen	12,2	11,4	0,8	7,3
Kurzfristige Finanzanlagen	13,7	12,7	1,0	7,6
Aktive Rechnungsabgrenzung	0,9	0,9	0,0	4,3
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen (AV)	64,2	63,8	0,4	0,7
Finanzvermögen ¹	63,9	63,4	0,5	0,8
Finanzanlagen	63,1	62,6	0,5	0,8
Sachanlagen	0,8	0,8	0,0	0,0
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	0,3	0,4	-0,1	-20,0
Sachanlagen	0,3	0,4	-0,1	-20,0
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen	0,0			0,0
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	92,2	89,7	2,5	2,8
Fremdkapital (FK)	-53,7	-51,5	-2,2	-4,2
Kurzfristiges Fremdkapital	-0,2	-0,1	-0,1	-274,8
Laufende Verbindlichkeiten	-0,2	-0,0	-0,2	-10 766,5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-0,0	-0,0	0,0	70,2
Kurzfristige Rückstellungen				
Langfristiges Fremdkapital	-53,5	-51,4	-2,0	-3,9
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen				
Fonds im Fremdkapital	-53,5	-51,4	-2,0	-3,9
Eigenkapital (EK)	-38,5	-38,2	-0,3	-0,9
Fonds im Eigenkapital	-38,5	-38,2	-0,3	-0,9
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. S 50 Abs. 3 FCV				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	0,0	0,0		0,0
Kumulierte Ergebniss der Vorjahre				
Total Passiven	-92,2	-89,7	-2,5	-2,8
¹ Total Finanzvermögen	91,9	89,3	2,6	2,9

9100 BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich

Der Geschäftsbericht 2011 der BVK liefert detaillierte Informationen über das Geschäftsjahr 2011. Er ist auf der Internetseite www.bvk.ch erhältlich. Ein gedrucktes Exemplar kann unter der Mailadresse bvk@bvk.zh.ch oder telefonisch unter 043 259 42 00 bestellt werden.

	RE 2010	B 2011	RE 2011
A Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen			
Beiträge Arbeitnehmer	388 538 137	382 000 000	398 842 585
Beiträge Arbeitgeber	580 717 150	576 000 000	597 445 648
Einmaleinlagen und Einkaufssummen	73 530 647	70 000 000	66 362 720
Einlage in kollektive Reserven	56 270	0	-607
Zuschüsse Sicherheitsfonds	90 842	0	59 371
Total ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	1 042 933 046	1 028 000 000	1 062 709 717
B Eintrittsleistungen			
Freizügigkeitseinlagen	422 757 295	450 000 000	431 420 268
Einzahlung WEF-Vorbezüge/Scheidung	13 924 248	8 000 000	13 754 876
Total Eintrittsleistungen	436 681 543	458 000 000	445 175 144
C (A+B) Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen	1 479 614 589	1 486 000 000	1 507 884 861
D Reglementarische Leistungen			
Altersrenten	-731 146 195	-728 040 000	-768 781 977
Hinterlassenenrenten	-91 942 322	-92 000 000	-95 886 268
Invalidenrenten	-63 887 969	-69 800 000	-62 074 609
Übrige reglementarische Leistungen	-3 282 829	-4 500 000	-2 538 255
Kapitalleistungen bei Pensionierung	-59 231 591	-70 000 000	-68 754 517
Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität	-1 476 534	-2 100 000	-685 141
Total Reglementarische Leistungen	-950 967 440	-966 440 000	-998 720 767
E Austrittsleistungen			
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt	-386 865 443	-400 000 000	-445 628 179
Vorbezüge WEF/Scheidung	-82 148 488	-85 000 000	-67 942 287
Total Austrittsleistungen	-469 013 931	-485 000 000	-513 570 466
F (D+E) Abfluss für Leistungen und Vorbezüge	-1 419 981 371	-1 451 440 000	-1 512 291 233
G Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserven			
Auflösung und Bildung Vorsorgekapital Aktive	21 703 606	4 100 000	77 931 435
Auflösung und Bildung von Vorsorgekapital Renten	-485 590 000	-470 000 000	-456 822 000
Auflösung und Bildung technischer Rückstellungen	-72 000 000	-50 000 000	-73 000 000
Verzinsung des Vorsorgekapitals Aktive	-238 513 722	-240 130 000	-241 765 858
Total Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserven	-774 400 116	-756 030 000	-693 656 423
H Versicherungsaufwand			
Beiträge an Sicherheitsfonds	-5 679 239	-6 000 000	-5 377 350
Total Versicherungsaufwand	-5 679 239	-6 000 000	-5 377 350
I (C+F+G+H) Nettoergebnis aus dem Versicherungsteil	-720 446 137	-727 470 000	-703 440 145

	RE 2010	B 2011	RE 2011
J Nettoergebnis aus Vermögensanlagen			
Ergebnis aus Finanzanlagen			
Geld- und Geldmarktanlagen	-26 344 135	18 500 000	8 017 261
Obligationen in Fr.	76 667 838	65 000 000	97 619 613
Fremdwährungsobligationen	-102 514 469	63 000 000	58 537 011
Wandelanleihen	18 645 946	60 000 000	-51 662 284
Hypotheken	22 562 594	20 000 000	20 256 715
Aktien Schweiz	92 105 503	200 000 000	-133 346 290
Aktien Ausland	97 223 523	215 000 000	-299 725 815
Commodities	93 254 804	52 000 000	-72 459 563
Hedge Funds	-26 137 602	10 000 000	-5 098 624
Private Equity	-5 530 391	36 000 000	33 689 829
Immobilien Schweiz	214 519 182	190 100 000	230 484 333
Immobilien Ausland	8 366 297	15 000 000	-11 144 250
Total Ergebnis aus Finanzanlagen	462 819 090	944 600 000	-124 832 064
K Ergebnis sonstige Aktiven			
Anlagen beim Arbeitgeber	2 528 955	200 000	956 024
Übriges Vermögen	1 360 410	1 200 000	1 339 430
Total Ergebnis sonstige Aktiven	3 889 365	1 400 000	2 295 454
L Aufwand aus Kapitalbewirtschaftung			
Aufwand Asset Management	-29 882 729	-30 622 719	-21 043 486
Aufwand Real Estate Management	-8 324 764	-10 796 851	-8 939 082
Total Aufwand aus Kapitalbewirtschaftung	-38 207 493	-41 419 570	-29 982 568
M (J+K+L) Total Nettoergebnis aus Vermögensanlagen	428 500 963	904 580 430	-152 519 178
N Sonstiger Ertrag			
Ertrag aus erbrachten Dienstleistungen	181 981	288 000	738 805
Übriger Ertrag	26 803	0	1 995
Total Sonstiger Ertrag	208 784	288 000	740 800
O Total Sonstiger Aufwand	0	0	0
P Total Aufwand Versichertenverwaltung	-9 105 935	-9 318 980	-11 208 084
Q (I+M+N+O+P) Aufwand-/Ertragsüberschuss vor Auflösung/Bildung			
Wertschwankungsreserven	-300 842 325	168 079 450	-866 426 607
R Auflösung Wertschwankungsreserve	0	0	0
Z (Q+R) Aufwand-/Ertragsüberschuss	-300 842 325	168 079 450	-866 426 607

Bilanz 9100 BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich

31. Dezember 2010		31. Dezember 2011	Veränderung	
Fr.		Aktiven Fr.	Passiven Fr.	Fr.
21 098 079 912	A K T I V E N	20 910 209 046		-187 870 866
21 087 512 166	Vermögensanlagen	20 900 197 285		-187 314 881
20 685 376 316	Finanzanlagen	20 814 558 220		129 181 904
2 819 156 288	Geld und Geldmarktanlagen	3 125 384 876		306 228 588
2 390 103 298	Obligationen in Fr.	2 536 169 290		146 065 992
1 737 764 071	Fremdwährungsobligationen	1 875 429 634		137 665 563
870 298 639	Wandelanleihen	746 799 615		-123 499 024
1 056 047 239	Hypotheken	1 013 165 042		-42 882 197
2 625 828 308	Aktien Schweiz	2 571 131 241		-54 697 067
3 507 995 311	Aktien Ausland	3 212 906 566		-295 088 745
788 686 011	Commodities	687 876 570		-100 809 441
65 161 584	Hedge Funds	31 046 026		-34 115 558
398 568 270	Private Equity	442 048 644		43 480 374
3 848 864 019	Immobilien Schweiz	3 991 633 414		142 769 395
576 903 278	Immobilien Ausland	580 967 302		4 064 024
402 135 850	Sonstige Aktiven	85 639 065		-316 496 785
324 193 671	Anlagen beim Arbeitgeber	-1 484 339		-325 678 010
77 942 179	Übriges Vermögen	87 123 404		9 181 225
10 567 746	Aktive Rechnungsabgrenzung	10 011 761		-555 985
-21 098 079 912	P A S S I V E N		-20 910 209 046	187 870 866
-57 498 387	Verbindlichkeiten		-43 624 194	13 872 193
-3 451 603	Freizügigkeitsleistungen und Renten		-5 390 928	-1 939 325
-54 046 784	Andere Verbindlichkeiten		-38 233 266	15 811 518
-24 319 743 289	Vorsorgekapital und technische Rückstellungen		-25 012 173 223	-692 429 934
-12 480 007 289	Vorsorgekapital Aktive		-12 642 615 223	-162 607 934
-10 456 736 000	Vorsorgekapital Renten		-10 913 558 000	-456 822 000
-1 383 000 000	Technische Rückstellungen		-1 456 000 000	-73 000 000
0	Wertschwankungsreserve		0	0
3 279 161 764	Unterdeckung		4 145 588 371	866 428 607
2 978 319 439	Stand 1. Januar		3 279 161 764	-300 842 325
300 842 325	Aufwandüberschuss/Ertragsüberschuss		866 426 607	1 167 270 932

9200 Arbeitslosenkasse

Die Arbeitslosenkasse zahlt neben den privaten Kassen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus. Das Geschäftsvolumen nahm in diesem Jahr entsprechend mit der Arbeitslosigkeit ab. Die Anzahl Abrechnungen für Arbeitslosen-, Kurzarbeits-, Schlechtwetter- und Insolvenzenschädigung nahm um 31% ab. Die ausbezahlte Summe aller Entschädigungen nahm ebenfalls ab auf 337,2 (2010: 464,9) Mio. Franken.

Indikatoren

	Art	R 2010	B 2011	GB 2011	Abw. von B 2011
Leistungen					
L1	Anzahl Abrechnungen Arbeitslosenentschädigung	P	163 749	130 000– 150 000	113 452 –16 548
Wirtschaftlichkeit					
B1	Verhältnis Verwaltungskosten / ausbezahlte Leistungen	max.	1,8%	2,5%	2,3%

Abweichungsbegründungen

Tiefere Anzahl Abrechnungen, da die Arbeitslosigkeit bis im Juli 2011 rückläufig war.

Finanzielle Entwicklung

	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	508,9	481,1	372,8	-108,3
Aufwand	-504,1	-481,1	-372,9	108,2
Saldo	4,8	0	-0,1	-0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	73,4	75	63,7	-11,3

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag entspricht hauptsächlich den Vorschüssen des Bundes, die zur Abrechnung aller Versicherungsleistungen und der Verwaltungskosten benützt werden.

Aufwand:

Der Aufwand entspricht den Auszahlungen von direkten und indirekten Leistungen der Arbeitslosenversicherung einschliesslich Sozialleistungen sowie den Verwaltungskosten für den Vollzug und wird vollumfänglich vom Bund finanziert.

Saldo:

Da die Vorschüsse des Bundes und die Auszahlungen der ALK zeitlich etwas verzögert erfolgen, besteht jeweils temporär ein Saldo. Dieser wird laufend ausgeglichen.

Bilanz 9200 ALK

31. Dezember 2010	Konto	31. Dezember 2011		Veränderung
Fr.		Aktiven Fr.	Passiven Fr.	Fr.
14 104 114.23		13 922 933.48		-181 181
	A K T I V E N			
1 450.97	1000	4 068.77		+2 618
82 110.49	1001	67 501.39		-14 609
8 387 283.64	1002	7 951 484.94		-435 799
13 135 479.40	1010	13 572 585.80		+437 106
585.20	1010	3 045.55		+2 460
-10 187 163.00	1010	Wertberichtigung Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-9 874 551.20	+312 612
2 622 315.88	1011	Kontokorrent Staat	2 043 273.73	-579 042
8 712.65	1013	Anzahlungen an Dritte	0.00	-8 713
1 200.00	1045	Übriger betrieblicher Aufwand	-1 450.40	-2 650
0.00	1045	Übriger betrieblicher Ertrag	-75.10	-75
52 139.00	1409	Übrige Sachanlagen	157 050.00	+104 911
14 104 114.23			13 922 933.48	+181 181
	P A S S I V E N			
280 074.65	2000		108 398.95	+171 676
12 613 124.23	2001		12 558 744.18	+54 380
1 049 323.90	2009		1 086 898.05	-37 574
42 173.15	2045		38 033.00	+4 140
1 197.45	2045		480.00	+717
118 220.85	2089		130 379.30	-12 158



Obfelden: Aussicht auf den Lindenberg

Parlamentarische Vorstösse und Initiativen

Staatskanzlei

B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse

273/2009 Überprüfung der Publikationen der kantonalen Verwaltung

10. Mai 2010 (Postulat Regine Sauter, Zürich, Beat Walti, Zollikon, und Gaston Guex, Zumikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, die Publikationen der kantonalen Verwaltung kritisch zu überprüfen. Dabei sind folgende Punkte zu berücksichtigen: Erfolgen die Publikationen aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung oder eines ausgewiesenen Informationsbedürfnisses, wie ist der Bedarf an Ressourcen für ihre Herstellung (Personal- und Sachkosten) und werden dadurch Private konkurrenziert, welche die entsprechende Informationstätigkeit bereits wahrnehmen? Es ist aufzuzeigen, welche Einsparungen aufgrund dieser Evaluation möglich sind.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Direktion der Justiz und des Innern

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 287/2007 **Schaffung von Rechtsgrundlagen für den ausserprozessualen Zeugenschutz**
28. Januar 2008 (Motion Silvia Steiner, Zürich, Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, und Peter Reinhard, Kloten). Der Regierungsrat wird eingeladen, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, die einen ausserprozessualen Zeugenschutz gewährleisten.
Überweisung als Postulat. Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 1. Juli 2009 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4611).
- 36/2009 **Änderung Verordnung über den Gemeindehaushalt («Professionalisierung» der Rechnungsprüfungskommission)**
6. April 2009 (Postulat Martin Farner, Oberstammheim, Hans Heinrich Raths, Pfäffikon, und Ernst Stocker, Wädenswil, sowie Mitunterzeichnende). Der Regierungsrat wird eingeladen, die neue Verordnung über den Gemeindehaushalt bzw. das Kreisschreiben über den Gemeindehaushalt vom 1. Januar 2009 nicht umzusetzen.
Ebenso möchten wir darauf hinweisen, dass bereits in 12 Monaten Erneuerungswahlen durchzuführen sind und die Fristen für einen geordneten Systemwechsel zu kurz sind.
Wir beantragen, die Verordnung im Sinne der Ergebnisse zur Vernehmlassung der Kantonsverfassung und der Diskussionen im Verfassungsrat, zurückzuziehen.
Die Verordnung ist gemeinsam mit dem zu revidierenden Gemeindegesetz zu überarbeiten. Im Vordergrund steht die zwingende Forderung, dass die RPK's in den Gemeinden in der heutigen Form beibehalten werden können.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. März 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4671).
- 141/2009 **Lockerung übertriebener Feuerpolizeivorschriften**
28. September 2009 (Postulat Willy Germann, Winterthur). Der Regierungsrat wird gebeten, Vorschläge zu unterbreiten, wie bei der Feuerpolizei der Grundsatz der Verhältnismässigkeit durchgesetzt werden kann. Insbesondere soll geprüft werden, wie übertriebene Vorschriften gelockert, die politischen Einflussmöglichkeiten vergrössert und bei Zielkonflikten die Güterabwägungen verbessert werden können. Aus diesem Grund soll sogar geprüft werden, ob die kantonale Feuerpolizei statt von der Gebäudeversicherung von der Baudirektion ausgeübt werden soll.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. März 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4786).
- 356/2007 **Verzicht auf Fragebögen bei Vernehmlassungen**
26. Oktober 2009 (Postulat Inge Stutz-Wanner, Marthalen, und Ernst Stocker-Rusterholz, Wädenswil). Der Regierungsrat wird ersucht, die Vernehmlassungen der Direktionen künftig nicht mehr in Form eines strukturierten, vorbereiteten Formulars zu verfassen. Die jeweiligen Vernehmlassungspartner sollen eine möglichst offene Version zur Verfügung gestellt bekommen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 31. August 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4829).

- 52/2010 [Effiziente, gerechte und kostengünstige Information der Wählerschaft bei Verhältniswahlen](#)
29. März 2010 (Einzelinitiative Harry Lütolf, Zürich).
Spätestens auf die nächsten Gesamterneuerungswahlen in den Zürcher Gemeinden im Jahr 2014 soll den Stimmberechtigten zusammen mit den Wahlunterlagen gemäss § 60 ff. GPR (eventuell in einem besonderen Umschlag) je ein Flugblatt der an der Wahl beteiligten Parteien und politischen Gruppierungen zugestellt werden können. Dies soll für die National- und Kantonsratswahlen sowie die Wahlen in den Grosse Gemeinderat der betroffenen Zürcher Gemeinden gelten. Das GPR ist in diesem Sinne zu ändern.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 21. September 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4839).
- 275/2009 [Bewilligungs- und Formularaktivismus](#)
10. Mai 2010 (Postulat Gaston Guex, Zumikon, Beat Walti, Zollikon, und Peter Roesler, Greifensee). Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen die Bewilligungsdichte und der Formularaktivismus abgebaut werden können.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 5. Oktober 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4845).
- 4849/2011 [Rechtsschutz für alle \(Mietgericht gebührenfrei\)](#)
8. März 2011 (Volksinitiative). ABI 2011, 1441
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 9. November 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4849).
- 4850/2011 [Transparente Mieten](#)
8. März 2011 (Volksinitiative). ABI 2011, 1442
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 9. November 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4850).

B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse

- 366/2007 **Kostenverrechnung bei Todesfällen die durch Sterbehilfeorganisationen verursacht worden sind**
15. Februar 2010 (Motion Bruno Walliser, Volketswil, und Jean-Philippe Pinto, Volketswil). Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass den Sterbehilfeorganisationen die anfallenden Kosten für Untersuchungen und Bearbeitung der Fälle von aus dem Ausland stammenden Personen durch die Polizei, Amtsarzt, Staatsanwaltschaft, Gerichtsmedizin, Zivilstandesamt, Bestattungsamt etc. weiterverrechnet werden können.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 148/2008 **Gesetzliche Grundlage für den Kinder- und Jugendmedienschutz**
22. März 2010 (Postulat Karin Maeder-Zuberbühler, Rüti, und Claudia Gambacciani, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Gesetz über die Vorführung von Filmen zu revidieren und dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, die den Kinder- und Jugendschutz auch bei neuen Medien gewährleistet. Dazu gehören insbesondere Alterskennzeichnungen für Videos, DVD, Computer und Konsolenspiele, damit verbundene Handelsbeschränkungen sowie Verpflichtungen für Anbieter, den Kinder- und Jugendschutz im Internet und bei der mobilen Kommunikation sicherzustellen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 228/2009 **Umsetzung der Demokratisierung in den Zweckverbänden**
22. März 2010 (Postulat Bernhard Egg, Elgg, und Rolf Steiner, Dietikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, eine Bestandesaufnahme über die Demokratisierung der Zweckverbände zu erstellen, eine Analyse der Ergebnisse vorzunehmen und allenfalls gesetzgeberische oder anderweitige Massnahmen vorzuschlagen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 172/2010 **Statistik über Rückfallquoten von Jugendstraftäter**
27. September 2010 (Postulat Hans Egli, Steinmaur, Claudio Schmid, Bülach, und Barbara Angelsberger, Urdorf). Der Regierungsrat wird ersucht, eine Statistik über die Rückfallrate jugendlicher Straftäter aufgeschlüsselt nach A, B, und C Fällen zu veranlassen. Die zu erstellende Statistik soll die Erfolgsquote der verschiedenen Strafen und eingeleiteten Massnahmen aufzeigen.
Von besonderem Interesse sind die Rückfallquoten bei Täter mit langjährigen Massnahmen. Verglichen mit dem Ausland ist die Rückfallquote bei diesen Tätern besonders hoch und verursacht auch die grössten Kosten.
Als rückfällig gilt ein Jugendlicher der nach Abschluss der Strafe, wieder eine Straftat verübt.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 248/2010 **Umsetzung von Gesetzesvorlagen**
29. November 2010 (Postulat Jörg Kündig, Gossau, Martin Farner, Oberstammheim, und Dieter Kläy, Winterthur). Der Regierungsrat wird gebeten aufzuzeigen, mit welchen Mitteln und Massnahmen er gedenkt zu erreichen, dass bei der Einführung neuer Gesetze und Verordnungen den unterstellten staatlichen Führungsebenen die erforderliche Zeit für sorgfältige Vorbereitung und Umsetzung zur Verfügung steht.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

227/2011 [Schaffung einer Kantonalen Gewaltschutz-Zentrale](#)

28. November 2011 (Postulat Markus Schaaf, Zell, Gerhard Fischer, Bärenswil, und Ruth Kleiber, Winterthur). Der Regierungsrat wird um Bericht und Antrag zur Schaffung einer Kantonalen Gewaltschutz-Zentrale gebeten. Mit der Schaffung einer solchen Institution sollen Opfer von Gewalt unmittelbar, kompetent und wirksam vor weiteren Gewalttaten geschützt werden. Allfällig bestehende Strukturen sind besser zu nutzen, besser zu vernetzen und vor allem für Opfer besser erkennbar zu machen.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

[Für mehr Demokratie](#)

4. August 2011 (Volksinitiative). ABI 2011, 3242

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Sicherheitsdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 20/2008 **Suizidprävention**
30. November 2009 (Postulat Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, Erika Ziltener, Zürich, und Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird aufgefordert, über die Suizidprävention im Kanton Zürich zu berichten, ein Suizidpräventionskonzept zu erarbeiten, zu realisieren und dessen Wirksamkeit zu überprüfen. Dem Kantonsrat ist dazu regelmässig Bericht zu erstatten.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. November 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4858).
- 381/2009 **Datenschutz für Schweizer Hotelgäste**
18. Januar 2010 (Postulat Ruedi Lais, Wallisellen, und Yves de Mestral, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten aufzuzeigen, wie die Verwendung von Daten über Hotelgäste schweizerischer Nationalität gesetzlich geregelt und gleichzeitig ein angemessener Datenschutz gewährleistet werden kann.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 22. Dezember 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4759).
-
- B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse
- 350/2009 **Verwertung eingezogener Gegenstände am Flughafen Zürich**
29. März 2010 (Postulat Roland Munz, Zürich, Jean-Philippe Pinto, Volketswil, und Stefan Dollenmeier, Rüti). Der Regierungsrat wird eingeladen aufzuzeigen, wie bei der Personenkontrolle am Flughafen Zürich von hier zusteigenden Fluggästen wie auch von Transitpassagieren eingezogene Gegenstände einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden können und eingeladen eine entsprechende Umsetzung an die Hand zu nehmen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 150/2010 **Kostenüberwälzung auch beim 1. Mai**
8. November 2010 (Einzelinitiative Susi Gut, Zürich, und Markus Schwyn, Zürich).
Anpassung von § 58 Abs. 3 des Polizeigesetzes wie folgt:
Bei bewilligten Veranstaltungen, die der Ausübung des verfassungsmässig garantierten Demonstrationsrechts dienen, werden den Veranstaltern keine Kosten auferlegt, sofern sie nicht grobfahrlässig gegen Auflagen der Bewilligung verstossen haben und sofern es nicht bei Nachdemonstrationen zu Sachschäden oder zu einem massiven Polizeieinsatz kommt.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 83/2008 **SKOS-Richtlinien**
20. Juni 2011 (Postulat Willy Haderer, Unterengstringen, Theresia Weber-Gachnang, Uetikon a.S., und Hansruedi Bär, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) zu veranlassen, die SKOS-Richtlinien in dem Sinne anzupassen, dass die Sozialhilfebezüglerinnen und Sozialhilfebezügler gegenüber den Niedrigverdienenden, welche zudem Steuern bezahlen, nicht besser gestellt werden.
Prüfung
- 84/2008 **Autos und Sozialhilfe**
20. Juni 2011 (Postulat Peter Preisig, Hinwil, Hansruedi Bär, Zürich, und Beat Stiefel, Egg). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie das Sozialhilfegesetz dahingehend abgeändert werden kann, dass Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger während der Zeit ihrer Fürsorgeabhängigkeit keine Fahrzeuge mieten, besitzen oder zu Eigentum erwerben dürfen. Zudem darf ein Fahrzeug keiner Drittperson zum Gebrauch überlassen werden. Bei Zuwiderhandlung erfolgt eine Leistungskürzung um die Summe der errechneten Kosten des Autos.
Ausnahmen können bewilligt werden, wenn das Auto zur Generierung eines eigenen Erwerbseinkommens und damit zur Senkung der Sozialhilfeunterstützung führt. Auch für Fahrten, welche gesundheitlich notwendig sind und nicht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln vollzogen werden können, können Ausnahmen bewilligt werden
Prüfung
- 2/2010 **Teilrevision des Sozialhilfegesetzes**
28. November 2011 (Postulat Jean-Luc Cornaz, Winkel, und Urs Lauffer, Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht, das Sozialhilfegesetz so zu ergänzen und abzuändern, dass für die Ausschüttungen des Alkoholzehntels eine rollende Planung gemacht wird, welche das Fondsvermögen ausschöpft und den Beitrag für den Behandlungsaufwand an die zürcherischen Beratungsstellen für Alkoholprobleme auf das alte Niveau von vor 1989 festsetzt. Ferner soll die Wirksamkeit der eingesetzten finanziellen Mittel überprüft werden und Beiträge aus andern Mitteln (z. B. Lotteriefonds) nicht ausgeschlossen werden.
Prüfung

Finanzdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 184/2006 **Familienergänzende Kinderbetreuung für das kantonale Personal**
6. November 2006 (Postulat Lisette Müller-Jaag, Knonau, Cécile Krebs, Winterthur, und Lucius Dürr, Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht, die familienergänzende Kinderbetreuung für seine Angestellten zu fördern und auszubauen. Dabei ist das Angebot von Gemeinden und Privaten einzubeziehen. Den kantonalen Angestellten sollen genügend Krippenplätze zur Verfügung stehen, indem der Kanton eigene Krippen betreibt oder für seine Angestellten Plätze in bereits bestehenden Krippen einkauft.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 29. Oktober 2008 und am 24. August 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4557).
- 191/2008 **Öffentliche Beschaffung von Computern, die nach IAO-Standards hergestellt werden**
7. September 2009 (Postulat Ornella Ferro, Uster, Peter Ritschard, Zürich, und Eva Gutmann, Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht, bei der Computerbeschaffung in der kantonalen Verwaltung die fundamentalen Arbeitsrechte der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu beachten. Damit diese Rechte respektiert werden, wird die kantonale Verwaltung beauftragt, eine Kriterienliste zu entwickeln und verbindlich einzusetzen.
Auf diese Weise können Unternehmen, die auf eine öffentliche Beschaffungsanfrage reagieren, auf ihre Politik der sozialen Verantwortung hin überprüft werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 6. Juli 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4814).
- 269/2009 **Neue gesetzliche Regelung des Ausgleichs der kalten Progression**
30. November 2009 (Motion Raphael Golta, Zürich, Ralf Margreiter, Zürich, und Peter Roesler, Greifensee). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Neuregelung des Ausgleichs der kalten Progression im Steuergesetz zu unterbreiten. Folgende Elemente sollen dabei berücksichtigt werden:
1. Schnellerer Ausgleich
Die Neuregelung kann entweder über eine tiefere Teuerungsschwelle (z. B. 3%) oder aber einen fixen zeitlichen Rhythmus (z. B. alle ein oder zwei Jahre) für einen schnelleren Ausgleich sorgen.
 2. Automatischer Ausgleich
Der Ausgleich soll nur noch über einen gesetzlich vorgeschriebenen Automatismus erfolgen; auf in der Kompetenz des Regierungsrates liegende Kann-Bestimmungen wird verzichtet.
 3. Eindeutige Formulierung des Gesetzestextes
Die Neuregelung ist eindeutig zu formulieren. Dies betrifft insbesondere Wert und Zeitpunkt, von dem aus die Teuerung ausgeglichen wird. Falls weiterhin eine Teuerungsschwelle angewendet wird, soll für Höhe und Zeitpunkt des Ausgleichs die gleiche Teuerung verwendet werden.
 4. Vereinbarkeit mit der Neuregelung des Bundes
Der Ausgleich der kalten Progression auf kantonaler Ebene kann zwar von der Neuregelung des Bundes abweichen, sollte aber ohne grossen administrativen Aufwand mit dieser vereinbar sein.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 2. November 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4847).

- 20/2010 **Änderung des kantonalen Steuergesetzes**
29. März 2010 (Einzelinitiative Fritz Thomas Klein, Zürich).
§ 65 des kantonalen Steuergesetzes, der den geschäftsmässig begründeten Aufwand für die Gewinnsteuer juristischer Personen bezeichnet, soll wie folgt angepasst werden:
Absatz 1, Buchstabe a.: Streichen von «nicht aber Steuerbussen».
Absatz 2: Ergänzung
Nicht zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören:
a. Zahlungen von Bestechungsgeldern im Sinne des schweizerischen Strafrechts an schweizerische oder fremde Amtsträger,
b. Zahlung von Bussen aller Art im In- und im Ausland.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 14. September 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4836).
-
- B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse
- 4715/2010 **Grundstückgewinnsteuer – JA, aber fair!**
2. November 2009 (Volksinitiative). ABI 2010, 229
Reduktion des Spekulationszuschlags; Erhöhung des Besitzesdauerrabattes mit Steuerfreiheit nach einer Besitzesdauer von 21 Jahren.
Bericht und Antrag zum Gegenvorschlag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) in Vorbereitung
- 315/2010 **Zustellung der Lohnabrechnung für kantonale Angestellte per E-Mail im Intranet**
31. Januar 2011 (Postulat Armin Steinmann, Adliswil, und Rolf Stucker, Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht zu prüfen, wie im Zusammenhang mit dem eingeführten SAP und der bevorstehenden Ablösung des PALAS durch das PULS-ZH auf die postalische Zustellung der monatlichen Lohnabrechnungen an die kantonalen Lohnempfänger verzichtet werden kann und stattdessen die Lohnabrechnungsdaten auf der Intranetplattform als individuelle PDF-Dateien an die Lohnempfängerinnen und -empfänger übermittelt werden können.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 333/2010 **Anpassung des Steuergesetzes an das gemeinsame elterliche Sorgerecht**
28. Februar 2011 (Motion Kaspar Bütikofer, Zürich, Esther Hildebrand, Illnau-Effretikon, und Ralf Margreiter, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Steuergesetz vom 8. Juni 1997 (StG, LS 631.1) an die Möglichkeit des gemeinsamen elterlichen Sorgerechts nach einer tatsächlichen oder rechtlichen Trennung anzupassen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

152/2010 [Das Gewerbe soll nicht länger Bank sein müssen – Massnahmen zur Festlegung der Zahlungsfristen durch die öffentliche Hand auf maximal 30 Tage](#)

7. März 2011 (Motion Josef Wiederkehr, Dietikon, Martin Arnold, Oberrieden, und Antoine Berger, Kilchberg, sowie Mitunterzeichner). Der Regierungsrat wird beauftragt, einen Entwurf für einen Beschluss zur Schaffung der Rahmenbedingungen vorzulegen, welcher die Zahlungsfristen für die öffentliche Hand als Debitor generell auf maximal 30 Tage festlegt. Analog soll sich der Kanton gegenüber den Gemeinden in Bezug auf die Begleichung/Abwicklung von Rechnungen und Auszahlungen verhalten.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

[Gegen Steuergeschenke für Superreiche](#)

15. August 2011 (Volksinitiative). ABI 2011, 3243

Gegen Steuergeschenke für Superreiche; für einen starken Kanton (Bonzensteuer)

Bericht und Antrag in Vorbereitung

101/2011 [Anpassung der gesetzlichen Bestimmungen zur Verwendung von Geldern des Lotteriefonds](#)

26. September 2011 (Motion Finanzkommission). Der Regierungsrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen für die Vergabe von Lotteriefondsgeldern so zu ändern, dass der Kantonsrat abschliessend darüber befinden kann.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

268/2011 [Sanierungsprogramm statt Steuererhöhungen](#)

21. November 2011 (Postulat Beatrix Frey-Eigenmann, Meilen, Beat Walti, Zollikon, und Thomas Vogel, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird ersucht, für den KEF 2012–2015 eine Variante zu entwickeln, welche den mittelfristigen Haushaltsausgleich ohne Erhöhungen des Staatssteuerfusses gewährleistet.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Volkswirtschaftsdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 390/2007 **Buslinien durch den Uetlibergtunnel**
25. Februar 2008 (Postulat Hans Läubli, Affoltern a. A., Eva Torp Hedingen, und Michèle Bättig, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, mit der Eröffnung der A20 und der A4 und den Anschlüssen Fildern und Affoltern a. A. eine oder mehrere Buslinien durch den Uetlibergtunnel zwischen dem Knonauer Amt und den südwestlich des Paradeplatzes gelegenen Zürcher Stadtquartieren zu realisieren.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 5. November 2008 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4560).
- 347/2008 **Regelmässige Publikation detaillierter Kennzahlen vor und nach der Eröffnung der Westumfahrung**
12. Dezember 2008 (Postulat Sabine Ziegler, Zürich, Michèle Bättig, Zürich, und Christoph Holenstein, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen in einem Bericht detaillierte Kennzahlen (wie Anteil Transit-, Lastwagen-, Ziel-, Quell-, und Binnenverkehr) zu den wichtigen Durchgangsverkehrsströmen im Gebiet der gesamten Westtangente zu erheben und öffentlich zu machen. Er soll weiterhin aufzeigen wie er beabsichtigt, ein fortlaufendes Controlling umzusetzen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 2. Dezember 2009 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4648).
- 17/2007 **Mehr Raum und Sicherheit für den Fussverkehr in grossen Knoten des öffentlichen Verkehrs**
21. September 2009 (Postulat Willy Germann, Winterthur, und Sabine Ziegler, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, auf Grund einer Schwachstellenanalyse aufzuzeigen, wo der Fussverkehr in den grössten Knoten des öffentlichen Verkehrs verbessert werden kann. Dabei soll in Zusammenarbeit mit den Städten und den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs mehr Raum, Komfort und Sicherheit für Fussgängerinnen und Fussgänger geschaffen werden. Das Umsteigen muss in den vorgesehenen Umsteigezeiten ohne Fussgängerstaus gewährleistet werden können.
Massgebend soll das künftige Verkehrsaufkommen von Bahn und Feinverteiler in Spitzenzeiten sein (Eröffnung Durchmesserlinie, Fahrplanverdichtung Winterthur u. a.).
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 31. August 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4828).
- 142/2007 **Wirkungsvolle Lärmgebühren beim Flughafen Kloten**
26. Oktober 2009 (Postulat Priska Seiler Graf, Kloten, Robert Brunner, Steinmaur, und Willy Germann, Winterthur). Der Regierungsrat wird beauftragt, seinen Einfluss im Verwaltungsrat der Flughafen Zürich AG (FZAG) geltend zu machen, indem er sich für folgende Punkte einsetzt:
1. Sofortige Anpassung der lärm- und zeitabhängigen Start- und Landegebühren, damit diese wieder ihre ursprüngliche lenkende Wirkung erhalten.
2. Rollende Anpassung der Lärmklasseneinteilung:
Fortschritte bei der Lärmbekämpfung an der Quelle sollen finanziell attraktiv sein. Dabei gilt folgende Zielvorgabe: Es müssen stets von mindestens 50% der Flugbewegungen Lärmgebühren erhoben werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 5. Oktober 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4843).

- 281/2007 **Massnahmen gegen die Verkehrsüberlastung im Knonauer Amt**
9. November 2009 (Postulat Hans Läubli, Affoltern a. A., Peter Weber, Wald, und Andreas Erdin, Dürnten).
Der Regierungsrat wird aufgefordert:
- flankierende Massnahmen zu ergreifen, welche spätestens auf den Zeitpunkt der Eröffnung der A4 den Verkehr aus dem Aargau auf ein siedlungsverträgliches Mass beschränken;
 - aus Gründen der Verkehrssicherheit, zur Reduktion einer übermässigen Umweltbelastung und zur Verbesserung des Verkehrsablaufs die Geschwindigkeit auf der Dorfstrasse in Obfelden, auf der Muristrasse in Bickwil und im Siedlungsgebiet von Ottenbach teilweise oder vollumfänglich auf Tempo 30 zu beschränken;
 - zusammen mit dem Kanton Aargau die Kapazitäten der Zufahrtsstrassen aus dem Kanton Aargau so zu beschränken, dass keine Ausbauten auf dem bestehenden Strassennetz notwendig sind;
 - den ÖV mit geeigneten Massnahmen zu priorisieren.
- Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 5. Oktober 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4842).
- 365/2009 **Effizienzsteigerung der Zürcher Standortförderung und Standortpromotion**
18. Januar 2010 (Postulat Susanne Brunner, Zürich, Ralf Margreiter, Zürich, und Werner Bosshard, Rümlang). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, welches Sparpotential eine rechtliche und organisatorische Umgestaltung der Institutionen und Akteure der Standortförderungsaktivitäten (insbesondere GZA und kantonale Standortförderung) hätte. Der Bericht soll aufzeigen, wie die Effizienz und Effektivität der Standortförderungsaktivitäten (Aktivitäten im Bereich der Wirtschafts- und Standortförderung, Standortpromotion und Ansiedlungsberatung) damit beeinflusst würde. Die Umgestaltung könnte beispielsweise eine vollständige Integration dieser Aktivitäten in die öffentliche Verwaltung oder eine vollständige Ausgliederung aus der Verwaltung bedeuten.
- Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 22. Dezember 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4754).
- 320/2009 **Schaffung eines neuen Tarifangebots «Zoo/ZVV Kombiticket»**
1. März 2010 (Behördeninitiative Gemeinderat der Stadt Zürich).
Im Zusammenhang mit der Infrastrukturerweiterung des Zoos Zürich ist ein neues Tarifangebot in Form eines attraktiven Zoo/ZVV-Kombitickets für Einzelpersonen sowie für Familien zu schaffen.
- Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 15. Juni 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4812).
- 4770/2011 **Für freie Ladenöffnungszeiten**
25. Mai 2010 (Volksinitiative). ABI 2010, 1819
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 9. Februar 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4770).

- 270/2010 **Änderung Verordnung zum Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz**
1. November 2010 (Postulat Gabriela Winkler, Oberglatt, und Arnold Suter, Kilchberg). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, die Verordnung zum Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz vom 26. November 2003 unverzüglich dahingehend zu ändern, dass
- § 3 Absatz 2 der Verordnung gestrichen wird, und
 - § 3 Absatz 1 Buchstabe e wie folgt lautet: «Kleinläden mit einer Verkaufsfläche von höchstens 200m²».
- Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 5. Oktober 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4841).

B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse

- 240/2008 **Bessere Zusammenarbeit von RAV und Sozialhilfe**
8. Februar 2010 (Postulat Andreas Burger, Urdorf, Regine Sauter, Zürich, und Ornella Ferro, Uster, sowie Mitunterzeichnende). Der Regierungsrat wird gebeten, zur Verbesserung der Situation der Langzeitarbeitslosen im Kanton Zürich auf eine engere Zusammenarbeit des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) und des Kantonalen Sozialamtes hinzuwirken, die regionalen Arbeitsvermittlungszentren vermehrt auf die Bedürfnisse der Sozialhilfe auszurichten und die Gemeinden in eine Strategie miteinzubeziehen sowie diese laufend und umfassend zu informieren.
- Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 277/2008 **Verdoppelung des «Lärmfüfliers»**
26. September 2011 (Postulat Marcel Burlet, Regensdorf, Priska Seiler Graf, Kloten, und Thomas Hardegger, Rümlang). Der Regierungsrat wird eingeladen, dafür zu sorgen, dass die Abfluggebühr pro Passagierin und Passagier am Flughafen Kloten, der sogenannte «Lärmfüflier» verdoppelt wird, also jeweils 10 Franken erhoben werden.
- Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 204/2011 **Keine Kleinfliegerei auf dem Flugplatz Dübendorf**
24. Oktober 2011 (Postulat Thomas Hardegger, Rümlang, Thomas Maier, Dübendorf, und Markus Schaaf, Zell). Der Regierungsrat wird ersucht aufzuzeigen, wie der Kanton Zürich dafür sorgen kann, dass die Flughafen Zürich AG keine Auslagerung von Flügen nach Dübendorf vornimmt.
- Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 125/2010 **Einreichung einer Standesinitiative für den Bau des Brüttenertunnels**
21. November 2011 (Parlamentarische Initiative Martin Farner, Oberstammheim, Daniel Oswald, Winterthur, und Hansjörg Schmid, Dinhard).
- Gestützt auf Art. 169 Abs. 1 der Bundesverfassung reicht der Kanton Zürich folgende Standesinitiative ein: Der Bund wird aufgefordert, in die Vorlage Bahn 2030 den Brüttenertunnel aufzunehmen und zu realisieren. Ebenfalls muss der Bund die Finanzierung für den Bau des Brüttenertunnels sicherstellen.
- Bericht und Antrag in Vorbereitung

226/2011

Erleichterungen für den Detailhandel im Kanton Zürich

28. November 2011 (Postulat Hans-Heinrich Heusser, Seegräben, Martin Arnold, Oberrieden, und Hans Frei, Regensdorf). Der Regierungsrat wird gebeten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das Einkaufen im Kanton Zürich zu erleichtern. Vor allem sollen die Vorschriften, die eine Parkplatzbewirtschaftung (Gebührenerhebung für Parkplätze) vorschreiben, möglichst sofort sistiert werden. Es soll den betroffenen Geschäften überlassen werden, ob sie ihre Parkplätze gebührenpflichtig betreiben wollen oder nicht.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Gesundheitsdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 55/2007 **Änderung Tierseuchengesetz**
 22. September 2008 (Motion Hansjörg Schmid, Dinhard, und Mitunterzeichnende). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Tierseuchengesetz dahingehend anzupassen, dass die Kosten neuer Tierseuchen wie der Vogelgrippe nicht den Tierseuchenfonds zusätzlich belasten.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 14. September 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4837).

B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse

- 186/2009 **Einführung von Diagnosis Related Groups (DRG)**
 15. Februar 2010 (Postulat Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, Barbara Bussmann, Volketswil, und Hans Fahrni, Winterthur). Der Regierungsrat wird aufgefordert, in einer umfassenden Analyse über die geplante Einführung und die möglichen Folgen von DRG zu berichten. Dabei sind auch die Wechselwirkungen von DRG und Spitalplanung aufzuzeigen. Es ist ein Qualitätssicherungskonzept für die Einführung von DRG zu erarbeiten (z. B. Verhinderung von zu frühen Patiententlassungen, Ausbau von Rehabilitationsabteilungen und Spitex, Schutz des Personals vor Lohndruck, usw.), zu realisieren und dessen Wirksamkeit zu überprüfen. Zudem bitten wir den Regierungsrat, über den Stand der Begleitforschung des Instituts für Biomedizinische Ethik der Universität Zürich zu informieren.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 346/2010 **Änderung Gesundheitsgesetz, Rechtsform für Arztpraxen**
 28. März 2011 (Motion Oskar Denzler, Winterthur, Theres Weber, Uetikon a.S., und Jean-Luc Cornaz, Winkel). Der Regierungsrat wird aufgefordert, das kantonale Gesundheitsgesetz dergestalt anzupassen, dass Arztpraxen künftig auch in der Form einer eigenständigen juristischen Person geführt werden können.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 366/2010 **Weniger Bürokratie für Hausärzte**
 28. März 2011 (Postulat Oskar Denzler, Winterthur, Linda Camenisch, Wallisellen, und Brigitta Johner-Gähwiler, Urdorf). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie mit geeigneten Massnahmen die Bewilligungsverfahren, die periodischen Kontrollen und die Datenerhebungen in den ambulanten Praxen vereinfacht und reduziert werden können. Die anfallenden Gebühren sind zu reduzieren oder abzuschaffen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 74/2010 **Späte Frühgeborene und ihre Mütter**
 11. April 2011 (Postulat Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, Erika Ziltener, Zürich, und Ruth Kleiber, Winterthur). Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Leistungsaufträge für die Geburtskliniken im Kanton so zu präzisieren, dass späte Frühgeborene und ihre Mütter nicht mehr frühzeitig getrennt werden müssen, wenn das Kind noch nicht reif genug für seine Entlassung aus der Spitalpflege ist.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

201/2010 **Verselbstständigung der Psychiatrie**

27. Juni 2011 (Motion Regine Sauter, Zürich, Willy Haderer, Unterengstringen, und Eva Gutmann, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Gesetzesrevision zu unterbreiten, welche die Ausgliederung der kantonalen psychiatrischen Kliniken und deren Überführung in eine rechtlich selbstständige Organisation zum Inhalt hat.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

174/2011 **Weniger Bürokratie für Apothekerinnen und Apotheker**

26. September 2011 (Postulat Lorenz Schmid, Männedorf, Willy Haderer, Unterengstringen, und Esther Guyer, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie mit geeigneten Massnahmen die gesetzlichen Auflagen, die Bewilligungsverfahren, die periodischen Kontrollen in den öffentlichen Apotheken reduziert und vereinfacht werden können.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Bildungsdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 336/2006 **Kantonale Anstellung für alle Lehrpersonen**
17. November 2008 (Motion Karin Maeder-Zuberbühler, Rüti, Esther Guyer, Zürich, und Claudio Schmid, Bülach). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Lehrpersonalgesetz vom 10. Mai 1999 anzupassen, so dass künftig alle Lehrpersonen der Volksschule kantonal angestellt sind, die Lektionen gemäss Lektionentafel unterrichten und eine Zulassung gemäss den kantonalen Vorgaben haben. Auf ein Mindestpensum für eine kantonale Anstellung ist zu verzichten.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 2. März 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4774).
- 358/2006 **Schulkapitel in der unterrichtsfreien Arbeitszeit**
17. November 2008 (Motion Claudio Schmid, Bülach, Katharina Kull-Benz, Zollikon, und Esther Guyer, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Volksschulgesetz anzupassen, so dass künftig die Kapitelversammlungen nicht mehr in der Unterrichtszeit stattfinden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 7. Dezember 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4752).
- 401/2006 **Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen an der Primarstufe**
20. April 2009 (Postulat Julia Gerber Rüegg, Wädenswil, Katrin Susanne Meier, Zürich, und Marcel Burlet, Regensdorf). Der Regierungsrat wird gebeten, die Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen an der 1.–3. Klasse der Primarstufe der Unterrichtsverpflichtung der übrigen Lehrpersonen der Primarstufe und der Sekundarstufe I anzupassen und auf 28 Wochenlektionen zu senken.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 23. März 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4789).
- 230/2009 **Berufsauftrag für Schulleitende**
28. September 2009 (Postulat Matthias Hauser, Hüntwangen, Brigitta Johner-Gähwiler, Urdorf, und Corinne Thomet-Bürki, Kloten). Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen wie, analog zu den Lehrpersonen, ein Berufsauftrag auch für Schulleitende erstellt werden kann, damit deren Aufgaben gemäss § 44 Abs. 2 VSG zur Erfüllung einer vollen Anstellung definiert sind. Dabei soll ein gewisser Handlungsspielraum der anstellenden Schulgemeinden nicht beschränkt werden. Die Kostenfolgen eines solchen Berufsauftrages sind ebenfalls aufzuzeigen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 24. August 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4823).
- 390/2009 **Änderung der Stipendienverordnung**
1. März 2010 (Postulat Susanna Rusca Speck, Zürich, Kurt Leuch, Oberengstringen, und Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Bemessungsansätze im Anhang der Stipendienverordnung dahingehend anzupassen, dass die Anzahl der Bezügerinnen und Bezüger von Stipendien auf den schweizerischen Durchschnitt angehoben werden kann.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 23. März 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4783).

- 318/2007 **Zweijährige Grundbildung mit Berufsattest EBA**
8. März 2010 (Postulat Susanna Rusca Speck, Zürich, Markus Späth-Walter, Feuerthalen, und Karin Maeder-Zuberbühler, Rüti). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie er die Grundbildung mit Attest im Kanton Zürich gezielt fördern will.
Insbesondere bitten wir zu prüfen,
 - wie das neue Ausbildungsgefäss bei allen Beteiligten (Oberstufenschülerinnen und -schüler, Eltern, Lehrkräfte der Oberstufe, Verbände, potentielle Ausbildungsbetriebe) besser bekannt gemacht werden kann;
 - wie die höhere Betreuungsintensität der EBA-Klassen bei der Festlegung der Klassengrösse an den Berufsschulen berücksichtigt werden kann;
 - wie zusätzliche Ausbildungsbetriebe gewonnen werden könnten;
 - welche Abteilungen der Verwaltung zusätzliche EBA-Ausbildungsplätze bereitstellen könnten;
 - welche selbstständigen Betriebe des Kantons für die Ausbildung EBA gewonnen werden könnten;
 - wie an Stelle der Anlehen in jenen Bereichen, für welche keine EBA-Ausbildung vorgesehen ist, Ausbildungsplätze für schwächere Schulabgängerinnen und Schulabgänger angeboten werden könnten.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. November 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4857).

- 4711/2010 **prima-Initiative; Weiterentwicklung Kindergartenstufe**
15. März 2010 (Volksinitiative). ABI 2010, 984
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 28. September 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4711b).

- 391/2009 **Validierung von Bildungsleistungen auf Tertiärstufe B im Gesundheitsbereich**
29. März 2010 (Postulat Susanna Rusca Speck, Zürich, Ruth Frei, Gibswil, Gabriela Winkler, Oberglatt). Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie das Validierungsverfahren auf Tertiärstufe B für Gesundheitsberufe entwickelt und umgesetzt werden kann.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 16. November 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4853).

- 3/2010 **Richtlinien für Schülerinnen und Schüler aus andern Religionen und Kulturen**
29. März 2010 (Postulat Ruth Kleiber, Winterthur, und Jean-Philippe Pinto, Volketswil). Wir ersuchen den Regierungsrat, die Richtlinien «Muslimische Schülerinnen und Schüler an der Volksschule» vom 9. September 2009 zu Richtlinien für «Schülerinnen und Schüler aus andern Religionen und Kulturen» so zu überarbeiten, dass zum Beispiel hohe Feiertage wie Weihnachten mit ihren Liedern und Gebräuchen, die auch für nicht religiöse Schweizerinnen und Schweizer grosse Bedeutung haben, ohne jede Einschränkung oder falsche Rücksichtnahme auf Andersgläubige durchgeführt werden sollen.
Schülerinnen und Schüler aus andern Religionen und Kulturen sollen auf begründetes schriftliches Gesuch hin auch nur passiv an unseren kulturellen und christlich geprägten Bräuchen und Festen teilnehmen können.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 24. August 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4824).

- 4792/2011 **Ja! Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse!**
14. Juli 2010 (Volksinitiative). ABl 2010, 1930
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 6. April 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4792).
- 254/2010 **Der Sache auf den Grund gehen – Ursachen für und langfristige Massnahmen gegen den Lehrpersonenmangel**
1. November 2010 (Postulat Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Claudia Gambacciani, Zürich, und Corinne Thomet-Bürki, Kloten). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Ursachen des massiven Lehrpersonenmangels auf den verschiedenen Schulstufen zu untersuchen und in einem Bericht darzulegen, wie die für die Zukunft der Zürcher Schulen bedrohlichen Entwicklungen auf dem Lehrpersonenmarkt mittel- und langfristig korrigiert werden können.
Dabei sind im Bereich der Ursachenergründung insbesondere folgende Teilaspekte zu klären:
1. die Entwicklung des Bedarfs an Lehrpersonen auf den verschiedenen Schulstufen in den nächsten 10 Jahren unter Berücksichtigung der aktuellen Prognosen der Schülerzahlen und der Zahl der Pensionierungen;
 2. die Entwicklung der Studierendenzahlen an den Lehrerbildungsinstitutionen im Kanton Zürich und in den umliegenden Kantonen seit der Gründung der pädagogischen Hochschulen;
 3. Die Zusammenhänge zwischen der neu strukturierten Ausbildung und der Attraktivität der Lehrerberufe;
 4. die effektive Verweildauer der Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger im Beruf und deren Auswirkungen auf die Nachfrage nach Lehrpersonen;
 5. die Belastung der Lehrpersonen durch eine teilweise noch wenig effiziente Kompetenzverteilung zwischen Schulbehörden und Schulleitungen;
 6. die Entwicklung der Klassengrössen;
 7. die effektive Entlohnung und die Lohnperspektiven der Zürcher Lehrpersonen im Vergleich mit den in den Nachbarkantonen und in der Deutschschweiz bezahlten Löhnen, unter besonderer Berücksichtigung der Situation bei den Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger.
- Im Bereich der Massnahmen gegen den Lehrermangel erwarten wir vom Regierungsrat nicht primär kurzfristige Vorschläge, sondern ein Konzept mittel- und langfristiger Massnahmen und Vorschläge,
- wie die pädagogischen Berufe wieder attraktiver gemacht werden können;
 - wie die Konkurrenzfähigkeit des Kantons auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden kann;
 - wie die Zahl der PHZH-Absolventinnen und Absolventen deutlich erhöht werden kann, ohne die Qualität der Ausbildung in Frage zu stellen.
- Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 26. Oktober 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4846).
- 146/2008 **Probezeit auch für Lehrpersonen der Volksschule**
15. November 2010 (Postulat Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, Katharina Kull-Benz, Zollikon, und Werner Scherrer, Bülach). Der Regierungsrat wird ersucht, § 7 Abs. 3 des Lehrpersonalgesetzes zu streichen. Damit gilt die Regelung von § 14 des Personalgesetzes auch für Lehrpersonen der Volksschule, was bedeutet, dass in Zukunft auch bei der Anstellung einer Lehrperson in einer Gemeinde eine Probezeit von drei Monaten gilt und während dieser Zeit das Arbeitsverhältnis gegenseitig mit einer siebentägigen Kündigungsfrist aufgelöst werden kann.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 2. März 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4774).

B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse

- 70/2007 **Organisation der öffentlichen Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung**
8. Juni 2009 (Motion Werner Scherrer, Bülach, Martin Arnold, Oberrieden, und Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Berufsberatung aus dem Jugendhilfegesetz streicht. Gleichzeitig wird im neuen Einführungsgesetz (nEG) zum Berufsbildungsgesetz die Berufsberatung so geregelt, dass diese organisatorisch und fachlich dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) unterstellt wird.
Prüfung
- 388/2009 **Mehr Aus- und Weiterbildungen unterstützen (Stipendienreform III)**
29. März 2010 (Motion Lorenz Schmid, Männedorf, Susanna Rusca Speck, Zürich, und Johannes Zollinger, Wädenswil). Der Regierungsrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen für die Ausrichtung von Stipendien an Personen, die eine Ausbildung absolvieren, die auf einen kantonal oder eidgenössisch anerkannten Abschluss vorbereitet.
Prüfung
- 389/2009 **Aus- und Weiterbildungsoffensive (Stipendienreform IV)**
29. März 2010 (Postulat Jean-Philippe Pinto, Volketswil, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Bildungsgesetz vom 1. Juli 2002 (OS 410.1) und die Stipendienverordnung vom 15. September 2004 (OS 416.1) dahingehend zu ändern, dass zukünftig die Ausrichtung von Beiträgen ohne Rückzahlungsverpflichtung (Stipendien) und von Beiträgen mit Rückzahlungsverpflichtung (Darlehen) vermehrt und mit einer grösseren Flexibilität ausgerichtet werden.
Insbesondere sollen:
a) der Anteil von Darlehen gegenüber Stipendien generell gesteigert werden;
b) Darlehen für die Ausbildung und Weiterbildung auf der Tertiärstufe ausgerichtet werden können;
c) Darlehen für die Weiterbildung auf der Sekundarstufe II ausgerichtet werden können;
d) Darlehen für die weiterführende Berufsbildung ausgerichtet werden können;
e) Darlehen in Ergänzung zu Stipendien ausgerichtet werden können;
f) die Bemessungsgrundlagen für Stipendien und Darlehen angepasst, d. h. abgestuft werden.
Dabei ist die Ausrichtung und Bewirtschaftung der Darlehen durch die Zürcher Kantonalbank zu prüfen.
Prüfung
- 395/2009 **Neue Beitragsfinanzierungsmodelle für die Hochschulen – Neuordnung der Studienfinanzierung mit einer stärkeren Beteiligung der Studierenden**
29. März 2010 (Postulat Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, Philipp Kutter, Wädenswil, und Thomas Maier, Dübendorf). Der Regierungsrat wird eingeladen, verschiedene Modelle der finanziellen Beteiligung der Studierenden an ihrer eigenen tertiären Ausbildung («Investition in sich selbst») zu prüfen, die jeweiligen Konsequenzen aufzuzeigen und dem Kantonsrat hierüber Bericht zu erstatten. Besonderes Augenmerk ist dabei auf ein neues Darlehenssystem sowie die Verbesserung des Stipendienwesens zu richten.
Prüfung

- 122/2010 **Überprüfung der Lehrerbildung im Hinblick auf die Bedürfnisse der Schulpraxis**
30. August 2010 (Postulat Kurt Leuch, Oberengstringen, und Johannes Zollinger, Wädenswil). Der Regierungsrat wird eingeladen, die Effizienz der Lehrerbildung im Hinblick auf die Bedürfnisse der Schulpraxis einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Mit der Evaluation soll ein unabhängiges wissenschaftliches Team beauftragt werden.
Prüfung
- 132/2010 **Lehrgang für Quereinsteiger in den Lehrberuf**
30. August 2010 (Postulat Walter Schoch, Bauma, Corinne Thomet-Bürki, Kloten, und Thomas Wirth, Hombrechtikon). Der Regierungsrat wird ersucht, für geeignete Personen mit Hochschulabschluss den Einstieg in den Lehrberuf an der Volksschule zu erleichtern und an der PHZH einen Lehrgang einzurichten, der es Quereinsteigern erlaubt, sich nach einer kürzeren Intensivausbildung die notwendigen Kenntnisse berufsbegleitend anzueignen.
Prüfung
- 202/2010 **Berufsschule: wirksame Massnahmen gegen Lehrermangel**
27. September 2010 (Postulat Josef Wiederkehr, Dietikon, Samuel Ramseyer, Niederglatt, und Corinne Thomet-Bürki, Kloten). Der Regierungsrat wird ersucht, auf den Mangel an Berufsschullehrern zu reagieren und wirksame Massnahmen zu ergreifen. Motivierte, qualifizierte Interessierte, die sich zum Lehrer ausbilden möchten, sollen daher vereinfachte Zulassungsbedingungen vorfinden. Der Kanton Zürich soll zudem im Vergleich zu anderen Kantonen bezüglich Lohnniveau attraktiv und konkurrenzfähig werden. So sollen nicht nur Diplome entscheidend sein, um an Berufsschulen zu unterrichten, sondern auch die Erfahrung und Fähigkeit der Lehrpersonen auf Lehrlinge einzugehen und sie zum Lernen zu motivieren.
Prüfung
- 181/2008 **Aufwertung der Funktion der Lehrpersonen mit Klassenführungsverantwortung**
15. November 2010 (Postulat Johannes Zollinger, Wädenswil, Markus Späth-Walter, Feuerthalen, und Samuel Ramseyer, Niederglatt). Der Regierungsrat wird gebeten, die Funktion der Lehrpersonen mit Klassenführungsverantwortung aufzuwerten.
Für jede Klasse ist eine Lehrperson als Klassenlehrkraft verantwortlich zu erklären. Wer die Klassenverantwortung für eine Klasse in Kindergarten, Primarschule oder Oberstufe (inklusive Kleinklassen) sowie an den Mittel- und Berufsschulen trägt, hat Anspruch auf eine Klassenlehrpersonen-Zulage (z. B. Einreihung in der Jahrestufe) und wird an der Volksschule mit zwei Wochenlektionen, an der Mittel- und Berufsschule mit einer Wochenlektion entlastet.
Die Klassenverantwortung wird von einer Lehrperson allein oder von zwei Lehrpersonen im Job-Sharing gemeinsam wahrgenommen werden.
Prüfung

249/2010 **Schaffung einer kantonalen Rechtsgrundlage für das Verfahren der öffentlichen Ausschreibungen im Bildungswesen**

29. November 2010 (Postulat Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Zollikon, Dieter Kläy, Winterthur, und Ralf Margreiter, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie kantonale Rechtsgrundlagen für Klarheit bei der öffentlichen Ausschreibung (Submission) bzw. bei der Vergabe von Aufträgen im Bildungswesen geschaffen werden können.

Prüfung

241/2008 **Überprüfung und Erweiterung des Anforderungsprofils für Dozierende an den Fachhochschulen**

28. Februar 2011 (Postulat Brigitta Johner-Gähwiler, Urdorf, Katharina Kull-Benz, Zollikon, und Dieter Kläy, Winterthur). Der Regierungsrat wird gebeten, das Anforderungsprofil für Dozierende an den Fachhochschulen zu überprüfen und dahingehend zu erweitern, dass ein qualitativ hoch stehender Unterricht durch qualifiziertes Personal sichergestellt ist. Voraussetzung für eine (neue oder bestehende) Anstellung als Dozierende/r an einer Fachhochschule ist neben Expertenwissen im Fachbereich auch eine hochschuldidaktische Qualifikation. Verfügt die sich um die Stelle bewerbende Person nicht über eine solche Qualifikation, kann diese in Ausnahmefällen während der Anstellung erworben beziehungsweise vertieft werden. Diese Regelung gilt auch für Dozierende in einem Teilzeitarbeitsverhältnis.

Prüfung

358/2010 **Prüfungsfreier Eintritt in die Pädagogische Hochschule Zürich mit Berufsmaturität**

28. Februar 2011 (Einzelinitiative Jean-Daniel Zwahlen, Ebertswil). Die einschlägige Gesetzgebung ist dahingehend zu ändern, dass Personen mit eidgenössisch anerkannter Berufsmaturität der prüfungsfreie Eintritt in alle Studiengänge der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) ebenso ermöglicht wird wie Personen mit eidgenössisch anerkannter gymnasialer Maturität.

Prüfung

335/2008 **Optimierung des Aufnahmeverfahrens für die Kantonsschulen**

14. März 2011 (Postulat Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Brigitta Johner-Gähwiler, Urdorf, und Corinne Thomet-Bürki, Kloten). Der Regierungsrat wird gebeten, das Aufnahmeverfahren an die Kantonsschulen zu überprüfen und zu optimieren. Dabei sollten insbesondere erwogen werden:

- die Einführung eines Potentialtests ein Jahr vor der Prüfung für alle Schülerinnen und Schüler der entsprechenden Volksschulstufe
- die gezielte Vorbereitung auf die Prüfung durch die Volksschule
- die Funktion und der Stellenwert der Vornoten
- der Inhalt und Stellenwert der einzelnen Prüfungsteile unter angemessener Berücksichtigung schriftlicher und mündlicher Elemente
- die Abschaffung der mündlichen Prüfung für Grenzfälle in der heutigen Form

Prüfung

- 54/2011 **Finanzierung der Schulung von Kindern mit einer sprachlichen Behinderung**
16. Mai 2011 (Postulat Michael Welz, Oberembrach, Sabine Wettstein, Uster, und Ruth Kleiber, Winterthur). Der Regierungsrat wird eingeladen, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Finanzierung der integrierten Sonderschulung für Kinder mit Sprachbehinderungen durch den Kanton Zürich weiterhin gewährleistet ist.
Angeregt wird die Finanzierung mit einer Fallpauschale. Zudem wird der Regierungsrat beauftragt, ab Schuljahr 2011/2012 eine Übergangsfinanzierung zu gewährleisten.
Prüfung
- 41/2011 **Departementsübergreifende Koordination der staatlich geförderten Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich der Grundkompetenzen Erwachsener**
30. Mai 2011 (Postulat Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Zollikon, Dieter Kläy, Winterthur, und Ralf Margreiter, Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht, die departementsübergreifende Koordination der staatlich unterstützten Weiterbildungsmaßnahmen für Erwachsene im Bereich der Förderung von Grundkompetenzen sicherzustellen.
Prüfung
- 120/2011 **Kantonale Mitfinanzierung der Höheren Berufsbildung: Gleichbehandlung, Transparenz und Bildungsförderung**
20. Juni 2011 (Postulat Ralf Margreiter, Zürich, Claudio Schmid, Bülach, und Werner Scherrer, Bülach). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie auf den Zeitpunkt der Neuregelung der Beiträge an Bildungsgänge der Höheren Fachschulen (neues Konkordat HFSV) im Kanton Zürich ein einheitliches, transparentes System der öffentlichen Mitfinanzierung über den gesamten Bereich der Höheren Berufsbildung hinweg geschaffen werden kann. Dabei soll die HBB (Bildungsgänge an Höheren Fachschulen ebenso wie Vorbereitungskurse auf eidgenössische Berufs- und Höhere Fachprüfungen) stärker als bislang auch finanziell gefördert werden.
Prüfung
- 116/2011 **Aufstockung von Studienplätzen für Ärztinnen und Ärzte**
27. Juni 2011 (Postulat Stefan Dollenmeier, Rüti, Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, und Ruth Kleiber, Winterthur). Der Kanton Zürich erhöht die Studienplätze für Humanmedizin von derzeit 1048 um 20 Prozent.
Prüfung
- 375/2009 **Schulgeldzahlungen für Kunst- und Sportschulen**
29. August 2011 (Motion Bernhard Egg, Elgg, und Markus Späth-Walter, Feuerthalen). Der Regierungsrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen:
– für eine einheitliche Regelung des Schulgeldes, das Wohngemeinden für Schülerinnen und Schüler zu entrichten haben, die eine Kunst- und Sportschule besuchen,
– für die Verpflichtung zur Entrichtung des betreffenden Schulgeldes, wenn die Schülerin oder der Schüler die Aufnahmebedingungen erfüllt und die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Plätze, festgelegt durch die Koordinationsgruppe Sport der Direktionen Sicherheit und Bildung, nicht überschritten wird.
Prüfung

- 376/2009 **Schulgeldzahlungen gestützt auf das Regionale Schulgeldabkommen (RSA)**
 29. August 2011 (Postulat Bernhard Egg, Elgg, und Markus Späth-Walter, Feuerthalen). Der Regierungsrat wird eingeladen, dahin zu wirken, dass der Kanton Zürich auf das RSA gestützte Schulgelder auch für die Volksschulstufe ausrichtet.
Prüfung
- 84/2011 **Finanzierung der stationären Jugendhilfe**
 29. August 2011 (Postulat Gabriela Winkler, Oberglatt, Urs Lauffer, Zürich, und Regine Sauter, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, unverzüglich die gesetzlichen Grundlagen für eine zeitgemässe Finanzierung der stationären Jugendhilfe zu erlassen.
Prüfung
- 161/2011 **Aufhebung Obligatorium für die Englisch Lehrmittel: First Choice, Explorer und Voices**
 29. August 2011 (Postulat Corinne Thomet-Bürki, Kloten, und Johannes Zollinger, Wädenswil). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie per sofort das Lehrmittelobligatorium für die Englisch-Lehrmittel des Kantons Zürich First Choice (Unterstufe), Explorer (Mittelstufe) und Voices (Sekundarstufe) bis auf weiteres aufgehoben werden kann.
 Weiter bitten wir den Regierungsrat in einem Bericht aufzuzeigen, wie hoch bis heute die Kosten für die Konzipierung und Erstellung waren und vor allem wie viel für alle zusätzlichen Anpassungs- und Ergänzungsmassnahmen für die zürcherischen Englischlehrmittel noch anfallen werden.
Prüfung
- 205/2011 **Strategie für den Bildungs- und Innovationsstandort Zürich**
 31. Oktober 2011 (Postulat Thomas Maier, Dübendorf, Jean-Philippe Pinto, Volketswil, und Thomas Hardegger, Rümlang). Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Strategie 2025 für den Bildungs- und Innovationsstandort Zürich zu erarbeiten.
 Diese Strategie sollte unter anderem folgende Themenbereiche respektive Fragestellungen abdecken (nicht abschliessend):
- Wo und wie sind 2025 unsere Hochschulen (Uni ZH, ETHZ) sowie Fachhochschulen national und international positioniert?
 - Welche Rahmenbedingungen bietet ihnen der Kanton Zürich zu welchem Zeitpunkt?
 - Welche Entwicklungsmöglichkeiten (z. B. räumlich) kann der Standort Zürich diesen Schulen und der Forschung zur Verfügung stellen?
 - Wie fördert der Kanton Zürich Innovationen und die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Fachhochschulen, EMPA, EAWAG und der Privatwirtschaft?
 - Was und wie konkret bietet der Kanton Zürich an, um den national geplanten Innovationspark im Wirtschaftsraum Zürich ansiedeln zu können?
- Prüfung**

Baudirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 298/2004 **Beschwerdelegitimation der Verbände**
24. Oktober 2005 (Motion Dr. Thomas Heiniger, Adliswil, Carmen Walker Späh, Zürich, und Martin Mossdorf, Bülach). Das Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht des Kantons Zürich vom 7. September 1975 (PBG) ist wie folgt neu zu fassen:
§ 338a PBG ist insoweit abzuändern, dass die Rechtsmittellegitimation nur noch Vereinigungen zukommt, welchen gemäss Bundesrecht die Beschwerdeberechtigung zusteht.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 22. Oktober 2008 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4554).
- 324/2008 **Emissionsarme Mobilfunkzonen**
2. März 2009 (Behördeninitiative Gemeinderat der Stadt Zürich).
Der Gemeinderat der Stadt Zürich beschliesst, beim Kanton Zürich eine Behördeninitiative einzureichen mit welcher dieser beauftragt wird, mit den Mobilfunkbetreibern für die Gemeinden ein Kooperations- und Dialogmodell als planerische Massnahme zu vereinbaren mit dem Ziel, die Strahlenbelastung im Siedlungsgebiet möglichst weitgehend zu senken und den Aufbau von Parallelinfrastrukturen zu vermeiden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 18. August 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4720).
- 310/2006 **Sanierung von Flur-, Fuss- und Wanderwegen**
23. März 2009 (Motion Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden, Eva Torp, Hedingen, und Patrick Hächler, Gossau).
Der Regierungsrat wird aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass keine Flur-, Fuss- und Wanderwege mehr asphaltiert oder mit Recycling-Asphaltgranulat saniert werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 16. März 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4780).
- 371/2008 **Gesetzliche Grundlagen für Public Private Partnership Projekte (PPP-Projekte)**
30. März 2009 (Postulat Kommission für Planung und Bau). Der Regierungsrat wird gebeten, die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Abwicklung von PPP-Projekten und ähnlichen Finanzierungs-Modellen zu prüfen. Die gesetzlichen Grundlagen sollen sicherstellen, dass entsprechende Finanzierungs-Modelle nicht zu einer Umgehung von demokratischen Rechten, Richtplanungsgrundsätzen, Submissionsvorgaben und der Finanzkompetenzen führen.
Zu klären ist auch die Frage, wie PPP-Projekte im KEF behandelt werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 16. März 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4781).

- 9/2007 **Reduktion Baubewilligungspflicht**
31. August 2009 (Postulat Carmen Walker Späh, Zürich, Kurt Bosshard, Uster, und Josef Wiederkehr, Dietikon). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie mit der Revision der gesetzlichen Bauvorschriften im Planungs- und Baugesetz (PBG), der Bauverfahrensverordnung (BVV) sowie der Allgemeinen Bauverordnung (ABV) die Zahl der baubewilligungspflichtigen Bauten und Anlagen reduziert werden kann.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 24. August 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4826).
- 90/2007 **Raumplanung/Bauvorschriften in Flughafengemeinden**
31. August 2009 (Postulat Gabriela Winkler, Oberglatt, Werner Scherrer, Bülach, und Martin Mossdorf, Bülach). Der Regierungsrat wird gebeten, beim Schweizerischen Bundesrat dahingehend vorstellig zu werden, dass die Artikel 29–31 der Lärmschutz-Verordnung (LSV, SR 814.41) über «Anforderungen an Bauzonen und Baubewilligungen in lärmbelasteten Gebieten» einer Revision unterzogen werden. Ziel der Revision soll es sein, dass den besonderen raumplanerischen Bedürfnissen von Gemeinden innerhalb der umhüllenden Lärmkurven des Flughafens Zürich Rechnung getragen werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 31. August 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4832).
- 103/2007 **Reduktion des CO₂-Ausstosses von jährlich 3% für die nächsten 4 Jahre**
31. August 2009 (Postulat Monika Spring, Zürich, Lisette Müller-Jaag, Knonau, und Patrick Hächler, Gossau, sowie Mitunterzeichnende). Der Regierungsrat wird eingeladen, einen Massnahmenplan auszuarbeiten, um eine jährliche Reduktion des CO₂-Ausstosses von 3% (Basisjahr 2007) für die nächsten vier Jahre zu erreichen. Die Reduktionsziele sind als Legislatorschwerpunkt zu formulieren und im Rahmen des KEF laufend zu überprüfen. Werden die Reduktionsziele verfehlt, sind die getroffenen Massnahmen anzupassen, um die Reduktionsvorgaben zu erreichen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 24. August 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4825).
- 122/2009 **Nutzung von leerstehenden Häusern**
28. September 2009 (Einzelinitiative Herbert Ruckstuhl, Elgg).
Ich beantrage, dass die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit eine Standortgemeinde das Nutzungsrecht von leerstehenden Gebäuden übernehmen kann, sofern diese längere Zeit ungenutzt leerstehen.
'Die Frist bis zur möglichen Übernahme des Nutzungsrechts und die Dauer der Übernahme sollen vom Kanton festgelegt werden.'
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 9. März 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4776).
- 4713b/2011 **Umweltschutz statt Vorschriften**
12. April 2010 (Volksinitiative). ABI 2010, 1279
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 24. August 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4713b).

- 99/2010 **Strassenabwasserbehandlungsanlagen und Fruchtfolgeflächen**
7. Juni 2010 (Postulat Michael Welz, Oberembrach, Hans-Heinrich Heusser, Seegräben, und Robert Brunner, Steinmaur). Der Regierungsrat wird gebeten, geeignete Massnahmen zu ergreifen, damit Strassenabwasserreinigungsanlagen (SABA) für Kantons- und Nationalstrassen unter grösstmöglicher Schonung von Fruchtfolgeflächen erstellt werden. Technische SABA's mit geringem Flächenverbrauch sollen flächenintensiven Sicker- und Retentionsbecken vorgezogen werden.
Beim Entscheid für das entsprechende Modell der SABA muss dem Erhalt der Fruchtfolgeflächen höchste Priorität beigemessen werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 25. Mai 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4807).
- 192/2010 **Artenförderungsmassnahmen im Naturschutz**
6. September 2010 (Postulat Hans Egli, Steinmaur, Robert Brunner, Steinmaur, und Carmen Walker Späh, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, ob in Bezug auf das Personal für 2011 und die kommenden Jahre, das Budget saldoneutral für die Artenförderungsmassnahmen um 2,5 Mio. Franken zu erhöhen ist. Die Mittel sind dem Natur- und Heimatschutzfonds (NHF) zu entnehmen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 31. August 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4831).
- 4833/2011 **Kulturlandinitiative**
16. Mai 2011 (Volksinitiative). ABl 2011, 2014
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 6. September 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4833).
-
- B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse**
- 57/2007 **Massnahmen gegen Lichtemissionen**
31. August 2009 (Motion Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, Robert Brunner, Steinmaur, und Maria Rohweder-Lischer, Uetikon am See). Der Regierungsrat wird aufgefordert, kantonale gesetzliche Grundlagen zu schaffen, welche Lichtemissionen von öffentlichen und privaten Beleuchtungen so reduzieren, dass der Schaden für Menschen und Tiere minimiert wird. Es sind verbindliche Grenzwerte festzulegen, welche gesetzliche Sicherheitsvorschriften (z. B. Flughafenbeleuchtung) mitberücksichtigen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 296/2007 **Infrastruktur für Velofahrerinnen und Velofahrer bei kantonalen Gebäuden**
28. Juni 2010 (Postulat Eva Torp, Hedingen, Ueli Keller, Zürich, und Monika Spring, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten den Veloverkehr zu fördern durch die Bereitstellung von geeigneter Infrastruktur bei allen kantonalen Gebäuden, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Besucherinnen und Besucher.
Dazu gehören gedeckte und gesicherte Veloabstellplätze in der Nähe der Eingänge, Umkleideräume mit Möglichkeiten, die Velokleider zu trocknen und aufzuhängen und die Velohelme sicher zu versorgen, sowie Wasch- resp. Duschgelegenheiten.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 151/2010 [Keine unnötigen Abstandsvorschriften von Fliessgewässern für Uferwege](#)
8. November 2010 (Behördeninitiative Gemeinderat Nürensdorf).
§ 21 Abs. 1 des Wasserwirtschaftsgesetzes vom 2. Juni 1991 wird wie folgt ergänzt:
Ober- und unterirdische Bauten und Anlagen haben gegenüber offenen und eingedolten öffentlichen Oberflächengewässern einen Abstand von 5 m einzuhalten. Die Anwendung dieser Bestimmung obliegt den kommunalen Baubehörden. Ausgenommen sind öffentliche Fuss- und Radwege.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 339/2007 [Erleichterungen für den Bau von Solaranlagen](#)
31. Januar 2011 (Motion Urs Hans, Turbenthal, Robert Brunner, Steinmaur, und Michael Welz, Oberembrach). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Planungs- und Baugesetz so zu ändern, dass der Bau von Solaranlagen (Photovoltaik und Kollektoren) auf Dächern nur auf Gebäuden eingeschränkt wird, die als wichtige Zeugen einer politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder baukünstlerischen Epoche erhaltenswürdig sind. Einschränkungen aus anderen Gründen wie Landschaftsschutz etc. sind nicht zulässig.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 98/2008 [Änderung der Energieverordnung zur Unterstützung der Einrichtung solarthermischer Anlagen](#)
31. Januar 2011 (Postulat Monika Spring, Zürich, Patrick Hächler, Gossau, und Michael Welz, Oberembrach). Der Regierungsrat wird eingeladen, § 16 b der Energieverordnung (LS 730.11), dahingehend zu ändern, dass auch kleinere Solaranlagen im Kanton Zürich unterstützt werden können. Die Mindestbeitragshöhe soll auf 2000 Franken gesenkt werden. Zusätzlich soll im Rahmen von Kampagnen die gebietsweise koordinierte Installation von Solarthermie-Anlagen unterstützt werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 326/2010 [Tische und Stühle für die Kleingastronomie](#)
28. Februar 2011 (Postulat Beat Walti, Zollikon, Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, und Leila Feit, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Gesetzgebung so zu lockern oder anzupassen, dass Kleinbetriebe, insbesondere solche der Kleingastronomie, ohne langwierigen und teuren bürokratischen Hürdenlauf und teure technische Auflagen kleine Tische und Stühle vor Verkaufs- und Ladengeschäfte auf öffentlichem Grund aufstellen können, soweit die Passanten nicht behindert und die öffentliche Sicherheit nicht beeinträchtigt werden. Diesen und anderen öffentlichen Interessen (z. B. Lärmimmissionen) ist durch geeignete polizeiliche Kompetenzen Nachachtung zu verschaffen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 71/2011 [Ausbau der Hochspannungsleitung Samstagern-Zürich](#)
2. Mai 2011 (Postulat Andreas Federer, Thalwil, Patrick Hächler, Gossau, und Willy Germann, Winterthur). Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Netzbetreiber beim geplanten Ausbau der Hochspannungsleitung Samstagern-Zürich zu verpflichten, das Leitungstrasse im Bereich von Thalwil (vor der Querung der Autobahn A3 von Westen nach Osten im Raum Gstaldenrain) bis zum Abspanngerüst Kilchberg erdverlegt zu realisieren.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 86/2011 **Schaffung der korrekten gesetzlichen Grundlagen für die Vergabe der Pachten der Fischereireviere**
2. Mai 2011 (Postulat Andreas Federer, Thalwil, Rahel Walti, Thalwil, und Renate Büchi-Wild, Richterswil). Der Regierungsrat wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen für die Vergabe von Pachten der Fischereireviere zu ergänzen, damit zukünftig die Pachten nicht bloss an natürliche Personen, sondern auch an juristische Personen (Vereine) vergeben werden können. Gleichzeitig sind sämtliche 2010 erfolgten Pachtvergaben der Fischereireviere offen zu legen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- Für mehr bezahlbaren Wohnraum**
24. Juni 2011 (Volksinitiative). ABI 2011, 2127
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 23/2011 **Grenzabstand zu Bauzonengrenzen**
27. Juni 2011 (Postulat Max Clerici, Horgen, Hans Egloff, Aesch, und Andreas Federer, Thalwil). Der Regierungsrat wird beauftragt, Bericht und Antrag vorzulegen über die Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes (PBG) in der Weise, dass unter Titel IV, Abschnitt 1/C/III (Abstände) ausdrücklich festgehalten wird, dass gegenüber Bauzonengrenzen, sofern diese nicht mit anderen abstandspflichtigen Begrenzungslinien (beispielsweise Parzellengrenzen) übereinstimmen, keine Grenzabstände einzuhalten sind.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 46/2011 **5% neue erneuerbare Energie bis 2030 aus dem Kanton Zürich**
27. Juni 2011 (Postulat Hans Egli, Steinmaur, und Michael Welz, Oberembrach). Der Regierungsrat wird eingeladen, mit einer Verordnung den Leistungsauftrag gemäss § 8 b EnG so zu formulieren, dass Netzbetreiber bis 2030 mindestens 5% neue erneuerbare Energie aus dem Kanton Zürich bereitstellen.
Als neue erneuerbare Energie gelten Photovoltaik, Windenergie, Biogas und Geothermie.
Der Regierungsrat sowie die massgebenden Bewilligungsbehörden wie z. B. das AWEL müssen verpflichtet werden, diesen Auftrag kooperativ mitzutragen. Allenfalls sind Gesetze und Verordnungen anzupassen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 105/2011 **Energiegewinnung aus Gewässern**
27. Juni 2011 (Postulat Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Bewilligungsverfahren für die Nutzung von Wasser zur Wärmeengewinnung mittels Wärmepumpen im Lichte der Förderung neuer erneuerbarer Energie zu überprüfen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- Strom für morgen**
22. August 2011 (Volksinitiative). ABI 2011, 3241
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 172/2011 **AXPO und Rosatom**
29. August 2011 (Postulat Robert Brunner, Steinmaur, und Michèle Bättig, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen sich im Verwaltungsrat der AXPO dafür einzusetzen, dass die Geschäftsbeziehungen zu Rosatom eingestellt und Alternativen aufgezeigt werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 201/2011 **Rückzug des Rahmengesuchs der AXPO für ein neues AKW**
26. September 2011 (Postulat Thomas Maier, Dübendorf, Marcel Lenggenhager, Gossau, und Patrick Hächler, Gossau). Der Regierungsrat wird aufgefordert, sich Kraft seiner Vertretung in den Verwaltungsräten und als Aktionär der AXPO und der EKZ für den Rückzug des am 4. Dezember 2008 eingereichten Rahmengesuches der AXPO für den Ersatz ihrer AKWs Mühleberg und Beznau einzusetzen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 180/2011 **Erarbeitung einer Energiestrategie ohne nukleare Risiken**
31. Oktober 2011 (Behördeninitiative Gemeinderat der Stadt Zürich).
Der Gemeinderat der Stadt Zürich beschliesst, beim Kanton Zürich eine Behördeninitiative einzureichen, mit welcher dieser beauftragt wird, eine Energiestrategie auszuarbeiten, welche auf nukleare Risiken verzichtet.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 199/2011 **Strategie innere Verdichtung**
31. Oktober 2011 (Motion Carmen Walker Späh, Zürich, Jörg Kündig, Gossau, und Thomas Vogel, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die gezielte Innenentwicklung durch eine Revision des Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht des Kantons Zürich vom 7. September 1975 (PBG) inkl. dazugehörenden Verordnungen ermöglicht.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 329/2007 **Renaturierung der Töss**
7. November 2011 (Postulat Hedi Strahm, Winterthur, Lilith Claudia Hübscher, Winterthur, und Willy Germann, Winterthur). Der Regierungsrat wird eingeladen, eine weitere Revitalisierungsetappe der Töss im Linsental zu realisieren.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

Eidgenössische und kantonale Volksabstimmungen

Abstimmungs- datum	Abstimmungsgeschäfte 2011	Kantonales Ergebnis		Stimm- beteiligung %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
13. Februar	Eidgenössische Volksabstimmung					
	Volksinitiative vom 23. Februar 2009 «Für den Schutz vor Waffengewalt» (Bundesbeschluss vom 1. Oktober 2010, BBI 2010, 6553)	214 164	210 976	49,6	1 083 312	1 395 812
	Kantonale Volksabstimmung					
	1. Kantonale Volksinitiative zur Verwendung der Ordnungsbussen im Strassenverkehr (ABI 2008, 602)	104 829	287 653	47,8		
	2. Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Beitrages für den Erweiterungsbau des Schweizerischen Landesmuseums Zürich aus dem Lotteriefonds (ABI 2010, 789)	249 980	151 374	48,3		
15. Mai	Kantonale Volksabstimmung					
	1. A. Steuergesetz (Änderung vom 30. März 2009; Steuer- entlastungen für natürliche Personen) (ABI 2009, 514)	130 671	134 746	32,5		
	1. B. Gültiger Teil des Gegenvorschlages von Stimm- berechtigten «Eine nachhaltige Steuerstrategie» (ABI 2009, 1436 f.)	50 107	208 330	32,4		
	1. C. Gegenvorschlag von Stimmberechtigten «Tiefere Steuern für Familien» (ABI 2009, 1438 ff.)	97 948	164 084	32,5		
	Stichfrage 1: Vorlage A 123 058 (= Ja); Vorlage B 110 042 (= Nein)	123 058	110 042	31,9		
	Stichfrage 2: Vorlage A 125 126 (= Ja); Vorlage C 112 404 (= Nein)	125 126	112 404	31,9		
	Stichfrage 3: Vorlage B 84 895 (= Ja); Vorlage C 115 361 (= Nein)	84 895	115 361	31,8		
	2. A. Finanzausgleichsgesetz (FAG) (vom 12. Juli 2010) (ABI 2010, 1599)	191 702	68 075	32,5		
	2. B. Gegenvorschlag von Stimmberechtigten «Für ein gerechtes Finanzausgleichsgesetz» (ABI 2010, 2314)	72 302	178 841	32,5		
	2. C. Stichfrage: Vorlage A 176 647 (= Ja); Vorlage B 70 544 (= Nein)	176 647	70 544			
	3. Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) (Änderung vom 17. Januar 2011 Prämienverbilligung [Kantonsbeitrag]) (ABI 2011, 164)	151 858	122 220	33,5		
	4. Kantonale Volksinitiative «JA zur Mundart im Kindergarten» (ABI 2008, 1426)	153 633	131 426	34,1		

Abstimmungs- datum	Abstimmungsgeschäfte 2011	Kantonales Ergebnis		Stimm- beteiligung %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
	5. Kantonale Volksinitiative «Nein zum Sterbetourismus im Kanton Zürich!» (ABI 2008, 2160)	60 186	218 602	33,6		
	6. Kantonale Volksinitiative zur Einreichung einer Standesinitiative «Stopp der Suizidhilfe!» (ABI 2008, 2162)	43 165	234 956	33,7		
	7. Kantonale Volksinitiative «Tragbare Krankenkassenprämien für alle (Prämienverbilligung jetzt)» (gültiger Teil) (ABI 2009, 1477)	104 572	166 984	33,3		
4. September	Kantonale Volksabstimmung					
	1. A. Sozialhilfegesetz (Änderung vom 12. Juli 2010 Informationen und Auskünfte vorläufig Aufgenommene) (ABI 2010, 1589)	137 775	86 652	27,2		
	1. B. Gegenvorschlag von Stimmberechtigten (ABI 2010, 2316)	82 823	133 212	27,0		
	1. C. Stichfrage: Vorlage A 128 894 (= Ja); Vorlage B 81 201 (= Nein)	128 894	81 201	26,8		
	2. Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildung (Aufhebung vom 6. Dezember 2010) (ABI 2010, 3004)	114 826	113 876	27,5		
	3. Gesetz für ein Polizei- und Justizzentrum (Aufhebung vom 17. Januar 2011) (ABI 2011, 162)	101 066	119 487	27,3		
	4. Kantonale Volksinitiative «Für einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich» (ABI 2008, 1569)	70 292	157 161	27,4		
27. November	Kantonale Volksabstimmung					
	1. A. Gesetz über den Flughafen Zürich (Flughafengesetz) (Änderung vom 23. Februar 2009; Keine Neu- und Ausbauten von Pisten) (ABI 2009, 402)	150 750	214 995	44,1		
	1. B. Gültige Teile des Gegenvorschlags von Stimmberechtigten (ABI 2009, 1105 und 2011, 1390)	109 411	235 021	43,6		
	1. C. Stichfrage: Vorlage A 206 373 (= Ja); Vorlage B 75 611 (= Nein)	206 373	75 611	42,1		
	2. «Stau weg!» – Kantonale Volksinitiative zur Einreichung einer Standesinitiative – Für einen effizienten und sicheren Verkehr im Kanton Zürich (ABI 2009, 427)	135 632	229 972	44,1		
	3. Kantonale Volksinitiative «Für faire Ferien» (ABI 2009, 630)	140 682	226 273	44,2		



Au-Wädenswil

Finanzberichterstattung

Konsolidierte Rechnung	
Erfolgsrechnung	534
Bilanz	535
Geldflussrechnung	536
Eigenkapitalnachweis	537
Anhang	539
Grundlagen und Grundsätze	539
Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	544
Risikocontrolling / Finanzielles Risikomanagement	554
Risikocontrolling	554
Erläuterungen zu Positionen der konsolidierten Rechnung	558
Weitere Erläuterungen	612

Tabellenverzeichnis

1. Fiskalertrag	558
2. Staatssteuern	559
3. Regalien und Konzessionen	560
4. Entgelte	561
5. Verschiedene Erträge	562
6. Entnahmen aus Fonds	562
7. Transferertrag	563
8. Durchlaufende Beiträge	564
9. Personalaufwand	565
10. Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	565
11. Abschreibungen Verwaltungsvermögen	567
12. Einlagen in Fonds	567
13. Transferaufwand	568
14. Finanzertrag (Finanzvermögen)	569
15. Finanzertrag (Verwaltungsvermögen)	569
16. Zinsaufwand	570
17. Anderer Finanzaufwand	570
18. Flüssige Mittel	571
19. Forderungen	572
20. Aktive Rechnungsabgrenzungen	573
21. Vorräte und angefangene Arbeiten	574
22. Finanzanlagen (Finanzvermögen)	575
23. Festgelder und Geldmarktanlagen (Finanzvermögen)	576
24. Darlehensliste und Fälligkeiten (Finanzvermögen)	577
25. Beteiligungsliste (Finanzvermögen)	578
26. Sachanlagen (Finanzvermögen)	579
27. Sachanlagen (Verwaltungsvermögen)	581
28. Immaterielle Anlagen (Verwaltungsvermögen)	588
29. Darlehen (Verwaltungsvermögen)	590
30. Darlehensliste und Fälligkeiten (Verwaltungsvermögen)	591
31. Beteiligungen (Verwaltungsvermögen)	592
32. Beteiligungsliste (Verwaltungsvermögen)	593
33. Namhafte Beteiligungen	594
34. Ausgerichtete Investitionsbeiträge	597
35. Bedeutende ausgerichtete Einzelpositionen	600
36. Laufende Verbindlichkeiten	600
37. Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	601
38. Passive Rechnungsabgrenzungen	602
39. Langfristige Finanzverbindlichkeiten	603
40. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	603

41. Übrige langfristige Verbindlichkeiten	604
42. Rückstellungen	606
43. Fonds im Fremdkapital (ohne Legate und Stiftungen)	611
44. Fonds im Eigenkapital (ohne Legate und Stiftungen)	611
45. Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAAP FER 16	612
46. Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25	614
47. Absicherungsgeschäfte	617
48. Eventualforderungen	617
49. Eventualverbindlichkeiten	618
50. Verpflichtungskredite und Ausgabenbewilligungen	620
51. Zahlungsverpflichtungen	624
52. Gewährleistungen	625
53. Segmentberichterstattung	627
54. Beziehungen zu nahestehenden Personen und Organisationen	628
55. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	628

Konsolidierte Rechnung

Erfolgsrechnung

Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 10/11		Anhang Ziffer
	2011	2011	2010	Abs.	%	
Fiskalertrag	6 471	6 012	6 091	381	6.2	1
Regalien und Konzessionen	373	372	374	- 0	-0.0	3
Entgelte	2 615	2 528	2 482	132	5.3	4
Verschiedene Erträge	294	233	267	28	10.4	5
Entnahmen aus Fonds des FK	3	56	0	2	513.6	6
Transferertrag	3 022	2 884	3 014	8	0.3	7
Durchlaufende Beiträge	628	618	606	22	3.6	8
Betrieblicher Ertrag	13 407	12 703	12 834	573	4.5	
Personalaufwand	- 7 369	- 4 736	- 4 605	- 2 764	-60.0	9
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 2 694	- 2 628	- 2 609	- 85	-3.2	10
Abschreibungen VV	- 501	- 439	- 546	45	8.2	11
Einlagen in Fonds des FK	- 71	- 25	- 86	15	17.3	12
Transferaufwand	- 4 197	- 4 304	- 4 099	- 98	-2.4	13
Durchlaufende Beiträge	- 628	- 618	- 606	- 22	-3.6	8
Betrieblicher Aufwand	- 15 461	- 12 750	- 12 551	- 2 909	-23.2	
ERGEBNIS AUS BETRIEBLICHER TÄTIGKEIT	- 2 054	- 47	283	- 2 337	-826.5	
Finanzertrag Finanzvermögen	195	79	116	79	68.6	14
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	348	312	364	- 16	-4.5	15
Finanzertrag	543	391	480	63	13.2	
Zinsaufwand	- 139	- 145	- 144	5	3.5	16
Anderer Finanzaufwand	- 74	- 8	- 21	- 53	-252.2	17
Finanzaufwand	- 213	- 152	- 165	- 48	-29.0	
FINANZERGEBNIS	331	239	315	15	4.9	
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	- 1 828	-	551	- 2 378	-432.0	
Jahresergebnis Fonds / Legate im EK	104	-	47	57	120.8	
JAHRESERGEBNIS ERFOLGSRECHNUNG	- 1 723	192	598	- 2 321	-388.2	
Total Ertrag	13 950	13 095	13 314	636	4.8	
Total Aufwand	- 15 673	- 12 903	- 12 716	- 2 957	-23.3	

Bilanz

Mio. Franken	per 31.12.2011	per 31.12.2010	Differenz R 10/11		Anhang Ziffer
			Abs.	%	
UMLAUFVERMÖGEN	5 208	4 609	599	13.0	
Finanzvermögen 1)	5 208	4 609	599	13.0	
Flüssige Mittel	1 676	1 463	213	14.6	18
Forderungen	2 672	2 341	331	14.1	19
Kurzfristige Finanzanlagen	296	280	16	5.8	
Aktive Rechnungsabgrenzung	502	472	29	6.2	20
Vorräte und angefangene Arbeiten	62	52	9	18.0	21
ANLAGEVERMÖGEN	15 397	15 342	54	0.4	
Finanzvermögen 1)	1 034	1 005	29	2.9	
Finanzanlagen	145	131	14	10.7	22/23/24/25
Sachanlagen	889	874	15	1.8	26
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital	–	–	–	–	
Verwaltungsvermögen	14 362	14 337	25	0.2	
Sachanlagen	7 551	7 517	34	0.5	27
Immaterielle Anlagen	84	75	8	11.3	28
kurzfristige Darlehen	11	13	- 3	-19.9	29/30
langfristige Darlehen	865	897	- 32	-3.5	29/30
Beteiligungen	2 523	2 521	2	0.1	31/32/33
Investitionsbeiträge	3 329	3 314	15	0.5	34/35
TOTAL AKTIVEN	20 604	19 951	653	3.3	
FREMDKAPITAL	- 12 296	- 9 936	- 2 360	-23.8	
Kurzfristiges Fremdkapital	- 3 808	- 4 076	268	6.6	
Laufende Verbindlichkeiten	- 1 559	- 2 153	594	27.6	36
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 54	- 56	2	2.8	37/40
Passive Rechnungsabgrenzung	- 1 923	- 1 614	- 309	-19.1	38
Kurzfristige Rückstellungen	- 272	- 254	- 19	-7.3	42
Langfristiges Fremdkapital	- 8 488	- 5 860	- 2 628	-44.9	
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 3 475	- 3 524	48	1.4	39/40
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 740	- 720	- 20	-2.8	41
Langfristige Rückstellungen	- 3 650	- 1 046	- 2 604	-248.9	42
Fonds im Fremdkapital	- 622	- 570	- 53	-9.3	43
EIGENKAPITAL	- 8 309	- 10 015	1 707	17.0	
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	1 828	- 551	2 379	431.7	
Fonds/Legate im EK	- 1 966	- 1 846	- 120	-6.5	44
Übriges Eigenkapital	- 8 171	- 7 618	- 552	-7.3	
TOTAL PASSIVEN	- 20 604	- 19 951	- 653	-3.3	
1) Total Finanzvermögen	6 242	5 614	628	11.2	

Geldflussrechnung

Mio. Franken	Rechnung 2011	Rechnung 2010 (restated)	Differenz R 10/11	
			Abs.	%
Jahresergebnis	- 1 723	598	- 2 321	-388.2
+/- Abnahme/Zunahme Forderungen	- 331	- 52	- 279	-533.5
+/- Abnahme/Zunahme aktive Rechnungsabgrenzung	- 6	- 108	102	94.3
+/- Abnahme/Zunahme Vorräte + angefang. Arbeiten	- 9	9	- 18	-207.5
+ Abschreibungen und Auflösung pass. Investitionsb.	654	653	2	0.2
+/- Wertberichtigungen/Wertaufholungen Darlehen und Beteiligungen	- 0	- 0	- 0	-66.7
+/- Kursverluste/Kursgewinne auf Finanzanlagen (nicht realisierte)	43	7	36	510.9
+/- Verlust/Gewinn aus Verkauf von Finanzvermögen (nicht realisierte)	- 78	- 5	- 72	-1324.4
+/- Zunahme/Abnahme laufende Verbindlichkeiten	- 594	- 12	- 583	-4940.6
+/- Zunahme/Abnahme passive Rechnungsabgrenzung	235	- 19	254	1356.8
+/- Bildung/Auflösung, Verwendung Rückstellungen	2 624	- 3	2 627	90273.2
+/- Einlagen/Entnahmen aus Fonds FK und EK ¹	69	87	- 19	-21.5
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen ¹	- 19	- 28	9	32.8
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	865	1 127	- 262	-23.3
- Ausgaben Sachanlagen	- 537	- 546	9	1.7
- Ausgaben auf Rechnungen Dritter	- 1	- 1	0	8.0
- Ausgaben immaterielle Anlagen	- 36	- 37	1	2.0
- Ausgaben Darlehen	- 51	- 80	29	36.1
- Ausgaben Beteiligungen	- 2	- 5	4	69.1
- Ausgaben eigene Investitionsbeiträge	- 322	- 300	- 22	-7.3
- Ausgaben durchlaufende Investitionsbeiträge	- 35	- 17	- 18	-104.4
+ Einnahmen Übertragung von Sachanlagen	25	30	- 5	-15.5
+ Einnahmen Rückerstattungen	9	8	1	12.5
+ Einnahmen Abgang immaterielle Anlagen	-	-	-	0.0
+ Einnahmen Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	79	127	- 48	-37.8
+ Einnahmen Rückzahlung von Darlehen	86	32	54	170.5
+ Einnahmen Übertragung von Beteiligungen	-	0	- 0	-100.0
+ Einnahmen Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	72	0	72	65354.5
+ Einnahmen durchlaufende Investitionsbeiträge	35	17	18	104.4
Saldo Investitionsrechnung	- 677	- 772	95	12.3
- Übertragungen Verwaltungs- ins Finanzvermögen	- 25	- 30	5	15.5
+ Übertragungen Finanz- ins Verwaltungsvermögen ¹	0	12	- 12	-98.9
+ Aktivierte Eigenleistungen ¹	12	17	- 5	-28.6
+ Aktivierungen bei Finanzierungsleasing	1	5	- 4	-88.4
+/- Übrige nicht cashwirksame Transaktionen der IR	52	14	38	284.1
Geldfluss aus der Investitionsrechnung	- 637	- 754	116	15.4
+/- Abnahme / Zunahme Finanzanlagen FV ¹	4	- 44	49	109.8
+/- Abnahme / Zunahme Sachanlagen FV ¹	10	30	- 20	-67.8
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	- 623	- 768	145	18.8
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	242	359	- 117	-32.7
+/- Zunahme/Abnahme kurzfr. Finanzverbindlichkeiten	- 2	- 521	520	99.7
+/- Zunahme/Abnahme Hypotheken, Schuldscheine, Kassascheine	0	0	-	0.0
+/- Zunahme/Abnahme Staatsanleihen	5	4	0	2.9
+/- Zunahme/Abnahme langfr. Finanzverbindlichk. ¹	- 31	163	- 195	-119.2
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	- 28	- 353	325	92.0
Stand Flüssige Mittel per 1.1.	1 463	1 458	5	0.4
Zunahme/Abnahme Flüssige Mittel	213	5	208	3827.8
Stand Flüssige Mittel per 31.12.	1 676	1 463	213	14.6

¹ Betragskorrektur im 2010 aufgrund von Fehlzuordnungen

Eigenkapitalnachweis

Mio. Franken	Gesetzliche Fonds im Eigenkapital	Legate und Stiftungen im Eigenkapital	Rücklagen	Reserven aus Absicherungsgeschäften	Gewinnanteile gemäss § 50 FCV	Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	Total Eigenkapital
Stand 1. Januar 2010	1 738.91	42.28	37.97	- 8.74	50.27	158.78	7 370.37	9 389.83
Jahresergebnis	51.42	- 4.10	-	-	-	550.55	-	597.87
Verteilung Vorjahresergebnis	-	-	-	-	-	- 158.78	158.78	-
Veränderung Fonds / Legate	17.26	-	-	-	-	-	-	17.26
Veränderung Rücklagen / Gewinnanteile	-	-	3.57	-	52.48	-	- 56.05	-
Sonstige Transaktionen	-	-	-	8.74	-	0.0	1.38	10.13
Stand 31. Dezember 2010	1 807.59	38.18	41.54	-	102.74	550.55	7 474.49	10 015.09
Jahresergebnis	104.15	0.33	-	-	-	- 1 827.77	-	- 1 723.29
Verteilung Vorjahresergebnis	-	-	-	-	-	- 550.55	550.55	-
Veränderung Fonds / Legate	15.56	-	-	-	-	-	-	15.56
Veränderung Rücklagen / Gewinnanteile	-	-	- 4.46	-	39.64	-	- 35.18	-
Sonstige Transaktionen	-	-	-	-	-	0.31	0.92	1.23
Stand 31. Dezember 2011	1 927.30	38.51	37.08	-	142.38	- 1 827.46	7 990.78	8 308.59

Erläuterungen zum Eigenkapitalnachweis

Der Eigenkapitalnachweis zeigt auf, wie sich das Eigenkapital im Berichtsjahr verändert hat. Ersichtlich sind die Auswirkungen der erfassten Finanzvorfälle auf die einzelnen Rubriken des Eigenkapitals. Zudem werden die einzelnen Reserveposten und ihre Veränderung transparent dargestellt.

Gesetzliche Fonds im Eigenkapital + 119,7 Mio. Franken Bestandeszunahme, davon:

- +99,0 Jahresergebnis des Strassenfonds.
- +9,6 Jahresergebnis des Fonds für den Flughafen.
- +0,5 Jahresergebnis des Sonderabfallfonds.
- +0,5 Jahresergebnis des Wildschadenfonds.
- 0,3 Jahresergebnis des Investitionsfonds.
- 0,4 Jahresergebnis des Tierseuchenfonds.
- 4,7 Jahresergebnis des Natur- und Heimatschutzfonds.
- +15,7 Veränderung (Zunahme) des Bestandes im Verkehrsfonds.

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Eigenkapital

- +0,3 Jahresergebnis der 24 Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Rücklagen

Im Eigenkapitalnachweis wird die Bildung und Verwendung der Rücklagen saldiert dargestellt. Die detaillierte Aufstellung pro Leistungsgruppe wird im Geschäftsbericht unter dem Kapitel „Rücklagen und Gewinnverwendung“ gezeigt.

- 4,5 Abnahme der Rücklagen. Es wurden um diesen Betrag mehr Rücklagen aufgelöst als neu gebildet.

Reserven aus Absicherungsgeschäften

- Es bestehen keine solchen Posten.

Gewinnanteile gemäss § 50 FCV

Die Bildung und Verwendung der Gewinnanteile der selbständigen Anstalten wird im Eigenkapital-Nachweis saldiert dargestellt. Eine detaillierte Aufstellung pro Anstalt wird im Geschäftsbericht unter dem Kapitel „Rücklagen und Gewinnverwendung“ gezeigt.

+39,6 Zunahme der einbehaltenen Gewinnanteile der selbständigen Anstalten. Dieser Zuwachs resultiert aus der Summe der vom Kantonsrat aus der Rechnung 2010 bewilligten neuen Gewinnanteile abzüglich der von den Anstalten verwendeten Gewinnanteile.

Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel

-1 827,5 Zusammen mit dem Ergebnis der gesetzlichen Fonds ergibt sich ein Gesamtergebnis von -1 723,3 Mio. Franken.

-550,6 Das Vorjahresergebnis wird auf die Rubrik „kumulierte Ergebnisse der Vorjahre“ umgebucht.

Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre

+550,8 Zunahme durch die Umbuchung des Vorjahresergebnisses.

- 35,2 Abnahme durch Umbuchung der vom Kantonsrat bewilligten Rücklagen und Gewinnanteile aus der Rechnung 2010 abzüglich der aufgelösten bzw. beanspruchten Rücklagen und Gewinnanteile (Nettodarstellung).

Total Eigenkapital

-1 723,3 Abnahme durch das Jahresergebnis 2011.

+15,6 Anstieg durch Zunahme der Fondsbestände im Eigenkapital.

Anhang

Grundlagen und Grundsätze

Rechtliche Grundlagen

Der vorliegende Finanzbericht (konsolidierte Rechnung) basiert auf dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG, LS 611) welches am 9. Januar 2006 durch den Kantonsrat verabschiedet worden ist.

Die Ausführungsbestimmungen zum CRG sind in der Finanzcontrollingverordnung (FCV, LS 611.2), der Rechnungslegungsverordnung (RLV, LS 611.1) und in der Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (VOG RR, LS 172.11) geregelt. Die Rechnungslegungsverordnung führt die Bestimmungen des Teils D „Rechnungslegung“ des CRG aus. Darin sind die wichtigsten Grundsätze der Rechnungslegung gemäss IPSAS enthalten und die Abweichungen festgelegt. Das Handbuch für Rechnungslegung (HBR) setzt die Vorschriften über die Rechnungslegung im Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) sowie in der Rechnungslegungsverordnung (RLV) für den Vollzug um. Für die Jahresrechnung 2011 hat das HBR 2011 vom 9. September 2010 Gültigkeit.

Grundlagen der Rechnungslegung

Die auf den 1.1.2009 in Kraft gesetzte neue Rechnungslegung löste das obligationenrechtlich geprägte Vorsichtsprinzip durch den in der Privatwirtschaft üblichen Grundsatz der tatsächengetreuen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ab (true and fair view). Sie verfolgt den periodengerechten Ausweis (accrual accounting) aller Aufwände und Erträge und bewirkt zusammen mit der Umsetzung weiterer Prinzipien in Anlehnung an die IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) eine wesentlich verbesserte Aussagekraft und Transparenz in der finanziellen Berichterstattung.

Accrual Accounting

Die Buchführung und Rechnungslegung erfolgen nach kaufmännischen Grundsätzen, dem so genannten Accrual Accounting. Dies bedeutet, dass die relevanten Finanzvorfälle im Zeitpunkt des Entstehens der entsprechenden Verpflichtungen und Forderungen erfasst werden und nicht wenn diese zur Zahlung fällig beziehungsweise als Zahlungen eingegangen sind.

Trennung Verwaltungs- und Finanzvermögen

Die Vermögenswerte werden in Finanz- und Verwaltungsvermögen gegliedert. Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können. Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen.

Abweichungen zu IPSAS

Das gewählte Regelwerk gemäss § 3 der Rechnungslegungsverordnung sind die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Diese bilden die Grundlage für die Rechnungslegungsverordnung sowie das Handbuch für Rechnungslegung. Im Anhang 1 der Rechnungslegungsverordnung wird die Anlehnung der Rechnungslegung an die IPSAS präzisiert, indem jeder anzuwendende Standard einzeln mit dem relevanten Erscheinungsdatum sowie allfälligen Abweichungen dazu aufgeführt ist. Die Finanzdirektion verfolgt gemäss § 5 RLV die Entwicklung der IPSAS und beantragt dem Regierungsrat die nötigen Massnahmen, insbesondere die Anpassung der Rechnungslegungsverordnung infolge Änderungen der IPSAS. Eine Aktualisierung der Rechnungslegungsverordnung ist erfolgt. Sie wird auf den 1.1.2012 in Kraft gesetzt.

Die vorliegende konsolidierte Jahresrechnung enthält folgende Abweichungen zu den IPSAS:

- IPSAS 1 – Darstellung der Jahresrechnung: Einlagen in und Entnahmen aus Fonds des Fremdkapitals verletzen den Grundsatz der Periodengerechtigkeit (§ 4 Abs. 2 lit. b RLV). Anschaffungen aus Rücklagen mit investivem Charakter werden über die Erfolgsrechnung gebucht und nicht bilanziert (§ 16 Abs. 3 RLV / § 17 Abs. 3 FCV).

- IPSAS 6 – Konzernrechnung und Einbezug von beherrschten Einheiten: Die zu konsolidierenden Einheiten werden nicht nach dem Kontrollprinzip gemäss IPSAS, sondern gemäss den Kriterien in § 54 CRG und § 28 RLV festgelegt. Weiter enthält der Anhang nur eine Auswahl der verlangten Offenlegungen.
- IPSAS 7 – Rechnungslegung von Anteilen an assoziierten Organisationen: Die assoziierten Einheiten werden nicht nach der Equity-Methode einbezogen, sondern zu Anschaffungs- oder Marktwerten bewertet (§ 29 und § 31 Abs. 2 RLV).
- IPSAS 19 – Rückstellungen: Langfristige Rückstellungen werden nicht abdiskontiert (HBR 2011, Kapitel 3.2.16.1.2), ausgenommen davon sind Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen aus der Ruhegehaltsordnung für Professorinnen und Professoren der Universität sowie die Rentenleistungen des Staates für Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter.
- IPSAS 20 - Nahe stehende Personen und Einheiten: Die Offenlegung der Gehälter der Führungskräfte wird nicht vorgenommen. Es wird auf die gesetzlichen Grundlagen verwiesen.
- IPSAS 22 – Darstellung von finanzstatistischen Informationen des Sektors Staat: Dieser IPSAS-Standard wird nicht angewendet.
- IPSAS 25 – Leistungen an Arbeitnehmer: Standard ab 1.1.2011 anwendbar. Keine vorzeitige Anwendung. Die Berechnung der Vorsorgeverpflichtung erfolgt nach Swiss GAAP FER 16. Zusätzlich erfolgt die Offenlegung einer allfälligen Verpflichtung nach IPSAS 25 im Anhang zur Jahresrechnung § 3 Abs. 2 lit. a RLV und Anhang zur RLV). IPSAS 25 wird ab 1.1.2012 angewendet. Die Rechnungslegungsverordnung (RLV) wurde auf diesen Termin hin aktualisiert.

Verhältnis zur Jahresrechnung

Die konsolidierte Jahresrechnung umfasst neben der Rechnung des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung auch die Einheiten der Rechtspflege, kantonale Behörden sowie Anstalten und weitere Organisationen, denen der Kanton wesentliche Betriebsbeiträge leistet und die er gleichzeitig wesentlich beeinflussen kann (§ 54 CRG).

Die Jahresrechnung des Stammhauses beinhaltet im Gegensatz zur konsolidierten Jahresrechnung nur die Rechnung des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (§ 47 ff. CRG). Buchführung und Rechnungslegung sind für beide Abschlüsse identisch (§ 27 RLV).

Verhältnis zum konsolidierten Budget

Das konsolidierte Budget wurde auf der gleichen Rechnungslegungsbasis wie die konsolidierte Jahresrechnung erstellt. Die zwischen den Leistungsgruppen geplanten innerbetrieblichen Verrechnungen wurden gegenseitig abgestimmt.

Konsolidierungskreis

Die konsolidierte Rechnung umfasst folgende Einheiten (§ 54 Abs. 1 CRG):

- Regierungsrat und Verwaltung
- Rechtspflege sowie die kantonalen Behörden
- Anstalten und weitere Organisationen, denen der Kanton wesentliche Betriebsbeiträge leistet und die er gleichzeitig wesentlich beeinflussen kann.

Betriebsbeiträge werden als wesentlich erachtet, wenn sie jährlich mindestens 20 Mio. Franken betragen (§ 28 Abs. 1 RLV). Der Begriff des Betriebsbeitrages ist dabei wirtschaftlich zu verstehen und ist nicht aus dem Staatsbeitragsgesetz abzuleiten.

Nicht konsolidiert werden Einheiten, die durch den Kanton gemäss § 3 des Staatsbeitragsgesetzes Subventionen erhalten (§ 28 Abs. 3 RLV).

Der Regierungsrat beschliesst jährlich den Kreis der zu konsolidierenden Einheiten. Mit RRB Nr. 377 vom 17. März 2010 wurden für die konsolidierte Rechnung 2011 die folgenden Einheiten festgelegt:

- Regierungsrat
- Direktionen und die Staatskanzlei mit allen unterstellten Verwaltungseinheiten
- Kantonsrat
- Finanzkontrolle
- Gerichte und Notariate
- Ombudsstelle / Datenschutzstelle
- Universität Zürich
- Zürcher Fachhochschulen, bestehend aus:
 - Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
 - Zürcher Hochschule der Künste
 - Pädagogische Hochschule Zürich
- Zürcher Verkehrsverbund (Verbundorganisation)
- Zentralbibliothek Zürich
- Universitätsspital Zürich
- Kantonsspital Winterthur
- Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Auf den 1. Juli 2010 wurde die Zentralwäscherei in eine Aktiengesellschaft überführt und veräussert. Die beiden kantonalen Spitäler haben Anteile der privatisierten Wäscherei übernommen. Die Zentralwäscherei ist deshalb nicht mehr Bestandteil der konsolidierten Rechnung 2011. Sie wird neu als Beteiligung im Finanzvermögen geführt.

Nicht konsolidiert werden die nachfolgend aufgeführten Einheiten:

- Abraxas Informatik AG
- Arbeitslosenkasse
- Axpo Holding AG
- BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich
- Elektrizitätswerke des Kantons Zürich
- Flughafen Zürich AG
- GVZ Gebäudeversicherung Kanton Zürich

- KANTAG AG
- Landwirtschaftliche Kreditkasse
- Legate und Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit
- Zentrum für Gehör und Sprache Zürich (ZGSZ)
- Zürcher Kantonalbank

Im 2011 wurden die Baurekurskommissionen und die Steuerrekurskommissionen von der Direktion der Justiz und des Innern (Konsolidierungskreis 1) zu den Obersten Gerichten (Konsolidierungskreis 2) überführt. Zudem wurde ein neuer gesetzlicher Fonds, der Berufsbildungsfonds begründet. Es handelt sich um einen Fonds im Fremdkapital. Bei den Legaten und Stiftungen ist der Walter Imhof-Fonds hinzu gekommen.

Konsolidierungsgrundsätze

Bei der Konsolidierung gelten die nachfolgend aufgeführten Konsolidierungsgrundsätze:

Vollkonsolidierung: Die konsolidierte Rechnung wird nach dem Prinzip der Vollkonsolidierung erstellt (§ 29 RLV). Dies bedeutet, dass die Positionen der Bilanz und der Erfolgsrechnung der zu konsolidierenden Einheiten vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen.

Einheitliche Abschlussstermine: Der Abschlussstermin für alle in die konsolidierte Rechnung einbezogenen Organisationen ist der 31. Dezember.

Einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze: Alle zu konsolidierenden Einzelabschlüsse müssen aufgrund der im Gesetz über Controlling und Rechnungslegung, der dazugehörigen Verordnung, dem Handbuch für Rechnungslegung oder Fachweisungen erlassenen Rechnungslegungs- und Bewertungsrichtlinien erstellt werden.

Einheitliche Kontenpläne und Kontierungsrichtlinien: Damit der konsolidierte Abschluss des Kantons ordnungsgemäss erstellt werden kann, werden alle Einzelabschlüsse der einbezogenen Organisationen nach einheitlichen Kontenplänen und Kontierungsrichtlinien erstellt. Einzelabschlüsse, die aufgrund von nationalen oder lokalen Vorschriften unterschiedlich ausgestaltet sind, müssen durch Umgliederung, Umkontierung und Umbewertungen auf die für den Kanton geltenden Richtlinien umgeschlüsselt werden. Die konsolidierten Einheiten konsolidieren ihrerseits weitere Organisationen, wenn die Voraussetzungen dazu erfüllt sind (§ 30 Abs. 1 RLV).

Neuerungen in der Berichterstattung 2011

Die Offenlegung der finanziellen Zusicherungen (Commitments) wurde auf die Berichterstattung 2011 hin neu geregelt. Die finanziellen Zusicherungen nach kreditrechtlicher Sicht (Ausgabenbewilligungen und Verpflichtungskredite) werden im Anhang der konsolidierten Rechnung unter einer eigenen Ziffer ausgewiesen. Die bisherige Offenlegung der finanziellen Zusagen aus langfristigen Verträgen, zugesicherten Beiträgen und übrigen Zahlungsverpflichtungen wird vermehrt auf die Anforderungen nach IPSAS 13, 16, 17 und 31 bzw. IAS 38 ausgerichtet. Zu diesem Zweck werden neu die vertraglich vereinbarten, unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen für Investitionen und für die Nutzung von Vermögenswerten dargestellt. Als unwiderruflich gelten Zahlungsverpflichtungen, wenn die daraus resultierenden Zahlungen vom Kanton nicht abgewendet werden können, selbst wenn auf die vertragliche Leistung verzichtet wird. Da die Zahlungsverpflichtungen für die Nutzung von Vermögenswerten auch die notwendigen Informationen zum Ausweis des operativen Leasings enthalten, entfällt die in der bisherigen Berichterstattung aufgeführte Tabelle „Operatives Leasing“.

Mit den Neuerungen werden die Erfordernisse zur Offenlegung der finanziellen Zusicherungen nach § 24 Rechnungslegungsverordnung (RLV) konkretisiert und der Praxis der Finanzberichterstattung nach IFRS/IPSAS angepasst. Die Notwendigkeit zur Präzisierung der Rechnungslegungsverordnung in diesem Bereich wird überprüft. Eine allfällige Anpassung der RLV erfolgt zusammen mit weiteren Verbesserungen auf den 1.1.2014.

Annahmen und Schätzungen

Die Erstellung der konsolidierten Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsprinzipien bedingt die Anwendung von Schätzwerten und das Treffen von Annahmen, welche die ausgewiesenen Beträge von Aktiven und Verbindlichkeiten, die Erträge und Aufwendungen sowie die damit zusammenhängende Offenlegung von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten per Bilanzstichtag beeinflussen. Die konsolidierten Einheiten treffen dabei Schätzungen und Annahmen bezüglich der Zukunft, wobei die effektive Entwicklung definitionsgemäss von den buchhalterischen Schätzwerten abweichen kann. Schätzungen und Beurteilungen werden laufend ausgewertet und basieren einerseits auf historischen Erfahrungen wie auch anderen Faktoren, einschliesslich des Eintreffens zukünftiger Ereignisse, die unter Umständen möglich sind.

Wesentliche Schätzungen und Annahmen werden insbesondere in folgenden Positionen vorgenommen:

Fiskalertrag

Die Einkommens-, Vermögens-, Reingewinn- und Eigenkapitalsteuern werden gemäss den Bestimmungen von § 19 RLV ermittelt. Wenn es erforderlich ist, von den Rechenregeln von § 19 RLV abzuweichen, um ein den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons gemäss § 44 CRG zu erhalten, so werden diese Abweichungen wie auch die dazu notwendigen Schätzungen und Annahmen begründet und dokumentiert.

Immobilien im Finanzvermögen

Gemäss § 56 Abs. 1 CRG sind Liegenschaften des Finanzvermögens zum Verkehrswert zu bilanzieren. Eine erfolgswirksame Neubewertung erfolgt mindestens alle vier Jahre oder wenn die Marktpreise wesentlich von den bilanzierten Werten abweichen. Die Immobilien wurden gemäss dem "Sachwertverfahren" bewertet. Dieses Verfahren stützt sich auf verschiedene Schätzungen, so zur Nutzungsdauer, zu den Bodenpreisen und den Lageklassen.

Beteiligungen im Finanzvermögen

Bei der Bewertung von Beteiligungen des Finanzvermögens, welche nicht börsenkotiert sind und für die auch keine konkreten Kaufangebote bestehen, kann auf ertragswertbasierte Bewertungsmodelle wie z.B. Discounted Cash Flow DCF abgestellt werden. Die Schätzung des Marktwertes hängt dann von Annahmen über die zukünftigen Geldflüsse und über den Diskontierungssatz ab.

Wertminderungen auf Sachanlagen und immateriellen Anlagen

Die Sach- und immateriellen Anlagen werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Dabei sind für Anlagen des Verwaltungsvermögens der Wert der zukünftigen Nutzen und zukünftiger Geldflüsse bei einer allfälligen Veräusserung zu beurteilen. Die früheren Beurteilungen können sich als falsch erweisen und zu einer Wertminderung gemäss § 57 Abs. 3 CRG führen, wenn beispielsweise die Nutzungsdauer von Anlagen verkürzt wurden, Gebäude anders genutzt werden, Anlagen anders als prognostiziert technisch veraltet oder frühere Ertragsprognosen für Produkte und Lizenzen sich als falsch erweisen.

Rückstellungen

Die konsolidierten Einheiten sind im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Vergangenheit verschiedener Risiken ausgesetzt, welche

zu zukünftigen Geldabflüssen führen können. Die sicher oder wahrscheinlichen Geldabflüsse sind zur Bildung von Rückstellungen zu schätzen (§ 55 Abs. 2 CRG)

Offengelegte Pensionsverpflichtungen

Im Rahmen der Berechnungen der Vorsorgeverpflichtungen sowie der Über- bzw. Unterdeckung nach IPSAS 25 werden verschiedene versicherungsmathematische Annahmen getroffen wie zum Beispiel die jährlich erwarteten Lohnerhöhungen und Rentenanpassungen, Austritts- und Sterbewahrscheinlichkeiten.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Fiskalertrag

Steuererträge werden grundsätzlich in jenem Rechnungsjahr verbucht, für das sie geschuldet sind. Die Staatssteuererträge werden gemäss § 19 RLV berechnet. Quellensteuererträge werden verbucht, wenn sie vereinnahmt werden (§ 19 Abs. 1 RLV), die Erträge der Erbschafts- und Schenkungssteuererträge, wenn sie definitiv veranlagt, die Nachsteuern und Bussen der Staatssteuern wenn sie in Rechnung gestellt sind.

Die Schätzung der Staatssteuererträge, die in den ersten vier Jahren nach der Steuerperiode für diese Steuerperiode eingehen (Nach- und Rückträge), erfolgt gemäss folgenden methodischen Ansätzen:

- Der Ertrag wird für natürliche und juristische Personen getrennt berechnet.
- Die erwarteten Nach- und Rückträge werden als prozentualer Zuschlag zu den im Rechnungsjahr (=Steuerperiode) provisorisch in Rechnung gestellten Steuern berechnet. Der Zuschlag wird für die vier Jahre berechnet, die auf die Steuerperiode folgen.
- Der prozentuale Zuschlag entspricht den durchschnittlichen Nachträgen der vergangenen acht Jahre. Davon kann abgewichen werden, wenn der Durchschnitt der Nachträge für das Rechnungsjahr als nicht repräsentativ erachtet wird. Solche Korrekturen müssen begründet und überprüfbar sein. Die Begründungen für Korrekturen werden im Anhang der Jahresrechnung offen gelegt.

Der Ertrag der Staatssteuern wird im vierten Jahr nach der Steuerperiode abgerechnet, weil dessen Höhe dann im Wesentlichen bekannt ist. Mehr- oder Mindererträge im Vergleich zum verbuchten Steuerertrag werden erfolgswirksam verbucht. Spätere Nach- und Rückträge werden im Rechnungsjahr, in dem sie anfallen, erfolgswirksam verbucht.

Besondere Entwicklungen und Beurteilungen können eine Korrektur der geschätzten Steuererträge nötig machen, noch bevor sie vier Jahre später ordentlich abgerechnet und erfolgswirksam korrigiert werden. Dies wenn die Entwicklung der Nach- und Rückträge frühzeitig eine grosse Differenz zwischen den tatsächlichen und den verbuchten Nach- und Rückträgen erwarten lässt.

Die Forderungen aus Fiskalerträgen sind nach den gleichen Grundsätzen zu bewerten wie die übrigen Forderungen.

Erfassung von Entgelten, Regalien, Konzessionen und verschiedenen Erträgen

Entgelte stellen Erträge aus betrieblichen Leistungen dar. Bedeutende Entgelte sind beispielweise Gebühren für Amtshandlungen, Spital- und Heimtaxen, Schul- und Kurstaxen sowie Erträge aus Dienstleistungen, Verkäufen und Bussen.

Regalien und Konzessionen sind Erträge aus der Nutzung hoheitlicher Güter durch Dritte wie das Salzregal, Jagd- und Fischereiregal oder aus der Verleihung von Konzessionen wie für Spielbanken- und Spielautomaten, Lotterie und Sport-Toto. Eine besondere Stellung nimmt dabei der Gewinnanteil an der Schweizerischen Nationalbank ein.

Der Ertrag bei Entgelten wird generell im Zeitpunkt der Lieferung oder zum Zeitpunkt der Leistungserbringung durch den Kanton verbucht. Der Ertrag aus Gebühren wird im Zeitpunkt der Eröffnung des Entscheides (Verfügung, Bewilligung) verbucht. Dieser Grundsatz gilt auch für die Ertragsverbuchung von Bussen. Wird ein Rechtsmittel gegen eine Verfügung oder Busse ergriffen, erfolgt eine Verlängerung der Zahlungsfrist.

Verschiedene Erträge umfassen verschiedene betriebliche Erträge, aktivierte Eigenleistungen, Bestandesveränderungen und übrige, nicht zuordenbare Erträge. Die Erträge werden zum Zeitpunkt der Lieferung oder der Leistung durch den Kanton verbucht.

Transfererträge

Anteile an Einnahmen anderer Gemeinwesen und Beiträgen ohne Zweckbindung werden als Ertrag verbucht. Der Kanton Zürich partizipiert auf Grund gesetzlicher Grundlagen an den Einnahmen anderer Gemeinwesen, hauptsächlich aber des Bundes. Diese Einnahmen umfassen unter anderem Anteile an der direkten Bundessteuer, Anteile am Wehrpflichtersatz, Anteile am Ertrag der eidgenössischen Alkoholverwaltung oder Beiträge im Rahmen des Finanzausgleichs. Anteile und Beiträge ohne Verwendungszweck werden grundsätzlich in dem Jahr verbucht, in dem der Kanton einen Rechtsanspruch auf seinen Anteil hat.

Entschädigungen sind Überweisungen von einem Gemeinwesen an den Kanton, sofern dieser ganz oder teilweise eine Aufgabe erfüllt, die einem öffentlichen Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des anderen Gemeinwesens ist. Die Entschädigung an den Kanton wird auf Grund der Kosten der Aufgabe beim Kanton bemessen. Die Entschädigungen werden in der gleichen Periode erfolgswirksam verbucht, wie der Aufwand des Kantons für die Erbringung der öffentlichen Aufgabe verbucht wurde.

Beiträge von anderen Institutionen sind eingehende Beiträge, die für den Kanton selbst bestimmt sind und deren Verwendung zweckgebunden ist. Sie werden vom zahlenden Gemeinwesen auf Grund eines Erlasses gewährt. Beiträge von anderen Institutionen werden in dem Jahr als Ertrag verbucht, in welchem der Kanton die Leistung erbringt.

Durchlaufende Beiträge

Durchlaufende Beiträge sind Beiträge, die der Kanton Zürich von anderen Gemeinwesen zugunsten von anderen Gemeinwesen oder Dritten erhält. Die Beiträge sind nicht für den Kanton bestimmt, sondern werden an andere Begünstigte weitergeleitet. Die durchlaufenden Beiträge unterteilen sich in Betriebsbeiträge und Investitionsbeiträge, welche vorschüssig, periodengerecht oder nachschüssig geleistet werden können.

Durchlaufende Betriebsbeiträge werden aus Gründen der Transparenz brutto über die Erfolgsrechnung verbucht. Da die Geldeingänge und -abgänge nicht automatisch in der gleichen Rechnungsperiode erfolgen müssen, sind entsprechende periodengerechte Abgrenzungen vorzunehmen. Abgrenzungen werden so gebildet, dass die durchlaufenden Beiträge in dem Jahr in der Erfolgsrechnung ausgewiesen werden, in dem der Endberechtigte die beitragsberechtigende Leistung erbringt.

Transferaufwände

Anteile anderer Gemeinwesen an Einnahmen und Beiträgen ohne Zweckbindung des Kantons werden als Transferaufwand ausgewiesen. Die Aufwände werden in der gleichen Rechnungsperiode erfasst, wie die entsprechende Ertragsbuchung. Die Verbuchung erfolgt in der Regel brutto.

Entschädigungen an Gemeinwesen sind Abgeltungen für Dienstleistungen von Gemeinwesen, die für den Staat ganz oder teilweise Aufgaben erfüllen, die öffentlichen Zwecken dienen und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des Staates sind. Die Entschädigungen an Gemeinwesen werden in der Rechnungsperiode als Transferaufwand erfasst, in welcher die Leistungen von den anderen Gemeinwesen erbracht werden.

Beiträge sind gemäss Staatsbeitragsgesetz vom 1. April 1990 „zweckgebundene geldwerte Leistungen für die Erfüllung von Aufgaben im öffentlichen Interesse“. Auch diese stellen Transferaufwand dar. Sie werden ausgerichtet in der Form von Kostenanteilen, Kostenbeiträgen oder Subventionen. Bei Kostenanteilen und Kostenbeiträgen hat der Empfänger einen rechtlich begründeten Anspruch, bei Subventionen nicht. Kostenbeiträge unterscheiden sich von Kostenanteilen dahingehend, als dass die Höhe des Beitrages nicht gesetzlich definiert ist, sondern vom Kantonsrat mit dem Budget festgelegt wird.

Beiträge unterscheiden sich von den Investitionsbeiträgen dadurch, dass beim Empfänger keine dauerhaften Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden. Beiträge sind zweckgebunden und können mit zusätzlich einzuhaltenden Bedingungen beim Empfänger versehen sein.

Für die periodengerechte Erfassung der Beiträge wird jeder Einzelfall gesondert beurteilt. Bei Kostenanteilen und Kostenbeiträgen erfolgt die Verbuchung im Jahr der Leistungserbringung des Empfängers. Bei Subventionen ist für die Verbuchung ein rechtsgültiger Entscheid notwendig. Die Verbuchung ist gleich geregelt wie diejenige bei Kostenanteilen.

Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen (Finanzvermögen)

Diese umfassen Kassenbestände, Postguthaben, Sichtguthaben bei Banken, Zahlungen unterwegs, kurzfristige Geldmarktanlagen mit originären Laufzeiten von weniger als 90 Tagen oder Geldmarktanlagen, die jederzeit in Bargeld umgewandelt werden können. Flüssige Mittel werden zum Nennwert und Geldmarktanlagen zum Marktwert bewertet.

Forderungen (Finanzvermögen)

Forderungen werden verbucht, wenn die entsprechende Lieferung oder Leistung erbracht ist und der Nutzen an den Käufer beziehungsweise Leistungsbezüger übergegangen ist. Forderungen werden zu Nominalwerten ausgewiesen, sofern deren Rückzahlung innerhalb eines Jahres vorgesehen ist. Andernfalls werden diese als langfristige Finanzanlage behandelt. Für zweifelhafte Forderungen, das allgemeine Kreditrisiko und zu erwartende Ertragsminderungen (Skonti) werden Wertberichtigungen vorgenommen. Die Forderungen werden nach dem Grundsatz der Einzelbewertung wertberichtigt. Pauschale Wertberichtigungen sind nur zulässig, wenn solide Erfahrungswerte vorliegen. Die Höhe der Wertberichtigungen richtet sich nach den konkreten Verhältnissen.

Vorräte und angefangene Arbeiten (Finanzvermögen)

Warenvorräte werden mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellkosten und dem realisierbaren Nettoverkaufswert bilanziert. Die Anschaffungs- und Herstellkosten werden nach der gewichteten Durchschnittsmethode ermittelt. Ist die Durchschnittskostenmethode unverhältnismässig, kann eine andere Bewertungsmethode beantragt werden.

In der Bilanz werden alle Auftragskosten, die wertvermehrend für den zu erstellenden Vermögenswert sind, unter der Position angefangene Arbeiten aktiviert. Die Bilanzierung von Bau- und Fertigungsaufträgen erfolgt für Projekte grösser 500'000 Franken nach der Percentage of Completion-Methode. Der Fortschrittsgrad wird individuell für jedes Projekt ermittelt, indem die bereits aufgelaufenen Kosten ins Verhältnis zu den erwarteten Gesamtkosten gesetzt werden. Die aufgelaufenen Kosten und die gemäss Fortschrittsgrad realisierten Gewinne / Verluste werden laufend in der Erfolgsrechnung ausgewiesen. Kleinere Projekte werden in einer Sammelposition nach der Cost of Completion-Methode bewertet und bilanziert. Kann der Fortschrittsgrad eines Projektes nicht verlässlich bestimmt werden, sind die Auftragskosten in der anfallenden Periode als Aufwand zu erfassen. Vorauszahlungen für angefangene Arbeiten werden periodengerecht abgegrenzt. Vorauszahlungen werden von den angefangenen Arbeiten gesondert ausgewiesen, es erfolgt eine Bruttodarstellung der Positionen.

Finanzanlagen im Finanzvermögen

Zu den Finanzanlagen im Finanzvermögen gehören Festgelder und alle Finanzanlagen, die nicht der Kontogruppe der Aktivdarlehen und der Beteiligungen zugeordnet werden können, sowie positive Wiederbeschaffungswerte aus Marktwertbewertungen von derivativen Finanzinstrumenten.

Festgelder sind verzinsliche Anlagen mit einer Restlaufzeit zwischen 90 und 360 Tagen, die der Kanton Zürich zur Anlage im Moment nicht benötigter Mittel hält. Die Bewertung der Festgelder erfolgt zum Nennwert. Positionen, deren Verzinsung von den üblichen Marktkonditionen abweicht, werden diskontiert. Festgeldanlagen mit einer Laufzeit über 360 Tage werden unter den übrigen langfristigen Finanzanlagen ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente

Der Kanton Zürich setzt derivative Finanzinstrumente als Sicherungsgeschäfte von Grundgeschäften im Bereich der Zinsen und Fremdwährungen ein. In der Bilanz werden diese Sicherungsgeschäfte zu Marktwerten bilanziert. Die Sicherungsinstrumente (Zinssatzswap oder Fremdwährungsswap) werden nach Hedge Accounting verbucht, wenn das Sicherungsinstrument und das Grundgeschäft identifizierbar sind und das Sicherungsgeschäft effektiv und wirksam ist. Wertveränderungen werden beim Hedge Accounting direkt im Eigenkapital erfasst und von dort zum Zeitpunkt der erfolgsmässigen Erfassung des Grundgeschäftes wieder ausgebucht. Sollte sich das Finanzinstrument nicht als Sicherungsinstrument für das Hedge Accounting qualifizieren, werden die Marktwertveränderungen am Bilanzstichtag in der Erfolgsrechnung verbucht.

Aktivdarlehen im Verwaltungsvermögen

Darlehen im Verwaltungsvermögen werden aktiviert, wenn ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann und ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist. Sie werden zum Nominalwert, abzüglich allfälligen Wertberichtigungen, beziehungsweise dem Anschaffungswertprinzip bewertet. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung. Eine Ausnahme stellen die Ausbildungsdarlehen dar, die pauschal bewertet werden, da das einzelne Darlehen in der Regel unter 50'000 Franken liegt.

Wertberichtigungen von Darlehen werden vorgenommen, wenn der gewährte Zins tiefer ist als der Marktzins, die Bonität des Schuldners fraglich ist, ein Rangrücktritt besteht oder wenn die Werthaltigkeit der zur Verfügung gestellten Sicherheiten fraglich ist. Die Höhe der Wertberichtigung richtet sich nach den konkreten Umständen und wird jährlich neu beurteilt.

Aktivdarlehen im Finanzvermögen

Darlehen im Finanzvermögen werden aktiviert, wenn ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann und sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen. Sie werden zum Nominalwert, abzüglich allfälliger Wertberichtigungen, beziehungsweise dem tieferen Verkehrswert bewertet. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung.

Wertberichtigungen von Darlehen werden vorgenommen, wenn der gewährte Zins tiefer ist als der Marktzins, die Bonität des Schuldners fraglich ist, ein Rangrücktritt besteht oder wenn die Werthaltigkeit der zur Verfügung gestellten Sicherheiten fraglich ist. Die Höhe der Wertberichtigung richtet sich nach den konkreten Umständen und wird jährlich neu beurteilt.

Investitionsbeiträge

Die vom Kanton Zürich gewährten Investitionsbeiträge werden aktiviert, wenn der Wert der Investitionsbeiträge verlässlich ermittelt werden kann und sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen über den Empfänger des Investitionsbeitrags für die Öffentlichkeit hervorbringen oder ihre Nutzung zu Erfüllung einer überjährigen öffentlichen Aufgabe vorgesehen ist. Damit eine Aktivierung erfolgen kann, muss der Investitionsbeitrag an gesetzliche oder vertragliche Bedingungen geknüpft sein, deren Nichteinhaltung eine vollständige oder anteilige Rückforderung zu Folge haben und welche rechtlich durchsetzbar sind. Die Rückforderbarkeit muss zudem wahrscheinlich sein. Es besteht keine Aktivierunguntergrenze.

Aktivierte Investitionsbeiträge werden über die Nutzungsdauer des mit den Investitionsbeiträgen finanzierten Investitionsgutes oder aber die kürzere Frist für den Wegfall der mit den Investitionsbeiträgen einhergehenden Auflagen und Bedingungen abgeschrieben. Grossprojekte mit langjähriger Bauphase werden auf dem Konto „Anlagen im Bau“ aktiviert. Die Umgliederung erfolgt bei Bauabschluss beziehungsweise bei Phasenabschluss bei gestaffelter Inbetriebnahme.

Vom Kanton Zürich empfangene Investitionsbeiträge werden unter langfristigen Verbindlichkeiten bilanziert, wenn der Mittelzufluss zur Finanzierung von Mobilien oder Immobilien resp. eines Investitionsguts verwendet wird, welches für den Kanton oder die Öffentlichkeit einen überjährigen wirtschaftlichen Nutzen erbringt. Der Schuldbetrag entspricht dabei dem gewährten Geldbetrag. Eine Verrechnung der empfangenen Beiträge und des Investitionsguts darf nicht vorgenommen werden. Die langfristigen Verbindlichkeiten werden über die Nutzungsdauer des mit den empfangenen Investitionsbeiträgen finanzierten Investitionsguts über die Erfolgsrechnung im Transferertrag linear aufgelöst.

Beteiligungen

Beteiligungen werden aktiviert, wenn ihr Wert mittels anerkannter Bewertungsmethode verlässlich ermittelt werden kann und sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen oder ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist. Für Beteiligungen im Finanzvermögen und im Verwaltungsvermögen gilt der Grundsatz der Einzelbewertung.

Beteiligungen im Verwaltungsvermögen

Beteiligungen im Verwaltungsvermögen werden zum Anschaffungswert abzüglich notwendiger Wertberichtigungen bewertet. Der maximal bilanzierbare Wert entspricht dem Anschaffungswert oder dem tieferen effektiven Wert. Die Beteiligungen werden jährlich bezüglich ihrer Werthaltigkeit überprüft.

Beteiligungen im Finanzvermögen

Beteiligungen im Finanzvermögen werden zum Verkehrswert bewertet. Für börsenkotierte Gesellschaften entspricht der Marktwert dem Börsenwert. Für nicht kotierte Gesellschaften werden beispielsweise Kaufangebote oder ertragswertbasierte Modelle zu Bewertung beigezogen. Die Bewertung der verschiedenen Unternehmensbeteiligungen erfolgt gleichartig. Marktwertbewertungen werden periodisch aufdatiert und an neue Gegebenheiten angepasst.

Mobilien

Mobilien werden im Finanz- wie auch im Verwaltungsvermögen aktiviert, sofern ihr Wert verlässlich ermittelbar ist und sie für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen sind. Die Aktivierungsgrenze für Mobilien beträgt 50'000 Franken. Gemäss § 7 Abs. 2 der Rechnungslegungsverordnung kann eine tiefere Aktivierungsgrenze festgelegt werden. Folgende Organisationseinheiten wenden eine Aktivierungsgrenze von 10'000 Franken an: Kliniken und Betriebe, für die H+ Regelungen gelten, die Universität, die drei IV-Betriebe Hardundgut, Hardoskop und das Wohnheim Tilia sowie das Tiefbauamt. Die Aktivierungsgrenze gilt für Neuerwerbungen wie auch für nachträgliche, wertvermehrnde Investitionen. Wertvermehrend ist eine Investition dann, wenn dadurch zusätzliche künftige wirtschaftliche Nutzen geschaffen oder die Nutzung gesteigert wird.

Bestandteile werden separat aktiviert, wenn sie unterschiedliche Nutzungsdauern aufweisen oder ihre Nutzung in einer unterschiedlichen Abschreibungsmethode berücksichtigt werden muss.

Mobilien im Verwaltungsvermögen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und auf Grund der geschätzten Nutzungsdauer linear zulasten der Erfolgsrechnung abgeschrieben. Es wird jährlich überprüft, ob Anzeichen für dauernde Wertminderungen bestehen. Wird eine dauernde Wertminderung festgestellt, erfolgt eine ausserplanmässige Abschreibung.

Für Mobilien im Finanzvermögen gilt das Verkehrswertprinzip. Die Vermögenswerte werden jährlich bezüglich ihrer Werthaltigkeit überprüft. Liegen Indikatoren für Werteinbussen vor, werden die Sachanlagen neu bewertet und gegebenenfalls ausserordentliche Abschreibungen vorgenommen.

Immobilien im Verwaltungsvermögen

Immobilien im Verwaltungsvermögen werden aktiviert, sofern ihr Wert verlässlich ermittelbar ist und sie für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen sind. Die Aktivierungsgrenze für Immobilien beträgt 50'000 Franken. Es werden jedoch alle Immobilien aktiviert. Gebäude mit einem Wert von weniger als 50'000 Franken werden noch im Anschaffungsjahr vollständig abgeschrieben.

Immobilien im Verwaltungsvermögen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und auf Grund der geschätzten Nutzungsdauer linear zulasten der Erfolgsrechnung abgeschrieben. Ausgenommen sind Grundstücke und Wäldungen, welche nicht abgeschrieben werden. Die Bilanzpositionen des Verwaltungsvermögens werden jährlich auf Anzeichen für dauernde Wertminderungen überprüft. Liegt der Nutzwert dauerhaft unterhalb des Buchwertes, wird eine ausserplanmässige Abschreibung vorgenommen.

Wertvermehrnde Investitionen über 50'000 Franken, welche zusätzlichen künftigen wirtschaftlichen Nutzen schaffen oder den wirtschaftlichen Nutzen einer Sachanlage verlängern, werden aktiviert. Reine Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen werden als Aufwand erfasst.

Bestandteile werden separat aktiviert, wenn sie unterschiedliche Nutzungsdauern aufweisen oder ihre Nutzung in einer unterschiedlichen Abschreibungsmethode berücksichtigt werden muss.

Aktiviert Mieterausbauten und Installationen in gemieteten Räumlichkeiten werden über die geschätzte Nutzungsdauer oder die kürzere Mietvertragsdauer abgeschrieben. Bei Ende des Mietverhältnisses sind sie vollständig abzuschreiben, es sei denn, sie können bei einem Rückbau weiter verwendet werden.

Immobilien im Finanzvermögen

Immobilien im Finanzvermögen werden aktiviert, sofern ihr Wert verlässlich ermittelbar ist und sie einen zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen. Immobilien werden vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen übertragen, wenn sie nicht weiter für die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben vorgesehen sind. Der Übertrag vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen erfolgt zum Buchwert im Verwaltungsvermögen. Die Aktivierungsgrenze für Immobilien beträgt 50'000 Franken.

Immobilien werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Für die Folgebewertung von Immobilien des Finanzvermögens gilt das Verkehrswertprinzip. Die Vermögenswerte werden jährlich bezüglich ihrer Werthaltigkeit überprüft. Liegen Indikatoren für Werteinbussen vor, werden die Sachanlagen neu bewertet und gegebenenfalls ausserordentliche Abschreibungen vorgenommen. Eine Neubewertung erfolgt mindestens alle vier Jahre. Gleichartige Sachanlagen werden gleichzeitig neu bewertet.

Wertvermehrende Investitionen über 50'000 Franken, welche zusätzlichen künftigen wirtschaftlichen Nutzen schaffen oder die wirtschaftliche Nutzungsdauer einer Sachanlage verlängern, werden aktiviert. Reine Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen werden als Aufwand erfasst.

Immaterielle Anlagen

Als immaterielle Anlagen qualifizieren sich insbesondere Software, Copyrights, eigene Rezepte, Lizenzen, Goodwill, kommerziell nutzbare Forschungsergebnisse, einzigartiges Know-how für polizeiliche Untersuchungen, Baupläne oder im Grundbuch eingetragene Rechte.

Damit eine Aktivierung der immateriellen Anlage erfolgt, muss diese identifizierbar sein, die Verfügungsmacht beim Kanton liegen, ein künftiger wirtschaftlicher Nutzen bestehen und die Anschaffungs- und Herstellkosten nachweisbar sein. Die Aktivierungsuntergrenze beträgt 200'000 Franken. Erworbene und selbst hergestellte immaterielle Anlagen werden zu Anschaffungs- und Herstellkosten bewertet. Die geschätzte Nutzungsdauer, über welche die Anlagen linear abgeschrieben werden, liegt bei Software zwischen 3 und 5 Jahren. Patente, Lizenzen und Nutzungsrechte werden nicht abgeschrieben.

Die Werthaltigkeit von immateriellen Anlagen wird immer dann überprüft, wenn auf Grund veränderter Umstände oder Ereignisse eine Überbewertung der Buchwerte möglich scheint.

Leasing

Anlagen, die aufgrund von Leasingverträgen genutzt werden und bei denen die Chancen und Risiken aus Eigentum auf den Leasingnehmer übergehen, sind unter derjenigen Position zu aktivieren, wie wenn sie gekauft worden wären. Dabei erfolgt die erstmalige Bilanzierung zum Barwert der minimalen Leasingzahlungen. Als Abzinsungsfaktor wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz angewendet. Gleichzeitig wird die zugehörige Verpflichtung als Leasingverbindlichkeit erfasst. Die Leasingraten sind in einen Zins- und Tilgungsanteil aufzuteilen. Die Abschreibung des Leasinggutes erfolgt über die im Vertrag vereinbarte Nutzungsdauer oder falls in Bezug auf die Nutzungsdauer keine Regelung vorliegt über die wirtschaftliche Nutzungsdauer. Leasingzahlungen bei operativem Leasing sind als Aufwand in der Erfolgsrechnung linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses zu erfassen.

Alle Leasings mit einem Vertragswert von weniger als 50'000 Franken pro Sachverhalt werden als operatives Leasing gleich wie Miete behandelt.

Dauernde Wertminderungen (Impairments)

Die Bilanzpositionen des Verwaltungsvermögens werden regelmässig auf Anzeichen für dauernde Wertminderungen überprüft. Bei Vorliegen von Anzeichen einer Überbewertung wird auf Basis der künftigen aus der Nutzung und der letztendlichen Verwertung erwarteten Mittelflüsse der Marktwert abzüglich eventueller Veräusserungskosten ermittelt.

Übersteigt der Buchwert den Nettoveräusserungserlös und Nutzungswert, wird eine Wertminderung in der Höhe der Differenz als ausserplanmässige Abschreibung verbucht.

Laufende Verbindlichkeiten

Laufende Verbindlichkeiten werden bilanziert, wenn ihr Ursprung in einem Ereignis der Vergangenheit liegt und der Mittelabfluss zur Erfüllung sicher oder wahrscheinlich ist. Sie sind in der Regel innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zu begleichen. Sie werden zum Nominalwert bilanziert.

Finanzverbindlichkeiten

Finanzverbindlichkeiten sind monetäre Schulden, die aus Finanzierungstätigkeiten des Kantons entstehen. Unter kurzfristige Finanzverbindlichkeiten, welche innerhalb von 12 Monaten zur Rückzahlung fällig werden, fallen Verbindlichkeiten gegenüber Geldinstituten und sonstigen Parteien. Zu den langfristigen Finanzverbindlichkeiten gehören Hypotheken, Schuldscheine, Kassarischeine, Staatsanleihen, Darlehen und langfristige Leasingverbindlichkeiten.

Die Bewertung der kurzfristigen und langfristigen Finanzverbindlichkeiten erfolgt grundsätzlich zum Nominalwert. Kassascheine und Staatsanleihen werden nach der Effektivzinsmethode bewertet. Die Effektivzinsmethode verteilt die Differenz zwischen Anschaffungs- und Rückzahlungswert (Agio / Disagio) über die gesamte Laufzeit der Anlage. Daraus resultiert eine konstante Verzinsung bis zum Endverfall.

Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn aus einem Ereignis in der Vergangenheit eine Verpflichtung entsteht, der Abfluss von Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung wahrscheinlich ist und eine zuverlässige Schätzung der Höhe der Verpflichtung vorgenommen werden kann. Ist der Abfluss von Ressourcen nicht wahrscheinlich, das heisst kleiner als 50 % oder kann er nicht zuverlässig geschätzt werden, wird der Sachverhalt als Eventualverbindlichkeit im Anhang ausgewiesen.

Rückstellungen werden gebildet, wenn das fragliche Ereignis ein mögliche Verpflichtung grösser 500'000 Franken für den Kanton zur Folge hat. Rückstellungen für personalrechtliche Ansprüche werden ungeachtet von deren Höhe gebildet.

Restrukturierungsrückstellungen werden erst nach Vorlage eines Entscheides des zuständigen Organs, nach Vorlage eines detaillierten Restrukturierungsplans inklusive des Zeitpunkts der Reorganisation und wenn deren Höhe mit ausreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann, gebildet.

Die Bewertung muss nach dem Grundsatz der bestmöglichen Schätzung erfolgen. Die gebildete Rückstellung muss unter Verwendung aller mit verhältnismässigem Aufwand erhältlichen Informationen nachvollziehbar begründet werden können.

Vorsorgeverpflichtungen

In der Rechnung 2011 werden die Vorsorgeverpflichtungen weiterhin gemäss den Festlegungen laut RRB 1001 vom 4.7.2007 ausgewiesen: Die Bilanzierung der Vorsorgeverpflichtung erfolgt nach dem Grundsatz von Swiss GAAP FER 16.

Die Bewertung wird jährlich aktualisiert. Die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25 wird als Eventualverpflichtung im Anhang der konsolidierten Rechnung ausgewiesen. Die Bewertung der Verpflichtung erfolgt nach IPSAS 25 zu Beginn jeder Legislaturperiode neu. Bei ausserordentlichen Entwicklungen erfolgen zusätzliche Bewertungen während der Legislaturperiode.

Nachfolgend sind die Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze nach Swiss GAAP FER 16 und IPSAS 25 aufgeführt.

Bilanzierung und Bewertung nach Swiss GAAP FER 16

Es erfolgt eine jährliche Beurteilung, ob aus Sicht des Kantons per Bilanzstichtag ein wirtschaftlicher Nutzen oder eine wirtschaftliche Verpflichtung besteht. Als Grundlage dient die nach Swiss GAAP FER 26 erstellte statutarische Jahresrechnung der Vorsorgeeinrichtung. Die Höhe des wirtschaftlichen Nutzens entspricht dem vorgesehenen Umfang, in dem der Kanton mindestens von vorhandenen freien Mitteln der Pensionskasse profitieren kann, z.B. über eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge. Die Höhe der wirtschaftlichen Verpflichtung entspricht dem Mittelumfang, den der Kanton für die Behebung einer bestehenden Unterdeckung in der Pensionskasse aufwenden muss oder will, z.B. über Sanierungsbeiträge. Die Veränderung des wirtschaftlichen Nutzens oder der wirtschaftlichen Verpflichtung gegenüber dem entsprechenden Wert der Vorperiode wird über die Erfolgsrechnung erfasst.

Bilanzierung und Bewertung nach IPSAS 25

Ziel der Rechnungslegung nach IPSAS 25 ist in erster Linie der periodengerechte Ausweis des Aufwandes für Leistungen an Arbeitnehmende. Dies bedeutet im Wesentlichen eine neue Berechnung der Verpflichtungen und des sich daraus ergebenden Aufwandes sowie die Erfassung dieses Aufwandes, der in der Regel vom reglementarisch bezahlten Arbeitgeberbeitrag abweicht.

Das technisch notwendige Deckungskapital wird im Unterschied zu den Bestimmungen im BVG dynamisch und unter Verwendung eines anderen Diskontierungssatzes berechnet. Dynamisch bedeutet, dass künftige Entwicklungen der versicherungstechnischen Annahmen, welche für die Höhe der künftigen Vorsorgeleistungen relevant sind, in die Berechnung des Deckungskapitals einbezogen werden müssen. Die versicherungstechnischen Annahmen widerspiegeln die demographische Entwicklung der Anspruchsberechtigten wie die Sterblichkeit, die Invalidität oder die Austritts- und Pensionierungswahrscheinlichkeit. Weiter wird der technische Zinssatz, die künftige Lohnentwicklung, die künftige Rentenanpassungen und der voraussichtliche Vermögensertrag bei der Berechnung des Deckungskapitals berücksichtigt.

Den neu berechneten Vorsorgeverpflichtungen werden die Aktiven abzüglich übrigen Verpflichtungen zu reinen Marktwerten, das heisst ohne Schwankungsreserve, gegenübergestellt.

Fonds, Legate und Stiftungen

Alle Fonds werden zu Nominalwerten bewertet. Sie werden nach ihrem Charakter und wirtschaftlichen Gehalt dem Fremd- oder Eigenkapital zugeordnet. Im Fremdkapital werden Fonds ausgewiesen, die ihren Ursprung im Bundesrecht haben, die Mittel treuhänderisch zur Verfügung stehen oder gebildet wurden, um in der Vergangenheit begründete Schäden zu decken. Die übrigen Fonds werden im Eigenkapital ausgewiesen. Aufwand und Ertrag der Fonds im Fremdkapital sowie von Fonds zur Vorfinanzierung von Investitionen werden brutto über die Erfolgsrechnung verbucht. Die Über- oder Unterdeckungen der Fonds im Eigenkapital werden als Teil des Jahresergebnisses ausgewiesen und im Eigenkapitalnachweis dargestellt.

Legate und Stiftungen sind Vermächtnisse von meist privaten Dritten zu Gunsten des Kantons oder seiner Anstalten in Form von Vermögenswerten. Die Verwendung der Mittel wird vom Donator unterschiedlich stark vorgegeben oder eingeschränkt.

Legate und Stiftungen können mit eigener oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit gebildet werden. Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit verfügen über einen eigenen Stiftungsrat, der auch das Reglement genehmigt, die Rechnung abnimmt und die Oberaufsicht ausübt. Diese Stiftungen werden in der konsolidierten Jahresrechnung des Kantons nicht ausgewiesen. Bei Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit übt der Regierungsrat die Oberaufsicht aus. Diese Legate und Stiftungen werden in der Bilanz aufgeführt. Ihr Ausweis unter Fremd- und Eigenkapital richtet sich nach der Zweckbindung der Zuwendungen.

Umfassen die Verwendungsbestimmungen eng und präzise umschriebene Tätigkeiten und besteht kein grosser Handlungsspielraum (einschränkende Zweckbindung) so werden die Kapitalien unter den Fonds im Fremdkapital ausgewiesen. Sehen die Zweckbestimmungen eine treuhänderische Verwendung der Mittel für Zwecke ausserhalb des Aufgabenbereichs der bedachten Institution vor, erfolgt der Ausweis des Kapitals ebenfalls unter dem Fremdkapital. Unter dem Fonds im Eigenkapital werden Legate und Stiftungen ausgewiesen, deren Verwendungszweck offen ist und die bedachte Institution einen grossen Entscheidungsspielraum hat, wie die Gelder einzusetzen sind. Der auf der Passivseite aufgeführte Betrag entspricht dem Bruttovermögen der Legate und Stiftungen ohne Rechtspersönlichkeit.

Übriges Eigenkapital

Die Bilanzposition übriges Eigenkapital beinhaltet folgende Positionen:

- Bestände der gesetzlichen Fonds im Eigenkapital
- Bestände der Legate und Stiftungen im Eigenkapital
- Rücklagen
- Gewinnanteile gemäss § 50 der Finanzcontrollingverordnung (FCV)
- Reserven aus Absicherungsgeschäften
- Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel
- Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre. Dieses Konto weist die Summe aller Ergebnisse der Vorjahre aus. Die Werte werden zum Nominalwert ausgewiesen.
- Selbstständige Anstalten, welche mit Dotationskapitalien vom Kanton ausgestattet sind, weisen diese im übrigen Eigenkapital aus. Das Dotationskapital wird zum Nominalwert bewertet. In der konsolidierten Rechnung erscheinen die Dotationskapitalien der konsolidierten Einheiten nicht.

Rücklagen

Rücklagen stellen Reserven dar und werden im Eigenkapital bilanziert, wenn sie auf Antrag des Regierungsrates vom Kantonsrat bewilligt werden. Die Verwendung der Rücklagen verändert den ausgewiesenen Bestand gemäss Wert des entsprechenden Mittelabflusses.

Gewinnanteile gemäss § 50 Finanzcontrollingverordnung (FCV)

Gemäss § 50 Finanzcontrollingverordnung können selbstständige Anstalten dem Kantonsrat beantragen, den Jahresgewinn einem Reservenkonto für einbehaltene Gewinne zuzuweisen. Das Konto ist dem Eigenkapital zugeordnet.

Reserven aus Absicherungsgeschäften

In die Marktwertreserven werden die Wertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten, die dem Hedge Accounting dienen, gebucht. Bei dieser Buchungspraxis werden die Wertänderungen direkt im Eigenkapital erfasst und nicht in der Erfolgsrechnung ausgewiesen.

Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel

Das Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel umfasst den Saldo der Erfolgsrechnung des abgeschlossenen Rechnungsjahres ohne die Ergebnisse der dem Eigenkapital zugeordneten Fonds sowie Legaten und Stiftungen ohne eigener Rechtspersönlichkeit. Das Jahresergebnis wird im Folgejahr auf das Konto kumulierte Ergebnisse der Vorjahre umgebucht.

Jahresergebnis Fonds / Legate im Eigenkapital

Das Jahresergebnis Fonds / Legate im Eigenkapital umfasst den Saldo der Erfolgsrechnung des abgeschlossenen Rechnungsjahres der dem Eigenkapital zugeordneten Fonds sowie Legaten und Stiftungen ohne eigener Rechtspersönlichkeit. Das Jahresergebnis wird im Folgejahr auf das Bestandeskonto der Fonds und Legate im Eigenkapital umgebucht.

Fremdwährungsumrechnung

Bankkonten in Fremdwährung werden zum Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Auftretende Umrechnungsdifferenzen können zu unrealisierten Fremdwährungsgewinnen und -verlusten führen, welche erfolgswirksam verbucht werden. Der Ausweis erfolgt über die Position realisierte Kursverluste.

Transaktionen in ausländischen Währungen werden zum festgelegten und laufend, d.h. alle zwei Wochen, aktualisierten Buchkurs in Franken umgerechnet. Realisierte Fremdwährungsgewinne und -verluste ergeben sich aus der Differenz zwischen Buchkurs und dem Zahlungskurs. Diese werden erfolgswirksam unter realisierten Kursverlusten ausgewiesen.

Hinweis zu den im Finanzbericht ausgewiesenen Daten und Tabellen

Die im Zahlenteil aufgeführten Beträge sind gerundet. Totale können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Risikocontrolling / Finanzielles Risikomanagement

Risikocontrolling

Risikosituation

Der Kanton ist einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die unmittelbar oder mittelbar mit den ihm übertragenen Aufgaben verbunden sind. Aus diesen Risiken können kurz-, mittel oder langfristig Mittelabflüsse entstehen. Im Vordergrund stehen dabei die finanziellen Auswirkungen der Risiken.

Risikomanagement

Zur Überwachung und Steuerung der Risiken werden sowohl organisatorische, personelle als auch technische Massnahmen eingesetzt, die Risiken werden aktiv bewirtschaftet. Die Wirksamkeit der Massnahmen wird laufend überwacht und die

Massnahmen stetig weiterentwickelt, um ein optimales Risikomanagement zu gewährleisten, welches integrierter Bestandteil der Geschäftsprozesse ist.

Berücksichtigung von Risiken in der konsolidierten Rechnung

Der Ausweis von Risiken in der konsolidierten Rechnung beschränkt sich auf die finanziellen Risiken und erfolgt je nach Charakter der Risiken unterschiedlich. Anhand der Eintretenswahrscheinlichkeit können folgende Stufen unterschieden werden:

- Bereits eingetretene Risiken, welche auf Ereignissen in der Vergangenheit basieren, und deren Mittelabfluss wahrscheinlich ist, werden in der konsolidierten Jahresrechnung als Verbindlichkeiten oder Rückstellungen ausgewiesen. Sie wurden bereits in der Erfolgsrechnung erfasst.
- Sachverhalte, für die ein erhebliches, quantifizierbares Risiko besteht, werden im Anhang der konsolidierten Jahresrechnung als Eventualverbindlichkeiten offen gelegt. Es wurden noch keine Aufwände verbucht.

Durch die internen Prozesse ist sichergestellt, dass die Risiken vollständig erfasst werden und in die konsolidierte Berichterstattung einfließen.

Finanzielles Risikomanagement

Das Finanzielle Risikomanagement umfasst die folgenden Komponenten: Preisrisiken, Kreditrisiken und Liquiditätsrisiken. Diese Kategorien finanzieller Risiken sind nachfolgend erläutert.

Preisrisiken

Preisrisiken umfassen die Zinsrisiken, Währungsrisiken und Marktwert Risiken. Der Kanton ist in erster Linie den Zinsrisiken ausgesetzt, die Währungsrisiken und Marktwert Risiken können als zweitrangig betrachtet werden.

Zinsrisiken

Das Zinsrisiko des Kantons entsteht aus den variabel verzinslichen Finanzschulden, die Höhe des Aufwands wird somit von der Entwicklung des Marktzinsniveaus beeinflusst. Bei festverzinslichen Finanzverbindlichkeiten können Änderungen der Zinssätze zu Schwankungen des Fair Value von solchen Finanzverbindlichkeiten führen, was jedoch weder auf das Ergebnis noch auf die zukünftigen Cashflows des Kantons Auswirkungen hat. Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkungen von Zinssatzänderungen auf das Ergebnis des Kantons:

	Mio. Franken	Auswirkung bei Zinssatzänderung um +/- 0.5 %	Auswirkung bei Zinssatzänderung um +/- 1.0 %
Finanzschulden zu fixen Zinssätzen	3'500	Keine Auswirkung	keine Auswirkungen
Finanzschulden zu variablen Zinssätzen	56	+/- 0,3 Mio. Franken	+/- 0,6 Mio. Franken

Die Zinsrisiken werden mehrheitlich durch das Amt für Tresorerie überwacht und minimiert, indem auf eine ausgewogene Finanzierung mit fixen und variablen Zinssätzen geachtet, das Marktzinsniveau laufend überwacht und unverzüglich auf Änderungen des Marktzinsniveaus reagiert wird. Zur Absicherung von Zinssatzschwankungen werden nach Bedarf derivative Finanzinstrumente (Zinssatzswaps) eingesetzt (siehe auch Ziffer 47 Absicherungsgeschäfte). Per 31. Dezember 2011 bestehen keine Zinsabsicherungsswaps.

Währungsrisiken

Das Währungsrisiko beinhaltet die Abhängigkeit von Veränderungen der Wechselkurse fremder Währungen. Der Kanton sichert sämtliche wesentlichen Fremdwährungsbestände ab. Per 31. Dezember 2011 bestanden keine wesentlichen Fremdwährungsbestände.

Marktwertrisiken

Die Marktwertrisiken zeigen die Wertschwankungen von Finanzanlagen in der Bilanz auf und sind abhängig von der Marktpreisvolatilität der jeweiligen Finanzanlagen. Die wesentlichsten Marktpreisrisiken in der Bilanz per 31. Dezember 2011 setzen sich aus den kurzfristigen verzinslichen Anlagen von 18,9 Mio. Franken (Vorjahr: 34,2 Mio. Franken) sowie den verzinslichen Anlagen im Finanzvermögen von 119,8 Mio. Franken (Vorjahr: 112,2 Mio. Franken) zusammen.

Durch die Strategie, die verzinslichen Anlagen nicht vor dem jeweiligen Ablaufdatum zu verkaufen, wird das Marktwertisiko auf temporäre Schwankungen reduziert.

Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen durch die finanziellen Vermögenswerte des Kantons, welche die flüssigen Mittel sowie kurzfristige und langfristige Forderungen umfassen. Das Kreditrisiko beinhaltet mögliche Forderungsausfälle, was einen finanziellen Verlust für den Kanton darstellen würde. Alle Einheiten des Kantons überwachen ihre finanziellen Vermögenswerte laufend und erfassen wenn nötig Wertberichtigungen, welche einerseits auf Erfahrungswerten und andererseits auf der bekannten oder erwarteten Kreditfähigkeit der Gegenpartei beruhen.

Das maximale Kreditrisiko beläuft sich auf den Bilanzwert dieser finanziellen Vermögenswerte und beträgt 5 665 Mio. Franken (im Vorjahr: 5 125 Mio. Franken). Per 31. Dezember 2011 setzt sich das Kreditrisiko wie folgt zusammen:

Mio. Franken	per 31.12.2011	per 31.12.2010	Anhang Ziffer
Total Kreditrisiko	5 665	5 125	
Flüssige Mittel	1 676	1 463	18
Forderungen	2 672	2 341	19
Kurzfristige Finanzanlagen Finanzvermögen	296	280	22
Langfristige Finanzanlagen Finanzvermögen	145	131	22
Darlehen Verwaltungsvermögen	876	910	29

Die flüssigen Mittel sowie die kurzfristigen Finanzanlagen werden im Wesentlichen zentral durch das Amt für Tresorerie bewirtschaftet. Die Steuerung des Kreditrisikos erfolgt über die Vergabe von Kreditlimiten und Bonitätsprüfungen der Gegenparteien. Die Bonität der Gegenparteien wird laufend überwacht und die Höhe der Kreditlimiten entsprechend angepasst.

Die Forderungen umfassen hauptsächlich Steuerforderungen gegenüber juristischen und natürlichen Personen und Forderungen aus Strassenverkehrsabgaben. Die Kreditrisiken sind dabei auf eine Vielzahl von Gläubigern verteilt. Dem Kreditausfallrisiko wird mit spezifischen Wertberichtigungen auf Basis von Erfahrungswerten Rechnung getragen.

Die Darlehen des Verwaltungsvermögens sind im vorliegenden Bericht unter Ziffer 30 einzeln aufgeführt. Bei den wesentlichen Positionen werden die Verlustrisiken als gering eingestuft, da sie teilweise durch Passivpositionen abgedeckt oder grundpfandrechtlich abgesichert sind. Die bedeutenden Schuldner weisen eine erstklassige Bonität auf.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, dass der Kanton seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nicht nachkommen kann. Diese Liquiditätsrisiken werden durch das Amt für Tresorerie laufend aktiv überwacht. Die Gestaltung der Finanzierungsstruktur richtet sich nach der angestrebten Fristenkongruenz. Mit Liquiditätsreserven wird die stete Zahlungsfähigkeit sichergestellt. Das maximale Liquiditätsrisiko beläuft sich auf den Bilanzwert der finanziellen Verbindlichkeiten und beträgt -5 088 Mio. Franken (Vorjahr: -5 732 Mio. Franken).

Mio. Franken	per 31.12.2011	per 31.12.2010	Anhang Ziffer
Total Liquiditätsrisiko	- 5 088	- 5 732	
Laufende Verbindlichkeiten	- 1 559	- 2 153	36
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 54	- 56	37
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 3 475	- 3 524	39

Erläuterungen zu den laufenden Verbindlichkeiten sind unter Ziffer 36 ersichtlich. Die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten sowie eine Übersicht der Fälligkeitsstruktur der langfristigen Finanzverbindlichkeiten sind in den Ziffern 37 und 39 erläutert.

Erläuterungen zu Positionen der konsolidierten Rechnung

1. Fiskalertrag

Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2011	Rechnung 2010	Differenz R 10/11	
				Abs.	%
Fiskalertrag	6 471	6 012	6 091	381	6.2
Staatssteuern natürliche Personen	4 714	4 447	4 557	157	3.4
Staatssteuern juristische Personen	1 257	1 088	1 024	233	22.8
Erbschafts- und Schenkungssteuern	197	180	210	- 13	-6.1
Verkehrsabgaben	300	294	296	4	1.5
Übrige direkte Steuern	3	3	4	- 1	-32.3

Begründung Differenz R 10/11:

Die Abweichungen bei den Staatssteuern natürliche Personen und den Staatssteuern juristische Personen werden in der nachfolgenden Ziffer 2 Staatssteuern begründet. Die Beträge von Ziffer 1 und 2 differieren leicht, weil der Fiskalertrag in Ziffer 1 den Ertrag aus Bussen nicht enthält.

2. Staatssteuern

Grundlage für den periodengerechten Ausweis des Staatssteuerertrages ist § 19 der Rechnungslegungsverordnung (RLV).

Mio. Franken	§ 19 RLV	Rechnung 2011	Budget 2011	Rechnung 2010	Differenz R 10/11 Abs. %	
Natürliche Personen						
Fakturiertes Ertrag für Steuerperiode	Abs. 2 lit.a	3 727	3 480	3 447	280	8.1
- davon Einkommenssteuern		3 208	2 980	2 967	241	8.1
- davon Vermögenssteuern		518	500	480	39	8.0
Nach- und Rückträge für Steuerperiode	Abs. 2 lit.b	629	592	596	32	5.4
Nach- und Rückträge für abzurechnende Steuerperiode ¹	Abs. 2 lit.c	28	123	25	4	14.4
Nach- und Rückträge für frühere, abgerechnete Steuerperioden ²	Abs. 2 lit.d	13	15	13	0	3.3
Nachsteuern und Bussen	Abs. 2 lit.e	39	15	40	- 1	-2.8
Quellensteuern	Abs. 1	235	183	158	78	49.4
Korrektur von bilanzierten Nach- und Rückträgen ³	Abs. 3	47	39	281	- 234	-83.2
Total Staatssteuern natürliche Personen		4 719	4 447	4 560	159	3.5
<i>Durchschnitt der erwarteten Nach- und Rückträge⁴</i>	Abs. 2 lit.b	<i>17.8%</i>	<i>17.0%</i>	<i>17.3%</i>		
Juristische Personen						
Fakturiertes Ertrag für Steuerperiode	Abs. 2 lit.a	884	851	795	89	11.2
- davon Gewinnsteuern		761	776	676	84	12.4
- davon Kapitalsteuern		123	75	118	5	4.1
Nach- und Rückträge für Steuerperiode	Abs. 2 lit.b	188	176	152	36	24.1
Nach- und Rückträge für abzurechnende Steuerperiode ¹	Abs. 2 lit.c	173	37	67	105	156.3
Nach- und Rückträge für frühere, abgerechnete Steuerperioden ²	Abs. 2 lit.d	12	5	8	4	42.8
Nachsteuern und Bussen	Abs. 2 lit.e	2	10	2	- 0	-13.0
Korrektur von bilanzierten Nach- und Rückträgen	Abs. 3	-	11	-	-	
Total Staatssteuern juristische Personen		1 258	1 089	1 024	234	22.9
<i>Durchschnitt der erwarteten Nach- und Rückträge</i>	Abs. 2 lit.b	<i>21.3%</i>	<i>20.7%</i>	<i>19.1%</i>		
Total natürliche und juristische Personen						
Fakturiertes Ertrag für Steuerperiode	Abs. 2 lit.a	4 610	4 331	4 242	369	8.7
Nach- und Rückträge für Steuerperiode	Abs. 2 lit.b	817	768	748	69	9.2
Nach- und Rückträge für abzurechnende Steuerperiode ¹	Abs. 2 lit.c	201	160	92	109	118.0
Nach- und Rückträge für frühere, abgerechnete Steuerperioden ²	Abs. 2 lit.d	25	20	21	4	18.8
Nachsteuern und Bussen	Abs. 2 lit.e	41	25	42	- 1	-3.2
Quellensteuern	Abs. 1	235	183	158	78	49.4
Korrektur von bilanzierten Nach- und Rückträgen ³	Abs. 3	47	50	281	- 234	-83.2
Total Staatssteuern		5 976	5 537	5 584	393	7.0

¹ Im Berichtsjahr ist die Steuerperiode 2007 abzurechnen; im Jahr 2010 war die Steuerperiode 2006 abzurechnen (§ 19 Abs. 2 lit. c RLV).

² Im Berichtsjahr sind die tatsächlichen Nach- und Rückträge für vor 2007 abgerechnete Steuerperioden auszuweisen (§ 19 Abs. 2 lit. d RLV); Verglichen werden sie mit den im 2010 verbuchten Nach- und Rückträge für abgerechnete Steuerperioden vor 2006.

³ In Anwendung von § 19 Abs. 3 RLV wird im Jahr 2011 – vor der ordentlichen Abrechnungsfrist - eine Korrektur der geschätzten Steuererträge der Steuerperiode 2008 vorgenommen. In der Rechnung 2010 sind die geschätzten Steuererträge der Steuerperiode 2007 korrigiert worden.

⁴ Der Prozentsatz bei den natürlichen Personen 2011 errechnet sich aus den Nachträgen nach § 19 Abs. 2b RLV im Rechnungsjahr 2011 auf Basis des fakturierten Ertrages für die Steuerperiode abzüglich eines einmaligen Sonderertrages.

Begründung Differenz R 10/11:

Staatssteuern natürliche Personen +159 Mio. Franken

- +241 Höherer fakturierter Ertrag aus Einkommenssteuern für die laufende Steuerperiode unter Einschluss eines einmaligen Sonderertrages.
- +78 Höherer Ertrag aus Quellensteuern, vor allem wegen starker Zunahme ausländischer Arbeitskräfte.
- +38 Höherer fakturierter Ertrag aus Vermögenssteuern für die laufende Steuerperiode.
- +32 Höhere Nachträge für die laufende Steuerperiode.
- 234 Tiefere Korrektur von bilanzierten Nachträgen; im Vorjahr wurde eine hohe Korrektur vorgenommen, weil sich bereits Ende 2010 zeigte, dass die geschätzten Nachträge der Steuerperiode 2007 deutlich übertraffen würden.

Staatssteuern juristische Personen +234 Mio. Franken

- +105 Höhere Nachträge für die abzurechnende Steuerperiode.
- +84 Höherer fakturierter Ertrag aus Gewinnsteuern für die laufende Steuerperiode.
- +36 Höhere Nachträge für die laufende Steuerperiode.

3. Regalien und Konzessionen

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 10/11	
	2011	2011	2010	Abs.	%
Regalien und Konzessionen	373 468	372 180	373 622	- 154	0.0
Regalien	2 748	2 585	2 736	12	0.4
Schweiz. Nationalbank, Gewinnanteil	292 008	289 389	291 216	792	0.3
Konzessionen und Patente	4 346	3 006	3 300	1 046	31.7
Ertragsanteile Lotterie, Sport-Toto, Wetten	74 367	77 200	76 371	- 2 004	-2.6

Begründung Differenz R 10/11:

Keine Bemerkungen.

4. Entgelte

Fr. 1000	Rechnung 2011	Budget 2011	Rechnung 2010	Differenz R 10/11	
				Abs.	%
Entgelte	2 614 915	2 527 698	2 482 491	132 424	5.3
Ersatzabgaben	–	–	–	–	–
Gebühren für Amtshandlungen	341 599	299 622	303 117	38 482	12.7
Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	985 262	952 999	942 769	42 493	4.5
Schul- und Kursgelder	132 477	126 949	129 564	2 912	2.2
Benützungsgebühren und Dienstleistungen	868 352	868 774	841 617	26 734	3.2
Erlös aus Verkäufen	127 155	121 877	124 855	2 300	1.8
Rückerstattungen	75 315	58 592	60 303	15 011	24.9
Bussen	61 050	56 797	58 186	2 864	4.9
Übrige Entgelte	23 706	42 087	22 079	1 627	7.4

Begründung Differenz R 10/11:

Gebühren für Amtshandlungen +38,5 Mio. Franken

+41,5 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter: Mehrertrag aufgrund einer Zunahme von Rechtsgeschäften infolge der Erbschaftssteuerinitiative.

-6,0 Generalsekretariat Sicherheitsdirektion: Saldoneutrale Anpassung der Buchführung im Passbüro verbunden mit geringerem Transferaufwand.

Spital- und Heimtaxen, Kostgelder +42,5 Mio. Franken

+26,8 Universitätsspital Zürich: Taxerhöhungen und Mehrertrag durch Leistungssteigerungen. Die Zahl der Patienten und der erbrachten Leistungen nahm gegenüber 2010 weiter zu.

+11,5 Kantonsspital Winterthur: Taxerhöhungen und Mehrertrag durch Leistungssteigerungen.

Benützungsgebühren und Dienstleistungen +26,7 Mio. Franken

+24,8 Zürcher Verkehrsverbund: Höhere Erträge infolge der Frequenzzunahmen.

+5,1 Höherer Ertrag für Dienstleistungen der Kantonspolizei: Mehrertrag für Sicherheitsmassnahmen im Flughafen sowie höhere Entschädigung vom Bundesamt für Migration für Leistungen der Flughafenpolizei.

-6,6 Minderertrag wegen Verkauf der Zentralwäscherei Zürich per 1. Juli 2010.

Rückerstattungen +15,0 Mio. Franken

+13,1 Universität Zürich: Die im 2010 als Personalaufwandsminderung gezeigten weiterverrechneten Personalaufwände und als übrige Entgelte ausgewiesenen weiterverrechneten übrigen Beiträge werden im Jahr 2011 als Rückerstattungen ausgewiesen. Die Zunahme der Rückerstattungen unter Berücksichtigung der Umgliederungen von +1,5 Mio. Franken ist hauptsächlich auf die Anpassung eines Abrechnungszykluses zurückzuführen (einmaliger Effekt).

+4,3 Tiefbauamt: Höhere Rückerstattungen durch Dritte und Versicherungen.

+4,2 Obergericht: Mit der Einführung einer zentralen Inkassostelle per 1. Juli 2010 werden die Wiedereingänge einstweilen abgeschriebener Forderungen neu vollumfänglich dem Obergericht gutgeschrieben (entsprechender Minderertrag bei den Bezirksgerichten).

-5,0 Bezirksgerichte: Mit der Einführung einer zentralen Inkassostelle per 1. Juli 2010 fallen die Wiedereingänge einstweilen abgeschriebener Forderungen bei den Bezirksgerichten weg und werden vollumfänglich dem Obergericht gutgeschrieben.

5. Verschiedene Erträge

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 10/11	
	2011	2011	2010	Abs.	%
Verschiedene Erträge	294 132	233 154	266 523	27 609	10.4
Verschiedene betriebliche Erträge	220 824	199 287	211 877	8 947	4.2
Aktivierung Eigenleistungen	12 266	16 628	17 175	- 4 909	-28.6
Bestandesveränderungen	1 521	–	- 361	1 882	521.2
Übriger Ertrag	59 521	17 239	37 832	21 689	57.3

Begründung Differenz R 10/11:

Verschiedene betriebliche Erträge +8,9 Mio. Franken

+6,6 Zürcher Verkehrsverbund: Höhere Nebenerträge von Verkehrsunternehmen und Verbundorganisation.

Übriger Ertrag +21,6 Mio. Franken

+19,3 Universität Zürich: Erträge aus Forschungsbeiträgen im 2011 als verschiedene Erträge ausgewiesen, im 2010 unter Erträgen aus Benützungsgebühren und Dienstleistungen gezeigt.

6. Entnahmen aus Fonds

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 10/11	
	2011	2011	2010	Abs.	%
Entnahmen aus Fonds	2 557	56 403	417	2 141	513.6
Entnahmen aus Fonds des FK	333	56 403	130	202	155.2
Entnahmen aus Legaten und Stiftungen FK	2 225	–	286	1 938	676.8
Entnahmen aus Verkehrsfonds (EK-Fonds)	–	–	–	–	–

Begründung Differenz R 10/11:

Keine Bemerkungen.

7. Transferertrag

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 10/11	
	2011	2011	2010	Abs.	%
Transferertrag	3 022 312	2 883 931	3 013 904	8 408	0.3
Anteil an Erträgen Dritter	801 358	714 483	766 352	35 006	4.6
Entschädigungen von Gemeinwesen	318 212	302 401	309 614	8 598	2.8
Finanz- und Lastenausgleich	422 501	390 457	462 401	- 39 901	-8.6
Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	1 395 391	1 446 271	1 350 248	45 143	3.3
<i>Bund</i>	813 397	835 163	793 600	19 797	2.5
<i>Kantone und Konkordate</i>	276 926	266 651	263 254	13 672	5.2
<i>Gemeinden und Zweckverbände</i>	297 844	314 760	285 764	12 080	4.2
<i>Öffentliche Sozialversicherungen</i>	–	–	–	–	–
<i>Öffentliche Unternehmungen</i>	–	14 130	13	- 13	-100.0
<i>Private Unternehmungen</i>	3 886	10 238	7 210	- 3 324	-46.1
<i>Private Organisationen o. Erwerbszweck</i>	71	554	40	31	77.8
<i>Private Haushalte</i>	3 227	350	363	2 864	789.2
<i>Ausland</i>	40	4 425	4	36	1028.5
Auflösung passivierte Investitionsbeiträge	81 946	28 380	120 346	- 38 400	-31.9
Übrige Transfererträge	2 905	1 940	4 944	- 2 039	-41.2

Begründung Differenz R 10/11:

Anteil an Erträgen Dritter +35,0 Mio. Franken

+35,5 Steuererträge: Höhere Erträge aus Anteil an der direkten Bundessteuer (+32,8) und an der Verrechnungssteuer und EU-Zinsbesteuerung (+2,7).

Entschädigungen von Gemeinwesen +8,6 Mio. Franken

+16,1 Kantonales Sozialamt: Mehrertrag vom Bund für Zusatzleistungen zur AHV/IV für wirtschaftliche Hilfe an Flüchtlinge (starke Zunahme der Anzahl Anerkennungen) und für Nothilfe. Infolge einer Praxisänderung werden die Zahlungen des Bundes für Nothilfe ab 2011 neu als Entschädigungen anstatt als Beiträge verbucht (siehe auch Beiträge von Gemeinwesen und Dritten).

-9,1 Tiefbauamt: Tieferer baulicher und betrieblicher Nationalstrassen Unterhalt führte zu entsprechend tieferen Entschädigungen des Bundes.

Finanz- und Lastenausgleich -39,9 Mio. Franken

-34,2 Ausgleichsfonds: Tieferer Ertrag aus der Abschöpfung bei finanzstarken Gemeinden im innerkantonalen Steuerkraftausgleich, da deren Steuerkraft leicht tiefer war als im Vorjahr.

-5,7 Interkantonaler Finanzausgleich: Als Folge des überdurchschnittlichen Rückgangs beim Armutsindikator erhält der Kanton Zürich 2011 weniger Mittel aus dem soziodemographischen Lastenausgleich.

Beiträge von Gemeinwesen und Dritten +45,1 Mio. Franken

+25,3 Beiträge Krankenkassenprämien: Der vom Bund ausgerichtete Pauschalbeitrag ist an die Prämientwicklung gekoppelt. Da die Prämien gegenüber dem Vorjahr zunahm, stieg der Beitrag des Bundes.

+16,1 Berufsbildung: Höhere Bundesbeiträge und höhere Beiträge anderer Kantone für ausserkantonale Lernende/Studierende.

+13,8 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften: Höhere Beiträge des Bundes an KTI-Projekte und aus Forschungsfinanzierung Bund, höhere Bundesbeiträge sowie höhere Beiträge anderer Kantone wegen Wachstum von +9,3% bei den Studierenden im Jahresvergleich.

- +7,2 Universität Zürich: Höherer Beitrag des Bundes (Grundbeiträge gemäss Universitätsförderungsgesetz, UFG) sowie höhere Beiträge anderer Kantone (Beiträge gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung, IUV).
- 8,9 Kantonales Sozialamt: Infolge einer Praxisänderung werden die Zahlungen des Bundes für Nothilfe ab 2011 neu als Entschädigungen anstatt als Beiträge verbucht (siehe auch Entschädigungen von Gemeinwesen).

Auflösung passivierter Investitionsbeiträge -38,4 Mio. Franken

- 41,0 Tiefbauamt: Tieferer Ertrag aus Auflösung passivierter Investitionsbeiträge.

8. Durchlaufende Beiträge

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 10/11	
	2011	2011	2010	Abs.	%
Total Ertrag	628 099	617 630	606 276	21 824	3.6
Bund	480 888	470 220	464 183	16 705	3.6
Kantone und Konkordate	146 062	146 550	141 351	4 711	3.3
Gemeinden und Zweckverbände	977	350	428	549	128.1
Öffentliche Sozialversicherungen	–	–	–	–	–
Öffentliche Unternehmungen	139	500	305	- 166	-54.3
Private Unternehmungen	- 3	–	–	- 3	0.0
Private Organisationen o. Erwerbszweck	33	–	–	33	0.0
Private Haushalte	–	–	–	–	–
Ausland	2	10	7	- 5	-67.2
Total Aufwand	- 628 148	- 617 662	- 606 276	- 21 873	-3.6
Bund	- 340	- 250	- 282	- 58	-20.7
Kantone und Konkordate	- 64	- 50	- 19	- 45	-237.3
Gemeinden und Zweckverbände	- 64 639	- 64 085	- 63 565	- 1 074	-1.7
Öffentliche Sozialversicherungen	–	–	–	–	–
Öffentliche Unternehmungen	- 351 126	- 345 162	- 337 017	- 14 110	-4.2
Private Unternehmungen	- 193 632	- 191 490	- 188 828	- 4 804	-2.5
Private Organisationen o. Erwerbszweck	- 18 262	- 16 625	- 16 508	- 1 754	-10.6
Private Haushalte	- 85	–	- 58	- 27	-47.0
Ausland	–	–	–	–	–

Begründung Differenz R 10/11:

Ertrag Bund +16,7 Mio. Franken

- +6,0 Höherer Bundesbeitrag an die Universität Zürich.
- +5,7 Kantonales Sozialamt: Höhere Bundesbeiträge für das Asylwesen.

Ertrag Kantone und Konkordate +4,7 Mio. Franken

- +5,5 Höhere Beiträge anderer Kantone an die Universität.

Aufwand Öffentliche Unternehmen -14,1 Mio. Franken

- 11,9 Höhere an die Universität weitergeleitete Beiträge vom Bund und von anderen Kantonen.

9. Personalaufwand

Fr. 1000	Rechnung 2011	Budget 2011	Rechnung 2010	Differenz R 10/11	
				Abs.	%
Personalaufwand	- 7 369 401	- 4 736 464	- 4 605 152	- 2 764 249	-60.0
Behörden, Kommissionen, Richter/Innen	- 56 041	- 58 154	- 56 528	488	0.9
Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	- 2 452 627	- 2 819 304	- 2 389 678	- 62 948	-2.6
Löhne der Lehrkräfte	- 1 450 905	- 1 161 912	- 1 389 844	- 61 061	-4.4
Temporäre Arbeitskräfte	- 15 769	- 7 971	- 19 774	4 005	20.3
Zulagen	- 19 091	- 17 046	- 18 068	- 1 022	-5.7
Arbeitgeberbeiträge	- 3 300 474	- 606 511	- 650 005	- 2 650 469	-407.8
Arbeitgeberleistungen	- 33 265	- 23 699	- 42 927	9 662	22.5
Übriger Personalaufwand	- 41 230	- 41 867	- 38 326	- 2 904	-7.6

Begründung Differenz R 10/11:

Personalaufwand insgesamt -2 764 Mio. Franken

- +12,9 Bildungsdirektion, sonstige universitäre Leistungen: Tiefere Rückstellung für Teuerungsausgleich auf Renten.
- +5,5 Wegfall Aufwand nach Verkauf der Zentralwäscherei Zürich.
- 2617,0 Bildung von Rückstellungen für die Sanierung der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich.
- 49,5 Mehraufwand für Massnahmen des Regierungsrates, welche die Lohnsumme erhöhen (Teuerungsausgleich 0,3%, Individuelle Lohnerhöhungen 1,2%, davon 0,4% aus Rotationsgewinnen finanziert. Annahme: Erhöhung des Lohnaufwands um 1% erhöht den Personalaufwand um 45 Mio. Franken).

Im USZ und KSW Umsetzung Teilrevision Lohnsystem sowie wegen zusätzlich geschaffener Stellen bei der Universität, der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und der Kantonspolizei.

10. Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand

Fr. 1000	Rechnung 2011	Budget 2011	Rechnung 2010	Differenz R 10/11	
				Abs.	%
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 2 693 615	- 2 627 790	- 2 608 960	- 84 655	-3.2
Material- und Warenaufwand	- 507 742	- 652 054	- 494 969	- 12 773	-2.6
Nicht aktivierbare Anlagen	- 85 692	- 73 013	- 91 939	6 246	6.8
Ver- und Entsorgung	- 59 108	- 57 962	- 61 974	2 866	4.6
Dienstleistungen und Honorare	- 1 426 208	- 1 419 764	- 1 336 523	- 89 685	-6.7
Baulicher Unterhalt (VV)	- 192 707	- 181 148	- 196 644	3 936	2.0
Unterhalt von Anlagen	- 94 437	- 88 724	- 85 774	- 8 662	-10.1
Mieten, Leasing, Pacht, Benützungskosten	- 156 492	- 130 357	- 154 274	- 2 218	-1.4
Spesenentschädigungen	- 33 647	- 21 714	- 32 130	- 1 517	-4.7
Wertberichtigungen auf Forderungen	- 107 274	- 109 026	- 112 333	5 059	4.5
Verschiedener Betriebsaufwand	- 30 308	105 971	- 42 401	12 094	28.5

Begründung Differenz R 10/11:

Material- und Warenaufwand -12,8 Mio. Franken

- 10,0 Universitätsspital Zürich: Mehraufwand für Medikamente und medizinisches Material infolge Leistungs-
nahme.
- 5,7 Universität Zürich: Im Wesentlichen erhöhte Aufwendungen für Laborhilfsmittel und übrige Betriebs- /
Verbrauchsmaterialien (-3,9 Mio. Franken) sowie mehr Ausgaben für medizinisches Material (-2,9 Mio. Fran-
ken), dahingegen fielen die Ausgaben für Fachliteratur und Zeitschriften (+1,2 Mio. Franken) tiefer aus als im
Vorjahr.

Dienstleistungen und Honorare -89,7 Mio. Franken

- +7,3 Liegenschaftenerfolg: Geringere Dienstleistungen Dritter und Honorare, u.a. infolge Verzögerung des Projek-
tes Immobilienmanagement.
- 25,9 Zürcher Verkehrsverbund: Höherer Aufwand für Leistungsentgelte an die Verkehrsunternehmen.
- 22,6 Universitätsspital Zürich: Mehraufwand für Dienstleistungen sowie höhere Arzthonorare bedingt durch mehr
zusatzversicherte Patienten.
- 8,4 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften: Mehraufwand vor allem im Projektbereich (z.B. Dienst-
leistungen im Zusammenhang mit der Einführung SAP, Internetdienstleistungen etc.).
Umklassierung Mehrwertsteuer (MWSt.-Pauschalsteuer wurde im 2010 nicht als Aufwand ausgewiesen son-
dern als Ertragsminderung verbucht).
- 7,5 Strassenfonds: Mehraufwand im Zusammenhang mit Verkäufen von Liegenschaften.
- 6,0 Justizvollzug: Mehraufwand bei den Vollzugskosten, u.a. wegen der Zunahme von gerichtlich angeordneten
stationären Behandlungen für psychisch schwer gestörte Täter und wegen höherer Tarife für den Vollzug in
psychiatrischen Kliniken.
- 5,6 Universität Zürich: Erhöhte Rechnungsstellung der Uniklinik Balgrist sowie des Kinderspitals Zürich für For-
schungs- und Lehrleistungen (-2,7 Mio. Franken), höhere Einkäufe von Dienstleistungen im Handwerksbe-
reich (-1,5 Mio. Franken) und von übrigen Dienstleistungen (-1,4 Mio. Franken).

Verschiedener Betriebsaufwand +12,1 Mio. Franken

- +26,8 Altlasten: 2010 wurde eine Rückstellung für die Sanierung von Schiessanlagen in der Höhe von 26 Mio.
Franken gebildet. Im 2011 entfällt dieser Aufwand.
- +7,1 Abnahme wegen Umgliederungen bisheriger Positionen im Universitätsspital Zürich.
- 8,6 Auflösung von Rückstellungen der Zentralwäscherei Zürich im Jahr 2010 im Rahmen des Verkaufs.
- 5,6 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften: Erhöhung der passivierbaren Projektabgrenzungen
(u.a. Abgrenzung von bewilligten KTI-Geldern, die als Projekte im 2012 realisiert werden).
- 3,0 Zunahme bei den Staatshaftungsfällen.
- 2,0 Korrektur der Bewertung einer Liegenschaft eines Nachlasses.
- 1,0 Zunahme beim Tiefbauamt für den Betrieb der Strassen.
- 1,5 Zunahme per Saldo bei allen übrigen Verwaltungseinheiten.

11. Abschreibungen Verwaltungsvermögen

Fr. 1000	Rechnung 2011	Budget 2011	Rechnung 2010	Differenz R 10/11	
				Abs.	%
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	- 501 069	- 439 101	- 545 973	44 903	8.2
Abschreibungen Sachanlagen VV	- 477 901	- 417 829	- 527 980	50 079	9.5
<i>Planmässige Abschreibungen</i>	- 405 304	- 398 848	- 401 266	- 4 038	-1.0
<i>Ausserplanmässige Abschreibungen</i>	- 72 597	- 18 982	- 126 714	54 117	42.7
Abschreibungen Immaterielle Anlagen	- 23 168	- 21 272	- 17 993	- 5 176	-28.8
<i>Planmässige Abschreibungen</i>	- 18 509	- 21 272	- 17 091	- 1 417	-8.3
<i>Ausserplanmässige Abschreibungen</i>	- 4 660	-	- 901	- 3 758	-416.9

Begründung Differenz R 10/11:

Ausserplanmässige Abschreibungen Sachanlagen VV +54,1 Mio. Franken

- +53,3 Tiefbauamt: Tiefere ausserplanmässige Abschreibungen.
- +5,3 2010 fielen im Zusammenhang mit dem Verkauf der Zentralwäscherei ausserplanmässige Abschreibungen an, die 2011 nicht mehr anfielen.
- + 4,5 Integrierte Psychiatrie Winterthur: Im Zusammenhang mit der Übertragung von Immobilien und Grundstücken in das Finanzvermögen des Kantons und in das Umlaufvermögen der Sicherheitsdirektion fielen die ausserplanmässigen Abschreibungen geringer aus.
- 8,4 Psych. Zentrum Rheinau: Ausserplanmässige Abschreibungen von Mobilien im Zusammenhang mit der betrieblichen Reorganisation.

12. Einlagen in Fonds

Fr. 1000	Rechnung 2011	Budget 2011	Rechnung 2010	Differenz R 10/11	
				Abs.	%
Einlagen in Fonds	- 71 126	- 25 385	- 85 972	14 846	17.3
Einlagen in Fonds des FK	- 51 566	- 6 029	- 64 989	13 423	20.7
Einlagen in Legaten und Stiftungen FK	- 3 908	-	- 1 894	- 2 014	-106.4
Einlagen in Verkehrsfonds (EK-Fonds)	- 15 652	- 19 356	- 19 090	3 437	18.0

Begründung Differenz R 10/11:

Einlagen in Fonds des FK +13,4 Mio. Franken

- +13,8 Ausgleichsfonds: Die Einlage in den Fonds ergibt sich aus dem Saldo aus Steuerkraftabschöpfung, Steuerkraftzuschüssen und dem Beitrag an Kulturinstitute. Die Abschöpfungen fielen im Vergleich zu den Zuschüssen höher aus, dies führte zur tieferen Fondseinlage.
- 5,1 Lotteriefonds: Höhere Einlage, v.a. wegen tieferer Zahlungen an Private und Dritte als im Vorjahr sowie wegen tieferer Überträge an Leistungsgruppen.

13. Transferaufwand

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 10/11	
	2011	2011	2010	Abs.	%
Transferaufwand	- 4 197 365	- 4 303 978	- 4 099 009	- 98 356	-2.4
Ertragsanteile an Dritte	- 32 432	- 36 529	- 38 081	5 649	14.8
Entschädigungen an Gemeinwesen	- 89 435	- 82 912	- 89 669	234	0.3
Finanz- und Lastenausgleich	- 1 053 870	- 891 280	- 1 110 160	56 291	5.1
Beiträge an Gemeinwesen und Dritten	- 2 786 379	- 3 077 233	- 2 633 885	- 152 494	-5.8
<i>Bund</i>	- 29 341	- 29 616	- 27 003	- 2 338	-8.7
<i>Kantone und Konkordate</i>	- 52 172	- 46 710	- 54 139	1 967	3.6
<i>Gemeinden und Zweckverbände</i>	- 770 493	- 802 689	- 669 974	- 100 519	-15.0
<i>Öffentliche Sozialversicherungen</i>	- 504	- 407	- 584	80	13.7
<i>Öffentliche Unternehmungen</i>	- 291 299	- 310 714	- 281 174	- 10 125	-3.6
<i>Private Unternehmungen</i>	- 30 897	- 29 914	- 25 098	- 5 799	-23.1
<i>Private Organisationen o. Erwerbszweck</i>	- 841 505	- 1 045 844	- 824 009	- 17 496	-2.1
<i>Private Haushalte</i>	- 770 168	- 811 330	- 751 897	- 18 271	-2.4
<i>Ausland</i>	-	- 10	- 7	7	100.0
Wertberichtigungen Darlehen VV	100	- 100	60	40	65.9
Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-	-	-	-	-
Abschreibungen Investitionsbeiträge	- 235 350	- 215 923	- 227 275	- 8 075	-3.6
Verschiedener Transferaufwand	- 0	-	-	- 0	0.0

Begründung Differenz R 10/11:

Finanz- und Lastenausgleich +56,3 Mio. Franken

- +67,0 Tiefere Zahlungen an den Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen aufgrund des gesunkenen Ressourcenindex des Kantons Zürich.
- 10,8 Innerkantonaler Finanz- und Lastenausgleich: Mehraufwand wegen höherer Steuerfussausgleichsbeträge an die Gemeinden und durch eine Abnahme der Rückerstattungen von Finanzausgleichsbeiträgen (-30,4); teilweise kompensiert durch tiefere Beiträge an finanzschwache Gemeinden (Steuerkraftausgleich), weil die Steuerkraftdisparität zwischen den Gemeinden abgenommen hat (+19,6).

Beiträge an Gemeinden und Zweckverbände -100,5 Mio. Franken

- 68,8 Langzeitversorgung: Mit der neuen Pflegefinanzierung werden die Beiträge an die Langzeitversorgung 2011 neu den Gemeinden und nicht mehr direkt den Leistungserbringern ausbezahlt.
- 21,9 Kantonales Sozialamt: Höhere Beiträge für Zusatzleistungen zur AHV/IV und für Flüchtlinge. Tiefere Beiträge für Nothilfe und Wirtschaftliche Hilfe.
- 5,6 Höhere Staatsbeiträge an Berufsbildungsleistungen von öffentlichen Trägern.

Beiträge an öffentliche Unternehmungen -10,1 Mio. Franken

- +5,3 Langzeitversorgung: Mit der neuen Pflegefinanzierung werden die Beiträge an die Langzeitversorgung 2011 neu den Gemeinden und nicht mehr direkt den Leistungserbringern ausbezahlt.
- 4,8 Ausserkantonale Fachhochschulen: Höhere FHV-Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen für Zürcher Studierende.
- 4,0 Kantonales Sozialamt: Mehraufwand für Familienzulagen, Nothilfe und Wirtschaftliche Hilfe.
- 3,6 Somatische Akutversorgung: Höhere Beiträge an staatsbeitragsberechtigte Spitäler (u.a. wegen Teilrevision Lohnsystem).

Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck -17,5 Mio. Franken

- +19,5 Langzeitversorgung: Mit der neuen Pflegefinanzierung werden die Beiträge an die Langzeitversorgung 2011 neu den Gemeinden und nicht mehr direkt den Leistungserbringern ausbezahlt.
- 16,8 Kantonales Sozialamt: Mehraufwand für Beiträge und Subventionen an soziale Einrichtungen.
- 10,4 Höhere Staatsbeiträge an Volksschulen.
- 10,0 Höhere Staatsbeiträge an Berufsbildungsleistungen von privaten Trägern.

Beiträge an private Haushalte -18,3 Mio. Franken

- 15,1 Höhere Beiträge an Krankenkassenprämien.

14. Finanzertrag (Finanzvermögen)

Fr. 1000	Rechnung 2011	Budget 2011	Rechnung 2010	Differenz R 10/11	
				Abs.	%
Finanzertrag Finanzvermögen	195 361	79 184	115 904	79 456	68.6
Zinsertrag	58 520	58 187	62 399	- 3 878	-6.2
Realisierte Gewinne	37 985	186	28 156	9 828	34.9
Beteiligungsertrag	218	17	164	53	32.4
Liegenschaftenertrag	20 873	18 593	19 729	1 144	5.8
Marktwertanpassungen	77 765	2 200	5 456	72 309	1325.3

Begründung Differenz R 10/11:

Realisierte Gewinne +9,8 Mio. Franken

- +35,7 Strassenfonds: Höhere realisierte Gewinne aus Verkäufen von Liegenschaften im Finanzvermögen.
- 26,7 Liegenschaftenerfolg: Tiefere realisierte Gewinne aus Verkäufen von Liegenschaften im Finanzvermögen.

Marktwertanpassungen +72,3 Mio. Franken

- +73,7 Strassenfonds: Periodische Neubewertung und Neubeurteilungen von Liegenschaften im Finanzvermögen (Ergebnis Aufwertungen, Bruttoprinzip).

15. Finanzertrag (Verwaltungsvermögen)

Fr. 1000	Rechnung 2011	Budget 2011	Rechnung 2010	Differenz R 10/11	
				Abs.	%
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	347 824	312 304	364 139	- 16 315	-4.5
Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen	16 288	12 087	17 246	- 958	-5.6
Finanzerträge von öffentlichen Unternehmungen	285 483	271 204	303 474	- 17 991	-5.9
Liegenschaftenertrag	31 397	27 256	30 423	974	3.2
Erträge von gemieteten Liegenschaften	3 687	1 557	2 874	813	28.3
Übriger Finanzertrag	10 969	200	10 122	847	8.4

Begründung Differenz R 10/11:

Finanzerträge von öffentlichen Unternehmungen -18,0 Mio. Franken

-15,6 Tiefere Dividenden der Axpo Holding AG (-10,5) und der Rheinsalinen (-5,0).

16. Zinsaufwand

Fr. 1000	Rechnung 2011	Budget 2011	Rechnung 2010	Differenz R 10/11	
				Abs.	%
Zinsaufwand	- 138 921	- 144 617	- 143 947	5 025	3.5
Verzinsung laufende Verbindlichkeiten	- 233	- 65	- 3	- 230	-6645.1
Verzinsung kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 1 579	- 1 874	- 11 969	10 390	86.8
Verzinsung langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 95 813	- 110 818	- 95 328	- 485	-0.5
Übrige Passivzinsen	- 41 296	- 31 860	- 36 647	- 4 649	-12.7

Begründung Differenz R 10/11:

Verzinsung kurzfristige Finanzverbindlichkeiten +10,4 Mio. Franken

+10,4 Amt für Tresorerie: Tieferer Zinsaufwand infolge geringerer Aufnahmen von Fremdkapital sowie auslaufender Swap-Geschäfte.

17. Anderer Finanzaufwand

Fr. 1000	Rechnung 2011	Budget 2011	Rechnung 2010	Differenz R 10/11	
				Abs.	%
Anderer Finanzaufwand	- 73 693	- 7 540	- 20 922	- 52 771	-252.2
Realisierte Kursverluste	- 23 736	- 255	- 5 656	- 18 080	-319.7
Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten	- 456	- 585	- 491	35	7.1
Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	- 3 797	- 4 415	- 4 528	731	16.1
Wertberichtigungen Finanzanlagen d. Finanzvermögens	- 43 192	–	- 7 072	- 36 120	-510.8
Übriger Finanzaufwand	- 2 512	- 2 285	- 3 175	664	20.9

Begründung Differenz R 10/11:

Realisierte Kursverluste -18,1 Mio. Franken

-20,0 Strassenfonds: Höhere realisierte Verluste auf Liegenschaften des Finanzvermögens als im Vorjahr, vor allem wegen der Berichtigungen von bei der Inventarisierung festgestellten Doppelerfassungen.

Wertberichtigungen Finanzanlagen des Finanzvermögens -36,1 Mio. Franken

+5,3 Liegenschaftenerfolg: Aufwertungen von Liegenschaften des Finanzvermögens.

-41,5 Strassenfonds: Periodische Neubewertung und Neubeurteilungen von Liegenschaften im Finanzvermögen (Ergebnis Abwertungen, Bruttoprinzip).

18. Flüssige Mittel

Fr. 1000	per		Differenz R 10/11	
	31.12.2011	31.12.2010	Abs.	%
Flüssige Mittel	1 676 391	1 463 098	213 293	14.6
Kasse	3 297	3 977	- 680	-17.1
Post	55 817	81 723	- 25 906	-31.7
Bank	917 104	1 177 145	- 260 041	-22.1
Kurzfristige Geldmarktanlagen (< 90 Tage)	700 000	200 000	500 000	250.0
Debit- und Kreditkarten	95	128	- 33	-25.8
Übrige flüssige Mittel	78	125	- 47	-37.8

Erläuterungen Differenz R 10/11:

Post: - 25,9 Mio. Franken

-25,9 Abnahme aufgrund höherer Mitteldisposition durch das Amt für Tresorerie.

Bank: - 260,0 Mio. Franken

+6,9 Zunahme aufgrund grösserer Konkursfälle (Gelder werden bis zur Konkurs erledigung treuhänderisch verwaltet).

+5,1 Zunahme aus Rechtsgeschäften bezüglich der Erbschaftssteuerinitiative welche bis Ende 2011 abgewickelt sein mussten.

-265,2 Umschichtung von Bankkonto mit Spezialverzinsung auf kurzfristige Geldmarktanlagen.

Kurzfristige Geldmarktanlagen: + 500,0 Mio. Franken

+265,2 Umschichtung aus Bankkonto mit Spezialverzinsung.

+234,8 Zunahme infolge höherer Liquidität.

Die Veränderung der flüssigen Mittel wird zusätzlich in der Geldflussrechnung nachgewiesen.

19. Forderungen

Fr. 1000	per		Differenz R 10/11	
	31.12.2011	31.12.2010	Abs.	%
Forderungen netto	2 671 667	2 340 888	330 778	14.1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Dritter	605 723	559 721	46 002	8.2
Wertberichtigung Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	- 50 560	- 52 282	1 722	3.3
Kontokorrente mit Dritten	89 686	41 920	47 766	113.9
Kontokorrente mit selbständigen, nicht konsolidierten Einheiten	2 731	-	2 731	0.0
Fiskalforderungen	2 062 118	1 832 888	229 230	12.5
Wertberichtigung Fiskalforderungen	- 75 112	- 70 826	- 4 286	-6.1
Anzahlungen an Dritte	1 015	1 291	- 275	-21.3
Transferforderungen	12 996	5 750	7 246	126.0
Vorschüsse für Verwaltungsausgaben	395	265	129	48.6
Übrige Forderungen	22 676	22 161	514	2.3

Erläuterungen Differenz R 10/11:

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Dritter: + 46,0 Mio. Franken

- + 33,6 Zunahme des Debitorenbestandes der Volksschule bezüglich der Weiterverrechnung der Lehrerbesoldungen an die einzelnen Schulgemeinden.
- + 12,3 Zunahme aus Abrechnung des Leistungsentgeltes und der Nebenerträgen 2011 mit den Verkehrsunternehmungen.

Kontokorrent mit Dritten: + 47,8 Mio. Franken

- + 41,5 Die Einnahmen aus Billettverkäufen wurden am Jahresende auf dem Kontokorrent SBB belassen. Im Folgejahr werden dann die Abgeltungen an die SBB und die Einnahmenanteile dem Kontokorrent belastet.
- + 2,2 Zunahme aufgrund Bildung des Guthabens von der Sozialversicherungsanstalt für die individuelle Prämienverbilligung.

Fiskalforderungen: + 229,2 Mio. Franken

- +102,6 Zunahme der Steuerguthaben an direkten Steuern (inkl. Bussen) infolge tieferer Zahlungseingänge.
- + 68,7 Gegenüber dem Vorjahr höhere zu erwartende Nach- und Rückträge für die aktuelle Steuerperiode.
- + 47,2 Korrektur Steuerguthaben Steuerperiode 2008 gem. § 19 Abs. 3 RLV, da die vereinnahmten Steuererträge bei den natürlichen Personen die budgetierten Werte bereits übertroffen haben.
- + 10,7 Zunahme der Forderungen aus Verkehrsabgaben infolge tieferer Zahlungseingänge.

20. Aktive Rechnungsabgrenzungen

Fr. 1000	per		Differenz R 10/11	
	31.12.2011	31.12.2010	Abs.	%
Aktive Rechnungsabgrenzungen	501 761	472 496	29 265	6.2
Personalaufwand	215	270	- 54	-20.1
Sach-, Dienstleistungs-, übriger Betriebsaufwand	17 554	15 193	2 361	15.5
Fiskalertrag	-	-	-	-
Transfers der Erfolgsrechnung	210 111	225 980	- 15 869	-7.0
Finanzaufwand / Finanzertrag	23 161	24 265	- 1 104	-4.5
Übriger betrieblicher Ertrag	180 760	160 100	20 661	12.9
Investitionsrechnung	25 181	3 748	21 433	571.9
Übrige aktive Rechnungsabgrenzungen Erfolgsrechnung	44 779	42 941	1 838	4.3

Erläuterungen Differenz R 10/11:

Transfer der Erfolgsrechnung: Veränderung -15,9 Mio. Franken

-25,9 Verringerung der Positionen bei den Hochschulen.

+4,2 Beitragsabgrenzungen beim Kantonalen Sozialamt mit Bund, Kantonen und öffentlichen Unternehmen.

+3,2 Abgrenzungen bei der Verrechnungssteuer mit dem Bund.

Übriger betrieblicher Ertrag: Veränderung + 20,7 Mio. Franken

+38,1 Erhöhung der Ertragsabgrenzung aufgrund des früheren Rechnungsstopps beim Universitätsspital und Kantonsspital Winterthur.

-18,6 Verminderung der Ertragsabgrenzung gegenüber dem Vorjahr bei der Universität Zürich.

Investitionsrechnung: Veränderung + 21,4 Mio. Franken

+20,3 Zunahme beim Immobilienamt.

21. Vorräte und angefangene Arbeiten

Fr. 1000	per		Differenz R 10/11	
	31.12.2011	31.12.2010	Abs.	%
Vorräte und angefangene Arbeiten	61 778	52 337	9 441	18.0
Roh- und Hilfsmaterial	14 886	16 323	- 1 437	-8.8
Wertberichtigung Roh- und Hilfsmaterial	–	–	–	0.0
Halb- und Fertigfabrikate	2 805	2 805	- 0	0.0
Wertberichtigung Halb- und Fertigfabrikate	–	–	–	0.0
Handelswaren	41 417	32 331	9 086	28.1
Wertberichtigung Handelswaren	–	–	–	–
Angefangene Arbeiten	2 330	878	1 452	165.4
Geleistete Anzahlungen	340	–	340	0.0

Erläuterungen Differenz R 10/11:

Roh- und Hilfsmaterial: -1,4 Mio. Franken

- 1,5 Reduktion beim Universitätsspital mehrheitlich durch Ausbuchung von Verbrauchsmaterial sowie durch ordentlichen Materialverbrauch.
- +0,2 Zunahme durch ordentlichen Geschäftsgang bei verschiedenen Organisationseinheiten.

Handelswaren: +9,1 Mio. Franken

- +5,8 Korrektur einer Falschbuchung aus dem Geschäftsjahr 2010 bei der Kantonsapotheke.
- +1,3 Aktivierung und Neubewertung von Zivilschutzmaterial, welches unter anderem vom Bund überlassen wurde.
- +0,8 Aufgrund des milden Winterbeginns wurde der Salzbestand bis zum Bilanzstichtag weniger stark reduziert als im Vorjahr.

Angefangene Arbeiten: +1,5 Mio. Franken

- +1,2 Rückkehr auf Normalbestand nach letztjährigem ausserordentlichen Minimalbestand aufgrund MWSt-Satzerhöhung und erfolgreicher Systemmigration.
- +0,3 Höhere aufgelaufene Kosten und mehr laufende Projekte gegenüber dem Vorjahr beim Lehrmittelverlag.

Geleistete Anzahlungen: +0,3 Mio. Franken

- +0,3 Anzahlungen für noch nicht bezogene SAP-Lizenzen

22. Finanzanlagen (Finanzvermögen)

Übersicht

R 2011	Festgelder 90 - 360 Tage	Darlehen	Beteiligungen (Aktien/ Anteilscheine)	übrige verzinsliche Anlagen	Langfristige Forderungen	Übrige Finanzan- lagen	Buchwert Total
Fr. 1000							
Finanzanlagen per 1.1.	117 000	137 347	10 009	137 306	8 533	996	411 192
Zugänge	3 321 200	3 065	230	42 226	-	250	3 366 972
Abgänge	- 3 292 000	- 397	- 230	- 50 129	- 22	-	- 3 342 777
Verkehrswertanpassungen	-	- 30	- 174	849	- 2 969	27	- 2 297
Umgliederungen	-	- 138	-	303	9 312	7	9 484
Finanzanlagen per 31.12.	146 200	139 878	9 835	129 428	14 797	1 273	441 411
davon kurzfristig	146 200	130 598	-	18 857	-	547	296 202
davon langfristig	-	9 280	9 835	110 570	14 797	726	145 209
davon zweckgebunden (Leg. + St.)	1 200	815	4 288	69 710	-	726	76 740

Die Finanzanlagen des Finanzvermögens werden zu Anlagezwecken und im Rahmen der Liquiditätsplanung gehalten. Eine besondere Stellung nehmen die zweckgebundenen Finanzanlagen der Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ein. Sie werden treuhänderisch für diese verwaltet.

Erläuterungen zu den Veränderungen 2011:

Festgelder 90 – 360 Tage: +29,2 Mio. Franken

+29,2 Nettozunahme der Festgeldanlagen (Vorjahr: +45,0 Mio. Franken) im Rahmen der Bewirtschaftung der liquiden Mittel (+28 Mio. Franken aufgrund der Lärmrechnung).

Darlehen: +2,5 Mio. Franken

- +2,1 Zugang beim Verkehrsverbund durch die Erhöhung des Darlehens an die VBZ.
- +0,4 Zugang bei der Universität.
- +0,3 Zugang bei verschiedenen Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- 0,4 Abgänge bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- 0,1 Umgliederungen bei den Fachhochschulen und deren Unterstützungsfonds.

Beteiligungen: -0,2 Mio. Franken

- +0,2 Zugang bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- 0,2 Abgang bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- 0,2 Verkehrswertanpassungen bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Übrige verzinsliche Anlagen: -7,9 Mio. Franken

- +13,0 Zugang bei der Lärmrechnung des Flughafens Zürich.
- +2,0 Zugang bei der Zentralbibliothek.
- +27,3 Zugang bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- 21,7 Abgang bei der Lärmrechnung des Flughafens Zürich.
- 1,6 Abgang bei der Zentralbibliothek.
- 26,8 Abgang bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- +0,4 Verkehrswertanpassung bei der Lärmrechnung des Flughafens Zürich.
- +0,1 Verkehrswertanpassung bei der Zentralbibliothek.
- +0,4 Verkehrswertanpassung bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

- +1,1 Umgliederungen bei der Zentralbibliothek.
- 0,8 Umgliederungen bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Langfristige Forderungen: +6,3 Mio. Franken

- 3,0 Verkehrswertanpassungen bei den Regressforderungen der Fachstelle für Opferhilfe.
- +3,0 Umgliederungen von Regressforderungen bei der Fachstelle für Opferhilfe.
- +6,4 Umgliederungen beim Obergericht.

Übrige Finanzanlagen: +0,3 Mio. Franken

- +0,3 Zugang bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

R 2010	Festgelder 90 - 360 Tage	Darlehen	Beteiligungen (Aktien/ Anteilscheine)	übrige verzinsliche Anlagen	Langfristige Forderungen	Übrige Finanzan- lagen	Buchwert Total
Fr. 1000							
Finanzanlagen per 1.1.	72 000	124 430	4 658	157 015	9 234	973	368 310
Zugänge	1 723 000	17 955	17 512	34 833	10	838	1 794 148
Abgänge	- 1 678 000	- 5 080	- 8 508	- 54 126	- 568	- 739	- 1 747 021
Verkehrswertanpassungen	-	- 0	- 3 653	- 197	- 143	- 76	- 4 070
Umgliederungen	-	41	-	- 218	-	-	- 177
Finanzanlagen per 31.12.	117 000	137 347	10 009	137 306	8 533	996	411 192
davon kurzfristig	117 000	128 263	-	34 234	-	557	280 053
davon langfristig	-	9 084	10 009	103 073	8 533	439	131 139
davon zweckgebunden (Leg. + St.)	-	687	4 462	69 667	-	439	75 255

23. Festgelder und Geldmarktanlagen (Finanzvermögen)

R 2011	Fälligkeit < 90 Tage	Fälligkeit 90 - 360 Tage	Fälligkeit > 360 Tage	Total
Fr. 1000				
Stand per 1.1.	200 000	117 000	-	317 000
Zugänge	1 785 000	1 436 200	-	3 221 200
Abgänge	- 1 285 000	- 1 407 000	-	- 2 692 000
Stand per 31.12.	700 000	146 200	-	846 200
- davon zweckgebunden (Leg. + St.)	-	1 200	-	1 200

Im Rahmen des Cash-Managements (Zahlungsbereitschaft und kurzfristige Liquiditätsbewirtschaftung) werden Geldmarkt- und Festgeldanlagen mit Dritten abgeschlossen. Die Bonität der Gegenpartei muss im Investment-Grade (AAA bis BBB-) gemäss offiziellem Rating einer internationalen Ratingagentur (Standard & Poor's, Fitch, Moody's) liegen, um das Kreditrisiko zu minimieren (siehe auch Risikocontrolling und Risikomanagement). Fehlt ein solches Rating, kann jenes einer grossen Schweizer Bank (UBS, CS, ZKB) als Grundlage verwendet werden.

R 2010 Fr. 1000	Fälligkeit < 90 Tage	Fälligkeit 90 - 360 Tage	Fälligkeit > 360 Tage	Total
Stand per 1.1.	340 000	72 000	–	412 000
Zugänge	890 000	1 723 000	–	2 613 000
Abgänge	- 1 030 000	- 1 678 000	–	- 2 708 000
Stand per 31.12.	200 000	117 000	–	317 000
- davon zweckgebunden (Leg. + St.)	–	–	–	–

24. Darlehensliste und Fälligkeiten (Finanzvermögen)

per 31.12.2011	Fälligkeit < 1 Jahr	Fälligkeit 1 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Franken				
Darlehen Finanzvermögen	139 309 480	596 900	58 144	139 877 524
Verkehrsbetriebe Zürich	130 000 000	–	–	130 000 000
Abraxas Informatik AG, St. Gallen	8 000 000	–	–	8 000 000
Kaufmännischer Verband, Zürich	475 000	–	–	475 000
Agazzi, Zürich	81 000	–	–	81 000
Briner, Basserdorf	29 000	–	–	29 000
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHAW	168 069	403 450	2 500	574 019
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHdK	39 700	27 150	–	66 850
Studiendarlehen Härtefallkasse Universität	94 026	–	–	94 026
ZFV Unternehmungen Zürich	383 085	–	–	383 085
Studiendarlehen Fonds der PHZH	–	25 000	5 000	30 000
Darlehen des Fonds für einen wohltätigen Zweck	20 000	85 400	–	105 400
Darlehen der Hilfskasse der Strafanstalt Pöschwies	5 100	20 400	–	25 500
Hilfsfonds für Angehörigen der Kantonspolizei	6 000	27 000	50 644	83 644
Darlehen Massnahmen und Vollzugszentrum Urdorf	–	–	–	–
Darlehen Hilfsfonds für das Staatspersonal	8 500	8 500	–	17 000
Wertberichtigungen	- 87 000	–	–	- 87 000

Die ausgewiesenen Fälligkeiten beziehen sich auf die Vereinbarungen zur Kündigung der gewährten Darlehen.
Die Wertberichtigungen werden nicht auf den Einzelpositionen geführt.

Erläuterungen zu den Bewegungen 2011:

- Erhöhung der Aktivdarlehen im Finanzvermögen: + 2,6 Mio. Franken
- +2,1 Erhöhung des Darlehens an die Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich.
 - +0,4 Neues Darlehen an die ZFV Unternehmungen, Zürich.
 - +0,1 Ausweis des Hilfsfonds für die Angehörigen der Kantonspolizei.

per 31.12.2010	Fälligkeit < 1 Jahr (restated)	Fälligkeit 1 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total (restated)
Franken				
Darlehen Finanzvermögen	128 953 989	8 388 191	5 000	137 347 180
Verkehrsbetriebe Zürich	127 945 866	–	–	127 945 866
Abraxas Informatik AG, St. Gallen	–	8 000 000	–	8 000 000
Kaufmännischer Verband, Zürich	475 000	–	–	475 000
Agazzi, Zürich	81 000	–	–	81 000
Briner, Basserdorf	29 000	–	–	29 000
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHAW	335 972	211 200	5 000	552 172
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHDK	31 738	17 600	–	49 338
Studiendarlehen Härtefallkasse Universität	61 067	–	–	61 067
Studiendarlehen Fonds der PHZH	–	10 000	–	10 000
Darlehen des Fonds für einen wohltätigen Zweck	25 000	115 350	–	140 350
Darlehen der Hilfskasse der Strafanstalt Pöschwies	16 800	8 800	–	25 600
Darlehen Massnahmen und Vollzugszentrum Urdorf	19 000	–	–	19 000
Darlehen Hilfsfonds für das Staatspersonal	20 150	25 241	–	45 391
Wertberichtigungen	- 86 603	–	–	- 86 603

Neuerung gegenüber Berichterstattung 2010: Ausweis der Wertberichtigungen.

25. Beteiligungsliste (Finanzvermögen)

in Franken	Buchwert		Anteil Kanton Zürich		Total Dotations-/ Aktienkapital	Anzahl Rechte	Typ	Nominal
	per 31.12.2011	per 31.12.2010	per 31.12.2011	per 31.12.2010				
Beteiligungen Finanzvermögen	9 835 073	10 009 123	–	–	–	–	–	–
Zentralwäscherei Zürich AG, Zürich	5 100 000	5 100 000	60.0%	60.0%	8 500 000	1 200 000	NA	43
Hangenmoos AG, Wädenswil	375 000	375 000	8.98%	8.98%	4 175 000	3 750	NA	100
Baugenossenschaft Burgmatte, Zürich	72 200	72 200	12.15%	12.15%	594 000	722	AS	100
Beteiligungen der Ida de Pottère-Stiftung ¹	106 250	121 100	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen des Alfred Werner Legats ¹	3 286 255	3 487 187	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen des Dr. Fritz Bek Fonds ¹	723 885	655 091	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen des Issekutz Fonds ¹	171 483	198 545	-	-	-	-	-	-

NA = Namenaktien, AS = Anteilscheine

¹ Für Zwecke der Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit gebundenes Finanzvermögen.

Die Buchwerte der Stiftungen entsprechen den am Abschlussstichtag gültigen Aktienkursen.

26. Sachanlagen (Finanzvermögen)

R 2011	Grundstücke unbebaut	Gebäude inkl. Grundstücke bebaut	Mobilien	Anlagen im Bau	Anzah- lungen	Übrige Sach- anlagen	Buchwert Total
Fr. 1000							
Buchwert							
Stand per 1.1.	481 499	392 265	54	–	–	–	873 817
Zugänge	4 073	8 780	–	187	–	–	13 040
Übertragungen vom VV	1 089	23 732	45	–	–	–	24 866
Abgänge	- 24 677	- 30 669	- 50	–	–	–	- 55 396
Übertragungen ins VV	- 124	- 12	–	–	–	–	- 135
Verkehrswertanpassungen	18 661	14 309	–	–	–	–	32 970
Umgliederungen	- 28 468	28 468	–	–	–	–	–
Stand per 31.12.	452 054	436 873	49	187	–	–	889 162
davon Anlagen in Leasing	–	–	–	–	–	–	–
davon verpfändete Anlagen	–	–	–	–	–	–	–
davon Baurechte	30	26	–	–	–	–	56

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2011:

Grundstücke unbebaut: -29,4 Mio. Franken

- +1,0 Zugänge im Strassenfonds.
- +3,0 Zugänge bei Liegenschaften der Baudirektion, davon Grundstück Seestr. 53 in Männedorf.
- +1,0 Übertragungen von Liegenschaften vom Verwaltungsvermögen in der Baudirektion.
- 24,0 Abgänge im Strassenfonds.
- 0,6 Abgänge bei Liegenschaften der Baudirektion.
- +18,6 Verkehrswertanpassung von Liegenschaften im Strassenfonds aufgrund Neubewertung der Anlageklasse.
- 28,4 Umgliederungen von Grundstücken mit Gebäuden, die fälschlicherweise in dieser Kategorie geführt wurden.

Gebäude inkl. Grundstücke bebaut: +44,6 Mio. Franken

- +3,0 Zugänge von Liegenschaften durch Vollstreckung von Erbfällen.
- +5,6 Zugänge bei verschiedenen Liegenschaften der Baudirektion.
- +23,7 Übertragungen diverser Liegenschaft der Baudirektion vom Verwaltungsvermögen.
- 28,3 Abgang: Verkauf diverser Liegenschaften im Strassenfonds.
- 2,3 Verkäufe von Liegenschaften, die dem Kanton durch Erbfälle in der Vergangenheit zugegangen waren.
- +14,3 Verkehrswertanpassung von Liegenschaften im Strassenfonds aufgrund Neubewertung der Anlageklasse.
- +28,5 Umgliederung von Liegenschaften von der Kategorie „Grundstücke unbebaut“, da sie im Jahr 2009 irrtümlicherweise in dieser Kategorie aufgeführt waren.

R 2010 Fr. 1000	Grundstücke unbebaut	Gebäude inkl. Grundstücke bebaut	Mobilien	Anlagen im Bau	Anzah- lungen	Übrige Sach- anlagen	Buchwert Total
Buchwert							
Stand per 1.1.	329 519	557 034	56	–	–	–	886 609
Zugänge	10 829	683	–	–	–	–	11 512
Übertragungen vom VV	1 431	22 955	5 663	–	–	–	30 050
Abgänge	- 22 218	- 13 108	- 5 609	–	–	–	- 40 936
Übertragungen ins VV	- 2 483	- 6 348	–	–	–	–	- 8 831
Verkehrswertanpassungen	1 107	- 5 637	–	–	–	–	- 4 531
Umgliederungen	163 314	- 163 314	- 56	–	–	–	- 56
Stand per 31.12.	481 499	392 265	54	–	–	–	873 817
davon Anlagen in Leasing	–	–	–	–	–	–	–
davon verpfändete Anlagen	–	–	–	–	–	–	–
davon Baurechte	–	–	–	–	–	–	–

27. Sachanlagen (Verwaltungsvermögen)

R. 2011	Grundstücke	Strassen	Wasserbau	Überige Tiefbauten	Hochbauten, Gebäude	Mobilien	Anlagen im Bau	Überige Sach- anlagen	Total
Fr. 1000									
Anschaffungskosten									
Stand per 1.1.	1 300 747	1 403 026	276 348	4 406	8 953 141	1 431 317	393 502	12 722	13 775 208
Zugänge	2 050	113 811	4 036	1 367	34 676	145 098	240 343	829	542 210
Übertragungen vom FV	3	112	-	-	-	-	-	-	114
Abgänge	- 1 150	- 55 400	- 845	-	- 937	- 63 170	- 354	-	- 121 857
Übertragungen ins FV (*)	- 11 702	- 1 367	-	-	- 108 028	- 442	-	-	- 121 539
Umgliederungen	5 847	-	4 046	341	115 419	9 201	- 135 775	-	- 921
Stand per 31.12.	1 295 794	1 460 181	283 585	6 115	8 984 271	1 522 003	497 715	13 550	14 073 215
Kumulierte Abschreibungen									
Stand per 1.1.	- 18 257	- 502 770	- 57 060	- 2 700	- 4 720 175	- 957 437	- 330	75	- 6 258 655
Abschreibungen des Jahres	- 1 708	- 49 887	- 3 919	- 1 438	- 234 610	- 132 002	- 35	-	- 423 600
Abgänge	0	15 248	832	-	776	48 019	121	-	64 996
Übertragungen ins FV (*)	-	330	-	-	93 817	368	-	-	94 515
Dauernde Wertminderungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wertaufholungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Umgliederungen	-	-	- 0	-	0	46	- 0	-	46
Stand per 31.12.	- 19 965	- 537 079	- 60 148	- 4 138	- 4 860 191	- 1 041 007	- 244	75	- 6 522 697
Buchwert per 31.12.	1 275 829	923 102	223 438	1 977	4 134 080	480 996	497 471	13 626	7 550 519
davon Anlagen in Leasing	-	-	-	-	28 586	-	-	-	28 586
davon verpfändete Anlagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge (bilanziert in 'überige langfristige Verbindlichkeiten')	-	- 22 063	- 52 798	-	- 548 606	- 59 915	- 19 618	- 4 561	- 707 560
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV	11 702	1 037	-	-	14 210	74	-	-	27 024

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2011:

Grundstücke: –5,0 Mio. Franken

+1,0	Zugänge beim Natur- und Heimatschutzfonds, welche gleichzeitig durch Abschreibungen wertberichtigt wurden
+0,5	Zugang beim Sportfonds für das Sportzentrum Kerenzerberg
+0,3	Zugang beim Immobilienamt
–1,2	Abgänge beim Psychiatriezentrum Rheinau
–8,6	Abgänge durch Übertragung in das Finanzvermögen von Liegenschaften der Berufsschulen
–3,0	Abgänge durch Übertragung in das Finanzvermögen bei der Integrierten Psychiatrie Winterthur
+5,8	Zugang beim Immobilienamt durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau»

Kumulierte Abschreibungen Grundstücke: –1,7 Mio. Franken

–1,1	Abschreibungen beim Natur- und Heimatschutzfonds
–0,6	Abschreibungen beim Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Strassen: +57,2 Mio. Franken

+113,7	Zugang beim Tiefbauamt für Staatsstrassen, Fussgängeranlagen und Radwege
+0,1	Zugang bei den Waldstrassen
+0,1	Zugang durch Übertragung aus dem Finanzvermögen im Tiefbauamt für Staatsstrassen, Fussgängeranlagen und Radwege
–55,4	Abgänge im Tiefbauamt von Staatsstrassen, Fussgängeranlagen und Radwegen
–1,4	Abgänge durch Übertragung in das Finanzvermögen im Tiefbauamt von Staatsstrassen, Fussgängeranlagen und Radwegen

Kumulierte Abschreibungen Strassen: –34,3 Mio. Franken

–49,9	Abschreibungen des Jahres auf dem Anlagenbestand aufgrund der festgelegten Nutzungsdauern und ausserplanmässige Wertberichtigungen
+15,2	Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch Abgänge von Staatsstrassen, Fussgängeranlagen und Radwegen
+0,3	Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch Übertragungen in das Finanzvermögen

Wasserbau: +7,2 Mio. Franken

+4,0	Zugang aus Investitionen in den Hochwasserschutz insbesondere am Linthwerk und den Thurauen
+4,0	Zugang aus Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» beim Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft
–0,8	Abgänge im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft
+3,9	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» beim Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Kumulierte Abschreibungen Wasserbau: –3,1 Mio. Franken

–3,9	Abschreibungen des Jahres im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft
+0,8	Wegfall von aufgelaufenen Abschreibungen durch Abgänge bei den Wasserbauten im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Übrige Tiefbauten: +1,7 Mio. Franken

+1,2	Zugang im Natur- und Heimatschutzfonds
+0,1	Zugang beim Amt für Militär und Zivilschutz
+0,3	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» im Amt für Militär und Zivilschutz

Kumulierte Abschreibungen Übrige Tiefbauten: –1,4 Mio. Franken

–1,2	Zugang durch Abschreibungen des Jahres beim Natur- und Heimatschutzfonds
–0,1	Zugang durch Abschreibungen des Jahres im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Hochbauten, Gebäude: +41,1 Mio. Franken

+14,3	Zugang beim Sozialamt
+9,6	Zugang bei den durch das Universitätsspital genutzten Hochbauten und Liegenschaften
+5,4	Zugang bei den Hochschulen (Universität und Fachhochschulen)
+3,1	Zugang beim Tiefbauamt
+3,0	Zugang bei den IV-Betrieben des Sozialamtes
+2,7	Zugang im Psychiatriezentrum Rheinau
+2,3	Zugang beim Kantonsspital Winterthur
+2,3	Zugang beim Immobilienamt
+1,3	Zugang bei der Psychiatrischen Universitätsklinik
+0,9	Zugang beim Universitätsspital
–0,5	Abgang beim Immobilienamt
–0,2	Abgang bei den Hochschulen
–0,2	Abgang beim Tiefbauamt
–87,8	Abgang durch Übertragung in das Finanzvermögen bei der Integrierten Psychiatrie Winterthur
–17,6	Abgang durch Übertragung in das Finanzvermögen bei den Berufsschulen
–1,4	Abgang durch Übertragung in das Finanzvermögen beim Immobilienamt
–1,3	Abgang durch Übertragung in das Finanzvermögen beim Natur- und Heimatschutzfonds
+58,2	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» beim Immobilienamt

+21,0	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» bei den Hochschulen
+12,3	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» bei den Mittelschulen
+9,1	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» in die durch das Universitätsspital genutzten Liegenschaften
+4,0	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» beim Sportfonds
+2,5	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» beim Kantonsspital Winterthur
+2,2	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» bei den Gefängnissen
+2,0	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» beim Amt für Militär und Zivilschutz
+1,5	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» beim Amt für Landschaft und Natur
+1,2	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» bei den Berufsschulen

Kumulierte Abschreibungen Hochbauten, Gebäude: –140,0 Mio. Franken

–234,6	Zunahme durch die Abschreibungen des Jahres auf den Beständen
+93,8	Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch die oben erwähnten Übertragungen in das Finanzvermögen
+0,5	Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch den Abgang von Liegenschaften beim Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft
+0,2	Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch den Abgang von Liegenschaften bei den Hochschulen
+0,1	Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch den Abgang von Liegenschaften beim Tiefbauamt

Mobilien: +90,7 Mio. Franken

+48,2	Zugang bei der Universität
+37,3	Zugang beim Universitätsspital
+21,3	Zugang beim Tiefbauamt
+11,7	Zugang bei der Kantonspolizei
+9,7	Zugang beim Kantonsspital Winterthur
+5,2	Zugang bei den Fachhochschulen
+1,1	Zugang beim Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft
–15,5	Abgang beim Kantonsspital Winterthur
–10,5	Abgang beim Universitätsspital

-10,1	Abgang bei der Universität
-8,5	Abgang bei der Integrierten Psychiatrie Winterthur
-7,9	Abgang beim Psychiatriezentrum Rheinau
-3,8	Abgang im Generalsekretariat der Baudirektion
-2,5	Abgang beim Tiefbauamt
-0,2	Abgang durch Übertragung in das Finanzvermögen beim Tiefbauamt
-0,1	Abgang durch Übertragung in das Finanzvermögen beim Amt für Landschaft und Natur
-0,1	Abgang durch Übertragung in das Finanzvermögen bei der KDMZ
+2,3	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» beim Kantonsspital Winterthur
+2,1	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» bei der Psychiatrischen Universitätsklinik
+1,8	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» bei den Hochschulen
+1,3	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» beim Immobilienamt
+0,8	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» bei den Mittelschulen
+0,3	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» bei der Kantonspolizei
+0,1	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik «Anlagen im Bau» bei der Jugendstrafrechtspflege

Kumulierte Abschreibungen Mobilien: -83,6 Mio. Franken

-132,0	Abschreibungen des Jahres auf dem Bestand
+48,0	Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch die oben erwähnten Abgänge von Mobilien
+0,4	Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch die oben erwähnten Übertragungen in das Finanzvermögen

Anlagen im Bau: +104,2 Mio. Franken

+51,7	Zugang bei den Hochschulen
+40,0	Zugang bei den durch das Universitätsspital genutzten Liegenschaften
+38,4	Zugang bei den Gerichten
+27,6	Zugang bei den Berufsschulen
+15,2	Zugang bei den Mittelschulen
+13,5	Zugang beim Immobilienamt
+4,0	Zugang beim Kantonsspital Winterthur
+3,8	Zugang beim Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft
+3,5	Zugang beim Massnahmenzentrum Uitikon
+3,5	Zugang bei den Liegenschaften des Kantonsspitals Winterthur
+2,8	Zugang bei den Gefängnissen
+2,7	Zugang beim Amt für Militär und Zivilschutz
+2,2	Zugang beim Tiefbauamt
+2,0	Zugang bei der Zentralbibliothek
+2,0	Zugang bei der Psychiatrischen Universitätsklinik
+1,7	Zugang bei der Kantonspolizei
+1,1	Zugang beim Psychiatriezentrum Rheinau

Kumulierte Abschreibungen Anlagen im Bau: +0,1 Mio. Franken

+0,1	Verminderung der kumulierten Abschreibungen durch Abgang im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft
------	--

Übrige Sachanlagen: +0,8 Mio. Franken

+0,8	Zugänge im Amt für Landschaft und Natur
------	---

R 2010	Grundstücke	Strassen	Wasserbau	Übrige Tiefbauten	Hochbauten, Gebäude	Mobiliten	Anlagen im Bau	Übrige Sachanlagen	Total
Fr. 1000									
Anschaffungskosten									
Stand per 1.1.	1 311 107	1 344 302	274 733	3 728	8 689 490	1 337 782	307 684	12 818	13 481 644
Zugänge	2 322	166 100	1 902	547	68 860	146 011	158 783	457	545 001
Übertragungen vom FV	2 096	2 102	-	-	1 328	-	1 493	-	7 019
Abgänge	- 1 841	- 108 748	- 287	-	- 9 103	- 42 965	- 5 348	-	- 168 292
Übertragungen ins FV (*)	- 12 414	- 1 370	-	-	- 53 416	- 11 702	- 254	-	- 79 155
Umgliederungen	- 522	640	-	131	55 960	2 190	- 68 856	- 553	- 11 009
Stand per 31.12.	1 300 747	1 403 026	276 348	4 406	8 953 141	1 431 317	393 502	12 722	13 775 208
Kumulierte Abschreibungen									
Stand per 1.1.	- 20 176	- 469 669	- 53 643	- 2 412	- 4 516 224	- 883 213	- 285	75	- 5 945 548
Abschreibungen des Jahres	- 1 487	- 60 460	- 3 421	- 287	- 246 819	- 125 520	- 103	-	- 438 098
Abgänge	3 406	27 281	4	-	13 471	39 707	58	-	83 928
Übertragungen ins FV (*)	-	78	-	-	36 608	6 250	-	-	42 937
Dauernde Wertminderungen	-	-	-	-	- 9 652	-	-	-	- 9 652
Wertaufholungen	-	-	-	-	1 933	-	-	-	1 933
Umgliederungen	-	0	-	-	507	5 338	-	-	5 845
Stand per 31.12.	- 18 257	- 502 770	- 57 060	- 2 700	- 4 720 175	- 957 437	- 330	75	- 6 258 655
Buchwert per 31.12.	1 282 490	900 255	219 288	1 707	4 232 966	473 879	393 171	12 797	7 516 553
davon Anlagen in Leasing	-	-	-	-	32 163	-	-	-	32 163
davon verpfändete Anlagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge (bilanziert in 'übrige langfristige Verbindlichkeiten')	-	- 22 182	- 52 425	-	- 562 429	- 56 672	- 11 703	- 4 561	- 709 973
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV	10 690	1 291	-	-	12 199	5 637	-	-	29 817

28. Immaterielle Anlagen (Verwaltungsvermögen)

R 2011	Software	Lizenzen, Rechte	Anlagen in Realisierung	Übrige immat. Anlagen	Total
Fr. 1000					
Anschaffungskosten					
Stand per 1.1.	196 542	–	25 885	37	222 465
Zugänge	28 564	–	7 453	–	36 018
Übertragungen vom FV	–	–	–	–	–
Abgänge	- 17 435	–	- 2 658	–	- 20 092
Übertragungen ins FV (*)	–	–	–	–	–
Umgliederungen	22 099	–	- 21 225	–	875
Stand per 31.12.	229 771	–	9 456	37	239 265
Kumulierte Abschreibungen					
Stand per 1.1.	- 147 303	–	–	- 37	- 147 340
Abschreibungen des Jahres	- 25 762	–	- 2 658	–	- 28 420
Abgänge	17 504	–	2 658	–	20 161
Übertragungen ins FV (*)	–	–	–	–	–
Dauernde Wertminderungen	–	–	–	–	–
Wertaufholungen	–	–	–	–	–
Umgliederungen	- 46	–	–	–	- 46
Stand per 31.12.	- 155 607	–	–	- 37	- 155 644
Buchwert per 31.12.	74 164	–	9 456	–	83 620
davon Anlagen in Leasing	–	–	–	–	–
davon verpfändete Anlagen	–	–	–	–	–
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge (bilanziert in 'übrige langfristiges Verbindlichkeiten)	- 1 413	–	–	–	- 1 413
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV	–	–	–	–	–

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2011 (in Mio. Franken):

Software: Veränderung Anschaffungswerte +33,3 Mio. Franken

- +7,2 Zugänge von diversen Softwareprodukten beim Universitätsspital Zürich
- +6,3 Zugänge von diversen Softwareprodukten beim Steueramt
- +3,8 Zugänge von diversen Softwareprodukten beim Kantonsspital Winterthur
- +1,3 Zugänge von diversen Softwareprodukten bei den Notariaten
- +1,2 Zugänge von diversen Softwareprodukten bei den Gerichten
- +1,0 Zugänge von diversen Softwareprodukten bei der Universität Zürich
- +0,9 Zugänge von diversen Softwareprodukten bei der Baudirektion
- +1,0 Zugänge von diversen Softwareprodukten bei der Psychiatrischen Universitätsklinik
- +0,8 Zugänge von diversen Softwareprodukten bei der Finanzdirektion
- +0,6 Zugänge von diversen Softwareprodukten bei der Integrierten Psychiatrie Winterthur
- 9,5 Ausbuchung der vollständig abgeschriebenen und nicht mehr im Einsatz stehenden Software PALAS im Personalamt.
- 2,3 Ausbuchung vollständig abgeschriebener und nicht mehr benötigter Software im Kantonsspital Winterthur.
- 1,2 Ausbuchung vollständig abgeschriebener und nicht mehr benötigter Software im Statistischen Amt.
- 0,8 Ausbuchung vollständig abgeschriebener und nicht mehr benötigter Software im Psychiatrie-Zentrum Rheinau.

Anlagen in Realisierung: Veränderung Anschaffungswerte -16,4 Mio. Franken

- +2,2 Zugang bei Software im Kantonsspital Winterthur
- +1,9 Investitionen in diverse Softwareprogrammen beim Steueramt
- +0,7 Zugang bei Software bei den Hochschulen und der Bildungsdirektion
- +0,4 Investitionen in diverse Softwareprogrammen bei den Notariaten
- 9,8 Inbetriebnahme von Softwareprodukten beim Personalamt
- 4,8 Inbetriebnahme von Softwareprodukten beim Steueramt
- 4,3 Inbetriebnahme der Lohnsoftware PULS und Einführung SAP bei den Zürcher Fachhochschulen
- 1,4 Inbetriebnahme von Softwareprodukten beim Obergericht
- 0,5 Inbetriebnahme von Softwareprodukten beim Kantonsspital Winterthur und der Gesundheitsdirektion

Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge: - 1.4 Mio. Franken

- 1,4 Umgliederung von den Anlagen in Realisierung zu Software infolge Inbetriebnahme der Lohnadministrationslösung PULS und Einführung SAP bei den Zürcher Fachhochschulen. Zuschreibungsbetrag im 2011: 0,3 Mio. Franken.

R 2010	Software	Lizenzen, Rechte	Anlagen in Realisierung	Übrige immat. Anlagen	Total
Fr. 1000					
Anschaffungskosten					
Stand per 1.1.	181 102	–	9 010	37	190 148
Zugänge	17 466	–	19 442	–	36 908
Übertragungen vom FV	–	–	–	–	–
Abgänge	- 4 212	–	–	–	- 4 212
Übertragungen ins FV (*)	–	–	–	–	–
Umgliederungen	2 187	–	- 2 566	–	- 379
Stand per 31.12.	196 542	–	25 885	37	222 465
Kumulierte Abschreibungen					
Stand per 1.1.	- 131 362	–	–	- 37	- 131 399
Abschreibungen des Jahres	- 20 271	–	–	–	- 20 271
Abgänge	3 977	–	–	–	3 977
Übertragungen ins FV (*)	–	–	–	–	–
Dauernde Wertminderungen	–	–	–	–	–
Wertaufholungen	33	–	–	–	33
Umgliederungen	321	–	–	–	321
Stand per 31.12.	- 147 303	–	–	- 37	- 147 340
Buchwert per 31.12.	49 240		25 885	–	75 125
davon Anlagen in Leasing	–	–	–	–	–
davon verpfändete Anlagen	–	–	–	–	–
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge <i>(bilanziert in 'übrige langfristiges Verbindlichkeiten)</i>	–	–	- 1 766	–	- 1 766
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV	–	–	–	–	–

29. Darlehen (Verwaltungsvermögen)

Übersicht

Fr. 1000	Rechnung	Rechnung	Differenz R 10/11	
	2011	2010	Abs.	%
Stand 1.1.	910 248	846 594	63 654	7.5
Zugänge	51 331	80 483	- 29 152	-36.2
Abgänge	- 86 008	- 16 850	- 69 159	-410.4
Wertberichtigungen	195	21	174	840.5
Stand 31.12.	875 766	910 248	- 34 482	-3.8

Erläuterungen zu den Bewegungen im 2011:

Zugänge

- +41,0 Gewährung von Darlehen an die Schweiz. Bundesbahnen zur Vorfinanzierung des Bundesbeitrags an die Durchmesserlinie.
- +6,3 Wohnbauförderung.
- +2,5 Gewährung zusätzlicher Investitionsdarlehen an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse. Diese Mittel werden vom Bund dem Kanton Zürich überwiesen und vom Kanton an die Landwirtschaftliche Kreditkasse weitergeleitet. Es besteht deshalb eine Verpflichtung gegenüber dem Bund in gleicher Höhe.
- +1,0 Gewährung und Rückforderung von Ausbildungsdarlehen durch das Amt für Jugend und Berufsberatung.
- +0,5 Darlehen an die Leichtathletik EM 2014 in Zürich durch die Sicherheitsdirektion.

Abgänge

- 70,7 Umwandlung von Darlehen und vorzeitigen Zahlungen an die Schweiz. Bundesbahnen in ordentliche Staatsbeiträge des Kantons Zürich an die Durchmesserlinie nach Überweisung der Bundesbeiträge (67,4 Mio. Franken) sowie Teilrückzahlung der Darlehen an die Forchbahn AG, BDWM Transport AG, Sihltal Zürich Uetliberg Bahn AG und Schweiz. Südostbahn AG von insgesamt 3,3 Mio. Franken.
- 10,6 Rückzahlungen von gewährten Wohnbaudarlehen.
- 1,7 Entschädigungszahlungen Lärmrechnung Flughafen.
- 1,3 Rückzahlungen von gewährten Ausbildungsdarlehen des Amtes für Jugend und Berufsberatung.
- 1,0 Teilrückzahlung Darlehen Psychiatrisches Pflegeheim Sonnhalde, Grüningen.
- 0,7 Rückzahlung Darlehen Stiftung Zürcher Blutspendedienst von 0,6 Mio. Franken sowie des Darlehens an die Swiss DRG AG von 0,1 Mio. Franken.

30. Darlehensliste und Fälligkeiten (Verwaltungsvermögen)

per 31.12.2011	Fälligkeit ≤ 1 Jahr	Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
in Franken				
Darlehen Verwaltungsvermögen	10 733 597	48 366 694	816 665 228	875 765 519
Flughafen Zürich AG, Regressforderung	–	–	310 168 499	310 168 499
Schweizerische Bundesbahnen, Durchgangsbahnhof Löwenstr.	–	–	220 600 000	220 600 000
Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse	–	–	170 774 404	170 774 404
Wohnbaudarlehen an verschiedene Empfänger	8 016 102	33 300 351	69 403 980	110 720 433
AG Hallenstadion Zürich	–	–	20 000 000	20 000 000
MCH Group AG	–	–	15 000 000	15 000 000
Stiftung Zürcher Kunsthaus	–	10 000 000	–	10 000 000
Darlehen an verschiedene Verkehrsbetriebe	726 068	2 528 974	3 737 297	6 992 339
Zürich Intern. School Wädenswil	–	–	5 500 000	5 500 000
99 Ausbildungsdarlehen (inkl. Wertberichtigung)	553 294	1 130 479	201 048	1 884 822
Psychiatrisches Pflegeheim Sonnhalde, Grüningen	1 000 000	–	–	1 000 000
MCH Group AG - Theater 11	–	–	1 000 000	1 000 000
Stiftung Zürcher Blutspendedienst	370 000	330 000	–	700 000
Leichtathletik EM 2014 AG, Zürich	–	500 000	–	500 000
OdA G ZH: Aufbau Schule Z-INA	–	250 000	250 000	500 000
SwissDRG AG	68 067	226 890	–	294 957
Aufbau SPICURA - Lehrbetriebsverbund	–	100 000	–	100 000
Compass Groupe Schweiz AG, Kloten	–	–	30 000	30 000
Darlehen an verschiedene private Organisationen	63	–	–	63
Darlehen an verschiedene Haushaltungen	3	–	–	3

Die bedeutendsten Darlehen per 31. Dezember 2011 sind (in Mio. Franken):

- 310,2 Flughafen Zürich AG als Regressforderung für latente Fluglärmerschädigungsverpflichtungen. Es besteht eine Rückstellung für die Bezahlung der Fluglärmerschädigungen in gleicher Höhe. (Vorjahr: 311,9 Mio. Franken)
- 220,6 Darlehen an die Schweiz. Bundesbahnen zur Vorfinanzierung des Bundesanteils an der Durchmesserlinie vom Zürcher Hauptbahnhof zum Bahnhof Oerlikon. (Vorjahr: 247,0 Mio. Franken)
- 170,8 Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse.
4,7 Betriebshilfedarlehen des Kantons
166,1 Investitionsdarlehen des Bundes
Diese Mittel werden vom Bund dem Kanton Zürich überwiesen und vom Kanton an die Landwirtschaftliche Kreditkasse weitergeleitet. Es besteht deshalb eine Verpflichtung gegenüber dem Bund in gleicher Höhe. (Vorjahr: 168,3 Mio. Franken)
- 110,7 Wohnbaudarlehen an verschiedene Empfänger zur Förderung des Wohnungsbaus. (Vorjahr: 115,0 Mio. Franken)

per 31.12.2010	Fälligkeit ≤ 1 Jahr	Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
in Franken				
Darlehen Verwaltungsvermögen	13 401 193	49 000 018	847 846 716	910 247 927
Flughafen Zürich AG, Regressforderung (Lärmrechnung)	–	–	311 916 502	311 916 502
Schweizerische Bundesbahnen, Durchgangsbahnhof Löwenstrasse.	–	–	247 000 000	247 000 000
Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse	–	–	168 267 548	168 267 548
Wohnbaurdarlehen an verschiedene Empfänger	7 751 690	33 014 364	74 254 945	115 020 999
AG Hallenstadion Zürich	–	–	20 000 000	20 000 000
MCH Group AG	–	–	15 000 000	15 000 000
Darlehen an verschiedene Verkehrsbetriebe	3 272 635	2 696 331	4 296 008	10 264 974
Stiftung Zürcher Kunsthaus	–	10 000 000	–	10 000 000
Zürich Intern. School Wädenswil	–	–	5 500 000	5 500 000
Ausbildungsdarlehen	519 355	1 180 500	331 713	2 031 567
Psychiatrisches Pflegeheim Sonnhalde, Grüningen	1 000 000	1 000 000	–	2 000 000
Stiftung Zürcher Blutspendedienst	600 000	700 000	–	1 300 000
MCH Group AG -Theater 11	–	–	1 000 000	1 000 000
Organisation der Arbeitswelt Gesundheit Zürich (OdA G ZH), Aufbau Schule	–	250 000	250 000	500 000
SwissDRG AG	238 235	158 823	–	397 058
Compass Groupe Schweiz AG, Kloten	–	–	30 000	30 000
Tankanlage Rümlang AG (TAR)	19 199	–	–	19 199
Darlehen an verschiedene Private und Organisationen	77	–	–	77
Darlehen an verschiedene Haushaltungen	3	–	–	3

31. Beteiligungen (Verwaltungsvermögen)

Übersicht

Fr. 1000	Rechnung 2011	Rechnung 2010	Differenz R 10/11	
			Abs.	%
Stand 1.1.	2 521 143	2 535 145	- 14 002	0.0
Zugänge	1 603	75	1 528	2.0
Abgänge	–	- 15 100	15 100	0.1
Wertberichtigungen	287	1 023	- 736	-0.1
Stand 31.12.	2 523 033	2 521 143	1 890	0.0

Erläuterungen zu den Bewegungen 2011 (in Mio. Franken):

- +1,6 Zugang Aktienkapitalerhöhung der MCH Group AG, Basel
- +0,0 Zugang neue Beteiligung Parking Neu-Oerlikon AG, Zürich
- +0,2 Wertberichtigung Aufwertung der Beteiligungen an diversen Spin-Off Firmen auf den Anschaffungswert
- +0,1 Wertberichtigung Aufwertung der Beteiligung an der Unitectra AG, Zürich auf den Anschaffungswert

32. Beteiligungsliste Verwaltungsvermögen

in Franken	Buchwert		Anteil Kanton Zürich		Anschaffungs- wert	Dotations-/ Aktienkapital	Anzahl Rechte	Typ	Nominal
	per 31.12.2011	per 31.12.2010	per 31.12.2011	per 31.12.2010					
Beteiligungen Verwaltungsvermögen	2 523 032 620	2 521 142 924			2 529 879 068				
ZKB Zürcher Kantonalbank, Zürich	1 925 000 000	1 925 000 000	100.0%	100.0%	1 925 000 000	1 925 000 000	-	-	-
Flughafen Zürich AG, Zürich	511 698 250	511 698 250	33.3%	33.3%	511 698 250	307 019 000	2 046 793	NA	50
Axpo Holding AG, Baden	67 864 900	67 864 900	18.3%	18.3%	67 864 900	370 000 000	6 786 490	NA	10
EKZ Elektrizitätswerke des Kantons Zürich, Zürich	0	0	100.0%	100.0%	-	-	-	-	-
GVZ Gebäudeversicherung Kanton Zürich, Zürich	0	0	100.0%	100.0%	-	-	-	-	-
MCH Group AG, Basel	7 928 400	6 330 000	4.0%	4.0%	3 520 520	60 065 750	240 000	NA	10
Abraxas Informatik AG, St. Gallen	5 000 000	5 000 000	50.0%	50.0%	5 000 000	10 000 000	5 000	NA	1 000
Schweizerische Rheinsalinen AG, Rheinfelden	1 468 000	1 468 000	13.1%	13.1%	1 468 000	11 164 000	1 468	NA	1 000
SNB Schweizerische Nationalbank, Bern	1 300 000	1 300 000	5.2%	5.2%	1 300 000	25 000 000	5 200	NA	500
Technopark Winterthur AG, Winterthur	700 000	700 000	6.0%	6.0%	700 000	11 700 000	7 000	NA	100
ZürichHolz AG, Zürich	429 000	429 000	20.2%	20.2%	429 000	2 120 000	858	NA	500
TAR Tankanlage Rümlang AG, Rümlang	374 700	374 700	11.5%	11.5%	374 700	3 259 500	3 747	NA	100
AG Hallenstadion, Zürich	390 000	390 000	6.0%	6.0%	390 000	6 500 000	3 900	NA	100
Kantag Liegenschaften AG, Zürich	300 000	300 000	100.0%	100.0%	300 000	300 000	3 000	NA	100
Diverse Spin-Off Firmen	187 098	1	<10%	<10%	187 098	-	689 136	NA	-
Unitetra AG, Zürich	100 000	1	50.0%	50.0%	100 000	200 000	1 000	NA	100
Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse, Zürich	100 000	100 000	65.0%	65.0%	100 000	154 200	1 000	AS	100
Limmattalbahnhof AG, Zürich	75 000	75 000	75.0%	75.0%	75 000	100 000	750	NA	100
Ostschweiz.Bürgerschaftsge., St.Gallen	50 000	50 000	1.3%	1.3%	50 000	3 935 000	500	AS	100
VRSG Verwaltungsrechenzentrum AG, St.Gallen	50 000	50 000	0.8%	0.8%	50 000	6 850 000	50	NA	1 000
Radio-und Fernsehgenossenschaft, Zürich	10 000	10 000	1.2%	1.2%	10 000	833 000	100	AS	100
Parking Neu-Oerlikon AG, Zürich	4 200	0	2.1%	0.0%	4 200	200 000	42	NA	100
Schweiz.Bäuerliche Bürgerschafts-genossenschaft	3 000	3 000	0.6%	0.6%	3 000	486 000	10	AS	1 000
SAir Group AG in Nachlassstundung, Zürich	69	69	-	-	-	-	1	NA	69
Theater am Neumarkt AG, Zürich	1	1	16.0%	16.0%	67 500	420 000	135	NA	500
Schauspielhaus Zürich AG, Zürich	1	1	13.3%	13.3%	200 000	1 500 000	400	NA	500
Zoo Zürich AG, Zürich	1	1	12.5%	12.5%	325 000	2 600 000	6 500	NA	50
Au Konsortium, Wädenswil ¹	0	0	0.3%	0.0%	5 000	1 500 000	1	AS	5 000
Opernhaus Zürich AG, Zürich	0	0	2.7%	2.7%	180 000	6 577 800	200	NA	900
Tonhalle Gesellschaft Zürich, Zürich	0	0	0.0%	0.0%	100	518 600	1	AS	100
Verkehrsbetriebe Glattal (VBG)	0	0	4.3%	4.3%	10 000	230 000	10	NA	1 000
BDWM Transport AG (BDWM), Bremgarten	0	0	7.9%	7.9%	814 800	10 300 000	81 480	IA	10
Forchbahn AG (FB), Zürich	0	0	7.0%	7.0%	852 000	12 170 000	1 704	IA	500
Forchbahn AG (FB), Zürich	0	0	24.6%	24.6%	3 000 000	12 195 000	6 000	VZ	500
Sihltal-Zürich-Uetliberg-Bahn (SZU), Zürich	0	0	23.8%	23.8%	2 312 300	9 715 546	23 123	IA	100
Schweizerische Südostbahn AG (SOB), St. Gallen	0	0	3.8%	3.8%	340 200	8 950 000	340 200	NA	1
Verkehrsbetriebe Zürcher Oberland (VZO), Grüningen	0	0	37.8%	37.8%	300 000	793 000	300	NA	1 000
Zürichsee-Schiffahrtsgesellschaft (ZSG), Zürich	0	0	22.1%	22.1%	2 433 000	11 000 000	24 330	IA	100
SKYGUIDE	0	0	0.0%	0.0%	12 500	140 000 000	1 250	NA	10
TMF Extraktionswerk AG, Kirchberg	0	0	12.3%	12.3%	147 600	1 200 000	490	NA	300
Alp Farner AG, Zürich	0	0	0.0%	0.0%	200	850 000	1	NA	200
Swissmetro AG, Bern ²	0	0	1.1%	1.1%	10 000	925 650	200	NA	50
Alp Genossenschaft Lägerweide, Schleikinon	0	0	10.9%	10.9%	8 000	73 200	40	AS	200
Genossenschaft Hoch-Etzel, Feusisberg	0	0	0.6%	0.6%	10 000	1 596 500	20	AS	500
Genossenschaft Prosus, Weinfelden	0	0	0.3%	0.3%	1 600	492 794	1	AS	1 600
GVZ Gemüseproduzenten-Verband Kt. Zürich und benachbarter Gebiete	0	0	0.3%	0.3%	200	68 000	2	AS	100
Gleis-Genossenschaft Ristet-Bergermoos, Birmensdorf	0	0	22.1%	22.1%	21 000	95 000	21	AS	1 000
Landwirtsch. Maschinengenossenschaft Wülflingen und Umgebung	0	0	4.7%	4.7%	500	10 700	5	AS	100
Suisag AG für Dienstleistungen in der Schweineproduktion, Sempach	0	0	0.0%	0.0%	200	600 000	1	NA	200
Schweizer Bibliotheksdienst, Bern	0	0	15.1%	14.3%	151 000	1 054 200	1 510	AS	100
Zürcher Pferdezuchtgenossenschaft, Elgg	0	0	3.2%	3.2%	700	21 900	7	AS	100
Genossenschaft Lindenbaum - Ausbildung und Wohnen, Pfäffikon	0	0	40.5%	40.5%	30 000	74 000	300	AS	100
Start Unternehmenszentrum Zürich, Zürich ¹	0	0	5.0%	12.4%	20 000	402 000	10	AS	2 000
Landi Zola AG, Illnau	0	0	0.0%	0.0%	1 000	4 000 000	1	AS	1 000

NA = Namenaktien AS = Anteilscheine IA = Inhaberaktien VZ = Vorzugsaktien

¹ Richtigstellung zum Ausweis 2010² Letztmaliger Ausweis, da liquidiert

Erläuterungen zu den Bewegungen 2011 (in Mio. Franken):

+ 1.598 Zugang: Aktienkapitalerhöhung der MCH Group AG, Basel

+ 0.004 Zugang: Neue Beteiligung Parking Neu-Oerlikon AG, Zürich

+ 0.187 Wertberichtigung: Aufwertung der Beteiligungen an Diversen Spin-Off Firmen auf den Anschaffungswert

+ 0.100 Wertberichtigung: Aufwertung der Beteiligung an der Unitetra AG, Zürich auf den Anschaffungswert

33. Namhafte Beteiligungen

Zürcher Kantonalbank	Mio. Franken / %		Erläuterungen
	Bilanz per 31.12.2011	Bilanz per 31.12.2010	
Eckwerte			
Buchwert der Beteiligung	1 925.00	1 925.00	Zweck
Aktien- bzw. Dotationskapital	1 925.00	1 925.00	Rechtsform
Anteil des Kantons	100%	100%	Sitz
Anzahl Beteiligungsrechte	-	-	Börsenkotierung
Eigenkapital / Reserven	8 568.00	8 180.00	Rechnungslegung
Anteiliger Eigenkapitalwert	8 568.00	8 180.00	Veräusserungsbeschränkungen
			Risiken / Eventualverpflichtungen
			Zusätzliche vertragliche Verbindungen
			Vertretung Kanton Zürich
			Die Bank hat den Zweck, zur Lösung der volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben im Kanton beizutragen
			Selbstständige Anstalt des kantonalen Rechts
			Zürich
			Nein
			Rechnungsvorschriften für Banken
			Kantonalbankgesetz (LS 951.1)
			Staatsgarantie für alle Verbindlichkeiten der ZKB, mit Ausnahme der nachrangigen Verbindlichkeiten und Partizipationskapital

			Oberaufsicht Kantonsrat, Aufgabendelegation an Kommission des Kantonsrates
Flughafen Zürich AG			
Eckwerte			
Buchwert der Beteiligung ¹	511.70	511.70	Zweck
Aktien- bzw. Dotationskapital	307.02	307.02	Rechtsform
Anteil des Kantons	33.3%	33.3%	Sitz
Anzahl Beteiligungsrechte	2 046 793	2 046 793	Börsenkotierung
Eigenkapital / Reserven ²	1 745.95	1 684.40	Rechnungslegung
Anteiliger Eigenkapitalwert ²	581.98	561.47	Veräusserungsbeschränkungen
			Risiken
			Zusätzliche vertragliche Verbindungen
			Vertretung Kanton Zürich
			Betrieb des interkontinentalen Flughafens Zürich
			Aktiengesellschaft
			Kloten
			Ja
			IFRS
			Flughafengesetz (mind. 1/3 des Aktienkapitals + 1 Aktie) (LS 748.1)
			Rückstellung für latente Fluglärmverbindlichkeiten 310 Mio. Franken

			Ernst Stocker und zwei mandatierte externe Vertreter im Verwaltungsrat

¹ Aufwertung im 2010 zum Anschaffungswert von Fr. 250 je Anrecht

² Die Angaben basieren auf dem Halbjahresabschluss per 30.6.2011 bzw. auf dem Jahresabschluss per 31.12.2010

Axpo Holding AG

Eckwerte	Mio. Franken / %		Informationen	Erläuterungen
	Bilanz per 31.12.2011	Bilanz per 31.12.2010		
Buchwert der Beteiligung	67.86	67.86	Zweck	Erzeugung, Übertragung, Verwertung, Kauf, elektrischer Energie
Akten- bzw. Dotationskapital	370.00	370.00	Rechtsform	Aktiengesellschaft
Anteil des Kantons ¹	18.3%	18.3%	Sitz	Baden
Anzahl Beteiligungsrechte	6 786 490	6 786 490	Börsenkotierung	Nein
Eigenkapital / Reserven ²	7 294.20	7 645.90	Rechnungslegung	IFRS
Anteiliger Eigenkapitalwert ²	1 337.80	1 402.30	Veräusserungsbeschränkungen	Ja (LS 732.2)
			Risiken	---
			Zusätzliche vertragliche Verbindungen	---
			Vertretung Kanton Zürich	Markus Kägi und Martin Graf im Verwaltungsrat

¹ Die vom Kanton Zürich zu 100% gehaltene EKZ ist zusätzlich mit 18,4% an der Axpo Holding AG beteiligt

² Die Angaben basieren auf dem letzten publizierten Jahresabschluss per 30.09.2011.

Elektrizitätswerke d. Kt. Zürich

Eckwerte	Mio. Franken / %		Informationen	Erläuterungen
	Bilanz per 31.12.2011	Bilanz per 31.12.2010		
Buchwert der Beteiligung ¹	-	-	Zweck	Die EKZ versorgen den Kanton wirtschaftlich, sicher und umweltgerecht mit elektrischer Energie; ausgenommen ist das Gebiet der Stadt Zürich
Akten- bzw. Dotationskapital ¹	-	-	Rechtsform	Selbstständige Anstalt des kantonalen Rechts
Anteil des Kantons	100%	100%	Sitz	Zürich
Anzahl Beteiligungsrechte	-	-	Börsenkotierung	Nein
Eigenkapital / Reserven ²	1 461.39	1 439.53	Rechnungslegung	Swiss GAAP FER seit Geschäftsjahr 2010/11
Anteiliger Eigenkapitalwert ²	1 461.39	1 439.53	Veräusserungsbeschränkungen	Ja (EKZ-Gesetz, LS 732.1)
			Risiken	---
			Zusätzliche vertragliche Verbindungen	18,4% Beteiligung an der Axpo Holding AG
			Vertretung Kanton Zürich	Ernst Stocker und Markus Kägi im Verwaltungsrat / Oberaufsicht Kantonsrat / Aufgabendelegation an Kommission des Kantonsrates

¹ Die max. Höhe des Grundkapitals wurde durch den Kantonsrat auf 120 Mio. Franken festgesetzt. Das Grundkapital ist vollständig zurückgezahlt.

² Die Angaben basieren auf dem letzten publizierten Jahresabschluss per 30.09.2011; erstmals erstellt nach Swiss GAAP FER.

GVZ Gebäudeversicherung Eckwerte	Mio. Franken / %		Erläuterungen
	Bilanz per 31.12.2011	Bilanz per 31.12.2010	
Buchwert der Beteiligung	-	-	Die GVZ nimmt Aufgaben der kantonalen Feuerpolizei, der kantonalen Feuerwehr sowie der kantonalen Gebäudeversicherung wahr
Aktien- bzw. Dotationskapital	-	-	Selbstständige Anstalt des kantonalen Rechts
Anteil des Kantons	100%	100%	Zürich
Anzahl Beteiligungsrechte	-	-	Nein
Eigenkapital / Reserven ¹	1 323.10	1 289.33	Schweizerisches Gesetz, namentlich kantonales Gebäudeversicherungsgesetz
Anteiliger Eigenkapitalwert*	1 323.10	1 289.33	Ja (Gebäudeversicherungsgesetz, LS 862.1)

			Mario Fehr im Verwaltungsrat / Oberaufsicht Kantonsrat / Aufgabendelegation an Kommission des Kantonsrates / allgemeine Aufsicht Regierungsrat

¹ Die Angaben basieren auf dem letzten publizierten Jahresabschluss per 31.12.2010

Weitere Informationen können den publizierten Geschäftsberichten der jeweiligen Organisationen entnommen werden.

34. Ausgerichtete Investitionsbeiträge

Übersicht

R 2011	Bund	Kantone	Gemeinden	Öffentl. Sozialversicherungen	Öffentl. Unternehmungen	Private Unternehmungen	Private Org. ohne Erwerbszweck	Private Haushalte	An das Ausland	Allbestand	An Anlagen in Bau	Total
Fr. 1000												
Anschaffungskosten												
Stand per 1.1.	-	1 118	2 196 178	-	484 692	93 637	116 447	3 444	-	4 589 412	742 505	8 227 434
Zugänge	-	-	50 878	-	29 228	14 668	20 566	1 577	-	- 120	205 132	321 929
Übertragung vom FV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-	-	-	- 74 061	-	-	-	-	- 225 892	-	- 299 953
Übertragung ins FV	-	-	-	-	226 904	3 740	3 184	-	-	-	- 260 457	-
Umgliederungen	-	-	26 676	-	-	-	-	-	-	-	-	46
Stand per 31.12.	-	1 118	2 273 733	-	666 763	112 045	140 196	5 021	-	4 363 400	687 180	8 249 457
Kumulierte Abschreibungen												
Stand per 1.1.	-	163	- 1 237 972	-	- 99 060	- 10 932	- 18 805	- 3 444	-	- 3 543 027	-	- 4 913 404
Abschreibungen des Jahres	-	56	- 61 471	-	- 36 328	- 7 484	- 8 103	- 1 577	-	- 119 826	- 0	- 234 846
Abgänge	-	-	-	-	2 401	-	-	-	-	225 168	-	227 569
Übertragung ins FV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Dauernde Wertminderungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wertaufholungen	-	-	-	-	158	272	-	-	-	-	-	430
Umgliederungen	-	-	2	-	-	-	- 0	-	-	-	- 2	-
Stand per 31.12.	-	219	- 1 299 441	-	- 132 829	- 18 144	- 26 909	- 5 021	-	- 3 437 685	- 2	- 4 920 251
Buchwert per 31.12.	-	899	974 292	-	533 934	93 902	113 288	-	-	925 715	687 177	3 329 206

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2011 (in Mio. Franken):

Zugänge: +321,9 Mio. Franken

- +113,4 Investitionsbeiträge aus dem Verkehrsfonds an Anlagen im Bereich des öffentlichen Verkehrs, davon:
104,3 Mio. Franken für Durchmesserlinie, 2,7 Mio. Franken für die Teilergänzung SBB (1. + 2. Etappe), 1,5 Mio. Franken für die Südostbahn AG
- +111,6 Investitionsbeiträge für Gesundheitsbetriebe, davon:
23,6 Mio. Franken an Stadtpital Triemli (11,2 Mio. Franken für Energie- und Medienversorgung, 12,4 Mio. Franken für Neubau Bettenhaus), 4,0 Mio. Franken an Kinderspital für Überbrückungsmassnahmen
- +30,2 An Städte und Gemeinden im Bereich Strassen
- +26,2 Investitionsbeiträge im Bereich Bau, davon:
6,7 Mio. Franken in Projekte Energie und Abfall (Anschubfinanzierung); 2,5 Mio. in der Wasserversorgung, 2,0 Mio. in Abwasserreinigung, 0,6 Mio. Franken in Kanalisation, 0,7 Mio. Franken in Hochwasserschutzprojekte, 6,4 Mio. Franken im Bereich Land- und Forstwirtschaft, 5,0 Mio. Franken im Bereich der Denkmalpflege
- +15,3 Investitionsbeiträge des Kantonalen Sozialamtes, davon:
5,0 Mio. Franken für Stiftung Altried, Erweiterung Projekt Eterna; 1,9 Mio. Franken Zwyszigstrasse Zürich, Neubau; 1,5 Mio. Franken Stiftung Pigna, Erweiterung Wohnheim Graswinkel
- +5,0 Investitionsbeiträge im Bereich der Bildung: davon:
3,6 Mio. Franken im Bereich der Volksschulen, 1,5 Mio. Franken für den Kaufm. Verband

Abschreibungen des Jahres: -234,8 Mio. Franken

- 119,8 betragen die Abschreibungen des Altbestandes. Dabei handelt es sich um Investitionsbeiträge der Jahre 1982-2005, die nicht auf die Kategorien Bund, Gemeinden usw. aufgeteilt werden konnten. Davon betragen die Abschreibungen für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs -33,7 Mio. Franken, die der Investitionen in Spitäler -48,8 Mio. Franken und in Volks- und Mittelschulen -13,7 Mio. Franken
- 97,0 Die verbleibenden Abschreibungen teilen sich wie folgt auf: im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (-30,0 Mio. Franken), für Beiträge an Spitäler (-21,0 Mio. Franken), an Verkehrsbetriebe im öffentlichen Verkehr (-19,4 Mio. Franken), an Städte und Gemeinden im Bereich Finanzierung Strassen (-17,6 Mio. Franken), für Aufgaben der Denkmalpflege (-5,0 Mio. Franken)

Abgänge: Anschaffungswert -300,0 Mio. Franken, Abschreibung der Abgänge: +227,6 Mio. Franken

- 224,3 Ausbuchung von abgeschriebenen Investitionsbeiträgen aus Altbestand beim Volksschulamt.
- +224,3 Im gleichen Umfang werden kumulierte Abschreibungen aufgelöst. Beim Altbestand handelt es sich um Investitionsbeiträge der Jahre 1982-2005, die nicht auf einzelne Schulen zugeordnet werden konnten.
- 74,1 Rückzahlung des Investitionsbeitrages für das Projekt Glattalbahn, da ein Teil der
- +2,4 Finanzierung vom Bund übernommen wird. Mit der Rückzahlung werden abgeschriebene Investitionsbeiträge aufgelöst.

R 2010	Bund	Kantone	Gemeinden	Öffentl. Sozialversicherungen	Öffentl. Unternehmungen	Private Unternehmungen	Private Org. ohne Erwerbszweck	Private Haushalte	An das Ausland	Altbestand	An Anlagen in Bau	Total
Fr. 1000												
Anschaffungskosten												
Stand per 1.1.	-	1 118	2 137 744	-	420 458	56 055	94 595	1 569	-	4 589 525	620 200	7 921 263
Zugänge	-	-	58 022	-	25 638	11 373	19 518	1 876	-	- 113	190 021	306 335
Übertragung vom FV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-	- 6	-	- 157	-	-	-	-	-	-	- 163
Übertragung ins FV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Umgliederungen	-	-	419	-	38 754	26 210	2 334	-	-	-	- 67 716	-
Stand per 31.12.	-	1 118	2 196 178	-	484 692	93 637	116 447	3 444	-	4 589 412	742 505	8 227 434
Kumulierte Abschreibungen												
Stand per 1.1.	-	- 107	- 1 187 277	-	- 70 183	- 6 323	- 9 052	- 1 569	-	- 3 412 397	-	- 4 686 907
Abschreibungen des Jahres	-	- 56	- 50 696	-	- 29 155	- 5 014	- 9 754	- 1 876	-	- 130 630	-	- 227 180
Abgänge	-	-	-	-	68	-	-	-	-	-	-	68
Übertragung ins FV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Dauernde Wertminderungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wertaufholungen	-	-	-	-	209	405	-	-	-	-	-	614
Umgliederungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Stand per 31.12.	-	- 163	- 1 237 972	-	- 99 060	- 10 932	- 18 805	- 3 444	-	- 3 543 027	-	- 4 913 404
Buchwert per 31.12.	-	955	958 206	-	385 632	82 705	97 642	-	-	1 046 385	742 505	3 314 030

35. Bedeutende ausgerichtete Einzelpositionen

Fr. 1000	Rechnung 2011	Rechnung 2010
Investitionsbeiträge (brutto)	321 929	306 335
Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	104 300	80 000
Stadt Zürich, Baupauschale	21 139	13 403
Stadtspital Triemli Neubau Bettenhaus	12 450	9 250
Stadtspital Triemli Energie- und Medienversorgung	11 200	23 000
Investitionsbeträge im Bereich Energie	7 039	7 955
Winterthur, Baupauschale	6 294	5 811
Stiftung Altried	5 000	–
Tram Zürich West	4 050	11 070
Kinderspital Ueberbrückungsmassnahmen	4 000	–
Investitionsbeträge an Wasserversorgungsanlagen	3 914	3 978
STF Winterthur, Umnutzungen und Brandschutzmassnahme Schultrakt	1 970	–
Zürich, flankierende Massnahmen Westtangente Waldegg	1 000	–
KV Zürich: Umbau Hörsäle	970	–
KV Zürich: Ersatz Kälteanlage	902	–
Gärtnermeisterverband Kanton Zürich	705	–
KV Zürich: Brandschutzmassnahmen	525	–
KV Zürich: Unterstation der MSRL	79	–
KV Winterthur: Sicherheitstechn. Anpassungen	28	–
Stadtbahn Glattal	–	31 910
Zürich, flankierende Massnahmen für Westtangente Waldegg	–	6 300
Stadtspital Waid, Neubau Personalparkhaus	–	4 400
Verschiedene landwirtschaftliche Hochbauten	–	3 607
Übrige Investitionsbeiträge	136 364	105 651

36. Laufende Verbindlichkeiten

Fr. 1000	per 31.12.2011	per 31.12.2010	Differenz R 10/11	
			Abs.	%
Laufende Verbindlichkeiten	- 1 558 614	- 2 152 905	594 291	27.6
davon verzinslich	- 1 218	- 2 762	1 544	55.9
Laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen Dritter	- 588 076	- 572 249	- 15 827	-2.8
Kontokorrente mit Dritten	- 311 783	- 599 041	287 258	48.0
Kontokorrente mit selbständigen, nicht konsolidierten Einheiten	- 10 189	- 329 090	318 901	96.9
Fiskalverbindlichkeiten	–	–	–	–
Erhaltene Anzahlungen von Dritten	- 273 333	- 262 459	- 10 874	-4.1
Transferverbindlichkeiten	- 90 907	- 93 345	2 439	2.6
Depotgelder und Kauttionen	- 121 150	- 98 705	- 22 444	-22.7
Übrige laufende Verbindlichkeiten	- 163 176	- 198 015	34 839	17.6

Erläuterungen zu den Bewegungen 2011:

Laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen Dritter: - 15,8 Mio. Franken

-15,8 Zunahme der offenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen Dritter im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit.

Kontokorrent mit Dritten: + 287,3 Mio. Franken

+179,6 Tiefere Verbindlichkeiten im Bereich Bundes- und Quellensteuer.

+107,9 Tiefere Kontokorrent-Verbindlichkeit gegenüber der Eidgenössischen Finanzverwaltung, Bern.

Kontokorrent mit selbständigen, nicht konsolidierten Einheiten: + 318,9 Mio. Franken

+322,5 Abnahme der Kontokorrentverbindlichkeit gegenüber der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich aufgrund vereinbarter Teilrückzahlungen (Finanzverwaltung +324,2 Mio. Franken / Kantonsspital Winterthur -1,7 Mio. Franken).

-3,1 Im Vorjahr wurden die Kontokorrentverbindlichkeiten gegenüber der Sozialversicherungsanstalt bei der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaft unter den Kontokorrenten mit Dritten ausgewiesen.

-1,0 Im Vorjahr bestand bei der Zürcher Hochschule der Künste ein Guthaben gegenüber der Sozialversicherungsanstalt. Das Kontokorrent wurde daher unter den übrigen Forderungen ausgewiesen.

Depotgelder und Kautionen: - 22,4 Mio. Franken

-20,4 Zunahme der Kautionen bei zivilrechtlichen Prozessen aufgrund der Inkraftsetzung der eidgenössischen Zivilprozessordnung (ZPO) auf den 1.1.2011, da diese die allgemeine Vorschusspflicht vorsieht.

-1,4 Zunahme der Kautionen, Sicherheiten für Arbeitsvermittlungen, im Amt für Wirtschaft und Arbeit.

Übrige laufende Verbindlichkeiten: + 34,8 Mio. Franken

+41,9 Tiefere Repartitionsschulden an andere Kantone (kantonaler Anteil an der Bundessteuer).

-4,2 Nachträgliche Passivierung von Liegenschaften aus noch nicht abgeschlossenen Erbschaftsfällen im entsprechenden Nachlasskonto.

-2,5 Zunahme der Verbindlichkeiten, insbesondere gegenüber der Quellensteuer, beim Universitätsspital Zürich.

37. Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten

Fr. 1000	per		Differenz R 10/11	
	31.12.2011	31.12.2010	Abs.	%
kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 54 157	- 55 689	1 532	2.8
Gegenüber Finanzintermediären	-	-	-	0.0
Gegenüber selbständigen Einheiten	-	-	-	-
Kurzfristiger Anteil langfristiger Finanzverbindlichkeiten	- 50 000	- 50 000	-	0.0
Kurzfristiger Anteil langfristiger Leasingverpflichtungen	- 4 157	- 3 972	- 185	-4.7
Derivative Finanzinstrumente	-	-	-	0.0
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten gegenüber Dritten	-	- 1 717	1 717	100.0

Erläuterungen zu den Bewegungen im 2011:

Kurzfristiger Anteil langfristiger Finanzverbindlichkeiten: +/-0,0 Mio. Franken

+ 50,0 Rückzahlung Darlehen Liechtensteinische Landesbank AG.

- 50,0 Umgliederung kurzfristiger Anteil Darlehen Kantonbank Graubünden (Rückzahlung GJ 2012).

Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten gegenüber Dritten: + 1,7 Mio. Franken

+ 0,9 Auszahlung des erhaltenen Bundesbeitrages an die private Hochschule für Technik, Zürich.

+ 0,5 Letzte NFA-Nachzahlung aufgrund der Fehlerkorrektur des Kantons St. Gallens.

38. Passive Rechnungsabgrenzungen

Fr. 1000	per		Differenz R 10/11	
	31.12.2011	31.12.2010	Abs.	%
Passive Rechnungsabgrenzungen	- 1 922 604	- 1 613 834	- 308 770	-19.1
Personalaufwand	- 15 847	- 17 151	1 304	7.6
Sach-, Dienstleistungs-, übriger Betriebsaufwand	- 31 763	- 18 165	- 13 598	-74.9
Fiskalertrag	- 290 305	- 285 876	- 4 430	-1.5
Transfers der Erfolgsrechnung	- 690 780	- 642 732	- 48 048	-7.5
Finanzaufwand / Finanzertrag	- 69 216	- 69 480	264	0.4
Übriger betrieblicher Ertrag	- 245 749	- 240 459	- 5 290	-2.2
Investitionsrechnung	- 124 739	- 51 369	- 73 370	-142.8
Übrige passive Rechnungsabgrenzungen Erfolgsrechnung	- 454 204	- 288 602	- 165 602	-57.4

Erläuterungen zu den Bewegungen 2011:

Sach-, Dienstleistungs-, übriger Betriebsaufwand: Veränderung -13,6 Mio. Franken

- 5,6 Falschverbuchung der Kantonsapothek im Jahr 2010 führte zu einer Verschiebung aus den Vorräten. Der Fehler wurde im 2011 korrigiert.
- 3,2 Erhöhung der Abgrenzungen in der Universität Zürich.

Transferertrag der Erfolgsrechnung: Veränderung -48,0 Mio. Franken

- 35,4 Zunahme Abgrenzung des Kantonalen Sozialamtes u.a. für Wirtschaftliche Hilfe, Asylwesen und Zusatzleistungen zur AHV/IV.
- +25,6 Auflösung der Abgrenzung des im 2011 von der Eidgenössischen Finanzverwaltung überwiesenen Grundbeitrags des Staatssekretariats für Bildung und Forschung für das Jahr 2010.
- +25,0 Auflösung der Abgrenzungen der Schlusszahlung des Grundbeitrages an die Universität für das Jahr 2010.
- 24,0 Abgrenzungen für höhere Rückerstattung an Gemeinden für Prämienübernahmen.

Übriger betrieblicher Ertrag: Veränderung -5,3 Mio. Franken

- 5,6 Erhöhung der Projektabgrenzungen bei der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
- 17,5 Höhere Abgrenzung der verkauften Abonnemente und Mehrfahrtenkarten, da es wegen des Tarifaufschlags zu Mehrverkäufen gegenüber dem Vorjahr kam.

Investitionsrechnung: Veränderung -73,4 Mio. Franken

- 32,2 Bildungen von Abgrenzungen für Investitionsbeiträge im Bereich der Spitäler.
- 20,0 Erhöhung der Abgrenzungen im Bereich des Obergerichtes.
- 8,8 Bildung von Abgrenzungen für Investitionsbeiträge im Bereich Alten- und Pflegeheime.

Übrige passive Rechnungsabgrenzungen: Veränderung -165,6 Mio. Franken

- 158,5 Die Ablieferung der bundessteuer musste auf dem Kontokorrent mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung abgegrenzt werden, da die Verbuchung auf Seiten der Eidgenössischen Steuerverwaltung erst im 2012 erfolgte.
- 27,1 Höhere Abgrenzungen der Drittmittel (-27,3 Mio. Franken) und Abnahme der übrigen passiven Abgrenzungen (+0,2 Mio. Franken) bei der Universität Zürich.
- +17,3 Auflösung von Staatsbeiträgen bei den Spitälern.

39. Langfristige Finanzverbindlichkeiten

Übersicht und Fälligkeiten

per 31.12.2011 Fr. 1000	Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 2 200 487	- 1 274 949	- 3 475 436
Hypotheken	-	-	-
Schuldscheine	-	-	-
Kassascheine	- 100 019	- 399 664	- 499 683
Staatsanleihen	- 1 990 276	- 493 765	- 2 484 041
Darlehen	- 100 000	- 366 038	- 466 038
Leasingverbindlichkeiten	- 10 192	- 15 482	- 25 674

Auf den 31. Dezember des Berichtsjahres beträgt der gewichtete tatsächliche Zinssatz der Kassascheine, Staatsanleihen und Darlehen 2,868%.

Die einzige wesentliche Veränderung gegenüber dem Vorjahr weisen die Verbindlichkeiten aus Darlehen auf. Diese sind um 50,0 Mio. Franken gesunken. Die Veränderung lässt sich wie folgt erklären:

+ 50 Mio. werden in die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten verschoben (Rückzahlung im GJ 2012).

Die Veränderung der Leasingverbindlichkeiten wird unter Ziffer 40 Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing beschrieben.

per 31.12.2010 Fr. 1000	Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 1 753 548	- 1 770 055	- 3 523 603
Hypotheken	-	-	-
Schuldscheine	-	-	-
Kassascheine	- 100 038	- 399 630	- 499 667
Staatsanleihen	- 1 492 376	- 987 046	- 2 479 422
Darlehen	- 150 000	- 363 532	- 513 532
Leasingverbindlichkeiten	- 11 135	- 19 848	- 30 983

Korrektur der Leasingverbindlichkeiten gemäss Angaben unter Ziffer 40

40. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

Fr. 1000	Nominal		Diskont		Barwert	
	per 31.12.2011	per 31.12.2010	per 31.12.2011	per 31.12.2010	per 31.12.2011	per 31.12.2010
Total Finanzierungsleasing	- 37 818	- 45 533	- 7 988	- 10 578	- 29 831	- 34 955
Fälligkeit < 1 Jahr	- 5 277	- 5 442	- 1 119	- 1 470	- 4 157	- 3 972
Fälligkeit 2 - 5 Jahre	- 13 318	- 15 434	- 3 126	- 4 299	- 10 192	- 11 135
Fälligkeit > 5 Jahre	- 19 224	- 24 657	- 3 742	- 4 810	- 15 482	- 19 848

Die Tabelle zeigt die Fälligkeitsstruktur der Leasingverbindlichkeiten per Stichtag bis zum Ablauf der zugrunde liegenden Geschäfte. Die abdiskontierte und bilanzierte Restschuld (Barwert) beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf rund 29,8 Mio. (Vorjahr: 35,0 Mio.) Franken und setzt sich aus 20 Leasingobjekten zusammen (Vorjahr: 19 Leasingobjekte). Die künftigen Annuitätzahlungen (Nominal) für Amortisationen und Zinsen betragen Ende 2011 37,8 Mio. (Vorjahr: 45,5 Mio.) Franken.

Begründung Differenz R 10/11:

Barwert: +5,1 Mio. Franken

- 0,6 *Im Berichtsjahr neu in Nutzung gegangenes Objekt (Vorjahr: drei neue Objekte über 4,7 Mio. Franken).*
- +4,3 *Durch Verkürzung der Restlaufdauer der bestehenden Leasingverträge (Vorjahr -3,0 Mio. Franken).*
- +1,4 *Fehlerkorrektur von 1,4 Mio. (Vorjahr: keine). Eine detaillierte Beschreibung zur Fehlerkorrektur ist weiter unten zu finden.*

Bei den identifizierten Leasinggeschäften handelt es sich mehrheitlich um Mieterausbauten, die vom Vermieter vorfinanziert wurden.

Die Leasingverbindlichkeiten werden in der Bilanz unter den kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten (Fälligkeit < 1 Jahr) resp. den langfristigen Finanzverbindlichkeiten (Fälligkeiten > 1 Jahr) geführt.

Berichtigte Werte des Geschäftsjahres 2010

Aufgrund fehlerhafter Berechnungsgrundlagen wurde bisher eine zu hohe Leasing-Verbindlichkeit ausgewiesen. Die Korrektur des Fehlers erfolgte im Geschäftsjahr 2011 und zeigt sich in der Erfolgsrechnung im übrigen Finanzertrag (Ziffer 15). Die Vorjahreswerte (Spalte 'restated') hätten sich ohne Fehler wie folgt präsentiert.

Fr. 1000	Nominal		Diskont		Barwert	
	per 31.12.2011	per 31.12.2010 (restated)	per 31.12.2011	per 31.12.2010 (restated)	per 31.12.2011	per 31.12.2010 (restated)
Total Finanzierungsleasing	- 37 818	- 42 780	- 7 988	- 9 217	- 29 831	- 33 563
Fälligkeit < 1 Jahr	- 5 277	- 5 548	- 1 119	- 1 297	- 4 157	- 4 252
Fälligkeit 2 - 5 Jahre	- 13 318	- 15 485	- 3 126	- 3 555	- 10 192	- 11 930
Fälligkeit > 5 Jahre	- 19 224	- 21 747	- 3 742	- 4 365	- 15 482	- 17 382

Um eine mögliche Umgehung der Ausgabenbewilligungsinstanz zu verhindern, werden keine retrospektiven Anpassungen vorgenommen. Um dem Kerngedanken der Vorjahresvergleichbarkeit (IPSAS 3) trotzdem gerecht zu werden, erfolgen bei wesentlichen Änderungen erweiterte Offenlegungen. Im vorliegenden Fall werden die Vorjahreswerte 2010 in den betroffenen Tabellen nicht nachgeführt.

41. Übrige langfristige Verbindlichkeiten

Fr. 1000	per		Differenz R 10/11	
	31.12.2011	31.12.2010	Abs.	%
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 740 339	- 720 144	- 20 196	-2.8
Passivierte Investitionsbeiträge	- 709 990	- 711 739	1 749	0.2
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 30 350	- 8 405	- 21 945	-261.1

Erläuterungen zu den Bewegungen 2011:

- +1,7 *Abnahme der passivierten Investitionsbeiträge, weil die vom Bund und anderen Subventionsgebern erhaltenen Investitionsbeiträge niedriger waren als deren Amortisation.*
- 21,9 *Zunahme der übrigen langfristigen Verbindlichkeiten durch den Gemeindeanteil an der Budgetunterschreitung 2011 des ZVV sowie beim Immobilienamt für erhaltene Einmalzahlungen für Baurechtszinsen.*

42. Rückstellungen

R. 2011 Fr. 1000	Mehrfach- stellungen des Personals	Andere Ansprüche des Personals	Prozesse (ohne rechtliche Prozesse)	Nicht versicherte Schäden	Bürgschaften und Garantielei- stungen	Übrige betriebliche Tätigkeiten	Vorsorge- verpflich- tungen	Finanz- aufwand	Aus- erbrachten Leistungen	Übrige Rück- stellungen	Total
Stand per 1.1.	- 127 003	- 98 901	- 29 323	- 6 868	- 311 917	- 21 680	- 422 585	- 929	-	- 280 690	- 1 299 896
Bildungen (inkl. Erhöhungen)	- 20 483	- 24 586	- 3 689	- 3 696	-	- 1 240	- 2 658 235	-	-	- 29 616	- 2 741 545
Verwendungen	5 911	9 596	74	734	1 748	-	59 596	929	-	18 939	97 527
Auflösungen	1 422	7 852	277	286	-	-	1 179	-	-	4 290	15 306
Umbuchungen	4 045	2 181	- 62	-	-	-	- 14 427	-	-	14 782	6 519
Stand per 31.12.	- 136 108	- 103 859	- 32 723	- 9 543	- 310 168	- 22 920	- 3 034 472	-	-	- 272 296	- 3 922 090
- davon kurzfristiger Anteil	- 136 108	- 12 977	- 2 865	- 279	-	-	- 68 169	-	-	- 52 023	- 272 422
- davon langfristiger Anteil	-	- 90 882	- 29 858	- 9 264	- 310 168	- 22 920	- 2 966 303	-	-	- 220 273	- 3 649 668

Wesentliche Rückstellungen per 31. Dezember 2011:

in Mio. Franken	Rechnung 2011	Rechnung 2010
Rückstellungen für die Sanierung der BVK	- 2 617.0	-
Rückstellungen für latente Fluglärmverbindlichkeiten	- 310.2	- 311.9
Vorsorgeverpflichtungen aus Ruhegehaltsordnung für Professoren/-innen der Universität Zürich ¹	- 238.8	- 254.2
Sanierung Sondermülldeponie Kölliken	- 145.4	- 159.3
Staatsanteil an Rentenleistungen für ehemalige Mittelschullehrer, Regierungsräte und Richter ¹	- 60.4	- 64.2
Annuitätenschuld der VBZ gegenüber der Personalvorsorgekasse der Stadt Zürich	- 41.6	- 46.8
Vorsorgevereinbarungen für Professoren/-innen der Universität Zürich	- 36.3	- 35.4
Sanierung Schiessanlagen	- 33.2	- 33.2
Rückstellungen für latente Grundstückgewinnsteuern	- 36.0	- 40.0
Teuerungszulagen auf Hinterbliebenenrenten an die WWPK ²	- 20.8	- 16.9
Rückstellungen für Abfindungen, gesprochene Rückstellungen für Forschung und Lehre	- 14.1	- 7.6
Rückstellungen für Sonderabschreibungen an den Fahrzeugen der Verkehrsunternehmen	- 13.4	- 12.2

¹ diskontiert mit 4%

² Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Professoren der Universität Zürich, Genossenschaft

Wesentliche Bewegungen im 2011 (in Mio. Franken):

Bildungen/Erhöhungen von Rückstellungen: -2741,5 Mio. Franken

-2000	Bildung einer Rückstellung für Einmaleinlage zur Sanierung der BVK gemäss RRB Nr. 1358/2011
-617	Bildung einer Rückstellung für Sanierungsbeiträge in Form von erhöhten Arbeitgeberbeiträgen an die BVK gemäss RRB Nr. 1358/2011
-20,5	Nettozunahme der Rückstellung für Mehrleistungen des Personals
-17,5	Erhöhung der Rückstellung für Vorsorgeverpflichtungen aus der Ruhegehaltsordnung für Professorinnen und Professoren und für den Staatsanteil an Rentenleistungen für Mittelschullehrerinnen und Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie Richterinnen und Richter
-10,5	Bildung von Rückstellungen für Restrukturierungen und Matching Fund beim Universitätsspital
-8,2	Äufnung der Rückstellung für Vorsorgevereinbarungen bei neu eintretenden Professorinnen und Professoren der Universität Zürich
-3,9	Erhöhung Rückstellung Teuerungszulagen auf Hinterbliebenenrenten der Universitätsprofessorinnen und Professoren an die WWPK bei gleichzeitiger Reduktion der Eventualverbindlichkeit
-3,5	Bildung einer Rückstellung für Sozialplankosten beim Universitätsspital

Verwendungen: +97,5 Mio. Franken

+36,6	Auszahlungen für Ruhegehälter und den Staatsanteil für Mittelschullehrerinnen und Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie Richterinnen und Richter
+13,9	Verwendung (Auszahlungen) Rückstellung Sondermülldeponie Kölliken
+5,2	Tilgung der Annuitätenschuld der VBZ gegenüber der Pensionskasse der Stadt Zürich
+3,9	Verwendung der bestehenden Rückstellung für Matching Fund beim Universitätsspital
+1,8	Reduktion der Rückstellung der Lärmverbindlichkeiten um die im Jahr 2011 geleisteten Entschädigungszahlungen

Erläuterungen zu den einzelnen Rückstellungskategorien:

<p>Mehrleistungen des Personals</p>	<p>Ferien-, Überzeit- und Gleitzeitguthaben sowie Guthaben aus nicht bezogenen Dienstaltersgeschenken der Mitarbeitenden werden per Stichtag zurückgestellt. Die Bewertung erfolgt in der Regel zu einem festgelegten durchschnittlichen Stundensatz, aufgeteilt nach Verwaltungs- und Lehrpersonal. Wenn einzelne Organisationseinheiten die Bewertung mit den individuellen Lohndaten vornehmen können, so kann der Rückstellungsbedarf auf diese Weise ermittelt werden. Für anwartschaftliche Dienstaltersgeschenke werden keine Rückstellungen gebildet.</p> <p>Der Zeitpunkt des Mittelabflusses ist abhängig vom Einzelfall und kann nicht näher bestimmt werden. Ein Teil der Rückstellung wird durch die Kompensation von Zeitguthaben verwendet, die keinen Mittelabfluss bewirkt. Die Unsicherheit bezüglich Betragshöhe ist durch die oben beschriebene Bewertung gering.</p>
<p>Andere Ansprüche des Personals</p>	<p>Die Kategorie beinhaltet Rückstellungen für personalrechtliche Ansprüche und Prozessrisiken sowie die Verbindlichkeiten für Lebensarbeitszeitmodelle sowie Stundenkontokorrente im Bildungsbereich. Letztere gelten als überjährig. Sie werden deshalb als langfristige Rückstellung unter dieser Kategorie ausgewiesen.</p> <p>Der Zeitpunkt des Mittelabflusses bei personalrechtlichen Ansprüchen und Prozessrisiken ist abhängig vom Einzelfall und kann nicht näher bestimmt werden. Die Betragshöhe stellt die bestmögliche Schätzung dar, hängt jedoch zum Teil von Gerichtsentscheiden ab und kann deshalb Änderungen erfahren. Für die Verbindlichkeiten aus Lebensarbeitszeitmodellen und Stundenkontokorrenten im Bildungsbereich sind die Unsicherheiten bezüglich Betragshöhe gering.</p>
<p>Prozesse (ohne personalrechtliche)</p>	<p>Für Prozessrisiken werden Rückstellungen gebildet, wenn die Wahrscheinlichkeit eines für den Kanton negativen Prozessausganges bei >50% liegt. Um nachteilige Auswirkungen auf den Prozessverlauf zu vermeiden, wird auf eine detaillierte Offenlegung verzichtet.</p> <p>Der Zeitpunkt des Mittelabflusses wird zwischen 2012 und 2013 erwartet. Die Betragsunsicherheit ist gering.</p>
<p>Nicht versicherte Schäden</p>	<p>Für nicht versicherte Schadenfälle oder für den Anteil eines Schadenfalles, der den versicherten Betrag übersteigt, werden Rückstellungen gebildet.</p>

Bürgschaften und Garantieleistungen	<p>Staatsgarantien und Bürgschaften, für die ein Mittelabfluss bekannt oder wahrscheinlich ist, werden zurückgestellt.</p> <p>Der Mittelabfluss der Fluglärmerschädigungen erfolgt nach abschliessenden Gerichtsentscheiden. Der Abschluss aller Verfahren wird bis im Jahr 2020 erwartet. Die Betragshöhe kann aufgrund von künftigen Gerichtsentscheiden Veränderungen unterliegen.</p>
Übrige betriebliche Tätigkeiten	<p>Die Bildung von Rückstellungen für betriebliche Tätigkeit richtet sich konsequent nach den Passivierungskriterien aus. Für nicht kostendeckende Verwaltungstätigkeiten oder künftige operative Tätigkeiten werden keine Rückstellungen gebildet.</p> <p>Der Mittelabfluss einer wesentlichen Rückstellung für den Rückbau von Mieter-einbauten wird im Zeitraum von 2017 bis 2018 erwartet. Er ist abhängig vom Fortschritt eines Neubauprojektes.</p> <p>Die restlichen Rückstellungen in dieser Kategorie weisen grosse Unterschiede bezüglich Zeitpunkt des Mittelabflusses sowie eine hohe Unsicherheit in Bezug auf die Betragshöhe auf.</p>

<p>Vorsorgeverpflichtungen</p>	<p>Die Position umfasst im Wesentlichen die Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAAP FER 16 sowie die Rückstellungen für Überbrückungszuschüsse. Des Weiteren sind die Vorsorgeverpflichtungen des Kantons aus der Ruhegehaltsordnung für Professorinnen und Professoren sowie der Staatsanteil an Mittelschullehrerinnen und Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie Richterinnen und Richter enthalten.</p> <p>Der Mittelabfluss in dieser Kategorie wird im Wesentlichen durch folgende Rückstellungen beeinflusst. Die Einmaleinlage in die BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich von 2000 Mio. Franken erfolgt voraussichtlich zu Beginn des Geschäftsjahres 2013. Die Sanierungsbeiträge von 617 Mio. Franken verteilen sich höchstwahrscheinlich über sieben Jahre (2013 und 2014 je 116 Mio. Franken, 2015 bis 2019 je 77 Mio. Franken). Unsicherheiten bezüglich Betragshöhe zum Zeitpunkt des Mittelabflusses sind durch den Entscheid des Kantonsrat zur Vorlage 4851, die Möglichkeit eines fakultativen Referendums sowie die Entwicklung des Deckungsgrads der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich gegeben.</p> <p>Bei den übrigen Vorsorgeverpflichtungen wird der Zeitpunkt des Mittelabflusses durch den effektiven Pensionierungszeitpunkt und die effektive Lebensdauer der versicherten Personen beeinflusst. Veränderungen in der Altersstruktur und der Lebenserwartung können zu einer Veränderung der Betragshöhe der bereits bestehenden Rückstellungen führen.</p>
<p>Übrige Rückstellungen</p>	<p>Kategorie für diverse Positionen wie Rückstellungen für latente Grundstück - gewinnsteuern, Sanierung von Altlasten, Krankenkassen-Prämienverbilligungen usw.</p> <p>Der Mittelabfluss in dieser Rubrik wird für die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken mehrheitlich bis 2016 erfolgen, wobei sich der Mittelabfluss durch Rückbau und Nachsorge noch weitere zehn Jahre hinausziehen wird. Der Zeitraum der Nachsorge ist mit grösseren Unsicherheiten behaftet.</p> <p>Für die Sanierung von Schiessanlagen wird der Mittelabfluss bis ins Jahr 2030 erwartet. Beim Betrag und Zeitpunkt des Mittelabflusses wird mit einer Unsicherheit von etwa 20% gerechnet.</p>

43. Fonds im Fremdkapital (ohne Legate und Stiftungen)

R 2011	Anfangsbestand per 1.1.	Einlage	Entnahme	Endbestand per 31.12.	Vorfinanzierte, noch nicht abgeschriebene Investitionen	bereits erfolgte Bei- tragszusicherungen
Fr. 1000						
Fonds Fremdkapital	- 512 149	- 51 167	94	- 563 222	28 709	131 412
Ausgleichsfonds	- 74 830	- 12 518	-	- 87 348	-	-
Sportfonds	- 88 956	- 2 863	-	- 91 819	28 709	4 265
Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht	- 6 478	- 256	-	- 6 734	-	-
Lotteriefonds	- 297 043	- 33 414	-	- 330 457	-	106 944
Berufsbildungsfonds	-	-	94	94	-	-
Deponiefonds	- 17 608	- 1 299	-	- 18 907	-	-
Kantonaler Waldfonds	- 823	- 25	-	- 847	-	-
Denkmalpflegefonds	- 26 412	- 792	-	- 27 204	-	20 203

Der Berufsbildungsfonds wurde im 2011 begründet.

Erläuterungen zu den Bewegungen 2011:

- 33,4 Einlage in den Lotteriefonds, weil die Ertragsanteile von Swisslos und die kalkulatorische Verzinsung des Fondsbestandes die Beitragsleistungen überstiegen.
- 12,5 Einlagen in den Ausgleichsfonds, weil die Steuerkraftablieferungen höher ausfielen als die Finanzausgleichsleistungen.
- 2,9 Einlagen in den Sportfonds, weil die Ertragsanteile am Sport-Toto und an Lotterien höher waren, als die Aufwendungen des Sportfonds.

44. Fonds im Eigenkapital (ohne Legate und Stiftungen)

R 2011	Anfangsbestand per 1.1.	Einlage	Entnahme	Endbestand per 31.12.	Vorfinanzierte, noch nicht abgeschriebene Investitionen	bereits erfolgte Bei- tragszusicherungen
Fr. 1000						
Fonds Eigenkapital	- 1 805 854	- 125 248	5 375	- 1 925 727	2 505 229	1 584 685
Investitionsfonds	- 39 099	-	288	- 38 811	48 695	-
Verkehrsfonds	- 838 690	- 15 652	-	- 854 342	1 043 081	1 345 756
Strassenfonds	- 512 357	- 99 017	-	- 611 374	1 393 919	235 633
Wildschadenfonds	- 1 643	- 482	-	- 2 125	-	-
Flughafenfonds	- 390 626	- 9 613	-	- 400 239	-	-
Tierseuchenfonds	- 4 452	-	352	- 4 100	-	-
Fonds für die Teilverlegung der Universität	-	-	-	-	-	-
Natur- und Heimatschutzfonds	- 16 671	-	4 735	- 11 936	19 534	3 296
Sonderabfallfonds	- 2 316	- 484	-	- 2 800	-	-

Erläuterungen zu den Bewegungen 2011:

- 99,0 Einlage in den Strassenfonds, weil die Erträge des Fonds aus Verkehrsabgaben, zweckgebundenen Anteilen an Bundeseinnahmen und von Liegenschaften die Aufwendungen für die Strassen überstiegen.
- 15,7 Einlage in den Verkehrsfonds, weil die Übertragung aus allgemeinen Staatsmitteln und die Zinserträge die Abschreibungen für Investitionsbeiträge und Zinsaufwendungen übertreffen.
- 9,3 Einlage in den Flughafenfonds, weil die Zinserträge die vom Fonds zu deckenden Aufwendungen überstiegen.
- +4,7 Entnahme aus dem Natur- und Heimatschutzfonds, weil die Aufwendungen die Erträge des Fonds überstiegen.

Weitere Erläuterungen

45. Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAAP FER 16

Gemäss den gültigen Regelungen werden die Vorsorgeverpflichtungen des Kantons nach Swiss GAAP FER 16 berechnet und bilanziert. Der für nicht börsenkotierte Schweizer Firmen einheitliche Rechnungslegungsstandard lehnt sich vollständig an die für Schweizer Vorsorgeeinrichtungen verbindliche statutarische Bilanzierung gemäss Swiss GAAP FER 26 an. Dadurch sind für die Darstellung der bilanziellen Auswirkungen keine Neubewertungen notwendig, sondern es werden die Bewertungen der Vorsorgeeinrichtungen übernommen.

Im Unterschied zu IPSAS 25 verlangt Swiss GAAP FER 16 für die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen keine einheitliche und damit vergleichbare Bewertungsmethode. So werden die versprochenen künftigen Leistungen nicht mit einem einheitlichen Satz diskontiert. Allerdings setzt sich auch Swiss GAAP FER 16 zum Ziel, die tatsächlichen wirtschaftlichen Auswirkungen von Vorsorgeverpflichtungen auf den Arbeitgeber darzustellen. Swiss GAAP FER 16 beschränkt sich auf die Erfassung der Differenz zwischen dem jährlich zu ermittelnden wirtschaftlichen Nutzen in den Bilanzaktiven oder den wirtschaftlichen Verpflichtungen in den Bilanzpassiven in der Erfolgsrechnung. Ein Nutzen oder eine Verpflichtung entsteht nur dann, wenn es für den Arbeitgeber einen positiven (wirtschaftlicher Nutzen) oder negativen (wirtschaftliche Verpflichtung) künftigen Geldfluss zur Folge hat, beispielsweise indem sich die künftigen Arbeitgeberbeiträge aufgrund der statutarischen Deckungssituation verändern.

Die Statuten der BVK werden einer Teilrevision unterzogen mit dem Ziel, die Finanzierung der Leistungen langfristig sicherzustellen. Durch die in die Vernehmlassung gegebenen Massnahmen entstehen einerseits jährlich wiederkehrende und andererseits auch einmalige Kosten. Die wiederkehrenden Kosten führen zu einem Mehraufwand in den Folgejahren für Arbeitgeber und -nehmende. Dabei wird ein Teil dieser Mehrkosten zur Erhöhung der Sparbeiträge und ein anderer Teil für einen deckungsgradabhängigen Sanierungsbeitrag verwendet.

Zum Zeitpunkt der Jahresabschlussarbeiten 2011 hat der Regierungsrat die Teilrevision der BVK-Statuten sowie eine Einmaleinlage in Höhe von 2000 Mio. Franken zur Finanzierung der Kosten beschlossen. Neben dieser Einmaleinlage muss auch der Barwert des erwarteten arbeitgeberseitigen Sanierungsbeitrags in Höhe von 617 Mio. Franken zurückgestellt werden. Deshalb wurden diese beiden Beträge der Rechnung 2011 für die Bildung von Rückstellungen belastet.

Folgende Aufstellung zeigt eine Übersicht über die Vorsorgeverpflichtungen gemäss Swiss GAAP FER 16 unter Einbezug der Statutenrevision und des Sanierungspakets für die BVK

	Über-/ Unterdeckung		Wirtschaftlicher Anteil des Kantons Zürich		Veränderung zum Vorjahr bzw. erfolgswirksam im Geschäftsjahr	Auf die Periode abgegrenzte Beiträge		Vorsorgeaufwand im Personalaufwand	
	per 31.12.2011	per 31.12.2010	per 31.12.2011	per 31.12.2010		Rechnung 2011	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2010
Mio. Franken									
BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich, Anteil Kanton Zürich konsolidiert	- 2 949	- 2 617	- 2 617	- 2 617	- 2 617	- 434	- 27	- 3 051	- 413
VSAO Vorsorge Stiftung ¹	- 8	-	-	-	-	- 27	- 27	- 27	- 26
WWPK Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Professoren der Universität ¹	44	-	-	-	-	- 0	- 0	- 0	- 0
Staatsanteil Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter	- 60	- 64	- 60	- 64	4	-	-	4	5
Ruhegehaltsordnung für Universitätsprofessoren	- 239	- 254	- 239	- 254	15	- 28	- 13	- 13	- 12
Total	- 3 212	- 2 916	- 2 916	- 318	- 2 598	- 489	- 3 087	- 446	

¹Über-/ Unterdeckung gemäss letzter verfügbarer Jahresrechnung und geschätztem Deckungsgrad

Der in der Tabelle aufgeführte Unterdeckung von 2 949 Mio. Franken beinhaltet die auf die Volksschullehrer entfallende statistische Unterdeckung gemäss Swiss GAAP FER 26 von rund 772 Mio. Franken (100%).

46. Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25

Der Kanton Zürich legt die Vorsorgeverpflichtungen seiner in verschiedenen Vorsorgeeinrichtungen versicherten Mitarbeitenden gemäss International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) als Eventualverbindlichkeit (Ziffer 49) offen (RRB Nr. 1001 vom 4. Juli 2007). Dabei lehnt sich IPSAS 25 eng an die für börsenkotierte Unternehmen vorgeschriebene IFRS Norm IAS 19 an. Ziel ist eine höhere Vergleichbarkeit der Staatsrechnungen durch Schaffung einer international einheitlichen Bewertungsmethode für Vorsorgeverpflichtungen. So schreibt IPSAS 25 die "Projected Unit Credit Method" (PUC) vor. Danach ist die Vorsorgeverpflichtung gleich dem Barwert des bis zum Bewertungszeitpunkt erworbenen Vorsorgeanspruchs unter Berücksichtigung der anteiligen Versicherungsdauer, des voraussichtlichen Lohns, der Wahrscheinlichkeit des Eintritts des Vorsorgefalls und der allenfalls vorgesehenen Rentenanpassungen. Entscheidend ist dabei nicht, wie die Leistungen reglementarisch finanziert werden, sondern die Leistungen werden gemäss PUC linear über die ganze Versicherungsdauer erworben. Für die Berechnungen stützt sich der Kanton Zürich auf folgende für die Resultate entscheidenden versicherungstechnischen Annahmen ab:

Versicherungstechnische Annahmen	31.12.2011	31.12.2010
Versicherungstechnische Grundlagen für Sterblichkeit und Invalidität	VZ 2005	VZ 2005
Diskontierungssatz für Barwertermittlung der künftigen Leistungen	2.5%	3.0%
Langfristige Renditeannahme auf dem Vermögen	4.0%	4.6%
Projektionszinssatz zur Hochrechnung der Leistungen	2.5%	3.0%
Angenommene langfristige Lohnentwicklung	2.0%	2.0%
Rentenanpassungen	0.0%	0.0%
Langfristige Inflationserwartung	1.5%	1.5%
Angenommene altersabhängige Austrittswahrscheinlichkeiten	BVK ZH	BVK ZH
Pensionierungsalter und –wahrscheinlichkeit (Männer und Frauen)	100% Alter 63	100% Alter 63
Wahrscheinlichkeit für Kapitalbezug bei Pensionierung	7.0%	7.0%

Erläuterungen zu den Annahmen

Versicherungstechnische Grundlagen für Sterblichkeit und Invalidität	Die biometrischen Statistiken wie Invalidierungs- und Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf den für öffentlichrechtliche Vorsorgeeinrichtungen massgebenden versicherungstechnischen Grundlagen VZ 2005. Da die Lebenserwartung seit 2005 weiter gestiegen ist, wurden diese Grundlagen um 3% verstärkt.
Diskontierungssatz für Barwertermittlung der Leistungen (technischer Zinssatz)	Der Satz von 2.5% repräsentiert die Rendite von Unternehmensanleihen bester Bonität mit Laufzeiten von 10 bis 15 Jahren.
Langfristige Renditeannahme auf dem Vermögen	Die Anlagestrategie der BVK ist darauf ausgerichtet, langfristig eine Rendite von 4% zu erzielen. Allenfalls davon abweichende Renditeziele der übrigen Vorsorgeeinrichtungen wurden vernachlässigt.
Projektionszinssatz zur Hochrechnung der Leistungen	Mit dem Projektionszinssatz von 2.5% werden in einem Beitragsprimat die Altersleistungen hochgerechnet. Er entspricht dem Diskontierungssatz, damit keine annahmegetriebene künstliche Über- oder Unterdeckung entsteht.
Angenommene langfristige Lohnentwicklung	Es wurde eine langfristige durchschnittliche Gesamtlohnerhöhung von 2% als Annahme berücksichtigt.

Rentenadjustierungen	Aufgrund der derzeitigen Unterdeckung (der BVK) wurde eine Rentenerhöhung von 0% angenommen.
Langfristige Inflationserwartung	Für die langfristige Inflation wird 1.5% erwartet.
Angenommene altersabhängige Austrittswahrscheinlichkeiten	Da die BVK eigene Statistiken über die Austritte führt, wurden diese für die Berechnung verwendet. Danach beträgt die Wahrscheinlichkeit im Jahresverlauf auszutreten für eine 24-jährige männliche versicherte Person 18% bzw. 19% für eine Frau. Diese Austrittswahrscheinlichkeiten sinken auf 2% für einen 59-jährigen Mann und auf 4% für eine Frau.
Pensionierungsalter und –wahrscheinlichkeit (Männer und Frauen)	Aufgrund des beobachteten Rücktrittsverhaltens der BVK-Versicherten ergibt sich ein durchschnittliches Rücktrittsalter für Männer und Frauen von 63 Jahren.
Wahrscheinlichkeit für Kapitalbezug bei Pensionierung	Da der Rentenbezug für die BVK nicht kostenneutral ist, wurde die Wahrscheinlichkeit für den Kapitalbezug gemäss BVK Statistiken auf 7% gesetzt.

Für die Ermittlung der Vorsorgeverpflichtungen wurden folgende Vorsorgeeinrichtungen berücksichtigt:

- BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich (inkl. Volksschullehrer, Mittelschullehrer und AHV-Überbrückungszuschüsse)
- Vorsorgestiftung VSAO (Vorsorgeplan 101 Universität, Vorsorgeplan 102 Kanton ZH)
- Vorsorgeverpflichtungen aus der bis 1989 geltenden Ruhegehaltsordnung für Universitätsprofessoren/Innen

Die Vorsorgeverpflichtungen der Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Professoren der Universität Zürich (WWPK) sowie die Abegg-Stiftungen werden nicht separat bewertet, der Vollständigkeit halber trotzdem konsolidiert.

Mit den obigen aktuariellen Annahmen ergeben sich gemäss IPSAS 25 für den Kanton die nachfolgenden Vorsorgeverpflichtungen:

Mio. Franken	per 31.12.2011
Barwert der Vorsorgeverpflichtungen	- 22 229.6
Vorsorgevermögen zu Marktwerten	15 309.2
Unterdeckung	- 6 920.4
Noch nicht amortisierter versicherungsmathematischer (Gewinn) / Verlust	555.9
Total Vorsorgeverpflichtungen	- 6 364.5

Entwicklung der Vorsorgeverpflichtungen:

Mio. Franken	Rechnung 2011
Stand 1.1.	- 6 409.8
Vorsorgeaufwand	- 443.8
Bezahlte Arbeitgeberbeiträge	489.1
Stand 31.12.	- 6 364.5

Da der Kanton bereits für einige Anspruchsgruppen in der Staatsrechnung Rückstellungen gebildet hat, reduzieren sich die zu erfassenden Vorsorgeverpflichtungen wie folgt:

Mio. Franken	per 31.12.2011
"Brutto"-Verpflichtung	- 6 364.5
./.. Erfasste Verpflichtung Anteil Mittelschullehrer	52.2
./.. Erfasste Verpflichtung Ruhegehaltsordnung Uniprofessoren	238.8
./.. Erfasste Verpflichtung für ehemalige Regierungsräte und Richter	8.2
./.. Anteil Gemeinden an Volksschullehrer 1	1 234.6
./.. Gebildete Rückstellung Sanierung BVK	2 617.0
"Netto"-Verpflichtung	- 2 213.7

¹ Der Anteil der Gemeinden beträgt neu ab 1.1.2012 80% der Kosten / Verpflichtungen

Die Netto-Verpflichtung von 2'213,7 Mio. Franken ist als Eventualverbindlichkeit erfasst (Ziffer 49).

47. Absicherungsgeschäfte

Zur Absicherung von Zins- und Währungsschwankungen von Grundgeschäften (langfristige Darlehen) werden nach Bedarf derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Als Sicherungsgeschäft gilt ein derivatives Finanzinstrument, dessen Marktwert einen teilweisen oder vollständigen Ausgleich der Marktwert- oder Geldflussänderung eines gesicherten Grundgeschäftes bewirkt. Bewertung und Bilanzierung der Sicherungsinstrumente erfolgen zu Marktwerten (Fair Values). Der Marktwert zeigt den positiven oder negativen Wiederbeschaffungswert. Es wird Hedge Accounting gemäss IAS 39 angewendet, das heisst die Wertveränderung der Sicherungsinstrumente wird direkt und erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Im Kanton Zürich werden in der Regel folgende Sicherungsinstrumente eingesetzt:

- Langfristige Finanzierungen in Schweizer Franken mit variablen Zinssätzen (gesichertes Grundgeschäft) werden mittels Zinssatzswaps (Sicherungsgeschäft) gegen die Veränderung der variablen Zinssätze abgesichert
- Langfristige Finanzierungen mit fixen oder variablen Zinssätzen (gesichertes Grundgeschäft) werden mittels Währungsswaps (Sicherungsgeschäft) gegenüber Kursveränderungen zum Schweizer Franken abgesichert. Zusätzlich werden die variablen Zinssätze abgesichert.

Am 31. Dezember 2011 bestanden keine Swap-Geschäfte.

48. Eventualforderungen

Fr. 1000	Rechnung 2011	Rechnung 2010	Differenz R 10/11	
			Abs.	%
Eventualforderungen	150 078	752 170	- 602 092	-80.0
Gerichtlichen Verfahren	–	500	- 500	100.0
Regressnahme	–	–	–	0.0
Heimfallrechte	1 700	1 700	–	0.0
bedingt rückzahlbare Darlehen (VV)	10 462	12 620	- 2 158	-17.1
Übrige Eventualforderungen	137 917	737 351	- 599 434	-81.3

Erläuterungen:

Gerichtliche Verfahren: keine Bestand. mehr

- Nach Abschluss eines gerichtlichen Verfahrens konnte der ZVV die Forderung einbringen (Vorjahr 0,5 Mio. Franken).

Heimfallrechte: Bestand +1,7 Mio. Franken

- +1,7 Asylliegenschaft des Kantonalen Sozialamtes (unverändert).

Bedingt rückzahlbare Darlehen: Bestand +10,5 Mio. Franken

- +7,4 Altrechtliche Ausbildungsdarlehen, (Vorjahr: 8,5 Mio. Franken). Der Darlehensbestand verringerte sich um -1,1 Mio. Franken.
- +3,0 Wohnbaudarlehen der Wohnbauförderung, (Vorjahr: 3,2 Mio. Franken).

Übrige Eventualforderungen: Bestand +137,9 Mio. Franken

- +49,2 Weitere gebundene Kosten gemäss Art. 32d Abs. 3 Umweltschutzgesetz für Ausfallkosten Altlasten bei der Sondermülldeponie Kölliken (unverändert)

- +48,4 Sicherheiten von Arbeitsvermittlern gemäss Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (Vorjahr: +44,6 Mio. Franken).
- +26,3 Als Darlehen gewährte Staatsbeiträge, (Vorjahr: +38,1 Mio. Franken)
- +10,7 Sanierung Schiessanlagen (unverändert)
- +1,2 Neugründung VIACAR AG: Einlage in Risikofonds durch Übertragung der Software-Eigentumsanteil und Einmalzahlung. Dieser Betrag kann bei einer allfälligen späteren Auflösung der VIACAR AG zurückgefordert werden (Vorjahr: +0,7 Mio. Franken)
- Gesamt-Auflösung der Rückforderung der Eventualverpflichtung zur Absicherung der Tiefbauten des Flughafens Zürich (Vorjahr: 640,2 Mio. Franken).
- +2,2 Verschiedene Eventualforderungen. (Vorjahr: +1,85 Mio. Franken)

49. Eventualverbindlichkeiten

Fr. 1000	Rechnung	Rechnung	Differenz R 10/11	
	2011	2010	Abs.	%
Eventualverbindlichkeiten	- 2 507 663	- 6 695 132	4 187 470	62.5
Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25	- 2 213 688	- 5 851 000	3 637 312	62.2
Bürgschaften	- 14 438	- 14 872	434	2.9
Garantieverpflichtungen	- 5 000	- 5 000	–	0.0
Pfandbestellungen für Verpflichtung Dritte	–	–	–	0.0
Vereinbarte Konventionalstrafen	–	–	–	0.0
Rechtsfälle	- 55 866	- 17 390	- 38 476	-221.3
Übrige Eventualverbindlichkeiten	- 218 671	- 806 871	588 200	72.9

Erläuterungen:

Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25: Bestand -2'213,7 Mio. Franken

- 2'213,7 Geringere Eventualverbindlichkeiten infolge Neubewertung der Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25 auf den Bilanzstichtag sowie Einbuchung einer Rückstellung im Hinblick auf die Sanierung der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich (Vorjahr: -5'851,0 Mio. Franken).

Bürgschaften: Bestand -14,4 Mio. Franken

- 13,1 Bürgschaft zu Gunsten der Raststätte A4 AG, Affoltern am Albis (Vorjahr: -13,2 Mio. Franken).
- 1,3 Bürgschaften gemäss Gesetz über die Förderung des Wohnungsbaus und Wohneigentums (Vorjahr: -1,5).

Garantieverpflichtungen: Bestand -5,0 Mio. Franken

- 5,0 Leichtathletik-Europameisterschaften 2014. Unterstützung durch den Kanton Zürich (Defizitgarantie) KRB 4614 (unverändert).

Rechtsfälle: Bestand -55,9 Mio. Franken

- 10,4 Rekurs zur Inkraftsetzung der Sanierungsmassnahmen San 04 auf 1.1.2005 durch die Städte Zürich und Winterthur (unverändert).
- 5,1 Lohnklage der Handarbeits- und Hauswirtschaftskräfte. Bundesgerichtsentscheid, Rekurs der Städte Zürich und Winterthur betreffend Verjährung (unverändert).
- 2,0 Evtl. Altlastensanierung eines vom Kanton Zürich an die Stadt Dübendorf verkauften Grundstückes (-2,0 Mio. Franken).
- 7,5 Eventuelle Kostenfolge aus diversen hängigen Rechtsfällen (Vorjahr 0,0 Mio. Franken).

Übrige Eventualverbindlichkeiten: Bestand -218,7 Mio. Franken

- 126,5 Gebundene Kosten gemäss Art. 32d Abs. 3 Umweltschutzgesetz für Ausfallkosten Altlasten (nicht via Deponiefonds abgedeckt) inkl. Sanierung Sondermülldeponie Kölliken und Sanierung Schiessanlagen (Vorjahr: -90,4 Mio. Franken. Ein Teil der Erhöhung wurde aufgrund der neuen Bruttodarstellung verursacht.
- 48,4 Rückgabe der von Arbeitsvermittlern gemäss Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih hinterlegten Sicherheiten (Vorjahr -44,6 Mio. Franken).
- 4,7 Sanierung Jagdschiessanlagen (Vorjahr: 0,0 Mio. Franken)
- Eventualverpflichtung zur Absicherung der Tiefbauten des Flughafens Zürich (Vorjahr -640,2 Mio. Franken). Die Eventualverpflichtung wurde aufgehoben, da der Kreditrahmenvertrag bis zum 30.11.2011 befristet war.
- Teuerungszulagen an die WWPK auf Renten ab 1.1.1994 an die Universitätsprofessoren und - Professorinnen (Vorjahr: -8,2 Mio. Franken). Die Eventualverpflichtung konnte aufgelöst werden. Die Rückstellungen wurden um 3,9 Mio. Franken erhöht.

Nicht bezifferbare Eventualverbindlichkeiten:

Garantie der Einlagen der Zürcher Kantonalbank gemäss Gesetz über die Zürcher Kantonalbank vom 28. September 1997:

§ 6 Der Staat haftet für alle Verbindlichkeiten der Bank, soweit ihre eigenen Mittel nicht ausreichen. Die Haftung erfasst nachrangige Verbindlichkeiten und das Partizipationskapital nicht.

Bürgschaft gemäss Gemeindegesetz vom 6. Juni 1926 (§ 149 Abs. 3):

Bei ausgebrochener oder unmittelbar drohender Zahlungsunfähigkeit einer Gemeinde steht dem Regierungsrat das Recht zu, durch Darlehen oder Bürgschaften des Staates die vorübergehende Zahlungsunfähigkeit einer Gemeinde zu verhüten.

Sind die Voraussetzungen gemäss Quellensteuerverordnung erfüllt, werden quellensteuerpflichtige Personen im nachträglichen ordentlichen Steuerverfahren veranlagt. Die in diesem Verfahren erhobene Steuer wird den ordentlichen Staats- und Gemeindesteuern gutgeschrieben. Bereits verbuchte Quellensteuern werden in diesen Fällen storniert. Dies stellt eine latente Verpflichtung zu Lasten der Quellensteuer dar. Die Höhe dieser latenten Verpflichtung kann derzeit betragsmässig nicht eruiert werden. Spätestens ab Datum Inbetriebnahme der neuen Quellensteuer-Applikation RE07 wird diese latente Verpflichtung in Form eines transitorischen Passivums ausgewiesen.

50. Verpflichtungskredite und Ausgabenbewilligungen

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2011	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Verpflichtungskredite des Kantonsrates zu Lasten Erfolgsrechnung:						
Rahmenkredit für die Jahre 2010 bis 2013 für Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte	- 20 900	–	–	- 20 900	- 286	- 20 614
Rahmenkredit für das Veloförderungsprogramm	- 20 000	–	- 1 936	- 21 936	- 126	- 21 810
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Rechtsquellenstiftung des Schweizerischen Juristenvereins und des Staatsarchivs des Kantons Zürich an das Projekt "Rechtsquellen- Edition Zürich" (Teilprojekt 1)	- 4 400	–	–	- 4 400	- 423	- 3 977
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten des Staatsarchivs des Kantons Zürich zur Transkription und Digitalisierung von Kantonsratsprotokollen sowie Regierungsratsbeschlüssen	- 3 759	–	–	- 3 759	- 1 071	- 2 688
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds an eine CD-Produktion der Tonhalle (Defizitgarantie)	- 200	–	–	- 200	- 171	- 29
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds an das Paul Scherrer Institut in Villigen	- 20 000	–	–	- 20 000	–	- 20 000
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds für den Erweiterungsbau des Schweizerischen Landesmuseums Zürich	- 20 000	–	–	- 20 000	–	- 20 000
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Stiftung Zürcher Kunsthaus	- 30 000	–	–	- 30 000	–	- 30 000
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds für die unentgeltliche Einräumung eines Baurechts zu Gunsten der Stiftung Zürcher Kunsthaus	- 15 000	–	–	- 15 000	–	- 15 000
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds für den Dampfbahn-Verein Zürcher Oberland (DVZO) zur Erneuerung der Bahnhofshalle Bauma	- 2 600	–	–	- 2 600	- 1 000	- 1 600
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Zoo Zürich AG für mehrere Infrastrukturvorhaben im Zusammenhang mit dem Zooausbau 2010 bis 2020	- 9 800	–	–	- 9 800	- 1 144	- 8 656
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Stiftung für Studentisches Wohnen Zürich für den Bau eines «StudentHostels» in Zürich-Altstetten	- 3 000	–	–	- 3 000	- 1 500	- 1 500
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Stiftung Technorama, Winterthur	- 4 500	- 200	–	- 4 700	- 2 000	- 2 700
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Stadt Zürich für das Projekt «Naturpark Zürich»	- 3 500	–	–	- 3 500	- 3 000	- 500
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds an den Verein Museum Schloss Kyburg	- 4 450	–	–	- 4 450	- 4 050	- 400
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds an den Zoo Zürich für den weiteren Ausbau der Infrastruktur	- 4 800	–	–	- 4 800	- 4 800	–
Wiederbelebungsmaßnahmen an Fliessgewässern, Rahmenkredit	- 18 000	–	–	- 18 000	- 16 131	- 1 869
Objektkredit für die Ausarbeitung des Aus- führungsprojektes mit Umweltverträglichkeits- bericht zum Bau der Zürcher Oberlandauto-bahn A53, Abschnitt 3, Anschluss Uster-Ost bis Kreisel Betzholz (Hinwil)	- 9 000	–	–	- 9 000	- 7 084	- 1 916
Beiträge für den Erwerb von Wohneigentum	- 2 000	–	–	- 2 000	- 294	- 1 706
Stiftung Kulturama Zürich, jährliche Subvention bis Ende 2014	- 2 400	–	–	- 2 400	- 1 200	- 1 200
Beiträge an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing 2012 bis 2015	- 8 240	–	–	- 8 240	–	- 8 240
Rahmenkredit des Zürcher Verkehrsverbundes für die Fahrplanperiode 2011	- 390 600	–	–	- 390 600	- 351 910	- 38 690
Bewilligung eines Rahmenkredits für den Betrieb der Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich (Spielzeiten 2012/13-2017/18)	- 11 850	–	–	- 11 850	–	- 11 850
	- 608 999	- 200	- 1 936	- 611 135	- 396 189	- 214 946

Konsolidierte Rechnung

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2011	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Verpflichtungskredite des Kantonsrates zu Lasten Investitionsrechnung						
Psychiatriezentrum Rheinau, Neubau Sicherheitstrakt Forensik	- 23 500	-	-	- 23 500	- 23 400	- 100
Kantonsspital Winterthur, Erweiterung Behandlungstrakt und Neubau Therapiebad	- 37 000	-	-	- 37 000	- 39 700	2 700
Leichtathletik-Europameisterschaften 2014; Unterstützung durch den Kanton Zürich (zinsloses Darlehen)	- 3 300	-	-	- 3 300	- 500	- 2 800
Obergericht, Erweiterung und Umstrukturierung	- 81 900	-	- 9 992	- 91 892	- 89 032	- 2 860
MCH Group AG, zinsvergünstigtes Darlehen	- 20 000	-	-	- 20 000	-	- 20 000
Berufsbildungsschule Winterthur Anton Graff- Haus, Winterthur; Umbau und Erweiterung	- 34 711	-	-	- 34 711	- 27 507	- 7 204
Gesamtkredit für den Neubau der Universität Irchel (Netto)	- 600 000	-	-	- 600 000	- 239 858	- 1)
Teilkredit Projektierungen (Brutto)	- 8 000	-	-	- 8 000	-	- 3)
Teilkredit 1. Bauetappe (Netto)	- 153 000	-	- 22 206	- 175 206	- 145 244	- 2)
Teilkredit Infrastrukturanlagen (Brutto)	- 29 400	- 12 600	- 12 085	- 54 085	- 51 544	- 2)
Teilkredit 2. Bauetappe (Netto)	- 109 200	-	- 25 346	- 134 546	- 126 463	- 2)
Teilkredit 2. Bauetappe, Grünanlage (Brutto)	- 7 000	-	- 2 766	- 9 766	- 9 527	- 2)
Teilkredit 3. Bauetappe (Netto)	- 49 500	- 4 692	- 17 741	- 71 933	- 64 947	- 2)
Teilkredit 4. Bauetappe (Netto)	- 76 000	-	- 4 836	- 80 836	- 75 537	- 2)
Staatsbeitrag an die Stiftung Zentralbibliothek Zürich für die Erstellung eines Erweiterungsbaus	- 46 200	- 1 700	- 14 175	- 62 075	- 57 829	- 2)
Umbau der kleinen Reithalle und der Stallungen an der Sihl (Kulturinsel Gessnerallee) für die Schauspiel-Akademie Zürich	- 18 480	-	-	- 18 480	- 19 093	- 2)
Erweiterungsbau für das Zahnärztliche Institut der Universität und die Kantonale Volkszahnklinik an der Plattenstrasse 17/19	- 41 965	- 1 769	- 925	- 44 659	- 44 578	- 2)
Universität, Rämistrasse 74, Hofeingang und Aufstockung Calatrava (in Verbindung mit RRB 2438/1998)	- 25 900	-	- 2 041	- 27 941	- 25 677	- 2 265 5)
Zürcher Hochschule Winterthur, Mieterausbau Liegenschaft Mäander, Trakt C	- 11 760	-	-	- 11 760	- 10 495	- 1 265 6)
Kantonsschule Küsnacht, Neubau Klassentrakt	- 13 000	-	-	- 13 000	- 11 693	- 1 307
Übergang von Liegenschaften von der Stadt Zürich an den Kanton, Kantonalisierung Schule und Museum für Gestaltung Zürich und Überführung in die Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich	- 64 755	-	-	- 64 755	- 39 830	- 24 925
Universität, Kleintierklinik, Neubau	- 28 185	240	- 3 460	- 31 405	- 31 381	- 24
Mieterausbau in der Liegenschaft Sihlpost (Baufeld A) für die Pädagogische Hochschule Zürich, Finanzierungsleasing, Kredit entspricht dem Barwert der Gesamtaufwendungen von 63 Mio. Fr.	- 42 000	-	-	- 42 000	-	- 42 000
Mieterausbau betreffend Toni-Areal für die Zürcher Hochschule der Künste sowie Teile der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften; Finanzierungsleasing, Kredit entspricht dem Barwert der Gesamtausgabe von 139 Mio. Fr.	- 92 500	-	-	- 92 500	-	- 92 500

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2011	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Verpflichtungskredite des Kantonsrates zu Lasten Investitionsrechnung						
Wasserbau, Thurmündung, Hochwasserschutz und Auenlandschaft, Nettokredit 42 Mio. Fr.	- 53 572	-	-	- 53 572	- 19 740	- 33 832
Wasserbau, Chämtnerbach, Wetzikon, Ausbau	- 11 310	-	- 2 370	- 13 680	- 6 861	- 6 819
Rahmenkredit 2002-2010 für Subventionen gestützt auf § 16 des Energiegesetzes	- 23 000	-	-	- 23 000	- 21 977	- 1 023
Rahmenkredit 2010-2013 für Subventionen gestützt auf § 16 des Energiegesetzes; ersetzt den Rahmenkredit 2002 - 2010	- 32 000	-	-	- 32 000	- 3 906	- 28 094
Erstellung des Zürichseeweges, Abschnitt Giessen bis Mülmen	- 6 300	-	- 900	- 7 200	- 4 788	- 2 412
Neubau Polizei- und Justiz-Zentrum; Gesetz vom 7.7.2003	- 490 000	-	- 60 365	- 550 365	- 38 698	- 511 667
Bezirksgebäude Dietikon Neubau	- 52 000	-	- 8 786	- 60 786	- 62 434	1 648
Rahmenkredit für die Förderung des Wohnungsbaus; Darlehen für den Bau und Sanierung von Wohnungen	- 15 000	-	-	- 15 000	- 10 912	- 4 088
Staatsbeitrag für einen zweiten unterirdischen Bahnhof unter dem Zürcher Hauptbahnhof (Durchgangsbahnhof Löwenstrasse)	- 580 000	- 549 200	- 85 584	- 1 214 784	- 679 970	- 534 814
Rahmenkredit für die Beteiligung des Staates am Ausbau von SBB- und SZU-Anlagen (3. Teilergänzungen S-Bahn); - SBB-Anlagen	- 74 200	-	- 11 252	- 85 452	- 63 024	- 22 429
Rahmenkredit für einen Staatsbeitrag an den Bau der Glattalbahn; - Zusatzverbindung zur Haltestelle Bahnhof Oerlikon Nord	- 18 000	-	- 2 663	- 20 663	- 11 362	- 9 301
Rahmenkredit für Staatsbeiträge an die Anpassung verschiedener S-Bahnstationen und Tramhaltestellen für Mobilitätsbehinderte; VBZ - Haltestellen	- 11 000	-	- 825	- 11 825	-	- 11 825
Rahmenkredit für einen Staatsbeitrag an die Anpassung verschiedener S-Bahnstationen und Tramhaltestellen für Mobilitätsbehinderte; Haltestellen SZU, FB, BDWM, SOB	- 21 000	-	- 1 575	- 22 575	- 2 846	- 19 729
Rahmenkredit für einen Staatsbeitrag an den Bau der Glattalbahn; - Stammbau der Glattalbahn	- 537 000	-	- 79 445	- 616 445	- 317 660	- 298 785
Staatsbeitrag an den Bau einer neuen Traminie in Zürich-West zwischen Escher-Wyss-Platz und Bahnhof Altstetten	- 90 000	-	- 12 362	- 102 362	- 35 690	- 66 672
Massnahmenzentrum Uitikon, Umbau und Erweiterung geschlossene Abteilung	- 17 615	- 1 058	- 265	- 18 938	- 5 135	- 13 803
Rahmenkredit für die Beteiligung des Staates am Ausbau von SBB-Anlagen (4. Teiler-gänzung S- Bahn)	- 346 555	-	- 14 440	- 360 995	- 2 782	- 358 213
Rahmenkredit für Regionale Verkehrssteuerungen	- 60 500	-	- 5 741	- 66 241	-	- 66 241
Bezirksgericht Bülach, Erweiterung und Umstrukturierung	- 17 857	-	- 330	- 18 187	- 14 000	- 4 187
Ersatzneubau Stampfenbachstr. 28/30 Zürich	- 11 485	-	- 186	- 11 671	- 2 296	- 9 591
Hochwasserrückhalteraum Hegmatten, Eulach, Winterthur	- 32 863	-	-	- 32 863	- 967	- 31 896
Um- und Neubauten im Übungsdorf des Ausbildungszentrums Andelfingen	- 8 778	-	-	- 8 778	- 1 469	- 7 309
Objektkredit für die Autobahnüberdeckung Katzensee Nationalstrasse A1	- 25 000	-	- 4 120	- 29 120	-	- 29 120
Objektkredit Einhausung der Autobahn Schwamendingen (Nationalstrasse SN 1.4.4- Zürich Nordast)	- 50 600	- 14 508	- 12 598	- 77 706	- 3 878	- 73 828
	- 3 783 728	- 585 287	- 419 380	- 4 686 124	- 1 983 080	- 2 339 403

¹ Die Benutzung des Gesamtkredites berechnet sich durch die bereinigten Ausgaben der einzelnen Teilkredite, abindexiert auf den Indexstand per 1.10.1969 (Index des bewilligten Rahmenkredites). Verpflichtungskredit = 0, da der Rahmenkredit abgeschlossen ist, also keine Ausgaben mehr generiert werden. Der Kredit wird noch geführt, da die Kreditabrechnung noch nicht erstellt wurde.

- ² Verpflichtungskredit = 0, da der Kredit abgeschlossen ist. Die bereinigte Abrechnung ist ausstehend.
- ³ Der Projektierungskredit wurde auf die einzelnen Teilkredite umgebucht. Verpflichtungskredit = 0, da der Kredit abgeschlossen ist. Die bereinigte Abrechnung ist ausstehend.
- ⁴ Korrektur Vorjahreswerte aufgrund Abgleich Kostenstand zwischen Universität und Hochbauamt.
- ⁵ Wird als Gesamtprojekt (neue und gebundene Ausgaben) geführt. Die Teuerung und die Gesamtausgaben wurden prozentual zur Kreditsumme auf die neuen (Bewilligungsinstanz KR) und die gebundenen (Bewilligungsinstanz RR) Ausgaben aufgeteilt.
- ⁶ Der Mieterausbau wird als Finanzleasing betrachtet. Als Benutzung werden die vertraglich geschuldeten Annuitäten (12 Jahre bis März 2017) ausgewiesen.

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2011	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Ausgabenbewilligungen des Regierungsrates / Oberste Organe der Behörden und Organisationen zu Lasten Erfolgsrechnung						
- Staatskanzlei	- 2 020	-	-	- 2 020	- 1 977	- 43
- Justiz und Inneres	-	-	-	-	-	-
- Sicherheitsdirektion	- 44 229	-	-	- 44 229	- 22 581	- 21 376
- Finanzdirektion	- 57 080	- 32 619	- 9	- 89 708	- 67 969	- 21 739
- Volkswirtschaftsdirektion	- 9 013	-	-	- 9 013	- 3 922	- 5 091
- Gesundheitsdirektion	- 230 722	-	-	- 230 722	- 71 481	- 159 241
- Bildungsdirektion	- 273 305	- 300	-	- 273 605	- 128 732	- 144 873
- Baudirektion	- 170 460	- 250	-	- 170 710	- 99 714	- 70 747
- Behörden (KR, FK, DSB, Ombudsstelle)	-	-	-	-	-	-
- Gerichte und Notariate	-	-	-	-	-	-
- Universität Zürich	- 161 385	- 25 899	-	- 187 283	- 111 471	- 75 753
- Universitätsspital Zürich	-	-	-	-	-	-
- Kantonsspital Winterthur	-	-	-	-	-	-
- Fachhochschulen	-	-	-	-	-	-
- Zürcher Verkehrsverbund	-	-	-	-	-	-
- Zentralbibliothek	-	-	-	-	-	-
Total	- 948 213	- 59 068	- 9	- 1 007 290	- 507 846	- 498 863

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2011	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Ausgabenbewilligungen des Regierungsrates / Oberste Organe der Behörden und Organisationen zu Lasten Investitionsrechnung						
- Staatskanzlei	-	-	-	-	-	-
- Justiz und Inneres	- 30 701	- 14 725	- 580	- 46 006	- 20 203	- 25 803
- Sicherheitsdirektion	- 48 043	-	-	- 48 043	- 37 497	- 10 533
- Finanzdirektion	- 42 443	- 32 794	- 24	- 75 260	- 49 735	- 25 525
- Volkswirtschaftsdirektion	- 33 503	-	- 305	- 33 809	- 8 896	- 24 913
- Gesundheitsdirektion	- 1 109 435	- 19 333	-	- 1 128 768	- 665 765	- 463 003
- Bildungsdirektion	- 499 904	- 28 587	- 7 321	- 535 812	- 348 074	- 185 148
- Baudirektion	- 633 229	- 15 455	- 2 701	- 651 385	- 425 339	- 226 046
- Behörden (KR, FK, DSB, Ombudsstelle)	-	-	-	-	-	-
- Gerichte und Notariate	-	-	-	-	-	-
- Universität Zürich	-	-	-	-	-	-
- Universitätsspital Zürich	-	-	-	-	-	-
- Kantonsspital Winterthur	- 19 731	-	-	- 19 731	- 14 060	- 4 875
- Fachhochschulen	-	-	-	-	-	-
- Zürcher Verkehrsverbund	-	-	-	-	-	-
- Zentralbibliothek	-	-	-	-	-	-
Total	- 2 416 989	- 110 894	- 10 931	- 2 538 814	- 1 569 569	- 965 847

51. Zahlungsverpflichtungen

Die bisherige Offenlegung der finanziellen Zusagen aus langfristigen Verträgen, zugesicherten Beiträgen und übrigen Zahlungsverpflichtungen wird mit der Finanzberichterstattung 2011 vermehrt auf die Anforderungen nach IPSAS 13, 16, 17 und 31 bzw. IAS 38 ausgerichtet. Zu diesem Zweck werden neu die vertraglich vereinbarten, unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen für Investitionen und für die Nutzung von Vermögenswerten dargestellt. Als unwiderruflich gelten Zahlungsverpflichtungen, wenn die daraus resultierenden Zahlungen vom Kanton nicht abgewendet werden können, selbst wenn auf die vertragliche Leistung verzichtet wird. Da die Zahlungsverpflichtungen für die Nutzung von Vermögenswerten auch die notwendigen Informationen zum Ausweis des operativen Leasings enthalten, entfällt die in der bisherigen Berichterstattung aufgeführte Tabelle „Operatives Leasing“.

Mit den Neuerungen werden die Erfordernisse zur Offenlegung der finanziellen Zusicherungen nach § 24 Rechnungslegungsverordnung (RLV) konkretisiert und der Praxis der Finanzberichterstattung nach IFRS/IPSAS angepasst.

Fr. 1000	per		Differenz R 10/11	
	31.12.2011	31.12.2010	Abs.	%
Zahlungsverpflichtungen für Investitionen	- 658 025	- 659 463	1 437	-0.2
Sachanlagen	- 434 709	- 370 912	- 63 797	17.2
Immaterielle Anlagen	-	-	-	-
Investitionsbeiträge	- 223 316	- 288 551	65 234	-22.6

Fr. 1000	per		Differenz R 10/11	
	31.12.2011	31.12.2010	Abs.	%
Zahlungsverpflichtungen für Nutzung von Vermögenswerten	- 874 527	- 852 036	- 22 491	-2.6
Fälligkeit bis zu 1 Jahr	- 116 281	- 106 549	- 9 733	-9.1
Fälligkeit mehr als 1 Jahr und bis zu 4 Jahren	- 294 838	- 283 989	- 10 849	-3.8
Fälligkeit nach mehr als 4 Jahren	- 463 408	- 461 499	- 1 910	-0.4

Fr. 1000	Rechnung	Rechnung	Differenz R 10/11	
	2011	2010	Abs.	%
Aufwand des Jahres	- 156 492	- 154 274	- 2 218	-1.4
Ertrag des Jahres aus Untervermietung	-	-	-	-
Künftiger Ertrag aus Untervermietung	-	-	-	-

52. Gewährleistungen

Der Gewährleistungsspiegel enthält Informationen zu verschiedenen mit dem Kanton verbundenen Organisationen, die weder konsolidiert noch im Beteiligungsspiegel enthalten sind. Sie beschreiben die Art der Beziehung des Kantons zu den genannten Organisationen. Aus diesen Vernetzungen können in Zukunft Verpflichtungen entstehen.

Gewährleistungen aus Konkordaten

Direktion	Aufgabe / Bemerkungen	2011	2010
		Fr. 1000	Fr. 1000
Bildungsdirektion	Interkantonale Fachhochschulvereinbarung FHV	- 132 750	- 135 525
Bildungsdirektion	Interkantonale Universitätsvereinbarung IUUV	- 84 568	- 85 849
Bildungsdirektion	Konkordat Hochschule für Heilpädagogik HfH	- 40 951	- 35 727
Baudirektion	Ziel: Interkantonale Führung des Linthwerks. Grundlage: Interkantonale Vereinbarung, gebunden bis 2016 mit einer Kündigungsfrist von 5 Jahren. Beitragssatz 10% gem. Art. 28 der Interkantonalen Vereinbarung Linthwerk. Beitrag 2010 und 2011 Anteil an den Baukosten inkl. Dienstleistungen Dritter.	- 1 293	- 1 820
Bildungsdirektion	Beitrag Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung der Schweizerischen Hochschulen (OAQ)	- 1 100	- 1 100
diverse	übrige Gewährleistungen aus Konkordaten	- 2 545	- 1 697
Total		- 263 206	- 261 718

Gewährleistungen aus Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen

Direktion	Aufgabe / Bemerkungen	Jahresbeiträge 2011 Fr. 1000	Jahresbeiträge 2010 Fr. 1000
Bildungsdirektion	Beiträge an die EDK	- 7 040	- 7 040
Bildungsdirektion	ASVZ Akademischer Sportverband Zürich	- 2 400	- 2 400
diverse	übrige Gewährleistungen aus Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen	- 3 381	- 2 955
Total		- 12 821	- 12 395

Gewährleistungen aus Eventualverbindlichkeiten

Direktion	Aufgabe / Bemerkungen	2011 Fr. 1000	2010 Fr. 1000
mit gesetzlicher Grundlage			
Bildungsdirektion	Beitragszusicherungen Kinder- und Jugendheime	- 58 096	- 40 619
Volkswirtschaftsdirektion	Entschädigungsansprüche aus materieller Enteignung gemäss § 3 Flughafenfondsgesetz. Für erste Ansprüche liegt noch kein Urteil vor (Pilotfälle). Somit sind noch keine Schätzungen möglich.	ohne Betrag	ohne Betrag
auf vertraglicher Basis			
Volkswirtschaftsdirektion	zugleich Eventualguthaben: Rückforderung im Falle der Gewährung der Garantieverpflichtung zur Absicherung der Tiefbauten des Flughafens von Flughafen Zürich AG. Der Kreditrahmenvertrag war bis 30.11.2011 befristet.	-	- 640 200
übrige			
Volkswirtschaftsdirektion	Bürgschaft zugunsten des Bundes für die Raststätte A4 AG, Affoltern am Albis (Knonaueramt). Laufzeit 75 Jahre, jährliche Reduktion um CHF 180'000	- 13 140	- 13 320
Total		- 71 236	- 694 139

Gewährleistungen aus übrigen Verträgen mit Organisationen mit öffentlichen Aufgaben

Direktion	Aufgabe / Bemerkungen	2011 Fr. 1000	2010 Fr. 1000
Gesundheitsdirektion	SVA Zürich Durchführung individuelle Prämienverbilligung	- 5 130	- 5 130
Bildungsdirektion	Schweiz. Institut f. Kunstwissenschaft SIK-ISEA	- 5 050	- 4 700
Bildungsdirektion	Schweiz. Sozialarchiv, Zürich	- 4 117	- 4 024
Bildungsdirektion	Zürcher Konservatorium Klassik und Jazz	- 1 960	- 2 940
Volkswirtschaftsdirektion	Greater Zurich Area	- 1 880	- 1 880
diverse	übrige wesentliche Verträge mit Organisationen mit öffentlichen Aufgaben	- 2 516	- 1 832
Baudirektion	Zusammenschluss der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein mit dem Ziel der gemeinsamen Überwachung der Luftqualität, Auswertung der Daten und Veröffentlichung der Erkenntnisse. Die Rechnung 'Ostluft' ist Ende Jahr jeweils ausgeglichen. Vereinbarung über die gemeinsame Beobachtung der Luftqualität der Kantone AR; AI, GL, SG, SH, TG, ZH und des Fürstentums Liechtenstein vom 28.08.2000.	ohne Betrag	ohne Betrag
Total		- 20 653	- 20 506

53. Segmentberichterstattung

Institutionelle Gliederung

R 2011	Stammhaus	Kantonsrat	Gerichte und Notariate	Übrige Behörden	Universität	Fachhochschulen	Universitäts-spital Zürich	Kantonsspital Winterthur	ZVV	Zentralbibliothek	Legate und Stiftungen	Elimination interne Verr.	Konsolidierte Rechnung
ERFOLGSRECHNUNG													
Fiskalertrag	6 471 518	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	- 142	6 471 376
Regalien und Konzessionen	373 468	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	373 468
Engelste	694 147	10	201 614	416	306 481	87 314	661 467	208 145	448 864	1 195	372	- 5 111	2 614 915
Verschiedene Erträge	335 578	—	1 426	837	80 730	9 957	74 287	46 991	87 599	1 039	3 855	- 348 166	284 132
Einnahmen aus Fonds des FK	—	—	—	—	—	10	70	225	—	630	1 516	—	2 557
Transferertrag	3 130 787	—	21	—	839 714	530 059	289 488	103 077	380 903	36 643	1 196	- 2 269 577	3 022 312
Durchlaufende Beiträge	628 064	—	—	—	—	36	—	—	—	—	—	—	628 064
Betrieblicher Ertrag	11 633 669	10	203 061	1 253	1 226 926	637 376	1 025 312	358 437	917 367	39 506	6 939	- 2 642 996	13 406 860
Personalaufwand	- 5 109 328	- 6 043	- 206 681	- 6 869	- 745 960	- 445 089	- 612 824	- 216 551	- 5 308	- 20 780	- 1 913	7 943	- 7 369 401
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 1 290 888	- 2 238	- 90 968	- 1 340	- 429 195	- 152 246	- 444 818	- 126 316	- 816 096	- 15 895	- 871	6 775 055	- 2 693 615
Abschreibungen VV	- 391 263	—	- 10 469	- 98	- 40 254	- 10 809	- 33 837	- 11 510	—	- 2 756	- 73	—	- 501 069
Einlagen in Fonds des FK	- 66 819	—	—	—	—	- 3	- 422	- 399	—	- 256	- 3 227	—	- 71 126
Transferaufwand	- 6 377 382	- 846	—	—	- 6 160	- 4 164	—	—	- 96 156	—	- 2 563	2 289 906	- 4 197 365
Durchlaufende Beiträge	- 628 064	—	—	—	—	- 36	—	—	—	—	- 49	—	- 628 148
Betrieblicher Aufwand	- 13 863 543	- 9 126	- 308 118	- 8 307	- 1 221 569	- 612 346	- 1 091 900	- 354 777	- 917 560	- 39 687	- 8 696	2 974 904	- 15 460 724
ERGEBNIS AUS BETRIEBLICHER TÄTIGKEIT	- 2 229 874	- 9 115	- 105 056	- 7 054	5 357	25 029	- 66 588	3 661	- 193	- 181	- 1 757	331 908	- 2 053 864
Finanzbeitrag Finanzvermögen	222 153	—	74	0	367	1 328	166	344	169	294	2 591	- 32 125	195 361
Finanzbeitrag Verwaltungsvermögen	974 094	—	182	9	5 224	2 269	74 859	1 299	24	47	11	- 710 192	347 824
Finanzbeitrag	1 196 246	—	256	9	5 591	3 597	75 025	1 642	193	340	2 602	- 742 317	543 185
Passivzinsen	- 537 148	—	- 3 263	- 5	- 3 126	- 766	- 3 622	- 1 390	—	—	- 10	410 409	- 136 921
Anderer Finanzaufwand	- 70 709	—	- 1	- 0	- 2 217	- 104	- 6	—	—	- 146	- 510	—	- 73 693
Finanzaufwand	- 607 858	—	- 3 264	- 5	- 5 343	- 870	- 3 628	- 1 390	193	- 146	- 519	410 409	- 212 614
FINANZERGEBNIS	588 389	—	- 3 008	4	248	2 727	71 397	252	193	194	2 083	- 331 908	330 571
JAHRESERGEBNIS	- 1 641 486	- 9 115	- 108 064	- 7 051	5 605	27 756	4 809	3 913	—	14	326	—	- 1 723 293
INVESTITIONSRECHNUNG													
Investitionsannahmen	287 911	—	144	—	16 544	—	354	1 106	—	1 884	—	- 1 861	306 082
Investitionsausgaben	- 786 976	—	- 65 418	- 213	- 50 948	- 12 302	- 46 901	- 19 701	—	- 2 494	—	1 861	- 983 082
NETTOINVESTITIONEN	- 499 064	—	- 65 274	- 213	- 34 404	- 12 302	- 46 547	- 18 595	—	- 610	—	—	- 677 010
BILANZ													
Umlaufvermögen	5 575 352	- 68 721	- 840 536	- 46 280	377 358	190 581	267 430	64 304	248 443	7 101	27 953	- 595 184	5 207 799
Anlagevermögen Finanzvermögen	1 125 544	—	6 385	—	—	—	3 400	1 700	—	5 512	63 916	- 172 087	1 034 371
Anlagevermögen Verwaltungsvermögen	13 835 923	- 68 721	153 082	284	137 893	35 216	131 388	49 501	—	69 926	291	- 51 360	14 362 143
Total Aktiven	20 536 819	- 68 721	- 681 069	- 45 997	515 251	225 797	402 218	115 506	248 443	82 539	92 160	- 818 631	20 604 314
Kurzfristiges Fremdkapital	- 3 175 566	- 240	- 267 372	- 329	- 366 458	- 127 980	- 216 861	- 30 926	- 214 820	- 1 859	- 189	594 821	- 3 807 797
Langfristiges Fremdkapital	- 8 238 237	—	- 749	- 25	- 74 026	- 24 770	- 148 003	- 57 711	- 33 354	- 68 939	- 53 462	211 346	- 8 487 931
Eigenkapital	- 9 122 996	68 961	949 190	46 350	- 74 767	- 73 047	- 37 354	- 26 869	- 268	- 11 741	- 38 509	12 463	- 8 308 586
Total Passiven	- 20 536 819	68 721	681 069	45 997	- 515 251	- 225 797	- 402 218	- 115 506	- 248 443	- 82 539	- 92 160	818 631	- 20 604 314

54. Beziehungen zu nahestehenden Personen und Organisationen

Nach IPSAS 20 sind die Beziehungen zu nahe stehenden Einheiten und Personen auszuweisen. Als nahe stehende Einheiten gelten beim Kanton Zürich die beherrschten Einheiten, inklusive der indirekten Beherrschung durch Intermediäre oder Töchter, assoziierte Organisationen sowie Einheiten, auf welche die nahestehenden Personen einen bedeutenden Einfluss haben. Nahe stehende Personen sind die Mitglieder des Regierungsrates, Vertreter der obersten Verwaltungsebene (Universitätsrat, Spitalrat, Fachhochschulrat, Verkehrsrat) sowie die Familienmitglieder der genannten Personenkreise. Sie können die Beschlussfassung in finanzieller oder operativer Hinsicht beherrschen oder bedeutend beeinflussen. Offenzulegen sind sämtliche wesentlichen Transaktionen mit nahe stehenden Personen und Einheiten, welche nicht zu Marktkonditionen durchgeführt wurden, inklusive der Art der Beziehung und der Transaktionen sowie die diesen Transaktionen zu Grunde gelegten Bedingungen. Transaktionen bestehen aus Transfers von Ressourcen oder Verpflichtungen, unabhängig davon, ob ein Entgelt erhoben wird. Zusätzlich sind die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nahe stehenden Personen und Einheiten anzugeben. Transaktionen, für die eine gesetzliche Grundlage besteht oder die für die Grosszahl der kantonalen Mitarbeiter Gültigkeit haben sind nicht meldepflichtig.

Transaktionen zu Nahestehenden

Die Organisationseinheiten der konsolidierten Rechnung haben bestätigt, dass im Berichtszeitraum keine Transaktionen mit nahe stehenden Personen oder Einheiten stattgefunden haben, die nicht marktkonform wären. Auf den Abschlussstichtag hin bestehen auch keine Forderungen oder Verbindlichkeiten mit nahe stehenden Personen oder Einheiten.

Offenlegung zu Führungskräften

Die Entlohnung und die Entrichtung anderer personalrechtlicher Entschädigungen sind im Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 27. September 1998, in der Personalverordnung vom 16. Dezember 1998 ab § 8 und in der Vollzugsverordnung zum Personalgesetz in den §§ 32 und fortfolgende geregelt.

55. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Bis zur Genehmigung der Jahresrechnung 2011 durch den Regierungsrat am 28. März 2012 ist folgendes Ereignis eingetreten, welches die Wesentlichkeitsgrenze von 10 Mio. Franken übersteigt und eine Anpassung von Vermögenswerten erfordert hätte:

Bei der gemäss § 11 Abs. 1 Rechnungslegungsverordnung (RLV) im 2011 durchgeführten Neubewertung der Liegenschaften im Strassenfonds sind durch einen Grundlagenirrtum 8 Liegenschaften im Umfang von 10,7 Mio. Franken überbewertet worden. Entsprechend ist die Zuweisung in den Strassenfonds zu hoch ausgewiesen.

Die Anpassung konnte aufgrund des Genehmigungsprozesses zur Abnahme der Jahresrechnung nicht mehr vorgenommen werden. Die Korrektur erfolgt in der Rechnung 2012.

Bericht der Finanzkontrolle zur konsolidierten Rechnung des Kantons Zürich

Basierend auf dem Finanzkontrollgesetz haben wir die auf den Seiten 531 bis 628 publizierte konsolidierte Rechnung des Kantons Zürich, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Eigenkapitalnachweis, Geldflussrechnung und Anhang, für das am 31. Dezember 2011 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Regierungsrates und der Finanzverwaltung

Gemäss Gesetz über Controlling- und Rechnungslegung (CRG) § 27 legt der Regierungsrat Rechenschaft über die Jahresrechnung ab und ist für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden zuständig. Die Finanzverwaltung ist im Sinne von CRG § 60 und Rechnungslegungsverordnung (RLV) § 41 zuständig für die Erstellung der Jahresrechnung und der konsolidierten Rechnung. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems im Sinne von RLV § 39 mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist.

Verantwortung der Finanzkontrolle

Unsere Verantwortung gemäss Finanzkontrollgesetz ist es, die Jahresrechnung, die konsolidierte Rechnung, die Rechnungen der Leistungsgruppen sowie die separaten Rechnungen von Behörden, Anstalten und Betrieben des Kantons zu prüfen. Die Ergebnisse der Prüfung der Rechnung des Kantons Zürich werden der Finanzkommission und dem Regierungsrat mitgeteilt, die Ergebnisse der Prüfung der Jahresrechnung der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten auch der Anstalt und der zuständigen Direktion.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem CRG und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Rechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Rechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Rechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsmethode, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Rechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die konsolidierte Rechnung des Kantons Zürich für das am 31. Dezember 2011 abgeschlossene Geschäftsjahr mit Ausnahme des vorstehenden Absatzes, dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung sowie den massgebenden Verordnungen und Richtlinien.

Ohne unser Prüfurteil einzuschränken, halten wir fest:

Die auf § 19 RLV basierende Schätzung der Nach- und Rückträge des Staatssteuerertrags führt - bezüglich periodengerechter Ertragsdarstellung - bis dato nicht zu hinreichend zuverlässigen Ergebnissen. Die zu offene Formulierung von § 19 RLV eröffnet einen Ermessensspielraum hinsichtlich Rechnungsperiode, in welcher die aus der Unzuverlässigkeit entstehenden Differenzen erfolgswirksam ausgebucht werden.

Im Weiteren verweisen wir auf die Ausführungen unter Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, wonach infolge eines Grundlagenirrtums Liegenschaften des Strassenfonds im Umfang von 10,7 Mio. Franken überbewertet sind.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften

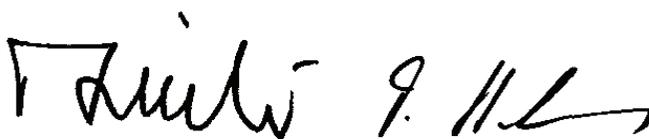
Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz und die Unabhängigkeit gemäss Verfassung des Kantons Zürich erfüllen und keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbare Sachverhalte vorliegen.

Die umfassenden Anforderungen gemäss CRG und RLV an ein dokumentiertes internes Kontrollsystem konnten noch nicht im Sinne des Schweizer Prüfungsstandards 890 umgesetzt werden. Gemäss Verfügung der Finanzdirektion vom 13. Oktober 2009 ist eine Realisierung bei allen in die Staatsrechnung konsolidierten Einheiten bis 2013 vorgesehen.

Für die Antragstellung zur Rechnung ist basierend auf dem Geschäftsreglement des Kantonsrats § 58a lit. c die Finanzkommission in Koordination mit den zuständigen Sachkommissionen und der Justizkommission zuständig.

Zürich, 30. März 2012

Finanzkontrolle des Kantons Zürich



Martin Billeter
zugelassener Revisionsexperte
Leiter Finanzkontrolle

Daniel Strebel
zugelassener Revisionsexperte
Bereichsleiter Wirtschaftsprüfung



Opfikon: Luftaufnahme Glattpark

Jahresrechnung (Stammhaus)

Die Jahres- oder Stammhausrechnung umfasst gemäss § 47 CRG den Regierungsrat und die kantonale Verwaltung; ausgenommen sind insbesondere die unselbstständigen Anstalten. Sie zeigt konsolidierte Werte. Dies bedeutet, dass Transaktionen innerhalb des Stammhauses eliminiert sind. Alle übrigen Transaktionen mit Einheiten des Konsolidierungskreises gemäss § 54 CRG ausserhalb des Stammhauses werden wie Geschäftsfälle mit Dritten betrachtet.

Erfolgsrechnung	632
Bilanz	633
Geldflussrechnung	634
Eigenkapitalnachweis	635
Anhang	636

Erfolgsrechnung

Mio. Franken	Rechnung	Rechnung	Differenz R 10/11	
	2011	2010	Abs.	%
Fiskalertrag	6 471	6 091	381	6.2
Regalien und Konzessionen	373	374	- 0	- 0.0
Entgelte	690	683	6	0.9
Verschiedene Erträge	139	149	- 10	- 6.6
Entnahmen aus Fonds des FK	0	-	0	-
Transferertrag	2 320	2 328	- 9	- 0.4
Durchlaufende Beiträge	628	606	22	3.6
Betrieblicher Ertrag	10 622	10 231	390	3.8
Personalaufwand	- 5 107	- 2 444	- 2 663	- 109.0
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 1 040	- 1 043	3	0.3
Abschreibungen VV	- 391	- 446	55	12.3
Einlagen in Fonds des FK	- 67	- 84	17	20.1
Transferaufwand	- 5 566	- 5 429	- 137	- 2.5
Durchlaufende Beiträge	- 628	- 606	- 22	- 3.6
Betrieblicher Aufwand	- 12 799	- 10 052	- 2 747	- 27.3
ERGEBNIS AUS BETRIEBLICHER TÄTIGKEIT	- 2 177	179	- 2 357	- 1 313.4
Finanzertrag Finanzvermögen	193	114	79	69.2
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	553	566	- 13	- 2.3
Finanzertrag	745	680	66	9.6
Zinsaufwand	- 139	- 144	5	3.5
Anderer Finanzaufwand	- 71	- 19	- 51	- 263.8
Finanzaufwand	- 209	- 163	- 46	- 28.3
FINANZERGEBNIS	536	517	19	3.7
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	1 746	- 645	2 390	370.8
Jahresergebnis Fonds / Legate im EK	- 104	- 51	- 53	- 102.5
JAHRESERGEBNIS ERFOLGSRECHNUNG	- 1 641	696	- 2 338	- 335.8
Total Ertrag	11 367	10 911	456	4.2
Total Aufwand	- 13 008	- 10 215	- 2 793	- 27.3

Bilanz

Mio. Franken	per		Differenz R 10/11	
	31.12.2011	31.12.2010	Abs.	%
UMLAUFVERMÖGEN	5 555	4 967	588	11.8
Finanzvermögen 1)	5 555	4 967	588	11.8
Flüssige Mittel	1 514	1 301	214	16.4
Forderungen	3 516	3 190	326	10.2
Kurzfristige Finanzanlagen	175	143	33	22.8
Aktive Rechnungsabgrenzung	298	293	5	1.8
Vorräte und angefangene Arbeiten	52	42	11	25.3
ANLAGEVERMÖGEN	14 961	14 835	126	0.9
Finanzvermögen 1)	1 126	932	194	20.8
Finanzanlagen	237	59	178	301.7
Sachanlagen	888	873	15	1.8
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital	–	–	–	–
Verwaltungsvermögen	13 836	13 903	- 67	- 0.5
Sachanlagen	7 007	7 056	- 49	- 0.7
Immaterielle Anlagen	50	45	5	11.5
kurzfristige Darlehen	11	13	- 3	- 19.9
langfristige Darlehen	865	897	- 32	- 3.5
Beteiligungen	2 535	2 533	2	0.1
Investitionsbeiträge	3 368	3 359	9	0.3
TOTAL AKTIVEN	20 516	19 802	714	3.6
FREMDKAPITAL	- 11 393	- 9 100	- 2 293	- 25.2
Kurzfristiges Fremdkapital	- 3 155	- 3 462	308	8.9
Laufende Verbindlichkeiten	- 1 578	- 2 147	569	26.5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 54	- 55	1	2.2
Passive Rechnungsabgrenzung	- 1 348	- 1 097	- 251	- 22.9
Kurzfristige Rückstellungen	- 175	- 163	- 12	- 7.5
Langfristiges Fremdkapital	- 8 238	- 5 638	- 2 601	- 46.1
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 3 471	- 3 519	48	1.4
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 638	- 636	- 2	- 0.3
Langfristige Rückstellungen	- 3 565	- 970	- 2 595	- 267.7
Fonds im Fremdkapital	- 564	- 513	- 51	- 10.0
EIGENKAPITAL	- 9 123	- 10 702	1 579	14.8
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	1 745	- 645	2 390	370.5
Fonds / Legate im EK	- 1 926	- 1 806	- 120	- 6.6
Übriges Eigenkapital	- 8 942	- 8 251	- 691	- 8.4
TOTAL PASSIVEN	- 20 516	- 19 802	- 714	- 3.6
1) Total Finanzvermögen	6 680	5 899	781	13.2

Geldflussrechnung

Mio. Franken	Rechnung	Rechnung	Differenz R 10/11	
	2011	2010 (restated)	Abs.	%
Jahresergebnis	- 1 641	696	- 2 338	-335.8
+/- Abnahme/Zunahme Forderungen	- 279	-203	- 76	-37.5
+/- Abnahme/Zunahme aktive Rechnungsabgrenzung	16	-39	55	142.4
+/- Abnahme/Zunahme Vorräte + angefang. Arbeiten	- 11	6	- 16	-289.7
+ Abschreibungen und Auflösung pass. Investitionsb.	566	573	- 7	-1.2
+/- Wertberichtigungen/Wertaufholungen Darlehen und Beteiligungen	- 0	0	0	83.3
+/- Kursverluste/Kursgewinne auf Finanzanlagen (nicht realisierte)	43	7	36	541.3
+/- Verlust/Gewinn aus Verkauf von Finanzvermögen (nicht realisierte)	- 77	-5	- 72	-1413.3
+/- Zunahme/Abnahme laufende Verbindlichkeiten	- 569	-35	- 534	-1514.8
+/- Zunahme/Abnahme passive Rechnungsabgrenzung	200	-61	261	426.8
+/- Bildung/Auflösung, Verwendung Rückstellungen	2 608	-7	2 616	36029.6
+/- Einlagen/Entnahmen aus Fonds FK und EK ¹	67	84	- 17	-20.2
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen ¹	- 21	-24	3	13.5
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	902	990	- 88	-8.9
- Ausgaben Sachanlagen	- 358	-417	58	14.0
- Ausgaben auf Rechnungen Dritter	- 1	-1	0	8.0
- Ausgaben immaterielle Anlagen	- 17	-21	4	19.5
- Ausgaben Darlehen	- 51	-80	29	36.1
- Ausgaben Beteiligungen	- 2	-5	4	68.6
- Ausgaben eigene Investitionsbeiträge	- 324	-301	- 22	-7.4
- Ausgaben durchlaufende Investitionsbeiträge	- 35	-17	- 18	-104.4
+ Einnahmen Übertragung von Sachanlagen	25	30	- 5	-16.0
+ Einnahmen Rückerstattungen	9	8	1	12.5
+ Einnahmen Abgang immaterielle Anlagen	-	0	-	-
+ Einnahmen Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	61	111	- 50	-44.8
+ Einnahmen Rückzahlung von Darlehen	86	32	54	170.5
+ Einnahmen Übertragung von Beteiligungen	-	0	- 0	-100.0
+ Einnahmen Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	72	0	72	65354.5
+ Einnahmen durchlaufende Investitionsbeiträge	35	17	18	104.4
Saldo Investitionsrechnung	- 499	-644	145	22.5
- Übertragungen Verwaltungs- ins Finanzvermögen	- 25	-30	5	16.0
+ Übertragungen Finanz- ins Verwaltungsvermögen	0	9	- 9	-98.4
+ Aktivierte Eigenleistungen ¹	12	17	- 5	-27.8
+ Aktivierungen bei Finanzierungsleasing	1	5	- 4	-88.4
+/- Übrige nicht cashwirksame Transaktionen der IR ¹	31	14	17	120.7
Geldfluss aus der Investitionsrechnung	- 481	-630	149	23.7
+/- Abnahme / Zunahme Finanzanlagen FV ¹	- 176	-18	- 158	-873.9
+/- Abnahme / Zunahme Sachanlagen FV ¹	10	34	- 24	-71.7
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	- 647	-614	- 33	-5.4
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	255	376	- 121	-32.2
+/- Zunahme/Abnahme kurzfr. Finanzverbindlichkeiten	- 1	-521	520	99.8
+/- Zunahme/Abnahme Hypotheken, Schuldscheine, Kassettscheine	0	0	-	0.0
+/- Zunahme/Abnahme Staatsanleihen	5	4	0	2.8
+/- Zunahme/Abnahme langfr. Finanzverbindlichk. ¹	- 45	149	- 194	-130.1
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	- 41	-368	327	88.8
Stand Flüssige Mittel per 1.1.	1 301	1292	8	0.6
Zunahme/Abnahme Flüssige Mittel	214	8	205	2520.3
Stand Flüssige Mittel per 31.12.	1 514	1301	214	16.4

¹ Betragskorrektur im 2010 aufgrund von Fehlzurechnungen

Eigenkapitalnachweis

Mio. Franken	Gesetzliche Fonds im Eigenkapital	Rücklagen	Reserven aus Absicherungs- geschäften	Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	Total Eigen- kapital
Stand 1. Januar 2010	1 735.83	35.89	- 8.74	246.05	7 972.08	9 981.10
Jahresergebnis	51.42	-	-	644.63	-	696.05
Verteilung Jahresergebnis	-	-	-	- 246.05	246.05	-
Veränderung Fonds	19.10	-	-	-	-	19.10
Veränderung Rücklagen	-	1.85	-	-	- 1.85	-
Sonstige Transaktionen	-	-	8.74	0.00	- 2.61	6.13
Stand 31. Dezember 2010	1 806.35	37.73	-	644.63	8 213.67	10 702.38
Jahresergebnis	104.15	-	-	- 1 745.64	-	- 1 641.49
Verteilung Jahresergebnis	-	-	-	- 644.63	644.63	-
Veränderung Fonds	15.56	-	-	-	-	15.56
Veränderung Rücklagen	-	- 4.79	-	-	4.79	-
Sonstige Transaktionen	-	-	-	0.31	46.74	47.05
Stand 31. Dezember 2011	1 926.06	32.94	-	- 1 745.33	8 909.83	9 123.50

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für den Abschluss des Stammhauses kommen die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze zur Anwendung wie für die konsolidierte Rechnung des Kantons.

Das in der Jahresrechnung des Stammhauses unter den Beteiligungen ausgewiesene Dotationskapital an das Universitätsspital Zürich und das Kantonsspital Winterthur wird zum Nominalwert bewertet.

Für die Jahresrechnung des Stammhauses wird kein eigenständiger Anhang erstellt.

Hinweis zu den in der Jahresrechnung ausgewiesenen Daten und Tabellen

Die im Zahlenteil aufgeführten Beträge sind gerundet. Totale können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen



Bâretswil: Industriegebäude Neuthal

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite	Budget 2011 Kantonsrat (14.12.2010)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2011 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2011	Abweichung + besser, – schlechter
<i>in Franken</i>					
Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)					
1 Regierungsrat und Staatskanzlei					
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-18 212 600		-18 212 600	-17 803 963	408 637
Budgetkredit Investitionsrechnung	-380 800		-380 800		-380 800
2 Direktion der Justiz und des Innern					
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-6 645 400	-190 000	-6 835 400	-4 338 236	2 497 164
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 500 000		-1 500 000	-1 637 894	-137 894
2204 Strafverfolgung Erwachsene					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-62 771 100		-62 771 100	-61 543 748	1 227 352
Budgetkredit Investitionsrechnung	-150 000		-150 000	-76 062	73 938
2205 Jugendstrafrechtspflege					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-43 907 700		-43 907 700	-44 949 835	-1 042 135
Budgetkredit Investitionsrechnung	-250 000		-250 000	-219 023	30 977
2206 Amt für Justizvollzug					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-154 265 800		-154 265 800	-159 678 744	-5 412 944
Budgetkredit Investitionsrechnung	-11 205 000	-2 000 000	-13 205 000	-7 686 219	5 518 781
2207 Amt für Gemeinden					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 854 600		-4 854 600	-5 644 143	-789 543
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2011 Kantonsrat (14.12.2010)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2011 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2011	Abweichung + besser, - schlechter
2215 Finanz- und Lastenausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-152 080 000		-152 080 000	-189 618 220	-37 538 220
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2221 Handelsregister					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	2 535 100		2 535 100	2 346 058	-189 042
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-430 137	-430 137
2223 Statistisches Amt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-7 857 000	-916 000	-8 773 000	-7 148 405	1 624 595
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-209 004	-209 004
2224 Staatsarchiv					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-7 710 900	-50 000	-7 760 900	-7 487 507	273 393
Budgetkredit Investitionsrechnung	-200 000		-200 000	-253 187	-53 187
2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-45 200		-45 200	-269 336	-224 136
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2232 Fachstelle Opferhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-10 133 600		-10 133 600	-10 100 527	33 073
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 028 600		-1 028 600	-986 841	41 759
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2234 Fachstelle Kultur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-84 795 800		-84 795 800	-82 839 441	1 956 359
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 000 000		-3 000 000	-3 000 000	-
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 824 500	-162 000	-1 986 500	-1 829 545	156 955
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2251 Bezirksräte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-7 738 500		-7 738 500	-6 844 728	893 772
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-52 961 800	-2 778 000	-55 739 800	-51 125 700	4 614 100
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 270 000		-1 270 000	-625 764	644 236

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2011 Kantonsrat (14.12.2010)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2011 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2011	Abweichung + besser, - schlechter
2291 Investitionsfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-532 900		-532 900	-288 255	244 645
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 200 000		-1 200 000	-917 814	282 186
2292 Ausgleichsfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 480 000		1 480 000	12 517 583	11 037 583
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
3 Sicherheitsdirektion					
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-6 840 600		-6 840 600	-6 316 411	524 189
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 380 000		-3 380 000	-590 850	2 789 150
3100 Kantonspolizei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-351 118 300		-351 118 300	-347 843 885	3 274 415
Budgetkredit Investitionsrechnung	-16 190 000	-1 430 000	-17 620 000	-16 328 019	1 291 981
3200 Strassenverkehrsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	18 528 400		18 528 400	20 493 097	1 964 697
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 000 000		-4 000 000	-459 633	3 540 367
3300 Migrationsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-12 556 282		-12 556 282	-12 251 630	304 652
Budgetkredit Investitionsrechnung	-200 000		-200 000	-589 036	-389 036
3400 Amt für Militär und Zivilschutz					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-13 490 100		-13 490 100	-10 456 569	3 033 531
Budgetkredit Investitionsrechnung	-6 009 500	-4 410 000	-10 419 500	-5 534 966	4 884 534
3500 Sozialamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-602 113 685		-602 113 685	-581 736 326	20 377 359
Budgetkredit Investitionsrechnung	-17 600 000		-17 600 000	-15 510 219	2 089 781
3600 Statthalterämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	6 921 500		6 921 500	8 793 720	1 872 220
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-270 000	-270 000	-	270 000
3910 Sportfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 813 000		-2 813 000	2 862 833	5 675 833
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 650 000		-2 650 000	-742 328	1 907 672
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	287 752		287 752	256 271	- 31 481
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2011 Kantonsrat (14.12.2010)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2011 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2011	Abweichung + besser, - schlechter
4 Finanzdirektion					
4000 Generalsekretariat FD					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 168 200		-2 168 200	-3 992 833	-1 824 633
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4100 Finanzverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-7 898 220	-330 000	-8 228 220	-7 584 365	643 855
Budgetkredit Investitionsrechnung	-328 000	-67 000	-395 000	-299 677	95 323
4300 Amt für Tresorerie					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-816 600		-816 600	-824 544	-7 944
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4400 Steuern Betriebsteil					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-149 823 000		-149 823 000	-146 242 514	3 580 486
Budgetkredit Investitionsrechnung	-9 458 400		-9 458 400	-8 597 857	860 543
4500 Personalamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-18 331 001		-18 331 001	-16 791 477	1 539 524
Budgetkredit Investitionsrechnung	-500 000		-500 000	-478 148	21 852
4600 Direktionsübergreifende Informatik					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-6 198 600		-6 198 600	-5 563 904	634 696
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-60 923	-60 923
4700 Drucksachen und Material					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	153 000		153 000	845 115	692 115
Budgetkredit Investitionsrechnung	-375 000		-375 000	-80 352	294 648
4910 Steuererträge					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	6 223 024 000		6 223 024 000	6 753 081 025	530 057 025
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4921 Schadenausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 200 000	-3 500 000	-5 700 000	-4 650 621	1 049 379
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	464 473 000		464 473 000	502 224 266	37 751 266
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 000 000		-2 000 000	-4 105 255	-2 105 255
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	363 444 191		363 444 191	-2 361 028 932	-2 724 473 123
Budgetkredit Investitionsrechnung	236 732 400		236 732 400	-	-236 732 400
4960 Interkantonaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-490 823 000		-490 823 000	-490 823 330	-330
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-	-1 400 000	-1 400 000	-1 400 000	-
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2011 Kantonsrat (14.12.2010)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2011 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2011	Abweichung + besser, - schlechter
4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-52 785 000		-52 785 000	33 414 224	86 199 224
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
5 Volkswirtschaftsdirektion					
5000 Generalsekretariat (GS)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 265 900		-4 265 900	-3 565 016	700 884
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
5205 Amt für Verkehr (AFV)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-135 312 900		-135 312 900	-133 665 486	1 647 414
Budgetkredit Investitionsrechnung	-42 000 000		-42 000 000	-31 637 792	10 362 208
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-272 424 500		-272 424 500	-253 054 820	19 369 680
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-45 972 900	-716 000	-46 688 900	-39 695 189	6 993 711
Budgetkredit Investitionsrechnung	-12 490 000		-12 490 000	-7 080 997	5 409 003
5920 Verkehrsfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	19 356 000		19 356 000	15 652 412	-3 703 588
Budgetkredit Investitionsrechnung	-205 026 000		-205 026 000	-154 397 360	50 628 640
5921 Flughafenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	8 439 500		8 439 500	9 613 040	1 173 540
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
5925 Strassenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	50 874 700	-20 000 000	30 874 700	99 017 000	68 142 300
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6 Gesundheitsdirektion					
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-23 285 200		-23 285 200	-21 096 985	2 188 215
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 050 000		-1 050 000	-141 178	908 822
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-16 998 900		-16 998 900	-14 750 010	2 248 890
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 000 000		-3 000 000	-1 243 556	1 756 444
6200 Prävention und Gesundheitsförderung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-6 930 000		-6 930 000	-5 874 157	1 055 843
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-668 000 000		-668 000 000	-666 424 411	1 575 589
Budgetkredit Investitionsrechnung	-158 830 000		-158 830 000	-143 622 846	15 207 154

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2011 Kantonsrat (14.12.2010)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2011 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2011	Abweichung + besser, - schlechter
6400 Psychiatrische Versorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-231 500 000		-231 500 000	-227 360 840	4 139 160
Budgetkredit Investitionsrechnung	-21 850 000		-21 850 000	-14 128 108	7 721 892
6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-80 130 900		-80 130 900	-80 839 058	-708 158
Budgetkredit Investitionsrechnung	-14 000 000		-14 000 000	-22 944 682	-8 944 682
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-375 900 000		-375 900 000	-359 833 658	16 066 342
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6900 Tierseuchenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-549 000		-549 000	-351 828	197 172
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6999 Lohnnachzahlungen Berufe im Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	166 500	166 500
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
7 Bildungsdirektion					
7000 Bildungsverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-79 603 875	-609 000	-80 212 875	-72 676 595	7 536 280
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 100 000	-50 000	-2 150 000	-1 522 766	627 234
7100 Lehrmittelverlag					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	2 731 300		2 731 300	4 024 628	1 293 328
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
7200 Volksschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-548 520 000		-548 520 000	-546 918 296	1 601 704
Budgetkredit Investitionsrechnung	-13 750 000		-13 750 000	-12 093 619	1 656 381
7301 Mittelschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-345 780 800		-345 780 800	-338 831 463	6 949 337
Budgetkredit Investitionsrechnung	-22 355 000	-1 360 000	-23 715 000	-16 345 207	7 369 793
7306 Berufsbildung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-358 843 800		-358 843 800	-341 446 532	17 397 268
Budgetkredit Investitionsrechnung	-43 864 400	-3 120 000	-46 984 400	-34 574 912	12 409 488
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-568 957 000		-568 957 000	-568 070 635	886 365
Budgetkredit Investitionsrechnung	-52 840 000		-52 840 000	-29 907 974	22 932 026
7402 Sonstige universitäre Leistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-52 900 000		-52 900 000	-59 745 286	-6 845 286
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 500 000		-1 500 000	-1 507 187	-7 187
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-341 506 000	-8 500 000	-350 006 000	-334 358 068	15 647 932
Budgetkredit Investitionsrechnung	-36 420 000		-36 420 000	-24 364 108	12 055 892

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2011 Kantonsrat (14.12.2010)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2011 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2011	Abweichung + besser, - schlechter
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-48 400 000		-48 400 000	-51 647 109	-3 247 109
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
7501 Jugend- und Familienhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-124 276 100		-124 276 100	-124 853 304	-577 204
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 000 000	-56 000	-4 056 000	-4 061 090	-5 090
7502 Berufs- und Studienberatung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-19 822 500		-19 822 500	-17 801 655	2 020 845
Budgetkredit Investitionsrechnung	-500 000		-500 000	-63 973	436 027
7930 Berufsbildungsfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	2 950 000		2 950 000	-93 517	-3 043 517
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8 Baudirektion					
8000 Generalsekretariat (GS)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-30 130 100		-30 130 100	-28 478 651	1 651 449
Budgetkredit Investitionsrechnung	-630 000		-630 000	-595 473	34 527
8100 Hochbauamt (HBA)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-21 538 714		-21 538 714	-20 360 167	1 178 547
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8300 Amt für Raumordnung und Vermessung (ARV)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-20 688 900	-205 000	-20 893 900	-19 769 791	1 124 109
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 150 000		-2 150 000	-2 022 995	127 005
8400 Tiefbauamt (TBA)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-209 509 700	-20 000 000	-229 509 700	-214 355 336	15 154 364
Budgetkredit Investitionsrechnung	-168 235 000		-168 235 000	-130 169 640	38 065 360
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-99 587 000	-2 254 000	-101 841 000	-101 287 415	553 585
Budgetkredit Investitionsrechnung	-27 850 800	-9 145 000	-36 995 800	-46 141 377	-9 145 577
8510 Altlasten					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 144 000		-1 144 000	-627 143	516 857
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8700 Immobilienamt (IMA)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-28 724 375		-28 724 375	-24 562 254	4 162 121
Budgetkredit Investitionsrechnung	-20 790 000		-20 790 000	-18 900 567	1 889 433
8710 Liegenschaftenerfolg					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-6 610 900		-6 610 900	-1 521 888	5 089 012
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-63 246 300	-410 000	-63 656 300	-57 330 665	6 325 635
Budgetkredit Investitionsrechnung	-13 595 000	-60 000	-13 655 000	-12 745 950	909 050

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2011 Kantonsrat (14.12.2010)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2011 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2011	Abweichung + besser, - schlechter
8910 Natur- und Heimatschutzfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 735 800		-4 735 800	-4 735 069	731
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 399 500		-3 399 500	-3 378 378	21 122
8940 Denkmalpflegefonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-536 376		-536 376	792 353	1 328 729
Budgetkredit Investitionsrechnung	-9 200 000		-9 200 000	-4 951 645	4 248 355
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	284 500		284 500	483 637	199 137
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8960 Deponiefonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 018 000		1 018 000	1 298 937	280 937
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8970 Kantonaler Waldfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	24 700		24 700	24 681	-19
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8980 Wildschadenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-90 500		-90 500	482 352	572 852
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)					
9000 Kantonsrat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-9 519 300		-9 519 300	-9 115 479	403 821
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9020 Finanzkontrolle					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 168 400		-4 168 400	-3 983 267	185 133
Budgetkredit Investitionsrechnung	-160 000		-160 000	-212 832	-52 832
9030 Obergericht und angegliederte Gerichte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-44 585 600		-44 585 600	-37 138 368	7 447 232
Budgetkredit Investitionsrechnung	-28 730 000	-22 448 000	-51 178 000	-51 689 482	-511 482
9040 Bezirksgerichte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-105 199 500	-55 000	-105 254 500	-109 177 064	-3 922 564
Budgetkredit Investitionsrechnung	-8 185 000	-377 000	-8 562 000	-11 091 535	-2 529 535
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	24 875 600	-170 000	24 705 600	65 336 855	40 631 255
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 775 000	-210 000	-3 985 000	-2 363 553	1 621 447
9061 Kassationsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-3 173 000		-3 173 000	-1 730 750	1 442 250
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9062 Landwirtschaftsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-17 500		-17 500	-15 070	2 430
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2011 Kantonsrat (14.12.2010)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2011 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2011	Abweichung + besser, - schlechter
9063 Verwaltungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-6 438 500		-6 438 500	-6 487 566	-49 066
Budgetkredit Investitionsrechnung	-150 000		-150 000	-154 766	-4 766
9064 Sozialversicherungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-13 128 000		-13 128 000	-12 790 501	337 499
Budgetkredit Investitionsrechnung	-300 000		-300 000	-119 048	180 952
9065 Baurekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 731 300		-4 731 300	-3 849 669	881 631
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9066 Steuerrekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 376 800		-2 376 800	-2 211 851	164 949
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9070 Ombudsmann					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 213 700		-1 213 700	-1 146 483	67 217
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9071 Datenschutzbeauftragter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 039 700		-2 039 700	-1 920 913	118 787
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)					
9300 Zürcher Verkehrsverbund					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-195 324 500		-195 324 500	-175 954 820	19 369 680
Staatsbeiträge zum Ausgleich	195 324 500		195 324 500	175 954 820	-19 369 680
+ Gewinn / - Verlust	-		-	-	-
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9510 Universitätsspital Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-263 800 000		-263 800 000	-267 159 740	-3 359 740
Staatsbeiträge zum Ausgleich	263 800 000		263 800 000	271 968 818	8 168 818
+ Gewinn / - Verlust	-		-	4 809 078	4 809 078
Budgetkredit Investitionsrechnung	-52 900 000		-52 900 000	-46 900 970	5 999 030
9520 Kantonsspital Winterthur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-101 246 000		-101 246 000	-98 673 247	2 572 753
Staatsbeiträge zum Ausgleich	101 246 000		101 246 000	102 585 960	1 339 960
+ Gewinn / - Verlust	-		-	3 912 713	3 912 713
Budgetkredit Investitionsrechnung	-25 570 000	-6 340 000	-31 910 000	-19 700 563	12 209 437
9600 Universität					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-572 407 000		-572 407 000	-566 801 727	5 605 273
Staatsbeiträge zum Ausgleich	572 407 000		572 407 000	572 407 000	-
+ Gewinn / - Verlust	-		-	5 605 273	5 605 273
Budgetkredit Investitionsrechnung	-35 240 000		-35 240 000	-50 948 359	-15 708 359

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2011 Kantonsrat (14.12.2010)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2011 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2011	Abweichung + besser, - schlechter
9690 Zentralbibliothek					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-27 159 800		-27 159 800	-27 319 502	-159 702
Staatsbeiträge zum Ausgleich	27 159 800		27 159 800	27 333 120	173 320
+ Gewinn / - Verlust	-		-	13 618	13 618
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 875 000		-1 875 000	-2 494 484	-619 484
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-156 202 000	-3 675 000	-159 877 000	-126 085 147	33 791 853
Staatsbeiträge zum Ausgleich	156 202 000	-4 825 000	151 377 000	140 000 000	-11 377 000
+ Gewinn / - Verlust	-		-	13 914 853	13 914 853
Budgetkredit Investitionsrechnung	-10 000 000	-940 000	-10 940 000	-9 114 283	1 825 717
9720 Zürcher Hochschule der Künste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-81 200 000		-81 200 000	-76 298 953	4 901 047
Staatsbeiträge zum Ausgleich	81 200 000		81 200 000	82 213 411	1 013 411
+ Gewinn / - Verlust	-		-	5 914 458	5 914 458
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 000 000		-2 000 000	-2 487 880	-487 880
9740 Pädagogische Hochschule Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-94 050 000	-4 825 000	-98 875 000	-88 422 356	10 452 644
Staatsbeiträge zum Ausgleich	94 050 000	4 825 000	98 875 000	96 349 000	-2 526 000
+ Gewinn / - Verlust	-		-	7 926 644	7 926 644
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 500 000		-2 500 000	-699 476	1 800 524
9800 Stiftungen und Legate ohne Rechtspersönlichkeit					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	325 863	325 863
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)					
9100 Beamtenversicherungskasse					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	168 100 000		168 100 000	-866 428 607	-1 034 528 607
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9200 Arbeitslosenkasse					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	-100 000	-100 000
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-

Legende:

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung

Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben

Rücklagen und Gewinnverwendung

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Bildung von Rücklagen von Fr. 4 282 500 zulasten der Rechnung 2011. Für das Jahr 2010 beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat Rücklagen von Fr. 4 126 671. Diese hat der Kantonsrat am 11. Juli 2011 mit dem Geschäftsbericht 2010 genehmigt.

Rücklagen können beantragt werden, wenn eine Leistungsgruppe aufgrund effizienter Leistungserbringung besser abschliesst als budgetiert (vgl. § 23 Abs. 1 CRG). Gemäss § 16 Abs. 1 Finanzcontrollingverordnung (FCV) darf die Bildung neuer Rücklagen jährlich 2% des Lohnaufwands einer Leistungsgruppe nicht übersteigen; Rücklagen dürfen bis höchstens 5% des Lohnaufwands gebildet werden.

Leistungsgruppe	Bildung von Rücklagen 2010	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand (Zunahme+/ Abnahme- gegenüber Vorjahr)
1000 Regierungsrat u. Staatskanzlei	0	524 281	- 22 567	0	501 714	- 22 567
2201 Generalsekretariat JI	+ 63 000	367 291	- 14 220	21 000	374 072	+ 6 781
2204 Strafverfolgung Erwachsene	0	2 465 007	0	0	2 465 007	0
2205 Jugendstrafrechtspflege	0	94 531	0	0	94 531	0
2206 Amt für Justizvollzug	+1 134 000	4 029 914	-1 136 823	0	2 893 091	-1 136 823
2207 Gemeindeamt	+ 120 000	140 300	- 108 050	0	32 250	- 108 050
2221 Handelsregisteramt	0	323 737	0	0	323 737	0
2223 Statistisches Amt	+ 22 000	168 303	- 15 389	5 000	157 914	- 10 389
2224 Staatsarchiv	0	243 973	0	0	243 973	0
2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen	+ 44 000	44 000	- 44 000	0	0	- 44 000
2232 Fachstelle Opferhilfe	0	14 962	- 4 786	15 000	25 176	+ 10 214
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Mann und Frau	0	18 796	- 6 448	11 000	23 348	+ 4 552
2234 Fachstelle Kultur	+ 16 000	18 022	- 15 249	17 000	19 773	+ 1 751
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	+ 3 000	18 305	- 2 373	8 000	23 933	+ 5 627
2251 Bezirksräte	+ 56 000	303 704	- 47 920	40 000	295 785	- 7 919
3000 Generalsekretariat, Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	0	9 730	- 9 730	20 000	20 000	+ 10 270
3100 Kantonspolizei	0	1 998 000	- 451 000	500 000	2 047 000	+ 49 000
3200 Strassenverkehrsamt	+ 300 000	628 090	- 302 698	300 000	625 392	- 2 698

Leistungsgruppe	Bildung von Rück- lagen 2010	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand (Zunahme+/ Abnahme- gegenüber Vorjahr)
3300 Migrationsamt	0	115 756	- 52 868	50 000	112 888	- 2 868
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	+ 30 000	30 799	- 29 558	30 000	31 241	+ 442
3500 Sozialamt	+ 100 000	272 019	- 41 022	0	230 997	- 41 022
3600 Statthalterämter	+ 50 000	167 646	- 58 478	50 000	159 168	- 8 478
4000 Generalsekretariat FD	+ 20 000	83 553	- 13 637	9 800	79 716	- 3 837
4100 Finanzverwaltung	+ 13 500	222 152	- 8 010	18 000	232 142	+ 9 990
4300 Amt für Tresorerie	0	17 405	0	0	17 405	
4400 Steuern Betriebsteil	0	1 873 262	0	0	1 873 262	0
4500 Personalamt	0	298 696	- 12 014	0	286 682	- 12 014
4600 Direktionsübergreifende Informatik	0	8 226	- 929	0	7 297	- 929
4700 Drucksachen und Material	0	410 613	0	0	410 613	0
5000 Generalsekretariat (GS)	0	98 025	- 14 877	0	83 148	- 14 877
5205 Amt für Verkehr (AFV)	0	234 235	- 15 915	0	218 320	- 15 915
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	+ 100 000	1 939 625	- 74 512	100 000	1 965 113	+ 25 488
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	+ 170 000	599 663	- 148 419	150 000	601 244	+ 1 581
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	+ 54 000	634 442	- 41 114	81 000	674 328	+ 39 886
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	0	206 711	- 126 105	100 000	180 606	- 26 105
6400 Psychiatrische Versorgung 1)	-4 071 740	411 594	- 131 805	527 751	807 540	+ 395 946
7000 Bildungsverwaltung	0	883 000	0	0	883 000	0
7301 Mittelschulen	0	6 988 556	0	0	6 988 556	0
7306 Berufsbildung	0	1 000 000	0	0	1 000 000	0
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	0	4 000 000	0	0	4 000 000	0
8000 Generalsekretariat	+ 50 000	386 055	- 8 627	50 000	427 428	+ 41 373
8100 Hochbauamt	+ 100 000	268 821	0	100 000	368 821	+ 100 000
8300 Amt für Raumentwicklung	+ 100 000	359 600	0	0	359 600	0
8400 Tiefbauamt	0	1 532 909	- 144 912	0	1 387 997	- 144 912
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	+ 100 000	752 302	- 83 795	100 000	768 507	+ 16 205
8700 Immobilienamt	+ 50 000	332 335	- 73 835	50 000	308 500	- 23 835
8800 Amt für Landschaft und Natur	+ 200 000	691 883	- 58 410	100 000	733 473	+ 41 590
9000 Kantonsrat und Parlamentdienste	0	22 719	0	0	22 719	0

Leistungsgruppe	Bildung von Rücklagen 2010	Bestand 31.12.2010 plus Bildung 2010	Auflösung 2011	Antrag Bildung 2011 (verbucht 2012)	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Veränderung Bestand (Zunahme+/ Abnahme- gegenüber Vorjahr)
9020 Finanzkontrolle	+ 20 000	98 000	- 10 800	20 000	107 200	+ 9 200
9030 Obergericht und angegliederte Gerichte	+ 250 000	638 980	- 136 111	350 000	852 869	+ 213 889
9040 Bezirksgerichte	+ 400 000	2 242 414	- 455 245	254 700	2 041 869	- 200 545
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	0	651 123	- 67 575	200 000	783 548	+ 132 425
9061 Kassationsgericht	0	73 868	- 2 998	0	70 870	- 2 998
9063 Verwaltungsgericht	+ 107 171	262 256	- 49 200	0	213 056	- 49 200
9064 Sozialversicherungsgericht	0	303 275	- 33 688	0	269 587	- 33 688
9065 Baurekursgericht	0	226 315	- 12 956	0	213 359	- 12 956
9066 Steuerrekursgericht	+ 16 000	115 570	- 18 867	7 000	103 703	- 11 867
9070 Ombudsmann	0	13 039	0	0	13 039	0
9071 Datenschutzbeauftragter	0	9 911	0	25 000	34 911	+ 25 000
Total Verwaltung 2)	- 383 069	40 888 299	-4 107 535	3 310 251	40 091 018	- 797 282
9300 Zürcher Verkehrsverbund	0	267 707	0	0	267 707	0
Total Verwaltung und unselbständige Anstalten 2)	- 383 069	41 156 006	-4 107 535	3 310 251	40 358 725	- 797 282

- 1) Psychiatrische Versorgung; Der Betrag für die Bildung von Rücklagen 2011 entspricht dem Saldo von beantragten Rücklagen (Fr. +1 500 000) und aufgelösten Rücklagen zur Deckung von Verlusten im Jahresergebnis zweier Betriebe (Fr. -972 249).
- 2) Der Betrag für die Bildung von Rücklagen ist netto abgebildet. Neben den Anträgen zur Rücklagenbildung umfasst er die Rücklagenauflösung zur Deckung von Verlusten in psychiatrischen Betrieben der Leistungsgruppe Nr. 6400.

Die Leistungsgruppen in den Direktionen des Regierungsrates und der Zürcher Verkehrsverbund als unselbständige Anstalt beantragen für 2011 Rücklagen von 4,3 Mio. Franken. Sie werden erst im 2012 - nach Genehmigung durch den Kantonsrat - verbucht. Gleichzeitig löst der Regierungsrat Rücklagen von rund 1,0 Mio. Franken auf, um Verluste in zwei psychiatrischen Anstalten zu decken (vgl. § 16 Abs. 2 FCV). Diese Auflösung wird ebenfalls im 2012 verbucht. Per Saldo beträgt die beantragte Rücklagenbildung 3,3 Mio. Franken, wie in der vorangehenden Tabelle ausgewiesen. Weiter wurden von den Leistungsgruppen im 2011 Rücklagen in Höhe von 4,1 Mio. Franken verwendet und unmittelbar aufgelöst. Gesamthaft verringert sich der Rücklagenbestand per 31. Dezember 2011 einschliesslich der beantragten Bildung um rund 0,8 Mio. Franken oder 2% auf 40,4 Mio. Franken.

Folgende Leistungsgruppen nahmen aus aufgelösten Rücklagen Sachaufwendungen von mehr als Fr. 50 000 vor:

Leistungsgruppe	Verwendungszweck	Betrag Fr.
2206 Amt für Justizvollzug	Temporär finanzierte Anstellungen	718 050
	Interne Führungsausbildung für Mitarbeitende	125 641
	Gemeinschafts-/Gesundheitsfördernde Massnahmen	100 259
3100 Kantonspolizei	Beschaffung von Überziehschutzwesten für Frontdienst leistende Polizeiangehörige	451 000
3200 Strassenverkehrsamt	Förderung des Fahrsicherheitsverhaltens	57 000
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Projektdefinition und Konzeptplanung für Renovation der Herstellräumlichkeiten der Kantonsapotheke Zürich	126 105
6400 Psychiatrische Versorgung	Personalanlässe Psychiatrische Universitätsklinik	131 805
8400 Tiefbauamt	Diverse Ausgaben für Personalzwecke	144 912
8500 AWEL	Anlässe und Gesundheitsvorsorge	83 795
8700 Immobilienamt	Personalanlässe und Früchte	73 835
9030 Obergericht	Personalförderungsmassnahmen (Anlässe etc.)	74 000
9040 Bezirksgerichte	Personalförderungsmassnahmen (Anlässe etc.)	314 000
	Unterhalt, Geräte und Ersatz von Mobiliar	82 000
	Einsatz zusätzlicher Personalressourcen	59 000

Gewinnverwendung

Die selbstständigen Anstalten legen dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor (vgl. § 50 Abs. 3 FCV). Die Verwendung der Gewinne 2011 wird erst nach der Genehmigung des Kantonsrates verbucht. Die folgende Tabelle zeigt die Anträge der selbstständigen Anstalten. Sie sind in den jeweiligen Leistungsgruppenrechnungen begründet.

Leistungsgruppe	Antrag auf Gewinnverwendung (in Fr.)
9510 Universitätsspital Zürich	4 800 000
9520 Kantonsspital Winterthur	3 912 712.85
9600 Universität Zürich	5 605 272.71
9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften	3 100 000
9720 Zürcher Hochschule der Künste	7 765 517.20
9740 Pädagogische Hochschule	5 421 643.59
Total Gewinnverwendung	30 605 146.35



Glattfelden: Kraftwerk Glattfelden-Eglisau der NOK

Beilagen zum Finanzbericht

Kreditübertragungen	652
Bewilligte Kreditüberschreitungen	656
Entwicklung der letzten acht Jahre	658
Kennzahlen der Finanzlage des Kantons	661
Tabellen zu 2011	666
Mehrjahresvergleiche	674
Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	683

Kreditübertragungen

Die Tabelle zeigt die Kreditübertragungen für verzögerte Vorhaben, die dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht werden. Kann ein Vorhaben innerhalb der Rechnungsperiode nicht abgeschlossen werden, können die im Budgetkredit eingestellten, noch nicht beanspruchten Mittel auf die neue Rechnung übertragen werden (§ 25 Abs. 1 CRG).

- Eine Kreditübertragung ist höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budgetkredit einschliesslich Nachtragskredite im Berichtsjahr und Kreditübertragungen aus dem Vorjahr sowie Rechnung der Leistungsgruppe zulässig (§ 20 Abs. 1 FCV).
- Die Vorgabe "Kreditübertragung höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budget und Rechnung" gilt nicht nur für die Leistungsgruppe, sondern auch für das einzelne Vorhaben.
- Kreditübertragungen unterhalb von Fr. 50 000 je Vorhaben sind nur in Leistungsgruppen zulässig, deren Budgetkredit des Folgejahres nicht höher ist als Fr. 100 000 (§ 20 Abs. 2 FCV).
- Kreditübertragungen erhöhen das Budget 2012 (§ 21 Abs. 3 FCV).

Insgesamt wurden 80 Kreditübertragungen (Vorjahr: 89) bewilligt, davon 43 in der Erfolgsrechnung mit insgesamt 21,2 Mio. Franken (Vorjahr: 43 Kreditübertragungen über 17,3 Mio. Franken) und 37 in der Investitionsrechnung mit insgesamt 30,6 Mio. Franken (Vorjahr: 46 Kreditübertragungen über 52,3 Mio. Franken).

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.	
Erfolgsrechnung			
2201	Generalsekretariat JI	Umsetzung HR-Strategie	+190 000
2224	Staatsarchiv	Projekt Informationsverwaltung Staatsarchiv	+190 000
2241	Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	EKIM - Entwicklung kantonales Integrationsprogramm und begleitende Massnahmen	+148 000
2270	Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften	Abtretungen kirchliche Liegenschaften	+2 656 000
4100	Finanzverwaltung	Einführung Internes Kontrollsystem	+117 000
		Organisationsentwicklung CC SAP	+140 000
		Softwarelösung GRC dipsIN / Mammut	+50 000
5300	Amt für Wirtschaft und Arbeit	Entwicklung von zusätzlichen Cluster Management-Instrumenten	+200 000
		Markterschliessung gemäss Strategie in Zusammenarbeit mit Greater Zurich Area und anderen Partnern (Osec, Big4)	+150 000
		ISDM: Institutionalisierung der Zusammenarbeit und Umsetzung gemeinsamer Aktivitäten	+150 000

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.
7000 Bildungsverwaltung	ICT avanti (Konzept Informations- und Kommunikationstechnologie für Volksschule)	+110 000
	Englisch Sekundarstufe, Neuausrichtung inkl. Lehrmitteleinführung Voices (NQES)	+200 000
	Neue Stellenbörse Volksschulamt	+75 000
	Diagnoseinstrument (Erfassung von Kindern mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen)	+50 000
	Handreichung Sonderschulung im Kanton Zürich	+50 000
	Weiterbildungsangebote Neugestaltung 3. Sek	+70 000
	Projekt Grundstufe	+90 000
	Internet-Auftritt	+100 000
	Projekt Intranet Sek II und Kompass-Module	+150 000
7301 Mittelschulen	Zentrale Koordinationsstelle: Intranet Erneuerung Mittelschulen	+100 000
7306 Berufsbildung	KV Zürich: Help Desk Tool	+100 000
	Allgemeine Berufsschule Zürich: Erneuerung der Informatik-Infrastruktur	+68 000
	Zentrale Koordinationsstelle: Bili-Projekt	+110 000
	Berufsbildungszentrum Dietikon: Bauliche Zustandsanalyse und Ausführung eines Architekturwettbewerbs	+400 000
7406 Zürcher Fachhochschule	vgl. Antrag Kreditübertragung 9710 ZHAW	+10 800 000
	vgl. Antrag Kreditübertragung 9740 PHZH	+2 505 000
8510 Alllasten	Kostenverteilung "Wohnüberbauung Goldbach, Küssnacht"	+240 000
8700 Immobilienamt	Überprüfung Immobilienmanagement	+784 000
8800 Amt für Landschaft und Natur	Projekt Agrovet; Phase Vorstudie (Strickhof)	+195 000
	Ressourcenprojekt Ammoniak Kanton Zürich (Abteilung Landwirtschaft)	+300 000
	Waldbodenkartierung (Fachstelle Bodenschutz)	+430 000
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste	Parlamentarische Untersuchungskommission BVK	+116 000
	Ersatzbeschaffung PC im Rathausekretariat	+49 000
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	Komplexere IT-Struktur	+100 000
9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften	F&E	+475 000
	Lehre	+2 250 000
	Zentrums-, Kompetenzaufbau / Führungsausbildung	+1 460 000
	Strategie / Kundendienstleistungen	+2 030 000
	Infrastruktur & Systeme	+4 585 000
9740 Pädagogische Hochschule Zürich	Einführung QUEST 2011 (Nachtragskredit)	+1 795 000
	F&E - Forschungsfelder	+260 000
	Entwicklung Fachbereiche	+300 000
	Einführung Elektronisches Personaldossier (inkl. Dossier Studierende)	+150 000

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.	
Summe Erfolgsrechnung*		+21 183 000	
* Der Betrag der Kreditübertragungen der LG Nr. 7406 bzw. 9710 und 9740 von je 13,3 Mio. Franken wurde nur einmal gezählt.			
Investitionsrechnung			
2206	Amt für Justizvollzug	Umbau und Erweiterung Geschlossene Abteilung Massnahmenzentrum Uitikon	+2 484 000
2270	Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften	Sanierung Grossmünster & Kappel	+644 000
3100	Kantonspolizei	Kripo-Gebäude, Zeughausstr. 11/21, Zürich (Bauliche Brandschutzmassnahmen)	+359 000
3400	Amt für Militär und Zivilschutz	Zeughaus, Zürich (Fassadensanierung, Gebäude B)	+598 000
		Ausbildungszentrum Andelfingen (Neu- und Umbau Übungsdorf)	+330 000
		Ausbildungszentrum Andelfingen (Neugestaltung Umgebung)	+135 000
		Waffenplatz Reppischtal, Zürich-Birmensdorf (Anpas- sung Strassen an Armee XXI)	+850 000
		Waffenplatz Reppischtal, Zürich-Birmensdorf (Fuss- gängerbrücke Reppisch)	+450 000
		Waffenplatz Reppischtal, Zürich-Birmensdorf (Sanie- rung Hangrutsche / Drainagen)	+100 000
6100	Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	Neubau Tierheim	+1 756 000
6400	Psychiatrische Versorgung	Einführung Klinikinformationssystem (KIS) bei der In- tegrierten Psychiatrie Winterthur	+361 000
7301	Mittelschulen	Kantonsschule Bülrain: Ersatz- und Ergänzungsbau	+1 200 000
		Kantonsschule Zürcher Oberland: Kleiner Spezial- trakt Gesamtsanierung	+450 000
		Kantonsschule Glattal	+2 000 000
7306	Berufsbildung	Allgemeine Berufsschule Zürich: Erneuerung der In- formatik-Infrastruktur	+220 000
		Bildungszentrum Zürichsee: Anschaffung Schulmobi- liar	+50 000
		Berufsbildungsschule Winterthur: Aufstockung Turn- hallen	+300 000
		Berufsbildungszentrum Zürichsee, Horgen: Erweite- rungsbau	+800 000
8800	Amt für Landschaft und Natur	Traktor Steyr CVT 6160 (Ersatz für John Deere 6420S, Jg. 2002, Staatswald Kyburg)	+174 000
		Hälterung Wangen (Fischerei- und Jagdverwaltung)	+70 000
		Unterstand Wangen (Fischerei- und Jagdverwaltung)	+200 000
		Technische Erneuerungen Stäfa (Fischerei- und Jagdverwaltung)	+450 000
9060	Notariate, Grundbuch- und Kon- kursämter	Elektronisches Grundbuch	+1 621 000

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.
9510 Universitätsspital Zürich	Beschaffung/Installationen im Zusammenhang mit Umbau OP-Bereich Nord 2C	+1 600 000
	Beschaffung/Installationen Angiografie-Anlage OPS C20	+1 300 000
	Beschaffung spezieller Chromstahl-Arbeitsplätze im Zusammenhang mit Zwischensanierung Pathologie	+1 600 000
	Spitalübergreifendes Bildbewirtschaftungssystem (PACS).	+500 000
9520 Kantonsspital Winterthur	Beschaffung Patient Data Management System (PDMS) für Zentrum für Intensivmedizin (ZIM)	+400 000
	Teilerneuerung IT-Center	+267 000
	Beschaffung Hardware für elektronisches Archivsystem	+300 000
	Beschaffung Computertomograph	+967 000
	Beschaffung Linearbeschleuniger	+3 134 000
	Ersatzbeschaffung Röntgenanlagen	+1 300 000
	Beschaffung Angiografieanlage (Upgrade 2006)	+1 600 000
	Ersatzbeschaffung mobiles Röntgengerät	+300 000
	Ersatzbeschaffung Respiratoren	+490 000
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	Projektverschiebung Kundenbeziehungsmanagement; Ausstattungsinvestitionen für verzögerte Raumprojekte, Abwicklung Anlagen Telemetriesystem und mobile Gär-/Lagertanks.	+1 230 000
Summe Investitionsrechnung		+30 590 000

Bewilligte Kreditüberschreitungen

Bewilligte Kreditüberschreitungen werden dem Kantonsrat im Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht (vgl. § 22 Abs. 3 CRG).

Die Direktionen haben im 2011 vier Kreditüberschreitungen in der Erfolgsrechnung im Betrag von 38,6 Mio. Franken bewilligt. In der Investitionsrechnung wurden vier Kreditüberschreitungen von 26,7 Mio. Franken bewilligt.

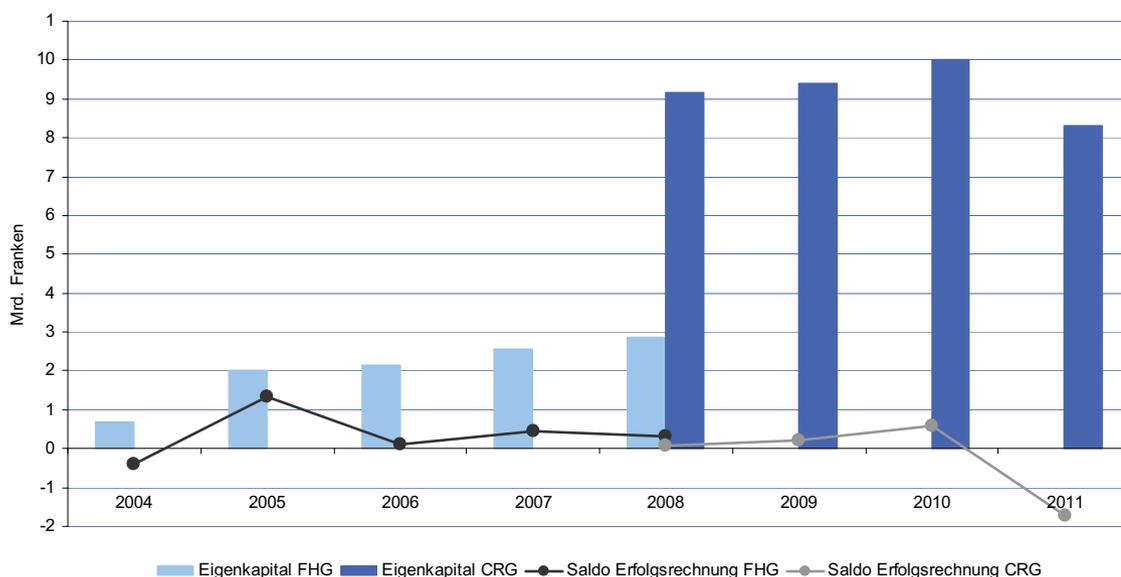
Bewilligte Kreditüberschreitungen (in Franken)

Erfolgsrechnung			Bewilligte Kreditüber- schreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2011
2215	Finanz- und Lastenausgleich	Höhere Steuerfussausgleichszusicherungen (Fr. 20 613 220) und geringere Rückerstattungen von Steuerfussausgleichsbeträgen (Fr. 14 075 000) gegenüber den Gemeinden.	34 688 220	-37 538 220
2215	Finanz- und Lastenausgleich	Der Lastenausgleich an die Stadt Zürich für die Bereiche Ortspolizei, Kultur und Sozialhilfe wurde durch den Regierungsrat der Teuerung angepasst (RRB Nr. 433/2011). Die fehlende Kreditdeckung für die Teuerungsanpassung wurde wegen Dringlichkeit mittels Kreditüberschreitung durch die Direktion bewilligt.	2 850 000	-37 538 220
5205	Amt für Verkehr	Mehrleistungen (verrechnete Stunden) und Mehraufwand (Dienstleistungen Dritter) bzgl. Arbeiten für die Agglomerationsprogramme. Diese wurden - abgestimmt auf die Planungen und Vorgaben des Bundes - gegen Ende 2011 stark intensiviert. Sie sind Voraussetzung für die Ausrichtung von höheren Beiträgen des Bundes an den Kanton. Erste Bundesbeiträge an die Agglomerationsprojekte in der Höhe von 61,5 Mio. Franken wurden 2011 an den Kanton ausgerichtet.	469 604	+1 647 414

7501	Jugend und Familienhilfe	Mehraufwand Stipendienbeiträge (3,2 Mio.) infolge Zunahme Stipendienberechtigter und höherer Elternfreibeiträge (BiG §16ff und StipVO), der nur teilweise in anderen Bereichen kompensiert werden konnte.	577 204	-577 204
Total Erfolgsrechnung			38 585 028	
Investitionsrechnung				
2221	Handelsregisteramt	Die "alte Börse" wurde saniert. Da der neue Mietzins für staatliche Institutionen zu hoch war, wurde ein neuer Standort ermittelt. Die Investitionen ergaben sich aufgrund des Umzugs des Handelsregisteramtes an die Schöntalstrasse 5.	430 137	-430 137
2223	Statistisches Amt	Die "alte Börse" wurde saniert. Da der neue Mietzins für staatliche Institutionen zu hoch war, wurde ein neuer Standort ermittelt. Die Investitionen ergaben sich aufgrund des Umzugs des Statistischen Amtes an die Schöntalstrasse 5.	209 004	-209 004
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Durchlaufende Beiträge an Gebäudehüllen im Rahmen des nationalen Förderprogramms (Gebäudeprogramm), welche durch die Regionale Bearbeitungsstelle (RBS) ausgerichtet werden und neu in der Rechnung der Kantone auszuweisen sind.	19 300 000	-9 145 577
8700	Immobilienamt	Kreditüberschreitung für die Erfüllung des Nachtrages vom 17. März 2011 zum Kaufvertrag mit den SBB für das Areal des Justiz- und Polizeizentrums vom 25. Oktober 2002	6 800 000	+1 889 433
Total Investitionsrechnung			26 739 141	
Bewilligte Kreditüberschreitungen total			65 324 169	

1. Entwicklung der letzten acht Jahre

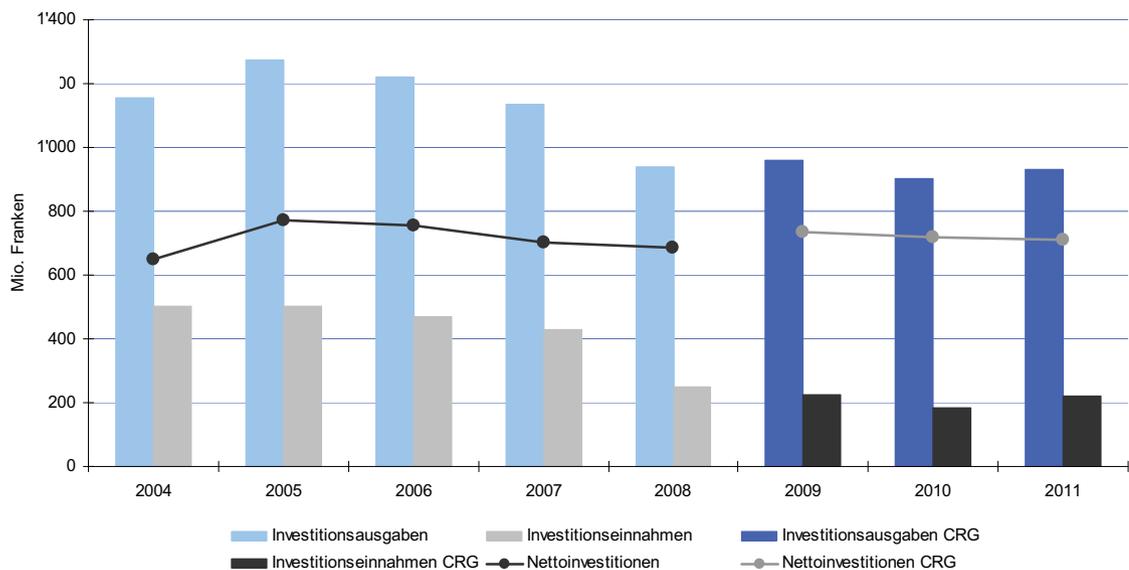
1.1. Saldo Erfolgsrechnung



Der kumulierte Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung 2004 bis 2011 beträgt 849 Mio. Franken oder durchschnittlich rund 106 Mio. Franken pro Jahr. In diesem Wert ist für 2008 die vom Kantonsrat genehmigte Rechnung gemäss FHG (HRM) mit einem Ertragsüberschuss von 315 Mio. Franken berücksichtigt. Der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung 2004 bis 2011 ist damit rückblickend erreicht, trotz des Aufwandüberschusses von rund 1,7 Mrd. Franken im 2011. Dieser Fehlbetrag ist auf die Rückstellung von 2,6 Mrd. Franken für die Sanierung der kantonalen Pensionskasse BVK zurückzuführen. Ohne diesen Sondereffekt hätte 2011 ein Ertragsüberschuss von rund 900 Mio. Franken resultiert.

Der Bestand an Eigenkapital konnte von 2004 bis 2010 fortwährend erhöht werden, mit einer deutlichen Abnahme im 2011 um rund 1,7 Mrd. Franken als Folge der erwähnten Rückstellung für die Sanierung der BVK. Im Zeitraum 2005 bis 2008 erhöhte sich das Eigenkapital von 700 Mio. Franken auf 2,9 Mrd. Franken. Die neue Rechnungslegung gemäss CRG (IPSAS) hatte zur Folge, dass der Eigenkapitalbestand sprunghaft zunahm: Das Restatement der Bilanz 2008 führte zu einem Neubestand des Eigenkapitals von knapp 9,2 Mrd. Franken. Angesichts der zu erwartenden Defizite in den Planjahren 2012-2014 befindet sich der Kanton Zürich mit Blick auf das Eigenkapital trotz der deutlichen Abnahme im 2011 in einer soliden Ausgangsposition.

1.2. Nettoinvestitionen (ohne Darlehen und Beteiligungen)

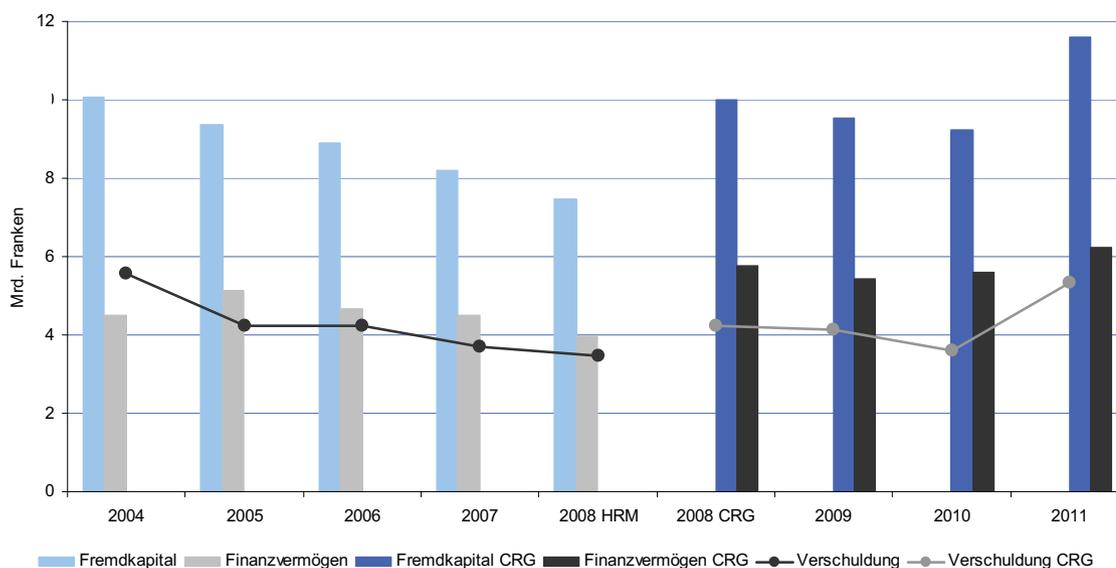


Im Diagramm sind die Investitionsausgaben ohne Darlehen und Beteiligungen, die Investitionseinnahmen ohne Rückzahlung von Darlehen und Übertragung von Beteiligungen dargestellt. Für 2004-2008 sind die Investitionen gemäss FHG, ab 2009 gemäss CRG dargestellt. Im Gegensatz zu den Investitionen gemäss FHG beinhalten die Investitionen gemäss CRG zusätzlich die Nettoinvestitionen der Anstalten von jährlich rund 100 Mio. Franken.

Den höchsten Wert in den letzten acht Jahren erreichten die Nettoinvestitionen im Jahr 2005 mit rund 770 Mio. Franken. Durchschnittlich betragen die Nettoinvestitionen zwischen 2004 und 2011 rund 716 Mio. Franken. Im Berichtsjahr 2011 belaufen sich die Nettoinvestitionen ohne Darlehen und Beteiligungen auf 710 Mio. Franken: Investitionsausgaben von rund 930 Mio. Franken standen Investitionseinnahmen von rund 220 Mio. Franken gegenüber.

Legt man den Nettoinvestitionen sämtliche Investitionsausgaben und -einnahmen zugrunde (also einschliesslich Darlehen und Beteiligungen), ergibt sich aus dem Rechnungsergebnis 2011 ein Selbstfinanzierungsgrad von -157%. Das bedeutet rechnerisch, dass für die Finanzierung der Nettoinvestitionen keine Mittel aus der Erfolgsrechnung zur Verfügung standen. Dagegen zeigt die Geldflussrechnung, dass die Nettoinvestitionen aus eingegangenen Mitteln finanziert werden konnten. Wegen der Rückstellung für die BVK-Sanierung hat sich also die Verschuldung stark erhöht, ohne dass dafür liquide Mittel aufgenommen werden mussten.

1.3. Verschuldung der letzten acht Jahre



Das Fremdkapital umfasst sämtliche Verpflichtungen gegenüber Dritten. Zur Ermittlung der finanzpolitisch relevanten Verschuldung sind vom Fremdkapital die passivierten Investitionsbeiträge und das Finanzvermögen abzuziehen. Das Finanzvermögen setzt sich aus jenen Vermögenswerten zusammen, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können.

Das Restatement der Bilanz 2008 hatte eine Erhöhung des Fremdkapitals, des Finanzvermögens und der Verschuldung zur Folge. Die Verschuldung erhöhte sich dadurch von 3,5 Mrd. Franken (gemäss FHG) auf 4,2 Mrd. Franken (gemäss CRG). Sie erreichte nach alter Rechnungslegung im 2004 mit 5,6 Mrd. Franken ihren Höchststand. Stark abgenommen hat die Verschuldung im 2005, als der Golderlös von knapp 1,6 Mrd. Franken das Finanzvermögen erhöhte und das Fremdkapital verminderte. Von 2005 bis 2010 verringerte sich - von der Anpassung an die neue Rechnungslegung im 2008 abgesehen - das Fremdkapital weiterhin, steigt aber 2011 wegen der Rückstellungen für die BVK-Sanierung deutlich von 9,2 auf 11,6 Mrd. Franken. Das Finanzvermögen nimmt zwar gegenüber dem Vorjahr zu, kann aber den Effekt des stark gestiegenen Fremdkapitals nicht kompensieren. Die Verschuldung nimmt 2011 gegenüber dem Vorjahr wegen des massiv negativen Selbstfinanzierungsgrades um fast 50% von 3,6 auf 5,3 Mrd. Franken zu.

Für die Herleitung einer „angemessenen Verschuldung“ kann nicht auf objektive Kriterien abgestellt werden. Während eine tiefe Verschuldung finanzpolitisch wenig Fragen aufwirft, belastet eine hohe Verschuldung die heutigen Steuerzahler, birgt aufgrund der Zinssatzschwankungen ein Risiko und schränkt den Handlungsspielraum kommender Generationen ein. Deshalb darf die Verschuldung unsere Nachkommen nur in dem Mass belasten, in dem ihnen mit Investitionen ein entsprechender Nutzen weiter gegeben wird.

Kennzahlen der Finanzlage des Kantons Zürich

Bis Rechnung 2008 sind die Kennzahlen auf der Basis des Rechnungsmodells gemäss Finanzhaushaltsgesetz FHG (HRM) berechnet worden. Ab 2009 kommt die neue Rechnungslegung gemäss Gesetz über Controlling und Rechnungslegung CRG (IPSAS) zur Anwendung. Die Kennzahlen gemäss CRG können nicht mit denjenigen gemäss FHG verglichen werden, weshalb auf den Ausweis der Kennzahlen vor 2009 verzichtet wird.

Im Rahmen der aktuellen Harmonisierung des Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2) wurde auch die Methodik der Kennzahlenberechnung angepasst. Die im HRM2 empfohlenen Kennzahlen sind auch für den Kanton Zürich berechnet und im Geschäftsbericht dargestellt. Dies erlaubt einen Vergleich mit anderen Kantonen. Zudem sind wichtige Finanzgrössen des Kantons Zürich als prozentuale Entwicklung zum Startwert 2009 ausgewiesen. Damit können die wesentlichen Entwicklungen über die Zeit verfolgt werden.

In der folgenden Tabelle sind die Kennzahlen des Kantons Zürich dargestellt.

Tabelle : Kennzahlen 2009-2011 des Kantons Zürich

		2009	2010	2011
Entwicklung Aufwand	(in %, 2009 = 100%)	100.0	102.7	126.6 *
Entwicklung Ertrag	(in %, 2009 = 100%)	100.0	105.9	110.9
Entwicklung Staatssteuern	(in %, 2009 = 100%)	100.0	108.9	116.5
Entwicklung Investitionsausgaben	(in %, 2009 = 100%)	100.0	94.4	94.2
Entwicklung Konsolidierte Gesamtausgaben	(in %, 2009 = 100%)	100.0	101.6	126.2 *
Entwicklung Eigenkapital	(in %, 2009 = 100%)	100.0	106.7	88.5 *
Entwicklung Verschuldung	(in %, 2009 = 100%)	100.0	87.7	129.8 *
Entwicklung BIP CH (nominal), Stand März 2012	(in %, 2009 = 100%)	100.0	102.8	105.5
Entwicklung BIP ZH (nominal, BAK), Stand Januar 2012	(in %, 2009 = 100%)	100.0	102.1	104.3

* Die ausgewiesenen Kennzahlen 2011 werden durch die Rückstellung 2011 für Massnahmen zur Sanierung der BVK im Umfang von 2,617 Mrd. Franken stark beeinflusst.

In der folgenden Tabelle sind die Kennzahlen gemäss HRM2 ausgewiesen.

Tabelle : Kennzahlen 2009-2011 gemäss Harmonisierte Rechnungslegung HRM2

		2009	2010	2011
Selbstfinanzierungsgrad	(in %)	112.2	163.2	-156.8 *
Selbstfinanzierungsanteil	(in %)	7.7	10.3	-8.3 *
Bruttoverschuldungsanteil	(in %)	52.9	46.9	40.1
Nettoverschuldungsquotient	(in %)	73.2	59.3	82.6 *
Nettoschuld I pro Einwohner	(in Franken)	3 585	3 152	4 355 *
Nettoschuld II pro Einwohner	(in Franken)	1 079	659	1 917 *
Zinsbelastungsanteil	(in %)	0.8	0.7	0.6
Kapitaldienstanteil	(in %)	5.1	5.1	4.6
Investitionsanteil	(in %)	8.6	7.9	6.2

* Die ausgewiesenen Kennzahlen 2011 werden durch die Rückstellung 2011 für Massnahmen zur Sanierung der BVK im Umfang von 2,617 Mrd. Franken stark beeinflusst.

Die folgenden Definitionen, Bemerkungen, Richtwerte und Aussagen je Kennzahl sind aus dem „Handbuch Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2“ der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren, Ausgabe 2008, entnommen.

Selbstfinanzierungsgrad

Definition	$\frac{\text{Selbstfinanzierung} \times 100}{\text{Nettoinvestitionen}}$ <p>Selbstfinanzierung = Saldo der Erfolgsrechnung + 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen + 366 Abschreibungen Investitionsbeiträge – 466 Auflösung passivierte Investitionsbeiträge – 4490 Aufwertungen Verwaltungsvermögen + 383 Zusätzliche Abschreibungen + 351 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen im Eigenkapital – 451 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen im Eigenkapital + 389 Einlagen in das Eigenkapital – 489 Entnahmen aus dem Eigenkapital</p>
Bemerkung	Je kleiner das Gemeinwesen ist, desto grössere Schwankungen müssen bei dieser Kennzahl hingenommen werden.
Richtwert	Mittelfristig sollte der Selbstfinanzierungsgrad im Durchschnitt gegen 100% sein, wobei auch der Stand der aktuellen Verschuldung eine Rolle spielt. Je nach Konjunkturlage sollte der Selbstfinanzierungsgrad betragen: Hochkonjunktur: über 100 Prozent Normalfall: 80 -100 Prozent Abschwung: 50 - 80 Prozent
Aussage	Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil ihrer Nettoinvestitionen eine öffentliche Körperschaft aus eigenen Mittel finanzieren kann.

Selbstfinanzierungsanteil

Definition	$\frac{\text{Selbstfinanzierung}}{\text{Laufender Ertrag}} \times 100$ Laufender Ertrag = 40 Fiskalertrag + 41 Regalien und Konzessionen + 42 Entgelte + 43 Verschiedene Erträge + 46 Transferertrag
Bemerkung	-
Richtwert	> 20% gut 10%-20% mittel < 10% schlecht
Aussage	Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil ihres Ertrages die öffentliche Körperschaft zur Finanzierung ihrer Investitionen aufwenden kann.

Bruttoverschuldungsanteil

Definition	$\frac{\text{Bruttoschulden (200+(201-2016)+(206-2068))}}{\text{Laufender Ertrag}} \times 100$ Laufender Ertrag = 40 Fiskalertrag + 41 Regalien und Konzessionen + 42 Entgelte + 43 Verschiedene Erträge + 46 Transferertrag
Bemerkung	Der Laufende Ertrag ist der betrieblicher Ertrag ohne durchlaufende Beiträge, Finanzertrag, Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen, ausserordentlicher Ertrag sowie interne Verrechnungen. Die Bruttoschulden werden in Prozent des betrieblichen Ertrages dargestellt, womit die Verschuldungssituation ersichtlich wird.
Richtwert	< 50%: sehr gut 50%-100%: gut 100%-150%: mittel 150% -200%: schlecht > 200%: kritisch
Aussage	Grösse zur Beurteilung der Verschuldungssituation bzw. zur Frage, ob die Verschuldung in einem angemessenen Verhältnis zu den erwirtschafteten Erträgen steht.

Nettoverschuldungsquotient

Definition	$\frac{20 \text{ Fremdkapital (-2068)} - 10 \text{ Finanzvermögen}}{40 \text{ Fiskalertrag}}$
Bemerkung	Als Bezugsgrösse wären auch nur die direkten Steuern der natürlichen Personen (400) und die direkten Steuern der juristischen Personen (401) denkbar.
Richtwert	< 100%: gut 100%-150%: genügend > 150%: schlecht
Aussage	Welcher Anteil der Fiskalerträge, bzw. wieviel Jahreststranchen wären erforderlich, um die Nettoschuld abzutragen.

Nettoschuld I oder II in Franken pro Einwohner

Definition	Nettoschuld I pro Einwohner <u>20 Fremdkapital - 10 Finanzvermögen</u> Kantonsbewohner
	Nettoschuld II pro Einwohner Verwaltungsvermögen (14) - Darlehen sowie Beteiligungen/Grundkapitalien (Teile <u>144/145) - Eigenkapital (29)</u> Kantonsbewohner

Bemerkung -

Richtwert (gilt für Nettoschuld I pro Einwohner)	< 0 CHF: Nettovermögen 0-1'000 CHF: geringe Verschuldung 1'001-2'500 CHF: mittlere Verschuldung 2'501-5'000 CHF: hohe Verschuldung > 5'000 CHF: sehr hohe Verschuldung
--	--

Aussage Diese Kennzahl hat nur beschränkte Aussagekraft, da es eher auf die Finanzkraft der Einwohner und nicht auf ihre Anzahl ankommt.

Zinsbelastungsanteil

Definition	<u>340 Zinsaufwand - 440 Zinsertrag x 100</u> Laufender Ertrag
------------	---

Bemerkung -

Richtwert	0-4% = gut 4-9% = genügend 10 % und mehr = schlecht
-----------	---

Aussage Die Grösse sagt aus, welcher Anteil des "verfügbaren Einkommens" durch den Zinsaufwand gebunden ist. Je tiefer der Wert, desto grösser der Handlungsspielraum.

Kapitaldienstanteil

Definition	<u>(Nettozinsaufwand (340-440) + ordentliche Abschreibungen (330+332)</u> Laufender Ertrag
------------	---

Bemerkung -

Richtwert	bis 5% = geringe Belastung 5 bis 15% = tragbare Belastung über 15% = hohe Belastung
-----------	---

Aussage Auskunft darüber, wie stark der Laufende Ertrag durch den Zinsdienst und die Abschreibungen (= Kapitaldienst) belastet ist. Ein hoher Anteil weist auf einen enger werdenden finanziellen Spielraum hin.

Investitionsanteil

Definition	<p><u>Bruttoinvestitionen x 100</u> Konsolidierte Gesamtausgaben*</p> <p>Bruttoinvestitionen: 50 Sachanlagen + 51 Investitionen auf Rechnung Dritter + 52 Immaterielle Anlagen + 54 Darlehen + 55 Beteiligungen und Grundkapitalien + 56 Eigene Investitionsbeiträge</p> <p>Konsolidierte Gesamtausgaben*: 3 Aufwand – 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen – 366 Abschreibungen Investitionsbeiträge* – 35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen – 37 Durchlaufende Beiträge – 38 ausserordentlicher Aufwand – 39 Interne Verrechnungen + Bruttoinvestitionen</p>
------------	--

Bemerkung -

Richtwert	<p>unter 10% - schwache Investitionstätigkeit 10 bis 20% = mittlere Investitionstätigkeit 20 bis 30% = starke Investitionstätigkeit über 40% = sehr starke Investitionstätigkeit</p>
-----------	---

Aussage	Zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen.
---------	---

*Die „konsolidierten Gesamtausgaben“ werden im HRM2 als „konsolidierter Gesamtaufwand“ bezeichnet. Die Definition des HRM2 rechnet zudem die Position 366, Abschreibungen Investitionsbeiträge, nicht aus dem Aufwand heraus.

Tabellen zu 2011

Erfolgsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Franken	Rechnung		Budget		Differenz R 10/11	
	2011		2011	2010	Abs.	%
Ertrag	13 950 045 313.66		13 094 708 484.00	13 314 083 895.04	635 961 418.62	4.8
Aufwand	- 15 673 338 478.57		- 12 902 536 445.00	- 12 716 210 173.18	- 2 957 128 305.39	- 23.3
Saldo	- 1 723 293 164.91		192 172 039.00	597 873 721.86	- 2 321 166 886.77	- 388.2
Erfolgsrechnung						
3 Aufwand	- 15 673 338 478.57		- 12 902 536 445.00	- 12 716 210 173.18	- 2 957 128 305.39	- 23.3
30 Personalaufwand	- 7 369 400 905.21		- 4 736 463 755.00	- 4 605 151 858.96	- 2 764 249 046.25	- 60.0
300 Behörden, Kommissionen, Richter	- 56 040 716.09		- 58 153 900.00	- 56 528 409.17	487 693.08	0.9
301 Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonals	- 2 452 626 821.64		- 2 819 304 195.00	- 2 389 678 323.30	- 62 948 498.34	- 2.6
302 Löhne Lehrkräfte	- 1 450 904 757.39		- 1 161 911 700.00	- 1 389 844 027.81	- 61 060 729.58	- 4.4
303 Temporäre Arbeitskräfte	- 15 769 009.19		- 7 971 200.00	- 19 774 304.22	4 005 295.03	20.3
304 Zulagen	- 19 090 598.22		- 17 046 300.00	- 18 068 165.00	- 1 022 433.22	- 5.7
305 Arbeitgeberbeiträge	- 3 300 473 970.91		- 606 510 551.00	- 650 005 350.88	- 2 650 468 620.03	- 407.8
306 Arbeitgeberleistungen	- 33 264 547.21		- 23 699 100.00	- 42 926 821.19	9 662 273.98	22.5
309 Übriger Personal Aufwand	- 41 230 484.56		- 41 866 809.00	- 38 326 457.39	- 2 904 027.17	- 7.6
31 Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 2 693 614 836.41		- 2 627 789 856.00	- 2 608 960 137.10	- 84 654 699.31	- 3.2
310 Material- und Warenaufwand	- 507 741 520.94		- 652 053 902.00	- 494 968 790.07	- 12 772 730.87	- 2.6
311 Nicht Aktivierbare Anlagen	- 85 692 355.98		- 73 012 558.00	- 91 938 722.75	6 246 366.77	6.8
312 Ver- und Entsorgung	- 59 108 247.29		- 57 962 098.00	- 61 974 116.15	2 865 868.86	4.6
313 Dienstleistungen und Honorare	- 1 426 207 807.16		- 1 419 763 987.00	- 1 336 522 524.13	- 89 685 283.03	- 6.7
314 Baulicher Unterhalt (VV)	- 192 707 445.91		- 181 148 404.00	- 196 643 557.14	3 936 111.23	2.0
315 Unterhalt von Anlagen	- 94 436 508.09		- 88 723 516.00	- 85 774 402.63	- 8 662 105.46	- 10.1
316 Mieten, Leasing, Pacht, Benützungskosten	- 156 491 932.83		- 130 356 674.00	- 154 273 543.02	- 2 218 389.81	- 1.4
317 Spesenentschädigung	- 33 647 403.22		- 21 713 538.00	- 32 129 952.57	- 1 517 450.65	- 4.7
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	- 107 273 868.65		- 109 026 200.00	- 112 333 118.21	5 059 249.56	4.5
319 Übriger Betriebsaufwand	- 30 307 746.34		105 971 021.00	- 42 401 410.43	12 093 664.09	28.5
33 Abschreibungen VV	- 501 069 372.86		- 439 101 258.00	- 545 972 720.36	44 903 347.50	8.2
330 Abschreibungen Sachanlagen VV	- 477 900 899.26		- 417 829 470.00	- 527 979 813.28	50 078 914.02	9.5
332 Abschreibungen Immaterielle Anlagen	- 23 168 473.60		- 21 271 788.00	- 17 992 907.08	- 5 175 566.52	- 28.8
34 Finanzaufwand	- 212 614 191.43		- 152 156 200.00	- 164 868 658.30	- 47 745 533.13	- 29.0
340 Zinsaufwand	- 138 921 347.86		- 144 616 600.00	- 143 946 770.02	5 025 422.16	3.5
341 Realisierte Kursverluste	- 23 735 954.27		- 254 600.00	- 5 655 855.05	- 18 080 099.22	- 319.7
342 Kapitalbeschaffungskosten	- 456 254.76		- 585 000.00	- 491 145.52	34 890.76	7.1
343 Liegenschaftsaufwand FV	- 3 797 051.29		- 4 415 000.00	- 4 527 565.31	730 514.02	16.1
344 Werberichtigungen Finanzanlagen	- 43 191 955.82		-	- 7 071 915.52	- 36 120 040.30	- 510.8
349 Übriger Finanzaufwand	- 2 511 627.43		- 2 285 000.00	- 3 175 406.88	663 779.45	20.9
35 Einlagen in Fonds	- 71 126 126.59		- 25 385 452.00	- 85 972 465.76	14 846 339.17	17.3
350 Einlagen in Fonds des FK	- 55 473 714.99		- 6 029 452.00	- 66 882 828.16	11 409 113.17	17.1
351 Einlagen in Fonds des EK	- 15 652 411.60		- 19 356 000.00	- 19 089 637.60	3 437 226.00	18.0
36 Transferaufwand	- 4 197 364 684.72		- 4 303 977 624.00	- 4 099 008 568.38	- 98 356 116.34	- 2.4
360 Ertragsanteile an Dritte	- 32 431 716.05		- 36 529 000.00	- 38 080 921.95	5 649 205.90	14.8
361 Entschädigung an Gemeinwesen	- 89 434 600.86		- 82 912 000.00	- 89 668 550.06	233 949.20	0.3
362 Finanz- und Lastenausgleich	- 1 053 869 606.00		- 891 280 000.00	- 1 110 160 107.00	56 290 501.00	5.1
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	- 2 786 378 877.57		- 3 077 233 300.00	- 2 633 884 623.86	- 152 494 253.71	- 5.8
364 Wertberechtigung Darlehen VV	99 792.90		- 100 000.00	60 163.05	39 629.85	65.9
366 Abschreibung Investitionsbeiträge	- 235 349 667.14		- 215 923 324.00	- 227 274 528.56	- 8 075 138.58	- 3.6
369 Verschiedener Transferaufwand	- 10.00		-	-	- 10.00	n.a.
37 Durchlaufende Beiträge	- 628 148 361.35		- 617 662 300.00	- 606 275 764.32	- 21 872 597.03	- 3.6
370 Durchlaufende Beiträge	- 628 148 361.35		- 617 662 300.00	- 606 275 764.32	- 21 872 597.03	- 3.6

Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 10/11	
	2011	2011	2010	Abs.	%
4 Ertrag	13 950 045 313.66	13 094 708 484.00	13 314 083 895.04	635 961 418.62	4.8
40 Fiskalertrag	6 471 376 443.70	6 012 225 000.00	6 090 808 063.09	380 568 380.61	6.2
400 Direkte Steuern natürliche Personen	4 714 297 430.13	4 447 250 000.00	4 557 159 166.27	157 138 263.86	3.4
401 Direkte Steuern juristische Personen	1 256 897 999.88	1 088 275 000.00	1 023 587 196.55	233 310 803.33	22.8
402 Übrige direkte Steuern	197 814 950.00	180 600 000.00	212 026 309.83	- 14 211 359.83	- 6.7
403 Besitz- und Aufwandssteuern	302 366 063.69	296 100 000.00	298 035 390.44	4 330 673.25	1.5
41 Regalien und Konzessionen	373 468 065.27	372 180 000.00	373 622 229.16	- 154 163.89	- 0.0
410 Regalien	2 747 612.00	2 585 000.00	2 735 772.75	11 839.25	0.4
411 Schweiz. Nationalbank, Gewinnanteil	292 007 925.00	289 389 000.00	291 216 274.00	791 651.00	0.3
412 Konzessionen und Patente	4 345 716.27	3 006 000.00	3 299 630.41	1 046 085.86	31.7
413 Ertragsanteil Lotterie, Sport-Toto, etc.	74 366 812.00	77 200 000.00	76 370 552.00	- 2 003 740.00	- 2.6
42 Entgelte	2 614 914 873.89	2 527 697 743.00	2 482 490 877.17	132 423 996.72	5.3
421 Gebühren für Amtshandlungen	341 599 083.47	299 622 100.00	303 116 703.37	38 482 380.10	12.7
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	985 261 770.56	952 999 453.00	942 768 919.76	42 492 850.80	4.5
423 Schul- und Kursgelder	132 476 543.18	126 949 400.00	129 564 288.25	2 912 254.93	2.2
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	868 351 767.72	868 773 696.00	841 617 400.25	26 734 367.47	3.2
425 Erlös aus Verkäufen	127 154 795.82	121 877 494.00	124 855 043.29	2 299 752.53	1.8
426 Rückerstattungen	75 314 620.79	58 592 400.00	60 303 356.70	15 011 264.09	24.9
427 Bussen	61 050 091.05	56 796 500.00	58 186 246.47	2 863 844.58	4.9
429 Übrige Entgelte	23 706 201.30	42 086 700.00	22 078 919.08	1 627 282.22	7.4
43 Verschiedene Erträge	294 132 010.11	233 153 600.00	266 523 008.44	27 609 001.67	10.4
430 Verschiedene Betriebliche Erträge	220 824 236.61	199 286 600.00	211 876 916.88	8 947 319.73	4.2
431 Aktivierung Eigenleistung	12 266 269.28	16 628 000.00	17 175 386.18	- 4 909 116.90	- 28.6
432 Bestandesveränderung	1 520 636.75	-	- 361 054.14	1 881 690.89	521.2
439 Übrige Erträge	59 520 867.47	17 239 000.00	37 831 759.52	21 689 107.95	57.3
44 Finanzertrag FV + VV	543 185 181.02	391 487 500.00	480 043 212.99	63 141 968.03	13.2
440 Zinsertrag FV	58 520 282.83	58 187 000.00	62 398 594.67	- 3 878 311.84	- 6.2
441 Realisierte Gewinne FV	37 984 702.12	186 300.00	28 156 384.69	9 828 317.43	34.9
442 Beteiligungsertrag FV	217 817.97	17 000.00	164 470.03	53 347.94	32.4
443 Liegenschaftenertrag FV	20 872 583.43	18 593 200.00	19 728 563.53	1 144 019.90	5.8
444 Wertberichtigungen Anlagen FV	77 765 376.96	2 200 000.00	5 456 257.27	72 309 119.69	1 325.3
445 Finanzertrag Darlehen u. Beteiligungen VV	16 288 388.18	12 087 000.00	17 245 976.30	- 957 588.12	- 5.6
446 Finanzerträge von öff. Unternehmen VV	285 482 665.52	271 204 000.00	303 473 690.28	- 17 991 024.76	- 5.9
447 Liegenschaftenertrag VV	31 397 172.80	27 255 700.00	30 423 371.11	973 801.69	3.2
448 Erträge von gemieteten Liegenschaften	3 687 186.30	1 557 300.00	2 874 199.95	812 986.35	28.3
449 Übriger Finanzertrag	10 969 004.91	200 000.00	10 121 705.16	847 299.75	8.4
45 Entnahmen aus Fonds	2 557 455.97	56 403 376.00	416 823.83	2 140 632.14	513.6
450 Entnahme aus Fonds des FK	2 557 455.97	56 403 376.00	416 823.83	2 140 632.14	513.6
46 Transferertrag	3 022 311 991.35	2 883 931 265.00	3 013 903 916.04	8 408 075.31	0.3
460 Anteile an Erträgen Dritter	801 357 652.46	714 483 000.00	766 351 649.69	35 006 002.77	4.6
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	318 212 043.06	302 400 700.00	309 614 223.87	8 597 819.19	2.8
462 Finanz- und Lastenausgleich	422 500 738.00	390 457 000.00	462 401 350.00	- 39 900 612.00	- 8.6
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	1 395 390 913.23	1 446 271 055.00	1 350 247 544.56	45 143 368.67	3.3
466 Auflösung pasivierte Invest. Beiträge	81 945 633.75	28 379 510.00	120 345 572.27	- 38 399 938.52	- 31.9
469 Verschiedener Transferertrag	2 905 010.85	1 940 000.00	4 943 575.65	- 2 038 564.80	- 41.2
47 Durchlaufende Beiträge	628 099 292.35	617 630 000.00	606 275 764.32	21 823 528.03	3.6
470 Durchlaufende Beiträge	628 099 292.35	617 630 000.00	606 275 764.32	21 823 528.03	3.6

Investitionsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Franken	Rechnung 2011	Budget 2011	Rechnung 2010	Differenz R 10/11 Abs.	%
Investitionseinnahmen	306 082 379.60	133 925 000.00	214 118 846.63	91 963 532.97	42.9
Investitionsausgaben	- 983 091 995.09	- 897 925 000.00	- 985 824 551.25	2 732 556.16	0.3
Saldo	- 677 009 615.49	- 764 000 000.00	- 771 705 704.62	94 696 089.13	12.3
Investitionsrechnung					
5 Investitionsausgaben	- 983 091 995.09	- 897 925 000.00	- 985 824 551.25	2 732 556.16	0.28
50 Sachanlagen	- 536 578 252.76	- 425 203 500.00	- 545 623 853.50	9 045 600.74	1.66
500 Grundstücke	- 1 731 392.45	- 1 800 000.00	- 4 432 044.50	2 700 652.05	60.93
501 Strassen	- 120 683 398.23	- 161 050 000.00	- 175 208 239.76	54 524 841.53	31.12
502 Wasserbau	- 7 467 605.97	- 14 023 000.00	- 8 669 696.32	1 202 090.35	13.87
503 Übriger Tiefbau	- 1 237 912.44	- 510 000.00	- 264 742.70	- 973 169.74	- 367.59
504 Hochbauten	- 256 941 384.26	- 319 551 500.00	- 207 247 335.48	- 49 694 048.78	- 23.98
505 Waldungen	- 2 281 148.00	- 40 000.00	-	- 2 281 148.00	n.a.
506 Mobilien	- 146 235 411.41	- 164 961 400.00	- 148 870 375.32	2 634 963.91	1.77
509 Übrige Sachanlagen	-	236 732 400.00	- 931 419.42	931 419.42	100.00
51 Investitionen auf Rechnung Dritter	- 797 014.00	- 2 080 000.00	- 866 354.75	69 340.75	8.00
514 Hochbauten auf Rechnung Dritter	- 185 798.00	- 500 000.00	- 138 250.35	- 47 547.65	- 34.39
516 Mobilien auf Rechnung Dritter	- 611 216.00	- 1 580 000.00	- 728 104.40	116 888.40	16.05
52 Immaterielle Anlagen	- 36 020 226.28	- 41 570 200.00	- 36 768 731.55	748 505.27	2.04
520 Software	- 36 020 226.28	- 40 370 200.00	- 36 768 731.55	748 505.27	2.04
521 Lizenzen, Patente, Nutzungs-, Markenrechte	-	- 1 200 000.00	-	-	n.a.
54 Darlehen	- 51 350 020.90	- 79 335 000.00	- 80 364 417.65	29 014 396.75	36.10
540 Darlehen an den Bund	-	- 63 335 000.00	- 74 600 000.00	74 600 000.00	100.00
542 Darlehen Gemeinden und Zweckverbände	-	- 2 000 000.00	- 1 942 000.00	1 942 000.00	100.00
544 Darlehen an öff. Unternehmungen	- 48 214 355.40	- 3 500 000.00	- 2 507 456.20	- 45 706 899.20	- 1 822.84
545 Darlehen an priv. Unternehmungen	- 2 057 000.00	- 10 300 000.00	6 800.00	- 2 063 800.00	- 30 350.00
546 Darlehen an priv. Org. ohne Erwerbszweck	- 100 000.00	-	- 556 722.55	456 722.55	82.04
547 Darlehen an priv. Haushalte	- 978 665.50	- 200 000.00	- 765 038.90	- 213 626.60	- 27.92
55 Beteiligungen	- 1 602 600.00	-	- 5 175 000.00	3 572 400.00	69.03
554 Beteiligungen öff. Unternehmungen	-	-	- 5 175 000.00	5 175 000.00	100.00
555 Beteiligungen priv. Unternehmungen	- 1 602 600.00	-	-	- 1 602 600.00	n.a.
56 Eigene Investitionsbeiträge	- 322 048 419.84	- 337 212 800.00	- 300 049 036.15	- 21 999 383.69	- 7.33
560 Eigene Invest. Beiträge an den Bund	- 1 687 000.00	- 1 000 000.00	-	- 1 687 000.00	n.a.
562 Invest.-Beiträge Gemeinden	- 46 326 317.53	- 79 796 800.00	- 55 953 718.30	9 627 400.77	17.21
564 Invest.-Beiträge öff. Unternehmungen	- 201 120 141.89	- 182 516 000.00	- 186 905 202.20	- 14 214 939.69	- 7.61
565 Invest.-Beiträge priv. Unternehmungen	- 8 200 897.67	- 10 300 000.00	- 7 823 641.00	- 377 256.67	- 4.82
566 Invest.-Beiträge priv. Organisationen	- 60 554 933.17	- 57 900 000.00	- 42 575 426.50	- 17 979 506.67	- 42.23
567 Invest.-Beiträge priv. Haushalte	- 4 159 129.58	- 5 700 000.00	- 6 791 048.15	2 631 918.57	38.76
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	- 34 695 461.31	- 12 523 500.00	- 16 977 157.65	- 17 718 303.66	- 104.37
570 Durchl. I. B. an den Bund	- 17 756 271.00	-	-	- 17 756 271.00	n.a.
572 Durchl. I. B. Gemeinden u. Zweckverbände	- 3 904 013.62	- 5 105 400.00	- 4 033 592.75	129 579.13	3.21
574 Durchl. I. B. öff. Unternehmung	- 4 194 595.01	- 2 518 100.00	- 6 453 306.50	2 258 711.49	35.00
575 Durchl. I. B. priv. Unternehmung	- 3 406 465.58	- 3 000 000.00	- 803 036.10	- 2 603 429.48	- 324.20
576 Durchl. I. B. priv. Org. o. Erwerbszweck	- 3 373 759.33	- 1 900 000.00	- 1 791 206.00	- 1 582 553.33	- 88.35
577 Durchl. I. B. priv. Haushalte	- 2 060 356.77	-	- 3 896 016.30	1 835 659.53	47.12

Beilagen zum Finanzbericht

Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 10/11	
	2011	2011	2010	Abs.	%
6 Investitionseinnahmen	306 082 379.60	133 925 000.00	214 118 846.63	91 963 532.97	42.95
60 Übertragung von Sachanlagen	25 214 152.76	100 000.00	29 817 044.96	- 4 602 892.20	- 15.44
600 Übertragung VV in FV Grundstücke	12 599 076.00	-	10 689 645.25	1 909 430.75	17.86
601 Übertragung VV in FV Strassen	152 069.52	-	1 291 150.00	- 1 139 080.48	- 88.22
604 Übertragung VV in FV Hochbauten	12 222 023.00	-	12 199 038.50	22 984.50	0.19
606 Übertragung VV in FV Mobilien	240 984.24	100 000.00	5 637 211.21	- 5 396 226.97	- 95.73
61 Rückerstattungen	9 116 304.39	10 590 000.00	8 108 264.35	1 008 040.04	12.43
611 Rückerstattungen Strassen	6 775 327.54	-	-	6 775 327.54	n.a.
612 Rückerstattungen Wasserbau	45 000.00	-	8 930.80	36 069.20	403.87
613 Rückerstattungen übriger Tiefbau	-	8 600 000.00	6 742 068.70	- 6 742 068.70	- 100.00
614 Rückerstattungen Hochbau	232 258.90	500 000.00	629 160.45	- 396 901.55	- 63.08
615 Rückerstattungen Waldungen	1 452 501.95	-	-	1 452 501.95	n.a.
616 Rückerstattungen Mobilien	611 216.00	1 490 000.00	728 104.40	- 116 888.40	- 16.05
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	79 123 941.13	89 406 500.00	127 231 310.17	- 48 107 369.04	- 37.81
630 I.B. vom Bund	64 081 846.72	80 941 500.00	115 534 928.33	- 51 453 081.61	- 44.53
631 I.B. von Kantonen und Konkordaten	-	1 500 000.00	-	-	n.a.
632 I.B. von Gemeinden und Zweckverbänden	2 101 934.18	615 000.00	1 046 490.00	1 055 444.18	100.86
634 I.B. von öff. Unternehmungen	-	1 950 000.00	60 000.00	- 60 000.00	- 100.00
635 I.B. von priv. Unternehmungen	12 502 262.48	1 800 000.00	10 414 878.64	2 087 383.84	20.04
636 I.B. von priv. Org. ohne Erwerbszweck	197 809.35	-	-	197 809.35	n.a.
637 I.B. von priv. Haushalten	240 088.40	2 600 000.00	175 013.20	65 075.20	37.18
64 Rückzahlung von Darlehen	85 932 227.01	20 179 000.00	31 770 613.50	54 161 613.51	170.48
642 Rückz. Darl. Gemeinden	1 732 647.00	2 000 000.00	2 051 502.00	- 318 855.00	- 15.54
644 Rückz. Darl. öff. Unternehmungen	71 769 834.60	1 354 000.00	17 226 355.00	54 543 479.60	316.63
645 Rückz. Darl. priv. Unternehmungen	10 496 576.85	15 519 000.00	10 614 864.00	- 118 287.15	- 1.11
646 Rückz. Darl. priv. Organisationen	702 100.55	600 000.00	700 000.00	2 100.55	0.30
647 Rückz. Darl. priv. Haushalte	1 231 068.01	706 000.00	1 177 892.50	53 175.51	4.51
65 Übertragung VV in FV von Beteiligungen	-	-	100 000.00	- 100 000.00	- 100.00
655 Übertr. Bet. priv. Unternehmungen	-	-	100 000.00	- 100 000.00	- 100.00
66 Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	72 000 293.00	1 126 000.00	114 456.00	71 885 837.00	62 806.53
664 Rückzlg. I.B. öff. Unternehmungen	71 660 000.00	926 000.00	-	71 660 000.00	n.a.
665 Rückzlg. I.B. priv. Unternehmungen	335 765.00	150 000.00	101 140.00	234 625.00	231.98
666 Rückzlg. I.B. priv. Organisationen	4 528.00	50 000.00	13 316.00	- 8 788.00	- 66.00
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	34 695 461.31	12 523 500.00	16 977 157.65	17 718 303.66	104.37
670 Durchl. I.B. Bund	34 350 199.14	11 668 500.00	16 671 662.90	17 678 536.24	106.04
672 Durchl. I.B. Gemeinde	345 262.17	855 000.00	305 494.75	39 767.42	13.02

Bilanz nach Kontenklassen (konsolidiert)

Franken	per		per		Differenz R 10/11	
	31.12.2011		31.12.2010		Abs.	%
Aktiven	20 604 313 532.08		19 950 927 160.75		653 386 371.33	3.3
Passiven	- 20 604 313 532.08		- 19 950 927 160.75		- 653 386 371.33	- 3.3
Bilanz						
1 Aktiven	20 604 313 532.08		19 950 927 160.75		653 386 371.33	3.3
10 Finanzvermögen	6 242 170 202.89		5 613 828 037.95		628 342 164.94	11.2
100 Flüssige Mittel und Geldanlagen FV	1 676 390 750.58		1 463 097 674.10		213 293 076.48	14.6
1000 Kasse	3 296 724.77		3 976 681.40		- 679 956.63	- 17.1
1001 Post	55 817 423.59		81 723 385.62		- 25 905 962.03	- 31.7
1002 Bank	917 104 185.28		1 177 145 059.27		- 260 040 873.99	- 22.1
1003 Geldmarktanlagen bis 90 Tage	700 000 000.00		200 000 000.00		500 000 000.00	250.0
1004 Debit- und Kreditkarten-Erlöse	94 857.14		127 906.36		- 33 049.22	- 25.8
1009 übrige flüssige Mittel	77 559.80		124 641.45		- 47 081.65	- 37.8
101 Forderungen FV	2 671 666 917.12		2 340 888 464.75		330 778 452.37	14.1
1010 Ford. aus Lief. und Leist. Dritter	557 893 404.29		507 438 831.66		50 454 572.63	9.9
1011 Kontokorrente mit Dritten	89 686 209.40		41 919 955.08		47 766 254.32	113.9
1012 Fiskalforderungen	1 987 006 188.52		1 762 062 562.01		224 943 626.51	12.8
1013 Anzahlungen an Dritte	1 015 366.61		1 290 571.96		- 275 205.35	- 21.3
1014 Transferforderungen	12 995 520.39		5 749 635.01		7 245 885.38	126.0
1015 Interne Kontokorrente	178 605.37		264 187.62		- 85 582.25	- 32.4
1016 Vorschüsse für vorl. Verwaltungsausgaben	394 639.80		265 487.39		129 152.41	48.6
1019 Übrige Forderungen	22 496 982.74		21 897 234.02		599 748.72	2.7
102 kurzfristige Finanzanlagen FV	296 202 155.60		280 053 304.70		16 148 850.90	5.8
1020 Kurzfristige Darlehen	130 597 879.01		128 262 893.47		2 334 985.54	1.8
1022 Verzinsliche Anlagen	18 857 439.59		34 233 659.23		- 15 376 219.64	- 44.9
1023 Festgelder	146 200 000.00		117 000 000.00		29 200 000.00	25.0
1029 Übrige kurzfristigen Finanzanlagen	546 837.00		556 752.00		- 9 915.00	- 1.8
104 Aktive Rechnungsabgrenzung	501 761 104.82		472 495 858.27		29 265 246.55	6.2
1040 Aktive Abgr. Personalaufwand	215 432.80		269 557.25		- 54 124.45	- 20.1
1041 Aktive Abgr. Sach-, DL-, ü. Btraufw.	17 553 879.46		15 192 990.06		2 360 889.40	15.5
1043 Aktive Abgr. Transfers der ER	210 111 099.69		225 980 428.27		- 15 869 328.58	- 7.0
1044 Aktive Abgr. Finanzaufwand/Finanzertrag	23 161 183.60		24 264 713.07		- 1 103 529.47	- 4.5
1045 Aktive Abgr. ü. betriebl. Aufwand/Ertrag	180 760 391.98		160 099 819.18		20 660 572.80	12.9
1046 Aktive Abgr. Investitionsrechnung	25 180 549.73		3 747 502.85		21 433 046.88	571.9
1049 Aktive Abgr. Erfolgsrechnung	44 778 567.56		42 940 847.59		1 837 719.97	4.3
106 Vorräte und angefangene Arbeiten	61 778 344.11		52 336 844.84		9 441 499.27	18.0
1060 Handelswaren	41 417 263.29		32 330 820.96		9 086 442.33	28.1
1061 Roh- und Hilfsmaterial	14 885 906.88		16 322 740.24		- 1 436 833.36	- 8.8
1062 Halb- und Fertigfabrikate	2 805 113.89		2 805 473.79		- 359.90	- 0.0
1063 Angefangene Arbeiten	2 329 877.00		877 809.85		1 452 067.15	165.4
1068 Geleistete Anzahlungen	340 183.05		-		340 183.05	n.a.
107 Finanzanlagen FV	145 208 514.51		131 138 798.59		14 069 715.92	10.7
1070 Beteiligungen FV	9 835 072.22		10 009 123.01		- 174 050.79	- 1.7
1071 Verzinsliche Anlagen	119 849 968.33		112 156 986.06		7 692 982.27	6.9
1072 Langfristige Forderungen	14 797 057.96		8 533 224.52		6 263 833.44	73.4
1079 Übrige langfristige Finanzanlagen	726 416.00		439 465.00		286 951.00	65.3
108 Sachanlagen FV	889 162 416.15		873 817 092.70		15 345 323.45	1.8
1080 Grundstücke FV	452 053 952.03		481 498 594.55		- 29 444 642.52	- 6.1
1084 Gebäude FV	436 872 681.82		392 264 540.15		44 608 141.67	11.4
1086 Mobilien FV	49 107.00		53 958.00		- 4 851.00	- 9.0
1087 Anlagen im Bau FV	186 675.30		-		186 675.30	n.a.
14 Verwaltungsvermögen	14 362 143 329.19		14 337 099 122.80		25 044 206.39	0.2
140 Sachanlagen VV	7 550 518 862.50		7 516 553 139.94		33 965 722.56	0.5
1400 Grundstücke VV	1 275 829 183.51		1 282 489 918.26		- 6 660 734.75	- 0.5
1401 Strassen	923 101 740.97		900 255 092.52		22 846 648.45	2.5
1402 Wasserbau	223 437 886.07		219 287 964.25		4 149 921.82	1.9
1403 Übrige Tiefbauten	1 976 883.50		1 706 750.35		270 133.15	15.8
1404 Hochbauten	4 134 080 209.88		4 232 966 003.08		- 98 885 793.20	- 2.3
1405 Waldungen	13 625 589.05		12 796 943.00		828 646.05	6.5
1406 Mobilien	480 995 895.61		473 879 374.06		7 116 521.55	1.5
1407 Anlagen im Bau	497 471 472.91		393 171 093.42		104 300 379.49	26.5
1409 Übrige Sachanlagen	1.00		1.00		-	-
142 Immaterielle Anlagen VV	83 620 313.17		75 124 801.48		8 495 511.69	11.3
1420 Software	74 164 233.35		49 239 765.73		24 924 467.62	50.6
1427 Immaterielle Anlagen in Realisierung	9 456 079.82		25 885 035.75		- 16 428 955.93	- 63.5
143 Kurzfristige Darlehen VV	10 733 597.28		13 401 193.00		- 2 667 595.72	- 19.9
1430 Kurzfristige Darlehen VV	10 733 597.28		13 401 193.00		- 2 667 595.72	- 19.9
144 Darlehen VV	865 031 916.26		896 846 733.75		- 31 814 817.49	- 3.5
1442 Darlehen an Gemeinde	18 843 859.00		20 576 506.00		- 1 732 647.00	- 8.4
1444 Darlehen an öffentliche Unternehmen	418 651 771.55		439 660 684.15		- 21 008 912.60	- 4.8
1445 Darlehen an private Unternehmen	425 016 839.15		433 701 629.00		- 8 684 789.85	- 2.0
1446 Darlehen an priv. Organisationen	1 156 890.17		1 358 823.10		- 201 932.93	- 14.9
1447 Darlehen an private Haushalte	1 362 556.39		1 549 091.50		- 186 535.11	- 12.0
145 Beteiligungen	2 523 032 619.71		2 521 142 924.00		1 889 695.71	0.1
1454 Beteiligung an öff. Unternehmen	1 926 775 000.00		1 926 775 000.00		-	-
1455 Beteiligung an priv. Unternehmen	596 082 413.30		594 367 922.00		1 714 491.30	0.3
1456 Beteiligung an priv. Org. ohne Erwerb	100 000.00		2.00		99 998.00	4 999 900.0
1458 Beteiligung im Ausland	75 206.41		-		75 206.41	n.a.
146 Investitionsbeiträge	3 329 206 020.27		3 314 030 330.63		15 175 689.64	0.5
1461 I.B. an Kantone	899 448.00		955 373.00		- 55 925.00	- 5.9
1462 I.B. an Gemeinden	974 291 815.42		958 206 041.00		16 085 774.42	1.7
1464 I.B. an öff. Unternehmen	533 933 537.94		385 632 267.13		148 301 270.81	38.5
1465 I.B. an priv. Unternehmen	93 901 605.87		82 705 157.24		11 196 448.63	13.5
1466 I.B. an priv. Organisationen	113 287 576.53		97 641 580.32		15 645 996.21	16.0
1469 Investitionsbeiträge Altbestand und Anlagen im Bau	1 612 892 036.51		1 788 889 911.94		- 175 997 875.43	- 9.8

Beilagen zum Finanzbericht

Franken	per		Differenz R 10/11	
	31.12.2011	31.12.2010	Abs.	%
2 Passiven	- 20 604 313 532.08	- 19 950 927 160.75	- 653 386 371.33	- 3.3
20 Fremdkapital	- 12 295 727 669.00	- 9 935 835 831.50	- 2 359 891 837.50	- 23.8
200 Laufende Verbindlichkeiten	- 1 558 614 377.03	- 2 152 904 881.48	594 290 504.45	27.6
2000 Verb. aus Lief. und Leist. von Dritten	- 588 075 945.13	- 572 249 057.91	- 15 826 887.22	- 2.8
2001 Kontokorrente mit Dritten	- 232 390 388.48	- 660 199 441.94	427 809 053.46	64.8
2003 Erhaltene Anzahlungen von Dritten	- 273 332 880.71	- 262 458 546.74	- 10 874 333.97	- 4.1
2004 Transfer-Verbindlichkeiten	- 90 906 819.04	- 93 345 465.94	2 438 646.90	2.6
2005 Interne Kontokorrente	- 89 582 368.00	- 267 931 931.63	178 349 563.63	66.6
2006 Depotgelder und Käufionen	- 121 149 778.98	- 98 705 334.94	- 22 444 444.04	- 22.7
2009 Übrige laufende Verpflichtungen	- 163 176 196.69	- 198 015 102.38	34 838 905.69	17.6
201 Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 54 157 108.60	- 55 688 861.05	1 531 752.45	2.8
2014 Kurzfr. Anteil langfr. Verbindlichkeiten	- 50 000 000.00	- 50 000 000.00	-	-
2015 Kurzfr. Anteil langfr. Leasingverb.	- 4 157 108.60	- 3 971 784.22	- 185 324.38	- 4.7
2019 Übrige kurzfr. Finanzverb. geg. Dritten	-	- 1 717 076.83	1 717 076.83	100.0
204 Passive Rechnungsabgrenzung	- 1 922 604 022.62	- 1 613 834 029.97	- 308 769 992.65	- 19.1
2040 Passive Abgr. Personalaufwand	- 15 847 393.15	- 17 150 893.48	1 303 500.33	7.6
2041 Passive Abgr. Sach-, DL-, ü. Btraufw.	- 31 763 287.37	- 18 165 262.33	- 13 598 025.04	- 74.9
2042 Passive Abgr. Fiskalertrag	- 290 305 459.00	- 285 875 737.00	- 4 429 722.00	- 1.5
2043 Passive Abgr. Transfers der ER	- 690 779 936.66	- 642 731 520.35	- 48 048 416.31	- 7.5
2044 Passive Abgr. Finanzaufwand/Finanzertrag	- 69 216 465.15	- 69 480 444.29	263 979.14	0.4
2045 Passive Abgr. ü. betrieblicher Ertrag	- 245 748 896.39	- 240 458 800.64	- 5 290 095.75	- 2.2
2046 Passive Abgr. Investitionsrechnung	- 124 738 934.78	- 51 369 381.30	- 73 369 553.48	- 142.8
2049 Passive Abgr. Erfolgsrechnung	- 454 203 650.12	- 288 601 990.58	- 165 601 659.54	- 57.4
205 Kurzfristige Rückstellungen	- 272 421 506.52	- 253 853 324.74	- 18 568 181.78	- 7.3
2050 Kurzfr. Rückst. aus Mehrf. des Personals	- 136 108 014.31	- 127 003 410.19	- 9 104 604.12	- 7.2
2051 Kurzfr. Rückst. f.a. Ansp. des Personals	- 12 977 135.47	- 9 136 289.54	- 3 840 845.93	- 42.0
2052 Kurzfr. Rückst. für Prozesse	- 2 864 851.05	- 1 213 000.00	- 1 651 851.05	- 136.2
2053 Rückst. für nicht versicherte Schäden	- 279 000.00	- 787 000.00	508 000.00	64.5
2056 Kurzfr. Rückst. Vorsorgeverpflichtungen	- 68 169 201.95	- 66 649 416.14	- 1 519 785.81	- 2.3
2057 Kurzfr. Rückst. für Finanzaufwand	-	- 928 981.12	928 981.12	100.0
2059 Übrige kurzfr. Rückstellungen	- 52 023 303.74	- 48 135 227.75	- 3 888 075.99	- 8.1
206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 4 215 775 401.54	- 4 243 746 879.11	27 971 477.57	0.7
2062 Kassascheine	- 499 683 066.00	- 499 667 104.00	- 15 962.00	- 0.0
2063 Staatsanleihen	- 2 484 040 640.00	- 2 479 421 777.00	- 4 618 863.00	- 0.2
2064 Darlehen	- 466 038 377.60	- 513 531 522.20	47 493 144.60	9.2
2067 Leasingverträge	- 25 673 850.63	- 30 982 864.68	5 309 014.05	17.1
2068 Passivierte Investitionsbeiträge	- 709 989 947.19	- 711 738 658.84	1 748 711.65	0.2
2069 Übrige langfr. Finanzverbindlichkeiten	- 30 349 520.12	- 8 404 952.39	- 21 944 567.73	- 261.1
208 Langfristige Rückstellungen	- 3 649 668 447.06	- 1 046 042 712.09	- 2 603 625 734.97	- 248.9
2081 Rückst. langfr. Ansprüche des Personals	- 90 881 732.32	- 89 764 539.44	- 1 117 192.88	- 1.2
2082 Langfr. Rückstellungen für Prozesse	- 29 858 000.00	- 28 110 000.00	- 1 748 000.00	- 6.2
2083 Langfr. Rückst. n. versicherte Schäden	- 9 264 000.00	- 6 080 600.00	- 3 183 400.00	- 52.4
2084 Langfr. Rückst. Bürgschaften, Garantiel.	- 310 168 498.15	- 311 916 502.00	1 748 003.85	0.6
2085 Langfr. Rückst. ü. btr. Tätigkeiten	- 22 920 000.00	- 21 680 000.00	- 1 240 000.00	- 5.7
2086 Langfr. Rückst. Vorsorgeverpflichtungen	- 2 966 303 163.45	- 355 936 022.32	- 2 610 367 141.13	- 733.4
2089 ü. langfr. Rückst. der Erfolgsrechnung	- 220 273 053.14	- 232 555 048.33	12 281 995.19	5.3
209 Fonds im Fremdkapital	- 622 486 805.63	- 569 765 143.06	- 52 721 662.57	- 9.3
2091 Verbindlichkeiten gegenüber Fonds im FK	- 622 486 805.63	- 569 765 143.06	- 52 721 662.57	- 9.3
29 Eigenkapital	- 8 308 585 863.08	- 10 015 091 329.25	1 706 505 466.17	17.0
291 Fonds im Eigenkapital	- 1 965 810 743.42	- 1 845 774 841.64	- 120 035 901.78	- 6.5
2910 Fonds im Eigenkapital	- 1 927 301 271.28	- 1 807 591 232.12	- 119 710 039.16	- 6.6
2911 Legate und Stiftungen ohne R.P. EK	- 38 509 472.14	- 38 183 609.52	- 325 862.62	- 0.9
292 Rücklagen	- 37 078 024.35	- 41 539 078.21	4 461 053.86	10.7
2920 Rücklagen des Globalbudgetbereiche	- 37 078 024.35	- 41 539 078.21	4 461 053.86	10.7
298 Übriges Eigenkapital	- 143 655 504.76	- 104 019 114.30	- 39 636 390.46	- 38.1
2980 Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV	- 142 379 413.15	- 102 743 022.69	- 39 636 390.46	- 38.6
2989 Übriges Eigenkapital	- 1 276 091.61	- 1 276 091.61	-	-
299 Bilanzüberschuss/-Fehlbetrag	- 6 162 041 590.55	- 8 023 758 295.10	1 861 716 704.55	23.2
2990 Jahresergebnis	1 827 823 384.68	- 551 077 743.60	2 378 901 128.28	431.7
2999 Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	- 7 989 864 975.23	- 7 472 680 551.50	- 517 184 423.73	- 6.9

Funktionale Gliederung

Erfolgsrechnung 2011 nach Kontenklassen (Konsolidierungskreise 1 bis 3)

Aufgaben Fr. 1000	Aufwand Total	Personal- aufwand	Sach- aufwand	Laufende Beiträge		Verrech- nungen und überiger Aufwand	Netto- belastung (-) Netto- ertrag (+)
				öffentliche Haushalte	Private		
Allgemeine Verwaltung	518 286	218 151	155 009	1 649	22 833	120 644	- 308 138
Öffentliche Ordnung und Sicherheit,							
Verteidigung	1 350 681	888 765	309 209	4 958	1 264	146 485	- 419 170
Rechtssprechung	398 566	229 606	127 915			41 045	- 268 451
Strafvollzug	206 949	99 036	60 893	1 595	1 178	44 246	- 150 214
Allgemeines Rechtswesen	128 556	91 274	20 883	1 921	26	14 452	46 023
Polizei	521 228	415 734	71 092	160		34 242	- 353 188
Strassenverkehrsamt	62 410	38 748	18 968			4 695	321 126
Militärische Verteidigung	21 635	9 055	6 501	18	60	6 001	- 7 834
Zivile Verteidigung	11 336	5 312	2 957	1 264		1 804	- 6 632
Bildung	4 077 615	2 189 254	532 579	583 518	239 879	532 386	- 2 336 471
Obligatorische Schule	602 652	400 258	22 555	106 418	63 677	9 742	- 569 235
Berufliche Grundbildung	705 442	231 198	68 318	203 788	135 067	67 071	- 365 284
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	394 323	298 565	37 808	1 080	4 948	51 922	- 380 352
Übriges Bildungswesen	111 950	73 745	17 106	40	1 528	19 530	- 82 211
Universität	1 452 722	743 812	260 993	122 765	12 865	312 287	- 575 556
Fachhochschulen	810 527	441 675	125 799	149 427	21 794	71 833	- 363 833
Kultur und Freizeit	236 588	31 373	23 207	7 610	159 837	14 561	- 199 389
Gesundheit	2 527 091	1 097 542	566 352	293 312	137 783	432 102	- 1 055 646
Soziale Wohlfahrt	2 005 324	186 152	51 733	613 306	1 097 999	56 133	- 1 142 945
Krankheit und Unfall	730 180			5 130	724 532	518	- 359 834
AHV / IV	696 807	52 572	4 245	359 326	273 301	7 363	- 474 696
Übrige	578 337	133 580	47 488	248 850	100 167	48 252	- 308 415
Verkehr	1 502 559	62 604	968 740	246 906	6 046	218 263	- 595 953
Kantonsstrassen	398 002	39 814	120 306	93 777		144 105	- 313 968
Nationalstrassen	39 072	10 004	25 053			4 015	4 324
Übrige Strassen	15 033			14 986	46		- 15 033
Öffentlicher Verkehr	1 019 777	5 235	815 934	138 040	6 000	54 568	- 253 150
Verkehr, übrige	30 675	7 551	7 446	102		15 575	- 18 126
Umweltschutz und Raumordnung	173 180	44 481	29 556	43 028	13 295	42 820	- 129 715
Volkswirtschaft	259 648	32 224	16 306	23 347	175 129	12 641	- 60 305
Land- und Forstwirtschaft	232 676	22 251	10 355	16 390	173 633	10 048	- 43 321
übrige	26 972	9 973	5 951	6 957	1 496	2 594	- 16 984
Finanzen und Steuern	6 407 680	2 618 913	43 058	2 639 136	382	1 106 190	4 524 439
Steuern und Einnahmenanteile	124 021		42 288	81 733			7 145 686
Finanzausgleich	1 095 091			1 093 518		1 573	- 551 950
Vermögens- und Schuldenverwaltung	228 389		263			228 126	270 087
Nicht aufgeteilte Posten	4 960 178	2 618 913	507	1 463 885	382	876 491	- 2 339 384
Total	19 058 651	7 369 459	2 695 750	4 456 767	1 854 449	2 682 226	- 1 723 293

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Erfolgsrechnung ab.

Um Doppelzählungen auszuschliessen, wurden interne Übertragungen und Transfers der Position "Nicht aufzuteilende Posten" zugeordnet.

Funktionale Gliederung

Investitionsrechnung 2011 nach Kontenklassen (Konsolidierungskreise 1 bis 3)

Aufgaben Fr. 1000	Ausgaben	Sachgüter	Darlehen, Beteiligungen	Investitionsbeiträge		Nettoin- vestitionen(-)
				öffentliche Haushalte	Private	
Allgemeine Verwaltung	29 688	29 427	4	257		- 29 139
Öffentliche Ordnung und Sicherheit,						
Verteidigung	98 970	96 107	500	858	1 505	- 94 960
Rechtssprechung	64 988	64 988				- 64 844
Strafvollzug	7 686	7 686				- 6 436
Allgemeines Rechtswesen	3 474	3 474				- 3 474
Polizei	16 828	16 328	500			- 16 628
Strassenverkehrsamt	460	460				- 460
Militärische Verteidigung	1 387	1 387				- 1 387
Zivile Verteidigung	4 148	1 785		858	1 505	- 1 731
Bildung	184 897	159 696	979	11 453	12 770	- 144 186
Obligatorische Schule	12 769	646	29	5 574	6 520	- 11 919
Berufliche Grundbildung	35 596	28 915	431		6 250	- 21 408
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	16 472	16 345	127			- 16 306
Übriges Bildungswesen	639	639				- 639
Universität	82 598	76 485	235	5 879		- 59 639
Fachhochschulen	36 822	36 666	157			- 34 275
Kultur und Freizeit	13 710	5 499		726	7 485	- 11 817
Gesundheit	248 236	136 497	100	89 772	21 867	- 233 027
Soziale Wohlfahrt	26 092	1 595	6 265	250	17 982	- 14 510
AHV / IV	15 501	218		250	15 033	- 15 501
Übrige	10 591	1 377	6 265		2 949	991
Verkehr	316 205	130 170	41 000	145 035		- 115 812
Kantonsstrassen	73 455	73 455				- 57 282
Nationalstrassen	58 402	56 715		1 687		- 18 263
Übrige Strassen	29 951			29 951		- 29 951
Öffentlicher Verkehr	154 397		41 000	113 397		- 12 065
Verkehr, übrige	-					1 748
Umweltschutz und Raumordnung	19 339	11 375		7 964		- 13 287
Volkswirtschaft	46 898	3 030	4 105	19 616	20 146	- 19 353
Land- und Forstwirtschaft	14 869	3 001	2 507		9 361	- 10 705
Übrige	32 029	29	1 598	19 616	10 785	- 8 648
Finanzen und Steuern	918	0		918		- 918
Steuern und Einnahmenanteile	-					-
Finanzausgleich	918			918		- 918
Vermögens- und Schuldenverwaltung	-					-
Nicht aufgeteilte Posten	0	0				-
Total	984 953	573 396	52 953	276 849	81 756	- 677 010

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Investitionsrechnung ab.

Mehrjahresvergleiche

Verwaltungsrechnung seit 1960
in 1000 Franken

Jahr	Erfolgsrechnung			Investitionsrechnung		
	Aufwand	Ertrag	Saldo ¹	Ausgaben	Einnahmen	Nettoinvestitionen
1960	456 640	482 321	25 681	51 850	9 204	42 646
1965	827 001	811 928	- 15 073	135 164	84 827	50 337
1970	1 473 265	1 510 396	37 131	178 027	85 576	92 451
1971	1 749 634	1 635 718	- 113 916	281 492	115 208	166 284
1972	1 956 375	1 919 606	- 36 769	319 359	139 009	180 350
1973	2 413 408	2 413 663	255	376 903	177 851	199 052
1974	2 727 639	2 729 060	1 421	402 556	204 113	198 443
1975	2 888 555	2 890 419	1 864	413 893	199 791	214 102
1976	3 114 276	2 993 865	- 120 411	468 287	254 613	213 674
1977	3 158 761	3 058 808	- 99 953	332 627	188 250	144 377
1978	3 205 977	3 103 824	- 102 153	321 861	176 489	145 372
1979	3 356 002	3 362 377	6 375	312 651	200 606	112 045
1980	3 552 883	3 555 209	2 326	290 712	155 807	134 905
1981	3 769 765	3 812 863	43 098	311 577	154 071	157 506
1982	4 703 932	4 851 806	147 874	840 150	253 918	586 232
1983	5 095 905	5 058 855	- 37 050	914 392	234 606	679 776
1984	5 336 826	5 348 843	12 017	867 260	214 690	652 570
1985	5 637 322	5 645 823	8 501	848 698	193 173	655 525
1986	6 186 455	6 486 192	299 737	898 008	139 130	758 878
1987	6 635 270	6 626 024	- 9 246	907 335	124 528	782 807
1988	6 832 436	6 962 440	130 004	947 701	173 393	774 308
1989	7 331 607	7 395 307	63 700	925 926	152 620	773 306
1990	7 740 315	7 778 175	37 860	1 058 628	145 593	913 035
1991	8 647 518	8 230 936	- 416 582	1 046 246	161 580	884 666
1992	9 150 848	8 632 169	- 518 679	1 006 955	202 775	804 180
1993	9 211 273	8 993 050	- 218 223	1 455 812	204 891	1 250 921
1994	9 265 473	9 174 370	- 91 103	1 433 058	198 395	1 234 663
1995	9 521 673	9 409 510	- 112 163	931 173	296 801	634 372
1996	10 022 494	9 648 417	- 374 077	908 276	232 931	675 345
1997	9 842 900	9 678 850	- 164 050	993 143	232 082	761 060
1998	9 742 584	9 824 375	81 791	1 122 577	481 497	641 080
1999	10 158 053	10 612 472	454 419	901 853	381 029	520 824
2000	10 944 895	11 287 169	342 274	1 158 072	822 940	335 132
2001	11 451 672	11 611 841	160 169	942 898	780 385	162 513
2002	11 603 566	11 845 944	242 378	1 288 332	678 802	609 529
2003	11 648 407	11 029 366	- 619 041	1 015 113	461 058	554 055
2004	11 568 415	11 155 491	- 412 924	1 171 635	517 814	653 821
2005	11 734 479	13 058 347	1 323 868	1 284 845	568 525	716 320
2006	11 791 214	11 906 029	114 815	1 322 955	478 310	844 645
2007	11 140 099	11 578 390	438 292	1 145 772	440 778	704 994
2008	12 224 008	12 538 660	314 652	1 052 917	260 926	791 991
2008 ²	12 033 177	12 104 644	71 467	1 186 284	70 308	1 115 976
2009	12 382 004	12 578 052	196 049	1 043 866	252 642	791 224
2010	12 716 210	13 314 084	597 874	985 825	214 119	771 706
2011	15 673 338	13 950 045	- 1 723 293	983 092	306 082	677 010

¹ + Ertragsüberschuss, - Aufwandüberschuss

² Rechnung 2008 restated

Bemerkungen:

1982-2008 gemäss Finanzhaushaltsgesetz (FHG, harmonisiertes Rechnungsmodell HRM)

Ab 2009 gemäss Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG, IPSAS)

Aufwand der Erfolgsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2008 *	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011
3 Aufwand	12 033 177	12 382 004	12 716 210	15 673 338
30 Personalaufwand	4 322 413	4 513 467	4 605 152	7 369 401
300 Behörden, Kommissionen, Richter	56 013	57 893	56 528	56 041
301 Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonals	2 247 420	2 338 316	2 389 678	2 452 627
302 Löhne Lehrkräfte	1 295 455	1 367 315	1 389 844	1 450 905
303 Temporäre Arbeitskräfte	8 848	19 432	19 774	15 769
304 Zulagen	15 556	19 057	18 068	19 091
305 Arbeitgeberbeiträge	598 241	641 037	650 005	3 300 474
306 Arbeitgeberleistungen	63 243	32 070	42 927	33 265
309 Übriger Personal Aufwand	37 637	38 348	38 326	41 230
31 Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	2 465 363	2 588 440	2 608 960	2 693 615
310 Material- und Warenaufwand	478 369	492 397	494 969	507 742
311 Nicht Aktivierbare Anlagen	91 324	84 863	91 939	85 692
312 Ver- und Entsorgung	65 369	62 705	61 974	59 108
313 Dienstleistungen und Honorare	1 257 406	1 322 118	1 336 523	1 426 208
314 Baulicher Unterhalt (VV)	193 036	216 444	196 644	192 707
315 Unterhalt von Anlagen	77 198	84 486	85 774	94 437
316 Mieten, Leasing, Pacht, Benützungskosten	140 059	147 559	154 274	156 492
317 Spesenentschädigung	32 959	33 203	32 130	33 647
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	94 067	107 558	112 333	107 274
319 Übriger Betriebsaufwand	35 577	37 107	42 401	30 308
33 Abschreibungen VV	456 168	485 725	545 973	501 069
330 Abschreibungen Sachanlagen VV	427 683	467 620	527 980	477 901
332 Abschreibungen Immaterielle Anlagen	28 485	18 106	17 993	23 168
34 Finanzaufwand	233 341	179 409	164 869	212 614
340 Zinsaufwand	211 714	169 924	143 947	138 921
341 Realisierte Kursverluste	8 379	355	5 656	23 736
342 Kapitalbeschaffungskosten	1 360	591	491	456
343 Liegenschaftsaufwand FV	4 554	5 605	4 528	3 797
344 Werberichtigungen Finanzanlagen	7 234	9	7 072	43 192
349 Übriger Finanzaufwand	99	2 926	3 175	2 512
35 Einlagen in Fonds	77 662	81 167	85 972	71 126
350 Einlagen in Fonds des FK	48 752	64 586	66 883	55 474
351 Einlagen in Fonds des EK	28 910	16 582	19 090	15 652
36 Transferaufwand	3 896 784	3 939 821	4 099 009	4 197 365
360 Ertragsanteile an Dritte	6 462	36 875	38 081	32 432
361 Entschädigung an Gemeinwesen	89 520	85 729	89 669	89 435
362 Finanz- und Lastenausgleich	1 000 666	1 099 923	1 110 160	1 053 870
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2 557 276	2 496 262	2 633 885	2 786 379
364 Wertberechtigung Darlehen VV	200	176	- 60	- 100
366 Abschreibung Investitionsbeiträge	242 660	220 856	227 275	235 350
369 Verschiedener Transferaufwand	-	-	-	0
37 Durchlaufende Beiträge	581 447	593 974	606 276	628 148
370 Durchlaufende Beiträge	581 447	593 974	606 276	628 148

* Rechnung 2008 restated nach CRG

Ertrag der Erfolgsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2008 *	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011
4 Ertrag	- 12 104 644	- 12 578 052	- 13 314 084	- 13 950 045
40 Fiskalertrag	- 5 286 539	- 5 626 708	- 6 090 808	- 6 471 376
400 Direkte Steuern natürliche Personen	- 3 872 044	- 4 172 259	- 4 557 159	- 4 714 297
401 Direkte Steuern juristische Personen	- 929 841	- 954 587	- 1 023 587	- 1 256 898
402 Übrige direkte Steuern	- 192 139	- 204 578	- 212 026	- 197 815
403 Besitz- und Aufwandssteuern	- 292 515	- 295 283	- 298 035	- 302 366
41 Regalien und Konzessionen	- 369 371	- 371 581	- 373 622	- 373 468
410 Regalien	- 3 065	- 2 749	- 2 736	- 2 748
411 Schweiz. Nationalbank, Gewinnanteil	- 288 143	- 289 389	- 291 216	- 292 008
412 Konzessionen und Patente	- 3 867	- 3 891	- 3 300	- 4 346
413 Ertragsanteil Lotterie, Sport-Toto, etc.	- 74 296	- 75 552	- 76 371	- 74 367
42 Entgelte	- 2 237 081	- 2 467 493	- 2 482 491	- 2 614 915
421 Gebühren für Amtshandlungen	- 317 282	- 319 868	- 303 117	- 341 599
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	- 880 366	- 910 217	- 942 769	- 985 262
423 Schul- und Kursgelder	- 118 848	- 123 240	- 129 564	- 132 477
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	- 665 578	- 868 228	- 841 617	- 868 352
425 Erlös aus Verkäufen	- 118 512	- 118 316	- 124 855	- 127 155
426 Rückerstattungen	- 78 363	- 70 727	- 60 303	- 75 315
427 Bussen	- 54 461	- 53 659	- 58 186	- 61 050
429 Übrige Entgelte	- 3 672	- 3 238	- 22 079	- 23 706
43 Verschiedene Erträge	- 193 027	- 238 368	- 266 523	- 294 132
430 Verschiedene Betriebliche Erträge	- 163 956	- 194 720	- 211 877	- 220 824
431 Aktivierung Eigenleistung	- 17 090	- 21 859	- 17 175	- 12 266
432 Bestandesveränderung	- 444	116	361	- 1 521
439 Übrige Erträge	- 11 537	- 21 905	- 37 832	- 59 521
44 Finanzertrag FV + VV	- 553 012	- 431 951	- 480 043	- 543 185
440 Zinsertrag FV	- 121 112	- 71 850	- 62 399	- 58 520
441 Realisierte Gewinne FV	- 47 448	- 10 040	- 28 156	- 37 985
442 Beteiligungsertrag FV	- 109	- 136	- 164	- 218
443 Liegenschaftenertrag FV	- 17 962	- 17 988	- 19 729	- 20 873
444 Wertberichtigungen Anlagen FV	- 3 859	- 3 267	- 5 456	- 77 765
445 Finanzertrag Darlehen u. Beteiligungen VV	- 42 798	- 12 147	- 17 246	- 16 288
446 Finanzerträge von öff. Unternehmen VV	- 283 407	- 283 079	- 303 474	- 285 483
447 Liegenschaftenertrag VV	- 29 558	- 30 058	- 30 423	- 31 397
448 Erträge von gemieteten Liegenschaften	- 2 816	- 2 753	- 2 874	- 3 687
449 Übriger Finanzertrag	- 3 944	- 634	- 10 122	- 10 969
45 Entnahmen aus Fonds	- 1 464	- 364	- 417	- 2 557
450 Entnahme aus Fonds des FK	- 1 410	- 353	- 417	- 2 557
451 Entnahme aus Fonds des EK	- 54	- 10	-	-
46 Transferertrag	- 2 884 096	- 2 847 614	- 3 013 904	- 3 022 312
460 Anteile an Erträgen Dritter	- 795 199	- 742 702	- 766 352	- 801 358
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	- 245 575	- 283 631	- 309 614	- 318 212
462 Finanz- und Lastenausgleich	- 93 087	- 483 510	- 462 401	- 422 501
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	- 1 729 241	- 1 307 284	- 1 350 248	- 1 395 391
466 Auflösung pasivierte Invest. Beiträge	- 20 617	- 30 465	- 120 346	- 81 946
469 Verschiedener Transferertrag	- 378	- 22	- 4 944	- 2 905
47 Durchlaufende Beiträge	- 580 053	- 593 974	- 606 276	- 628 099
470 Durchlaufende Beiträge	- 580 053	- 593 974	- 606 276	- 628 099

* Rechnung 2008 restated nach CRG

Ausgaben der Investitionsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2008 *	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011
5 Investitionsausgaben	1 186 284	1 043 866	985 825	983 092
50 Sachanlagen	404 147	618 352	545 624	536 578
500 Grundstücke	904	1 963	4 432	1 731
501 Strassen	69 065	258 888	175 208	120 683
502 Wasserbau	11 453	10 034	8 670	7 468
503 Übriger Tiefbau	446	711	265	1 238
504 Hochbauten	178 073	209 735	207 247	256 941
505 Waldungen	14	1	–	2 281
506 Mobilien	143 616	136 626	148 870	146 235
509 Übrige Sachanlagen	577	394	931	–
51 Investitionen auf Rechnung Dritter	–	1 514	866	797
514 Hochbauten auf Rechnung Dritter	–	304	138	186
516 Mobilien auf Rechnung Dritter	–	1 210	728	611
52 Immaterielle Anlagen	13 762	23 679	36 769	36 020
520 Software	13 762	23 679	36 769	36 020
529 Übrige Immaterielle Anlagen	–	–	–	–
54 Darlehen	435 066	76 597	80 364	51 350
540 Darlehen an den Bund	104 100	68 300	74 600	–
542 Darlehen Gemeinden und Zweckverbände	–	–	1 942	–
544 Darlehen an öff. Unternehmungen	323 500	7 009	2 507	48 214
545 Darlehen an priv. Unternehmungen	7 150	559	– 7	2 057
546 Darlehen an priv. Org. ohne Erwerbszweck	–	170	557	100
547 Darlehen an priv. Haushalte	316	559	765	979
55 Beteiligungen	–	6 210	5 175	1 603
554 Beteiligungen öff. Unternehmungen	–	–	5 175	–
555 Beteiligungen priv. Unternehmungen	–	6 210	–	1 603
56 Eigene Investitionsbeiträge	319 023	305 553	300 049	322 048
560 Eigene Invest. Beiträge an den Bund	–	–	–	1 687
561 Invest.-Beiträge Kantone	1 118	–	–	–
562 Invest.-Beiträge Gemeinden	46 810	54 241	55 954	46 326
564 Invest.-Beiträge öff. Unternehmungen	187 951	194 699	186 905	201 120
565 Invest.-Beiträge priv. Unternehmungen	11 954	7 958	7 824	8 201
566 Invest.-Beiträge priv. Organisationen	71 189	45 843	42 575	60 555
567 Invest.-Beiträge priv. Haushalte	–	2 812	6 791	4 159
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	14 286	11 962	16 977	34 695
570 Durchl. I. B. an den Bund	–	–	–	17 756
572 Durchl. I. B. Gemeinden u. Zweckverbände	6 301	3 187	4 034	3 904
574 Durchl. I. B. öff. Unternehmung	6 242	5 263	6 453	4 195
575 Durchl. I. B. priv. Unternehmung	230	425	803	3 406
576 Durchl. I. B. priv. Org. o. Erwerbszweck	1 513	1 999	1 791	3 374
577 Durchl. I. B. priv. Haushalte	–	1 088	3 896	2 060

* Rechnung 2008 restated nach CRG

Einnahmen der Investitionsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2008 *	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011
6 Investitionseinnahmen	- 70 308	- 252 642	- 214 119	- 306 082
60 Übertragung von Sachanlagen	- 1 150	- 17 804	- 29 817	- 25 214
600 Übertragung VV in FV Grundstücke	- 0	- 7 051	- 10 690	- 12 599
601 Übertragung VV in FV Strassen	- 535	-	- 1 291	- 152
603 Übertragung VV in FV Tiefbau	- 600	-	-	-
604 Übertragung VV in FV Hochbauten	-	- 10 609	- 12 199	- 12 222
606 Übertragung VV in FV Mobilien	- 15	- 145	- 5 637	- 241
61 Rückerstattungen	- 12 270	- 11 244	- 8 108	- 9 116
611 Rückerstattungen Strassen	-	-	-	- 6 775
612 Rückerstattungen Wasserbau	-	- 28	- 9	- 45
613 Rückerstattungen übriger Tiefbau	- 10 439	- 9 355	- 6 742	-
614 Rückerstattungen Hochbau	- 913	- 537	- 629	- 232
615 Rückerstattungen Waldungen	-	- 114	-	- 1 453
616 Rückerstattungen Mobilien	- 917	- 1 210	- 728	- 611
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	- 31 258	- 183 561	- 127 231	- 79 124
630 I.B. vom Bund	- 26 306	- 177 519	- 115 535	- 64 082
632 I.B. von Gemeinden und Zweckverbänden	- 164	- 452	- 1 046	- 2 102
634 I.B. von öff. Unternehmungen	-	- 1 094	- 60	-
635 I.B. von priv. Unternehmungen	- 3 896	- 3 104	- 10 415	- 12 502
636 I.B. von priv. Org. ohne Erwerbszweck	-	- 1 291	-	- 198
637 I.B. von priv. Haushalten	- 892	- 101	- 175	- 240
64 Rückzahlung von Darlehen	- 10 999	- 27 827	- 31 771	- 85 932
640 Rückz. Darl. Bund	-	-	-	-
642 Rückz. Darl. Gemeinden	- 2 538	- 2 310	- 2 052	- 1 733
644 Rückz. Darl. öff. Unternehmungen	- 1 619	- 11 560	- 17 226	- 71 770
645 Rückz. Darl. priv. Unternehmungen	- 5 894	- 12 383	- 10 615	- 10 497
646 Rückz. Darl. priv. Organisationen	-	- 600	- 700	- 702
647 Rückz. Darl. priv. Haushalte	- 948	- 974	- 1 178	- 1 231
65 Übertragung VV in FV von Beteiligungen	- 0	- 60	- 100	-
655 Übertr. Bet. priv. Unternehmungen	- 0	- 60	- 100	-
66 Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	- 345	- 186	- 114	- 72 000
664 Rückzlg. I.B. öff. Unternehmungen	- 86	-	-	- 71 660
665 Rückzlg. I.B. priv. Unternehmungen	- 214	- 130	- 101	- 336
666 Rückzlg. I.B. priv. Organisationen	- 45	- 56	- 13	- 5
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	- 14 286	- 11 962	- 16 977	- 34 695
670 Durchl. I.B. Bund	- 14 286	- 11 907	- 16 672	- 34 350
672 Durchl. I.B. Gemeinde	-	- 55	- 305	- 345

* Rechnung 2008 restated nach CRG

Bilanz nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	per 31.12.2008 *	per 31.12.2009	per 31.12.2010	per 31.12.2011
1 Aktiven	19 847 451	19 635 566	19 950 927	20 604 314
10 Finanzvermögen	5 759 037	5 424 626	5 613 828	6 242 170
100 Flüssige Mittel und Geldanlagen FV	1 671 139	1 457 681	1 463 098	1 676 391
101 Forderungen FV	2 434 315	2 288 676	2 340 888	2 671 667
102 kurzfristige Finanzanlagen FV	234 555	270 410	280 053	296 202
104 Aktive Rechnungsabgrenzung	368 530	362 232	472 496	501 761
106 Vorräte und angefangene Arbeiten	67 357	61 117	52 337	61 778
107 Finanzanlagen FV	109 295	97 901	131 139	145 209
108 Sachanlagen FV	873 848	886 609	873 817	889 162
14 Verwaltungsvermögen	14 088 413	14 210 940	14 337 099	14 362 143
140 Sachanlagen VV	7 555 581	7 536 096	7 516 553	7 550 519
142 Immaterielle Anlagen VV	55 974	58 749	75 125	83 620
144 Darlehen VV	778 946	835 243	896 847	865 032
143 Kurzfristige Darlehen VV	10 053	11 351	13 401	10 734
145 Beteiligungen	2 537 999	2 535 145	2 521 143	2 523 033
146 Investitionsbeiträge	3 149 859	3 234 356	3 314 030	3 329 206
2 Passiven	- 19 847 451	- 19 635 566	- 19 950 927	- 20 604 314
20 Fremdkapital	- 10 681 960	- 10 245 733	- 9 935 836	- 12 295 728
200 Laufende Verbindlichkeiten	- 1 828 628	- 2 164 692	- 2 152 905	- 1 558 614
201 Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 949 300	- 585 756	- 55 689	- 54 157
204 Passive Rechnungsabgrenzung	- 1 481 463	- 1 616 518	- 1 613 834	- 1 922 604
205 Kurzfristige Rückstellungen	- 226 628	- 243 263	- 253 853	- 272 422
206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 4 639 817	- 4 072 736	- 4 243 747	- 4 215 775
208 Langfristige Rückstellungen	- 1 117 015	- 1 059 547	- 1 046 043	- 3 649 668
209 Fonds im Fremdkapital	- 439 110	- 503 221	- 569 765	- 622 487
29 Eigenkapital	- 9 165 491	- 9 389 833	- 10 015 091	- 8 308 586
291 Fonds im Eigenkapital	- 1 727 422	- 1 781 190	- 1 845 775	- 1 965 811
292 Rücklagen	- 38 855	- 37 967	- 41 539	- 37 078
296 Neubewertungsreserven	20 789	8 743	-	-
298 Übriges Eigenkapital	- 54 346	- 51 543	- 104 019	- 143 656
299 Bilanzüberschuss/-Fehlbetrag	- 7 365 656	- 7 527 875	- 8 023 758	- 6 162 042

* Bilanz 2008 restated nach CRG

Erfolgsrechnung 2009 - 2011 (Konsolidierungskreise 1 bis 3)

Aufgaben Fr. 1000	Aufwand			Nettoaufwand (-) / Nettoertrag (+)		
	2011	2010	2009	2011	2010	2009
Allgemeine Verwaltung	518 286	530 854	517 969	- 308 138	- 315 728	- 303 806
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	1 350 681	1 366 864	1 283 875	- 419 170	- 483 791	- 391 995
Rechtssprechung	398 566	398 290	385 289	- 268 451	- 266 947	- 250 389
Strafvollzug	206 949	199 934	192 714	- 150 214	- 140 872	- 135 317
Allgemeines Rechtswesen	128 556	115 524	112 957	46 023	21 220	38 377
Polizei	521 228	511 458	503 160	- 353 188	- 347 305	- 342 873
Strassenverkehrsamt	62 410	60 379	60 538	321 126	318 547	314 424
Militärische Verteidigung	21 635	19 347	19 282	- 7 834	- 9 164	- 8 729
Zivile Verteidigung	11 336	10 916	9 935	- 6 632	- 8 255	- 7 488
übrige Sicherheit	-	51 015	-	-	- 51 015	-
Bildung	4 077 615	3 874 763	3 882 191	- 2 336 471	- 2 191 340	- 2 239 479
Obligatorische Schule	602 652	573 513	588 593	- 569 235	- 541 229	- 556 841
Berufliche Grundbildung	705 442	665 827	686 790	- 365 284	- 358 999	- 368 013
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	394 323	379 979	390 354	- 380 352	- 327 452	- 340 543
Übriges Bildungswesen	111 950	107 215	101 689	- 82 211	- 71 258	- 70 920
Universität	1 452 722	1 389 704	1 371 793	- 575 556	- 555 651	- 557 981
Fachhochschulen	810 527	758 525	742 971	- 363 833	- 336 751	- 345 181
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	236 588	182 177	225 147	- 199 389	- 138 735	- 190 045
Gesundheit	2 527 091	2 425 056	2 432 431	- 1 055 646	- 930 496	- 963 236
Soziale Wohlfahrt	2 005 324	1 921 598	1 771 419	- 1 142 945	- 1 070 788	- 989 972
Krankheit und Unfall	730 180	714 421	625 110	- 359 834	- 369 351	- 310 196
AHV / IV	696 807	653 304	617 005	- 474 696	- 440 408	- 418 208
Übrige	578 337	553 873	529 304	- 308 415	- 261 029	- 261 568
Verkehr	1 502 559	1 521 783	1 450 601	- 595 953	- 601 444	- 604 867
Kantonsstrassen	398 002	434 780	370 644	- 313 968	- 314 970	- 327 578
Nationalstrassen	39 072	44 705	67 323	4 324	2 513	1 530
Übrige Strassen	15 033	14 616	11 280	- 15 033	- 14 616	- 11 280
Öffentlicher Verkehr	1 019 777	995 308	967 138	- 253 150	- 256 534	- 248 958
Verkehr, übrige	30 675	32 374	34 215	- 18 126	- 17 837	- 18 581
Umweltschutz und Raumordnung	173 180	190 857	169 918	- 129 715	- 140 440	- 125 183
Volkswirtschaft	259 648	255 024	260 092	- 60 305	- 66 226	- 74 344
Land- und Forstwirtschaft	232 676	230 615	237 572	- 43 321	- 50 238	- 60 479
Übrige	26 972	24 409	22 520	- 16 984	- 15 988	- 13 865
Finanzen und Steuern	6 407 680	3 783 369	3 746 949	4 524 439	6 536 861	6 078 974
Steuern und Einnahmenanteile	124 021	124 006	125 046	7 145 686	6 719 141	6 231 348
Finanzausgleich	1 095 091	1 152 039	1 143 081	- 551 950	- 688 358	- 658 060
Vermögens- und Schuldenverwaltung	228 389	188 058	198 034	270 087	1 678 729	1 612 065
Nicht aufgeteilte Posten	4 960 178	2 319 266	2 280 788	- 2 339 384	- 1 172 651	- 1 106 378
Total	19 058 651	16 052 345	15 740 591	- 1 723 293	597 874	196 049

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Erfolgsrechnung ab.

Um Doppelzählungen auszuschliessen, wurden interne Übertragungen und Transfers der Position "Nicht aufzuteilende Posten" zugeordnet.

Die Statistik ist mit den Vorjahresstatistiken vor 2009 nur bedingt vergleichbar.

**Funktionale Gliederung
Investitionsrechnung 2009 - 2011 (Konsolidierungskreise 1 bis 3)**

Aufgaben Fr. 1000	Ausgaben			Nettoaussgaben (-) / Nettoeinnahmen (+)		
	2011	2010	2009	2011	2010	2009
Allgemeine Verwaltung	29 688	56 245	38 028	- 56 091	- 56 091	- 36 759
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	98 970	55 879	60 793	- 50 963	- 50 963	- 48 398
Rechtssprechung	64 988	21 042	13 781	- 21 042	- 21 042	- 13 781
Strafvollzug	7 686	8 563	10 244	- 6 312	- 6 312	- 9 244
Allgemeines Rechtswesen	3 474	8 202	2 836	- 8 202	- 8 202	- 2 836
Polizei	16 828	13 074	26 717	- 12 642	- 12 642	- 17 150
Strassenverkehrsamt	460	417	2 060	- 417	- 417	- 2 060
Militärische Verteidigung	1 387	983	1 928	- 975	- 975	- 1 928
Zivile Verteidigung	4 148	3 526	3 226	- 1 302	- 1 302	- 1 398
übrige Sicherheit	-	71	-	-	- 71	-
Bildung	184 897	192 188	180 149	- 164 557	- 164 557	- 155 979
Obligatorische Schule	12 769	10 733	10 511	- 10 698	- 10 698	- 9 735
Berufliche Grundbildung	35 596	22 562	14 361	- 20 363	- 20 363	- 13 936
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	16 472	44 094	36 123	- 43 282	- 43 282	- 35 895
Übriges Bildungswesen	639	280	310	- 280	- 280	- 310
Universität	82 598	94 562	94 397	- 71 833	- 71 833	- 76 535
Fachhochschulen	36 822	19 957	24 447	- 18 101	- 18 101	- 19 568
Kultur und Freizeit	13 710	12 514	9 139	- 11 162	- 11 162	- 8 539
Gesundheit	248 236	192 279	150 574	- 161 295	- 161 295	- 129 449
Soziale Wohlfahrt	26 092	20 122	25 892	- 9 729	- 9 729	- 13 024
AHV / IV	15 501	10 308	15 450	- 10 308	- 10 308	- 15 450
Übrige	10 591	9 813	10 442	579	579	2 425
Verkehr	316 205	408 144	526 265	- 294 345	- 294 345	- 364 210
Kantonsstrassen	73 455	67 997	65 298	- 40 926	- 40 926	- 57 621
Nationalstrassen	58 402	110 773	198 950	- 28 397	- 28 397	- 49 460
Übrige Strassen	29 951	26 806	28 883	- 26 626	- 26 626	- 28 757
Öffentlicher Verkehr	154 397	202 568	233 134	- 201 643	- 201 643	- 232 208
Verkehr, übrige	-	-	-	3 248	3 248	3 835
Umweltschutz und Raumordnung	19 339	21 433	21 704	- 18 844	- 18 844	- 18 186
Volkswirtschaft	46 898	27 462	31 069	- 4 179	- 4 179	- 16 425
Land- und Forstwirtschaft	14 869	12 632	17 477	- 10 673	- 10 673	- 14 951
Übrige	32 029	14 830	13 592	6 494	6 494	- 1 474
Finanzen und Steuern	918	642	254	- 542	- 542	- 254
Finanzausgleich	918	242	254	- 242	- 242	- 254
Vermögens- und Schuldenverwaltung	-	-	-	100	100	-
Nicht aufgeteilte Posten	-	400	-	- 400	- 400	-
Total	984 953	986 907	1 043 866	- 677 010	- 771 706	- 791 224

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Investitionsrechnung ab.

Die Statistik ist mit den Vorjahresstatistiken vor 2009 nur bedingt vergleichbar.

Zusammenhang zwischen Erfolgs-, Investitions- und Geldflussrechnung

+ Zunahme, - Abnahme flüssige Mittel

Mio. Franken	Rechnung 2011	Rechnung 2010
Fiskalertrag	6 471	6 091
Regalien, Konzessionen, SNB	373	374
Entgelte	2 615	2 482
Verschiedene Erträge	294	267
Transferzahlungen (netto)	-1 175	-1 085
Personalaufwand	-7 369	-4 605
Sach- und Betriebsaufwand	-2 693	-2 609
Korrektur Geldflusswirksamkeit	2 018	- 103
Finanzergebnis	331	315
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	865	1 127
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	- 623	- 768
Abnahme kurzfristige Verbindlichkeiten	- 2	- 521
Zunahme Staatsanleihen	5	4
Veränderung langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 31	163
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	- 28	- 353
Veränderung flüssige Mittel	213	5

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

	R 2011
Totalisierung aller Legate und Stiftungen	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	5 423 429
Finanzerträge	2 601 938
Total Erträge	8 025 367
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-5 469 188
Finanzaufwand	-519 357
Total Aufwand	-5 988 545
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 036 822
– davon Finanzerfolg	2 082 581

Direktion der Justiz und des Innern

9803 Fonds für einen wohltätigen Zweck

Akten-Nr. 8200 Vermächtnis von Karl Theodor Fierz-Zollinger in Zürich und weitere Zuwendungen zur Hilfe an Straffällige und ihre Familien, die sich in wirtschaftlicher Not befinden.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	21 976
	Total Erträge	21 976
RRB Nrn. 1209/1905 und 3117/1972	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-442
	Finanzaufwand	-1 555
	Total Aufwand	-1 997
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	19 979
	– davon Finanzerfolg	20 421

9804 Hilfskasse der Angestellten der kantonalen Strafanstalt

Akten-Nr. 8211 Verordnung über die kantonale Strafanstalt vom 12. Februar 1975, §§ 80 und 81	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	3 878
	Total Erträge	3 878
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-128
	Finanzaufwand	-2 418
	Total Aufwand	-2 546
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 332
	– davon Finanzerfolg	1 460

9896 Fonds zur Unterstützung der bildenden Künste

Akten-Nr. 8992 Legat von H. W. Schell-dorfer in Zürich. KRB vom 1. November 1920 (ZG 4, S. 465); Regulativ des Regierungsrates vom 4. Dezember 1944 (ZG 4, S. 465)	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	301
	Total Erträge	301
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
	Finanzaufwand	-75
	Total Aufwand	-125
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	176
	– davon Finanzerfolg	226

Bilanz

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
			Absolut	in %
Totalisierung aller Legate und Stiftungen				
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	13 380 986	12 353 382	1 027 604	8,3
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	76 740 077	75 254 807	1 485 271	2,0
Sachanlagen	1 130 100	1 202 800	-72 700	-6,0
Übrige Aktiven	908 929	871 582	37 346	4,3
Total Aktiven	92 160 092	89 682 571	2 477 522	2,8
Übrige Passiven	-188 793	-50 369	-138 424	-274,8
Fondsbestand	-91 971 299	-89 632 201	-2 339 098	-2,6
Total Passiven	-92 160 092	-89 682 571	-2 477 522	-2,8

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	151 947	103 325	48 622	47,1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	730 280	759 150	-28 870	-3,8
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	8 893	8 666	226	2,6
Total Aktiven	891 120	871 141	19 979	2,3
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-891 120	-871 141	-19 979	-2,3
Total Passiven	-891 120	-871 141	-19 979	-2,3

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	115 936	92 055	23 881	25,9
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	139 273	161 791	-22 518	-13,9
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 749	1 780	-31	-1,7
Total Aktiven	256 959	255 626	1 332	0,5
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-256 959	-255 626	-1 332	-0,5
Total Passiven	-256 959	-255 626	-1 332	-0,5

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	1 710	1 459	251	17,2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	10 585	10 660	-75	-0,7
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	294	294	0	0,0
Total Aktiven	12 589	12 413	176	1,4
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-12 589	-12 413	-176	-1,4
Total Passiven	-12 589	-12 413	-176	-1,4

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung		R 2011	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2011	31.12.2010	Absolut	in %
Sicherheitsdirektion						
9805 Hilfsfonds für Angehörige der Kantonspolizei Zürich						
Akten-Nr. 8300 Vergabung von ungenannter Seite zur Unterstützung bedürftiger Angehöriger der Kantons-polizei Zürich und ihrer Hinterlassenen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
RRB Nrn. 5619/1969 und 1901/1977	Finanzerträge	43 207	77 291	172 553	-95 261	-55,2
	Total Erträge	43 207	1 264 461	1 131 401	133 060	11,8
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-672				
	Finanzaufwand	-3 421	13 608	12 293	1 315	10,7
	Total Aufwand	-4 093	1 355 361	1 316 247	39 114	3,0
	Erfolgsrechnung					
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	39 114	-1 355 361	-1 316 247	-39 114	-3,0
	- davon Finanzerfolg	39 786	-1 355 361	-1 316 247	-39 114	-3,0
9806 Fonds zur Unterstützung schweizerischer Wehrmänner						
Akten-Nr. 8400 Schenkung des zürche-rischen Hilfsvereins schweizerischer Wehrmänner zur Unterstützung der Familien von Wehrmännern, der militäri-schen Weiterausbildung und der Orientierung der Stellungspflichtigen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
RRB Nrn. 3673/1920 und 3504/1980	Finanzerträge	9 557	39 593	81 820	-42 227	-51,6
	Total Erträge	9 557	249 708	277 984	-28 276	-10,2
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-5 145				
	Finanzaufwand	-75 074	2 215	2 374	-159	-6,7
	Total Aufwand	-80 219	291 516	362 178	-70 662	-19,5
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-70 662				
	- davon Finanzerfolg	-65 517	-291 516	-362 178	70 662	19,5
			-291 516	-362 178	70 662	19,5
9807 Fonds zur Förderung der bewaffneten Kadettenkorps im Kanton Zürich						
Akten-Nr. 8410 Vermögen der am 1. Februar 1962 aufgelösten Stiftung «Fonds des Freiwilligen Militärischen Vorunterrichtes der Kantonsschule Zürich»	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	6	11 142	11 186	-44	-0,4
	Total Erträge	6				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
	Finanzaufwand					
	Total Aufwand	-50	11 142	11 186	-44	-0,4
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-44				
	- davon Finanzerfolg	6	-11 142	-11 186	44	0,4
			-11 142	-11 186	44	0,4
Finanzdirektion						
9810 Eva Maria Ehrlich-Fonds						
Akten-Nr. 8500 Vermächtnis von Frau Maria Ehrlich Bugl, von Zürich, zur Unterstützung von Institutionen, die bestimmte gemeinnützige und wohlätige Zwecke verfolgen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
RRB Nr. 4681/1972	Finanzerträge	177 289	602 601	353 230	249 371	70,6
	Total Erträge	177 289	5 407 450	5 501 235	-93 785	-1,7
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-3 007				
	Finanzaufwand	-18 880	63 437	63 621	-184	-0,3
	Total Aufwand	-21 887	6 073 487	5 918 086	155 402	2,6
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	155 402				
	- davon Finanzerfolg	158 409	-6 073 487	-5 918 086	-155 402	-2,6
			-6 073 487	-5 918 086	-155 402	-2,6

Erfolgsrechnung

9811 Hilfsfonds für das Staatspersonal

		R 2011
Akten-Nr. 8510 Liquidationserlös der Sparkasse für das kriegswirtschaftliche Personal.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	4 574
	Total Erträge	4 574
KRB vom 11. Dezember 1950	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-123
	Finanzaufwand	
	Total Aufwand	-123
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	4 451
	- davon Finanzerfolg	4 574

9812 Schmid-Wörner-Stiftung

		R 2011
Akten-Nr. 8520 Vermächtnis von Jakob Albert Schmid-Wörner in Zürich zugunsten von Gebrechlichen und Unbemittelten.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	13 945
	Total Erträge	13 945
RRB Nr. 238/1919	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-13 260
	Finanzaufwand	-762
	Total Aufwand	-14 022
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-77
	- davon Finanzerfolg	13 183

9813 Fonds Zürcher Bildnisse aus sechs Jahrhunderten

		R 2011
Akten-Nr. 8530 Zur Durchführung einer Gemäldeausstellung «Zürcher Bildnisse aus sechs Jahrhunderten» anlässlich der 700-Jahr-Feier des Standes Zürich im Jahre 2051.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	2 326
	Total Erträge	2 326
RRB Nr. 3774/1962	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-66
	Finanzaufwand	-1 896
	Total Aufwand	-1 962
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	364
	- davon Finanzerfolg	430

Gesundheitsdirektion

9816 Fonds zugunsten bedürftiger Kranker

		R 2011
Akten-Nr. 8700 Zusammenlegung der Gollischen Stiftung für unheilbare Kranke und des Lina Aepli-Fonds.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	23 779
	Total Erträge	23 779
RRB Nr. 4982/1979	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-398
	Finanzaufwand	-1 682
	Total Aufwand	-2 080
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	21 699
	- davon Finanzerfolg	22 097

9817 Fonds für wissenschaftliche Zwecke im Interesse der Heilung von Geisteskrankheiten

		R 2011
Akten-Nr. 8702 Geschenk eines nicht genannt sein wollenden Spenders und Vermächtnis von Hermann Otto Rücker Emboden für wissenschaftliche Zwecke im Interesse der Heilung von Geisteskrankheiten.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	21 372
	Total Erträge	21 372
RRB Nrn. 4131/1962 und 4406/1982	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-9 373
	Finanzaufwand	-1 605
	Total Aufwand	-10 978
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	10 394
	- davon Finanzerfolg	19 767

Bilanz

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	81 853	101 138	-19 285	-19,1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	162 136	139 121	23 015	16,5
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	2 203	1 482	721	48,6
Total Aktiven	246 191	241 741	4 451	1,8
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-246 191	-241 741	-4 451	-1,8
Total Passiven	-246 191	-241 741	-4 451	-1,8

Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	86 865	119 246	-32 381	-27,2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	432 262	400 608	31 654	7,9
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	6 169	5 519	650	11,8
Total Aktiven	525 296	525 372	-77	0,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-525 296	-525 372	77	0,0
Total Passiven	-525 296	-525 372	77	0,0

Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	52 689	50 429	2 260	4,5
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	78 913	80 809	-1 896	-2,3
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 205	1 205	0	0,0
Total Aktiven	132 806	132 443	364	0,3
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-132 806	-132 443	-364	-0,3
Total Passiven	-132 806	-132 443	-364	-0,3

Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	134 599	129 024	5 576	4,3
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	660 916	645 707	15 209	2,4
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	10 728	9 814	914	9,3
Total Aktiven	806 244	784 545	21 699	2,8
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-806 244	-784 545	-21 699	-2,8
Total Passiven	-806 244	-784 545	-21 699	-2,8

Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	104 291	89 372	14 919	16,7
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	640 666	645 771	-5 105	-0,8
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	7 635	7 056	579	8,2
Total Aktiven	752 592	742 199	10 394	1,4
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-752 592	-742 199	-10 394	-1,4
Total Passiven	-752 592	-742 199	-10 394	-1,4

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

R 2011

9818 Fonds für Kranke des Universitätsspitals Zürich

Akten-Nr. 8710 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Kranke sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderwärtig gedeckter Schäden, die Kranken von andern zugefügt werden. Zusammenlegung von: – Vereinigte Fonds für Kranke des Universitätsspitals Zürich, RRB Nr. 1211/1932	Zuwendungen und betriebliche Erträge		
	Finanzerträge	118 249	
	Total Erträge	118 249	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–101 957	
	Finanzaufwand	–11 080	
	Total Aufwand	–113 037	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	5 211	
	– davon Finanzerfolg	107 169	
– Eduard Alexander Schneeli-Stiftung			
– August Abegg-Fonds für die Unterstützung von Patienten der Universitäts-Augenklinik			
– Oberrichter Dr. Hans Kem-Fonds für ein Freibett im Universitätsspital Zürich.			
RRB Nrn. 4982/1979 und 3159/1980			

Bilanz

31.12.2011

31.12.2010

Veränderung
Absolut in %

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	132 779	192 988	–60 209	–31,2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	3 782 395	3 720 500	61 895	1,7
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	43 807	40 282	3 525	8,8
Total Aktiven	3 958 981	3 953 770	5 211	0,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–3 958 981	–3 953 770	–5 211	–0,1
Total Passiven	–3 958 981	–3 953 770	–5 211	–0,1

9819 Fonds für das Personal des Universitätsspitals Zürich

Akten-Nr. 8711 Für hilfsbedürftiges, gegenwärtiges und ehemaliges Personal und hilfsbedürftige Familienangehörige solcher Personals; für die Förderung, insbesondere die Fortbildung des Personals, für die Finanzierung von Personalanlässen, für die Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die dem Personal von Patienten zugefügt werden. Zusammenlegung des Fonds für das Pflegepersonal des Universitätsspitals Zürich und des Wilhelm Friedrich Weilenmann-Fonds. RRB Nrn. 4982/1979, 3159/1980 und 226/1986	Zuwendungen und betriebliche Erträge		
	Finanzerträge	56 762	
	Total Erträge	56 762	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–1 165	
	Finanzaufwand	–6 777	
	Total Aufwand	–7 942	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	48 821	
	– davon Finanzerfolg	49 986	

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	203 970	149 863	54 107	36,1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	2 124 340	2 130 292	–5 952	–0,3
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	28 319	27 653	666	2,4
Total Aktiven	2 356 629	2 307 808	48 821	2,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–2 356 629	–2 307 808	–48 821	–2,1
Total Passiven	–2 356 629	–2 307 808	–48 821	–2,1

9820 Dr. Max und Marie Alpiger-Fonds

Akten-Nr. 8712 Vermächtnis von Fräulein Marie Alpiger zugunsten des Universitätsspitals Zürich für gemeinnützige Zwecke, unter anderem zur Beschaffung von Büchern für die Patientenbibliothek. RRB Nrn. 1410/1942 und 3159/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge		
	Finanzerträge	1 245	
	Total Erträge	1 245	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–58	
	Finanzaufwand	–336	
	Total Aufwand	–394	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	850	
	– davon Finanzerfolg	908	

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	67 935	77 177	–9 242	–12,0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	46 519	36 663	9 856	26,9
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	901	664	237	35,7
Total Aktiven	115 354	114 504	850	0,7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–115 354	–114 504	–850	–0,7
Total Passiven	–115 354	–114 504	–850	–0,7

Erfolgsrechnung

	R 2011
9821 Fonds für Kranke des Kantonsspitals Winterthur	
Akten-Nr. 8720 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Kranke sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderwärtig gedeckter Schäden, die Kranken von andern zugefügt werden. Zusammenlegung von: – Vereinigte Fonds für Kranke des Kantonsspitals Winterthur, RRB Nr. 1211/1932 – Carl Roth-Stiftung RRB Nrn. 4982/1979 und 1359/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge 365 Finanzerträge 112 505 Total Erträge 112 870 Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung –64 286 Finanzaufwand –7 970 Total Aufwand –72 256 Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) 40 614 – davon Finanzerfolg 104 535

9822 Fonds für das Pflegepersonal des Kantonsspitals Winterthur (Marta-Weiss-Fonds)

Akten-Nr. 8721 Für die Unterstützung von hilfsbedürftigem Personal und hilfs- bedürftigen Angehörigen des Personals. Für die Fortbildung des Personals, die Finanzierung von Personalanlässen und die Deckung nicht anderweitig gedeck- ter Schäden, die dem Personal von Patienten zugefügt werden. RRB Nr. 3159/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge 3 058 Total Erträge 3 058 Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung –104 Finanzaufwand –1 420 Total Aufwand –1 524 Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) 1 535 – davon Finanzerfolg 1 639
--	--

9823 Fonds für Kranke der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich

Akten-Nr. 8730 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Patienten sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die Kranken von anderen zugefügt werden. RRB Nr. 3159/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge 39 975 Total Erträge 39 975 Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung –38 100 Finanzaufwand –4 585 Total Aufwand –42 685 Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) –2 710 – davon Finanzerfolg 35 390
---	--

9824 Fonds für das Personal der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich

Akten-Nr. 8731 Für die Unterstützung von hilfsbedürftigem Personal und hilfs- bedürftigen Angehörigen des Personals. Für die Fortbildung des Personals, die Finanzierung von Personalanlässen und die Deckung nicht anderweitig gedeck- ter Schäden, die dem Personal von Patienten zugefügt werden. RRB Nr. 3159/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge 10 163 Total Erträge 10 163 Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung –232 Finanzaufwand –924 Total Aufwand –1 156 Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) 9 007 – davon Finanzerfolg 9 239
--	--

Bilanz

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
			Absolut	in %
9821 Fonds für Kranke des Kantonsspitals Winterthur				
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	196 553	120 167	76 386	63,6
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	3 578 555	3 615 820	–37 265	–1,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	43 041	41 548	1 493	3,6
Total Aktiven	3 818 149	3 777 535	40 614	1,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–3 818 149	–3 777 535	–40 614	–1,1
Total Passiven	–3 818 149	–3 777 535	–40 614	–1,1
9822 Fonds für das Pflegepersonal des Kantonsspitals Winterthur (Marta-Weiss-Fonds)				
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	108 768	85 728	23 040	26,9
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	97 683	119 116	–21 433	–18,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 406	1 479	–72	–4,9
Total Aktiven	207 856	206 322	1 535	0,7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–207 856	–206 322	–1 535	–0,7
Total Passiven	–207 856	–206 322	–1 535	–0,7
9823 Fonds für Kranke der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich				
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	160 365	92 835	67 530	72,7
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 365 930	1 436 775	–70 845	–4,9
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	16 455	15 851	605	3,8
Total Aktiven	1 542 750	1 545 461	–2 710	–0,2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–1 542 750	–1 545 461	2 710	0,2
Total Passiven	–1 542 750	–1 545 461	2 710	0,2
9824 Fonds für das Personal der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich				
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	141 217	113 512	27 705	24,4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	320 631	339 694	–19 063	–5,6
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	3 924	3 558	365	10,3
Total Aktiven	465 772	456 765	9 007	2,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–465 772	–456 765	–9 007	–2,0
Total Passiven	–465 772	–456 765	–9 007	–2,0

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

		R 2011
9825 Fonds für Kranke der Psychiatrischen Klinik Rheinau		
Akten-Nr. 8735 Für hilfs- und	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
betreuungsbedürftige stationäre und	Finanzerträge	9 176
ambulante Kranke sowie für die	Total Erträge	9 176
Unterstützung von Angehörigen von	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-184
Kranken. Deckung nicht anderweitig	Finanzaufwand	-1 283
gedeckter Schäden, die Kranken von	Total Aufwand	-1 467
andern zugefügt werden.	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	7 709
RRB Nr. 3159/1980	- davon Finanzerfolg	7 893

9826 Fonds für Kranke der IPW Klinik Schlosstal

Akten-Nr. 8740 Für hilfs- und	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
betreuungsbedürftige stationäre und	Finanzerträge	20 696
ambulante Kranke sowie für die	Total Erträge	20 696
Unterstützung von Angehörigen von	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-327
Kranken. Deckung nicht anderweitig	Finanzaufwand	-1 266
gedeckter Schäden, die Kranken von	Total Aufwand	-1 593
andern zugefügt werden.	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	19 103
RRB Nr. 3159/1980	- davon Finanzerfolg	19 430

9828 Fonds für das Kinderheim Brüschalde, Männerdorf

Akten-Nr. 8750 Vermächtnis von	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Robert Ernst, von Winterthur,	Finanzerträge	5 393
für Zwecke des Kinderheims.	Total Erträge	5 393
RRB Nr. 3159/1980	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-122
	Finanzaufwand	-2 872
	Total Aufwand	-2 994
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 399
	- davon Finanzerfolg	2 521

9839 Eugen Bleuler-Fonds

Akten-Nr. 8913 Schenkung von Dr. med.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
A. A. Brill in New York zur Anschaffung	Finanzerträge	9
von Büchern und Zeitschriften für die	Total Erträge	9
wissenschaftliche Bibliothek der	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
Psychiatrischen Klinik der Universität	Finanzaufwand	
Zürich.	Total Aufwand	-50
RRB Nr. 1829/1938	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-41
	- davon Finanzerfolg	9

9898 Stiftung ZInEP

Akten-Nr. 9898 Schenkung zur	Zuwendungen und betriebliche Erträge	2 000 000
Realisierung des Zürcher Impuls-	Finanzerträge	15 545
programms zur nachhaltigen	Total Erträge	2 015 545
Entwicklung in der Psychiatrie.	Aufwand für Legatszwecke	
Annahmeerklärung der	und Verwaltung	-2 572 566
Gesundheitsdirektion	Finanzaufwand	-9 815
vom 4. November 2008	Total Aufwand	-2 582 381
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-566 835
	- davon Finanzerfolg	5 730

Bilanz

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	96 996	90 424	6 573	7,3
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	270 166	268 946	1 220	0,5
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	3 135	3 219	-84	-2,6
Total Aktiven	370 297	362 589	7 709	2,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-370 297	-362 589	-7 709	-2,1
Total Passiven	-370 297	-362 589	-7 709	-2,1

Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	121 932	109 466	12 466	11,4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	530 036	523 786	6 250	1,2
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	5 639	5 251	387	7,4
Total Aktiven	657 607	638 503	19 103	3,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-657 607	-638 503	-19 103	-3,0
Total Passiven	-657 607	-638 503	-19 103	-3,0

Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	67 361	86 542	-19 182	-22,2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	175 353	154 146	21 207	13,8
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	2 431	2 057	374	18,2
Total Aktiven	245 144	242 745	2 399	1,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-245 144	-242 745	-2 399	-1,0
Total Passiven	-245 144	-242 745	-2 399	-1,0

Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	18 364	18 404	-41	-0,2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	18 364	18 404	-41	-0,2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-18 364	-18 404	41	0,2
Total Passiven	-18 364	-18 404	41	0,2

Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	2 339 188	2 717 835	-378 647	-13,9
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen	290 800	363 500	-72 700	-20,0
Übrige Aktiven	10 060		10 060	0,0
Total Aktiven	2 640 047	3 081 335	-441 287	-14,3
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-174 556	-49 008	-125 548	-256,2
Fondsbestand	-2 465 491	-3 032 327	566 835	18,7
Total Passiven	-2 640 047	-3 081 335	441 287	14,3

Erfolgsrechnung

R 2011

Bildungsdirektion

9829 Hochschulstiftung

Akten-Nr. 8900 Zusammenlegung von drei Fonds:	Zuwendungen und betriebliche Erträge		
– Hochschulfonds	Finanzerträge	198 895	
– Dotationsfonds der Universität	Total Erträge	198 895	
– Cari Friedrich Naef-Fonds.	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–161 467	
RRB Nr. 375/1980; Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons vom 2. September 1979 (GS 611, § 48h)	Finanzaufwand	–21 665	
	Total Aufwand	–183 132	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	15 763	
	– davon Finanzerfolg	177 230	

9830 Dr. Hermann Stoll-Fonds zugunsten der Universität Zürich

Akten-Nr. 8902 Vermächtnis von Dr. Hermann Stoll, Zürich, für Zulagen an einzelne als Forscher oder Lehrer besonders hervorragende Professoren.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		
RRB Nr. 1508/1948	Finanzerträge	75 479	
	Total Erträge	75 479	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–13 747	
	Finanzaufwand	–7 730	
	Total Aufwand	–21 477	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	54 002	
	– davon Finanzerfolg	67 749	

9831 Helene Bieber-Fonds

Akten-Nr. 8903 Vermächtnis von Frau Helene Bieber, von Castagnola, zugunsten der Universität Zürich, insbesondere zur Förderung besonderer Forschungen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		
RRB Nr. 2579/1971	Finanzerträge	19 379	
	Total Erträge	19 379	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–7 056	
	Finanzaufwand	–2 802	
	Total Aufwand	–9 858	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	9 521	
	– davon Finanzerfolg	16 577	

9832 Fonds für ein Dozenten-Gästehaus der Universität Zürich

Akten-Nr. 8904 Vermächtnis von alt Oberstdivisionär Dr. Karl Brunner für Beiträge an Angehörige der Universität oder Institutionen der Studentenschaft in Härtefällen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		
RRB Nr. 4220/1974	Finanzerträge	2 947	
	Total Erträge	2 947	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–749	
	Finanzaufwand	–713	
	Total Aufwand	–1 462	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 485	
	– davon Finanzerfolg	2 235	

9833 Fonds für ein Studentenheim an der Universität Zürich

Akten-Nr. 8905 Vereinigung der für die Gründung eines Studentenheims an der Universität Zürich zur Verfügung stehenden Beträge. Verfügung der Erziehungsdirektion vom 11. Dezember 1922	Zuwendungen und betriebliche Erträge		
	Finanzerträge	2 009	
	Total Erträge	2 009	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–71	
	Finanzaufwand	–1 254	
	Total Aufwand	–1 325	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	684	
	– davon Finanzerfolg	755	

Bilanz

31.12.2011

31.12.2010

Veränderung
Absolut in %

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	287 032	190 744	96 288	50,5
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	6 082 855	6 163 935	–81 080	–1,3
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	72 840	72 284	556	0,8
Total Aktiven	6 442 726	6 426 963	15 763	0,2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–6 442 726	–6 426 963	–15 763	–0,2
Total Passiven	–6 442 726	–6 426 963	–15 763	–0,2

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	71 811	249 867	–178 056	–71,3
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 774 587	1 533 695	240 892	15,7
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	14 311	10 285	4 026	39,1
Total Aktiven	1 860 709	1 793 847	66 862	3,7
Übrige Passiven	–13 747	–887	–12 860	–1449,5
Fondsbestand	–1 846 962	–1 792 960	–54 002	–3,0
Total Passiven	–1 860 709	–1 793 847	–66 862	–3,7

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	122 704	140 535	–17 831	–12,7
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	568 538	541 607	26 931	5,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	7 049	6 628	421	6,3
Total Aktiven	698 291	688 771	9 521	1,4
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–698 291	–688 771	–9 521	–1,4
Total Passiven	–698 291	–688 771	–9 521	–1,4

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	103 861	102 025	1 836	1,8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	113 271	113 792	–521	–0,5
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 465	1 294	171	13,2
Total Aktiven	218 597	217 112	1 485	0,7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–218 597	–217 112	–1 485	–0,7
Total Passiven	–218 597	–217 112	–1 485	–0,7

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	70 167	68 228	1 938	2,8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	71 757	73 011	–1 254	–1,7
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 002	1 002	0	0,0
Total Aktiven	142 925	142 241	684	0,5
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–142 925	–142 241	–684	–0,5
Total Passiven	–142 925	–142 241	–684	–0,5

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

R 2011

9834 Frieda Magdalena Cattaruzza-Fonds

Akten-Nr. 8908 Vermächtnis von Frau Frieda Magdalena Cattaruzza an die Augenklinik des Universitäts-ospitals Zürich zur Unterstützung von Auszubildenden auf dem Gebiet der Augenheilkunde und Augenchirurgie. RRB Nr. 1673/1997	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	6 440
	Total Erträge	6 440
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-162
	Finanzaufwand	-108
	Total Aufwand	-270
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	6 170
	– davon Finanzerfolg	6 332

9835 Nelly Solz-Legat

Akten-Nr. 8909 Vermächtnis von Frau Nelly Stob-Nocker für Forschungszwecke der Neurologischen Klinik der Universität Zürich. RRB Nr. 3065/1988	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	13 870
	Total Erträge	13 870
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-10 238
	Finanzaufwand	-1 725
	Total Aufwand	-11 963
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 907
	– davon Finanzerfolg	12 145

9836 Fonds für medizinische Forschung

Akten-Nr. 8910 Vereinigte Fonds gemäss RRB Nr. 1211/1932:	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
– Karl Rieser- und Heinrich Paur-Fonds zur Förderung medizinwissenschaftlicher Forschung und Vermächtnisse von Dr. med. H. und Frau D. Hürlimann-Perini, Otto Josef Hirschmann, Martha Klara Grossmann und Hans Otto Schorn-Furrer	Finanzerträge	89 291
	Total Erträge	89 291
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-46 605
	Finanzaufwand	-8 430
	Total Aufwand	-55 035
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	34 256
	– davon Finanzerfolg	80 861
– Fonds für die Krebsforschung an der Universität Zürich, gestiftet durch Daniel Jenny in Ennenda, und Vermächtnisse von A. Hürlimann-Hirzel, Adolf Berthele, Luise Dilger, Emil Otto Berthele, Edith Kusch-Neumann und Renée Weil-Schlesinger		
– Dr. Stierlin-Preis (RRB Nr. 1151/1956)		
– Zuwendung von Edith Kusch-Neumann für die Forschung auf dem Gebiet der Augenheilkunde		

9837 Fonds für das Pharmakologische Institut der Universität Zürich

Akten-Nr. 8911 Schenkung von Prof. Dr. Max Cloetta zur Anschaffung wissenschaftlicher Zeitschriften. RRB Nr. 1915/1937	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	7 851
	Total Erträge	7 851
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-5 474
	Finanzaufwand	-648
	Total Aufwand	-6 122
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 729
	– davon Finanzerfolg	7 203

Bilanz

31.12.2011

31.12.2010

Veränderung
Absolut in %

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	67 064	81 088	-14 024	-17,3
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	256 411	236 202	20 209	8,6
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	2 658	2 673	-15	-0,6
Total Aktiven	326 132	319 963	6 170	1,9
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-326 132	-319 963	-6 170	-1,9
Total Passiven	-326 132	-319 963	-6 170	-1,9

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	102 421	112 629	-10 209	-9,1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	372 052	359 725	12 327	3,4
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	4 805	5 016	-211	-4,2
Total Aktiven	479 278	477 371	1 907	0,4
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-479 278	-477 371	-1 907	-0,4
Total Passiven	-479 278	-477 371	-1 907	-0,4

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	238 145	57 074	181 070	317,3
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	2 969 170	3 116 680	-147 510	-4,7
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	35 340	34 645	696	2,0
Total Aktiven	3 242 655	3 208 399	34 256	1,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-3 242 655	-3 208 399	-34 256	-1,1
Total Passiven	-3 242 655	-3 208 399	-34 256	-1,1

Erfolgsrechnung

	R 2011
9838 Fonds für wissenschaftliche Untersuchungen am Gerichtsmedizinischen Institut (Heinrich Zangger-Legat)	
Akten-Nr. 8912 Schenkung von zwei Versicherungsgesellschaften zum Ausbau des Gerichtsmedizinischen Instituts sowie Legat von Fräulein Gina Zangger für denselben Zweck.	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge
	8 8
RRB Nrn. 3408/1936 und 1181/1982	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand
	-50 -50
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) - davon Finanzerfolg
	-43 8

Bilanz

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
			Absolut	in %
9838 Fonds für wissenschaftliche Untersuchungen am Gerichtsmedizinischen Institut (Heinrich Zangger-Legat)				
	14 927	14 970	-43	-0,3
	14 927	14 970	-43	-0,3
	-14 927	-14 970	43	0,3
	-14 927	-14 970	43	0,3

9840 Dr. med. Eugen Schurter-Fonds

Akten-Nr. 8914 Vermächtnis von Dr. med. Eugen Schurter in Pfäffikon zur Förderung der Bibliothek des Universitätsspitals.	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge
	6 748 6 748
RRB Nr. 3493/1959	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand
	-3 927 -599 -4 526
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) - davon Finanzerfolg
	2 222 6 149

	75 664	94 751	-19 087	-20,1
	217 242	195 957	21 285	10,9
	295 454	293 233	2 222	0,8
	-295 454	-293 233	-2 222	-0,8
	-295 454	-293 233	-2 222	-0,8

9841 Marguerita Edith Bitterlin-Legat

Akten-Nr. 8915 Vermächtnis von Frau Marguerita Edith Bitterlin-Wydlar in Zumikon zugunsten verschiedener Institute und Kliniken der Universität Zürich für Forschungen auf dem Gebiet der Parkinson'schen Krankheit und der Krebskrankheiten.	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge
	71 553 71 553
RRB Nr. 3214/1987	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand
	-40 863 -5 905 -46 768
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) - davon Finanzerfolg
	24 785 65 648

	89 318	212 295	-122 977	-57,9
	1 635 750	1 488 950	146 800	9,9
	1 743 720	1 718 935	24 785	1,4
	-1 743 720	-1 718 935	-24 785	-1,4
	-1 743 720	-1 718 935	-24 785	-1,4

9842 Stehr-Boldt-Fonds der Universität Zürich

Akten-Nr. 8916 Schenkung von Sanitätsrat Dr. Alfred Stehr zur Veröffentlichung der hinterlassenen wissenschaftlichen Arbeit des Donators und zur Durchführung von Preisausschreiben durch die Universität auf dem vom Donator gepflegten Forschungsgebiet	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge
	36 122 36 122
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand
	-490 -5 223 -5 713
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) - davon Finanzerfolg
	30 409 30 899

	51 917	202 120	-150 203	-74,3
	928 174	750 915	177 259	23,6
	989 575	959 150	30 424	3,2
	-490	-475	-16	-3,3
	-989 084	-958 676	-30 409	-3,2
	-989 575	-959 150	-30 424	-3,2

9843 Rosalia-Legat

Akten-Nr. 8917 Sammlung italienischer Staatsangehöriger für die Behandlung von unbemittelten italienischen Staatsangehörigen, vorzugsweise Kindern, in der Abteilung Kieferkrankheiten und Kieferchirurgie des Zahnärztlichen Institutes der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge
	1 168 1 168
RRB Nr. 3278/1988	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand
	-55 -78 -133
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) - davon Finanzerfolg
	1 035 1 090

	87 369	81 683	5 686	7,0
	22 045	26 696	-4 651	-17,4
	109 835	108 800	1 035	1,0
	-421	421	0	-0,1
	-109 835	-108 800	-1 035	-1,0
	-109 835	-108 800	-1 035	-1,0

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung		R 2011	Bilanz		Veränderung	
					Absolut	in %
			31.12.2011	31.12.2010		
9844 Ida de Pottère-Leupold und Dr. iur. Erik de Pottère-Stiftung						
Akten-Nr. 8918 Schenkung von Dr. iur. Erik de Pottère zur Förderung der Krebsforschung an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
RRB Nr. 244/1964	Finanzerträge	12 518	5 784	15 375	-9 591	-62,4
	Total Erträge	12 518	259 093	276 332	-17 239	-6,2
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-21 834				
	Finanzaufwand	-17 431	2 088	2 004	84	4,2
	Total Aufwand	-39 264	266 965	293 711	-26 746	-9,1
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-26 746	-266 965	-293 711	26 746	9,1
	– davon Finanzerfolg	-4 913	-266 965	-293 711	26 746	9,1
9845 Schenkung Artan-Stiftung						
Akten-Nr. 8919 Schenkung der Artan-Stiftung in Vaduz zwecks Ausrichtung von Stipendien an Absolventen der Medizinischen Fakultät.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
RRB Nr. 2327/1996	Finanzerträge	1 387	68 552	79 899	-11 348	-14,2
	Total Erträge	1 387	22 515	9 830	12 685	129,0
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
	Finanzaufwand		13	13	0	0,0
	Total Aufwand	-50	91 080	89 742	1 337	1,5
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 337	-91 080	-89 742	-1 337	-1,5
	– davon Finanzerfolg	1 387	-91 080	-89 742	-1 337	-1,5
9846 Rousseau-Preis der Universität Zürich						
Akten-Nr. 8920 Gegründet durch Prof. Dr. Ernst Bovet für Semesterpreise an sich besonders auszeichnende ordentliche Mitglieder des Romanischen Seminars der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
RRB Nr. 3149/1922	Finanzerträge	460	52 937	65 467	-12 530	-19,1
	Total Erträge	460	11 940		11 940	0,0
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-1 050				
	Finanzaufwand					
	Total Aufwand	-1 050	64 877	65 467	-590	-0,9
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-590	-64 877	-65 467	590	0,9
	– davon Finanzerfolg	460	-64 877	-65 467	590	0,9
9847 Dr. Oscar Reinhart-Fonds						
Akten-Nr. 8921 Schenkung von Dr. h. c. Oscar Reinhart in Winterthur zugunsten des Kunsthistorischen Seminars für Anschaffungen und Beiträge an Exkursionen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
RRB Nrn. 1204/1952 und 4009/1966	Finanzerträge	1 990	96 533	84 610	11 923	14,1
	Total Erträge	1 990	66 713	77 739	-11 026	-14,2
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-82				
	Finanzaufwand	-1 026	985	1 001	-15	-1,5
	Total Aufwand	-1 108	164 231	163 350	882	0,5
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	882	-164 231	-163 350	-882	-0,5
	– davon Finanzerfolg	964	-164 231	-163 350	-882	-0,5
9848 Hans Süssle-Fonds						
Akten-Nr. 8922 Vermächtnis von Johann Christian Süssle zur Unterstützung parapsychologischer Forschung.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
RRB Nr. 3219/1974	Finanzerträge	5 373	90 492	65 213	25 279	38,8
	Total Erträge	5 373	195 170	215 626	-20 456	-9,5
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-143				
	Finanzaufwand	-495	2 556	2 643	-87	-3,3
	Total Aufwand	-638	288 217	283 482	4 735	1,7
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	4 735	-288 217	-283 482	-4 735	-1,7
	– davon Finanzerfolg	4 878	-288 217	-283 482	-4 735	-1,7

Erfolgsrechnung

		R 2011
9849 Wettstein-Fonds		
Akten-Nr. 8923 Gesammelt und der Universität geschenkt von alt Regierungsrat Dr. h. c. O. Wettstein zur Förderung des Journalistischen Seminars der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	501
	Total Erträge	501
RRB Nr. 1382/1941	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-53
	Finanzaufwand	-372
	Total Aufwand	-425
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	76
	- davon Finanzerfolg	129

9850 Legat Dr. h. c. Georges Bloch

Akten-Nr. 8924 Schenkung von Georges Bloch für Beiträge an Publikationen sowie die Durchführung von Seminaren, Kolloquien und Tagungen, hauptsächlich zugunsten des Kunstgeschichtlichen Seminars der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	5 913
	Total Erträge	5 913
RRB Nr. 3554/1984	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-59 615
	Finanzaufwand	-2 799
	Total Aufwand	-62 414
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-56 501
	- davon Finanzerfolg	3 114

9851 Meyer-Keyser-Legat

Akten-Nr. 8925 Vermächtnis von Prof. Dr. Arnold Meyer-Keyser für wissenschaftliche Zwecke an der Universität.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	1 117
	Total Erträge	1 117
Regulativ vom 16. November 1916 (ZG 4, S. 397) und RRB Nr. 2720/1916	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-60
	Finanzaufwand	
	Total Aufwand	-60
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 057
	- davon Finanzerfolg	1 117

9852 Tocquart-Fonds

Akten-Nr. 8926 Vermächtnis von Frau Redda Marguerite Tocquart in Paris zur Ausrichtung eines «Prix Jacques de Bedriaga» an Studierende der Zoologie und der Botanik an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	2 111
	Total Erträge	2 111
RRB Nr. 3875/1966	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-76
	Finanzaufwand	-873
	Total Aufwand	-949
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 162
	- davon Finanzerfolg	1 238

9853 Dr. Carl Fiedler-Stiftung

Akten-Nr. 8927 Vermächtnis von Dr. Carl Fiedler für Beiträge an junge Gelehrte zur Erleichterung des Besuches zoologischer Meeresstationen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	21
	Total Erträge	21
RRB Nr. 815/1894	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-2 809
	Finanzaufwand	
	Total Aufwand	-2 809
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-2 787
	- davon Finanzerfolg	21

Bilanz

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	105 079	84 615	20 464	24,2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	0	20 372	-20 372	-100,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	0	16	-16	-100,0
Total Aktiven	105 079	105 002	76	0,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-105 079	-105 002	-76	-0,1
Total Passiven	-105 079	-105 002	-76	-0,1

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	35 503	83 826	-48 323	-57,6
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	193 140	201 001	-7 861	-3,9
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 892	2 209	-317	-14,4
Total Aktiven	230 535	287 036	-56 501	-19,7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-230 535	-287 036	56 501	19,7
Total Passiven	-230 535	-287 036	56 501	19,7

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	87 586	86 728	859	1,0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	31 875	31 676	199	0,6
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	543	543	0	0,0
Total Aktiven	120 003	118 946	1 057	0,9
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-120 003	-118 946	-1 057	-0,9
Total Passiven	-120 003	-118 946	-1 057	-0,9

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	72 405	70 370	2 035	2,9
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	77 887	78 760	-873	-1,1
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 149	1 149	0	0,0
Total Aktiven	151 441	150 279	1 162	0,8
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-151 441	-150 279	-1 162	-0,8
Total Passiven	-151 441	-150 279	-1 162	-0,8

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	40 128	42 915	-2 787	-6,5
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	40 128	42 915	-2 787	-6,5
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-40 128	-42 915	2 787	6,5
Total Passiven	-40 128	-42 915	2 787	6,5

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung		R 2011	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2011	31.12.2010	Absolut	in %
9854 Karl Hescheler-Stiftung						
Akten-Nr. 8928 Vermächtnis von Prof. Dr. Karl Hescheler. Die Erträge sind zur Hälfte zugunsten des Zoologischen Instituts und je zu einem Viertel zugunsten des Paläontologischen Instituts und Museums sowie des Zoologischen Museums der Universität Zürich zu verwenden.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	29 185	64 418	155 637	-91 219	-58,6
	Total Erträge	29 185	887 486	770 959	116 527	15,1
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-477				
	Finanzaufwand	-2 665				
	Total Aufwand	-3 142	11 599	10 864	735	6,8
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	26 043				
	- davon Finanzerfolg	26 520				
RRB Nrn. 3853/1948, 1734/1949 und 496/1986			963 503	937 460	26 043	2,8
			-963 503	-937 460	-26 043	-2,8
			-963 503	-937 460	-26 043	-2,8
9855 Alfred Werner-Legat						
Akten-Nr. 8929 Vermächtnis von Fräulein Charlotte Werner zum Andenken an Professor Alfred Werner für chemische Forschungszwecke und Stipendien an schweizerische Chemiestudenten.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	338 836	65 302	120 050	-54 748	-45,6
	Total Erträge	338 836	7 770 355	7 954 762	-184 407	-2,3
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-357 281				
	Finanzaufwand	-217 677				
	Total Aufwand	-574 958	56 706	53 672	3 033	5,7
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-236 121				
	- davon Finanzerfolg	121 160				
RRB Nr. 3992/1981			7 892 362	8 128 484	-236 121	-2,9
			-7 892 362	-8 128 484	236 121	2,9
			-7 892 362	-8 128 484	236 121	2,9
9856 Orelli-Stiftung für die Universität						
Akten-Nr. 8930 Vermächtnis von Prof. Dr. Alois v. Orelli in Zürich zur Förderung und Ausstattung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät insbesondere des Juristischen Seminars.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	12 399	74 454	78 300	-3 847	-4,9
	Total Erträge	12 399	331 389	328 687	2 702	0,8
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-12 704				
	Finanzaufwand	-975				
	Total Aufwand	-13 679	3 924	4 059	-135	-3,3
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-1 280				
	- davon Finanzerfolg	11 424				
RRB Nr. 313/1892			409 767	411 046	-1 280	-0,3
			-409 767	-411 046	1 280	0,3
			-409 767	-411 046	1 280	0,3
9857 Maria Lang-Heussi-Legat						
Akten-Nr. 8931 Vermächtnis von Frau Maria Lang-Heussi in Embrach zugunsten des Botanischen Gartens, Institut für systematische Botanik der Universität Zürich, für die botanische Forschung.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	30 055	98 401	82 561	15 840	19,2
	Total Erträge	30 055	776 063	786 626	-10 563	-1,3
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-22 145				
	Finanzaufwand	-2 655				
	Total Aufwand	-24 800	8 399	8 421	-22	-0,3
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	5 255				
	- davon Finanzerfolg	27 400				
RRB Nr. 2925/1989			882 864	877 608	5 255	0,6
			-882 864	-877 608	-5 255	-0,6
			-882 864	-877 608	-5 255	-0,6
9858 Dr. Edwin Frey-Fonds						
Akten-Nr. 8932 Vermächtnis von Frau Eugenie Frey-Schäfer in Zürich zum Andenken an ihren Sohn Dr. Edwin Frey zur Förderung betriebswirtschaftlicher Studien des Handelswissenschaftlichen Seminars der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	15 433	71 734	78 846	-7 113	-9,0
	Total Erträge	15 433	464 418	446 748	17 671	4,0
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-3 216				
	Finanzaufwand	-2 044				
	Total Aufwand	-5 259	3 624	4 008	-384	-9,6
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	10 174				
	- davon Finanzerfolg	13 390				
RRB Nr. 2827/1965			539 776	529 602	10 174	1,9
			-539 776	-529 602	-10 174	-1,9
			-539 776	-529 602	-10 174	-1,9

Erfolgsrechnung

	R 2011
9859 Karr-Legat	
Akten-Nr. 8933 Schenkung der Firma Karr & Cie. AG, Getreide und Ölsaaten, Zürich, zugunsten der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich für die Volkswirtschaftliche Ausbildung afrikanischer Studenten.	
RRB Nr. 2305/1986	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	1 635
Total Erträge	1 635
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
Finanzaufwand	
Total Aufwand	-50
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 585
- davon Finanzerfolg	1 635

9860 Marie Louise Splinter-Legat

Akten-Nr. 8934 Vermächtnis von Marie Louise Splinter-Hensel in Greifensee zugunsten der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich für die Ausrichtung von Stipendien an junge Studenten auf dem Gebiet der Botanik.	
RRB Nr. 737/1989	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	3 855
Total Erträge	3 855
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-123
Finanzaufwand	-300
Total Aufwand	-423
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	3 432
- davon Finanzerfolg	3 555

9861 Vereinigte Fonds für die Veterinärchirurgische Klinik (Legate Bühler und Krauer)

Akten-Nr. 8935 Vereinigung früher selbstständiger Fonds zur Förderung von Forschungen an der Veterinärchirurgischen Klinik.	
RRB Nr. 5928/1972	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	37
Total Erträge	37
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
Finanzaufwand	
Total Aufwand	-50
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-13
- davon Finanzerfolg	37

9862 Edith P. Fischer-Walking-Legat

Akten-Nr. 8936 Vermächtnis von Frau Edith P. Fischer-Walking für die Verbesserung der diagnostischen und therapeutischen Einrichtungen des kantonalen Tierspitals.	
RRB Nr. 2936/1981	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	16 209
Total Erträge	16 209
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-343
Finanzaufwand	-908
Total Aufwand	-1 251
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	14 958
- davon Finanzerfolg	15 301

9863 Betty Sassella-Keller-Legat

Akten-Nr. 8937 Vermächtnis von Frau Betty Sassella-Keller zugunsten des Organisch-chemischen Institutes für Forschung, Förderung von Mitarbeitern jeder Stufe und Förderung der zwischenmenschlichen Beziehungen innerhalb der OCI.	
RRB Nr. 4352/1985	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	8 681
Total Erträge	8 681
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-7 928
Finanzaufwand	-1 531
Total Aufwand	-9 459
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-778
- davon Finanzerfolg	7 150

Bilanz

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	53 991	64 571	-10 580	-16,4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	44 080	31 915	12 165	38,1
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	248	248	0	0,0
Total Aktiven	98 319	96 734	1 585	1,6
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-98 319	-96 734	-1 585	-1,6
Total Passiven	-98 319	-96 734	-1 585	-1,6

Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	81 144	97 542	-16 398	-16,8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	164 488	145 026	19 462	13,4
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 403	1 035	368	35,6
Total Aktiven	247 035	243 602	3 432	1,4
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-247 035	-243 602	-3 432	-1,4
Total Passiven	-247 035	-243 602	-3 432	-1,4

Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	73 142	73 155	-13	0,0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	73 142	73 155	-13	0,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-73 142	-73 155	13	0,0
Total Passiven	-73 142	-73 155	13	0,0

Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	93 263	108 422	-15 159	-14,0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	592 086	562 600	29 486	5,2
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	8 380	7 749	631	8,1
Total Aktiven	693 729	678 771	14 958	2,2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-693 729	-678 771	-14 958	-2,2
Total Passiven	-693 729	-678 771	-14 958	-2,2

Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	114 386	103 384	11 001	10,6
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	301 716	313 347	-11 631	-3,7
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	4 894	5 041	-148	-2,9
Total Aktiven	420 995	421 773	-778	-0,2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-420 995	-421 773	778	0,2
Total Passiven	-420 995	-421 773	778	0,2

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung		R 2011	Bilanz		Veränderung		
			31.12.2011	31.12.2010	Absolut	in %	
9864 Dr. Wilhelm Jerg-Legat							
Akten-Nr. 8938 Vermächtnis von Frau Ida Jerg zur Förderung des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens, der musikwissenschaftlichen Forschung und von interdisziplinären Veranstaltungen an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge						
	Finanzerträge	2 167	10 420	52 043	-41 623	-80,0	
	Total Erträge	2 167	78 698	67 697	11 001	16,3	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-31 850					
	Finanzaufwand	-939	913	913	0	0,0	
	Total Aufwand	-32 789	90 030	120 652	-30 622	-25,4	
RRB Nr. 930/1986	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-30 622	-90 030	-120 652	30 622	25,4	
	- davon Finanzerfolg	1 228					
			Total Passiven	-90 030	-120 652	30 622	25,4
9865 Fonds zur Förderung der Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet der Chemie und Pharmazie an der Universität Zürich							
Akten-Nr. 8940 Schenkung des Schweizerischen Chemie-Syndikates für Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet der Chemie und Pharmazie an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge						
	Finanzerträge	4 519	89 783	85 398	4 386	5,1	
	Total Erträge	4 519	175 031	175 784	-753	-0,4	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-133					
	Finanzaufwand	-753	2 618	2 618	0	0,0	
	Total Aufwand	-886	267 432	263 799	3 633	1,4	
RRB 263/1948	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	3 633	-267 432	-263 799	-3 633	-1,4	
	- davon Finanzerfolg	3 766					
			Total Passiven	-267 432	-263 799	-3 633	-1,4
9866 Walter Imhof-Fonds							
Akten-Nr. 9866 Vermächtnis von Walter Imhof zugunsten der Kantonsschule Küsnacht für die Unterstützung von minderbemittelten Schülerinnen und Schülern sowie der Ausstattung des Neubaus.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	1 699 470					
	Finanzerträge	545	1 694 357		1 694 357	0,0	
	Total Erträge	1 700 015					
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-5 658					
	Finanzaufwand						
	Total Aufwand	-5 658	1 694 357		1 694 357	0,0	
Verfügung der Bildungsdirektion und der Finanzdirektion vom 6. April 2011	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 694 357					
	- davon Finanzerfolg	545	-1 694 357		-1 694 357	0,0	
			Total Passiven	-1 694 357	-1 694 357	0,0	
9867 Fritz Rohrer-Fonds							
Akten-Nr. 8941 Stiftung von Fräulein Alice Rohrer zugunsten der Medizinischen Fakultät sowie des Kunstgeschichtlichen und des Musikwissenschaftlichen Seminars der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge						
	Finanzerträge	3 416	82 425	80 388	2 037	2,5	
	Total Erträge	3 416	103 121	102 272	849	0,8	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-93					
	Finanzaufwand	-251	1 203	1 017	186	18,3	
	Total Aufwand	-344	186 748	183 676	3 072	1,7	
RRB Nr. 4703/1967	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	3 072	-186 748	-183 676	-3 072	-1,7	
	- davon Finanzerfolg	3 165					
			Total Passiven	-186 748	-183 676	-3 072	-1,7
9868 Anna Feddersen-Wagner-Fonds							
Akten-Nr. 8942 Vermächtnis von Frau Dr. Anna Feddersen-Wagner für Forschungen auf dem Gebiet der Medizin und der Chemie an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge						
	Finanzerträge	6 906	50 969	116 299	-65 330	-56,2	
	Total Erträge	6 906	226 583	164 088	62 495	38,1	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-8 739					
	Finanzaufwand	-108	2 754	1 860	894	48,1	
	Total Aufwand	-8 847	280 306	282 247	-1 941	-0,7	
RRB Nr. 2093/1952	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-1 941	-280 306	-282 247	1 941	0,7	
	- davon Finanzerfolg	6 798					
			Total Passiven	-280 306	-282 247	1 941	0,7

Erfolgsrechnung

		R 2011
9869 Dr. Martha Pfister-Legat		
Akten-Nr. 8943 Vermächtnis von Fräulein Dr. Martha Pfister in Zürich für Anschaffungen und zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten von Dozenten und Studierenden der Theologischen und der Philosophischen Fakultät II der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
RRB Nr. 3788/1967	Finanzerträge	24
	Total Erträge	24
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
	Finanzaufwand	
	Total Aufwand	-50
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-26
	- davon Finanzerfolg	24

9870 Schenkung EPA/Neue Warenhaus AG

Akten-Nr. 8944 Schenkung der EPA/Neue Warenhaus AG an das Archäologische Institut der Universität Zürich zum Andenken an Herrn Julius Weber-Locher.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
RRB Nr. 563/1990	Finanzerträge	8
	Total Erträge	8
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
	Finanzaufwand	
	Total Aufwand	-50
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-42
	- davon Finanzerfolg	8

9871 Issekutz-Fonds

Akten-Nr. 8945 Schenkung von ungenannt sein wollenden Donatoren zum Andenken an den ungarischen Wirtschaftsprüfer Dr. Stefan Issekutz zwecks Preisvergaben für hervorragende Arbeiten im Bereich des Wirtschaftsrechts.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
RRB Nr. 323/1998	Finanzerträge	18 109
	Total Erträge	18 109
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-8 280
	Finanzaufwand	-27 135
	Total Aufwand	-35 415
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-17 306
	- davon Finanzerfolg	-9 026

9872 Emma Louise Kessler-Fonds

Akten-Nr. 8946 Vermächtnis von Frau Dr. med. Emma Louise Kessler an das Institut für Rechtsmedizin der Universität Zürich. Verwendungszweck: Anschaffung von Betriebseinrichtungen für Lehre und Forschung; Ausrichtung von Unterstützungsbeiträgen zur Förderung von Forschungs-Projekten des Institutes für Rechtsmedizin sowie Unterhalt der im Vermächtnis enthaltenen Liegenschaft.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
RRB Nr. 584/1998	Finanzerträge	610 116
	Total Erträge	610 116
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-411 119
	Finanzaufwand	568
	Total Aufwand	-410 551
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	199 565
	- davon Finanzerfolg	610 684

Bilanz

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	48 706	48 731	-26	-0,1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	48 706	48 731	-26	-0,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-48 706	-48 731	26	0,1
Total Passiven	-48 706	-48 731	26	0,1

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	16 834	16 875	-42	-0,2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	16 834	16 875	-42	-0,2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-16 834	-16 875	42	0,2
Total Passiven	-16 834	-16 875	42	0,2

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	54 080	64 940	-10 860	-16,7
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	504 111	510 670	-6 559	-1,3
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	5 163	5 049	114	2,3
Total Aktiven	563 355	580 660	-17 306	-3,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-563 355	-580 660	17 306	3,0
Total Passiven	-563 355	-580 660	17 306	3,0

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	383 041	962 559	-579 518	-60,2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	19 412 160	18 624 947	787 212	4,2
Sachanlagen	839 300	839 300	0	0,0
Übrige Aktiven	266 100	274 230	-8 130	-3,0
Total Aktiven	20 900 601	20 701 036	199 565	1,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-20 900 601	-20 701 036	-199 565	-1,0
Total Passiven	-20 900 601	-20 701 036	-199 565	-1,0

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung		R 2011	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2011	31.12.2010	Absolut	in %
9873 Legat zur Prämierung hervorragender wissenschaftlicher Arbeiten der Phil. Fakultät II						
Akten-Nr. 8948 Schenkung einer liechtensteinischen Stiftung zur Prämierung hervorragender wissenschaftlicher Arbeiten der Phil. Fakultät II.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
RRB Nr. 1215/1996	Finanzerträge	28 288	102 321	99 473	2 848	2,9
	Total Erträge	28 288	622 533	598 977	23 556	3,9
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-363				
	Finanzaufwand	-786	7 499	6 764	735	10,9
	Total Aufwand	-1 149	732 353	705 214	27 139	3,8
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	27 139				
	- davon Finanzerfolg	27 502	-732 353	-705 214	-27 139	-3,8
			Total Aktiven	Total Passiven	-27 139	-3,8
			-732 353	-705 214	-27 139	-3,8
9874 Stipendienfonds der höheren Lehranstalten						
Akten-Nr. 8950 Vereinigte Fonds gemäss RRB Nr. 2725/1920 und ergänzt durch RRB Nrn. 2720/1951 und 552/1956:	Zuwendungen und betriebliche Erträge	20 000				
- Stipendienfonds für höhere Lehranstalten	Finanzerträge	30 685	29 193	161 513	-132 319	-81,9
	Total Erträge	50 685	2 096 488	1 928 768	167 720	8,7
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-11 064				
- Jubiläumsstipendienfonds der Universität	Finanzaufwand	-11 327	18 569	15 675	2 893	18,5
- Luchsinger-Fonds	Total Aufwand	-12 391	2 144 250	2 105 956	38 294	1,8
- Reichenbach-Stipendienfonds	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	38 294				
- Unterstützungsfonds für Chemiestudierende	- davon Finanzerfolg	19 358	-2 144 250	-2 105 956	-38 294	-1,8
- Dr. Emil Bindschedler-Fonds zum Andenken an Prof. Dr. Alfred Werner			Total Aktiven	Total Passiven	-38 294	-1,8
- Stipendienkasse der Universität Zürich.			-2 144 250	-2 105 956	-38 294	-1,8
Verordnung über die Ausrichtung von Studienbeiträgen an Schüler und Studierende höherer Lehranstalten vom 6. Februar 1974						
9875 Von Schweizer'scher Stipendienfonds						
Akten-Nr. 8951 Vermächtnis des russischen Staatsrates G. von Schweizer zur Unterstützung eines hilfsbedürftigen Studierenden aus Stadt und Kanton Zürich. Reglement des Regierungsrates vom 11. Oktober 1873/7. Januar 1891	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	33	65 455	65 472	-17	0,0
	Total Erträge	33				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
	Finanzaufwand	-50	65 455	65 472	-17	0,0
	Total Aufwand	-50	65 455	65 472	-17	0,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-17				
	- davon Finanzerfolg	33	-65 455	-65 472	17	0,0
			Total Aktiven	Total Passiven	17	0,0
			-65 455	-65 472	17	0,0
9876 Jacques Huber-Fonds						
Akten-Nr. 8952 Vermächtnis von Frau Edith Margaretha Huber in Zürich für Beiträge an den Druck vorzüglicher Dissertationen von unbemittelten Studierenden der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
RRB Nr. 3063/1950	Finanzerträge	13	26 827	26 863	-37	-0,1
	Total Erträge	13				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
	Finanzaufwand	-50	26 827	26 863	-37	-0,1
	Total Aufwand	-50	26 827	26 863	-37	-0,1
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-37				
	- davon Finanzerfolg	13	-26 827	-26 863	37	0,1
			Total Aktiven	Total Passiven	37	0,1
			-26 827	-26 863	37	0,1

Erfolgsrechnung

	R 2011
9877 Auslandschweizer-Studentenfonds des Vereins Zürcherischer Rechtsanwälte	
Akten-Nr. 8953 Schenkung des Vereins Zürcherischer Rechtsanwälte aus Anlass seines hundertjährigen Bestehens für Stipendien an Auslandschweizer, die in Zürich die Rechte studieren.	
RRB Nr. 2897/1976	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	12
Total Erträge	12
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
Finanzaufwand	
Total Aufwand	-50
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-38
- davon Finanzerfolg	12

9878 Sächsische Stiftung «Providentiae memor»

Akten-Nr. 8954 Gegründet durch Dr. Peter Maximilian Krenkel in Dresden für Studierende der Theologischen Fakultät der Universität Zürich.	
RRB Nrn. 1416/1899 und 3807/1961	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	32
Total Erträge	32
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
Finanzaufwand	
Total Aufwand	-50
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-18
- davon Finanzerfolg	32

9879 Scheller-Kunz-Stipendienfonds

Akten-Nr. 8956 Vermächtnis von Frau Anna Christine Scheller-Kunz für Stipendien an Studierende der protestantischen Theologie.	
Erziehungsratsbeschluss Nr. 716/1932	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	30
Total Erträge	30
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
Finanzaufwand	
Total Aufwand	-50
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-20
- davon Finanzerfolg	30

9880 Dr. Otto Schnabel-Fonds

Akten-Nr. 8957 Schenkung der Erben von Dr. Otto Schnabel in Zürich und von Dr. med. Ilse Berta Maria Schnabel alle Otto Schnabel-Bertha Gassmann-Fonds für Auslandssemester, die Drucklegung von guten Dissertationen oder die Fortsetzung des Studiums nach Abschluss der Doktor-Prüfung zugunsten Studierender der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät.	
RRB Nrn. 1552/1943, 1742/1969 und 2908/1975	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	918
Total Erträge	918
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
Finanzaufwand	-340
Total Aufwand	-390
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	528
- davon Finanzerfolg	578

Bilanz

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	24 700	24 738	-38	-0,2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	24 700	24 738	-38	-0,2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-24 700	-24 738	38	0,2
Total Passiven	-24 700	-24 738	38	0,2

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	63 688	63 707	-18	0,0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	63 688	63 707	-18	0,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-63 688	-63 707	18	0,0
Total Passiven	-63 688	-63 707	18	0,0

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	59 092	59 112	-20	0,0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	59 092	59 112	-20	0,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-59 092	-59 112	20	0,0
Total Passiven	-59 092	-59 112	20	0,0

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	49 900	55 972	-6 072	-10,8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	27 211	20 611	6 601	32,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	212	213	0	-0,1
Total Aktiven	77 323	76 795	528	0,7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-77 323	-76 795	-528	-0,7
Total Passiven	-77 323	-76 795	-528	-0,7

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

R 2011

9881 Heini Suter-Fonds

Akten-Nr. 8958 Schenkung der Eheleute K. Suter-Wehrli in Zürich zum Andenken an Ihren Sohn Heini Suter zur Unterstützung bedürftiger Studierender der Medizin.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	34
	Total Erträge	34
RRB Nrn. 1799/1939 und 939/1943	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
	Finanzaufwand	
	Total Aufwand	-50
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-16
	– davon Finanzerfolg	34

Bilanz

31.12.2011

31.12.2010

Veränderung
Absolut in %

Flüssige Mittel, Forderungen,					
Kontokorrente	67 642	67 658	-16	0,0	
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)					
Sachanlagen					
Übrige Aktiven					
Total Aktiven	67 642	67 658	-16	0,0	
Übrige Passiven					
Fondsbestand	-67 642	-67 658	16	0,0	
Total Passiven	-67 642	-67 658	16	0,0	

9882 Fonds zur Förderung von Auslandsstudien in Allgemeiner neuerer Geschichte

Akten-Nr. 8959 Schenkungen zur Förderung von Auslandsstudien in Allgemeiner neuerer Geschichte.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	1
	Total Erträge	1
RRB Nr. 2635/1968	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
	Finanzaufwand	
	Total Aufwand	-50
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-49
	– davon Finanzerfolg	1

Flüssige Mittel, Forderungen,					
Kontokorrente	2 422	2 470	-49	-2,0	
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)					
Sachanlagen					
Übrige Aktiven					
Total Aktiven	2 422	2 470	-49	-2,0	
Übrige Passiven					
Fondsbestand	-2 422	-2 470	49	2,0	
Total Passiven	-2 422	-2 470	49	2,0	

9883 Dr. phil. Eugen Baumann-Fonds

Akten-Nr. 8960 Legat von Dr. Eugen Baumann zur Unterstützung von unbemittelten tüchtigen Studierenden der Botanik an der Universität Zürich und für botanische Exkursionen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	36
	Total Erträge	36
RRB Nrn. 2103/1935 und 471/1943	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
	Finanzaufwand	
	Total Aufwand	-50
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-14
	– davon Finanzerfolg	36

Flüssige Mittel, Forderungen,					
Kontokorrente	71 689	71 703	-14	0,0	
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)		0	0	0,0	
Sachanlagen					
Übrige Aktiven		0	0	0,0	
Total Aktiven	71 689	71 703	-14	0,0	
Übrige Passiven					
Fondsbestand	-71 689	-71 703	14	0,0	
Total Passiven	-71 689	-71 703	14	0,0	

9884 Ernst Strehler-Fonds

Akten-Nr. 8961 Gegründet durch Theodor Strehler in Uster zum Andenken an seinen verstorbenen Bruder Ernst Strehler für schweizerische Schüler der kantonalen Handelsschule und Studierende der handelswissenschaftlichen Abteilung an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	8 760
	Total Erträge	8 760
Reglement vom 17. September 1925 (ZG 4, S. 295); RRB Nr. 2762/1924	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-220
	Finanzaufwand	-2 502
	Total Aufwand	-2 722
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	6 038
	– davon Finanzerfolg	6 258

Flüssige Mittel, Forderungen,					
Kontokorrente	90 850	143 013	-52 163	-36,5	
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	348 113	290 599	57 514	19,8	
Sachanlagen					
Übrige Aktiven	4 774	4 087	687	16,8	
Total Aktiven	443 737	437 699	6 038	1,4	
Übrige Passiven					
Fondsbestand	-443 737	-437 699	-6 038	-1,4	
Total Passiven	-443 737	-437 699	-6 038	-1,4	

9885 Fonds für Höheraufenthalte von Kantonsschülern

Akten-Nr. 8962 Beitrag des Fonds für gemeinnützige Zwecke für Beiträge an Höheraufenthalte zürcherischer Kantonsschüler an alpine Mittelschulen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	4 989
	Total Erträge	4 989
RRB Nr. 1445/1950	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-145
	Finanzaufwand	-349
	Total Aufwand	-494
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	4 495
	– davon Finanzerfolg	4 640

Flüssige Mittel, Forderungen,					
Kontokorrente	92 018	77 173	14 844	19,2	
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	197 102	207 451	-10 349	-5,0	
Sachanlagen					
Übrige Aktiven	2 617	2 618	-1	0,0	
Total Aktiven	291 737	287 242	4 495	1,6	
Übrige Passiven					
Fondsbestand	-291 737	-287 242	-4 495	-1,6	
Total Passiven	-291 737	-287 242	-4 495	-1,6	

Erfolgsrechnung

	R 2011
9886 Fonds für die Kantonsschule Zürich	
Akten-Nr. 8965 Vereinigte Fonds gemäss RRB Nrn. 1211/1932 und 3270/ 1950:	
– Schulfestfonds	
– Unfall- und Sachschadenkasse	
– Wilhelm Fiedler'scher Zeichenfonds	
– Karl Göhri-Fonds	
– Fonds für die Oberrealschule Zürich	
– Max Gröbli-Fonds	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	14 764
Total Erträge	14 764
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–301
Finanzaufwand	–696
Total Aufwand	–997
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	13 767
– davon Finanzerfolg	14 068

9887 Schulreisefonds der Kantonsschule Zürich

Akten-Nr. 8966 Gegründet durch ehemalige Angehörige der Gymnasialklasse 1865–71 und geöfnet von ehemaligen Schülern und weiteren Freunden der Kantonsschule für längere Schulreisen der oberen Klassen.	
RRB Nr. 899/1902	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	3 574
Total Erträge	3 574
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–111
Finanzaufwand	–1 033
Total Aufwand	–1 144
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 430
– davon Finanzerfolg	2 541

9888 Kari Egli-Fonds für das Chemische Institut der Kantonsschule Zürich

Akten-Nr. 8967 Schenkung von Frau Prof. Hedwig Egli-Baumann zum Andenken an Prof. Dr. Karl Egli für Anschaffungen des Chemischen Instituts der Kantonsschule Zürich.	
Verfügung der Erziehungsdirektion vom 15. Juli 1920	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	18
Total Erträge	18
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–50
Finanzaufwand	
Total Aufwand	–50
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	–32
– davon Finanzerfolg	18

9889 Adolf Flunser-Fonds

Akten-Nr. 8968 Legat von Direktor Adolf Flunser zur Unterstützung von intelligenten bedürftigen Schülern und zur Förderung des Kunsthaus- und Kunstausstellungsbesuches von Klassen der Oberrealschule Zürich.	
RRB Nr. 1239/1950	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	22
Total Erträge	22
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–50
Finanzaufwand	
Total Aufwand	–50
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	–29
– davon Finanzerfolg	22

9890 Berta Reiser-Fonds für die Kantonsschule Zürich

Akten-Nr. 8969 Schenkung aus dem Nachlass von Fräulein Berta Reiser für Schüler in Fällen, in denen dem Staate keine oder nicht ausreichende Mittel zur Verfügung stehen.	
Verfügung der Erziehungsdirektion vom 15. Januar 1935	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	17
Total Erträge	17
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–50
Finanzaufwand	
Total Aufwand	–50
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	–33
– davon Finanzerfolg	17

Bilanz

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
			Absolut	in %
9886 Fonds für die Kantonsschule Zürich				
Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	111 827	130 376	–18 549	–14,2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	488 019	456 860	31 159	6,8
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	9 202	8 044	1 158	14,4
Total Aktiven	609 048	595 280	13 767	2,3
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–609 048	–595 280	–13 767	–2,3
Total Passiven	–609 048	–595 280	–13 767	–2,3

9887 Schulreisefonds der Kantonsschule Zürich				
Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	75 605	72 141	3 463	4,8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	145 139	146 172	–1 033	–0,7
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	2 127	2 127	0	0,0
Total Aktiven	222 871	220 440	2 430	1,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–222 871	–220 440	–2 430	–1,1
Total Passiven	–222 871	–220 440	–2 430	–1,1

9888 Kari Egli-Fonds für das Chemische Institut der Kantonsschule Zürich				
Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	35 205	35 238	–32	–0,1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	35 205	35 238	–32	–0,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–35 205	–35 238	32	0,1
Total Passiven	–35 205	–35 238	32	0,1

9889 Adolf Flunser-Fonds				
Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	43 013	43 041	–29	–0,1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	43 013	43 041	–29	–0,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–43 013	–43 041	29	0,1
Total Passiven	–43 013	–43 041	29	0,1

9890 Berta Reiser-Fonds für die Kantonsschule Zürich				
Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	33 990	34 023	–33	–0,1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	33 990	34 023	–33	–0,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–33 990	–34 023	33	0,1
Total Passiven	–33 990	–34 023	33	0,1

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung		R 2011	Bilanz		Veränderung		
			31.12.2011	31.12.2010	Absolut	in %	
9891 August Abegg-Fonds zur Förderung des Übungskontos der kantonalen Handelsschule Zürich							
Akten-Nr. 8975 Gegründet durch	Zuwendungen und betriebliche Erträge						
C. Abegg-Stockar und Frau Escher-	Finanzerträge	38	75 677	75 689	-12	0,0	
Abegg zum Andenken an ihren Bruder	Total Erträge	38					
August Abegg.	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50					
RRB Nr. 2751/1925	Finanzaufwand						
	Total Aufwand	-50	75 677	75 689	-12	0,0	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-12					
	- davon Finanzerfolg	38	-75 677	-75 689	12	0,0	
			Total Passiven	-75 689	12	0,0	
9892 Dr. Fritz Bek-Fonds zugunsten der kantonalen Handelsschule Zürich							
Akten-Nr. 8976 Schenkung von	Zuwendungen und betriebliche Erträge						
Dr. Friedrich Bek-Andreae in Bern für	Finanzerträge	100 230	77 617	104 005	-26 389	-25,4	
kulturelle Veranstaltungen und die	Total Erträge	100 230					
Anschaffung von Unterrichtshilfen.	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-6 625	950 134	831 896	118 238	14,2	
RRB Nr. 3369/1971	Finanzaufwand	-1 035					
	Total Aufwand	-7 660	2 792	2 072	721	34,8	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	92 570	Total Aktiven	937 973	92 570	9,9	
	- davon Finanzerfolg	99 195					
			Übrige Passiven				
			Fondsbestand	-1 030 543	-937 973	-92 570	-9,9
			Total Passiven	-1 030 543	-937 973	-92 570	-9,9
9893 Huber-Fonds für die kantonalen Handelsschulen Zürich und Winterthur							
Akten-Nr. 8977 Vermächtnis von	Zuwendungen und betriebliche Erträge						
Johann Heinrich Huber an die beiden	Finanzerträge	18	36 852	36 883	-32	-0,1	
Lehranstalten. Die Erträge sind im	Total Erträge	18					
Interesse der beiden Handelsschulen	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50					
zu verwenden.	Finanzaufwand						
RRB Nr. 1211/1932	Total Aufwand	-50	Total Aktiven	36 852	36 883	-32	-0,1
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-32					
	- davon Finanzerfolg	18	Übrige Passiven				
			Fondsbestand	-36 852	-36 883	32	0,1
			Total Passiven	-36 852	-36 883	32	0,1
9894 Schulreisefonds der Pädagogischen Hochschule Zürich							
Akten-Nr. 8985 Fonds für Beiträge an	Zuwendungen und betriebliche Erträge						
bedürftige Schüler, um diesen die Teil-	Finanzerträge	36	52 848	72 861	-20 014	-27,5	
nahme an Exkursionen der Lehranstalt	Total Erträge	36					
zu ermöglichen.	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	30 000	10 000	20 000	200,0	
RRB Nr. 1524/1923	Finanzaufwand						
	Total Aufwand	-50	Total Aktiven	82 848	82 861	-14	0,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-14					
	- davon Finanzerfolg	36	Übrige Passiven				
			Fondsbestand	-82 848	-82 861	14	0,0
			Total Passiven	-82 848	-82 861	14	0,0
9895 Robert J. F. Schwarzenbach-Fonds							
Akten-Nr. 8991 Vermächtnis von	Zuwendungen und betriebliche Erträge						
Generalkonsul Robert J. F. Schwarzen-	Finanzerträge	7 519	93 157	85 834	7 322	8,5	
bach in New York für Sammlung,	Total Erträge	7 519					
Erwerb und Erhaltung von Helvetica.	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-197	300 260	300 760	-500	-0,2	
RRB Nr. 297/1930	Finanzaufwand	-500					
	Total Aufwand	-697	4 346	4 346	0	0,0	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	6 822	Total Aktiven	397 762	390 940	6 822	1,7
	- davon Finanzerfolg	7 019					
			Übrige Passiven				
			Fondsbestand	-397 762	-390 940	-6 822	-1,7
			Total Passiven	-397 762	-390 940	-6 822	-1,7

Erfolgsrechnung

	R 2011
9897 Ella Ganz-Murkowsky-Fonds	
Akten-Nr. 8993 Legat von Frau Ella Ganz-Murkowsky für Unterstützungs- und Ausbildungsbeiträge an benachteiligte Kinder und Jugendliche. RRB Nr. 2120/1998	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	1 804
Total Erträge	1 804
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-10 476
Finanzaufwand	-1 125
Total Aufwand	-11 601
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-9 797
– davon Finanzerfolg	679

9901 Fonds ZHAW (ehemals Fonds V)

Akten-Nr. 9901 Legat des Rektorats und Departements Finanzen & Services der ZHAW; für die finanzielle Unterstützung von Studierenden der ZHAW, von Projekten mit fachlichem Bezug zur ZHAW sowie sozialen und kulturellen Veranstaltungen, die einen Bezug zur ZHAW aufweisen. Reglement vom 30. September 2011 ersetzt alle vorhergehenden Reglemente	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	1 194 241
Finanzerträge	13 142
Total Erträge	1 207 383
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-369 952
Finanzaufwand	-3 766
Total Aufwand	-373 718
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	833 666
– davon Finanzerfolg	9 377

9904 Fonds A

Akten-Nr. 9904 Auf 31. Dezember 2011 in den Fonds ZHAW integriert	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	267
Finanzerträge	
Total Erträge	267
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-57 591
Finanzaufwand	
Total Aufwand	-57 591
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-57 323
– davon Finanzerfolg	

9905 Fonds T allgemein

Akten-Nr. 9905 Auf 31. Dezember 2011 in den Fonds ZHAW integriert	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	1 222
Finanzerträge	
Total Erträge	1 222
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-97 751
Finanzaufwand	
Total Aufwand	-97 751
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-96 529
– davon Finanzerfolg	

9906 Fonds W

Akten-Nr. 9906 Auf 31. Dezember 2011 in den Fonds ZHAW integriert	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	59
Finanzerträge	
Total Erträge	59
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-107 504
Finanzaufwand	
Total Aufwand	-107 504
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-107 445
– davon Finanzerfolg	

Bilanz

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	22 529	31 200	-8 672	-27,8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	70 667	71 792	-1 125	-1,6
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 191	1 191	0	0,0
Total Aktiven	94 386	104 183	-9 797	-9,4
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-94 386	-104 183	9 797	9,4
Total Passiven	-94 386	-104 183	9 797	9,4

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	1 047 028	325 995	721 033	221,2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 217 036	1 111 200	105 835	9,5
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	14 846	8 049	6 797	84,4
Total Aktiven	2 278 910	1 445 244	833 666	57,7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-2 278 910	-1 445 244	-833 666	-57,7
Total Passiven	-2 278 910	-1 445 244	-833 666	-57,7

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	0	31 727	-31 727	-100,0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	0	25 145	-25 145	-100,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	0	451	-451	-100,0
Total Aktiven	0	57 323	-57 323	-100,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	0	-57 323	57 323	100,0
Total Passiven	0	-57 323	57 323	100,0

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	0	19 774	-19 774	-100,0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	0	76 023	-76 023	-100,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	0	732	-732	-100,0
Total Aktiven	0	96 529	-96 529	-100,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	0	-96 529	96 529	100,0
Total Passiven	0	-96 529	96 529	100,0

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	0	90 445	-90 445	-100,0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	0	17 000	-17 000	-100,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	0	107 445	-107 445	-100,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	0	-107 445	107 445	100,0
Total Passiven	0	-107 445	107 445	100,0

Erfolgsrechnung			Bilanz			
		R 2011	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
					Absolut	in %
9907 Fonds G						
Akten-Nr. 9907	Zuwendungen und betriebliche Erträge	349 962				
Auf 31. Dezember 2011 in den Fonds	Finanzerträge		0	29 292	-29 292	-100,0
ZHAW integriert	Total Erträge	349 962				
	Aufwand für Legatszwecke und					
	Verwaltung	-379 254				
	Finanzaufwand					
	Total Aufwand	-379 254	0	29 292	-29 292	-100,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-29 292	0	-29 292	29 292	100,0
	- davon Finanzerfolg		0	-29 292	29 292	100,0
9908 Fonds L						
Akten-Nr. 9908	Zuwendungen und betriebliche Erträge	455				
Auf 31. Dezember 2011 in den Fonds	Finanzerträge		0	36 389	-36 389	-100,0
ZHAW integriert	Total Erträge	455	0	10 500	-10 500	-100,0
	Aufwand für Legatszwecke und					
	Verwaltung	-47 344				
	Finanzaufwand					
	Total Aufwand	-47 344	0	46 889	-46 889	-100,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-46 889	0	-46 889	46 889	100,0
	- davon Finanzerfolg		0	-46 889	46 889	100,0
9910 Fonds T Chemie						
Akten-Nr. 9910	Zuwendungen und betriebliche Erträge	3				
Auf 31. Dezember 2011 in den Fonds	Finanzerträge		0	26 626	-26 626	-100,0
ZHAW integriert	Total Erträge	3	0	125 231	-125 231	-100,0
	Aufwand für Legatszwecke und					
	Verwaltung	-154 834	0	2 974	-2 974	-100,0
	Finanzaufwand					
	Total Aufwand	-154 834	0	154 831	-154 831	-100,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-154 831	0	-154 831	154 831	100,0
	- davon Finanzerfolg		0	-154 831	154 831	100,0
9920 Fonds Stipendien Tanz ZHdK						
Akten-Nr. 9920	Zuwendungen und betriebliche Erträge	134 896				
Legat der Tanz Akademie Zürich (taZ)	Finanzerträge	94	178 802		178 802	0,0
für die Unterstützung von bedürftigen	Total Erträge	134 989				
Studierenden an der taZ mit hervor-	Aufwand für Legatszwecke und					
ragenden Leistungen und grossem	Verwaltung	-151 607				
Entwicklungspotenzial.	Finanzaufwand					
Reglement vom 12. Oktober 2010	Total Aufwand	-151 607	178 802		178 802	0,0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-16 618	-178 802		-178 802	0,0
	- davon Finanzerfolg	94	-178 802		-178 802	0,0
9921 Unterstützungsfonds ZHdK						
Akten-Nr. 9921	Zuwendungen und betriebliche Erträge	22 488				
Gewährung von zins-	Finanzerträge	20	38 514		38 514	0,0
losen Darlehen für die Diplomstudien-	Total Erträge	22 508	66 850		66 850	0,0
gänge und die Vorbildung (Propädeuti-	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-24 000	0		0	0,0
kum) an der ZHdK. Reglement vom	Finanzaufwand					
9. September 2009, ergänzt am	Total Aufwand	-24 000	105 364		105 364	0,0
20. Oktober 2009	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-1 492	-105 364		-105 364	0,0
	- davon Finanzerfolg	20	-105 364		-105 364	0,0

Erfolgsrechnung

R 2011

Baudirektion

9801 Fonds zur Förderung des Umweltschutzes

Akten-Nr. 8101 Schenkung von ungenannter Seite zur Unterstützung von Bestrebungen zur Wahrung der natürlichen Ressourcen sowie zum Schutze des Menschen und seiner natürlichen Umwelt vor schädlichen und lästigen Immissionen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge				
	Finanzerträge	3 164			
	Total Erträge	3 164			
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-83			
	Finanzaufwand	-2 032			
	Total Aufwand	-2 115			
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 049			
RRB Nrn. 7144/1971, 430/1978 und 213/1985	- davon Finanzerfolg	1 132			

9814 Fonds für die Landwirtschaftliche Schule Strickhof, Lindau

Akten-Nr. 8600 Für Stipendien an bedürftige, fleissige, dem Kanton Zürich angehörige Schüler der Lehranstalt.	Zuwendungen und betriebliche Erträge				
	Finanzerträge	1 271			
	Total Erträge	1 271			
Regulativ des Regierungsrates vom 21. März 1895 (ZG 3, S. 352)	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-70			
	Finanzaufwand	-925			
	Total Aufwand	-995			
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	276			
	- davon Finanzerfolg	346			

9815 Fonds für die Landwirtschaftliche Schule Wetzikon

Akten-Nr. 8610 Beitrag der Gemeinde Wetzikon und der Freunde der Schule zur Anschaffung von Lehrmitteln sowie zur Ausrichtung von Stipendien.	Zuwendungen und betriebliche Erträge				
	Finanzerträge	2 102			
	Total Erträge	2 102			
RRB Nrn. 1244/1923 und 1887/1926	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-66			
	Finanzaufwand				
	Total Aufwand	-66			
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 036			
	- davon Finanzerfolg	2 102			

Bilanz

31.12.2011

31.12.2010

Veränderung
Absolut in %

Flüssige Mittel, Forderungen,					
Kontokorrente	92 429	61 181	31 248	51,1	
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	73 389	103 481	-30 092	-29,1	
Sachanlagen					
Übrige Aktiven	1 038	1 145	-107	-9,4	
Total Aktiven	166 856	165 807	1 049	0,6	
Übrige Passiven					
Fondsbestand	-166 856	-165 807	-1 049	-0,6	
Total Passiven	-166 856	-165 807	-1 049	-0,6	

Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	93 132	91 930	1 201	1,3
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	45 785	46 710	-925	-2,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	971	971	0	0,0
Total Aktiven	139 887	139 611	276	0,2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-139 887	-139 611	-276	-0,2
Total Passiven	-139 887	-139 611	-276	-0,2

Flüssige Mittel, Forderungen,				
Kontokorrente	79 590	78 929	661	0,8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	51 775	50 400	1 375	2,7
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	409	409	0	0,0
Total Aktiven	131 773	129 737	2 036	1,6
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-131 773	-129 737	-2 036	-1,6
Total Passiven	-131 773	-129 737	-2 036	-1,6

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Herausgeber	Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich
Ausführung	Staatskanzlei des Kantons Zürich
Fotos	Der Kanton Zürich ist seit März auf den Social-Media-Kanälen Facebook und Twitter vertreten. In den ersten Monaten des Facebook-Pilotbetriebs hat die Kommunikationsabteilung des Regierungsrates die Gemeinden des Kantons gebeten, attraktive Fotos einzusenden. Facebook-Nutzerinnen und -Nutzer mussten in der Folge erraten, aus welcher Gemeinde das publizierte Bild stammt. Dabei ist ein wertvoller Fundus an Bildmaterial zusammengekommen, das die Vielfalt und Schönheiten des Kantons Zürich aufzeigt. Ein Teil dieser Bilder wurde für den Geschäftsbericht verwendet.
Druck	Offsetdruck Goetz AG
Auflage	600
Internet	www.rr.zh.ch ->Geschäftsbericht&Rechnung
Weitere Informationen	Dr. Thomas Bürgi Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich
Bezugsquelle	Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale KDMZ Räffelstrasse 32, Postfach, 8090 Zürich, Telefon 043 259 99 99
ISSN-Nummer	ISSN 1663-2885